

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Urkunden und Akten der Stadt Strassburg

1531 - 1539

Straßburg

Straßburg, 1887

[Urkunden]

[urn:nbn:de:bsz:31-333350](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:31-333350)

1531.

1. Abschied der evangelischen Stände zu Schmalkalden¹.

1530 December 31.

Gedruckt bei Walch XVI 2142.

Entwurf zu einem christlichen Verständnis. Sechs Wochen Frist zur Ratification. Schreiben an den Kaiser. Verhalten bei Prozessen in Glaubenssachen. Plan einer Tagsetzung zu Nürnberg über Kirchenordnungen etc. Appellationsschrift gegen den Augsburger Abschied. Rechtfertigungsschriften, namentlich an Frankreich und England. Wie ein ordentliches, freies Concil in Deutschland zu erstreben sei. Dieser Abschied ist geheim zu halten.

1) Die nachbenannten Fürsten, Grafen und Städte: Kurfürst Johann von Sachsen, Herzog Ernst von Braunschweig und Lüneburg, Landgraf Philipp von Hessen, Fürst Wolfgang von Anhalt, Graf Gebhard und Graf Albrecht von Mansfeld, Herzog Philipp von Braunschweig, die Städte Strassburg, Constanz, Ulm, Magdeburg, Bremen, Reutlingen, Heilbronn, Memmingen, Lindau, Kempten, Isny und Biberach haben einen Entwurf zu «einer christlichen verständnis zur gegenwehr und rettung gewaltiges überzugs» aufgestellt, welcher von den Fürsten, Grafen und den Städten Magdeburg und Bremen sofort bewilligt und angenommen ist, während die andern Städtebotschaften wegen mangelnder Vollmacht nur zugesagt haben, dass ihre Obrigkeiten binnen 6 Wochen dem Kurfürsten von Sachsen schreiben werden, ob sie den Entwurf ratificieren wollen oder nicht². Ausgeschlossen hiervon sind jedoch die ebenfalls anwesenden Vertreter des Markgrafen Georg von Brandenburg sowie der Städte Nürnberg, Weizenburg und Windsheim am Nordgau, welche sich wegen mangelnden Befehls auf Verhandlungen zum Abschluss eines Bundes nicht eingelassen haben. Indessen wollen die Fürsten noch versuchen, diese Stände auch zu gewinnen.

¹ Da der in Band I nr. 861 gedruckte Bericht Jacob Sturms über den ersten Schmalkaldischen Convent nur flüchtige Notizen enthält, so wird der obige Auszug aus dem Abschied des Tages um so willkommener sein, als sich die meisten der folgenden Acten auf ihn zurückbeziehen.

² Die unveränderte Ausfertigung des Entwurfs haben wir in der Bundesurkunde vom 27. Februar 1531. S. unten nr. 23.

2) Im Namen aller anwesenden Stände ist an den Kaiser ein Schreiben gerichtet worden, worin er um Milderung des beschwerlichen Augsburger Abschieds, soviel die Kammergerichtsprocesse belangt, ersucht wird. Dieses Schreiben ist nach Köln geschickt, wo es dem Kaiser überreicht werden soll mit der Bitte um gnädige Antwort.

3) Alle genannten Stände haben sich verpflichtet für den Fall, dass der kaiserliche Fiscal, der Schwäbische Bund oder sonst Jemand einen von ihnen in Glaubenssachen auf Grund des Augsburger Abschieds rechtlich belangt oder verklagt, einander zu raten und zu helfen und jede Annahme von Mandaten oder Edicten in Glaubenssachen einhellig zu verweigern.

4) Da die kirchlichen Gebräuche und Ceremonien in den verschiedenen Gebieten noch sehr ungleichmässig sind, wodurch vielfach Anstoss und Aergernis erregt wird, so soll der Kurfürst von Sachsen binnen zwei Monaten eine Tagsatzung, etwa nach Nürnberg anberaumen, auf welcher die Theologen und Rechtsgelehrten aller evangelischen Stände erscheinen sollen, um über eine gleichförmige Kirchenordnung, auch über geistliche und zeitliche Strafen öffentlicher Sünden und Laster zu beraten. Der Kurfürst soll ferner eine Appellationsschrift gegen den Augsburger Abschied durch seine Gelehrten verfassen lassen; dazu sollen ihm die andern Stände auch ihre Gutachten einsenden, damit nach Einsicht aller die Appellation in bester Form vollzogen werde. Diejenigen Stände, welche diesmal noch keine Vollmacht zur Appellation gehabt, sollen dem Kurfürsten baldigst die Ratification zuschicken.

5) Der Nürnberger Convent soll auch beraten, wie die Wiedertäufer zu strafen seien.

6) Zur Verteidigung gegen die Beschuldigungen und Verläumdungen der Feinde soll ein Ausschreiben gedruckt werden, worin die Stände ihre Handlungsweise rechtfertigen. Entwürfe dazu sollen die Stände zu Nürnberg vorlegen, wo alsdann das Schriftstück abzufassen ist. Für die Könige von Frankreich und England soll ausserdem so bald als möglich eine kürzere Rechtfertigungsschrift, lateinisch und vielleicht auch französisch, verfasst werden, da demnächst eine Zusammenkunft dieser Potentaten mit dem Kaiser in Camereck¹ bevorstehe, auf welcher die Evangelischen wahrscheinlich arg verunglimpft werden würden. Auch sollen diesen und andern fremden Fürsten Abschriften der Appellation zugestellt werden. Vor Allem aber soll die Appellation dem Kaiser und dem Kammergericht zugeschickt werden, mit der Bitte, daraufhin so bald als möglich ein Concil in Deutschland zu bewirken. Die Gelehrten der Stände ferner sollen im Hinblick auf das Concil fleissig die Art und Weise, wie die alten Concilien gehalten worden sind, studieren und überlegen, wie man einem päpstlichen Concil, «darin der pabst das haupt sein und allein die päbstische bischöfe beschliesslich stimmen sollen», begegnen könne.

7) Dieser Abschied soll aufs höchste geheim gehalten werden.

Ein Zusatz besagt noch, dass der Kurfürst die Appellationsschrift nicht eher publicieren soll, als bis alle Stände Abschrift davon erhalten und ihre Zustimmung ausgedrückt haben.

¹ = Cambray. Ein Fürstenc convent daselbst kam nicht zu Stande.

2. Die Dreizehn von Strassburg an die Dreizehn von Basel. Januar 3.*Bas. Arch. Zeitungen 4520—49. Ausf. von Butz.*

Soeben sei ihnen Kundschaft gekommen, «wie das ettliche ewers volks uf die zweitusent stark ins Osterrich land gezogen und umb Altkirch sich gelegert haben sollen wider ugeru willen. wu dem also, ist es uns truwlich leid, mit fruntlichen ansinen und begeren, ir wolt uns gelegenheit der sach eigentlich berichten. was wir uch dan zu frid und abstellung der emborung mogen ratig und furderlich sin, solt ir uns willig finden.» — «Dat. ilends zinstag noch circumcisionis a. 31.»

3. Die Dreizehn von Basel an die Dreizehn von Strassburg. Januar 5.*Str. St. Arch. AA 4809 Ausf.*

Danken für Strassburgs Bereitwilligkeit, den Aufruhr der Knechte um Altkirch stillen zu helfen. Es sei richtig, dass «sich etlich unserer eidgnossen knecht allenthalben als namlich bi den fünfzgen umb Altkilch versamlet, in meinung das stettli Sant Politen¹ inzenemen; das aber nit geschehen, sonder sind dieselben knecht widerumb zerstrowet von einandern komen, und ouch der unseren kein man nie dagewesen².» — «Dat. donstags den 5. jenners 1531.»

4. Friedrich Reifstock an Peter Butz in Strassburg.Januar 10.
Speier.*Str. St. Arch. AA 426, 4. Orig.*

Befürchtung für Strassburg wegen des Abbruchs von St. Arbogast. Die Röm. Königswahl in Köln und der Sächsische Protest dagegen. Kundschaft aus Ungarn.

«Das mein hern aus ursachen sich entschlossen, sant Arbogast abzubrechen³, hab ich nit gern gehert — menschlich davon zu schreiben — des lust halb, [so] man daselbs gepflegt; aber so es die notturft erfordert, ist besser das closter abgebrochen, dan grossen schaden darus zu gewarten, wiewol ichs darfur hab, es werd gegen keiner stat uberzug furgenomen, aber in ander weg inen leid zu thun gedacht, wie dan die sag allenthalben get, als ir wol wiszt etc. gestern hab ich schriften von Coln empfangen, inhaltend, das dorstag noch innocentum [Dec. 29], als die churfursten im prediger[kloster] versamlet bei einander gewest⁴, des churf. von Sachsen

¹ St. Hippolyte, s. von Montbéliard am Doubs.

² Ueber den Handstreich gegen St. Hippolyte, der im Namen Ulrichs von Württemberg durch Johann von Fuchsstein ausgeführt werden sollte, vgl. Escher Die Glaubensparteien etc. p. 214 u. Eidgen. Absch. IV, I B. nr. 465 e. Ferner unten nr. 7.

³ Ueber die durch den Strassburger Rat veranlasste Zerstörung des Klosters St. Arbogast etc. vgl. den Anhang Beilage A.

⁴ Nämlich zur Wahl Ferdinands, des Bruders Karl V., zum Römischen König. Der Kurfürst von Sachsen hatte seinen Sohn Johann Friedrich als Vertreter bei der Wahlverhandlung geschickt.

sun dermassen — weis noch nit eigentlich wie — sich hab vernemen lossen, das die wal denselbigen tag kein furgang gewonnen; sagen etlich, er hab under anderm angezeigt, er kun noch mag inhalt der gulden bul ein Spanier in eim Romischen kunig zu erwelen nit bewilligen, kun ouch, so lang kei. mt. im reich, kein erwelen. die ander sagen, er hab mit ubelieferung etlicher schriften sich in eim Romischen kunig begert zu erwelen. item er sol, alsbald er aus der versamlung können, aus der stat geritten sin¹, und sol kei. ma. dem churf., sim vater, ilends ein post geschickt haben, im mandiert, sub pena privationis omn. privileg. et regalum furderlich in Coln zu erscheinen, mit der notification, ob er nit erschin, werd nichts destweniger die wal iren furgang gewinnen, und acht man, werd uf die wal gedrungen haben, das die numehr geschehen si.

Ex Ungaria ist gewisse potschaft komen, das die unsern 14. decemb. ein sturm vor Ofen verloren haben². man sagt hie, man nem bei euch alle die knecht an, die man wisz. » — Dat. Spir 10. Jan. a. 31.

5. König Ferdinand an den Rat.

Januar 12.
Aachen.

Str. St. Arch. AA 411 Ausf.

Zeigt seine Wahl und Krönung zum Römischen Könige an.

Unzweifelhaft werde Strassburg die Ursachen vernommen haben, welche den Kaiser bewogen haben, um die Wahl eines Römischen Königs bei den Kurfürsten anzuhalten. Da nun letztere in Erwägung jener Gründe die Wahl «für hoch notturftig» angesehen hätten, so wäre es «nach gotts fursehung» geschehen, dass er, Ferdinand, am 5. Januar «mit ordenlicher waal» zum Römischen König gewählt und gestern [Januar 11] zu Aachen in althergebrachter Weise gekrönt worden sei³. Demnach werde er fortan bemüht sein, nach Kräften für die Wohlfahrt des Reichs zu wirken, «und [werden] uns dermassen in das wesen schigken, das verhoffentlich gegenwurtigen gefelichen laufen und zeiten zu hochem trost raichen und von meniglich gespurt und erkennt werden soll, das an unserm möglichen vleis nichts erwindet» etc.⁴ Dat. Ach 12. Jan. a. 31.

¹ Ueber die Vorgänge bei der Wahl und den sächsischen Protest ist noch ein anonymes, aber anscheinend authentischer Bericht vorhanden (ebenda), derselbe, welchen Walch XVI 2160 abgedruckt hat; es ist offenbar ein Protokoll aus der sächsischen Kanzlei. Dass Sachsen selbst nach der Römischen Königswürde getrachtet habe, wie Reifstock schreibt, ist natürlich völlig aus der Luft gegriffen. Vgl. auch Lanz Corr. I 154 u. 155.

² Als die Türken unter Suleiman 1529 vor Wien zum Rückzuge gezwungen wurden, liessen sie in Ofen eine Besatzung zurück, welcher es auch gelang, die ungarische Hauptstadt gegen die Oesterreicher zu behaupten. Selbst eine regelrechte, sechswöchentliche Belagerung, welche König Ferdinand im December 1530 unternahm, blieb erfolglos. In diese Zeit fällt der oben erwähnte, verunglückte Sturmangriff. Vgl. Zinkeisen II 703.

³ Ausser dieser officiellen Nachricht erhielt Strassburg auch eine kurze Anzeige der Wahl und Krönung in einem Briefe Reifstocks an Peter Butz d. d. Jan. 14. Str. St. Arch. AA 426, 2.

⁴ Ein gleichlautendes Schreiben Ferdinands an Ulm ebenda 429 fol. 174 (Copie).

6. Landgraf Philipp an den Rat.

Januar 25.
Gudensberg.*Str. St. Arch. AA 429 f. 165 Ausf. Beilage (Copie) ebenda f. 177.*

Bericht über die kaiserliche Antwort auf das Schmalkaldner Schreiben.

Sendet den beiliegenden Bericht über die Antwort Kaiser Karls V auf das von den Protestierenden an ihn gerichtete Schreiben aus Schmalkalden¹.
Dat. Gudensberg Mi. n. Sebastiani a. 31.

Beilage. Nicolaus Meier an Landgraf Philipp:

«Noch fleissigem anhalten umb antwort» sei ihm am 15. Januar zu Aachen in der kaiserlichen Herberge von Herzog Friedrich, Pfalzgrafen, im Namen des Kaisers und in Gegenwart des Nürnberger Secretärs Pan-cratius Wagener erklärt worden: «das von unnoten sei, das ich umb antwort doruf warte erfolge, dan kei. mt. hab sich noch nit doruf entschlossen. ir mt. aber wollen mit der zeit doruf gedenken, was sie vor ein antwort doruf geben wolle².»

7. Die Geheimen von Ulm an die Dreizehn.

Januar 27.

Str. St. Arch. AA 429 fol. 171 Ausf.

Die Besetzung von Hohentwiel hat Schloss Staufen überfallen. Grosse Unruhen in Württemberg und am Bodensee in Folge des Gerüchts, dass die Eidgenossen sich einmischen wollen. Letzteres jetzt als unbegründet erkannt.

«Ewr schreiber (*) uns bei zaigern newer zeitung halb gethan und zukomen, haben wir vernomen, und ist nit on, das dergleichen sagen in ewerm schreiben gemelt bei uns auch erwachsen sein, darauf wir nach gehapter unser erfahrung erlernt, das die, so auf Hohentwiel ligen³, ain schlosz unferr davon, Staufen genant, so Hansen von Schellenberg zugehörn, auf ainen morgen überfallen, geblundert und alle proviant, so si darinnen gefunden und sonderlich — wie uns angelant — ain namblich anzal korns hinweg und auf Wiel gefuert, volgends sich gegen dem edlman erpoten habn sölln, ime solchs alles guetlich zu bezaln, daraus aber am Bodensee allenthalben ain emporung und geruthe⁴ entstanden, wie die Aidgnossen mit merklicher anzal auf und des furnemen sein sölln, uber see zu ziehen etc., deshalb die von Uberlingen und alle ander umbsitzend herrschaften, auch das furstentumb Wiertemperg durch den Klain Hessen⁵ — villeicht sich fürchtend — knecht annemen lassen, also das kain ort, darin nit ain anzal knecht gelegen sei; dweil aber jetzo nach gehapter kuntschaft erfarn, das von Aidgnossen niemant auf oder in rustung gewesen ist,

¹ Gemeint ist das Schreiben, in welchem um Milderung des Augsburgerischen Abschieds ersucht wird. Vgl. oben nr. 1.

² Strassburg dankte am 3. Februar dem Landgrafen für obige Mitteilung. *Marb. Arch. (Stadt Strassburg).*

³ Der Befehlshaber von Hohentwiel war Johann von Fuchsstein. Vgl. über ihn und seinen Streifzug nach Staufen Escher *Die Glaubensparteien etc.* 214 ff.

⁴ = gerücht?

⁵ Beinamen des Söldnerführers Conrad v. Bemelberg. Vgl. über ihn E. Solger *Der Landsknechtsohrist Conrad von Bemelberg.* Nördl. 1870.

haben alle herrschaften ir angenomen kriegsvolk widerum on raichung ainichs gelts geurlaupt, derhalb und das solch volk die wiert nit bezalen mögen, die herrschaften der end erst unlusts besorgen muessen. neben dem ist uns auch vertraulich anzaigt, das die regierung in Wiertemperg uf zukomme warnung bei etlichen örtern der Aidnostschaft geworbn hat, die iren wider si nit aufwigen zu lassen; ist ine geantwurt, sie wöllen sich gepurlich als gut nachpurn und die zum friden genaigt seien, erzaigen¹.» — Dat. Fr. n. conversionis Pauli a. 31.

8. Der Rat an Kurfürst Johann von Sachsen.

Februar 1.

Weim. G. A. reg. H. pag. 45-50. Ausf.

nr. 1. Teilt mit, dass der grosse Rat von Strassburg den zu Schmalkalden aufgestellten Bundesentwurf «in namen des herrn und zu mehrung sins gotlichen worts, ouch zu erhaltung frid und einigkeit annemen» wolle, «wie wir dann denselbigen e. churf. g. hiemit als angenomen von uns und unser gemeinen stadt wegen zuschriben².» — Dat. Febr. 1 a. 31. — Pr. Febr. 15.

nr. 5. Zettel: Hat den Bundesentwurf auch an Zürich, Bern und Basel mitgeteilt³, welche darauf noch nichts geantwortet haben. Sendet Copie von dem Schreiben König Ferdinands d. d. Jan. 12. Da keine Antwort darauf begehrt sei, habe man auch keine gegeben.

9. Die Geheimen von Ulm an die Dreizehn.

Februar 2.

Str. St. Arch. AA 429 f. 481 Ausf.

«Ulm, dz sie in willen die bapstische mesz bei ihnen abzuthun; begern vertrauwlig bericht, wie es alhie zugang, als man dergleichen furgenommen.»

Machen die vertrauliche Mitteilung, dass der Rat zu Ulm vorhabe, «die grewlich widerchristlich gotslesterung des verdamblichen messierns abzustellen». Da nun zu befürchten sei, dass der Stadt bei Ausführung dieses Vorhabens «vil und mancherlai irrungen begegnen» würden von solchen auswärtigen Fürsten und andern Personen, welche Pfründen und Stiftungen in Ulm zu verleihen haben, wie namentlich der deutsche Orden, so sei ihre Bitte, dass Strassburg ihnen seinen Rat und Gutbedünken mitteile zugleich mit einer Beschreibung, wie es selbst bei Abschaffung der Messe zu Werke

¹ Vgl. Escher a. a. O.

² Ulm hatte seinen Beitritt zum Bunde bereits am 21. Januar nach Strassburg gemeldet (Str. St. Arch. AA 429), worauf die Strassburger am 28. Januar erwiederten, dass ihr «groszer Rat» sich «heute» ebenfalls zum Beitritt entschlossen hätte (Ulm. Arch. Ref. T. XI). Am 5. Februar zeigten sodann die Geheimen von Ulm an, dass auch Constanx, Reutlingen, Memmingen, Lindau, Biberach und Isny das Schmalkaldische Verständnis angenommen hätten. Nur Kempten habe seinen Beitritt noch davon abhängig gemacht, dass alle andern Evangelischen gleichfalls beiträten. Str. St. Arch. AA 429. Vgl. Keim Schwäb. Ref. 254.

³ Es geschah erst Ende Januar, nachdem die Schweizer zuvor schon durch Constanx von dem Bundesentwurf in Kenntnis gesetzt waren. Eidgen. Abschiede IV 1 B 893 u. 96. Vgl. Escher a. a. O. p. 197.

gegangen sei und wie es sich gegenüber den mannigfachen Anfechtungen verhalten habe¹. «Dat. donerstags purificationis Marie a. etc. 31².»

10. Jacob Sturm an Landgraf Philipp³.

Februar 2.
Strassburg.

Marb. Arch. Orig. Gedr. bei Kolde Analecta 160.

Bemühungen der Gegner, das Schmalkaldische Bündnis durch Benutzung des Sacramentsstreits zu vereiteln. Man müsse sich deshalb vorläufig mit einer Vergleichung in den Hauptpunkten begnügen. Die volle Vereinigung werde mit der Zeit kommen. Bucers Eifer für die Concordie. Vertrauen auf den Landgrafen und Lüneburg. Melancthon und Brenz zeigen sich nachgiebig. Verweist auf Bucers Brief.

«Genediger her. e. f. g. schreiben an mich und Bucerum gethon, hab ich empfangen und mit bemelten Butzer verlesen. und wiewol ich ganz wol weisz, wie getrewlich und genediglich e. f. g. es unz hiehar und noch gemeint, so hab ich doch nit kleine fursorg, es seien leut, die dise verglichong allein der ursach gern verhindern wollen, domit der christlich verstand, zu Schmalkalden angefengt, sin furgang auch nit gewinne, den si durch andere weg dan allein durch disen zwispalt sonst nit zu wenden wissen. dan mich bedunkt je, so man zu einigkeit lust willen und liebe hette, es were zu einem anfang solcher verglichong je genug, das man zugleich bekente, das der leib und blut Christi im nachtmol worlich zugegen, worlich dargereicht, gessen nnd getrunken würde; das uberig, ob in auch der liplich munde und der ungleubig oder gottlos esse und trinke, würde sich mit der zeit auch wol verglichen und villicht besser, dan wir es jetz gedenken mögen. es sind jetz vil, die durch den hitzigen zank, so ein zeit lang sich zwisen beiden teilen erhalten, einander nit verston mögen, welche nachmols, so die gemüter gestillet und der zank hingenomen, einander ganz wol verston und sich verglichen würden. deshalb an e. f. g. min under-

¹ Die Dreizehn erfüllten diesen Wunsch, indem sie in einem Schreiben vom 11. Februar kurz über den Gang der Strassburger Reformation berichteten. Thom. Arch. Conc.

² Wahrscheinlich gehört zu diesem Brief noch ein undatiertes Zettel, der im Str. St. Arch. AA 433 liegt und noch eine weitere Anfrage über das Verhalten zu den Juden, sowie zu dem deutschen Ordenshause enthält. Eine Antwort Strassburgs hierauf ist mir nicht bekannt.

³ Zum Verständnis dieses Briefs sei bemerkt, dass Bucer, der seit dem Augsburger Reichstage seine ganze Kraft daran setzte, in der Lehre vom Abendmahl eine Einigung zwischen Zwingliern und Lutheranern herbeizuführen, im Januar eine Bekenntnisschrift an Luther gesandt hatte, von der er hoffte, dass beide Parteien sie billigen würden. (Keim Schwäb. Ref. 240 ff.) Ehe noch Luthers Antwort hierauf anlangte, kam ein Schreiben des Landgrafen vom 25. Januar, welches an Jacob Sturm und Bucer gemeinschaftlich gerichtet war (gedruckt bei Lenz Briefwechsel I 26, auch bei Hess Oecolampad 332). Darin teilte der Landgraf mit, dass Luther mit Bucers Schrift einverstanden sei und sich freue, dass auch Zwingli und Oecolampad, wie Bucer schreibe, derselben Ansicht seien. Jedoch verlange Luther hierüber eine directe Erklärung der Schweizer Theologen. Bucer möge deshalb an diese schreiben. Ferner wünsche Luther noch das Zugeständnis, dass der Leib Christi im Abendmahl auch dem Munde gegenwärtig sei. Sturm und Bucer möchten doch Alles aufbieten, um Luthers Wunsch zu erfüllen, damit man zu vollständiger Einigung in der Lehre komme. — Hierauf ist nun der obige Brief die Antwort Sturms. Ueber die Concordienbestrebungen in dieser Zeit vgl. hauptsächlich Keim Schwäbische Reformationgeschichte, Hassenkamp Hessische Kirchengeschichte II, Hess Oecolampad u. A.

thanig bitt, si wolle doruf arbeiten, domit man nit eben im anfang allen verstand und sachen ganz zu vergleichen understande, sonder sich benügen fur den anfang losz, das der hauptartikel verglichen, das uberig [der] zeit bevele; die wurt solichs on zweivel auch wol zu glichem verstand bringen, wiewol ich kein zweivel trage, Bucer werd in dem allen moglichen vleisz wie im vorigen auch ankören und nichts bi Zwinglio, Ecolampadio auch andern underlassen, was zu ganzer verglichong dienen mage, allein, so der anfang gemacht, der unwill und zank gefallen were. gott der almechtig weisz, das wir es je hie gut und getrewlich meinen, und das wir nit hierin fleischlichen arme oder hilf suchen, die wir bi unsern mitburgern, den Eidgnossen, meer dan bi andern zu gewarten haben, sonder allein die ergernus der gutherzigen gern verhütet und den ufgang der warheit gern gefurdert sehen. wo das je nit helfen wolte, müsten wir die sach gott dem hern, der si noch unzhar wunderbarlich und wider allen menschlichen ratschlag gefürt, verner bevelen. ich will aber je verhoffen, gott der her werde solichs durch e. f. g., auch m. g. hern von Lunenburg und andere, furkommen; dan so vil mir zu wissen, haben sich Philippus¹, Brennius und andere hörn lassen, das si der puncten halb, dorin es noch nit gar verglichen, namlich der unglöubigen halb, sich von niemants <dorumb> absondern wolten. doch so wurt e. f. g. hierin Butzers meinong auch verner aus sinem schriben vernämen²; die wöll mir min ungeordnet einfeltig schriben zu gnaden und gutem ufnemen und daneben wie bis anher furter moglichen vleisz furwenden, domit die sachen zu angefangter einigkeit kommen moge. das uberig würt die zeit selbs geben mit der hilf gottes.» — «Dat. Straszpurg uf unser frawen lichtmesz tag a. etc. 31.»

Zettel: «nachdem einer us welschlanden e. f. g. ein buch in latein zugeschickt, von welchem ich dan mit e. f. g. zu Schmalkalden rede gehabt, do wer an e. f. g. min underthanig bitt, so ferre e. f. g. des buchs mangeln möchte, si wolte mir solichs mit ungebner (?) zufälliger botschaft zu besichtigen genediglich mitteilen; will ich solichs uf e. f. g. begern dasselbig nachmoln wider zuschicken.»

¹ Sc. Melanchthon.

² Bucers Schreiben vom 5. Februar s. bei Lenz a. a. O. p. 27. Bucer konnte dem Landgrafen nicht verhehlen, dass an eine Zustimmung Zwinglis zur Concordie doch noch nicht zu denken sei, bat aber, Luther in der Hoffnung auf Zwinglis Nachgiebigkeit zu lassen. In einem Brief vom 6. Februar riet er dann Zwinglin direct ab, an Luther zu schreiben. Zwingli antwortete darauf am 12. Februar mit der unumwundenen Ablehnung der Bucerschen Concordienformel (Zwinglii opp. VIII 576 ff.), wodurch vorläufig alle Hoffnung auf einen Vergleich zwischen Luther und den Schweizern vernichtet wurde. Indessen gelang es Bucer wenigstens, zwischen den Oberländern und den sächsischen Theologen eine allerdings etwas gekünstelte Einigkeit herzustellen, an deren Vervollkommnung er eifrig arbeitete. Der Strassburger Magistrat unterstützte ihn dabei nach Kräften, und unter der lutherischen Partei fanden seine Einigungsbestrebungen ausser bei dem Landgrafen namentlich bei Herzog Ernst von Lüneburg lebhaftes Interesse. In Briefen an Bucer und an den Rat vom 18. Februar und 22. März munterte derselbe zur weiteren Betreibung der Concordie auf und sprach seine Ansicht im Sturmschen Sinne dahin aus, dass beide Parteien sich vor Allem des gehässigen Schreibens und Predigens gegen einander enthalten müssten (Thom. Arch.). In einem Schreiben vom 3. März dankte ihm der Rat für seinen Eifer und versprach seinerseits Alles zu thun, was zum Frieden dienlich sei. Str. St. Arch. AA 462 fol. 11. Vgl. auch unten nr. 19.

11. Landgraf Philipp an den Rat.Februar 6.
Cassel.*Str. St. Arch. AA 429 fol. 168 Ausf.*

Strassburg soll Frankfurt zur Teilnahme am Schmalkaldischen Bunde veranlassen.

«Wir haben junstem Schmalkaldischem abschide nach mit denen von Frankfurt der gemeinen christlichen verstentnus halber, doch nit beschlieszlich noch entlich, handeln lassen, und aber unter andern sovil vermerkt, wa ir, desgleichen die von Nurnberg und Ulm, ine den von Frankfurt auch schreiben und sie zum besten der sachen notturft und gelegenheit erinnern, auch ewer meinunge in dem sovil thunlich anzeigen wurdet, das es alsdann mit inen sovil desto furderlicher zu erheben mocht sein.» Da nun bekanntlich viel an der Sache gelegen, so möge Strassburg unbeschwert sein, an Frankfurt zu schreiben und ihm dann über das Resultat zu berichten. Auch werde er an Ulm, und Sachsen an Nürnberg schreiben, dass diese ihren Einfluss auf Frankfurt geltend machen. «Dat. Cassel uf montag nach purificationis Marie a. etc. 31.»

12. Landgraf Philipp an die Dreizehn.Februar 8.
Zapfenburg.*Str. St. Arch. AA 429 f. 172 Ausf. Zettel ebenda.*

Strassburg soll mit Ulm und Nürnberg durch eine Botschaft Lübeck zur Teilnahme am Bunde zu bereden suchen.

Herzog Ernst von Braunschweig und Lüneburg habe mit Lübeck wegen Beitritts zu dem evangelischen Verständnis gehandelt und darauf den Bescheid erhalten, «was di von Straspurg, Ulm und Nurnberg in sachen der christlichen verstentnus angnommen und bewilliget oder noch annemen und belieben,» das verpflichte sich Lübeck gleichfalls anzunehmen, sobald es von den drei Städten ausdrücklich davon in Kenntnis gesetzt werde. Da nun Hoffnung sei, dass nach dem Beitritt Lübecks die andern See- und Hansestädte auch beitreten würden, so möge Strassburg nicht versäumen, an Lübeck eine eigne Botschaft zu schicken, um die gewünschte Auskunft zu erteilen. Dat. Zapfenburg 8. Febr. a. 31.

Zettel: Bittet, an Herzog Ernst zu schreiben, wenn man die Botschaft an Lübeck abfertige, damit derselbe eventuell ein Begleitschreiben mitschicke. Dasselbe habe er Ulm und Nürnberg mitgeteilt.

13. Kurfürst Johann von Sachsen an den Rat.Februar 13.
Torgau.*Str. St. Arch. AA 427,54 Ausf.*

Ersucht um Besieglung zweier Rechtfertigungsschriften an Frankreich und England.

Es sei oftmals und zuletzt noch in Schmalkalden für notwendig erachtet, «der unzimlichen auflag, so uns von unsern miszgonstigen des heiligen evangelions halben wirdet zugemessen, bei koniglicher wird zu Frankreich und Engeland entschuldigung furzuwenden¹, in ungezweifelter hoffnung, es

nr. 1, 6.

¹ Das Schreiben des Patricius Fracyanus an die Dreizehn (Band I nr. 857), welches dem Landgrafen und Kurfürsten übersandt worden war, hatte die Ueberzeugung von der Notwendigkeit einer Gesandtschaft nach Frankreich noch verstärkt. Vgl. Neudecker Urk. 164. Ein Schreiben des Landgrafen an die Dreizehn vom 10. Januar, worin er den Empfang der Nachrichten des Patricius anzeigt, s. im Str. St. Arch. AA 434.

solle zu aufnehmung des wort gottes und trost der christgleubigen gelangen.» Da nun «solchs in der eil mit schickung und werbung nicht mag ausgerichtet werden», so habe er zwei Schriften stellen lassen¹, welche sein Diener Mathes Reimbolt dem Rat zeigen werde. Man möge dieselben besiegeln und dem Boten zurückgeben, der dann weiter nach Frankreich reiten solle. Die Schrift an England werde der Landgraf befördern. «Geben zu Torgau montags nach scholastice a. etc. 31.» — Pr. März 22².

14. „Instruction uf den tag gen Basel, so uf montag den 13. februarii 31 sein soll“³. [Februar 13.]

Str. St. Arch. AA 4809. Conc. von Butz und J. Sturm.

Den Eidgenossen den Beitritt zum Schmalk. Bunde zu empfehlen. Feindliche Haltung des Kaisers, seine geplante Conferenz mit Frankreich und England, seine Antwort auf das Schmalk. Schreiben. Entlegenheit der Eidgenossen sowie der Sacramentsstreit bilden kein Hindernis für den Beitritt. Sollen das Strassb. Bekenntnis annehmen. Ceremonien. Röm. Königswahl. Botschaft nach Frankreich. Concil und Tag zu Nürnberg. Massregeln bei einem Angriff auf die Burgrechtsstädte. Burgrecht mit den schwäb. Städten. Flüchtlinge aus Rotweil. Türkenhilfe.

Die Gesandten⁴ sollen denen von Zürich, Bern und Basel unter Hinzuziehung derer von Constanz anzeigen, was auf dem Tage zu Schmalkalden

¹ Gedruckt im Corp. Reform. II n. 958 u. 59 d. d. Febr. 16. Die Antworten Frankreichs v. 21. April und Englands v. 3. Mai s. im Auszug bei Sleidan I 458 ss. und Seckendorf III § 5.

² Dieses Schreiben war zugleich Credenz für Mathis Reimbolt, der es persönlich überbrachte; daher der späte Empfangsvermerk. Der Bote musste, bevor er nach Strassburg kam, erst die hervorragendsten andern evangelischen Stände aufsuchen, um die Besiegung der Briefe zu erlangen. Am 26. Februar scheint er beim Landgrafen gewesen zu sein, der ihm unter diesem Datum ein Begleitschreiben an Strassburg ausstellte, inhaltlich dem des Kurfürsten fast gleichlautend (Str. St. Arch. AA 434). Zugleich gab ihm Philipp einen zweiten Boten mit, welcher die Schrift an den König von England bei sich führte. Auffallend ist, dass der Landgraf den Dreizehn schreibt, die Boten hätten Auftrag, von Strassburg zum Markgrafen Georg und nach Nürnberg zu reisen und dann nach Frankreich, hzsw. England. Eine derartige Reiseroute wäre wohl höchst unzweckmässig gewesen. Auch unterliegt es keinem Zweifel, dass die Boten die Reise thatsächlich in umgekehrter Richtung gemacht haben und erst von Nürnberg (und Ulm?) nach Strassburg gekommen sind, um dann direct nach Frankreich und England zu gehen. Vgl. unten nr. 30, wo es heisst, dass Nürnberg die Schriften gebilligt habe. Uebrigens bat der Landgraf in einem besondern Brief v. 27. Febr. (Str. St. Arch. AA 429), Strassburg möchte dem Reimbolt zur grösseren Sicherheit noch einen Begleiter nach Frankreich mitgeben.

³ Ursprünglich war der Tag auf den 6. Februar angesetzt, wurde aber auf Antrag Strassburgs bis zum 13. verschoben (ebenda). Am 7. Februar hatte Basel auf Antrag Berns geschrieben, Strassburg möge auch einen Prediger zu dem Basler Tage schicken, da es dringend zu wünschen sei, dass die Städte des Burgrechts sich über die Ceremonie des h. Abendmahls mit einander verglichen; denn der Gebrauch desselben sei sehr ungleich, einige empfangen es knieend, andere gehend und wieder andere sitzend, und auch «mit ungleichem brot». (Danach war also eine dogmatische Erörterung über das Sacrament nicht beabsichtigt).

⁴ Wer dieselben waren, ist nicht angegeben, doch wissen wir aus dem Basler Abschied (s. unten p. 13 A. 1), dass Bucer die wichtigste Persönlichkeit der Gesandtschaft war. Neben ihm scheint Jacob Meyer als weltlicher Vertreter Strassburgs fungiert zu haben; wenigstens ist ein Auszug aus dem Abschied im Thom. Arch. von seiner Hand.

« eines cristlichen verstantnus halb » gehandelt und verabschiedet ist, und wie darauf Ulm, Strassburg, Constanz, Reutlingen, Memmingen, Lindau, Biberach und Isny den Verstand angenommen haben. Strassburg habe ferner zu Schmalkalden den Auftrag erhalten, mit den Eidgenossen zu handeln: « so si in dem span des sacraments glich unser confession zustimpten, ob si auch in den verstand zu komen willens weren. » Darlegung der Gründe, warum ein solcher Verstand zur Zeit sehr zu empfehlen sei: Schon lange seien alle Praktiken dahin gerichtet gewesen, — und noch letzthin namentlich auf dem Augsburger Reichstage, — die evangelischen Fürsten von den Städten zu trennen, um dann letztere um so leichter unterdrücken zu können; als diese Trennung nicht gelungen, habe sich der Kaiser zu Augsburg mit der Mehrheit der Stände eines Abschieds dem Evangelium zuwider entschlossen, « dorbi auch die churf. und stend sich öffentlich horen lassen, bi solchem abscheid zu pliben, den helfen hanthaben und zu kais. mt. lip, er, gut, land und lut zuzusetzen. derglichen kei. mt. in zugesagt, nit us dem rich zu wichen, die sach si dan wider in alten stand bracht; dorbi sich ouch offentlich horen lassen, deshalb rot bi dem bobst und andern cristlichen konigen und potentaten zu haben, wie dan sich solchs anoht¹ in werk schicken will. dan ein gemein glaubwürdige sag, das kei. mt., der konig von Frankrich, Engelland, ouch des bobst botschaft, zu Kamerin² zusammenkomen und zu underdruckung des handels sich verbinden sollen. item, das ouch die geistlichen zu furderung solchs bunds allen moglichen vlis nit sparen sonder furwenden werden. item, das ouch die ernanten churfurst, fursten und stett zum underthenigsten gon Coln zu milterung ir mt. ungnod geschriben, doruf dan antwort gefallen lut des landgrofen schriben, und aber uber solchs alles got der her es dermosz geschickt, das die churfurst, fursten und grofen die bundnus ansuchen und ir verbundnus nit ein clein ansehens bim gegenteil hat und uf unser sit wol stan wurd. so bedenken wir, das die entlegenheit harin kein verhinderung bringen solt, vilmer, so man ire fruntschaft und verwantschaft, [welche] sie mit dem konig von Thenmark und den seestetten haben, ingedenkt wurd sin, das si, wu es zu der handlung kommen solt, dem kaiser, ko. von Frankrich und Engelland begegnen und beunruhigen mochten. item, das si ouch den span des sacraments sich nit irren, sonder uberschickter bekantnus, deren si copien empfangen, ouch benuegen solten lassen und bedenken, was unrats dorus zu erwarten, ouch doran sin, das ire gelerten sich unnutzer brief nit bekomern sonder den frid harin suchen. darzu, ob andre mer stett als Schaffhusen, S. Gallen, Mulhusen, Buhel³ dorin zu kommen begerten, das man des willigen, domit solcher verstand erwitert, mit solchen und derglichen ursachen, wie dan die geschicklicheit der gesanten wol wissen furzubringen, moglichen vlis ankeren, domit si von Zurch, Bern und Basel in den verstand komen. der cerumonen halb mogen unsere gesanten, nachdem si fur nutz und gut ansiecht, in furhalten oder underwegen lassen. der ro[mischen] ko[nigs] wal halb mogen die gesanten die instruction, so herzog Hans Friderich von

nr. 6.

nr. 1,4.

1 = noch jetzt.

2 = Cambray. Vgl. oben nr. 1, wo desselben Gerüchts Erwähnung gethan wird.

3 = Biel.

- nr. 4. Sachsen zu Coln gehabt, und so si dofon etwas red haben wollen, gesellischer wise in anzeugen, was der churfurst und die fursten der k. mt. und den churfursten der wal halb geschriben¹. wu si aber dofon kein red haben wollen, lossen pliben und nit endecken. unsre gesanten [sollen] ouch erforschen, wes si sich der botschaft halb zum konig von Frankrich, in eins bessern zu berichten, bedacht, und das uns noch fur gut ansehe, so der churfurst und fursten bewilligten, die botschaft zu schicken². conciliums nr. 1,6. halb, das in der artikel des abscheids zu Schmalkalden furgehalten und si doruber horen, ob in ouch geliept, ire gelerten gon Nuremberg zu schicken. uf den achten puncten im abscheid des nechsten burgertags³ vergriffen, sollen die gesanten anzeugen, das zu eim satten ratslag von noten und das fruchtbars wer, das furnemlich sie sich in disen verstand begeben, und so die bundnus ufericht, das man alsdan dester satter zu andern notwendigen puncten, und wie dem besorgenden schaden mit erheischer hilf zu begegnen sihe, schriten mog. uf⁴ den neunnden artikel⁵ ist berotschlagt, das diser artikel diser zeit in ruge gestellet und niemants geschriben soll werden. uf den 10ten artikel⁶ soll man die von Costenz hören, wes si gehandelt; und so der gemein verstand mit den fürsten angenommen, hat es sin weg, wo aber der verstand nit angenommen, sollen die gesanten nit dester weniger uf das vleissigst arbeiten, domit Ulme sampt andern stetten in ein sondern verstand oder burgrecht auch brocht werden möcht. so aber der verstand mit den fürsten schon von allen teilen angenommen und die oberlendischen stett doneben auch in das burgrecht begerten, sollen die gesanten solichs uf hindersichbringen ouch bewilligen. der uberig teil dis artikels, sovil die ilend hilf belangt⁷, soll dem artikel des christlichen verstands angehenkt werden.»

Bezüglich der sogen. Banditen von Rotweil⁸ sollen die Gesandten ein Verzeichnis der in Strassburg anwesenden vorlegen und nicht dulden, dass der Stadt noch mehr aufgebürdet würden. Auch sollen sie empfehlen, dass eine Gesandtschaft an Rotweil geschickt werde, um zu Gunsten der Vertriebenen zu interveniren.

¹ Lanz Corr. I nr. 154, Walch XVI 2153.

² Vgl. Eidg. Absch. IV 564.

³ Derselbe war am 16. November 1530 zu Basel. (Vgl. Band I nr. 844 u. Eidgen. Abschiede IV 1 B nr. 431). Der erwähnte 8te Punkt des Abschieds gab den Burgrechtsstädten zu bedenken, wie man sich verhalten sollte, wenn der Kaiser die Anhänger der Tetrapolitana angriffe.

⁴ Hier beginnt Sturms Hand.

⁵ Derselbe gab zu bedenken, ob die Burgrechtsstädte bei den Ständen, welche den Augsburger Abschied angenommen haben, anfragen sollten, wessen sie sich von ihnen zu versehen hätten, wenn der Kaiser sie bekriegte.

⁶ Enthielt den Auftrag für Constanz, die evangelischen Städte Schwabens zum Eintritt in das Burgrecht zu veranlassen.

⁷ Derselbe besagt: Die Städte sollten sich über die Art der Gegenwehr bedenken.

⁸ Es sind damit die wegen ihres Glaubens vertriebenen Einwohner von Rotweil gemeint, die Unterstützung suchend im Lande umherzogen. Vgl. darüber Eidgen. Absch. IV 1 B 336, 353, 58, 86 etc.

Bezüglich der Türkenhülfe sollen die Gesandten dahin wirken, dass keine Stadt des Burgrechts ohne Vorwissen der andern Städte handle¹.

15. Dr. Hieronymus Huser² an Mathis Pfarrer in Strassburg, in dessen Abwesenheit an Peter Butz.

Februar 14.
Speier.

Str. St. Arch. AA 429 f. 185 Orig.

Wenn Strassburg dem Ulrich Varnbühler ein Geschenk machen wolle, so möge es dies bald thun, da derselbe demnächst Kanzleiverwalter am Kammergericht werde.

Er habe jüngst in Strassburg auf Befehl des Hans Ehinger³ mit Pfarrer gehandelt, dass Pfarrer, Bürgermeister Rellinger⁴, Ehinger und Andere ihr Vorhaben in Betreff des Ulrich Varnbühler⁵ bald zur Ausführung brächten; «was aber daselbig were oder bedeutete, war mir verborgen». Darauf habe er gestern, als er dem Ulrich Varnbühler «am hinweg reiten» das Geleit gegeben, im Geheim erfahren: «meine herrn von Strassburg weren willens, ine herrn Ulrichen mit ainer gab zu vereren, us ursachen, die ich zum tail selbs wol wiszte.» Huser rät nun: wolle man dem Varnbühler wirklich etwas schenken, so möge man es vor Ende Februar thun, da Varnbühler alsdann Kammergerichtskanzleiverwalter werde, als welcher er kein Geschenk mehr annehmen dürfe. Im Uebrigen ist er der Ansicht, «ain erbar rat thu es nit vergeblich, werde wol angelegt sein». — Dat. Speir 14. Febr. a. 31.

16. Ein Unbekannter an Jacob Sturm.

Februar 14.

Str. St. Arch. AA 426,5 Orig.?

Sendet Copie der Bekanntmachung über die Wahl König Ferdinands und der von Köln und Aachen dem König geleisteten Eide. Der Bischof hat ein kaiserliches Mandat bezüglich St. Arbogasts ausgebracht. Derselbe will Coadjutor von Mainz werden. Der Kaiser hat die von den Protest. erbetenen Zugeständnisse verweigert. Die Conventikel der Stände, namentlich der Städte, sollen verboten werden. Wie dies zu umgehen.

«Mein ganz willig dienst sein euch allzeit mit vleisz bevor, gunstiger lieber herr. vor drien oder 4 tagen bin ich wider von Collen komen, und

¹ Eine Relation der Strassburger Gesandten über die Basler Verhandlungen existiert leider nicht, doch giebt der Basler Abschied (Eidgen Absch. IV 1 B nr. 465) einigen Aufschluss. Vgl. Lenz in Briegers Ztschr. III 431 und Escher Die Glaubensparteien etc. 199. Danach fanden Strassburgs Anträge fast durchweg freundliches Gehör bei den eidgenössischen Botschaften, und selbst der Vorschlag, die Bucer'sche Concordie anzunehmen, wurde nicht von der Hand gewiesen; allein etwas Endgültiges wurde nicht beschlossen, sondern Alles nur auf «Hintersichbringen» angenommen. Das Ausschlaggebende war ja natürlich die Stellungnahme Zwinglis, der auf dem Basler Tage nicht anwesend war, aber durch seinen Brief an Bucer vom 12. Februar die Hoffnungen Strassburgs auf Gewinnung der Schweizer nur zu bald gründlich zerstörte.

² Ueber Husers Persönlichkeit ist mir nichts bekannt; vielleicht war er der Anwalt Memmingsens am Kammergericht in Speier. Vgl. Text.

³ Bürgermeister von Memmingen.

⁴ Rechlinger von Augsburg.

⁵ Varnbühler war bis dahin Kanzleiverwalter beim Reichsregiment. Harprecht V § 93.

die Zeit bei der wal und cronung des Ro. konigs gewesen, und schick euch hierin zu ein copi decreti electionis¹, desgleich auch zwen unterschiedlich eid, wie erstlich die von Aich² und nachmals die von Coln dem konig gesworn³, und wil darfur angesehen werden, das mit vleisz oder vorteil in den eid gestalt sei, etc. konig Ferdinanden nach abgang kai. mt. hold und getrow zu sein etc.

Item mein her der bischof von Straszbürg hat daniden zu Collen bei kai. mt. ausbracht ein mandat des closters S. Arbogast halber⁴, und wiewol er gepeten, das man euch gepieten solt, das closter wider zu bawen oder aufzurichten sampt raichung der nutzung, zins und anderer entwehrungen, so ist doch allein das mandat erkant, umb das ir ime solt die rent, zins und aufheben⁵ in einer zeit auf sein erfordern geben, cum cl[usula] justificatoria, wo ir wider die narrata einred zu haben vermeint, dieselb am kai. camergericht zu thun; darzu mag noch vil zeit vergeen und wasser durch den Rein laufen.»

Es sei «genzlich die sag», dass der Bischof von Strassburg mit dem Erzbischof von Mainz handle, um Coadjutor des Stifts Mainz zu werden.

«Es ist auf die letzter werbung der luterischen c[hur]fursten, fursten und der stett ansuchen bei kai. mt., umb das ir mt. des glauben halber weder durch den fiscal noch ander nichts handeln lassen wolte bis zu einem concilio etc., zu Aich bei den churfursten, wie mich glaublich anlangt, grosz disputat[ion] gewesen; der merteil solt dem kai. persuadirt haben wollen, dieselbig conditiones anzunehmen, darmit die Turkenhif auch iren furgang hette; so hat doch der weniger teil furgangen, also das kai. mt. kein entlich antwort auf solch der stend werbung geben hat wollen etc. coram plura.

Es ist auch vorhanden, das ein mandat sol aüsgeen in das reich, kein conventikel oder zusammenversamlung der stend und sonderlich der stett zu haben und das zum hochsten zu verpieten; meinen die von Frankfurt und Norinberg, das nit fuglicher und sicherer auch ungemerkter der steet zusammenkomen bescheen mag, dann zu jeden Frankfurter messen, darnach wist ir euch auch wol zü richten. sonst stend all sachen nach gottes willen gnug wol; es sagen etlich, man slähe jetzund aüs der Turkenhif etc halber, darumb man euch bald selbs pitten und die vorbeget conditiones gern zulassen werde.» — «Dat. in il XIII february 1531.»

¹ Liegt bei, enthält die formelle Kundmachung des Probsts von Frankfurt, dass Ferdinand gewählt sei.

² = Aachen.

³ Copien liegen bei. Der von Köln geleistete Eid lautet: «Diesen tag hewt, diese tag all und diesem tag furt hulden wir frei burger von Coln unserm herren, herren Ferdinanden dem Ro. kunig nach absterben Ro. kai. mt., unsers allergnedigsten herren, — welches der almechtig miltiglich lange zeit verhueten welle —, hold und getrow zue sein.» Aachen leistete den Eid am 14., Köln am 17. Januar.

⁴ d. d. Januar 4 (Str. Bez. Arch. G 1701 Copie), vgl. oben nr. 4 und Anhang, Beilage A.

⁵ Bedeutung? = Das ihm Vorenthalte?

17. Die Dreizehn an die Geheimen von Ulm.

Februar 18.

Ulm. Arch. Ref. T. XII. Ausf. Zettel ebenda.

Lehnen die Beschickung eines Tages zu Memmingen ab.

Der Aufforderung Ulms¹, den Tag zu Memmingen am 26. Febr. zu beschicken², könne man leider nicht Folge leisten, da Bucer in Basel sei und «Capito oder andere, libs oder anderer ursachen auch kurze der zeit, ferre und gevehrlichkeit des wegs» halber, nicht kommen könnten. Bitten um Mitteilung der Memminger Beschlüsse, so wie sie ihrerseits die Basler schicken wollen. Dat. Sa. 18. Febr. a. 31. nr. 14.

Zettel (von der Hand des Peter Butz): Bucer sei zwar nach Ausfertigung obigen Briefs Abends spät von Basel zurückgekehrt, trotzdem aber müsse man ihn «us gehorten ursachen anheimisch behalten». Derselbe werde aber seinen Ratschlag sammt Mitteilung der Basler Besprechungen nach Memmingen schicken³. Dat. So. 19. Febr. a. 31.

18. Kurfürst Johann von Sachsen an den Rat.

Februar 19.

Torgau.

Thom. Arch. Ausf. Zettel ebenda.

Verhandlungen mit Lübeck; Markgraf Georg, Nürnberg. Notel der Appellation noch nicht fertig. Zettel: Mitteilung an die Eidgenossen. Königswahl.

Antwortet auf den Brief vom 1. Febr. Dankt für Annahme des Schmalkaldischen Verstands. Lübeck habe sich «aller gutwilligkeit der obgemelten Schmalkaldischen handlung» erboten. Auch mit Markgraf Georg und Nürnberg stehe man in Unterhandlung; was dabei erreicht würde, werde er an Strassburg berichten. Uebermittelt die Antwort des Kaisers⁴ auf das Schreiben aus Schmalkalden. Die Notel der Appellation habe er leider diesem Boten noch nicht mitgeben können, da sie noch nicht fertig sei⁵. Dat. Torgaw 19. Febr. a. 31. nr. 8.

Zettel: Vermerkt «zu gnedigem gefallen», dass Strassburg auch die Eidgenossen von dem Bündnis in Kenntnis gesetzt habe. Dankt ferner für

¹ D. d. Februar 13 (Thom. Arch.).

² Ueber die Memminger Zusammenkunft vgl. Keim Schwab. Ref. 255 ss. Sie sollte im Hinblick auf die bevorstehende Nürnberger Synode (s. oben nr. 1) eine Einigung der oberländischen Städte bezüglich der Ceremonien herbeiführen. Strassburg hatte schon in früheren Briefen eine derartige Vorberatung abgelehnt und es als genügend bezeichnet, wenn die oberländischen Gesandten sich einige Tage vor der Nürnberger Versammlung in Ulm trafen und über eine gemeinsame Haltung verständigten.

³ Dies geschah bereits am 20. Februar (Keim a. a. O. 257 aus Coll. Simler). Bucer empfahl möglichste Freiheit in Haltung der Ceremonien, zugleich aber namentlich im Gebrauch der Sacramente möglichste Gleichheit. Die Memminger Beschlüsse wurden erst am 14. März nach Strassburg geschickt (Copie mit Begleitschreiben Ulms im Thom. Arch.), nachdem zuvor Blaurer am 1. März darüber an Bucer berichtet hatte. Keim a. a. O.

⁴ Schon am 25. Januar vom Landgrafen an Strassburg übersandt. S. oben nr. 6.

⁵ Vgl. oben nr. 1 (Punkt 4). Die Ratification der Appellation gegen den Augsburger Abschied war in Strassburg am 25. Januar in feierlicher Form vollzogen worden. Ausf. perg. im Thom. Arch.

nr. 5. Uebersendung des Briefes, den König Ferdinand anlässlich seiner Wahl an Strassburg geschrieben, sowie der Strassburgischen Antwort¹; bittet um Mitteilung der etwaigen Erwiderung Ferdinands. «Wellen uns auch versehen, sovil die wal belanget, wo mit ichte(?) darob, wie negst zu Schmalkalden etwas davon gehandelt², gehalten wirdet, es sol disen sachen nit zu ungutem geraichen.»

19. Kurfürst Johann von Sachsen an Jacob Sturm.

(Februar?)

Weim. G. A. Reg. H. Pag. 45-50. Nr. 5. Conc.

Dankt für Sturms Fleiss in der Schmalkaldischen Handlung. Bittet dafür zu sorgen, dass es in der Lehre vom Sacrament nach der zu Augsburg gegebenen Zusage auch von den Strassb. Predigern recht und gleichmässig gehalten werde.

nr. 10. «Unseren gnedigen grusz zuvor, erber und ersamer lieber besunder. wir vermerken von euch und euren mitgesanten, so uf negstem tage zu Smalkalden gewest, gar gnediglichen den vleis, so ir uf die negste Smalkaldische handelung bei euren hern zu Strasburk, unsern lieben besundern, auch sust furgewandt habt, daruf wir inen auch bei einem boten jetzt widergeschrieben haben³, wie das an zweifel an euch auch gelangen wirdet. und wiewol wir uns der cristlichen anzeig, so ir negst unsern reten, die wir zu Augsburg hinter uns verlasen, anlangende den artikel des hochwirdigen sacraments von berurts rats wegen auch weiter zu Smalkalden gethan habt⁴, gnügiglich erinren, alzo das wir derselbigen anzeig ein ganz gnedigs gefallen entpfangen, auch keinen zweifel doran weiter tragen, haben wir doch nit unterlaszen wollen, euch als dem, der uns nun fur andern bekant ist, die ding auch zu furdern weis und von den gnaden des almechtigen vor andern verstehet, zu schreiben, ganz gnediglich begerend, ir wollet mugelichen vleis dapei haben, domit es auch der prediger halb bei euch und der cristenheit zwuschen uns allen vorberurts artikels halben gleichmesig gehalten muge werden. und zudem das wir nit anders haben vernemen muge, dan das ir on das bisher dazu geneigt gewest und an vleis nichts verwinden lasen, so erzeigt ir uns auch hierin ein sunders gnedigs gefallen.» — Dat. fehlt.

20. Die Dreizehn an Landgraf Philipp.

Februar 20.

Marb. Arch. Ausf.

«E. f. g. beid schreiben, die von Lubegk und Frankfurt belangn, habn wir irs inhalts verlesen gehort und wolln den von Lubegk begertermossen durch unsern eignen boten, wie e. f. g. bi demselbn witem bericht empfohen wirt, wie und welcher gestalt wir uns in die verstentnis ingelossen haben, zuschreibn und darnebn uf die angezeigt rustung⁵ unser kondschaft machen

¹ Vgl. oben nr. 8, wo gesagt ist, dass Strassburg keine Antwort gegeben habe. Es liegt hier wohl ein Missverständnis von Seiten des Kurfürsten vor.

² Vgl. Band I nr. 861.

³ Höchst wahrscheinlich ist der in voriger Nummer abgedruckte Brief gemeint.

⁴ Vgl. Band I nr. 830 u. 861.

⁵ In welchem Schreiben? Wahrscheinlich in einem verloren gegangnen Zettel zu nr. 12.

lossen, und was uns des orts grundlich und gewisses zukompt und wir durch die von Frankfurt uf unser schreibn, so wir inen e. f. g. begern nach ouch thun wollen, verständiget werden, e. f. g. jeder zeit schriftlich zuschickken.» — Dat. Mo. n. esto mihi a. 31. nr. 35.

21. Kurfürst Johann von Sachsen an den Rat.Februar 21.
Torgau.*Str. St. Arch. AA 427, 2 Ausf.*

Setzt für Verhandlungen in Sachen des evangelischen Verständnisses einen Tag zu Schmalkalden auf Mittwoch nach Judica [März 29] an und bittet, denselben durch hinreichend bevollmächtigte Gesandte zu beschicken, damit man auch über die Bundesverfassung zur Gegenwehr «on hindergang» direct handeln und schliessen könne. Entschuldigt sich, dass er keinen gelegneren Platz für die Zusammenkunft habe benennen können. Dat. Torgau Di. n. esto mihi a. 31. — Lect. coram tredecim März 12¹.

22. Der Rat von Strassburg an den Rat von Ulm.

Februar (23).

Ulm. Arch. Ref. T. XII Ausf. perg.

Uebersendet Copie des Schreibens vom 8. Februar bezüglich der Aufnahme Lübecks in 'das Verständnis. «Dwil wir nun angeregten verstand angenommen und zugeschribn, haben wir dasselbig vorgedachten von Lubeck mit ingelossener copei der notel und darbi, das wir kein beschwerd sonder ein Freud hetten, das si die ouch annemen, zugeschribn.» (*) Bittet, Ulm möge seinen Entschluss in der Sache mitteilen². Dat. Do. 24. Febr. a. 31³. nr. 12.
nr. 8.

23. Die Schmalkaldische Bundesurkunde⁴.

Februar 27.

*Str. St. Arch. G. u. P. lad. 46/47 b nr. 455. Orig. perg. mit anhängenden, vollzähligen und vortreflich erhaltenen Siegeln zumeist in Holzkapseln.**Gedruckt bei Hortleder I l. 8 c. 8, Walch XVI 2470, Lünig R. A. pars spec. p. 249.*

Namen der Verbündeten. Da dem Evangelium Gefahr droht, so sehen sich die Genannten veranlasst, zum Schutz desselben einen «christlichen Verstand» zu schliessen. Der Bund soll nur zur Gegenwehr sein und nur in Glaubenssachen. Es können weitere Mitglieder, die das Evangelium bekennen, mit Wissen und Willen Aller aufgenommen werden. Dauer des Bundes 6 Jahre. Besiegelung durch Sachsen und Lüneburg.

«Von gots gnaden wir Johans des hailigen Romischen reichs ertzmarshall und curfurst und Johans Fridrich, vater und son, hertzogen zu

¹ Der Brief wurde am 4. März vom Landgrafen an Strassburg gesandt. In einem beforwortenden Begleitschreiben bat Philipp, Strassburg möchte sich bis zu der Zusammenkunft auch über das Verhalten zur Wahl Ferdinands schlüssig machen. (Thom. Arch.) Der Rat sagte in einem Brief an den Kurfürsten vom 13. März die Beschickung des Tages zu, ungeachtet dessen, dass die Einladung so spät erst eingetroffen war. Weim. G. A. reg. II. p. 45-50, Ausf.

² Ulm erwiederte am 3. März, dass es an Herzog Ernst und an Lübeck im gleichen Sinne wie Strassburg geschrieben habe. Str. St. A., AA 429 f. 185. Vgl. unten nr. 27.

³ Der Donnerstag fiel auf den 23. Februar.

⁴ Wir geben diese Urkunde ihrer grundlegenden Wichtigkeit halber nach dem Strassburger Original vollständig wieder, obwohl sie bereits mehrfach — freilich ziemlich incorrect — gedruckt

Sachsen, landgraven yn Doringen und *marggraven zu*¹ Meissen, Philips, Ot², Ernst unnd Frantz gebrüder unnd vettern, alle hertzen zu Braunschweig und Lüneburg, Philips landgrave zu Hessen, grave zu Catzenelnbogen, zu Dietz, Zigenhayn und Nyda, Wolfgang furst zu Anhalt, grave zu Aschkanien, her zu Bernburg, Gebhart und Albrecht gebrüder graven und hern zu Mansfelt, und burgermaister, ratman, innungsmaister, rete und gemaynhait der nachbenanten oberlendischen sachsichen und sehe stete, als Strasburg, Ulm, Costantz, Reutlingen, Memmingen, Lyndaw, Bibrach, Eisny, Lubeck, Magdeburg und Brehmen, bekennen hiran und tun kunt allermenglichem: nachdeme sich die leuft dieser zeit hyn und wieder gleich sorglich, geschwinde und vorabe dergestalt ertzaiigen, zutragen und anschicken, als ob man begerte, diejenigen, so das hehl, clar, rayn und unvormackelet wort gottes yn iren furstenthumen, steten, landenn und gebieten durch gnad und vorleihung des almechtigen predigen und vorkündigen lassen, dordurch allerlay misbrauch abgestellt und vorendert, mit gewalt und der tat von solchem yrem cristlichen fürhaben zu dringen, und aber yhe ayner yden cristlichen oberkait schuldig ambt ist, nit allain yren underthanen das hailig wort gots vorkündigen zu lassen, sonder auch mit allem vleis, ernst und vormögen dorfur zu sein, das sie von dem wort gots nit gezwungen oder abfellig gemacht werden: so wil unser hochste notturft und schuldig ambt der oeberkait erfordern, ob sich itzo oder kunftiglich zutragen oder begeben wurde, das imants uns oder unser undertane mit gewalt oder der tat von dem wort gots und erkanter warhait zu dringen (welchs dan der guetig barmhertzig got gnediglich vorhueten, und wir uns auch zu nymants vorsehen wollen) und also widerumb zu den abgetanen und vorenderten misbreuchen zu nötigen understunde, solchs alles möglichs vleis zu vorhueten. domit dan solcher gewalt abgewendet und das vaterben³ baider leib und sele unser und unser undertanen vorhütet werden möge, so haben wir got dem almechtigen zu lobe, zu mehrem gedeien und aufwachsen göttlicher freien lehren, zu erweckung und förderung

ist. Sie wurde ausgefertigt, nachdem die verschiednen Stände, namentlich die Städte, ihre Zustimmung zu dem in Schmalkalden December 1530 aufgestellten Bundesentwurf an den Kurfürsten geschrieben hatten. Vgl. oben nr. 8. Das Datum Februar 27 bezeichnet den Tag der Ausfertigung und Besieglung von Seiten Sachsens und Lüneburgs (s. den Schluss der Urkunde); von da ab beginnt die officielle Existenz des Bundes, obwohl die Besieglung seitens der andern Stände zum Teil erst viel später erfolgte, vgl. die Relation über den Schmalkaldner Tag unten nr. 33, sowie Sturms Schreiben vom 8. Mai (nr. 46). Bemerkenswert ist, dass unter den Bundesmitgliedern im Eingang der Urkunde auch Lübeck genannt ist, obwohl es damals noch keineswegs entschlossen war, dem Bunde beizutreten, vgl. nr. 33; man ersieht daraus, dass Sachsen mit Zuversicht auf Lübecks schliessliche Zustimmung rechnete, wie ja denn in der That diese Stadt am 3. Mai durch Herzog Ernst von Lüneburg aufgenommen wurde. Waitz Wullenwever I 112. Vgl. unten p. 31. Versiegelt wurde die Urkunde von sämtlichen Theilnehmern, mit Ausnahme Johann Friedrichs, für den sein Vater, und der Herzoge Ot und Franz von Lüneburg, für die Herzog Ernst mitsiegelte. Demnach trägt die Urkunde 18 Siegel, die an dem vorliegenden Strassburger Original sämtlich vorhanden sind. — In obigem Abdruck ist ausnahmsweise die Orthographie des Originals unverändert beibehalten.

¹ Von derselben Hand am Rande hinzugefügt.

² Dieser Name fehlt bei Walch, Hortleder und Lünig. Vgl. jedoch am Schluss.

³ = Verderben.

ayns cristlichen, einhelligenn wesens und fridens dem hailigenn Romischen reich deutscher nation und aller erbarkait, darzu gemaynen unsern furstentumen, steten und landschafften zu gutem, wolfart, ehre, nutz und frommen allain zu gegenwehr und rettungsweise, die aynem yden nicht allayn von menschlichen sonnder auch vonn geschriben rechten¹ zugelassen und vergönt ist, mit und gegen ainander ains cristlichen und freuntlichen vorstands vorainigt, entschlossen, denselben auch auf und angenommen, und tun das gegenwertig yn und mit craft dieses brives, in massen form unnd gestalt, wie hernach volgt: nemlich das wir zu allen tailen yhe ainer den andern getreulich und von hertzen maynen, halten und vor schaden warnen sollen unndt wollen, auch kaynner des andernn veinde und widerwertigen offenlich oder haymlich mit wissen durchschlaiffen, furschiebenn oder ennthalten; und demnach dieser vorstandt allain gegenwehrs und rettungsweise unndt gar nit dorumb angesehen, das imant under uns ainichen krigk anfehenn solle, ob sich dan begeben, das ainicher tail under uns, wer auch der were, umb das wort gots, evangelischer lehr und unnser hailigen glaubens oder umb sachen willen, die aus dem wort gots, evangelischer lere und dem hailigen glaubenn volgen unnd demselbenn anhengig, oder so ayn ander sach gegen aynem aus uns zu aynem schein furgewant wurde, das aber wir und die andern, die solche zeit nit angegriffen, ermessen möchten, das es vornemlich umb dieses gotsworts willen beschee, [befehdet]² oder vorgewaltigt und ubertzogen wolt werden oder befedet und ubertzogen wurde, und derselbig auf unns anndere schleunigs entlichs rechten leiden möcht, das dan wir alle die andern ynn diesem cristlichen vorstandt begriffen und ayn yder vor sich selbst, sobaldt wir das von dem vorgewaltigten oder sonst durch glaubliche erfahrung verstendiget bericht und innen wurdenn, die sach uns kayner andern gestalt sollenn anligenn lassen, dan als ob unnser yder selbs angriffenn, bevhedet, ubertzogen und also sein selbst aigen sache were, darauf auch an³ allen gefarlichen vorzug⁴ ayn yder seinem hoechsten vormögen nach unerwart der andernn den befedeten oder vorgeweltigtenn helffenn retten und entschutten, lufft und platz machen, wie dan yder zeit noch gelegenheit des handels durch uns die uberigen am füglichsten und fruchtbarlichsten vor gut unnd dinstlich angesehen und unnser yden cristliche liebe und treu auch sein aigene gewissen und selbstwolfart dohin weisen wirdt, unnd also denn handell aynander getreulich helfen furen, sich auch kaynn taill an³ der andern wissen und willen yn ayniche richtung, vortrag oder anstand lassen oder begebenn.

Es soll auch dieser unnser cristennlicher vorstand kaiserlicher maiestat unserm allergnedigsten hernn oder kaynem stand des hailigen Römischen reichs oder sonst ymants zuwieder, sonnder allayn zu erhaltung cristenlicherr warhait unnd fridens ym hailigen reich unnd deutscher nation unnd zu entschuttung unbillichs gewalts für unns unnd unnser unnderthann und vor-

¹ Bei Hortleder und Lünig steht: „von natürlichen und menschlichen sonder auch von göttlichen geschriben rechten.“

² Zu ergänzen nach Hortleder und Lünig.

³ = ohne.

⁴ = verzug.

wanten allayn yn gegenwehr und rettungsweise furgenommenn, da unnsere yder wie oben berurt recht gebenn und nemenn mag, [und nichts anders gemeynt werden]¹. so auch ymants weiter yn diesenn unnsere cristlichen vorstandt zu kommen begerte und vormals nicht dorinnen begriffen, der das hailig evangelionn angenommen, der soll mit unnsere aller wissen uud willen dorynn auf und angenommen werdenn, und soll dieser cristlicher vorstandt auf heut dato anfaenn und sechs jar die nagsten noch ainander volgent weren und von uns allenn semblich und ydem in sonderhait getreulich, aufrichtig, redlich und an alles gevärde voltzogenn und gehalten werdenn. unnd obs sach were, das man mit imants also vonn wegen des gotlichen worts und ursachen doraus flissend zu krieg kommen und der vor ausgang vormelter sechs jare gantz nicht zu end bracht wurde, so soll doch nichtsdesterweniger der von allen tailen unangesehenn das die bestimbten jare gantz vorlauffen unnd dieser cristlicher vorstandt sein end genommen, getreulich beharret und zu ende volfurt werdenn, kayn tail sich dovon auszihen oder absondern, unnd mag alsdan dieser cristlicher vorstandt, so es den parteien gefellig, woll lennger erstreckt werdenn.

Solichs alles und ydes gereden und vorsprechenn wir vorgnante curfurst, furstenn, gravenn unnd rete der stete bey unnsere ehren, wurden, waren worten unnd guten treuen an aides stat vor unns unnd unnsere erbenn oddere² nachkommenn etc. inn unnd mit crafft dieses gegenwertigen brives war, steht, vest unnd unvorbruchlich zu haltenn, dem gantzlich nachzukommen unnd zu gelebenn, dorwider nicht zu thun noch schaffenn getann werdenn inn kayn weis noch weg, alles erbarlich, getreulich unnd ungewerlich. unnd des allenthalbenn zu mehrem urkund, sicherhait unnd becreffigung, so habenn wir, obbemelte curfurst, fursten, graven unnd stete unnsere insigell, als wir hertzog Johans curfurst vor unns und unnsere son hertzog Johans Friderichenn zu Sachssenn unnd hertzog Ernst vor unns und unnsere baide brüder hertzog Otten und hertzog Frantzen von Lunenburg ann diesenn brief wissentlich thun hencken und gebenn monttags noch dem sonntag invocavit nach Cristi unnsere liebenn herrn geburt tausent funfhundert unnd ynn dem eynddreissigstenn jarnn».

24. Caspar Schaller an Peter Butz.

März 14.
(Basel).

Str. St. Arch. AA 4810 Orig.

Tag zur Vermittlung zwischen Zürich und den 5 Orten am 26. März in Baden. Zürich und Bern haben die Annahme der Tetrapolitana abgelehnt, wollen jedoch dem Bunde beitreten, wenn ihnen ihr Bekenntnis freigelassen wird. Basel hat diese Erklärung der Städte hinterhalten und andere Antwort begehrt. Hoffnung auf letztere. Oecolampad soll mit Zwingli handeln. Bitte um Geheimhaltung.

Berichtet über einen offenen Zwiespalt zwischen Zürich und den 5 Orten, der durch Schmähungen von Angehörigen der letzteren gegen Züricher Bürger

¹ Die eingeklammerten Worte sind durch Flüchtigkeit des Schreibers ausgefallen; ergänzt nach Hortleder, Länig, Walch a. a. O.

² = oder.

entstanden ist. Basel habe auf einem Bürgertag zu Zürich am 5. März zu vermitteln gesucht¹ und soviel erreicht, dass ein Tag aller Eidgenossen auf Judica [März 26] zu Baden anberaumt sei, wo die evangelischen Städte ihre Beschwerden vorbringen und die Bestrafung der Schuldigen beantragen sollen². Wenn diese Bestrafung nicht erlangt werde, sei zu befürchten, «es werd ein fur angon, das an wasser nimme ze löschen sig».

«Des saxischen verstands³ halber hatten sich di von Zürich einer langen meinung, wi ir ab zugebundner copien mit B bezeichnet⁴ zu erlernen [habt], uch antwortwis ze schriben entschlossen, doch darvon gefallen und der Berner antwort, di etwas kurzer und des inhalts gefolgt, namlich das inen die bekantnus durch uch uf dem richstag bescheen, nit annemlich, dan si dem, so des sacraments halben uf der disputacion [zu] Bern⁵, darbi uwere predicanten gwesen, [beratschlagt worden], zewider und etwas dunkler sig. solten si nun dise bekantnus an iere gmeinden, so noch zart und nit zum vesten erbuwen⁶, bi denen si ouch bishar und noch, wi das erhalten, predigen haben lassen, pringen, wurd inen zu ein grossen nochteil dienen; sind doch uwerer bekantnus und Butzers erluterung nit gar zewider: lond di in ierem werd beston und vermeinen, so man disen artikel uf ein eck setzen welle, nichts darvon melden und schlechtlich hin ingon, wie mandan mit dem lantgrafen ouch hiningangen ist⁷, wellen si witer dovon handlung heren; wo das nit, wellen si es ein gute sach lassen sin, und haben beide ort, Zurich und Bern, uf soliche meinung geschriben, di brief minen hern, uch di verrer ze antworten, uberschickt⁸. als nun min herren ir meinung vernomen, hat inen kein antwort gefallen wollen, sonder di brief hinderhalten, sonder inen wider geschriben⁹, das uch mit einer andren antwort zu begegnen sig; namlich dwil Butzer uwer bekantnus ein luterung geben, darbi iere predicanten gwesen, die gehort und nit widersprochen, das man deren ouch nit zewider sig, und so di notel des verstands von dem artikel des sacraments halber kein meldung triegen, sol man in ouch uf ein eck setzen und jedes ort den, wi es in getruw zu verantworten, lassen halten. dan alleinig ir und si nit sigen von kei. mt. daruber antwort ze geben erfordert worden. wo das mog bi dem churfursten [mog] stant haben, wol und

nr. 14.

p. 13 A. 1.

¹ Vgl. hierüber Eidgen. Abschiede IV 1 B. nr. 469 und Strickler Actensammlung III nr. 196, 210 etc.

² Eidg. Absch. nr. 479. Die 5 Orte erboten sich zur Sühne, die aber nicht erfolgte. Vgl. unten nr. 46.

³ Es ist der Schmalkaldische Bund gemeint.

⁴ Liegt bei, gedruckt in Zwinglii opp. II 3 p. 87 und bei Strickler III nr. 189. Auszug bei Escher Die Glaubensparteien etc. 202.

⁵ Im Januar 1528. Keim Schwäb. Ref. 58.

⁶ = erbaut.

⁷ Bezieht sich auf das 1530 mit Hessen geschlossene Burgrecht. Escher 189.

⁸ D. d. Februar 24 und März 9. (Ausf. im Thom. Arch.) Da diese Briefe bei Escher und Hottinger II 288 und Strickler III nr. 176 bereits gedruckt sind, so genügt hier wohl die obige Inhaltsangabe Schallers.

⁹ D. d. März 15, Strickler III nr. 236. Auffallend ist, dass Schaller schon am 14. März den Inhalt eines Briefes mitteilen kann, der erst am 15. abgeht! Wahrscheinlich hat er selbst das Concept zu dem Basler Brief schon am 14. verfasst.

gut, wo das nit geschee, aber was gut sig. doch bin ich in hoffnung, so si einander verrer horen, si werden sich einer andren und settigen antwort entschliessen; dan dem Ecolampadio ist mit dem Zwinglin darunder ze handeln ouch etwas befolen worden; mins bedunkens, so wer man wol eins, aber di hoffart der predicanten wil ein gut jor haben. land uch bi niemans merken, das ir deren dingen abgeschriften haben.» — Dat. Di. 14. März a. 31¹.

25. Die Geheimen von Ulm an die Dreizehn.

März 15.

Str. St. Arch. AA 429,190 Ausf.

nr. 21. Der Aufforderung des Kurfürsten zum Besuch des Tages zu Schmalkalden [März 29] werde Ulm Folge leisten. Was die Verhandlungen mit Augsburg wegen Beitritts zum Bunde betreffe², so hätten dieselben bis jetzt noch keinen Erfolg gehabt³. Dat. Mi. n. Oculi a. 31.

26. König Ferdinand an den Rat.

März 15.

Budweis.

Str. St. Arch. AA 411 Ausf.

Beglaubigt Wilhelm Rumpf, um Werbung zu thun behufs einer Anleihe, da sichere Kundschaft vorhanden sei, dass die Türken einen Zug mit unerhörter Macht vorhätten. Dat. Budweis 15. März a. 31⁴.

27. Der Rat von Lübeck an den Rat von Strassburg.

März 16.

Str. St. Arch. AA 429,195 Ausf. perg.

nr. 20,22. Dankt für ein Schreiben Strassburgs «mit darbi verwarter copi einer verbuntnis». (*) «willent ok in wideren bedenken nemen, to bequemer tit to beratslagen.» — Dat. «donerdags na oculi a. etc. 31.» — Lect. April 5.

28. „Instruction was unsere gesandten uf den tag zu Schmalkalden mitwuchen nach judica [März 29] handeln sollen.“ [Mitte März].

Thom. Arch. Reinschrift. Benutzt von Escher 242 (mit falschem Quellencitat: Str. St. Arch.)

Ausfertigung der Bundesurkunden. Keine Vollmacht über die Verfassung der Gegenwehr zu handeln. Die Stände sollen präcisieren, was in der Urkunde unter

¹ Mit diesem Brief kreuzte sich ein Schreiben Strassburgs, welches eben wegen der von Schaller besprochenen Dinge Auskunft verlangte. Es ist nicht vorhanden, sondern nur aus der officiellen Antwort bekannt, welche Basel darauf am 15. März erteilte (Str. St. Arch. AA 1809 Ausf.) und welche denselben Inhalt hat, wie Schallers Brief, nur dass die Inhaltsangabe der beiden zurückgehaltenen Briefe Berns und Zürichs fortgelassen ist. Vgl. unten nr. 31.

² Strassburg hatte eine Aufforderung des Landgrafen vom 4. März, Augsburg zum Beitritt zu veranlassen, mit dem Bemerkten an Ulm geschickt, dass nicht Strassburg, sondern Ulm die Aufgabe übernommen habe, mit Augsburg zu verhandeln. Ulm. A. Ref. T. XII.

³ Noch am 27. Mai erhielt Ulm zur Antwort, Augsburg könne in einer so wichtigen Sache so schnell nicht schlüssig werden, zumal da der von Ulm gegebene Bericht über Wesen und Inhalt des Bundes zu unbestimmt sei. Ulm. Arch. ebenda.

⁴ Ebenda Instruction für Rumpf, sehr allgemein gehalten, ohne nähere Aufschlüsse. Die Anleihe wurde vom Rat abgeschlagen, vgl. unten nr. 46; ferner Bucers Brief an Zwingli in Zwinglii opp. VIII 599.

Glaubenssachen etc. zu verstehen, und eventuell im einzelnen Falle durch Abstimmung entscheiden. Kreiseinteilung vorzuschlagen. Aufnahme der Eidgenossen zu beantragen ohne beschränkende Bestimmung über die Lehre. Die Entwürfe von Rotach und Schwabach der Beratung zu Grunde zu legen. Zu verhüten, dass den Städten mehr als den Fürsten auferlegt wird. Gleichheit bezüglich der Stimmen zu verlangen. Bestellung von Reisigen auf Wartgeld zu bewilligen, nicht aber von Fussknechthauptleuten. Die Anlage der eilenden Hilfe womöglich zu verringern. Anstellung zweier Procuratoren am Kammergericht. Kein Befehl über Ceremonien zu handeln. Appellationsinstrument. Strassburg behält sich ein besonderes Ausschreiben vor. Die Türkenhilfe nicht ohne vorherigen Frieden zu bewilligen. Gemeinsame Botschaft nach Frankreich zu beantragen.

Vor Allem sollen sie sich erkundigen, welche Stände den im December aufgestellten Bundesentwurf bewilligt haben, sodann darauf dringen, dass authentische Urkunden über den Bund ausgefertigt und den beteiligten Ständen zugestellt würden. Ferner sollen sie den Rat entschuldigen, dass er ihnen keine Vollmacht bezüglich der Verhandlungen über «die mass der gegenwehr» gegeben habe: der Grund liege eben darin, dass Strassburg noch nicht gewusst habe, wer sich dem Bunde angeschlossen hätte und ob die Eidgenossen beitreten würden. Bei etwaigen Beratungen über die Form der Gegenwehr sollen sie sich dagegen erklären, dass «ein benempte hilf, anzal und moss, wie ein Stand dem andern mit volk zu ros und fusz oder mit gelt zu hilf komen solt,» festgesetzt werde. «so aber die gesandten von dem churfürsten verstünden, das er etwas gewisser kondschaft oder erfarnis hette, dodurch man eins uberzugs gewertig were, sollen si sich in dem mit der gegenwehr der sachen zu näheren und sovil si fur notwendig ansicht, zu willign gwalt haben und sich in dem und andern also halten und erzeigen, wie beide, gelegenheit des gemeinen handels und einer stad Strasburg, nach irem besten verstand erheischen und erfordern wil.» Wenn solch dringender Notfall nicht vorhanden ist, so sollen sie nur folgende Fragen in Anregung bringen: «zum ersten, als drei ursachen angezeigt werden, in welchen man einem, so er uberzogen wurde, behilfflich sin soll, als namlich, so es geschehe 1) umb des gotsworts oder gloubens willen. 2) oder umb sachen willen, die dorus volgen oder dem anhengig. 3) oder so ein sach im schin furgewendt wurde, do aber die andern ermessen mochten, das es furnemlich umb des gotsworts willen beschee: dwil dann ein zweifel entstan mochte, ob ein sach umb des gotsworts willen oder dem anhengig were oder nit, dergleichen, wie man ermessen solte, das ein sach allein in einem schin furgewendt wurde etc., so wil von noten sin, hierinne nach wegen zu gedenken, wie solicher zweifel hingelegt werden mochte, als [z. B.] das etliche rate verordent wurden, die deshalbn zusammenkemen, die sach verhorten und zu erkennen hetten, ob man hilf thun solt oder nit; domit man aber des orts nit mit der fursten stimmen ubermeert, sollen die gesandten darauf arbeiten, das darin gleicheit gehalten werde. wo aber die sach so eilends, das die räte nit zusammenkemen mochten, mochte man die bündnis in etliche kreis teilen und das dann der, so sich uberzugs besorgte, dem kreis, darin er begriffen, sin ursachen, worumb er uberzogen, anzeigte, die also eilends zusammenkemen, und so sie also erkanten, das man im hilf schuldig, das si sich dann ilends mit der hilf erzeigten und den andern kreisen

solichs zuschreibn, sich mit hilf ouch haben zu erzeigen. uf diese oder andere glichmessige wege mochten die gesandten mit andern zu ratslagen und zu schliessen helfen gwalt haben. und das in allwege wol versehen wurde, das niemands kein krieg anfohen solte, sonder allein diese verstentnis zur gegenweer gebrucht werde. dwil ouch zu solicher gegenwehr einer stadt Strasburg und andern oberlendischen stetten niemans gelegener dann die Eidgnossen, sollen die gesandten bei den andern stetten und nachmals mit inen bei den chur. und fursten ouch durch mittel des landgraven daruf arbeiten, das dieselben ouch in diesen verstand bracht, und das der artikel das sacrament belangn uf ein ort¹ gesetzt wurde, dwil das volk sich nit gern in sonder artikel tringen losz und aber sonst die sach getrewlich und wol meint, und das die gesandten den fursten anzeign, das ein stadt Strasburg sonst in ansehung gelegenheit und das si also allein an einem ort gelegen on die Eidgnossen diesem verstand nit hoch erschiessen mochte[n], und das wir inen den fursten zu gutem die Eidgnossen gern in der sach hetten, damit wir inen dest basz mit hilf erschiessen mochten; dann so sonst die sach uns betrifft, haben wir on das ein burgrecht mit inen.» Ferner sollen die Gesandten die Bundesentwürfe von Rotach und Schwabach² mit nach Schmalkalden nehmen und der Beratung zu Grunde legen. Was ihnen aus denselben gut und billig erscheint, sollen sie bewilligen, das Uebrige höchstens auf Hintersichbringen annehmen «und besonders acht nemen, so ein oberster hauptman und kriegsräte geordnet wurden, das mit underhaltung desselben gleichheit gehalten und die stett nit vor andern beschweert werden, derglichen mit bestallung der reisigen und fuszknacht-hawbtlewten. gleicher gestalt sollen si acht haben, so etlich räte verordnet wurden, die do in furfallenden nöten zusammenkomen und durch den mehrteil stimmen zu besliessen macht hetten, das hierin die stimmen also geteilt, domit glicheit sovil moglich gehalten werde. und fürnemlich hierunder bedenken, das ein stadt Strasburg allein an einem ort gelegen; derhalbn si der andern zuziehens nit hoch ergetzt mag werden oder die andern mit irem zuziehen vast retten. und so man uf jetzigm tag etliche reisigen mit wartgelt bestellen wolte, ist der gesandten beger: dwil vormals uf graf Albrechts von Mansfeld anzeigen³ min herrn bewilligt, so ander stett ouch darin willigen wolten, ir anteil zu underhaltung solicher rewter zu gebn, das dann die gesandten gwalt solten habn zu bewillign als uf funf oder sechs hundert gulden etc. ein jor oder zwei. so man aber fuszknacht-hawbtlewt underhalten wolt, sollen die gesandten daruf arbeiten, das fur einer stadt Strasburg anteil kein gelt geben werde, sonder si etliche houbtlewt bi inen dorumb bestellen; mag man alsdann die schon bestellt sind, dazu gebruchen. gleicher gestalt mocht es bei den andern stenden ouch gehalten werden. so man vermoge der alten noteln ein ilende hilf erkennen wolt uf 2000 pferd und 10000 fuszknacht und man uf des richs anslag gen wolt, haben die verordneten uberslagen: so die bündnis von allen stenden, so den abschid zu Ougspurg nit angenommen, bewilligt wurde, das es einer stadt Strasburg ein monat uf 160 pferde und 900 fuszknacht loufen wurde, —

¹ = bei Seite.

² Vgl. Band I 614, 640, 682.

³ Vgl. Band I nr. 810.

thet ein monat zu underhaltung uf ein reuter 12 gulden und ein fusz knecht 5 gulden, [zusammen] 6420 gulden —, do sollen die gesandten anfenglich underston zum vleissigsten zu handln, ob die onlog geringert und wir nit so hoch angeslagen, sonder ein glichheit angesehen und gehalten werde; wu aber das nit, dwil man dann in der sach und ouch unser eigen sach ist, das die herrn gwalt habn.

Vis cal belangn: dwil beratslagt und beslossen uf nehst gehaltenem tag zwen procuratores und advocatn am camergericht von gemeiner stend wegn zu bestellen etc. und aber solichs nit volzogen, sollen die gesandten anmanen, domit solichs bescheet, sich ouch erbieten von einer stadt Strasburg wegen ir anteil zu underhaltung derselbn zu geben. und dobi anzeigen, das unser gelerten die erst exception incompetentie judicum fur besser ansehe dann die ander, das der richter suspect sei; dann man sich der arbitrorum, vor welchen die suspition soll effundig [?] gemacht werden, nit wol vergleichen mochte etc.

Ceremonien: ob man deshalb etwas handlung furnemen wolt, sollen die gesandten anzeigen, das si deshalb kein bevehl, dwil der abschid vermag, das ein tag gen Nuremberg ernant, do die gelerten zusammenkomen solten, und aber dis usschribn jetzign tags kein meldung davon thut.

nr. 1,4.

Der appellation halber sollen die gesandten die ratification, so hie durch ein rat bescheen, dem churfursten vermoge des abschids anzeigen und ime ein instrument derselbn behendigen; dabei ouch, so die appellation gestellt, deren copien begeren und mit harufbringn, die verner haben zu besehen und zu beratslagen. auch wes unser predicanten derhalbn und der widerteufer halb angestellt(*), mitnāmen, so deshalb rede gehalten wurde, sich haben zu gebrauchn. sodan des gemeinen usschreibens halb, dwil die sach zu Ougspurg geteilt gewesen, wil es sich nit wol mit einem usschreibn verantwortn lossen. so dann deshalb der churfurst sampt den seinen ein usschreiben anstellen und usgon wolt lossen, sollen die gesandten dermossen zugeben, das doch einer stadt Strasburg ouch zuvorbehalten sei, ir notdurft nach sich ouch in einem sondern usschreibn zu verantworten der sachen, so inen zu Augsburg und sonst zu unschulden ufgelegt worden etc. und mocht das sächsisch usschriben mit dieser oder dergleichen gemeinen clausel im titel angehengt usgon: verantwortung des churfursten zu Sachsen etc. sampt andern stenden dem wort gottes anhengig.

p. 15 A. 5.

nr. 1,5.

Turkenhelf belangen. dwil man noch kein endlich antwort von kei. mt. uf das erst gethon schribn, den friden belangn, hat, und aber nit destminder mandata vorhanden sein sollen, darin man gebeut, sich mit dem kriegsvolk gerust zu machen, onangesehen einich protestation oder supplication etc., sollen die gesandten eigentlich erfahren, wesz die stend, so die verstendnis angenommen, hierin gesinnt seien zu thun, und daruf arbeiten, das solich hilf nit gelegt, man hab dann ein friden; ouch zu beratslagen, wie man sich halten wolte, so jemans deshalb in die oucht oder ander peenfall declariert wurde.

nr. 6.

¹ Schon in einem Schreiben an den Landgrafen v. 3. Februar hatte Strassburg auf die Ernennung der Procuratoren gedrungen (Marb. Arch. Stadt Strassburg I).

p. 9 A. 1. Botschaft in Frankreich¹. sollen die gesandten anzeigen, das ein stadt Strasburg uf das schreiben, so inen us Frankrich zukomen und si nochmals dem landgraven zugeschickt, nit fur unnütze ansehe, doch uf ir churf. und f. g. verbesserung, ein gemein botschaft von allen stenden in Frankrich zu schigken, die offenbaren lügen zu verantwortn mit summarischem bericht unsers gloubens. und so es den andern stenden gefallen wolt, sollen die gesandten von den personen, so man schicken wolte und andern sachen dazu dienstlichen zu reden und zu besliessen gwalt haben.»

29. Instruction für die Strassburger Gesandten [in Schmalkalden] bezüglich der Römischen Königswahl². [Mitte März].

Str. St. Arch. AA 450,75 Reinschrift.

Warum Strassburg sich nicht in die Wahlsache zu mischen habe. Vielleicht besser, den König in Deutschland zu haben, als den Kaiser. Ein Krieg wegen der Wahlsache sei bedenklich. Man soll sich begnügen, wegen des Glaubens Sicherheit zu erlangen. Nur bei Einhelligkeit aller Stände will sich Strassburg dem Protest gegen die Wahl anschliessen.

«Dwil ein stadt Strasburg unz hiehar sich keiner waal je underzogen, ouch keinem Romischen konig je gehuldet oder geschworen noch einich reichsstewr geben, sonder die konig, so jeder zeit gewält worden, nit anders angenommen, denn so si uf reichstäg beschriben worden, erschinen und so etwas do von gemeinen stenden bewilligt und beslossen, das iren gewissen und harbrachten friheiten und liberteten nit zuwider, dasselbig als ein frei stadt und glich³ des heilign richs helfen leisten: sollen die gesandten anzeigen, das ein stadt Strasburg mit jetzt geweltem Romischem konig ouch nit verner zu schaffen noch zu thun mit annemung oder nit annemung desselben hab, dann so ferr er ein stadt Strasburg bei irem gloubn, ouch liberteten und herkommen pleibn löst, haben si ime in solich sin waal oder regierung uber andere stende im reich kein intrag oder inrede zu thun. deshalb einer stadt Strasburg halben von unnöten, sich zu entsliessen, ob si ine fur ein Romischen konig haben wollen oder nit oder gehorsam leisten, dwil si noch umb nichts von ime ersucht sind, und ob si schon ersucht wurden, nit witters dann wie oblut schuldig sind. zudem so stand noch bei eim rate hie in grossem zweifel, welchs den evangelischn handel zum furstendigsten sei, das man den konig nit anneme und also villicht dadurch kei^r mt. person in Teutschlanden behalten, oder so man in liesz konig pleibn und die kei. mt. us dem reich wider in Hispanien keme etc.

So ist ouch zu besorgen, wo die evangelischen stende diesem konig der wal halb sich widersetzen und es deshalb zu eim krieg kommen solte, es wurden sich vil lewt in diesem fall, dwil es den glaubn nit betreffe, gegen

¹ Vgl. das Schreiben des Kurfürsten über diese Angelegenheit vom 13. Februar (oben nr. 13), welches erst am 22. März den Strassburgern bekannt wurde, d. h. erst nach der Abreise der Gesandten. S. unten nr. 30.

² Dass diese undatierte Instruction für den Schmalkaldner Tag im März 1531 gegeben ist, ersieht man aus dem Inhalt im Vergleich mit dem entsprechenden Verhalten der Gesandten auf jenem Tage. Vgl. nr. 33.

³ Verschieden für „glied“.

den evangelischen gebruchen lossen, die sich sonst in sachen des glaubens nit bruchen liessen. so hat man sich ouch allwege in sachen, die usserlich und das gewissen nit betreffen, aller gehorsamen gegen kei. mt., die dann diese wal bewilligt und gefurdert, erboten; deshalb die gesandten sollen anzeigen, das dieser handel wol zu bedenken und, wo man von jetzigm konig sonst des glaubens halber Friden und versicherung haben mocht, sich nicht lichtlich in gfor eins kriegs gegen ime zu begeben. wo aber je die churf. fursten und andere stende onangesehen erzelter ursachen fur nützer und besser einhelliglich besliessen und ansehen, das man noch zur zeit den gewelten konig nit annehmen oder gehorsam leisten solte[n], domit dann ein stadt Strasburg nit angesehen werde, als ob sie sich hierin von den andern trennen wolte, sollen die gesandten in alles das, so also einhelliglich fur gut angesehen wurt, ouch zu bewillign mocht haben. wo aber jemens under den obgemelten stenden das nit bewillign oder uf hindersichpringn allein annehmen wolte, sollen alsdann unsere gesandten solichs ouch nit willign sonder hinder sich zu bringn annehmen.» — Dat. fehlt.

30. Jacob Sturm und Jacob Meyer (an den Rat).

März 20.
Rastatt.*Str. St. Arch. AA 450 f. 85. Orig. von Sturm.*

Haben die Schriften des Kurfürsten und Landgrafen an Frankreich verlesen. Sind unzufrieden damit. Dem Boten Geld vorzustrecken. P. S. Pulverlieferung.

«Wie wir disen oben gon Rastett komen¹, sind des churf. zu Sachsen und landgraven etc. diener zu uns komen und ir instructionen und bevelch angezeigt², daneben uns umb furderung gebeten an euch unser hern, und namlich der Sachsisch umb zerung, im in Frankreich furzustrecken etc. wiewol nun wir und Conrad Joham mit uns die geschriften in Frankreich verlesen und dieselb uns, dweil si allein in latein und nit in französisch gestölt, nit fur hoch erschieszlich angesehen, zudem etwas zu kleinmütig auch bedunkt, so haben wir doch, dweil es dem churf. landgraven und Nurnberg also gefallen, bei uns nit konnen gedenken, das si von uch unsern hern zu weigern sei, und deshalb recht in namen gots die schrift lossen ein schrift sein.»

Sturm bittet auf Grund eines besondern Schreibens, das er vom Kurfürsten erhalten³), dem Boten desselben eine Summe Gelds vorzustrecken, ferner den Brief (an Frankreich) zu versiegeln. «gott gebe, so er in der geistlichen hand, dan der groszcanczler in Frankrich ein cardinal ist⁴, kumet, das er uns nit zu nachteil bei dem kunig verdolmetscht werde.» — «Dat. Rastett abents spat noch den XI, mentag noch letare a. etc. 31⁴.»

¹ Auf der Reise zum Schmalkaldner Tage, wo sie als Vertreter Strassburgs zu fungieren hatten. S. nr. 33.

² Die Boten mit den Briefen an England und Frankreich, vgl. oben nr. 13.

³ Cardinal Du Prat. Vgl. Soldan Geschichte des Protestantismus in Frankreich 110 ff.

⁴ Im Weimarer Archiv H. pag. 50/51 nr. 6 befindet sich ein Bericht des sächsischen Boten Mathis Reimbolt über seine Reise. Darin heisst es über die religiösen Verhältnisse Strassburgs: «es gehe auf dreien haufen, vil seind zwinglisch, viel lutherisch, auch viel papistisch; man merk auch nicht, das die prediger etwas von zwinglischer lehr nachgelassen und seind die prediger da sehr verhasst.» Ferner klagt Mathis über den Geiz der Strassburger, die ihm gar nichts in die Herberge geschickt hätten etc.

P. S. Auch der Rentmeister des Landgrafen, der die 100 Centner Pulver begehrt¹, sei bei ihnen gewesen. Bezüglich dieser Sache sei ihr Rat, das Pulver lieber gegen Bezahlung (1000 fl.) als auf Wiedererstattung zu liefern.

31. Der Rat von Basel an die Dreizehn.

März 24.

Thom. Arch. Ausf. Kurzes Regest bei Strickler III 277. Concept im Basl. Arch. miss. 51 fol. 54 ohne die auf Bern und Zürich bezügliche Einleitung und mit Datum März 25.

Hat die ersten Erklärungen Zürichs und Berns betreffs Annahme der Tetrapolitana zurückgewiesen. Schickt die neuen Antworten. Billigt das Strassburger Bekenntnis, will es aber nicht unterschreiben. Ist sonst geneigt, dem evangelischen Verständnis beizutreten. Bittet um Entschuldigung bei den Fürsten.

- Auf Strassburgs Antrag an die evangelischen Eidgenossen auf dem letzten
- nr. 14. Tage zu Basel, betreffend die Annahme der Tetrapolitana und den Beitritt zum Schmalkaldischen Bunde, hätten Zürich und Bern Antwort geschickt,
- nr. 24. die aber ihnen, den Baslern «dheinswegs und besonders in der substanz nit gefallen» hätte; «und [haben] also die missiven im besten hinderhalten und inen den heiden orten Zurich und Bern des inhaltz, wie ir ab hiebi gelegten
- p. 21 A. 9. copien mit A bezeichnet zü vernemen haben, widergschriben; die sind uns mit witerer antwort — und namblich die von Zurich, wie ir ab hie ingethonen copien mit B² bezeichnet und die von Bern mit C³ bezeichnet zü erlernen haben — begegnet. und damit ir unsers gemüts ouch wüssen tragen, fugen wir üch fruntlicher meinung ze wüssen, das wir die bemelte uwere bekantnus, wie die durch den Butzer gelütert, unverworfen, sonder fur christlich recht güt achten und halten. und demnach aber diser artikel nit die hauptursach, darumb die christliche verstentnus, so mit dem churfursten von Sachsen ouch andern fursten und stetten, so das wort gottes und ewangelische leer in sich selbs gepflanzt, verhablich, sonder [das der zweck nach]⁴ inhalt der notel, das wir zü allen teilen bi dem heiligen gotlichen wort und ewangelischer warheit unvertrungen pliben mogen etc., wil uns nit bedunken gut noch von nöten sin, diser bekantnus halp in der verein nützit ze begrifen, oder das wir uns deren unterschriben thügen. sover sich aber die churfursten, fursten und stett gegen uns benugen lassen, das wir wie vorgemeldet uwer bekantnus unverworfen fur christlich recht und güt achten und one verer unterschriben

¹ Der Landgraf und Herzog Ulrich von Württemberg hatten am 9. resp. 10. März die Stadt um leihweise Lieferung von 100 Centner Pulver gebeten, um damit das Schloss Hohentwiel zu versorgen, wo Mangel an Munition sei. Basel sollte den Transport nach Hohentwiel übernehmen. Str. St. Arch. AA 434. Benutzt von Wille 59. Schaller schrieb am 1. April aus Basel, dass das Pulver schon weiter an Zürich geliefert sei, von wo es nach Twiel geschickt werden würde. Str. St. Arch. AA 1814.

² D. d. März 17: Zürich erklärt sich mit Basel einverstanden; es verwerfe das Strassburger Bekenntnis durchaus nicht, wolle sich aber auch nicht zur Annahme desselben dringen lassen. Gedruckt bei Strickler III nr. 244.

³ D. d. März 19: antwortet kurz, dass es die Sache bei seinem früheren Schreiben beruhen lasse. Thom. Arch. Copie.

⁴ Die eingeklammerten Worte stehen nur im Concept, sind aber jedenfalls in der Ausf. nur durch Versehen des Schreibers ausgelassen.

oder ersuchen dises artikels den verstant, wie die vergriffene notel, darin diser bekantnus mit dheimem wort bedacht, mit uns anzenemen gesinnet, wellen wir gern verrer red darvon hören und uns gepurlich im handel erzoigen. wo aber der churfurst, fürsten und stett uns nit hiebi pliben [lassen], sonder, das wir uns uwer bekantnus unterschriben oder in disen artikel verrer erläutern, und das söliche bekantnus dem christenlichen verstant ingelipt [werde], begeren, wurden wir unser meinung mit etwas verstendigern worten, dann noch bisar beschechen anzoigen. wann aber solichs dem christenlichen verstant und vereinigung — das uns doch in trüwen leid — hindernus gebernen [würde], müsten wir im namen gottes beschechen und got walten lan, ungezwivelter züversicht, er werd uns bi sinem heiligen wort und warheit erhalten. das alles wir uch unsern fürgeliebten fründen und christlichen mitburgeren antwurtswis unangezoigt nit wellen lassen, mit fruntlichem begeren: diewil unser getruw lieb Eidgnossen und christenlich mitburger von Zurich und Bern mit uns uwer bekantnüs fur christenlich recht und güt achtent und aber die ze unterschriben oder in die verein ze vergrifen der ursachen nit gehellen können, (der ursach) das die etwas dünkler, dann wir bi uns in disen artikel predigen und leeren lassen, und deshalb bi den widerwertigen, das wir der warheit abgefallen usgeschrüwen werden möchten, das dann ir als die mit uns in der houptsach disz artikels glich verstendig, bi hochgemelten churfursten, fursten und stetten, das si uns hierinne witer unersücht bi obgenanten unserer meinung und anzoigung der notel pliben lassen — als uns, ir für üch selbs ze thün gneigt sind, nit zwivelt —, wol fürtragen mögen, und was uch hierinnen begegnet, uns schriftlich verstendigen wellen.» — Dat. Fr. 24. März a. 31.

32. Die Dreizehn an Jacob Sturm und Jacob Meyer in Schmalkalden.

März 27.

Thom. Arch. Ausf. von Butz.

Uebersenden die Antworten der Eidgenossen «des christlichen verstands halb.» «die wolt also bi euch in der geheim verlesen und demnach vermog uger instruction ouch noch erheischung des handels uf uger bescheidenheit mit besten fugen die substans furtragen und die brief nit eroffnen, sonder underston zu handeln, ob man gedachte unsere cristlichen mitburger des begerten artikels halb fri ston liesz und sonst uf den vergriff der notel handelt, wie ir dan zu thun geschickt sind.» — «Dat. mendag post judica hora 9^a ante meridiem a. 31.»

nr. 31.

33. Relation Jacob Sturms und Jacob Meyers über den Tag zu Schmalkalden.

März 29 — April 3.

Thom. Arch. Orig. (abwechselnd Sturms und Meyers Hand). Benutzt von Escher 243 (mit falschem Quellencitat: Str. St. Arch.).

In Schmalkalden Anwesende. Ueber gleichmässige Predigt der Abendmahlslehre. Besieglung der Bundesurkunde. Brandenburgs und Nürnbergs Abneigung gegen den Bund. Erklärungen Dänemarks, Mecklenburgs, Pommerns, Lübecks, Braunschweigs auf die Aufforderung zum Beitritt. Verhandlung über die Eidgenossen aufgeschoben, bis ihre Antwort kommt. Ulm schreibt wegen der Türkenhilfe. Gespräch der Lübecker und Strassburger Gesandten. Lübeck erhält Bedenkzeit wegen des Beitritts. Beratung

über die Gegenwehr bis zur nächsten Zusammenkunft verschoben. Sachsen erklärt sich gegen den Bund mit den Eidgenossen, die andern Fürsten dafür. Der Kurfürst soll weiter angesucht werden. Schrift an den Kaiser. Der Landgraf soll bei Sachsen wegen der Eidgenossen handeln. Strassburgs Erklärung wegen der Wahl Ferdinands. Bericht der Fürsten über die Wahlsache.

Ankunft in Schmalkalden am 29. März. Anwesende Fürsten und Botschaften: Kurprinz Johann Friedrich, Ernst und Franz von Lüneburg, Landgraf Philipp, Wolfgang von Anhalt, Albrecht von Mansfeld, Gesandte Philipps von Braunschweig; ferner Botschafter der Städte Magdeburg, Bremen, Lübeck (mit vier Gesandten), Constanz, Ulm, Memmingen, Reutlingen, Bibrach und Lindau.

Donnerstag März 30: Hans von Minckwitz als Gesandter Sachsens dankt den Städten für ihr Erscheinen und entschuldigt das Ausbleiben des Kurfürsten durch Krankheit. Er wünscht, dass jetzt, nachdem Luther und Bucer sich des Sacraments wegen verglichen, «solichs durch all predicanten uf den canzelen glichformig dem volk angezeigt werde etc., uf das solichs in alle Welt erbreitet werd.»

nr. 23.

Verlesung der Bundesurkunde, von welcher 20 Exemplare, auf Pergament geschrieben und vom Kurfürsten versiegelt, vorgelegt werden. Dieselben sollen zur Besieglung zunächst an die sächsischen Städte und dann an Strassburg geschickt werden, von wo sie über Ulm an den Landgrafen zurückgelangen sollen. Brandenburg und Nürnberg haben schriftlich mitgeteilt, dass sie dem Bunde nicht beitreten können, «mit vilerlei ursachen der theologen, das man sich gegen k. mt. nit weren soll etc.» Hans von Minckwitz und der Lüneburgische Kanzler berichten über die mit verschiedenen Ständen gepflognen Unterhandlungen behufs Teilnahme am Bunde: «und ist namlich ein instruction des konigs zu Denmark¹ an lantgraven verlesen worden, dorin der konig anzeigt, wiewol er fur sin person dem evangelium geneigt, so seien doch vil bischof, die eins grossen vermögens und anhangs im konigreich, denen ouch der adel zuom gressern teil anhang, derhalben er dis verstendnüs als konig etc. nit wisz inzugon. aber der land und furstentumb halb, di er under dem reich hett ligen, sei er willig die verstentnus anzunämen. h[erzog] Heinrich von Meckelburg zeigt ane, wie sine rät den abschid zu Augspurg unterschriben, deshalb wöll im nit wol gepuren, den verstand also anzunämen, aber sonst soll man sich zu ime versehen, das er nitt wider uns sein wollt etc. h[erzog] Bernin² von Pomeran zeigt [an], das er fur sin person geneigt, aber sin bruder als der elter hab das regiment zum merteil in sin handen etc., deshalb auch abg[eslagen]. Lubeck hat ir potschaft hie; die sind willig, doch das ir unvermuglichkeit der kosten halb, so in dem Denmarkischen krieg erlitten, bedacht werde, und so si von kunig Cristierna uberzogen, wes si sich vertrösten solten³. Brunschwig schribt h[erzog] Ernst von Lunenburg als irem landesfursten, was der thüge, wollen si im anhangen; achten

¹ Friedrich I., zugleich Herzog von Holstein.

² Barnim.

³ Ueber Lübecks Kämpfe mit Christian II., dem von Friedrich I. verdrängten König von Dänemark, vgl. Waitz Wullenwever I 111 ff.

von unnöten, das si sonderlich die bundnüs annämen etc. item als uf den oben den anderen erlobt¹, sind her J o c o b und ich erfordert zuo pleiben und haben den fursten anzeigt: nachdem vorgehaltens tags alhie zuo Schmalkalden uns befohlen, mit denen von Zurch, Bern und Basel zuo handeln, das solich durch miner hern gesanten botschaft zuo Basel erworben, doruf noch nit antwort gefallen². so aber in kurzem antwort gefall, werden mine herren dieselbig uf furderlichst allhor ververtigen. doruf die fursten geantwort, das si unser hern handlong und angekörten vleisz zu genedigen gefallen verstanden, und wollen also erwarten, ob einiche antwort käme; wo aber kein käme, wollen si nit destminder mit uns deshalb hie verner handeln. item uf gedochten donstag am oben umb die sibne ist denen von Ulm ein post zuokommen, deren datum am sondag [März 26] zuo 10 uren noch mittag; dobei inen³ ein brief, der an alle stend jetz zuo Schmalkalden stet, des inhalts: das die von Rutlingen schreiben, das sie durch ein k. mandat erfordert, ier kriegsvolk nemlich 100 zuo fuosz und 12 zuo ros z reit⁴ [zu] machen, dan der Durk sige in das konigreich Sicilien ingefallen und habe dasselb erobert und ingenomen⁵, und roten die von Ulm in ierem schreiben, das die ieren allhie die durkenhilf helfen furderen. item uf gemelten oben hat der lantgrof ein vas win und 5 seck haberen geschenk[t] in unser herberg; hat man wider geschenk[t] dem futermeister 2 gl. duor⁶ uns. Uf fritag morgen [März 31] begerten die von Lubeck zuo uns zweien. also gingen wier zu inen in die kirch, do zeigt der ein allein uns an, und pliben die dri uf eim ort, wie das er von uns von Straszburg, als zuo denen sie ein sonder vertruhen hetten, begerte zuo vernemen, welcher gestalt es mit diser verstentnis gehalten solt werden, so ein stand befedet würd und ein ander sach angezeigt [würde], domit nit gemerkt wurd, das solcher uberzug umb des evangelischen handels willen gesche, als nemlich gegen inen mecht gescheen mit hern Cristernen etwo konig zuo Denkmak, gegen dem sie noch unvertragen stunden. es wer ouch jetzt uf den . . . tag aprilis ein tag deshalb angesetzt. doruf inen her J o c o b [Sturm] anzeigt, das man inen allen guoten willen zuo bewisen geneigt, inen ouch nit bergen wolle, und domit den inhalt des verstands erklet, ouch gesagt, das die fursten jetzt in bedocht und handlung sigen, welcher uns unverhalten pleiben werd etc.»

Die Fürsten antworten auf Ulms Schreiben wegen der Türkenhülfe, Ulm möge den Beschluss der Stände abwarten, welche diese Sache sorgfältig erwägen würden. — Verhandlung der Stände mit Lübeck wegen der Aufnahme in den Bund.

Samstag [April 1]: Die Lübecker Gesandten verlangen und erhalten Abschrift der Bundesurkunde, welche sie an ihre Herren bringen wollen. Es wird beschlossen, dass Lübeck bis zum 30. April seinen Entschluss an den

¹ Erloubt = erlaubt, Urlaub gegeben.

² Das Schreiben der Dreizehn mit den Antworten der Eidgenossen d. d. März 27 (nr. 32) kam erst am 1. April in Schmalkalden an, vgl. weiter unten.

³ = innen.

⁴ = bereit.

⁵ Diese Nachricht beruhte auf einem falschen Gerücht.

⁶ = durch?

Herzog von Lüneburg und an Bremen schreiben soll. — Einsetzung zweier Ausschüsse 1) zur Beratung der Gegenwehr, 2) zur Abfassung einer Schrift an den Kaiser.

Sonntag [April 2]: Der erste Ausschuss beschliesst Verschiebung der Beratung über die Gegenwehr bis auf einen demnächst abzuhaltenden Tag zu Frankfurt [Juni 4]; daselbst soll auf Grund einer von den Fürsten vorgeschlagenen «notel» oder «uf ander masz» gehandelt werden. «item so hat her Jacob anzeigt, das uf gestert palmoben [April 1] uns die antwort der Eitgnossen von unseren herren <uns> zuogeschickt iers inhalts. doruf noch mittag noch langem beratschlagen der fursten in abwesen unser der stett ist uf den oben durch grof Albrecht von Manszfeld der her von Wildenfels, her Hans Minckewitz und¹ und zeigten an, das inen nit gemeint wolt sein, die verein mit den Eitgnossen inzugon, sie weren dan glicher bekantnus des sacraments halb mit inen etc. zuo anderen der hulf halb wolten sie uns ein notel derselben zuostellen, unseren herren anzuzeigen, doruf zuo obgemeltem tag uf die oder ander mosz zuo handeln und mit gewalt erscheinen zuo schliessen².» — «glich doruf den oben ist der lantgrof zu uns den stetten komen und anzeigt, das herzog Ernst, er der langrof, grof Albrecht, Wolfurst von Anhalt, herzog Philips von Brunzwig nit gefallens ab dem abschlag [hetten], sonder geneigt [wären], mit den Eidgnossen sampt uns den oberlendischen ouch sehestetten in die verein zu komen, deshalb sin gnaden begeren: wier von Straszburg mit inen den Schweizeren deshalb handeln solten. haruf wier bedocht genomen und morgens mendags [April 3] sinen gnaden [geantwort]³ — nach der antwort, so wier den fursten gemeinlich geben als volgt, — nemlich das uns für guot ansehe: dwil des Kurfursten suon, herzog Hans Friderich, an sin hern vater solichs gelangen wolt lossen, und wier den Eidgnossen dasselbig nit bergen würden: das deshalb die sach steh [?] ruhig [?]⁴, biz die antwort gefiele; so dan die zuolessig, hets sein weg, so abschlegig, alsdan wer verrer gedenkens zuo haben etc. nuon goben wier die stet uf vorgemelt 3 artikel uf gedochten mendag morgen antwort, das wier uns die schrift liessen gefallen an k. mt.⁵ sodan der Eidgnossen halb wer unser undertenig und vleissig bit, das herzog Hans Friderich sollte das an sin hern vater lossen langen und sobald thunlich uns antwort zuosenden. doneben hat her Jacob ad partem mit hern landgrofen und dem friherren von Wildenstein geret in beisein min, das iere gnoden mit hechstem vleis drob und dran sigen, das sin kurf. gnod im so-

¹ Lücke.

² Die von den Fürsten zugestellte Notel der Gegenwehr im Str. St. Arch. AA 427. Es heisst darüber im Abschied (ebenda): wenn die Städte nicht geneigt wären, «etwas von sachen die gegenwer belangend in die oder ander wege schliesslich zu handeln», so sollten sie es dem Kurfürsten drei Wochen vor dem Frankfurter Tage schreiben, «damit sich derselb mit abkundung solchs tags wisse zu halten». Vgl. das Strassburger Gutachten über den Entwurf zur Gegenwehr unten nr. 48.

³ Ist durchstrichen, muss aber offenbar wiederhergestellt werden.

⁴ Zweifelhafte Lesart.

⁵ Gedruckt d. d. April 4 bei Lanz Corr. I 162: die Stände lehnen die Türkenhülfe ab, wenn ihnen nicht Garantien gegen das Kammergericht, gegen Acht und Bann gegeben werden.

lichs gefallen lassen, und so die antwort zuolessig gefiele, solichs desto furderlicher uns zuo verkunden, uf das wier vor dem tag, der zuo Frankfort gehalten werden soll, <wier> mit den Eidgnossen handeln mochten; so aber abschlegig, mocht wol verspetet werden; das inen iere gnoden gefallen lassen. am mentag post prandium beschickt uns lantgrave und der von Wildenfels in namen h[erzog] Hans Fridrichs und begerten von uns zu wissen, wes unsere hern gesint weren in negotio electionis novi regis, und wes wir für gewalt dorin hetten. doruf gaben wir antwort: wie unser hern mit dem kunig nichts zu thun, im auch kein verner gehorsam zu leisten schuldig, dan so er si bi iren friheiten und glauben beliben liesz. aber nit destminder, so alle evangelische stende der sachen halb etwas einhelliglich entschliessen, würden sich unser hern von andern nit sondern; so man sich aber nit einhellig hielt, müsten wir solichs hinder sich bringen. doneben aber hetten wir als gestern gehört, das sich der churfurst beschwert, die Eidgnossen in disen verstand zu namen; do hetten wir fursorg, das unser hern dorab ein grosse beschwerde entpfohen wurden und sich on dieselben nit lichtlich gegen dem newen konig setzen. gleich dornoch kam der verordent usschuz zusammen, den abscheid zu setzen; als der vergriffen, ward er den fursten vorgehalten sonderlich, die theten dorin etwas enderung und liessen uns den ganz gegen dem obent hören. zeigten daneben an, wes si sich der koniglichen wal halber entschlossen, liessen uns auch hören, wes der kunig dem churfursten ge[schrieben], und er im doruf geantwort; erboten sich daneben uns die handlung zu Coln uf dem waltag verlofen sehen zu lassen¹ mit beger, so wir deshalb gewalt, in handlong inzulossen²; wo wir aber nit gewalt, solichs hinder sich zu bringen und uf nechten tag unser gemüt zu eroffnen³.

34. Strassburgs Beziehungen zu den Eidgenossen während des Müser Kriegs. März—April.

Ermordung einer Graubündner Gesandtschaft durch den Müser. Zürich fürchtet allgemeinen Krieg, bittet Strassburg und den Landgrafen um Aufsehen. Basel äussert sich gleichfalls besorgt. Ruhige Haltung Strassburgs. Verhalten des Landgrafen; er sendet Alexander von der Thann, um Hilfe anzubieten. Kaiserliche Rüstungen ergeben sich als Phantasiegebilde. Günstiger Verlauf des Krieges für die Evangelischen. Der Landgraf sendet Heinz von Luther mit neuen Anerbietungen. Dieselben werden als überflüssig abgelehnt. Unwille Basels über Zürich. Weiterer Verlauf und Friedensschluss.

Der sogenannte „Müserkrieg“, welcher im Grunde genommen nichts Anderes war als eine ziemlich unbedeutende Fehde localer Natur, hat nichtsdestoweniger durch die Auffassung, welche ihm von einem Teil der Evangelischen beigemessen wurde, mehrere Wochen hindurch die Gemüter

¹ Wahrscheinlich der oben p. 4 Anm. 1 erwähnte Bericht.

² Ein Entwurf, wie die Städte an den König schreiben und ihren Zweifel an der Rechtmässigkeit seiner Wahl aussprechen sollten, befindet sich im Str. St. Arch. AA 429 f. 63.

³ Nicht erwähnt ist in diesem Bericht, dass Sturm und der hessische Landschreiber schon auf dieser Zusammenkunft den Auftrag erhielten, im Namen aller Stände den Friedrich Reifstock und den Licentiaten Helffmann als Procuratoren am Kammergericht zu bestellen. (Copie des Abschiedes Str. St. Arch. AA 427). Für Reifstock trat Hierte ein.

nicht nur in der Schweiz, sondern fast im ganzen Reich in Aufregung gehalten. Da Veranlassung und Verlauf dieses Krieges, auch Strassburgs Stellungnahme dazu, bereits durch frühere Quellenpublicationen hinlänglich bekannt und erst kürzlich in den Arbeiten von Escher und Lenz ausführlich gewürdigt worden sind¹, so begnügen wir uns hier mit einer kurzen Uebersicht und geben nur einige bisher unbekannte Briefe im Auszuge wieder.

Johann Jacob aus dem Geschlecht der Pseudo-Medici, ein abenteuerlicher Söldnerführer, hatte sich im Jahre 1525 des Schlosses Musso am Comersee bemächtigt und lag seitdem fast in beständiger Fehde mit den Graubündnern. Als nun im März 1531 der „Müsler“, wie er nach seiner Burg genannt wurde, eine Gesandtschaft, welche die Bündner nach Mailand geschickt hatten, ermorden liess, glaubte Zürich mit Zwingli an der Spitze, in diesem frevelhaften Beginnen des Italiens das Vorspiel zu einem allgemeinen Angriff auf die Evangelischen zu erkennen. Allerlei Gerüchte über Rüstungen des Kaisers und König Ferdinands, sowie über Hülfstruppen, welche Marx Sittich aus Oesterreich dem Müsler bereits zuzuführen im Begriff sei, verstärkten den Argwohn, und als nun gar die katholischen Fünf Orte sich weigerten, die den Bündnern angethane Schmach rächen zu helfen, schien den Zürichern kaum ein Zweifel möglich, dass die Fünf Orte mit im Complot seien und dass der Ausbruch eines allgemeinen Krieges bevorstehe. In Folge dessen mahnte Zürich nicht nur die evangelischen Eidgenossen auf, sondern wandte sich auch bereits am 30. März unter Darlegung seiner Befürchtungen an Strassburg und an den Landgrafen². Kurz danach, am 5. April, wiederholte es seine Bitte um Aufsehen und eventuelle Unterstützung in noch dringenderer Weise³. Basel theilte im Ganzen die Sorgen Zürichs, wie wir aus dem Brief ersehen, welchen der Basler Stadtschreiber Schaller am 1. April an Peter Butz in Strassburg richtete⁴. Er erzählte darin die Veranlassung des Krieges und theilte weiter mit, dass seine Herren, dem Beispiel Zürichs folgend, den Bündnern nach Bedarf Kriegsvolk oder Pulver und Geschütz angeboten hätten. Er habe über diese Angelegenheit nicht früher geschrieben, weil er nichts Sicheres gewusst habe. „jetzt ist mir aber befohlen, uch solches zuzeschriben, und wer gut, das solches dem landgrafen auch zugeschriben wurd, dan gut sorg ze haben von nöten. es weisz niemans, ob es ein machmendlin⁵ oder sonst ein anfang eins gemeinen landskrieg ist, ursach, man weisz, was hivor herr Merk⁶ uf dem richstag (zu)

¹ Vgl. Eidg. Absch. IV 1 B. und Strickler Acten zur Schweiz. Ref. III. Ferner Max Lenz • Zwingli und Landgraf Philipp • in Briegers Zeitschrift für Kirchengeschichte t. III und Escher Die Glaubensparteien in der Eidgenossenschaft und ihre Beziehungen zum Ausland, Frauenfeld 1882.

² Beide Briefe gleichen Inhalts, der an den Landgrafen im Auszug gedruckt Eidg. Absch. IV 1 B. nr. 480, der an Strassburg im Str. St. Arch. AA 1814.

³ Str. St. Arch. AA 1814. Der gleichlautende Brief an den Landgrafen bei Strickler, III 359.

⁴ Str. St. Arch. AA 1814.

⁵ = Neckerei, Fopperei?

⁶ Mark Sittich von Ems.

Augspurg von kei. mt. begert hat¹. Es gehe das Gerücht, dass der Kaiser mit Heeresmacht Rhein aufwärts ziehe und schon bei Speier stehen solle. Wenn dies wahr sei, worüber Strassburg Kundschaft senden möge, so sei die Befürchtung eines grossen Krieges wohl gerechtfertigt. Nach einem zweiten Schreiben Schallers vom 7. April² schickte Basel den Bündern 500 Mann zu Hülfe; gegen die weiteren Vorschläge Zürichs, welche auf umfassende kriegerische Vorbereitungen gegen die Fünf Orte und Oesterreich abzielten, verhielt es sich jedoch gleich den andern evangelischen Eidgenossen ablehnend³. Strassburg schrieb sogleich nach Empfang der ersten Briefe am 3. April an den Landgrafen und erkundigte sich wegen der angeblichen Rüstungen des Kaisers⁴. Den Zürichern gab der Rat am 10. April⁵ seine Unzufriedenheit zu erkennen, dass zur Feststellung der gemeinsam zu ergreifenden Massregeln kein Bürgertag ausgeschrieben worden sei. Zugleich mahnte er zur Vorsicht und warnte vor weiterem einseitigen Vorgehen. Im Uebrigen versprach er für den Notfall Alles zu thun, wozu er nach dem Burgrecht verpflichtet sei. Zürich erwiederte am 15. April mit einer Entschuldigung, dass es aus Mangel an Zeit unterlassen habe, den Bürgertag auszuschreiben⁶. Weniger nüchtern als Strassburg fasste Philipp von Hessen die Sachlage auf; die Vorstellungen und Bitten Zürichs fanden bei ihm williges Gehör. Zwar teilte er den Strassburgern am 10. April⁷ in Erwiderung des Schreibens vom 3. April mit, dass er von bedrohlichen Rüstungen des Kaisers nichts wisse, und bat, die Eidgenossen vor übereilten Schritten zu warnen; in einem zweiten Brief jedoch vom folgenden Tage⁸ gab er die Möglichkeit zu, dass der Müsserkrieg vielleicht vom Kaiser angestiftet sei, um die Eidgenossen in Italien zu beschäftigen und dann um so ungestörter die Protestanten in Norddeutschland anzugreifen. Zugleich fertigte er mit diesen Briefen einen eignen Gesandten, Alexander von der Thann, an Strassburg und Zürich ab⁹. Derselbe sollte sich bei den Dreizehn erkundigen, was Strassburg zu thun gedenke und wie den Schweizern am besten Hülfe geleistet werden könne. Am 19. April trug Alexander seine Werbung den Dreizehn vor, welche ihm mitteilten, was sie über den Stand der Dinge wussten¹⁰. Am 20. ten reiste er dann weiter nach Zürich, wo er einen ähnlichen Auftrag auszurichten hatte¹¹. Schon mehrere Tage bevor er in Strassburg anlangte, hatten sich die Voraussetzungen, unter

¹ Worauf sich dies bezieht, ist mir unbekannt.

² Ebenda.

³ Escher 228.

⁴ Marb. Arch. Ausf.

⁵ Strickler III 390.

⁶ Strickler III 429. Str. St. Arch. AA 1814. Ausf.

⁷ Strickler III 392. Str. St. Arch. AA 434.

⁸ D. d. April 11, nicht April 13, wie Strickler III 415 nach einer Züricher Copie hat, in welcher anstatt «Dienstag nach Ostern» «Donnerstag nach Ostern» steht. Str. St. Arch. AA 429 fol. 196. Ausf.

⁹ Die Credenz des Gesandten ist vom 11. April, die Instruction vom 10. datiert. Str. St. Arch. AA 1809.

¹⁰ Laut Mitteilung Strassburgs an den Landgrafen vom 21. April. Marb. Arch.

¹¹ Eidg. Absch. IV 1 B. nr. 497, 5. Vgl. Escher 229.

denen seine Sendung erfolgt war, als hinfällig erwiesen. Nicht nur, dass die kaiserlichen Rüstungen sich als Phantasiegebilde herausstellten, auch die thatsächliche Unterstützung, welche der Müsler bisher aus Oesterreich — wenn auch ohne Zuthun der Regierung — erhalten, wurde jetzt durch ausdrückliches Verbot beseitigt. Bereits am 14. April konnte Schaller dies an Butz berichten¹. Auch der Krieg am Comersee nahm einen für die Evangelischen im Ganzen günstigen Verlauf². Der Landgraf erhielt diese Nachrichten auf dem Umwege über Strassburg verhältnismässig spät³, nachdem er in seinem regen Eifer für die protestantische Sache schon einen zweiten Gesandten nach der Schweiz abgefertigt hatte, Heinz von Luther, welcher mit noch bedeutenderen Vollmachten als sein Vorgänger ausgerüstet war⁴. Er hatte sowohl den Strassburgern wie den Baslern und Zürichern ausführliche Vorschläge über die Art, wie man sich gegenseitig helfen wollte, zu machen. Selbstverständlich fand er bei der Lage, wie sie sich inzwischen gestaltet hatte, weder in Strassburg, wo er am 22. April ankam⁵, noch in der Schweiz eine seinen Plänen günstige Stimmung, denn die Gefahr war eben vorbei. Strassburg sprach sich darüber sowohl gegen Zürich und Basel⁶ als auch gegen den Langrafen⁷ offen aus, und Basel konnte in seiner Erwiderung an Strassburg vom 30. April⁸ nicht seinen Unwillen verhehlen, dass Zürich ohne Wissen der andern Städte sich überhaupt an den Landgrafen um Hülfe gewandt habe. Erst durch die Ankunft der hessischen Botschaft, schreibt Schaller, habe Basel davon Kenntnis erhalten⁹.

Damit war die Sache abgethan, auch Hessen gab sich zufrieden, und der Müsler Krieg sank in seine ursprüngliche Bedeutungslosigkeit zurück. Anfangs berichtete Basel noch hier und da über die Wechselfälle des Krieges¹⁰, bald erlahmte aber das Interesse ganz und die Mitteilungen blieben aus, obwohl der Krieg erst durch den Friedensschluss vom 13. Februar 1532 beendet wurde¹¹.

35. Der Rat von Frankfurt an den Rat von Strassburg.

April 6.

Marb. Arch. Copie.

Lehnt den Beitritt zum Schmalkaldischen Bunde ab.

« Was uns von e. l. aus sonderer loblichen zunaiung der handlung und abrede halben zu Schmalkalden ergangen und dobei weiters furgeschlagen

¹ Str. St. Arch. AA 1814.

² Vgl. Strickler III 384 ff.

³ Am 21. April schickte Strassburg die Zeitungen ab, am 29. bestätigte der Landgraf den Empfang. Marb. Arch.

⁴ Instruction für Heinz s. Eidg. Absch. IV nr. 497.

⁵ Nach dem Empfangsvermerk auf der Instruction im Str. St. Arch. AA 1814.

⁶ Strickler III 439 b und 466.

⁷ Copie im Weim. G. A. reg. H. p. 54 nr. 9.

⁸ Eidg. Absch. nr. 497.

⁹ Str. St. Arch. AA 1814.

¹⁰ Briefe Schallers vom 8. und 15. Juni. Str. St. Arch. AA 1814. Vgl. die Kriegsnachrichten bei Strickler a. a. O.

¹¹ Escher 318 ff.

worden, haben wir alles inhalts horen lesen und dasselbig von e. l. keiner andern dan gar trewherziger gehaimer meinunge bescheen zu hohem dank vernommen. wollen darauf e. l. hienwider nit pergen, wiewol wir des troists und furbedachts auch sind, das die sache, wie sie furwar zum wichtigsten und ganz dapfer bedacht, so ubel oder widerwertig, — dadurch ein endlicher uberzug gewisz —, nit gestalt noch geschaffen, darzu, wo got ein uberfall oder dergleichen anfechten zulassen oder senden würde, das itzo und alsdann bei uns zweifels one wir nit weniger dan andere besorgen muesten, so will uns doch in dem und solicher groszwichtigen sachen, wes zu thun ein lengers und anders nachdenken von noeten sein, ganz freuntlich bittend, uns den verzug disser antwort keiner argen meinunge aufzunehmen.» — Dat. Do. n. Palmarum a. etc. 31.

J. D. hessischer Kanzleivermerk: «hiruf ist weiter antwort gefordert und beruhet lauts eins artikels im abschide».

36. Strassburg an Basel¹.

April 17.

Bas. Arch. F 6, 4. Ausf. Regest bei Strickler III 458 nach Copie im Zürcher Arch.

Strassburg habe durch seine Gesandten auf dem Tage zu Schmalkalden die Antwort der Städte Basel, Zürich und Bern bezüglich des «Verstandes» vorbringen lassen. Kurprinz Johann Friedrich habe darauf laut seiner Instruction an der Forderung festgehalten, dass die Städte das Strassburger Bekenntnis annehmen sollten, doch habe er auf Wunsch der andern Gesandten die Sache nochmals an den Kurfürsten zu bringen versprochen; letzterer werde weitere Antwort an Strassburg schicken.

37. Kaiser Karl V an den Rat.

April 17.

Str. St. Arch. AA 411, 15. Druck.

Strassburg solle seinen Anteil für Unterhaltung des kaiserlichen Regiments und des Reichskammergerichts im Betrage von 137 $\frac{1}{2}$ fl. auf nächster Herbst- und Fastenmesse in Frankfurt oder Speier erlegen, nach Massgabe des Augsburger Reichsabschieds. Dat. Apr. 17 a. 31².

38. Der Rat von Ulm an die Dreizehn.

April 18.

Str. St. Arch. AA 435, 4. Ausf.

Ulm sei eifrig damit beschäftigt, die Ceremonien und Kirchengebräuche zu reformieren, habe jedoch bei diesem Werk Mangel an gelehrten und frommen Männern. Strassburg möge deshalb seinen Prediger Martin Bucer auf Exaudi [Mai 21] nach Ulm senden und «zu angeregtem unserm

¹ Dieser Brief kreuzte sich mit einem Brief Schallers an Butz vom 18. April, worin über die (oben berührte) Schmalkaldische Handlung Auskunft verlangt und ferner die Frage gestellt wird, wie Sachsen, Hessen, Strassburg u. A. über die Bewilligung der Türkenhilfe dächten. Basel glaube, «dweil es gemein cristenheit berure», dass man etwas zu thun schuldig sei. Str. St. Arch. AA 1814.

² Vgl. die Mandate gleichen Datums bei Strickler III 440 a, 440 b, 441.

cristenlichen vorhaben» einige Zeit dort lassen¹. Ferner möge Strassburg dem Landgrafen schreiben, dass er beim Kurfürsten auf die Aufnahme der Eidgenossen in den Bund dringe und schleunige Antwort deswegen verlange; denn ohne Gewissheit über diese Sache würden sich die Städte schwerlich zum Besuch des Frankfurter Tages [Juni 4] entschliessen. Auch möge Strassburg mitteilen, ob es gewillt sei, eine Vorberatung der oberländischen Städte vor Besuch der Frankfurter Versammlung zu beschicken. Dat. Di. n. quasimodo geniti a. 31.

39. Landgraf Philipp an die Dreizehn.

April 20.
Giessen.*Str. St. Arch. AA 454 Ausf.*

Beglaubigt den Grafen Wilhelm von Fürstenberg zu einer Werbung «ern Ruprechten von Arburg belangende»². Dat. Giessen Do. n. quasimodo a. 31.

40. Die Dreizehn an den Rat von Ulm.

April 24.

Ulm. Arch. Ref. T. XII. Ausf.

Antwort auf das Schreiben vom 18. April. Sind willig, «uch zu sondern eeren und gefallen und insonders zu furderung gots lob und sins herligen worts» den Martin Bucer auf Exaudi nach Ulm zu schicken³. Wegen der Aufnahme der Eidgenossen in das Verständnis hätten, wie man in Ulm wisse, die Strassburger Gesandten sich ganz besonders bei den Fürsten bemüht; bis jetzt sei nun die Antwort des Kurfürsten noch immer nicht eingetroffen. Dem Wunsche Ulms entsprechend habe man nochmals an den Landgrafen geschrieben⁴, dass er dem Kurfürsten zureden möchte; immerhin sei wenig Aussicht, dass Ulm noch vor Beschiekung des Frankfurter Tages in Besitz der Antwort gelangen werde. Dat. 24. April a. 31.

41. Wilhelm von Fürstenberg an die Dreizehn.

April 26.
?*Str. St. Arch. AA 454. Ausf. mit eigenhändiger Unterschrift.*

Der Landgraf habe ihm etliche Schriften an den Rat übergeben lassen

¹ Ulm schrieb deswegen auch an Bucer selbst d. d. April 19 (Thom. Arch. Eine Abschrift danach im Thesaurus Baumianus hat das falsche Datum April 16. Vgl. auch Keim Schwab. Ref. 282 und Reform. von Ulm 228.) Nach dem Concept im Ulm. Arch. ging dasselbe Schreiben mutatis mutandis auch an Oecolampad und Ambr. Blaurer. Beide sagten zu, ebenso wie ihre vorgesetzten Behörden, wenn auch nach einigem Zögern; am spätesten willigte Constanz (Blaurer) ein (Mai 3). Vgl. Lanz Corr. I nr. 175 und 178, wo Scepperus dem Kaiser von der Thätigkeit der genannten Theologen berichtet und die Befürchtung äussert, dass Ulm, Augsburg und Nürnberg sich mit den Schweizern verbinden und vom Reich trennen möchten.

² Ueber den Gegenstand dieser Werbung ist sonst nichts bekannt. Vgl. unten nr. 41.

³ Auch Bucer selbst sagte zu in einem Schreiben vom 25. April, worin er seine Freude über Ulms reformatorischen Eifer ausspricht (Ulm. A. Orig.). Ueber seine Reise vgl. u. A. Zwinglii opp. VIII 602, 608, 612, 624.

⁴ Es geschah erst am 25. April (Marb. Arch.) mit ausdrücklicher Bezugnahme auf den Wunsch Ulms. Der Landgraf antwortete darauf am 1. Mai, dass er dem Verlangen entsprechen habe. Thom. Arch.

und ihm nach seinem Abreiten noch den beiliegenden Brief¹, Caspar von Frundsberg belangend, überschickt. Er habe von einem Diener Frundsbergs zu Speier nur in Erfahrung gebracht, dass sich derselbe in die Niederlande begeben habe, «aber meins gedenkens unserthalb nit zuwider». Bittet, die Dreizehn möchten, wenn sie etwas Näheres über drohende Feindseligkeiten erführen, dem Landgrafen Nachricht geben. Frankfurt werde ihnen Auskunft erteilen können. Dat. «mitwochen nach Jorey² a. 31.»

P. S. «Wes mir mein g. her der landgraf witer mit euch zu reden bevolen, werden ir zu meiner ankunft von mir verrer vernemen.» nr. 39.

42. Landgraf Philipp an den Rat.

[Mitte April?]

Str. St. Arch. AA 429 f. 197 Ausf.

Er habe gehört, dass sich bei ihnen zwei brauchbare Kriegsleute mit Namen Jacob von Laer und Hieronymus von Memmingen aufhielten. Da er nun selbst bereits eine «treffliche anzal» von Hauptleuten und Kriegsvolk bestellt habe, so möge Strassburg die beiden Genannten in Dienst nehmen, und zwar in der Weise, dass sie je nach Bedarf entweder ihm, dem Landgrafen, oder der Stadt Strassburg zuziehen sollten. Dat. fehlt. — «Empfangen uf durnstag nach sant Marx³(?) tag [April 27?] a. etc. 31.»

43. Der Rat von Ulm an den Rat von Strassburg.

Mai 3.

Str. St. Arch. AA 428 Ausf.

Die Frist, innerhalb welcher die Städte sich über Besuch oder Nichtbesuch des Frankfurter Tages [Juni 4] entscheiden sollten, sei nahezu abgelaufen. Es erscheine deshalb dringend nötig, dass die Städte endlich eine Zusammenkunft veranstalteten, um sich wegen einer gemeinsamen Haltung in der Sache zu vergleichen. Bisher sei dies dadurch verzögert worden, dass man immer noch keine Antwort des Kurfürsten bezüglich der Eidgenossen erhalten habe⁴. Jetzt dürfe man jedoch nicht länger zögern und sei deshalb ein Tag der oberländischen Städte auf den 18. Mai zu Ulm anberaumt, wozu auch Strassburg seine Ratsbotschaft abordnen möge. Dat. Mi. n. Philippi u. Jacobi a. 31. — Pr. Mai 8⁵.

p. 32 A. 2.

44. Der Rat von Nürnberg an den Rat von Strassburg.

Mai [3].

Str. St. Arch. AA 435 Ausf.

Bittet auf Grund von Briefen des Markgrafen Georg von Bran-

¹ Ebenda. Ausf. d. d. April 21. Der Landgraf beauftragt darin Fürstenberg, Nachforschungen über die kaiserlichen Rüstungen anzustellen und besonders in Erfahrung zu bringen, ob Frundsberg wirklich 6000 Knechte für den Kaiser anwerbe.

² = Georgii.

³ = Marcus?

⁴ Noch am 7. Mai beantragte Ulm wegen dieser fehlenden Antwort, man solle beim Kurfürsten die Verschiebung des Frankfurter Tags befürworten. Strassburg erwiederte hierauf am 10. Mai, dass es zwar auch eine Verschiebung für wünschenswert halte, dass es aber jetzt zu spät sei, um dieselbe noch mit Aussicht auf Erfolg beantragen zu können. Ulm. Arch. Ref. T. XII.

⁵ Am selben Tage sagte Strassburg die Beschickung zu. Ulm. Arch. Ref. T. XII. Ausf.

denburg¹, Strassburg möge zu dessen Beistand den zu Nördlingen angesetzten Tag beschicken, sowie dies auch Nürnberg thun werde. Dat. Mi. 4. Mai a. 31². — Pr. Mai 11.

45. Der Rat von Basel an die Dreizehn.

Mai 6.

Str. St. Arch. AA 1810 Ausf.

Zürich beklagt sich über Schmähungen seitens der 5 Orte und will Krieg anfangen. Basel mahnt davon ab und begehrt einen Bürgertag. Bern hat einen solchen zu Aarau anberaunt, den Strassburg beschicken möge.

Am 4. Mai sei eine Gesandtschaft aus Zürich in Basel erschienen, «und sich der hohen schmehungen und er verletzlichen zureden, so inen bizhar zum oftermal von etlichen der Funf Orten angehorigen personen zugeredt und noch teglichs on underlos zugeredt werden, wie uch dann hievor ein
nr. 24. copi, als wir achten, zukomen, erclagt und so schwer zu herzen gefaszt, das si das nit schwerer oder höher zu herzen fassen hettn mögn; sind ouch des ganzen furgefaszten und entlichen willens, ongestraft nit hingon ze lassen, sunder das mit der hand und der that rechen wolln, die funf ort und namlichn die von Zug zu uberziehen willens, und uns in craft der punten und ufgerichten christlichen burgrechtens zum hochstn ermant, das wir si in dem nit wolln verlassen, sonder bistendig sin und trostlichen zuziehen³. so nun wir dise schwere loif und zit und das lichtlich krieg angefengt und niemants wisz, wie sich die enden mögen, darzu das wir die unseren noch den Gro-
nr. 34. wrenpuntern zu hilf gegen dem von Misz im veld haben uud sich derselbig krieg noch nit geendet, bedenken, haben wir inen nützt zusagen auch nit abschlahen wolln, sunder inen der masz geantwurt und si zum hochsten gebeten, das si solichs wie gemeldet, zu herzen fassen wollen und noch zur zit nit ufbrechen oder etwas krieglichs gegen den Funf Orten unternemen, sonder deshalp ein ilenden burgertag bschriben wollen, guter hofnung, uf solhem burgertag werd dermas in der sach gehandelt, damit blutvergiessen vermüten und si gfallens daran abnemen werden. glicher gestalt sind si vor kleinen und grosen räten zu Bern, Schafhusen, Costanz und Sant-Gallen ouch erschinen; achten ouch, inen sige an allen den ernembtn orten glichformige antwort wordn».

Bern habe übrigens in der Sorge, dass Zürich vielleicht das Ausschreiben des Bürgertages unterlassen werde, selbst einen Tag zu Aarau auf den 12. Mai ausgeschriben. Dazu möge Strassburg auch seine Ratsbotschaft abfertigen⁴. «Dat. ilends sambstags den 6. maien a. etc. 31 umb die sibenden stund nochmittag.» — Empf. Mai 7.

¹ Copien davon liegen bei. Danach war der Markgraf von den Bischöfen von Bamberg, Würzburg, Eichstädt und Augsburg beim Schwäbischen Bunde wegen Uebergriffe in die geistliche Jurisdiction verklagt und in Folge dessen auf einen Tag zu Nördlingen am 6. Juli geladen worden, um sich zu verantworten. Behufs nachdrücklicherer Verteidigung ersuchte er nun die evangelischen Fürsten und Städte um Unterstützung auf jenem Tage.

² Der Mittwoch fiel auf den 3. Mai.

³ Vgl. Strickler III 535, 547, 570, 575 a. Escher 235 ff.

⁴ Bern entschuldigte sich später am 12. Mai bei den Strassburgern, dass es ihnen den Tag nicht direct zugeschrieben habe. Es sei unterlassen worden, weil man geglaubt habe, dass Strassburg die Anzeige doch zu spät erhalten würde. Ebenda. Gedruckt bei Strickler III 580.

46. Jacob Sturm an Georg Besserer in Ulm.

Mai 8.

[Strassburg?]

Ulm. Arch. Ref. T. XII Orig.

Strassburg wird zu Aarau zwischen den Eidgenossen vermitteln; wird den Tag zu Frankfurt besuchen. Reise Ferdinands zum Kaiser. Vermutlich Anstand mit den Türken. Anlehen Ferdinands verweigert. Geschenk an Wien. Grüsse. Zettel: Besiegung der Bundesbriefe.

Berichtet über den günstigen Verlauf des Müsler Kriegs, ferner über den Zwiespalt in der Eidgenossenschaft in Folge der Schmähungen, welche von Angehörigen der Fünf Orte gegen die evangelischen Städte ausgestossen worden sind. Auf dem Tage zu Aarau am 12. Mai werde man allen Fleiss aufwenden, den Frieden aufrecht zu erhalten; Strassburg habe Mathis Pfarrer und Conrad Joham abgeordnet, um in diesem Sinne zu wirken¹.

„Ihre hien haben sich entschlossen, den tag zu Frankfort zu besuchen, wiewol ich nit gedenken kan, so die Eidgenossen nit zu uns kommen, was masz uns lidlich sin wolt; doch so acht ich, min hern werden jemants zu euch uf ewer hern begern schicken [werden], von der sach weiter zu beratschlagen. wir haben hie schriften aus dem Niderland, das koniglich maiestat bi irem bruder dem kaiser uf der post ankommen sei. wes die ursach, mogen wir nit wissen. so gibt man hie fur gewisz us und ist von den kunigischen räten, so kurzlich hie gewesen, nit hoch verneint worden, das man ein anstand mit dem Turken haben soll.“

Kuniglich mt. hat durch ihr botschaft an min hern 10000 gulden anlihens zü dem Turkenzug begert; man hat es aber in ansehung, das man on das zu hoch mit der Turkenhilf, — welche, so man friden gibt, zu leisten willig, — beschwert ist, abgeschlagen; aber den von Wien, so auch zu bevestigung ir statt ein hulf begert, haben min hern 1000 gulden geschenkt².» Grüsse an Besserers Vater, Schleicher, Ehinger, Scherer und «andere bekante». — «Dat. in eil mentag noch cantate a. etc. 31.»

Zettel: «Es hat m. g. her lantgrave minen hern verschinen samstags [Mai 6] 18 brieve, so durch die f. besiglet, zugeschickt³; die würt man versiglen alhie und alsdan uf künftigen tage euch gon Ulme zuschicken; das hab ich euch also guter meinong wollen anzeigen, ob ewer hern fur gut wolt

¹ Vgl. über den Aarauer Tag Eidgen. Absch. IV 1 B. nr. 507. Die Zusammenkunft blieb erfolglos, da Zürich hartnäckig auf der Kriegserklärung gegen die Fünf Orte bestand. Auf einem unmittelbar folgenden Tage zu Zürich am 15. Mai, wo die Strassburger Gesandten ebenfalls erschienen, verfiel dann die Mehrheit auf das verhängnisvolle Auskunftsmittel, die Proviantsperrre gegen die Fünf Orte zu verhängen. Trotz Zwinglis Widerspruch nahm Zürich diesen Vorschlag schliesslich an. Die Vertreter Strassburgs hielten mit ihrem Urteil darüber zurück, indem sie ausführten, sie seien nur mit dem Befehl abgefertigt, die Aufrechterhaltung des Friedens zu betreiben. Eidgen. Absch. 510. Frankreichs Versuche, zu Bremgarten im Juni einen Ausgleich zu Stande zu bringen, blieben ohne Erfolg. Schaller erwähnt diese Versuche kurz in Briefen an Peter Butz d. d. Juni 8 und 15. Str. St. Arch. AA 1814. Vgl. Eidg. Absch. 540.

² Vgl. Bucers Brief an Zwingli, Zw. opp. VIII 599 und 603.

³ Die 18 Originalurkunden über das Schmalkaldische Bündnis d. d. Februar 27. Das Schreiben, mit welchem der Landgraf dieselben übersandte, d. d. April 27, im Str. St. Arch. AA 434.

ansehen, solichs den andern stetten zuzuschriben, domit si ir insigel uf er-nempton tag mit iren botschaften zu euch gon Ulme schickten, aldo die brieve zu versiglen.» — Dat. ut in lit.

47. Landgraf Philipp an den Rat.

Mai 18.
Marburg.

Str. St. Arch. AA 454 Ausf.

Bittet um Stundung der zum Johannisfest fälligen Schuld von 10000 fl. auf ein oder zwei Jahre¹. Dat. Marburg Do. n. vocem jocund. a. 31. — Pr. Mai 23.

48. Gutachten der Dreizehn über den von den Fürsten in Schmal-kalden vorgelegten Entwurf einer „Verfassung zur Gegenwehr“.

[Mai.]

Str. St. Arch. AA 450 Conc. von Joh. Meyer.

Strassburg ist den Fürsten und sächsischen Städten zu entlegen. Deshalb der Entwurf nicht geeignet. Wollen in Frankfurt vorschlagen, den Bund in zwei Bezirke zu teilen und in den oberen Bezirk die Eidgenossen aufzunehmen. Organisation der Bezirke. Ohne die Eidgenossen nichts Nützlich möglich. Bleibt Sachsen bei seiner Weigerung, so will Strassburg den Verfassungsentwurf gleichwohl beratschlagen: 1) Stimmenverteilung. 2) Eilende Hilfe. 3) Wahl des Hauptmanns. 4) Besoldung und Bestellung von Unterhauptleuten. 5) Kriegsrate.

«Es haben die verordneten den vergriff durch die Sechsischen ange-stellt², wie man sich zu gegenwer verfast und geschickt machen solle etc., besehen, und erwegen und befinden im werk: nachdem dis stat Straszburg den chur. und fursten auch graven und stetten im sachsichen bezirk und an der see ganz weit entlegen, das sich nit wol ein sondere masz will lassen finden, die diser stat nutzlich, trostlich oder erschieszlich wolle sein. dan die angestellten artikel seind nit ubel sonder vorbetrechtlich und wol gestelt leuten, die einander gesessen und nit so weit entlegen. dagegen bedenken si aber auch, das die notel der ufgerichteten verstentnus ganz weitleunig³ und so etwas not furfiele, niemanz sich eigentlich us deren berichten konde, was er thon solte und also zu besorgen, das es in der not ein ungeordnet, unerschieszlich ding sein wurde, deshalben die notturft erheischen will, von einer andern masz zu reden, und us der ursachen achten die verordneten nutz sein, das der usgeschriben tag gen Frankfurt besucht und von solcher mas ferer geredt werde⁴. nuhn konnen aber die verordneten kein fuglicher besser masz bedenken in ansehung, das man so weit von einander gelegen, dan das man zwen zirk mach, ein oberlendischen und sechsichen. dieweil aber im oberlendischen zirk allein Straszburg, Ulme, Costenz, Lindaw, Mem-

¹ Vgl. Band I nr. 735. Der Rat erfüllte den Wunsch, indem er die Stundung auf zwei Jahre bewilligte. S. das Dankschreiben des Landgrafen d. d. Juni 5 im Str. St. Arch. AA 434.

² Vgl. oben p. 32. Der Inhalt des sächsischen Entwurfs ergibt sich zur Genüge aus dem obigen Gutachten über ihn.

³ D. h. die Bundesurkunde v. 27. Febr. (oben nr. 23). Dieselbe enthielt ja in der That nur sehr allgemeine Vorschriften über die gegenseitige Unterstützung.

⁴ Die Beratung der „Gegenwehr“ kam in Wirklichkeit nicht auf dem ersten Tage zu Frankfurt im Juni, sondern erst auf dem zweiten im December zu Stande. Vgl. unten Instr. Dec. 18.

mingen, Reutlingen, Bibrach und Eisny begriffen seind, welche einander auch also entlegen, das zwischen inen vil osterreichischer und anderer herrn land ligen dergestalt, das si nit wol in der not zusammenkomen und ein hör zu haufen pringen mogen, so were von noten, das der zirk etwas sterker gemacht und daruf gearbeit wurde, wie man die Eidgnossen, so das wort gotz auch bei inen predigen lassen, in dise verstentnus pringen mocht, welchs dan verhoffentlich, wo allein sich die Sachsischen den zwispaltigen art. des sacramenz nit irren wolten lassen; dan on dieselben wurt man in disem obern bezirk wenig usrichten.

So dan die Eidgnossen in disen verstand pracht wurden, solten sich die obgemelten stett mit den Eidgnossen zusammenbeschreiben und von einer eilenden auch beharlichen hilf reden, wie stark und welcher gestalt si getrauweten einander behilflich zu sein, daruf ein obersten hauptman, kriegsrat und anders, was von noten, wie im sachsischen ratschlag begriffen, verordnen und sich selbs irem vermugen nach anschlagen.

Gleicher gestalt beschehe durch den churfursten von Sachsen, Hessen, Lunenburg etc. und die handtstett [sic!] in irem bezirk gelegen auch; also das ein jeder zirk sein sondern obersten, kriegsrat und anschlag haben wurde. alsdan beschriben sich die beiden bezirk zusammen uf ein gelegenen tag und malstatt, uf welchen von etlichen verordneten beider zirken, wes bei einem jeden beratschlagt worden, verhort und zusamentragen wurde und darus ein gemeiner ratschlag oder verstande gemacht, wie stark je ein zirk dem andern zuziehen mocht und solte, und namblich so einer in eim zirk angriffen, wie im sein zirksverwandten in der eil zuziehen solten, darnach dem andern zirk solichs verkunden, der dan sich auch mit zuziehung oder uberziehung deren, so den andern beschedigten oder demselbigen angehorig weren, vermog der abrede halten solte. deshalben so bedeucht die verordneten, das mit hochsten vleisz darauf zu arbeiten were, wie man bei dem churfursten erlangte, das er in die handlung mit den Eidgnossen bewilligte, dan on das konnen die Sachsischen uns oder herwider wir inen der weit entlegenheit halb nit hoch erschiessen. aber durch disen weg mocht je ein zirk dem andern trostlich und behilflich sein, und andere, so noch nit in diser verstendnus vergriffen, auch bewegt werden, desdo ehe darein zu komen.

Wo es aber je bei dem churfursten nit zu erheben, damit dan er und die andern fursten nit gedächten, man suchte sonst usfluchte und wer nit geneigt zur sachen, so mochte man ein eilende hilf beratschlagen, unangesehen, das die alwegen den Sachsischen mer dan uns zu gut komen wurde, und daruf haben die verordneten die sachsischen artikel vor hand genomen und uf nachgende weg gedacht:»

1) Bezüglich der Stimmen erfordere es eigentlich die Gerechtigkeit, dass die Städte zusammen ebenso viel hätten wie die Fürsten¹; da aber bei einer geraden Gesamtzahl von Stimmen, z. B. acht, allerlei Unzuträglichkeiten im Falle von Stimmgleichheit zu befürchten seien, so wollten sich die Städte mit 3 Stimmen begnügen, während die Fürsten 4 haben sollten.

2) Die vorgeschlagene «eilende Hülfe» von 2000 Reitern und 10000 Knechten zu Fuss sei zu bewilligen, doch sollten die einzelnen Stände ihren

¹ Der Entwurf schlug 7 Stimmen vor, von denen die Städte nur zwei haben sollten.

Anteil hieran nicht direct zu stellen, sondern in Geld zu leisten haben — monatlich 4 fl. für den Knecht und 10 fl. für den Reisigen. Das Geld sollte zum Teil bei den Fürsten, zum Teil bei den oberländischen Städten deponiert werden, namentlich deswegen, weil die Landsknechte im Oberland eher zu bekommen seien. Die vorgeschlagene Verteilung der Anlage nach Massgabe der Reichsanschläge sei für die Städte ungerecht und beschwerlich; die Anlage müsse zur Hälfte von den Fürsten, zur Hälfte von den Städten getragen werden.

3) Der Hauptmann brauche kein Fürst zu sein, sondern sonst ein «rittermässiger», erfahrener Kriegsmann, dessen Wohnort allen Ständen gleich günstig gelegen sein müsse.

4) Die Besoldung des obersten Hauptmanns und der Unterhauptleute sei möglichst gering anzusetzen. Einige Hauptleute müssten auch am Schwarzwald und Bodensee bestellt werden; womöglich sei auch ein besondrer oberster Hauptmann über das oberländische Fussvolk zu bestellen.

5) Damit, dass sechs Kriegsräte, drei von den Fürsten, drei von den Städten verordnet würden, sei man einverstanden¹. — Dat. fehlt.

49. Gutachten der Dreizehn bezüglich des Verhaltens zur Römischen Königswahl. [Mai.]

Str. St. Arch. AA 450,75 Reinschrift.

Opposition gegen die Königswahl abhängig von der Aufnahme der Eidgenossen in den Bund. Gefahr und Nutzlosigkeit der Opposition. Die Anerkennung des Königs an die Leistung religiöser Garantien zu knüpfen. Im Kriegsfall die Fürsten jedenfalls nicht im Stich zu lassen.

«Die kunigliche waal belangend, haben die verordenten bedacht: allweil man noch nit andwort hat, ob der churfurst di Aidgenossen in dise verstandnus einzunemen bewillgn woll, das man sich dieser sach halb auch nit wol entlich, wes zu thon oder nit ze thon sei, entliessen mog; dann wo di Aidgenossn in disen verstand nit komen solten, achten di verordenten, dz ainer stat Straszburg nit thunlich sein wolt, dem kunig sich der waal halbn zu widersetzen.» Aber selbst dann, wenn die Eidgenossen aufgenommen würden, sei es doch namentlich für die Städte beschwerlich, sich der Wahl zu widersetzen². Man könne nicht finden, welchen grossen Nachteil es mit sich bringen solle, wenn man den König anerkenne und ihm «in zeitlichen sachen» Gehorsam leiste. «dann so man in schon nit fur ain kunig halten wolt, mocht im doch wol kai. mt. sonst in sinem namen als stathalter bevel gebn, must man im doch alsdann im namen kai. mt. gehorsam laisten; wz ligt dann so hoch an dem namen kunig.» Man möge die Fürsten ersuchen, dass sie bei Gelegenheit der Unterhandlungen mit Pfalz und Mainz³ sich

¹ Die übrigen Punkte lassen wir vorläufig bei Seite; es handelt sich bei ihnen um Meinungsverschiedenheiten über die Befugnisse des Hauptmanns, über das Verhalten im Fall, dass die eilende Hülfe nicht ausreicht, dass mehrere Stände zugleich angegriffen werden etc. Sie wurden später in der Bundesverfassung vom 3. April 1532 ohne Schwierigkeit geregelt.

² Wiederholung der in dem früheren Gutachten im März (nr. 29) aufgezählten Gründe.

³ Die Erwähnung dieser Verhandlungen, welche im Mai begannen, gewährt einen gewissen Anhalt für die Abfassungszeit unseres Schriftstücks.

erböten, den König anzuerkennen, falls derselbe «si und ander stend des glaubens halb unvergeweltigt unz zu end ains freien christlichen concilii wolt pleibn lassen». Nähme der König dieses Erbietens nicht an, sondern suchte Gewalt anzuwenden, so würden alsdann die Städte «vermog ufgerichter verstendnus» die Fürsten nicht im Stich lassen. Letzteres dürfte man übrigens auch dann nicht thun, wenn die Fürsten wegen ihres Protests gegen die Wahl mit Ferdinand in Krieg geraten sollten; «dann wider si wurd man on zweivel dem kunig mit helfn; solt man dann still sitzn, wurd bi dem kunig gliche ungnad schaffn»¹. — Dat. fehlt.

50. Instruction für Jacob Meyer auf dem oberländischen Städtetage zu Ulm am 18. Mai. [Mai 18.]

nr. 43.

Thom. Arch. Conc. (von Sturms Hand) und Reinschrift.

Gutachten über den Tag zu Frankfurt. Das Geld zur eilenden Hülfe zu bewilligen. Verteilung der Anlage. Vergleichung der Ceremonien. Türkenhülfe. Reversalbriefe.

Er soll das Gutachten der Städte über den bevorstehenden Tag zu Frankfurt anhören und seinerseits die Meinung Strassburgs darüber vortragen, damit man sich eventuell «einer einhelligen meinong entschliessen möcht». Die Gutachten Strassburgs über die Königswahl und über die Gegenwehr sollen seinen Ausführungen als Grundlage dienen. «Und so sich die andern stett des beschweren wurden, das si gelt zu der eilenden hilf erlegen, derglichen zu underhaltung des obersten hauptman und der underhauptleut jarlich geben solten, soll er dogegen anzeigen, das wol zu vermuten, das das gegenteil kein krieg mit den fursten allein des evangelium und gotswort halb anfohen werde, sonder gegen den stetten und andern solichs auch furnämen, also das, wan man die ilende hilf angrifen, man mit im krieg sin wurd und alsdan on das ein jeder zu sin selbs rettung all sin vermögen darstrecken müste. deshalb in disem fall es nit on kosten und beschwerde zugon wurt; item so man meint dise sach also on beschwerd oder kosten uszufieren, wer besser gewesen die verstentnus mit inzugone. so man aber die bewilligt und angenommen, müsz man etwas thun, domit die chur. und fursten nit gedechten, wir hetten allein ein schinbundnüs mit inen gemacht und weren nit willig mit zuzusetzen etc. und mit disen und derglichen ursachen si underston zu bewegen. derglichen alsdan von dem anschlag mit inen red haben, wie der irs bedunkens zum glichsten under den stetten möcht furgenommen werden».

nr. 48, 49.

Was den Tag zur Vergleichung der Ceremonien betreffe, so sei Strassburg für noch weitere Verschiebung desselben. Ulm solle mitteilen, wie es über die Leistung der Türkenhülfe denke für den Fall, dass der Kaiser das Schreiben der Stände aus Schmalkalden abschlägig oder gar nicht beantworte. Damit, dass Ulm berechtigt sein sollte, denjenigen Städten, die weiterhin mit Wissen und Willen aller Stände dem Bunde beitreten würden, Reversalbriefe auszustellen, sei Strassburg einverstanden.

nr. 1.

nr. 6.

¹ Ein ähnliches Gutachten von Sturms Hand, welches dem obigen vielleicht zu Grunde liegt, im Str. St. A., AA 429.

«Wesz si sich dan also zu Ulme mit einander obgemelter puncten halb verglichen, soll er also wider hinder sich an min hern bringen, sich uf kunftigen tag zu Frankfort dest basz wissen zu richten¹.» — Dat. fehlt.

51. Instruction für Jacob Sturm und Jacob Meyer auf dem Bundestage
nr. 50. zu Frankfurt a. M. am 4. Juni. [Juni.]

*Str. St. Arch. AA 429,2 Ausf. Entwurf dazu von Sturms Hand ebenda AA 428.
Benutzt von Escher 244.*

1) Strassburg will nicht an der Opposition gegen Ferdinand teilnehmen. Neutralität im Kriegsfall. 2) Ist auch ohne die Eidgenossen zu Verhandlungen über die Gegenwehr geneigt, fügt sich jedoch eventuell den Ulmer Beschlüssen. Weitere Declaration der Bundesurkunde erforderlich. 3) Besuch eines Städtetages zu Constanz abgelehnt. 4) Nördlinger Tag. 5) Aufnahme weiterer Stände zu bewilligen.

1) Betreffs der Römischen Königswahl. Da die oberländischen Städte dem Ulmer Abschied zu Folge nicht gesonnen sind, sich dem König Ferdinand zu widersetzen, so sollen die Gesandten darthun, dass es für die Fürsten nutzlos, für Strassburg selbst gefährlich wäre, wenn letzteres allein von allen Städten dem König die Anerkennung weigern würde. Doch sollen die Gesandten die Fürsten versichern, dass Strassburg sich keinen Falls zur Hülfe wider sie würde bewegen lassen, wenn sie wegen ihrer Opposition in einen Krieg verwickelt werden sollten. Zu diesem Versprechen sollten womöglich auch die andern Städte veranlasst werden, «mit anzaig, daz es je der von stetten hochst verderbn und nachtail sein wolt, so die fursten in diesem fall uberzogen, verderbt oder verjagt solten werden. dann wz di von stetten darauf zu gewarten, het ain jeder verstendiger wol zu bedenken, deshalb je nit zu raten, dem kunig oder jemens des fals behilflich zu sein, dweil auch zu besorgen, so man solichs schon bedecht, es wurd bi dem gemainen man in steten nit erhebt, sonder vil mer ufrur gegen der obrigkait darus ervolgen». Eventuell sollen die Gesandten ohne die andern Städte allein für Strassburg die Neutralität zusichern, ferner an den bisher in dieser Sache bewiesenen guten Willen erinnern und hervorheben, wie Strassburg bisher stets vermieden habe, Ferdinand den Titel eines Römischen Königs zu geben.

¹ Die Hauptbeschlüsse des Ulmer Tages waren folgende (Abschied im Str. St. Arch. AA 428): Die Städte wollen die Frankfurter Versammlung beschicken. Sie lehnen es durchaus ab, dem König Ferdinand die Anerkennung als Römischer König zu versagen, in Anbetracht des grossen Unheils, das daraus für sie entstehen könne. Ebenso wenig wollen sie von Festsetzung einer bestimmten Bundeshülfe (gemässigte Hülfe) wissen, wenn nicht die Eidgenossen oder wenigstens Markgraf Georg von Brandenburg, Nürnberg und Augsburg noch in den Bund kommen. Geschehe das Letztere, so sind sie bereit, sich auf Beratung einer Bundesverfassung einzulassen, jedoch in andrer Weise als der Sächsische Entwurf vorschlägt; vor Allem wünschen sie eine Einteilung in Bezirke. Für den Fall, dass die Frankfurter Tagung resultatlos verläuft, wollen sie alsbald auf einem Tage zu Constanz oder anderswo eine Zusammenkunft mit den Eidgenossen veranstalten und mit diesen ein selbständiges Bündnis zu vereinbaren suchen. Diesem würde sich dann voraussichtlich auch ein Teil der Fürsten mit Ausnahme Sachsens anschliessen. Zu näherer Verständigung sollen die städtischen Gesandten schon am 3. Juni in Frankfurt eintreffen. Der
nr. 44. Bitte Georgs von Brandenburg um Unterstützung auf dem Nördlinger Tage wollen sie Folge leisten und ihn bei dieser Gelegenheit ersuchen, dem Schmalkaldischen Bündnis beizutreten.

2) Betreffs der «gegenwehr» sollen die Gesandten den Städten anzeigen, dass Strassburg sich ungern dem Ulmer Abschied anschliesse und noch immer dafür sei, dass man sich auch ohne die Eidgenossen auf Verhandlungen wegen der Gegenwehr einlasse. Dies sollen sie auch insgeheim einem Vertrauten unter den Fürsten oder ihren Botschaften mitteilen, «damit sie merken, daz der mangel nit an aim ers. rat dieser stat Straszburg wer». Nachdem auf diese Weise die wahre Gesinnung Strassburgs dargethan ist, sollen die Gesandten sich wohl oder übel in die Ulmer Beschlüsse fügen, d. h. wenn die Aufnahme der Eidgenossen verweigert wird, die Verhandlung über die Gegenwehr ablehnen. «darnebn soln di gesandten, wo es bi der andern stet botschaften erheblich sein will, anhalten, daz nit destminder der verstendnus witer declaration gebn werde, wi es in furfallender not mit zusammenbeschreibung der stend, so es di zeit erleiden mocht, gehalten solt werden, und wer daz thun soll; derglichen wi man und wer erkennen soll, ob ain sach dem evangelio anhengig, oder daz si allain im schein furgewendt wurd und doch furnemlich umb des evangelii willen beschee etc. dann sonst wurd im fall der not vil unglichs und unordlichs sich zutragen. und so desh[alben] handlung furgenomen, soln unsere gesandten gewalt habn, solichs uf die gleichmessigste ban so vil moglich zu richten. wo es aber den andern gesandten nit gefellig und es allain bi dem buchstavn der uferichten verstendnus wolten pleibn [lassen], soln unsere gesandten solichs im namen gottes dabi auch berugen lassen.»

3) Der Besuch des im Ulmer Abschied geplanten Städtetages zu Constanz, auf dem mit den Eidgenossen wegen eines Bündnisses gehandelt werden sollte, sei abzulehnen, weil daselbst voraussichtlich doch nichts Endgültiges zu Stande komme und weil Strassburg bereits mit den Eidgenossen im Burgrecht sei. Wenn jedoch die Städte sich näher darüber erklärten, welchermaßen sie das Bündnis wollten, so wäre Strassburg gern bereit, ihnen bei den Eidgenossen förderlich zu sein.

4) Den Tag zu Nördlingen betreffend, sollen die Gesandten abwarten, ob sie von den Räten des Markgrafen Georg deswegen angesprochen werden. Geschieht dies, so sollen sie den Besuch des Tages zusagen, andern Falls die Sache mit Stillschweigen übergehn.

5) Die Gesandten sollen Vollmacht haben, die Aufnahme weiterer Stände in den Bund zu bewilligen, jedoch bei dieser Gelegenheit nochmals die Aufnahme der Eidgenossen befürworten. Dat. fehlt.

52. Relation der Strassburger Gesandten Jacob Sturm und Jacob Meyer über den Tag zu Frankfurt Trinitatis a. 31. [Juni 3—11].

Str. St. Arch. AA 429 f. 9-16 Orig. (abwechselnd Meyers und Sturms Hand).

Die Städte nehmen Stellung zur Königswahl; halten an den Ulmer Beschlüssen bezüglich der Gegenwehr fest. Braunschweig und Göttingen aufgenommen. Briefe von Frankreich und England. Kammergerichtsanwälte. Verhalten Brandenburgs und Nürnbergs. Der Kurfürst verweigert die Aufnahme der Eidgenossen. Erwiderung Strassburgs und Replik Sachsens. Frankfurt, Augsburg, Hannover haben ihren Beitritt zum Bunde verweigert. Sturm berichtet über den Beschluss der Städte bezüglich der Gegenwehr. Frankfurt verspricht, den Beitritt nochmals zu überlegen. Nördlinger Tag. Vermittlungs-

vorschlag von Mainz und Pfalz. Hessen und Lüneburg sollen nochmals beim Kurfürsten wegen der Eidgenossen handeln. Constanzer Tag aufgegeben.

Am 3. Juni sind sie nach Frankfurt gekommen und haben daselbst die Gesandten von Ulm, Constanz, Reutlingen, Lindau, Memmingen und Biberach getroffen.

«Die haben uf sonntag [Juni 4] morgens sampt uns red gehapt und glich einhellig lossen heren, dem ko[nig] den titel zuo geben; aber den fursten anzuosagen, das sie nit wider sie dienen wellen, ist inen nit gelegen, dan iere instructionen vermogen solichs nit; achten aber, das iere herren on das dem k[onig] nit wider die fursten dienen werden. so hellen sie ouch nit mit uns, das den f. gesagt werd, wier wellen uns halten, das sie im fall der not spieren sollen, das wier ier wolfart lieber dan nocheil sehen; besorgen es sig etwas buntlich. aber dis antwort lossens inen gefallen, das des titels halb entschuldigung gesche, und dwil wier uns lut unser instruction werden heren lassen, das ouch geret, sie haben kein zwifal, iere heren und oberen sigen glichs gemiets etc.

Der hilf halb, wiewol her Jacob [Sturm] inen genugsam ursachen anzeigt, haben sie doch uf dem abscheid zuo Ulm behart und doruf beschlossen, das uf die Eidgnossen mit vleis gehandelt werd, doch hette Rutlingen unserem rotschlag noch gern red mögen heren.»

Am Sonntag Abend Ankunft der sächsischen, hessischen und brandenburgischen Räte, ferner der Gesandten von Magdeburg, Nürnberg, Lübeck, Braunschweig und Göttingen.

Montag 5. Juni: Aufnahme der Städte Braunschweig und Göttingen in den Bund.

nr. 30. Dienstag 6. Juni: Verlesung verschiedner Schriften, u. A. der Antworten Frankreichs und Englands¹ auf die Briefe der Evangelischen. Relation Sturms über die Verhandlung mit den Procuratoren in Speier². Der Landgraf schreibt, dass eine Mainzische und Pfälzische Botschaft bei ihm angekommen sei; über deren Werbung werde er noch berichten. Nürnberg und Brandenburg äussern ihr Missfallen über die von Schmalkalden ausgegangene Schrift an den Kaiser; bezüglich der Procuratoren am Kammerger-

nr. 1.

¹ Im Auszug bei Seckendorf Comm. I. III § 5, d. d. April 21 u. Mai 3. Sie sind beide sehr wohlwollend gehalten.

² Die definitive Bestellung Hierters und Helfmanns als Anwälte der Protestierenden am Kammergericht erfolgte am 14. Juni durch J. Sturm, J. Meyer und den hessischen Landschreiber (Str. St. Arch. AA 429 f. 55). Dem Frankfurter Abschied zu Folge (vgl. Neudecker Urk. p. 180) hatte Sturm in seiner Relation gegen die zu Schmalkalden vorgeschlagenen Procuratoren Reifstock und Helfmann Bedenken geltend gemacht, weil beide schon im Dienste geistlicher Fürsten ständen. Daraufhin wurde verabschiedet, dass die Beiden aufgefordert werden sollten, in Bezug auf Glaubenssachen ihre alte Bestallung aufzugeben und in den Dienst der Protestierenden zu treten. Für den Fall ihrer Weigerung wurden 6 andere Candidaten im Abschied namhaft gemacht, mit denen Sturm und Genossen handeln sollten. Das Ergebnis der Unterhandlungen war das oben angedeutete. Uebrigens ist zu beachten, dass die Evangelischen nicht etwa den ersten besten Rechtsgelehrten als Procurator ans Kammergericht schicken konnten, sondern dass ihre Auswahl auf diejenigen beschränkt war, welche in amtlicher Eigenschaft als Anwälte bereits am Kammergericht fungierten. Bemerkt sei noch, dass Neudecker a. a. O. sämtliche Namen falsch liest: anstatt Hierter »Horner«, für Reifstock »Urffstock«, für Helfmann »Holssmann«.

richt wollen sie mit raten und handeln, aber damit, dass die Appellation schon jetzt insinuiert werden solle, sind sie nicht einverstanden. Trotz Minckwitzens Gegenbericht bleiben Brandenburg und Nürnberg bei ihren Beschwerden, namentlich soviel die Appellation betrifft. Brandenburg bringt seine Bitte um Unterstützung auf dem Nördlinger Tage vor und beantragt eine Einigung der Stände über die Frage, wie die Wiedertäufer zu bestrafen seien. Die Beratung hierüber wird verschoben.

nr. 44.

¹ «Uf mittwoch [Juni 7] am morgen haben die Sechsischen ret in bisin der Hessischen uns zween sonderlich berüft und anzeigt: nachdem der abschid zu Schmalkalden irem ^{g^{sten}} hern dem churf. uflege, wes er der Eidgnossen halben bedocht, unsern hern zuzeschriben, sige er solichs vor der zeit gefasst gewesen, aber uf etlich weiter anhalten und schreiben des landgraven verhindert worden, derhalben es unz uf disen tag verpliben. damit wir nun ir chf. g. gemüt desto bas vernemen, wolten si uns die copei des schribens, so an unsere hern usgangen sin solte, verlesen, als ouch geschahe². daruf wir die begerten andern gesanten von oberlendischen stetten auch haben anzuzeigen, das uns vergunt. mit deren rat gaben wir in zu antwort, wie das unser hern ganz der hoffnung gewesen, ir chf. g. würd es nit abgeschlagen haben in ansehung, das si die Eidgn[ossen] sich uf das frei gottlich wort zigen etc., mit anzeig vil ursachen, worumb es unsern hern zum hochsten beschwerlich sin wolt etc., mit beger, so si vernern bevelch oder gewalt [hätten], si wolten bedenken, wie nutzlich die Eidgnossen in disem verstand sin möchten und nach wegen gedenken, wie si doch hierin brocht möchten werden; wo si aber des nit bevelch, bei irem ^{g^{sten}} hern die sach furdern. doruf si uns ant[wort] gaben, wie si ir her wol liden möcht, wo es mit gott und gewissen sin möcht, si find aber bi iren weltlichen und gelerten ret auch bi ir selbs, das solichs nit thunlich. solt sich nun ir chf. g. doruber mit inen inlossen in ansehung irs vermogens und also des orts uf ein fleischlichen arm verträsten, möcht ubel geroten, wie dan des vil exempel in der geschrift etc. si hetten aber nit allein kein weitem bevelch, sonder auch in ir instruction kein verner ansuchen uf hindersichbringen der Eidgnossen halber anzunämen; wolten aber wir sampt andern weiters bi irn chf. g. ansuchen, stöllen si zu unserm bedenken.» Sturm und Meyer verlangen darauf Copie der Erklärung des Kurfürsten, um selbige hinter sich an ihre Herren zu bringen. Sie sprechen zugleich die Befürchtung aus, die Zurückweisung der Eidgenossen werde «aller ander handlung verhinderung bringen». Wäre dies den Städten früher mitgeteilt worden, so hätten sie den Tag abgeschrieben.

nr. 33.

Nach dieser Unterredung werden die übrigen Gesandten berufen, worauf sie einzeln über ihre Verhandlungen mit andern Ständen behufs Aufnahme

¹ Bis hierher Meyers Hand, von jetzt ab Sturms.

² Liegt bei (fol. 47) ohne Datum: Da die Eidgenossen den Artikel vom Sacrament des Abendmahls nicht in der Weise, wie ihn die Einigungsverwandten bekennen, annehmen wollen, so könne der Kurfürst sich nicht mit ihnen verbinden. Strassburg werde sich ja erinnern, dass die Einigkeit im Bekenntnis schon bei Aufrichtung des Bundes als Grundbedingung der Aufnahme hingestellt worden sei. Immerhin solle man die Eidgenossen der wohlwollenden Gesinnung des Kurfürsten versichern.

in den Bund berichten. Es stellt sich hierbei heraus, dass die Verhandlungen bisher nirgends zu einem endgültigen Resultat geführt haben. Frankfurt und Augsburg lehnen den Beitritt ziemlich bestimmt ab, am entschiedensten die Stadt Hannover. Die Antwort auf die Schreiben Frankreichs und Englands wird verschoben, bis die Appellationsschrift im Druck fertig ist.

nr. 1.

Donnerstag Juni 8: Ankunft der Gesandten von Lüneburg, Lübeck und Bremen. Goslar ersucht durch Magdeburg um Aufnahme in den Bund. Es wird beschlossen, dass die Gelehrten beraten sollen, ob Goslar aufzunehmen sei.

«Nochmittag hat her Jacob [Sturm] von der oberlendischen stet wegen anzeigt der gegenwer und wal halb, doch in abwesen der seestet und Brandenburg ouch Nurenberg, lut des Ulmischen abscheids, und dor noch in abwesen der anderen stet unser herren willen in sonderheit.»

nr. 51.

Freitag Juni 9: Die Hessischen Räte, Jacob Sturm und der Magdeburgische Gesandte werden zum Rat der Stadt Frankfurt verordnet, um nochmals wegen des Beitritts zum Bunde zu handeln. Die Frankfurter antworten, «das sie in ierem rat gezweigt us vil ursachen; es hab ouch inen ko. Ferdinand geschriben, sich in dise verstentnus nit zu begeben, doruf si ouch antwort, si haben solich nit geton. item si miesten solichs ouch fur ier gemein bringen, wellen das bedenken» etc. Auf vielfaches Drängen versprechen sie schliesslich, in 2—3 Monaten oder noch früher sich zu entscheiden und ihren Beschluss dem Landgrafen und Strassburg mitzuteilen. Dem Markgrafen Georg wird der Beistand der Stände auf dem Nördlinger Tage¹ und beim Kammergericht versprochen, die Hülfe im Fall «detlicher handlung» dagegen «mit hefflichen und dapferen worten abgeleht». Die von Nürnberg und Brandenburg vorgeschlagene Einigung hinsichtlich der Ceremonien und der Wiedertäufer wird gleichfalls abgelehnt². Verlesung des Schriftwechsels zwischen Mainz und Pfalz einerseits und Hessen und Sachsen andererseits über die von ersteren angebotene Vermittlung zwischen dem Kaiser und den Evangelischen.³ Der Kurfürst und der Landgraf überlassen die Entscheidung dieser Angelegenheit der Frankfurter Versammlung, welche einen Ausschuss darüber niedersetzt.

nr. 35.

Samstag Juni 10: Genehmigung des Ausschuss-Bedenkens über

¹ Auch Isny erhielt etwas später vom Schwäbischen Bund eine Vorladung zum Nördlinger Tage, um sich wegen seiner Reformen zu verantworten. Es bat deshalb gleichfalls um die Unterstützung der evangelischen Stände (Schreiben an Strassburg v. 7. Juni, Str. St. A. AA 429 f. 191). Ueber Strassburgs Beteiligung an der Nördlinger Zusammenkunft ist im Uebrigen nichts bekannt.

² Nähere Begründung im Abschied (Neudecker a. a. O.). Damit war also der im December 1530 vorgeschlagene Tag zu Nürnberg definitiv aufgegeben. Vgl. oben nr. 1.

³ Copien im Str. St. Arch. AA 429, 41 ff. U. A. eine Instruction des Kurf. v. d. Pfalz für Wilhelm v. Habern an den Landgrafen d. d. Mai 17: Der Kaiser zeige sich seinen und des Mainzers Vermittlungsversuchen nicht abgeneigt; der Landgraf möge darum gleichfalls gütliche Unterhandlung bewilligen und freundliches Entgegenkommen bezüglich der Türkenhülfe zeigen. Der Landgraf erwiedert, er wolle das Anerbieten den Einungsverwandten unterbreiten; doch glaube er, dass sich dieselben nur dann darauf einlassen würden, wenn zuvor der Stillstand der fiscalischen Prozesse in Glaubenssachen bewilligt würde. In gleicher Weise liess Mainz bei Sachsen werben.

das Anerbieten von Mainz und Pfalz «lut des abscheids»¹. — «die seestet haben die wegerung der wal ouch abgeschlagen; aber der gesant von Lubeck hat mier ad partem gesagt, das sie nit willens, noch zuor zeit dem kofnig] titel zuo geben. Hessen und Lunenburgs ret haben mit her Jacob [Sturm] und mier geredt, das verrer mit dem curf. ze handeln sig der Eidgnossen halb; hand wier sampt den anderen oberlendischen antwort geben, darzuo die niderlendisch stet ouch verwilligt, das Hessen und Lunenburg den k[ur]f[ursten] ansuchen und anzeigen, das die stet deshalb gepeten, item das ouch die ursach der wegerung durch die gelerten bewogen und gehert werd.» Die oberländischen Städte verzichten auf Abhaltung des Constanzer Tags.

Sonntag Juni 11: Verlesung des Abschieds².

p. 46 A. 1.

53. Landgraf Philipp an die Dreizehn³.

Juni 4.

Cassel.

Str. St. Arch. AA 454 Ausf.

Erwidert auf eine Anfrage Strassburgs hinsichtlich der Rüstungen in den Niederlanden⁴, dass es sich nur um eine Fehde der Friesischen Grafen unter einander handle. Junker Balthasar⁵, unterstützt durch den Herzog von Geldern, beabsichtige, dem Grafen Enno in sein Land zu fallen, und letzterer habe daraufhin vom Kaiser die Erlaubnis erhalten, 3000 Knechte in den Niederlanden anzunehmen⁶. Bittet um Nachricht über etwaige anderweitige Bewerbungen. Dat. Cassel So. trinitatis a. 31. — Pr. Juni 17.

Zettel: Anfrage, was an dem Gerücht von Rüstungen Frankreichs sei.

¹ Danach sollten Sachsen und Hessen an Mainz und Pfalz schreiben, dass die Protestierenden bereit wären, sich auf Unterhandlungen einzulassen, wenn als Grundlage derselben die Herstellung eines gemeinen, beständigen Friedens und die Abschaffung der fiscalischen Prozesse bis zu einem freien, christlichen Concil angenommen würde. Für die Dauer der Verhandlungen müsste ebenfalls Friede zugesichert werden. Malstatt der Zusammenkunft sollte etwa Fritzlär sein, die Zeit nicht vor Bartholomäi (Aug. 24). Vgl. den Abschied bei Neudecker Urk. p. 180. Ein Entwurf zu dem Schreiben an Mainz und Pfalz im Str. St. Arch. AA 429.

² Copie desselben im Str. St. Arch. ebda. Er besteht aus einem allgemeinen und einem besondern Teil. Neudecker a. a. O. hat nur die erste Hälfte abgedruckt. Der zweite Teil, unter Ausschluss von Brandenburg und Nürnberg verfertigt, enthält die Aufträge und Vollmachten des Bundes für seine einzelnen Mitglieder hinsichtlich der Aufnahme weiterer Stände. Ferner wird das Project einer Verfassung zur Gegenwehr vorläufig fallen gelassen, einmal wegen der verweigerten Aufnahme der Eidgenossen, sodann auch im Hinblick auf die Ausgleichsversuche von Mainz und Pfalz. Von der Weigerung der Städte, sich dem Römischen König zu widersetzen, wird einfach kurz Notiz genommen.

³ Fast gleichlautend schrieb Philipp am selben Tage auch an Sturm (damals in Frankfurt). Ebenda.

⁴ D. d. Mai 26, Str. St. Arch. AA 1813. Die Dreizehn hatten darin die Befürchtung ausgesprochen, dass der Kaiser den Grafen von Ostfriesland wegen des Evangeliums überziehen wolle.

⁵ Der später viel genannte Balthasar von Esense.

⁶ Vgl. Capitos Brief an Zwingli v. 4. Juli (Zwinglii opp. VIII 617), worin die obigen Nachrichten übermittelt werden.

54. Caspar Schaller an Peter Butz.

Juli [1].
[Basel].*Str. St. Arch. AA 4843. Orig.*

Streit zwischen Basel und Solothurn.

Die Solothurner seien mit ihrem Banner heute gegen Basel ausgezogen über den Bebelberg, lagerten jedoch noch auf ihrem eignen Gebiet¹. Daher werde Basel heute auch ausziehen. Er hoffe aber, dass die Züricher vermitteln würden «und wurt nit von noten sin, das uwere herren haruf riten; dan si des orts nutzt schaffen mögen; darzu mogen si nime zu ziten komen; zeüg ich uch in aller besten an, domit der kost erspart werd². item, so wir nit selb mit krieg beladen, wolten die von Zurich uns gemant haben; dan als den 5 orten di profiand abgeschlagen, wolten die von Schwitz das salz mit gewalt zu Seben³ geholt haben; doch hoff ich, es sig abgestellt.» In Rapperschwyl sei das Evangelium angenommen. Der Abt zu Pfeffers sei Bürger von Zürich geworden, und letzteres habe ihn in Schutz und Schirm genommen. «Dat. in il samstags den letzten junii⁴ a. etc. 31.»

p. 41 A. 1.

55. Jacob Sturm an Landgraf Philipp.

Juli 10.
Strassburg.*Marb. Arch. (Corr. Philipps mit Strassburgern). Orig. Zettel ebenda.*

Die Französische Rüstung ist abgestellt. Reichstag zu Speier oder Worms. Zettel: Kann kein Geld aufbringen.

- nr. 53. Strassburg habe über die letzthin erwähnte Rüstung der Franzosen trotz fleissiger Nachfrage nur erfahren können, dass dieselbe abgestellt worden sei, und dass die Hauptleute wegen des Aufhaltens gewillt seien, den König von Frankreich um eine Verehrung anzusuchen. Auch sonst wisse er von keiner Rüstung in dieser Landsart⁵. Von sonstigen Neuigkeiten höre er, dass ein Reichstag zu Speier oder Worms gehalten werden solle, dessen Beginn auf den letzten September angesetzt sei. Alsdann wolle der Kaiser wieder nach Italien und Neapel ziehen und von dort nach Spanien überfahren. Dat. Strassburg Mo. n. Kiliani a. 31.
- nr. 60.

¹ Die Veranlassung zu den kriegerischen Vorbereitungen ersieht man aus dem gleichzeitigen Schreiben Basels an die Dreizehn, welches bei Strickler III 846 b gedruckt ist. Solothurn hatte den Baslern zum Trotz auf deren Gebiet ein Hochgericht erbauen lassen. Als nun Basel dasselbe niederreissen liess, fühlte sich Solothurn beleidigt, und es kam auf beiden Seiten zu lebhaften Rüstungen.

² Schallers Hoffnung auf friedliche Beilegung des Streits erfüllte sich. Schon am 4. Juli meldete Basel an Strassburg, dass sich Zürich, Bern, Schaffhausen etc. ins Mittel gelegt, und dass man sich entschlossen habe, die Sache rechtlich auszutragen. Ebenda. Vgl. Eidg. Absch. IV 1 B. nr. 558 ff.

³ Wohl = Seewen, w. von Schwyz.

⁴ Der Samstag fiel auf den 1. Juli.

⁵ Am 14. Juni hatte der Landgraf gebeten, auf den Verbleib von 8000 Knechten in Italien Acht zu geben, die bisher in päpstlichen Diensten gestanden hätten und jetzt, wie das Gerücht ginge, zum Kaiser in die Niederlande ziehen sollten. Str. St. Arch. AA 434, mit Empfangsvermerk Juni 24.

Zettel: «Auch, gnediger furst und herr, hab ich unz hiehar kein gelt uf zinsverschreibung hie mogen e. f. g. ufbringen¹, deshalben, das niemants hie diser zeit lichtlich zu bewegen, also weit gelt anzulegen. wo mir aber etwas nachmols begegnet, wolt ich e. f. g. auch nit verhalten. Dat. ut. in litteris.»

56. Landgraf Philipp an [Jacob Sturm].

Juli 25.
Zapfenburg.

Marb. Arch. (Corr. Philipps). Conc. Erwähnt bei Rommel II 272. (Dass Sturm der Adressat ist, ergibt sich aus nr. 59).

Verhandelt mit mächtigen Leuten wegen Beitritts zum Bunde, was die Gegner glimpflicher macht. Bittet, die ihm verdächtigen Verhandlungen von Mainz und Pfalz genau zu beobachten.

«Ersamer lieber besonder. gnediger vertrauter wolmeinung wollen wir dir nit verhalten, das von eines furtreflichen mechtigen konigs und anderer gewaltiger leute, der namen wir dir noch zur zeit gerne verschweigen, an uns werbung bescheen, also das es darauf stehet, [ob] sie sich auf unser seiten zu begeben vermogen [?]² werden³, wilchs villeicht von unsern widerwertigen mag vermerkt sein worden, und sie sich derhalben in sachen desto gelimpflicher und milder anloszen. derhalben zu erinnerung begeren wir gnediglich, du wollest auf die unterhandlung, so Mainz und Pfalz zwischen kei. mt. und uns, di dem evangelio anhangen, furhaben, gut achtung geben, damit man uns nit im schein eines fridens, der villeicht doch kein grund haben und hinderlistig sein mocht, von solich mechtigen leuten abwende, und hernachmals, so wir uns derselben entschlagen, unser widerwertigen sich zu inen thun und entlich uber uns das bad ausgieszen; dan unsers erachtens mit diser unterhandlung und kunftigem reichstage [anderst nichts]⁴ dan bestetigung konig Ferdinandi und solich new practiken gesucht werden. das also wollest in geheim bei dir behalten; allein etlichen des rats geheimen, di du vertraut weist, magstu es erofnen.» — «Dat. Zapfenburg am tage Jacobi a. etc. 31.»

nr. 52.

57. Landgraf Philipp an den Rat.

Juli 26.
Cassel.

Str. St. Arch. AA 429 fol. 170. Ausf.

Schickt Copie der Antwort des Kaisers auf das Schreiben der Evangelischen aus Schmalkalden und bittet, dieselbe auch den andern oberländischen

nr. 6.

¹ Die Hessischen Gesandten hatten schon im Juni zu Frankfurt mit Sturm wegen dieser Angelegenheit gesprochen, und schon damals war ihnen erwiedert worden, es werde schwer halten von wegen der weite entlegenheit, Geld für den Landgrafen aufzubringen. (Nusbicker an Philipp d. d. Juni 16. Marb. Arch. Orig.)

² = vermocht?

³ Wahrscheinlich ist hiermit auf König Friedrich von Dänemark angespielt, vgl. Neudecker Urk. 176.

⁴ Diese Worte sind ausgestrichen, müssen aber wohl wieder hergestellt werden.

Städten bekannt zu geben¹. Dat. Cassel Mi. n. Mariae Magdalena. a. 31.
— Pr. Aug. 2².

58. Landgraf Philipp an den Rat.

Juli 30.
Spangenberg.

Thom. Arch. Ausf. Erwähnt von Escher 245.

Der Kurfürst lehnt nochmals den Bund mit den Eidgenossen ab. Zettel: Vermutliche Gründe dafür.

Uebersendet Copie der Antwort des Kurfürsten von Sachsen auf die Bitte, die Aufnahme der Eidgenossen in das Verständnis zu bewilligen³. «nun hetten wir gern gesehen, haben auch dorin kein muglichen fleis, dormit wir solchs zuwegen bringen mochten, unterlossen, das die Aidgnossen in solch unser christlich vorstentnus mit eingenommen wurden; aber dweil unser ohm schwager und gefatter der churfurst sich solchs, als sein lieb anzeigen, aus gehabtem rat irer gelarten und rete beschweren und weigern, müssen wir es dismals auch dorbei beruchen lossen.» — Dat. Spangenberg So. n. Jacobi a. etc. 31. — Empf. Aug. 4.

nr. 57. Zettel: «Wir lossen uns auch bedunken: wan di schrift und antwort, di kei. mt. uf unser jungst schreiben us Schmalkalden itzt gegeben hat, welche sich ansehen lest, als ob sie gut und gnedig sei, und di gutlich unterhandlung, so beide churfursten Menz und Pfalz zwuschen kei. mt. und den evangelischen stenden vorgenommen haben, (gethon hett) [nicht gewesen wären], der churfurst wurde villeicht dester eher di Aidgnossen mit in verstand zu nemen bewilligt und nit abgeschlagen haben.» — Dat. ut in lit. 4.

59. Jacob Sturm an Landgraf Philipp.

August 2.
Strassburg.

Marb. Arch. (Frankreich). Orig.

Zeitungen vom kaiserlichen Hof: Mildere Gesinnung des Kaisers. Intriguen zwischen Frankreich und dem Kaiser. Angebliche Einstellung der Prozesse.

nr. 56. Antwort auf den Brief vom 25. Juli.

«E. f. g. schreiben und bedenken, us was ursachen die sachen bei dem gegenteil sich etwas milter dan bis hiehar erzeigen, hab ich entpfangen und etlichen vertrauten personen angezeigt. sage deshalb e. f. g. underthanigen dank und weisz diser zeit e. f. g. nichts news zu schreiben, dan das wir

¹ Copie der kaiserlichen Antwort d. d. Juni 30 im Str. St. Arch. AA 427, gedruckt bei Neudecker Urk. 179 und Lanz Corr. I nr. 184: Der Kaiser verweist bezüglich des Stillstands der Kammergerichtsprozesse etc. auf den bevorstehenden Reichstag.

² Am Empfangstage noch schrieb der Rat an den Landgrafen und dankte für obige Mitteilung (Marb. Arch. Ausf.).

³ D. d. Juli 22: Der Kurfürst lehnt die Aufnahme der Eidgenossen aus den schon zu Frankfurt angegebenen Gründen ab. Vgl. oben die Relation nr. 52. Str. St. Arch. AA 429 fol. 192. Copie.

⁴ Strassburg schickte diesen Brief nebst Copie der kurfürstlichen Erklärung am 7. Aug. nach Ulm (Ulm. Arch. Ref. T. XIII). Empfangsbescheinigung Ulms v. 14. Aug. im Str. St. Arch. AA 433. Vgl. unten nr. 64.

kurzverrückter tag vom keiserlichen hof von einem guten freund brieve entfangen. der schreibt unter anderm, wie kai. mt. gemüt etwas geendert und in sachen des glaubens uf miltere ban gericht worden, und das ein cardinal, der von Granmont genant, understande, kai. mt. und Frankrich wider zu trennen und den babst uf des Franzosen seiten vom kai[ser] abzuwenden¹, welches, so es furgiang, zu vil gutem ursach sin würde. es soll auch kai. mt. dem viscal geschriben haben und bevolen, gegen niemants in sachsens [sic!] glaubens zu procedieren, sond[er] hiezwise[n] und jetzigem reichstag still zu stone².» «Dat. Straspurg mitwoch den andern augusti a. etc. 31.»

60. Landgraf Philipp an den Rat.

August 6.
Milsungen.

Str. St. Arch. AA 429 f. 157 Auf.

Das Gutachten Strassburgs und Ulms, dass vor dem angesetzten Reichstage eine Zusammenkunft der evangelischen Einungsverwandten [veranstaltet] werden solle, um sich über eine gleichmässige Haltung zu verständigen, sehe ihn «nit vor unnutz ane»³; er habe dem Kurfürsten von Sachsen Mitteilung davon gemacht und werde ihnen dessen Antwort zukommen lassen. Dat. Milsungen So. n. vincula Petri a. 31. — Pr. Aug. 13.

61. Die Dreizehn an Landgraf Philipp.

August 6.

Gedruckt bei Neudecker Actenstücke 54⁴.

Wilhelm von Nassau als kaiserlicher Unterhändler beim Kurfürsten von Sachsen. Der Kaiser friedlich gestimmt.

Durch eine glaubwürdige vertraute Person sei ihnen insgeheim mitgeteilt, dass der Kaiser kürzlich den Grafen Wilhelm von Nassau zum Kurfürsten von Sachsen abgefertigt habe, um mit demselben zu unterhandeln, «was doch des glaubens halb were zu leiden, damit man zu friden kome.» Wenn der Kurfürst die Königswahl anerkennen, sich seiner Einungsverwandten entschlagen, und den Reichstag zu Speier in eigener Person besuchen wolle, so werde der Kaiser «in das luterisch furhaben uf jungstem

¹ Vgl. hierüber Karls V Schreiben an K. Ferdinand bei Lanz Corr. I nr. 195.

² Die Wahrheit ist, dass der Kaiser dem Kurfürsten von der Pfalz am 8. Juli einen bezüglichen Befehl an das Kammergericht übermittelte, mit dem Ersuchen, nötigen Falls davon Gebrauch zu machen, d. h. wenn die Protestanten auf andere Weise als durch Stillstand der Prozesse nicht zu Verhandlungen zu bewegen seien. Lanz Corr. I nr. 189.

³ Die Anregung zu dieser Zusammenkunft gab Ulm in einem Briefe vom 26. Juli an Strassburg, worin es die Befürchtung aussprach, dass der Reichstag zur Ausrottung des Evangeliums bestimmt sei. Daraufhin schrieb Strassburg am 28. Juli an den Landgrafen, indem es den Vorschlag Ulms unterstützte. (Marb. Arch.) Der Reichstag war auf den 14. Sept. zu Speier angesetzt; das Ausschreiben zu demselben finde ich im Strassburger Archiv nicht. Vgl. Capitos Aeusserung in dem Brief an Zwingli vom 16. August, wo er sagt, dass Strassburg bisher keine Einladung zum Reichstage erhalten habe. Zwinglii opp. VIII 632.

⁴ Die von Neudecker benutzte Vorlage im Marb. Arch. habe ich nicht mehr gefunden.

reichstag zu Augspurg anpracht gehalten¹ und derzu sein chf. g. mit landschaften oder gelt (deren eins) begeben.» «so seind wir auch darneben von glaubwürdigen Personen berichtet, [dass] kai. mt. gemuet zu friden und lieb stehe und irer mt. misfalle, das sie zu Augspurg nit angenommen hab die condition zwischen ir mt. und den Sechsischen darzumal furgeschlagen, und es seie wol unruhig folk vorhanden gewesen, aber der pfalzgrave habe nit wollen gehalten in sachen des unfridens. so hab der konig von Engelland begert, zu handlen zwischen kai. mt. und den evangelischen, sei im aber abgeschlagen.»

Obwohl man nun nicht zweifle, der Kurfürst werde in nichts willigen, wodurch die christlichen Stände getrennt würden, so habe man doch nicht unterlassen wollen, dem Landgrafen hiervon geheime Mitteilung zu machen, damit er im Stillen weitere Erkundigungen einziehe. Dat. So. n. vincula Petri a. 34².

62. Landgraf Philipp an den Rat.

August 9.
Rotenberg.

Str. St. Arch. AA 454 Ausf.

nr. 52. Nachdem der Kurfürst von Sachsen und er, der Landgraf, im Namen der Einungsverwandten in die gütliche Unterhandlung der Kurfürsten von Mainz und Pfalz gewilligt, hätten die letzteren nunmehr eine Zusammenkunft auf den 30. August zu Schmalkalden vorgeschlagen³. Strassburg möge dies den andern oberländischen Städten anzeigen und den Tag durch seine Gesandten beschicken, sowie dies auch die andern Evangelischen thun würden, um «anzuhoren, was der unterhendler vorschlag und meinung sein werde». — «Dat. Rotenberg am abend Laurentii a. etc. 31.» — Pr. Aug. 15⁴.

63. Jacob Sturm an Landgraf Philipp.

August 14.
Strassburg.

Marb. Arch. (Corr. Philipps mit Strassburg). Orig. Erwähnt bei Rommel II 275.

Mahnt angesichts der Werbungen Nassaus u. Neuenahrs zur Vorsicht.

Der Landgraf werde sich erinnern, durch welche Mittel die Widersacher des Evangeliums die Protestierenden auf dem Reichstag zu Augsburg zu trennen gesucht hätten. Damals sei das durch Gottes Beistand verhindert worden; «dweil nun das widerteil wider solich wege suchet und villicht der ursachen zu m. gst. hern dem churfursten und zu e. f. g. beide graven

¹ = gehelen, willigen.

² Vgl. hierzu ebenda p. 58 ff. das Gutachten der Hessischen Räte Adolf Rau und Johann Feige, worin die Glaubwürdigkeit der in obigem Schreiben mitgeteilten Thatsachen angezweifelt wird. S. unten p. 57 A. 1.

³ Die Einladung des Pfalzgrafen an den Landgrafen d. d. Heidelberg Aug. 5 ebenda. Copie.

⁴ Der Rat erklärte seine Bereitwilligkeit, den Tag zu beschicken, in einem Brief an den Landgrafen vom 17. Aug. (Marb. Arch.) Ulm sagte am 18. Aug. gleichfalls die Beschickung zu, nachdem es am 16. Aug. von Strassburg benachrichtigt war. Ulm. Arch. Ref. T. XIII.

Nassaw und Newenar gefertigt¹, hab ich ganz underthaniger meinong — wiewol ich an e. f. g. keinen zweivel trage, si werden sich hierin furstlich und rechtgeschaffen halten — nit underlassen mogen, e. f. g. voriger handlung zu erinnern, underthaniglich bittende, e. f. g. wöllen sich hierunder also erzeigen und halten, wie si bis hiehar gethon, und ich bei mir in keinen zweivel setze, und so etwas hierunder minen hern zu wissen von nöten, dasselbig inen genediglich mit <zu>teilen.» — Dat. Strassburg Mo. n. Laurentii a. 31.

nr. 61.

64. Die Geheimen von Ulm an die Dreizehn.

August 16.

Thom. Arch. Ausf. Benutzt von Escher 247.

Wünschen Ansetzung einer Zusammenkunft mit den Eidgenossen wegen eines Bündnisses. Zettel: Zwingli u. Oecolampad zum Reichstage abzuordnen.

Nachdem sie von Strassburg erfahren, dass der Kurfürst von Sachsen die Aufnahme der Eidgenossen in das christliche Verständnis verweigert habe, hätten sie der Sache «verer und der gestalt nachgedacht, das erstlich, wa die Aidgnossen uf irem furnemen angeregter verbundnus halben — wie e. f. gesandten jungst daselbst zu Frankfurt die mas derselben angezaigt — besteen, verharren und die je nit miltern oder ringern wollten, das solichs den erbern stetten diser verpundnus zugethon mer dann mit der federn zu begreifen in vil weg beschwerlich, ja auch etwan schier unmöglich sein wurde. solte man dann ir hilf verachten und in wind schlahen, mocht abermals zu nachtail gelangen etc.» Geben deshalb den Rat, Strassburg möge bei den Eidgenossen eine Tagsatzung beantragen, um die Sache weiter zu besprechen.

p. 54 A. 4.

nr. 52.

«Und wiewol wir nun, lieb hern und freund, gedenken, das solichs vor jetzt ernantem und ausgeschribnem reichstag mit statten nit sein oder beschehen mug, so wurdet doch — in bedacht, das den erbern stetten auf disem reichstag allerlai beschwerlichs, daran jetzo niemand gedenkt, begegnen mag — bei uns ermessen, [um] die Aidgnossen in willen zu behalten und sich mit denselben anzuhenken, das gut und nit schad sein, mit disem bedenken furderlich furzuschreiten, damit sie nit gedenken oder dafur achten mochten, das man sie allererst, so das wasser uber die körb gieng, haben oder ersuchen wolt.» Bitten deshalb nochmals um Tagsatzung². «Dat. mitwuchen nach unser frawentag himelfart a. etc. 31.» — Pr. Aug. 21.

¹ Die Instruction des Kaisers für Nassau u. Neuenahr s. bei Lanz Corr. I nr. 197. Auch in Capitos Brief an Zwingli vom 16. Aug. ist die Befürchtung ausgesprochen, dass die Werbung der Grafen darauf abziele, die Evangelischen zu trennen. Zwinglii opp. VIII 632. Dass dies in der That der Fall war, ersehen wir aus dem Bericht der Grafen über ihre Verhandlungen an Karl V bei Lanz I nr. 205. Kurfürst Johann blieb indessen standhaft. Im Thom. Arch. befindet sich übrigens ein Bericht über die Verhandlungen mit Sachsen von Sturms Hand, welcher mit dem bei Lanz abgedruckten übereinstimmt. Vermutlich hat Sturm im September zu Schmalkalden den Bericht durch Vermittlung der Sächsischen Räte erhalten.

² Strassburg antwortete am 3. Sept., dass es dem Wunsche Ulms entsprechend an Zürich, Bern u. Basel geschrieben habe. Ulm. Arch. Ref. T. XIII. Vgl. unten nr. 67 und 68.

Zettel: Da an dem zukünftigen Reichstage sehr viel gelegen, so halten sie ferner für gut, dass man die Städte Zürich und Basel ersuche, Zwingli und Oecolampad «uf jetzigen reichstag gon Speir oder zum wenigsten in ewr f. statt zu schicken und zu verordnen, sich in furfallenden sachen und handlungen irer ratschleg haben zu geprauchten¹.»

65. Der Rat von Ulm an den Rat von Strassburg.

August 16.

Str. St. Arch. AA 455 Ausf.

Da Ulm auf dem bevorstehenden Reichstage zu Speier wegen Abschaffung der Messe, Aenderung der Ceremonien etc. allerlei Beschwerden zu gewärtigen habe, so möge Strassburg durch seine Gelehrten ein Gutachten verfassen lassen, in welcher Weise sich Ulm gegen etwaige Anfechtungen in Speier verteidigen solle. Ferner möge Strassburg ausser seinen Gesandten auch seine Gelehrten nach Speier senden und ihnen auftragen, den Ulmern «furdersam, hilflich, rätlich und erschieszlich zu sein.» — Dat. Mi. n. assumptionis Mariae a. 31. — Pr. Aug. 21.

66. Der Rat von Memmingen an den Rat von Strassburg.

August 25.

Thom. Arch. Ausf.

Hat von Constanz die Strassburger Apologie der Tetrapolitana zugestellt erhalten und erklärt sich einverstanden damit, dass dieselbe auch in Memmingens Namen veröffentlicht werde². Bittet um Zusendung von 30 Exemplaren³. Dat. Aug. 25 a. 31. — Pr. Sept. 2.

67. Die Dreizehn an die Geheimen von Basel.

[August 27].

Basl. Arch. Zeit. 1520-49. Ausf. von Joh. Meyer. Gleichlautende Briefe auch an Zürich und Bern, gedruckt bei Strickler III nr. 1252 und 1416. Benutzt von Escher 247.

Bitten um Tagsatzung wegen eines Bundes zwischen den evang. Eidgenossen u. den oberländischen Städten.

nr. 64.

Bekanntlich sei die Verbindung der evangelischen Eidgenossen mit dem Kurfürsten von Sachsen an dem Zwiespalt in der Abendmahlslehre gescheitert. «so vernemen wir nit destminder, [dass] die von Ulm und andere oberlendischen stett dessen unangesehen mit euch und anderen Eidgenossen zu einer christenlichen verstendnus zu pringen weren, vernemen auch, das desselben hievor handlung zwischen inen und ewer gepflegt und von mitteln geret gewesen, die denen von Ulm und andern oberlendischen stetten anzunemen villeucht beschwerlich⁴; bedenken aber, das dise sach nit umb zeit-

¹ Vgl. folg. Nummer, ferner Zwinglii opp. suppl. 42.

² Eine gleiche Erklärung von Seiten der Stadt Constanz an Strassburg, zugleich im Namen Memmingens u. Lindaus, d. d. Aug. 29, Str. St. Arch. AA 1813.

³ Strassburg erfüllte diesen Wunsch, wie wir aus Memmingens Dankschreiben vom 10. Sept. ersehen. Ebenda.

⁴ Im Jahre 1529 hatten zwischen den Eidgenossen u. den schwäbischen Städten Bündnisverhandlungen geschweht, die aber gescheitert waren. Vgl. Escher 103 ff.

lich's sonder das wort gotz ist, darin nit irdische ding zum hochsten anzusehen, das auch dise stett eins eerlichen vermogen zu diser sachen nit undienstlich und also gelegen und g'stalt, das si bei disem handel des evangelium's Christi nit entwegen [?], solichs auch zu weiterm und ferern nützlichen sachen konfliktig reichen mag. deshalb begeren wir freuntlich, voriger handlung unangesehen, [dass] ir fur euch selbs und dan unsere lieben und guten freund und christenliche mitbürger, Zürich und Bern, andere tag ansetzen wollen, uns dasselb verkunden, denen von Ulm und andern oberlendischen stetten zuzuschreiben, der zuversicht, got werde gnad verleihen, [dass] solich verstendnus zuvorderst zu der er gotz und seines heiligen namens und dan unserer aller nutz furgeen werde.» — «Dat. sontags den sibenzweingzigsten [august] <septemb.> a. etc. 31¹.»

68. Die Geheimen von Zürich an die Dreizehn.

September 1.

Str. St. Arch. AA 4809. Ausf. Regest bei Strickler III 4274.

Sind nicht abgeneigt, sich mit den oberländischen Städten in Bundesverhandlungen einzulassen.

«Wir haben über schreiben die fründschaft und verstentnis daeren von Ulm und anderer oberlendischen stetten belangende verstanden; und ist nit minder, das hievor durch unser mitburger von Costents ouch etwas deshalb an uns gelanget², und nemlich dieselben von Costents einen benantlichen vergriff als für sich selbs gestellt, denselben an uns bracht, und wir unsers teils gemelten stetten — da wir wüssend — nützit beschwärlichs fürgeschlagen habend, sonder allweg des gneigten gemuets gewesen, wo witer etwas an uns gesücht worden, uns aller zimligkeit umb göttlicher eeren und sines heiligen worts willen gegen inen zuo beflissen, des gneigten gemuets wir ouch noch sind, denselben stetten früntlich doch unvergriffenlich unz an mereren unsern gewalt ze loszen³; und so unser cristenlich mitburger von Bern und Basel, an die wir es ouch jetz zuo Arow bringen⁴, in ein tagsatzung bewilligen werdint, witer vom handel, der uns ouch wichtig und gemeinem cristenlichen nutz fürstendig sin bedunkt, red ze hoeren.» — «Hends us Zuerich auf sant Verenen tag zuo mittem tag a. etc. 1531. — Pr. Sept. 3.

nr. 67.

¹ «August» ist ausgestrichen u. dafür von derselben Hand «September» geschrieben. Dass August wiederherzustellen ist, ergibt sich, wie schon Escher 247 bemerkt, aus der Uebereinstimmung mit der Ausf. an Bern bei Strickler III nr. 1232. Ebenso ist das Datum der Ausf. an Zürich bei Strickler III nr. 1416 zu berichtigen. Vgl. zu weiterer Bestätigung nr. 64 u. 68.

² Vgl. Strickler III 1278.

³ = anhören, Gehör schenken.

⁴ Vgl. die Züricher Instruction für den Aarauer Tag, Strickler III 1284. Sie lässt ebenfalls die Geneigtheit erkennen, die Vorschläge Strassburgs u. Ulms anzuhören, jedoch ohne sich irgendwie zu binden, nur auf «Hintersichbringen». Demgemäss lautete auch der Aarauer Abschied in diesem Punkte ziemlich kühl; es wurde darin ein Tag zu Constanz in Aussicht genommen, auf welchem die Oberländer ihre näheren Vorschläge machen sollten. Eidg. Absch. 602. Escher 248. Diese Reserviertheit der Eidgenossen, namentlich aber der bald folgende Ausbruch des Kappler Krieges, brachte die Strassburger von der weiteren Verfolgung der Bundesidee ab; weiterhin ist von dem Project nicht mehr die Rede. — Der obige Brief Zürichs wurde von Strassburg am 4. Sept. den Ulmern mitgeteilt. Ulm. Arch. Ref. T. XIII.

69. Der Rat von Frankfurt an den Rat von Strassburg. September 1.

Str. St. Arch. AA 429 f. 156. Ausf.

Lehnt nochmals den Beitritt zum Schmalkaldischen Bunde ab.

- nr. 52. Giebt die auf dem Frankfurter Tage versprochene, endgültige Antwort auf die Einladung, dem Bunde der Evangelischen beizutreten. «wiewole wir leichtlich abnemen mögen, so gegen jemant des glaubens halben einiche ongnade oder gwalt wölt furgenomen werden, dasz wir als die onvermögelichsten dieselbigen auch zu beforchten hetten, so haben wir doch aus vielen ursachen, die e. l. zum taile erofnet sein mögen, uns in bundnus zu begeben, bishere abeschewes gehabt und noch auf hewtigen tag der nit entschliessen mögen, bevorab so die Ro. kai. mat., unser allergnedigister herre, sich bis anhere noch alle wege so gutig und gerecht erzaigt, zu kainer rache oder straf nach unser widerwertigen begird hat je bewegen lassen, zuo dem dasz itzo ein reichstag gein Speir furnemlich des glawbens halben angesetzt, der hofnung zu gott, es sollen die wege und mittel befunden werden, dasz uns derwegen weitere versiecherunge zu suchen nit von noiten [*sic!*] sein werde. wo aber der zuo anderem furnemen — da der almechtig fur sein wölle — gedien solt, so verhoffen wir, unser gnedigist und gnedig herren chur. und fursten, auch andere und e. l. sollen mit gnedigem willen und furderung uns trewer zuversicht nach nit verlaessen.» Bitte, diese abschlägige Antwort nicht übel zu deuten und die Stadt Frankfurt bei den andern evangelischen Ständen zu entschuldigen. — «Geben fritags nach decollacionis Johannis a. etc. 31.» — Pr. Sept. 6.

70. Der Rat von Strassburg an den Rat von Ulm. September 2.

Stuttg. Staats-Arch. Ausf. perg.

- nr 65. Uebersendet in Erwiederung des Schreibens vom 16. August ein Gutachten seiner Prediger, wie Ulm sich wegen Aenderung der Ceremonien etc. auf dem Reichstage eventuell verantworten solle.¹ Wegen der Sendung Zwinglis und Oecolampads an Zürich und Basel zu schreiben, halte man «diser zeit von unnoten, den wir auch noch nit entschlossen, unsere gelerten gen Speier zu schicken; so aber unser gsandten dahin ankommen, wes si dan alda euch beholfen sein mogen, würt es inen zu thon on zweifel unbeschwerlich sein; so dan fur gut durch die unser bedacht wurde, werden wir uns alsdan villeicht auch nit beschweren, unsere gelerten des ends zu schicken.» — Dat. Sa. 2. Sept. a. 31.

71. Bericht über die Verhandlungen zu Schmalkalden. September 2.

Str. St. Arch. AA 427 nr. 8. Conc. von Schreiberhand mit Zusätzen und Verbesserungen von Sturms Hand. Vgl. den Bericht von Pfalz und Mainz an den Kaiser bei Lantz I 208.

Namen der Anwesenden. Die Unterhändler Pfalz u. Mainz wollen die Vorschläge des Augsburger Reichstags wieder aufnehmen. Die Evangelischen lehnen die Erörterung

¹ Ebenda. Copie. Conc. im Thom. Arch. Es geht von dem bekannten Grundsatz aus, dass götliches Recht über weltliches zu stellen sei u. dass man auf Gott vertrauend bei der erkannten Wahrheit bleiben müsse.

der Glaubensartikel ab. Die Verhandlung auf den Speierer Reichstag verschoben, zu dessen Besuch sich die Evangelischen aber nicht verpflichten.

Ankunft der Gesandten in Schmalkalden am 30. und 31. August. Es sind vertreten der Kurfürst von Mainz durch seinen Hofmeister Graf Botho von Stolberg, Dr. Christoph Türk, Kanzler, und Wolfgang vom Bach; der Kurfürst von der Pfalz durch seinen Hofmeister Ludwig von Fleckenstein, Marschall Wilhelm von Habern und Ritter Wolf von Affenstein. Von den Evangelischen haben Gesandte geschickt Sachsen, Hessen, Strassburg [J. Sturm und M. Pfarrer¹], Nürnberg, Ulm und Magdeburg.

Die Gesandten der Unterhändler Mainz und Pfalz schlagen zunächst vor, die Verhandlungen da wieder aufzunehmen, wo man sie auf dem Augsburger Reichstage abgebrochen habe, d. h. eine Verständigung über die streitigen Glaubensartikel zu suchen.

Die Gesandten der Evangelischen erwidern darauf, dass sie keinen andern Befehl hätten, als die Vorschläge von Mainz und Pfalz anzuhören und darüber an ihre Herren zu berichten.

Die Unterhändler entgegnen mit einer langen Rede über die vielen und verdienstlichen Bemühungen ihrer Herren um Beilegung des religiösen Zwists; so sei namentlich durch ihre Verwendung beim Kaiser der Stillstand der Kammergerichtsprozesse erwirkt worden. Sie beschwerten sich sodann, dass die protestantischen Gesandten keine Vollmacht zu den Unterhandlungen hätten, und lassen durchblicken, dass daraus leicht die Ungnade ihrer Herren sowie des Kaisers folgen könne. Hierauf antworten die Protestanten, in der Werbung der Unterhändler um Veranstaltung dieser Zusammenkunft sei nicht davon die Rede gewesen, dass die Augsburger Vorschläge wieder aufgenommen werden sollten, also könnten sie auch keine Instruction deswegen haben. Sie erwarten nur Vorschläge zur Herstellung und Aufrechterhaltung von Ruhe und Frieden im Reich; eine Erörterung der Glaubensartikel könne ohne die Theologen, welche ja zu der jetzigen Versammlung nicht abgeordnet seien, überhaupt nicht stattfinden.

p. 55 A. 2.

Die Unterhändler wenden dagegen ein, dass sie ja nur darüber Verständigung suchen, wie es vorläufig bis zu einem Concil in Glaubenssachen gehalten werden solle, und begehren Vorschläge hierüber. Darauf erklären die Evangelischen nochmals, das sei Sache der Theologen; auch hätten sie nur Befehl, Anträge entgegenzunehmen, nicht solche zu stellen. Schliesslich machen die Unterhändler die Proposition, die Beratung auf den bevorstehenden Reichstag in Speier zu verschieben. Dasselbst solle von einem Frieden oder friedlichen Anstände bis zu einem Concil gehandelt werden; zuvor freilich müsse man sich auch dort über die unverglichenen Glaubensartikel und über die Haltung der Obrigkeiten verständigen. Falls die Evangelischen Bedenken trügen, ohne kaiserliches Geleit nach Speier zu kommen, so hoffen sie, dass Mainz und Pfalz beim Kaiser die nötige Sicherung ohne Schwierigkeit erlangen würden. Die Protestierenden weigern sich, die Zusammenkunft ohne Weiteres zu bewilligen: sie hätten keine Vollmacht

¹ Eine nähere Instruction für diesen Tag scheinen die Gesandten nicht erhalten zu haben; sie sollten einfach hören, welche Vorschläge Pfalz und Mainz zu machen hätten.

dazu, wollten aber auf Verlangen darüber an ihre Herrn berichten. Mit diesem Erbieten begnügen sich schliesslich die Unterhändler, nachdem sie noch vergeblich die Zusage verlangt haben, dass Sachsen und Hessen die Beschickung der Speirer Versammlung in 14 Tagen an Mainz und Pfalz zu- oder abschreiben sollten. Sie übergeben den Ständen ein Protokoll über die obigen Verhandlungen in Form eines Abschieds¹, und die Gesandten beschliessen, dasselbe an ihre Herren zu bringen. Sachsen und Hessen sollen über die Beschickung des Speirer Tages entscheiden und ihren Entschluss den andern evangelischen Ständen kund thun. Actum Schmalkalden Sept. 2 a. 31.

72. Der Rat von Strassburg an den Rat von Basel.

September 9.

Basl. Arch. Ausf. Eine im Ganzen gleichlautende, nur noch etwas dringlicher gehaltene Ausf. an Zürich bei Mörhofer Zwingli II 584 und als Regest bei Strickler III 1515.

Bedauert lebhaft, dass der Tag zu Aarau, auf welchem der Streit zwischen Zürich und den Fünf Orten geschlichtet werden sollte, abermals umsonst gewesen ist², und dass nunmehr der Krieg unvermeidlich scheint. Ist sehr unzufrieden mit der von Zürich und Bern über die Fünf Orte verhängten Proviantssperre, weil unter dieser Massregel auch viele Unschuldige leiden; Freunde und Feinde des Evangeliums nähmen daran Anstoss. Setzt einen Bürgertag zu Basel auf den 16. September an, um Zürich und Bern zur Aufhebung der Sperre zu bewegen; bittet, die Beschickung des Tages bei beiden Städten zu befürworten und auch Schaffhausen, Constanz und St. Gallen einzuladen³. — Dat. «in eil» Sa. n. nativ. Mariae a. 31.

73. Der Rat von Ulm an den Rat von Strassburg.

September 11.

Str. St. Arch. AA 429 f. 166 Ausf.

Bescheid der Fürsten wegen des Reichstagsbesuchs abzuwarten. Ulmer und Nürnberger Gesandte bei Bamberg überfallen.

Die Ulmer Gesandten haben nach ihrer Rückkehr aus Schmalkalden u. A. berichtet, «das e. f[ürsichtig]kait gesanten getrewer guter wolmainung, anderst wir es in warhait ouch nit verstecken, beratschlagt, das ungeacht hievor be-

¹ Ebenda. Copie d. d. Sept. 1.

² Vgl. oben nr. 46. Der hier erwähnte Tag zu Aarau ist der vom 5. September, vgl. Eidg. Absch. IV 1 B. nr. 602.

³ Der Tag kam in der That zu Stande, allein Strassburgs eindringliche Mahnungen fanden bei Zürich und Bern kein Gehör, und auch die weiteren Versuche, welche Strassburg im Verein mit Constanz, Glarus, Freiburg, Solothurn und Appenzel auf verschiedenen Tagen unternahm, um einen Ausgleich zwischen den evangelischen und katholischen Eidgenossen herbeizuführen, blieben erfolglos. Vgl. Eidg. Absch. IV 1 B. nr. 611, 614. 15 etc. Die bezüglichen Acten des Str. St. Arch. scheinen verloren zu sein. Im G. u. P. lad. 50—52 findet sich ein altes Inhaltsverzeichnis von Schweizer Correspondenzen mit der Aufschrift: «Bündnus u. geschäft mit den Schweizern fasc. 1.» Darin ist u. A. eine Instruction der Strassburger Gesandten für den Tag zu Basel Sept. 16 erwähnt, ferner mehrere Berichte über den Stand der Verhandlungen etc. Alle diese Actenstücke sind nicht mehr aufzufinden.

schehens verlasz der erbern stett halb [nit]¹ von nöten, uf den vierzehenden tag dis monats zu Speir, wie der reichstag daselbsthin usgeschriben, zu erscheinen, sonder unsers gnedigen herrn des landgrafen weiter schreibens in dem allen zu erwarten sei etc. das han wir uns nun unsers tails ganz wol bedacht, fur fruchtbar und gut gefallen lassen und demnach den andern erbern stetten mit anzaigung derselben ursach ganz eilend geschriben, mit besuchung dises reichstags bis uf weitem unsern beschaid in ruwe und still zu steen etc. söllt aber e. fkait in diser handlung ichtzit anderst disem bedenken widerigs furfallen, bewegen oder ermessen, das wöll sie uns, bitten wir sonder freuntlich, in schriften eilend verstendigen.» Teilt ferner mit, dass die Ulmer und Nürnberger Gesandten, als sie mit 11 bis 12 Pferden auf der Rückkehr von Schmalkalden vor Bamberg ankamen, plötzlich von 14 bis 15 Reitern überfallen wurden; « und uber das die Nurmbergischen und die unsern zu vilmaln vermeldt und in anzaigt «« buntisch, nurmbergisch, ulmisch »», so haben die andern doch dagegen geschrien «« stich tod, stich tod, es sein die rechten »», und also Nurmperg ainen und uns auch ainen vast fromen redlichen knecht im feld erstochen, die andern was im vortrab gewest, under die gewl gerennt, geschlagen und verwunt.» Gegen die Gesandten selbst hätten die Reiter nichts vorgenommen, vielmehr sich entschuldigt, «als ob die unsern, wie aber erdicht, nit bescheid geben wöllten².» — Dat. Mo. n. nativ. Marie a. 31. — Pr. Sept. 16.

74. Landgraf Philipp an den Rat.

September 27.

Str., St. Arch. AA 454 Ausf.

Empfiehl den Ueberbringer gegenwärtigen Schreibens als einen in Sprachen und Kriegshandlungen erfahrenen Mann — ohne seinen Namen zu nennen — und ersucht, ihn in Sold zu nehmen.³ Dat. Mi. n. Matthei ap. a. 31. — Pr. März 27 a. 32.

75. Der Rat von Ulm an den Rat von Strassburg.

September 30.

Str. St. Arch. AA 455 Ausf.

Wie Strassburg wisse, habe Ulm auf dem letzten Schmalkaldner Tage die Aufnahme der Stadt Esslingen in das evangelische Verständnis beantragt. Darauf hätten jetzt Sachsen und Hessen geschrieben, dass sie und ihre Bundesverwandten in die Aufnahme willigten. Dat. Sa. n. Michaelis a. 31. — Pr. Oct. 30.

¹ Die Negation ist wohl nur aus Versehen des Schreibers fortgefallen; dass sie nicht fehlen darf, ergibt sich aus dem Zusammenhang.

² Am 1. Nov. teilte der Landgraf den Ulmern mit, dass der Haupttattäter, ein gewisser Paul Fuchs, sich im Lande Braunschweig aufhalte, und dass Aussicht wäre, seiner habhaft zu werden. Ulm setzte davon am 19. Nov. Strassburg in Kenntnis und bat zugleich, nach Möglichkeit auch auf die andern Schuldigen zu fahnden. Str. St. Arch. AA 433.

³ Ein gleiches Empfehlungsschreiben für denselben an Wilhelm von Fürstenberg vom 28. Sept. Ebenda.

76. König Ferdinand an den Rat.

October 6.
Speier.*Str. St. Arch. AA 441 f. 81 Ausf. Erwähnt bei Rommel II 255.*

Bitte um Unterstützung seiner Werbungen für den Kaiser gegen Christian von Dänemark.

Kaiserlichen Briefen zufolge habe sich der König Christian von Dänemark « mit ainer anzal landsknecht one seiner maiestat zuelassen und bewilligen in derselben graveschaft Holand gethan mit anzaigen, als ob sein furnemen seie, von dannen aus auf der see in das kunigreich Thennemark zu schiffen und understeen, dasselbig wiederumb zue seiner gehorsam zu bringen. dieselbige landsknecht thun aber seiner kaiserlichen maiestat underthanen dermassen bedrangnus, das sein maiestat solhes understeen mueste, wie si mög, zu wenden; und uns derhalben ernstlich aufgelegt und bevolen, das wir unverzogenlich seiner liebe und maiestat ein anzal knecht in derselben besoldung allenthalben im reich aufnehmen und die seiner lieb und mt. eilends zuelfueren lassen sollen¹. » Daraufhin habe er einigen Hauptleuten befohlen, Knechte anzuwerben, und sei deshalb sein Ersuchen an den Rat, auch im Strassburger Gebiet eventuell die Werbungen für den Kaiser dulden und fördern zu wollen. Dat. Speier 6. Oct. a. 31. — Pr. Oct. 11.

77. Kaiser Karl V an den Rat.

October 8.
Brüssel.*Str. St. Arch. AA 456,1 Druck.*

Verschiebt den Reichstag und verlegt ihn von Speier nach Regensburg.

Wegen « grosser sachen, daran nit allein uns und unsern selbs erbkunigreichen und landen sonder zu vordrist dem hailigen Romischen reich teutscher nation gemainer fride und wolfart der gemainen sachen der hailigen christenheit treffentlich gelegen ist, » sehe er sich genötigt, den auf den 14. September nach Speier ausgeschriebenen Reichstag zu verschieben². Er setze denselben nunmehr auf den heiligen Dreikönigstag [1532 Januar 6] zu Regensburg an und werde daselbst persönlich erscheinen. « in mitler zeit wellen wir mit emsigem vleys und ernst nachgedenken und bedrachten, wes zu dem gemelten gemainen friden, ruhe, gemach und wolfart der berurten teutschen

p. 55 A. 3.

¹ In den Briefen des Kaisers an Ferdinand bei Lanz I 212 u. 13 (d. d. Sept. 26 u. Oct. 4) findet sich noch nichts von einem derartigen Befehl; vielmehr zeigt der Kaiser darin das Bestreben, Christian, dessen Pläne zur Wiedereroberung Dänemarks er ja im Allgemeinen begünstigte, durch gütliche Mittel zum Verlassen Hollands zu bewegen. Als er freilich auf diese Weise nicht zum Ziele gelangte und der Druck, welchen die dänischen Truppen auf die Holländische Bevölkerung ausübten, immer unerträglicher wurde, glaubte er sich doch zur Anwendung von Gewalt genötigt und liess Knechte anwerben. Sobald dann Christian von Holland abgesehelt war (Oct. 24), wurde sofort wieder Befehl zur Entlassung der Knechte gegeben (Lanz I 226 u. 230). Die Besorgnis der Protestanten, dass die Werbungen ihnen gälten, war, wie aus diesen Briefen Karls klar hervorgeht, ganz ungerechtfertigt.

² Vgl. über die Verzögerung des Reichstages Karls Briefe an Ferdinand bei Lanz I nr. 210 ff.

nation bequem und dienstlichen sein mag.» Fordert zur Beschickung des Reichstages durch bevollmächtigte Gesandte auf. Dat. Brüssel 8. Oct. a. 31. — Pr. Nov. 21.

78. Landgraf Philipp an den Rat.October 10.
Cassel.*Str. St. Arch. AA 434 Ausf.*

Sendet die den Unterhändlern Mainz und Pfalz erteilte Antwort.

Ubersendet die Antwort, welche er und der Kurfürst von Sachsen auf die Vorschläge der Unterhändler zu Schmalkalden an Mainz und Pfalz gerichtet haben¹. Sie sei erfolgt nach gegenseitigem Uebereinkommen zwischen seinen und des Kurfürsten Räten. Man hätte sie gern zuvor an die andern evangelischen Stände geschickt, um sich ihrer Zustimmung zu versichern, habe es aber, da die Zeit drängte, unterlassen müssen. «nochdem aber dieselb [antwort] also gestellt, das sie uf ein gemeinen sichern frieden bis zu einem freien christlichen concilio in deutschen landen, oder so man von denselben sachen reden sollte, das man sich dan der heiligen schrift dem wort gottes underwerfen und das meister und richter sein lassen soll, dringet» etc., «versehen wir uns, die werde euch auch nicht misfallen.» Bitte um Mitteilung dieser Schrift an die andern oberländischen Städte² und, wenn Strassburg es für gut halte, auch an die Eidgenossen³. Dat. Cassel Di. n. Francisci a. 31. — Pr. Oct. 17.

nr. 71.

79. Der Rat an Landgraf Philipp.

October 18.

Marb. Arch. Ausf. perg. Benutzt von Escher 274.

Billigt die Antwort an Pfalz und Mainz. Zürich hat eine kleine Niederlage gegen die 5 Orte erlitten.

Erklärt sich in Erwiderung des Briefs vom 10. Oct. mit der Antwort an Mainz und Pfalz einverstanden und ist bereit, Ulm davon Mitteilung zu machen. Was den Streit Zürichs mit den Fünf Orten betreffe, so habe man sich, wie bereits berichtet⁴), vergeblich bemüht, denselben zu schlichten; gestern sei nun von Basel Zeitung gekommen⁴, «das die Zürcher ein vendlin

nr. 78.

nr. 72.

¹ D. d. Oct. 7. Gedruckt nach der französischen Uebersetzung, welche Pfalz an Karl V schickte, bei Lanz Corr. I nr. 221. Ueber den Inhalt vgl. oben im Text.

² Empfangsbestätigung Ulms an Strassburg d. d. Oct. 25 im Str. St. Arch. AA 433.

³ Dass die Eidgenossen die Mitteilung erbielten, sieht man aus Basels Brief an Zürich v. 22. Oct. bei Strickler IV 427 a.

⁴ Leider ist dieser Basler Originalbericht über die Schlacht von Kappel verloren gegangen. Der öfter erwähnte Index im G. u. P. I ad. 50-52 citiert folgende beide Briefe aus den Tagen nach der Katastrophe des 11. October: 1) «Basel schreibt u. berichtet, was sich zwischen den fünf catholischen orten u. denen von Zürich begeben», 1531 Oct. 13. 2) «die geheimen rät zu Basel berichten, wie die sach stehet zwischen den von Zürich u. den fünf orten», 1531 Oct. 17. Das erstere dieser beiden Schreiben ist wahrscheinlich das, auf Grund dessen Strassburg den obigen Bericht an den Landgrafen sandte, während das zweite trotz der abweichenden Datierung wohl mit dem in nr. 80 wiedergegebenen Bericht vom 18. Oct. identisch ist. Vgl. die Einleitung dieses Berichts, wonach die Annahme eines unmittelbar vorangegangenen Briefes vom 17. Oct. ausgeschlossen scheint. In ihrem wahren Umfange wurde die Niederlage der Zürcher erst merkwürdig spät in Strassburg bekannt. Vgl. unten nr. 83.

knecht uf die Alpes genant¹ geschickt, villeducht zu sehen, wie sich die Fünf Ortern wolten legern, das dieselben von den Funf Ortern uberfallen und ein kleinfüegigen schaden uf der Zürcher boden, wie si schreiben, endphangen haben und die Funf Orter von dannen ab der Zürcher erdrich und wider an iren vorteil seien gewichen, darumb genante von Basel den Zürchern verschinen freitag [Oct. 13] ein vendlin knecht zugeschickt und von den Zürchern und Berern [*sic!*], getreulichen ufsehen uf si zu haben, gemant worden, und also nit weiters, dan sovil got sig gibt, den Fünf Ortern widerstand zu thon ist; derhalben, als si achten, die lender etwas zusagens und hilf von andern haben mochten, uns gebeten, kondschaft zu machen und sehen, ob sich deshalb einich rustung wolt zutragen, die inen schedlich mocht sein, zum aller eilendsten zu verwarnen. so wir nun ungezweifelt, der endphangen schad des Zürcher fendlins werde sich genugsamlicher, dan er an im selbs ist, usschellen, haben e. f. g. wir solichs auch zuschreiben wollen, damit, ob denselben andere flüegende mer² wurden anpracht, die warheit haben zu wissen und weiters keinen glauben zu geben.» — Dat. Mi. 18. Oct. a. 31.

80. Basel an die Dreizehn.

October 18.

Basl. Arch. miss. 31 f. 78 Conc. Gedruckt bei Strickler IV 305.

Die kaiserlichen Werbungen gegen die Evangelischen. Zürichs Niederlage gegen die 5 Orte am 11. Oct. Aufbruch der Burgrechtsstädte zur Unterstützung Zürichs.

Dankt für Mitteilung des königlichen Schreibens vom 6. October, worin um Zulassung kaiserlicher Werbungen im Strassburger Gebiet gebeten war. Basel habe darauf nicht sogleich erwiedert 1) weil es angenommen habe, dass Strassburg schon selbst den Zweck dieser Werbungen — die Evangelischen zu bekriegen —, durchschaut habe und sie demgemäss nicht zulassen werde; 2) weil es erst weitere und bestimmtere Nachrichten über die Kriegsergebnisse habe abwarten wollen.

«Und damit ir aber nit lenger ufgezogen, sonder, wie der handel zwuschen unsern lieben Eidgenossen uern und unsern christenlichen mitburgern von Zürich und den Lendern sich zugetragen, eigentlich verstendiget, hat sich begeben: als die von Zurich durch die iren im Knower ampt bericht worden, wie die Lender unversehener dingen ufgeprochen, sich gen Bare³ in Boden [?] ze lägeren understundend, habend si am zinstag [Oct. 10] zoben⁴ hauptman Göldlin mit einem vendlin knecht den iren zu trost hinuber uf die anstosz geschickt, biz si sich mit ir paner verfassen möchten. als nun der gemelt Göldlin in am mittwochen [Oct. 11] frug zugeschriben, das dhein firens mee da were, dann das di Lender si angriffen wurdend, habend si von stund an ir paner mit etwas weniger anzahl — dann si erst am mittwochen den sturm angan [lassen], sich nit so schnell gnugsam verfassen und doch die iren, die sie am obend hinus geschickt, nit verlassen mögen — den iren zu hilf geschickt, die ouch zu allem angriff — dann die Lender schon die iren uf Zuricher ertrich und boden nach empfangner

¹ Der Bergrücken «Albis» bei Zürich.

² «Flüegende mer» wohl = «Gerüchte».

³ Baar, Dorf ca 4 Kilometer n. von Zug.

⁴ = zu Abend.

verreteri angriffen hattend — kommen; darauf die unsern etliche stund tapferlich und mandlich gestritten und die viand zwend (*sic!*) in die flucht geschlagen, also das unsere mittburger von Zurich ganz vertröstet, [dass] die sach schon erobert were. in dem, als die Lender in der flucht gewesen, sind deren von Zurich pursame hinder irem panier abgewichen, desz die von Lendern gewar worden, sich wider gewendt, noch ein rung versuoht. deshalb unsere mitburger wichens halben worden, das geschutz verlassen, das schützen-vendlin und sunst ein vendlin sampt 300 biderwen mannen ungeverlich und also die schlacht verloren¹. darauf nun wir von den burgstetten ilends ufgeprochen mit unser macht, uf montag nechst vergangen [Oct. 16] zu Bremgarten zusammengezogen und des tags den nechsten gegen den vianden verrugkt, des willens mit der gnad gottes den viand anzegrifen. gott gebe sin gnad, damit wir nach sinem willen, was zu erhaltung und erbreiterung siner eeren und worts dienen mog, unverzagt handlen.»

Verspricht weiter zu berichten und bittet um gute Kundschaft. Dat. Mi. Oct. 18.

81. Die Dreizehn an Zürich und Bern.

October 21.

Strickler IV 404 aus Zürich. und Bern. Arch.

Sprechen ihre Zuversicht aus, dass mit Hülfe Gottes der durch die Kappler Niederlage erlittene Schaden wieder ersetzt und der Krieg zu glücklichem Ende geführt werden würde. Man möge sich nur alles Kleinmuts enthalten und stark im Glauben auf seinem Vorhaben beharren. Wenn man etwa Mangel an Pulver habe, so möge man an Basel schreiben, damit das dort hinterlegte ausgefolgt würde. König Ferdinand sei am 19. Oct. in Stuttgart angekommen, habe auch schriftlich die Erlaubnis zu Werbungen nachgesucht; es verlaute aber noch nichts von Rüstungen. Dat. Oct. 21.

82. Friedrich Reifstock an die Dreizehn.

October 22.
[Speier].

Str. St. Arch. AA 1810 Orig.

Er habe von keinen weiteren Rüstungen gehört als von den ganz offen betriebenen des Kaisers am Bodensee, hier² und zu Köln. Hier hätten

¹ Auch in diesem Bericht fehlt noch die Meldung vom Tode Zwinglis. Gerüchte darüber sind jedenfalls schon früher nach Strassburg gelangt; hatte doch König Ferdinand in Speier bereits am 15. October Kunde davon. Die erste sichere Nachricht scheint aber kaum vor dem 23ten eingetroffen zu sein. Vgl. nr. 83. Andererseits erkundigte sich der Landgraf schon in einem Schreiben vom 21. Oct. bei den Strassburgern, ob Zwingli wirklich im Kampf geblieben sei. Der Brief findet sich in dem öfter citierten Index des Str. St. Arch. G. u. P. lad. 50-52 kurz aufgeführt. Näheren Aufschluss über seinen Inhalt giebt der Brief Philipps an Zürich d. d. Oct. 22 bei Strickler IV 431. Danach hat nämlich Philipp zugleich an Strassburg die Aufforderung gerichtet, den Zürichern im Fall der Not, auch ohne dass sie es besonders verlangten, 4000 Knechte zu Hilfe zu schicken, und sen bereit erklärt, die Hälfte der dadurch entstehenden Kosten zu tragen. Strassburg folgte dieser Aufforderung nicht, vgl. p. 85 A. 2 u. nr. 118.

² D. h. höchst wahrscheinlich in Speier, wo Reifstock als Anwalt am Kammergericht seinen gewöhnlichen Wohnsitz hatte.

p. 64 A. 1. Kaspar von Frundsberg, Christoph Fuchs, der klein Hess und Mark von Eberstein die Werbungen geleitet; dieselben seien jetzt fort, hätten aber Andere an ihrer Statt zurückgelassen, welche die Werbungen fortsetzten und die Truppen nach Köln dirigierten. Dem Vernehmen nach sei die Absicht des Kaisers, Christian von Dänemark aus Holland zu vertreiben. Doch glaubten Viele nicht daran wegen der Verwandtschaft zwischen Christian und dem Kaiser. Eine gewisse Spannung solle allerdings zur Zeit zwischen beiden vorhanden sein, wie er von glaubhafter Seite erfahren habe. Dat. 22. Oct. a. 31 « am morgen umb siben ». — Pr. Oct. 24.

83. Martin Bucer an Ambrosius Blaurer¹.October 23.
Strassburg.

Thes. Bann. (Abschrift aus der Bibl. d. Prot. Sem.). Frei übersetzt bei Erichson Zwinglis Tod, Strassburg 1885, p. 4.

Berichtet über die Niederlage Zürichs bei Kappel und den Tod Zwinglis.

« Puto ex Constantia rei ordinem melius tibi perscriptum quam nos habeamus². scribam tamen quae sunt scripta nobis. venit Tigurum XI octob. nuntius quidam pridem proscriptus ea ditioe petens gratiam sibi proscriptionis fieri et invicem indicans: paganos³ recta petere Tigurum jam jamque occupaturos Capellam. crediderunt proditori Tigurini premissaque bombardariorum cohorte duce Georgio Göldli statim secuti sunt quanta potuerunt manu imparati. quos Zwinglius equester et armatus comitatus est. progressi aliquantulum ab urbe praemiserunt nuncium illum iam per ipsos armatum, exploratum, ubi castra hostis haberet et quo modo instructa. is ubi se e nostrorum conspectu subduxit abiectis armis quae nostri dederant recta ad hostes rediit nostrorumque omnia prodidit. Lucernani dicuntur non adfuisse. ea silva ergo, in qua se absconderant pagani, cum opportunum viderent, prodientes copiam pugnae nostris fecerunt. nostri contra acie instructa eos fortissimis animis adorti sunt primum bombardis quae secundo officio suo probe functae dicuntur. sed et ubi pugnatum cominus est. nihil nostri ad summam virtutem reliqui fecerunt secundoque loco cedere hostes coegerunt iamque depugnatum erat, cum forte viderent pagani rusticos qui a nostris tuendis bombardis ordinati fuerant, fugisse. hinc animati tertio nostros adriuntur numero iam superiori. ibi tantus exarsit utrinque furor et tanta utrinque pugnatum est pertinacia, ut tandem cultellis mensariis se invicem morsu et unguibus confecerint. Zwinglius cum videret periclitari suos, in

¹ Rommel II 254 giebt einen ganz kurzen Auszug aus einem Bericht, welchen die Dreizehn am 23. October über die Kappler Niederlage an den Landgrafen gerichtet haben. Dieser Brief ist leider im Marb. Arch., wo er nach Rommel sein müsste, nicht mehr aufzufinden. Auch im Weimarer Archiv findet sich keine Copie. Wir geben dafür als Ersatz das obige Schreiben Bucers vom selben Tage, welches — nach der kurzen Inhaltsangabe Rommels aus dem Brief der Dreizehner zu urteilen — auf derselben Quelle beruht.

² Blaurer weilte damals in Esslingen (Pressel 203) und hatte in der That wohl bereits nähere Nachrichten über die Kappler Schlacht erhalten; wenigstens hat Constanz schon am 16. October an Ulm einen ausführlichen Bericht gesandt. Ulm. Arch. Ausf.

³ D. h. die Fünf Orte.

secundum...¹ insiliit ibique fortiter occubuit. amissae bombardae sunt XVI, duo vexilla et impedimenta omnia, magnumque vexillum in tertiam manum cum venisset tandem per adolescentem natum forte annos XVIII involutum et relatum Tigurum est. hostes sua secum funera avexerunt, ut quot ipsis perierunt nostri nesciant. In Zwinglii corpus aiunt misere desaevisse; indicatum per captivum quendam Tigurinum. Tiguri ingens luctus est, nam ex senatu minori perierunt XIV, inter quos Dum y s e n est cum duobus filiis. alii nobis non sunt nominati, circiter quadringentos desideratos aiunt, et bona pars horum cives Tigurini fuere et selectiores.» — «omnes iam socii in armis sunt putantque super XXX millia in castris esse. at quid agemus nondum scimus. quidam scribunt intercedere Glareanos et Abbazellanos. id an sit nescimus, forte hodie audiemus. — Argent. 23. Octob.»

84. Basel an die Dreizehn.

October 25.

Basl. Arch. miss. 50 f. 52 Conc. Regest bei Strickler IV 512.

Hat das Strassburger Beileidsschreiben wegen der Kappler Niederlage nr. 81. an Bern und Zürich befördert. Uebersendet Copie eines Berner Briefes und befürwortet das darin gestellte Ansuchen².

«demnach, so haben uns gmelt di von Bern verrer schriftlich ver- stendigt³, wi si uf nehst hingangenen zinstag [Oct. 17] noch mit einem und andrem baner und ir macht, domit si den ieren, so im veld ligen, etlicher mosz luft machen möchten, uszogen und uf Luzern zu rucken wolten. zudem, so ziehen di von den Groenpunten dri tusent stark hinden harin durch di mark uf die von Schwitz, also das uf den hutigen tag die 5 ort mit vier hufen belegert sind.» — Dat. Mi. Oct. 25.

85. Landgraf Philipp an den Rat.

October 25.
Spangenberg.

Str. St. Arch. AA 454 Ausf.

König Christian liege in Holland mit Wissen und Willen des Kaisers. Die kaiserlichen Rüstungen gelten vermutlich den Evangelischen. Bittet um Kundschaft.

« Wir geben euch gnediglichen zu wissen, das wir diesen tag kuntschaft nr. 76. emphanen, das nit weniger, das konig Cristiern in Holand mit den knechten leige und den Hollendern achtzigtausend gulden abgeschetzt habe, doch mit kaiserlicher mat. wissen und willen, und das er von kai. mat. bevel habe, sie beiein [*sic!*] zu behalten, sich gegen den knechten habe horen lassen etc. darumb und us dem denken wir dem handel als weiter und weiter nach, und nachdeme, wie vorangezeigt, konig Cristiern sich hat vernehmen lassen, das er von wegen kai. mat. durch dieselb den knechten zugeben sei, mit willen kai. mat. in Holand liegen soll, darzu alle konig Cristierns daten und sein hochster trost und zuversicht uf dem kaiser stehet, können wir nit

¹ Nach einer Bemerkung Baums ist hier eine schadhafte Stelle in der Vorlage. Er ergänzt — wohl mit Recht — «ordinem».

² Strickler IV 429, d. d. Oct. 22: Bern bittet, Strassburg möge Erkundigungen wegen der Rüstungen, namentlich König Ferdinands, einziehen.

³ Strickler IV 471.

wol glawben, das er wider kai. mat. willen in Holand liege und es entlich di meinunge habe, das kai. mat. die oberlendische knecht darumb annehmen lasz, di knecht mit konig Cristiern in Holand ufzuschlagen, sondern besorgen und denken ime also nach, das villeicht unter dem namen und schein unvermerkt di knecht und kriegsleute versamlet und dan wir oder unsere mitverwanten darmit uberzogen wurden, darumb der sachen gut achtunge zu haben von noeten ist.» Strassburg möge sich keine Mühe verdriessen lassen, um zu erfahren, was der eigentliche Zweck der Werbungen sei. Besonders müsse man Erkundigungen einziehen, ob die im Oberlande angenommenen Knechte nach den Niederlanden beschieden würden, um dort erst gemustert zu werden und Geld zu empfangen, oder ob sie bereits im Oberland gemustert und besoldet würden. Im letzteren Falle sei zu vermuten, «das es di meinunge nit sei, di knecht in Holand mit inen ufzuschlagen, sondern das es gewiszlich über uns gelten und gehen wurde, dan ir hapt euch nit zu besorgen, das si euch allein und nit uns angreifen wurden, dan so sie euch uberzogen und uns nit, das were ein grosse narhait von inen, nachdeme sie wissen mugen, das wir mit unserm anhang euch nit lassen wurden, sondern das es gewiszlich über uns gelten wirdet, dan sie gedenken werden, wan sie es mit uns usgemacht, wollen sie mit den andern desto besser reide¹ werden.» Bittet um Mitteilung dessen, was Strassburg erfahren werde, sowie um eventuelle Unterstützung. Dat. Spangenberg Mi. n. Ursule a. 31. — Pr. Nov. 1.

86. Basel an die Dreizehn.

October 27.

Basl. Arch. miss. 50 f. 54 Conc. Gedr. bei Strickler IV 574.

Niederlage der Evangelischen bei Zug. Basel hat noch ein Fähnlein geschickt.

Berichtet über den Verlauf des Kriegs zwischen den 5 Orten und den Evangelischen, «das sich uf nehst vergangnem mentag [Oct. 23.] begeben, haben 9 venlin, dorunder das unser eins gwesen, den vorzug gehept und sich bi Zug uf eim berg gelegert, di vind uberhöhen wellen, und als si uf den berg komen, etliche der vind, doch deren nit vil uf einem andren berg dargegen uber mit hantgeschutz gesechen, zu denen si mit ierem geschutz geschossen, si des orts vertriben; ist nit wenigens, inen ist warnung, das di vind vorhanden sigen, komen, deshalb si ir schlachtordnung gmacht, darin gstanden, des vinds erwartet. und als es um mittnacht worden, sind di vind² mit eim grossen geschrei, geschütz, besonder halben haken besitz innen trungen³, die unsern angriffen, si zertrent, in die flücht procht, von den 9 venlin dri, namlich eins von Zurich, das ander von den gotzhusleuten Sant-Gallen oder us der grafschaft Dockenburg, und das dritt von Mulhusen sampt dem geschutz, so si bi inen gehept, gwunnen. und ist [nit] on, es haben di unsern ouch etwas schadens, doch nit zum gresten aldo empfangen. gott der herr wel uns furter zu erlangung sigs sin gnad nit entziehen. und

¹ = bereit, fertig?

² In dem Strassburger Bericht an den Landgrafen (s. p. 71 A. 1) ist hier noch hinzugefügt: «angethan mit weissen hembdern uber das harnisch».

³ = von der Seite eingedrungen?

haben uf den hutigen tag abermols ein venlin und unser erezzeichen sampt 500 mannen dem andren baner von Bern, so uf Luzern zuzucht, zu hilf abgefertigt. haben wir uch fruntlicher meinung, ob uch etwas hitzigers anlangen wurd, demselben nit glouben zu geben, nit wellen verhalten.» — Dat. Fr. Oct. 27¹.

87. Die Geheimen von Ulm an die Dreizehn. October 28.

Str. St. Arch. AA 433 Ausf. Benutzt von Escher 297.

Vermittlungsversuch der schwäbischen Städte in der Schweiz. Neue Niederlage der Evangelischen. Allenthalben Werbungen, angeblich gegen König Christian.

Auf die Nachricht von den Kriegsergebnissen in der Eidgenossenschaft haben sie alsbald die Botschaften der schwäbischen Städte nach Lindau berufen, um Mittel und Wege zur Vergleichung der Parteien in Erwägung zu ziehen. Wie sie nun von ihrer Ratsbotschaft erfahren, seien die Gesandten von Memmingen, Kempten, Wangen, Isny und Biberach in Lindau erschienen, alsbald weiter nach Zürich geritten und daselbst am 25. October angelangt. Dort hätten sie von einer neuen Niederlage der St. Galler, Schaffhauser, Basler und Thurgauer durch die Fünf Orte gehört. «wievil aber der umbkomen, kond noch zuweiln niemand wissen, dann die verwundten und widerkomenden sagen ungleich, und seien die leut, wo sie, die unsern, reiten, hart erschrocken.» Bezüglich ihrer Vermittlungsversuche sind die Gesandten von den Zürchern an deren Verbündete gewiesen und demgemäss weiter in das Lager¹ verritten. nr. 86.

Am königlichen Hof soll grosse Freude über die Niederlage der Evangelischen herrschen. Im Sundgau, Breisgau, Elsass, Hegau etc. ist die Mahnung ergangen, sich gerüstet zu halten. Auch werden überall Knechte angenommen, angeblich gegen Christian von Dänemark, in Wirklichkeit aber wohl zur Unterstützung der Fünf Orte² und um den Landgrafen von der Einmischung zu Gunsten der evangelischen Schweizer abzuhalten. Man habe dem Landgrafen diese Besorgnisse mitgeteilt. Auch Strassburg möge gut Acht geben. Dat. «sambstags ipsa Simonis et Jude a. etc. 31.» — Pr. Oct. 31³. nr. 85.

¹ Strassburg berichtete auf Grund dieses Briefs am 31. Oct. dem Landgrafen, indem es zugleich die Hoffnung aussprach, dass die Berner, die noch gar nicht im Gefecht gewesen seien, die evangelische Sache retten würden. Copie im Weim. G. A. reg. H. p. 58.

² Auch Constanz gab in einem Brief v. 31. Oct. derselben Befürchtung Ausdruck und bat die Dreizehn um Auskunft und Rat. Str. St. Arch. AA 1810 Ausf.

³ Dieser Brief Ulms kreuzte sich mit einem Brief Strassburgs, der verloren ist, aber Erkundigungen und Mitteilungen über dieselben Dinge enthalten haben muss, da Ulm in einem zweiten Schreiben vom 30. Oct. den Empfang mit dem Bemerken anzeigt, dass es seinen Mitteilungen vom 28ten nichts hinzuzufügen habe. Str. St. Arch. AA 433. Indessen wiederholte es seine Befürchtungen nochmals in einem Brief v. 3. Nov. sehr nachdrücklich. Ebenda.

88. Landgraf Philipp an den Rat.

October 29.
Cassel.*Str. St. Arch. AA 454 Ausf. Kurzes Regest eines gleichen Schreibens an Zürich bei Strickler IV 636.*

Die Werbungen seien nur angeblich gegen König Christian, in Wirklichkeit gegen ihn selbst gerichtet. Sein Streit mit Nassau werde als Vorwand dienen. Bitte um eventuelle Hilfe.

nr. 76. Antwortet auf ein Schreiben (*), worin ihm der Brief König Ferdinands vom 6. October mitgeteilt worden war. Er könne ebenso wenig wie Strassburg der Angabe Ferdinands Glauben schenken, dass die angeworbenen Knechte gegen König Christian von Dänemark bestimmt seien. «dann wir wissen, das der gewesen konig Christiern sein höchsten trost und zuflucht zu kei. mat. hat, sich auch hören lassen, das er die knechte in namen irer mat. angenommen und zu derselbigen behuf bei einander behalt. das aber die knecht den Rein hinab gen Coln bescheiden werden, halten wir genzlich dartzur, geschehe umb desz willen, das man desto weniger uf die practic und entlich furhaben acht oder warneme, sonder so man einen hauffen zusammenpringt, werde man den alsdann grave Henrichen von Nassawe, uns damit zu ubereilen und zu uberziehen, anhenken und in einem schein die handelungen, darin wir mit inen unentscheiden schweben, furwenden, das doch warlich entlich die meinung nit, sondern dise und gewiszlich kein andere sein wurdet, uns, euch und andere, so sich von wegen des heiligen imer werenden gottesworts zusammengethon und vereinigt haben, widder zu trennen und dieselbig handlung zu dempfen.» Sein Argwohn werde bestärkt durch den Umstand, dass der Kaiser ihn bis jetzt nicht um freien Pass für das Kriegsvolk ersucht habe, wie er es früher stets gethan habe, wenn er am Rhein Knechte angenommen. Als Vorwand, ihn zu überfallen, werde sein Zwist mit den Grafen von Nassau dienen¹, obwohl in diesem Streit noch keinerlei rechtliches Urteil gefällt oder eine Strafe verhängt sei. Heinrich von Nassau habe zwar ausserdem eine Forderung, welche der Herzog von Cleve an Hessen habe, angekauft, aber auch in dieser Sache sei noch nicht einmal eine Klage, geschweige denn ein rechtliches Erkenntnis erfolgt. Wenn daher Nassau ihn trotzdem angreife, so sei dies gegen Recht und Billigkeit und geschehe in Wirklichkeit nur, um die Evangelischen zu trennen. Denn die Gegner rechneten darauf, dass Hessen, wenn es unter dem Vorwand des Nassauischen Handels überzogen würde, von den andern Protestierenden im Stich gelassen würde. Wenn er, Philipp, dann niedergeworfen wäre, hätten die Papisten mit den übrigen Evangelischen um so leichteres Spiel. Bittet deshalb, Strassburg möge sich durch die Vorspiegelung des Nassauischen Streits nicht beirren lassen, sondern ihn im Fall eines Ueberfalls nach Kräften unterstützen. Dat. Cassel So. n. Simonis et Judae a. 31. — Pr. Nov. 7.

¹ Ueber den langwierigen Erbschaftsstreit zwischen Hessen und Nassau vgl. Rommel I 78. Er endete erst 1557.

Zettel: Uebersendet Copie einer Schrift, die ihm von einem glaubhaften Mann zugekommen¹.

89. Basel an die Dreizehn.

October 29.

Basl. Arch. miss. 50 f. 55 Conc. Regest bei Strickler IV 637.

Antwort auf ein Schreiben vom 25. October. (*) Hat ähnliche Gerüchte gehört und deshalb an die Regierung zu Ensisheim geschrieben. Letztere hat geantwortet, sie wisse nichts, bitte aber um genaueren Bericht und werde dann handeln, was sich gebühre². Teilt über die Kriegsergebnisse in der Schweiz mit, «daz der herzog von Sophoy, margraf Ernst von Baden und etlich richstett gutlich dorzwuschen ze handeln sich erboten und bi unsern treuwen lieben Eitgnossen von Zurich und Bern dorumb angesucht. denen ist geantwort, das man noch zur zit in kein gutlichkeit bewilligen könne, sonder sig man des furnemens, das man den zugefiegten schaden rechen wolte; doch so megen si bi den 5 Orten glicher gestalt ansuchen, und so diselbigen in gutlich handlung bewilligen werden, well man alsdan witer, wi sich geburt, inen mit antwort beegnen.» — Dat. So. 29. Oct. a. 31.

90. Landgraf Philipp an die Dreizehn.

October 30.
Cassel.

Str. St. Arch. AA 454 Ausf.

Bedauern über die Niederlage bei Kappel. Einrichtung von Poststationen. König Christians Absichten gegen Dänemark. Graubündner.

Ihren ausführlichen Bericht über das Missgeschick der evangelischen Eidgenossen [bei Kappel] habe er erhalten, «und den unfall nit gerne gehort; dweil es aber also gott gefügt hat, müssen wir darin auch zufriden sein und den almechtigen anrufen, hinfurter bessern sig zu verleihen, darneben auch zum besten sovil menschlich und möglich handeln und der sach acht nemen.» Ihrem Vorschlag gemäss werde er zur schnelleren Beförderung der Briefe besondere Poststationen einrichten, und zwar in Darmstadt, Giessen und Ziegenhain. Strassburg solle das seinerseits auch thun und ihm demnächst die gewählten Stationen bezeichnen. p. 68 A. 1.

Dass König Christian mit einem Haufen Knechte in Holland liege, in der Absicht, sich von dort nach Dänemark einzuschiffen, sei richtig. Auch habe schon Christians Gegner, König Friedrich von Dänemark, ihn, den Landgrafen, um die vertragsmässige Hülfe ersucht, nachträglich jedoch sein Gesuch wieder zurückgezogen. Weitere Kundschaft aus Holland stehe noch aus³.

¹ Liegt bei d. d. Oct. 20 (Strickler IV 384): Die Abreise König Ferdinands von Speier (am 17. Oct.) werde durch Rüstungen der Türken motiviert. Ob nun aber das zahlreiche nach Köln dirigierte Kriegsvolk gegen die Türken bestimmt sei, werde der Landgraf leicht ermessen können. Der König habe Nachricht von einer grossen Niederlage der evangelischen Eidgenossen (bei Kappel) erhalten; dem Ueberbringer dieser Botschaft habe er 50 fl. geschenkt. Vgl. oben nr. 80.

² Es scheint sich um angebliche Rüstungen der österreichischen Regierung im Ober-Elsass gegen die evangelischen Eidgenossen zu handeln.

³ Vgl. oben p. 64 A. 1. wonach Christian am 24. Oct. Holland verliess.

- nr. 84. Bittet um Nachricht, ob die Graubündner den Zürchern schon zu Hülfe gezogen seien; wenn nicht, so müsse man sie dazu mahnen. Dat. Cassel Mo. n. Simonis et Judae. — Pr. Nov. 7.

91. Landgraf Philipp an den Rat.

October 30.
Cassel.

Str. St. Arch. AA 454 Ausf.

Bittet seinem Rat und Getreuen Wilhelm von Fürstenberg 300 fl. vorzustrecken, die er, der Landgraf, auf der nächsten Frankfurter Messe zurückzahlen wolle. Dat. Cassel Mo. n. Simonis et Judae a. 31. — Pr. Nov. 7.

92. Die Dreizehn an die Geheimen von Ulm.

October 31.

Ulm. Arch. Ref. T. IX Ausf.

Hoffen auf die Vermittlung in der Schweiz. Verwendung der Knechte gegen Dänemark. Fürchten einen Angriff und haben eine Tagsatzung zu Frankfurt beantragt.

- nr. 87. Antwort auf das Schreiben vom 28. October über den von Ulm veranlassten Vermittlungsversuch in der Schweiz. «gott welle gnad und mittel verhengen und ingebn, [dass] ein guter bestendiger frid ufgericht und bessers dann unsere hievor deshalbn gesandten finden megn, gehandelt werde.

p. 62 A. 3.

So ist nit on, alle knecht, so noch bei uns umb angenommen, sein uf Collen zu bescheiden worden und, als vil wir kotschaft gehaben megn, mitwuchen den achten novembris zu mustern, in Denmark zu gebruchen. haben aber darnebn hievor ouch bedacht, das kei. mt. uber antwort, ir. mt. von dem churfursten zu Sachsen und landgrafen zu Hessen auch anderer der christlichen verstentnis uf jungsten Schmalkaldischen abschid gefallen, zu ferrer ungnaden bewegt sein, der ursachen den angesetzten reichs[tag] wider wendig geschribn¹, und <dann> [da] sich die sachen zwischen den Eidgnossen also zweitrechtig und dannoch zweiflich ereugen, mittler wil jemens andern der christlichen bewandtnis verwandten zu uberziehen oder beleidigen vorhabn mecht.» In dieser Erwägung hätten sie den Landgrafen gebeten², er möchte beim Kurfürsten befürworten, dass eine Zusammenkunft der Einigungsverwandten nach Frankfurt a. M. ausgeschrieben würde, um daselbst «zu ratslagn und sovil meglich endlich zu beslissen, wie man sich in die gegenwehr solt und wolt schigken» etc. «Dat. den letsten octobris a. etc. 31.»

nr. 78.

nr. 77.

93. Landgraf Philipp an den Rat.

November 1.
Cassel.

Str. St. Arch. AA 454 Ausf.

- nr. 30. Er habe seinem Vetter Ulrich von Württemberg 100 Centner Pulver versprochen, wovon Strassburg schon früher 60 Centner besorgt und nach dem Hohentwiel geliefert habe. Er bitte nun, dass Strassburg in derselben Weise jetzt auch die übrigen 40 Centner liefere, welche er dann gleich

¹ = abgeschrieben, abgekündigt.

² In einem Schreiben vom selben Tage, vgl. oben p. 71 A. 1.

den vorigen wieder ersetzen wolle¹. Man möge bedenken, dass der Herzog in jetzigem Kriege sein «geschutz und pulver mit aller bereitshaft den von Zurich geliehen hat, da es dan gleich als euch selbst zum bestem kombt.» — Dat. «Cassel am tage omnium sanctorum a. etc. 31.» — Pr. Nov. 9.

94. Landgraf Philipp an die Dreizehn.

November 1.
Cassel.

Str. St. Arch. AA 454 Ausf. Benutzt von Escher 299. Erwähnt von Wille 59 Anm. 2.

Beglaubigt seinen «einspennigen haubtman und lieben getrewen» Heinz von Luther zu einer Werbung bei den Dreizehn². Bittet, demselben im Notfall 500—600 fl. vorzustrecken, welche bald zurückgezahlt werden sollten. Dat. «Cassel am tage omnium sanctorum a. etc. 31.» — Pr. Nov. 9.

95. Strassburg an Basel.

November 3.

Gedruckt bei Strickler IV 776 nach Copie im Zürich. Arch.

Die Eidgenossen sollen einen dauernden Frieden zu schliessen suchen. Keine Nachricht von Unterstützung der 5 Orte.

Bedauern über die Niederlage. Hinweis auf Strassburgs bisherige verbliche Bemühungen für den Frieden. Man müsse dahin streben, einen dauernden Frieden mit den 5 Orten zu schliessen, nicht einen solchen, den die Gegner nur dazu benutzen, um sich besser mit Proviant und Hilfe vorzusehen und dann wieder loszubrechen. Basel möge dies an Zürich und Bern schreiben; nötigen Falls sei Strassburg bereit, durch eigne Botschaft die Eidgenossen zu unterstützen.

nr. 86.

nr. 89.

Aus keiner Kundschaft sei zu entnehmen, dass den 5 Orten Hülfe zukommen sollte; die gesammelten Knechte seien gegen Dänemark bestimmt. — Zettel: Von einem Verbot, den Städten zuzuziehen, sei nichts bekannt. Bittet, eine etwaige Antwort Zürichs auf das landgräfliche Schreiben³ umgehend zu übermitteln. Dat. Nov. 3.

nr. 90.

96. Basel an die Dreizehn.

November 6.

Basl. Arch. miss. 50 f. 56 Conc. v. Schaller. Gedr. bei Strickler IV 855.

Dankt für das Schreiben vom 3. November; hat es auch an Zürich und Bern geschickt, «wiwol wir besorgen, es nit erschiessen werde.» Zürich und Bern haben am 3. November ihr Lager gen Bremgarten zurückgezogen,

¹ Am 29. Jan. 1532 versprach er, das Pulver mit 9 fl. pro Centner auf der nächsten Frankfurter Fastenmesse zu bezahlen; am 3. März zeigte er an, dass er seinem Kammermeister wegen der Bezahlung Befehl erteilt habe. Ebenda. Aus einer Nebeninstruction Strassburgs für den Schweinfurter Tag (1532 März 30) ersehen wir, dass Strassburg mit der Lieferung der 40 Centner Schwierigkeiten hatte, weil der Hauptmann auf dem Hohentwiel wegen mangelnder Anweisung die Annahme verweigerte (Str. St. Arch. AA 439).

² Heinz hatte, wie wir aus nr. 100 ersehen, den Auftrag, am Oberrhein Knechte für Philipp anzunehmen.

³ Wahrscheinlich ist das vom 22. Oct. (Strickler IV 431) gemeint, worin Philipp schleunigst näheren Bericht über den Stand des Krieges verlangt und Hülfe anbietet.

wo die Gesandten von Frankreich, Savoiën, Freiburg und Appenzell Friedensverhandlungen betreiben. Eine Antwort Zürichs auf das landgräfliche Schreiben sei noch nicht eingetroffen. Dat. Mo. 6. Nov. a. 31.

97. Der Rat von Constanz an den Rat von Strassburg. November 6.

Str. St. Arch. AA 1815 Ausf.

Streit der Constanzer mit den aus dem Predigerkloster entwichenen Mönchen. Prozess darüber am Hofgericht zu Rotweil. Appellation auf Grund des Schmalkaldischen Abschieds.

Als Constanz in seinem Predigerkloster die Reformation eingeführt hatte, waren einige Mönche heimlich aus dem Kloster entwichen, unter Mitnahme etlicher Briefe und anderer dem Kloster zugehöriger Dinge, und hatten sich in Stüsslingen unter Adam von Honburg niedergelassen. Da nun Constanz «von wegen des Klosters» in mehreren Rebgärten der Reichenau Weinernte gehalten, haben die Stüsslinger Mönche beim Hofgericht zu Rotweil geklagt, worauf letzteres die Stadt vorgeladen hat. Obwohl die Stadt dagegen vermöge des Schmalkaldischen Abschieds protestiert hat, so hat das Hofgericht doch in der Sache geurteilt. Dagegen beabsichtigt Constanz «uf morndiges hofgericht» eine Appellation an den Kaiser und ein freies christliches Concil, ebenfalls dem Schmalkaldischen Abschied gemäss, vorzubringen.

Entschuldigung, dass man nicht früher von der Sache Bericht gethan. Ulm ist dafür, dass dem Kurfürsten und Landgrafen sogleich Mitteilung gemacht werde; dagegen wünscht Constanz zuvor den Erfolg seiner Appellation abzuwarten, um dann gleich vollständigeren Bericht geben zu können. «doch wellend wir uch haimgesetzt haben, ze handeln, was uch hierin fur beraten ansicht.» — Dat. 6. Nov. a. 31. — Empf. Nov. 11.

Strassburg hatte bereits vor Eintreffen dieses Briefs, auf Grund eines Ulmer Schreibens vom 3. Nov. den Landgrafen über den Constanzer Streit informiert¹. Es gab zugleich der Ansicht Ausdruck, die Sache müsse durch Appellation ans Kammergericht möglichst bis zum Frankfurter Tage hingezogen werden, wo alsdann die versammelten Stände über das weiter einzuschlagende Verfahren beraten sollten. In der That appellierte Constanz, nachdem es trotz seiner ersten Berufung vom Hofgericht in die Acht erklärt worden war, an das Kammergericht, indem es die Incompetenz des Hofgerichts in vorliegendem Falle behauptete. Darauf liess sich das Kammergericht wirklich herbei, das Hofgericht zur Verantwortung vorzuladen. Dies scheint den Constanzern Vertrauen eingeflösst zu haben; sie schrieben am 1. December an Strassburg², es wäre gut, wenn die protestierenden Stände beim Kammergericht, vielleicht auch beim Kaiser selbst, zu bewirken suchten, dass dem Hofgericht und „in gmain allen landgrichten“ ausdrücklich verboten würde, überhaupt in Glaubenssachen zu procedieren, „so doch die kai. mt. irer mt. cammergerichts-fiscal verschafft hat, in sölchen sachen nichtz fürzenemen.“ „würt das nit erlangt,

¹ Strassburg an Ulm d. d. 1531 Nov. 7. Ulm. Arch. Ref. T. IX.

² Str. St. Arch. AA 433.

so ist grosse sorg, das durch eben dises mittel der aucht den papistischen ain witer weg werd ufgethon, all ir sachen nach und nach gegen jeglichen protestierenden stenden ze erobern.“ Die weitere Erfahrung lehrte jedoch bald, dass mit der Verlegung des Prozesses vom Hofgericht an das Kammergericht nichts gewonnen war als ein kleiner Aufschub; denn in der Sache selbst war das eine den Protestierenden ebenso feindlich gesinnt wie das andere. Dies betonte auch ein Strassburger Rechtsgelehrter, vermutlich Dr. Frosch, in einem Gutachten, das er auf Wunsch des Strassburger Rats über den Constanzer Handel verfasste¹. Er weist darin nach, dass Constanz, wenn es nach göttlichem Recht die volle Anerkennung seines Verfahrens verdiene, nach dem geltenden römischen und kanonischen Recht sehr wenig Aussicht auf einen günstigen Ausgang seines Prozesses habe. Die Appellation an ein Concil, die Berufung auf das Wort, dass man in Glaubenssachen Niemandem Gehorsam schuldig sei als Gott allein, könne beim Kammergericht, das einfach nach kaiserlichem und päpstlichem Recht zu urteilen habe, nichts fruchten. Auch der Einwand, dass das Hofgericht dem kaiserlichen Befehl, wonach die Prozesse gegen die Protestierenden eingestellt werden sollten, zuwider gehandelt habe, sei nicht stichhaltig, weil jener Befehl nur an den Kammergerichtsfiscal erlassen sei. Das einzige Mittel, den Prozess wenigstens in die Länge zu ziehen, sei die Einrede, dass die Rotweiler „wider irs hofs geprauch“ gehandelt hätten.

98. Der Rat von Esslingen an den Rat von Strassburg. November 7.

Str. St. Arch. AA 435 Ausf.

Der Kaiser verlangt von Esslingen die Auslieferung des Sebastian Einhart, welche ihm verweigert wird.

Am 23. October sind Graf Wolfgang von Montfort und Schweickhart von Gundelfingen mit kaiserlicher Credenz vor dem Rat der Stadt Esslingen erschienen und haben im Auftrage des Kaisers die Auslieferung eines gewissen Sebastian Einhart verlangt, der in Esslingen nach rechtmässigem Urteil in ewigem Gefängnis gehalten wird. Da der Rat dies als einen Eingriff in die reichsstädtischen Privilegien und in die unbeschränkte Jurisdiction Esslingens angesehen, so hat er die Auslieferung verweigert. Darauf ist ihm im Namen des Kaisers ein Mandat insinuiert², worin unter Androhung des Verlusts aller Privilegien nochmals die Auslieferung

¹ Str. St. Arch. AA 433. Ebenda findet sich auch ein undatiertes Originalschreiben an die Dreizehn (?), mit welchem der Verfasser wahrscheinlich das obige Gutachten begleitete. Er betont darin, dass man in dem Constanzer und ähnlichen Händeln mehr auf Gott als auf menschliches Recht vertrauen müsse. Wie sehr dies nötig sei, beweise der jetzige Abfall vom Evangelium in der Schweiz.

² Liegt bei in Copie, ebenso wie die Credenz und die Antwort Esslingens. Daraus ersehen wir, dass dem Einhart auf Anklage der Württembergischen Regierung in Esslingen der Prozess gemacht war, weil er dem geächteten Herzog Ulrich zur Einnahme der Burg Hohenasberg verholffen hatte. Weshalb Esslingen den Verräter jetzt ausliefern, und was mit demselben weiter geschehen sollte, ist nicht gesagt.

Einwarts gefordert wird. « nun kunden wir bei uns selbs nit anderst gedenken, dann das solichs alles gesucht werde, uns under disem schein des heiligen gotsworts halben in beschwerlichait und anfechtung zu bringen.» Man vertraue aber auf Gott und werde sich durch solche und ähnliche Anfechtungen nicht schrecken lassen. Strassburg möge diesen Handel, der für alle Reichsstädte von grosser Wichtigkeit sei, erwägen und ihn auch an die andern Einungsverwandten berichten¹, damit eventuell ein Tag deswegen anberaumt werde. Dat. Di. n. omn. sanct. a. 31.

99. Landgraf Philipp an die Dreizehn.

November 7.
Zapfenburg.

Str. St. Arch. AA 434 Ausf.

- p. 71 A.1. Dankt für die Mitteilungen vom 31. October. Mit dem Vorschlage, eine Zusammenkunft der evangelischen Einungsverwandten in Frankfurt zu veranstalten, ist er einverstanden und hat in diesem Sinne an den Kurfürsten geschrieben. Bittet um weitere Ratschläge, was in der gegenwärtigen Lage zu thun sei, und erbietet sich zu nachdrücklicher Hülfe in der Erwartung, dass man auch ihn im Fall eines Angriffs nicht im Stich lassen werde. Von seinen Kundschaftern ist sichere Nachricht eingetroffen, dass König Christian sich von Holland nach Dänemark eingeschifft hat. Dat. Zapfenburg Di. n. Allerheiligen a. 31. — Pr. Nov. 15.

100. Landgraf Philipp an die Dreizehn.

November 9.
Zapfenburg.

Str. St. Arch. AA 434 Ausf.

- nr. 94. Aus Köln wird berichtet², dass die [vom Kaiser] dorthin bestellten Knechte wieder beurlaubt sind. Falls nun im Oberland die Werbungen gleichfalls aufgehört haben, möge Strassburg dafür sorgen, dass die durch seinen Diener Heinz von Luther angeordneten Werbungen auch eingestellt werden. Sollten aber die kaiserlichen Rüstungen im Oberland fort dauern, so möge Strassburg auch den Hessischen wie bisher ihren Lauf lassen. Dat. Zapfenburg Do. n. Leonhardi a. 31. — Pr. Nov. 14.

101. Der Rat von Zürich an die Dreizehn.

November 9.

Str. St. Arch. AA 4840 Ausf. Regest bei Strickler IV 898. Vgl. auch ebenda nr. 807 und Mörkofer Zwingli II 429.

Beglaubigt den Säckelmeister Hans Edlibach bei den Dreizehn zur Aufnahme einer Anleihe von 10 000 Gulden, da der Stadtschatz durch den Krieg mit den 5 Orten etwas erschöpft und es notwendig sei, dass man sich zur Erhaltung der Kriegshändel, von denen Niemand wissen könne, wie sie auslaufen würden, « mit etwas scheinbarer hinderhut » versehe. Wenn die

¹ Strassburg teilte die Sache zunächst dem Landgrafen mit, wahrscheinlich in einem Zettel zu nr. 102. Philipp erwiederte am 21. Nov. (Str. St. Arch. AA 434), er freue sich über die Standhaftigkeit Esslingens und bitte die Stadt zu troosten, das sie also ufrichtig und bestendig mit ernst bleibe. Er und zweifellos auch die andern Einungsverwandten würden Esslingen im Notfall nicht im Stich lassen.

² Copien der bezügl. Zeitungen liegen bei.

Stadt Strassburg selbst nichts vorstrecken will, so sollen die Dreizehn doch den Säckelmeister unterstützen, dass er die genannte Summe bei Privaten in der Stadt zusammenbringen könne. Dat. «dornstags des nechsten vor sant Martins tag a. etc. 1531».

102. Der Rat an Landgraf Philipp.

November 11.

Marb. Arch. (Stadt Strassb.) Ausf. perg. teilweise lädirt.

Antwortet auf den Brief vom 29. October, dass die Besorgnis des Landgrafen vor einem Ueberfall des Grafen von Nassau wohl unbegründet sei, da in der ganzen Streitsache noch kein Urteil oder Declaration ergangen sei, womit der Nassauer seinen Angriff rechtfertigen könne. Uebrigens werde Strassburg im Fall des Krieges seine vertragsmässigen Pflichten gegen den Landgrafen erfüllen. Zunächst möge Philipp einen Tag der Bundesverwandten in seinem Fürstentum ansetzen; daselbst werde auch Strassburg durch Gesandte ratschlagen helfen. Wenn Philipp — wie wahrscheinlich — Knechte anzuwerben wünsche, so werde Strassburg ihn dabei begünstigen². Dat. Sa. n. Florentii a. 31. nr. 88.

103. Basel an die Dreizehn.

November 11.

Basl. Arch. miss. 50 f. 57 Conc. v. Schaller. Gedr. bei Strickler IV 941.

Unmöglichkeit, dem Landgrafen Hilfe zuzusagen. Zürich hat die Friedensbedingungen angenommen.

Teilt mit, dass es dem Landgrafen auf sein Schreiben vom 29. October³ geantwortet: Basel sei jetzt selbst durch die Kriege mit dem Müsser und mit den 5 Orten so in Anspruch genommen, zudem seien auch die Grenzen gegen Oesterreich so stark bedroht, dass es nicht daran denken könne, seine Truppen ausser Landes dem Landgrafen zu Hülfe zu schicken. Wäre die eigne Lage zur Zeit nicht so misslich, so würde man natürlich gern bereit sein, den Landgrafen, wenn er wegen des göttlichen Worts bedrängt würde, dem Burgrecht gemäss zu unterstützen. Bittet um Mitteilung, was Strassburg dem Landgrafen in dieser Sache geantwortet, und verspricht Sendung der Züricher Erwiderung. nr. 34.

Was die von den 5 Orten gestellten Friedensbedingungen betrifft, so haben Zürich und Bern die ersten drei Artikel gleich angenommen; gegen den vierten haben sie erst Bedenken gehabt, schliesslich aber hat Zürich doch

¹ Gleichzeitig erkundigte sich auch Schaller in Basel bei dem Strassburger Ammeister, ob nicht Geld für Zürich aufzubringen sei. Index im Str. St. Arch. G. u. P. I. 50-52. Orig. verloren.

² Durch den Abzug der bei Köln versammelten Knechte (vgl. nr. 100) wurde die Besorgnis des Landgrafen vor dem Nassauer beseitigt. Er begnügte sich deshalb in seiner Antwort auf obiges Schreiben (d. d. Nov. 21), nochmals auf die Entlassung der geworbenen Knechte hinzuweisen und weitere Erörterungen auf den in Aussicht stehenden Frankfurter Bundestag zu verschieben. Str. St. Arch. AA 434.

³ Gleichlautend mit dem an Strassburg, s. oben nr. 88.

darein gewilligt, da die 5 Orte fest darauf beharrten¹. Bern werde wohl dem Beispiel Zürichs folgen. «dwil dan der krieg nit unser, sonder deren von Zurich und Bern, haben wir und ander burgerstett nit können darvor sin, sonder das gescheen miessen lassen; und stet jetzt uf dem, das man antweders ein friden machen oder aber ein winterleger schlagen wurt.» — Dat. Sa. Nov. 11, Nachmittags 6 Uhr.

104. Der Rat von Bern an die Dreizehn.

November 19.

Str. St. Arch. AA 4810 Ausf. Regest bei Strickler IV 980 b mit Datum Nov. 18.

Auf Berns Bitten habe Basel² den Ueberbringer dieses mit Vollmacht versehen, für Bern in Strassburg 10000 Kronen aufzunehmen. Die Dreizehn möchten dies zulassen, damit das Geld bald möglichst nach Bern käme, sich auch gegen die Gläubiger so lange, bis die Hauptbriefe aus Bern anlangten, für die aufgenommene Schuld verbürgen³. Dat. So. Nov. 19 a. 31.

105. Die Geheimen von Ulm an die Dreizehn.

November 19.

Str. St. Arch. AA 453 Ausf. Benutzt von Escher 297.

Sind bereit, der Anregung des Landgrafen⁴ und den Bitten Oecolampads [in einem Brief an Georg Besserer] Folge zu leisten und die Städte Zürich und Bern gegen die 5 Orte zu unterstützen; sie wollen, wie vom Landgrafen vorgeschlagen, mit Hessen und Strassburg zusammen 12000 fl. zur Unterhaltung von 3000 knechten auf einen Monat aufbringen und den Eidgenossen zuschicken⁵. Da die Sache keinen Aufschub dulde, wolle man versuchen, die andern oberländischen Städte nachträglich zur Uebernahme der Kosten mit heranzuziehen; wären dieselben damit nicht einverstanden, so müssten Strassburg und Ulm sich bequemen, die Kosten im Betrage von je 4000 fl. allein zu bestreiten. Bitten, dass Strassburg umgehend seine Meinung zu erkennen gebe. Dat. So. n. Othmari a. 31.

Zettel: Wenn Strassburg zustimme, möge es dem Landgrafen und Zürich schreiben und letzterem auch gleich das Geld zuschicken.

nr. 108.

¹ Der definitive Friedensschluss zwischen Zürich und den Fünf Orten datiert vom 20. November. Der vierte Artikel, welcher am meisten Schwierigkeiten machte, betraf die Regelung der kirchlichen Frage in den gemeinsamen Vogteien. In denselben sollte der katholische Gottesdienst wiederhergestellt werden, wenn sich die Mehrheit dafür entschied, etc. Eidg. Absch. IV 1 B. Beil. 19 a. Escher 294. Ueber die schimpfliche Auslieferung und Vernichtung der Burgrechtsbriefe mit Strassburg und Hessen vgl. nr. 107.

² Brief Berns an Basel ebenda. Als Grund, warum Bern sich nicht direct mit einer eignen Botschaft an Strassburg wende, wird die Gefahr vor einem bevorstehenden Angriff der 5 Orte angegeben, zu dessen Abwehr Bern alle streitbare Mannschaft zusammenhalten müsse.

³ Nach Strickler a. a. O. befinden sich über diese Angelegenheit im Berner Archiv noch zahlreiche andere Missive.

⁴ Brief des Landgrafen an Ulm d. d. Nov. 11 ebenda, Copie.

⁵ Philipps Vorschlag gieng eigentlich dahin, nicht das Geld, sondern die Knechte selbst vom Oberland aus zu schicken. Er bedauerte übrigens, zur Zeit nicht mehr bewilligen zu können, da er auch den König Friedrich von Dänemark unterstützen müsse. Von Sachsen sei leider für die Schweizer kaum etwas zu erwarten. (Brief an Ulm, s. vorige Anm.)

nr. 90.

106. Die Geheimen von Ulm an die Dreizehn.

November 20.

Str. St. Arch. AA 455 Ausf.

Uebersenden Copie eines Briefes aus Constanz¹, wonach Zürich das Feld geräumt und die Friedensbedingungen der 5 Orte angenommen hat. Halten deshalb für gut, « mit erlegung der zwelftausent gulden — dern wegen wir e. f. jungstlich, wie sie nunner wissen, geschriben —, in ruw und still zu steen, der handlung verner zuzesehen.» Bitten um Strassburgs Ansicht. Dat. Mo. n. Elisabeth 6 Uhr Nachmittags a. 31. nr. 105.

107. Instruction des Rats von Basel für Antonius Schmidt und den Baseler Stadtschreiber² — wenn derselbe noch in Strassburg anwesend ist — an die Dreizehn oder XXI daselbst.

November 21.

Marb. Arch. Copie. Reg. bei Rommel II 252. Benutzt von Escher 304.

Schimpflicher Friede Zürichs mit den 5 Orten. Bern wird wahrscheinlich Zürichs Beispiel folgen. Bitte um Hülfe, damit nicht auch Basel in derselben Weise vergewaltigt werde.

Sie sollen vortragen: « wir konnend inen mit betruetbem herzen nit verhalten, das wir in dieser stund von unsern ratsfreunden, die wir gen Araw geschickt, eigentlich bericht sind, wie die von Zurich einen schimpflichen Friden mit den Fünf Orten angenommen und dohin komen sind, das sie unsere geschworne burgrechtsbrief, so Zurich, Bern, Strosburg und wir, desgleichen unser g. f. und herr, der landgraf zu Hessen, mit uns hat, den Fünf Orten hinus geben, die brief zerstoehen, die siegel abgerissen, cassieren und abthun haben lassen³; das auch ein stadt Bern von ungehorsame wegen irer underthonen dermossen bestegkt [*sic* !], das wir in trefflicher fursorg standen, sie werden gleich wie Zurich sich mit den 5 Orten vereinbaren, welches uns am hochsten beturt und beschwert. und wiewol sie unser lieb christlich mitburger von Strosburg gut wissen haben, das wir dieses kriegs nit allein kein ursach, sonder sei uns der zum hochsten leid gewesen, wir auch den Fünf Orten die profiand nit abgeslagen, noch fur uns selbst nit wider si gezogen, sonder uf das ernstlichest truwlichst manen deren von Bern zugezogen, zwei eerenzeichen zugeschickt und uf hewtigen tag mit dem dritten unserm eerenzeichen, so si nit in Friden stunden, zu verrugken willens gesin und also unschuldiglich in diesen krieg komen; jedoch dwil sich die sachen mit Zurich und Bern leider in mossen wie vor gehört zugetragen, mogen wir wol bedenken, das nit anders mehr vorhanden, dann, sobald die von Bern den Friden angenommen, das die Fünf Ort uns gleicher gstat unsere burgrecht hinuszegeben erfordern oder unsere land und lewt uberziehen schedigen und vehten werdend. nun sind wir mit hilf gottes unsere burgrecht eer und trew an inen unsern lieben getrewn mitburgern von Strosburg trewlich ze halten und unsern burgrechtsbrief den Fünf Orten nit ze geben

¹ Liegt bei d. d. Nov. 19.² Caspar Schaller.³ Am 23. Nov. kam dieselbe Meldung auch von Constanz zugleich mit der Anfrage, wie Strassburg sich dem gegenüber zu halten gedenke. Str. St. Arch. AA 1810, Ausf.

entlich willens. dwil es aber leider dohin komen, das wir zu dieser zeit von aller welt verlassen, all unser hoffnung und hilf allein zu gott haben und uns mit sinen gnaden erwerben muessen und dann vil herzens haben, es werdent unsere lieben mitburger von Strosburg, dieweil es uns umb unsers christlichen burgrechtens willen, domit unsere veind das abthun vernichten und zu grund rissen mochtend, jetzt an unsere land lewt eer und gut gen wil, diese unsere not nit weniger dan wir zu herzen nemen (werdent), ire trew hilf und beistand beweisen: so haben wir unsere botschaft zu inen abgevertigt, si zu dem hochsten zu bitten, das si uns in diesen unsern noten iren trewen rat mitteilen, uns in dieser not mit lewten oder geld hilf und histand beweisen wellent, domit si und wir bi unsern burgrechten pleiben, trew und glauben an einander halten mogend. das stat uns umb si in ewigkeit zu verdienen, der guten hoffnung, so wir trew und glauben an einander halten, es werde uns got der allmechtig nit verlassen, sonder sin hilf trost und histand beweisen, uns bei sinem wort eeren und glouben erhalten» etc. Act. «zinstags den 21. novembris, die funfte stunde nach mittag a. etc. 31.»

108. Die Dreizehn an die Geheimen von Ulm.

November 23.

Ulm. Arch. Ref. T. IX Ausf. Zwei Zettel ebenda.

Basel gegen die 5 Orte zu unterstützen. Zettel: Zürich ist nicht von seinem Glauben abgefallen.

- nr. 105. Antworten auf das Schreiben vom 19. November: sie wären gern bereit gewesen, mit Ulm und dem Landgrafen zusammen der Stadt Zürich die vorgeschlagene Hülfe zu gewähren, indessen sei soeben von Basel die Nachricht gekommen, dass Zürich einen Frieden angenommen hätte, und dass Bern wahrscheinlich diesem Beispiel folgen werde. Sie hätten deshalb der Stadt Basel Hülfe versprochen (*) und bäten, Ulm und der Landgraf sollten die für Zürich geplante Unterstützung den Baslern zukommen lassen. Vielleicht würden dann auch Zürich und Bern wieder dem Frieden abwendig gemacht¹. Ermahnen zu treuem, christlichem Zusammenhalten, wodurch man mit Gottes Hülfe endlich siegen werde. Dat. Do. 23. Nov. a. 31.

- nr. 106. Zettel: 1) Nach Ausfertigung obigen Schreibens sei ihnen der zweite Ulmer Brief zugekommen. Was dem zufolge Zürich belange, so seien sie mit Ulm einverstanden; doch bleiben sie bei ihrer Bitte, die versprochene Hülfe jetzt Basel zuzuwenden.

2) «Wiewol wir nit eigentlich bericht, wie der friden durch die von Zurich angenommen, so geben wir euch doch zu verston, das des glaubens halber bethedingt, das jeder teil bei seinem glauben von dem andern teil unbetrungen und ungeschmecht² bleiben soll; das wir uch demnach auch nit verhalten wollen, damit ir nit gedechten, das Zurich von evangelischer leer und glauben abgedreten.»

¹ In ganz ähnlicher Weise schrieben die Dreizehn am 24. Nov. auch an den Landgrafen. Copie im Weim. G. A. reg. H. p. 52-56.

² = ungeschmäht.

109. Landgraf Philipp an den Rat.

November 23.

Str. St. Arch. AA 429 Ausf.

« In erwegung der geschwinden leufften und zeiten hat der hochgeporn furst herzog Johans churfurst zu Sachsen etc., unser lieber oheim schwager und gevatter, einen tag gem Frankfort an Main uf schirsten montag nach Lucie virginis [Dec. 18] angesetzt und ausgeschrieben, daselbst der hülff und gegenwehr halb, wie ir wisset, entlich zu reden und zu handeln.» Begehrt, dass Strassburg seine Gesandten mit vollständiger Vollmacht zu handeln nnd zu schliessen dahin verordne, und bittet auch die andern oberländischen Städte sofort zu benachrichtigen¹. Dat. «eilends den 23. tag novembris a. etc. 31.» — Empf. Nov. 30.

nr. 99.

110. Der Rat von Ulm an den Rat von Strassburg.

November 25.

Str. St. Arch. AA 455 Ausf.

Der Probst von Wengen hat Ulm verklagt. Bitte um Rat.

« Lieben freund. in unserm closter zu den Wengen bei uns haben wir ein bropst — dem wir als ainem unserm stattkind vor andern genanten gaistlichen vil ern und guts vertraut —, gehapt. der hat sich aber, — als wir vergangner weil die messen und dergleichen gotzerei bei uns abgethan —, von uns und seinem convent mit empfierung² desselben closters gelt und silbergeschirr in trefflicher anzahl, auch buecher und register, so listiger oder — das wir es recht verteutschen — dieplicher weis hinweggethan, von dem leng halben nit zu schreiben ist. Das alles unangesehen und zu haufender seiner ubermessigen schalkhait hat er jetzo am kaiserlichen camergericht zuruck und unsern halb unverhort gehandelt, wie e. f. inligends zu vernemen haben³.» So sei Ulm nun in derselben Weise beschwert, wie so viele andere Reichsstädte, namentlich Constanz, Esslingen und Reutlingen, und bitte um Strassburgs getreuen Ratschlag, was gegen die Ausbringung des Kammergerichtsmandates zu thun sei. Auch möge Strassburg mit dafür sorgen, dass den von den Evangelischen angestellten Procuratoren am Kammergericht, Hierter und Helfmann, Gewalt und Befehl gegeben werde, sich der Ulmer Sache anzunehmen. Dat. Sa. n. Elisabeth a. 31. — Pr. Nov. 28.

111. Der Rat von Basel an den Stadtschreiber Caspar Schaller, zur Zeit in Strassburg, in seiner Abwesenheit an Mathis Pfarrer.

November 25.

Ulm. Arch. Ref. T. IX. Copie.

Bern hat auch in Basels Namen Frieden geschlossen.

Hat Strassburgs Hülfsanerbieten (*) « mit höchsten freuden » vernommen und wird den guten Willen der Strassburger niemals vergessen. «uf solichs

nr. 108.

¹ Mitteilung Strassburgs an Ulm d. d. Nov. 30 im Ulm. Arch. Ref. T. XIII.² = entführung.³ Copie ebenda, ohne Angabe von Datum und Absender: Der Probst habe ein Mandat gegen Ulm am Kammergericht ausgebracht: dasselbe sei in unerhört geschwinder Weise an ein und demselben Tage erkannt, concipiert, ingrossiert, versigelt, underscriben, aus der canzlei gelöst worden, und am Tage darauf nach Ulm abgeschickt.

wollend wir uch nit bergen, das nach angstlicher anfechtung, so wir seidhar erlitten, der handel dahin kommen, das die von Bern den friden angenommen und uns darin vergriffen haben, darumb diser zeit alle sach im friden stond¹; wie aber der frid und wie alle sachen gestaltet, des wollend wir unsere liebste fründ und christenliche mitburger von Strasburg uf das beldist und wir mogen mit schrift oder durch unser botschaft eigentlich verstendigen².
 nr. 108. das wollend in von stund anzeigen, damit die knecht zu Ulm diser zeit nit ufbrechen, und den biderwen leuten daselbst nit unwillen hievon erwachse.»
 — «Dat. ilends sampstags den 25. novembr. a. etc. 31.»

112. Strassburg an Ulm.

November 27.

Ulm. Arch. Ref. T. IX. Ausf. Rogest bei Rommel II 252 nach Copie im Marb. Arch.

Ubersendet das Basler Schreiben vom 25. November, dem zufolge die für Basel in Aussicht genommene Hülfe nun überflüssig sei.

Verspricht, über den von Basel geschlossenen Frieden mit den 5 Orten Näheres zu berichten. Dat. Mo. n. Catharinae a. 31.

113. Der Rat von Zürich an den Rat von Strassburg.

November 27.

Str. St. Arch. AA 4840 Ausf.

Dankt für Strassburgs Bewilligung, dass Zürich 5000 Pfund Pfennige zu 4 Prozent «uf üwer statt, das ir gewiszlich keine fürsten oder herren zuo vorteil thäten», aufnehmen dürfe³.

Der Ueberbringer der Schuldverschreibung, Rudolph Stoll, habe Befehl, das Geld in Empfang zu nehmen und daneben über den Verlauf des Krieges und, wie Zürich zur Aufgabe seines Burgrechts gezwungen sei, zu berichten. Bittet, dem Stoll das Geld einzuhändigen und ihm behülflich zu sein, dass er es sicher und ungefährdet nach Zürich überbringe. Zürich werde sich Strassburg gegenüber zu ewigem Dank verpflichtet fühlen. Dat. Mo. n. Catharinae a. 31. — Empf. Dec. 1.

114. Bern an Strassburg.

December 1.

Gedr. bei Strickler IV 448 (Bern. Arch.).

Strassburg werde nunmehr wohl gründlichen Bericht erhalten haben, wie der Krieg verlaufen sei, und wie Bern zu seinem grossen Leidwesen die Bundesbriefe habe ausliefern müssen. «wer schuld an allem dem habe, mögt

¹ Bucer gab in einem Brief an Blaurer d. d. Nov. 29 seinem Unwillen über den Friedensschluss der evangelischen Eidgenossen unverhohlenen Ausdruck. Hessen, Ulm und Strassburg hätten vergebens ihre Hülfe zugesagt. «Sed quis erigat, qui cadere mavult quam stare? O dedecus, o scandalum, o perfidiam, o Helvetios!» (Thom. Arch.)

² Der hier versprochene ausführliche Bericht ging in der That ab, wie eine Notiz in dem öfter erwähnten Index (Str. St. Arch. G. u. P. lad. 50-52) zeigt, ist aber verloren.

³ Vgl. Edlibachs Werbung v. 9. November. Dass Strassburg damals die Anleihe bewilligte, sagt auch Bucer in einem Brief an Blaurer d. d. Nov. 18: «Heri rediit hinc ad suos legatus Tigurinorum, qui X millia a nostris accepit mutuo.» (Thom. Arch. u. Thes. Baum. IV). Nachdem aber der Friedensschluss bekannt geworden, zog Strassburg seine Zusage zurück. Vgl. nr. 117.

ir als die hochwisen lichtlich erkennen.» Trotz des erlittenen Schadens möge sich Strassburg der unerschütterlichen Anhänglichkeit und Freundschaft Berns versichert halten, sowie man auch umgekehrt hoffe, dass Strassburg Bern gegenüber die alte Gesinnung bewahren werde¹. Dat 1. Dec. a. 31.

115. Die Geheimen von Ulm an die Dreizehn.

December 1.

Str. St. Arch. AA 453 Ausf.

Antwort auf die Briefe vom 23. und 27. November. Sie wären schon bereit gewesen, die Unterstützung Basels, wie im ersten Schreiben gewünscht, zuzusagen, als der zweite Brief eingetroffen sei, welcher meldete, dass auch Basel Frieden geschlossen habe und der Hülfe nicht mehr bedürfe². Die Lage der Evangelischen sei sehr gefährdet; der Kurfürst und Landgraf müssten baldigst eine Zusammenkunft der protestierenden Stände veranstalten, um Massregeln für den drohenden Krieg zu beraten. Auch möge Strassburg durch Vermittlung des Landgrafen darauf dringen, dass der Regensburger Reichstag seiner grossen Wichtigkeit halber von den Fürsten in Person besucht werde. Dat. Fr. n. Andreae a. 31. — Empf. Dec. 5.

nr. 109.

nr. 77.

116. Landgraf Philipp an den Rat.

December 1.

Str. St. Arch. AA 454 Ausf.

Cassel.

Sendet Copie von Zeitungen aus Dänemark³. Er höre, dass in Würtem-

¹ Strassburgs Antwort v. 9. Dec. mit den entsprechenden Gegenversicherungen s. ebenda IV 1177.

² Der Landgraf, der die Kunde von Basels Friedensschluss nicht so schnell erhielt, schrieb noch am 30. Nov. an die Strassburger, dass er ihrem Wunsche gemäss (s. oben p. 82 A. 1) die für Zürich bewilligte Hälfte den Baslern zuwenden wollte; gleichzeitig stellte er seine im Oberlande werbenden Hauptleute zur Verfügung Strassburgs. (Str. St. Arch. AA 431, benutzt nach dem Marb. Concept von Rommel II 253 mit falschem Datum u. von Escher 300.) Als er dann endlich die Kunde von dem schimpflichen Frieden mit den 5 Orten erfuhr (Neudecker Urk. 496, Strickler IV 1139), machte er den Zürichern und Baslern heftige Vorwürfe, dass sie von seinen Hilfsanerbietungen keinen Gebrauch gemacht hätten, erklärte sich aber noch jetzt neben Ulm und Strassburg zur Hülfe bereit, wenn der Frieden rückgängig gemacht werden würde. (Instruction an Zürich bei Escher 301, an Basel bei Rommel II 254, jedoch mit falschem Datum Jan. 19. Das Datum ist nach der Ausf. im Marb. Arch.: Dec. 17.) Die Züricher schrieben darauf am 19. Jan., das Anerbieten sei zu spät gekommen, ausserdem hätten sie gezweifelt, ob Strassburg ihnen Kriegsvolk zuschicken würde, «dieweil sich ir (der Strassburger) burgrecht uf kein mannschaft erstragkt». Auch seien sie (die Züricher) nicht gewohnt, fremde Knechte in ihrem Land zu gebrauchen, «zuodem sie uns in österreichischen land wol ufgehalten worden werind und wir all tag vermeintend, der faal solte uf unser siten sin». (Marb. Arch. Vgl. Escher a. a. O. u. unten nr. 118.) Basel antwortete dem Landgrafen am 18. Januar (nicht Februar, wie Rommel II 254 hat), es wisse überhaupt von keiner Schrift, worin Hessen und die oberländischen Städte zur Zeit der offenen Fehde ihre Hülfe angeboten hätten (vgl. p. 67 A. 1), vielmehr habe der Landgraf am 29. Oct. selbst Hülfe verlangt (oben nr. 88). Die in letzter Zeit von Strassburg zugesagte Unterstützung (nr. 108) habe nichts mehr nützen können. Marb. Arch.

³ Liegt bei: König Friedrich an Philipp d. d. Nov. 19: 11 feindliche Schiffe seien auf Schonen gelandet; über das weitere Vorgehen Christians II sei noch nichts bekannt (Vgl. p. 64 A. 1). Er habe den Erzbischof von Upsala in seiner Gewalt.

berg Knechte bestellt würden; Strassburg und Ulm möchten darüber Kundenschaft einziehen und ihm schreiben. Dat. Cassel Fr. n. Andreae a. 31. — Empf. Dec. 7.

nr. 90. Zettel: «dieweil sich auch die sachen dermassen anlaszen,» habe er seine Post bis Darmstadt wieder eingerichtet; Strassburg möge das Gleiche thun.

nr. 113. **117. Gutachten der Dreizehn, was der Rat auf die Werbung des Züricher Gesandten Rudolf Stoll antworten soll¹.** December 2.

Str. St. Arch. AA 4810 Conc. (Protokoll) v. Joh. Meyer.

Strassburg habe seine Burgrechtspflichten gegen Zürich erfüllt; könne nach dem Friedensschluss kein Geld mehr leihen. Stoll soll sich privatim um Geld bemühen.

nr. 81. Dankt für Zürichs Freundschaftsversicherungen. Bedauert das Missgeschick Zürichs. Gegenüber der Darstellung Stolls, dass die Züricher Unterthanen dadurch zu Widerwillen, Ungehorsam und Abfall gebracht seien, dass die verbündeten Städte ihnen das Burgrecht nicht gehalten hätten, sieht sich der Rat zu der Erklärung veranlasst, dass Strassburg, so oft es von Zürich angerufen sei, stets seine Burgrechtspflichten erfüllt habe. So habe es ungeachtet dessen, dass der Krieg wider seinen Rat und Willen begonnen sei, den Zürchern Pulver und Korn angeboten, ferner auch auf Erfordern die Intervention einer Strassburger Gesandtschaft zugesagt. Deshalb hoffe man, dass Zürich sich «des burgrechts halben» nicht über Strassburg beklagen könne.

Was die Werbung wegen der 5000 Pfund Pfennige betreffe, so habe der Rat allerdings dem Hans Edlibach neulich zugesagt, den Zürchern die Summe zu leihen, mit Rücksicht auf das zwischen beiden Städten bestehende Burgrecht und unter der Voraussetzung, dass Zürich das Geld zur Weiterführung des Krieges benutzen werde. Jetzt aber, da Zürich Frieden geschlossen und die Burgrechtsbriefe den 5 Orten ausgeliefert habe, sei der Rat nicht mehr befugt, ohne Wissen und Willen von Schöffel und Amman jene Summe oder selbst eine geringere auszuleihen. Der Rat besorge aber, dass unter den jetzigen Umständen die Schöffen schwerlich dem Verlangen Zürichs Folge geben würden. Damit Zürich aber den guten Willen des Rats erkenne, so wolle man gern gestatten, dass Stoll sich bei Privaten in Strassburg umthue, um die Summe aufzubringen; man wolle ihn hierbei auch nach Möglichkeit unterstützen. «Sabatho 2. decembr.»

118. Instruction für Mathis Pfarrer und Jacob Meyer zum Tage der evangelischen Einigungsverwandten in Frankfurt am 18. Dec. 1531.

December 11.

Str. St. Arch. AA 429. Reinschrift. Teilweise benutzt von Escher 298.

Die Kriegsgefahren als Anlass für die Tagsatzung. Wie von der Gegenwehr zu handeln ist. Nebenmemorial: Weshalb Strassburg den Zürichern keine Hilfe

¹ Dass der Rat diesem Gutachten der Dreizehn gemäss wirklich antwortete, ist wohl zweifellos.

geschickt. Procuratoren am Kammergericht. Versiegung der Bundesbriefe. Unterhandlung von Mainz und Pfalz. Poststationen unnötig. Ratschläge für Constanz und Ulm.

Da der Anstoss zur Berufung der gegenwärtigen Versammlung von Strassburg ausgegangen ist, so sollen die Gesandten auf Befragen nach dem Grunde der Zusammenkunft erzählen, « wie die leuf derselben zeit so der Eidgnossen so der laufenden knecht halben gen Cöln gevordlich¹ gestanden und dann hin und wider zeitungen und warnungen allenthalben herzukommen, als wolt man den etc. hern Philipsen landgraven zuo Hessen oder ander christenliche stend verwandten uberziehen;» deshalb habe Strassburg eine Zusammenkunft gewünscht, damit man ratschlage: « ob jetzo oder kunftig jemands der verwandten solte oder wurde uberzogen, wie man sich in die gegenwer schicken und halten wolle.»

Wenn dann von der Gegenwehr gehandelt wird, so sollen den Gesandten die früher aufgestellten Sächsischen Artikel als Richtschnur dienen, « inmassen uf dieselben hiebei geratschlagt und bedacht ist².» Ehe sie jedoch mit den Fürsten in Unterhandlung treten, sollen sie sich womöglich mit Ulm u. A. über die Gegenwehr verständigen, auch mit den Seestädten, falls selbige darum ansuchen. Alles in Allem sollen sie Vollmacht haben, « uf dis hiebei bezeichneter masz, oder so es bei den andern stenden dermassen nit wolt erhebt werden, uf weg, so si gedenken mogen einer statt Straszburg annemlich und treglichen ze sein, zu beschliessen. fiel aber etwas weiters dann hierin vermeldet fur, mogen si handeln und uf hindersichpringen, zu oder abschreiben, beschliessen.» — Act. Mo. 11. Dec. a. 31.

« Nebend memorial: Die gesandten sollen ein ersamen rat gegen den Hessischen gesandten zum fuglichsten endschuldigen der 4000 knecht halb, die man im ersten anfang des eidgnoschischen *(sic!)* kriegs denen von Zurich solt zugeschickt haben, das ein ersamer rat nie anders gewust hab und noch nit anders wisz, dan das die Zurcher volkreich gnug gewesen, und uber das sich ein ersamer rat gegen inen so vil in schriften anpoten, ob si einicher hilf bedarf, das si ein ersamen [rat] darumb und zum wenigsten vermog der burgrechten wurden angelangt haben. derhalben ein ersamer rat müssen abnemen, das si volkreich gnug seien oder aber keine frembde knecht under sie lassen, wie man besorgt, ob es noch zum fallen [?] keme, si keinen zu inen lassen wurden.»

Ferner sollen die Gesandten dahin arbeiten, dass den Procuratoren am Kammergericht, Hierter und Helfmann, ihre « procuratoria » der Abrede gemäss endlich ausgefertigt und zugestellt werden.

¹ = gefährlich.

² Dies Bedenken über die im März zu Schmalkalden vorgelegten Artikel (s. oben nr. 33) findet sich als Reinschrift im Str. St. Arch. AA 429 fol. 158. Es ist lediglich eine Abschrift des schon im Mai abgefassten Gutachtens (oben nr. 48), von dem es sich nur dadurch unterscheidet, dass die Einleitung, in welcher auf die Aufnahme der Eidgenossen gedrungen wird, fortgelassen ist. Dass das Gutachten vom Mai (AA 430) als Vorlage gedient hat, ist auch an seiner äusseren Beschaffenheit zu erkennen; denn jene Einleitung ist durchgestrichen, und auf dem Umschlag findet sich folgender Vermerk Jacob Sturm's: « ist usgeschriben und zu der instruction uf den tag gen Frankfurt Lucie XXXI gelegt.»

nr. 92.

p. 67 A. 1

nr. 81.

nr. 46. «Si sollen auch erfarn, wie es umb die bundsbrieff stend und begern, [dass] meinen herrn der ir versigelt behendigt werd.»

nr. 78. Sie sollen sich erkundigen, ob Pfalz und Mainz seit der letzten ihnen erteilten Antwort weiter mit Sachsen und Hessen unterhandelt haben, und wie die Fürsten über den Besuch des Regensburger Reichstags denken.

nr. 116. Wenn sie von den Hessischen Gesandten wegen der nach Darmstadt zu legenden Post angesprochen werden, sollen sie anzeigen, dass Strassburg diese Einrichtung zur Zeit nicht für notwendig halte, «dieweil die leuf hie oben gestilt.»

«Si sollen auch den beiden stetten Costnitz und Ulm die ratschleg, so wir irenthalben gesucht, offnen und anzeigen!»

119. Instruction Landgraf Philipps für Sigmund von Boineburg an Ulm und Strassburg [auf dem Tage zu Frankfurt Dec. 19].² [December 6 ca.] [Nordhausen].

Marb. Arch. (Stadt Strassburg). Eigenhändiges Concept des Landgrafen mit Unterschrift.

Bitte um Zustimmung zu den Vorschlägen der Fürsten über die Gegenwehr. Majorität der Oberländer. Vorteile der «eilenden Hülfe». Die Städte mit in die Wahlsache zu bringen. Verteilung der Stimmen. Vorschläge für die Hauptmannswahl: Löneburg hat den Landgrafen vorgeschlagen. Gründe dafür.

«Erstlich Strasburg und Ulm unsern gnedigen willen zu sagen. folgens sie zu berichten itzliche sonderliche, was hie gehandelt und welcher gestalt man sich hie verglichen hab³, ausgescheiden des heubtmans. sei darauf mein beger, das sie solche handlung, die hie verhandelt, inen auch gefallen lassen wollen aus den ursachen: wo man nit ein solchen weg vor-neme⁴ und in der zeit der not erst ansuchen soll und sich der hulf verglichen, so sei es vorbei(t) und zu lang; zudem das der kurfürst nit anders ufzubringen ist dan durch dissen weg, auch nit anders zu helfen willig. es können auch die erbern stet besser der eilenden hulf erharren dan die fürsten aus dem, das sie fest stet haben und die bestellen können, bis so lang das inen hulf geschicht. darzu haben die Oberlender den vorteil, das sie alweg in billichen sachen das merer können machen, dan ursach: der

¹ Ueber das Gutachten für Constanx siehe oben p. 77. Der Ratschlag für Ulm ist nicht vorhanden. Vgl. nr. 110.

² Die eigenhändige Ueberschrift des Landgrafen über diesem undatierten Actenstück lautet: «Werbung oder instruction Symons von Boineburg.» Was den Namen angeht, so ist unzweifelhaft, dass wir unter «Symon» den oft genannten Sigmund von Boineburg zu verstehen haben, der auch auf dem Frankfurter Tage im December den Landgrafen vertrat. (Vgl. folg. Nummer.) Dass die Instruction für diesen Tag verfasst ist, ergibt sich aus dem Inhalt im Zusammenhang mit dem, was die folgende Nummer über die Frankfurter Verhandlungen berichtet. Vgl. auch nächste Anmerkung.

³ Dies bezieht sich unzweifelhaft auf den Tag zu Nordhausen am 6. Dec., auf dem die Fürsten sich über die Verfassung zur Gegenwehr verglichen. Nach den Worten im Text hat der Landgraf die Instruction noch in Nordhausen selbst aufgesetzt. Bezüglich der dort gefassten Beschlüsse, auf denen die ganze Instruction basiert, vgl. folg. Nummer.

⁴ Nämlich den der sogenannten «eilenden Hülfe».

herzog von Lünburg und ich seint den Oberlendern ganz geneigt. so dan Lünburg und ich einer meinung sein, so können die Oberlender mit uns zufallen. so ist die glock schon gossen, wie sie als die verstendigen wol ermessen können.

¹ Wan ein stand dem andern zuzihen solt, wer nit wol zu thun, unsicherheit halben; die knecht und krigfolk wer swerlich dermassen ufzubringen. item Saxsen kann sein leut nit aus dem land wol schicken, darumb handelt er dahin, das frembt lüt angnomen werden. item wo die stet dissen vorschlag nit annemen, so wirt Saxsen swerlich in andre masz der hilf ufzubringen sein. nota: die stet haben feste stet, können der hülf erwarten. item, ich wisz kein bessern gleichern weg zur kegenwer, so man sich uberzihen lassen will, dan dissen; so man aber den angriff thun, wer auch wol gut. Simon soll sich halten der instruction und der artikel, der man sich hie verglichen hat; soll im der kanzler abschrift geben. item der heubtleut halben ist man verglichen ². was beslossen ists des reichstags halben und durkenhilf, hat er inen auch anzuzeigen. item nota mit inen zu handeln, ob die Oberlender nit in die walsach zu bringen weren. nota: Ulm hat mir geschriben, rücken zu suchen; der ist nu nit besser zu suchen dan in der wal. da kan man sich vil potentaten anhengig machen, und so man des glaubens halben uberzogen wirt, so wirt an zwifel die walsach mitlaufen, und so hett man alle potentaten, Frankrich, England, Weida³, Beiern, Geltern, Lotringen, Denmark, alle zu hülf. darumb ist den stetten vor allen dingen zu raten mit in die bundnis betreffen die nichtig wal konig Ferdinand zuwider zu komen, dan konig Ferdinan[d] ist darumb koren, das ewangelium zu underdrucken.»

Philips z. Hessen ss.

Ausserdem findet sich noch ein Blatt folgenden Inhalts ohne Angabe, wo einzuschalten:

«item Simon soll hart anhalten, das alle ding bliben, wie sie hie beslossen. wo aber die stet beswerung irer stimmen hetten, das sie deucht¹, sie hetten der stimmen zu wenig, so soll er doch, sofern als bi Saxsen zu erlangen ist, sich mechtigen, das die stimmen dermassen gedeilt werden, wie nachfolgt — doch halt uf dem ersten hart —: Saxsen 2, Hessen 2, Liunburg 1, Anhalt 1, Mansfelt 1, herzog Philips 1⁴, Oberlender 2, Niderlender

¹ Der folgende Absatz ist vom Landgrafen später eingeschaltet.

² Der scheinbare Widerspruch dieser Bemerkung mit dem Anfang der Instruction, wo es heisst, man habe sich hinsichtlich des Hauptmanns nicht verglichen, erklärt sich aus der späteren Einschaltung obiger Stelle (vgl. vorige Anm.). Anfangs nämlich hatte man sich in Nordhausen wirklich nicht einigen können, in Folge der gegenseitigen Eifersucht zwischen dem Kurfürsten und dem Landgrafen, von denen keiner dem andern die alleinige Hauptmannschaft gönnte; schliesslich aber verfiel man auf das Auskunftsmittel, beide Fürsten zu wählen. Obige Bemerkung hat also der Landgraf erst nach erzielter Einigung geschrieben (vgl. unten p. 94). Ursprünglich folgte in obigem Text eine Auseinandersetzung, in welcher der Landgraf seine Wahl zum alleinigen Hauptmann empfahl. Diese Ausführung, welche natürlich überflüssig wurde in dem Augenblick, wo man sich zur Wahl beider Fürsten entschloss, ist nachträglich eingeklammert. Da sie nichtsdestoweniger zur Beleuchtung der ganzen Frage von grossem Interesse ist, geben wir sie am Schluss der Instruction wörtlich wieder.

³ Der Woywode Johann Zapolya, Ferdinands Gegenkönig in Ungarn.

⁴ Se. von Braunschweig.

2, oder das noch eine person von Oberlendern und eine von Niderlendern bei den krigsreten sessen, der bedenken gehort würde, und mit im rat und anslegen weren, doch kein stim dan eine, wie erst darvon gehandelt, hetten. aber der heubtman soll kein stim haben.»

Der nachträglich wieder gestrichene Passus über die Hauptmannswahl¹ lautet:

«Er soll auch sie berichten, was vor tiersleg uf den obersten heubtman geschen sein, als nemlich: Saxsen hat viergeslagen den von Anhalt, den dan Lunburg und ich verworfen haben aus ursachen, das er kein krigsman sein leben lang gewesen, auch süst zu reden und raten und schriben nit geschickt. ich aber hab vorgeslagen, man soll jezt ein schlechten heubtman setzen als Wilhelm Gussen im bund was²; und in der zeit der not solten die kriegsret macht haben einen zu setzen, der geschickt. so sie aber wolten den von Rennenberg oder Merten von Rossa jezt erwelen, liesz ich mir auch nit miszfallen oder sust einen geschickten erfahren krigsman, der an andern orten mermals bephelch gehabt het. dan es wult auf disser hülf nit ein gerins (sic!) stehen, und solt ich mich solcher hülf in der zeit der not gedrosten, so wolt ich auch wissen, das bestalt wer, und nit, das man erst einen anneme, der lernen sült. der Lunburgisch hat vorgeslagen, das gut wer, das man zu einem heubtman neme ein fürsten und nemlich mich und hat dise ursachen vorgewant: ich sitze mitten im reich und sei von allen bundstenden zu erlangen. item ich sei mermal in krigen mit gewest, und ob ich schon nit ein volkomen wissen hett, so het ich doch das vormogen, das ich leut krigen kunt uf mein kosten, die es wüsten und künten. so kennt er mich des gemüts, das ich dermassen nach leuden drachten werde, das ich nit schimpf und schaden lidde so vil moglich. zum andern, so dorf man mir nit vil geben, ich words nit begern. zum dritten, so hett ich bereit vil hoütblüt zu ros und fusz; die kemen dem bund zu nutz; den durft man kein wartgelt geben. zum virten, so wer ich dermassen under rittern und knechten bekant, das sie mir lieber folgten, wan eim andern, zum V, so kont man jeztl die ritter swerlich aufbringen, wo nit ein furst oder stat gut vor den sold weren. zum 6, wan unser wiederpart am ersten knecht und ritter in der hand hetten, wo ich dan nit sonderlich hulf det³ durch mein fründen, sweger und gute gonner, so würden die knecht aus dem Oberland swerlich herab kunnen kommen. zum 7, so künt leiderlich komen, das die stende dis bunds mer gelds, dan dismal hinderlegt, swerlich und unsicherheit halben nit zu dem haufen der eilenden hulf bringen konten; darzu auch wol geschen kunt, das die stende zum teil under zeiten lasz in der erlegung sein mochten; so dan ich heubtman wer und mein leib dran hing, würde ich an zweifel uf der kriegsret ansuechen einen monetsold in zeit der not vorlegen, so ich verdrost würde, das mirs wieder würde, mich des nit wegern. ob nu das bei einem schlechten heubtman zu finden, stunde zu bedenken. zum 8, so wer von noten, das man des geschütz halben auch beratlaget. wo ich nu heubtman wer, und man an mich begern würde, mein

¹ S. oben p. 89 A. 2.

² Im Schwäbischen Bund?

³ = that.

geschosz und pulfer darzuleigen und uf zimliche bezalung, so würde ich michs nicht wegern, und fünde man also das geschosz, büssenmeister und sein bereitschaft bei mir uber einem haufen mitsampt geulen und wagen. so man aber sult das geschosz von Ulm, Lübeck und Stra[s]burg und Dorgau, Cassel und nit an einen ort zu hauf bringen, stünde drauf, das solch geschosz würde zu teil niderligen und auch langsam von stetten gan. wolt man dan das geschosz uf den uberzognen slagen, so hets wol ein gestalt mit den forsten, aber mit den stetten und zuvoran mit den kleinen stettein wers nichts, dan die haben kaum geschosz genug ire stet zu bewaren; und zudem, solt sichs begeben, das der stet eine uberzogen solt werden, und man solt mit der eilenden hulf inen zuzihen 20 oder 30 meil und solt kein geschutz bei sich haben, wer nit zu raten. und hat darauf beslossen, das er nit anders wisz zu raten, dan das man mich darzu neme, nachdem doch mir hend und füsз dermassen gebunden, das ich nichts thun dorf on der krigsret rat und wissen und bephelch; man konde mich, so es vor notturftig angesehen wurde, noch basz verbinden. dis alles sol Simon etc. an die geschickten von Strasburg und Ulm itzliche sonderlich bringen und inen sagen, sie werden sich wol wissen in dem zu halten und iren bundrat oder sie selbst zu bephelen wissen, wen sie vor den besten zu einen heubtman erkennen, der dem ganzen bund am nützlichsten und auch sonderlich den Oberlendischen gewogen und nützlich. sie die Oberlender, desglichen Simon durch den Lunburghchsen [*sic!*], werden auch konnen mit den Niderlendischen davon rede haben. wo nu Simon wirken würde, das sie einhelliglich mich nemen wulden, so hat ers an mich zu bringen. wo aber Saxsen nit wult, so istz nichts [?] besser, dan das man die V stimmen oder rete den heubtman welen liesz.»

120. Tag der Schmalkaldischen Bundesverwandten zu Frankfurt a. M. 19.-27. Dec. 1531.

December 19-27.

Str. St. Arch. AA 429 f. 71-149. Relation Mathis Pfarvers nebst Beilagen und dem Abschied des Tages¹.

Verhandlung wegen einer Bundesverfassung. Nordhäuser Entwurf. Vollmacht der Oberländer. Eilende Hilfe bewilligt. Streit über Verteilung der Stimmen und der Anlage. Kleine Anlage zur Besoldung von Kundschaftern etc. Zahl der Kriegsräte von den Stimmen abhängig. Der Kurfürst und Landgraf als Hauptleute. Beharrliche Hilfe

¹ Bezüglich des Materials über die Frankfurter Tagung sind wir in einer eigentümlichen Lage. Die Aufzeichnungen, welche Mathis Pfarrer gemacht hat, sind bei aller Weitschweifigkeit so nichtssagend, dass selbst mit einem Auszug aus denselben niemandem gedient sein dürfte. Sie geben, so zu sagen, nur das Gerippe der Verhandlungen, d. h. die äusseren Umstände und Formalitäten, unter denen sich die Beschlüsse der Versammlung vollzogen, und gehen nur selten auf den sachlichen Kern der Verhandlungen ein. Statt dessen verweist der Verfasser meist auf die zahlreichen Beilagen von Schriftstücken, die zwischen den Ständen gewechselt wurden. Eine lose Zusammenstellung dieser entsetzlich langatmigen Propositionen, Repliken, Dupliken etc. schien ebenfalls unthunlich, so dass wir es für das Beste hielten, auf Grund des vorhandenen Materials eine Uebersicht über die Frankfurter Verhandlungen in darstellender Form zu geben, natürlich unter besonderer Berücksichtigung Strassburgs.

von den Städten auf Hintersichbringen bewilligt. Aufnahme von Goslar und Einbeck. Den Regensburger Reichstag zu beschicken. Procuratoren am Kammergericht. Beschwerden über Kammer- und Hofgericht.

nr. 33. Die Hauptaufgabe der Frankfurter Versammlung bestand dem Ausschreiben gemäss darin, dem Schmalkaldischen Bunde endlich eine Verfassung zu geben, durch welche die Leitung der gemeinsamen Angelegenheiten sowie die Pflichten der Einzelnen genauer geregelt wurden. Schon im März hatte Sachsen auf dem Schmalkaldner Tage einen Verfassungsentwurf, eine sog. „Notel der Gegenwehr“ eingebracht, welche jedoch nicht zur Verhandlung kam. Auf ihr basiert ein zweiter Entwurf, über den sich die Fürsten und Grafen auf einem Tage zu Nordhausen am 6. December geeinigt hatten, und der nun den Frankfurter Beratungen zu Grunde gelegt wurde. Es fragte sich jetzt, wie sich die Städte dazu stellen würden. Die Hansestädte waren schon auf dem Nordhäuser Tage vertreten gewesen, hatten aber damals ihre Erklärung auf die Frankfurter Versammlung verschoben. Die oberländischen Städtebotschaften hielten gleich nach ihrer Ankunft in Frankfurt am 19. December eine Vorbesprechung ab, bei welcher sich herausstellte, dass die Gesandten von Strassburg, Ulm, Esslingen, Reutlingen und Memmingen ausreichende Vollmacht hatten, um unter Bedingungen, die für die Städte erträglich waren, sich wegen der Verfassung mit den Fürsten zu vereinbaren. Nur Constanz und Lindau hatten keinerlei Vollmacht zu definitivem Abschluss. Von norddeutschen Städten waren in Frankfurt vertreten Lübeck, Bremen, Magdeburg, Braunschweig, Einbeck und Goslar, von den Fürsten Sachsen durch Hans v. d. Planitz und Hans von Dolzig, Hessen durch Sigmund¹ von Boineburg und Georg Nusbicker, Lüneburg durch Johann Forster. Letztere begannen die Verhandlungen damit, dass sie den Städten den Nordhäuser Entwurf mitteilten. Gleich über den ersten Hauptartikel desselben, die Anzahl und Verteilung der Stimmen betreffend, entspann sich ein hartnäckiger Streit. Der Entwurf schlug vor, bei allen Bundesangelegenheiten Stimmenmehrheit entscheiden zu lassen, und zwar sollten die Fürsten zusammen 3, die Städte 2 Stimmen haben. Hierdurch fühlten sich die Städte sehr benachteiligt; sie verlangten anstatt der 5 Stimmen 8, von denen die Fürsten 4 und die Städte 4 hätten; die Entscheidung bei Stimmengleichheit sollte alsdann der Hauptmann (s. unten) oder der Sächsische Kurprinz Johann Friedrich haben. Hierauf beharrten die Städte trotz des Vermittlungsvorschlags der fürstlichen Gesandten, „das man neun stimmen oder neben den fünf stimmen noch vier personen us beden stenden ordenete, welche zu ratschlegen und handlungen gezogen wurden, jedoch kein stimmen haben sollten.“ So wurde am Ende verabschiedet, dass die Fürsten und Grafen ihren endgültigen Entschluss auf den Vorschlag der Städte bis zum 2. Februar an Ulm und Magdeburg schreiben sollten. Die weiteren Bestimmungen des Entwurfs betreffen die sogen. „eilende Hülfe“, d. h. das Contingent, welches bereit zu halten ist, um dem ersten feindlichen Anprall

¹ Pfarrer in seinem Bericht schreibt wohl irrtümlich „Ludwig“. Im Abschied steht Sigmund.

oder einem einzelnen Angriff zu begegnen, der nicht das gesammte Aufgebot aller Kräfte erfordert. Diese „eilende Hülfe“ soll aus 2000 Reitern und 10000 Knechten bestehen. Damit sie im Notfall schnell bei der Hand ist, soll das zu ihrer Aufbringung und Besoldung erforderliche Geld im Betrage von 70000 fl. für einen Monat im Voraus an bestimmten Orten — Weimar, Cassel, Ulm und Braunschweig waren dazu ausersehen — hinterlegt werden, und zwar bis zum 22. Februar 1532. Wird das Geld bis zum Ablauf der Bundeszeit nicht gebraucht, so soll jedem Bundesgliede sein Beitrag zurückgezahlt werden. Soweit einigte man sich leicht. Schwieriger war die Frage, wie die Summe auf die Stände verteilt werden sollte. Die Fürsten verlangten zunächst, die Städte sollten zusammen 40000 fl. bezahlen; sie selbst wollten 30000 fl. erlegen. Diese Verteilung erschien den Städten natürlich ungerecht, und sie stellten daher die umgekehrte Forderung, dass die Fürsten den grösseren Anteil auf sich nehmen sollten. Schliesslich gaben sie jedoch soweit nach, dass sie erklärten, die Hälfte (35000 fl.) zahlen zu wollen, wofern die Fürsten bezüglich der Stimmen ihren Vorschlag annähmen. Die fürstlichen Gesandten willigten ein, diesen Antrag an ihre Herren zu bringen, die sich dann darüber schlüssig machen würden. Schlimmer noch als dieser Streit zwischen Fürsten und Städten war die Uneinigkeit unter den Städten selbst. Als man nämlich darüber verhandelte, wie der städtische Beitrag zu den 70000 fl. verteilt werden sollte, stellten die Oberländer nach Pfarrers Bericht die merkwürdige Zumutung an die Sächsischen Städte, sie sollten 22000 fl. übernehmen, „dwil sie in grossem vermigen“, so dass für die Oberländer nur der Rest von 13000 fl. verbliebe. Die Hansestädte sprachen darauf „mit etwas scharpfen worten“ ihre Verwunderung aus, wie sie dazu kommen sollten, die grössere Summe zu erlegen. „Doruf wir [die Oberländer] antwürt geben und das abgelenet, als solten wir sie speien oder mit in scherzen, das sie die grosser süma erlegen solten, mit witerer anzeig der oberlendischen stett unvermigen, wiewol sie in einer merer anzal sint.“ Tage lang zogen sich die Verhandlungen über diese Frage hin, ohne dass eine Einigung erzielt wurde. Jede Partei verlangte von der andern die Uebernahme des grösseren Beitrags, wobei die Oberländer wiederholt geltend machten, die Hansestädte seien „in eim ansehen, vilmer oüch in richtüm und macht der grossen stett.“ Schliesslich legten sich die fürstlichen Gesandten ins Mittel, indem sie u. A. darauf hinwiesen, welchen abschreckenden Eindruck dieser Zank auf diejenigen Städte üben müsse, die sonst vielleicht geneigt seien, dem Bunde beizutreten. Es gelang ihnen am 28. December folgendes Abkommen zu Stande zu bringen: die städtischen Gesandten bewilligen für ihre Person und hoffen bei ihren Herren durchzusetzen, dass die Summe von dem sächsischen und oberländischen Kreis zu gleichen Teilen getragen wird, so dass also jeder 17500 fl. übernimmt. Wenn dann künftig noch mehr Städte dem Bunde beitreten, wie das jetzt von Heilbronn und Kempten zu erwarten ist, so soll der von ihnen zu leistende Beitrag bis zur Höhe von 1000 fl. den Städten des betreffenden Kreises zu gute kommen; was aber die Summe von 1000 fl. übersteigt, soll den gesammten Ständen zu gute gerechnet werden. Diejenigen

Städte, welche sich weigern, dieses Uebereinkommen zu ratificieren, sollen bis zum 14. Februar dem Kurfürsten oder Landgrafen schreiben; man werde sich dann gegen sie „auch furter der gepure und notdurft zu gehalten wissen.“

Im Uebrigen wurde von Allen auf Hintersichbringen beschlossen, die Anlage der „eilenden Hülfe“ gleich für zwei Monate zu hinterlegen. Ausser diesem Betrage verlangte der Verfassungsentwurf noch 7000 fl. monatlich für die Besoldung von Unterhauptleuten, Kundschaftern, Boten, Schreibern, etc. Auch diese Summe wurde bewilligt, indem die Verteilung auf die einzelnen Stände nach Massgabe der Hauptanlage beschlossen wurde. Ferner wurde ein Anschlag gemacht, was jeder Stand an Waffen, Büchsenmeistern, Geschütz und Munition liefern sollte¹.

Die Leitung der Bundesangelegenheiten im Kriegsfall sollte nach dem Entwurf fünf Kriegsräten anvertraut sein, welche von den fünf stimmführenden Ständen ernannt werden. Dieser Artikel wurde von den Städten natürlich ebenso angefochten wie derjenige, der von den Stimmen handelte; man beschloss daher, die Zahl der Kriegsräte von der Entscheidung über die Zahl der Stimmen abhängen zu lassen. Die oberste Leitung der „eilenden Hülfe“ sollte nach dem ersten Nordhäuser Entwurf ein Hauptmann haben, der die Kriegsräte im Notfall zu berufen und ihnen sein Gutachten mitzuteilen hat, jedoch keine Stimme führt, sondern für sein ganzes Verhalten an die Abstimmung der Kriegsräte gebunden ist. Diesen Artikel hatten die Fürsten nachträglich dahin abgeändert, dass einem Lüneburgischen Gutachten gemäss der Kurprinz Johann Friedrich und Landgraf Philipp sich in die Hauptmannschaft teilen sollten. Jeder von ihnen sollte in seinem District das Recht zum Aufgebot der eilenden Hülfe haben, während die Berufung der Kriegsräte abwechselnd dem Einen und dem Andern — jedem ein halbes Jahr lang — zustehen sollte. Wird durch die Kriegsräte die Gegenwehr beschlossen, so hat derjenige von beiden Hauptleuten die Oberleitung, in dessen Kreis der Krieg zu führen ist, also im Niederlande Sachsen, im Oberlande Hessen; der andere muss ihm sein Kriegsvolk zuschicken. Im Fall eines längeren allgemeinen Krieges, für den die eilende Hülfe nicht ausreicht, soll einer der drei Fürsten von Sachsen, Hessen oder Lüneburg zum obersten Hauptmann gewählt werden, dessen Anordnungen die beiden Andern zu befolgen haben. Die Wahl soll geschehen durch die Fürsten selbst, wenn sie sich aber nicht einigen, durch die Kriegsräte.

Die Gesandten der Städte zeigten sich diesem Vorschlag der Fürsten nicht abgeneigt, lehnten aber eine bestimmte Erklärung wegen mangelnder Vollmacht ab. Indessen stellten sie schon jetzt zur Bedingung, dass Sachsen und Hessen im Fall ihrer Wahl vor Beginn des Krieges keinerlei Entschädigung für die Verwaltung der Hauptmannschaft beziehen sollten, und auch während des Krieges nur eine mässige, da sie ja ihre eignen Interessen und die Ehre Gottes verfechten.

¹ Auf Strassburg entfiel danach: 1 Hauptstück, 1 Notschlange, 3 Feldschlangen, 50 Doppelhaken, 200 Halbhaken, 3 Büchsenmeister, 400 manharnisch und 300 Centner Pulver, nebst Zubehör an Wagen etc. Es ist das die Hälfte von dem, was der Landgraf zu stellen hatte.

Ausser diesen Hauptbestimmungen enthielt der Nordhäuser Verfassungsentwurf noch eine Reihe von Vorschriften namentlich für den Fall, dass die eilende Hülfe nicht ausreicht, dass auf mehreren Punkten gleichzeitig angegriffen wird etc. Dem Hauptmann und den Kriegsräten wird hierbei ziemlich grosse Machtvollkommenheit zuerkannt, z. B. die nächst-gesessenen Stände zu weiterer Hilfsleistung heranzuziehen etc.¹ Dagegen opponierten die Städte anfangs auch, gaben aber schliesslich nach, wahrscheinlich in der Hoffnung, dadurch die Fürsten in den Hauptpunkten nachgiebiger zu machen.

Grössere Schwierigkeit bereitete die Frage der sogen. „beharrlichen Hülfe“. Darunter verstand man das Aufgebot aller Kräfte der einzelnen Stände, wie es nötig wurde, wenn ein grosser, allgemeiner Angriff erfolgte, zu dessen Abwehr sich die eilende Hülfe als unzulänglich erwies. Zu dieser Hülfe sollte dem Entwurf nach jeder Stand verpflichtet sein, sobald durch eine allgemeine Bundesversammlung oder — falls zu ihrer Berufung keine Zeit wäre — durch die Kriegsräte die Notwendigkeit erkannt würde. Gegen die Annahme dieses Artikels sträubten sich die Botschaften der Städte mit einer Hartnäckigkeit, die um so auffallender ist, als der Artikel ja im Grunde nichts Anderes besagt, als was auch in der allgemeinen Bundesurkunde steht. Sie entschuldigten sich damit, dass in dem Ausschreiben zu gegenwärtigem Tage von der „beharrlichen Hülfe“ nicht die Rede gewesen sei, und dass sie deshalb keine Instruction darüber empfangen hätten. Auf das Drängen der fürstlichen Bevollmächtigten sagten sie schliesslich zu, den Artikel an ihre Oberen zu bringen, welche ihren Entschluss bis zum 14. Februar dem Kurfürsten und Landgrafen mitteilen sollten.

Ausser der Verfassung zur Gegenwehr kamen folgende Sachen in Frankfurt zur Verhandlung, bezgsw. Erledigung:

1) Goslar und Einbeck werden auf ihr Gesuch in den Bund aufgenommen².

2) Den Reichstag zu Regensburg beschliessen die Stände auf Antrag der Fürsten „stattlich“ zu beschicken, um den Schein des Ungehorsams gegen das kaiserliche Gebot zu vermeiden. Im Uebrigen aber wollen sie fest bei ihrer Protestation gegen den Augsburger Abschied und bei der Forderung eines freien Concils beharren. Ist Letzteres nicht durchzusetzen, so soll der Kaiser um Veranstaltung eines Religionsgesprächs, mindestens aber um Gewährung eines beständigen Friedens bis zum Concil ersucht werden. Ferner soll auf dem Reichstage beantragt werden, dass die Beisitzer am Kammergericht, die zur Zeit meist von Hass und Parteilichkeit gegen die Evangelischen erfüllt seien, künftig nur mit Wissen und Willen der Städte aus den Kreisen gewählt würden.

3) Den Procuratoren der Bundesstände am Kammergericht soll das Instrument der Appellation und Protestation, und was sie sonst zur Verteidigung der angeklagten Stände und zu ihrer eigenen Sicherstellung bedürfen, bald möglichst zugestellt werden.

nr. 1.

¹ Vgl. diese Artikel in der Verfassung vom 3. April 1532.

² Am 10. Febr. 1532 sandte der Landgraf die Eintrittsvorschreibungen beider Städte zur Besiegung an Strassburg; am 21. Febr. schickte sie Strassburg zu demselben Zweck weiter an Ulm. Str. St. Arch. AA 434; Ulm. Arch. Ref. T. XIII.

Die Städte Ulm, Constanz, Esslingen und Reutlingen tragen vor, wie sie in Folge der Reformation mit dem Hofgericht in Rotweil und dem Kammergericht in Conflict geraten sind¹, und bitten um Rat und Unterstützung. Die Ulmer werden darauf um näheren schriftlichen Bericht über den Stand ihres Prozesses ersucht; erst wenn sie diesen eingereicht hätten, könnte man ihnen raten, was zu thun sei. Inzwischen sollten sie die Sachen möglichst hinzuschleppen suchen. Constanz wird auf den Erfolg eines Schreibens vertröstet, welches die Fürsten im Namen des Bundes an das Hofgericht zu Rotweil gerichtet haben². Eine ähnliche Verwendung bei dem Hofgericht und dem Bischof von Constanz wird den Reutlingern versprochen. Esslingen erhält eine ähnliche Antwort wie Ulm. Bezüglich der Angelegenheit des Seb. Einhart sollte es sich direct an den Kaiser wenden, da dies eine weltliche Sache sei.

¹ Vgl. oben nr. 97 u. 110. Ueber Reutlingens Beschwerden wissen wir nichts Näheres, von Esslingens Beschwerden kennen wir nur die wegen des Seb. Einhart (nr. 98).

² D. d. Dec. 10. (Ebenda fol. 98. Copie): Es wird darin die Einstellung des Prozesses verlangt mit Berufung auf den Speirer Protest und auf den kaiserlichen Befehl an das Kammergericht. S. oben p. 55 A. 2.

121. Gutachten der Dreizehn über den auf dem Frankfurter Tage vorgelegten Entwurf einer Bundesverfassung. nr. 120.
[Anfang Januar].

Str. St. Arch. AA 429 fol. 450. Conc. von Joh. Meyer.

Verteilung der Stimmen und der Anlage. Hauptleute. Die beharrliche Hülfe zu bewilligen. — Anhang: Städtetag in Ulm wegen Verteilung der Anlage. Strassburg und Ulm übernehmen je 5000 fl. Einrichtung von 9 Stimmen, wovon die Städte 4 erhalten. Zögernde Haltung der Sächsischen Städte. Correspondenz zwischen Sachsen und Hessen wegen der Stimmen.

1) Was die Zahl der Stimmen anbetrifft, so soll man dem Frankfurter Abschied gemäss die Erklärung der Fürsten abwarten und möglichst die acht Stimmen durchzusetzen suchen. Gelingt dies nicht, so soll man sich mit neun zufrieden geben, wovon die Städte vier erhalten. Auf diese Weise bekäme Strassburg doch wenigstens eine selbständige Stimme.

2) Die Verteilung der Auflage der eilenden Hülfe ist in der letzt verabschiedeten Weise zu bewilligen, wonach die oberländischen Städte den vierten Teil der Gesamtsumme von 70 000 fl., also 17 500 fl., zu zahlen haben. Letztere Summe schlagen die Dreizehn in der Weise zu teilen vor, dass Strassburg und Ulm je ein Viertel, die andern oberländischen Städte zusammen die Hälfte übernehmen. Was die 1000 fl. betrifft, welche von den Beiträgen neu hinzutretender Städte den jetzigen zu gute kommen sollen, so mögen Strassburg und Ulm eventuell auf ihren Anteil zu Gunsten der sieben andern oberländischen Städte verzichten, falls nämlich diese, wie zu erwarten steht, sich über zu grosse Belastung beklagen¹.

3) Von der Anlage der 7000 fl. zur Unterhaltung der Unterhauptleute etc. soll Strassburg nach Massgabe der Verteilung der Hauptanlage $\frac{1}{16}$ der Gesamtsumme übernehmen, also 438 fl.

4) Mit der vorgeschlagenen Wahl der beiden Hauptleute sind die Dreizehn einverstanden.

5) Die «beharrliche Hülfe» belangend. «wiewol dieselb hilf und der gwaltig zuzug den fursten und sehestetten (*sic!*), als die einander nahe gelegen, mer furstendig sein wurde dan einer stat Straszburg, als die weit von den fursten gelegen ist, so bedenken aber die herrn die XIII daneben, das der fursten und ander stand wolfart und ir verderben auch einer stat wolfart und verderben,

¹ Dieser Vorschlag über die Verwendung der 1000 fl. ist von Sturms Hand hinzugefügt.

oder, so einer von landen und leuten verjagt, auch einer stat Straszburg zuletzt zu endlichem nachteil reichen wurde. daneben so seind allerlei kundschaften vorhanden, als ob kai. mt. begerte, mit den fursten ein anstand und friden zu machen und die oberlendischen stet, die im in und umb sein erbland gelegen, under dem titel, als ob si zwinglich weren, zu strafen. dieweil dan die fursten je neben der eilenden hilf die beharlich hilf auch haben wollen, ist zu besorgen, so man die beharlich hilf abschlagen wurde, das dadurch der ganz handel hinderstellig wurde gemacht und also die fursten verursacht, einen friden anzunehmen und sich von den stetten als denjenigen, die kein hilf thun wolten, ab[zu]sondern: solichs zufurkomen achten die herrn XIII, das die beharlich hilf einer stat Straszburg halben nit abzuschlagen, sonder die vermog der angestellten notel zu bewilligen sei. und dieweil vermog vorigs anschlags ein stat Straszburg ein XVI teil an der ganzen eilenden hilf zu bezalen bewilligt, wurd si an solicher beharlichen hilf auch ein XVI teil zu bezalen schuldig sein. es ist aber zu verhoffen, das solich beharlich hilf und gwalltiger zuzug nit lang weren, sonder sich fast in einem monat oder zweien uf das lengst enden wurde, dan man mit solichem grossen volk nit lang zu veld ligen sonder bald schaffen [?], eintweders ob oder niderligen müste, und der costen deshalben nit so hoch zu scheuhen sein mocht.»

Der Strassburger Rat schloss sich diesem Bedenken der Dreizehn an und schrieb dem entsprechend am 13. Januar 1532 an Ulm, indem er namentlich vorschlug¹, die Verteilung der Anlage der 17500 fl. in obigem Sinne zu regeln. Ulm hatte inzwischen die Botschaften der oberländischen Städte auf den 22. Januar zu einer Zusammenkunft eingeladen, um sich wegen der noch unentschiedenen Artikel des Frankfurter Abschieds schlüssig zu machen; auch Strassburg wurde von Ulm wiederholt aufgefordert, einen Vertreter zu schicken, lehnte das aber ab, indem es einfach auf seine Meinungsäußerung vom 13. Januar verwies². Auf dem Städtetage nun, der in Ulm stattfand, brachten die kleinen Städte den Beschluss durch, dass Strassburg und Ulm zusammen 10000 fl. von der Anlage übernehmen sollten, während ihnen selbst nur der Rest von 7500 fl. zur Last fallen sollte; ausserdem beanspruchten sie auch die 1000 fl., welche den Oberländern beim Eintritt neuer Städte zu gute kommen sollten, für sich allein. Durch ein besonderes Schreiben, in welchem sie diese Verteilung mit dem Hinweis auf ihr geringes Vermögen begründeten, baten sie um Strassburgs Zustimmung³. Gleichzeitig schrieb Ulm, dass es bereit sei, dem Verlangen der Städte gemäss mit Strassburg zusammen 10000 fl. zu zahlen, doch müsse Strassburg der Billigkeit entsprechend den grösseren Anteil daran übernehmen⁴. Diese Zumutung wies indessen Strassburg am 5. Februar entschieden zurück⁵. Es heisst in dem Brief: „wiewol wir nun mit dem furschlag der zehentausent gulden zuo unserm teil hochlich beschwert, so wollen wir doch in

¹ Ulm. Arch. Ref. T. XIII.

² Str. St. Arch. AA 433. Ulm. Arch. a. a. O.

³ Str. St. Arch. AA 432.

⁴ Ebenda AA 433.

⁵ Ulm. Arch. a. a. O.

ansehen, [dass] es zu handhabung christlicher leer und warheit und, wie wir zuo gott verhoffen, zuo erbreitung göttlicher eeren und sins heiligen worts dienstlich sein werde, unsers teils bewilligen, die fünftusent an den zehentusent gulden zuo geben, der ungezweifelten zuversicht, ir werden euch in betrachtung gleicher ursachen, die ubrigen fünftausent gulden an den zehentausenten ze geben, auch nit weigern; denn wir je bei uns kein gegruendte ursachen bedenken könten, derhalben ir euch in disem christenlichen vorhaben und werk, gleiche burden mit uns zu tragen, schweren oder begeren mochten, dass wir hoher dann ir angeslagen sotten werden.“ Ulm fügte sich denn auch, und so war diese Hauptfrage des Frankfurter Abschieds für die Oberländer endlich gelöst.

Der Artikel der „beharrlichen Hülfe“, der ja in Frankfurt auch noch nicht definitiv genehmigt war, wurde von der Ulmer Versammlung anstandslos bewilligt. Strassburg¹ meldete dies auf Grund eines von Ulm übersandten Concepts am 5. Februar dem Landgrafen. Bezüglich der Stimmenverteilung enthielt der Ulmer Abschied den Beschluss, die Erklärungen abzuwarten, welche von den Fürsten bis zum 2. Februar in Aussicht gestellt waren; für den Fall, dass die Fürsten auf den fünf Stimmen beharrten, entschloss man sich zur Nachgiebigkeit; nur sollten den Städten, wie zu Frankfurt vorgeschlagen, noch vier Beisitzer im Ständerat ohne Stimmrecht gewährt werden. Dem entgegen fügte Strassburg ziemlich eigenmächtiger Weise dem Schreiben an den Landgrafen einen Zettel bei², in welchem es sagte, die Städte wollten sich, wenn die in Frankfurt geforderten acht Stimmen nicht durchzusetzen seien, an der Einrichtung von neun Stimmen genügen lassen, von denen die Fürsten fünf, und die Städte vier haben sollten³. Der Landgraf antwortete hierauf zunächst am 11. Februar für seine Person zustimmend⁴; am 1. März folgte sodann in einem officiellen Schreiben an die oberländischen Städte seine und des Kurfürsten definitive Einwilligung. Damit war indessen noch keineswegs eine völlige Einigung der Verbündeten erzielt; denn noch machten die Städte des Sächsischen Kreises in den Hauptpunkten des Frankfurter Abschieds allerlei Schwierigkeiten. Aufschluss darüber giebt die zwischen dem Kurfürsten und den Städten geführte Correspondenz, welche der Landgraf den Oberländern in Abschriften übersandte⁵. Danach hielten die Städte Anfang Februar in Braunschweig eine Zusammenkunft, auf welcher sich sehr wenig Neigung zeigte, die fürstlichen Vorschläge bezüglich Verteilung der Stimmen und der Anlage anzunehmen. Als dann der Kurfürst ihnen die Ulmer Erklärung der Oberländer zustellte mit der Bitte, sich derselben anzuschliessen, erhielt er am 18. Februar die ausweichende Antwort, man werde die Sache weiter in Erwägung ziehen⁵.

¹ Allerdings verständigte es durch Brief vom selben Tage die Ulmer von diesem Zusatz.
Ulm. Arch. Ref. T. XIII.

² Marb. Arch. — Ulm. Arch. a. a. O.

³ Str. St. Arch. AA 434.

⁴ Ebenda AA 430.

⁵ Vgl. unten p. 134.

Interessant ist auch der Briefwechsel zwischen Hessen und Sachsen, den wir aus den Copien kennen lernen, welche der Landgraf vertraulicher Weise an Jacob Sturm übersandte¹, um zu zeigen, „was die sach bisher ufgehalten hat.“ Daraus ersehen wir, dass der Kurfürst sowohl wie der Landgraf nach dem Frankfurter Tage eine überraschende Bereitwilligkeit zeigten, die von den Städten geforderten acht Stimmen zu bewilligen. Was sie entzweite, war nur die Frage, wer bei Stimmengleichheit den „zufall haben“, d. h. den Ausschlag geben sollte. Der Landgraf verlangte denselben für den Hauptmann, der Kurfürst dagegen für seinen Sohn Johann Friedrich. Beides hatten die Städte in Frankfurt als ihnen genehm bezeichnet. Als der Landgraf gegen die Einmischung des Kurprinzen opponierte, suchte Sachsen den Ausweg, dass bei Beratungen der Kriegsräte der Hauptmann, bei Beratungen der Stände aber Johann Friedrich den Ausschlag geben sollte. Allein der Landgraf wollte auch hiervon nichts wissen, sondern schlug vor, den Streit durch die nächste Bundesversammlung schlichten zu lassen. Der Kurfürst war schon dazu geneigt, als zur rechten Stunde die Erklärung der Oberländer, dass sie mit der Einrichtung von neun Stimmen einverstanden wären, den ganzen Streit über den Ausschlag überflüssig machte.

Trotz der noch fehlenden Zustimmung der Sächsischen Städte dachte man nun alsbald an die Ausführung der vereinbarten Bestimmungen. Auf des Landgrafen Aufforderung vom 1. März einigte sich Strassburg mit Ulm dahin, das Geld der grossen Anlage, wie schon in Frankfurt beschlossen, in Ulm zu deponieren. Die kleine Anlage der 7000 fl. sollte da erlegt werden, wo es der Landgraf bestimmte, und beide Städte sollten je einen Kriegsrat ernennen².

122. Bern an Strassburg.

Januar 14.

Strickler IV 459. (Bernener Archiv).

Berichtet über die von Capito durch Leitung der Synode geleisteten Dienste und erbietet sich zu brüderlicher Vergeltung³. Dat. 14. Januar a. 32.

123. Landgraf Philipp an Conrad Joham in Strassburg.

Januar 24.
Cassel.*Str. St. Arch. AA 434 Ausf.*

Bittet, in seinem Namen dem Grafen Wilhelm von Fürstenberg 360 fl. vorzustrecken, und verspricht, das Geld in der Frankfurter Fastenmesse zurückzuzahlen. Dat. Cassel Mi. n. Sebastiani a. 32.

¹ Ebenda AA 433. Sturm sollte diese Copien einigen Vertrauten, namentlich auch den beiden Besserern zeigen, dann aber vernichten. (Marb. Arch. Conc.) Vgl. Concept eines Briefes von Bernhard Besserer an Sturm, d. d. 17. März, im Ulm. Arch. Ref. T. XIV, worin für Sendung eines landgräflichen Briefes gedankt wird.

² Str. St. Arch. AA 429 u. 433. Vgl. unten p. 134.

³ Capito war Ende December 1531 nach Bern gekommen, wo damals durch die Hetzereien des Predigers Megander und in Folge der Kappler Niederlage die grösste Verwirrung sowohl unter den Theologen als auch im Rat und in der Bürgerschaft herrschte. Hier erwarb er sich nun durch Leitung der grossen Synode vom 9.-14. Januar grosse Verdienste um die Wiederherstellung der Ordnung und des kirchlichen Friedens. Vgl. Baum, Capito und Butzer 484 ff.

124. Ein Unbekannter an einige Strassburger Ratsherren. Januar 26.

Ulm. Arch. Ref. T. XIII. Copie von Joh. Meyer. (am 6. Febr. an Ulm geschickt).

Der Kaiser will durch Pfalzgraf Friedrich den Kurfürsten von Sachsen zur Preisgebung der (angeblich) zwinglischen Städte bestimmen, wahrscheinlich um erst diese und dann die Lutheraner zu vernichten. Notwendigkeit offener Betonung der Einigkeit in der Confession, etwa durch Schreiben der Fürsten an den Kaiser.

« Und darumb ich jetzund fürnemblich schreib, so seind mir heut gewisse neue zeitungen von einem gewissen ort zukomen, nemblich, das pfalzgrave herzog Friderich, als er jungst eilend zu kai. mt. hinab postiert, <hat er> irer mat. anzeugt, wie die fursten oder ire ret, auch etlich stett, so man luterisch, zum teil zwinglisch nent, ein conspirat[ion] sollen angericht haben, die wal des Romischen konigs, auch den fürgenommen reichstag zu widerfechten etc. und zu verhindern, darauf dan kai. mat. die sachen vleissig beratschlagen lassen und beschlieszlich herzogen Friderichen mit einer instruction, verfassung und werbung, eilend zu herzog Hansen churfürsten und andern luterischen fursten abgefertigt¹, der gestalt und genzlicher vermuetung, das si den reichstag nit hindern noch auch die Romisch koniglich wale zu widertreiben ferer understeen werden, dan die furschleg dermassen gestalt, das si die anzunemen nit widersagen mogen, si wolten dan allen unglimpf und unpilleit [*sic*] uf sich laden, — und soll noch der erst stein sein, den man lang zu welzen understanden, aber noch bisher nit erheben mogen —, nemblich das man die luterischen fursten in iren gepieten im glauben irs gefallens handeln und walten lassen, aber die zwinglisch genanten, — darmit man dan die meisten stet dem evangelio anhengig gemeint haben — von den andern teilen und den zum — wie die sachen jetz gestalt — am nidersten steigen², also das die andern sich der zwinglischen nit anemen sollen, dan kai. mat. ernstlich und endlich entschlossen, die zwinglisch genanten anzugreifen und uszureiten und derselben halber nichtz schidlichs oder das zum friden dient, zu horen, welchs <dem> [der] darvor geschickten potschaft zu etlichen welschen potentaten und den V Orten als ein fürnemen der volnstreckung irer ma. gemüt und willen gegen den zwinglischen genanten nit ungleich oder ungemesz. nun ist vil oder alles an dem gelegen, das man die luterischen fursten und die steet, so ire anhenger seind, mocht von einander trennen, und so das beschehe, so wer die sach halb hinüber. es meinen aber etlich, man verstehe die anschleg also: so die man zwinglisch nent und zwinglisch sein müssen, gedempt und undertruckt weren, das es darnoch den nechsten uber die luterischen geen und mit so geringer müe, so die andern erlegt weren; dan der papistisch huf würde nit feieren, den kaiser understehn, uber die andern zu hetzen, bis so lang teutsch nation sich gar an einander verwüste und zu nicht machte. so meinen auch etlich, es sei ein solcher unverstand oder auch bei etlichen ein bitterkeit under den evangelischen, die man luterisch und zwinglisch

¹ Ueber die Rolle, welche Pfalzgraf Friedrich thatsächlich in dieser Angelegenheit spielte, vgl. unten p. 104 A. 1.

² Sinn? Es scheint hier irgendwelche Flüchtigkeit des Copisten vorzuliegen; die Worte im Text sind deutlich geschrieben und können kaum anders gelesen werden.

nent, das die fürgenomene trennung stat erlangen mocht etc., welchs alles zu got steet. es sind auch vil, so dem handel nachtrachten, die do ganz für not achten, dieweil doch beide teil, die fursten, so man luterisch, und etlich steet, so [man] zwinglisch nent, des sacramentz halber einig und also das si sich zusammen verpinden, das doch zuletzt mit der kurz ein verfassung ausgieng, darus mit den kürzsten notturfichtigsten worten usgetruckt und anzeugt wurde, das niemantz von den evangelischen were, der — als in die kai. mat. gebildet und sonst usgepreitt würde — nichtz vom heiligen sacrament hielte, sonder hielt man davon, wie dan die confession vormals ubergeben mit der kurz inhielt, und das die luterischen solcher irer der zwinglisch genanten bekantnis zufriden, und also kein spaltung oder uneinigkeit zwischen beiden teilen etc. were, wie dan solichs mit der kurz schicklich in truck pracht und furderlich hin und wider angeschickt werden mag, das dan bei vilen ein grosz ansehen und der oberürten usbreitung ein merklich ableinen geperen mocht.» Vor allem wäre es sehr ratsam, dass die lutherischen Fürsten durch besondres Schreiben oder Botschaft dem Kaiser ausdrücklich zu erkennen gäben, dass alle Evangelischen in der Lehre des Sacraments einig wären und dringend darum ersuchten, sich nicht zum Krieg gegen sie bewegen zu lassen. «Dat. in il 25. januarii 1532¹.»

125. Landgraf Philipp an die Dreizehn.

Februar 11.
Cassel.*Ulm. Arch. Ref. T. XIII. Copie (am 14. Febr. an Ulm geschickt). Marb. Arch. Conc.*

Antwortet auf Uebersendung der Zeitungen vom 26. Januar². «Geben euch gnediglich zuo erkennen, das nicht one, es ist vor wenig tagen Wilhelm von Habern zuo dem churfürsten zuo Sachsen und uns geschickt worden und hat sachen halb an sein lieb und uns werbung gethan, daruf wir ime neben anderm der evangelischen sachen halb antwort geben haben, wie wir euch derselben copien hieneben zuosenden und ir daraus vernemen werden³.» Auch wegen der Wahlsache König Ferdinands habe man dem Gesandten geantwortet, und zwar habe sich der Kurfürst darüber «weitleufiger herausgethan und vernemen lassen,» als es ihm, dem Landgrafen, lieb gewesen. Er könne jedoch die Antwort des Kurfürsten ohne Vorwissen desselben nicht mitteilen, da Strassburg der Wahlsache nicht anhängig sei. Dat. Cassel So. esto mihi a. 32.

¹ Ebenda befinden sich ausserdem noch zwei Blätter mit ähnlichen Zeitungen, die der Schrift nach auch aus der Strassburger Kanzlei stammen. Ihnen zufolge sollen Sachsen und seine mitverwandten Fürsten wirklich schon dem Kaiser gegenüber ihre Verbindung mit den «zwinglischen» Städten leugnen.

² S. vorige Nummer. Sie waren ihm am 4. Febr. zugeschickt mit der Bitte, den Gefahren einer Trennung der Evangelischen möglichst vorzubeugen. Marb. Arch.

³ Ebenda. Die Antwort des Kurfürsten d. d. Jan. 10, die des Landgrafen d. d. Jan. 20. Beide beharren gegenüber den Versuchen Wilhelms, «mildere Mittel» zu erlangen, auf den zu Schmalkalden ausgesprochenen Forderungen eines wirklichen Friedstands und christlichen Concils. Ueber die thatsächlich beabsichtigte Trennung der Lutherischen von den Zwinglischen, von welcher hier nichts erwähnt wird, vgl. Rommel I 302 u. Lanz Staatspapiere p. 81. Vgl. auch nr. 130.

126. Die Geheimen von Ulm an die Dreizehn. Februar 20.

Ulm. Arch. Ref. T. XIII. Conc.

Danken für Uebersendung der Mitteilungen des Landgrafen vom 11. Februar. Haben gute Hoffnung, dass eine Trennung der Evangelischen nicht erfolgen werde, und dass man allen Widerwärtigen zum Trotz beim Gotteswort beharren werde. Von Neuigkeiten melden sie, dass der Kaiser am 29. Februar in Neuenmarkt erwartet werde. Der Türke sei in grosser Rüstung « und entlich des fürnemens, unverlengt in aigner person in dem land Hungern anzukomen.» Von Regensburg sei ihnen geschrieben, dass man dort den Kaiser in 8 Tagen erwarte. Sie hätten auch schon einen der Ihrigen nach Regensburg abgefertigt, mit Befehl, über alles, was dort vorgehe, Bericht zu erstatten. «Dat. aftermontag nach dem sonntag invocavit a. etc. 32.»

nr. 131.

127. Quittung des landgräflichen Rentmeisters Georg Buon, dem Strassburger Rat ausgestellt. Februar 19.

Str. St. Arch. AA 454. Conc. von Joh. Meyer (2 Exemplare).

Georg Buon, landgräflicher Rentmeister zu Gudensberg, bekennt, dass er auf schriftliches Ansuchen des Landgrafen heute vom Strassburger Rat 1298 fl. 7 Schilling 8 Pfennige in Goldwährung bar erhalten habe. Der Landgraf werde diese Summe durch seinen Kammermeister oder Kammer-schreiber zur nächsten Frankfurter Fastenmesse zurückzahlen « gegen lieverung der tussend gulden an weiszphenningen, so si herr maister und rat zu Straszburg von mir an deren munz endphangen.» — Dat. 19. Februar a. 32.

128. Kurfürst Ludwig v. d. Pfalz an den Rat. Februar 24.
Heidelberg.

Str. St. Arch. AA 568 Ausf.

Nachdem sich die Bezahlung der fälligen Zinsen an seine in Strassburg wohnenden Gläubiger nunmehr über zwei Jahr verzogen, sei er Willens gewesen, nächstkünftige Ostern die Zinsen für beide Jahre auf einmal auszu-zahlen. Wegen des bevorstehenden Reichstags, der viele Kosten verursache, sei er nun doch dazu ausser stande und bitte, seine Gläubiger um Bewil-ligung eines kleinen Aufschubs zu ersuchen¹. Dat. Heidelberg Sa. n. invo-cavit a. 31.

129. Landgraf Philipp an den Rat. März 1.
Cassel.

Str. St. Arch. AA 454 Ausf.

Beglaubigt den Grafen Wilhelm von Fürstenberg zu einer Wer-bung² an den Rat. Dat. Cassel 1. März a. 32.

¹ Ein Namensverzeichnis der Gläubiger liegt bei; es weist nicht weniger als 31 auf, wobei der Rat selbst nicht mitgezählt ist. Aus einem Dankschreiben des Kurfürsten an den Rat vom 5. März geht übrigens hervor, dass die meisten der Gläubiger den Aufschub bewilligten. Ebenda.

² Ueber den Gegenstand derselben ist nichts ersichtlich. Vielleicht handelte es sich um Bestellung von Unterhauptleuten für den Bund. Vgl. unten nr. 143.

130. Landgraf Philipp an den Rat von Strassburg und Ulm. März 5.
Cassel.

Str. St. Arch. AA 458,1 Copie.

nr. 71, 78. Bekanntlich hätten die Protestierenden bei den früheren Vermittlungsversuchen der Kurfürsten von Mainz und von der Pfalz die Forderung eines friedlichen Anstands bis zum Concil aufgestellt. Nunmehr hätten sich Mainz und Pfalz mit kaiserlicher Bewilligung bereit erklärt, Verhandlungen hierüber einzugehen und einen Tag zu Nürnberg Anfang März vorgeschlagen¹. Der Kurfürst von Sachsen und er, der Landgraf, hätten diesen Vorschlag angenommen, jedoch als Ort der Zusammenkunft Schweinfurt und als Zeitpunkt den 30. März angesetzt. Bittet, dies den andern oberländischen Städten mitzuteilen und den Tag durch bevollmächtigte Gesandte zu beschicken. Dat. Cassel Di. n. oculi a. 32.

131. Der Rat von Ulm an den Rat von Strassburg. März 9.

Str. St. Arch. AA 453 Ausf.

Schickt auf Verlangen Strassburgs einen Bericht aus Regensburg über die daselbst zum Besuch des Reichstags angelangten Stände². Bittet um Entschuldigung wegen der Verzögerung dieser Nachricht, die heute erst nach Ulm gelangt sei. Hält für gut, dass Strassburg seine Gesandten zum Reichstage baldmöglichst nach Ulm schicke, um von da «zu gelegner zeit» mit der Ulmer Botschaft weiter nach Regensburg zu reisen. Die Ulmer Gesandten hätten übrigens vor, «irn weg uf dem wasser — wie jetzo ganz wol beschehen mag — gen Regensburg zu nemen». — Dat. Sa. n. oculi a. 32.

132. Der Rat von Ulm an den Rat von Strassburg. März 13.

Ulm. Arch. Ref. T. XIII. Conc.

Nürnberg habe geschrieben, dass zwischen den evangelischen Fürsten und den Kurfürsten von Mainz und von der Pfalz ein Tag zu Schweinfurt auf Ostern [März 31] verabredet sei. Bei der grossen Wichtigkeit dieser

¹ Die Instruction der beiden Kurfürsten für Wilhelm von Habern an Sachsen und Hessen liegt bei, d. d. Febr. 7. Es wird darin auch der Sendung des Pfalzgrafen Friedrich gedacht, welcher im Auftrage der Kurfürsten persönliche Rücksprache mit dem Kaiser genommen und seine Zustimmung zu Verhandlungen wegen eines friedlichen Anstands erlangt hatte. (Vgl. nr. 124.) Die nähere Instruction hatte dann der Kaiser den Kurfürsten am 7. Febr. bei seiner Durchreise in Mainz erteilt. Gedr. bei Bucholtz König Ferdinand IX 28. Copie im Str. St. Arch. ebenda. Vgl. auch Lanz Staatspapiere p. 85 ff.

² Liegt bei (Copie ohne Datum): Angekommen seien in Regensburg ausser dem Kaiser und König nur der Cardinal von Trient und der von Salzburg; «der andern gaistlichen fursten sampt Pfalz, Brandenburg, herzog Jörgen von Sachsen und der fursten von Bairn wer man täglich und gewiss gewertig.» Von evangelischen Ständen sei noch niemand da, und ausser dem Herzog von Mecklenburg werde auch niemand persönlich erwartet. Ein zweiter Brief aus Regensburg vom 11. März (ebenda Copie) meldet die Ankunft der Sächsischen und Hessischen Räte, der Nürnberger Gesandten und des Bischofs von Bamberg. Gerücht vom Anzug der Türken. Paul Ricius, ein getaufter Jude, Leibarzt des Königs, habe ein Büchlein im evangelischen Sinne drucken lassen, das trotz des Verbots grosse Verbreitung finde.

Sache, namentlich wegen der Gefahr einer Trennung der Fürsten von den Städten, habe Ulm einen Städtetag auf den 24. März ausgeschrieben, den auch Strassburg besuchen möge. Dat. Mi. n. laetare a. 32.

Zettel: Jedenfalls solle Strassburg nicht versäumen, Bucer nach Schweinfurt zu senden.

133. Landgraf Philipp an die Dreizehn.

März 27.

Cassel.

Str. St. Arch. AA 434 Ausf.

Es sei ein Gerücht von Werbungen des Kaisers vorhanden. Man möge doch Erkundigungen einziehen, «ob soliche bewerbung weitleufftig und uf vil volks sich strecke, oder ob es etwo drei oder viertausent knecht antrefte, die ir mt. velleicht gedenkt mit in Italien zu nemen». — Dat. Cassel Mi. n. palmarum a. 32. — Empf. April 7¹.

134. Entwurf [Jacob Sturms] zu einer Instruction für den Reichstag zu Regensburg².

[März].

Str. St. Arch. AA 456. Conc. von der Hand Sturms.

Trennung der Fürsten von den Städten zu verhüten durch Darlegung der Strassburger Sacramentslehre; wenn das nicht hilft, durch Annahme der Fürsten-Confession. Türkenhülfe nur gegen Zusicherung des Friedens zu bewilligen. Schuldforderung an den König.

Da in Sachen der Religion ein besondrer Tag zu Schweinfurt angesetzt ist, so ist zu vermuten, «das uf jetzigem richstag der religion halb nichts sonders furgenomen, sonder uf die handlung zu Schwinfurt, was die bringen wolle, gewartet werde». Darauf sollen sich auch die Gesandten nötigen Falls berufen; wenn dann trotzdem die religiöse Frage berührt wird, so sollen sie den letzten Frankfurter Beschlüssen gemäss handeln und «sovil möglich in alle weg verhüten, domit kein trennung zwisten den stenden entstende oder vermerkt werde». Für den Fall, dass versucht würde, die evangelischen Fürsten von den Städten zu trennen «under dem schine, als ob etliche(n) von stetten zuinglich in der opinion des sacraments weren», «sollen unser gesanten unser confession und verantwortung in dem artikel, das sacrament belangen, anzeigen und dobi melden, das dermossen hie gepredigt und gelert und in den kirchen gehalten werde, us welchem clerlich abzunämen, das man in dem mit der chur. und f[ursten] bekantnüs im grund einhellig, wie

nr. 130.

p. 95.

¹ Die Antwort der Dreizehn ist nicht vorhanden, wird jedoch erwähnt in einem weiteren Schreiben des Landgrafen vom 27. April, in welchem er sich für übersandte Kundschaft «wivil tausent Spanier bei einander versamlet sein sollen», bedankt und um weiteres Aufmerken auf die Werbungen bittet. Ebenda.

² Es liegen eigentlich zwei Entwürfe vor, von denen der eine vor, der andere nach dem Ausschreiben des Schweinfurter Tages (nr. 130) verfasst ist. Der erste geht noch von der Voraussetzung aus, dass in Regensburg insbesondere die religiöse Frage verhandelt werden sollte, während der zweite, den wir oben wiedergeben, schon die Thatsache berücksichtigt, dass die Erörterung des Glaubensstreits dem Schweinfurter Tage vorbehalten ist; indessen nimmt er für den Fall, dass trotzdem in Regensburg von Glaubenssachen geredet werden sollte, die im ersten Entwurf dafür aufgestellten Verhaltensmassregeln in sich auf. Eine Ausfertigung der Instruction für den Reichstag ist nicht vorhanden.

solichs auch von chur. und [Fürsten] zu Schmalkalden glich noch endung des richstags zu Augspurg für einhellig angenommen, doruf auch die vereinigung gemacht. nun bedenk ein rat hie bei solicher ir bekantnus, als die christlich, der schrift und der alten heiligen lerer meinung glichformig, zu bleiben. es sollen auch unsere gesanten bi den von Ulme und andern der oberlendischen stetten gesanten handeln, domit si in demselben artikel sich glichformig halten und erzeigen, trennung und andern unrat zu furhüten. und nachdem sich unser predicanten etlich vernämen lossen, das si des churf. bekantnus in dem artikel des sacraments, wie die zu Augspurg ubergeben und nachmols im truck usgangen, irem glauben und leeren nit zuwider achten, so mogen unser gesanten mit rat der andern von stetten, wo es die notturft zu verhütung der trennung je erfordern wolt, sich vernämen und und hören lossen, das wir des churfürsten bekantnüs in dem art[ikel] anzunämen auch unbeschwert seien.»

Die eilende Hülfe gegen den Türken sollen die Gesandten, wenn der Friede für die Protestierenden nicht gewährt wird, verweigern; «wo aber der fride erlangt, sich in dem auch — wiewol wir ungleichmessig und uber unser vermegen angeleit und beschwert — glich andern stenden gutwillig erzeigen und halten.» Desgleichen sollen sich die Gesandten in den übrigen Punkten des Reichstagsausschreibens entgegenkommend erzeigen, sofern der Friede bewilligt wird.

Die Gesandten sollen die 1000 fl., welche König Ferdinand der Stadt noch für 100 Centner Pulver schuldig ist, einfordern. Dat. fehlt.

135. Instruction für die Strassburger Gesandten¹ auf dem Tage zu Schweinfurt (März 30). [Mitte März].

Str. St. Arch. AA 459 Ausf.

Frieden bis zum Concil zu verlangen. Trennung der Fürsten von den Städten zu verhüten. Eventuell Nachgiebigkeit in den Ceremonien. Der Bund ist keinesfalls aufzulösen.

Die Gesandten sollen gemeinsam mit den andern evangelischen Ständen bei den kaiserlichen Unterhändlern Mainz und Pfalz zu erlangen suchen, dass «mitler zeit eins christlichen concilii» ein «gemeiner friden im heiligen Rö. reich deutscher nation» gehalten werde, und dass «in sachen der religion die vereinigten stende bi irer allerseits confessionen — dweil doch dieselben in der soma des glaubens und desselbigen leer alle einhellig sind —» gelassen werden, so wie das auch schon in der zu Nordhausen aufgestellten Instruction verlangt worden sei. Wenn dann Mainz und Pfalz erwiedern, dass sie nur Befehl und Gewalt hätten, «auf der Sechsischen und derselben anhengenden stende und nit der andern stette confession zu handeln», und auf diese Weise versuchen, die Fürsten von den oberländischen Städten zu trennen, so sollen die Gesandten mit Unterstützung des Landgrafen die Fürsten daran erinnern, wie die Städte in der Angelegenheit der Römischen Königswahl, die sie doch eigentlich nichts anginge, sich nicht hätten bewegen lassen, «wider ir chf. und furstlich gnad zuo handeln oder wider dieselben

¹ Jacob Sturm und Jacob Meyer. Vgl. unten nr. 138.

furschub ze thun»; deshalb sollten die Fürsten sich auch «in disem gotlichen handel, in dem wir uns in der som und leer des glaubens mit inen zu bekennen nit beschwerten», nicht von den Städten absondern lassen.

Wenn aber die Fürsten der Meinung sind, dass noch eine nähere Vergleichung der Sächsischen und städtischen Confession nötig sei, «so mögen und sollen unser gesandten den gwalt haben, uf nachfolgende mittel in sachen des glaubens und die religion belangen zuo handeln, zuo vergleichen und nachgeben¹.»

Wenn die Unterhändler im Namen des Kaisers die freie Predigt des reinen Evangeliums im Reich zugestehen, dagegen auf Beibehaltung gewisser äusserlicher Ceremonien bestehen, «daran dann die soma und leer christlichs glaubens nit hangt noch ruwet,» so sollen die Gesandten unbeschwert sein, sich hierüber mit ihnen zu vergleichen.

nr. 136.

Bezüglich der Römischen Königswahl sollen die Gesandten sich wie auf früheren Tagen verhalten.

Wenn der Friede gewährt werden sollte, so ist deshalb doch nicht in eine Auflösung des Schmalkaldischen Bündnisses zu willigen; denn dasselbe ist «weder Ro. kai. mt. noch niemands im h. Ro. reich zuwider, sonder allein im fall der gegenwehr uferichtet,» und für diesen Fall, der ja wider Willen und Befehl des Kaisers eintreten kann, muss es beibehalten werden.

Vorstehender Instruction gemäss sollen die Gesandten auch auf dem Tage zu Ulm am 23. März mit den oberländischen Städten handeln.

nr. 132.

136. Ratschlag der Strassburger Prediger für den Tag zu Schweinfurt.
[März].

*Str. St. Arch. AA 459. Ausf. mit Zusätzen u. Verbesserungen von Bucers Hand.
Erwähnt von Röhrich II 440.*

Billigung der Fürsten-Confession. Erörterung der Sacramentslehre. Unterschiede der evangelischen Ceremonien ohne Bedeutung, dagegen Herstellung der papistischen Kirchenbräuche gefährlich, weil zur Aufrichtung der päpstlichen Herrschaft dienlich.

«Wo allein uf der fürsten confession handlung des fridlichen anstands wolte fürgenomen werden, möchte man unsers verstands und glaubens sich mit gott und guotem gewissen dermasz in die sachen schicken:

Erstlich hat der fürsten confession zwen teil; im ersten bekennen sie, was bi inen geleret, im anderen, was in ceremonien und kirchenpreuchen gehalten würd. an der leer, wie die in der confession und derselbigen apologi verfasset und wir si auch aus anderen D. Luthers büchern erkennen, befinden wir nichts, an dem verstendige christen scheuhen solten. Wol im IX artikel würd gesetzt, das der tauf nötig sie, aber im XIII artikel und desselbigen, auch dieses neunden, apologi würd der brauch des taufs und der anderen sacramente also erklärt, das man wol sieht, das die, so die confession gestellet, haben in sölcher red uf die ordnung gottes, der durch das wort und

¹ Die «Mittel» finden sich hier nicht angegeben; gemeint ist augenscheinlich der «Ratschlag der Prediger» (folg. Nummer), den wir uns hier eingeschaltet zu denken haben.

die sacrament sein gnad anbeutet, gesehen und derselbigen hiemit ir ansehen und würdi befestigen wöllen, welches dan auch der h. Augustin gleich mit disen worten an vilen orten seiner schriften gethon hat, und ist ire meinung gar nit, das heil an etwas eusserlichs zu binden¹.

Im X artikel vom abentmal Christi stoh: under gestalt brots und weins, aber in der apologi würt frei brot und wein gesetzt; aus dem wol zu sehen, das sie gestalt brots und weins für brot und wein nach weis etlicher alten leerer genomen haben, wie auch brot und wein species et formae, das ist leipliche gestalten und fürbildungen seind deren ding, die der herr im abentmal zusagt und darbeutet, nemlich seins heiligen leibs und bluts, die ein speis und drank sein der gleubigen seelen. dieser artikel würt in der apologi mit eim spruch Cyrilli erkläret und befestiget, der in unser apologi auch einbracht und der warheit, die wir in unser confession dieses artikels halb nach inhalt und vermöge götlicher schrift bekennet haben, gleich und gemesz.

Weiters haben wir in dem teil der fürsten confession, in dem die lehre erzelet würt, nicks mögen finden, das auch der worten halb eim christen zu bekennen, könde beschwerlich sein, sonder alles ist unsers glaubens und verstendnüs der götlichen schrift eben und gemesz, stimmet auch aller ding mit unser confession.»

Hinsichtlich der Ceremonien und Kirchenbräuche sei allerdings mancherlei Verschiedenheit bei Fürsten und Städten, jedoch komme darauf nichts an; denn die Confession der Fürsten betone im 7. Artikel ausdrücklich, «das zu warer einikeit der kirchen genuog sei, der lehre und sacramenten halb einhellig sein, und sie nit von nöten, allenthalb gleichförmig ceremonien, von menschen eingesetzt, zu halten»². Deshalb würden die Fürsten keineswegs verlangen, dass die Städte sich unbedingt mit ihnen wegen einer gleichen Haltung der Ceremonien vereinigen müssten. Nun sei aber zu befürchten, dass bei den jetzigen Verhandlungen in Schweinfurt die Papisten mehr Gewicht auf die Ceremonien und äusserlichen Kirchenbräuche als auf die Lehre legen und vor Allem Herstellung der Messe, Bilder und der bischöflichen Gewalt verlangen würden. Dem müssten sich die Städte natürlich widersetzen, indem sie ihre Stellung diesen Dingen gegenüber aus der Schrift rechtfertigten³. Die Fürsten würden trotz mancher Meinungsdivergenz die Städte hierbei nicht im Stich lassen. Wenn dann von papistischer Seite eingewendet würde, «die ceremonien sien eusserlich ding, in welchen der oberkeit solle gedienet werden», so sollte man antworten: wenn es wahr wäre, dass der Kaiser jene Ceremonien wirklich nur als äusserliche Dinge «oder umb mehr fridens willen» verlangte, so wäre man wohl bereit, «in allen denen ceremonien, so für sich selb dem wort gottes nit zuwider seind, etwas nachzugeben, dan das geschehe zu erbreiterung des reichs Christi, were ein dienst christlicher liebe, als do Paulus oft der Juden ceremonien, sie zu gewinnen, brauchet»: Da aber der Kaiser offen bekenne, dass er «solche ceremonien darumb erfordere, das dieselbigen zum gotsdienst von nöten sien, — wil damit dem babst

¹ Die gesperrten Worte von Bucers Hand am Rande hinzugefügt.

² Dieser Satz wird durch Anführung weiterer Stellen aus der Augsburger Confession und den Schriften Luthers noch mehr bekräftigt.

³ In welcher Weise dies geschehen solle, wird des näheren auseinandergesetzt.

dienen und helfen algemach desselbigen reich wider uffbringen wider Christum» —, so könne man nicht nachgeben; denn die alte Herrschaft des Papstes wieder herzustellen, könne nicht in der Absicht der Evangelischen liegen. Dat. fehlt.

137. Der Rat von Zürich an den Rat von Strassburg. April 13.

Str. St. Arch. AA 1815 Ausf.

Bittet den Verleumdungen, als ob Zürich vom Evangelium abzufallen und die Messe wieder einzuführen gedenke, keinen Glauben zu schenken. Strassburg möge auch den andern evangelischen Ständen anzeigen, dass an solchen Gerüchten nichts Wahres sei. Dat. Sa. n. quasimodo a. 32. — Pr. April 23.

138. Jacob Sturm und Jacob Meyer, Gesandte Strassburgs auf dem Tage zu Schweinfurt, an den Rat¹. April 26. Schweinfurt.

Str. St. Arch. AA 439 f. 69 Ausf. von Sturm.

Verschleppung der Verhandlungen. Anwesende Fürsten. Erste Friedensvorschläge von Mainz und Pfalz. Es werden den Unterhändlern alle evangelischen Stände benannt. Annahme der lutherischen Confession. Weitere Vorschläge der Kurfürsten und Gegenvorschläge der Evangelischen. Fassung des Artikels über die Sacramentierer. Behufs besserer Verständigung ein Ausschuss gewählt. Bis jetzt wenig Aussicht auf Einigung, auch hinsichtlich der Römischen Königswahl. Beginn des Reichstags in Regensburg. Absichten der Türken. Schriften des Weida. Mainz und Pfalz entschuldigen den Verzug. Wegen der »Gegenwehr« ist den Sächsischen Städten ein Tag zu Braunschweig angesetzt.

«Wir haben kein zweivel, dweil sich diser tag alhie uber uwer und unser versehen so lang verzihet, ir seien der handlung, so sich hie zutragen, wissens zu haben begirig. nun hetten wir uch unsern hern vor der zeit solichs zu wissen gethon, wo sich der handel, woruf er berugen wolt, anschicken hett wollen. dweil wir aber noch heutigs tags nit wissen mogen, wo hinaus er laufen wöll, und sich dise botschaft on das zugetragen, haben wir uch, woruf der handel dis tags stet, nit verhalten wollen.

Uf samstag den osterobent [März 30] sind hie ankumen beide churfursten Meinz und Pfalz als underhandler, dergleichen Herzog Hans Fridrich, des churfursten sone, und mit ime Herzog Franciscus, ein junger von Lunenburg, furst Wolf von Anhalt, grave Albrecht von Mansfeld, von wegen Herzog Ernst von Lunenburg und lantgraf Philipsen von Hessen ir beiden canzler, marschalk und ander rät, dergleichen der stett botschaften.

Uf den ostermentag [April 1] nach imbisz haben die beiden churfursten uns all uf das rathus berufen und herkumen des tags, darzu etlich mittel furhalten lassen, die si vermeinten zu fridlichem anstand unz zu kunftigem concilio dinstlich sin, welche mittel nochgond etwas, doch wenig geendert worden, wie hernach gemeldet. als nun dis teils man abschriften und bedacht der mittel erlangt und man die in etwas worten dunkel befunden, hat man declaration derselben begert, und nachdem die underhandler im ersten mittel

p. 120.

p. 121.

¹ Vgl. hierzu die Aufzeichnung über die Schweinfurter Verhandlungen unten nr. 140.

allein die stend gemeldet, so zu Augspurg der chur- und fursten confession sich unterschriben, hat man inen namhaftig gemacht alle stende, so jetzt alhie erscheinen fur sich selbs und von anderer wegen, die inen gewalt geben, und das die alle in disen friden, wo der ufericht, begriffen solten werden. und wiewol wir vermoge unser instruction doruf gearbeit, das man den friden also begert, das man bi beiden der Sachsischen und unser confession zu Augspurg ubergeben bleiben möchte, dweil die im grund einhellig, so hat es doch die fursten und botschaften dises teils fur besser angesehen, auch doruf getrungen, das wir bi ir confession bliben. das haben wir, domit nit trennung under uns enstunde, vermog unser instruction dermossen bewilligt, das wir ir confession neben der unsern auch bekennen, aber dodurch von der unsern nit abtreten wolten¹.

- p. 124. Als man nun die declaration von den underhandlern begert, haben si uns dieselb noch genumen bedacht ubergeben; doruf man wider bedacht etlich tag gehebt nnd den beiden underhandlern andere mittel, die disem teil annemlich sin wolten, in schriften ubergeben. uf solichs haben die beiden
- p. 126. churfursten nach verschinung etlicher tag uns zwo schriften ubergeben; in der einen angezeigt, wie und us was ursachen unser mittel weitlenfig, dem friden nit dinstlich und bi der kai. mt. unerheblich seien, und derhalben in der andern schrift uns ander mittel furgeschlagen, die den ersten mitteln sampt der ubergebnen declaration vast gleichförmig, mit anzeig, das si nit weiter zulassung oder bevelch von kai. mt. hetten; wolcher mittel, dweil si
- p. 127. noch bishar vast doruf beharret, wir uch unsern hern hiemit abschriften zuschicken, domit ir wissens mogen haben, woruf die underhandlung stande. also hat man uf disem teil uber etlich tag den underhandlern wider ein
- p. 128. schrift ubergeben, dorin man us vil ursachen inen angezeigt, worumb ir mittel uns anzunämen beschwerlich und mir die nit bewilligen mögen, zum teil der gewissen halber, zum teil das si dem friden nit dinstlich, mit entlicher beger, das man alle stende des richs bi dem abschid des richstags zu Spier, anno XXVI gehalten, bliben wolt lassen, also das sich ein jede oberkeit mocht halten in sachen der religion unz zu kunftigem concilio, wie si das gegen gott, ko. und kai. mt. vertraute zu verantworten, oder wo solichs nit sin möchte, das si ander mittel, die uns der gewissen halb unbeschwerlich, furschliengen. und ist namlich der artikel die zwinglischen und widerteufer belangen durch dis teil also bewilligt worden: wo jemants von beiden sacramenten des taufs und nachtmols anders dan die confession in sich hielt, offentlich predigen, leren oder halten wurde gestatten, demselben wolt man in solcher lere nit anhengig oder bistendig sin; sonst sovil eusserlich bundnussen belangt, hat man sich nichts begeben wöllen.

Uf dise ubergebne schrift haben die underhandler noch etlichen tagen uns furgeschlagen, wiewol si kein witem bevelch von kai. mt. hetten, dan wie gehört, so sehe si doch fur gut ane, das man von inen und uns etlich vertraute dapfer räte zusammen nidersetzte, die von den mittlen und unsern ursachen, worumb wir die nit annämen kunten, gesellischer wis mit einander redten, einander hörten. so dan ir churf. gn. us disem gesprech mochten vernämen, das wege zum friden zu finden, die si bi der kai. mt. zu verant-

¹ Das Nähere hierüber enthält Sturms Brief an Kniebis, s. folgende Nummer.

worten und zu erheben wisten, wolten si allen muglichen vleisz furwenden. also ist von disem teil solcher usschutz bewilligt worden, domit man uns nit uflegen möcht, wir hetten kein lust zum friden, doch dergestalt, das der churfursten räte uns zum ersten anzeigten, wes mangel und gebresten si an unser letst ubergebnen antwort hetten; doruf wolt man inen, doch nummen¹ durch einen mund unser gemüt wider anzeigen; und ward dis darumb fur gut angesehen, domit nit in dem gesellischen gesprech under uns teilung vermirt wurde, dan iergen ein artikel einem gelegen, der dem andern beschwerlich sin möchte etc.

Nun hat diser usschutz dri tag das muntlich gesprech mit einander gehebt, und sind dodurch wol etwas milterung der furgeschlagenen mittel vermirt worden; es haben aber die churfurstischen rät solichs an ir hern zu bringen angenommen, und stot die sach also noch uf datum dis brieves bi inen in bedacht. wes si uns doruf furschlagen werden, mogen wir nit wissen, dan das wir achten, si werden uns die vorigen mittel mit etwas milterung furschlagen, und so wir der sachen hie einhellig wurden, dasselbig erst an kai. mt. zu Regenspurg gelangen lassen oder aber villicht selbst personlich dohin verrucken mit beger, das wir neher volgen oder jemants von den unsern bevelch geben, der antwort zu Regenspurg zu gewarten.

Neben diser handlung haben die beiden churf[ursten] die sach der spennigen² wale des Romischen konigs mit den fursten und deren botschaften dises teils, so der sachen verwant, in unserm abwesen fur hand genomen und begert, den Ro. kunig anzunämen und zu erkennen, aber, wie wir vernämen, noch nichts der sachen dinstlich erlangt. nun stond aber die sachen also, das man on disen artikel die religionsach auch nit vertragen wurd, dan kai. mt. an dem, das man sinen bruder fur konig erkenne, nit weniger dan an der religion gelegen.

Zu Regenspurg hat kai. mt. den richstag angefangen und den artikel, die Turkenhilf belangen, den stenden zu beratschlagen furgeschlagen, und sind wenig fursten personlich do, aber vil botschaften. es ist kein weltlicher fürst in der ersten versamblung personlich gewesen, dan herzog Fridrich pfalzgrave und herzog Jerg von Sachsen. so ist kai. mt. libs halben nit wol fertig, also das si den ersten furtrag nit uf dem rathus, sonder in ir mt. herberg den stenden thun lassen. sonst ist von des Turken rustung die meer noch vorhanden, allein das man zweivelt, ob er uf Napels oder Hungern oder uf beide teil ziehen wölle. Der Weida³ lost schriften an die chur. und fursten usgon, wo man sich des Ro. kunigs nit wider in beladen und in ruwig bi dem kunigreich Hungern bliben lassen [wolle], wolt er dem reich ein zehen- oder zwenzigjerigen friden bi dem Turken erlangen.

Uf heut dato vor imbis haben die beiden churfursten bi disem teil anzeigen [lassen], wie si willens gewesen, uf heut zu zwolf uren nachmittag in der handlung furtzufaren; so seien in doch geschefde furgesfallen, das es nit sin möge, mit beger, ein tag oder zween gedult zu tragen, dan der verzug

¹ = nur.

² spänig = streitig.

³ Die landläufige Bezeichnung für den Woiwoden Johann Zapolya, Ferdinands Gegenkönig in Ungarn.

geschehe nit geferlicher weis sonder dem handel zu gut. ist inen solichs gewilligt.

p. 134. Sonst hat man auch zu beschlusz der eilenden und beharlichen hilf zu der gegenwere gehandelt, und dweil die Sachsischen und seestett nit bevelch haben, ist ein tag gen Brunschwig uf den pfingstmontag [Mai 20] ernant; do sollen herzog Ernst von Lunenburg persönlich und der andern fursten botschaften zu in komen, mit denselben stetten zu beschliessen. so wollen si auch, das die kriegsrät mit namen benempt werden, wie ir unser hern zu unser ankunft, will gott, verner vernämen werden». — «Dat. Schweinfurt uf fritag nach Marci den XXVI aprilis a. etc. 32».

139. [Jacob Sturm aus Schweinfurt an Claus Kniebis]¹. [April].

Str. St. Arch. AA 438 f. 429 Orig. Benutzt von Röhrich II 140 ff.

Erzählung, was über den Artikel vom Sacrament gehandelt. Wahl eines dreiteiligen Ausschusses. Die Städte beantragen Vermeidung der Ausdrücke «Sacramentierer und Wiedertäufer». Brandenburg und Nürnberg verlangen nähere Rechenschaft über den Glauben der Oberländer. Letztere antworten befriedigend. Volle Einigung in der Abendmahlslehre auf später verschoben. Die Städte bekämpfen die von den Fürsten vorgeschlagene Fassung des Artikels. In Folge einer Unterredung Besserers und Sturms mit Dr. Brück wird der Artikel im Sinne der Städte geändert.

Lieber her Claus! dweil unser hern zum hochsten besorgt, das durch unser widerwertige trennung under den evangelischen stenden gesucht wurde in dem artikel, das h. sacrament belangen, will von nöten sin, uch gruntlich zu berichten, was in demselben artikel hie gehandelt, domit ir uch des orts auch darnoch zu richten wissen, und hat die gestalt: erstlich haben die underthedinge ein artikel under iren furgeschlagenen mitteln fürgeben, das man den widertäufern und zuinglischen nit anhengig sin oder gunst erzeigen wölle etc, wie ir den in ir verzeichnus finden. nun ist die sach hie zu beratschlagen ein usschutz verordnet worden, der hat sich in drei geteilt, namlich der fursten und graven rät, so der kon. walsachen verwant, in den einen, in den andern Brandenburg und Nürnberg sampt den stetten, so nit in die verstentnus komen, in den dritten mir (*sic!*) sampt andern oberlendischen und Sachsischen stetten, die in die verstentnusz mit den fursten kumen. darauf haben wir von stetten der verstentnus verwandt bi uns bedacht, das der nam zwinglisch witleufig und in vil wege möcht gedeuet werden, darzu etlicher leut als unser nachbauren der Eidgnossen verletzlich; zudem wer es pfendlich² und wider bruderlich liebe, sich dohin zu verpflichten, jemants, der den gemeinen Christum mit uns bekennet, ob er schon in einem artikel meer in worten dan im grund mit uns nit einbellig were, kain gunst zu erzeigen; derhalben haben wir den artikel, die widertäufer und zuinglischen belangen, dohin gestalt, das die namen usgelossen und von uns bewilligt würde, dweil

¹ Der Brief ist von Sturms Hand, aber ohne Adresse, Unterschrift und Datum. Dass er in den April 1532 zu setzen ist, ergibt sich aus dem Inhalt (vgl. vorige Nummer). Als Adressat kann nach der Anrede kaum ein anderer gelten als Claus Kniebis, der Ammeister des Jahres 1531. Derselbe war zur Zeit Gesandter auf dem Reichstag zu Regensburg. Vgl. unten nr. 146.

² Bedeutung? = feindlich?

in der Sächsischen confession unser glaub von beiden sacramenten usgetruckt und die gegenleer verworfen, wer dan anders leret, dan die confession inhielt, von beiden sacramenten des taufs und nachtmols, dem wolten wir in solicher leer weder bistendig noch anhengig sein, wie dan das unser der stett ratschlag, so wir der fursten usschutz ubergeben, in sich helt.

p. 122.

Uf solich unsern ubergeben ratschlag und bedenken haben der fursten und graven rät der Brandenburgischen und Nurnbergischen bedenken auch gehort und noch langen bedacht zween zu uns, den von Costenz und Ulme, so von wegen der oberlendischen stett in usschutz verordnet gewesen, geschickt, namlich den Lunenburgischen und Hessischen canzler und uns lossen anzeigen, wie die Brandenburgischen und Nurnbergischen inen angezeit, si wusten wol, wes man sich alwegen der zuinglischen und sacramentier halb vernämen lassen, sich deren nit zu beladen, deshalb inen zu wissen von nöten, wie wir es des sacraments halber hielten; zum andern begerten si, wir wolten uns erkleren, was wir mit den worten in unsern ratschlag verstünden, das wir die gegenleer verwerfen etc. doruf wir inen geantwort, wir trügen beschwerden ob der Brand. und Nurnbergischen anzeig, dan wir hetten wol inen kein rechenschaft oder antwort des orts zu geben, als die mit uns nit in verstentnüs weren, aber inen den beiden canzlern zu bericht, so wüsten si, das wir zu Schmalkalden ein art[ikel] ubergeben, wie wir des sacraments halb vor kai. mt. zu Augspurg bekennet; des weren die chur. und fursten dozumol zufriden gewesen, hetten auch den art. mit ir confession fur einhellig erkant und doruf die verstentnüs mit uns ingangen. desselben glaubens weren wir noch, also leret, prediget und halt man es auch bei uns, und nochedem ir confession in dem art. das h. sacrament belangen mit der unsern einhellig, so weren wir willig, ir confession neben der unsern auch anzunämen und zu bekennen; derhalben wir achten, man were billich mit uns zufriden und bedorft der Brand. und Nurnb. erfragens gar nicht, man hette dan sonst lust, trennung anzurichten. sovil aber die wort betreff, das man die gegenlere verworfen, die stunden also in ir der Sächsischen confession, derhalben si von uns in ratschlag gesetzt. nun verstunden aber wir durch die gegenlere diejenen, so in dem nachtmol des hern hielten, das nichts dan schlecht brot und wein und nit der leib und blut des hern empfangen würd; die verwurfen wir, wolten auch denselben in solcher leer nit anhengig noch bistendig sein.

Solichs haben die beiden canzler wider anzuzeigen uf sich genomen und nochemols wider zu uns heruskommen und angezeit, wiewol die Nurnberger anzeigen, si haben bericht, das es anders bi uns gehalten werde, so hab man sich doch daran nit keren wöllen, sonder si unsers berichts zufriden; allein dweil noch in zweien puncten miszverstand sei, wie wir wol wüsten, so wer ir beger, das man sich deren zu andern tagen auch verglichen wolte. doruf wir geantwort, wie wir es angezeit, also hielt man es bi uns; der andern zweier puncten halb trügen wir kein wissens; so uns die angezeit, wolten wir bericht geben. doruf si uns allein disen angezeit: ob der ungleubig als wol den leib und blut des hern empfieng als der gleubig, mit dem anhang, es were von unnöten, jetz dovon zu reden. uf solichs zeigten wir in an, es wer wol noch zwisten den gelerten des orts disputation, es hett aber doctor Luter sich zu Marpurg uf dem gesprech sovil vernämen lossen: wo man

hette bekennen wollen die ware gegenwertigkeit des leibs und bluts Christi im nachtmol, so wolt er dises punctens halb inen bruderschaft zu beweisen nit abschlagen; aber nit destweniger wusten wir unsere hern dozu geneigt, wo des orts auch möchte einigkeit zwisten den gelerten funden werden, si wurden an irem vleisz nichts erwinden lossen etc. des woren die beiden canzler also dazumol wol zufriden.

Uf solichs haben der fursten und graven rät etlich mittel stöllen lassen, welche si bi inen in irem usschutz bedacht, die den beiden churfursten als underhandlern uf ire ubergebene mittel weren in antwortswise zu ubergaben, und namlich so haben si disen artikel die zuinglischen und widertoufer belangen dermassen gestellt, das niemants kein newerung der confession und apologie zuwider anfahren oder furnämen solte, und in sonderheit der sacrament halben des leibs und bluts Christi und der taufe anders dan das die taufe nötig sei und das dodurch gnad angeboten würdet, das man auch die kinder taufen soll, welche durch solche tauf gott uberantwort und gefellig werden, und das warer leib und blut Christi wahrhaftiglich unter gestalt des brots uud weins im abentmal substantialiter gegenwertig sei und dergestalt usgeteilt würt, ob es wol die unwürdigen auch brauchen und niessen; und welche under uns oder berurten stenden obern und andere das anders zu halten befunden und dem zuwider öffentlich leren, halten oder predigen wurden lassen, dem oder denselbigen wollen wir in solcher lere weder anhengig noch beistendig sein.

Als nun solche mittel durch der fursten usschutz der stett usschutz ubergaben worden, haben wir ab dem obgemelten artikel etwas beschwerung gehabt und doruf retig worden, das der burgermeister von Ulme¹ und ich, Jacob Sturm, zu doctor J o h a n B r ü c k e n, Sachsischem alten canzler, in die canzlei gangen und ime ongeverlich nochfolgende meinong angezeigt: wir hetten ir angestellt bedenken verlesen und dorauf uns getreuer und guter meinong zu ime verfügt, ime unser beschwerung in dem vorgemelten art. anzuzeigen. namlich so were ime unverborgen, wes sich fur ein zank und miszverstand unz hiehar zwisten den gelerten über den worten des nachtmals Christi gehalten, welchen unser hern und freund alweg ungerne gesehen und jeder zeit die sach gern dohin gerichtet hetten, damit derselb hingelegt und man zu einhelligem verstand komen hett mogen. nun hett gott die gnad geben, das derselbig bi uns hingelegt und die sach dohin komen, das wir bei unsern predicanten sovil erlangt, das si bi den einfaltigen worten der geschrift zu bliben gedachten, namlich das man den woren leib und wores blut Christi im nachtmol entpieng, welches und nit weiter die geschrift ustrucket; und nachdem die anderen hinzugesetzten wortlin, dodurch ein jeder sin verstand hett wollen erkleren, als namlich das bedeutlich, figurlich, leiplich, wesenlich, geistlich und andere dergleichen wort vil zanks gebrocht, hetten unser hern bi inen gedacht, das solich wort zu meiden weren, zank zu verhüten, hetten auch des orts kein fuglichern wege gewüst, die kirchen zu stillen und zu ruge zu bringen, dan disen, und deshalb iren predicanten bevolen, alles was zank bringen mocht, zu verhüten. dweil nun in den angestöllen artikeln das wort substantialiter hinzugesetzt, darzu, das es die

¹ Georg Besserer.

unwürdigen niessen, [und dweil dies] vil weiters zanks geberen möcht, und dan die wort in der schrift darzu auch der confession nit ustruglich gemeldet, so were unser dinstlich und freuntlich bitt, man wolte zu vermeidung weiters zanks dieselben wort heraus und es bi den worten der geschrift und confession bliiben lossen, also das wer anders von obgemelten sacramenten leret oder prediget, dan die confession in sich heltet, dem wolt man in solcher lere weder anhengig noch heistendig sein. wir baten auch den canzler, er wolte dise unser rede nit verston, als ob wir etwas verneinen wolten, das die schrift oder confession in sich hielte, sonder man lerete bi uns die wore gegenwertigkeit und niessong des libs und bluts Christi im nachtmol und wie sich ein jeder beiveren¹ solte, damit er das würdiglich niese, und das ander, was zu zank dienen möchte, underliesse man. mir zeigten aber solichs allein dorumb ane, weiter trennung der kirchen zu verhüten, mit meer (meer) andern derglichen und dozu dinstlichen worten. also gab er uns doruf zu antwort, er hette unser anzeig gern gehört und wolte hoffen, es wer dermossen, wie wir anzeigten. derhalben so liesz er ime gefallen, das die wort heraus bliiben und der artikel allein uf die confession gestölt würde; und dweil es am sonntag quasimodo [April 7] zu morgen was, zeigt er an, wir wolten an die predig gone, do mochten wir den artikel noch der predig selbs anstölln, wie wir dovon geredt, und im zuschicken; wolt er in den andern hern furhalten. also stöllten wir im den artikel uf die mosz, wie er erstmols von uns beratschlagt was worden, überschickten ime den.

Doruf wurde der artikel von inen im fursten- und gravenusschutz gestöllt mit etlich anhangenden worten, namlich der notigen sequelen² halb, wie der in der notel, so nochmols den beiden churfursten als underhandlern ubergeben worden ist, begriffen stöt, welchen wir von stetten also umb fridens und minder zanks willens unsers teils auch bewilligt haben.» — Dat. fehlt.

p. 125.

140. Bericht [Jacob Meyers] über die Tage zu Ulm [März 23-25] und Schweinfurt [April 1 — Mai 9]³. [März 23 — Mai 9].

Str. St. Arch. AA 439 f. 40-46. Orig. von Jacob Meyer. Beilagen ebenda AA 438 fol. 57 ff. Copien von demselben.

Gutachten des Ulmer Tags. Ankunft in Schweinfurt. Vortrag Dr. Türks. Ausschusswahl. Bedenken der Fürsten und der Städte über die vorgeschlagenen Mittel. Weitere Vorschläge und Erwiederungen. Erklärung wegen der Königswahl. Ausschuss zu näherer Verständigung. Vortrag Türks, Antwort Brücks. Die Unterhändler setzen die Beratungen bis zum Eintreffen weiterer kaiserlicher Instructionen aus. Unterredung des Kurfürsten von Mainz mit Sturm über Strassburger Angelegenheiten (Servet, Franck etc.). Die Stände beschwerten sich über Verschleppung. Nach Eintreffen der kaiserlichen Antwort Fortsetzung der Verhandlungen, aber ohne Erfolg. Vertagung nach Nürnberg.

Ankunft in Ulm am 23. März. Ausser Strassburg sind daselbst vertreten die Städte Ulm, Esslingen, Constanz, Reutlingen, Lindau, Biberach, Mem-

¹ = beeifern.

² Vom französischen séquelle = Anhang, Folge.

³ Für die Verhandlungen bis zum 26. April giebt Sturms Brief von diesem Tage das Nähere. S. oben nr. 138.

mingen, Kempten, Isny. Nachdem die Ulmer am 24. März die Gründe dargelegt haben, «worumb sie die stet vor dem tag zuo Schwinfurt zuo inen beschriben hab[en], namblich wes sich in sachen des glouben zuo halten», wird ein Ausschuss verordnet, der am 25. März ein Gutachten vorlegt, welches mit den Instructionen der Einzelnen «vast» übereinstimmt. Es wird für gut bedacht, dass jede Stadt sich durch eigne Gesandte in Schweinfurt vertreten lasse; trotzdem bleiben Biberach und Isny ohne eigne Vertretung.

Ankunft in Schweinfurt am 30. März. Anwesende Fürsten und Botschaften. Mit den Kurfürsten v. d. Pfalz und Mainz sind auch ihre Räte Wilhelm von Habern und Dr. Türk gekommen. Ausser den oberländischen Städten haben Gesandte geschickt Lübeck, Braunschweig, Magdeburg und Nürnberg.

- Am 1. April Vortrag des Dr. Türk in Gegenwart der versammelten Botschaften; derselbe wird den Evangelischen auf Wunsch schriftlich übergeben. «und ist denselben oben verrer beredt, das durch ein usschutz gehandelt werd, und den von stetten 4 in usschutz zuogelassen; so sie aber wellen, mogen sie mer, als 6 oder 8, nennen, doch das nit mer dan 4 stimmen seien. sind doruf geordent her Jacob Sturm, Conrat Zwick, Jerg Besserer, Bernhart Baumgarter¹, secretarius von Lubeck und doctor von Meidburg. die sind am zinstag [April 2] morgen zuo 6 uren zuosamenkommen und erstlich bedacht, guot sein, das diejenigen, so allein die wal belangt, zuosamen, sodan die, so die wal nit belangt und ouch in der verstentnusz nit seind, ouch sonder, und die so in der verstentnüs und die religion belangt, ouch sonder zuosamenkemend. ist also geschehen, und haben jeder teil ein bedocht gestellt und den am mitwoch [April 3] morgen zusammenbrocht, und ist der bedocht, so von den fursten u. f. reten dis teils gestellt, den churfursten Menz und Pfalz ubergeben lut der copien mit B bezeicht, und der bedocht, so von Straszburg, Costens, Ulm, Lubeck und Meidburg usschutz gestellt, behalten, welchs copi mit C bezeigt, desglichen der bedocht, so margrof Jergen rete, die von Nurenberg und Kempten [gestellt haben], ouch behalten, welches copi mit D bezeicht².
- Beil. I.
- Beil. II.
- Beil. III.

- Am 5. April ubergeben Mainz und Pfalz ihre schriftliche Erwiderung. B. IV-VII. Darauf antworten die Evangelischen am 9. April; Replik von Mainz und Pfalz am 11. April, Duplik der Stände am 17. April; «und sind noch verlesner notel die, so der wal halb nit zuo thun, usgetreten, die so die wal belangt, bei den churfursten pliben, und die churf. dis teils halb ein bedocht genomen, und als wier bericht, die antwort die wal betreffen von den Sachsischen und ieren verwanten den churf. etwas scharf gegeben, als ob sie der bull nit gelept etc.³

¹ Zwick war Gesandter von Constanx, Besserer von Ulm, Baumgarter von Nürnberg.

² Str. St. Arch. AA 438 fol. 51. Entsprechend der ausserordentlich vorsichtigen und gemässigten Haltung, welche Brandenburg und Nürnberg überhaupt in der religiösen Frage einnehmen, ist auch dieses Bedenken abgefasst. In schroffem Gegensatz zu dem Gutachten der andern Städte (Beilage III) stellt es sich den Vorschlägen der Unterhändler im Ganzen wohlwollend gegenüber.

³ Die Acten über die Schweinfurter Verhandlungen wegen der Römischen Königswahl sind zum grossen Teil publiciert von Goldast Politische Reichshändel p. 142 ff. Vgl. auch Sleidan I 476 ff.

es ist ouch mitler zeit zuo etlichen molen der ilenden und beharlichen hilf halb gehandelt lut derselben notel.»

Am 20. April schlugen die Kurfürsten vor, «das von beiden teilen usschutz geordent wurden, die einander bericht gebend, wo miszverstand in den articulen werend. das ist noch langer handlung doch des tags dohien bewilgt, das von jedem teil verordent werden sollen, doch soll nit mer dan uf jedem teil ein stim sein. solcher usschutz ist uf sondag jubilate [April 21] nochmittag zuosamenkomen und angefangen, von dem ersten articul reden etc., in welcher underred fur unfruchtpar geacht, also von einem articul uf den anderen zu procediern, und ist von disem teil an der churf. rete begert, das sie die beschwerden oder miszverstand, so sie hetten, noch einander darthuon wolten, welches bewilliget, und also uf mendag [April 22] durch doctor Durken fiergetragen, welcher fiertrag in die feder verfast.» Darauf antwortet Dr. Brück am 23. April¹. Am 26. April lassen die Kurfürsten sagen, «es seien geschafft fiergefallen, derhalb man nit verdruz welle haben zu warten; sie wellen ongevor in zweien tagen antwort geben. so hat doneben erlutet, das die churf. den handel kei. mt. zugeschickt, der soll mit vorwissen der versamleten stend zu Regenspurg wellen handeln. und noch verschinung der zweier tag haben die churf., namlich uf mendag noch cantate [April 29], lossen ansagen, das sie all tag von kei. mt. uf der post antwort wertig seien, deshalb beten, kein verdruz zuo haben; sobald die kom, well man zuom handel grifen. doruf von disem teil der klein usschutz zuosamenkomen und mit dem mereren teil beroten, — dan der Hessische kanzler ei[n]e[r] kurzeren meinung war —, das man zuo jedem churf. zwen verordnen soll, die ieren gn[aden], ansagen, das man ieren churf. gn. zuo gefallen, dwil iere gn. der post all stund gewertig, zuo verharren unbeschwert; so aber solichs sich verlengere und nit wipers kome, werd man ieren gn. dis teils gelegenheit anzeigen. und ist her Hans Delzgen und her Jacob Sturm zuo dem bischof von Menz verordnet, die haben sinen gn. solichs anzeigt.

Und noch end diser werbung hat der bischof gesagt: ich muosz etwas mit euch gesellicher wis reden und namlich mit euch von Straszburg, her Jacoben meinent: wiewol ich euer nit kuntschaft hab, wie wil das uger confession glich sehen, mier ist us Regenspurg geschriben, das ier einen Hispanier bei uch haben, der hat ein biechlin gemacht, das ist ouch zuo Straszburg gedruckt, das die h. drivaltikeit verneint, mit anderen mer ketze-reien, welchs kei. mt. furbrocht². dor her Jacob geantwort: gn. her, ich will e. g. nit bergen sonder die worheit anzeigen: es ist wor, das ein Hispanier zu Straszburg gesein, der ein biechlin von der h. drivaltikeit gemacht, welches nit zu Straszburg sonder zu Hagnow gedruckt durch Seccerus³ genannt, welche von Hagnow nit unsers sonder uger gn. gloubens sind; da solche biechle gon Straszburg veil brocht und ein e. rat

Beil. XIII
u. XIV.

¹ Beide Vorträge liegen bei (AA 438 fol. 87-104); es sind Versuche, eine Verständigung zwischen den in ihren Forderungen noch weit aus einander gehenden Parteien anzubahnen; inwieweit dies glückte, zeigen die weiter unten formulierten Friedensvorschläge (Beil. IX u. X).

² Der Verfasser ist Michael Servet, ein junger spanischer Arzt; das Nähere über ihn s. bei Röhrich II 80 ff.

³ Deutsch: Setzer, s. Röhrich a. a. O.

solichs durch Martinum Butzerum vernomen, dan die biechle latinisch gedruckt, haben sie solche veil zu haben verboten. doruf der Hispanus begert, mit Butzero gesprech zuo haben, das Butzerus anderer gescheft halb abgeschlagen; welchs sich gedochter Hispanus beclagt, das unsere predicanten andere leren verdampfen und sie niemans woltend heren. doruf Butzer mit im gesprech gehalten, aber kein frucht bi im brocht, doruf er der stat gietlich verweisen. verrer hat her Jacob gesagt, er wolt gern, das er wust, von wem solichs an kei. mt. getragen, so wolt er mit ein eignen boten unser herren gesanten zuoschriben, dan es on beistand der worheit were beschehen, solichs haben abzuolenen. er bete ouch sin gn[aden], sie welle ein stat Straszburg versprechen, doruf er geantwort, er het es gern gehert, welle ouch an den orten, do es sich gepur, solichs versprechen. verrer hat er gesagt, wie wellen es ugere prediger verantworten, das ier jetzt bei der Sachsischen confession pliben, und sie vor anders gelert. doruf her Jacob gesagt: so unsere predicanten zuogegen, wurden sie haruf wol wissen zuo antworten; wo sie aber schon geirt und dovon abgestanden, was sie bitzhar gelert, — dan man hat in vil zuogelegt, das sie nit gepredigt oder gelert, — were inen mer zuo lob dan zuo nachteil zuo rechen, und acht, wo wier unseren glouben abstünden und uf uger gn. glouben kemen, uger gn. wurd uns solichs zuo guotem haben; doruf er gesagt, das wellen wier lossen pliben. mer gesagt, wie von der kronik, so bei uch gedruckt, die hab ich durchlesen, und ist ein vast schedlich und bes buoch; doruf her Jacob gesagt, ich weisz ouch dovon und ist bi uns gedruckt, aber durch den bevelchhaber ubersehen worden; es ist ouch der croniksreiber doruber gestroft und der stat deshalb verweisen¹. witer gesagt: wist ier von der nuen sect? hat her Jacob gesagt: nein, was ist das für ein sect? hat der bischof gesagt: sie lot sich nit wol nennen, mit den knaben. es ist zuo Ougspurg herzog Jergen von Sachsen wirt, der Welser gefangen und etlich andere mer, das kompt von dem ding. hat her Jacob geantwort: gn. her, ich acht nit, das es von diser leer kom; es mocht aber wol doher komen, das die kouflut von Ougspurg in Italia gon Venedig und andere ort [kommen], do solich laster ungestroft geubt wurd; doher mocht es ee komen dan von diser leer. und sind also abgescheiden.»

Beil. VIII.

Da die kaiserliche Antwort auf die Anfrage der Unterhändler am 30. April noch nicht eingetroffen ist, lassen die Stände den Kurfürsten am 1. Mai eine neue Schrift überreichen. Darauf lassen Mainz und Pfalz am 2. Mai erwiedern, es «sei die sumnis inen nit lieb, seien ouch all stund der post wertig und wellen allgerit ein post gegen Regenspurg schicken, aldo zuo sollicitieren, doch hoffend, es soll die post von Regenspurg vorkomen etc.; doruf in noch gehaptem bedocht glich geantwort, man well noch zwen tag warten; wo nit wilers kom, werd man dis teils beschwerd und ungelegenheit anzeigen. so ouch von kai. mt. nit züleszlich sonder unser conciens beschwerlich antwort gefielen, were hoch beschwerlich allhie zuo verharren, sondern achten fuoglicher, zuo Regenspurg, do dan der fursten und ander stend botschaften seien,

¹ Der Verfasser der Chronik war Sebastian Franck, der 1531 nach Strassburg gekommen war. Sein Buch, eine Tendenzschrift zu Gunsten der Sectierer, wurde gleich nach dem Erscheinen vom Rat unterdrückt. Franck selbst wurde erst eingesperrt und dann ausgewiesen. Röhrich II 75.

ferrer zuo handeln etc. und dwil am fritag [Mai 3] noch nit erofnet, ist der kleiner usschutz zuosamenkomen und berotschlagt, den churf. in schriften anzuzeigen die beschwerden und ein gnedigen abscheid zuo begeren. in dem ist in der nacht post komen und also die vorgefast meinung beruend bliiben, und haben die churf. iere rete uf samstag [Mai 4] dem kleinen usschutz fierlossen halten, wie das sie kai. mt. haben zuogeschriben, in welchem schreiben sie doch dis teils anzeig nit erofnet, dan sie solichs bei kai. mt. zuo ruhe¹ achten anzupringen; haben aber witeren bevelch von ier mt., den wellen sie erofnen und uf meinung dem friden enlich handeln, doch nüt alhie beschlieszlich sonder zuovor kai. mt. erofnen, und wie deshalb us kai. mt. befel die molstat fur fuglich zuo Nurenberg angesehen etc. und hat doctor Dürk muntlich den handel wider erzelt, doch beileifig uf mossen wie vor in dem gesellichen gesprech, derhalb nit not, copien zuo schriben etc., und dobei gesagt, das uf morn sondag vocem [Mai 5] die notel der jetzt fiergefasten mittel disem teil sollen behandigt werden. Das aber uf sondag nit geschehen, aber ein entschuldigung, die kanzlei hab nit mogen fertig werden, und angesagt uf mendag [Mai 6] zuo 7 uren allen stenden, bei den fursten uf dem hus zuo erschinen; welches ouch beschehen und durch doctor Durken mit einer zierlichen vorred [eröffnet], uf welche die gesatzten mittel verlesen, lut derselben copien mit M bezeichnet, und doruf mit beschluszred, dorin vermeldt, das dwil anzeigt in verlesner notel die gehorsame kei. und ko. mt. belangen, sei uf diejenen, so die wal nit widersprechen, zuo verston. es seien aber ier kurf. gn. des geneigt, das merer als so die sel und gewiszne belang als das fiernemest an die hand zuo nemen und die sach die ko. wal belangen gegen denen, so die belangt, diser zeit sten zuo lossen und in der sach die religion betreffend fierzuofarend, und so die jetzt fiergeschlagenen mittel disem teil gefällig, sei ier g(nedig)s begerend, zuo furderung der sach gon Nurenberg zuo verrucken, welches ouch kei. mt. begeren sei etc. doruf ein bedocht begert, der zuogeben, und noch gehapten kurzem bedocht durch doctor Brücken anzeigt: nachdem die sach wichtig, beger man ein bedocht, und [werde] sovil müglich dis tags antwort geben, das ouch zuogelossen. doruf der grosz usschutz noch essens zuo XI uren zuosamenkomen, und aber den tag nit mogen vertig werden, sonder ein gegenantwort gestelt und uf zinstag [Mai 7] ubergeben, noch inhalt derselben copien mit N bezeich. daruf die fursten wider antwort geben lut der copien mit O bezeich, namlich uf den mitwoch den nonoben² [Mai 8], und daruf wider beschlüzlich fur dis mal antwort von disem teil gestelt und uf den nontag [Mai 9] am morgen zuo 6 uren uf dem hus im beisein aller stend und gesanten [ubergeben], mit einer vorred durch doctor Bricken, das die artikel nit dermosz gestelt, das dodurch sie oder iere obern dasjen, so mit gott und gewissen zuogeben mocht werden, wolten abschlagen, sonder sich zuo Nurenberg mochten verglichen. doruf die schriflich antwort verlesen und in geben, mit P verzeicht; uf welche doctor Dürk muntlich generalia g[eantwortet] und witer, das ier kurf. gn. des erbietens des nachgebens sonders gefallens tragen, aber lieber gesehen, die nochlossung [wäre] hie geschehen; wolten die ieren und unsere artikel

Beil. IX.

Beil. X.
Beil. XI.

Beil. XII.

¹ = zu rauh.² Nontag = Himmelfahrtstag, Nonabend = der Tag vor Himmelfahrt.

der kei. mt. ubergeben und flisz ankeren etc., item den tag zu Nurenberg selbs besuochen und begert, das jeder gesanter mit volkomener gewalt erschein. doruf noch gehaptem bedocht doctor Brick cum generalibus wider geantwort, wo die unseren sich witer hetten konden inlossen, [würden sie es] gethon haben. des titels halb wurd man zuo ieren churf. gnaden stellen. item bedanken des ankomens gon Nurenberg und seind willig ouch zuo erschinen, aber die gesanten der fursten, dwil die nit gewalt [hätten, wären willig], an ier herschaft zu langen, in hoffnung sich unverwislich zu halten, dornoch generalia mit beger eins gn[edigen] abschieds begerend. doruf von disem teil gebeten, das auch von kei. mt. [gesucht werde], ier mt. entlich gemiet zu erlernen, domit ier mt. halb zu ein entlichen end komen werden. doruf durch doctor Durken wider geantwort, ier kurf. gn. seien des willig, und also zu beiden teilen mit geburlicher solemnitet abgescheiden.»

BEILAGEN.

I. Erster Vorschlag der Unterhändler, „wie und welchermassen unsers verhoffens die streitig religionsachen solten und möchten zuo einem fridlichen anstand geprocht und erhalten werden.“¹

1) Sachsen, Hessen und die übrigen Stände, « so sich in der bekantnüs und assertion, unsern cristlichen glauben belangend zuo Augspurg in schriften ubergeben, ingelossen habend », sollen « uber dieselbig confession und assertion kein witer noch merer neuerung bitz zuo kunftigen concilio furnemen.»

2) Dieselben Stände sollen « den zwinglischen und den widerteuferen weder anhengig oder beistendig sein, noch gunst erzeigen.»

3) « Das auch ainich partei der anderen underthonen in sachen des glaubens nit an sich ziehen noch auch nit understeen soll, zuo underhalten, anzenemen, zuo schutzen oder zuo schirmen diejenigen, so in den sachen uf denjenigen, daruf die jetzo sein und steen, zuo bleiben uberschreiten wurden.»

4) Sachsen, Hessen und ihre Glaubensverwandten sollen sich enthalten, « zuo predigen und predigen und publicieren zuo lossen, es sei durch wort, truckerei, schriften und in anderweg sachen, die den glauben betreffend, weiter und mer dan die bekantnus und assertion, so uf dem reichstag zuo Augspurg durch sie ubergeben ist, inhalt, und das weder eine noch die ander partei usserhalb ierer und ierer mit sachverwanten land und gepieten predigen noch zuo predigen verschaffen, auch kein parti wider die anderen itzit schmelich oder lesterlich reden, sagen oder schreiben.»

5) Was der Prälaten Jurisdiction, Gewohnheiten und Ceremonien belangt, ferner die geistlichen Güter, so soll darin « nichts neues fiergenomen », sondern auf Mittel gedacht werden, die allen Teilen leidlich und zum Frieden dienstlich sind.

6) Zwischen denjenigen, « so in dem alten glauben verharren », und den Protestierenden soll « guter gemeiner frid » gehalten werden, und beide sollen dahin arbeiten, dass das Concil sobald als möglich « zuo erklerung und erorterung der zwitracht und beschwerlicheiten » gehalten werde.

¹ Vollständig gedruckt bei Walch XVI 2184. Vgl. auch Sleidan I 475.

7) Die Protestierenden sollen sich «zuo allem dem befleissigen, das der teutschen nation zuo wolfart, sicherheit, ruw und gemach sein und dienen moge», namentlich auch gegen die Türken contribuieren und sich auch sonst den früheren und künftigen Reichstagsbeschlüssen unterwerfen.

8) «Und so die sach also wie obgemelt ervolgt», würden die Protestierenden auch dem Kaiser und dem König «on widersetzung gehorsam sein» und etwaige Verständnisse, die sie gegen den Kaiser, den König oder andere Altgläubige aufgerichtet hätten, fallen lassen. Alsdann sei zu hoffen, dass der Kaiser und der König auch ihrerseits «allen miszfallen und unwillen» gegen die Protestierenden aufgeben würden.

II. Die Protestierenden verlangen nähere Erläuterung der in Beilage I gemachten Vorschläge¹.

Bezüglich des ersten Punkts. Als Anhänger der Augsburger Confession verstehen sie nachbenannte Stände: Sachsen, Georg von Brandenburg, die Herzoge von Lüneburg, Philipp von Hessen, Wolfgang von Anhalt, die Grafen von Mansfeld, die Städte Strassburg, Nürnberg, Ulm, Constanz, Bibrach, Isny, Reutlingen, Esslingen, Memmingen, Lindau, Heilbronn, Kempten, Weissenburg, Windsheim, Lübeck, Braunschweig, Magdeburg, Bremen, Goslar, Einbeck und Göttingen. Bezüglich des Concils versehe man sich, dass damit ein gemeines, freies, christliches Concil, in deutscher Nation zu halten, gemeint sei. Den Vorschlag, dass bis zu künftigem Concil keine Neuerung vorgenommen werden solle, verstehe man nur von Neuerungen in der «doctrin», nicht von Veränderung der Bräuche und der Ceremonien.

Bezüglich des dritten Punkts sei ein Zweifel, ob mit den «Unterthanen Andrer» auch diejenigen gemeint seien, welche aus dem Gebiet ihrer bisherigen Obrigkeit fortziehen und sich unter die Obrigkeit eines protestierenden Standes stellen.

Im vierten Punkt sei von der Augsburger Confession die Rede, und dass man im Predigen etc. nicht darüber hinausgehen solle. Dagegen sei einzuwenden, dass die Confession nur «ein ungevorliche suma» der evangelischen Lehre darstelle und nicht Alles umfasse, was man auf protestantischer Seite glaube und lehre, wie man dies schon früher zu Augsburg dem Kaiser mitgeteilt habe. Was die Versicherung betreffe, dass keine Partei die andere schmähen sollte, so verstehen sie dieselbe namentlich dahin, dass die Papisten aufhören sollten, die Protestierenden als Ketzer zu verschreien.

Im fünften Punkt vermissen sie eine nähere Darlegung der zum Frieden dienlichen Mittel.

Im sechsten Punkt beschwerten sie sich wegen des Ausdrucks «die im alten glauben verharren», weil es danach scheine, als seien sie, die Protestierenden, «von dem alten glauben gewichen», während sie ihn doch nur in seiner alten Reinheit wieder hergestellt hätten. Dass sie sich noch weiter für Berufung des Concils bemühen sollten, halten sie für überflüssig, da der Kaiser schon wiederholt um Veranstaltung desselben ersucht worden sei.

¹ Gedruckt bei Walch XVI 2187.

III. Bedenken der Städte über die Vorschläge der Unterhändler¹.

Die Vorschläge seien in keiner Weise annehmbar, «dan dieselbig so ganz unlauter dunkel und dermassen gestelt, das sich mer unfriden dan ainikeit dabei zuo besorgend». Es wäre deshalb am besten, sie einfach zurückzuweisen und eigne Gegenvorschläge zu machen. Zunächst sei schon im ersten Artikel beschwerlich, dass nur von Anhängern der Augsburger Confession die Rede sei; denn einige von den Städten hätten in Augsburg ein eigenes Bekenntnis überreicht, andere hätten damals noch keins von beiden unterschrieben. Was die ersteren betreffe, so hielten sie an ihrem eignen Bekenntnis fest, seien aber gemeinsam mit den letzteren, die keine Confession unterschrieben, «willig und urbütig, der chur. und fursten confession in dem, so die ler betrifft, neben und mit ier confession zuo bekennen und anzuonemen, wie dan derselbig inhalt bei inen bis hiehar gelert und getriben worden; und domit nit vom widerteil geacht werden möcht, das der vier stett confession der anderen zuowider oder von inen als ungerecht verlossen wurde, wer ier bit, so die sach zuo vertrag komen solte, das bei den beiden curfursten als underthedinger angehalten wurde, die sach bei kai. mt. dohien zuo furderen, das wier bei unser allerseits cristlichen confessionen bleiben möchten.»

Was die Ceremonien betreffe, so sei im 7. Artikel der Confession ausdrücklich gesagt, «dass nit not sei zuo warer ainikeit cristlicher kirchen, das allenthalb glich ceremonien, von menschen ingesetzt, gehalten werden». Deshalb könne man sich das Verbot der Neuerungen in Ceremonien nicht gefallen lassen. «dan es mochte den stenden, so kurz verschiner tag zuo dem ewangelio komen, ganz nochteilig und ine jeder zeit, so sie nur das geringst, als kerzen prennen und anders, in ieren kirchen endren wolten, verwislich sein, und das sie den angestellten friden nit gehalten hetten, zuo-gelegt werden.» —

«Es wer ouch der verordenten guot bedunken, das nit allein diejenigen, so vormols der confession unterschriben oder jetzt sich anhennig machten, sonder ouch alle die, so nochmols durch gots gnod dieselb annemen wurden, in disen fridlichen anstand bitz uf ein frei cristlich concilium, in teutscher nation zuo halten, vergriffen wurden.»

Hinsichtlich des Artikels von den Zwinglischen und Wiedertäufern «tragen die verordenten fiersorg, das under dem namen zwinglisch, als der witleufig und in vil weg gedeut werden mag, jemans möcht angezogen werden als einer, so den friden gebrochen oder nit gehalten, der doch nicht wenigens dan zwinglichs were. dwil aber durch disen articul villicht die irtum beider sacrament des altars und taufs fürkomen sollen werden, achten die verordenten, das us vil ursachen besser und nutzer solt sein, [dass] der obgenant nam ubergangen und der artikel uf die mosz zuo enderen were: dwil wier unseren glauben beider sacrament halb in der confession dargethon und die gegenler verworfen, wo dan jemans wer, der solcher unser confession in beiden puncten etwas zuwider offentlig leren oder halten wurd, demselben wolten wier in solcher ler weder anhengig noch beistendig sein.

¹ Wurde nicht zur Kenntnis der Unterhändler gebracht, s. oben p. 116.

Uf den articul, das keiner des anderen underthonen in sachen des glaubens nit an sich ziehen, underhalten, schutzen noch schirmen solle etc., achten die vom usschutz ganz beschwerlich, dan vil, so durch erkantnus gotlichs worts die bebstlichen ceremonien verlossen und das ewangelium annemen, etwan durch vertribung ierer oberkeit hinder ewangelisch fursten und oberkeiten ziehen. solte man nun die nit annemen, sonder ieren herren zuor strof widergeben miessen, wer nit allein beschwerlich sonder auch uncristisch; deshalb achten sie, das es mit nochgonden worten zuo milteren were, das namlich keiner des anderen underthonen mit gewalt und wider den landfriden von im abbringen, zwingen oder in schutz nemen solt, doch sonst ainen jeden an seiner freiheit unvergriffenlich. es ist ouch zuo besorgen, das die bischof und ander prelaten als ordinarii die geistlichen, so das ewangelium predigen oder aber ieren stand und orden verliessen, vermog des artikels als iere underthonen wider forderen und iers gfallens strafen wurden, deshalb man des orts ouch vorsehung von noeten [hätte].»

Der Artikel, welcher vorschreibt, dass die Protestierenden sich in Predigten und Schriften an die Confession halten sollten, sei dahin abzuändern, dass sie «in ieren landen und gepieten nutzit, so wider das wort gottes und ier confession were oder zuo ufruor gedienen mochte, leren, predigen oder in truck usgeen lossen, und wo sie solichs innen und gewar wurden, das sie solichs strafen solten. und das alles so hienfur gedruckt, durch die oberkeit doselbs oder iere verordneten dorzuo besichtigt und also on derselben zuolossen nutzit in truck gegeben wurd. Das aber gesagt, das kein parthi usserhalb ierer land und gepieten nutzit predigen noch zuo predigen verschaffen solte, wer hienbei zuo thuon: wider der weltlichen oberkeit doselbs willen und vergunst. und dwil diser articul ublich ganz disputierlich, wollen in die vom usschutz den anderen ieren gunstigen herren wider zuo bedenken geben haben.»

Bezüglich der Jurisdiction und der geistlichen Güter seien die näheren Vorschläge der Unterhändler zu erwarten.

Die Artikel von der Förderung des Concils und von der Türkenhülfe lasse man sich gefallen. Was die künftigen Reichstagsbeschlüsse betreffe, so könne man «sich uf kunftigs nichts obligieren oder verbinden.» Im letzten Artikel wolle man hinzusetzen, «das man sich gegen kai. mt., wie das ein jeder von alter her zuo thuon schuldig gewesen, gehorsamlich erzeigen wolt.»

Auf die Forderung, dass die Protestierenden etwaige «verstentnisse» gegen Kaiser, König oder andere Altgläubige fallen lassen sollten, sei zu erwiedern, «das man von keiner verstentnus, so wider ier beider mten oder ander ufgericht, wissens hett, derwegen man an disem ort nutzit kond fallen lossen.»

«Zuom beschlusz sehe vil ermelt vom usschutz fur fruchtpar, nutzlich und gut an, ob je ein fridlicher anstand ufgericht werden wolt, das in denselben sonder fursehung gethon, ouch aller menschlicher und möglicher fleisz fur und angekert werd, zuo verhieten, das derselbig vertrag durch kai. und kon. mten ex plenitudine potestatis zuo ierer mt. gelegenheit und gefallen nit widerumb ufgehept, abgethon oder durch ier mt. utzit dawider zuo handlen zuogelassen; das ouch dorin verlipt wurd, sover sich im selbigen

zwitracht oder miszverstand zuotrieg, bei wem die declaration und erklerung sten solt etc.»

IV. Antwort der Kurfürsten von Mainz und Pfalz auf Beilage II¹.

1) Erklären sich damit einverstanden, dass die namhaft gemachten Stände in den Frieden einbegriffen sein sollen. Die ausdrückliche Bezeichnung des Concils als eines «gemeinen, freien, christlichen, in deutscher Nation zu halten,» lehnen sie ab, weil der Papst und die andern Nationen in der Frage, wie und wo das Concil abgehalten werden soll, auch mitzusprechen haben. Doch wollen sie, wenn der Friede zu Stande gekommen ist, mit allem Fleiss beim Kaiser dahin wirken, dass das Concil in Deutschland abgehalten werde. Wie das Verbot der Neuerungen zu verstehen sei, ergebe sich aus dem Artikel von der Jurisdiction (Art. 5).

2) Der dritte Artikel von den «fremden Unterthanen» sei zum Frieden notwendig. «wo aber sonder und privatpersonen sich us eins teils oberkeiten und mit desselben wissen und willen an andere ort begeben wolten und desselben schein furlegten, auch doruf von der andern partei angenommen würden, soll disem art. zuwider nit verstanden werden.»

3) Den vierten Artikel verstehen sie so, dass die Protestierenden «nit weiter predigen, leeren, schreiben oder trucken sollen lossen, dan sovil ir bekantnüs und assertion vermag, derselben gemesz und nit weiter.» Das Verbot der Schmähungen verstehe sich für beide Religionsparteien.

4) Der fünfte Artikel von der Jurisdiction und den Ceremonien sei besonders schwierig; «aber nit destminder, domit guter frid und einigkeit bis zu kunftigen concilio erhalten, und so ferr die andern artikel und furschleg auch stattfinden und erhalten werden, so sind wir dest besserer hoffnung, disen puncten bi kais. mt. dermassen zu erlangen, das sovil belangt der prelaten jurisdiction gewonheiten und ceremonien, in der herzog zu Sachsen, landgraven zu Hessen und iren mitgewanten land und herschaften, desglichen auch der geistlichen güter an demjenigen, so jetzund vorhanden ist, bis auf nechst kunftig concilium nichts innoviert werden soll.»

5) Im sechsten Artikel sei der Ausdruck: «die im alten glauben verharren,» durchaus nicht beschwerlich aufzufassen; übrigens sei man bereit, ihn zu entfernen. Die Förderung des Concils seitens der Stände sei so zu verstehen, «das beide parteien neben kai. mt. und andern stenden des heiligen richs anhalten und sovil an inen, sich befeissigen und furdern sollen, das solich concilium zum schiersten es gesein mag, gehalten werde,» der Zuversicht, dass auch der Kaiser sein Möglichstes thun werde.

V. Gegenvorschläge der Protestierenden.

1) Die protestierenden Stände, bei deren Aufzählung (s. Beil. II) Nordhausen und Hamburg vergessen worden sind, wollen in Predigten und Schriften sich durchaus an die Augsburgische Confession und Apologie halten, in Aenderung der Ceremonien jedoch sich nicht binden lassen.

2) Die Forderung des gemeinen, freien, christlichen Concils in deutscher Nation halten sie fest, mit näherer Erläuterung, was sie darunter verstehen:

¹ Gedruckt bei Walch XVI 2190.

Das Concil soll vom Kaiser ausgeschrieben werden, und zwar nach Metz, Köln, Mainz, Strassburg oder einer andern gelegnen Stadt; die Entscheidungen des Concils sollen nur auf Grund des reinen Gottesworts erfolgen, ohne Rücksicht auf die Entscheide früherer Concile oder auf Menschen-satzungen irgend welcher Art. Das baldige Zustandekommen eines solchen Concils wollen sie beim Kaiser fördern helfen.

3) «Und das es alle andere stend, oberen und potestaten mit annemung der gotlichen ler uf gedachter unser confession und apologi, ouch glichmes-sigen ceremonien und prüchen, bitz uf beriert gemein frei cristlichen concilium, wie wir, ungewegert und unverhindert ouch halten mogen, wie inen dan durch den abschied des reichstags zuo Speir, anno etc. 26 gehalten, nit benomen.» Man könne nicht dulden, dass andern Ständen die Möglichkeit, sich dem Evangelium anzuschliessen, entzogen würde, und bleibe bei dem Protest gegen den Speirer Abschied des J. 1529; «doch also, das dieselbige andere stend und oberen uber und wider obberierte unsere und der unseren confession und apologi auch kein nugerung, die solcher leren zuowider, anfohen oder fiernemen sollen, und in sonderheit der sacrament halben des leibs und pluts Christi und der touf, alles noch erklerung oft gemelter confession und apologien. und welche under uns oder berierten stenden oberen und anderen das anders in den houptpuncten anhängen oder nötigen sequelen zuo halten befunden, und dem zuowider öffentlich leren halten oder predigen wurden lassen, dem oder denselbigen wellen wier in solcher lere weder anhängig noch bistendig sein.

4) Es solt ouch kein partei seine underthonen umb des willen, das sie des anderen teils bekanten glaubens werend und sich aber sonst bei inen enderung usserlicher prüch enthielten, deshalben am lib leben oder guot nit strafend, wie dan bishar an vilen orten beschehen, nachdem dadurch solcher frid, ee dan durch wort, zerruttet werden möcht. so soll ouch uns und unser der gesanten oberen vorbehalten sein, wie wier uns ouch us cristenlicher phlicht schuldlig erkennen, uf bitten und ansuochen anderer inen prediger zuo erlauben.» Auch soll es jedem Anhänger der evangelischen Lehre, welcher unter einer altgläubigen Obrigkeit wohnt, unverwehrt sein, fortzuziehen und seinen Wohnsitz unter einer evangelischen Obrigkeit aufzuschlagen.

5) Keiner Partei soll gestattet sein, im Gebiet der andern predigen zu lassen ausser mit Genehmigung der Obrigkeit jenes Gebiets; «oder es reiset jemans von stenden unsers teils über land und liesse seinen prediger für iné und sein gesind in der herberg oder sonst predigen, oder so von uns samentlich oder sonderlich dises teils ein hilf mit leuten wider den Turken oder in anderen kai. mt. gescheften geschickt würden, den solt ouch, sie legen im feld oder sonst, nit verboten werden, für sich predigen und inen das sacrament noch der insatzung Cristi reichen zuo lassen; ouch domit das arm gemein cristenlich volk der gewissen halben dester mer ruwig und zuo stillen, das bis zuo orterung[?] obberiert cristenlich concilium under allen stenden und oberkeiten zuogesehen und nit verboten wurde, das heilig sacrament des libs und bluts Christi in beiderlei gestalts zuo enfahen.

6) Wier mugen ouch wol leiden, das kein parti die anderen mit worten oder werken nit schmehen, sonder sich in usserlichen dingen gegen einander

fruntlich halten, doch unbegeben sovil gottes wort und die heilig geschrift an ier selbs zuo strafend unrechter lere, ouch offentlicher laster, sünd und gotteslesterung zuolest, dan dorin wissen wier dem gotlichen wort keinen abbruch zuo thun noch derhalben jemans witer zuo verbinden, aber ouch sovil in anderen weltlichen hendlen einem jeden stand und undertonen von gemeinen rechten und billikeit noch gestalt seiner sachen mocht zuogelossen sein.»

7) Kammergerichtspersonen und andere Reichsbeamte sollen deswegen, weil sie sich etwa zum evangelischen Glauben bekennen, nicht angefochten werden.

8) Wegen der geistlichen Güter und Jurisdiction « und was den sachen der religion weiter directe oder consecutive anhengig ist, » soll kein protestierender Stand in der Zeit bis zum Concil angefochten werden. Alle darüber ergangenen Urteile und noch schwebenden Prozesse sind zu unterdrücken.

9) Jede Partei soll die ihren Klöstern und Stiftern zustehenden Renten, Zinsen, Zehnten, Nutzungen etc., welche im Gebiet der andern Partei liegen, ohne Schmälerung weiter beziehen.

10) Wegen der Türkenhülfe hätten die Gesandten in Regensburg näheren Befehl und würden sich namentlich, wenn ein gemeiner Friede aufgerichtet würde, « der pillikeit und unverweislich halten ».

Wenn der Friede bewilligt würde, so sollte der Kaiser auch möglichst Sicherheit für wirkliche Handhabung desselben geben.

VI. Antwort der Unterhändler auf das Vorige.

A) Erklären die obigen Gegenvorschläge der Protestierenden für unannehmbar.

Eine nähere Erörterung derselben sei fruchtlos. Namentlich seien folgende Punkte darin beschwerlich:

1) Dass im ersten Artikel das Wort « Apologie » neben der Augsbургischen Confession eingeschoben ist und dass in den Ceremonien Neuerungen gestattet werden sollen. Sie könnten nicht mehr bewilligen, als « das die ding, wie sie jetzo seien, bis zu nechstkünftigem concilio steen und beleiben sollen. »

2) Dass die Abhaltung des Concils in Deutschland verlangt wird. Diese Frage hänge nicht allein vom Kaiser, sondern auch von anderen Potentaten und Nationen ab.

3) Dass die Protestierenden die Ausdehnung des Friedens auch auf die künftig zu ihrer Lehre übertretenden Stände verlangen. Sie, die Unterhändler, hätten nur Befehl, mit Sachsen und dessen jetzigen Glaubensverwandten zu handeln.

4) Der vierte Artikel bezüglich der Unterthanen andrer Obrigkeiten sei « zum hochsten beschwerlich, auch dem Friden, den man bisher gesucht, ganz zerstörllich. » Er berühre die wichtigsten Regalien und Freiheiten der Reichsstände und sei auf keine Weise zu bewilligen.

5) Dasselbe gelte vom fünften Artikel.

6) Dass die Protestierenden im achten Artikel Aufhebung und Cassierung

der bisher in Religionssachen ergangenen Urteile verlangen, sei gleichfalls «hoch beschwerlich und nit zu erhalten.»

Sie bitten zum Schluss, obige Artikel fallen zu lassen, «damit die handlung durch dasjen, so wir genzlich besorgen, bei der kai. mt. nit zu erheben, nit in lengerung gezogen und anders dadurch verhindert werd.»

B. Neue Vorschläge der Unterhändler.

1) Der erste Artikel lautet wie im ersten Vorschlage (Beilage I nr. 1), nur mit dem Zusatz, dass die Unterhändler mit bestem Fleiss handeln wollen, dass die (in Beilage II) namhaft gemachten Stände «in diser handlung, so die ieren fieraug gewint, ingerumt und begriffen werden sollen.»

2) Wie Beilage I nr. 2, jedoch mit dem Zusatz, dass die Zwinglischen und Wiedertäufer, wenn sie ihren Irrtum aufgeben und die Augsburgische Confession annehmen, auch in dem Frieden einbegriffen sein sollen. Stehen sie aber nicht von ihrem Irrtum ab, so sollen die andern Stände «sie verlassen und hienfurter mit inen kein verstand, verbuntnus, fruntschaft noch verpflichtung haben noch annemen¹.»

3) Wie Beilage I nr. 3, mit dem Zusatz wie in Beil. IV nr. 2.

4) Wie Beilage I nr. 4, mit dem Zusatz: «aber wol mogen die prediger ein jeder, wo es ihm eiget, die sund und laster corrigieren, strafen und anziehen².»

5) Sie wollen beim Kaiser befürworten, dass die Kammergerichtspersonen, welche von Seiten protestierender Stände zum Kammergericht geordnet sind oder werden, wegen ihres Augsburger Bekenntnisses nicht angefochten werden sollen. Vgl. Beil. V nr. 7.

6) Bezüglich der geistlichen Jurisdiction, Ceremonien etc. soll «an demjenen, so jetzo vorhanden ist, bitz uf nestkunftig concilium nitzt innoviert werden.» Vgl. Beil. I nr. 5.

Den Artikel bezüglich der Renten und Zinsen geistlicher Güter (Beil. V nr. 9) hoffen sie in folgender Gestalt beim Kaiser zu erlangen: «Das einer jeder partei stiften prelaturen und klosteren iere zuogehorige gieter rent zins zehenden gült und nutzungen aus der churfursten fursten und stend des anderen teils furstentuom land herschaften oberkeiten und gepieten ungehemmet unverpoten und on alle behelf, wie es in bemelten stiften prelaturen und klosteren der religion halb uf jedem teil gehalten würt, an die ort, do dieselbig stift prelaturen und klosteren gelegen und dohien die von alters gericht sind worden und gefolgt haben, bitz uf verner versehung in vil bestimpten concilio hienfier ouch gereicht werden und volgen sollen; doch einem jeden churf. fursten stand und oberen on abbruch oder schmelerung iers furstentuoms gepiet und herschaften an den zuogehorigen eigentuom boden und grund und ander volg steur bot gült und ander oberkeiten und gerechtikeiten, wie ein jede das von alters harbracht; ouch der sonderlichen vertregen, verglichung und verstentnüssen, so hievor zwischen etlichen churfursten fursten und stenden solcher oder derglichen geistlichen zins zehend und gieteren halb gemacht und ufgericht worden, ganz unabbrüchlich und

¹ Vgl. Sleidan I 481.

² = züchtigen?

unschedlich. wier wellen aber daneben unseren ohem und vettern und seiner liebd verwanten fruntlicher und gnediger meinung anzeigen : dieweil in den fiergeschlagnen mitteln usgedruckt, das der geistlichen gieter halb nitzt innoviert werden soll, das wier der zuoversicht seind, obgemelter artikel der geistlichen rent, zins und gult halben angezogen, hab den verstand nit, wo etlich prelaten und ordensperschonen us ieren closteren entwichen, die ieren habitum nicht abgelegt und sich ierer regel hielten, noch in anderen fürstentoumen und herschaften etlicher zins oder gieter in besitz und gepruch werend und bitzhar empfangen, das dieselben dovon entsetzt werden solten; dan wo es den verstand het, besorgen wier, solchs wurd durch die kai. mt. fast beschwerlich angesehen, ouch nit zuo erheben sein.»

7) Wie Beilage I nr. 6, mit der näheren Erklärung wie Beilage IV nr. 5.

8) Wie Beilage I nr. 7, mit der Beschränkung, dass sich die Protestierenden den früheren und künftigen Reichstagsbeschlüssen wenigstens in soweit, als dieselben die Glaubenssache nicht berühren, unterwerfen sollen.

9) Was das Verlangen der Protestierenden nach möglichster Sicherstellung des Friedens von Seiten des Kaisers betrifft (Beil. V nr. 10), so hoffen die Unterhändler, dies beim Kaiser zu erlangen unter der Voraussetzung, dass der Friede in der obigen Weise zu Stande kommt, dass die Protestierenden dem Bruder des Kaisers als Römischen König unweigerlich Gehorsam leisten und dass sie alle gegen Kaiser, König oder andere Altgläubige aufgerichteten Bündnisse fallen lassen. Ohne Anerkennung der Römischen Königswahl sei überhaupt auf Erlangung eines Friedens gar nicht zu rechnen.

VII. Erwiderung der Protestierenden auf das Vorige.

Weisen die Vorschläge der Unterhändler als unannehmbar zurück und beharren auf den Forderungen in Beil. V, die sie noch des näheren begründen und verteidigen. Wenn auf dieser Grundlage der Frieden nicht zu erlangen sei, schlagen sie vor, auf den Speirer Abschied von 1526 zurückzukommen, wonach jeder Stand es in Glaubenssachen bis zum Concil halten soll, wie er es vor Gott und dem Kaiser zu verantworten getraut. Wenn die Kurfürsten auf ihren in Beil. VI vorgeschlagenen Mitteln wirklich zu verharren gedächten, so hätten sie sich Mühe und Kosten dieser Unterhandlung besser ganz ersparen sollen.

VIII. Die Protestierenden an die Kurfürsten von Mainz und Pfalz.

Beschweren sich, dass die Antwort des Kaisers auf die Anfrage der Unterhändler noch immer nicht eingetroffen ist, und dass sich die Verhandlungen dadurch so lange verzögern. Johann Friedrich könne nicht länger warten, da er zu seinem kranken Vater, dem Kurfürsten, reisen müsse, desgleichen Franz von Lüneburg und Wolfgang von Anhalt. Die Gesandten der andern Stände könnten auch nicht länger warten; «so tragen sich etzlicher unser herschaft halben sachen zuo, derwegen wier erfordert, zuom teil ouch an andere ort zu reisend verordnet, die wier empfangnen bevelch noch nit underlossen mogen». Bitten deshalb um Aus-

kunft, ob die Post vom kaiserlichen Hof nunmehr angekommen sei, und ob die Antwort des Kaisers Bedingungen für die Protestierenden erwarten lasse, die ihnen «der gewissen halb unbeschwerlich und zuo gemeinem christlichen Friden und ruw dinstlich» seien.

Wenn die Sache sich deshalb verziehe, weil der Kaiser «disen handel mit den stenden des reichs mochte beratschlagen und derselbigen rat hierinnen, wie uns dan glauplich anlangt, haben wolt,» so sei es besser, sich hier nicht länger aufzuhalten, sondern die Verhandlungen nach Regensburg zu verlegen.

IX. „Ungeverlich mittel und furschleg, so us aller gehapter handlung und besonder us Sachsen, Hessen und ierer mitgewanten ubergeben schriften, auch muntlich inbringen, der streitigen religion fridlichen anstands halben gezogen, wie die an die kei. mt. gelangen soll[en].“

1) Dass die Protestierenden — die wie in Beil. II und V namhaft gemacht sind — «uber die confession assertion und apologi, auch was denselben noch rechtem cristlichen billichen verstand gemesz, kein witer noch mer neuerung, ouch kein ceremonien, so derselben confession und apologie zuowider oder ungemesz, bitz zuo einem kunftigen gemeinen freien christlichen concilio, wie das uf dem erst gehaltenen reichstag zu Nurenberg beschlossen und zuogesagt, furnemen sollen; welchs conciliums halben die kei. mt. gebeten werden soll, sich zuo befleissigen, das es in teutschen landen gehalten werde. das ouch solich obgemelt concilium zuo procurieren und zuo halten, der obgemelt churfurst zuo Sachsen sampt sinem son, herzog J o h a n s F r i d e r i c h s, und dero mitgewanten getruen und guoten fleisz furwenden sollen.»

2) Der Artikel betreffend die Zwinglischen und Wiedertäufer wie in Beil. VI B nr. 2.

3) «Das ouch Sachsen und dero mitgewanten und die anderen stend des reichs kein parthi der anderen underthonen in sachen des gloubens an sich ziehen noch understeen soll zuo underhalten, anzuonemen, zuo schutzen oder schirmen wider des anderen willen. wo aber sonder und privat oder ander perschon, die sonst ierer perschon oder gieter wegen nit verhaft weren, oder do ein freier zug were, und die des gloubens halb hinder einer herschaft lenger nit pliben wolten oder konten, sover die nit ander ursachen und verschulden uf inen hetten, dem solt nit gewegert werden, uf sein ansuochen bei derselben oberkeit und mit dero furwissen, [ouch gewonlich bezalung [der] nochstur¹ und anders, so er noch des orts geprauch schuldig were, hienweg hinder ander herschaft zuo ziehen, in welchem ouch kein geferd gepraucht werd. doch wellen Sachsen und iere mitgewanten durch dise abred niemans irs gloubens und confession halben iers teils nicht benomen noch abgestrickt haben.»

4) Die Protestierenden sollen nicht predigen, publicieren etc. lassen «witer oder mer, dan ier obgemelt bekantnüs assertion und apologi vermogen und denselben noch rechtem billichen christlichen verstand gemesz ist, und das weder ein noch die ander parti usserhalb ierer und ierer mitgewanten land herschaften und gepiet nit predigen oder zuo predigen verschaffen, es wer

¹ = Nachsteuer.

dan, ob einer oder mer fursten usserthalb ieren furstentumen herschaften und gepieten reiset, und inen zuo predigen durch die oberkeit jedes orts bewilliget; wo es aber gewegert wurd, das sie alsdan allein fur sich und die ieren in ieren herbergen predigen lossen mogen. wo es aber in feldzugen und lagern were, das witer unrat und widerwertikeit, so dar us zwispaltiger predig ensten mocht, zuo verhieten, von allen teiln die zeit nit mer dan das heilig evangeli schlecht noch dem text und on allen weitem zuosatz verkundt werde; aber das heilig sacrament des leibs und bluts Christi zuo jeder zeit, so es ier conscienz und notturft erfordert, inner und usser ieren furstentumen und gepieten sie und die ieren under beider gestalten zuo empfahen biz zu kunftigem concilio unbenomen sein soll.

Es wurd ouch fur billichen, ouch zu frid und einikeit dienlichen geachtet, das kein parti die andere mit reden predigen schreiben oder in ander derglichen wegen schelten soll; es mogen aber die prediger ein jeder, wie es im eiget und gepurt, die laster sund und unrecht leer in gemein durch cristlich meszig underricht on schmoch und schelten corrigieren, strafen und anziehen.»

5) Wegen der Kammergerichtspersonen wie Art. 5 in Beil. VI B.

6) «Mit der geistlichen jurisdiction sollen eins jeden orts in bemelter chur- und fursten zuo Sachsen und ier mitgewanten landen und gepieten in dem stand bliiben, wie es jetzo ist. desglichen ob ouch einich rechtfertigung am kaiserlichen chammergericht, dem hofgericht zuo Rotwil, Westfeligem gericht, dem Schwebischen bund oder sonst andern orten furgenomen, ob ouch urteil dorin ergangen, welchs zuo der execution noch nit komen, dieselben ouch biz zuo kunftigen concilio ufgeschoben und prorogiert werden.

7) Betreffend der geistlichen gieter und inkomen, do soll ein jeder bei dem seinen, das er jetzo hat und geprucht, pliben und gelassen und niemand mit gewalt oder trangsals durch den anderen entsetzt werden, es sei doch gelegen, wo es well.» (Bezüglich der Nutzungen, Renten, Zinsen etc., welche geistliche Stifter auf fremdem Gebiet geniessen, wird die Bestimmung aus Beil. VI B nr. 6 wiederholt).

8) Die Stände sollen in äusserlichen und weltlichen Sachen dem Kaiser und König Gehorsam beweisen, sich überhaupt in allem, was die Wohlfahrt der deutschen Nation betrifft, willig erzeigen, namentlich auch bezüglich der Türkenhülfe, ferner sich in Sachen, die den Glauben nicht betreffen, mit den andern Ständen auf den Reichsversammlungen vergleichen und dem, was daselbst verabschiedet wird, nachkommen.

9) Wenn der friedliche Anstand auf dieser Grundlage zu Stande komme, so werde der Kaiser ihn in bester Form vollziehen und versichern.

10) «Und domit der gemein man in disen laufen sovil dester basz zuo stillen, ouch der zwinglischen und widerteufer secten geschwecht und gedempt, ouch der fridlich anstand zuo erhalten, und besonder uf Sachsen und siner mitgewanten in diser handlung beschehen ansuchen und bitten, so sollt kei. mt. zum vllissigsten ersuoht und gepeten werden, domit us erzelten und anderen beweglichen ursachen dem gemeinen man us kei. milte und gnediger mitlidenlicher weis biz zuo kunftigen concilio ubersehen und nit verboten wurd, seiner gewiszne noch das sacrament des leibs und bluts Cristi under ainer oder beider gestalt zuo empfahen.»

X. „Ungefährlich mittel und furschleg, so Sachsen und Hessen sampt ieren mitverwanten übergeben, der stritigen religion fridlichen anstand betreffend, wie die an kei. mt. gelangt solten werden¹.“

1) Dass die namhaft gemachten protestierenden Stände, unter denen jetzt auch noch Hall in Schwaben genannt ist, «und andere, die sich der bekantnus confession und apologi unsern heiligen cristlichen glouben belangend, zu Augsburg in schriften übergeben, ingelossen haben oder inlassen wurden, über dieselbig confession und apologien, ouch was denselben noch rechten cristlichen pillichen verstand gemesz und denen nit zuowider ist, kein witer noch mer nuerung in der ler mit schriben trucken oder in ander weg, ouch kein zeremonien, so der ler derselben confession und apologien zuowider oder ungemesz, bis zuo einem kunftigen gemeinen freien cristlichen und hievor verabschidten concilio, in teutscher nation zuo halten, dorinnen allein noch gottes reinen wort zuo determinieren, furnemen wellen und umb ein solich frei cristlich concilium, ouch wie sie sich des durch ein sondere protestation erklet², neben anderen stenden die Ro. kei. mt. desselbigen also furzenemen bitten sollen.»

2) Dass die Protestierenden denen, die von den Sacramenten der Taufe und des Abendmahls anders lehren und predigen, als die Confession und Apologie lehrt, nicht anhängig oder beiständig sein sollen. Im Fall aber, dass dieselben ihren Irrtum aufgeben und sich der Confession anschliessen, sollen sie auch in dem Frieden einbegriffen sein.

3) «Das ouch Sachsen und dero mitgewanten und die anderen stend des reichs keine parti der anderen underthonen oder verwanten, wil sie in des anderen oberkeit sind oder wonen, in sachen des gloubens an sich ziehen noch underston soll, zuo underhalten, zuo schutzen oder schirmen wider, des anderen willen. wo aber andere seszhaftige underthonen, die sonst noch herkomen oder durch recht frien zug hetten, des gloubens halb hinder einer herschaft lenger nit pliben wolten oder konten, sover die nit ander verwirkung uf in hetten, den solt nit gewegert werden, uf ier ansuochen bei derselben oberkeit und mit dero vorwissen uf gewonlich bezalung [der] nochstur und anders, so sie noch gepruch des orts schuldig weren, hienweg hinder ander herschaft zuo ziehen on straf, in welchem ouch kein geferd gebrucht werden soll; doch wellen Sachsen und iere mitgewanten durch dise abred niemans iers gloubens und confession halben iers teils utzit benomen, sonder einem jeden ier ler ierenthalt vorbehalten haben.»

4) «Es soll ouch weder ein noch die ander partie usserthalt ier und ierer mitgewanten land herschaft und gepiet nicht predigen noch zuo predigen verschaffen, es wurd dan durch die oberkeit doselbs mit ierem willen vergunstiget oder begert, oder es wer, das ein oder mer fursten usserthalt ierer furstentumen herschaften und gepieten reisen, und inen zuo predigen durch

¹ Auszug bei Sleidan I 481.

² S. Beil. V, 2. Auch in Dr. Brücks Vortrag v. 23. April (s. oben p. 117 Anm. 1) war ausdrücklich betont: wenn der Vertrag zu Stände komme, so wurde man nichts underlossen, darbei und an enden, do sich das geburt, öffentlich zu protestieren, das kein ander concilium gemeint, von disem teil gewilligt sein wurd oder werd, dan das noch ierem gegebenen verstand cristenlich und frei sei. etc.

die oberkeit jedes orts bewilliget; wo es aber gewegert wurde, das sie alsdan für sich und die ieren in ieren herbergen predigen lassen mögen; oder es weren die fursten und herren uf einem reichstag, oder so sie oder iere mitverwanten samptlich oder sonderlich ein hilf mit luten wider den Turken oder in ander kei. mt. gescheften schicken, ouch nit verboten, das rein evangelium, wie sie das in ierer confession und apologi bekant, sittklich predigen und uslegen zuo lossen, ouch das h. sacrament des libs und bluots Cristi zuo jeder zit, so es ier conscienz und notturft erfordert, ouch usserthab ierer furstentum und gepieten, under peiden gestalten zuo empfähen, biz zuo kunftigen obgemelten concilio unbenomen und ungeweigert sein.» (Die Bestimmung, dass keine Partei die andere schmähen und schelten soll, wie im Vorschlag der Unterhändler Beil. IX, 4).

5) Ueber die Kammergerichtspersonen wie Beil. IX, 5, jedoch ausgedehnt auch auf die von andern als den Protestierenden ernannten Personen.

6) Bezüglich der Jurisdiction und der Prozesse wie Beil. IX, 6.

7) «Betreffend die geistlichen gieter und einkomen, do soll ein jeder, der an dem ort, dohien dieselben gieter und inkomen von alters geheren, bliben ist, bei dem seinen, das er jetzo hat und geprucht, gelassen, und niemans mit gewalt oder that durch den anderen entsetzt werden, es sei gelegen, wo es wol.» (Im Uebrigen wie Beil. IX, 7).

8) Wie Beil. IX, 8. Nur wird die Türkenhülfe unerwähnt gelassen und verlangt, dass während des Friedens «umb einicherlei sachen willen, sie belangen die religion oder kon. wal und die churf. f. und stend demselben darin angehengig, niemans vergeweltigt noch mit der that beschwert werd.»

9) Wie Beil. IX, 9.

10) Wie Beil. IX, 10, jedoch anstatt der Bezeichnung «der zwinglischen und widerteufer secten», die Worte: «die irtüm wider die gemeine sacrament der tauf und des nachtmals.» Ferner sind am Schluss die Worte «under einer oder beider gestalt» fortgelassen.

XI. Antwort der Kurfürsten von Mainz und Pfalz auf das Vorige.

Sie beschwern sich zunächst über die Aenderung des Titels der «gestelten mittel» und bitten «us etlichen beweglichen ursachen», den Titel, wie er von ihnen gestellt war (Beil. IX), zu belassen.

Im ersten Artikel seien die Worte «und ander, die sich der bekantnus etc. eingelassen haben oder einlassen wurden», eine beschwerliche Neuerung; man möge diese Worte fortlassen. Der Zusatz bezüglich des Concils, dass in demselben «noch gottes reinem wort determiniert werden soll», müsse wegbleiben; denn es könne hier «dem concilio in solchem kein mosz gegeben werden,» und auch die «protestation» könne unerwähnt bleiben.

Im zweiten Artikel bitten sie «umb bessers verstands willen» die Bezeichnung «zwinglisch und wiedertäufer» wiederherzustellen.

Den dritten Artikel bitten sie so anzunehmen, wie er von ihnen (Beil. IX) vorgeschlagen sei, desgleichen den vierten Artikel; «wolt es aber je beschwerlich angesehen werden, soll demselben articul angehengt werden, wes betrifft das predigen in feldlegern, wie das durch unseren ohem und vetteren und

sein zuogewant geendert ist, und der reichstag halben, das es gehalten wurd, wie von dem reisen über feld gemelt.»

Auch im fünften Artikel bitten sie, den beantragten Zusatz wieder zu beseitigen, weil es beschwerlich sei, «ander oberkeit in solchem masz zuo geben.» Dasselbe verlangen sie bezüglich des Zusatzes im siebenten Artikel.

Was den achten Artikel betrifft, so wollen sie «ier mt. berichten, wes ursach ir [iebden] und ier verwanten den articul, die Turkenhilf belangen, gemiten haben¹.» Die Königswahl, bitten sie, hier ausser Spiel zu lassen, da die Protestierenden ja selbst gesagt hätten, «das sie der wal halben sich witer inzulassen nit bevelch», und da der Kaiser seinerseits bewilligt hätte, die Glaubenssache und die Wahlsache gesondert zu behandeln. Den zehnten Artikel möge man so lassen, wie er in ihrem Vorschlage (Beil. IX) gestellt sei, denn die vorgenommene Aenderung könne «als vergriffenlich und witleufig usgelegt werden.»

XII. Erwiderung der protestierenden Stände auf das Vorige.

Sie beharren unter Verweisung auf die schon früher vorgebrachten Gründe bei ihren Vorschlägen (Beil. X), mit Ausnahme des achten Artikels, in welchem sie auf die Einschlebung des Passus bezüglich der Königswahl verzichten. Sie bitten nochmals, die Unterhändler möchten diese Vorschläge beim Kaiser befürworten; sie selbst wollen inzwischen auch an ihre Oberen berichten, welche «on zwifal dise sachen mit höchstem fleisz und ernst mitler zeit witer bewegen werden, was sie mit guotem gewissen mer thun konden.» Den

¹ Die Ursache ergibt sich aus Dr. Brücks Vortrag vom 23. April (s. oben p. 117 Anm. 1). Danach war bei den Protestierenden die Ansicht, dass die Türkengefahr gar nicht so unabwendbar sei, sondern dass es bei König Ferdinand stehe, das Reich davon zu befreien. Vgl. oben p. 111. Es heisst in dem Vortrag: «Nuon wolten wier dovon nit reden, was rechts oder unrechts konig Ferdinand gegen ko. Hansen, den man den Weida nent, habe, desgleichen herwiderumb; dan wier wolten ko. Ferdinandi gerechtikeit durch dise unsere anzeigen gar nit geschmelert, auch des Weidas sachen nit gerechtvertigt haben; man sehe aber wol, das sich der Turk von ko. Hansen wegen weiter intreag und sich desselbigen wider ko. wurde anneme, und wo dorin nit insehens geschehen wurd, stunde dem reich teutscher nation ewigs verderben doruf. wan nuon glich kon. wurd die gerechtiste sache hette, wer doch die grosz ungelegenheit und unrat, so dem reich dorus volgen mocht, zuo erwegen und des schweren und schier unmöglichen widerstands halben gegen dem überschwenklichen gewalt des Durken zuo bedenken, nit das wier jemans mosz oder wis gebend, wie uf bequeme mittel, derglich wol etzliche — wie geredt wurd — in underfangen underhandlung solten fergeschlagen werden, und die ouch noch gelegenheit des handels nit so gar untreglich gewest seind, solcher untreglicher last abgewendt und die teutsch nation derselben zuovorderst entladen mocht werden: so wurd ouch geredt, wie sich der Weida vernemen het lassen, wo man sich Ferdinandi nit annemen und frid mit im haben wurd, wiste er die weg zuo furderen, das sich der Durk uf ein zeit von jaren frid anzuonemen hegeben wurd, wie dan dovon den churf. und anderen, als man hort, von dem Weida abschriften zuokomen weren. dwil es dan die gelegenheit hett, so der konig anfacht, das der Durk den Weida erretten wil, dardurch er dan uf die teutsch nation gezogen und gereizt, und die stend des reichs werden fremder handel halb, damit dem reich teutscher nation weder ab noch zuo get, in gefar und beschwerung gesetzt, dan alsbald der ko. utzit gegen den Weida fiernimpt, so wurt der Turk verursacht, und miessen alsdan alle stend einer fremden sachen halb beschwerung und entlich verderben gewarten.» Deshalb bäten die Stände, der Kaiser möge die Sache vermitteln, damit das Reich verschont bleibe.

Vorschlag der Unterhändler, die Verhandlung am 3. Juni in Nürnberg wieder aufzunehmen, acceptieren die Gesandten unter Vorbehalt der Einwilligung ihrer Oberen.

XIII. „Abscheid zu Schweinfurt zinstag nach quasimodo [April 9] a. etc. 32, die eilend und beharlich hilf zur gegenwere belangend.“¹

nr. 120. Die zum Schmalkaldischen Bunde gehörigen Stände sind über die Ver-
Beil. XIV. fassung der Gegenwehr auf Grund der Frankfurter Beratungen schlüssig
geworden. Es sollen deshalb vier Originalurkunden der Verfassung ange-
fertigt und von Sachsen, Hessen, Strassburg und Lübeck versiegelt werden ;
p. 99. bei denselben Ständen sollen sie dann auch deponiert bleiben. Da aber die
Sächsischen Städte noch immer die Bewilligung einiger Artikel der Verfassung
verweigern, so wird ihnen ein Tag auf den 15. Juni zu Braunschweig anbe-
raunt, « sich alda der gebrech, so sie furgewent, entlich on witer hinder-
sichpringen zu verglichen und zu besliessen, angesehen, das vast beswerlich
ist allen stenden, dermassen in ufzug zu sten, und im fall, so sich mitler zit
etwas zutragen sollt, wurde darus noch mer beswerung volgn. » Herzog Ernst
von Lüneburg soll in eigner Person den Tag zu Braunschweig besuchen
und alles aufbieten, um die Städte zur Annahme der Verfassung zu bewegen.
Lübeck soll womöglich sofort in Braunschweig die Verfassungsurkunde
besiegeln. Der Beitrag der Sächsischen Städte soll in Magdeburg hinterlegt
werden. Die Hauptleute (Sachsen und Hessen) sollen demnächst mit den
Kriegsräten zusammenkommen, damit sie sich gegenseitig auf die Verfassung
vereidigen. Johann Friedrich soll für die nächste Zeit die Hauptmann-
schaft führen und nötigenfalls die Kriegsräte berufen. Ueber die Höhe
der Bestallung des obersten Hauptmanns im Kriegsfall ist eine Einigung noch
nicht erzielt ; Sachsen und Hessen verlangen, dass demjenigen von ihnen, der
in Kriegszeiten die oberste Hauptmannschaft ausübt, 1500 fl. monatlich zu
Unterhaltung seiner « Tafel », seiner Offiziere, Schreiber etc. gegeben werden.
Die Stände dagegen wollen nur 1200 fl. geben. Die Entscheidung wird auf
den Braunschweiger Tag verschoben ; die oberländischen Städte geben dem
dortigen Entscheid von vornherein ihre Zustimmung. « Act. zinstags nach
quasimodogeniti a. etc. 32. »

*Weitere Verhandlungen mit den Sächsischen Städten über die
Verfassung. (Juni—November.)*¹

Die Braunschweiger Tagung fand, wie anberaunt, im Juni unter Herzog Ernsts Leitung statt, führte aber nicht zu der ersehnten Einigung. Am hartnäckigsten zeigte sich Lübeck², das die Zahlung seines Beitrags „zur eilenden Hülfe“ rundweg verweigerte und von irgend einer genaueren Festsetzung der im Kriegsfall zu leistenden Hülfe

¹ Es sei gestattet, diesen Excurs hier gleich anzuschliessen, weil die im Str. St. Arch. AA 443 vorhandenen Actenstücke über diese Dinge — Copien von Sturm und Jacob Meyer — sonst in Briefen oder Berichten von oder an Strassburg nirgends erwähnt werden und deshalb keinen Anhalt gewähren, wo man sie einschalten soll, während die Instruction zum Schmalkaldner Tage (Juni 1533) sie bereits als bekannt voraussetzt.

² Vgl. Waitz Wullenwever I 151 u. 152.

nichts wissen wollte. Als Entschuldigungsgrund führte es seinen Krieg mit Dänemark an, welcher grosse Opfer erfordere. Die übrigen Städte, Goslar, Magdeburg, Bremen, Braunschweig, Göttingen und Einbeck, erklärten sich wenigstens bereit, den nach der Verfassung auf sie entfallenden Beitrag zur Bundeshülfe¹ für einen Monat in Braunschweig² zu erlegen; den Beitrag für den zweiten Monat dagegen, welcher einem Frankfurter Vorschlage gemäss gleich mitbezahlt werden sollte, schlugen auch sie ab; erst im Augenblick wirklicher Gefahr wollten sie — Göttingen und Einbeck indessen ausgeschlossen — den zweiten, und je nach Bedürfnis den dritten bis fünften Monat bezahlen. Für längere Zeit wollten sie keinerlei bestimmte Verpflichtungen eingehen, sondern wünschten, falls die eilende Hülfe von 5 Monaten nicht ausreichte, die Berufung einer Ständeversammlung, auf der dann unter sorgfältiger Berücksichtigung des Vermögens der einzelnen beschlossen werden sollte, in welcher Weise weiter zu helfen wäre. Darin lag zugleich eine Ablehnung der sogen. „beharrlichen Hülfe“. Uebrigens erklärten die Städte ausdrücklich, dass sie es für unthunlich hielten, auf weite Entfernungen hin Hülfsstruppen zu schicken. Die beste Art, wie die Städte im Fall eines allgemeinen Krieges ihre Bundesgenossen unterstützen könnten, bestände darin, dass sie den Feinden die Thore verschlössen und den Proviant versagten.

p. 94.

Herzog Ernst theilte diese Erklärungen den in Nürnberg versammelten Bundesständen mit, welche darauf eine neue Tagsatzung zu Braunschweig auf den 15. August anberaumten. Lüneburg sollte daselbst nochmals versuchen, die Städte zur Annahme der Verfassung zu bewegen. Für den Fall, dass dies wieder misslänge, entschlossen sich die Stände am 9. Juli zu folgenden Zugeständnissen: Die eilende Hülfe soll von den Ständen auf nicht länger als fünf Monate bewilligt werden können. Den Ständen, welche sich beschwerten, die Hülfe gleich auf zwei Monate zu erlegen, soll gestattet sein, zunächst nur einen Monat zu bezahlen, doch mit der Bedingung, dass sie, sobald das Geld des einen Monats angegriffen wird, sofort das Geld für den folgenden Monat erlegen. Ferner verzichten die Stände darauf, „den fall der gewaltigen oder beharlichen hilf jetzt zu specificieren“; vielmehr soll, wenn die fünfmonatliche eilende Hülfe nicht ausreicht, — sei es wegen längerer Dauer des Krieges oder wegen eines zu übermächtigen Angriffs — eine Ständeversammlung berufen werden, um zu bestimmen, „wie man solche ilend hilf sterken und dermossen verfassen moge, damit dem gegengewalt statlich begegnet, die ilend hilf nit vergeblich und man mit schimpf spott schaden und verlust von den dingen müst abstehn.“ Diese Zugeständ-

nr. 191.

¹ Nach der Verfassung (s. oben nr. 120 und 121) hatten die Sächsischen Städte zusammen 17500 fl. an der grossen Anlage und 1750 fl. an der kleinen zu zahlen. Damit stimmt nun gar nicht die Verteilung, welche sie unter sich vorgenommen hatten (AA 443). Danach sollte nämlich zahlen: Lübeck 4000, Magdeburg 4417, Braunschweig 4417, Goslar 2067, Göttingen 1067, Einbeck 767, Bremen 4017: Summa 20752 fl., während an kleiner und grosser Anlage zusammen nur 19250 fl. wirklich gezahlt zu werden brauchten.

² Nicht in Magdeburg, wie vorgeschlagen war.

nisse bedeuteten eine Erfüllung fast aller Forderungen der gemässigten Sächsischen Städte.

nr. 191. Noch unmittelbar vor Ende des Nürnberger Tages, am 23. Juli, verschoben die Stände „us redlichen ursachen“ den Termin des Braunschweiger Tages bis auf den 3. September. Ein gleichzeitig in Aussicht genommener allgemeiner Bundestag in Schmalkalden wurde ebenfalls verschoben, und zwar auf den 29. September. Ende August erfolgte dann eine abermalige Vertagung, welche Johann Friedrich in einem Brief an den Landgrafen damit motivierte, dass die Lübecker geschrieben hätten, es sei ihnen zur Zeit unmöglich, den Tag zu beschicken; zudem seien auch in Sachsen durch den Tod des Kurfürsten Johann Umstände eingetreten, welche die Abhaltung der Versammlung erschwerten. Der Braunschweiger Tag sollte demnach am 11. November stattfinden, während die Schmalkaldner Zusammenkunft auf unbestimmte Zeit vertagt wurde.

XIV. „Notel der verfassung zuo der gegenwer, uf dem tag zu Schweinfurt mitwoch nach ostern [April 3] a. etc. 32 beschlossen.“¹

nr. 23. Kurfürst Johann von Sachsen, sein Sohn Johann Friedrich, die Herzöge Philipp, Ernst und Franz von Braunschweig und Lüneburg, Landgraf Philipp von Hessen, Fürst Wolfgang von Anhalt, die Grafen Gebhart und Albrecht von Mansfeld, die Städte Strassburg, Ulm, Constanz, Esslingen, Reutlingen, Memmingen, Lindau, Bibrach, Isny, Lübeck, Magdeburg, Bremen, Braunschweig, Goslar, Einbeck und Göttingen bekennen und thun kund, dass sie nach Abschluss ihres zum Schutz des evangelischen Glaubens aufgerichteten Bündnisses für notwendig und gut erwogen haben, «das wier in disen sorgfeltigen schwinden und schweren leifen [uns zu] einer verfassung zuo ile n d e n² rettung und gegenwer, welche so lange zeit und bestand haben soll, als wier uns des cristenlichen verstantnusz vereinigt und vertragen, wie dan solichs in der einigungsverschribung clar zuo vermerken und zuo befinden ist, ouch desglichen zuo einer beharlichen² hilf und nochtruck, so vil muglich und gott der almechtig gnod verlihen wil, geschickt und verfast machen möchten. demnach haben wier uns mit einander etzlicher artikel einmietiklich vertragen, verbunden und verpflichtet, und thuon das in namen des almechtigen hiemit wissentlich in craft diser verschribung vor uns, alle unsere erben und nachkommen, als harnoch volgt:

Anfenglich und zuom ersten soll dise verfassung keiner anderen gestalt ursach oder meinung, dan allein zuo gegenwer und rettungswis und zuo entschuttung unpillichs gewalts unser ouch unser unterthanen und verwanten im fall, do wier von wegen der christenlichen pillichen und rechtmessigen sachen, dovon unser cristenlich verstantnusz melden thuot, von jemans wolten uberzogen vergeweltiget oder sonst in ander weg, doch umb obgemelter sachen willen³, beschwert werden, gemeint und zuo versten sein.

¹ Obwohl von den Sächsischen Städten nicht bewilligt, ist diese Notel doch für die übrigen Stände massgebend geblieben, bis sie Ende 1535 die veränderte Gestalt erhielt, welche in der (bei Hortleder etc. gedruckten) Ausf. v. 29. Sept. 1536 vorliegt.

² Von anderer Hand (?) durch ein eingeklammert.

³ Diese sowie die weiterhin cursiv gedruckten Worte sind von anderer Hand hinzugefügt.

Zuom anderen, wan und so oft die ainigungsverwanten *also* zuosamenkomen oder schicken und sich der sachen halb, darauf dis verstentnus steet, underreden wollen, so soll aller ainigungsverwanten oder ierer geschickten bedenken gehort werden, nochdem got dem letzteren oftermols eingibt, das er dem ersten verpirgt und sich alweg also understeen, in der versamlung einer einhelligen meinung fruntlich und gietlich zuo verglichen. ob sichs aber begeb, das man sich also in der versamlung einhelliglich mit verglichen moecht, alsdan [soll] solche verglichung durch nochbemelte stimen gemacht werden, aber glichwol sollen, als hernoch gesetzt wirdet, nit mer dan neun stimen sein, die in den fierfallenden sachen entlich sollen zuo beschliessen haben, auch die gemelten stimen ausgeteilt werden, wie harnach volgt: namlich der churfurst zuo Sachsen zwo, die herzogen zu Brunzwig und Lunenburg sampt furst Wolfgang und den graven zuo Mansfeld eine, und der lantgrof zuo Hessen zwo, und dan die erberen frei reichs und hanstette vier stimen, namlich die oberlendischen stet, als Straszburg und Ulm, zwo, und die Sachsissen und seestet *ouch zwo*, als Lubeck und Bremen eine, und die anderen Sachsissen stet der einigungsverwanten *ouch* eine. domit aber in den stimen, *ouch* mit den fragen in angezeigter unser der ainigungsverwanten versamlung ordnung gehalten werd, so sollen wier, herzog Johans zuo Sachsen churfurst etc., dwil uns *ouch* sonst die umbfroh im reich zuosteet, oder unsere rete umbzuofrogen haben, und so aller stend der einung oder ier geschickten bedenken gehoert, sollen darnoch dieselben stend oder iere geschickten, so den neun stimen verwant, ein jeder teil mit denen, so zuo der stim geherig, zuosamen gon, und was durch die neun stimen beschliessen und fur das best erwogen wurd, dobi soll es pliben. ob sich aber die neun stimen einer *einhelligen* einigen¹ meinung nit verglichen mochtend, so soll doch der merer teil under inen zuo beschliessen macht haben.

Zuom dritten, dwil zweierlei hilf zuo verordnen, als ein ilende und beharliche, in diser handlung fur hoch notturftig bedocht, so soll die ilend hilf, domit die allen einigungsverwanten trostlich und nutzlich, uf 2000 zuo ros und 10000 zuo fuosz bestellt, auch sollen wier einigungsverwanten zuo erhaltung solichs kriegsvolk uf trinitatis schierst [Mai 26] ein suma gelts, wie harnoch genant wurt, nemlich wier der churf., fursten, grafen und herren anlag gon *Winnar* (Koburg) und Kassel, und wier die oberlendischen stet zuo Ulm, und wier die Sessischen und seestet zuo *Brunschweik* (Madenburg) alles bei burgermeister und rat doselbs gewiszlich hinderlegen, und sollen hauptleut und kriegsrete von angezeigten stetten versicherung nemen, domit dieselben ierer mit solcher hinderlegter suma gewarten und die uf ier samptlich oder des mereren teils erforderen *uf gepurlich quittung* volgen lossen. und domit in diser cristenlichen und eerlichen verstentnus ein jeder wissen mag, was er in diser anlag und hilf hinderleg, was er *ouch* zuo der beharlichen hilf, so es die notturft erforderet, erzeigen soll, so sollen wier, churf. zuo Sachsen, die herzogen zuo Brunzwig und Lunenburg, lantgrof zuo Hessen, furst Wolf zuo Anhalt und die beid grofen von Mansfeld 70000 gl., desglichen all oberlendisch (und niderlendisch) *sechsisch und seestet ouch* 70000 gl. an munz, als 21 misznisch groschen 26 wiszpfenig 15 batzen fur

¹ • einigen • ist mit einem eingeklammert.

1 gl. gerechnet, uf die vorbenente zeit und platz erlegen, namlich 52000 gl. uf 2000 reisig sampt den ubersolden 2 monat, 88000 gl. uf 10000 knecht sampt den ubersolden ouch 2 monat, alles ungeverlich uberschlagen, doruf dann wier die gemelten stend solche suma under uns algereid und was einem jeden in darzuolegen geburt, vereiniget. wan es ouch als harnach volgt, dohien keme, das in der il ein einigungsverwanter dem anderen — der oder die belestiget — under uns uf aller stend gemeinen costen zuoziehen wurd, so soll alweg ein reisiger fur 3 fuoszknecht gerecht werden. wurd sich aber zuotragen, das ein reisiger den monat umb 10 gl. zuo bestellen, uf den fall soll ein reisiger fur 2 $\frac{1}{2}$ zuo fusz geachtet und verglicht werden. und domit dise einigung dester bestendiger pliben mocht, so haben wier uns entschlossen, das wier von der ganzen versamlung 9 kriegsrete verordnen sollen, wie noch gemelt: namlich wier der churf. zwo, wier die fursten von Prunzwig und Lunenburg, furst Wolf von Anhalt und beide grofen von Mansfeld einen, und wier lantgrof Philipps zuo Hessen zwen, ouch wier die oberlendischen zwen, und wier die niderlendischen stett ouch zwen, doch bescheidenlich und also: so wier herzog Johan Friderich der hauptmanschaft unsers halben jars in verwaltung haben werden, sollen wier der churfurst dieselb zeit uber nit mer dan ein kriegsrat verordnen; in glichnus sollen wier, lantgrof Philips, in zeit unser hauptmanschaft ouch nit mer dan ein kriegsrat von den unseren geprauchten, und sollen solche kriegsrete von jedem stand, der sie verordnet, den zweien hauptleuten, dovon hernoch meldung geschicht, namhaftig angezeigt werden, welche kriegsrete zuo jeder zeit der notturft durch den regierenden hauptman uf einen namhaftigen platz noch der sachen gelegenheit geforderet werden, do sie auch zuo erschinen bi ierer pflicht schuldig sein sollen, von allen sachen notturftlich zuo handeln und zuo ratschlagen, ouch zuovor des hauptmans bedenken flissig und getulich zuo heren; und so man sich also in gemein mit dem hauptman verglichen kan, soll dasselb geschehen; ob es aber fierfallen wurd, das sie sich dermossen in gemein oder durch das merer nit verglichen, soll alsdan der zuofall bei dem hauptman ston, dobei es ouch entlich pliben soll, und was also durch den mereren teil, als den hauptman und kriegsrete, oder aber, so sie glich stimen hetten, durch den zuofal des hauptmans beschlossen wurd, das soll der hauptman trulich usrichten on allen verzug und verhinderung und fur sich selbs usserhalb der kriegsrete beschlusz, ouch anderer meinung, dan wie vor angeregt ist, nichts fierzuonemen noch zuo thun haben.»

Hauptleute und Kriegsrate haben sich den vereinigten Ständen durch einen Eid zu verpflichten, dass sie ihnen hold, treu und gehorsam sein und ihr Amt nach bestem Wissen und Gewissen versehen wollen. Wenn einer der Hauptleute stirbt, so hat der Kurfürst von Sachsen binnen Monatsfrist die stimmführenden Stände und die Kriegsrate zu berufen, um einen neuen Hauptmann zu wählen, und zwar soll «von dem hauptman vleissig und trulich mit den kriegsreten geratschlagt und gehandelt werden; ob sie sich aber solichs hauptmans also im gemeinen ratschlag nit verglichen moechtend, sollen sie den durch die stimen mit den kriegsreten sonder den anderen darneben gesanten reten befolen sein¹.» Wenn ein Kriegsrat stirbt oder durch «ehafte»

¹ Sinn? Es scheinen durch Versehen des Schreibers ein oder mehrere Worte ausgefallen zu sein.

verhinderung sein Amt nicht verwalten kann, soll von dem Stand, der ihn verordnet hat, alsbald ein anderer ernannt werden.

Zu Hauptleuten sind erwählt: Herzog Johann Friedrich von Sachsen und Landgraf Philipp von Hessen. Damit nun diese über die ihnen zustehende Gewalt Bescheid wissen, und damit keine Irrung deswegen vorfällt, sind folgende Artikel vereinbart worden:

Die Gegenwehr soll überhaupt nur in Anwendung kommen, wenn ein oder mehrere Bundesstände «umb ursachen willen, davon unser cristenlich verstantnus meldung duot», angegriffen werden oder wenigstens von einem Angriff unmittelbar bedroht sind. Das hinterlegte Geld soll geteilt und jedem Hauptmann die Hälfte zugeordnet werden, um im Fall der Not Gebrauch davon zu machen. «und sollen demnach dieselben zwen hauptlut, die wier zuo der ilenden hulf erwelt und verordent, ein jeder eintusent zuo ros z und 5000 zuo fuosz fremds togenlichts kriegsvolk bestellen, dieselben in furstender not zuo erforderen, ouch ier underhouptleut us beiden als oberlendischen und Sachsissen kreissen bestellen und annemen, domit man in zuofallenden sachen und handlungen diejenigen haben und bruchen mog, so der landsart und leut gelegenheit, ouch wesens und bruchs, kund und bericht sind. es soll ouch ein hauptman umb den anderen jeder ein halb jor die forderung der kriegsret und alle andere zuosamenforderung zuo thun haben; namlich soll herzog Johans Friderichs houptmanschaft und gewalt, auch die zeit des ersten halben jars uf sant Johans des teufers tag schierst kunftig [Juni 24] angon und bestand haben bitz uf den h. cristag volgend, soll lantgraf Philipps zuo Hessen houptmanschaft und gewalt ieren anfang haben und sich bitz wider uf sant Johans des teufers tag erstrecken. es sollen ouch die kriegsrete alweg die erklerung tuon, an welches ort man ziehen soll, oder ob an zwei oder mer ort soll gezogen werden. wan ouch der hauptman in sinem halben jor die ursachen befind, derhalben er achtet, das die kriegsret zuo erforderen und dovon zuo reden, ob die not vorhanden, das die ruter und knecht angenommen und zuo der gegenwer gegriffen solt werden, soll er alsdan den anderen hauptman dozuo ouch erforderen, welcher ouch durch sich selbs oder aber durch volkommenen bevelch erschienen soll und dozuomal durch eintrechtigen beschlusz der zweier hauptleut und acht kriegsret oder durch das merer us denselben mit ganzem fleisz bewegen, ob die ursach der gegenwer vermog der einigung vorhanden sei. so es dan die gestalt und gelegenheit erfordert, so sollen die hauptleut im namen gottes macht haben, das hindergelegt gelt anzuogripen und jeder sinen anteil der ruter und knecht ufzuopringen und noch vermog der verfassung handeln. so ouch die zwen hauptleut und die acht kriegsrete sich harin nit verglichen oder ein merers machen wurden, soll der hauptman desselben jors macht haben, ein zuofal zuo geben, dorbei es ouch entlich pliben soll. es soll ouch uf den fal derselb hauptman furter macht haben, uns die churfursten, fursten und stende umb ein merer dorlegung zuo underhaltung solcher ilenden hilf zuo erforderen und wier, die churfursten fursten und stend, sollen dasselb also von stund on sumnus erlegen, ouch in dem uf ander nit verziehen oder warten. welcher aber in dem sumig wurd, soll noch erkantnus der kriegsrete dorumb zimlich gestraft werden. got dan der zug uf Sachsen oder das Sechsichs, Westfelisch oder niderlendisch ertrich, und sie die

hauptleut beid mit der anzal, wie benent, der fremden ruter und knecht, zu der ilenden hilf verordent, zuosamensetzend und solchs von den kriegsreten mit beschlossen wurd, sollen wier herzog Johan Friderich oberster sein, und wier lantgrof Philipps seiner lieb unser angenomene ruter und knecht zuoschicken[?]. got aber der zug uf Hessen oder uber den Mein uf die stend des Rinischen, Schwebischen rechtens ort, so sollen wier, lantgrof Philips, oberster sein, und wier, herzog Hans Friderich, sollen seiner lieb unsere angenomene ruter und knecht zuofertigen. so aber jeder hauptman an sinem ort den krieg fieren [würde], soll noch ermessen der kriegsrete und, so es not, des hauptmans zuofall jeder hauptman die stend, so in sinem kreis sind, mit bewilligung der kriegsrete zuom teil oder mit ganzer macht ufzuofordern, ouch uf das fremd kriegsvolk, dasselbig zuo erhalten, witer anlag mit gelt zuo thunen macht haben. es sollen ouch die stend der einigung solcher ufforderung ouch anlag zuo gehorsamen schuldig sein. so soll ouch uf den fall jeglichem hauptman von den neun stimen ein sonderlicher kriegsrat, namlich 8 perschonon, zuogeoronet werden, und sollen sonst alle ding lut der verfassung gehandelt werden. so aber beid hauptleut mit dem fremden kriegsvolk, ouch mit dem ufnemen der stend und der ganzen gewaltigen oder beharlichen hilf noch bewegnus der kriegsrete zuosamenstossen wurden, do dan ein regement sein miest, soll alsdan ein oberster hauptman us uns, den drien fursten, namlich herzog Johans Friderich zuo Sachsen, herzog Ernsten von Lunenburg oder lantgrofen Philippen zuo Hessen, so im feld zuogegen werend, erwelt werden, und doch ein jeder der beider voringen hauptleut uber sine versamleten dusent pferd und 5000 zuo fuosz und uber fursten grofen herren ritter knecht und underthonen seins hufens und lantschaft hauptman pleiben, doch also das er dem obersten hauptman, was der beflicht oder handelt, mit vorgethanem beschlusz siner geordenen kriegsret, in allweg gehorsam zuo leisten, schuldig und gewertig sein sol.» Dieser oberste Hauptmann soll nach gütlicher Uebereinkunft der von den Ständen gesandten Befehlshaber ernannt werden; können sich diese aber nicht einigen, so soll die Wahl durch die neun Stimmen oder die Majorität unter diesen erfolgen. Der Erwählte soll die Annahme der Wahl nicht verweigern. «und so sich zuotragen wurd, das sich der huf wider teilen miest, soll alsdan der oberst hauptman noch rat und bedenken seiner kriegsrete den haufen, so an andere ort ziehen wurd, mit einem dogenlichen hauptman zuo fursehen macht haben, doch obgemelter meinung unvergriffenlich.»

Die beiden Fürsten von Sachsen und Hessen als Hauptleute beanspruchen für ihre Mühwaltung nur in Kriegszeiten eine Entschädigung, und auch dann nur eine mässige. Die Kriegsräte werden in Friedenszeiten von den Ständen, welche sie ernannt haben, besoldet; im Kriege erhalten sie von Bundes wegen eine Besoldung.

«Es soll ouch sonst ein suma gelts, namlich 7000 gl., uf sondag trinitatis [Mai 26] zuo handen der hauptleut, namlich jeder die helft, nach obangezeigten anschlag der grossen suma erlegt und geantwort werden, dovon notturftige kuntschaft zuo machen, underhauptleut zuo roszt und zuo fuosz zuo bestellen, schriber zuo underhalten, botschaften und sonst alle andere notturft zuo derglichen sachen uszuorichten, dovon der hauptman alle jor sant Johans des teufferstag den stenden der nün stimen rechnung tuon und,

was uberig ist, zuo verner notturft behalten [soll]; wurde aber doran mangel, so sollen wier von stund an solchen mangel, desglichen ein new anlag innerhalb des nesten monats, nochdem so es der regierend hauptman anzeigt, entlich erlegen. es soll ouch der hauptman mit rat und wissen der zuogeor-denten 8 kriegsreten umb mer underhauptleut uber reuter und knecht, wie vor gemelt, handeln und, so sie sich umb zimlich wartgelt wellen bestellen lossen, nach gelegenheit der zeit perschonon und sachen zuo beschliessen haben. es soll ouch ein jeder oberster hauptman, so jetzt verordnet, nit lenger dan uf ein jor bestellt werden und bei uns einigungsverwanten ouch bei den hauptmannen steen, den oder dieselben lenger bleiben zuo lossen oder alsdan andere zuo verordnen, desglichen, ob den hauptleuten samentlich oder sonderlich lenger dorinnen zuo verharren, wil gelegen sein. den haupt-leuten soll ouch befohlen sein, so vil iemer muglich noch solichen reuteren und fuoszknechten zuo trachten, die den einungsverwanten nicht verwant sind.»

Jeder einzelne Stand soll gute Kundschaft anstellen und alles, was er von Praktiken der Widersacher erfährt, dem regierenden Hauptmann anzeigen. «wen[n] aber durch den regierenden hauptman und die kriegsret befunden und ermessen wurde, das die bestimpte suma an reitern und knechten, zuo der ilenden hilf verordnet, noch gestalt der vierfallenden not zuo gering werend, soll der hauptman noch rat der kriegsrete oder, so sie kein merers in ieren rat machen wurden, durch sinen zuofal, wie vorstat, macht haben, bei uns einungsverwanten in gemein oder den nestge[se]ssenen uf unser aller costen ein mereren zuosatz zuo erfordern, wievil in und die kriegsrete fur not und guot ansicht, uf das die ilend hilf gegen den wider-sachern beharren mäg, bis solang die einungsverwanten mit ierem witeren nochtruckten und macht ufkomen.» Im Fall, dass nun eine solche Verstärkung von dem Hauptmann und den Kriegsräten gefordert wird, «sollen der oder diejenigen, so also schicken werden, iere hauptleut und kriegsvolk mit dem nemlichen statlichen und ernstlichen befehl abfertigen, das sie dem obersten hauptman, so uber die ilend hilf dozuomal verordnet sein wurd, ouch folgend dem erwelten obersten hauptman zuo der beharlichen hilf on einiche widerred gehorsam leisten, ouch dem uberzognen, vergewaltigten oder bezwertten teil zuo nutz handeln, desselben fromen furderen und schaden fierkomen» etc., als ob es sich um ihr eignes Wohlergehen handle.

Auch ist beschlossen, «das unser keiner fur sich selbs von sachen wegen, dovon unser ufgericht cristenlich verstentnus melden thuon, einichen veldzug krieg oder belegerung furnemen oder utzit handeln soll, dorus nochmols vermutlich kriegsubung mochten erfolgen.» Vielmehr soll jeder Stand, dem etwas Beschwerliches begegnet, sofort an Hauptmann und Kriegsrate Meldung erstatten, welche dann zu beschliessen haben, was zu thun ist. Wer diesem Beschluss nicht nachkommt, muss gewärtig sein, sich selbst überlassen zu werden. Nur wenn jemand unversehens plötzlich überfallen wird, so soll ihm die Notwehr unbenommen sein; nichtsdestoweniger soll er aber sofort an den Hauptmann berichten.

Ferner sollen «der regierende hauptman und die kriegsret von stund neben erfordern und ufnemen der kriegsleut zuor ilenden hilf uns uf einen sonderlichen fridlichen gelegnen platz bescheiden, do zuo ratschlagen und zuo

beschliessen, ob und wo es die notturft erforderen werde, die grosz und beharlich gegenwer fierzuonemen, wie solichs beschehen und ein jeder einungs-
verwanter mit leib und guot zuoziehen, ouch was und wie mit der ilenden
hifl zum fruchtbarlichsten und nutzlichsten gehandelt werden soll. werdend
aber der regierend hauptman und die kriegsret befinden, das sich die sachen
unverzughlich zuo einem hauptkrieg ziehen und schicken, und die bestimpte
ilend hifl noch ein gemeiner zuosatz zuo widerstand des uberzugs nit genug
sein wurd, so sollen alsdan on einiche vorgend zuosamenkomen oder schicken
und beratschlagen alle einungsverwanten uf vilgemelts hauptmans und der
kriegsrete anzeigen und erforderen und sonderlich diejenigen, so an einander
am nesten gesessen, one verzug oder einiche bekentnus der witeren hifl
einander ufs sterkist zuo roszt und fuoszt mit geschutz und allem vermugen
land und leut zuoziehen und hifl thuon, ein jeglicher solcher gestalt und nit
anders, das als ging es on mittel in selbs an, wie es ouch in der worheit ist
und nicht anders sein wurt, doch mit der underscheid, welche under den
stenden also einander in der ile in allweg zuoziehen, das solichs wie vor
beriert uf der anderen mitdarlegen cost und schad beschee, domit kein teil
vor dem anderen beschwert, und dises fals wie ouch in derglichen sachen
alwegen ein reisiger, so die ein monat umb zehen gl., wie vorgemelt, nit zuo
bekomen, fur drei zuo fuoszt gerecht werde.»

Wenn der Hauptmann und die Kriegsrate befinden, dass die Praktiken
und Anschläge der Widersacher nicht derart sind, dass das Aufgebot der
eilenden Hülfe notwendig ist, so soll der Hauptmann einen Convent der
Einigungsverwanten berufen, um zu beratschlagen, «wie die vorstenden
beschwerden zum friden durch handlung oder andere fugliche weg mit dem
wenigsten nochteil und schaden vorkomen und abgewant werden moegen.
doch ob jemans in disem krieg zuovor beschedigt were, das dem das sein
wider zuogestellt oder sonst, so es verthon, estat werd. wo aber der frid nit
zuo erlangen sein wurde, der doch, wo es die sachen leiden wellen, durch
uns alwegen gesuoht, das dan die gegenwer, wie die notturft erfordert, im
namen des herren mit herzen und allen truen gethon werde».

Wenn die Gegner, wie wahrscheinlich, an mehreren Punkten zugleich
angreifen, in der Hoffnung, dass alsdann keiner dem andern zu Hülfe kommen
werde, so soll es gleichfalls dem Hauptmann und den Kriegsrate anheim-
gestellt sein, «an welchen ort sie fur das notigest, fruchtbarlichst und beste
ansihet, mit der ilenden hifl zuozesetzen und retung zuo thuon. aber domit
glichwol der nochtruck und die beharliche hifl, so es die notturft erfordert,
dis fals auch erfolge, soll der hauptman sampt den kriegsreten — sover es
ein solchen verzug on der einungsverwanten nochteil und schaden liden kan
und mag — uns wie vorgemelt unverzughlich an ein andere molstat, den fier-
fallenden sachen gelegen, beschreiben und erforderen, doselbs ouch wier
perschonlich oder durch vollen gewalt erscheinen sollen, durch die alsdann
mit vleis bewogen und beschlossen, an welch ort oder wie die hifl witer
geschehen soll, uf das niemans ufgelegt werden möge, als ob er sich seins
teils mit der hifl nit gepurlich gehalten hett, sonder sich in allwege wissen
zuo erzeigen und ze halten, wes alles vorgemelt beratschlagt und beschlossen
worden ist.»

Wenn aber der Angriff an vielen Orten und so plötzlich und heftig

geschieht, dass keine Zeit mehr ist, eine Tagsatzung abzuhalten, so sollen alle auf Erfordern des Hauptmanns und der Kriegsräte schleunigst ihre ganze Macht aufbieten und in einen Haufen zusammenziehen, ausgenommen den Fall, dass für besser angesehen wird, «das durch einen oder mer dises teils den widerwertigen zuo errettung derjenigen, so vergwältiget, in iere land und gepiet gezogen werden solte.»

Da sich nicht alle künftigen Fälle specialisieren lassen, so soll im allgemeinen stets der Hauptzweck des Bundes, die Aufrechterhaltung des Evangeliums, im Auge behalten werden, und in diesem Sinne soll einer den andern mit Aufbietung seiner ganzen Kraft unterstützen.

Wenn es «zu einer beharlichen oder grossen hilf» kommt, und namentlich wenn dieselbe sich an mehrere Orte verteilt, soll ein oberster Hauptmann aus den drei Fürsten gewählt werden¹, der mit Rat seiner 8 zugeordneten Kriegsräte «den ganzen kriegshandel» zu leiten hat. Der Hauptmann über die eilende Hülfe bleibt, ist aber verpflichtet, den Befehlen des obersten Kriegeregiments zu gehorchen; er und seine Kriegsräte haben, wenn die Haufen bei einander sind, nur beratende, nicht beschliessende Stimme. Dem obersten Hauptmann und seinen Kriegsräten soll eine «zimliche underhaltung gegeben werden, domit sie sich zuor notturft statlich erhalten mogen, des versehens, das ouch der hauptman in disem handel als siner eigen sach sich an einem zimlichen werde geniügen lossen, aber in aller anderen nutzung oder gewins soll im nicht mer dan noch anzal seins eignen volks der gepierend teil volgen und alles anders in den gemeinen nutz aller ainungsverwanten gezogen und geprucht [werden]. in glicher weis soll es mit den houptluten, zuo der ilenden hilf verordent, in solchen fellen ouch gehalten werden.

Es sollen ouch die fursten, so jetz zuo der hauptmanschaft über die ilend hilf verordent, sampt den kriegsreten von stund an ein notturftig kriegsregement stellen und also gefertiget bei handen behalten, bis man das bedurfen wurde, das alsdan doran kein mangel erschein; und wie das geschutz zur ilenden hilf sampt siner munition zuom bequemlichsten zuo erlangen und zuo erhalten sein wil, soll jeder zit bei des regierenden hauptmans und kriegsrat bedenken sten, und das in ierer kriegsordnung zuovor ouch zuo beratschlagen und verordnen.» Doch sollen die Kosten für Geschütz und Munition nach Massgabe des grossen Anschlags auf die einzelnen Stände verteilt werden.

«Ob fierfiel, das unser einungsverwanten einer oder mer in des oder des anderen schlosz stet land und gepieten offnung bedurfen wurd, das dem oder denselben einungsverwante, was stends der oder die werend oder sein wurden, mit ierem kriegsvolk hab und gieteren in des oder der anderen land furstentumen herschaften und gepieten schlosz stet und anderen flecken, so lang dise einigung weret, offnung gestat und gegeben werden soll, doch soll solichs nit anders oder verner verstanden werden, dan in sachen des gotlichen worts und was demselben anhengig, und nit in anderen sachen usserhalb der cristenlichen vereinigung fiergezogen oder gemeint sein; es sollen ouch diejenigen, so also die offnung zu ierer notturft suchen und gepruchen, von dem oder denjenigen, so die ofnung gestat und geben, fruntlich und guotwilliglich gehalten, vertediget und gehanthabt werden, als treff es

¹ S. oben p. 140, wo von der Wahl des obersten Hauptmanns schon einmal die Rede war.

ieren jeden selb an. herwiderumb sollen sich ouch diejenen, so die offnung suochen, derselben uf ieren eignen costen und schaden geprauchten, sich ouch am selbigen ort in belegerung und sonst also halten als derselben offnung herschaft eigen kriegsvolk, das ort helfen zuo bewachen, zuo schutzen, zuo beschirmen, nit wenigens, dan ob es dem oder denen, die offnung suochen und geprauchten, selbs zuostund.»

Bei allen Irrungen und Streitigkeiten zwischen den Einigungsverwandten, ihren Dienern oder Kriegsleuten haben der Hauptmann und die Kriegsräte durch Majorität zu entscheiden, und alle Einigungsverwandten verpflichten sich, deren Entscheidung anzuerkennen.

«Es soll ouch aller gewin noch anzal der anlag und hilf usgeteilt werden, und ob sich begeh, das unser einer sin land oder vestung rumen miest umb gemeiner not sachen und rettung willen, und doruber etwas von stetten festungen land oder leuten verlure oder schaden doran empfang, so soll on wissen und willen desselben kein frid oder anstand gemacht [werden], es wer dan zuovor demselben beschedigten sine verlorne gieter widerumb zuogestellt und sin empfangner schad erstattet; desglichen ob jemens von herschaften, diser einung verwant, gefangen oder nidergelegt wurd, solt es diser mosz ouch gehalten werden.

Nochdem aber in diser verfassung zuor gegenwere das gedien und verderben der einigungsverwanten nest got uf den zweien houptluten zuo der ilenden, und volgen[ds] uf dem obersten houptman zuo der beharlichen hilf sampt ieren zuoordneten kriegsreten stet, soll inen dise vereinigung und verfassung mit hochstem truen vleis befolen und ingepunden werden, wie si dan ouch mit eiden und pflichten dermosz eingenomen und verfast, als solch in ein solchen grossen mechtigen werk die hoch notturft erforderen wil. und wiewol alle fell, so hierinnen noch dem willen gottes fierfallen moechten, in dise ferfassung der gegenwer anzuozeigen unmuglich, so sol doch den houptluten uber die ilend hilf und den zuoordneten reten ein instruction gestelt und gegeben werden¹, sich haben dornoch zuo halten und zuo richten.»

141. Der Rat an Jacob Sturm und Jacob Meyer in Schweinfurt. Mai 11.

Str. St. Arch. AA 459 f. 72/75. Ausf.

Strassburg könne sich nicht verwehren lassen, in weltlichen Sachen Bündnisse mit Zwinglianern und Wiedertäufern zu haben.

nr. 138.

Hat das Schreiben v. 26. April empfangen und «verlesen gehört, und under andern den puncten, das man sich der zwinglischen und widerteufer sollte entslaen, denen kainen beistand oder gunst zu beweisen; daruber wir dann auch herrn Martin Butzern verhört, und das herr landgrave niemants des orts begeben haben oder begeben will, us demselben ewern schreiben und herr Martin vermerkt, und das ir auch, wes wir im selben gesinnet oder willens weren, zu wissen begierig seiend. fugen euch deshalb zu vernemen: wiewol euch on das unverborgten, wes bi unserer kirchen und uns in der leer und im grund diser baiden puncten gelert und gehalten wurdet,

¹ Am Rande von derselben Hand die Bemerkung: «Dis notel ist instruction.»

das, wo es allain derselben leer betreffe, es bi uns unstreitbar were; so sich aber dasselb auch dahin möcht strecken, wes künftig sich zutrüge, ob das gleich kaine sachen des glaubens berurte, uf disen vertrag verstanden oder gepogen werden mochten, und wir dann nit zweiveln, es auch andern stetten dermassen mit jemandis zu irer gelegenheit verainigungen oder freuntschaft zu haben, hiemit verstricken zu lassen, ungelegen, wissen wir dessen auch nit einzugeen, und gedenken harin unserm gnedigen hern, dem landgraven, und andern stetten, so harin frei ston wollen, anhang zu thun. Das wir aber den zwinglischen oder widerteufern mit der leer nit zufallen solten, daran, damit christlicher frid mocht fürgang haben, weren wir unbeswert; dann was wir mit unbeswerter gewissen in sachen des glaubens solichen friden verursachen und fördern mochten, das wolten wir an uns nit mangel erwinden lassen» etc. Dat. Sa. 11. Mai a. 32.

142. Landgraf Philipp an den Rat.

Mai 16.
Friedewald.*Str. St. Arch. AA 454 Ausf.*

Angebliche Werbungen gegen die Türken. Hauptleute zu bestellen.

«Nochdem wir durch unser gleubliche kuntschaft vernemen, das etwas an der bewerbung Leopart Thurcken¹ ist, im schein, als gelt es wider den Turken, wie er sich dan des jegen dem herzogen von Geldern, bei dem er auch ansuchung gethan, hat vernemen laszen, aber noch zur zeit seind wir nit gewisz, wie geverlich oder grosze solich bewerbung sein soll: so ist unser bedenken, das man dennochts die sach nit veracht und der dinge gut aufsehens und achtung neme.» Bittet um Kundschaft. Er habe auch Wilhelm von Fürstenberg und Hans Kratzer beauftragt, 16 Hauptleute, «die geschicksten und berumpsten, so sie bekommen und haben mogen,» von Trinitatis [26. Mai] bis Weihnachten auf Wartegeld zu bestellen. Bittet auf Grund der Bundesverfassung, dem Fürstenberg und Kratzer das Geld, welches sie zur Bestellung der Hauptleute brauchen, auf Conto des Anteils an der kleinen Anlage der 7000 fl. auszuzahlen und ihm Rechnung darüber zuzustellen.² Dat. Friedewald Do. n. Exaudi a. 32.

143. Die Dreizehn an die Geheimen von Ulm.

Mai 25.

Ulm. Arch. Ref. T. XIV. Ausf.

Erinnern an ihr letztes Schreiben(*), worin sie mitgeteilt, was der Landgraf dem Grafen Wilhelm v. Fürstenberg und dem Hans Kratzer wegen der Unterhauptleute befohlen, und was sie selbst mit dem Kratzer deswegen gehandelt². Nun seien Fürstenberg sowohl wie Kratzer krank; deshalb habe ersterer den Zeiger dieses Briefs an Ulm abgefertigt. Da nun «die

nr. 142.

¹ Ein Commissar König Ferdinands?² Ebenda Quittung Fürstenbergs, dem Strassburger Rat über den Empfang von 800 fl. zur Bezahlung etlicher Hauptleute ausgestellt, d. d. Juni 26. Ferner liegt bei eine Quittung eines gewissen Hans Kurz von München über 24 fl., die er als dreimonatliches Dienstgeld empfangen hat, d. d. Mai 13.

sachen die christlichen ainigungsbewandten, euch und uns mit inen belangen thut,» so solle Ulm dem Zeiger möglichsten Vorschub leisten, damit er «hauptleut, die hierzuo am dienstlichsten und bequemlichsten, bekommen mag.» — Dat. Strassburg 25. Mai a. 32¹.

144. Claus Kniebis, Gesandter Strassburgs auf dem Reichstage, an den Rat.
Mai 28 u. 29.
Regensburg.

Str. St. Arch. AA 456. Conc. von der Hand M. Han's, wahrscheinlich nach Dictat.

Hat das Schreiben wegen der Türkenhülfe erhalten. Schreiben an Ulm. Will Strassburgs Verfahren bezügl. St. Stephans verantworten. Der Kaiser verlangt eilige Leistung der Türkenhülfe. Strassburg möge sich dazu bereit halten.

«Ewer jüngsten schrift (*), mir auf mein darvorgeschehen schreiben (*) und beger, wesz ich mich der Turkenhilf halben, wo der begert frid nit erlangt werde, halten soll etc., gethan, hab ich auf mitwochen nach pfingsten nechstverruckt [Mai 22] empfangen» etc. Verspricht, dem darin gegebenen Befehl sowie seiner Instruction nachzukommen.

«Mit dem schreiben, so ir auf mein pitt an die von Ulm gethan (*), bin ich wol gesettigt, ungezweivelt, sie werden sich darauf — wie bishär auch beschehen — freuntlich gegen mir beweisen.

Sodann was mit der äptissin und dem stift zu Sanct Steffan bei euch gehandelt worden², hab ich alles gelesen und gnugsam verstanden. wiewol ich nun verhoff, mein gn. herr von Straszburg³ werde sich diser handlung nit sonders beclagen, hab ich doch in Rom. kai. mt. etc. unsers allergnedigsten herrens, desglichen auch in der Mainzischen canzlei sovil kuntschaft gemacht und versehen, also wo etwas zu clagen komen, das solichs, als ich vertrew, mir furderlichen angezaigt wurde. alsdann wölt ich mich mit verantwortung und entschuldigung ewer meiner hern und ainer statt Straszburg nach bestem vleis und als ich ze thun schuldig bin, gehorsamlich und gutwillig beweisen.»

Uebersendet eine «sumarische aufzeichnus» dessen, was seit seinem letzten Schreiben in Regensburg gehandelt ist (*). Dat. Regensburg 28. Mai a. 32.

P. S. «Gestern umb IIII uren nachmittag hat kai. mt. gemeine stend zu irer mt. in ir herberg fordern und durch pfalzgraf Friedrichen allerlei artikel und namblich anzeigen laszen, wie der Türk ausgezogen und aigner person dahär uf teutsche nation ziehen soll, also das die gegenwehr aufs eilendst von nöten, mit beger, man wölle mit der hilf nit lenger verziehen etc.»

Auf Verlangen der Stände hat der Kaiser ihnen sein Anliegen auch schriftlich überreichen lassen. Die Stände haben darauf geantwortet laut beiliegender Copie (*), aus deren Schluss zu ersehen, dass die Evangelischen abermals bei ihrer Protestation geblieben sind.

¹ Ebenda die Credenz Fürstenbergs für seinen Abgesandten, Namens Martin Beham, an Ulm.

² S. Anhang Beilage B.

³ Sc. der Bischof.

Falls der Ausfall der Schweinfurter Verhandlungen das Zustandekommen des Friedens auf dem Nürnberger Tage erwarten lasse, möge Strassburg schon daran denken, sein Contingent zum Türkenzuge anzuwerben, «dweils die kai. mt. so furderlichen begert, und dann die stend solichs bewilligt haben, damit wir nit die letsten weren». — Dat Regensburg Mai 29 a. 32.

145. „Der Prediger ratschlag uf die artikel zu Schweinfurt furgeschlagen¹.“ [Mai].

Str. St. Arch. AA 439 f. 52-59. Orig. von Bucers Hand.

Die künftigen Glaubensgenossen sind in den Frieden ein- oder doch nicht ausdrücklich auszuschliessen. Für das Concil genügt die Bezeichnung „frei, christlich“. Ueber die Fassung des Artikels von den Sacramentierern. Der Artikel „von den Unterthanen andrer Obrigkeiten“ ist in der Fassung der Unterhändler beschwerlich. Gründe dafür.

«Im ersten articel ist beschwerlich, das der fridlich anstand nit solle an die auch, so sich u[nser] confession hiernacher vergleichen werden, gereichen. dan uf die weis nit dás h. evangelium, sonder allein unsere leib und guter befridet werden; solle aber uns an befridung des evangeli das höchst gelegen sein, derhalb ware erkantnus Christi keinswegs nachlossen wurd, daruf mit höchstem fleisz zu handeln, das der anhang «oder einlossen wurden» erhalten werde.

p. 131.

Solichs ist auch angepotner handlung ganz eben und gemesz, weil man doch umb anstand in der streitigen religionsachen handelt; dann euserlicher sachen halb het man gemeinen landfriden, die religion aber, so wir christlich erkennen, ist im Augspurgischen abscheid in allen unfriden gesetzt. so man derselbigen dann einen anstand geben wolte bis uf ein concili, solte ja alles das, domit si angefochten worden und als den glideren und stenden des reichs keinswegs annemlich verdammte, angestellet und bis zum concili ufgehoben sein, und also die religion wider in friden gesetzt, das, wer sich deren anmasset, irenthalb kein gtar bestohn dörfte.

Es ist auch nichts, das man sagen wöll, man neme sich in solichen frembder sachen an; dann erstlich nimet man sich der religion an, das unser hochste sach uf erden sein solle, welche auch geschmehet und verdamet wurd, so si einigen menschen als uneerlich und nit anzunemen verpoten sein solle. dann was einem frommen an im selb nit gepuren mag, das müst auch an im selb unredlich und keinem zu erlauben sein. es wurde auch kein eerlich man, der einen handel füret, den er ufrichtig achtet, doran genug haben, das solicher handel im wol unverwislich, aber anderen, die gleich so fil fug als er dozu hetten, ufs hochste verwislich und strafbar sein solte.

Zum anderen sind wir, so ferr man die religion und gott ansicht, alle in Christo einer, und sollen sich die kinder gottes jeder des anderen als seins

¹ Aufschrift von Sturms Hand. Die Artikel, auf welche sich der Ratschlag bezieht, sind die am Schluss der Schweinfurter Verhandlungen beiderseits vorgeschlagenen. S. p. 129 ff., Beil. IX u. X. Die Instruction, welche die Strassburger Gesandten für den Nürnberger Tag (Juni 3) erhielten, schliesst sich obigem Ratschlag der Prediger an, jedoch ohne die ausführliche Begründung und mit den in den folgenden Anmerkungen hervorgehobenen Zusätzen. (Concept und Ausf. im Str. St. Arch. AA 441, ersteres nach einer Notiz des Stadtschreibers am 20. Mai durch Jacob Sturm, Conrad Joham und Jacob Meyer verfasst.)

mitglieds am leib Christi bis in vergiessung des bluts zum getreulichsten annemen. in dem wurd weiter auch dis gesehen, das man mit streiten gedachter clausulen weder superioribus noch posterioribus mit den iren zu handeln masz setzet, dann wir nit meer suchen, dan das die religion, so wir christlich erkennen, nit als unchristlich widerfochten werde, welchs do geschicht, wenn si einigen christen als unchristlich verpoten wurd. zudem so ist religio caussa publica, darus die evangelischen [fürsten] zu alledem auch zu raten haben, das der religion halb fur gemeine stend gesetzet und beschlossen werden solle, wie dann im reich kein pure monarchia sonder mit der aristocrati gemessiget ist. sollen dann die evangelischen stend einen fridlichen anstand erlangen, so müssen si auch aller ding in integrum restituieret werden; jetz wurd si dann je angohn, was im reich ouch fur andere der religion halb solte furgenomen werden. derhalb mache mans, wie man wölle: so lange die evangelische leer nit an ir selb und daher gegen jederman ungetadlet, unverdammet und unverpoten gelossen wurd, thut man den evangelischen f. und stenden gewalt, beharret in unrechtmessigen streit wider si und entsetzet si irer eeren und gerechtigkeiten, oder aber unser lere ist nit die evangelisch lere. es ist je gewalt und unrecht, die evangelischen stend der religion halb, die die einig und ware christliche religion ist, derenwegen alle, die sich ir annemen, erst meer geeret und gefreiet werden solten, so man fürs gemein reich von der religion handelt, [zu] umbgohn, und soliche religion, deren dise anhängen, als unchristlich anderen [zu] verpieten. darumb ist der titel «*furschlag eins fridlichen anstands in der streitigen religionsachen*» aller handlung ungemesz, und were in alle weg umb ein friden in zeitlichen sachen, die religion umbgangen, zu handeln gewesen, wie es diser teil alle mal begeret hat; dann als man uf jenem teil noch gesinnet [?] ist und uf disem sein solle, so ist alle handlung, der religion halb ein anstand zu machen, unerschieszlich».

Jedenfalls dürften die Stände nichts bewilligen, wodurch ihnen «abgestriekt» würde, das Evangelium zu fördern und den bedrängten Glaubensgenossen Beistand zu thun. Wenn es nicht zu erreichen sei, dass ihnen dies ausdrücklich zugestanden würde, so dürften sie es sich wenigstens nicht verbieten lassen. Unzweifelhaft müsse man aber diejenigen, welche schon jetzt sich zum Evangelium bekennen, in den Frieden einschliessen und eventuell verteidigen, auch wenn sie nicht dem Bunde angehören. Hinsichtlich des Concils könne man sich mit der Bedingung, dass es ein «freies, christliches» sein müsse, zufrieden geben. Diese Worte sagten genug; eine nähere Definition des verlangten Concils werde auch nicht helfen¹.

«Den anderen articel belangen, dieweil der glaub keine person ansicht und seinen Christum auch in den verachtetsten bekennet, mag er nit erleiden, das man die zwinglischen under den ketzern hinwerfe, die wir wissen, das ware evangeli vor inen haben. nochdem aber der articel, wie der von uns gestellet, auch die pepstler verdammet und deshalb filicht von k. mt. nit wolte also angenommen werden, mochte man in soliche form bewilligen: das man nieman, der den kindertauf verwerfe und den widertauf einfuren oder

¹ Die Instruction zum Nürnberger Tage (s. vorige Anm.) fügt noch hinzu: «doch des solich concilium in teutschen landen gehalten wurde.»

das h. sacrament des waren leibs und bluts Christi verachten und die ware gegenwertigkeit Christi im abentmal verleuknen wölte, sofil soliche seine irrige lere betrifft, hilf oder bistannd thun wölte, oder: das man den wider-teufern und sacramentierern, die wider die ware gegenwertigkeit Christi im abentmal, wie dieselbig in der confession bekennet ist, wissentlich leren oder halten wolten, in solcher lere oder sofil soliche lere betrifft, etc. der glaub würd das auch nit zugeben, das man disen oder anderen christliche hülff oder alles, das dozu dienlich, abschlagen solte, dann wie vor gesagt, solicher glaub macht, das under einander glider sind, sich auch also bewisen alle, die aus disem glauben Christum erkennen.

Im dritten articel ist beschwerlich, das stoht, das kein parti des anderen underthon in sachen des glaubens an sich ziehen solle; dann in sachen des glaubens wir nicks, das unsers berufs imer sein mag, underlossen sollen, alle welt an uns zu ziehen. man mag sich auch mit gott weiters nit begeben, dan dieweil jeman noch under seiner oberkeit ist, denselbigen mit gewalt nit zu schutzen, und dasselbig denoch also, das sich nieman des begeben, das seinen beruf und von gott gegeben gewalt jetz berürt oder noch berüren möchte. die f. und stende des reichs sind durch einander glider, und wiewol si abgeteilte jurisdictionen haben, jedoch sind si alle auch gemeinem reiche verwandt und des wolfart allenthalb durch mittel, so irem beruf gemesz sind, zu furderen schuldig. aus solichem möchte sichs zutragen, das gepuren wolte, sich deren, so schon noch hinder anderen obren wohneten, weiters anzunemen. es ist auch hierin zu bedenken, was etwan lehenherren gegen den underthonen irer lehen oder auch lehenherren mit den lehensunderthonen wider willen des lehenherren der religion halb zu thun sein wolte; dann je gottlicher befehl und will menschliches gewalts und ordnung halb grosz freiheit haben solle. jedoch ist allweg fleissig druf zu sehen, weij menschlich art ir herschaft imer zu erweiteren begeret, mit was fugen das imer sein mag, das ein jeder, so fil die religion ein gotlichere (?) sach und deshalb sofil weniger durch menschliche klugheit oder gewalt gefurdret sein [soll], so fil fleissiger auch ufsehe, das er seinen beruf und bevelch in solchem handlen nit uberschreite. deren aber, so der religion halb zu einiger oberkeit fliehen, musz man sich als der pilger und verfolgten Christi in keinem weg begeben. es will auch beschwerlich sein, das ein jeder mit vorwissen seiner oberkeit abscheiden solle, nachdem etlich so ungeschickt wider unser religion fechten, das si, obgleich kein ander ursach do, wol ein und meer erdenken, domit si arm leut, so gern von inen weren, behemmen werden. derhalb könden wir nicht gedenken, das diser articel besser möchte gestellet werden, dann desselbigen form in dem ersten bedenken der stett christlicher vereini-gung verwanten begriffen ist: das nemlich keiner des anderen underthonen mit gewalt und wider den landfriden von im abtringen, zwingen oder in schutz nemen solte, doch sunst einem jeden an seiner freiheit und rechten unabbruchlich¹.

p. 123.

In disem und allen anderen articulen achten wir, das der christlich glaub, der nun wol weisz, das er die welt mit nicht[en] zur billigkeit verbinden mag, und das allein zu gott und gar nicht zu der welt stoht, was si furneme,

¹ Hier will die Instruction noch einen Zusatz derart, dass es heisst: „doch ains jeden orts harkommen und freiheit a m freien zug unabbruchig und unvergriffenlich.“

genug solte haben, sich nur in soliche wort nicht zu begeben, durch die er der warheit gottes abstunde, dieselbige sofil an einem jeden ort und gegen jederlei leuten gepurt, zu verlehen [?], vertedigen, furderen und bei derselbigen denen, so soliche bekennen, christliche hilf und beistand zu thun.

In anderen articulen finden wir nicks, das glauben untreglich sie unsers verstands¹.»

146. Jacob Sturm und Jacob Meyer, Gesandte auf dem Tage zu Nürnberg, an den Rat.

Juni 10.
Nürnberg.

Str. St. Arch. AA 441. Orig. von Sturm.

Die Protestierenden lehnen die Friedensvorschläge der Unterhändler ab, desgleichen der Kaiser diejenigen der Protestierenden. Mainz und Pfalz ohne Vollmacht zu definitivem Abschluss. «Letzte Mittel» der Unterhändler, den Schweinfurtern sehr ähnlich. Fassung des Artikels von den Zwinglischen. Abweichende Gutachten über die Stellung zu den künftigen Glaubensgenossen. Verhandlung über die Wahlsache verschoben. Voraussichtlich noch lange Dauer des Tages. P. S.: Ansprüche des Kaisers bezüglich der Türkenhilfe. Letztere auch ohne Erlangung des Friedens kaum zu weigern, vielmehr schon jetzt Vorbereitungen dafür zu treffen.

«Wir haben uch nehermols geschriben² (*), wie wir hie ankommen, dergleichen hernoher die beiden churfursten³ auch. nun haben si uns erst samstag nechstverschinen [Juni 8] uf das rathus zu inen erfordern lassen und furgehalten, das si der abfertigung halb von kai. mt., die sonst mit grossen dapfern geschefden beladen, nit eher ankommen mogen, und wiewol si noch eins schriflichen bevelchs von kai. mt. gewertig weren, der al stund ankummen solte, so wolten si doch der sachen zu furderung, domit wir nit lenger ufgehalten, uns etlich mittel uf den muntlich bevelch, so in[en] kai. mt. in ierem verreiten gegeben, furschlagen, mit beger, die anzuhoren und uns doruf zu vernämen lassen; und haben uns doruf die mittel vorgelesen und in schriften zugestölt⁴. doruf man dises teils bedacht genommen und ein usschutz, wie zu Schweinfurt beschehen, verordnet. der hat die artikel besehen und befunden, das es vast der inhalt der artikel ist mit wenig verenderung, so die churf. uns zu jungst und letstem zu Schweinfurt furschlagen, doch alle mit dem anhang, das si solichs erst wolten bi kai. mt. befleissigen, ob die also erlangt mochten werden. dweil man nun die zu Schwinfurt nit annämen wollen, zudem erst hie auch in zweivel gezogen, so mir [*sic*!] schon bewilligten, ob kai. mt. die zulassen würde oder nit: ist fur gut angesehen, das man uf gestern suntag [Juni 9] den beiden churf. wider antwort gebe in schriften ongeverlich des inhalts⁵: ir churf. gn. hetten

¹ Die Instruction sagt bezüglich dieser Artikel, man solle versuchen, sie in der Form, wie sie von den evangelischen Ständen vorgeschlagen seien, festzuhalten, jedoch ohne dadurch etwa das ganze Friedenswerk scheitern zu lassen. Nur hinsichtlich des Artikels, der von Neuerungen in der Lehre und Ceremonien handelt, heisst es noch ausdrücklich, dass er in der protestantischen Fassung aufrecht zu erhalten sei. Vgl. p. 131 Beil. X Art. 1.

² Vgl. über den Beginn der Verhandlungen in Nürnberg unten nr. 159.

³ Von Mainz und Pfalz.

⁴ Str. St. Arch. AA 440 fol. 38-43.

⁵ Copie ebenda fol. 44-47.

zu Schweinfurt verstanden, wie und worumb uns die furgeschlagnen mittel anzunämen beschwerlich, und inen deshalben ander artikel doselbst furgeschlagen, welche si an die kai. mt. zu bringen dozumul angenommen mit dem erpieten, darauf kai. mt. gemüt uf jetzigem tag inzupringen und verner handlung furzunämen. dweil wir nun verhofften, si hetten nunmeer kai. mt. schriftlichen bevelch empfangen, so wer unser bitt und beger, uns denselben, wes ir mt. unser mittel halber gesinnet were, anzuzeigen, und ob si des orts vollkommenen bevelch von kai. mt. hetten, hie zu beschliessen. dan solten wir uns wider in disputation begeben der vorigen artikel, wie zu Schweinfurt, und solten si nach der verglichong erst an kai. mt. gelangen, wurde den handel lang verziehen, fur welches wir dan vormals zu Schweinfurt gebeten. doruf haben uns beide churfursten dise antwort muntlich geben lassen: wie in[en] uf gesterigen samstag kai. mt. bevelch zukumen, und wollen uns doruf nit bergen, das ir mt. unser gestelten mittel abgeschlagen und inen doruf uf andere mittel bevelch geben, wie si uns die us dem schriftlichen bevelch ziehen, abschriben und uns uf morgen mentag zu VIII uren zustöllen wolten mit anzeig, das es die letsten mittel seien, die si bi kai. [mt.] hetten mogen erlangen; zudem so haben si kein vollkommen bevelch, doruf hie zu schliessen, von kai. mt. erlangen mögen, sonder, so wir die hie bewilligen, sollen si die kai. mt. widerumb gon Regenspurg zuschicken; aldo woll si kai. mt. den andern churf. f. und stenden des richs anzeigen, dan ir mt. woll nit gepüren, on der andern stend vorwissen, als die es auch belang und auch mit in dem friden ingelibt sollen sin, zu beschliessen. Also haben si uns uf heut morgen [Juni 10] zu VIII uren den kai. bevelch eroffnet und artikel vorgelesen, deren auch copeien zugestölt¹. die sind, wie wir es im lesen behalten mogen, vast gar des inhalts, wie si die churf. zu jungst zu Schweinfurt und am letsten uns furgeschlagen, also das allein wir, die dozumul benempt, wider benempt werden, und die andern, so sich kunftiglich in dise bekantnus unsers glaubens geben möchten, usgelossen, derglichen die wort das concilium belangen, das es noch reinem gotswort beschliessen solt, auch underlassen. so ist der artikel die zuinglischen belangen und widerteufer auch nit geendert, sonder wie in die churf. furgeschlagen, ston bliben, wiewol die churfursten muntlich angezeigt, wu uns je der nam zuinglisch

¹ Im Str. St. Arch. AA 440 fol. 48-50 findet sich nur eine Copie des ersten Artikels; bezügl. der übrigen Artikel ist nur kurz angegeben, durch welche Zusätze sie sich von den Schweinfurter Artikeln (s. oben p. 129 Beil. IX) unterscheiden. Die Zusätze sind folgende: Im zweiten Artikel ist noch eingeschoben, dass die Zwinglischen und Wiedertäufer auch dann, wenn sie sich etwa mit dem Kaiser und andern gemeinen Ständen des Reichs im Glauben vergleichen, in den Frieden eingeschlossen sein sollen. Im vierten Artikel ist beigefügt, dass das Evangelium «on allen weitem zusatz an einem sonderen ort ad partem und allein fur die, so iers anhangs sind, verkund werde», und ferner, dass es den Protestierenden gestattet sein sollte, das Sacrament «under beiden gestalten auch obgemelter massen in ieren herbergen zuo empfaen». Schliesslich im 6. Art. der Zusatz: «desglichen ob auch einich rechtvertigung, die der zwispalt des glaubens belangt etc.» — Diese Artikel sind gedruckt bei Walch XVI 2202 u. bei Bucholtz IX 34, bei ersterem mit der falschen Bezeichnung als Vorschläge, die den Unterhändlern von den Evangelischen gemacht seien; auch der Datierungsort «Schweinfurt» ist falsch, wie der Herausgeber schon aus dem Datum «Montag nach Bonifacil» = Juni 10 hätte ersehen können. Vgl. auch Ranke III 296 Anm. 2.

beschweren wolt, das si der hoffnung weren, denselben art. bei kai. mt. zu erlangen, wie si uns den vergangens samstags [Juni 8] furgeschlagen, welches inhalt wir uch hiebei mit A verzeicht schicken¹. nun hat man abschriften der art. empfangen und lost si die schriber allenthalben abcopieren, des willens, uf heut und die tag durch den usschutz zu beratschlagen lossen.

Nun haben die Sachsischen, Hessischen und andere ratschleg von iren gelerten, die einander ganz widerig, do ein teil meint, man mog mit gutem gewissen die andern, so kunftiglich das evangelium annämen wurden, umbgon und ir nit meldung thun; die andern vermeinen us vil gegründten ursachen der geschrift, das si in keinen weg zu umbgon seien, sonder mit usgetruckten worten vorzubehalten. was nun gott geben [wird], müssen wir also gewarten. gott gebe, das wir das best erraten.

nr. 153.

In sachen der kuniglichen wal haben die churf. uf heut angezeigt, das si hoffen auch zu erlangen, das der koniglichen maiestat namen in diser rachtung² umbgangen und allein kai. mt. namen gemeldet werde. si haben aber doneben auch bi kai. mt. ansuchung gethon umb verner gütlich handlung, in diser sachen inen zu bewilligen. die hab die sach uf irer mt. bruders, des kunigs, ankunft geschoben; so der wider gon Regenspurg kumme, woll sin mt. mit im handlen und alsdan inen ir gemüt zukommen lassen. us welchem allem abzunämen, das sich die churf. nit einer eilenden handlung versehen, sonder villeicht ein zeit lang noch hie zu verharren gedenken; dan si beide iere reuter und pferd von hinnen geschickt, Menz gon Bischofsheim und Pfalz gen Bockspurg, beid in Franken gelegen; wiewol uns nit destweniger durch die Nurnberger anlangt, das man sich kurzlich endung des richstags versehe, und das der Turk gewiszlich uf den 24. aprilis zu Constantinopel angezogen. — «Dat. Nurnberg uf mentag den 10. junii a. etc. 32.»

nr. 147. P. S. Wie man höre, habe der Kaiser in Regensburg kürzlich an die Botschaften der Städte das Ansinnen gestellt, sie sollten in Anbetracht des übermächtigen Türkenangriffs noch über die veranschlagte Hülfe hinaus «ein verners und merers thun», namentlich durch Lieferung von Geschütz und Munition. Hoffentlich habe hierauf Claus Kniebis, der Strassburger

nr. 148. Gesandte, seiner Instruction gemäss eine ablehnende Antwort gegeben «und sich uf die handlung alhie gezogen, so do frid gemacht, wöll er solichs an sine hern gelangen lassen. solte nun hie frid gemacht werden, wurden ir, unser hern, die Turkenhülfe, namlich mins behalts achzig pferd und 500 fusz-

nr. 150. knecht schicken müssen, das si uf den 15. tag augusti zu Wien uf dem musterplatz weren. zerschlug dan schon der fride, wer dannochten hoch zu bedenken, wo der Turk in solichem starkem anzug were, und alle andere stend, so dem evangelio nit verwandt, zusampt etlichen dises teils als margrave Georgen von Brandenburg, Nurnberg, Augspurg, Frankfurt, Hall, Hailpron, Windsheim, Weissenburg, welche dan die eilend hilf bewilligt,

¹ Liegt bei und lautet dahin: «das Sachsen und iere mitgewandten denen, so nit glauben, das in dem heiligen sacrament, namlich under der gestalt des brots und weins der war leib und plut Christi unsers hern warhaftig zugegen sei, auch den widertäufern der leer und glaubens halber nit anhangen noch bisten» etc.

² = Vertrag, Friedensschluss.

zügen mit ir macht oder anlag gegen dem Turken und wir pliben anheimsch, wes uns deshalben zugelegt werden möcht, als ob wir verderbung der cristenheit gern sehen; und im fall, so si vom Turken, do gott vor sei, geschlagen, wurd man uns solich unfall zulegen, das es usser mangel unser hilf beschehen. liege dan unser teil ob, wurden si ursach haben, uns antweders zu uberziehen oder aber dohin zu tringen, das wir die hilf doppel vermog des mandats zu undank geben müsten, die wir wol jetz zu dank halber leisten mochten; deshalben uch, unsern hern, wol zu bedenken, was hierin zu thun; dan wir befinden bei den gesanten von Ulme, auch etlich andern stetten, das ir hern, im fall so der frid schon nit funden, dennoch vermeinen, die hilf sei nit abzuschlagen¹. wolten nun ir, unser hern, solich hilf im fall der not, wie die eigentlich vorhanden sin solle, leisten, wurd von noten sein, jetz nach raisigen zu gedenken, dan die sonst schwer zu bekommen, dweil sich all ander stend, wie ich verneme, allgereid schon bewerben.»

Soeben vernehme man, dass die städtischen Gesandten in Regensburg dem Kaiser geantwortet haben sollen, sie seien ausser stande, die kaiserliche Forderung zu bewilligen, wolten dieselbe aber an ihre Herren gelangen lassen. Dat. ut. in lit.

147. Der Rat von Ulm an den Rat von Strassburg.

Juni 12.

Str. St. Arch. AA 453. Ausf.

Gutachten über die Türkenhülfe. Dieselbe auch zu leisten, wenn sich die Friedenshandlung in Nürnberg zerschlägt.

Der Kaiser habe — wie den Strassburgern wohl schon von ihren Gesandten mitgeteilt sei — am vergangenen Donnerstag [Juni 6] mit den Botschaften von Augsburg, Nürnberg, Constanz, Ulm, Strassburg u. A. wegen der Türkenhülfe verhandelt. Nun hätte die Strassburger Ratsbotschaft in Regensburg gebeten, dass Ulm sich mit Strassburg wegen einer « einhelligen antwort » auf die kaiserlichen Forderungen verständige. Diesem Verlangen entsprechend teilt Ulm mit, dass seiner Meinung nach — « doch nit anderst dann uf e. f. stattlich und vernunftig verbössern » — dem Kaiser in folgender Weise zu antworten sei: « wo wir fridens halben, — der unser hoffnung nach jetzo zu Nurmberg durch ir mt. allergnedigst zuthun getroffen —, zu demselben komen, wöllten wir uns unserm herpringen gmesz » etc. mit der Türkenhülfe dermassen halten, dass der Kaiser zufrieden sein sollte. Man habe diese Meinung auch an die Ulmer Gesandten in Nürnberg geschrieben « und den bevelch gethan, solichs bei e. ft. und der andern erbern stött gesandten potschaften — dieweil an der handlung im thun oder lassen sovil und grosz gelegen — auch zu beratschlagen und dannoch zu ermessen, wo schon die handlung, darumb jetzund zu Nurmberg getaglaist, on ends zerschlagen, das der evangelischen stend halben schwerlich, auch gegen gott und der welt onverantwortlich sein wurd, gemaine christenheit in so hochwichtigen sachen zu verlassen. » Bittet um Strassburgs Meinungsäusserung in dieser Frage². « Dat. mittwochs nach Medardi in der zwelften stund nachmittag a. etc. 32. »

¹ Vgl. den Bericht der Hessischen Räte über Sturms Stellung zur Frage der Türkenhülfe bei Neudecker Urk. 207.

² Strassburgs Antwort ist nicht bekannt, vgl. jedoch nr. 155.

148. Claus Kniebis an Jacob Sturm und Jacob Meyer in Nürnberg.

Juni 22.
Regensburg.*Thom. Arch. Ausf.*

Die Türken schon im Anzuge. Kaiser verlangt von den Städten Pulver und Geschütz. Die Altgläubigen raten dem Kaiser, beim Augsburger Abschied zu bleiben. Kniebis will abreisen.

Auf dem Reichstage sei «nit sonders dann fur und fur von der zurustung des Turkenzugs, bestellung der proviand, benennung des musterplatzes und dergleichen vil langsamer handlung geuebt. so kompt darneben nitdestminder ain kontschafft uber die andere ernstlichen, und namblichen heut dieses tags ain post komen, wie der Turk aigner person fur Kriechischen Weissenburg¹ häruf sein soll.» Wenn dem so sei, werde der Türke die grössten Verheerungen anrichten, ehe man auf dem Reichstage nur über die notwendigsten Massregeln geeinigt sei.

Der Kaiser habe heute den Gesandten von Strassburg, Augsburg, Nürnberg und Ulm anzeigen lassen, dass er ihnen heute oder morgen die Schriften zustellen werde, worin ihre Herren zur Türkenhülfe und Darleihung von Pulver und Geschütz aufgefordert werden. Sie hätten darauf geantwortet, sie würden ihren Herren schreiben, «sich hierin wissen gebuerlichen ze halten.»

«Es haben vergangner tagen die churfursten etc. von Nueremberg alhär der kai. mt. ewer handlung und waruf die berue, überschickt, welche ir mt. den stenden ausserhalb den protestierenden zu besehen und zu beratschlagen zugestellt; dieselben sollen, als mich anlangt, irer mt. geraten haben, sie soll bei dem abschid, zue Augspurg gemacht, bleiben und sich daran nichts irren lassen.» Bittet um Auskunft über den Stand und die Aussichten der Nürnberger Verhandlungen, ferner um Bescheid «wie ich nehmals bei dem von Costenz auch geschriben, dweil andere abreiten, wesz ich mich halten soll etc., dann ich nunmer auch gern zu haus wölt, dieweil ich doch sorge, ich verthue vil und richt dargegen wenig aus.» — «Dat. Regenspurg den 22. junii abends spat a. etc. 32.»

149. Kaiser Karl V an den Rat.

Juni 22.
Regensburg.*Str. St. Arch. AA 456 f. 55. Ausf.*

Bittet um 2 Fähnlein zur Grenzbesetzung gegen die Türken.

Fürchtet, dass die jetzt in Regensburg bewilligte Türkenhülfe, «darein ir auch ewren gepirenden tail, wie wir uns des genediglichen zu euch versehen, consentiert,» zu gering sei, um der Türkischen Uebermacht zu widerstehen. Bittet, dass Strassburg neben andern Ständen, die auch darum ersucht seien, noch eine «sondere particularhilf» leisten möge. Der Türke bedrohe schon die Österreichische Grenze und, wenn die Grenzpässe nicht schleunigst besetzt würden, sei zu besorgen, dass er das ganze Land verheere. Strassburg möge deshalb zur Unterstützung der Grenzbesetzung zwei Fähnlein Knecht bis zum 6. Juli nach Regensburg schicken und auf zwei

¹ In Siebenbürgen, jetzt Karlsburg.

oder drei Monat, «bis unser und der stende hilf volkumenlich ankumen mag» zur Verfügung stellen. «das wellen wir gegen euch und gemainer stat in allen ewren sachen, so die je ze zeitn an uns gelangen, genediglichen erkennen und zu gutem nimermer vergessen. wir schigken auch deshalb zu euch unsern getrewen lieben Balthasar von Rabenstein, unsern rat, solich unser genedig begern bei euch zu sollicitiern, damit ir des auch wissen haben mogt. daneben schreiben wir euch in ander weg umb puchsen, pulver und ander kriegsnotturft, wie ir dann in derselben schrift vernembn werdet¹, der genedigen zuversicht, ir werdet uns damit auch nit lassen.» Dat. Regensburg 22. Juni a. 32.

150. Kaiser Karl V an den Rat.

Juni 24.
Regensburg.*Str. St. Arch. AA 456. Druck.*

Es sei jetzt zu Regensburg beschlossen, dass die Stände im Hinblick auf den sicher bevorstehenden Einfall der Türken die sechsmonatliche eilende Hilfe, welche im Augsburger Abschied bewilligt worden wäre, auf den 15. August nach den Musterplätzen schicken sollten, welche für die einzelnen Kreise bestimmt wären. Strassburg solle deshalb als Mitglied des Rheinischen Kreises seinen Anteil im Betrage von 80 zu Ross und 450 zu Fuss nach Langenlois bei Krems in Oesterreich schicken. Nähere Bestimmungen über die Besoldung (12 fl. monatlich für den Reisigen, 4 fl. für den Fussknecht), die Stärke der Fähnlein (500 Knecht) etc. — Dat. Regensburg 24. Juni a. 32. — Lect. Juli 17.

I. Zettel: Aufforderung, zum 15. Juli jemand nach Speier zu schicken, um einen Hauptmann des Rheinischen Kreises wählen zu helfen. nr. 160.

II. Zettel: Aufforderung, an einem bestimmten Tage eine feierliche Betmesse zu veranstalten für Vergebung der Sünden und glücklichen Ausgang des Feldzugs.

151. Claus Kniebis an Jacob Sturm und Jacob Meyer in Nürnberg.

Juni 27.
Regensburg.*Thom. Arch. Orig.*

Die Altgläubigen raten dem Kaiser wiederholt, den Augsburger Abschied aufrecht zu erhalten. Fürsten und Botschaften beabsichtigen abzureisen. Kniebis will auf Zureden von Sachsen und Hessen bleiben.

Ihr Schreiben vom 6. Juni (*) habe er empfangen. Auf den Bericht der Kurfürsten aus Nürnberg über die Verhandlungen mit den Protestierenden hätten die Stände dem Kaiser geraten, bei dem Augsburger Abschied zu bleiben. Darauf hätte der Kaiser geantwortet, «welche kei. mt. schriften und gutbedunken uf hüt dienstag der usschütz bedocht und for die stende wider p. 164.

¹ Bezieht sich wohl auf ein Schreiben vom 12. Juni, in welchem Strassburg gebeten wird, leihweise Geschütz und Munition zu liefern. Ebenda fol. 48. Auffallend ist nur, dass dieser Brief dem Kanzleivermerk zufolge erst am 17. Juli in Strassburg zur Verlesung gekommen ist. Vgl. vorige Nummer. Ebenda fol. 50 befindet sich ein undatierter Anschlag der Dreizehn über die Kosten des auf Grund obigen Schreibens zu liefernden Kriegsmaterials. Nach einem Vermerk des Stadtschreibers «gewann aber dieser ratschlag keinen furgang».

brocht, doch in abwesen aller protestierenden stend; und ist aber einer von der stett gesandten, die nit zuo Augspurg protestiert und doch sunst unsers glaubens, ouch hinin gangen; der het den rotschlag gehort lesen uf dise meinung lutend, das keiserlich mt. es nochmols bi dem abschid zu Augspurg bliben lassen welle etc. als etlich denselben von stetten gesehen, haben si dem Menzischen canzler anzeigt, der hat sinethalben etlich der fursten und botschaften befragt und er dann der canzler im bescheid geben; haben der gesandt von Coln, Arnolt von Sigen, und der von Spir im geroten hinouzogon. also ist er wider usgangen; was aber die stend daruf witer beratschlagt, und ob inen des usschutz meinung gefall oder nit, hab ich nit wissen. aber wir von den protestierenden stetten haben von dem obg[enannten] Arnolt gehort, das er gesagt, das etlich fursten und der churfursten botschaften sich underredt, das si all hinweg wollen und ire diener als secretarien mit iren ingesigeln hie lassen, den abschid zu besigln. er ist ouch willens hut nach imbisz hinweg. doch so hab ich solichs dem Hessischen canzler angezeigt, der hat den Sechsischen gesandten, hern Hansen von Blonitz¹ und her Cristoffen², des auch bericht; der hat dargegen gesagt, das er nit gloub, das die fursten und der churfursten botschaft on urlob kei. mt. und on beschlusz des abscheids verriten werden; ob aber glich solichs beschehe, so wurde doch unser abriten on wissen villicht mehr miszfalln kei. mt. dann der andern etc. darumb in fur guot angesehen, noch lenger zuo verharn und sehen, wie der handel sich witer enden wolle etc. hat uns domit uf dis mol wendig gemacht, weisz nit, so dises, wie obstet, eroffnet wurt, was in witer gefalln wurt oder nit.» Bei den Ulmer und Nürnberger Gesandten werde man weiteren Bericht erhalten. «Dat. umb ein stund ungeverlich nachmittag uf dienstag den 27. junii a. etc. 32.»

152. Jacob Sturm, Jacob Meyer, Jörg Besserer und Hieronimus Schleicher als Gesandte Strassburgs und Ulms zu Nürnberg an Claus Kniebis, Weiprecht Ehinger und Daniel Schleicher, Gesandte derselben Städte zu Regensburg.

Juni 28.
Nürnberg.

Thom. Arch. Copie.

p. 164.

Man habe vernommen, dass in Regensburg «ain abschid vorhanden sein soll in sachen die religion betreffend vast dem Augspurgischen abschid gemesz». Dagegen sollen die Regensburger Gesandten laut einhelligem Beschluss aller in Nürnberg vertretenen evangelischen Stände mündlich Protest einlegen, und zwar auch im Namen der Städte Constanz, Lindau, Esslingen, Memmingen, Reutlingen, Isny und Biberach. «im fall aber, so der abschid nit dermassen eilends fallen wurd, ist man bedacht, ain schriftliche protestation hie ze stellen, dieselbig den churf., landgrävischen, euch und andern gesandten zuzeschicken, sich deren haben zugebrauchen.» — Dat. Fr. n. Johannis Bapt. a. 32.

¹ = Planitz.

² Zuname?

153. Der Rat an Jacob Sturm und Jacob Meyer in Nürnberg. Juni 28.

Str. St. Arch. AA 441. Ausf.

Keinenfalls die künftigen Anhänger der reinen Lehre preiszugeben. Den bezügl. Artikel eventuell zu umgehen. Für das Concil genüge die Bezeichnung «frei, christlich». Eventueller Protest gegen den Frieden.

Das Schreiben Sturms und Meyers an die Dreizehn d. d. Juni 22 (*) sei heute im Rat verlesen. Man habe daraus zu grossem Verdruss vermerkt, dass die Gelehrten der evangelischen Stände zwiespältiger Meinung seien sowohl in dem Punkt, ob in den Friedensartikeln ausdrücklich gesagt werden sollte, dass im Concil «nur nach reinem Gotteswort beschlossen werden sollte», als auch in der Frage, ob die, welche später die Augsburger Confession annähmen, mit in den Frieden einzuschliessen seien¹. Der Rat bittet, für die Beseitigung dieses Zwiespalts zu wirken, und übersendet einen neuen «Ratschlag der Gelehrten»². Man solle dahin arbeiten, dass «das gotlich wort nit eingezeunet» werde, und dass den Evangelischen nicht verboten werde, sich derjenigen anzunehmen, die künftig der reinen Lehre anhängen. Wenn der Artikel in der Form, wie er von den Evangelischen vorgeschlagen ist, nicht durchgesetzt werden kann, so soll man ihn doch nur dergestalt bewilligen, «das dardurch das wort gottes andern unverpoten were», oder aber man soll ihn ganz umgehen und gar nicht erwähnen. Besteht der Kaiser ausdrücklich darauf, dass man sich der «Späteren» nicht annehmen dürfe, so soll man in Gemeinschaft mit dem Landgrafen «wider disen friden protestieren»; giebt aber der Kaiser zu, dass der Artikel umgangen und also «nichts zugelassen oder verboten» werde, so soll man damit zufrieden sein und auch versuchen, den Landgrafen — eventuell durch besondere Botschaft — zu bewegen, dass er sich damit einverstanden erkläre, um Trennung und Zwiespalt unter den Evangelischen zu verhüten.

nr. 145.

Im Artikel vom Concil könne man die Worte, dass darin «nach dem wort gottes geschlossen werden sollte», auslassen; denn nach dem Begriff des «freien christlichen Concils» verstehe sich das von selbst.

Für oben angeführten Fall, dass man mit dem Landgrafen gegen den Frieden protestieren sollte, wäre den vereinigten Ständen die Versicherung zu geben, «das wir gedenken, inen allen zuo laisten, was wir vermög unser christlich vereinigung inen schuldig sind».

Ein Schreiben gleichen Inhalts sei auch an Ulm geschickt³. Dat. Fr. 28. Juni a. 32.

¹ Sachsen, Brandenburg und Nürnberg rieten zur Nachgiebigkeit in diesen Punkten; ihnen entgegen standen Hessen und die Oberländer. Ebenda. Vgl. nr. 146 u. 159.

² Ebenda AA 439 (Ausf. mit Zusätzen von Bucers Hand). Das obige Ratsgutachten wird darin mit theologischer Weitschweifigkeit näher begründet. Am Schluss hat Bucer einige lateinische Notizen hinzugefügt, in denen er gegen Luthers Ansicht, dass man den vom Kaiser vorgelegten Friedensentwurf annehmen sollte, polemisiert.

³ Ausf. im Ulm. Arch. Ref. T. XV.

154. Pfandbrief Herzog Ulrichs von Württemberg für die Stadt Strassburg. Juni 29.

Str. St. Arch. AA 69 f. 99. Copie.

Herzog Ulrich und Graf Georg von Württemberg bekennen, dass sie der Stadt Strassburg für Empfang einer Summe von 7500 fl. einen jährlichen Zins von 300 fl. schulden, für dessen pünktliche Zahlung sie die Einkünfte ihrer Herrschaften Mümpelgard und Blamont verpfänden. Dat. Sa. n. Joh. Bapt. a. 32.

155. Gutachten der Dreizehn, was dem Kaiser auf seine Werbung wegen der Türkenhülfe zu antworten sei¹. Juni [29].*Str. St. Arch. AA 456 f. 44-47. Conc. von Joh. Meyer.*

Die Türkenhülfe ohne Erlangung des Friedens nicht direct zu verweigern, sondern auf die Entscheidung der protest. Stände in Nürnberg zu vertrösten.

«Per herrn Bernharten Wormbser, herrn Martin Betscholt und herrn Batten von Dunzenheim: als gestern erkant, der Romischen kai. mt., unserm allergnedigsten herrn, uf ir mt. schriftlich ansuchen, neben der reichsstend bewilligten Turkenhilf ir mt. zwei fenlin knecht drei monat lang zu besatzung der Osterreichischen grenz wider den ankunf des Turken, bis ir mt. und des reichs hilf ankomen mocht, [zu schicken], abschlegig antwort zu geben, ist dieselb in dise weis bedacht worden»: es soll dem kaiserlichen Gesandten, Balthasar von Rabenstein, angezeigt werden, dass Strassburg gemeinsam mit andern protestierenden Ständen sich bisher vergeblich bemüht habe, vom Kaiser einen Frieden bis zum Concil zu erlangen, dass es daher bis jetzt gegen die Bewilligung der Türkenhülfe protestiert habe und dabei auch beharren müsse, weil es sich keinenfalls von den andern protestierenden Ständen absondern könne. Wenn der Frieden in Nürnberg zu stande komme, so sei Strassburg gern bereit, nach Beschluss der vereinigten Stände seinen gebührenden Anteil an der Türkenhülfe zu leisten. Der Gesandte möge demnach die Stadt beim Kaiser entschuldigen.

«Daneben bedenken die verordneten: nachdem hievor den gesanten zu Nürnberg zugeschreiben (*), us vilerlei bedenken im selben schreiben anzogen, das si bei den vereinigten christlichen stenden uf han und in handlung pringen sollen, ob gleich der friden, derhalben zu Nurnberg gedagt, nit ins werk gebracht, die angeschlagen Turkenhilf durch die vereinigten stend [doch] geleistet wurde, und sich ein ersamer rat je seines teils zu demselben gutwillig angeboten, also das dennoch die Turkenhilf zu thun fur notwendig angesehen: damit dan kai. mt. als das zeitlich haupt nit also fur den kopf gestossen wurd und ir mt. solich abschlegig antwort zu ungnaden und als fur ein

¹ Das Datum ergibt sich aus einem Brief des Rats an J. Sturm u. J. Meyer in Nürnberg d. d. Juni 29 (Thom. Arch., Ausf.), worin die Werbung Rabensteins wie in obigem Gutachten als «gestern» geschehen bezeichnet wird.

ungehorsam uffassen und desdo mer den furhabenden friden zerschlahen lassen mocht: das dan irer mt. zu disem mal kein ganz abschlegig antwort gegeben, sonder dahin verzogen wurd, das man der andern vereinigten stend willen und gemüt in disem fall erlernen und demnach sich endlich entschliessen und kai. mt. mit undertheniger antwort <begnegen> [begeggen] wolt. damit mocht ir mt. ufgehalten, desdo mer den friden zu treffen geursacht werden, und demnach ein ersamer rat, nachdem und sich die sachen zu Nurnberg fridlich endeten, ir mt. antwort zuschreiben oder, so es nit nach eins ersamen ratz wolgefallen volnpracht, on antwort ersitzen lassen. es wurde auch sonder zweifel kai. mt. in gnedigen willen behalten, das, so sich die hoch not dermassen zutrieg, ein ersamer rat gemeiner christenheit zu gut hilf thun müst, dieselb von kai. [mt.] mit merer gnaden, so die gedacht solich hilf freiwilliglich und nit zwingenlich beschehen sein, ufgenomen wurd, und die kai. mt. in andern gemeiner stat ob und anligen, so jeder zeit an ir mt. gelangen mocht, zu wilfaren desdo genediger und geneigter zu sein¹. und were obgeschribner antwort dis anzuhenken²:

Man habe bisher gegen die Türkenhülfe protestiert, weil die Zusicherung des gewünschten Friedens noch nicht erteilt sei. «es were aber nit on: ein ersamer rat hetten iren gesanten jetz zu Nurenberg besondern bevelch geben, mit den protestierenden stenden diser Turken halben zu handeln; derselben handlung und schliessung muest ein ersamer rat gewarten, kund auch kai. mt. on vorwissen derselben zu disem mal mit keiner antwort begeggen. wurde aber der friden jetzo zu Nurnberg getroffen, des ein ersamer rat durch ir mt. gnedigst zuthun undertheniglich hofte, und die protestierenden stend die Turkenhilf zu thun sich endschliessen, so wolte alsdan ir mt. ein ersamer rat zu seinem teil mit so undertheniger antwort begeggen, das er hofft, ir mt. ob dem gnedigst wolgefallen haben und tragen sollt.» Bitte, diese «ufzigege antwort» nicht ungnädig aufzunehmen.

156. Claus Kniebis an den Rat.

Juli [6].
Regensburg.

Thom. Arch. Orig. (Zettel. Der Brief, zu dem er gehörte, scheint verloren.)

Auf seine Erkundigung habe er «hüt den 6. tag juli» erfahren, dass wenig Hoffnung sei, vor St. Jacobs-Tag (Juli 25) einen Reichstagsabschied zu erlangen. «das wurde je beschwerlich, so doch die fursten hinweg und der wenigst teil von stetten noch hie ist. mogen ir erwegen, was zuo thuen sei oder nit.» Ehinger habe ihm gesagt, «das grof Ulrich von Helfenstein in kei. mt. namen werd gon Nurnberg und anderswohin etwas werben, sagt aber nit was; besorg, es werd an üch ouch gelangen.» — Dat. ut in literis³.

¹ Die Verworrenheit der Satzconstruction ist wohl auf Flüchtigkeit des Schreibers zurückzuführen.

² Am Rande von derselben Hand die Bemerkung: «dise letzt antwort ward erkant, kai. mt. zuzuschreiben, prout in missiven anni 32.»

³ Vgl. Text.

157. Der Rat von Ulm an den Rat von Strassburg. [Juli 15? 22?].

Str. St. Arch. AA 433. Ausf.

Hat ein Fähnlein zur Türkenhülfe bewilligt.

Erwiederung auf ein Schreiben vom 29. Juni (*), betreffend die Antwort
nr. 155. Strassburgs auf die kaiserliche Werbung wegen der Türkenhülfe. Ulm sei dem Kaiser «mit antwort, fast wie ewer fursichtigkait davon meldung gethon, begegnet.» Nun habe aber der kaiserliche Gesandte berichtet, wie die Stadt Wien in grösster Gefahr sei, in den nächsten Tagen von den Türken eingenommen zu werden, wenn nicht schleunigst Hülfe komme. «das alles und nit die Ro. kai. mt. als ain ainzechtige person, sonder zuvorderst gemainer cristenhait und teutscher nation eer nutz und wolfart, auch den notzwang unsers neben cristenmenschen an verderben beeder, seelen und leib, so scheinlich mit hochster grausamister tiranei vor augen, angesehen, sein wir zu erhaltung christenlicher und bruederlicher liebe und unsers vermainens nit unzeitlich bewegt und verursacht worden, Ro^r kai^r mt. ain venlin knecht zuzuschicken.» Hoffentlich werde ihnen «das von niemant zu ungut ufgnommen noch verstanden werden.» — Dat. Mo. n. Margarethe a. 32¹. — Lect. Juli 27.

158. Der Rat von Constanz an den Rat von Strassburg. Juli 18.

Str. St. Arch. AA 433. Ausf.

Glaubt nicht recht an die Türkengefahr, weil einige altgläubige Städte von der Leistung der Hülfe entbunden sind.

«Wiewol wir bis dahar willens gewesen sind, unser ufgelegte anzal zu rosz und fusz wider den Turken als ain gmainen find aller christen ze schicken, so werdent doch so mancherlai mâr hin und hâr gesagt und geschriben, das wir schier gedenken müssend, das kain Turk vorhanden sig und vil lichter etwas gefarlichait in sachen sin möcht. zu welchem uns nit wenig ursach gibt, das Überlingen, Ravenspurg, Rotwil und Koufburen jetzo des zugs erlassen sind und anhaimsch pliben werdent, wie uns gloplich ist angelangt, wiewol danebent war, das si den iren vergönnt habent, der kai. mt. oder andern zuzelofen. so hat die kai. mt. die prelaten des Swäbischen krais irer anzal volks erlassen und gelt darfur begert. nit wissen wir, wie die prelaten sich darin halten werdent. so nun wir achtent, das ir fur uch selbs, ouch vom landgraven von Hessen der sachen etwas gwisser oder mer dan wir kuntshaft habn moget, so langt an uch unser fruntlich pitt, ir wellend uns, was ir deshalb kuntshaft hapt, och ob oder wan ir uwere knecht usschicken werdent, und ob kainer gfarlichait sorg ze haben sig, hi

¹ Das Datum «Montag nach Margarethe» ist unbestimmt, weil Margarethe teils am 13. teils am 15. Juli gefeiert wird. Danach wäre unser Brief entweder auf den 15. oder den 22. zu setzen. Sachlich ist das erstere wahrscheinlicher, dagegen spricht der späte Empfangsvermerk Juli 27 mehr für das letztere.

disem poten schriftlich berichten, [damit] wir uns ouch darnach ze halten wissend¹.» — Dat. 18. Juli a. 32.

159. Bericht [Jacob Meyers] über die Verhandlungen auf dem Tage zu Nürnberg.
[Juni 3 — Juli 23].

Str. St. Arch. AA 441. Orig. von Jacob Meyer. Beilagen ebenda AA 440. Copien von demselben.

Anwesende Fürsten und Botschaften. Landgraf bittet die Strassburger, sich keinesfalls zur Preisgebung der künftigen Glaubensgenossen bewegen zu lassen. Instructionen der Städte fast gleichlautend. Ankunft von Mainz und Pfalz. Austausch der Gutachten über die Schweinfurter Artikel zwischen Sachsen und den Städten. Vorschläge der Unterhändler, Gegenvorschläge der Protestierenden. Vortrag Dr. Türks, Erwiderung Brücks. Die Unterhändler schicken zum Kaiser wegen neuer Vollmachten. Protest gegen eventuelle Bestätigung des Augsburger Abschieds. Entwurf des Kaisers zu einem «äusserlichen Frieden». Bei Beratung desselben Zwist zwischen dem Landgrafen und den andern Fürsten. Letzte Vorschläge des Kaisers. Hessen weigert die Annahme, die Andern nehmen an. Verhandlung über die Art der Ratificierung. Die Unterhändler erhalten ein Verzeichnis der beschwerten Stände.

«Uf mendag noch corporis Cristi [Juni 3] gon Nurenberg ankomen, und mit uns Bernhart Motzbeck von Eszlingen, Jos Weisz von Rutlingen, dorzuo Hans Conrat und Friderich Thum; haben do funden herzog Hans Friderich von Sachsen, herzog Franz von Brunzwig und Lunenburg, des lantgrofen ret Simon von Beuneberg und doctor.....³, margrof Jergen ret, beider grofen von Mansfeld ret.....⁴» Johann Friedrich ladet die Gesandten zu einer Versammlung am 4. Juni morgens ein. Inzwischen kommen auch die Gesandten von Constanz (Conrad Zwick), Ulm (Georg Besserer und Hieronimus Schleicher) und Biberach (Cristoph Greter) an. «und als wier uf das hus [zu Johann Friedrich] gon wolten, hand die lantgrefischen ret zuo her Jacoben [Sturm] geschickt und mit im wider zuo uns allen begert, das geschehen in unser herberg, und angezeigt: nochdem man zuo Schwinfort abscheiden, <und> [haben] sie ierem gn. hern den handel angezeigt, der seiner gelerten rat daruber gehabt und bedocht, das in dem articul berierend, das man sich deren, so furthien zuo dem wort sich neheren wurden, nit beladen solte, gar keinswegs zu bewilligen etc., als noch inhalt desselben

¹ Die Antwort Strassburgs an Constanz ist nicht vorhanden; doch wird sie jedenfalls ebenso gelautet haben wie die, welche Strassburg auf eine ähnliche Anfrage Berns (d. d. Juli 15, Strickler IV 1767) am 20. Juli erteilte. Darin heisst es: Wiewohl das Zustandekommen des Friedens noch nicht gesichert sei, so sei Strassburg doch schon mit der Aufbringung seines Anteils an der Türkenhilfe beschäftigt, um nicht für den Fall eines unglücklichen Krieges als schuldiger Teil hingestellt zu werden. Strickler IV 1780. S. unten nr. 160.

³ Lücke. Wahrscheinlich ist zu ergänzen Dr. Johann Walter. Ausser diesen beiden hatte der Landgraf noch Johann Feige als Gesandten in Nürnberg, wie aus dem Nürnberger Abschied ersichtlich ist.

⁴ Dem Nürnberger Abschied zufolge nur Dr. Johann Ruelhel.

ratschlags copien mit a bezeigt¹, mit beger, glicher gestalt dorob zuo halten, als sie nit zwifelten, unsere hern und oberen solchs ouch bewegen und uns bevelch doruber gethon hetten etc. und es hette ier gn. her unseren hern und oberen derhalb geschriben (*), achtend, dieselbigen wurden uns ier gemiet schriflich kont thun. doruf her Jacob generalia und dobei anzeigt, das etlich gesanten erst heut morgen ankomen, also das wier uns noch nüt mit einander besprochen oder unsere instructionen einander geofnet hetten; so aber solichs gesche, wolten wier inen nit verhalten.» Darauf Zusammenkunft aller anwesenden Stände, unter denen sich jetzt auch die Räte Wolfgangs von Anhalt und die Gesandten der Städte Braunschweig, Magdeburg, Memmingen, Kempten und Nürnberg befinden. Dr. Pfaff, als Vertreter des Kurfürsten von Mainz, und Philipp von Helmstet, als Vertreter des Pfalzgrafen, bitten um Entschuldigung, dass ihre Herren noch nicht angelangt seien; der Kaiser habe so viel zu thun, dass er sie noch nicht habe abfertigen können. Die Stände sollten sich deshalb noch einige Tage gedulden.

Am Mittwoch morgen [Juni 5] tauschen die städtischen Gesandten ihre Instructionen aus, die sich als beinahe gleichlautend erweisen²; nur «Ulm hat etwas milteren befelch, doch doneben den befelch, sich mit uns zuo verglichen.» Es wird beschlossen, dass Sturm, Zwick und Besserer zu den Landgräfischen gehen und «inen die meinung anzeigen» sollen.

«Uf donstag [Juni 6] umb die nün urn sind die beiden churf. Menz, Pfalz ankomen, und uf 220 pferd gehan.

«Uf fritag [Juni 7] sind die gesanten von steten all zuosamenkomen, und hat her Jacob anzeigt, das herzog Hans Friderich begere, unserer herren und oberen bedoch zuo vernemen, doruf deren von Costens ratschlag gehert, sovil beriert die in kunftigem herzuo komen werden, desglichen das concilium, das nun in allen einmietig gefallen, dasselbig usziehen und [zu] übergeben, und wiewol noch der umfrag der ratschlag Luteri und Pomeri gehert ward, der disem zuowider, doruf etlich uf meinung, als ob in derselb Luters ratschlag bas gefiel, heren liessen, doruf dan Conrat Zwick sich beschwert, solich inzuugeben (sic!), hat doch der mererteil fur guot angesehen, denselbigen mit underlassung etlicher wort, wie dan her Jacob die underzeigt, uszuziehen und zuo übergeben etc.; die hat her Jacob doctor Bricken übergeben. so ist uns der ratschlag Luteri und Pomerani ouch worden, inhalt desselben copien mit B bezeicht³.» Auch von Constanz, Anhalt, Mansfeld und Lüneburg werden Copien ihrer Ratschläge übergeben⁴.

¹ Im Str. St. Arch. AA 440 fol. 23-36 befinden sich drei Hessische Ratschläge über die Schweinfurter Artikel, alle in demselben Sinne verfasst; doch ist nur einer davon mit Datum (Mai 21) und mit Unterschrift der Theologen versehen, gedruckt bei Neudecker Urk. 199.

² Nämlich in dem Sinne, dass diejenigen, welche späterhin sich zum Evangelium bekehren würden, nicht im Stich zu lassen, sondern womöglich ausdrücklich in den Frieden einzuschliessen seien.

³ Findet sich in den Strassburger Acten nicht; gedruckt bei Walch Luthers Schriften XVI 2208.

⁴ Copien im Str. St. Arch. AA 439 fol. 40-69 u. 440 fol. 9-22.

Am Samstag [Juni 8] erste Verhandlung mit Mainz und Pfalz, am Montag [Juni 10] Mitteilung der neuen vom Kaiser vorgeschlagenen Mittel¹. «der bedocht von disem teil [über jene Mittel] hat bei dem usschutz sich verzogen bitz donstag [Juni 13] morgen, do hat man denselben den churf. ubergeben.» (Beilage I). Die Kurfürsten finden darin «etlich wort dunkel und witleufig» und schlagen vor, dass zu besserer Verständigung ein engerer Ausschuss von beiden Seiten zusammenkommen solle. Die Stände bewilligen dies insoweit, «das man uf disem teil ier der churf. meinung heren, dieselb in geschrift empfohen und sich doruf unverwislich halten» wolle. Hierauf hält Dr. Türk am Freitag [Juni 14] einen Vortrag zur Erklärung der Artikel². Dr. Brück erwidert am Dienstag [Juni 18]³, worauf «der kurf. rete uf donstag [Juni 20] muntlich geantwort: dwil gemeldet, so sie, die churf., bei kei. mai. wusten zu erhalten, das die meinung der declaration also noch lect[?]⁴ derselben clorlich verstanden solt werden, wer ier beger, das man solche puncten, die disem teil für notwendig angesehen weren, anzeigte. so dan sie, die churf., vermeinten dieselben der kai. mt. bevelch gemesz, wolten sie billich antwort nit verhalten, so nit, wolten sie nit desto weniger dise meinung kei. mt. ouch ufs flissigts anbringen. doruf der usschutz dises teils uf denselben donstag nachmittag wider zuosamenkommen und beratschlagt, das die beschwerung muntlich furzetragen seien, welches uf fritag [Juni 21] nachmittag beschehen.» Die Kurfürsten antworten erst am 24. Juni: «dwil sie sich alwegen haben heren lossen, das sie von kei. mt. nit witer bevelch haben, und aber dis teil begert, so sie nit weiter bei kei. mt. truwen zuo erhalten, solichs anzeigen, haben sie dis teils neste schriftliche beschwerung kei. mt. zuogesandt mit 'beger, ier mt. [solle] inen weiter bevelch geben; so aber solichs ier mt. nit gelegen, das doch sein mt. inen ein anderen bevelch uf ein usserlichen friden zuo handlen geben welle etc., doruf in kei. mt. widergeschriben, er wel sich doruber beroten und alsdan inen solichs zuoschreiben; deshalb beten sie mit gedult zuo verharren, dan sie derselben antwort all stund wertig seien; sobald die kome, wellen sies nit verhalten.

¹ Ueber die Verhandlungen vom 8.-10. Juni verweisen wir auf Sturms Brief (nr. 146), wo dieselben anschaulicher dargestellt sind als in obiger Aufzeichnung.

² Copie Str. St. Arch. AA 440 fol. 58-67. Türk sucht darin die Bedenken der Stände gegen die vorgeschlagenen Mittel zu zerstreuen, indem er die einzelnen Artikel in einem den Evangelischen möglichst günstigen Sinne erläutert.

³ Copie der Brück'schen Antwort ebenda fol. 68-73. Es ist darin ausgeführt, dass die von Dr. Türk gegebne Erläuterung der Artikel nur dann einen Wert für die Evangelischen haben könne, wenn sie officiell und schriftlich dem Vertrage angehängt werde; denn sonst würden die Gegner auf dem Buchstaben des Vertrages bestehen und danach den Evangelischen bei jeder Gelegenheit vorwerfen, dass sie den Frieden gebrochen hätten. Sei es daher die Absicht, den Artikeln eine officielle Declaration im mildernden Sinne anzuhängen, so seien die Evangelischen gern bereit, sich auf weitere Discussion darüber einzulassen; andernfalls bäten sie, dahin zu wirken, dass wenigstens usserlicher sachen halben uf einen gemeinen bestendigen lantfriden gehandelt und derselb ufericht mocht werden, domit sich meniclich gegen einander fridlich hielt, und man der religionsachen halben an allen orten und richten bitz uf das concilion unangefochten bleib. Man hoffe, dies um so leichter vom Kaiser zu erlangen, als ja das Concil voraussichtlich bald zustande kommen werde.

⁴ oder 'lut. = laut.

- nr. 151. Mittler zit hat sich zuotragen, das man von Regenspurg vernomen hat, als ob die stend dis fridlichen anstands nit zuofriden und uf den Ougspurgischen abschid begert zuo verharren, deshalb wier und Ulm her
- nr. 152. Clausen und deren von Ulm gesanten geschriben, ob es sich so ilend zuotrüg, darwider zuo protestieren, und aber nochmols allhie zuo Nurenberg ein protestation angesetzt und inen ouch überschickt gon Regenspurg in eventum, ob man deren bedurft. ist nit überschickt, dan es nochmoln fur onnötig angesehen¹.»

Am Donnerstag nach Ulrici [Juli 11] teilen die Kurfürsten endlich mit, dass der Kaiser einen «äusserlichen frieden bis zum concil» bewilligen wolle und übergeben Copie eines Friedensentwurfes in diesem Sinne (Beilage II). «doruf hat man bedocht genomen, und die einigungsverwanten, so die wal betrifft, sonder, die einigungsverwanten, so die wal nit betrifft, ouch sonder, und die so der wal und einigung nit verwant, ouch sonder glich wie zuo Schwinfort, beratschlagt, in welchem ratschlagen ein zueiung zwischen herzog Hans Friderich, Lunenburg, Anhalt, Mansfeld an eim, und den Hessischen reten ander teils zuotragen hat, welche doch durch zuothuon der stett gesanten verglichen; hat sich verzogen bitz samstag [Juli 13] zuo oben, und ist man zu allen teilen etlicher enderung beraten, inhalt der copien mit k bezeicht, welche uf sondag [Juli 14] dem engeren usschutz der fursten ubergeben ist; haben die genomen hinder sich zuo pringen an iere herren, und ist diser verwilt bitz samstag den 20. julii. do haben die churf. all stend berüft und furhalten lossen, das noch ubergebung obgemelter mittel sie, die untertedinger, solche keiserlicher mt. zuogesant schriftlich und mit muntlicher botschaft, deren antwort uf gesterigen fritag oben zuokomen. uf das nuon die stend on merung und minderung kei. mt. meinung vernemen mogen, wellen sie kei. mt. missive sampt ingeschlosznen articeln heren lassen, und dwil dous zuo vernemen, was kei. mt. entlich bevelch und meinung, sei ier zuoversicht, die stend werden sich derselben gemesz erzeigen, das die sach zuo end verlaufen mog. und ist doruf gemelt kei. mt. missive verlesen, welcher sie, die underthediger, kein copi geben wellen, doch als vil man behalten hat mogen, ist verfast in die feder lut derselben [copie] mit l bezeicht [Beilage III], doruf die articel, deren disem teil copias geben lut und inhalt derselben mit m bezeicht [Beilage IV]. doruf hat man zuo allen teilen bedocht genomen und hat sich vil handels und zueiung zuogetragen; namlich haben des lantgroven gesanten gedochte meinung nit wellen annemen, doch zuolest dohin gehandelt durch beger herzog Hans Friderichs, das der stet gesanten dorzwischen handeln mogen, das die lantgrefischen bewilligt, solichs alles hinder sich zu pringen. ist haruf gehandelt bitz mendag vor Jacobi [Juli 22], do hat man von der churf. fursten grofen und stetten [wegen] den churf., den underdedigeren, antwort geben, den gedochten friden anzuonemen, doch mit etlicher worter enderung, als die, «das die stend wider zusammenkomen und anders beratschlagen»; dobei begert, zuo vernemen, welcher gestalt die versicherung ufericht werden soll etc. [Beilage V]. solichs hat

¹ Diese Stelle scheint von derselben Hand, die das übrige geschrieben (Jacob Meyer), später eingeschaltet zu sein. Sie füllt den vorher infolge des Absatzes freigelassenen Raum gerade aus.

sich verzogen bitz uf mendag vor Jacobi [Juli 22], hat man den underthedigern churf. solichs eroffnet mit vil onnotwendigen zuo schriben[den] worden¹; doruf der kleiner usschutz zuo furderung der sach zuosamenverordent mit anzeig, das die churf. die undertediger ein notel der versicherung verfasst, welche man uf zinstag [Juli 23] gemeltem usschutz zu verlesen behendig, doch mit der zuosag, dieselbig nit abzuocopieren; ist aber, sovil man behalten hat mogen, diser inhalt lut deren sumarischen copien mit n bezeich²; und uf beger, das kei. mt. gedochten underthedigern in ansehung, das sin mt. nit wol geschafft halb zuo vermogen sei, bevelch geben well, ob einicher stand molestiert wurd, inen solichs anzuzeigen und durch sie abgeschafft werde; ist solichs durch sie abgeschlagen, aber die, so vorgenommen seien³, begert anzuzeigen, welches ouch beschehen und uf kei. mt. oder ier mt. stathalter gewisen. es ist ouch begert, das ier churf. gnaden wellen bei kai. mt. dise stend entschuldigen, das die Türkenhilf us verhinderung diser underhandlung nit sobald ankomen moge, ouch verre des wegs etwas hinderung bringe etc.⁴. »

BEILAGEN.

I. Erwidrung der Stände auf die Friedensvorschläge der Unterhändler. [Juni 13].

Die Vorschläge seien den zuletzt in Schweinfurt vorgebrachten fast ganz gleich und daher nicht annehmbar. Nochmalige Darlegung der anstössigsten Punkte. Die Kurfürsten werden gebeten, die Stände beim Kaiser zu entschuldigen und dahin zu wirken, « das ier mt. sie gnediglich welle schützen und hanthaben bei ieren rechtmessigen angestellten protestationen und appellation und ierer mt. in recht gewirkten und gegebenen friden, damit sie bitz zuo gemeinen cristlichen freien concilion durch niemans diser sachen halben in schein vermeints rechtens oder sonst mit der that molestiert werden, wie sie sich dan ieres teils ouch an glich und recht begnügen zuo lassen geneigt, auch ungeru jemants darwider beschweren wolten. wissen aber die churfürsten uber gemelter kai. mt. bevolens mittel racht und weg, das kai. mt. solcher ierer mt. mittel etwo durch milterung und erklerung gnediglich moecht verenderen lassen, oder andere mittel furzuonemen, die bei ierer mt. zuo erhalten und Sachsen und der andern gewissen nit beschweren, auch guotem und christlichem friden dienstlich sein mochten, die wellen sie von den churf. nochmols gern vernemen und sich aller pillicheit daruffien wider heren lassen. »

¹ D. h. mit vielen Worten, die auch zu schreiben, überflüssig ist.

² Str. St. Arch. AA 440 fol. 82. Der Inhalt entspricht der vom Kaiser am 2. Aug. wirklich ausgestellten «Versicherung». Vgl. unten p. 169 A. 1.

³ Sc. vom Kammergericht, Hofgericht etc., s. das Verzeichnis p. 168 A. 1.

⁴ Hier bricht das Protokoll ab; indessen fehlen nur die Schlussbemerkungen über die Verrichtung des Abschieds und die Abreise. Vgl. den Abschied des Nürnberger Tages (Beilage VI). Auf die letzten Forderungen der Protestanten (Beil. V) erfolgte die kaiserliche Entgegnung erst am 2. Aug., s. p. 169 A. 1.

II. Erster Entwurf eines „äusserlichen Friedens“, von Mainz und Pfalz vorgeschlagen und von den Protestierenden abgeändert¹. [Juli 11 u. 14].

[1] «Namlich das die Ro. kei. mt., unser allergnedigster her, als das obrest haupt im heiligen reich einen gemeinen bestendigen friden bitz zuo einem gemeinen freien cristlichen concilio zwischen ierer kei. mt., ouch allen stenden des reichs teutscher nation, geistlichen und weltlichen, ufrichten:

[2] Also und dergestalt, das keiner den anderen hiezzwischen demselben concilio des gloubens noch sonst keiner ursachen halben uberziehen, vergewaltigen noch jemans seiner rend, zins, zehenden und guter entsetzen sollen, sonder ein jeder den anderen mit rechter fruntschaft und cristlicher lieb meinen, ouch² in allen sachen des lantfridens demselben, wie der hievor zuo Worms ufgericht, und des reichs ordnungen, sovil den glouben nit betreffen, derselben inhalts vestenklich geleben und volziehen, und keiner den anderen derhalben wider gemelten lantfriden, des heiligen reichs ordnung, recht und billicheit uberziehen, vergewaltigen oder beschweren soll.

[3] Welchen obgenanten gemeinen friden die Ro. kei. mt. allen stenden im heiligen reich usschreiben, verkünden und bei einer namhaften schweren ansehnlichen penen zuo halten gepieten.

[4] So wellen³ kei. mt. wider Sachsen und ier mitgewanten der religion halben durch ieren fiscal oder ier mt. kamergericht, noch an anderen gerichtsstuben oder zwangsnussen von ampts wegen noch [auf] jemans anhalten bitz zuo gemelten concilio nit procedieren lassen; ouch so derhalb einich rechtvertigungen oder verabschiedungen furgenomen weren, sollen dieselben bitz zuo gemelten concilio prorogiert werden.

[5] So erpieten sich ouch die Ro. kei. mt., allen fleisz furzuowenden und zuo furderen, damit das obgemelt concilion in einem halben jar usgeschriben und publiciert und dornoch in einem jar gehalten, oder im fall, so das nit erlangt werden mocht, das alsdan die gemeinen stend des reichs wider zuo einander uf ein gelegen molstat beruft und beschriben werden, zuo ratschlagen, was des gemelten concilii und sonst anderer notturftiger sachen halb ferner furzuonemen und zuo handlen sei.»

III. Erklärung des Kaisers an die Unterhändler, den Frieden betreffend. [Juli 20].

Die beiliegenden Artikel (Beil. IV) enthielten seine «entlich meinung und beschluss». Wenn die Protestierenden auf diese Artikel nicht eingingen, so gäbe es Anlass zu Bedenken, ob sie überhaupt zum Frieden geneigt wären. Es sei ihm zwar beschwerlich, die Kammergerichtsprozesse etc. zu sistieren,

¹ Die gesperrt gedruckten Worte sind die von den Protestierenden vorgeschlagenen Aenderungen oder Ergänzungen. Vgl. oben die Relation p. 164.

² Hier folgt im Entwurf der Unterhändler anstatt der gesperrt gedruckten Stelle nur: «den hievor ufgerichteten kei. mt. landfriden.»

³ Hier folgt im Entwurf der Unterhändler: «beid churf. Menz und Pfalz die Ro. kei. mt. bitten und verhoffentlich vermogen, das ier mt.» etc (wie oben).

da «die anderen stend» auf dem Augsburger Abschied beharrten; indessen wolle er, um seine Friedensliebe zu zeigen, genehmigen, dass Mainz und Pfalz in seinem Namen den Protestierenden die gewünschte Zusicherung bezüglich der Prozesse geben; «doch das dieselb versicherung bei ier der churf. handen blib und nit dorus keme, domit die anderen stend dodurch nit unlustig wurden.»

IV. Die vom Kaiser bewilligten Friedensartikel.

[1] «Erstlich das die Ro. kei. mt., unser allergnedigster herr, als das obrist haupt im heiligen reich einen gemeinen bestendigen friden zwischen ierer mt. und allen stenden des heiligen reichs teutscher nation, geistlichen und weltlichen, ufrichten bitz zuo einem gemeinen frien cristlichen concilio, wie solichs uf dem reichstag zuo Nurenberg [a. 1524] beschlossen ist, oder wo das sein furgang nit haben wurde, bitz die gemeinen stend des reichs wider uf ein gelegen malstat zuo einander beruft und beschriben wurden, wie dan hernach in einem sonderen articul begriffen wurd:

[2] in der gestalt, das hiezzwischen demselben concilio oder das die stend, wie obstot, wider zuo einanderkomen und anders beratschlagt wurdet, keiner den anderen des gloubens noch sonst keiner anderen ursach halb bevehden bekriegen berauben fahen uberziehen belegeren, auch dorzuo durch sich selbs oder jemans anderen von sinetwegen nit dienen, noch einich schlosz stet markt befestigung dorfer hove oder weiler absteigen [?] oder on des anderen willen mit gewaltiger dat frevelich innemen oder gevorlichen mit brand oder in ander weg dermassen beschedigen, och niemans solchen deteren rat hilf und in kein ander wis beistand oder furschub thuon, och sie wissentlich oder geverlich nit herbergen behusen etzen oder drenken, enthalten oder gedulden, sonder ein jeder den anderen mit rechter fruntschaft und cristlicher lieb meinen soll.»

[3] Wie Beil. II, 3.

[4] Wie Beil. II, 5¹.

V. Antwort der Protestierenden auf das Vorige.

[Juli 22].

«Hetten sich volgender antwort entschlossen bis uf des lantgrafen zuo Hessen rät, dan dieselben wurden sich ierer notturft von wegen iers hern sonderlich vernemen lassen. und erstlich betreffend den punct, so in kei. mt. articul stet, das der frid biz uf ein concilium oder biz die gemeinen stend berufen und dan anders beratschlagen etc, steen soll: wiewol es Sachsen und die anderen auch darfier hielten, das es vermög des letzteren articuls die meinung nit sei, das es bei den stenden des anderen teils ieres gefallens sten solt, so das concilium in bestimpter frist sein furgang nit hett, disen friden zuo veranderen oder ufzuoheben, beten sie doch die beiden churf. ganz fruntlich und underdeniclich zuo verhietung miszverstands, wan sie den handel nuonmer widerumb kei. mt. zuo erkennen geben wurden, bei ierer mt. zu arbeiten, domit solche wort, namlich «bis das die stend ein anders beratschlagen»», mochten ussen bliben und nit

¹ Der vierte Artikel des Entwurfs (Beil. II) bezüglich der Prozesse ist fortgelassen. Vgl. Beil. III.

gesetzt werden, dwil doch berurter letzter articul den verstand genuogsam geb, wie es im fall, das es sich mit dem concilio verzug, gehalten soll werden.

Die versicherung und rechtvertigung zuo disputieren belangend, hetten Sachsen etc. nest vermerkt, das kei. mt. den beiden churf. die notel der versicherung zuo handen stellen wurde; das bedanken sie sich gegen kai. mt. ganz underdeniclichen, und das sie bei den beiden churf. gelegt wurde, liessen sie ouch wol geschehen, hetten ouch dorin kein beschwerung; aber ir fruntlich und underdenig bitt were, das dieselbige versicherung alhie mechte begriffen und angesetzt und dan den churf. f. u. stenden dises teils copien zuogestellt und durch die kei mt. inhalt solcher notel, uf der beider churf. furwendung gnediglich ufericht, versiglet und singniert mocht werden. und im fall, so jemans Sachsen teils durch die anderen stand oder jemans andern mit rechtvertigung der religionsachen halben betrangt wolt werden, das sich alsdan die beiden churf. als handler, solichs bei der kai. mt. abzuschaffen, beflissigen wolten. wo aber der gegenteil nit stilston, sonder mit den angefangnen processen oder execution wurde(n) furfahren wollen, das dan Sachsen und den verwanten frei und vorbehalten blib, wesz inen vermog naturlicher und beschribner recht und anderer pillicheit gepurt. »

Die Protestierenden wollen ihrerseits dem Kaiser, wenn er den Frieden ausschreibt, allen schuldigen Gehorsam leisten, namentlich auch bezüglich der Türkenhülfe; nur bitten sie um Entschuldigung, wenn die Hülfe derjenigen Stände, deren Heimat weit von dem Musterplatz entfernt liegt, nicht zum festgesetzten Termin eintrifft.

Sie übergeben ferner ein Verzeichnis der am Kammergericht, Hofgericht etc. bereits anhängigen Prozesse¹ und bitten um deren Sistierung.

VI. „Abscheid den fridlichen anstand belangen zu Nurnberg ufericht.“

Juli 23.

(Gedruckt bei Hortleder I 67, Walch XVI 2210. Länig II 589).

Die Kurfürsten von Mainz und Pfalz thun kund: Zwischen dem Kaiser und den (protestierenden) Ständen, — deren Namen aufgezählt werden² —, hätte sich «des glaubens halben etliche zeit her miszverstand und irrung erhalten». Nachdem nun alle früheren Versuche eines Ausgleichs gescheitert wären, hätten sie, die Kurfürsten, sich mit kaiserlicher Bewilligung ins Mittel gelegt, um namentlich im Hinblick auf die drohende Türkengefahr, welcher mit geeinten Kräften begegnet werden müsste, eine Verständigung herbeizuführen. Obgleich es nicht gelungen sei, die Glaubenssache selbst zur Vergleichung zu bringen, so habe doch schliesslich auf ihr, der Kurfürsten, Ansuchen der Kaiser «einen beständigen, gemeinen Frieden» in folgender Weise bewilligt. (Folgen die Artikel wie in Beilage IV).

¹ Liegt bei fol. 86 (Copie). Es sind darin folgende Stände als verklagt angezeigt: Georg von Brandenburg und die Stadt Nürnberg durch den Bischof von Bamberg, Strassburg durch seinen Bischof, Constanz durch sein Domkapitel, Ulm durch den Probst zu Wengen, Bremen durch seinen Bischof, Reutlingen durch den bischöflichen Fiscal in Constanz, Herzog Ernst von Lüneburg durch den Erzbischof von Bremen, Magdeburg durch den Probst von St-Petersberg.

² Ebenso wie in Beil. X zum Schweinfurter Tage p. 131 (vgl. 121 u. 124); nur Philipp von Hessen ist ausgelassen, da er ja diesen Abschied nicht annehmen wollte. Vgl. am Schluss.

«Darzu hat die Ro. kai. mt. zu merer und bestendiger erhaltung solichs obgemelten gemainen friden[s] gnediglich bewilligt und zugesagt, das ir mt. alle rechtvertigung in sachen den glauben belangent, so durch ir mt. fiscal und andere wider den churfürsten zu Sachsen und seine zugewanten angefangen wern oder noch angefangen werden möchten, anstellen wellen bis zu nechstkünftigem concilio, oder so das concilium nit gehalten, [bis] durch die stend in ander weg darein gesehen werde, wie dann die kai. mt. uns des ain versicherung vermog ires gnedigen schreibens, uns deshalb gethon, zu unsern handen gnediglich zustellen wellen.»

Dagegen erboten sich die protestierenden Stände, dem Kaiser schuldigen Gehorsam zu erzeigen und ihren gebührenden Anteil an der Türkenhülfe zu leisten.

Mainz und Pfalz wollen die von den Protestierenden gewünschten Aenderungen einiger Ausdrücke beim Kaiser befürworten und auch möglichst schnell die kaiserliche «Versicherung» des Friedens zu erlangen suchen. Die Erklärung des Kaisers hierüber wollen sie alsbald an Sachsen schicken¹. «Im fall aber, so die kai. mt. nichts weiters nachlassen noch endern wolt, so soll dannoch dise abred in creften sein und bleiben und ires inhalts vollzogen und der nachgegangen werden.»

Die Gesandten des Landgrafen von Hessen haben sich geweigert, da es «diser zeit in irem bevelch nit were, disen abschid anzunemen,» unter Mitteilung ihrer Gründe, welche dem Kaiser vorgebracht werden sollen. Die Gesandten wollen ihrem Herrn den Abschied mitteilen, «der unzweifelichen zuversicht, sein lieb wurde sich daruf ires gemuets auch vernemen lassen².»

Besiegelt von Mainz und Pfalz einerseits, von Herzog Johann Friedrich andererseits. Dat. Nürnberg Di. n. Mariae Magdalenaee a. 32.

Beil. V.

¹ Das Schreiben des Kaisers vom 2. Aug. (am 17. Aug. an Sachsen übersandt) verweigert die Aenderung des Wortlauts der Urkunde, giebt aber eine nähere Erläuterung in dem Sinne der Evangelischen; namentlich sollen die von letzteren angefochtenen Worte «bis die Stände anders beratschlagen» in dem Sinne verstanden werden: «bis uf einem reichstag in sachen der streitigen religion ander einsehens bescheen wurd.» Die «Versicherung» bezgl. der Einstellung der Prozesse hat der Kaiser dem Entwurf der Kurfürsten entsprechend ausgestellt (d. d. Aug. 2 gedruckt bei Walch XVI 2236, bei Lünig u. a.); jedoch befiehlt er ausdrücklich, «das diese versicherunge in alwege bei euern [der Kurfürsten] handen wolverwart und behalten und nit publiciert noch jemens copei davon gegeben werde, aus viel beweglichen ursachen und sonderlich zu verhuiten, das die andern stende des reichs desto weniger unlustig gemacht werden.» Er betont ferner in der «Versicherung», dass nur auf besondres Ansuchen im einzelnen Falle bei ihm oder seinem bevollmächtigten Statthalter die Sistierung der Prozesse verfügt werden würde. In dem offenen Mandat, durch welches er am 3. Aug. den Frieden verkündete (Walch XVI 2239, Str. St. Arch. AA 441), ist der Klausel bezgl. der Prozesse nicht die mindeste Erwähnung gethan, während der Inhalt im übrigen dem Nürnberger Abschied und der Versicherung entspricht. Sachsen drückte den beiden Kurfürsten am 27. Aug. seine Zufriedenheit mit der kaiserlichen Bewilligung aus; nur beschwerte es sich darüber, dass der Kaiser nicht durch directen Befehl dem Kammergericht das Procedieren in Glaubenssachen untersagt habe, und bat dringend um Abschaffung der bereits anhängigen Prozesse. Str. St. Arch. AA 440 fol. 89 ff. Gedruckt in der «Beschreibung der Stadt Göttingen» III 421.

² Der Landgraf musste sich nachträglich doch entschliessen, den Abschied anzunehmen, nachdem er auch von Mainz und Pfalz inständigst darum ersucht war. Schreiben v. 17. Aug. bei Neudecker Actenstücke 76.

160. Strassburgs Beteiligung an der Türkenhülfe.

Juli—August.

Str. St. Arch. AA 456 u. 457.

Beschickung des Kreistages zu Speier. Seit Mitte Juli Werbung von Kriegsvolk. Befehlshaber des Strassburger Contingents. Instruction des Obersten. Truppenzahl. Gründe, weshalb weniger geschickt wird, als der Anschlag beträgt. Abmarsch. Kosten des Zuges. Particularhülfe zweifelhaft.

nr. 148-50.

Nach wiederholten Mahnungen zur Leistung der Türkenhülfe hatte der Kaiser am 20. Juli die Strassburger noch einmal in dringender Weise zu sofortiger Absendung ihres Contingents nach Wien aufgefordert. Der Rat, obwohl mit dem Gang der Nürnberger Friedensverhandlungen keineswegs zufrieden, hatte sich doch, schon ehe die letzte Mahnung erging, zur Willfährigkeit entschlossen. Das erste Zeichen hierfür war die Beschickung des Oberrheinischen Kreistages zu Speier am 14. Juli durch den Altammeister Mathis Pfarrer. In dem Abschied dieser im Hinblick auf die Türkengefahr berufenen Versammlung heisst es ausdrücklich, dass Hessen und Strassburg ungeachtet ihres Protests gegen den Augsburger Abschied die Türkenhülfe bewilligen wollten. Zum Befehlshaber des Oberrheinischen Kriegsvolks wurde in Speier Philipp von Thun, Herr zu Oberstein und Falkenstein, der bisherige Kreishauptmann, gewählt. Im übrigen enthält der Speierer Abschied Bestimmungen über Sold und Ausrüstung des Hauptmanns und der anderen Offiziere. Am Schluss steht die Bemerkung, dass der Strassburgische Gesandte „der siglung halb uf hindersichbringen acht tag bedacht genommen“; innerhalb dieser Zeit werde Strassburg seinen Entschluss der Stadt Speier mitteilen. Weiteres ist hierüber nicht bekannt, doch entsprach jedenfalls das fernere Verhalten Strassburgs dem Kreis-Abschied. Schon Mitte Juli bewarb sich die Stadt fleissig um Fussvolk und Reisige, wie z. B. aus einem Brief hervorgeht, den ein gewisser Keule am 22. Juli aus der Eifel an den Rat richtete. Er sagt darin, er hoffe bis zum 6. August, dem Musterungstermin der Strassburger Söldner, etwa 40 Reisige zusammenzubringen. Philipp von Ehingen, Comthur des deutschen Ordens, und Claus Zorn waren bereits am 17. Juli als Reiterführer in den Dienst der Stadt getreten. Zum Oberbefehlshaber des Strassburger Contingents wurde Bernhard Wormser, Stettmeister, ernannt; unter diesem sollte Schweiker v. Sickingen die Reisigen, und Engelhard v. Speichingen das Fussvolk befehligen¹. Als Pfennigmeister wurde Friedrich Sturm bestellt, dem der Sold für die Truppen auf 6 Wochen vorausbezahlt wurde. In der Instruction, welche Wormser erhielt, wurde ihm aufgetragen, sich dem Kreis-

¹ Strassburg trug Bedenken, ob man Sickingen, der noch wegen der bekannten Fehde seines Vaters mit Pfalz und Hessen unversöhnt war, zum Hauptmann machen dürfe. Es fragte deshalb beim Landgrafen und Pfalzgrafen an und erhielt von beiden die Antwort (Juli 23 u. Aug. 3), dass sie gegen Sickingens Wahl nichts einzuwenden hätten. Der Landgraf fügte allerdings hinzu, dass er eine anderweitige Wahl lieber gesehen hätte. — Engelhard von Speichingen sowie ein gewisser Volkmar von Konritz beschwerten sich nach Beendigung des Zuges wegen rückständigen Soldes etc., worüber sich im Str. St. Arch. AA 436 einige Briefe befinden.

hauptmann zwar unterzuordnen, aber doch darauf zu achten, dass die Truppen zu keinem andern Zweck als gegen die Türken verwendet würden. Im übrigen wurde er angewiesen, mit dem Kriegsvolk des befreundeten Landgrafen gut zusammenzuhalten. Die Stärke des Strassburger Contingents sollte nach dem Reichsanschlag eigentlich 450 Knechte und 80 Reisige betragen; doch wussten die Herren vom Rat diese Zahl herabzumindern, wie folgendes Verzeichnis¹ zeigt:

„Darauf ist geschickt 331 personen, die ainzig söld haben, und 51 personen dupelsöldner, hauptman etc und 3 jungn, item noch zwen furman; der capelan hat dupelsöld, also ist es zusamen 388 person. uf diese knecht ist ausgeben 61 übersöld, also trifft es sich in sölden 449 söld, da breste nit mer dann ein sold.

Item so seind der reuter, so gemustert seind 75 personen, darunder 7 kurisser; uf die personen seind ain kurisser gerechnet fur ain dupelsöld, thet 82 personen. so man aber die übersöld rechnet, der seind 17 übersöld, so man uf hauptleut und andere gibt, lut des registers; also auf die 75 personen und geruster pferd seind noch 17 reuter übersöld, das macht zusamen 94² raisiger söld; da seind 14 söld mer dann unser uflage ist, one boten, trosser und wägen.

Dieser bericht ist darumb, ob man sagen wölt, man hette die zal am fuszvolk und reutern nit ganz, das doch nit anders ze rechnen ist, dann uf die söld. so kan man mit den registern darthun, das es an zal der summen der söld zu fusz und rosz mer übertrifft, dann unser anlage ist, das man es umb ersparung des gelts nit underlassen hat, sonder aus hat muessen geben zu bekomung des volks, damit man uns nit mer auflege, dann andern, so sich mit gelt ire reuter und volk abkauft haben.

Diesen bericht ist not, vor dem obern hauptmann im zirk oder dem oberst im veld anzusaigen, wie vorstat.“

Der Abmarsch des Fussvolks zum Musterplatz bei Wien erfolgte schon am 29. Juli, derjenige der Reiter am 12. August. Nach einer am 2. December aufgestellten Berechnung beliefen sich die Unkosten, welche Strassburg durch den beinahe viermonatlichen Feldzug hatte, auf 12050 fl.³

Darüber, ob Strassburg dem Kaiser die erbetene Aushülfe mit Geschütz und Munition gewährte, haben wir keinen Aufschluss, ebensowenig über die Frage, ob Strassburg dem zum Generalproviandmeister des Feldzugs ernannten Pfalzgrafen Ott Heinrich die vom Kaiser erbetenen 25000 fl. vorgestreckt hat.

nr. 149.

¹ Str. St. Arch. AA 436 fol. 61.

² Muss wohl heissen 92, ebenso gleich nachher 12 statt 14.

³ Ueber den Feldzug selbst ist bekannt, dass derselbe ohne eigentliche Schlacht mit dem schimpflichen Rückzuge der Türken endigte, nachdem sich ihre Hauptmacht an der kleinen Festung Günz gebrochen hatte. Am 7. August hatte die Belagerung der letzteren begonnen, am 18. November langte Suleiman wieder in Constantinopel an. Während dieser Zeit kam das Reichsheer kaum in Thätigkeit und nach Beseitigung der Gefahr löste es sich auf trotz der Bemühungen König Ferdinands, es zur Eroberung Ungarns zusammenzuhalten. Zinkeisen II 730 ff. Vgl. nr. 165.

161. Kurfürst Johann Friedrich von Sachsen an den Rat. August 21.
Torgau.

Str. St. Arch. AA 444. Ausf.

Zeigt den am 16. August erfolgten Tod seines Vaters an, «der genedigen zuvorsicht, ihr werdet desselben unsers lieben herrn und vaters todlichen abgang, als der euch zu gnaden und allem christlichen gueten je allwegen gewandt gewest, mit uns auch mitleiden tragen.» — Dat. Torgaw Mi. n. assumpt. Mariae a. 32. — Lect. Sept. 5.

162. Der Rat an Landgraf Philipp. September 14.

Marb. Arch. Ausf. Zettel im Const. Arch. O. VI 2 f. 12. Copie.

Beschwert sich, dass der Kaiser dem Kammergericht noch nicht Stillstand geboten hat. Bittet um Mitteilung der noch ausstehenden Erklärung von Mainz und Pfalz darüber. Zettel: Anstellung eines Sollicitators am kaiserlichen Hof.

- p. 169 A. 1. Dankt für des Landgrafen Schreiben (*) und Uebersendung der zwischen dem Kaiser und den Kurfürsten von Mainz, Pfalz und Sachsen gewechselten Briefe hinsichtlich des Nürnberger Friedstands. «dieweil wir aber usser hochermelten beider churf. Menz und Pfalz schreibn vermerken, [dass] di Romische kai. mt. der rechtfertigung halbn, so mit uns und unser mitgewandten furgenomen werden mochten, weder irer mt. camergericht noch andern gerichtzwegn stillzustan gepoten, besonder daz man bi irer mt. ansuchn solle, vorbehalten habn will, daz achten wir uns und andern unsern mitgewandten beswerlich und weiters nachzuedenken von noten sein, wi und welcher gestalt derselbn beswerden vorkomen werden mocht.» Auch der Landgraf, welcher, wie man höre, den Nürnberger Frieden nachträglich
- p. 169 A. 2. angenommen habe, möge auf Abhülfe der Beschwerden denken und dem Kurfürsten von Sachsen schreiben, dass derselbe sogleich Nachricht gebe, wenn die Antwort der Unterhändler auf das Gesuch wegen der beim Kammergericht anhängigen Sachen eintreffe. Strassburg habe grosses Interesse daran; denn die beiden Prozesse¹, welche der Bischof am Kammergericht gegen die Stadt angestrengt habe, seien zur Zeit noch nicht inhibiert. Dat. Sa. n. nativ. Mariae a. 32.

Zettel: «Wir haben auch gedacht, dweil man umb die rechtvertigungen, so gegen den verainigten stenden durch di gaistlichen oder ander in sachen des glaubens und religion furgenomen seind und noch werden mochten, bi der kai. mt. jeder zit ansuchen solt, ob man ain gemainen sollicitatorn uf aller stend costen und unterhaltung an kaiserischen hof gelegt, in solchen sachen zu gebrauchen.» Man möge auf dem Braunschweiger Tage² darüber beraten.

¹ Wegen Reformierung der Stifter St. Arbogast und St. Stephan. Vgl. darüber den Anhang.

² Am 11. November, vgl. p. 136 u. nr. 191.

163. Landgraf Philipp an den Rat.

September 21.
Spangenberg.*Str. St. Arch. AA 454. Ausf. Zettel ebenda.*

Antwortet auf das Schreiben vom 14. September, dass ihm «der angenommen fride und anstand nie wolgefallen, und ist uns noch heude bei tage zu keinem gefallen, wie dan ewere geschickten, so zu Nurnberg gewesen, gut wissens tragen. aber ir sollet es davor haben, so euch noite¹ angehen wurde, das wir euch mit gnedigem beistand trewlich zusetzen und nit lassen wollen.» Verspricht, Strassburgs Brief an Sachsen zu schicken und, was ihm an weiteren Nachrichten zukommt, «furtherlich» mitzuteilen. Dat. Spangenberg 21. Sept. a. 32. — Lect. Oct. 12.

Zettel: Er werde seinen Gesandten auf dem Braunschweiger Tage Befehl geben, wegen der von Strassburg gewünschten Anstellung eines Sollicitators am kaiserlichen Hofe zu handeln.

164. Der Rat von Esslingen an den Rat von Strassburg. October [2].

Str. St. Arch. AA 455. Ausf.

Dankt für einen Ratschlag über seinen Streit mit der Württembergischen Regierung und dem Kloster Sindelfingen. Hat auch den Landgrafen um Rat gebeten.

«Euer fürsichtigen ersamen weishait schreiben (*) mit anzeigung, wes wir uns in den angezeigten beegenten beschwerden von der Wirtembergischen regierung und den munchen von Sindelfingen der pfarrverwaltung halben in unserm Dorf zu Faihingen auf den Fildern² und zu abschaffung derselbigen bearbeiten sollen, haben wir ferners inhalts und im besten vernomen. bedanken uns zum hochsten derselbigen getrewen mitgetailten rats, weren auch demselbigen also nachzukomen und zu geleben gemeint gewesen, wo wir mitler weil durch unsere guete nachparliche freund der stat Ulm in zuschickung etlicher schriften nit bericht, das der furgenomen tag gen Schmalkalden aus ursachen were abgeschriben worden. dweil uns dan, wie vormals wir e. f. e. w. auch schriftlichen zu erkennen geben (*), an den beegenten beschwerden vil und hoch gelegen, und zu gedenken, es werde an demselbigen nit erwinden, besonder sich fur und fur mit der that understeen, uns und die unsern in unserm christenlichen vorhaben zu verhindern, wie dan nach solichem sie die von der regierung sich mit der that underfangen, alle zins renten nutzungen und gueter, so den klostern, in unser stat gelegen, zugehorig und durch sie die klosterspersonen erkaufft, denjenigen, so sich noch bei uns gehorsamlichen enthalten, zu entziehen und inen selbs zuzuaignen, derhalben dan hoch von noten sein will, nochmals der sachen nachgedenken zu haben, mit was massen soliche begegnete beschwerden abgewennt und wir nit also thetlich von vilgemelter regierung angefochten: haben wir uns, jedoch auf e. f. e. w. verbesserung, entschlossen, den durchleuchtigen unsern gnedigen fursten nnd herren, landgrave Philippsen zu H e s s e n etc., schriftlichen und bittlichen umb hilf und rat undertheniglichen

p. 136.

¹ = Not.² Dorf sw. von Stuttgart.

anzusuchen.» Sendet Copie dieses Schreibens¹ und bittet um Strassburgs Unterstützung beim Landgrafen. Dat. Mi. 3. Oct. a. 32.² — Lect. Oct. 9.

165. Landgraf Philipp an den Rat.

October 15.

Cassel.

Str. St. Arch. AA 454. Ausf.

p. 171 A 3. «Nachdem uns durch gleubliche kuntschaft angelangt, das der Turkisch keiser zuoruckgezogen und ein streifend rott hinder ime gelassen, dieselb streifend rott dan wol bis auf den halben teil geschlagen sein sol, derhalben kai' mat. kriegsvolk, sonderlich die raiszigen, widerumb im abzug sein sollen: demnach so ist unser gnedig beger, weil der welt leuft und list wol aufzumerken, ir wollet vleissig aufsehens haben, ob sich irgends von denselbigen raiszigen und sonderlich fuisvolk < sich > ein versamblung zusamenthun wurden, das ir uns dasselb aufs furderlichst zu wissen thuit.» — Dat. Cassel Di. n. Dionisii a. 32³.

166. Die Dreizehn an den Rat von Ulm.

October 17.

Ulm. Arch. Ref. T. XV. Ausf.

nr. 162. Zu ihrem Antrag auf Anstellung eines Sollicitators am kaiserlichen Hof habe jetzt der Kurfürst von Sachsen seine Zustimmung geäußert⁴ und ausserdem mitgeteilt, dass er seinen Rat, Hans v. d. Planitz, demnächst zum Kaiser schicken werde, um wegen Sistierung der Prozesse zu handeln. Wenn die oberländischen Städte demselben ihre Beschwerden zuschrieben, so würde er für deren Abhülfe bemüht sein. Dat. Do. n. Galli a. 32⁵.

167. Die Dreizehn an den Rat von Ulm.

November 6.

Ulm. Arch. Ref. T. XV. Ausf.

Billigen die Sendung eines Sollicitators durch Ulm an den Kaiser und schicken Instruction für denselben. Sind für Recusation des Kammergerichts. Planitz am kaiserlichen Hof.

nr. 110. Das Ulmer Schreiben (*), betreffend das kammergerichtliche Erkenntnis in der Sache des Probsts zu Wengen, sowie die darüber geführte Correspondenz

¹ Liegt bei, d. d. Oct. 1. Die Ursache des Streits war danach die, dass Esslingen in seinem Dorf Faihingen einen evangelischen Pfarrer wünschte und sich deshalb an das Kloster Sindelfingen, dem die Pfarrverwaltung zustand, wandte. Dieses beschwerte sich über ein solches Verlangen bei seinem Schirmherren, der Württembergischen Regentschaft, welche nun ihrerseits den Esslingern gebot, das Stift unbehelligt zu lassen. Sie berief sich dabei auf königliche Instructionen. In dem Brief an den Landgrafen bat Esslingen um Verwendung bei der Regentschaft und schlug vor, mit eventueller Zurückziehung der evangelischen Hülfstruppen gegen die Türken zu drohen.

² Der Mittwoch fiel auf den 2. October.

³ Diese Aufforderung des Landgrafen gab Anlass zu einem Schreiben Strassburgs an Esslingen, worin dieses gebeten wird, Kundschaft zu machen etc. Esslingen sagte dies am 30. Oct. zu. Str. St. Arch. AA 433.

⁴ D. d. Oct. 5. Ebenda (Copie).

⁵ Ulm dankte für diesen Brief am 25. Oct. Ebenda (Conc.).

mit Sachsen und Hessen hätten sie erhalten und weiter vor Meister und Rat gebracht, «die inen eurn furgenomen sollicitatoren, — dieweil der von euch der sprachn und anderer geschicklichait gerumbt —, das er in aller protestirenden stend, oder so sich di fursten dessen beswerten, in der erbarn oberlendischn stet und unserm gemainem costen geschickt und erhalten werde, gefalln lassen; schicken euch auch hiemit und dabi instruction (*) zu, wes der von unsern wegn bi der kai. mt. und herr Hansen, edler von der Plawnitz werbn und sollicitirn soll.» Da ihnen der Name des Sollicitators noch unbekannt sei, so hätten sie keine Credenz für ihn ausstellen können; bitten, dass Ulm dies im Namen aller oberländischen Städte besorge¹. Es werde auch gut sein, die Procuratoren am Kammergericht von allem zu benachrichtigen, «wiwol wir danebn nit claine fursorg tragen, es wert dis alles, dieweil di forcht des Turken, so disen friden verursacht, hinweg, bi der kai. mt. und derselbn camergericht wenig erschiessen, sonder vil merer von noten sein, durch ander mittl sich der furgenomen rechtverftung zu endschutten, also das alle protestirend stend samenthaft das camergericht als verdecktlich in sachn, den glaubn und religion belangend, recusirten, us ursachen, di wol zu finden, und denen ir auch nachdenken mogt.» Ob Hans von der Planitz längere Zeit am kaiserlichen Hof verharren werde, wisse man nicht bestimmt; doch halte man dafür, «so der siner handlung der churf. lehen und regalien halben an hof abgevertigt, daz er alsdann lenger daselbst nit verziehen wert.» Nichtsdestoweniger haben sie auf Wunsch Ulms im Namen der Städte ein Schreiben an ihn verfasst, welches sie übersenden², um es durch den Sollicitor an seine Adresse befördern zu lassen. Dat. Mi. n. omnium sanctorum a. 32.

168. Landgraf Philipp an die Dreizehn.

November 7.
Immenhausen.*Str. St. Arch. AA 454. Ausf.*

«Wir haben ewer schreiben (*) und angezeigte zeitung [über] grave Henrichen von Nassaw, das hispanisch und italianisch kriegsvolk, wie wol und ehrlich sie sich gehalten — dem herren sei die rach befolen —, item das kei. mt. uf Italien verruckt, seins weitem inhalts und auch den eingelegten zettel eines gemeinen sollicitators halben, alles zu gnedigem danknemigem gefallen vernommen. und sovil di rechtfertigung der religion halben betrifft, werdet ir nume von unser diener einem, den wir an euch geschickt, allen bericht verstanden haben. wir wollen aber nichtsdestoweniger ewer schreiben an churfursten zu Sachsen langen laszen, demselbigen weiter nachzudenken. des sollicitators halben haben wir unsern reten itzt uffen tage zu Brunschwig befel gethan, deshalb anregung zu thun.» — Dat. Immenhausen 7. Nov. a. 32. — Empf. Nov. 15.

nr. 169.

nr. 162,63.

¹ Es geschah am 14. Nov. Die Credenz ist von Ulm und Esslingen untersiegelt und für Jacob Krafft, Bürger zu Ulm, ausgestellt. (Ebenda.) Esslingen hatte schon am 26. Oct. in einem besondern Schreiben an Strassburg seine Zustimmung zu der Bestellung des Sollicitators erteilt. Str. St. Arch. AA 429. Vgl. nr. 177.

² Ebenda. Planitz wird darin gebeten, den Sollicitor in seinen Werbungen beim Kaiser um Stillstand der Religionsprozesse nach Kräften zu unterstützen.

169. Der Rat an Landgraf Philipp.

November 12.

Marb. Arch. (Stadt Strassburg). Ausf.

Schriften an Kaiser und Kammergericht wahrscheinlich ohne Erfolg. Hält es fürs Beste, das Kammergericht seiner Parteilichkeit wegen in Glaubenssachen zu recusieren. Wünscht Zusammenkunft deswegen.

Hat die Copien der beiden Schriften, welche die Fürsten namens der protestierenden Stände an den Kaiser und das Kammergericht bezüglich des Nürnberger Stillstands gerichtet haben, erhalten (*)¹ und ist mit denselben einverstanden; doch glaubt er nicht an einen Erfolg, da der Türkenkrieg, der den Kaiser zur Bewilligung des Friedens bewegt, nunmehr zu Ende sei, und da Kammerrichter und Beisitzer sich unzweifelhaft «der ordnung, darauf si angenommen und geschworen», behelfen würden, wie denn auch gegen Strassburg und Ulm schon ungeachtet des Stillstands weiter procediert worden sei. Deshalb habe man auf andere Mittel gedacht, und zwar in folgender Weise: «nachdem offenbar im reich, was der kai. camerrichter verruckter zeit gegen zwaien der camergerichts advocaten und procuratorm in offener audienz des glaubens halben gehandelt, welcher massen er sich auch dazumaln ains vermeinten bevelchs, die religion belangende, und wie er darob gegen allen personen des camergerichts ze halten verpflichtet, auch genaigt were etc., mit vil andern hitzigen worten vernemen und hören lassen; daraus wol zu erachten und abzunemen, wie er sich im rat und, so unser und unserer mitverwandten protestanten sachen referiert auch geurteilt werden sollen, gegen den beisitzern anhalten und erzeigen thu, das si darumben und aus menschlicher forcht, — damit nit auch gegen inen gleichermassen gehandelt oder aber si in craft angemaszten bevelchs durch den camerrichter an andere ort, daher dann ime solicher berümppter bevelch gegeben worden sein solle, getragen und si daselbst verunglimpft, zuletzt auch mit ungnaden von iren diensten verschoben werden möchten —, darzu verursacht, das si oft ire stimmen und vota in dergleichen sachen nit frei geben oder darzu dasjenig reden dürfen, das si wol wissen und versteen, auch an freien unparteiischen orten von der sachen zu reden oder zu urteilen wol wiszten und one zweivel thun wurden; sodann darzu auch unser widerteil, der bischof, sich in seinen rechtlichen producten und schriften selbst horen laszt und berümen thut, wie das er als ein furst des waren alten christlichen glaubens in sonderm schutz und verspruch kai^r mt., darumb seine sachen in sonderheit auch an das camergericht gehörig, dasselbig auch sich dero zu beladen derwegen pflichtig sei etc.: so können oder mogen wir demnach leichtlich abnemen, wie unparteiische richter wir des orts in solchen und dergleichen sachen haben thuen, was rechtens und gerechtigkeit wir uns des ends getrösten sollen, und weren haruf bei uns entslossen, den kai. camerrichter und beisitzer in allen des glaubens und religion unsern anhengigen und kunftigen sachen als verdecktigen richter ze waigern und recusieren, sofern e. f. g.

¹ Das Schreiben an das Kammergericht d. d. Oct. 21 ist gedruckt bei Harprecht V Beil. 43. Es wird darin namentlich um Einstellung der Prozesse gegen Ulm und Strassburg ersucht. Vgl. den Anhang.

solichs auch thunlich und geraten zu sein gutbeduncken wurde.» Damit die Recusation nun womöglich in aller Stände Namen geschehe, halte man es für notwendig, dass ein Tag aller Einungsverwandten angesetzt würde, um die Zweckmässigkeit der Recusation des nähern zu erörtern und zu begründen. Der Landgraf möge diesen Vorschlag sorgfältig erwägen und, wenn er ihn billige, den Kurfürsten zur Berufung einer Versammlung veranlassen. Dat. Di. 12. Nov. a. 32.

170. Basel an die Dreizehn.

November 24.

Basl. Arch. miss. 50 f. 86 b. Conc.

Danken für das «getrew warnend» Schreiben Strassburgs (*), dem zufolge der Kaiser beabsichtigen solle, mit dem Italienischen und Spanischen Kriegsvolk im Herzogtum Mailand Winterquartiere zu beziehen. «ist nit on, es werden dergleichen reden, wie uwer schriben des meldung thut, bi uns ouch usgossen; so ligt der hebstlich legat mit grossem pracht zu Luzern; mögen aber noch nit eigentlich erfahren oder wissen, wo hinus sich di sachen thenen¹ werden.» Doch hätten sie weitere Kundschaft angeordnet. Dat. Mo. 24. Nov. a. 32.

171. Die Strassburger Prediger an [den Rat von] Bern. November 26.

Vollständig gedruckt bei Strickler IV 2019. (Bern. Arch.).

Bitten um energischen Schutz der Evangelischen gegen die 5 Orte. Vom Kaiser nichts zu befürchten. Bedrohung des Evangeliums und der Freiheit in der Schweiz.

Freuen sich über Capito's Erfolge bei Herstellung der Ordnung und des kirchlichen Friedens auf der letzten Berner Synode. Haben gehört, dass die Fünf Orte die Evangelischen grausam verfolgen, und bitten deshalb um Schutz der letzteren, soweit es in Berns Macht steht. Man dürfe die Glaubensgenossen nicht aus übertriebener Friedensliebe und Furcht vor Anfeindung preisgeben und unterdrücken lassen. «dann die lieb suochet nit das ir, sonder was andern zuotreglich ist. es louft etwan mit under menschlich blödigkeit, als jetzt möcht bi etlichen des keisers gewalt und sin kriegsvolk angesehen werden. aber gott bi uns ist gröszer weder alles; der hilft, wa im vertraut würt. zu dem so stot des keisers sinn und gemüet Hispanien zuo; ouch ist er keins kriegs begirig und weiszt, dasz er üch nit mag schaden zuofügen on bewegung tütscher nation; dann er ist beredt, dasz unser fürsten und stett bedenken, das inen zuoglich ouch gilt, und ir nit mügen schaden liden on jener nachteil. so hat der keiser sin gelt zuo lieb; er hats nit wöllen angrifen in gröszerm obligen. auch ist der dem glouben nit als fient als fürgeben würt; sonst wurde er uns kein solichen friden zuogesagt haben, dwil sich unsere fürsten und stett nie haben wöllen begeben deren, so usserhalb ires verstands oder einigung sich des evangeliums jetzt annämen oder in zukunft annemen werden, wiewol die pfaflheit häftig getriben hat. doch ist dem papst nichts zuo vil; er möchte etwas anfohen, damit üwer

nr. 122.

¹ = dehnen?

forchtsamen nachburen gar erschreckt und von der warheit abgetriben wurden. alsdann ist zuo ermesen, ob nit soliche bosheit der fienden werde fürschrten und ouch dise trutzen, den si jetzt guote wort geben.» Es sei darauf abgesehen, unter dem Vorwand der Religion die Freiheit der Eidgenossen zu vernichten. Wiederholung der Bitte, die evangelischen Glaubensgefährten aus christlicher Liebe vor Vergewaltigung zu schützen. Dat. 26. Nov. a. 32.

172. Der Rat von Constanz an den Rat von Strassburg. November 26.

Str. St. Arch. AA 455 nr. 51. Ausf.

«Wir habent unsern lieben burger und sindicum, Joachim Maler, zaiger dieses abgevertigt an uwer lieb der beswerden halb, die uns vom bischof von Costanz und sinem tumbcapitel sampt andrer siner anhengigen pffahait begegnet, werbung ze thun, wie uwer lieb ab ime wurt vernemen¹.» Bittet um Förderung seines Anliegens. Dat. 26. Nov. a. 32. — Lect. Dec. 2.

173. Landgraf Philipp an den Rat.

December 2.
Cassel.

Marb. Arch. Conc.

Antwortet auf das Schreiben vom 12. November, dass er sich Strassburgs Gutachten, das Kammergericht «in sachen der religion zu recusiren, nit misfallen» lasse. Er wolle es «der gelegenheit und notdurft nach» dem Kurfürsten mitteilen, auch selbst weiter über die Sache nachdenken und ihnen dann seine und des Kurfürsten Ansicht mitteilen. «Dat. Cassel am montag den 2. tag christmonats a. etc. 32.»

174. Der Rat an Landgraf Philipp.

December 3.

Marb. Arch. Ausf. perg.

nr. 172. Bittet dem Ueberbringer dieses, dem Constanzer Syndikus Joachim Maler, auf seine Werbung wegen der Beschwerden der Stadt Constanz gegen Bischof und Domkapitel möglichste Förderung zu Teil werden zu lassen. Es handele sich im Grunde um den Bestand des Evangeliums in Constanz, und es sei Pflicht aller Evangelischen, auf Mittel und Wege zu denken, wie man den Constanzern helfen könne. Der Landgraf möge sorgen, dass die in der Instruction Malers vorgeschlagenen Schriften ausgefertigt würden, oder, wenn dies nicht genügen sollte, andere Ratschläge erteilen. Dat. Di. n. Andreae a. 32.

¹ Es handelte sich um Begutachtung einer (beiliegenden) Instruction, welche Maler behufs einer Werbung an Sachsen und Hessen mitführte. Darin beschwert sich Constanz, dass die Thurgauer auf Betrieb des Domkapitels die Zehnten und andere Gefälle, welche sie den Klöstern in der Stadt schuldig sind, nicht dem Rat als der evangelischen Obrigkeit entrichten, sondern den papistischen, entwichenen Geistlichen. Die Bitte der Constanzer geht dahin, dass die Fürsten namens der Einigungsverwandten bei dem Domkapitel, bei den Kurfürsten von Mainz und Pfalz, sowie bei dem Schwäbischen Adel Vorstellungen machen sollten, damit der Stadt zu ihrem Recht verholfen würde.

175. Landgraf Philipp an die Dreizehn.

December 12.
Friedewald.

Str. St. Arch. AA 454. Ausf.

Die Eidgenossen haben vom Kaiser nichts zu befürchten. Feindseligkeit des Erzbischofs von Köln.

Das Schreiben (*), «darin ir unserm freuntlichen lieben ohemen, dem churfürsten zu Sachsen, und uns der rechtlichen sachen halb, us der religion flieszend, unterthenigen dank saget», habe er empfangen. Was in dem Schreiben weiter aus Italien berichtet sei von angeblichen Massregeln des Kaisers, die Städte Zürich, Bern u. a. mit Gewalt vom Evangelium abtrünnig zu machen, lasse er «in seinem wert beruhen. achtens aber dafür, das kai. mat. gegen gemelten stetten und andern irer obliegende und ehehaften gescheft halbir nit lichtlich etwas furnemen werden; dan wo ir maiestat solichs zu uben je willens gewesen, hett sie das in teutscher nation und deweil sie ir dapper kriegsvolk bei enander gehabt, furgenommen. doch sol man in dieszen sachen nichts vorachten.

Zum letzten, das ir seit bericht worden, wie das denen von Paderborn von dem erzbischof zu Collen etwas geschwinder handlung des evangelii halbir begegnet sein solle, ist es nit on, das sie von dem bischof vast geschwinde angegriffen, an wilchem wir gar kein gefallen gehabt.» Ausserdem habe auch der Erzbischof einen Hessischen Prädicanten, der in einem Kölnischen Flecken «seinen gescheften nachgezogen», gefangengesetzt und halte ihn noch in Haft. Doch hoffe er, der Landgraf, ohne Zuthun der andern Stände die Freilassung zu erwirken. Dat. Friedewald Do. n. concept. Mariae a. 32.

176. Landgraf Philipp an den Rat.

December 13.

Ulm. Arch. Ref. T. XV. Copie. Beilage ebenda.

Uebersendet Copie der Antwort, welche das Kammergericht auf seine und des Kurfürsten Forderung, dass die Prozesse in Religionssachen suspendiert würden, gegeben hat. Dat. Fr. n. conc. Mariae a. 32. nr. 169.

Beilage: Das Kammergericht an Sachsen und Hessen.

Es habe den Kurfürsten von Mainz um Mitteilung der Urkunde über den Nürnberger Anstand gebeten; derselbe habe jedoch auf den Kaiser verwiesen. Nun habe man den Kaiser um Auskunft über den Frieden ersucht¹, bis jetzt aber noch keine Antwort erhalten. Dat. 2. Dec. a. 32. p. 169 A. 1. p. 183 A. 1.

177. Der Rat von Ulm an den Rat von Strassburg.

December 15.

Ulm. Arch. Ref. T. XV. Conc.

Erfolge des Sollicitators Kraft am kaiserlichen Hof. Kaiserlicher Befehl ans Kammergericht und Hofgericht. Verehrung für Dr. Held befürwortet.

Jacob Kraft, der als Sollicitator der Protestierenden zum Kaiser abgefertigt worden, sei gestern nach Ulm zurückgekehrt. Das Ergebnis nr. 167.

¹ Das Schreiben des Kammergerichts an den Kaiser ist erst einen Tag später als das obige ausgefertigt, d. h. am 3. December. S. Harprecht V Beil. 45.

seiner Sendung sei aus den beiliegenden Schriften ersichtlich¹. Strassburg möge davon auch den Landgrafen und Kurfürsten in Kenntnis setzen. Befürwortet eine «Verehrung» an Kraft von wegen der evangelischen Stände oder wenigstens im Namen der Städte. Ubersendet Copie der kaiserlichen Weisung an das Kammergericht bezüglich der Prozesse² und bittet, dieselben den evangelischen Procuratoren zuzustellen, damit sie sich ihrer bedienen. Den entsprechenden kaiserlichen Befehl an das Hofgericht zu Rotweil habe Ulm vorläufig, da gerade Vacanz sei, zurückbehalten; bittet um Strassburgs Gutachten über die beste Art der Insinuation.

Weist schliesslich daraufhin, dass sich Dr. Mathias Held, der kaiserliche Vicekanzler, auf Ersuchen des Sollicitators «in beruerten handlungen nit weniger getrew, muesam, fleissig, als ob die sein aigne person berürt, erzaigt und bewisen hat», und bittet zu bedenken, «wie und welcher gestalt derselb, — undankperkait und das zu furhueten, das er hienach, wo sich gegen ime nit erzaigt, mer hindern dann furdern mocht —, zu verehren und zu bedenken sei. in dem allem wellen wir unsers tails zu furstand gemainer protestierender stend gern mit anhangen und bei uns nichts erwinden lassen; dann uns will us gehorten ursachen je bedunken, das diser man pillich zu verehern (*sic!*), und sein getrew dienst, hierinnen furgewendt, als unerkantlich nit in wind zu schlahen seien.» — Dat. So. n. Luciae a. 32.

178. Der Rat von Strassburg an den Rat von Ulm.

December 20.

Ulm. Arch. Ref. T. XV. Ausf.

Hat den neuen kaiserlichen Befehl für das Kammergericht den Procuratoren übersandt. Verehrung für Kraft und Dr. Held.

Erwidert auf den Brief vom 15. December, dass das Kammergericht trotz des kaiserlichen Befehls vom 6. November³ die Prozesse nicht eingestellt habe. Nun habe man das jetzige Schreiben des Kaisers vom 3. December, wie es Ulm gewünscht, nach Speier geschickt und den Procuratoren befohlen, auf öffentliche Verlesung desselben zu dringen und nochmals gegen die Verhandlung von Religionssachen zu protestieren.

Trägt Bedenken, bei Sachsen und Hessen wegen einer Verehrung für J. Kraft anzuhalten, «dweil wir nit aigentlich wissen mogn, ob ir chur. und f. g. in disen sollicitator gewilligt, dieweil si on das ire treffenliche

¹ Relation Krafts ebenda (Orig.). Sie ist ganz kurz und enthält im wesentlichen nur die Mitteilung, dass nach Werbung bei Dr. Held der unten erwähnte kaiserliche Erlass an das Kammer- und Hofgericht erfolgte. Krafts Aufenthalt in Mantua dauerte nur vom 1. bis 8. Dec. Die Vermittlung des von der Planitz nahm er nicht in Anspruch.

² D. d. Mantua, Dec. 3. (Ebenda. Auch im Str. Bez. Arch. G. 356 fol. 82 eine Copie.) Es ist einfach ein Befehl, dem Nürnberger Abschied gemäss alle Prozesse in Religionssachen ruhen zu lassen. Eine Erklärung, was unter Religionssachen zu verstehen sei, fehlt. S. unten p. 183 A. 1.

³ Gedruckt bei Harprecht V Beil. 44. Es war der erste Befehl, durch den der Kaiser den Stillstand der Prozesse anordnete, freilich — wie auch der zweite vom 3. December — ohne Definition, was Religionssachen seien.

botschaft am Hof haben¹ und gleiche geschriften an daz Camergericht hievor usgangn.» Man möge diesen Punkt bis zur nächsten Zusammenkunft der Stände beruhen lassen und inzwischen dem Kraft von wegen der oberländischen Städte eine Verehrung thun. Auch wegen des Geschenks an Dr. Held könne man sich auf der nächsten Versammlung entscheiden, nachdem man inzwischen gesehen, «ob die usgangn schriften erschieszlich sein werden oder nit».

Bezüglich des kaiserlichen Befehls an das Rotweiler Hofgericht halte man für das Beste, dass Ulm denselben gleich nach der Vacanz durch den Procurator oder einen besondern Gesandten vorbringen lasse, und sich desselben in ähnlicher Weise bediene wie vor dem Kammergericht. Dat. Fr. n. Otiliae a. 32.

179. Landgraf Philipp an den Rat.

December 26.

Cassel.

Str. St. Arch. AA 434. Ausf. Zettel ebenda.

Ubersendet einen Bericht (*) über den bisherigen Verlauf seines Streits mit Heinrich und Wilhelm von Nassau über die Erbschaft Wilhelms des Jüngern, Landgrafen von Hessen. Man werde daraus ersehen, wie ungerecht die Schiedsrichter und namentlich der Kaiser gegen ihn verfahren sind. Protestiert gegen das Vorgehen des Kaisers, das einem deutschen Fürsten gegenüber unerhört sei². Bittet andern Berichten über diese Sache keinen Glauben zu geben. «Dat. Cassel am tage Steffani a. etc. 32.»

Zettel: Er habe auch für gut befunden, die Richter förmlich zu recusieren.

180. Herzog Friedrich, Pfalzgraf bei Rhein, an den Rat.

December 29.

Oppenheim.

Str. St. Arch. AA 368. Ausf.

Bittet um die Erlaubnis, eine Anleihe im Strassburger Gebiet aufnehmen zu dürfen. Dat. Oppenheim 29. Dec. a. 32.

¹ Nämlich Hans von der Planitz und Joachim von Pappenheim. S. oben nr. 166 ff. Dieselben erhielten fast gleichzeitig mit Kraft ebenfalls günstigen Bescheid vom Kaiser. (Schreiben an den Kurfürsten d. d. Mantua 1532 Dec. 7. Copie ebenda.)

² Vgl. Arnoldi Nassau-Oran. Gesch. III § 36 ff. Der Streit datiert vom Jahr 1500 und betrifft namentlich die Grafschaft Katzenelnbogen.

1533.

181. Die Dreizehn von Basel an die Dreizehn von Strassburg. Januar 20.

Str. St. Arch. AA 4815. Ausf.

Gerüchte von Praktiken gegen die evangelischen Eidgenossen.

Die Berner hätten geschrieben, « wie si one underlasz von vertrauten gloubhaften biderben lüten anlange, das ein grosse practick und treffenlicher anschlag wider si, Zürich, Costanz, uns und alle die, so die ewangelische warheit liebent, vorhanden, also das man mit gwalt unsern heiligen glouben, got well es wenden, ze vertilgen understande. und sien us anstiftung der Funf Orten die Wallisser, Eschentaler, Safoier und etliche von Underwalden an dem einen ort, und dann die Funf Ort an der andern siten, unser eidgnossen von Bern alles ungewarnter sachen krieglichen ze überfallen, ze verhergen und ze vertilgen verordnet. so werde ein züg in der kei. oder kon. mt. namen uf Costanz und Zurich züziechen, dieselbigen begweltigen und demnach uns und andere, so gotteswort bekennen, in ir gehorsame ze pringen understan. » Bitten Kundschaft hierüber anzustellen. « Dat. mentags ipsa Sebastiani a. etc. 33. » — Empf. Jan. 23.

nr. 175.

182. Kaiser Karl V an den Rat.

Februar 19.
Bologna.

Str. St. Arch. AA 456. Ausf.

Befiehlt, einen Bevollmächtigten zum 1. April nach Speier zu schicken, wo gemäss den Reichsabschieden zu Augsburg und Regensburg « von wegen des reichs ansleg und hilf ordenliche raitung von einnemen und ausgeben beschehen soll. » Der Bevollmächtigte ist genügend zu instruieren, damit er « von solchem ewerm einnemen und ausgeben der anschlege ordenliche guete clare rechnung thue¹. » — Dat. Bologna 19. Febr. a. 33. — Empf. März 13. Lect. März 22.

¹ Der Rat beauftragte demgemäss Dr. Reifstock in Speier mit der Rechnungsablegung und übersandte ihm dazu ein Verzeichnis der Einnahmen und Ausgaben samt Quittungen. Als Reifstock dies den kaiserlichen Commissaren mitteilte, erhielt er von ihnen die Antwort, « das si solchen Turkengelts halben ichtzit zu handeln kein bevelch hetten ». Trotzdem verlangten sie Copie des Verzeichnisses, welche ihnen Reifstock auch zustellte. (Schreiben Reifstocks an den Rat d. d. Mai 18. Ebenda).

183. Der Rat an Landgraf Philipp.

März 4.

Marb. Arch. (St. Strassb.). Ausf.

Das Kammergericht erkennt die Streitigkeiten über Wengen und St. Arbogast nicht als Religionssachen an, obwohl sie unzweifelhaft als solche anzusehen sind. Die Gesamtheit der protestierenden Stände müsse jetzt entscheiden, was Strassburg weiter thun solle.

« Was di Ro. kai. mt., unser allergnedigster herr, uf daz schreibn, so dern camerrichter und beisitzer an irer mt. umb declaration, wi und welcher-massen si den fridlichen anstand und aufhaltung der rechtvertigungn in sachn den glaubn und di religion belangend versteen solln, gthan, inen widerumb geandwurtet, und waz daruf zwuschen gemainer evangelischen und protestirenden stend procuratorn und Doctor Zigler, als des hoch-wirdigen furstens unsers g. hern des bischofs zu Straszburg und des probsts zu Wengn zu Ulm procurator, fur beschaid oder decret gefallen, haben e. f. g. ab inligender cop. der verzeichnus zu vernemen¹. wiwol nu wir — als von wegn der sachn S. Arbogasts closter bei uns betreffend — gegen gemeltem unserm g. hern dem bischof vil und ansehnliche ursachen im rechten fur-wenden ze lassen wisten, warumb die gegebne declaration nit den verstand, wie doctor Zigler davon meldet, habn kont oder möchte; dann man waist wol und ist meniglich unverborgen, daz camerrichter und beisitzere nit umb erclerung oder erkandnus willn des glaubens, wi und waz man glaubn soll etc., sonder darumbn dahin gesetzt und geordnet seind, daz sie umb zitliche guter acker wisen zins und gulten, gelt und geltswert etc. sprechen und erkennen solln; so ist auch zwuschen kai. mt. und den protestirenden stenden weder zu Sweinfurt noch zu Nurmberg durch die beiden churfursten Meinz und Pfalnz in aller unterhandlung, wi und welcher gestalt ain jeder in siner obrigkait bis zum concilio glaubn oder sich in der religion halten soll, nichtz endlichs furbracht, abgeret oder verabschidet worden, sonder allein ist von dem geredt und beslossen: nachdem etliche der protestirenden stende dazumal algerit am camergericht und andern gerichtn von etlichen gaitlichn mit recht angefochten weren und villeicht kunftiglich noch mer angefochten werden mochten, us ursachn daz man etwan closter geoffnet, den personen herusser ze komen, ob sie wolten, erlaubt, derglichen daz etliche ceremonien pfrunden und stiftungn und andere kirchengebreuch abgestelt und derselbn nutzungen renten und gulten, auch etwa mit bewilligung der stiftspersonen in andere gebreuch verändert, welchs di gaitlichen unterstunden mit recht

¹ Ebenda. Die kaiserliche Erklärung auf die Anfrage des Kammergerichts (s. oben nr. 176) ist bei Harprecht V Beil. 46 gedruckt. Sie überliess bekanntlich in sehr unbestimmten Ausdrücken dem Kammergericht, in jedem einzelnen Falle selbst zu entscheiden, was Religionssache sei oder nicht: «so achten wir euer begerte declaration fur unnotturftig, auch in ansehung, daz kain pesser erleuterung darin gegeben werden mag, dann wi es di sachen selbst mitbringen.» Dieses Schreiben wurde am 14. Febr. in der Sitzung des Kammergerichts verlesen. Die Procuratoren der Evangelischen verlangten darauf Copien und eine Frist von zwei Monaten, um neue Weisungen ihrer Herren zu erwarten. Dies wurde ihnen am 19. Febr. abgeschlagen. Dr. Ziegler erklärte im Namen des Bischofs von Strassburg, er befinde, «daz hochermelt schreibn allain die religion und den glaubn belangte», während der Prozess seines Herrn «allain zitliche guter beruorte».

p. 180 u.
183.

zu widertreibn, wi dann unter andern sachn der bischof von Straszburg und der probst zu Wengn etc. damaln ausdrücklich benent und den churfürstlichen raten als unterhandler verzeichnet zugestellt und ubergebn worden; wo nu den gaistlichen rechten nach in derglichen sachen solt oder wurde geurtailt werden, haben di protestirenden stend leichtlich erachten mogen, was gewins sie sich der enden zu versehen hetten; wo sie dann denselben urtailn, so also ungezweivelt wider si ergingen, nit volstreckung thon wolten, — wi si dann nit thon konten —, so wer der frid schon aus und seindhalben umbsonst getaglaist und vergebenlich gearbait etc., daruf auch bede churf. bi kai. mt. ferrer gehandelt und di sachen zu dem anstand gepracht, wi di kai. mt. numer zum dritten mal solichs irer mt. camergericht eigentlich zugeschribn. daz auch solich ir mt. schreibn eben disen und kainen andern verstand haben konten oder solten, mocht man sich zuo kundschaft an baide churf. und irer churf. gnaden reten, auch wo von noten zu kai. mt. selbst gemut und mainung nochmaln referirn und ziehen, di on zweivel des alles nit abred sein, sonder noch in guter frisch gedechtnus habn und, daz es also gehandelt, der warbait kundschaft hieueber gebn wurden etc. wiwol auch, g. herr, solcher und derglichn ursachn vil wir von wegn unserer rechtfertigungn furwenden mochten und zu thon wisten, so bedenken wir doch hierin, das solichs noch zur zeit und uns fur uns selbst zu thon, nit wol geburn woll. dann dieweil solchs ain gemaine sach, di nit uns allain, sonder auch alle protestirende churf. fursten und stend in glichem fall belangen will, dieweil auch der anstand oder friden, zwuschen kai. mt. und gemainen protestirenden stenden gemacht, nit gegen uns und der stat Straszburg allain, sonder gegen allen protestirenden in gemain bewilligt und angenommen, und dann an handhabung desselbn, auch an obberurten kai. schriften und declaration und sonderlich an disem puncten, da dem camergericht bevoln wirt zu ermessen, welche sachen di religion antreffen oder nit, gemainen stenden der christlichen verainigung nit wenig gelegen sein will und, waz heut an uns ist, morgen an ainem andern auch sein mag, damit dann nit, so villicht us craft und vermog der ordnung, das dem camergerichte sein freier strackr lauf gelassen werden soll etc., ain decret und erkandnus wider uns erging, dergestalt daz unangesehen der kai. declaration oder unsern furprachten ursachen wir im rechten handln und furfaren solten etc., wir andrn protestirenden stenden ain bosen ingang und prejuditium in andern derglichen sachen machen, damit auch mit anderer stend rat wissen und willn unser aller notturft dester statlichr und fruchtbarlicher furbracht werden mög: so habn wir uns diser zit fur uns selbst nit weiter inlassen, sonder zuvorderst des durchluchtigisten hochgebornen fursten unsers gnedigsten herrn des churf. zu Sachsen, auch e. f. g. und anderer g[nedigen] und frundlichen rat und gutbedunken hieruber biten begern und vernemen wollen.»

Bittet demnach den Landgrafen, er möge seinen und des Kurfürsten Ratschlag baldigst schicken¹. Man werde denselben dann weiter an die von

¹ Der Landgraf versprach dies durch Schreiben vom 16. März und schrieb gleichzeitig an den Kurfürsten. Dieser gab am 21. März den Rat, Strassburg und die andern Evangelischen sollten, seinem Beispiel folgend, ihren verordneten und besoldeten Beisitzern am Kammergericht Befehl geben, dass sie sich von allen Sitzungen, in denen Religionssachen verhandelt würden,

Ulm schreiben, die «glicher gestalt wie wir angefochten werden». Stellt es dem Gutachten der Fürsten anheim, eine allgemeine Versammlung der Einungsverwandten zur Beratung der Sache zu veranstalten. «Dat. quarta martii a. etc. 33.»

184. Die Gebrüder Hans Conrad und Hans Friedrich Thumb¹ an den Rat. März 9.

Marb. Arch. (Stadt Strassb.). Copie.

Da sie wegen Einführung der evangelischen Lehre in ihrer Obrigkeit vielfach bedrängt würden², zumal da sie «uf dem land weltlichs schirms halb unbewert sitzen», so hätten sie zu Nürnberg um Aufnahme in die christliche Vereinigung nachgesucht. Dasselbst sei verabschiedet, «das solchs an andere des orts mitverainigte stend gepracht und uns deshalb andwort zukomen solte, wi dann eur stetmaister, herr Jacob Sturm, unser gunstiger lieber herr und freund, euch dessen nach lengs berichten mag³». Nun sei ihnen aber die Erklärung der Stände noch immer nicht zugekommen; bitten deshalb, Strassburg möge die Sache beim Landgrafen fördern. Dat. So. reminiscere a. 33.

185. Die Dreizehn an Landgraf Philipp. März 28.

Marb. Arch. (Stadt Strassb.) Ausf. Zettel ebenda.

Zwist Zürichs mit den 5 Orten. Rechtstag deswegen. Der Kaiser soll beabsichtigen, eventuell die 5 Orte zu unterstützen. Der Papst will das Evangelium gewaltsam ausrotten. Auch Constanz bedroht. Zettel betreffend Aufnahme derer von Thumb.

«Es haben di von Zurich verschiener zeit und nachdem inen der unfall gegen den Funf Orten begegnet, ein mandat, wi ire burger in sachen des nr. 80 ff.

fern hielten. Dadurch würde man erreichen, «das das camergericht nicht volkumlich besetzt und desterweniger, so es getrennet wurde, kreftiglich in denen sachen erkennen könnte.» (Ebenda.) Ausserdem richteten Sachsen und Hessen ein Schreiben an das Kammergericht, d. d. März 24, in welchem sie nochmals Stillstand der Prozesse forderten unter Angabe derselben Gründe, welche Strassburg in obigem Brief geltend machte. Eventuell drohten sie mit Entziehung ihres Anteils zur Unterhaltung und Besoldung des Gerichts. (Harprecht V Beil. 47.) Das Kammergericht erwiederte hierauf, nachdem es die Visitatoren um Rat gefragt (Harprecht V § 143 u. 144), am 6. Sept. ablehnend, indem es sich einfach auf die kaiserliche Declaration berief, durch welche ihm die Entscheidung, was Religionsache sei oder nicht, überlassen sei. Ulm. Arch. Ref. T. XVII. Copie.

¹ Die Freiherren von Thumb waren in Schwaben begütert, wo sie u. a. die Herrschaft Köngen (s. o. v. Esslingen) besaßen.

² Vgl. das Schreiben Hans Friedrich Thumbs an die Württembergische Regierung d. d. 1532 Aug. 10 bei Sattler Gesch. des Herzogtums Württemberg, Beilage p. 69 ff. Thumb verantwortet sich darin wegen der in seiner Herrschaft Köngen vorgenommenen Reformation und mahnt, ihn darin nicht zu stören, widrigenfalls er den Schutz seiner Einungsverwandten anrufen werde. Die Württembergische Regierung berichtete dies an König Ferdinand und bat um weitere Verhaltungsregeln sowie um Auskunft, ob Thumb im Nürnberger Frieden einbegriffen sei.

³ In der That war zu Nürnberg beschlossen worden, dass die einzelnen Stände umgehend sich äussern sollten, ob sie geneigt wären, die beiden Brüder in den Bund aufzunehmen. Str. St. Arch. AA 443.

glaubens sich halten sollen, usgeen lassen, desz sich die Funf Ort inen irs glaubens halben beswert zu sein angemaszt. derhalben die ubrigen siben ort seithar zwuschen inen gütlich gehandelt, daz man vermeint hette, die sachen wurden zerlegt worden sein, damit man frid und ainigkeit im land erhielte. so hat es doch bis noch an den Fünf Orten erwunden, [da] dieselben des recht von den Zürchern haben wöllen, wie dann allgeriet rechtstag uf sonntag oculi nebstverschienen [März 16] ernennt¹. daruf haben die von Basel uns us sonderm vertrauen berichten lassen, das nachdem si, die zwüschen solcher underhandlung, [dass] allerhand practick vorhanden sein soll, angelangt, so haben si doch die von Bern verschienen sampstag den 22. martii lassen berichten, das si durch kon. würde zu Frankrich amissaten und botschaften, so diser zeit in der Eidgnosschaft sich halten, getreulich verwarnt, wie practicken vorhanden seien, das wenn der obgemeldt span zwüschen denen von Zürich und den Funf Orten nit gütlich zerlegt, das es zu krieg kommen wurde, und das kai. mt. einen starken wolgerüsten zeug in Meiland habe, namlich leichter pferd und fuszvolk, die daruf wartend und den Fünf Orten hülflich sein werden, mit vermanen, das si, die von Bern, darob sein wolten, das es nit zu kriegen keme.» In gleicher Weise habe ein «guardi knecht» den Bernern die Zeitung gebracht, dass der Kaiser am 18. März sich nach Spanien einschiffen, sein Kriegsvolk aber, 4000 Landsknechte und 6000 Welsche in Mailand zurücklassen wolle, mit dem Befehl, dass der von Musso dies Volk den Fünf Orten zuführen solle, «wenn die Eidgnossen nicht eins bleiben». «daneben ist etlichen der unsern us Basel auch zugeschrieben, als solten der bebstlich legat, so zu Lucern ligt, sich lassen hören, das der bapst wol wisse, denihenigen, so sich des evangeliums beladen, mit disputieren nichts abzugewinnen; solt ers dann also hingon lassen, müsz zulezt sein bapsttumb fallen; ehe wöll er dran henken sein vermögen, bis das ers zurük treibe. es sollen sich auch sondere personen von den Funf Orten hin und wider, bi denen si vertrauen, sovil merken lassen: wiewol der keiser den namen nit haben werde, sollen doch die sachen dermassen angeschickt sein, (das) so der krieg mit den Eidgnossen angefangt, ein volk am Bodensee versamlet wider die von Costnitz und andere sich des evangeliums beladend zu fueren. nun geben wir im selbs nit den glauben, als ob es also war sei; dieweil aber diser sorglichen zeit nichts zu verachten und die sachen uns alle, wo nit einsmals doch zu letst nach einander berüren möcht, haben e. f. g. wir solichs anzeigen wöllen» etc. Dat. Fr. 28. März a. 33.

nr. 34.

Zettel: Uebersenden und befürworten das Gesuch der Gebrüder Hans Conrad und Hans Friedrich Thumb vom 9. März.

186. Der Rat von Ulm an den Rat von Strassburg.

April 19.

Marb. Arch. (Schmalk. B.). Copie.

Uebersendet Copien der Schriften, welche Dr. Ludwig Hierter über die Verhandlungen am Kammergericht wegen der Protestation, «di nach eurm rat und gutbedunken vor demselbn furgewendt», nach Ulm geschickt

¹ Zu Einsiedeln. Vgl. Eidg. Absch. IV 1 C nr. 23.

hat¹, ferner Copie eines Ratschlags, den Hieronymus Rott, Licentiat der Rechte, im Auftrage der Stadt verfasst hat². Gedenkt, demgemäss zu handeln, will jedoch vorher das Gutachten Strassburgs, des Landgrafen und Kurfürsten hören. Strassburg möge die Meinung der Fürsten erkunden und dann an Ulm berichten. Dat. Sa. 19. April a. 33.

187. Der Rat an Landgraf Philipp.

April 23.

Marb. Arch. (Schmalk. B.) Ausf. perg.

Uebersendet das Ulmer Schreiben vom 19. April und bittet um das Gutachten des Landgrafen und des Kurfürsten. «und dieweil wir der rechtfertigung halbn, so wir gegen unserm g. h., dem bischof von Straszburg, vor dem camergericht habn, uns noch bisher mit protestationen endhalten und uf gedachts bischofs clagn nit andwurten noch in ainich weg uns inlassen wollen, damit wir e. f. g. und andern stenden nit eingang machn, so habn wir hievorgemelten unsern freunden von Ulm, — sover dise ir sach den verzug auch erleiden mochte —, solchs gleicher gestalt zu thon geraten.» Da man aber jetzt aus ihrem Schreiben ersehe, dass die Sache keinen Aufschub vertrage, und dass auf einen Stillstand der Prozesse nicht zu hoffen sei, so halte man es für notwendig, dass eine Zusammenkunft und Beratung aller Einungsverwandten stattfinde. Der Landgraf möge für das baldige Zustandekommen einer Tagsatzung sorgen. Dat. Mi. n. quasimodogeniti a. 33.

188. Landgraf Philipp an den Rat.

[Ende April].

Marb. Arch. (Schmalk. B.) Conc.

Antwort auf das Schreiben vom 23. April. Er habe wegen der Ulmer Angelegenheit an den Kurfürsten geschrieben und ihn gebeten, wegen dieser und anderer Sachen eine Zusammenkunft anzusetzen. Inzwischen solle Ulm seinen Prozess am Kammergericht zu verzögern suchen, namentlich durch Vorbringung von Artikeln, in denen bewiesen wird, dass der Prozess Glaubenssachen betreffe; «in gleicher gestalt haben wir vor unserm oheimen, herzog Erichn von Braunschwig, jungst etliche artikel furbringen lassen und die sach dahin bracht, daz wir uns des orts stilstands vermuten.» Dat. fehlt³.

¹ Ebenda. Hierter zeigt an, dass er die Protestation in der Prozesssache wegen Wengen vorgebracht habe, und bittet um weitere Verhaltungsmassregeln. Wahrscheinlich werde Ulm demnächst eine Ladung erhalten, sich auf die Klage des Probsts zu verantworten.

² Ebenda: Der Rat, dass man dem Kammergericht das Recht der Entscheidung, was Glaubenssachen seien, absprechen sollte, sei schlecht; denn der Kaiser habe dem Gericht dies Recht ausdrücklich zugesprochen. Man müsse vielmehr auf Grund der schon früher von ihm übergebenen Artikel den Nachweis führen, dass es sich in dem Prozess mit dem Probst wirklich um Glaubenssachen handle. Wenn dies auch nicht hülfte, so würde doch dadurch die Sache in die Länge gezogen. Rott (oder Rath, wie sein Name hier geschrieben wird) giebt ferner den Entwurf zu einem Protest, welchen Dekan und Convent der reformierten Probstei an Kammergericht einlegen sollten.

³ Da die Angelegenheit dringend war, so wurde das Schreiben wohl gleich nach Empfang des Briefes vom 23., also wohl noch im April abgeschickt.

189. Landgraf Philipp an den Rat.

Mai 7.
Cassel.*Str. St. Arch. AA 444. Ausf.*

p. 134.

Beruft infolge der von Strassburg, Ulm, Constanz, Esslingen etc. eingelaufenen Beschwerden über das Kammergericht eine Zusammenkunft der evangelischen Einungsverwandten nach Schmalkalden auf Mittwoch nach Johannis Bapt. [Juni 25], im Einverständnis mit dem Kurfürsten von Sachsen. «dweil man dan auch mit den Sachsischen stedten der vorfassung halb, wie ir wisset, noch nit ganz einig ist, das desfalls die euern, so ir senden werdet, auch dermassen bevel haben, das darvon uf dissem tage gered, gehandelt und entlich geschlossen muge werden, wie wir uns vorsehen, ir thun werdet; das kumpt allen sachen zu guitem. wollet auch dissen ernenten tag dergestalt furter den andern oberlendischen stedten verkunden¹; aber denen von Ulm haben wir denselben angezeigt.» — Dat. Cassel 7. Mai a. 33. — Empf. Mai 13, lect. Mai 14, relect. Mai 19.

190. Die Geheimen von Esslingen an die Dreizehn.

Juni 5.

Marb. Arch. Copie.

Herzog Ulrich und sein Sohn Christoph sollen beabsichtigen, Württemberg zurückzuerobern.

Sie hätten durch ihre Kundschaft in gewisse Erfahrung gebracht, «das allenthalben im furstentumb Wirtemberg bi den underthanen ernstlich verschafft, das si ire raiszwegn on verzug, so tag und nachts und dergestalt vor ni mer geschehen, wolln in rustung bringn, desglichen auch im land allenthalben ain heimliche wall [?] beschehen, und müssen alle stund gewertig sein, wann si ufgemanet; gegen wem aber solche rustung gepraucht oder wohin di underthanen gemant, haben wir diser zit nit aigentlich mogen erkundign, dann das etwa landmersweise gesagt, beide herzog Ulrich und herzog Cristof von Wurtemberg, vater und sone, solln in ainer rustung sein, in mainung, das furstentumb Wirtemberg mit der that zu erobern, wi dann solchs nit ain ungewis anzaigen sein mocht.» Herzog Christoph habe nämlich auf dem letzten Schwäbischen Bundestage schriftlich um Zustellung desjenigen ersucht, was ihm bei Eroberung des Landes vorbehalten und zugesagt worden sei². Was für Antwort er darauf erhalten, wisse man nicht. «müssen also zusehen, wohin sich furgenomene eilende rustung lenden oder gegen wem di gepraucht mocht werden.» Stellen anheim, diese Nachricht dem Landgrafen mitzuteilen³. Dat. Do. 5. Juni a. 33.

¹ Dies geschah; vgl. Esslingens Schreiben an den Rat, worin der Besuch des Tages zugesagt wird, d. d. Mai 18, ebenda. Zugleich klagte die Stadt, sie werde nicht nur vom Kammergericht, sondern auch von der Württembergischen Regierung von Tag zu Tag mehr bedrängt.

² Das Schreiben Christophs an den Bund ist vom 8. April. Er verlangte auf Grund der Capitulation von 1519 Tübingen und Neuffen. Vgl. Wille 118 ff.

³ Die Dreizehn thaten dies am 9. Juni (ebenda). Auf der Rückseite ihres Schreibens folgender Hessischer Kanzleivermerk: «Herzog Ulrichen sehen zu lassen.»

191. Instruction für die Gesandten auf dem Tage zu Schmalkalden am 25. Juni, „die verstentnüs belangen“¹. [Juni 25].*Str. St. Arch. AA 444. Conc. von Jacob Sturm*².

Der letzte Braunschweiger Tag vermutlich resultatlos. Bezüglich der Beschwerden der Sächsischen Städte über die Bundesverfassung an dem Nürnberger Abschied festzuhalten. Zustellung der Bundesurkunden. Erlegung des Strassburger Anteils. Aufnahme Frankfurts zu betreiben.

Kurze Recapitulation der Verhandlungen mit den Sächsischen Städten über die Verfassung des Schmalkaldischen Bundes bis zur Anberaumung des Braunschweiger Tages im November 1532. «wes uf demselben tag gehandelt worden, ist min hern nit zugeschriben worden, sonder zu gedenken, das man sich des orts nit verglichen und deshalb das zuschriben underlossen³. nun sind aber die beschwerden der see und hanstett erstlich erlegung des gelts halben; haben solichs nit meer dan fur 1 monat erlegt, mit zusag, sobald man der notturft nach dasselb gelt angriff, in 14 tagen den andern monat auch zu erlegen, und also furt bis in den funften monat, zudem das si sich der beharlichen hilf und gewaltigen zuzugs als eins willeufigen furschlags und der inen in zit der not zu leisten nit möglich, beschweren. dweil aber doruf zu Nurnberg beratschlagt, das man mit inen uf das vleissigst handeln solle, das si die notel mit etlichen verbesserungen, dorin ir fürsorg sovil möglich furkomen, annämen und die zween monat, wie ander stett gethon, erlegen sollen; wo aber solichs nit bei inen erheblich sin wölle, das man es dan bi ierem erbieten des gelts, und sonst der beharlichen hilf halb bi der gemeinen verstentnüs mit etlichen verbesserungen bliben soll lossen: so würt bedacht, das man es also bi dem abschid zu Nurnberg, durch gemeine stende beschlossen, jetz auch bliben lost, und das die gesanten doruf handeln und gewalt haben sollen, mit rat anderer von stetten zu beschliessen.

p. 134.

¹ Nach dem Ausschreiben des Tages (nr. 189) sollte das Verhalten gegenüber dem Kammergericht Hauptgegenstand der Beratung sein. Die Instruction hierüber habe ich nicht gefunden. (Röhrich II 15 erwähnt sie noch).

² Die Ausfertigung fehlt. Sie war jedenfalls eine unveränderte Abschrift obigen Concepts; darauf deutet schon die Randbemerkung Sturms: «ist usgeschriben.»

³ Diese Vermutung Sturms trifft zu, wie wir aus flüchtigen Andeutungen in Rehtmeyer's Kirchenhistorie der Stadt Braunschweig t. I 109 ff. ersehen. Danach fand die angekündigte Zusammenkunft in Braunschweig am 12. Nov. 1532 zwar statt, jedoch hatten Lübeck, Göttingen und Einbeck keine Vertreter geschickt. Die Gesandten der andern Städte bewilligten die Verfassung mit den schon früher von ihnen verlangten Abänderungen (s. oben im Text), indessen auch nur «auf hintersichbringen». Wie dann die Verhandlungen auf dem Schmalkaldner Tage, für den obige Instruction ausgefertigt ist, verliefen, darüber fehlt es leider in den Strassburger Acten an jedem Aufschluss; wir wollen deshalb hier kurz anfügen, was Rehtmeyer und Waitz Wullenwever II. 45 darüber berichten. Lübeck scheint danach sich auf gar nichts eingelassen zu haben, obwohl die Stände sich schliesslich mit der Forderung begnügten, die Stadt sollte nur Versicherung geben, dass sie im Fall wirklicher Not alsbald ihren Bundesbeitrag leisten wollte. Göttingen und Einbeck sind anscheinend den Verhandlungen wiederum fern geblieben, während die andern Städte nur zusagten, dass sie bis zum 16. Oct. sich über Annehmen oder Ausschlagen der Verfassung schlüssig machen wollten. Wie der Entschluss ausfiel, sagt Rehtmeyer nicht, doch ist es wenig wahrscheinlich, dass er zustimmend lautete. Alle übrigen Stände gaben bereits am 3. Juli zu Schmalkalden ihre Einwilligung.

- nr. 23. Es sollen auch die gesanten anmanen an die hauptbrieue der verstentnis, das die inen zu handen gestölt oder zum furderlichsten überschickt werden. Und dweil das gelt der 10000 fl.¹ vermoge voriger abschid gen Ulme nit erlegt, sollen die gesanten bi den gesanten von Ulme wider doruf handeln, bi iren hern zu vermogen, ein statt Straszburg zu versprechen, wie inen das vormals zugeschriben (*). wo aber je doruf getrunge wolt werden, das gelt doselbsthin zu erlegen, sollen si solichs zu thun zusagen.»
- nr. 142. Die Gesanten sollen sorgen, dass der Stadt das Geld, welches sie über ihren Anteil an der kleinen Anlage der 7000 fl. dem Grafen Wilhelm von Fürstenberg zugestellt hatte, zurückerstattet werde.
- nr. 120. «So auch Frankfort in dise verstentnus, wie vermutlich, begeren wurde, sollen die gesanten doruf arbeiten, das si angenommen werden, und das an ir anlage den oberlendischen stetten die 1000 gulden jedem noch irem angebür vermog des Frankfurtischen abschids zugeteilt werden.»

192. Der Rat an Landgraf Philipp.

Juni 27.

Marb. Arch. (Stadt Strassb.). Ausf. perg.

- nr. 190. Hat die Antwort des Landgrafen «belagn di zeitungn der rustung im
p. 189A. 2. land zu Wirtemberg» erhalten. «habn seither nichtz witer erfarn, daz ainich ander rustung oder versamlung im land zu Wirtemberg gewesen oder sein soll, dann allain daz di raiswagn gerust und im land lut unsers vorign schreibens gemant seind.» Da Graf Wilhelm von Fürstenberg, an den der landgräfliche Bote auch einen Brief gehabt, «der zit nit anheimisch, sonder gen Nassen und Musselberg² was verriten», so habe man den Boten bis zur Ankunft des Grafen warten geheissen; denn es sei zu schwer, denselben unterwegs zu finden. Bittet den Boten deshalb zu entschuldigen. Dat. Fr. n. Joh. Bapt. a. 33.

193. Der Rat an Jacob Sturm und Jacob Meyer in Schmalkalden. Juni 27.

Str. St. Arch. AA 444. Ausf. perg.

Das jetzt vom Papst angesetzte Concil zu verwerfen auf Grund beiliegenden Gutachtens.

Der Landgraf «hat uns di articul, so des babsts und der kai. mt., unsers allergnedigsten hern, botschaften bi dem churfursten zu Sachsen, auch unserm gnedigsten, geworbn, das kunftig concilium belangend, sambt der andwort, di churf. gnad daruf gegeben, welcher dato stat Cassel sonntags trinitatis [Juni 8], überschickt³, die wir erst mitwochs vor dato, 25. juni, empfangn, mit beger, das wir euch abfertigen oder, ob ir schon verriten weren, bericht und gewalt nachschicken wolten, ainer einhellign andwort

¹ D. h. der Beitrag, welchen Strassburg gemäss der Bundesverfassung für zwei Monate zu zahlen hatte. S. oben nr. 121.

² Nassach und Musberg im Würt. Neckarkreis?

³ Die Artikel s. bei Hortleder I 75 u. Walch XVI 2268. Vgl. auch folg. Nummer. Bei Walch auch die ausweichende Antwort des Kurfürsten, der die Botschafter auf die Entscheidung der Schmalkaldner Versammlung vertröstet.

zu endsliessen. di habn wir nu besichtign lassen und uns endslossen, wi ir hierin ab deren aller copien sehn werden. und dieweil wir, wi der churfurst zu Sachsen selbst in seiner churf. gnaden schreibn meldet, befinden, [dass] di artikel etwas geverlich gestellt, das concilium auch mit geverden gehalten werden solt, so wissen [wir] in dasselb angezaigter massen nit zu willign. darumb ist unser bevel, so man dis tags zu Schmalkalden von der andwort, uf solich furgetragn artikel zu gebn, handeln wurde, [dass ihr] unser verzeichneten ursachn treulich und, wi ir selbs auch geschicklichn thon konden, furtragn und doch endlich daruf beharren, kain ander concilium zu bewillign, dann wi es uf ergangn richstagn, namlich ain frei christlich generalconcilium, in teutscher nation zu halten, erfordert und bewilligt ist.» — Dat. Fr. n. Joh. Bapt. a. 33¹.

nr. 194.

194. „Instruction herr Jacoben Sturmen, unserm stetmeister, und Jacoben Meyern, unserm ratzfreund und jetzigen gsanten zu Schmalkalden, von unser meister und ratz zu Strassburg des jetz kunftigen conciliums halber zu handeln.“

Juni 27.

Str. St. Arch. AA 444. Ausf. von Joh. Meyer. (Conc. von demselben ebenda).

Das Concil ist zu verwerfen, weil es nicht ‚frei‘ ist im Sinne der Evangelischen; weil das Ausschreiben sich unklar ausdrückt über Neuerungen; weil es nicht in Deutschland angesetzt ist. Auch der Artikel von der unbedingten Verbindlichkeit der Concilsbeschlüsse ist zurückzuweisen.

«Erstlich das wir die artikel des bapstz und der kai. mt. botschaften, bei dem churf. zu Sachsen geworben, in besichtigung also befunden, das nit zu achten, das deren, von welcher wegen geworben, furhaben sei, ein solich concilium zu halten, dardurch christlicher kirchen zu verlornen warheit geholfen wurde, us ursachen wie volget.

Und bei dem ersten artikel², da ein frei concilium gemeldet, were dasselbig, wie alweg begert und also zu bewilligen, so das christlich und frei were, meniglich gegendet wurde, von gotlicher warheit und biblischer schrift frei zu reden und bei demselben zu bleiben, aber nit, wie es die Romisch kirch und sonderlich in den letztern concilien bisher gehalten hat, sonder wie es durch die reichsstende mer dan uf einem reichstag erfordert und begert und in der ersten kirchen lut der apostelgeschichten gehalten worden. dan sollte der prüch der kirchen, im artikel gemeldet, wie es in der leztern kirchen geüpt, verstanden werden, were derselb der schrift und denen concilien, zu zeiten der apostel gehalten, ja auch denen, so hernaher bei den ersten christlichen keissern gehalten worden, stracks widerig, mocht auch kein prüch, sonder mer ein unrechter miszbrüch geheissen werden.

¹ Leider erfahren wir über den Verlauf des Schmalkaldner Tages aus den Strassburger Acten nichts; weder eine Relation der Gesandten noch der Abschied des Tages ist vorhanden. Die Erklärung, welche die Stände am 30. Juni wegen des Concils abgaben, s. bei Hortleder I 77 u. Walch XVI 2281.

² Derselbe lautet dahin, dass das Concil ‚frei soll sein und nach gewöhnlichem brauch der kirchen, von viel hundert jahren her von anbeginn und anfang der gemeinen und universal concilien bis auf diese zeiten gehalten, auch dermassen ergehen soll.‘ Walch a. a. O.

So ist der ander artikel¹ geteilt: das erst teil, so da meldet diejenigen, so in solich concilium zu komen haben sollen etc., mogen wir nit wissen, wen der bapst und die kaiserlich mat. durch dieselbigen versteen woll; dan sollt das concilium nach beschreibung etlicher bepstlichen canonisten durch diejenigen gehalten werden, so dem bapst den merern teil zugethon, und wie es etlich hundert jar in den letzten concilien geprucht worden, darein kinden wir nit willigen, dan dieselben mer der Romischen kirchen eignen nutz, dan die gotlich warheit vor augen haben und schliessen würden. wo aber ein frei christlich generalconcilium gehalten, in dem einem jedem gotlicher warheit freie verhor gegont, sovil er deren mit gotlich und biblischer schrift furtragen und erhalten mag, das soll und würdet uns auch unbeschwert sein. der ander punct dis artikels, verstrickung der personen betrefend, so der, wie er gemelt, seinen furgang haben solt, wurde der, die weil man die leut verstrickte anzunemen des, so si noch nit wusten, was gehandelt oder geschlossen werden solt, dem ersten artikel, das es ein frei, sicher concilium sein soll, stracks zuwider sein. es ist auch solicher verstrickung nit von noten, so ein jeder christ, der seins glaubens leben musz, sich nit wideren würt, anzunemen des, so in einem freien christlichen concilio, in dem er selbs zugegen gewest, us gotlicher warheit und schrift geschlossen worden.

Aber den dritten artikel² achten wir unbeschwert zu sein.

Bei dem vierten³ mogen wir auch nit wissen, was da innoviert geheissen sein soll; dan wo man mit dem verpieten wollt, das wort gotz und warheit nit zu predigen und demselbigen gemesz cerimonien, kirchenpreuch und sitten anzürichten zu hinderstellen, so kinden wir demselbigen nit wilfaren, dan man got mer dan den menschen zu gehorsamen schuldig, und demjenigen, so die gotlich warheit mit sich pringt, der weg nit versperrt werden soll. wo aber durch innoviert gemein sein solt die ler und cerimonien, so dem waren wort gotz, das in ewigkeit bstendig, und auch christlichen cerimonien und sitten zuwider were, — das dan warlich allein innoviert ist —, demselben wellen wir auch gern und pillich gehorsamen, wie wir dan wie bisher auch gethon und nit dawider gehandelt haben.

Aber wider den funften artikel⁴ seind alle reichsabschid, in denen ein concilium begert, dan dieselbigen alweg bschlossen, das solich concilium in deutscher nation als an dem ort, da die ursach des concilii endstanden, pillich gehalten werden soll, wie dan in den abschiden sondere stet darzu ernent und derhalb kai. mt. sonderlich zugeschriben worden. und ob schon derselben furgeschlagne stett etlich als parteisch verdacht, so mocht man

¹ Er lautet: „Zum andern, dass diejenigen, so in dem concilio sein sollen, zusagen und sich verpflichten sollen, desselben conciliums abschiede und was darinnen beschlossen, unverbrüchlich zu halten und gehorsamen.“

² Besagt, dass die, welche verhindert seien, selbst zum Concil zu kommen, wenigstens Bevollmächtigte schicken sollten.

³ „Dass auch mitler zeit in den streitigen artikeln des heiligen glaubens in deutschen landen von ihnen kein neuerung gemacht noch vorgenommen werde, sondern dass die sachen bis zu austrag und abschied des conciliums friedlich bleiben.“

⁴ In demselben wird beantragt, dass man sich wegen der Malstatt des Concils vergleiche; der Papst schlägt dazu vor: Mantua, Bologna oder Piacenza.

doch us den andern furgeschlagnen stetten ein gelegene und gemesse erwelen.

Der sechsdt artikel¹ bedarf keiner antwort.

Zum sibenden² ist auch nit von noten, die leut also zu verpflichten; dan so in disem concilio dem rechten gotzwort und der warheit nach gehandelt und geschlossen, demselbigen ist ein jeder christ für sich selbs bei verlust seiner seelenseligkeit zu gehorsamen schuldig, bei dem wir dan, wie wir bisher auch gethan, gern bleiben wollen. sollte es aber dahin gemeint werden, das, wo in dem concilio, wie durch vorgende bepst in den letztern concilien beschehen, dem gotzwort und der warheit zuwider geschlossen würde, das, welcher dem zuwider were, darumb ein ketzer oder widerspeniger gehalten, gestraft und verfolgt werden solt, so were es abermals dem ersten artikel, das es ein frei christlich concilium sein soll, zuwider, und demselben als wider die warheit bschlossen nieman zu gehorsamen schuldig.» — Act. Fr. 27. Juni a. 33.

195. Ulrich Rechlinger, Bürgermeister zu Augsburg, an Jacob Sturm.

Str. St. Arch. AA 444. Original (?) Zettel ebenda.

Juli 14.
Augsburg.

•Begert in zu berichten alle gelegenheit des Schmalkaldischen verstands. Zettel: Einladung zum Schützenfest in Augsburg.

«Mein freundlich willig dienst sein euch allzeit voran berait, lieber her Sturm. euch kan ich us sonderm vertrauen, das ich zu euch hab, nit bergen, das meine herren, ain erbarer rat, des gemuts und vorhabens sein, das si alhie weder die zwispaltigen predigen noch die processen und kreuzgeng als ergerlich uf des reichs strassen furter gedulden, sonder auch usserhalb etlicher kirchen in den uebrigen cloestern, kirchen oder capellen endrungen und ordnungen zu abwendung des falschen gotsdiensts furnemen und volstrecken woellen, daran uns aber etlich zu verhindern understeen möchten, durch das wir gegen der kai. mt., unserm allergnedigsten hern, im jungsten Augspurgischen reichstag der religion halben, wie ir dazemal gehoert haben moegt, ain erpieten gethun haben, welch erpieten etlich fur ain ewig pundlich zusagen uslegen und dasselbig ires gedunkens gnugsamlich beweisen, das auch insonder das closter zu sant Katherina durch ain sondere kai. begnadung versehen worden ist, wie ir soelchs alles us beiligenden copien³ vernemen werdent, darbei wir uns bei unsern gaistlichen in unserm vorhaben nit klainer widersetzung besorgen; hingegen bedenken, das wir uber das vertrauen, das wir zuvorderst

¹ Besagt, dass der Papst das Concil auf jeden Fall zu halten gedenke, ohne Rücksicht auf diejenigen, welche sich »ungehorsamlich« davon fern hielten.

² •So ist es auch billig und der vernunft ganz gemäsz, wo etliche dis heilige werk des conciliums einiger wege verhindern oder sich wider desselbigen abschied, schluss und satzung sperren und denselben nicht gehorsamen oder ohne ursachen von dem pabst abfallen oder etwas unfreundliches wider ihn zu handeln vornehmen wolten, dasz alsdann und in solchem fall wider dieselben sämtlich und jeden die andern, die besserer meinung und einträchtig sind, dem pabst und dem päbstlichen stuhl beistehen und mit allem vermögen vergünstigen und helfen sollen.»

³ Sind nicht vorhanden. Vgl. Froschs Gutachten, nr. 198.

in got setzen sollen, uns der religion halben diser zeit kainer verstendigten (*sic!*) menschlichen ratssterkung, beistands, hilf, schutz noch roettung, daran wir uns in usfurung unsers vorhabens — menschlich zu ermelden — verlassen moechten, zu getroesten haben, also das zu besorgen, wir als ploed menschen durch groszen widerstand gar leichtlich in soelche menschliche vorcht gepracht, das wir etwo von dem christenlichen vorhaben getrungenlich gewendt werden moechten, wo wir nit gleich andern christenlichen stenden auch nach ainem menschlichen rucken und verstand trachten wurden, es were dann, das der allmechtig uns wunderbarlich durch sein goetliche gnad erhalten woelt. wann wir nun ungerne etwas furnemen oder anfahen woelten, das wir nit ustraeglich zu end zu furen getrauten, so ist neben andern betracht, us was christenlicher mainung der Schmalkaldisch verstand etwo an meine herren gesunnen worden ist, den si gleichwol dazemal nit entlich bewilligt, aber doch auch nie gewaigert haben. darum, so rat und gemaind bei irem egerurten vorhaben, unangesehen des obbemelten erpietens gegen kai. mt. gethun, desgleichen der angeregten kai. begnadung, nach gelegenhait irer sachen zimblicher weis und leidenlicher gestalt in denselbigen christenlichen verstand kommen moechten, [möchten] si gar bald darnach stellen und sich dessen auch tailhaftig machen, inmaszen im rat darvon geredt und durch das merer erraten; darauf dann bevolen worden ist, die gelegenhait des Schmalkaldischen verstands zum aigentlichsten zu erkundigen.

Demnach und ich nun euch fur ander ains soelchen christenlichen gemuts, darzu fur ain soelchen getrewen stetman erkenn, das ir zuvorderst die eer gottes und dann auch die erbarn stett, so dem wort gottes anhangen, euers besten vermugens zu furdern genaigt sind, so gelangt an euch mein hoch vertreulich pit, ir woellend — ob not — mit vorwissen und bewilligen der geheimen herren raete zu Straszburg oder fur euch selbs mir die gelegenhait desselbigen verstands lauter und gruntlich zu verstee geben pun sonderlich uf die fragen hierin verwart bericht thun¹, oder auch, wo euch nit beschwerlich were, ain gleichlautende copi des verstands, daneben euern getrewen rat zum thun und lassen mittailen, wie dann zu euch mein vertrauen stat, ir werdent euch ains soelchen nit widern, sonder hierin christenlich und gutwillig beweisen und mir, als vil euch gezimen mag — anderst oder weiter beger ich nit — nichts daran verhalten, dann ich je meins tails ain erbarn rat und fromme gemaind alhie gern versorgen woelt. soelchs will ich meinen herren, den geheimen, von euch rumen, die euer vertraut anzaigen sampt mir als pillich in still halten und beschulden werden, das ich auch insonder umb euch verdienen will.» — Dat. Augsburg 14. Juli a. 33.

Zettel: «Lieber her. es haben unsere buchs- und armprustschutzenmaister mit ains erbarn rats alhie vergunen ain schieszen uf Michaelis [Sept. 29] schierist usgeschriben, dergleichen usschreiben meinen herren von Straszburg auch zukomen ist oder noch in kurz uberantwort wurd, uf wuelchem schieszen etlicher meiner herren und ich euch selbs personlich je gern sehen und halten woelten, nit allein umb der freundschaft willen, die wir mit und bei ainander — ob got will — mit hoechsten begirden und freuden ernewern

¹ Der Fragebogen liegt bei. Die Fragen beziehen sich auf die Organisation des Bundes, die Rechte und Pflichten seiner Mitglieder etc.

wurden, sonder auch us etlichen sondern ursachen, die der federn nit zu bevelen sein, welche ir zu euer zukunfft muntlich von mir vernemen werdent.» Bittet deshalb um Sturms Besuch. Dat. ut in lit.

196. Die Dreizehn an den Rat von Constanz.

Juli 15.

Const. St. Arch. O. VI 1 fasc. 8. Ausf.

Ungünstige Entscheidung der Eidgenossen über die Zinsleute der Constanzer im Thurgau. Strassburg bietet Rat und Hilfe an.

« Wir sind uf gestern vor dato glaublich bericht (*), wi itzo erschienen Johannis baptiste [Juni 24] uf dem gemainen rechnungstag der acht alten orten der Aidgenossen zu Obernbadem abermals ain endschaid gangn sein solle, das di zinslut in Thorgau di zins und gulten, so si dem stift bi euch jerlich zu raichn schuldig, mit verfalln zinsen, unangesehen, wes si vorergangn abschiden nach euch endricht, bezalen, und denselbn censiten zugelassen sein soll, dessen so si hievor in eur stat endricht, an euch und der eurn leibn und gutern zu erholen etc.; des wir nuo, die weil wol zu bedenken, mit was vleis und willen eur widerwertige solichs treibn werden, eurn halbn zu mitleidlichn beschwerden vernomen.» Unzweifelhaft werde Constanz « disen endschaid und wes euch am handel gelegn, wi dem auch zu thon sein wolt », an Sachsen und Hessen berichten, damit den Räten, die am 31. August in Speier zusammenkommen sollen¹, Instruction deswegen erteilt werde. Strassburg sei geneigt, im Verein mit den Einungsverwandten sein Möglichstes zu thun, um Constanz zu helfen. « und nachdem wir aber gedenken, es durch eur widerwertige darumb dest strenger getribn werd: ob sie durch stellung der eurn zins und gulten zwuschn euch und eurer gemaind unwillen und zwittracht mochten anrichten, das wir doch eurn gemainden als frumen biderluten gar nit getrawen, der hoffnung, got der almechtig wert solich eur widerwertign furnemen brechn; so aber durch derselbn anrichten etwas widerwillens bei euch zu besorgn oder derhalb endstan sollte, und wir in demselben durch unser hotschaft oder ander weg euch erschieszlich und beraten sein mochten, darin werden unser herrn uf eur berichten muh, arbeit und costen sich nit bedaurn lassen.» — Dat. Di. 15. Juli a. 33.

nr. 172.

197. Jacob Sturm an Ulrich Rechlinger, Bürgermeister zu Augsburg.

Juli 23.

[Strassburg].

Str. St. Arch. AA 444. Conc. Sturms. Datum von Schreiberhand zugefügt.

Schriftliche Mitteilung über den Schmalkaldischen Bund ist zu gefährlich. Augsburg soll einen Vertrauten nach Strassburg schicken. Lehnt die Einladung nach Augsburg ab. Verspricht ein Gutachten Froschs.

Hat Rechlingers Brief am 22. Juli empfangen. « darauf fug ich euch ganz guter freuntlicher meinung zu vernämen, das ich solich ewer begern an die gehaimen rät alhie langen lassen, dweil mir, demselben on ir vorwissen statt zu thun, nit gezimen wollen. die haben mir dorauf bevelch

nr. 195.

¹ Von dieser Zusammenkunft ist sonst nichts bekannt.

gegeben, euch anzuzeigen: wiewol si ewern hern, gemeiner stett Augspurg, und euch in allem, so inen zu nutz, eren und wolfart dienen möcht, freuntlich zu wilforen wol geneigt, so sei doch dise sach dermassen gestalt und geschaffen, das die gelegenheit dises verstands und besonderer gruntlicher bericht uf die überschickten artikel nit wol der feder also zu vertruwen oder uber land zu schicken us vilerlei ursachen und ungelegenheiten sin wölle. derhalben, so ir eigentlich grund und bericht des verstands, auch aller hin und wider seithar geübten handlungen zu haben begerten, mochten ir jemants vertrauts hiehar verordnen. dem solt des orts nichts verhalten, sonder so muntlich so schriftlich dasjenig angezeigt und eröffnet werden, das sich uber land nit will schreiben lassen.

Dweil ich nun disen bescheid von den geheimen räten alhie also empfangen, hab ich euch den uf ewer schreiben ganz guter meinong und euch demnach zu richten wissen, nit verhalten wollen. das ir aber miner personlichen zukunft uf ewer schiessen begeren, samt dem erbieten etc., bedank ich mich ganz freuntlich. es ist aber mein gelehtheit (*sic!*) diser zeit dermassen gestaltet, das ich es nit wol fuglich zu thun weisz, zudem das ich auch kein schutz bin und derhalben min gegenwertigkeit allerlei bedenkens bi vilen bringen möcht¹. derhalben min ganz freuntlich bitt, mich des orts entschuldigt zu haben. sunst hab ich doctor Francisco Froschen ewer überschickte schriften zugestölt; der ist willig, euch sein gutbeduncken und ratschlag, sobald der gestöllet, zuzeschicken.» Gruss von Mathis Pfarrer und Claus Kniebis. Dat. Mi. 23. Juli a. 33.

198. Dr. Franz Frosch an den Stettmeister [Jacob Sturm].

Juli 28.
Strassburg.

Augsb. Arch. Reinschrift. Ebenda noch zwei Abschriften.

Juristische Darlegung, dass Augsburg berechtigt ist, in seinem Gebiet zu reformieren. Das entgegenstehende Versprechen Augsburgs an den Kaiser sei kein Hindernis. Auch im Kloster St. Catharina dürfe trotz des speciellen kaiserlichen Verbots reformiert werden.

nr. 195.

«Auf furhaltung des schreibens von herrn burgermaistern Rellingern und zustellung der überschickten schriften zu beratslagen und mein gutbeduncken anzezaigen», verwahrt er sich zunächst dagegen, als sei es seine Absicht, sich in die theologischen Fragen einzumischen und etwa ein Urteil darüber abzugeben, welche Ceremonien dem christlichen Glauben «am gemessesten seien» etc. Er will nur die rechtlichen Fragen, die in Betracht kommen, begutachten.

Zunächst bejaht er die Frage, ob eine Obrigkeit das Recht habe, in ihrem Gebiet «statuta, satzung und ordnung zu machen in sachen den glauben oder die religion und dero gemes ceremonien belangende», natürlich aber nur, sofern solche Satzungen mit der heiligen Schrift im Einklang stehen. Er stützt seine Ansicht auf die Aussprüche der Apostel und das Römische Recht, worin sich mannigfaltige Bestimmungen der Kaiser über

¹ Die gesperrt gedruckten Worte sind wieder ausgestrichen.

geistliche Dinge, sogar über die Haltung der Sacramente finden. Der Anspruch der Päpste auf ausschliessliche Entscheidung hierüber sei eine spätere Anmassung. Es sei sogar Pflicht der Obrigkeit, wenn sie erkenne, dass die Lehre und die Ceremonien in ihrem Gebiet «falsch, ungerecht und abgöttisch» seien, dieselben der heiligen Schrift gemäss zu ändern. Dieses Recht und diese Pflicht könnten durch keine entgegenstehenden *pacta* oder *conventiones* aufgehoben werden, nicht einmal durch einen leiblichen Eid. Demgemäss sei auch das Versprechen, welches die Stadt Augsburg auf dem Reichstage von 1530 dem Kaiser gegeben, — dass sie keine Aenderung der Ceremonien vornehmen wolle —, ungültig, als «wider erbarkeit, wider gott und gute sitten.» Aber auch abgesehen hiervon sei das Versprechen schon deshalb unverbindlich, weil es, juristisch genommen, eine blosser *pollicitatio* gewesen sei, da der Kaiser es nicht ausdrücklich acceptiert habe. In solchem Falle verpflichte das Versprechen zu nichts, sondern seine Erfüllung stehe im Belieben des Pollicenten. Ein dritter Grund für die Ungültigkeit der Zusage sei der, dass selbige im Widerspruch mit der vorangegangenen Weigerung Augsburgs stehe, den Reichstagsabschied anzuerkennen. Der Kaiser habe seinerseits die Weigerung, wenn auch in Ungnaden, angenommen, das nachfolgende Anerbieten dagegen nicht. Zudem habe Augsburg sein Versprechen gegeben in der Absicht, damit die kaiserliche Ungnade abzuwenden; dies sei nicht gelungen und somit sei das Versprechen hinfällig, «*tamquam cessante causa finali, propter quam pollicitatio illa fuit facta.*» Wenn alle diese Gründe noch nicht genügten, so könnte man das Versprechen auch deshalb für unverbindlich erklären, weil es unter der nicht in Erfüllung gegangenen Voraussetzung gegeben sei, dass der Kaiser die im Abschied zugesagte Ausschreibung und Abhaltung des Concils binnen anderthalb Jahren bewirken werde.

Was dann das Schreiben der Stadt an den Kurfürsten von Mainz betreffe, worin ähnliche Zusagen wie an den Kaiser gemacht seien, so könne man sich einfach darauf berufen, dass der Kurfürst in seiner Antwort das Erbieten nicht nur nicht angenommen, sondern sogar verworfen habe.

Auf die Anfrage Augsburgs, ob auch in dem Kloster St. Catharina trotz des speciellen Poenalmandats des Kaisers Neuordnung vorgenommen werden dürfe, erwidert er gleichfalls bejahend, nach dem Grundsatz: «*res una non debet diverso iure censi.*» Wenn die Aenderung der Ceremonien in dem einen Kloster gerechtfertigt sei, so sei sie es auch in jedem andern. Durch das Mandat dürfe man sich nicht schrecken lassen; es sei nicht anzunehmen, dass der Kaiser etwas wolle, das wider göttliches Recht sei; auch stehe im Römischen Recht, dass keine Obrigkeit ein kaiserliches Mandat annehmen solle, «welchs anders inhalt oder ausweise, dann die gemaine geschriebene recht.» Ferner könne gegen solches Mandat die *exceptio surreptionis et obreptionis* vorgewendet werden¹. «Dat. Straszburg den achtundzwainzigsten julii a. etc. 33.»

199. Die Geheimen von Ulm an die Dreizehn.

[Juli].

Ulm. Arch. Ref. T. VIII. Conc.

Melden den Tod ihres Predigers Conrad Sam und bitten, falls Strass-

¹ Es folgen noch einige andere Gründe zum Beweise der Kraftlosigkeit des Mandats.

burg einen geeigneten Nachfolger wisse, um Bezeichnung bezw. Ueberlassung desselben. Dat. fehlt¹.

200. Die Dreizehn an die Geheimen von Ulm.

Juli 30.

Ulm. Arch. Ref. T. VIII. Ausf.

Wissen keinen geeigneten Nachfolger für Sam. Eine Gelehrtschule in Ulm zu errichten. Rüstungen in Württemberg.

nr. 199. Die Nachricht von dem Tode des Predigers Conrad Sam in Ulm hätten sie « zu sonderem mitleiden vermerkt ». Leider wüssten sie zur Zeit der Bitte Ulms um Verschaffung oder Bezeichnung eines neuen Predigers nicht zu genügen, « dieweil wir, wie ir wissen mögen, vor diser zeit Augspurg, Wormbs und Basel mit predicanten und fürsteher versorgt, das wir jetzo derselben schir mangel haben; und dieweil ir, — gleich wie wir —, sehen kennend, das sich teglichen je grösserer mangel gelerter leut und sonderlich in heiliger schrift zutraget, und dieselbigen bei den hohen schulen, wie die noch gesinnet sind, nit mögen uferzogen werden, so were unser gut ansehen, das ir und andere von stetten, wie wir dann angefangen, jede ir statt mit gelerten lesern der sprachen und faculteten versehen und erhalten, damit wir alle die unseren ufziehen und uns selbs versehen möchten. »

nr. 192. Uebersenden Copie eines Schreibens vom Landgrafen² mit der Bitte, auf die darin erwähnten Rüstungen in Württemberg gute Kundschaft zu machen. Dat. Mi. 30. Juli a. 33.

201. Die Geheimen von Esslingen an die Dreizehn.

August 6.

Marb. Arch. Copie.

Haben bisher über die Rüstungen in Württemberg wenig Genaueres erfahren können; erst heute abend sei gewisse Kundschaft gekommen, dass die Württembergische Regierung Wagen und Artillerie instandsetze und alles Pulver, das sie bekommen könne, nach Stuttgart führe. Ferner würden mehrere hundert Knechte und Reisige in Stuttgart erwartet. Wem die Rüstung gelte, sei unbekannt. « Dat. mitwochen zu 8 uren den 6. augusti a. 33. »

202. Die Dreizehn an Landgraf Philipp.

August 9.

Marb. Arch. Ausf.

Schicken den Esslinger Bericht vom 6. August. Berichten über die beschwerliche Entscheidung, welche die Eidgenossen im Juni zu Baden gegen

¹ Vgl. folgende Nummer. Dasselbe Schreiben erging nach einem Kanzleivermerk auch an Sturm und Ambrosius Blaurer, an letzteren mit der besonderen Anfrage, ob Leo Jud geeignet und geneigt sei, der Nachfolger Sams zu werden.

² Ebenda ohne Datum. Der Landgraf schreibt, er habe gehört, dass in Württemberg und auch sonst im Oberland Rüstungen stattfänden und Knechte angenommen würden. « demnach aber in disen geschwinden zeiten unser, eur und anderer unser mitverwandten widerwertige on zwifel mancherlai und vil arglistige practik suchn, darumb gut ufsehens von noten ist, und man nit wissen kan, wo hinus und wem es geen und gelten wirt », so bitte er um Benachrichtigung, was es mit den Bewerbungen auf sich habe. Er werde seinerseits im Niederland Kundschaft anstellen.

Constanz gefällt haben bezüglich der Zinsleute im Thurgau. Dat. Sa. 9. nr. 196.
Aug. a. 33.¹

Zettel: Soeben komme die Strassburger Botschaft vom Tage zu Baden zurück mit der Nachricht, dass Constanz mit Bischof und Capitel wegen des Zinses im Thurgau verglichen sei². Auch sei eine französische Botschaft in Baden gewesen, die 12000 Knechte von den Eidgenossen begehrt habe. Als sich darauf etliche wegen ausstehender Pensionen beklagt, habe die Botschaft versprochen, auf dem jetzigen Tage zu Luzern 100000 Kronen zu erlegen. Man glaube, dass diese Werbung im Hinblick auf die Bundesanträge geschehe, welche den 5 Orten vom Kaiser und Papst gemacht seien. Dat. ut in lit.

203. Franz I, König von Frankreich, an die Dreizehn.³ September 16.
Arles.

Str. St. Arch. 1855. Ausf. perg.

Dankt für Strassburgs Ergebnisversicherungen.

»Francoys par la grace de dieu roy de France. tres chers et grans amys. nous avons amplement entendu tant par ce que le capitaine Walhey⁴, porteur de cestes, nous a dict et ixpose que pareillement par noz autres serviteurs, qui ont pardevant este par dela, le singulier desir et affection, que noz portez, et par consequent au bien et prosperite de noz affaires, qui est chose que nous avons pieca⁵ congneue et cognoissons encores journellement de plus en plus, dont de tres bon cueur vous remercions, vous prians tant quil nous est possible, que pour lamour de nous vous vueillez estre contents de continuer et perseverer en lavenir en ce bon et ferme propoz et vouloir, ainsi que avons en vous parfaite et entiere fiance, en quoy faisant vous povez estre asseurez, que la ou noz pourrons faire quelque chose pour vous, que en nous en advertissant, nous le ferons de tres bon cueur, et a tant tres chers et grans amys supplyons le createur vous avoir en sa tres sainte et digne garde. escript a Arles le XVI^{me} jour de septembre lan mil cinq cens trente et troys.»

204. Landgraf Philipp an Jacob Sturm und Mathis Pfarrer. October 3.
Wannfried.

Marb. Arch. Copie (?) von Schreiberhand. Beutzt von Wille 125.

Bei den Ulmern dahin zu wirken, dass sie die Erstreckung des Schwäbischen Bundes nur bewilligen, wenn die evangelische Sache ausgenommen und der Württembergische Streit verglichen wird.

Auf den 1. December sei ein Tag des Schwäbischen Bundes zu Augsburg angesetzt «betreffend den jungen herzog Christof zu Wirtemberg, herzog Ulrichs soone, da dan durch kei. mt. comissarien, die umb

¹ Dankschreiben des Landgrafen auf diesen Brief ebenda, Conc. ohne Datum.

² Der Tag zu Baden war am 28. Juli ff. Vgl. Eidg. Absch. IV 1 b nr. 77 u. p. 107.

³ Eine deutsche Uebersetzung dieses Briefs von Sturms Hand im Str. St. Arch. AA 445.

⁴ Walhey war nebst Wilhelm v. Fürstenberg vom Landgrafen zum König geschickt worden, um wegen der Württembergischen Frage mit ihm zu handeln. Wille 145. Aus diesem Brief sowie aus Strassburgs Antwort (nr. 206) geht hervor, dass Walhey auf der Hinreise wahrscheinlich, jedenfalls aber auf der Rückreise Strassburg berührte.

⁵ pieca = depuis longtemps.

erstreckung willen des bunds und zu verhandlung der beschwerung im bunde verordenet seint, gehandelt werden wirdet, ob die sachen muchten vertragen werden, welche handlung dan dem vater mit zum besten gelten wirdet; dan es hat sich der soon gegen dem vater dermassen lossen vernemen, das er wider des vaters willen nicks darin thun wirdet¹. nun ist etwas daran gelegen, das das land Wirtemberg durch den bund usgenommen werde, wie uns dan etliche fursten, die mit den trefflichsten im bunde seint, algereide gute verwarnung (?)² gethan; und haben sich di von Ulm etlichermassen gegen uns vernemen lossen, das sie nit wider in bund kommen wollen, es werde dan die sach des evangeli usgenommen und di Wirtembergisch sach vertragen. nun wust ir wole, was glaubens herzog Ulrich ist, und das er sonderliche neigung zu der stad Straspurg hat, und das sein lieb euch, denen von Ulm und allen andern oberlendischen evangelischen stedten, so er wider in seinem lande were, wol were zu leiden, und was daran gelegen, das sein lieb wider zu irem lande komme » etc. Darum sei seine Bitte, sie möchten « bei ihren mitherren » fördern, dass Strassburg dahin wirke, dass Ulm und andere nicht in die Erstreckung des Bundes willigen, es sei denn, dass die evangelische Sache ausgenommen, und die Württembergische Sache vertragen würde³. « Dat. Wenfrid⁴ freitags post Michaelis a. etc. 33. »

205. König Ferdinand an den Rat.

October 6.
Wien.*Str. St. Arch. AA 441. Ausf.*

Teilt mit, dass er mit den Türken einen «ewigen Frieden» geschlossen hat⁵. Hoff, dass dies nicht nur seinen Landen, sondern dem ganzen Reich « zu disen zeiten furstendig, nützlich und guet sein » werde. Dat. Wien 6. Oct. a. 33. — Empf. Oct. 21. Lect. Oct. 22.

206. Die Dreizehn an Franz I, König von Frankreich.

October 13.

Str. St. Arch. AA 445. Conc.

Danken für des Königs Wohlwollen und wünschen ihm Glück und Wohlfahrt.

nr. 203.

« Potentissime ac christianissime rex, domine clementissime. amplissime

¹ Vgl. über den Schwäbischen Bundestag zu Augsburg Wille 118 ff. Herzog Christoph machte daselbst gegen König Ferdinand seine Ansprüche auf Württemberg geltend, unterstützt namentlich von Baiern und dem Landgrafen, welcher zugleich im Interesse Herzog Ulrichs und der evangelischen Sache handelte.

² Oder «verwarnung» = Versicherung?

³ Mit besonderer Berufung auf diesen Brief schrieb Sturm am 8. Nov. an Georg Besserer, indem er den Wunsch des Landgrafen befürwortete. Er glaube zwar, dass dies unnötig sei, da Ulm jedenfalls von selbst die Wichtigkeit der Sache zu würdigen wisse; doch habe er nicht unterlassen wollen, die Bitte des Landgrafen zu erfüllen. Fast in denselben Ausdrücken schrieben auch die Dreizehn an die Geheimen von Ulm. Letztere antworteten, sie hielten es für überflüssig, das Strassburger Schreiben an den Rat zu bringen, da der Landgraf dieselbe Werbung schon früher an Ulm direct gebracht und eine zustimmende Antwort darauf erhalten hätte. Ulm. Arch. Ref. T. XVIII.

⁴ = Wannfried (Kreis Eschwege).

⁵ Vgl. Zinkeisen II 738 ff. Eine schriftliche Ausfertigung des Vertrags wurde von den Türken verweigert. Die Verhandlungen kamen im Juli zum Abschluss.

maiestati vestre omnimodam foelicitatem precamur, nostra illi obsequia ex animo addicentes. literas m. v. per eius *ministrum*¹ dominum a Walhey exhibitas accepimus illisque haud vulgariter exhilarati sumus, eo quod non solum regiae benevolentiae plenae essent sed simul etiam numerarent nostrum erga m. v. studium et huius qualemunque significationem, quam aliquot eius ministris dedimus, illi tam gratam fuisse, ut suam invicem nobis beneficentiam polliceretur adeo benigne. pro hac insigni m. v. in nostram remp. benevolentia ingentes habemus gratias, ei responsuri dignis nobis officiis pro nostra virili; nam agnoscimus, in quo potentiae et dignitatis fastigio Christus dominus noster m. v. collocarit, interque ceteros christiani nominis monarchas fecerit eminere. memores quoque sumus, quae singularis clementiae erga respublicas adeoque totum imperium germanicum indicia m. v. sepe numero dederit. denique et ipsa florentissimi m. v. regni vicinitas nos merito invitat, ut m. v. commoda verumque successum ex animo optemus. quem in m. v. animum pro totius christianae reipublicae salute integrum solidumque servabimus. quam christianiss. v. m. deus opt. max. ad provehenda christiani orbis publica commoda servet diu incolumem omnique foelicitatis genere exornet, cui nos et remp. nostram quam diligentiss. commendamus. datae Argentorati III idus octobris anno a Christo nato 1533.»

207. Die Dreizehn an Landgraf Philipp.

November 14.

Marb. Arch. (Schmalk. B.) Ausf. von Joh. Meyer.

Der Rat habe Michel Han, Zeiger dieses, an den Kurfürsten von Sachsen und ihn, den Landgrafen, abgefertigt, « wie e. f. g. aber seiner credenz und werbung gnediglich vernemen werden². so wir nuhn bericht seind, als solt die kai. mat. irer mat. cammergericht geschriben und bevolen haben, gegen denen von Frankfurt und in andern sachen, die religion und was derselben anhengig und belangen ist, rechtlichen fürzufarn, und dan dasselbig gemeinen vereinigten evangelischen stenden zu grossem nachteil reichen mocht », so sei ihre Bitte, der Landgraf möchte bei dem Kurfürsten « die sachen dahin helfen richten und fürdern, [das] unsern herrn und freunden, maister und rat, gnediglich wilfart werde »³. Michel Han habe ausserdem noch Befehl, mit dem Landgrafen « allerhand zu reden ». — Dat. Fr. 14. Nov. a. 33.

208. Der Rat von Strassburg an den Rat von Ulm.

November 25.

Ulm. Arch. Ref. T. XVII. Ausf.

Trotz aller Vorstellungen beim Kammergericht sei jetzt doch erkannt worden, dass Strassburg sich auf den Rechtsstreit mit dem Bischof wegen

¹ «Ministrum» ist wieder ausgestrichen. In der That war ja Walhey nicht Diener des Königs, sondern des Landgrafen. Vgl. oben p. 199 A. 4.

² Ebenda (Stadt Strassb.), mit gleichem Datum. Han sollte danach berichten, was der Stadt in ihrem Prozess wegen St. Arbogast begegnet sei. Vgl. Anhang.

³ Strassburgs Wunsch ging auf Recusation des Kammergerichts. Vgl. darüber die folgenden Briefe. Der Landgraf befürwortete Strassburgs Antrag in einem Brief an den Kurfürsten v. 27. Nov. Marb. Arch. Conc.

nr. 208. St. Arbogast einlassen müsse. Man habe deshalb einen Secretär zum Kurfürsten und Landgrafen geschickt, um vermöge des letzten Schmalkaldischen Abschieds (*) die Ueberreichung des Recusationslibells an das Kammergericht zu betreiben, und da dies wahrscheinlich auch nicht den gewünschten Stillstand der Prozesse bewirken werde, eine Zusammenkunft der Stände zu befürworten, damit man sich einige, was im Falle der Achtserklärung oder ähnlicher Massregeln des Kammergerichts zu thun sei. Dat. 25. Nov. a. 33.

209. Landgraf Philipp an den Rat.

December 28.
Cassel.

Marb. Arch. Conc. (an Strassburg und Ulm).

Uebersendet Copie eines Schreibens des Kurfürsten¹, worin zum Zweck der Recusation des Kammergerichts ein Tag der Einungsverwandten zu Speier auf den 19. Januar 1534 angesetzt wird. Bittet, diesen Tag zu beschicken, obwohl er auf Grund eines früheren kurfürstlichen Schreibens² die Oberländer bereits auf den 6. Januar erfordert hatte (*). Im übrigen sehe er für gut an, dass die Recusation «in gemein uf alle sachen und nit allein der religion sachen halb geschee, dan sonst wurde man allwege in disputation mit dissen leuten schweben müssen.» Er wolle den Kurfürsten hierfür zu gewinnen suchen; Strassburg möge die oberländischen Städte davon in Kenntnis setzen. Dat. Cassel 28. Dec. a. 33.

210. „Aus der Instruction ains rats zue Straszburg gesandten zue dem kunftigen tag zu Speir, und erstlich uf das letzter meins g. herren landgraven schreiben, wie sich die halten sollen“ . [Ende December]³.

Marb. Arch. Copie.

Recusation der Mehrheit der Kammergerichtsbeisitzer. Vorgeschlagene Schiedsrichter. Die einzelnen Prozesssachen in der Recusation nicht zu benennen.

Wenn es in der Recusationsschrift⁴ heisse, dass die Protestierenden die Mehrheit der Beisitzer des Kammergerichts als parteiisch recusierten, so dürfe das nicht so ausgelegt werden, als wollten sie vor der Minderheit der Beisitzer, «so der mehrer tail aussondern oder nidersetzen» würde, zu Recht stehen. Wenn überhaupt eine Aussonderung der Minderheit zu diesem Zweck stattfinden sollte, was an sich sehr unwahrscheinlich sei, so

¹ D. d. Dec. 19. (Marb. Arch.).

² D. d. Dec. 6 (Marb. Arch.). Der Kurfürst beantragte darin im Hinblick auf die von Michel Han überbrachten Beschwerden Strassburgs, Memmingsens und Esslingens (nr. 207), dass die Stände so schnell wie möglich zur Ueberreichung der Recusationsschrift in Speier zusammenkämen. Strassburg teilte dies am 24. Dec. den Ulmern mit, welche am 1. Januar 1534 die Beschickung des Speierer Tages zusagten. Ulm. Arch. Ref. T. XVII.

³ Die Instruction ist wahrscheinlich gleich nach Empfang des in nr. 209 erwähnten Ausschreibens zum 6. Januar verfasst, jedenfalls aber vor Empfang des Schreibens vom 28. December, da sie noch nicht auf die dort angeragte Recusation in weltlichen Sachen Bezug nimmt. Vgl. nr. 212.

⁴ Dieselbe war wahrscheinlich auf dem Schmalkaldner Tage im Juni, über den wir nichts näheres wissen, verfasst worden. Vgl. nr. 191 und unten p. 205.

müsste doch wenigstens den Protestierenden selbst anheimgestellt sein, diejenigen zu bezeichnen, welche sie als nicht recusierte Minorität anerkennen wollten. Uebrigens sei trotz der Gefahr, dass die Klausel bezüglich der «Mehrheit» vom Kammergericht in obiger Weise missdeutet werden könne, doch daran festzuhalten; denn um die Gesamtheit des Kammergerichts zu recusieren, müsste man vor den arbitris die Verdächtigkeit und Parteilichkeit aller Personen des Kammergerichts beweisen können, was nicht möglich sei.

Dass u. a. auch Herzog Christian von Holstein, Heinrich von Mecklenburg und Graf Philipp der Aeltere von Waldeck als arbitri vorgeschlagen würden, billige der Rat, obwohl er fürchte, dass das Kammergericht sie nicht als unparteiisch anerkennen werde, da sie zum Teil in ihren Gebieten das Evangelium predigen liessen.

Dass die Religionssachen, in welchen man das Kammergericht recusiere, in der Recusationsschrift einzeln aufgezählt werden sollten, halte der Rat weder für nützlich noch notwendig; denn man mache sich dadurch unnötig viel Mühe und Kosten für spätere Fälle, in denen dann neuerdings ausdrückliche Recusation vorgebracht werden müsse. Auch sei zu Schmalkalden schon einhellig beschlossen worden, wie zu recusieren sei, und welche Fälle für Religionssachen anzusehen seien. Damit, dass die Specificierung der einzelnen Sachen unterbleibe, werde die Entscheidung, was Religionssache sei oder nicht, keineswegs dem Kammergericht vorbehalten, sondern den vereinigten Ständen. Die Anwälte der Protestierenden hätten im einzelnen Falle sich demgemäss auf den Prozess einzulassen oder zu recusieren. — Dat. fehlt.

211. Kurfürst Ludwig und Herzog Friedrich v. d. Pfalz an den Rat.

Januar 5.

Str. St. Arch. AA 568. Ausf.

Beglaubigen ihren Diener Balthasar Hauer zu einer mündlichen Werbung und bitten, ihm gutwilliges Gehör zu schenken. — «Dat. uf montag nachm neuen jarstag a. etc. 34.» — Lect. Jan. 26.

212. Der Rat an Landgraf Philipp.

Januar 8.

Marb. Arch. Ausf. perg.

Hat Bedenken gegen die uneingeschränkte Recusation des Kammergerichts; will jedoch eventuell die derzeitigen Beisitzer mit einigem Vorbehalt in allen Sachen recusieren. — Inhalt der in Speier übergebenen Recusationsschrift (nur für Religions-sachen). Das Gericht verweigert die Annahme.

nr. 209.

Das Schreiben des Landgrafen vom 28. December samt eingeschlossener Copie des kurfürstlichen Schreibens habe man so schnell wie möglich den oberländischen Städten mitgeteilt¹. Der Vorschlag, die Recusation auf alle Sachen ohne Unterschied auszudehnen, sei zu spät gekommen, da Strassburg seine Gesandten schon mit der Instruction, nur in Glaubenssachen zu recusieren, nach Speier abgefertigt habe. Gleichwohl habe man den Vorschlag in Erwägung gezogen und habe «anderst nit befinden können, dann das also stracks in der gemain und on unterschied das kai. cammergericht ze waigern oder ze recusirn, etwas fur beschwerlich und nachredlich, auch dafur bi den leuten — und sonderlich denjenign, so uns on das abgunstig sind — geachtet und gehalten, dergestalt auch gedeutet oder usgelegt werden mocht, als ob wir nit gern recht und gerechtigkeit im heilign reich wissen noch sehn wolten, oder aber unserer sachs dermassen abscheuhens trugn, das wir gar kain recht derhalbñ leiden mochten.» Da aber andererseits richtig sei, dass die Evangelischen nach geschehener Recusation in Religionssachen auch in andern Prozessen am Kammergericht keine Unparteilichkeit zu erwarten hätten, so sei man bereit, in der Voraussetzung, dass die andern

¹ Strassburg an Ulm d. d. Jan. 7. Ulm. Arch.

Stände beistimmten, den Gesandten in Speier nachträglich Vollmacht zu geben, «namlich das die recusation dergestalt geendert und furbracht werd, das man disen cammerrichter und dise beisitzer, also lang und vil si der ort sitzen oder alda bleibn thun, in alln sachn waigere oder recusier, das also di recusation uf ir person, als den graven von Beichlingn, item uf den probst und den dechand etc. als beisitzer, und nit uf das collegium als ain kai. cammergericht etc. gedeutet und gestelt werd, mit dem sondern usdrucklichn angeheften erbiten: so und wann hernachmals das cammergericht durch kai. mt., des reichs churf., fursten, stend und stet gemainlichen laut der ordnung mit dapfern gelerten erfahren und unparteiischen richtern und urtailern anderwärts besetzt und wider ergenzt wurdet, das wir alsdann dem cammergericht in namen, anstat und von wegn kai. mt. alle geburliche gehorsame und underthenigkait laisten und erzaign wolten.» — Dat. Do. 8. Jan. a. 34.

Auf ein weiteres Schreiben des Landgrafen in dieser Sache vom 1. Januar erwiderte der Rat am 14., dass er in oben angedeuteter Weise bereits an seine Gesandten in Speier geschrieben hätte¹.

Ueber die Speierer Verhandlungen selbst findet sich in den Strassburger Acten nichts; nicht einmal von der Recusationsschrift, welche dem Kammergericht übergeben wurde, ist eine Copie vorhanden. Dagegen besitzt u. a. das Ulmer und das Basler Archiv eine Abschrift des umfangreichen Notariatsinstruments über die Recusation, d. d. 1534 Jan. 30². Der Vertreter Strassburgs in Speier war dem zufolge der Altammeister Daniel Mieg. In dem Schriftstück erklären die vereinigten evangelischen Stände feierlich, dass sie den kaiserlichen Kammerrichter, Grafen von Beichlingen, und den „Mehrteil“ der Beisitzer als „argwöhnisch und parteiisch“ recusieren, jedoch nur für Prozesse, in denen es sich um Religionssachen handelt, nicht auch — wie Hessen und Strassburg beantragten — für alle anderen Streitsachen. Es wird dann zuerst nachgewiesen, dass die anhängigen Prozesse unmittelbar aus der Religion fliessen; darauf werden die Gründe dargethan, warum man Kammerrichter und Beisitzer in Religionssachen für parteiisch ansehen müsse: der Graf von Beichlingen sei ein so eifriger Anhänger des papistischen Glaubens, dass er zwei Söhne für den geistlichen Stand erzogen habe; ferner habe er u. a. zwei Anwälte, als des neuen Bekenntnisses verdächtig, entsetzt und auch sonst sich mehrfach offen als Gegner der evangelischen Lehre bekannt. Dasselbe sei mit der Mehrzahl der Beisitzer der Fall; viele von ihnen besäßen Propsteien und Pfründen oder hätten wenigstens Freunde und Brüder im geistlichen Stand; andere wären in engster Beziehung zu geistlichen Fürsten oder ständen mit ihnen in Unterhandlung, um in ihren Dienst zu treten. Ferner habe das Kammergericht „ungewöhnliche und exorbitantia mandata“ wider die Protestierenden erlassen „sine causae cognitione und ohne clausula justificatoria.“ Für die papistische Gesinnung des Gerichts spreche es auch, dass seinen Angehörigen bei hoher Strafe geboten sei, sich an gewissen

¹ Marb. Arch.

² Ulm. Arch. Ref. T. XVII, Basl. Arch. St. 75 B 3 f. 38-56. Die Basler Copie ist von der Hand Michel Han's.

Prozessionen zu beteiligen, obwohl das in keiner Reichsordnung stehe und wider jedes Herkommen sei. Die Stände erboten sich, diese Anschuldigungen coram arbitris zu beweisen und schlagen folgende Schiedsrichter vor: Heinrich von Mecklenburg, Pfalzgraf Ruprecht, Christian von Holstein, Georg von Württemberg und die Städte Augsburg und Worms. Jedes weitere Verfahren des Gerichts in Religionssachen, bevor der schiedsrichterliche Spruch über die Recusation gefällt sei, erklären die Stände für null und nichtig.

Wie vorauszusehen war, wurde die Annahme der Recusationsschrift vom Kammergericht verweigert; die Protestierenden konnten nicht einmal erreichen, dass das Schriftstück in öffentlicher Audienz verlesen wurde. Sie beschloßen deshalb, es durch den Druck möglichst zu verbreiten, und zur Zeit der Messe in Frankfurt eine neue Versammlung abzuhalten, um wegen weiterer Massnahmen zu beraten¹.

213. Landgraf Philipp an die Dreizehn.

Januar 29.
Nomeny.

Marb. Arch. Conc. Auszug bei Rommel II 502.

Berichtet über seine Zusammenkunft mit dem König von Frankreich.

«Nochdem wir izo, wie ir numehr wissen muget, bei dem konige zu Frankreich gewesen seint², so wollen wir gnediger und vortrewlicher meinunge euch nit verhalten, das uns allerlei ursachen dohin bewegt haben, und vor eins: das, nachdem der konig und der habst newlich bei einander gewesen seint, wir dannost haben erfahren wollen, was wir an dem konig hetten, und finden den konig uf einer guten meinung, das er ein frei concilium haben will und sagt — und seint eben dis sein wort —: der habst het gern gesehen, das ich ein concilium in Italien gewilligt hett, aber ich hab es nit thun wollen; ich wil ein frei concilium haben, vor eins. zum andern, nochdem da ein freundschaft mit des herzogen zu Lotringen dochter und dem von Nassa gemacht, haben wir dannost sehen wollen, wie es dorumb sei etc.» Graf Wilhelm von Fürstenberg sei mit ihm gewesen und habe sich «willig und fleissig erzeigt». Empfiehlt ihn deshalb den Strassburgern. «dan was ir desfals ime thut, das thut ir uns selbst, und wir wollen es gnediglich erkennen.» — «Dat. zu Nummene am donerstag nach conversionis Pauli a. 34.»

214. Die Dreizehn an Landgraf Philipp.

Februar 16.

Marb. Arch. Ausf.

Rüstungen in Württemberg.

Teilen mit, was sie über die Rüstungen in Württemberg von glaubwürdigen Leuten vernommen haben. Im Zeughaus zu Stuttgart würden die

¹ Ulm. Arch. a. a. O. Vgl. unten nr. 215 u. 216.

² Ueber die Zusammenkunft Philipps mit König Franz in Bar-le-Duc und deren Hauptzweck vgl. u. a. Wille 146.

Räder und Wagen für das Geschütz instandgesetzt, und «allenthalben im Land die raiswegn bestellet und bevolen.» Die Regierung soll alle ihre Hauptleute nach Stuttgart beschieden und befohlen haben, insgeheim Fussvolk anzunehmen. Johann Hilchin soll sich erboten haben, wenn Württemberg überzogen werde, gegen 20 000 Pferde aufzubringen und ins Land zu führen. Der Statthalter, Pfalzgraf Philipp, sei unterwegs zum König Ferdinand und habe gesagt, er werde fremdes Kriegsvolk mit zurückbringen. Der Adel im Hegau sei schon zum zweiten Mal gemahnt, sich gerüstet zu halten. Dietrich Spet habe 200 Knechte nach Stuttgart geschickt, und sollen seitdem noch vier Fähnlein dort eingezogen sein. Sie teilen dies mit, obwohl sie noch nicht wissen, «wohin es zu thun sein woll.» — «Dat. in aller eil am montag 16. febr. a. 34.»

nr. 200, 201

215. Landgraf Philipp an die Dreizehn.

Februar 23.
Cassel.*Marb. Arch. Conc. 1*

«Wir haben von unsern reten, so wir zu Augspurg gehabt, unter anderm bericht empfangen, das ir euch in den sachen belangend den bund sehr wol gehalten habt, das ir auch nit wider in bund kommen seiet und den nit habt erstrecken lossen². des bedanken wir uns nun gegen euch ganz gnediglichen » etc. Dankt auch für die Berichte über die Württembergischen Rüstungen und bittet um weitere Kundschaft. Gemäss dem Wunsch der Städte, während der Messe in Frankfurt einen Tag abzuhalten, habe er dem Kurfürsten geschrieben, aber von demselben ablehnende Antwort erhalten. Indessen werde er, der Landgraf, um die Zeit der Messe in Frankfurt oder in der Nähe sein, und könnten sie dann Botschaft zu ihm schicken. Dat. Cassel Mo. post invocavit a. 34.

nr. 214.

216. Landgraf Philipp an Jacob Sturm.

[März?].

Marb. Arch. Conc. (zum Teil eigenhändig).

Er hätte gern gesehen, dass eine Zusammenkunft der Stände jetzt während der Messe zu Frankfurt geschehen wäre; doch wolle der Kurfürst den Tag nicht vor Exaudi [Mai 17] ansetzen. Die Städte müssten daher suchen, sich selbst nach Möglichkeit des Kammergerichts zu erwehren; er sei bereit, Strassburg und andere Städte, soviel in seiner Macht stände, dabei zu unterstützen³. Hinsichtlich Esslingens habe er bereits sein Bedenken mitgeteilt (*), in welcher Weise er glaube, dass sich die Stadt am besten gegen das Kammergericht halten könnte. In der nächsten Versammlung werde er durch

nr. 164.

¹ Ebenso an Ulm und Esslingen.² Vgl. oben nr. 204. Es handelt sich um den Schwäbischen Bund. Davon, dass Strassburg Gesandte in Augsburg gehabt habe, — wie nach obigem Brief zu vermuten —, findet sich sonst keine Andeutung.³ Von hier ab Philipps eigne Hand.

seine Räte auf gründliche Abhülfe der Beschwerden handeln lassen¹.
Dat. fehlt.

217. Der Rat von Bern an den Rat von Strassburg.

März 5.

Str. St. Arch. AA 4845 Ausf.

«Uns ist etlicher gestalt angelangt, wie etwas reisigs volks zu ros z und fusz sich in Lothringen an der Musel besamle, und das uf bestellung des herren von Gise, des herzogen von Lothringen bruders². so wir aber nit wissen mogent, wohin soliche rustung gerichtet, und aber hienäben bedenken, das nach jetzigen seltzamen löufen und reden dis sumers kriegsübungen ze erwarten siend, haben wir üch ganz früntlicher meinung des nit bergen können.» Bittet um Kundschaft und Benachrichtigung. Dat. Do. 5. März a. 34. — Lect. März 16.

218. Der Rat von Strassburg an den Rat von Ulm.

März 20.

Ulm. Arch. Ref. T. XVII. Ausf. Beilage ebenda. Copie.

Recusation für nichtig erklärt. Entwurf einer Protestschrift dagegen.

p. 205.

Der Landgraf habe eine Copie des Recusationsinstruments übersandt^(*) sowie einen Brief des Anwalts Helfmann, wonach das Kammergericht am 2. März die Recusation für nichtig erklärt habe und in dem Verfahren gegen Esslingen u. a. weiter vorgehe³. Dem gegenüber habe Strassburg für ratsam gehalten eine Appellationsschrift aufzustellen, in welcher gegen die Nichtigkeitserklärung der Recusation protestiert wird. Sendet Copie davon (s. Beilage) mit der Bitte, sich bis zur nächsten Bundesversammlung schlüssig zu machen, ob man nicht eine solche Appellation im Namen aller vereinigten Stände erlassen wolle. Dasselbe habe man dem Landgrafen geschrieben^(*)⁴. Dat. 20. März a. 34.

Beilage: Jacob Sturm und Martin Herlin als Vertreter der Stadt Strassburg protestieren feierlich vor Notaren gegen die Nichtigkeits-erklärung der Recusation des Kammergerichts, indem sie ausführen: 1) dass das Kammergericht nicht befugt sei, über die Rechtmässigkeit der Recusation abzuurteilen, da es selbst in dieser Sache Partei sei. 2) dass die Recusation durchaus dem Rechte und den Ordnungen des Reichs gemäss vorgebracht sei.

¹ Die Bundesversammlung fand erst Pfingsten (Mai 24) statt, und zwar zu Nürnberg. Die Oberländer nahmen nicht daran teil, wahrscheinlich wegen der kriegerischen Unruhen in Württemberg. Die Versammlung schrieb nochmals in ziemlich scharfen Worten an das Kammergericht, indem sie dasselbe für allen Unfrieden, der aus weiterem Procedieren entspringen würde, verantwortlich machte. Auch an den Kaiser wurde von neuem geschrieben unter Beifügung der Recusationsschrift (Ulm. Arch.).

² Cardinal Karl von Guise, Bruder des Herzogs Franz.

³ Diese Mitteilung des Landgrafen ist vom 12. März. Ebenda, Copie.

⁴ Wahrscheinlich schon einige Tage früher; denn in dem Dankschreiben, welches Strassburg am 20. März für Uebersendung der Recusationsschrift etc. an den Landgrafen richtete (Marb. Arch.), ist auf einen inzwischen ihm zugesandten Ratschlag verwiesen.

219. Die Dreizehn von Basel an die Dreizehn von Strassburg. März 27.

Str. St. Arch. AA 485 Ausf.

«Uns hat glouplich angelangt, wie abermals die V Ort ein heimlich practick und anschlag gmacht und unrüwig sind, darus zü ersorgen, das si die von Bern uberziechen möchten. so man dann allenthalben bi und umb uns musteret und niemanz weist, uber wön solche ding erdacht, sind wir das üch als unsern trüwen lieben nachpern nit ze verhalten verursacht, früntlich bittende, den dingen ouch nachzetrachten, uwer getrüw erfarnus ze haben und das alles geheim bi üch ze halten.» — Dat. Fr. 27. März a. 34. — Lect. März 28¹.

220. Die Geheimen von Ulm an die Dreizehn.

April 8.

Str. St. Arch. AA 447 Ausf.

Bitte um Auskunft über den Zweck der in ihrer Nachbarschaft stattfindenden Rüstungen.

«Wir vernemen nit allain von dem gemainen gerucht oder geschrai, das ain bewoglichkeit, ufwiglung und bewerbung der kriegsknecht entsteet und das dieselben also von uns und an andere ort verrucken sollen, sonder sehen das alles taglich auch in augenscheinlicher gegenwertigkeit. dieweil nun dasselb geschrai mancherlai, etlich aber davon reden, das sie uf e. f. statt oder nahend hinbei beschaiden, gewissen und von do dannen in ain andere frembde nation gefuert, die andern aber vermainen, das sie in unser der teutschen nation unterschleuft geprauchet, dardurch dann mangel unrat und bschward in derselben entsteen mag, so haben wir derwegen us der freuntlichen verwandtnus in erwegung, das es e. f. und uns auch betreffen, und das uns damit die treffenlichen kriegsleut us unsern landen gefuert, nit underlassen mogen, e. f. umb nachvolgenden bericht der sachen zu ersuchen².»

Bitte um genaue Mitteilung alles dessen, was Strassburg über diese Kriegsvorbereitungen wisse. Der Bote habe Befehl, eventuell so lange zu

¹ Dazu ein sehr flüchtiger Vermerk des Stadtschreibers, enthaltend die Namen der Dreizehner, in deren Gegenwart das Schreiben verlesen wurde, zum Teil kaum zu entziffern; es sind: Wormser, Sturm (?), Herr Ammeister (?), Bock, Friedrich (?), Röder, Kniebis (?), Pfarrer, Miege, Betscholt und Meier. Da wir sonst nirgends für diese Zeit Namensverzeichnisse der Dreizehner haben, so dürfte dieser Vermerk über die oberste politische Behörde der Stadt nicht uninteressant sein.

² Man sieht, dass Ulm um diese Zeit noch nicht wusste, dass die Rüstungen auf die Eroberung bezw. Verteidigung Würtembergs abzielten. Landgraf Philipp hat noch in einem eigenhändigen Schreiben, welches er am 29. März an Georg Besserer in Ulm richtete, jede directe Andeutung seines Schwäbischen Bundestages zu Augsburg, dass Herzog Ulrich, wenn er wieder in sein Land kommen sollte, den Ulmern ein guter Nachbar sein würde. Ferner bittet er, Besserer möge sich aussprechen, «mit was wegen und masz herzog Ulrich und Cristoffel zu irem land mocht geholfen werden, was auch, so sie ir land in hetten, sie sich vor trost und handhabung zu denen von Ulm versehen mochten.» (Ulm. Arch. Ref. T. XVIII). Man sieht, wie sorgsam Philipp noch seine kriegerischen Absichten verhüllte, während er gleichzeitig Ulms Gesinnung gegen Ulrich zu erforschen suchte.

warten, bis Strassburg die nötigen Erkundigungen eingezogen habe. Dat. Mi n. Ostern a. 34. — Lect. April 11.

221. Instruction, was Wilhelm von Fürstenberg, Eberhard von Bischofsrode und Rudolf Schenk im Namen Herzog Ulrichs und Landgraf Philipps bei dem Rat von Strassburg werben sollen¹. [Mitte April].

Marb. Arch. Conc. Auszug bei Rommel II 504.

Bitte um eine Geldunterstützung für die Württembergische Unternehmung.

Sie sollen dem Rat anzeigen, wie der Landgraf im Zuge sei, um mit Gottes Hülfe dem Herzog Ulrich zu seinem Fürstentum Württemberg zu verhelfen. Es sei leicht ersichtlich, zu wie grossem Vorteil es den oberländischen Städten gereichen würde, wenn Herzog Ulrich sein Land wieder erhielte; denn derselbe würde nicht nur das Evangelium aufrichten, sondern sich auch den Städten als getreuer, guter Nachbar und starker Rückhalt erzeigen. Mit Kriegsvolk sei man wohl versehen; doch brauche man 30000 fl., welche Strassburg hergeben solle². «was sie [die Strassburger] nun uns daran nit zu hilf kommen wolten³, darvor wolten wir beide inen nach notdurft verschreibung thun, das wir inen solchs widerumb gutlich und gnediglichen wollen entrichten.» Die Bevollmächtigten sollen sich das Geld womöglich gleich überliefern lassen, damit sie es «in irem zuge mit sich nemen und zu uns bringen konten.» Versprechen dem Rat für die Bewilligung des Gesuchs ihre besondere Erkenntlichkeit. Dat. fehlt¹.

222. Die Dreizehn an den Rat von Ulm⁴.

April 24.

Stuttg. Staats-Arch. Ausf.

Man habe jetzt in Erfahrung gebracht, dass die um Strassburg her angenommenen Knechte dieser Tage gemustert worden sind und dem Landgrafen von Hessen geschworen haben. «daneben sind gestern dise usschriben in unser stat veilgehapt, us dem nummer zu vernemen, wohin der zeug gen soll⁵.» — Dat. 24. April a. 34.

¹ Die Instruction ist wahrscheinlich gleichzeitig mit dem öffentlichen Ausschreiben vom 15. April (s. folg. Nummer) erlassen worden; ausgerichtet ist die Werbung in Strassburg jedenfalls nicht vor dem 23. April, an welchem eben jenes Ausschreiben bekannt wurde. Fürstenberg, der Strassburg am 27. April verliess (nr. 225), scheint sich nicht an der Werbung beteiligt zu haben. Vgl. unten nr. 229.

² Im Marb. Arch. (Württemberg) befinden sich einige Correspondenzen zwischen dem Landgrafen und seinen Räten, aus denen erhellt, dass Philipp schon im Februar und März mit Conrad Joham in Strassburg wegen einer Anleihe von 20000 fl. unterhandelte, wie er vorgiebt, um «droben etliche schulden zu bezalen.» Zur Frankfurter Messe (im Herbst) wollte er das Geld zurückzahlen. Wirklich erhielt sein Gesandter Michel Nussbicker Mitte März von Joham 10000 fl. zu 4%, mit der Aussicht, die andere Hälfte auch baldigst zu erlangen. Vgl. unten nr. 232.

³ D. h. soweit sie nicht im Interesse der guten Sache auf Rückerstattung der Summe verzichten wollten.

⁴ Ein gleichlautender Brief ging auch an Basel. Basl. Arch. (Zeitungen.)

⁵ Ein Exemplar des gedruckten Ausschreibens liegt bei, d. d. April 15. Herzog Ulrich und der Landgraf geben darin ihre Absichten auf Württemberg kund und rechtfertigen dieselben. Gedruckt bei Hortleder I 665.

223. Die Dreizehn von Basel an die Dreizehn von Strassburg. April 29.*Str. St. Arch. AA 1815 Ausf.*

Bitten um Weiterbeförderung eines beiliegenden Briefs (*) an den Landgrafen, ferner um Nachricht, ob und wann Wilhelm von Fürstenberg «mit sinem züg» aufgebrochen sei, «oder ob sich sunst etwas der hendlen halp zütragen.» — Dat. Mi. 29. April a. 34. — Lect. Mai 2.

224. König Ferdinand an den Rat.Mai 1.
Prag.*Str. St. Arch. AA 411 Ausf.*

Uebersendet mehrere Exemplare seiner Antwort auf das Manifest des Landgrafen und Herzog Ulrichs wegen des Württemberger Zuges und ersucht, diese Antwort durch öffentlichen Anschlag im Gebiet der Stadt bekannt zu machen¹. Dat. Prag, 1. Mai a. 34. — Lect. Juli 11.

nr. 222.

225. Die Dreizehn an den Rat von Basel.

Mai 3

Basl. Arch. (Zeitungen) Ausf.

Antwort auf den Brief vom 29. April. Fürstenberg sei mit seinem Kriegsvolk am 27. April von Strassburg aufgebrochen und Rhein abwärts auf Speier gezogen. Wo er den Rhein überschritten, sei noch unbekannt. Dat. Mai 3 a. 34.

226. Landgraf Philipp an den Rat.Mai 7.
Oberzimmern.*Thom. Arch. Ausf.*

«Wir haben ewern guten willen von euch gnugsamlich gespurt, des wir uns jegen euch gunstiglich bedanken²; und wie die sachen ferrer stehen, werdet ir von unserm lieben vettern Jeorgen, graven zu Wirtenberg etc., auch ewern diener Wolffen, bericht empfangen³.» — «Dat. in unserm feldlaeger fur Obern Zimmern donnerstags nach cantate a. etc. 34.» — Lect. Mai 11.

227. Die Strassburger Prediger an Landgraf Philipp und Herzog Ulrich.

Mai 18.

Thom. Arch. Conc. v. Buccer. Auszug bei Lenz Briefwechsel I 56.

Wünschen Glück zur Eroberung Württembergs und empfehlen A m -

¹ Ein gedrucktes Exemplar der Antwort liegt bei d. d. 1534 April 29. Gedruckt bei Hortleder I 6711, Sattler III Beil. p. 93.

² Auf welchen Dienst sich dieser Dank bezieht, ist nicht ersichtlich. Die im April beantragte Unterstützung mit Geld (nr. 221) hat Strassburg jedenfalls nicht gewährt, wie aus der Beantwortung der gleichartigen Werbung Schütze's (nr. 229) hervorgeht.

³ Strassburg war über den Verlauf der Württembergischen Unternehmung durch eigene Kundschafter, die es im Lager des Landgrafen hatte, unterrichtet. Wir ersuchen dies u. a. aus den Berichten, welche die Dreizehn am 19. und 28. Mai nach Basel schickten. Basl. Arch. (Zeitungen 1520-49). Wir haben von der Wiedergabe dieser Berichte abgesehen, weil sie bei aller Ausführlichkeit wenig Neues über die kriegerischen Operationen bieten. Vgl. Wille p. 179 ff. u. Heyd II 437 ff.

ambrosius Blaurer und Simon Grynaeus, um in dem wiedergewonnenen Herzogtum das Evangelium aufzurichten. Schildern den Charakter dieser beiden Prediger, welche sich als unparteiische Männer von milder Gesinnung zur Reformation des Landes besonders eigneten. Wenn man nicht die grösste Zwietracht anrichten wolle, müsse man jedenfalls solche Prediger wählen, die weder der eigentlich lutherischen Richtung noch der eigentlich zwinglischen angehörten. Auch den Einfluss der Täufer und Sectierer fern zu halten, seien Blaurer und Grynaeus geeignet. Wegen der Gefahr, die von den Sectierern drohe, habe man schon an Jacob Truchsess geschrieben¹. Dat. Strassburg 18. Mai a. 34.

228. Instruction Landgraf Philipps für seinen Rentmeister Hermann Schütze an die Dreizehn.

Mai 21.
Tübingen.

Str. St. Arch. AA 444. Copie (von M. Han). Auszug bei Rommel II 504.

Kann seine Truppen in Württemberg noch nicht entlassen. Bittet um Darleihung von 20000 d. Wünscht Verbindung der Städte mit Herzog Ulrich.

Strassburg werde wohl schon von seinem siegreichen Vordringen in Württemberg gehört haben. Letzthin habe sich auch Tübingen ergeben, und es sei Aussicht, dass auch «die andern bergheuser» bald eingenommen würden. Er, Philipp, verlange weiter nichts, als dass dem Herzog Ulrich das ihm widerrechtlich entrissene Land wieder eingeräumt werde; er habe deshalb verschiedene Fürsten des Reichs ersucht, König Ferdinand zum Verzicht auf Württemberg zu bewegen. Bis jetzt habe jedoch dieser noch nicht nachgegeben, und es sei deshalb nötig, die Truppen beisammen zu behalten. Strassburg solle in Erwägung, wie viel für die Evangelischen und namentlich für die Städte von dem Erfolg dieses Feldzuges abhängt, «ain zwainzigtausend guldin uf gnugsame versicherung und verschreibung leihen und vorstrecken, auf das wir dieses unser vorhaben zu ainem guten friedlichen ende bringen mögen.»

«Darneben haben wir auch gedacht, das zu allen sachen sehr gut sein sollte, das wir zwüschen herzog Ulrichen, inen, denen von Ulm und andern oberländischen evangelischen stedten ain freuntlich und nachburlich verstentnus ufrichteten.» Das würde den Städten sehr zu gute kommen und ihnen im Fall der Not einen starken Rückhalt gewähren. Wenn die Städte wünschten, dass er, der Landgraf, auch in solchem Bund sein sollte, so wäre er dazu geneigt. Bittet um Antwort. — «Geben in unserm veldläger vor Tubingen am donnerstag nach exaudi a. etc. 34.»

¹ Sollte hier nicht das Schreiben Capito an Jacob Truchsess von Rheinfelden, Württembergischen Rat, bei Sattler III Beil. p. 107 gemeint sein? Dasselbe ist zunächst ganz ähnlichen Inhalts wie das obige, fügt dann aber noch eine dringliche Warnung vor den Sectierern bei, namentlich vor Caspar Schwenckfeld, der näher charakterisiert wird. Ausserdem giebt Sattler III Beil. p. 112 noch einen Brief Bucers v. 22. Mai an den Kanzler Knoder mit den gleichen Empfehlungen und Warnungen. Vgl. Lenz a. a. O. p. 40 A. 4. Heyd III 41, 9. — Trotz dieser Bemühungen der Strassburger wurde neben Blaurer einer der eifrigsten Lutheraner, Erhard Schnepf, vom Landgrafen nach Württemberg geschickt. Ueber die daraus entspringenden argen Missheiligkeiten s. unten nr. 238-40. Vgl. Heyd III 43 ff., Pressel Ambrosius Blaurer 303 ff. u. a.

229. Antwort der Dreizehn auf die Werbung des Hessischen Gesandten Hermann Schütze. [Ende Mai].

Marb. Arch. Ausf. (Str. St. Arch. AA 449 Conc.). Auszug bei Rommel II 504.

Es stände nicht in ihrer Macht, im Namen der Stadt Geld zu verleihen; dazu müsste der grosse Rat der 300 seine Einwilligung geben, und es wäre in diesem Falle sehr zweifelhaft, ob er es thun würde, aus allerlei Gründen, die sie schon früher im gleichen Fall den landgräflichen Räten Eberhard von Bischofsrode und Rudolf Schenk sowie dem Rentmeister angezeigt hätten. Da nun eine abschlägige Antwort des grossen Rats «baiden iren f. g.¹ mehr zu nachtail dann vorstand ires jetzigen vorhabens raichen und dienen wurde,» so habe man dem Rat die Sache gar nicht mitgeteilt. Ebenso verhalte es sich mit dem vorgeschlagenen Bündnis mit Württemberg, wie sie dem Landgrafen schon kürzlich auf eine Anfrage (*) brieflich erklärt hätten². Es sei zu besorgen, «das unerlangt ains fridens oder ains fridlichen anstands des orts bei iren grossen räten nichts fruchtbarlichs zu handeln sein werd.» — Dat. fehlt.

nr. 221.

230. [Jacob Sturm]³ an Landgraf Philipp. Mai 22.

Marb. Arch. (Württemberg). Ausf. (?) Erwähnt bei Rommel II 522. Vollständig gedruckt von Wille⁴ in der Zeitschrift für Gesch. des Oberrheins t. 53 p. 105.

Widerrät die Fortsetzung des Kriegs gegen Ferdinand. Ein Bündnis mit den Nachbarn Württembergs wohl nützlich, aber schwer zu erreichen. Durch Mainz und Pfalz Ferdinand zum Frieden oder wenigstens zu einem Stillstand zu drängen.

Des Landgrafen Schreiben mit der Bitte um Rat, wie unter den gegenwärtigen Umständen ein beständiger Friede erreicht werden könne, habe er erhalten (*). Nach seiner Ansicht gebe es zwei Wege, auf denen der Landgraf zum Frieden gelangen könne, nämlich entweder dadurch, dass er den König durch Fortsetzung des Krieges gefügig mache, oder dadurch, dass er sich mit den evangelisch gesinnten Nachbarn Württembergs verbinde, sein Kriegsvolk entlasse, die Hauptleute aber in Bestallung behalte und so in drohender Stellung verharre, bis der Friede zustandekomme. Der erste Weg sei keinesfalls ratsam; denn bei Fortsetzung des Kriegs würden die Fürsten, welche mit Oesterreich Erbeinigungen hätten, desgleichen die Erblande des Königs, sich gegen den Landgrafen erheben; «deshalb diejenigen, so e. f. g. schon gunstig, erschrockt und abgestöllet und zu besorgen, ein ganz verderbnus deutscher nation folgen wurde.» Der andere Weg sei auch schwierig; denn

¹ Sc. dem Landgrafen und Herzog Ulrich.

² In einem Schreiben v. 22. Mai (Marb. Arch.), dem zufolge diese erste Anfrage am 21. Mai in Strassburg eintraf. Es ist darin thatsächlich ganz in derselben Weise geantwortet, wie in obiger Erklärung.

³ Nach dem Kanzleivermerk sowohl wie nach dem Inhalt rührt der Brief unzweifelhaft von Sturm her; doch ist er nicht von ihm selbst geschrieben, sondern nur dictiert.

⁴ Wille's Abdruck ist mehrfach zu berichtigen. Zeile 4 ist hinter «mochte» einzuschreiben «begeren», dafür Anm. 1 zu streichen, ferner hinter «were» einzuschreiben «hierin». Zeile 6 lies «wes» statt «vurs», Zeile 16 «werden» statt «wurden»; pag. 104 Zeile 6 lies «schwerlich» statt «schwurlich». Vgl. auch nächste Anm.

es sei kaum anzunehmen, dass die Nachbarn Württembergs auf ein Bündnis mit Hessen und damit auf Teilnahme am Kriege eingehen würden; auch habe der Landgraf keine Zeit, sich auf lange Unterhandlungen mit ihnen einzulassen. «derhalben ich in der sachen ganz irr und zu klein verstendig. domit aber e. f. g. spür, das ich ehr min torheit derselben eröffnen, dan gar nichts schreiben wolle, wer min einfeltig bedunken, ob dis nit ein weg were, das e. f. g. durch mittelpersonen bi beiden churfürsten Menz und Pfalz oder andern anrichte, das si verstendig wurden, wie e. f. g., wo si nit friden erlangen mochten, furt zu drucken gedechten; was unrats, verderbnus und schaden solichs teutscher nation bringen würde, wer gut zu erachten; dodurch si zu bewegen, das si sich ernstlicher und furderlicher unterhandlung undernämen, und das sich e. f. g. mit allen sachen also schickte, als ob si furt trucken wolle, doch nit angriffe. wo den¹, wie verhofflich, si oder ander sich der unterhandlung underfingen und aber nit also furderlich, als e. f. g. notturft und der kriegskost erfordert, ein beständigen friden erlangen mochten, das doch zum wenigsten ein stillstand disen jetzigen summer oder ein benampte zeit betädigent würde; acht ich, wer bi dem kunig zu erheben und e. f. g. in ansehung vilerlei ursachen vil ehr, dan das si furtzuge, anzunämen.» Während des Stillstands könne der Landgraf sein Kriegsvolk entlassen und nur die Hauptleute und Doppelsöldner in Bestallung behalten; wenn dann der Stillstand wirklich zu Ende gehen sollte, ohne dass Friede erlangt sei, könne er leicht seine Truppen wieder zusammenbringen und auch mit grösserer Aussicht auf Erfolg ein Bündnis betreiben.

Jedenfalls würde der Landgraf für den Fall, dass er jetzt weiter vöge, viele seiner bisherigen Freunde verlieren, während andererseits der König viele Anhänger gewinnen würde. Auch der Kaiser würde in solchem Fall nicht umhin können, seinen Bruder zu unterstützen. Dat. Fr. 22. Mai a. 34.

231. Die Dreizehn an den Rat von Basel.

Juni 8.

Basl. Arch. Zeit. 1520-49. Ausf.

Das Schreiben vom 31. Mai (*) über die Werbung Herzog Ulrichs an Basel² habe man erhalten und Basels Antwort an Ulrich weiter befördert. nr. 228. Dieselbe Werbung sei auch vom Landgrafen in Strassburg angebracht worden, nr. 229. «daruf wir aber diser zit uns noch kainer endlichen andwort endslossen; wes sonst fur churf. fürsten oder ander stend witer angesucht, ist uns nit bewust.» Berichten über die Belagerung und Einnahme des Asbergs durch Landgraf Philipp und Herzog Ulrich³. — Dat. 8. Juni a. 34.

Zettel: Bitten einen beiliegenden Brief mit denselben Zeitungen an Bern weiter zu befördern⁴.

¹ Dieser Passus ist in dem Abdruck Wille's a. a. O. durch Lesefehler und falsche Interpunction entstellt.

² Das Schreiben Ulrichs an Basel d. d. Urach Mai 25 enthält die Aufforderung, dass die evangelischen Eidgenossen mit Württemberg in ein Bündnis zu gegenseitigem Schutz treten möchten. Ebenda.

³ Uebereinstimmend mit den von Wille Philipp d. Gr. p. 191 benutzten Berichten.

⁴ Dankschreiben Berns an Strassburg d. d. Juni 14 im Str. St. Arch. AA 1813.

232. [Conrad Joham] an Landgraf Philipp.

Juni 17.

Marb. Arch. (Württemberg) Orig.

Die vom Landgrafen gewünschten 10000 fl. habe er teils bei seinen Herren (dem Rat von Strassburg), teils an andern Orten zusammengebracht, wie der Landgraf dies aus beifolgendem Schreiben¹ weiter vernehmen werde. — «Dat. ilens mitwoch zu IIII ur nachmittag den 17. tag junii a. 34.» p. 210 A. 2.

233. [Jacob Sturm]² an Landgraf Philipp.Juni 29.
Strassburg.*Marb. Arch. Ausf. (?) Beilage ebenda. Ausf.*

Schickt Froschs Gutachten über die Eroberung Württembergs. Beilage: Die Vertreibung Herzog Ulrichs durch den Schwäbischen Bund zwar unrechtmässig, aber kein Landfriedensbruch. Berechtigung des Herzogs zur Recuperation.

Auf Wunsch des Landgrafen (*) habe er die vier Rechtsfragen hinsichtlich der Wiedereroberung Württembergs dem Dr. Frosch zur Begutachtung vorgelegt; derselbe habe, so gut es in der kurzen Zeit möglich gewesen, sein Bedenken darüber niedergeschrieben, wie aus der Beilage zu ersehen. — «Dat. mentags sant Peter und Paulus dag a. etc. 34.»

* BEILAGE.

Denkschrift des Dr. Frosch über die Recuperation Württembergs.

I. Frage: War der Schwäbische Bund berechtigt, Herzog Ulrich wegen der Reutlinger Fehdesache seines Landes zu vertreiben³? Antwort: Nein; denn nach dem Begriff der Gegenwehr sei der Bund nur berechtigt gewesen, Reutlingen dem Herzog wieder zu entreissen. Angenommen, dass Ulrich sich durch die Einnahme Reutlingens des *crimen laesae maiestatis* schuldig gemacht hätte, so hätte doch der Bund kein competentes Urteil

¹ Liegt bei, d. d. Mittwoch nach Viti und Modesti, d. h. gleichfalls Juni 17. Dies Schreiben von andrer Hand ist wie das obige ohne Unterschrift und giebt sich als Antwort auf einen Brief des Landgrafen aus Cannstadt vom 9. Juni (*). Schreiber teilt darin mit, dass es ihm gelungen, das gewünschte Geld aufzubringen. Die Bedingungen werde der Landgraf zwei oder drei Tage später durch eigne Botschaft erfahren. Schickt ausserdem Zeitungen aus Speier. Das Siegel scheint dasjenige Sturms zu sein; seine Handschrift ist es nicht; doch möchte ich den Brief für ein Dictat von ihm halten. Der Hessische Kanzleivermerk giebt bei beiden Briefen Jacob Sturm als Absender an. Das ist jedenfalls irrtümlich; der im Text wiedergegebene scheint nach der Handschrift von Conrad Joham zu sein, wofür auch sonst manches spricht. Dass das Geldgeschäft — sogar in noch grösserem Umfang — wenige Tage später wirklich zustandekam, beweist eine Verschreibung des Landgrafen vom 24. Juni, in welcher er den Empfang von 15000 fl. seitens des Strassburger Rats bestätigt und sich verpflichtet, diese Summe mit einem jährlichen Zins von 600 fl. nach Ablauf zweier Jahre zurückzuzahlen. Str. St. Arch. Briefbuch E fol. 69. Vgl. oben nr. 229.

² Unterschrift fehlt, auch ist die Handschrift nicht diejenige Sturms; trotzdem haben wir ihn wohl als Absender anzusehen. Vermutlich liess er den Brief durch einen Schreiber ausfertigen.

³ Ueber Ulrichs Vertreibung 1519 infolge seines Vorgehens gegen Reutlingen etc. vgl. Wille a. a. O. Einleitung. Heyd I 523 ff.

darüber fällen können, sondern nur der Kaiser. Ferner hätte mindestens eine regelrechte Citation stattfinden, und zweifellos das erledigte Land dem Reichsfiscus zufallen müssen. Durch das Landfriedensgesetz von 1495 könne die Vertreibung auch nicht gerechtfertigt werden; denn nach demselben hätte der Bund höchstens Execution auf die Strafe der 2000 Mark Goldes und Verlust der Freiheiten beantragen können. Ob der Thatbestand des Landfriedensbruchs, welcher obige Strafe nach sich ziehe, wirklich vorhanden sei, hätte überhaupt erst durch den Richter festgestellt werden müssen.

II. Frage: Hat sich der Schwäbische Bund durch Vertreibung Ulrichs selbst des Landfriedensbruchs schuldig gemacht? Antwort: Nein; denn wenn er auch mit der Vertreibung über das Mass der Gegenwehr hinausgegangen sei, so sei dies doch ein entschuldbares Vergehen, welches man nicht als Landfriedensbruch charakterisieren könne.

III. Frage: War Herzog Ulrich auf Grund gemeinen Rechts und des Landfriedens berechtigt, sein Land mit Gewalt wieder einzunehmen? Antwort: Ja; denn die Recuperation eines gewaltsam entrissenen Besitzes sei erlaubt, wenn sie sogleich, «in continenti», vorgenommen werde. Wie der letztere Ausdruck im einzelnen Falle zu verstehen sei, darüber sei ein alter Streit der Rechtsgelehrten; doch liessen sich gewichtige Ansichten und Gründe dafür geltend machen, dass im vorliegenden Fall die Recuperation noch berechtigt gewesen, obwohl sie erst so viele Jahre nachher durchgeführt sei.

IV. Frage: Ist die Recuperation nicht deshalb als in continenti zu bezeichnen, weil der Herzog die «civilis possessio» behalten hat? Antwort: Es sei zweifelhaft, ob der Herzog wirklich noch civilis possessio habe; denn es gelte zwar für diese der Grundsatz, dass man sie «animo retinere» könne, jedoch nur so lange, bis man versucht habe, den Besitz factisch wieder zu erlangen. Dies habe der Herzog alsbald gethan, aber ohne Erfolg; deshalb sei es zweifelhaft, ob er jetzt noch civilis possessio habe. Dem sei aber, wie ihm wolle, so sei doch, wie bei Punkt III ausgeführt, die recuperatio, als in continenti geschehen, zu betrachten. «Actum in eil Strazburg den 29. junii a. 34.»

234. Landgraf Philipp an Jacob Sturm.

Juli 13.
Cassel.

Marb. Arch. Conc. Gedruckt von Wille¹ in d. Zeitschr. f. Gesch. des Oberrheins 1, 55 p. 407.

Sendet eine Copie des Vertrages von Cadan². Hoffte, dass Sturm denselben billigen und an dem darin vorkommenden Wort «sacramentierer»

¹ Berichtigungen zu Wille's Abdruck: p. 408 Zeile 1 lies «der furnemsten einer» statt «der furnemste under»; Zeile 5: «unverstendigen» statt «understen (?) dingen».

² Gedruckt bei Hortleder I 687, Lünig R. A. t. V 1, 27 u. a. Vgl. Wille 193 ff. Der Cadaner Vertrag vom 29. Juni stellte bekanntlich den Frieden zwischen König Ferdinand einerseits, Hessen, Württemberg und Sachsen andererseits her; nicht nur, dass Herzog Ulrich Württemberg, wenn auch als Oesterreichisches Aferlehen zurückerhielt und die Reformation einführen durfte: auch der Streit um die Römische Königswahl wurde endlich durch die Aner-

keinen Anstoss nehmen werde. Er habe auch an den Strassburger Rat geschrieben, sich durch das Wort nicht beunruhigen zu lassen¹. Bittet: «Du, als einer, der wol verstehn mag, wie es in solichen vertregen zugeet, und daz solich wortlin zu disputiren dimals oder auch itzt nicht von noten ist, wollest solichs bei unverständigen zum besten wenden.»

Dem Herzog Ulrich sei «an redlichen, getreuen und verstendigen leuten vil gelegen»; da er nun «ein sonder neigung» zu Sturm trage, so möge dieser ihm, dem Landgrafen, und Herzog Ulrichen zu Gefallen in Württembergische Dienste als Hofmeister oder anderer Befehlshaber treten. Hofft, ihm eine Stellung zu verschaffen, welche ihn nicht hindere, auch der Stadt Strassburg nach wie vor zu dienen. Bittet um Antwort. Dat. Cassel 13. Juli² a. 34.

235. Der Rat von Reutlingen an den Rat von Strassburg. Juli 20.

Str. St. Arch. AA 44 Ausf.

Bittet um Rat, wie er sich mit Herzog Ulrich vergleichen soll.

Erinnert an die der Stadt Reutlingen von Herzog Ulrich von Württemberg im Jahre 1518 zugefügte Schmach und den damals erlittenen Schaden, «den wir auf hunderttausent gulden achten». Da nun Herzog Ulrich jetzt sein Fürstentum wiedergewonnen habe, sei die Stadt entschlossen, «sölchen obanzeigten schaden, verderben, hon, schmahe und spott bei sein furstlichen gnaden mit gütlicher oder rechtlicher vordrung zu erholen». Doch

p. 215 A. 3.

kennung Ferdinands beseitigt und — was für die Gesamtheit der Evangelischen am wichtigsten war — der Nürnberger Friede wurde von neuem sanctioniert. Am 4. Juli erliess Ferdinand einen ausdrücklichen Befehl an das Kammergericht, mit den Prozessen gegen die Evangelischen stillzustehn. Indessen enthielt der Friedensvertrag folgende schlimme Klausel, über die in diesem und den späteren Briefen viel disputiert wird: «Doch sollen in alle wege die sacramentierer, widertäufer, auch alle andere newe unchristliche secten, die hinfürter angericht werden möchten, hierinnen ausgeschlossen sein und durch die kön. mt., churfursten, fursten und ständ einträchtiglich gewehrt und in iren landen nicht geduldet noch gelitten werden.»

¹ Gedruckt ebenda p. 105 mit gleichem Datum Juli 13. Philipp sagt darin, er wisse sehr wohl, dass die Strassburger keine «Sacramentierer» seien; sie sollten sich deshalb durch dies Wort nicht beirren lassen. Sollte dasselbe wirklich — was er nicht glaube — auf Strassburg angewendet werden, so würde er sowohl wie Herzog Ulrich dagegen Verwahrung einlegen und die Stadt nicht im Stich lassen. — Strassburg antwortete hierauf am 25. Juli, der Vertrag enthalte zwar «disputirliche wort», die besser unterlassen worden wären, doch hoffe man, der Landgraf werde seinem Versprechen gemäss Strassburg in Schutz nehmen. In einem Schreiben vom 3. August sicherte Philipp dies nochmals zu. Vgl. auch über Walthers Sendung unten p. 220 A. 2. (Marb. Arch.).

² Bei Wille a. a. O. steht irrtümlich: 14. Juli, während in der Ueberschrift richtig 13. Juli gesetzt ist. — Die Antwort Sturms auf obigen Brief kenne ich nicht; dieselbe lautete jedenfalls bezüglich der Bitte, in Ulrichs Dienste zu treten, ablehnend und muss vor dem 13. Aug. erfolgt sein; denn Sturms Schreiben von diesem Tage (s. unten nr. 237) enthält nichts über diese Sache. Da nun nicht angenommen werden kann, dass Sturm eine so bedeutsame Anfrage Philipps unerwidert gelassen habe, so muss die betreffende Antwort schon vor dem 13. Aug. abgeschickt sein. Vgl. nr. 236.

wisse man noch nicht, welche Mittel und Wege man hierbei einschlagen solle; man habe daran gedacht, die Vermittlung des Landgrafen anzurufen, der sich schon vor Ulrichs Wiedereinsetzung als Mittler angeboten; doch wolle man zuvor erst Strassburgs Rat hören, zu dessen Wohlwollen und Einsicht man besondres Vertrauen hege. Bitte um Zusendung eines schriftlichen Ratschlags¹. «Dat. den zwainzigisten tag höwmonats a. etc. 34.» — Empf. Juli 24, lect. Juli 25, relect. Juli 27.

236. Landgraf Philipp an Jacob Sturm.

[Ende Juli ?].

Marb. Arch. (Württemberg). Conc. Zwei Zettel. Gedruckt von Wille in der Ztschr. f. Gesch. des Oberrheins t. 35 p. 107 u. 106.

- 1) Herzog Ulrich soll den Cadaner Vertrag ratifizieren. Bund mit den Oberländern.
- 2) Strassburg soll an dem Vertrag keinen Anstoss nehmen.

p. 216 A. 2. «Lieber Jacob Sturm. ich schick uch hieneben die spaltung ein artikel des sacraments betreffen (*), da lat mich eur gemut furderlich uf wissen.» Er habe gehört, dass Herzog Ulrich von Sturm u. a. sich Rats erhole, ob er den Cadaner Vertrag ratifizieren solle. Sturm möge diese Frage bejahen; denn wenn Ulrich nicht ratificiere, so müsse er auch den Krieg allein fortsetzen. Er, der Landgraf, habe den Vertrag schon zugeschrieben und könne deshalb Ulrich nicht weiter unterstützen. Wenn der Herzog sein Land «in ein geruiglich² possession» behalte, so müsse dies allen Oberländern «nit ein geringer trost» sein. Es könne, wenn Ulrich den Vertrag halte, auch ein Bund zwischen Hessen, Württemberg und den oberländischen Städten errichtet werden, der noch nützlicher sein würde als der jetzt bestehende (Schmalkaldische Bund). Dat. «ut supra»³.

Zettel⁴: «Als wir auch aus euerm nehern schreiben vermerken, das ir des worts «sacramentirer», so im vertrage verleipt, nit wol zufriden seit, im zweifel, das es der stadt Straspurg, so man den furtel ersehe, zu nachteil reichen mocht, darauf wollen wir euch gnediger meinung nit verhalten, das wir desselbigen wortleins halben den verstand wider euch nit nemen

¹ Strassburgs Antwort auf diese Bitte ist nicht bekannt.

² Nicht «geruiglich», wie Wille liest.

³ Dieser undatierte Zettel wird von Wille a. a. O. als Anhängsel zu Philipps Schreiben an den Rat (!) v. 13. Juli (oben p. 217 A. 1) publiciert. Das ist offenbar falsch. Der Zettel muss vielmehr zu einem verloren gegangenen Brief Philipps aus der zweiten Hälfte Juli oder Anfang August gehören. Dies geht aus dem Inhalt hervor, namentlich daraus, dass der Landgraf schreibt, er habe den Vertrag schon ratifiziert, was bis zum 15. Juli jedenfalls noch nicht geschehen war. S. Heyd III 15. Vielleicht ist der Brief vom 16. Juli, d. h. demselben Tage, an welchem Philipp an Ulrich schrieb, dass er den Vertrag ratificiere; vielleicht ist er aber auch erst nach Empfang von Ulrichs Brief d. d. Juli 29 geschrieben, also Anfang August. Vgl. Heyd III 16, 17. — Sturms Antwort s. folg. Nummer.

⁴ Ob der Zettel hierher gehört oder zu einem weiteren, verloren gegangenen Schreiben, welches zwischen Sturms Briefen vom 13. und 26. August einzureihen wäre, wage ich nicht mit Sicherheit zu entscheiden. Für beide Annahmen lassen sich Gründe geltend machen. Vgl. nr. 237 und 239. Dagegen ist Willes Annahme, der den Zettel zu dem Brief vom 13. Juli (nr. 234) setzt, jedenfalls falsch, aus demselben Grunde wie bei dem andern Zettel, vgl. vorige Anmerkung.

mogen;» denn Strassburg sei mit ihm im Bunde und derselben Confession. Es sei doch gut gewesen, dass er den Vertrag angenommen habe; denn sonst hätte sich der Kurfürst von Sachsen allein, ohne ihn, mit dem König verglichen, wie er das durch Briefe des Kurfürsten beweisen könne. «weil wir aber nu mit im vertrage begriffen, und man etwas durch denselbigen vertrag jegen euch deuten und practiciren wolt, so mogen wir alwege zu euerm besten dorin handeln und euers teils sein, das uns sonst benommen were.» Er werde eine Deutung zu Ungunsten Strassburgs nicht zulassen. Dat. ut in literis.

237. Jacob Sturm an Landgraf Philipp.

August 13.
Stuttgart.

Marb. Arch. Orig. Gedruckt v. Wille in d. Ztschr. f. Gesch. d. Oberrheins t. 55 p. 108.

Ueber seine Stellung zum Cadaner Verträge. Das Wort «Sacramentierer» in demselben sei bedenklich.

Des Landgrafen Brief «samt der instruction und ratschlag etc.» (*) habe er erhalten¹. Es sei wahr, dass Herzog Ulrich seinen Rat wegen des Cadaner Vertrags verlangt habe. «dweil aber der handel etwas schwer und minen verstand zu hoch, zudem im thun und lossen vil doran gelegen, so hab ich s. f. g. undertheniglich dofur gebeten, doch daneben nit underlassen, s. g. allerlei gefeherlichkeiten anzuzeigen, wo s. g. den vertrag nit ratificieren sollte, doch die sach s. f. g. und andern hohern verstands zu erwegen geben², daneben hab ich, wes e. f. g. fur die von Eszlingen geschriben (*), auch verstanden, und das e. f. g. je vermeint, wir sollen uns das wort³ nit irren lassen, es gang uns nit ane. das hoffen wir auch; wir müssen aber sorgen, das uns der konig und die⁴ unterhandler, — gott woll nit jemants mehrer —, mit disem wort wollen gemeint haben, und so si iren vorteil ersehen, wir wollen oder nit, uns under disem namen uberzucken.» Dass der Landgraf Strassburg nicht im Stich lassen werde, darin setze man keinen Zweifel. «Dat. Stuttgart uf donerstag nach Laurentii 1534.»

nr. 236.

238. Die Strassburger Prediger an Landgraf Philipp.

August 16.

Marb. Arch. Orig. von Bucer. Vollst. gedruckt bei Schmincke Mon. Hass. III 291, Lenz Briefwechsel I. n. 11, ein Stück bei Pressel 519.

Beschweren sich über das schroffe Auftreten des Predigers Erhard Schnepf in Stuttgart gegen Ambrosius Blaurer wegen der Lehre p. 212 A. 1.

¹ Vgl. p. 218 A. 3. Instruction und Ratschlag sowie das weiter unten erwähnte Bedenken bezgl. Esslingens scheinen hiernach den Inhalt des verloren gegangenen Briefs ausgemacht, bezgsw. ihm beigelegt zu haben.

² Sattler III 29 und Heyd III 17 geben auszugsweise ohne Angabe der Quelle (wohl Stuttg. Arch.) ein Gutachten Sturms, dem zufolge er dem Herzog riet, den Vertrag anzunehmen, weil die Fortsetzung des Krieges ohne Unterstützung von anderer Seite sehr misslich für ihn sei, so dass er den abermaligen Verlust des Landes zu befürchten habe. Wegen der Afterlehenschaft möge sich Ulrich bei den Juristen Rats erholen. Vgl. p. 216 A. 2.

³ Sc. «Sacramentierer».

⁴ Nicht «der», wie Wille liest. Die Unterhändler beim Cadaner Vertrag waren Albrecht von Mainz und Georg von Sachsen.

vom Abendmahl. Schnepf habe Blaurer zu einer Erklärung über das Sacrament genötigt¹, welche durch ihre sophistischen Worte nur neuen Zank hervorrufen werde. Kaum habe man sich mit Luther und seinen Anhängern wegen des Sacraments verglichen, so werde der Streit durch Schnepf von neuem geschürt und zwar in einer Weise, als wolle er «die declaration geben, wer die sacramentierer seien, die im frieden sollen ausgeschlossen sein.» Der Umstand, dass Schnepf vom Landgrafen selbst geschickt sei, mache die Sachlage noch bedenklicher. Sturm sei nach Stuttgart gereist, um zum Frieden zu helfen. Der Landgraf möge doch auch seinen Einfluss geltend machen, damit der christliche Friede erhalten bleibe. Empfehlen Melanchthon an Schnepfs Stelle.

239. Jacob Sturm an Landgraf Philipp².

August 26.
Strassburg.

Marb. Arch. (Corr. Philipps). Copie. Gedruckt bei Sattler Beil. p. 114.

Setzt seine Bedenken wegen des Ausdrucks «Sacramentierer» im Cadaner Verträge näher auseinander: Seitheriger Abendmahlstreit. Vermehrung desselben seit der Eroberung Württembergs. Gehässiges Verhalten Schnepfs. Stuttgarter Concordienformel bedenklich. Die Papisten nutzen den Streit aus. Man solle sich mit der Annahme der Sächsischen Confession durch die Oberländer begnügen und letztere nicht von der Reformation Württembergs ausschliessen. Der Landgraf möge in diesem Sinne an Herzog Ulrich schreiben, vielleicht auch an Schnepf. Melanchthon in seinen Concordienbestrebungen zu bestärken.

p. 218 A.4. Das Schreiben des Landgrafen, dass Strassburg sich durch das Wort «Sacramentierer» im Cadanischen Vertrag nicht sollte beunruhigen lassen, habe er in Stuttgart erhalten und auch jetzt bei seiner Rückkehr nach Strassburg gehört, «was deshalb Doctor Johan Walther von e. f. g. wegen auch meinen hern angezeigt»³. Obwohl er nun an der Gesinnung des Landgrafen nie gezweifelt, so habe er doch zu Stuttgart allerlei erfahren, das ihn bedenklich mache und dazu bewege, dem Landgrafen seine Gedanken darüber zu eröffnen. Es sei bekannt, welches Aergernis der Zwiespalt in der Lehre des Sacraments hervorgerufen habe, wie einerseits die Papisten daraus Vorteil zögen, andererseits Strassburg sich bemühte, den Zank zu beseitigen. «wie aber solichs durch etlich gelerten und prediger gefordert worden sei durch ihre buchlein, so sie im truck usgan lassen, dergleichen

¹ Den Inhalt der Erklärung, der sog. «Stuttgarter Concordie» s. in Sturms Brief nr. 239.

² Vgl. hierzu das Schreiben Bucers, welches er auf Grund der Nachrichten, die Sturm aus Stuttgart brachte, gleichzeitig an den Landgrafen sandte, bei Lenz I nr. 12 und Pressel 322. Er kommt darin zu dem Schluss: «Kein rat wissen wir meer, dann so Philippus (Melanchthon) mochte ins land [Württemberg] komen.»

³ Ueber Walthers Sendung ergibt sich Näheres aus einem Brief, den er am 13. August aus Strassburg an den Landgrafen richtete (Marb. A.). Danach war der Hauptzweck, «etzliche nachlassung des gelehten gelts» von Strassburg zu erlangen (vgl. nr. 232). Als die Dreizehn darauf aufmerksam machten, dass sie hierin nicht competent seien, sondern die Sache an den grossen Rat der 300 bringen müssten, zog Walther seinen Antrag zurück. In zweiter Linie trug er vor, wie der Landgraf das Wort «Sacramentierer» im Cadanischen Vertrag verstehe, und dass in keiner Weise Strassburg damit gemeint sein sollte: eine Erklärung, mit der die Dreizehn zufrieden waren.

durch das teglich predigen und schreien über die schwermer, sacramentirer, sacramentschender und weisz ich, mit was ander schonen titeln sie die leut schmucken, ist e. f. g. unverborgen; wir haben es aber alles got befolen und, als ob es uns nit anginge, wie es in der warheit uns auch nit angat, umb fridens willens hingon lassen und nit angenommen, besonderlich dweil solch gesellen, die also geschrawen, nit nohe bei uns gewesen, desto weniger schaden anrichten mogen. solchs hat dennochten durch die gnad gottes sovil gewirkt, das bei den oberlendischen stetten itzt ein zeitlang guter fried gewesen. nun hetten wir gehofft, so min g. her, herzog Ulrich, wider in sein land komen were, es solt zu weiter friden, rugen und einigkeit gedient haben und forthin je besser worden sein. so wil es unser hergot villeicht darumb, das wir uns der victorien und glucks nit zu vil uberheben, mins bedunkens anders fugen. dan erstlich, weil e. f. g. noch im zuge und land Wirtemperg gewesen, hat e. f. g. prediger, her Conrad¹, sich zimlich ruhe in seinen predigen horen lassen und die von stetten vor schwermer usgeschrawen und bei erbarn leuten gesagt, man solt disz teils prediger, als den zu Eszlingen² und seinsgleichen, so wenig als die papisten horen; item gesagt, wir berümen uns einer vereinigung, seien aber als weit von einander als himel und erden; aus welchem dan je folgen müssen, das die gestillet ergernus der zweitracht wider erweckt worden. so bedunkt mich, das M. Erhart Schnepf lasz sich auch also vernemen, als ob er die unsern fur schwermer halte, wil sich nit begnügen lassen an den worten der Sachsichen confession, die er doch selbst stellen helfen, us welchem dan die ergernüs der zweispaltung noch meher gemirkt musz werden; und nemens die papisten also ane als ein declaracion, wer die sacramentirer seien, die im frieden usgeschlossen seind. es hat je Schnepf M. Ambrosi Blaurer, prediger zu Constanz, welchen herzog Ulrich auch beschrieben, bei im nit tulden wollen, bis er, der Plarer, domit er doch, sovil an ime und unbegeben der warheit im immer moglich were, zur trennung nit ursach gebe, im, Schnepfen, diesze wort angeboten: «*ich glaube, das der leip des herren warhaftig, das ist substantive und essentialiter, nit aber qualitative oder localiter im abentmal gegenwertig sei und dargereicht werde.*» wilche wort, wiewol sie die grob fleischlich weis der gegenwertigkeit Christi im abentmal, die man etwan den leuten einbildet, ausschliessen und allein, das der war selb Christus im abentmal bei uns ist und sich zur speis dargibt, ustrucken, derhalben sie keinen verstendigen prediger dieses teils fur sich selbs beschweren, so seind doch die wort nit schriftlich, zuo dem also, das sie nit wol verstendiglich mogen verteutschet werden und also vil newer disputacion und zenk brengen werden. derhalben hab ich meinem g. hern, herzog Ulrichen, geraten, das sein f. g. uf die wort der Sachsichen confession, dweil dieselbigie schriftliche wort in sich hielte, tringe; also wer die bekennet und also leren wolte, das der zugelossen und nit usgeschlossen würde, daneben allen predigern bevile, das sie einander disputirliche wort und die die schrift nit in sich hielte, underliessen, niemants damit beschwerten, auch das schelten uf der canzeln ver-

¹ Der Hessische Feldprediger Conrad Oettinger.

² Jacob Otter.

miten; het ich kein zweivel, wurde grosser forderung der einigkeit s. f. g. landschaft und der umbligenden stetten dienen. was ich aber damit usgericht, kan ich noch nit wissen, dan das mich bedunkt, Schnepf schmehe die unsern, werde die in anstellung der kirchen meiden; so wirt allenthalb im land usgegossen, als ob Blarer widerruft hab; so verneme ich, der Osiander sei von Nurmberg beruft, gein Tubingen zu komen. was sins und lust der zur einigkeit habe, waisz ich zimlich wol; sol nu dieszer unfreuntlicher weg also vorgenommen, und die unsern usgeschlossen werden, trage ich sorge, werde den papisten zu iren practicken vil forteils und ursach geben, den vertrag wider uns uszulegen, welche sich schon horen lassen, als ob sie den Schnepfen und die seinen wol leiden mochten, allein man sol der von stetten müssig gan, so sie doch in der warheit kein teil leiden mogen, sonder allein die trennung der evangelischen stende und verhinderung des evangelii suchen, zu dem, das es sonst vielen sachen hinderlich sein würt. deshalb hab ich gedacht, ob irgen e. f. g. wege finden mocht zü verhütung desselben; doch das in alle wege e. f. g. die sachen also handelten, damit es niemant vermerken mocht, das es von mir herkeme oder auch von mein hern oder der stat Straspurg, aus allerlei ursachen. es mocht e. f. g. anzeigen, dweil e. f. g. sampt andern chur. und fursten uns in die vereinigung als mithellige im glauben angenommen und das man billich gesettigt were, wan man leret, wie [die] Sachsisch confession ustrucket, das man dan nieman uber die wort, so die schrift in sich hielt, ferner und zu meher worten tringen sollte. der eussern kirchenbreuch halber het man alleweg von beiden teilen bekennet, das die frei seien; so begert man uf dieszem teil auch nit, das man alle ding uf unser weis endere, sonder das man linde fare und wol zusehe, wie es an jedem ort zur besserung und aufbawunge diene, das man dan deshalb die unsern nit als miszgleubig usschliesse und im land zu Wirtemperg zu leren und zu predigen, nit zulassen wolte, und mocht e. f. g. den anfang doher machen: es [hat] Philippus Melanchthon kurz verschienener tag dem Butzer hiehergeschriben¹, dergleichen auch an ein hern in Frankreich, wie e. f. g. ab hirinverwarten ziddel in latin vernemen mag (*); das dan e. f. g. herzog Ulrichen schreibe, wie sie verneme, das Philippus also in handlung stunde, die kirchen in ein satte vereinigung zu brengen. nun wer soliche verein ganzer christenheit von noten und besonder den evangelischen stenden itzt dieszer zeit, do die papisten die trennung suchen durch das wort sacramentirer im vertrag verleibt; dweil dan die von stetten seither dem reichstag zu Augspurg als fur mithellig im glauben gehalten worden, derhalben verein mit in ufgericht, si auch in die Sachsisch confession bewilligt, das dan s. f. g. zum vleissigsten verhuten wolt, das sie in anstellung und verschung irer kirchen im land Wirtenperg nit erst anzeige gebe der mishellung, dadurch der weg der vereinigung, so Philippus vorhanden hette, verschlossen, und der papisten practicken raum geben würde; derhalben, so riete e. f. g., das man die von steten und ire prediger nit so gar usschliesse, sonder auch zur sachen zuge, sonderlich, die die wort der Sachsischen confession in dem artikel des

¹ D. d. Aug. 1 (Corp. Ref. II 775): Melanchthon äussert den Wunsch nach einer Zusammenkunft, um den Sacramentstreit ganz zum Ausgleich zu bringen.

sacraments bekenten, und dasz herzog Ulrich nit stat geben wolt etlichen strengen und unerubten leuten, die alle ding also nach irem sin anrichten wolten, sonder sie zu der einigkeit vermanet und zu verhutung unnотwendiger zenk und trennung. ob auch e. f. g. fur gut ansehen wolte, seinen gnaden anzuzeigen, sie konte¹ die strenge des Schnepfen in dem artikel, in deshalb verwarnet, ime nit zu vil zugegeben. ich het auch kein zweivel, dweil ich vermerk, das Schnepf im land zu pleiben gedenkt und ich vor lang gewüst, das er von e. f. g. stellet, so herzog Ulrich im etwan einreden, er wurde sich milter finden lassen, ob auch e. f. g. vor fruchtbarlich ansehe, im Schnepfen auch derhalben zu schreiben. stelle ich alles in e. f. g. weitem nachgedenken und bitte e. f. g. ganz undertheniglich, sie wolle ime dieszes mein ungeordent lang vertraulich schreiben zu keinen ungenaden auffassen», etc. Er fürchte Schlimmes, wenn die Spaltung in Württemberg nicht bald beseitigt werde; «und solt villeicht besser sein, es were das land noch ein zeit lang under dem babstum pleiben, bis man zu besserer vereinigung disz spans komen were. es gefallet aber got, uns also zu demütigen, damit wir nit zu frech werden; der wirt villeicht noch selbs wege finden, die wir nicht wissen, damit die sach besser, dan sie sich ansehen lest, wurdet.» — Dat. Strassburg Mi. n. Bartholomaei a. 34.

P. S. Bittet bei Melancthon anzuhalten, dass er «sein christlich gut furhaben der vereinigung furdere und bei den seinen darauf arbeite. werden unsere prediger bei dieszem teil auch nichts underlassen.» Der Landgraf solle nicht merken lassen, dass die Anregung von ihm, Sturm, oder von Strassburg komme; «mocht sonst der sachen nit forderlich sein.»²

240. Landgraf Philipp an die Strassburger Prediger.

August 31.
Immenhausen.

Marb. Arch. Coac. (?)

Antwort auf den Brief vom 16. August. Es sei wahr, dass er auf Herzog Ulrichs Bitten sich «nit erwerben mogen», den Erhard Schnepf als Reformator nach Württemberg zu schicken und ihm ein Jahr Urlaub zu geben; doch habe er «von dem zang zwischen ime [Schnepf] und dem Plarer nit gewust; ist mir auch solich argumentiren und zanken nit lieb.» Schickt Copie dessen, was er an Schnepf und Herzog Ulrich geschrieben³. Bittet, für Frieden und Einigkeit zu wirken und nicht durch Wortzank Ursache zu Irrungen und Zwiespalt zu geben. «stellet das herz einander, so hapt ir die zong auch.» — Dat. Immenhusen Mo. 31. Aug. a. 34.

¹ = konnte.

² Trotz dieser Bitte hat der Landgraf sogar das Original des vorliegenden Briefs an Herzog Ulrich geschickt, wie der Kanzleivermerk auf der von uns benutzten Copie des Marb. Arch. erkennen lässt: «Copei Jacob Sturmen schrift, die m. g. her dem herzogen zugeschickt hat.» Sattler hat zu seinem Druck wahrscheinlich das früher in Stuttgart befindliche, jetzt verlorene Original benutzt.

³ S. bei Rommel III 68, 69. Vgl. Heyd III 53 ff. Schnepfs Antwort auf des Landgrafen Ermahnung zum Frieden bei Neudecker Urk. 249.

241. Landgraf Philipp an Jacob Sturm.

September 10.
Weissenstein.*Marb. Arch. Conc.*

Schreiben König Ferdinands an Sachsen über die ‚Sacramentierer.‘ Strassburg ist nicht damit gemeint. Auf Wege zur Vergleichung der Lehre zu denken.

« Wir haben nit unterlaszen wollen, dir gnediger meinung vertraulich zu erofnen, was ko. mt. unserm vettern und bruder, dem churfursten von Sachsen etc., uf den Cadawischen vertrag der zwinglischen secten und sacramentierer halben geschrieben, auch was sein lieb ko. mt. darauf zu antwort geben hat¹; doraus abzunemen und zu vermerken, das der ko. mt. noch des churfursten gemuot nit ist, jegen den zwinglischen mit der that etwas furzunemen, sonderlich jegen denen, die unserer gethanen confession anhengig; und erfindet sich war sein, was wir euch hiebevot unsers verstands uf den Cadawischen vertrag geschrieben, das derselb den oberlendischen nit zu nachteil reichen mog, dan dieselbig in unser einung und confession mitbegriffen sein. dorumb so wollet euch selbst in handel schicken, uf wege, wie man füglich und gelimpflich den sachen raten moge, gedenken, und das sich ouch uwere prediger zum besten dorin halten und irer lere und bekentnis wege furnemen, die zu christlicher vereinung und vergleichung dienen mogen, wie dan Bucerus wol angefangen hat. » Bittet, diese Mitteilung noch zur Zeit für sich zu behalten « und nit fur offenbaren rat kommen [zu] loszen. » — Dat. Weissenstein Do. n. nativitatis Mariae a. 34².

Zettel: « Wir überschicken euch inligend ein abschrift, wie wir Philippo Melanchthoni geschrieben haben » (*).³

242. Landgraf Philipp an Jacob Sturm.

September 25.
Cassel.*Marb. Arch. Conc. Fehlerhaft gedruckt bei Neudecker Urk. 252.*

Philipp Melanchthon habe ihm auf sein Schreiben geantwortet

¹ Diese Briefe liegen bei. Der König schrieb dem Kurfürsten am 15. August, die Secte der Zwinglianer, welche namentlich in den Städten bedenklich zunehme, müsse möglichst unterdrückt werden, wie das auch im Cadaner Vertrag ausdrücklich befohlen sei. Der Kurfürst möge angeben, welche Massregeln er zur Bekämpfung der Secten für geeignet halte. Der Kurfürst antwortete am 26. August, er sei von jeher den Zwinglianern und Sectierern entgegengetreten und werde sie auch weiterhin bekämpfen. Das beste Mittel, die Vermehrung der Zwinglianer zu verhüten, bestehe darin, dass die Papisten aufhörten, die Anhänger der Augsburger Confession zu verfolgen, und dass für baldiges Zustandekommen eines freien Concils gesorgt werde. Auch sei es ratsam, den Zwinglianern, die sich zur Augsburger Confession bekehrten, zu versprechen, dass sie unter dem Schutz des Nürnberger Friedens stehen sollten. — An den Landgrafen schrieb der Kurfürst am 3. September unter Mitteilung dieser Correspondenz, er glaube, dass Ferdinands Brief namentlich auf die zwinglisch gesinnten Augsburger abziele. Jedenfalls dürfe man dem Antrage, Augsburg in den Schmalkaldischen Bund aufzunehmen, nicht eher Folge leisten, als bis die Stadt sich ausdrücklich zur Confession der Einigungsverwandten bekenne. Neudecker Urk. 235 ff.

² Ein Brief gleichen Inhalts gieng dem Kanzleivermerk zufolge auch an Georg Besserer in Ulm.

³ Liegt nicht bei. Der Brief befürwortete jedenfalls eine endliche Beilegung des Sacramentstreits. Vgl. folg. Nummer.

laut beiliegender Copie¹. Daraufhin sei seine Absicht, Melanchthon in der Woche nach Weihnachten zu sich nach Cassel einzuladen, «und sehn für gut an, das ir alsdan Bucerum auch hettet hieher geschickt, ob got wolt gnade verleihen, das di bede mochten solcher irrung beständige vergleichung finden, dorin dan an uns kein uncost vleis muhe noch arbeit sol gespart werden.» Luther und Melanchthon hätten an Schnepf geschrieben², «[so] das wir verhoffen, derselb werde auch in seinem furnemen etwas gelimpflicher faren.» Melanchthons Schreiben habe er auch dem Herzog Ulrich zugeschickt³. Dat Cassel Fr. n. Mathaei apostoli a. 34.

243. Jacob Sturm an Landgraf Philipp.

October 13.
Strassburg.*Marb. Arch. Orig. Fehlerhaft gedruckt bei Neudecker Urk. 253.*

Casseler Conferenz. Verhalten König Ferdinands verdächtig. Bittet, die Gesinnung des Kaisers und der Fürsten zu erforschen.

Antwort auf den Brief vom 25. September. Der Landgraf möge nur den Tag angeben, wann Melanchthon nach Cassel komme, so werde Strassburg zweifelsohne den Bucer auch dahin verordnen.

Dankt für Mitteilung der Briefe, welche König Ferdinand und der Kurfürst von Sachsen mit einander gewechselt haben, betreffend die Zwinglianer. «dweil aber us jetziger ko. mt antwort (*) vermerkt würd, das ir mt. uf des churf. gutbedunken kein verstentlich antwort gibt, sonder die zu weitem bedenken ufziehet mit anzeig, das si solichen handel der kai. mt., auch andern chur. und fursten zugeschickt, deren resolution und ratschlag ir mt. gewertig sei, ist daraus leichtlich abzunämen, wohin die sachen gespielt werden wollen. wiewol ich nun kein zweivel hab, gott der almechtig werd des orts, wie vormals oft auch beschehen, genediglich hand obhalten, domit aber unsers teils auch nichts veracht,» so möge der Landgraf erkundigen, «was der kai. mt. und anderer chur. und [fürsten] gemüt und ratschlag hierin sin wolt, [was] wie ich acht, durch fugliche mittel wol beschehen möge; und so etwas vorhanden, doraus nochteil zu besorgen, zu abwendung desselben allen vleisz furwenden, und wes unser notturft erfordert, jeder zeit sampt e. f. g. gutbedunken uns zu wissen thun, wie ich dan des e. f. g. sonderlich vertraue, und si sich unz hiehar alwegen genediglich erzeigt und gehalten hat.» — Dat. Strassburg Di. 13. Oct. a. 34.

nr. 241.

244. Der Rat von Constanz an den Rat von Strassburg.

October 17.

Str. St. Arch. AA 446 Ausf.

Beschwerden Lindaus und anderer Städte über das Kammergericht. Beantragt einen Städtetag deswegen zu Esslingen.

«Unsere freund, burgermaister und rat zu Lindow, habent uns berichtet, was gstat der camerrichter in der sachen die religion betreffende zwuschen

¹ Liegt nicht bei. Gemeint ist der Brief vom 16. September (Corp. ref. II 787), worin Melanchthon mitteilt, dass Luther mit Bucers Lehre einverstanden sei, und seine Geneigtheit zur völligen Vergleichung des Streites kundgibt.

² Corp. ref. II 786, d. d. Sept. 16. Vgl. oben nr. 239.

³ Diesen Satz hat Neudecker weggelassen.

doctor Joann Fabri wiland iren pfarrer, jetzigem bischof zu Wien, cleger ains und inen antwortern anders tails am kaiserlichen camergricht vor etlichen jaren angefengt, jetzo procediere und ortalil geben habe, dadurch si nit nur von iren kaiserlichen frihaiten genommen werdint, sunder ouch der religion halb und uber beschehne recusation merklicher beswerden gewarten müssint.» Da nun Constanz selbst und auch andere Städte ähnliche Beschwerden hätten, so wäre es gut, wenn die Städte eine Zusammenkunft abhielten und eventuell eine Botschaft an Sachsen und Hessen schickten, um zu bitten, dass den Procuratoren der verbündeten Stände am Kammergericht Verhaltungsmassregeln bezüglich der Prozesse erteilt, oder aber dass ein allgemeiner Bundestag ausgeschrieben würde zur Beratung, «wie man sich in solche hendel richten welle.» Bittet, Strassburg möge die Sache überlegen und, wenn es mit dem Vorschlag einverstanden sei, die Städte an einen gelegenen Punkt, etwa nach Esslingen, beschreiben, sowie dem Ueberbringer über den gefassten Entschluss schriftlichen Bescheid geben. Dat. 17. Oct. a. 34. — Lect. 22. Oct.

245. Jacob Sturm an Landgraf Philipp.

October 28.
Strassburg.

Marb. Arch. Orig.

Geldforderung Fürstenbergs an den Landgrafen. Bucer wird zur Casseler Conferenz kommen. Das Kammergericht fährt mit den Prozessen gegen die Oberländer fort. Grynaeus ist nach Tübingen berufen.

«Nachdem e. f. g. mir vergangner tag copeien zugeschickt, wes m. g. her, grave Wilhelm von Furstenberg, e. f. g. geschriben und dogegen e. f. g. im wider zu antwort geben, belangen die 10 000 gulden, so wolgemelter grave an e. f. g. fordert, füge ich e. f. g. zu wissen, das gedachter grave solichs min hern den drizehen auch angezeigt und doruf begert hat, si wolten sich der sachen rechtlich beladen, des sich aber min hern beschwert us allerlei ursachen, zuletzt doch gewilligt, sich der sach, soferre es e. f. g. geliebe, gutlich zu undernämen, wie si dan e. f. g. hieneben schreiben; mogen sich e. f. g. doruf, wes ir gelieben wolle, wider vernämen lossen¹.»
nr. 242. Was die Conferenz zwischen Melanchthon und Bucer betreffe, so seien die Dreizehn geneigt, Bucer zu schicken, «wolcher jetz gen Augspurg verritten, zu versuchen, ob er dieselben und andere prediger in Schwoben zu solicher vergleichong, — wie er die vor hat —, auch beweglich und bringen möge. gott der her wöll genad verleihen, damit e. f. g. hierin etwas fruchtbars usrichte; hoff ich, soll dem evangelischen handel zu grosser

¹ Ueber diesen Streit ersehen wir Näheres aus den Acten im Str. St. Arch. AA 448. Danach behauptete Fürstenberg, der Landgraf habe ihm für die Teilnahme am Württemberger Zuge 10000 fl. versprochen. Da Philipp dies in Abrede stellte, wurden schliesslich die Dreizehn von den streitenden Parteien zu Schiedsrichtern gewählt. Diese erkannten nach vergeblichen gütlichen Versuchen am 8. Juli 1535, dass Fürstenberg sich innerhalb dreier Monate entschliessen sollte, ob er eine rechtliche Entscheidung des Streits durch Richterspruch der Dreizehn anerkennen wolle. Der Graf antwortete ablehnend und gab damit eigentlich seinen Anspruch auf. Als er im folgenden Jahre nochmals die Vermittlung Strassburgs nachsuchte, erklärte der Landgraf, dass er auf nichts mehr eingehe.

furderung und zu abwendung viler des gegenteils practicken, so jetzt vorhanden, hoch dinstlich sein.

Das cammergericht understot gegen den von Lindow, uns und andern in sachen die religion belangen furzefaren, wie e. f. g. kurzlich vernämen werden; dorus clar abzunämen, das si uns fur sacramentierer achten wollen. wo nun inen solichs gelingen solt, wurde zu trennung der evangelischen stende ursach geben. doch hoff ich, der almechtig werd solichs durch e. f. g. hilf und zuthun genediglich verhüten. es ist gar ein gelerter man, Simon Grineus genampt, welchen Philippus Melancthon seer wol kennet, hat ein zeit lang zu Basel uf der hohen schul gelesen, ist jetzt durch m. g. hern, herzog Ulrichen, gen Tübingen berüft und kurzlich do ankummen; do hett ich dafur, er solte zu der vergleichong hoch dinstlich sein¹. » Bittet desshalb, Grynaeus zu der Zusammenkunft zwischen Melancthon und Bucer auch zu berufen. Dat. Strassburg Mi. Simonis et Judae a. 34. nr. 244.

246. Der Rat von Ulm an den Rat von Strassburg.

October 29.

Str. St. Arch. AA 446 Ausf.

Ist bereit, der Einladung Strassburgs zu einer Zusammenkunft der oberländischen Städte in Esslingen am 11. November Folge zu leisten², und hat die andern Städte schon benachrichtigt. Der Landgraf habe geschrieben (*), dass er mit dem Kurfürsten von Sachsen wegen Vergleichung des Zwiespalts im Artikel des Sacraments und wegen Erstreckung des Bundes gehandelt habe, und dass der Kurfürst zu diesem Zweck für gut ansehe, eine allgemeine Versammlung der Bundesstände und ihrer Prediger zu berufen. Der Landgraf verlange nun zu wissen, wie Ulm über solche Tagsatzung denke; Ulm seinerseits wolle aber erst Strassburgs Meinung hören und bitte deshalb, dem Gesandten auf dem Tage zu Esslingen ein Gutachten über den Vorschlag des Kurfürsten mitzugeben. Dat. Do. n. Simonis u. Judae a. 34. — Pr. Nov. 3.

³ •Bodem die vor meinen herrn den XIII gelesen und erkant, [zu]vor rat und XXI zu horen. lect. coram XXI mitwoch den 4. nov. — lect. sambstag den 7. novembris a. etc. 34. •

247. Landgraf Philipp an Jacob Sturm.

November 4.
Cassel.

Marb. Arch. Conc. Sehr fehlerhaft gedruckt bei Neudecker Urk. 255.

Wie die Concordie am besten zu erreichen sei. Kaiser und König friedlich gesinnt.

Antwort auf den Brief vom 13. October. Luther und Melancthon hätten ihm jetzt wieder geschrieben laut beiliegender Copie⁴, «und weil die bede unsers abnemens nit ungeneigt, das die vereinigung uf beständige wege nr. 243.

¹ Grynaeus war gleich nach der Eroberung Württembergs von den Strassburgern zur Berufung vorgeschlagen worden. S. oben nr. 227.

² Die Einladung Strassburgs d. d. Oct. 22 im Ulm. Arch. Ref. T. XIX. Sie erfolgte auf Anregung der Stadt Constanz, s. oben nr. 244. Die Esslinger erklärten am 30. Oct. ihr Einverständnis mit dem in ihrer Stadt angesetzten Tage. Str. St. Arch. AA 447. (Ausf.)

³ Vermerk des Stadtschreibers Joh. Meyer.

⁴ Liegt nicht bei. Luthers Brief vom 17. Oct. s. bei De Wette IV p. 559.

gericht und weiter zertrennung verhut werde, und die fursorge tragen, so die zusammenkunft gescheen und die vereinigung nit funden werden solt, das es mer und weiter zerteilung und unrichtigkeit geperen mocht; darumb so sol es in ewer und Buceri bedenken gestellt sein, was der sachen am zutreglichsten und dienstlichsten sein mag: die zusammenkunft oder in schriften zu handeln, oder aber durch Bucern selbst oder ein andere person, di sich an Philippum und Luthern verfügt hett; und wilcher weg unter den dreien euch gelieben und der sachen am dienstlichsten sin will, moget ir uns bei gegenwertigen unserm reitenden boten furderlich anzeigen.» Ubersendet Zeitungen über die Münsterschen Wiedertäufer¹. Dem umlaufenden Gerücht über grosse Werbungen schenke er keinen Glauben; «dan wir aus kei. mt. schriften, so sie uns gethan, desgleichen des konigs gemüt nit anders vermerken konen, dan das si den vertrag² halten wollen.» Immerhin sei es gut, aufzumerken und sich vorzusehen. Dat. Cassel Mi. 4. Nov. a. 34.

248. Die Dreizehn von Basel an die Dreizehn von Strassburg. November 6.

Str. St. Arch. AA 4813. Ausf.

«Wie die sachen schwebender untruwen leufen bi uns gestaltet, sind ir durch unsern getruwen lieben miträt und drizehner, Bernhartent Meiger, als der jungst bi uch gewesen, gnugsam verständiget³.» Auf dem letzten Tage zu Baden hätten die Anwälte des Römischen Königs die Beschlagnahme, welche der König den Bernern auf ihr Gotteshaus Königsfelden zu Waldshut gelegt hatte, wieder aufgehoben, und es sei Aussicht, dass dieser Zwist ganz verglichen würde⁴. Auch der Streit zwischen den Fünf Orten und Solothurn einerseits, Bern andererseits, «wegen der vier mannen, so bi unsern eidgen. von Solothorn abgetreten und sich hinder unsern eidgen. von Bern enthalten», sei vorläufig geschlichtet⁵. Zwischen der Stadt Genf und Savoiern seien Friedensverhandlungen eingeleitet. Dat. Fr. 6. Nov. a. 34. — Lect. Nov. 12.

249. Jacob Sturm an Landgraf Philipp.

November 12.

Esslingen.

Marb. Arch. Orig. Fehlerhaft gedruckt bei Neudecker Urk. 258.

Weg zur Concordie. Kaiserliche Rüstungen. Erneuerung des Schwäbischen Bunds.

nr. 247.

Antwort auf den Brief vom 4. November.

Er sei aus denselben Gründen wie Luther und Melanchthon der Ansicht, dass die Vergleichung des Sacramentstreits am besten zu erreichen sei, wenn zunächst nur Bucer und Melanchthon «und iergend noch ein par, so ein jeder zu im nemen möcht», sich mit einander besprächen. Er

¹ Vielleicht ist ein im Str. St. Arch. AA 405 befindlicher Brief (Copie) des Bischofs von Münster an den Erzbischof von Köln gemeint, worin der erstere meldet, dass er zwei Wiedertäufer, die von Münster nach Warendorf gekommen seien, gefangen genommen habe, und deren Bekenntnis übersendet.

² Sc. den Vertrag von Cadan, s. oben p. 216 A. 2.

³ Von Meigers Sendung ist nichts bekannt.

⁴ Vgl. den Abschied des Tags zu Baden vom 27. Oct. in Eidgen. Absch. IV 1 C nr. 225.

⁵ Eidgen. Absch. a. a. O.

werde jedoch erst noch Bucers Meinung, der jetzt zur Förderung der Concordie nach Augsburg berufen sei, einholen und, wenn dies geschehen, dem Landgrafen mit eigner Botschaft Bescheid geben.

Hinsichtlich der Rüstungen habe er nur erfahren, dass der Kaiser gegen 200 000 fl. in Augsburg bei den Welsern hinterlegt habe, «do man sagt, si seien uf Italias verordnet». Die Hauptleute Max von Epstein¹ und der Herr von Thamis hätten vom König keinen Befehl erhalten, Knechte anzunehmen, sondern nur einige hundert Gulden empfangen, um den Winter über «etliche kriegsleute zu unterhalten²». Gleichwohl habe er die jetzt hier in Esslingen versammelten Gesandten ermahnt, auf die Rüstungen gut Achtung zu geben. nr. 250.

Aus Augsburg sei ihm heute geschrieben (*), «das kai. mt. in grosser rustung uf dem meer sin solle, und Engelland ufzusehen habe», ferner, dass die Unterhandlung des von Nassau mit dem Könige von Frankreich gescheitert sei³, und letzterer alsbald eine Botschaft nach England abgefertigt habe.

Memmingen zeige an, dass der Bischof von Augsburg vom Kaiser Befehl erhalten habe, die alten Schwäbischen Bundesstände wieder zu berufen, um einen neuen Bund aufzurichten. Dat. Esslingen Do. n. Martini a. 34.

250. Abschied des oberländischen Städtetages zu Esslingen. November 14. nr. 246.

Str. St. Arch. AA 446. Copie.

Instruction für eine Gesandtschaft an Sachsen und Hessen. (Bitte um Verwendung zur Abstellung der Religionsprozesse. Klage Abels gegen Capito wegen einer Pfründe. Notwendigkeit einer Bundesversammlung.) Schreiben Ulms an den Landgrafen. Verrechnung von Auslagen. Klagen über Verletzung städtischer Privilegien.

1) Nachdem die Gesandten der Städte alle Beschwerden, die den Städten vom Kammergericht begegnet sind, gehört haben, beschliessen sie, dass Strassburg und Constanz im Namen aller oberländischen einigungsverwandten Städte eine «ansehnliche Botschaft» an den Kurfürsten von Sachsen und Landgrafen von Hessen abfertigen sollen mit nachfolgender Instruction⁴:

Die Botschaft soll den Fürsten vortragen, was bisher zu Abwendung der Kammergerichtsprozesse in Glaubenssachen geschehen sei, und wie trotz des

¹ Muss heissen: «Eberstein». Vgl. nr. 256.

² Vgl. über die Bestellung dieser Hauptleute die Briefe des Erzbischofs von Lunden an den Kaiser bei Lanz II nr. 384 ff. S. auch unten nr. 256.

³ Graf Heinrich von Nassau war von Karl V als ausserordentlicher Gesandter zu König Franz geschickt worden, nicht nur, um einen dauerhaften Frieden herbeizuführen, sondern auch, um den König gegen Heinrich VIII von England zu gewinnen, dem Karl wegen der Verstossung seiner Tante, der Königin Katharina, zürnte. S. die Instruction Heinrichs von Nassau in den Papiers d'état du cardinal de Granvelle t. II 136. Ebenda der weitere Briefwechsel zwischen dem Grafen und dem Kaiser. Man ersieht daraus das Scheitern der Verhandlungen infolge der Ansprüche Frankreichs.

⁴ Diese Instruction beruht auf einem Entwurf, welchen Strassburg seinen Gesandten J. Sturm und M. Pfarrer nach Esslingen mitgegeben hatte. (Ebenda.) Sie ist namentlich insofern erweitert, als sie Beschwerden fast aller Städte aufzählt, während der Entwurf nur die Beschwerden Strassburgs und Lindaus (nr. 244) enthält und ganz allgemein die Intervention der Fürsten anruft.

Nürnbergers Friedens, der Recusation und des Cadaner Vertrags das Kammergericht fortfahre, gegen die oberländischen Städte zu procedieren, ja sogar ihre althergebrachten Freiheiten und Privilegien antaste. «dann furnemlichen, so were in verschinem maien ungefarlich ain executorial vom camergericht uf ain beriemts Romisch invocatorium brachii etc. wider doctor Wolfgang Capiton, predicanten zu Straszburg, ausgangen, uf anrufen ains curtisanen, Jacob Abel genempt, dorinnen das camergericht dem vorbemelten doctor Wolfen gepoten, der pfrunden und propsteien, so er zu Straszburg zu sanct Thoman ruwiglichen gehapt und besessen hette, zuvor und ehe er je straszburgisch oder ein predicant daselbsten worden, und so ime der gedacht curtisan Abel allererst, nachdem er angefangen, zu predigen und sich elichen zu verheiraten, mit Romischem rechten — uf sein doctor Capitonis nit erscheinen — in contumaciam diffinitive abgewonnen und nach bepstlichem bann, auch agravation und reagrationbriefen zuletzt von dem bepstlichen auditorn invocatorias¹ brachii secularis ans camergericht erlangt hett, in kraft welcher camerrichter und beisitzer oftbenanten doctor Capiton bei ainer hohen geltpeen vil mark lotigs gold geboten, seiner pfrund und propsteien abzetreten und dem vilgedachten curtisanen Abel die einzureimen mit erstattung etc.» Obwohl nun Strassburg sich beschwert habe darüber, dass das Kammergericht «durch disen gesuchten nebenweg der invocation brachii etc.» sich der «curtisanischen und Romischen prozess» annehme, welche von Seiten Strassburgs und seiner Mitverwandten «genzlich abgestellt und abgeschafft» seien, und obwohl es unter Berufung auf den Nürnberger Frieden und die Recusation die Einstellung des Verfahrens verlangt habe, so sei doch vom Kammergericht fortgefahren worden, und es sei täglich zu erwarten, dass Capito, der sich weder zu Rom noch am Kammergericht rechtlich eingelassen habe, gemäss dem Antrage Abels zu der verwirkten Geldstrafe unter weiterer Androhung der Acht verurteilt werde. Die Botschaft soll deshalb den Kurfürsten und Landgrafen bitten, sich der Sache anzunehmen; denn es sei zu bedenken, zu wie grossem Nachteil es den vereinigten Ständen gereichen würde, wenn «jeder papistisser pfaß oder curtisan ime ain vermeinte ansprach an jemant us der ainigungsverwanten stenden oder dern underthanen und hindersassen erdenken und ine derhalben mit beriemten [?] gaitlichen, des bapsts oder bischofs, gerichten fur(zu)nemen und daselbsten gegen ime bis uf den bann aggravation reagration und zuletzt anrufung des weltlichen schwerts am camergericht solte procediern, sich auch das camergericht solicher und dergleichen handlungen wolte underziehen und beladen. dann durch disen weg hetten es die papisten in kurzer zeit dahin ze bringen, das sie umb irer curtisei willen die leit mit der keiserlichen acht hinfurter heher weder² zuvor mit dem gaitlichen bann mochten umbtreiben vexiern und beschwern.» Ferner soll die Botschaft den Fürsten die Beschwerden der Städte Constanz, Lindau, Memmingen und Esslingen anzeigen und um Verwendung beim König ersuchen, damit die Prozesse abgestellt würden. Auch soll sie um Auskunft bitten, wie sich die Städte, die alle gemäss dem letzten Speirer Abschied ihre Anwälte vom Kammergericht

nr. 212.

¹ Zu ergänzen: «litteras».² = als.

abberufen haben, bis zur Erlangung des Stillstands benehmen sollen. Da ferner zu befürchten sei, dass das Kammergericht trotz allen Schreibens nicht stillstehn werde, so soll die Botschaft bitten, dass die Bundesversammlung, welche nach dem Speirer Abschied eigentlich schon im Sommer hätte stattfinden sollen, aber wegen anderweitiger Geschäfte der Fürsten nicht zustande gekommen sei, demnächst berufen werde. Schliesslich soll die Botschaft um einen Ratschlag für die Stadt Strassburg bitten, bezüglich des Nachlasses eines Geistlichen¹.

2) Es wird verabschiedet, dass Ulm dem Landgrafen auf sein Schreiben² «von wegen vorhabender vergleichung, erstreckung und erweiterung» «solte zuschreiben, wie solche vergleichung, erstreckung und erweiterung mechte erlangt und ins werk gebracht werden³.»

3) Auf dem nächsten Bundestage soll vorgebracht und verrechnet werden, was Strassburg im Jahre 1532 für Bestellung von Unterhauptleuten, und Ulm für die Gesandtschaft nach Italien etc. ausgegeben hat.

nr. 142.
nr. 167.

4) Da sich Strassburg, Constanz, Memmingen und Lindau beklagt, wie sie «durch camergerichtisse und andere erkantnussen an iren keiserlichen erlangten und wahrhaftiglichen geprauchten freiheiten der furheischung in erster instanz etc uf etliche stet⁴ zum hechsten vernachteilt» worden seien, so wird beschlossen, sich auf dem nächsten Reichstage deswegen zu beschweren und, so lange nicht Abhülfe geschehen, mit Unterstützung der andern Reichsstädte «in des reichs anschleg und underhaltung nit zu bewilligen.» — Act. Sa. 14. Nov. a. 34.

251. Georg und Bernhard Besserer an Jacob Sturm.

November 21.

[Ulm].

Ulm. Arch. A. X 1 b. Conc.

Wilhelm von Fürstenberg habe ihnen heute «in vertrauter gehaim» mitgeteilt, dass Herzog Wilhelm von Baiern mit Württemberg, Augsburg, Strassburg und Ulm ein Bündnis zu schliessen wünsche, und zwar in der Weise, dass die genannten Stände bei einem etwaigen Kriege infolge der religiösen Spaltung «aller hülff gewertig sein» sollten. Er, Fürstenberg, habe schon mit den Dreizehn von Strassburg deswegen verhandelt und bei ihnen «guten lust und naigung befunden». Er wolle deshalb jetzt zu Herzog Wilhelm reisen, um sich weiteren Befehl zu holen, und hoffe

¹ Das Nähere über diese Sache s. unten nr. 263, Beilage I.

² Das oben nr. 246 erwähnte.

³ Diese unklare Ausdrucksweise kann wohl nur so verstanden werden, dass Ulm nochmals anfragen sollte, wie die Vergleichung etc. zu erlangen sei, und nicht etwa, dass es dem Landgrafen seinen Rat darüber mitteilen sollte. Also das «wie» nicht in relativem, sondern in interrogativem Sinne zu verstehen.

⁴ Mit dem hier angezogenen Privileg ist wohl das an Strassburg 1435 von Kaiser Sigismund erteilte gemeint, in dem es heisst: «wann die clag oder sach meister und rat oder die gemeinde der stat Straszburg antriffet oder berüret, das dann die zü recht sol gewiset werden für die ersamen burgermeister und räte der drier stett eine: Basel, Worms oder Ulme oder für die wissenden ires rates, die dann derselben stett eine darzuo ordnet.» (Auszug einer stadt Strassburg altharkomen und bestetigten freiheiten, v. Seb. Brant, im Str. St. Arch. AA 16.)

bei seiner Rückkehr nach Ulm Bescheid von ihnen zu erhalten. Bitten in-
folgedessen, Sturm möge ihnen schleunigst Auskunft geben, wie Strassburg
sich zu der Sache stelle¹. Dat. «in eil» Sa. n. Elisabeth a. 34.

252. Jacob Sturm an Landgraf Philipp.

November 23.
Strassburg.

Marb. Arch. Orig. Fehlerhaft gedruckt bei Neudecker Urk. 260.

Befürwortet Bucers und Melanchthons Zusammenkunft in Cassel.

nr. 249.

Bucer habe ihm jetzt aus Augsburg geschrieben (*), dass er es aus
denselben Ursachen wie Melanchthon für nützlicher und besser halte,
dass zunächst, bevor eine allgemeine Zusammenkunft der Prädicanten berufen
werde, eine Besprechung zwischen ihm und Melanchthon in Cassel stattfinde;
«so dan Philippus Luthers und der seinen gemüt und, woran si
brüngig sin wolten, vorwissens trüge, wolte er sin meinong und, wi weit er
die oberlendischen prediger bracht hette, wes auch dieselben zugeben wolten,
in verstendigen, alsdan dovon zu reden, wie ein bestendige vergleichong und
einigkeit gefunden mocht werden. deshalb uns beiden nochmols e. f. g.
erstes bedenken, das si Philippum und in, Butzer, uf jetz weihenachten oder
nach den feirtagen zu ir beschreiben wolt, fur das nutzlichst und bestes
ansehe.» Bittet inständigst, da an der Vergleichung viel gelegen sei, die
Zusammenkunft möglichst zu beschleunigen. Dat. Strassburg Mo. n. Elisabeth
a. 34.

Zettel: Beiliegend übersende er ein Schreiben Bucers an Melanchthon(*),
welches der Landgraf weiter befördern möge.

253. Jacob Sturm an Georg und Bernhard Besserer.

November 25.
Strassburg.

Ulm. Arch. A X 1b. Orig.

Fürstenbergs Werbung wegen eines Bundes der evangelischen Oberländer mit
Baiern. Strassburg antwortet ausweichend, weist Fürstenberg an Ulm und Augsburg.
Sturms persönliche Ansicht über die Werbung.

Antwort auf das Schreiben vom 21. November. Am 3. October habe
Wilhelm von Fürstenberg ihm einen Credenzbrief Herzog Wilhelms
von Baiern zugestellt (*), mit der Bitte, denselben den Dreizehnern zu über-

¹ Der höchst merkwürdige Plan eines Bündnisses zwischen Baiern und den evangelischen
Oberländern, welcher hier zum ersten Mal hervortritt und zu einer lebhaften Correspondenz
zwischen Sturm und den Besserern Anlass giebt, ist jedenfalls dem Hirn des ränkevollen
Bairischen Kanzlers Leonhard Eck entsprungen. Wille a. a. O. hat noch neuerdings
gezeigt, wie ausserordentlich verschlungen die Wege dieses ebenso begabten wie hinterlistigen
Politikers waren; von dem hier angedeuteten Plane weiss aber auch er nichts. Es kann natür-
lich nicht unsere Aufgabe sein, hier den eigentlichen Absichten und Zielen nachzuspüren, welche
Baiern verfolgte, und worüber der Briefwechsel zwischen Sturm und Besserer leider nur
unvollkommenen Aufschluss giebt (vgl. Sturms Vermutung in dem Brief vom 15. Dec.). Sicher
ist, das Frankreich neben Baiern eine massgebende Rolle in dieser Intrigue spielte. Vgl. nr. 277,
ferner die Briefe des Erzbischofs von Lunden bei Lanz II 133, 36, 38, 44, 45, 58 etc. — Bemerk
sei noch, dass das Bairische Hof- und Staatsarchiv zu München einer von dort erteilten Auskunft
zufolge nichts über dieses Bündnisproject enthält.

antworten und dabei anzuzeigen, dass er, Fürstenberg, beauftragt sei, der Stadt Strassburg den gnädigen Willen des Herzogs anzusagen, «und so es uns [die Strassburger] für gut und nutz ansehe, das wir uns mit sin f. g. in verstentnüs inliessen, wer es sin f. g. nit zuwider, dovon rede zu hören, mit andern dergleichen, doch verdunkelten worten, us welchen ich nichts lauters anders abnâmen mocht; derhalben ich begert und bat, sin genad wolt solichen bevelch selbs den drizehen anzeigen; aber sin genad beharret doruf, als ob es von unnöten were, das es durch in beschehe, sonder ich solte es anbringen. das bewilligt ich zu jungst sinen gn.» Die Dreizehn hätten aber den Antrag «für ein gemeine und weitleufige rede» gehalten und deshalb befohlen, dem Fürstenberg zu antworten: sie könnten sich ohne Mitwissen des Rats nicht in Bündnisse einlassen, und da Fürstenbergs Instruction nur an sie, die Dreizehn, gerichtet sei, hätten sie die Sache nicht an den Rat bringen wollen. Uebrigens seien Strassburg und Baiern einander so entlegen, dass «solich verstentnüs allerlei bedenken haben möchte». Neben dieser officiellen Antwort habe er, Sturm, dem Fürstenberg im Auftrage der Dreizehn als seine persönliche Ansicht vorgetragen, dass Herzog Wilhelm, wenn er Bündnisse schliessen wolle, sich erst an seine Nachbarn, wie Augsburg, Ulm und Herzog Ulrich wenden möge, und dann erst an das ferner gelegene Strassburg. Dieser Vorschlag habe dem Grafen gefallen. Mittlerweile sei die Nachricht gekommen, dass Baiern und König Ferdinand sich vertragen hätten¹. Daraufhin habe er bei Fürstenberg angefragt, ob Herzog Wilhelm jetzt nicht andern Sinnes sein werde. Fürstenberg habe dies verneint, mit dem Zusatz: «er wolt es wol us der widerantwort von herzog Wilhelmen vermerken.» Dabei habe die Sache ihr Bewenden gehabt; wenigstens habe der Graf seither mit den Dreizehnern nichts mehr gehandelt.

Bittet um Geheimhaltung dieser Mitteilungen, auch Fürstenberg gegenüber. «als ir aber min bedenken dorunder begeren, will ich uch nit verhalten, das mich m. g. hern grave Wilhelmen anzeig ganz für weitleufig ansicht; acht auch, das sich seither der zeit, [dasz] im solcher bevelch worden, vilerlei sachen verlofen, dodurch si anders dan dozumul gestaltet; aber nicht destweniger acht ich, das man dennocht von sachen möcht hören reden. finde man etwas, das der sachen gleich sehe, wol und gut; wo nit, konte man mit fügen der[selben] sich alweg entschütten. ir werdt uch aber us grave Wilhelms vernerm bericht, so er zu siner ankunft geben und ir wol von ime erkunden werden, wol in die sach zu schicken wissen.» Verspricht über etwaige weitere Verhandlungen mit Strassburg zu berichten. Dat. Strassburg Mi. Catharinae a. 34.

254. Jacob Sturm an die Geheimen von Ulm.

November 30.
Strassburg.

Ulm. Arch. Ref. T. XIX. Orig. Benutzt von Keim Ref. von Ulm, p. 516.

Concordie. Die Ulmer Prediger sollen sich Bucers Lehre gemäss halten.

Antwortet auf ein Schreiben(*), worin ihn die Geheimen auffordern, «die vereinigung der gelerten» gemäss dem Esslinger Abschied beim Land-

¹ Wegen Ferdinands Wahl zum Römischen König.

grafen zu fördern¹. Teilt ihnen darauf dasselbe mit, was er dem Landgrafen am 23. November geschrieben.

«Das ir aber begerend, was mittler weil mit ewern predigern zu handeln und ze reden gut sein mocht, uch in vertrauen zu verstendigen, weisz ich nit anders, dan das ich durch her Martin Butzer so vil verstendigt, kan es auch nit anders us seinem jetzigen schreiben(*) abnâmen, dan das ewere prediger sin des Butzers meinong und moderation, so er in diser verglichong furgenomen, auch in etlichen buchlin, durch in hievor im truck usgangen², begriffen, wol zufriden und des mit im einig seien. so dan dem also, konte ich nit gedenken, das mit inen etwas noch zur zeit weiters furzunâmen, dan inen zu bevelen, das si derselben meinong gleichformig sich in ierem predigen hielten, sich auch dovon nit abwenden liessen, und also zu erwarten, wes gott fur gnad zu verner verglichong verleihen wolte.» — «Dat. Stroszburg mentag noch presentationis a. 34.»

255. Landgraf Philipp an Jacob Sturm.

November 30.
Cassel.

Ulm. Arch. A. X 1b. Copie von Sturms Hand³.

nr. 252. Antwort auf das Schreiben vom 23. November. Er habe Melanchthon auf den 26. December nach Cassel eingeladen. Um dieselbe Zeit möge man Bucer dahin abordnen. Melanchthon solle zuvor sich über die Meinung der Lutherischen unterrichten, und ebenso Bucer über die Meinung der Oberländer, «ob gott gnad geben wolt, das doraus durch die beide mocht ein leidlicher anfang und weg zu der vereinigung gefunden werden.» — Dat. Cassel Mo. n. Catharinae a. 34.

256. Die Dreizehn von Basel an die Dreizehn von Strassburg. December 5.

Str. St. Arch. AA 1813. Ausf.

Kaiserliche Werbungen um Ravensburg, angeblich für Italien, in Wirklichkeit aber wohl gegen die Evangelischen, besonders gegen Würtemberg.

nr. 249. «Wir geben uch hiemit früntlich ze erkennen, das uns eigentlich zukomen, wie innerhalb vierzehen tagen merklich vil edellüt zu Waldsee, nit ver von Ravenspurg gelegen, bi einanderen gsin, bi denen uf die fünfzig keiserischer houptlütén gewesen. was die gehandelt, darvon sind wir sovil verstendigt, das drig under inen, nemblich her Max von Eberstein, her Caspar von Fronspurg und der her von Damysz zu der kei. mt. obersten houptlütén, und nemblich ir jeder zehentusent knecht ze füren, verordnet; die haben nun nach ir jedes gelegenheit houptlüt, soliche anzalen der knechten ze bewerben, angnomen, wie dann houptman Bollinger zu Stockach uf des von Fronspurg bevelch schon knecht annemen und bewerben sol. nun lutet unser kuntschaft, das under solichen houptlütén eben vil, so frömder

¹ Im Esslinger Abschied steht von einer derartigen Verpflichtung Sturms oder Strassburgs nichts. Vgl. nr. 250.

² Die im März 1534 veröffentlichte Schrift an die von Münster und die im September desselben Jahres gedruckte Apologie gegen den Bischof von Avranches. S. Baum p. 597.

³ An Ulm übersandt, vgl. nr. 259.

nationen, hievor in disen landen nit me gesehen, und der houptlütten, die züvor bi der Ro. ko. mt. guten platz gehept, äben mancher one bescheid abgevertigt; und sie der anschlag, in stiller il die berümpftisten besten knecht ze bewerben und demnach mit unversehenem ufbruch die knecht in Italien ze füren, uf meinung, als ob die Ro. kei. mt. die uf Rom ze bruchen, da si einen bapst iro me dann disen anmütig einsetzen welle. es werde aber das kind vil ein anderen vater haben; dann es habe Tütschlant sich in sachen der religion bishar dermassen ungehorsam gehalten, das es billich sin straf verdient; die möchte im aber nit werden, wo diser anschlag gestracks uf die Tütschen gericht. deshalb man den weg zum anzug der kei. mt. engegen uf Italien nemen, und so aber der züg züsamen gebracht, dann werde man disen und jenen fursten, stett und lender irs gfallens heizen oder ze thun nötigen; und obglich wol die knecht am louf gehinderet, sie vorhanden, das die keiserliche maiestat fürsten hern und stett, dem heiligen rich verwant, die irer mt. bi gehorsame zuoziechen ze lassen, ervorderen und gebieten. wurde es darüber irer mt. versagt, hab si ein güte ansprach an Tutschland; lasse man si dann passieren, sie irer maiestat anschlag erst recht geraten etc.» Von andrer Seite höre man, dass der Herzog von Württemberg seinen Vertrag mit dem König gebrochen habe, namentlich indem er Neuerungen in der Religion vorgenommen habe, und dass der Kaiser und König, welche in Augsburg und anderwärts viel Geld hinterlegt hätten, gegen den Herzog einschreiten wollten. Strassburg möge auf diese Praktiken ein gutes Augenmerk haben.

nr. 249.

Von dem Verlauf der Friedensverhandlungen zwischen Genf und Savoiën wissen sie noch nichts. Bitten um Nachricht, was auf dem Städtetag zu Esslingen beschlossen sei¹. Dat. Sa. 5. Dec. a. 34. — Lect. Dec. 7.

257. Georg und Bernhard Besserer an Jacob Sturm².

December 8.

[Ulm].

Ulm. Arch. A. X 4 b. Conc.

Erneute Werbung Fürstenbergs wegen eines Bundes mit Baiern. Ausweichende Antwort Ulms. Versammlung wegen Erneuerung des Schwäbischen Bundes. Ueber Erstreckung des Verständnisses und Aufnahme Augsburgs.

Danken für Sturms Brief vom 25. November. Wilhelm von Fürstenberg sei kürzlich wieder zu ihnen gekommen und habe im Namen Herzog Wilhelms von Baiern von neuem bei den fünf geheimen Räten Werbung gethan wegen des Bündnisses mit Strassburg, Augsburg, Ulm und Württemberg. Er habe gebeten, dass Ulm in aller Stille mit den beiden erstgenannten Städten handeln möchte; auch wünsche der Herzog, dass einer von den geheimen Räten zu ihm geschickt werde, dem dann Näheres mitgeteilt werden sollte. «so nun dis beschehe und die mittel getroffen, sollten wir zuversichtlich sein, das die religion und gaitliche jurisdiction zu unserm gefallen dermassen

nr. 253.

¹ Strassburg antwortete am 8. December, indem es für die Zeitungen dankte, die Esslinger Beschlüsse (nr. 250) mitteilte und das Ausschreiben des Coblenzer Tages wegen des Münsterschen Aufruhrs (nr. 331) anzeigte. Basl. Arch. Zeit. 1520-49.

² Ebenda noch ein andres undatiertes Concept gleichen Inhalts von Georg Besserer an Sturm.

- ausgenommen, das wir nicht allain darinnen unbeschwert, sonder aller hülff wider die vernachtailer gewisz sein sölten.» Die geheimen Räte hätten darauf fast in demselben Sinne geantwortet wie die Dreizehn von Strassburg; auch hätten sie sich der Gesandtschaft an den Herzog geweigert. Der Grund hierfür sei der, dass sie von andrer Seite vernommen hätten, wie König Ferdinand zur Errichtung eines Bundes in Schwaben beabsichtige, am Dreikönigstag [Jan. 6] eine Versammlung zu veranstalten, deren Besuch Ulm «on geverlichen unrat» nicht abschlagen könne, vorausgesetzt, dass der Stadt «die religion und gaistliche jurisdiction freigelassen» würde. «wurden wir uns nun dohin begeben, (und der tag fur sich gieng, wie wir klain verhoffen)¹, so könt ir guts verstands erachten, das uns der zugang jetzt angetragner buntnus genomen, gewört² und neben dem auch zu sondern unstaten komen.» Andererseits wäre es freilich auch von grossem Wert, durch Gesandtschaft an Baiern zu erfahren, was hinter dem geplanten Bündnis verborgen wäre. Sturm möge die Sache auf ihren Nutzen oder Nachteil hin reiflich prüfen und ihnen dann seine Meinung mitteilen.
- nr. 253.
- nr. 255. Der Landgraf habe ihnen wegen Vergleichung der streitigen Lehrmeinungen geschrieben (*) und beantragt, den Kurfürsten von Sachsen um endliche Erklärung wegen der Verlängerung des evangelischen Bundes und der Aufnahme Augsburgs zu ersuchen. Ulm sei damit einverstanden, halte jedoch zunächst die Vergleichung hinsichtlich der Lehre für dringend erforderlich.
- p. 224 A. 1. — Dat. Di. n. Nicolai a. 34.

258. Der Rat von Ulm an den Rat von Strassburg.

December 15.

Thom. Arch. Ansf.

Bittet, dem Prediger Martin Bucer nach Beendigung des Casseler Gesprächs noch ein halbes Jahr Urlaub zu geben, damit er bei der Neuordnung des Ulmer Kirchenwesens mitwirken könne. Dat. 15. Dec. a. 34.

259. Jacob Sturm an Georg und Bernhard Besserer.

December 15.

Ulm. Arch. A X 1 b. Orig.

Baiern bestehe auf der Verbindung mit den Oberländern. Angeblich auch Graf Georg von Württemberg dafür gewonnen. Bedenken gegen den Bund. Interessenverschiedenheit bei Baiern und den Evangelischen. Trotzdem solle Ulm die Absichten Baierns näher erforschen. Casseler Conferenz. Basler Zeitungen. P. S. Vermutung über den Grund des Bairischen Bundesantrags. Verhältnis Baierns zu Frankreich. — Zwist wegen Heidenheims.

- nr. 253. Antwort auf das Schreiben vom 8. December. Es zeige sich, dass Baiern trotz des Vertrages mit Ferdinand an dem Zustandekommen des Bündnisses festhalte. Wilhelm von Fürstenberg habe ihm und noch einem der Dreizehner angezeigt, was er in Ulm gehandelt, «ongeverlich des inhalts wie ir mir zugeschriben», mit dem Hinzufügen, dass er den Grafen Georg von Württemberg dafür gewonnen habe, zwischen

¹ Diese durch Randbemerkung eingeschaltete Stelle passt nicht in die Construction.

² Im Sinne von «verwehrt».

Herzog Ulrich und Herzog Wilhelm zu vermitteln, damit ersterer auch in das Bündnis komme. Die Dreizehn hätten darauf beschlossen, zu warten, bis Nachricht von Ulm käme. «nun hab ich min hern den drizehen angezeigt, was ir mir geschriben, und so ich die sach hin und wider erwige, befinde ich, das sich im thun und lassen allerlei bedenkens und beschwernüs zutragen wille. dan ich trage kein zweivel, ir wissen us erfarnüs, das bei unsern zeiten kum ein sach ist, die do die gemüter der menschen meer zusammen oder von einander tribe dan gliche oder unglieheit der religion; welcher gestalt es nun in der religion zwisten angezeigtem fursten und uns stande, ist offenbar. derhalben wol zu gedenken: wie wir unsers teils uf die religion sehen, derhalben wir in gefar steen und uns in verstantnüs inzulossen gedenken, also sehen die fursten uf ein anders, so inen angelegen, des aber wir kein wissens tragen. nun ist zu besorgen, wo si irs lasts entledigt oder das, dorumb si die verstantnüs begeren, erlangten, wir wurden in sachen der religion, die inen nit angelegen, — wiewol sich grave Wilhelm hören last, als ob es deshalb kein mangel haben solt —, beschwerlich hilf oder zusatz im fall der not erlangen. dagegen bedenk ich aber die jetzigen leuf, welche sich us vil vermutungen also ansehen lossen, als ob man die fursten gern von stetten absondern und alsdan den stetten ein bad uberhenken wolte. so ist zu besorgen, das diejenigen, so den Schwabischen bund wider ufzurichten begern, allerlei practicken füren, die meer unsern widerwertigen dan den stetten zu gut furgenomen werden. wo man nun zu diser sach also usserlich thun und weder durch schickung oder ander weg von der sach red horen solte, möcht es ursach disen fursten geben, sich auch uf des gegenteils practicken zu begeben und also bundnussen ufzurichten, die den stetten weniger dan dise gelegen, dodurch man nochmols, ob man schon wolte, zu dem nit meer komen mochte, das man uns jetz heim und fur die thüre tregt. derhalben so wer miner hern der drizehen und min guthedunken, wiewol si in diser sachen on vorwissen oder bevelch eins rats nichts zu beschliessen haben, wie on zweivel ewer mithern die geheimen auch, das nit destweniger nit unnutz sin solte, das ir jemants vertrauts dergestalt, wie grave Wilhelm angezeigt, zu herzog Wilhelmen geschickt hetten, zu hören und sovil möglich zu erkundigen, us was grund und ursachen doch dise bundnus also an uns getragen würde, und ob zu verhoffen, — wie es grave Wilhelm in kein zweivel setzt —, das herzog Ulrich auch in dis bundnus gebrocht möcht werden; daneben auch zu vernämen, ob m. g. her der landgrave auch in dise bundnüs kommen solte; dan wie mich bedunkt, werd siner f. g. wenig von grave Wilhelmen in diser handlung gedacht, on welchen aber uns von stetten us ursachen, uch wissend, verstantnüs ufzerichten nit wol tunlich sin will.» Wenn die Geheimen von Ulm es jedoch zur Zeit nicht für angezeigt hielten, jemand nach Baiern zu schicken, so sollten sie wenigstens dem Herzog schreiben, dass er seinem Gesandten auf dem Schwäbischen Bundestage [Januar 6] geheime Instruction erteilen möge, sich mit dem Ulmer Gesandten zu besprechen. Nach Fürstenbergs Aussage werde der Herzog wahrscheinlich seinen vertrauten Kammermeister, Caspar Perndorfer, zu dem Bundestage schicken. «bei sollichem mocht man erfahren verner gelegenheit der sachen, wiewol es bi den fursten miner achtung basz und weiters

dan bi eim gesanten geschehen möcht. so man dan in solicher erkundigung befinde etwas, das der sachen gleich sehe, möcht man es dan weiter an die räte bei euch und andere von stetten gelangen lassen.»

Das Ulmer Bedenken, bezüglich der Concordie und der Erstreckung des Bundes, liessen sich die Dreizehn gefallen. Sendet Copie des landgräflichen Schreibens vom 30. November. Er habe darauf an Bucer in Augsburg die Aufforderung gerichtet (*), sich sofort nach Cassel zu begeben, und hoffe, dass derselbe jetzt unterwegs sei. Mittlerzeit würden voraussichtlich auch die Gesandten aus Sachsen zurückkommen.

nr. 255.
nr. 250.
nr. 256.
nr. 249.

Berichtet die Zeitungen vom 5. December aus Basel und die daran geknüpften Besorgnisse wegen eines Angriffs auf die Evangelischen. Namentlich seien auch die jetzigen Verhandlungen zwischen Frankreich und dem Kaiser bedenklich, da sie wegen der sehr gemässigten Anforderungen des Kaisers wahrscheinlich zum Frieden führen würden. Dat. Strassburg Di. n. Luciae und Otiliae a. 34.

P. S. «Als ich uch hieneben geschriben, das ich nit wissen mege, wes die ursach seie, dorumb die fursten von Beiern dise verstentnüs begeren, und sonderlich, dweil si mit der ko. mt. vertragen, so falt mir doch ein argwone in, den ich uch also in hechster geheime, dasselb also bei euch zu behalten und niemants, er sei dan auch vertraut, zu eroffnen, nit verhalten megen, allein dorumb, ob ir jemants schicken und uch in handlung, wie uns fur gut ansicht, inlossen würden, ein achtung doruf zu haben. es hat der ko. von Frankrich hievor zu handhabung der bundnüs, so Beiern mit Sachsen, Hessen und andern gehebt in sachen die koniglich wal betreffen, 100 000 kronen hinder Beiern erlegt¹; dagegen sich Beiern verschriben, wo solich gelt in- benanter sachen nit gebrucht, dasselbig dem kunig wider zuzestöllen. nun lest sich aber die franzosisch botschaft, so heraus ist, hören, das sin konig fur gut ansehe, das man ein bundnüs in Teutschland ufricht²; erbiet er sich derselben schirmer zu sein oder selbst dorin zu komen und zu hanthabung derselben ein namhafte soma gelts hieraus zu erlegen. nun gedenk ich, ob villicht herzog Wilhelm derhalben die bundnus ufzurichten begert, domit [er] das gelt, so er hinder ime hat, zu handhabung derselben behalten möcht³; dan sonst, dweil die walsach vertragen und er dorin gewilligt, wurd er schuldig, solich gelt wider dem kunig herauszugeben. ob nun dise practick von Beiern an den kunig oder vom kunig an Beiern procht und gemutet, kan ich nit wol usrechnen, allein das ich also ein vermutung bei mir hab us allerlei anzeigungen. mag villicht fäl sin; hab es doch uch ganz vertrewlich, der sach acht zu haben, eroffnen wöllen.»

Bittet, Georg Besserer möge die Angelegenheit Heidenheim betreffend, die auch Fürstenberg jetzt wieder angeregt habe, weiter erwägen, «domit dieselb sach auch uf leidlich weg gebracht und deshalb kein verhin- derung furfiele⁴.» — «Dat. zinstag post Lucie a. 34.»

¹ Vgl. u. a. Wille p. 76 ff.

² Vgl. Lanz II p. 144.

³ Vgl. Lanz II p. 158.

⁴ Die Herrschaft Heidenheim, welche ursprünglich zu Württemberg gehörte, war während der Oesterreichischen Regentschaft von Ulm angekauft worden. Herzog Ulrich wollte nun diesen

260. Die Dreizehn von Basel an die Dreizehn von Strassburg.

December 18.

Str. St. Arch. AA 4815. Ausf.

Verlangen Auskunft wegen der Stuttgarter Concordie und wegen Münsters. Verfolgung in Frankreich.

«Demnach im land Wurtenberg, das die gelerten den zwispalt des sacraments ze concordieren willens, vorhanden, langt uns an, wie das soliche concordi dahin gerichtet, das beider der Luterischen und unser meinung darinnen vergriffen, und aber mit so vertunkleten worten, das mans nit merken und doch jeder teil dise wort uf sin sentenz ziechen möge etc.; und wiewol wir dem nit wol können glouben ge[be]n, in ansechen, das solichs mer ein angestalt (*sic!*) dann ein rechter warer frid sin, darzu uwere predi-canten, die ouch bi solicher handlung, mit unsern furgesetzten in disem artikel der sachen eins und glich gesinnet: jedoch bitten wir, als die mit unverletzter warheit gern friden und einigkeit sechen, üch zu dem frunt-lichsten, ob üch diser concordi halb einich artikel, wie die geschechen solte, zuokomen, uns derselbigen, ouch wie uch die sachen gefallen, ze berichten.» Bitten um nähere Auskunft über Münster, namentlich, «ob toufer darin, ob ouch si sovil wiber nemen.» Von der Genfer Angelegenheit verlaute noch immer nichts Näheres. «aber in Frankrich langt uns an, wie der könig wider die bekemmer unsers heiligen gloubens grusamlich tirannisiere.» — Dat. Fr. 18. Dec. a. 34. — Lect. Dec. 21¹.

nr. 238 u.
239.

nr. 256.

261. Georg und Bernhard Besserer an Jacob Sturm.

December 22.

Ulm. Arch. A. X 1 b. Conc.

Danken für das Gutachten vom 15. December, welches sie sehr wohl bedacht finden. Sie hätten auch demgemäss gehandelt, wie die beifolgende Copie des Schreibens der geheimen Räte an Herzog Wilhelm von Baiern ausweise². Schicken Zeitungen (*). Hoffen von Bucers Eifer für die Concordie alles Gute. «Dat. aftermontags nach Thome ap[osto]lli a. 34.»

nr. 259.

Zettel: Bezüglich Heidenheims teilt Georg Besserer mit, dass

Kauf nicht anerkennen, sondern verlangte anfangs die unentgeltliche Rückgabe Heidenheims. Der Landgraf, welcher mit Recht fürchtete, dass dieser Streit der allgemeinen evangelischen Sache Eintrag thun könnte, suchte eifrig zu vermitteln; aber erst im Mai 1536 gelang ihm die endliche Beilegung des Zwists. Aus diesem und späteren Briefen ersehen wir, dass auch Sturm sich im Interesse des allgemeinen Friedens an dem Vermittlungswerk beteiligte. S. Heyd III 30 ff.

¹ Vermerk des Stadtschreibers Joh. Meyer: «Gelesen in beisein hern ammeisters [Martin Herlin], hern Bocks, hern Fridrichs, hern Röders, hern Sturmen, hern Kniebsen, hern Mueg, hern Pfarrer, Meyer, Johams, Betscholtz, Geigers.» Vgl. oben p. 209 A. 1.

² Conc. davon liegt bei (ohne Datum): Die Geheimen entschuldigen sich, dass sie wegen der erforderlichen Geheimhaltung der Verhandlungen niemand zum Herzog schicken können, bitten aber, den Gesandten auf dem Bundestage zu Donauwörth mit den nötigen Instructionen zu versehen, wie sie denn auch ihre eigne Botschaft instruieren wollen. — Die Antwort des Herzogs d. d. Ingolstadt 25. Dec. (Ausf. ebenda) zeichnet sich durch lakonische Kürze aus: «Wir lassen es also bei eurem guetbeduncken besteen und sind euch zu gnaden genaigt.»

er besonders auf ein Mittel gedacht habe, diese Herrschaft als Eigentum zu erwerben; er habe aber noch keins ausfindig machen können. Sturm möge die Sache weiter überlegen, damit «ungnad bei herzog Ulrich furhuet und abgestellt werd», und ihm bei eignem Boten Antwort schicken.

Kanzleivermerk (von derselben Hand): hat im auch D. Johann Voiten werbung unerschickt ¹.

262. Die Dreizehn von Strassburg an die Dreizehn von Basel.

December 22.

Basl. Arch. Zeit. 1520-49. Ausf. von Joh. Meyer.

Stuttgarter Concordie zwischen Schaepl und Blaurer. Bucers Berufung nach Cassel. Verfolgung in Frankreich.

- nr. 260. Antwort auf das Schreiben vom 18. December. «geben euch darauf freuntlicher meinung zu vernemen, das wir solicher concordi im land zu Wirtemberg kein weiters wissen tragen, dan das meister Erhart Schnepf und maister Ambrosi Blarer, so beide durch unsern g. herrn herzog Ulrichen das evangeli in irer f. g. land zu predigen beruefen worden,
- nr. 239. einer masz vom sacrament zu reden sich verglichen, bei welcher aber niemans der unsern gewesen. daneben ist aber nit one, das unser prediger etlich jar heer sich alweg vernemen lassen, als ob diser span mer in worten, dan in der sachen selbs stünde, und deshalb vilerlei weis und mittel der concordi gesucht und noch unz hieher nichtz underlassen, was zu satter und volkomener eingung und hinlegung diser schedlichen spaltung dienen mocht. derhalben auch herr Martin Butzer ein zeit lang zu Augspurg und, wie uns anlangt, verruckter tag zu Costnitz gewesen, und jetz von unserm g. herrn landgraven gen Cassel berüft worden.» Sobald er zurückgekehrt sei und über seine Reise Bericht erstattet habe, werde man Basel nähere Auskunft erteilen.
- p. 245 A. 3.

Ueber Münster wisse man nichts Näheres. Dass Wiedertäufer darin seien, unterliege keinem Zweifel.

Bitten um Auskunft, ob es wahr sei, dass die Eidgenossen eine Gesandtschaft an den König von Frankreich zu Gunsten der unterdrückten Glaubensgenossen geschickt hätten. Dat. Di. 22. Christmonats a. 34.

263. Der Rat von Strassburg an den Rat von Ulm.

December 28.

Ulm. Arch. Ref. T. XIX. Ausf. Zettel ebenda. Beilagen Str. St. Arch. AA 446. Copien.

Rückkehr und Bericht der zum Kurfürsten und Landgrafen geschickten Botschaft. Beilagen: (1) Der Landgraf befürwortet beim Kurfürsten eine Intervention behufs Sistierung der Religionsprozesse. Streit wegen der Hinterlassenschaft eines ehemaligen Priesters. Verwendung für die Procuratoren. (2) Der Kurfürst erklärt sich im Ganzen einverstanden und übersendet (3) eine Instruction zu einer bezüglichen Werbung bei König Ferdinand.

Michel Han, Strassburger Secretarius, und Joachim Maler von Constanz, welche von den oberländischen Städten wegen der Beschwerden

¹ Diese Werbung hatte denselben Inhalt, wie die von Gundelfingen an Strassburg gebrachte. Vgl. unten nr. 269.

über das Kammergericht als Gesandte zum Kurfürsten von Sachsen und Landgrafen von Hessen abgefertigt worden, seien am 23. December nach Strassburg zurückgekehrt. Dieselben hätten auf der Hinreise zunächst in Speyer und Frankfurt kleinere Aufträge erledigt, worauf sie erst den Landgrafen, dann den Kurfürsten und auf der Rückreise von Sachsen nochmals den Landgrafen besucht hätten. Was sie bei den Fürsten ausgerichtet, sei aus den Beilagen zu ersehen (s. unten). Ein nochmaliger Städtetag sei vorläufig überflüssig; man müsse zunächst König Ferdinands Antwort auf das Gesuch der Fürsten, bezgsw. die Ansetzung eines neuen Bundestags abwarten. Dat. 28. Dec. a. 34¹.

Zettel: Der Landgraf habe die Gesandten gebeten, bei ihren Obern dahin zu wirken, «das die stet nit sachen einmischen oder unterslaifen wolten, so nit on alle mitel religion und glaubenssachn wern, allerlei irrung und inreden zu verhuten.» Strassburg sei der Ansicht, dass die Städte einer solchen Mahnung nicht bedürfen.

BEILAGEN.

I. Landgraf Philipp an Kurfürst Johann Friedrich. December 2. Milsungen.

Es seien ihm jetzt von den Gesandten der oberländischen Städte Beschwerden vorgetragen worden, welche auch der Kurfürst vernehmen werde. Er beantrage daraufhin, nochmals an König Ferdinand zu schreiben, und ihn an den im Cadaner Vertrag zugesagten Stillstand der Kammergerichtsprozesse zu erinnern; es sei nicht mehr als billig, dass die Friedensbedingungen nicht nur von den Protestierenden, sondern auch vom König gehalten würden. Bittet, einen Gesandten mit den nötigen Instructionen nach Wien abzufertigen; er selbst werde seinen Kanzler Rudolf Schenk, der bereits am königlichen Hofe sei, gleichfalls beauftragen, zur Abstellung der Beschwerden zu verhelfen. Strassburg bitte um Ratschläge in einer Streitsache, betreffend einen «Badenischen verstorben edelman, der ein priester gewest, sich bei ine ehelich beweibet und kinder gezeuget hat, des bruder und freunde aber die witwen und kinder, die verlassene guter und narung zu erben, nicht zulassen wollen.» Wegen dieser Sache sowie wegen der Frage, wie sich die Städte vorläufig gegen das Kammergericht benehmen sollten, habe er die Gesandten auf ein Gutachten seiner Gelehrten vertröstet. Mit der Anberaumung eines Bundestags sei er einverstanden; Ort und Zeit desselben möge der Kurfürst festsetzen. Die Gesandten hätten ferner erzählt, dass die gemeinsamen Procuratoren der protestierenden Stände ihnen mitgeteilt hätten, «in was sonderlichen beschwerungen und gefären sie zu Speier gehen und seien²»; der Kurfürst möge deshalb zu Gunsten der Pro-

p. 48 A. 2.

¹ Ulm bedankte sich für diesen Brief nebst Beilagen durch Schreiben v. 4. Jan. 1535. Str. St. Arch. AA 451.

² Dr. Hieter und Licentiat Helfmann gaben den Gesandten eine Bittschrift an die Fürsten mit, in der sie darlegten, dass das Kammergericht seinen Groll über die Recusation gegen sie, als die Vertreter der protestierenden Stände, ausliesse, und dass sie Einkerkung und die

curatoren eine Schrift an das Kammergericht ausfertigen lassen und ihm, dem Landgrafen, zur Versiegelung und Weiterbeförderung übersenden. Auch müsse man sorgen, dass den Procuratoren das «ussteende wartgelt» von Seiten der Bundesstände ausbezahlt werde.

Bittet um Antwort durch die oberländische Botschaft, welche auf dem Rückweg wieder bei ihm vorsprechen werde. Dat. Milsungen Mi. n. Andree a. 34.

Zettel: «Lieber vetter und bruder! E. l. wolle ire lassen diese stette bevolen sein; sie werdens verdienen, zudem daz es auch not, das man uber inen halte, wie e. l. wol ermessen mogen.»

II. Antwort des Kurfürsten Johann Friedrich auf die Werbung der oberländischen Städte.

December 5.
Weimar.

Er sei bereit, mit dem Landgrafen zusammen wegen Abstellung der Beschwerden beim König werben zu lassen, laut Copie beiliegender Instruction (Beilage III). Die Städte sollten sich im übrigen auf keinerlei Defension in Religionssachen am Kammergericht einlassen, da dies der Recusation und dem bewilligten Stillstand widerspräche. Er sei auch bereit, demnächst einen Bundestag anzusetzen, auf welchem die Fürsten persönlich erscheinen und alle Stände ihre Prediger haben sollten, um einen Ausgleich des Sacramentstreits herbeizuführen. Ein Schreiben zu Gunsten der Procuratoren an das Kammergericht würde wenig fruchten; es wäre besser, sich auch in dieser Sache an den König zu wenden. Ueber die Erbfallsangelegenheit in Strassburg werde er seine Gelehrten beratschlagen lassen. Dat. Weimar Mi. n. Nicolai a. 34.

III. Instruction für eine Gesandtschaft Sachsens und Hessens an König Ferdinand¹.

December 9.

Die Gesandten sollen ausführlich recapitulieren, was alles bisher vom Kaiser und König bezüglich des Stillstands in Glaubenssachen bewilligt und versprochen sei; sodann sollen sie darlegen, wie trotz dieser Versprechungen, auch ungeachtet der Recusation von Seiten der Protestierenden das Kammergericht mit den Prozessen fortfahre, namentlich gegen die Städte. Daran sollen sie nochmals die Bitte knüpfen, dass der König das Kammergericht zu endlichem, wirklichem Stillstand veranlasse. Für den Fall aber, dass das Gericht dem nochmaligen Befehl des Königs wieder nicht gehorche, solle Ferdinand in seinem und des Kaisers Namen die schriftliche Zusicherung

Ungnade des Kaisers zu erwarten hätten. Die Fürsten möchten ihnen Schutz und eventuelle Schadloshaltung zusagen und auch für die Bezahlung des noch ausstehenden Wartgeldes von 600 fl. Sorge tragen. (Str. St. Arch. Dreizehnergewölbe: «Poursuites contre les protestants.» Ausf.)

¹ Diese Instruction, die zunächst ja nur ein Entwurf des Kurfürsten war, scheint die Zustimmung des Landgrafen gefunden zu haben und dann wirklich in dieser Form an den König gebracht zu sein. (Vgl. nr. 274). Ausserdem erhielten die Gesandten an Ferdinand noch eine Nebeninstruction bezüglich der Beschwerden Memmingens und zu Gunsten der vom Kammergericht bedrängten Procuratoren. Str. St. Arch. a. a. O.

geben, «das ire maiestaten des camergerichts processen und vermeinten nichtigen erkenntnussen der execution halben kein handlung oder volstreckung pflegen, sonder uns bei irer maiestaten bewilligten und vorschrieben stilstand darwieder gnediglich schutzen und schirmen wolten; so musten unsere mitverwanten und wir sie in dem ires willens mit weniger beschwerung auch walten lassen und bequeme wege zu abwendung ires gegen kei. und ko. maiestaten geleisteten ungehorsams betrachten und bedenken.» — Dat. 9. Dec. a. 34.

264. Die Dreizehn an die Geheimen von Ulm ¹.

December 28.

Str. St. Arch. AA 451. Conc. von M. Han. Ausf. im Ulm. Arch. A X 1b.

Der Landgraf mahne zu reiflicher Ueberlegung, wie man sich bei den Verhandlungen zur Erneuerung des Schwäbischen Bundes verhalten solle.

Michel Han habe nach seiner Rückkehr vom Landgrafen angezeigt, wie derselbe ihm insgeheim mitgeteilt habe, dass er von König Ferdinand aufgefordert sei, sich an der auf den 6. Januar 1535 angesetzten Versammlung zu Donauwörth behufs Wiederaufrichtung des Schwäbischen Bundes zu beteiligen ². Daran habe der Landgraf die Vermutung geknüpft, dass Ulm und andere Städte, die früher dem Schwäbischen Bunde angehört, gleichfalls vom König zu dem Tage eingeladen seien. «dweil nun in der sachen allerlai zu bedenken sein wölle, ob man ain pund hette, der allen stenden darinnen begriffen des glaubens und anderer sachen halben unbeswerlich, oder ob weger were, gar kain pund mit etlichen der vorigen pundstenden ze haben, sei sein f. g. in dem bei iro selbs noch nit endlichen entschlossen; hab uf baiden seiten allerlai bewegungen, und darumb sehe sein f. g. in all weg fur nutz und gut an, das wir gedächten, wie ir und andere von den stetten des gewesen punds zuvorderst vertrewlichen angehanet und erindert wurden, die sachen wol zu bedenken, damit nit plutzlich in ain newen pund gegangen und auch die sach nit gar verachtet, sonder getrewlichen zusammengehalten wurde, ob man je ain pund ufrichten wölt, das doch solichs mit guter masz und vorbedingung beschehe und sonderlich dem wort gotes und unserm hailigen glauben — wo demselben nit basz damit geholfen möchte werden — ufs wenigst nichts verabsaumt oder vernachtailt, und alle gelegenhaiten wol bedacht wurden, darzu auch sein f. g. irs tails trewlichen verhelfen wölle.»

nr. 257.

Da nun diese Mahnung des Landgrafen sicherlich aus «guter und gnediger meinung» geschehen sei, die Zeit aber für Strassburg zu kurz sei, um «mit den stetten in sonderhait ze handeln», so begnüge man sich mit der Bitte, auf dem Tage zu Donauwörth «mit besten fugen» und im Einverständnis mit den Hessischen Gesandten zu handeln. Dat. 28. Dec. a. 34.

¹ Nach M. Han's Vermerk: «in simili forma an burgermaister und gehaime rät zu Eszlingen.»

² Copie des königlichen Ausschreibens zum Tage in Donauwörth Str. St. Arch. AA 359. Ebenda die Acten über die Verhandlungen des Tages.

265. Jacob Sturm an Landgraf Philipp.

December 28.

Marb. Arch. Orig. Fehlerhaft gedruckt bei Neudecker Urk. 262.

Die von Sachsen geplante allgemeine Theologenversammlung müsse unterbleiben, da eine völlige Entzweiung daraus folgen würde. Lieber den Bund aufzulösen und einen andern zu schliessen. Zu Erstreckung des Bundes überhaupt weitere Vergleichung der Lehre überflüssig. Melanchthon und Bucer darüber zu Rate zu ziehen. Höchstens eine kleine Versammlung versöhnlicher Theologen zu berufen.

- Aus der Relation Michel Han's und Joachim Malers über die
- nr. 263, II. Antwort, die der Kurfürst von Sachsen ihnen auf ihre Werbung gegeben, habe er ersehen, dass der Kurfürst eine Zusammenkunft der evangelischen Stände zu veranstalten wünsche, auf der auch die Theologen erscheinen sollten «zu vergleichong des miszverstands, so sich im artikel das hochwüridig sacrament belangen zwisten inen haltet etc. wiewol ich nun kein zweivel trage, ir churf. g. meinen es gnediglich und gut, so mag ich doch us dem underthänigen vertrawen, so zu e. f. g. ich alweg getragen, nit underlassen, min fursorg derselben also in underthaniger geheim anzuzeigen, underthenglich bittende, mich hierunder nit zu vermelden, sonder der sachen verner us furstlichem verstand nachzuzedenken; und namlich das ich sorg trag, es werde dise zusammenkunft der gelerten von etlichen dem churf. nit dorumb geraten, das si die vergleichong suchen, sonder vil meer, das si sich versehen, dweil si wissen, wie etlich gelerten gesinnet, man werd sich nit vergleichen, domit si also den churf. von disem teil gar abreissen und uf andere practicken, so si vorhaben, dester leichtlicher bringen mögen. solt es nun die meinong haben, kan e. f. g. wol ermessen, zu was grossem nachteil es dem ganzen evangelischen handel reichen; und was es fur sterkung dem gegenteil bringen wurde, und das es alsdan vil nutzer und besser were, man handlet von keiner vernern erstreckung und annemung anderer stende, sonder liesz die bundnus also ersitzen und gedecht noch einer andern, domit man vermutet, wir hetten es nit der zwispältigen leer halber, sonder anderer entlegenheit halber gethon, welches dan vil minder dan das ander schadlich were.» Auch wisse sich der
- nr. 247. Landgraf zu erinnern, wie Luther und namentlich Melanchthon in ihren Briefen eine solche allgemeine Zusammenkunft eher für schädlich als nützlich erklärt hätten. Auch sei ja bei Aufrichtung des Bundes das Strassburger Bekenntnis vom Sacrament von den Sächsischen als ihrer Lehre gemäss anerkannt worden, und umgekehrt habe Strassburg das Sächsische Bekenntnis in Schweinfurt als dem seinigen nicht zuwider bewilligt; «was darf es dan in der erstreckung [des Bundes] weiteres bekennens oder vergleichens! so hör ich sagen, Augspurg¹ sei derselben bekantnüs auch zufriden. ob dan schon nit alle gelerten sich eins gleichen verstands der wort vereinigen mochten, sollte derhalben under den stenden nit mogen bundnussen ufgericht werden?» Bittet, der Landgraf möge mit Melanchthon und Bucer, falls sie noch bei ihm wären, «fur sich selbs und

¹ Um dessen Aufnahme in den Bund handelte es sich damals, vgl. oben p. 224 A. 1 u. nr. 195.

us eigner bewegnüs» über diese Dinge reden¹, «si dorunder notturfänglich horen oder, so si verritten, die sach bei ir selbs erwegen und, so si also bi ir selbs oder inen befinden, das die zusammenkunft nit nutzlich, die sach durch fugliche mittel bei dem churfursten ableinen oder in verzug bringen; wo es aber nit sein wolt, die sach dohin richten, domit nit alle, sonder etliche wenig von beiden teilen gelerten, die nit hartnickig und eigensinnig, sonder schidlich und fridsame weren², zusammenberuft wurden. das wolle e. f. g. also meinethalben im besten und guter meinong, — wie es von mir weisz gott beschicht —, genediglich vermerken.» — Dat. Strassburg Mo. 28. Dec. a. 34.

266. Jacob Sturm an Georg und Bernhard Besserer.

December 29.
Strassburg.*Ulm. Arch. A X 1b. Orig.*

Weitere Erkundigung über das angetragene Bairische Bündnis einzuziehen, namentlich ob auch der Landgraf beteiligt sei. Bucers Reise nach Cassel. Absichten des Kaisers. Herzog Ulrichs Aftenlehen. Annahme von Hauptleuten. P. S. Zeitungen vom kaiserlichen Hof und aus Frankreich.

Antwort auf das Schreiben vom 22. December. «so vil die handlung mit m. g. hern, herzog Wilhelmen, belangt, acht ich nochmoln nit unnutz sein, dergestalt, wie ir vorhaben, verner rede zu hören; allein das e. gesanten wol darauf acht haben, ob m. g. her landgrave auch mit ime spiel sei oder dorin genomen werden soll, wie si dan durch geschickte befragung von dem Beierischen gesanten wol erfahren mogen. dan sovil mich bedunkt und ich us der beider gesanter Michel Hanen und Joachim Malers muntlichen relation vermerkt, so weisz m. g. her landgrave nichts von diser handlung, sonder standen ir f. g. gedenken uf andere wege.

nr. 261.

Die concordi und vergleichong der gelerten belangen, hoff ich, her Martin Butzer sei hinab gen Cassel von Costenz verritten, dan min bot, so ich im gon Augspurg geschickt, in da nit meer befunden; derhalben im her Wolf Rölinger, burgermeister, alle schriften gen Costenz zugeschickt, und befrembdt mich wol, das mir bemelter Butzer nichts widergeschriben. derhalben dan min hern zwen boten wider usgeschickt, einen gon Costenz, den andern zu m. g. hern landgraven, zu erfahren, wie es stande, deren ankunft man al tag wider warten ist³. nun trag ich kein zweivel, Melanch-

nr. 263.

¹ Sturm schrieb auch gleichzeitig in demselben Sinne an Bucer selbst, der den Brief auf der Rückreise von Cassel erhielt und darauf von Butzbach aus am 1. Jan. ein Schreiben an den Landgrafen richtete, worin er sich der Ansicht Sturms anschloss und einen allgemeinen Predigerconvent widerriet. Lenz Briefwechsel I nr. 13.

² Diese Stelle ist durch ein NB am Rande hervorgehoben.

³ Constanz schrieb am 28. Dec. (präsentiert am 2. Jan.), Bucer sei am 15. Dec. dort angekommen; am 17. habe er von Augsburg aus die Einladung des Landgrafen zugestellt erhalten und sei darauf am 18. in aller Eile nach Cassel abgereist. Str. St. Arch. AA 2011. In Constanz hatte Bucer noch den Versuch gemacht, die oberländischen und schweizerischen Theologen für die Concordie zu gewinnen, und hierbei ziemliches Entgegenkommen gefunden. Vgl. Baum, Capito und Bucer p. 498 ff., wo Bucers Thätigkeit in Constanz, seine Reise nach Cassel und das Gespräch mit Melancthon auf Grund seines Originalberichts (Str. St. Arch. AA 462) geschildert ist. Vgl. auch den am Schluss dieses Bandes beigefügten Excurs über die Concordie.

ton und Butzer werden sich wol vergleichen; ich trag aber allerlei fürsorg des Luthers halber, und das nit on ursach. gott füg es dohin, domit unbegeben der warheit verglichong funden werd.»

Grosse Bedenken gegen die von Sachsen beabsichtigte Berufung einer allgemeinen Versammlung der Prediger¹.

nr. 249. «Ewer zeitung halb, so ir mir geschickt^(*), sind si mir ganz argwenig; dan erstlich kan kein mensch erfahren, was kai. mt. vorhaben sei, und zeigt doch darnoch ane zween weg, wie ir mt. handlen werde, so der frid mit Frankrich erlangt oder nit. so ist der von Nassaw lengest vom französischen hof wider abgescheiden. zu dem so zeigt doctor Voiten werbung das widerspiel dieser zeitungen ane. aber wie dem allen, ist nichts zu verachten, dobei aber der person wol acht zu nämen, von deren die zeitungen herkommen; dan mins bedunkens ist es ein vorbereitung uf jetzigen bundstag. herzog Ulrichs halb kan ich nit achten, das er der geistlichen und prelaten halb etwas wider den Cadawischen vertrag handle; acht ouch nit, das der haft do lige, sonder mer im puncten das afterleben betreffen². so ist herzog Cristof der grafschaft Mümpelgart halber in Frankreich geschickt worden³.

Dass Hauptleute angenommen seien, u. a. durch Max von Eberstein und Dietrich von Pfirt, sei zweifellos; er habe darüber von einem Edelmann, der sich bei jenen um eine Hauptmannschaft beworben, sichere Kunde. Dat. Strassburg Di. n. Joh. Evang. a. 34.

nr. 260. P. S. Franz Conrad von Sickingen habe vom kaiserlichen Hof, von dem er vor 6 oder 7 Wochen zurückgekehrt, die Nachricht mitgebracht, dass der Kaiser nächstes Frühjahr in Neapel und Sicilien Hof zu halten beabsichtige. In Frankreich fange man an, die Evangelischen zu verfolgen, «und ist die sag, als ob under andern des bischof von Paris bruder, der her von Langi, so zu Augspurg bi herzog Cristof von des kunigs wegen gestanden⁴, auch in gefengnus komen sei. daneben sagt man, das des Turken und Barbarussa botschaft bi dem kunig us Frankrich seien, also das man sich entlich einer französischen practicken uf Italien versicht, dorumb dan der konig dem babst mit der tyrannei⁵ hofiert, und kai. mt. zu der rustung verursacht werde.»

¹ Dieselben Betrachtungen wie in voriger Nummer.

² Vgl. Wille 214 ff. u. unten nr. 272 u. 279.

³ Vgl. Heyd III 24.

⁴ Wilhelm du Bellay, Herr von Langey, war als Gesandter Frankreichs auf dem Augsburger Tage im Dec. 1533 für die Interessen Christophs von Württemberg eingetreten. S. Heyd II 417 ff.

⁵ Sc. gegen die Evangelischen.

1535.

267. Landgraf Philipp an den Rat.

Januar 6.
Cassel.

Str. St. Arch. AA 400 zwischen f. 66 u. 67. Ausf.

König Ferdinand habe « dem churfursten zu Sachsen geschrieben und copeien zugeschickt, welcher gestalt ire ko. mat. dem camergericht in der religionsach stilstand gebeut, derselbigen schrift wir euch hierin verschlossen copei zuschicken^{1.} » Sendet Zeitungen aus Münster und bittet, auf einen gewissen Johann von Geel zu fahnden. Dat. Cassel Mi. 6. Jan. a. 35. nr. 331.
— Lect. Jan. 15, relect. Jan. 16.

268. Instruction des Rats von Frankfurt für Claus Stalburger an die Dreizehn.

[Januar 11].

Thom. Arch. Copie.

Er soll darlegen, wie Frankfurt wegen Abschaffung der Messe und Aenderung der Ceremonien vom Erzbischof von Mainz beim Kammergericht verklagt und infolgedessen unter Androhung der Acht zu einer Geldstrafe und zur Restitution der geistlichen Güter etc. verurteilt sei. Der Kurfürst von der Pfalz habe zwar die Vermittlung zwischen Mainz und Frankfurt übernommen, doch sei wenig Aussicht auf Erfolg. Strassburg möge raten, welche Mittel man unbeschadet der evangelischen Sache in der gütlichen Unterhandlung zulassen dürfe, und wie man sich verhalten solle, wenn die Verhandlungen fehlschlügen. Dat. fehlt².

¹ Copie im Str. St. Arch. AA 453, d. d. 1534 Juli 4. Es ist der Befehl, den Ferdinand gleich nach dem Cadaner Friedensschluss an das Kammergericht schickte. Vgl. p. 216 A. 2 u. unten nr. 272.

² Die Credenz für Stalburger liegt bei d. d. Januar 11 (Ausf.). Sie wurde laut Kanzlei-vermerk am 18. Januar in Strassburg präsentiert.

269. Werbung Schweikhards von Gundelfingen im Namen König Ferdinands vor dem Rat von Strassburg¹. [Januar 12].

Str. St. Arch. AA 411. Copie mit Correcturen Han's. Die gesperrt gedruckten Worte sind in der Vorlage unterstrichen und durch ein NB am Rande hervorgehoben.

Vor Abhaltung des Concils ein Reichstag nötig. Klagen über Bruch des Friedens und neue Secten, namentlich in Münster. Dass der Kaiser die Protestierenden angreifen wolle, sei Verläumdung. Warnung vor Neuerungen in der Religion. Bitte um Hilfe gegen Münster. Massregeln zur Unterdrückung von Aufruhr.

Die Verhandlungen des Kaisers mit dem Papst seien jetzt soweit gediehen, dass die baldige Berufung eines Concils gesichert sei. Nun halte es aber König Ferdinand für durchaus notwendig, « das darneben von wegen der vor augen swebender gevarlicher louf ain gemain zusamenkunft aller stende des reichs zum ersten fürgenomen, ain reichstag gehalten, das zwuschen ansetzen des begerten concilium in den notwendigisten puncten, die nit verzugerleiden, gehandelt werden und insehung beschehen möchte, welches kö. mt. gedachter kai. mt. mit notturftigen ausfierungen zugeschriben und angezaigt, die ungezweifelt ainen reichstag zum ersten ausschreiben und nichtsdesterweniger neben ir kö. mt. das begert concilium in das werk helfen ze pringen mit gnedigistem fleisz fürdern wurde. nun bedenkt aber kö. mt., das man zu ausschreibung solichs reichstag und volgends zu gemainer stend ankommen und besuchen der malstat und fürnemlich zu wirklicher und fruchtbarlicher handlung ainer guter zeit bedörfte, und aber die bemelte reichsabschid, der Nurembergisch vertrag und daruber der kai. verkundt landfrid nit bei jederman bedacht, sonder sölchen zuwider in unsers hailigen cristenlichen glauben-sachen zum beschwerlichisten gehandelt werde, also das si[ch] die sach von tag zu tag ergert² und zu kainer pesserung schickt, ja noch mer unerhörlich new secten, als widertouferisch, darneben entstanden, als namlich in der statt Munster, die nun ain gute zeit behauet³ und belegert gewesen, aber nit erobert worden, und aus der gemaind ir vorgeer, den si darvor ain provethen genant, ain könig irs vermainens gemacht und gekrönt,

¹ Schweikhard hatte dieselbe Werbung bereits am 24. Dec. 1534 auf einem Städtetage zu Ravensburg vorgebracht, wo — jedenfalls auf seine Einladung — Vertreter von Memmingen, Kempten, Ravensburg, Lindau und Ueberlingen erschienen waren. (Str. St. Arch. AA 411 f. 26). Ehe er dann nach Strassburg kam, hatte der Rat daselbst bereits von dem Inhalt seines Auftrages Kenntnis durch obige Copie der Ravensburger Werbung, welche einem Kanzleivermerk zufolge am 11. Januar durch Joachim Constantiensis (Joachim Maler) überbracht wurde. Tags darauf trug Schweikhard — einem weiteren Kanzleivermerk zufolge — dem Rat offiziell das königliche Anliegen vor, welches wegen seiner Uebereinstimmung mit der Ravensburger Copie nicht nochmals protocolliert zu sein scheint. Die Credenz des Gesandten datiert vom 3. December 1534. (Ebenda). Dieselbe Werbung hatte übrigens ein anderer Abgesandter Ferdinands, Dr. Johann Voit, an die Städte Augsburg, Nürnberg, Ulm und Nördlingen gebracht, wovon Strassburg schon im December Kenntnis erhielt. Vgl. nr. 264.

² = ärger wird?

³ Von Michel Han verbessert an Stelle des ursprünglich geschriebenen 'behut'.

welcher new statuten und ordnung der armen unverständigen gemaind vorbitt, die ganz beschwerlich und unerleidenlich seiend und sonder allen zweifel zu nichten [sic!] mer dann zu gemainer aufrur und fürnemlich zu aus- tilgung aller ober- und erberkeit gemaind wurde.»

Ferner sei Thatsache, dass Botschaften fremder Potentaten¹ im Reich böswilliger Weise verbreiteten, der Kaiser und der König beabsichtigten, die Städte und andere der Religion wegen anzugreifen. Das sei völlig erlogen; denn der Kaiser und König gedächten nach wie vor, den Nürnberger Vertrag und den Landfrieden aufrecht zu erhalten. «darumb so wer ain grose und hoche notturft, auf die botschaften und ander, so dergestalt truglich die unwarheit fürtragen, ain vleysigs aufsehen zu haben; dann derselbigen handlung sei nichts anders, dann das [sie] bei disen gegenwurtigen geverlichen loufen zwuschen den stenden im hailigen reich deutscher nation gern unruw irrung und krig erwecken, dieselbigen stend an ainander hetzen, Deutschland damit in verwüstung und abfall pringen wellen, dardurch ire herschaften an ander orten iren willen dester stattlicher erlangen möchten².»

Er warnt vor den neuen Secten, «sonderlich wie sich die als obstet zu Munster erzaigen,» welche zu Empörung gegen die Obrigkeit Anlass geben, und bittet, «den ewern, uber die ir zu gepieten haben, kain mer neuwerung im glauben» zu gestatten, sondern bis zum Concil oder Reichstag, wo alsdann weitere Erörterung stattfinden werde, diese Secten möglichst zu unterdrücken. Bittet auch um Hülfe gegen Münster und verspricht, wenn die Städte sich willfährig erzeigen, gnädiges Entgegenkommen des Kaisers und Königs, welche «mit euch kunftiger handlung, so durch das bemelt concilium und reichstag gescheen soll, erwarten» werden.

nr. 331.

Damit man noch deutlicher des Königs Bemühungen zur Verhütung von Unruhen und Empörungen und zum Schutz der Obrigkeiten im Reich erkenne, teilt er mit, dass der Kaiser auf Ansuchen des Königs einen Orator und Räte sowie «ain treffentliche» Summe Gelds nach Deutschland geschickt habe³, damit im Notfall «von sölichem gelt kai. mt. stattlich hilf zu der gegenwer thun und also die gehorsam vor den mutwilligen aufrüren und emperungen schützen und schirmen möcht.»

Bittet nach nochmaliger Darlegung der kaiserlichen Absichten um Erklärung, «was sich kai. und kö. mten. in disem fal, so vor kunftigen angenden reichstag ainich aufrur oder emperung ensteen welt, die doch der allmechtig gnedig zu verhuten geruchte, mit hilf und beistand versehen solle und möge.» — Dat. fehlt⁴.

¹ Bezieht sich namentlich auf den König von Frankreich. Vgl. p. 232 A. 1 u. nr. 277.

² Anspielung auf Frankreichs Absichten auf Mailand etc.

³ Der Orator ist der Erzbischof von Lunden; vgl. dessen Briefe an den Kaiser bei Lanz II. Mit der «Summe Gelds» ist jedenfalls das Depositum in Augsburg gemeint, vgl. oben nr. 249, ferner Lanz II p. 121, 152, 159.

⁴ Vgl. p. 248 A. 1. — Strassburg teilte diese Werbung u. a. auch den Baslern mit, welche am 10. Febr. antworteten, sie hofften, dass die Meinung des Königs aufrichtig wäre, und dass unter den neuen Secten nicht etwa die Strassburger und die Eidgenossen verstanden würden. (Basl. Arch. Zeitungen.)

270. Antwort des Rats auf die Werbung Schweikhards von Gundel-
 nr. 269. fingen. Januar 15.

Str. St. Arch. AA 411. Conc. von der Hand Joh. Meyers mit Verbesserungen Jac. Sturms. Das Datum von Schreiberhand.

1) Bitte um ein Concil den Reichsabschieden gemäss. 2) Bruch des Friedens durch Schuld des Kammergerichts. 3) Missbilligung des Münsterschen Aufruhrs. Bedingte Hilfe. 4) Freude über des Kaisers friedliche Gesinnung. Abschaffung papistischer Missbräuche zu betreiben.

1) Was das Concil betrifft, so zweifelt der Rat nicht an des Kaisers und Königs Bereitwilligkeit, dasselbe zu veranstalten; doch bittet er den König, beim Kaiser daraufhin zu wirken, dass es den Reichsabschieden gemäss in Deutschland gehalten werde, und dass «mit gestattet werde, das durch den bapst, welcher harin mer fur ein part dan einen richter zu achten, solich concilium in welschland nach seinem gefallen angericht, durch welches dan die notwendig reformation *des Romischen stuls und siner angehörigen*¹ verhindert, und also kein bestendiger frid der kirchen erlangt werden möcht.»

2) Auf den Vorwurf, dass dem Nürnberger Vertrage und dem kaiserlichen Landfrieden zuwider gehandelt werde, «wollen e. k. mt. wir ganz underthaniglich berichten, das unseres teils wider den zu Nurnberg ufgerichteten kei. friden und stilstand nichtzig, sovil wir wissen haben, gehandelt worden, sonder wurt gegen uns durch etliche vermeinte procesz des kai. camergerichts in sachen die religion belangen und deren on mittel anhengig wider solichen friden und stilstand furgefaren,» wie das der König wahrscheinlich durch Sachsen und Hessen erfahren haben werde. Der König möge deshalb verschaffen, dass der Friede vom Kammergericht respectiert werde; Strassburg werde dann seinerseits demselben in allen Punkten nachkommen.

3) Bezüglich des Münsterschen Aufruhrs und der neuen Secten «sollen die kai. und e. ko. mt^{en} sich zu uns genedigst versehen, das wir ab deren von Munster handlung, auch der widerteufischen und andern secten, so dem wort gotz zuwider sich einreissen und zutragen, kein gefallens, sonder hochste beschwerd tragen; das wir auch dieselben in unsern gebieten und oberkeiten nit gedulden, sonder allen moglichen vleisz zu abwendung derselben mit hilf des almechtigen furwenden wollen, wie wir auch bisher gethan haben; und gedenken den unsern keinswegs einich neuerung wider die gethane bekantnus unsers glaubens, so wir kai. mt., unserm allernedigsten hern, zu Augspurg ubergeben haben, zu gestatten. wo auch die von Munster uf iren irtumen beharren und sich mit bericht gotlicher schrift davon nit abwenden wolten lassen, sonder dieselb durch ufrur oder ander unfuglich weg zu erbreitern und durchzutringen understuenden, also das zu widerstand desselbigen gemeine des h. richts stend einich hilf von nöten sin erkanten und sich deren verglichen, wollen wir uns neben und mit gemelten stenden, was wir zu thun schuldig, gehorsamlich und gutwillig erzeugen.

4) So ist nit one, das uns allerlei warnungen und betrowungen der vorhabenden rustung halber zukomen; wir haben aber denselbigen un-

¹ An Stelle der cursiv gedruckten Worte, die von Sturm herrühren, stand ursprünglich von Meyers Hand nur: «der kirchen».

hiehar kein beständigen glauben wollen geben, sonder alweg die underthanigst zuversicht zu der kai. und e. ko. mt., als unsern allergnedigsten hern, gehabt, si werden wider den zu Nurnberg ufgerichteten und bewilligten frid und stillstand niemands beschweren lassen; derhalben wir uns jetzt gethoner genedigsten vertroistung und zusag ganz underthaniglich halten und verhoffen wollen, die kai. und e. ko. mten. werden solichen ufgerichteten friden nit allein bis zu kunftigen reichstag, sonder auch furthin also genedigst halten und handhaben, domit frid und ruge im heiligen reich erhalten werde. so dan dazwischen, des wir uns doch bei den unsern nit besorgen und bei denselben moglichst vleisz mit der hilf gottes furkomen wellen, einich ufrur oder endporung endsteen sollte,» so möge der König auf Strassburgs Treue und Gehorsam gegenüber Kaiser und Reich volles Vertrauen setzen und nicht zweifeln, dass die Stadt neben und mit andern Reichsständen ihre Schuldigkeit thun werde.

«Doch so bitten e. ko. mt. wir ganz underthenigstz vleisz, sie wolle ein gnedigst gedenken haben, wie doch die offenbaren und von vil jaren her bekanten des Romischen hofs und seiner angehorigen miszbreuch abgestellt und vermog gotlichs wortz zu besserung brocht werden mochten; hoffen wir, es solte nit allein zu ableinung viler irtumb und secten, auch stillung des gemeinen mans, der sonst, so die also fur und fur geduldet, zu vilen unrug verursacht wurt, sonder auch der kai. und e. k. mt. zu ewigem rum und lob und gemeiner christenheit zu bestendiger rug und friden zum hochsten dienen.» — Dat. Fr. 15. Jan. a. 35.

271. Landgraf Philipp an die Dreizehn.

Januar 15.
Gudensberg.

Ulm. Arch. Ref. T. XIX. Copie.

Der Kaiser und König friedlich gesinnt. Ihre Besorgnis vor Unruhen der Zwinglischen durch die Hessischen Gesandten beseitigt. Strassburg u. a. sollen auf nächstem Reichstag den Verdacht zwinglischer Lehre von sich abwenden. Der Papst will kein Concil.

Dankt für die Mitteilungen (*) über die Werbung des Dr. Voit bei den oberländischen Städten. «und ist uns gesterigs tags von unsern reten, so wir an ko. mt. hove zu Wien haben, eben dieselbig meinung angelangt, das kei. mt. nit allein des glaubens sachen, sonder der Württembergischen und aller andern zeitlichen sachen halben, offensive etwas furzunemen, nit gesinnt sei, sonder das erlegt gelt zur defension und, gehorsam fride und einigkeit im reich zu erhalten, verordnet habe; und sei dasselb gelt zuvor uf den Württembergischen zuk, ob wir etwas weiter hetten wollen furnemen, verordnet gewesen. dise anzeuge [ist] inen von kai. mt. orator und etlichen köngischen in hohem glauben vor die ganze warheit angezeugt worden, also das wir die sachen nit anders verstehn noch glauben mögen, dann das solchs also des keisers und des königs gemüt und meinung sei, wie uns unsere ret geschriben und auch dise werbung inhelt. solte es aber nit die gestalt haben und hinder so guten worten ein anders stecken, so were es die gröszte untrew, die man erdenken möcht, das wir doch kei. und ko. mt. nit zuglauben. und wellen euch daneben nit bergen, das diejenige, so man fur zwinglisch achtet, bei dem kei. orator und der ko. mt. hoch verunglimpft

p. 248 A. 1.

p. 241.

nr. 269.

und vorgetragen worden sein, als solten si zu ufrur und ungehorsam begirde und lusten tragen. sonderlich auch weil der Württembergisch zuk also volendet, hat man die sorg, es werde durch die zwinglische und andere etwas weiter angericht; darumb kai. und ko. mt. bewegt, und wol zu vermuten, das nunne das erlegt gelt uf soliche sach verordnet und kei. mt. deshalb die haubtleut habe bestellen lassen. aber es haben unsere rete derjenigen halben, so fur zwinglisch gehalten, gegen dem kei. orator entschuldigung und bericht gethon, das wir uns versehen, der orator und auch der könig nummer einer andern meinung seien, und werde dabei pleiben. weil nun ein reichstag würt ausgeschriben, und da der zwinglische sachen halben auch möcht gehandelt werden, so alsdann ir und andere, die under dem namen der zwinglischen leer begriffen und verdacht seit, der vergleichung Melanctonis und Buceri anhangen und [euch] der emporung und des ungehorsams entschuldigen [werdet], als wir es dann davor halten und wissen, das ir im selbigen unschuldig seit, so werdet ir wol dabei gelassen und unbeschwert pleiben, und solt euch dernhalben zu uns aller gnad furderung und trost versehen.

p. 245 A. 3.

Es seie auch euch unverhalten, das uns unsere ret us Wien geschriben, wie des bapsts botschaft beim könig gewesen, und soll nit mit grossem willen abgescheiden sein; dann der bapst will das concilium nit haben, dergleichen andere grosse potentaten, daruber der kai. orator unwillig, und man versicht, der kaiser und konig noch mer. solchs haben wir euch gunstiger meinung anzeigen wellen,» etc. Dat. Gudensperg 15. Jan. a. 35.

272. Der Rat an Landgraf Philipp.

Januar 18.

Marb. Arch. (Stadt Strassburg). Ausf. Zettel ebenda.

Werbungen. Schreiben des Königs. Zettel: Casseler Gespräch. Cadaner Vertrag. Werbung Gundelfingens.

Die Mahnung des Landgrafen (*)¹, den Knechten innerhalb des Strassburger Gebietes zu untersagen, dass sie fremde Dienste annehmen, habe man erhalten und demgemäss gehandelt. Auch sei man im Begriff, selbst etliche Kriegsleute anzunehmen; auf die Werbungen in Schwaben und am Bodensee gebe man wohl Achtung. Dankt für die Zeitungen aus Münster und will sich «der gebur halten». Was das gleichzeitig übersandte Schreiben des Königs vom 4. Juli 1534 betreffe, so sei dasselbe «am dato so alt», dass es wohl nicht die Antwort des Königs auf die Werbung Michel Han's und Joachim Malers vorstellen könne. Bittet deshalb um Auskunft, ob noch eine andere Antwort vom König zu erwarten sei. Dat. Mo. 18. Jan. a. 35.

nr. 267.

nr. 263.

Zettel²: Bucer habe berichtet von «der gnedign wolhaltung, [so] e. f. g. ime bewisen»³, wofür der Rat dankt. Was das Verlangen des

¹ Wahrscheinlich in einem verloren gegangenen Zettel zu nr. 267.

² Undatiert, aber dem Inhalt nach hierher gehörig. (Vgl. namentlich das über die Werbung Gundelfingens Gesagte).

³ Sc. auf dem Casseler Gespräch.

Landgrafen betrifft, dass Strassburg bei Herzog Ulrich um Ratification des Cadanischen Vertrags werben solle, so glaubt der Rat, dass «solich unser ansuchn clain beweglich sein soll»; immerhin will er durch Jacob Sturm die Werbung thun lassen.

nr. 237.

Berichtet über die «verschinen zinstags» [Jan. 12] gethane Werbung Schweikhards v. Gundelfingen und sendet Copie der ihm erteilten Antwort. «und us demselbn werbn achten wir, das di furhabend werbung villeicht mer der habenden italianischen practiken, dann etwas anders halb furgenomen sein mocht, wi sich auch di haubtlut dessen offenlichen vernemen und horen lassen; jedoch wolln wir hieruber in dem nichtz verwarlassen.» — Dat. ut in literis.

nr. 270.

nr. 266.

273. Die Geheimen von Ulm an die Dreizehn.

Februar 1.

Ulm. Arch. Ref. T. XIX. Conc. Beilage Str. St. Arch. AA 452 f. 22. Copie.

Rüstungen zu unbekanntem Zweck. Zusammenkunft kaiserlicher Hauptleute.

Allenthalben um Ulm würden Knechte angenommen; es sei aber nicht bestimmt zu erfahren, zu welchem Zweck. Uebersenden Copie eines Briefes, den ein Hauptmann bei Mindelheim verloren, und den ein anderer aufgefunden hat¹, desgleichen Copie eines Kundschafterberichts. (Beilage.) Irgend etwas Sicheres sei aus alledem nicht zu entnehmen, doch spreche manches dafür, dass die Rüstung der deutschen Nation gelte. Bitten um Auskunft, was Strassburg von der Sache wisse. Dat. Mo. 1. Febr. a. 35.

BEILAGE.

Ulmer Protokoll eines Kundschafterberichts. Der Kundschafter meldet, dass die Hauptleute von Heideck, Christoph Truchsess, Marquard von Königseck, Bollinger Hennenkopf, Dachspurger, Max von Eberstein und der von Thamis am 27. Januar mit dem königlichen Pfennigmeister auf dem Schlosse Mindelheim eine Conferenz gehabt haben. Er hat dann weiter gehört, dass «ain verzug in die sach komen were», dass aber, wenn es losginge, Ebersteins Regiment «den vorzug haben», und dass der Musterplatz zu Schwaz sein sollte. Einige von den Hauptleuten hätten noch kein Geld empfangen. Act. Jan. 30. — Lect. (in Strassburg) Febr. 6².

¹ Copie im Str. St. Arch. AA 452 f. 21, d. d. Jan. 30. (Lect. Febr. 6). Der unbekante Schreiber sagt darin, er habe erfahren, dass der königliche Zug nur in das Etschland gehe; «da werd man mustern und an demselbigem ort ains frembden volks warten, darnach mit ainander von stund an wider herausziehen», und bis Pfüngsten werde man wieder zu Hause sein.

² Gleichzeitig mit diesem Kundschafterbericht muss Ulm noch Copie eines andern Berichts an Strassburg geschickt haben, der ebenfalls den Empfangsvermerk Febr. 6 trägt und sich im Str. St. Arch. AA 493 f. 10 findet. Er enthält eine Zusammenstellung der Gerüchte, welche den kaiserlichen Commissaren über feindselige Absichten der Evangelischen gegen den Kaiser zugekommen sind. Danach sollen die Städte und Wilhelm von Fürstenberg im Namen Frankreichs Knechte auf Wartegeld annehmen, und auch der Landgraf und die Seestädte sollen rüsten. Hamburg und andere Städte sollen schon 36 Fühlein bei einander haben. Die Bürgermeister von Ulm und Strassburg sollen zum Landgrafen gezogen sein, um ihn zum Obersten

274. Landgraf Philipp an den Rat.

Februar 2.
Cassel.*Thom. Arch. Ausf.*nr. 263
B. III.

Auf die Werbung der Sächsischen und Hessischen Gesandten habe König Ferdinand jetzt an das Kammergericht sowie an den Bischof von Augsburg geschrieben¹ und befohlen, dass sie mit «den beschwerden, processen und rechtvertigungen stilstehen, die fallen lassen und abstellen und in alwege den gewirkten Nurmbergischen Friden und Cadavischen vertrag halten und dem zuwider nichts furnemen.» Ausserdem habe der König einen Orator an Kammerrichter und Beisitzer geschickt, «ob die den bevelch nit gleich verstehen wollten, der sie unterrichten soll, solchem irer ko. mat. bevelch zu pariren und zu gehorsamen». — Dat. Cassel Di. purif. Mariae a. 35. — Lect. Febr. 11, relect. Febr. 13.

275. Die Dreizehn an Landgraf Philipp.

Februar 2.

Marb. Arch. (St. Frankfurt). Ausf.

nr. 268.

Teilen mit, in welcher Bedrängnis am Kammergericht sich Frankfurt befinde, und bitten dringend, der Landgraf möge auf Mittel denken, wie der Stadt zu helfen sei, etwa durch Intervention bei König Ferdinand, bei Mainz oder Kurpfalz. Der Umstand, dass Frankfurt nicht in der christlichen Vereinigung sei, dürfe ihn davon nicht abschrecken. Dat. Di. 2. Febr. a. 35.

276. Landgraf Philipp an den Rat.

Februar 4.
Cassel.*Str. St. Arch. AA 462 f. 19. Ausf.*

Ubersendet ein Gutachten des Kurfürsten von Sachsen über den Vergleich zwischen Bucer und Melanchthon, ferner über die Erstreckung des christlichen Verständnisses und die Aufnahme Augsburgs². (nachdem nu

über alles Kriegsvolk zu machen. Der Landgraf soll auch 45 Stück Büchsen nebst Zubehör bei einander haben, und von Stuttgart aus schicke man alle Knechte nach Hessen. «item im beschluss, es sei zu besorgen, Ro. kai. mt. und ire comissarien ligen zu lang in der feder, dardurch kai. und kön'nten merern und grössern onrat ensteen mögen dann in nechster handlung mit dem land Wirtemberg.» — Dieser Bericht ist einem Brief entnommen, der an einen königlichen Hauptmann gerichtet war und den Memmingern in die Hände fiel. Memmingen schickte ihn am 25. Jan. an Ulm (Str. St. Arch. AA 2025), und dieses an Strassburg. Vgl. über diese sonderbaren Befürchtungen vor evangelischen Angriffen auch die Briefe Lundsens an den Kaiser bei Lanz II nr. 375 ff.

¹ Copien beider Schriften liegen bei, d. d. Wien, 6. Jan. 1535. In dem Brief an den Bischof handelt es sich speciell um Abstellung einer Beschwerde Memmingens. Vgl. p. 242 A. 1.

² Liegt bei, d. d. Jan. 27, gedruckt bei Neudecker Act. 96. Der Kurfürst teilt darin mit, seine Theologen seien zwar mit der Concordie Melanchthons und Bucers einverstanden, wünschten aber die ausdrückliche Versicherung zu haben, dass die einzelnen oberländischen Städte und deren Prediger mit Bucer übereinstimmten. Was die Erstreckung des Bundes und die Aufnahme Augsburgs betrifft, so meint er, man könne in Anbetracht der gnädigen Antwort, welche König Ferdinand auf die Beschwerden gegeben (nr. 274), die von den Städten gewünschte Tagsatzung (nr. 250) bis zum nächsten Reichstag verschieben,

solich des churfürsten fergeben über unsern verstand ist, dan wir nit abnemen mugen, wo sichs hintragen oder zu verstehen sein wil, so begeren wir gunstiglich, ir wollet demselbigen nachtrachten und uns uwer bedenken und gutmeinung, wie es zu verstehen und was darin zu thun sein wil, daruf anzeigen.» — Dat. Cassel 4. Febr. a. 35. — Lect. Febr. 20.

277. Georg Besserer an Bernhard Besserer¹ und (mutatis mutandis) an Jacob Sturm.

Februar 5.
[Ulm].

Ulm. Arch. A X 4 b. Conc.

Fürstenberg bittet unter dem Vorwand eines Einverständnisses zwischen Frankreich und den Städten um Begünstigung der französischen Werbungen gegen den Kaiser. Entrüstung über Fürstenbergs Hinterlist. Mandat gegen fremde Kriegsdienste zu erlassen.

Berichtet in Sachen des Bairischen Bündnisses, «das heut ain hauptman von herzog Wilhelm, Jeorg Franck genannt, bei mir erschinen und mir zu erkennen geben, das er aintweder heut oder morgen 14 tag zu Paris ausgeriten und daselbst von wolgemelten graf Wilhelmen² bevelch empfangen, sich zu herr Jacob Sturmen zu verfuegen und ime zu endecken, das er dem ko. von Frankreich eröffnet, was mit Straszburg und uns gehandelt, also das dem könig dieselb handlung wol gefall, und sich dagegen gegen herzog Wilhelmen und uns aller gnaden erpoten hab, und das er, der konig, daruf verordnen wol zehentausent knecht, die uns helfen sollen; dann der kaiser stund in solicher rüstung als kain kaiser darinnen nie gewesen, des gemuts, gegen den evangelischen stetten zu handeln, damit auch ain fursten zu uberziehen, und sei deshalb ufsehens not; mit disem des hauptmans weitem bitten: das Urban von Weiszenhorn bevelch trüge, etlich knecht zu ufenthalten; darumb, so es an uns alhie keme, sollten wir das gestaten, so doch die sach uns dienen würd. was fur ain geuerlich falsch und ubel [mer]?³ dis, das wir ain erdichte unwarhafte ursach dem Franzosen sein sollen, dardurch er sich füglich mit uns zu verkaufen und sein vorhaben von unsern wegen dargeraicht zu sein, wider unser allergnedigst herrn Ro. kai. und ko. mt. understat, uf im tregt, konden wir, über das wir kainer handlung mit dem Franzosen nie gedacht, auch ungerne nie gedanken in uns ufkomen lassen wollen, nicht gnug gnug anzaigen. dann diser der welt geschwindigkeit macht mich so laidig, das ich jetzt nicht zeit hab, dir das alles zu erofnen. du kannst aber erachten, das dis dir und mir zu dem aller verpfannlichsten⁴ und nachtailigsten; dann wo graf Wilhelm über und wider unser jedesmals gegeben antwort und das wir uns sonderlich alles nicht einlassens mit höchsten fleisz geflissen [?] und gesorgt, das uns jetzt begeren, uf dem beharren, als so wir anderst dann beschehen geantwort, und das mit gewalt und ainem trutz, darinnen er vor mer sachen hinausgepracht, hinausfüren

nr. 266.

¹ Derselbe war damals als Abgesandter Ulms auf dem Tage zu Donauwörth. Vgl. nr. 279

² Sc. von Fürstenberg.

³ Zweifelhafte Lesart, vielleicht «mer» = Märe, Nachricht.

⁴ = verhänglichsten?

[wurde], wurt uns baiden zu dem vordersten und dann ainem erbern rat zu unwiderbringlichen mangel und schaden raichen; welches ubels gegenwurf und wie dasselb mit taugenlichen mitlen zu bessern und zu wenden, wol zu bedenken, und sonderlich das dis gemainer statt zu verderben und zergang gelangen möchte. darumben ich dann mit dem alten burgermaister Ulrichen Neithart und W. Ehinger davon auch gehandelt, und bei denen gleiche sorgveltigkeit auch funden so weit, das wir uns mit ainander verglichen, hern Jacob Sturmen das alles auch zu eröffnen, umb die antwort, so er disem Francken gegeben, was deshalb bei im erworben, und wie sich zu erledigung diser beschwerden zu schicken, anzuhalten; und vermain dabei neben, die weil die hauptleut von des Franzosen wegen knecht anzunemen im werk, das zu öffentlicher entschuldigung gut were, wo wir ain gemain ruf erschellen liessen, das nimant der unsern kainem herrn dann allain der kai. mt. zuziehe, noch denen dienete.» Doch stelle er das, was zu thun, in Bernhards weiteres Bedenken; derselbe möge recht bald seinen Ratschlag zuschicken. Inzwischen werde wohl auch Sturms Antwort eintreffen. «Dat. freitags nach unser lieben frawentag liechtmesz a. etc. 35.»

278. Die Dreizehn an die Geheimen von Ulm.

Februar 6.

Ulm. Arch. Ref. T. XIX. Ausf.

nr. 273. Antworten auf die Anfrage Ulms vom 1. Februar, dass sie bezüglich der
nr.269u.70 Verhandlungen Schweikhards von Gundelfingen in Strassburg
nr. 271. und übersenden das Gutachten des Landgrafen vom 15. Januar, dem sie zustimmen. Da der Kaiser viel Geld nach Genua geschickt habe und grosse Rüstungen zur See vornehme, so sei es wahrscheinlich mehr auf fremde Nationen als auf Deutschland abgesehen. «dann je und sonder zwivel di Romisch kai. und ko. mt. ir gewisse botschaften auch habn und wissen, das weder bi unserm g. hern dem landgraven oder den erbarn steten einich gegenrustung [sich] befinden, dadurch si verursacht mochten werden, wider ir erbiten ichtz in Teutschland furzunemen.» Andererseits sei in Ungarn und namentlich in Tunis gegen Barbarossa grosse Rüstung nötig. «Dat. sambstag sexta februarii a. 35.»

279. Jacob Sturm an die Dreizehn.

Februar 7.
Stuttgart.

Str. St. Arch. AA 449. Orig.

Hat Herzog Ulrich nicht getroffen. Tag zu Donauwörth. Schreiben König Ferdinands. Baiern hat mit dem Ulmer Gesandten in Donauwörth nichts gehandelt.

«Uf heut dato bin ich alhie zu Stutgarten vormittag ankomen und hab m.g. hern herzog Ulrichen nit funden, sunder ist sin f. g. vor vier tagen hie verritten. es hat aber m. g. her, grave Jerg, sin f. g. ein boten zugeschickt, wo ich zu sin f. g. komen solle, mich wissen zu lassen; das will ich also erwarten. sovil ich vernime, ist die sach, dorumb ich

rite, schon usgericht¹. mir hat Jerg Besserer, burgermeister zu Ulme, geschriben (*), wie sich die kai. comissarien etwas rauhe gegen den stetten uf disem bundstag zu Thonawwerde vernämen lassen, und sei die sach also gestaltet, das er sich nit versehe, das ein pund ufgerichtet, der den stetten annämlich sein wölle. daneben hat er mir hie beigelegte neue zeitungen zugeschickt» (*), sowie das Schreiben König Ferdinands vom 4. Juli 1534, welches Strassburg bereits vom Landgrafen erhalten habe. «sovil ich aber us sin, Jerg Besserers, schriben abnimme, soll es die antwort sin uf gemeiner stett werbung durch Michael Hanen und Joachim Maler beschehen. wo dem also, wer nit vil usgericht worden. der alt Besserer², wie ich von sinem sone vernime, ist noch nit vom bundstag wider heimkomen, wiwol viler fursten botschaften verritten; doch soll Beiern, Salzburg, bischof von Augspurg und des kunigs botschaften auch noch do sin. der fursten von Beiern botschaft hat nichts mit dem Besserer uf grave Wilhelms von Fürstenberg anbringen gehandelt, sich auch nit mit einem wort gegen ime vernemen lassen, also das ich acht, es solte dieselb handlung auch ir entschaft haben.» — Dat. Stutgarten Sa. n. Agathe a. 35.

nr. 264.

nr. 272.

nr. 261.

280. Aufzeichnung über Mitteilungen Jacob Sturms bezüglich der Verhandlungen Wilhelms von Fürstenberg³.

[Februar].
[Stuttgart?]

Ulm. Arch. A. X 1 b. Conc.

Charakteristik Fürstenbergs. Bund Baierns mit Frankreich. Entschuldigung Frankreichs bei den Städten wegen Verfolgung der Evangelischen. Eigentlicher Zweck der französischen Praktiken.

«B. H.⁴ sagt er, es sei nicht weniger, er hab das also bedacht inmassen wie er dann geschriben, aber konnt wol erachten, das graf Wilhelm, ain zorniger her, aber gleichwol dahin gericht, stets sein vortel zu bedenken, und irr in nicht, wann es in gar nicht von der han bring, was man im doch einrede, muge auch das gern leiden, wann im nur noch ain loch offen beleib, so hab dis kainen mangel und er dannoch bei seinem vortel gelossen werde; und derhalben, wo ime schon das schreiben also beschehen were⁵, vermainte er nicht, das er darob gestutzt hett, sonder achtet fur gewiszer, das er ain andere flucht gesucht und gleich so bald gesagt haben mecht, er

¹ S. oben nr. 272. Es handelte sich um die Ratification des Cadaner Vertrags, gegen den sich Herzog Ulrich namentlich wegen des Artikels von der Afterlehenschaft bisher gesträubt hatte. S. oben p. 216 A. 2. Erst kürzlich, gegen Ende Januar, hatte er sich zur Nachgiebigkeit bequemt (Heyd III 25), wodurch dann Sturms Intervention allerdings überflüssig wurde.

² Bernhard Besserer, vgl. nr. 277.

³ Es ist dies die Antwort auf Besserers Brief vom 5. Februar (nr. 277), den Sturm wahrscheinlich in Stuttgart erhielt, als er daselbst am 7. Februar eintraf (s. nr. 279). Vermutlich gab er dem Besserer oder einem Vertrauten desselben obige Mitteilungen mündlich zu Protokoll. Das Schriftstück ist ausserordentlich flüchtig concipiert.

⁴ Die Bedeutung dieser beiden Buchstaben weiss ich nicht zu erklären.

⁵ Nach dieser Andeutung zu schliessen, hatte Ulm heabsichtigt, dem Grafen in einem Schreiben seine Hinterlist vorzuwerfen.

- nr. 277. hett im das nicht bevolen und darob sich aines zorns der letzen J. Franck handlung anmassen. er, her Jacob, handle mechtig ungeru mit ime, konde sein nicht los werden, und wisz wol, das er sein nicht muessig gang, bis das er sprech: lieber, laszt mich zufriden. dann er steck vol so viler practicken, das er sich sein weder zu beladen noch anzunemen wisse, und was er einem [?] do zaig, sei es gewisz, das es am andern ort zu finden. under anjerm hab er im gesagt, das h. W.¹ mit dem könig in ain buntnus komen, das geschehe ime, dem könig, nicht zu ainem vortel sonder zu nachtail; dann das sei gewisz, das der könig wol wisz, was im h. W. gethan; das werde im us dem herzen leichtlich nicht komen, und konden sie zu baiden tail dasselb ainander nicht vergessen. underdes [?] wider zu der handlung gelenkt, bericht er mich der sachen, wie die Jacob Truchsesz² furgebracht, und hab ain instruction an in [?], die 13 gehapt und an die baiden Besserer, und sei des fürnemens gestanden, dieselb instruction, von dem ko. F.³ ausgegangen, denselben baiden hern Besserer zu verkunden. er habs im aber mit dem ausgeredt, das es nicht not thue.» In der Instruction habe nur eine Entschuldigung des Königs wegen seiner Verfolgungen gegen die Evangelischen gestanden. «gleichwol hab er, her J. Stu[rm], mit Ja. Truch. anfahren für sich selbs zu reden, wölicher gleichwol auch seinem vortel nachgot, aber dannoch ain ander gemut hat dann der vorig, mit anzaig, man spurte dannoch, was sein könig in willen hett, und wiewol er sagen dörfe, die erbern stett bei iren alten freihaiten und gewonhaiten zu beschutzen, so sei es im doch daran gelegen und steck in sein gemut hierinnen, das er main, man soll im gestaten, die knecht also in unsern stetten anzunemen und <zu>passiern zu lassen. darumben sei es erdacht; es werde aber nicht geschehen, und ob sein konig das nit gern hette. und sei also von im abgeschaiden und ine vor gehorter massen verwisen.» — Dat. fehlt.
- nr. 260.

281. Landgraf Philipp an die Dreizehn.

Februar 15.
Cassel.*Str. St. Arch. AA 462 f. 24. Ausf. Abschrift im Thes. Baum.*

Glaubt nicht an feindliche Absichten des Kaisers. Kammergericht. Luther und Melanchthon über die Concordie.

Antwort auf Strassburgs Mitteilungen (*) über Kriegsgerüchte. Dieselben Nachrichten seien ihm auch aus Ulm zugekommen⁴; «aber wir geben dennoch dergleichen fleyungen⁵ [*sic!*] keinen glauben und halten es genzlich davor, — es sei dann kein trew oder glaub mehr bei den menschen —, es werde kei. und ko. mat. mehr gneigt sein, friden und einigkeit in teutscher nation zu suchen, dan ufrur und widerwillen zu erwecken.»

¹ D. h. Herzog Wilhelm von Baiern.² Der Rat Ulrichs von Württemberg? Vgl. oben nr. 227.³ D. h. König Franz.⁴ Nämlich die am 1. Februar von Ulm an Strassburg geschickten Kundschaftsberichte, oben nr. 273.⁵ Bedeutung? = Verläumdungen?

Vom Kammergericht werde man voraussichtlich jetzt nicht mehr beschwert werden, nachdem der König abermals an dasselbe geschrieben. Ausser dem letzthin überschickten Brief des Kurfürsten bezüglich der Concordie habe er jetzt auch von Luther und Melanchthon Briefe empfangen, deren Copien er beifüge¹. «die wollet auch in bedenken nemen, und weil wir der dinge, was die uf sich haben, nit grundlichen verstand faszen mogen, uns allenthalben ewer gutbedunken, was ferner darin zu thun sein moge, in schriften vermelden. so sol an uns moglicher vleis furgewendt werden, dan an solcher sach hoch und vil gelegen, damit weiter ergernus und der merklich nachteil des evangelii verpleiben und vermiten werden moge.» — Dat. Cassel Mo. n. invocavit a. 35. — Lect. Febr. 25.

nr. 274.

nr. 276.

282. Landgraf Philipp an die Dreizehn.Februar 15.
Cassel.*Thom. Arch. Ausf.*

Antwort auf das Schreiben vom 2. Febr. «wiewol die von Frankfort uns ursach gegeben, das wir uns irer sachen entschlugen», so sei er doch bereit, ihnen zu helfen; nur sei es schwer, Mittel dazu zu finden; «dan ir wisset, das sie in unser christlichen verstentnus nicht begriffen, auch was vleisses ir und wir furgewendt, sie in soliche verstentnus zu bringen; derhalben wir nicht fug haben, uns irer anzunemen.»

nr. 275.

nr. 35,69.

Er habe dem Erzbischof von Mainz laut beiliegender Copie geschrieben²; denn er glaube, der Erzbischof werde die Vermittlung des Pfalzgrafen lieber sehen als die seinige³. Dat. Cassel Mo. n. invocavit a. 35. — Lect. Febr. 25.

283. Jacob Sturm an Landgraf Philipp.Februar 21.
Strassburg.*Marb. Arch. Orig. Regest bei Rommel II 349. Ein Stück bei Hassenkamp II 421
Ann. 5.*

Sachsen habe anscheinend keine Lust zur Erstreckung des Schmalk. Bundes. Deshalb ein oberländischer Bund aufzurichten. Herzog Ulrich dazu geneigt. Heidenheim.

Antwort auf das Schreiben vom 4. Febr. «wiewol mine hern hern Martin Butzern, so jetz nit anheimisch, sonder wider gon Augspurg berüft, zuvor hierunder hören wollen, so hab ich doch us dem underthänigen vertrawen, so zu e. f. g. ich trage, nit underlossen mögen, daneben

nr. 276.

¹ Liegen bei. Luthers Brief d. d. Jan. 30 ist gedruckt bei De Wette IV 587, Melanchthons d. d. Febr. 1 im Corp. Ref. II 835. Luther erklärt, dass er zur Concordie bereit sei und dass er im allgemeinen an die Aufrichtigkeit und den guten Willen der Oberländer glaube; aber weil auf beden teilen noch nit alle seind erforscht oder umb ir herz befragt, so könne man vorläufig noch nicht zu schliesslicher Einigung kommen, wie denn überhaupt eine so grosse Sache nicht plötzlich auf einmal vollbracht werden könne. Melanchthon seinerseits sucht Luthers Zögern nicht nur zu entschuldigen, sondern als der Concordiensache dienlich hinzustellen. — Des Landgrafen Antworten an beide d. d. Febr. 15 s. in Briegers Ztschr. f. Kirchengesch. IV 136 ff.

² Ebenda: der Landgraf bittet unter Hinweis auf den Nürnberger Frieden, der Erzbischof möge den gütlichen Vorschlägen des Pfalzgrafen Gehör schenken.

³ Laut Concept im Marb. Arch. hat der Landgraf mutatis mutandis dasselbe auch an Frankfurt direct mitgeteilt.

- für mich selbs zu schreiben, das ich nit wenig befrembdens trage, wofür man
 der andern oberländischen prediger und der stett regenten glauben oder bekantnus
 hierin erfordern, so doch her Martin Butzer dem Melanchtoni, wes er
 p. 245 A. 3. bi allen oberländischen predigern erlangt, genugsam verstendigt und berichtet,
 also das er, meister Philips, gesagt soll haben, wo er sovil gewalts und bevelchs
 von doctor Luthern und den sinen hette, wer die sach schon richtig. so
 nr. 138. haben wir von den obern in stetten vorlangest zu Schweinfurt in die Sachsisch
 confession bewilligt neben unser confession, die derselben nit widerwertig;
 derhalben ich dise antwort nit anders dan für ein hofflichen ufzug achte,
 und das minem genedigsten hern dem churf. oder siner churf. g. räten
 villicht nit geliebet wolle, dise verstentnüs weiter zu erstrecken oder Augs-
 purg oder andere meer inzunämen. wo nun solichs die meinung, — wie e.
 f. g. us anderen hievör usgangnen schriften und sonst on zweivel wol ver-
 merken mögen —, solt haben, und dan e. f. g. hievör geschriben, das
 nr. 236. mit e. f. g., Wirtenberg und andern wol als ein guter verstand als diser
 ufgericht werden möcht, so hab ich doch für mich selbs als einer, der ein
 sonder vertrauen zu e. f. g. setzet, nit underlossen megen, solich min
 bedenken derselben anzuzeigen; ob e. f. g. uf soliche wege gedechte, acht
 ich, die solten lichtlich zu wegen brocht werden; und sonderlich, dweil ich
 nr. 294. verstand, das e. f. g. und m. g. her von Wirtenberg in kurzem zusammen-
 kommen sollen, hoff ich, e. f. g. solten der sachen wol ein anfang machen
 mögen. ich hab auch der sachen halb, wiewol allein für mich selb, allerlei
 nr. 287. reden mit m. g. hern, herzog Ulrichen, gehebt, als ich jungst der
 nr. 279. ratification halber zu sin f. g. bin geschickt worden, und geneigten willen
 nr. 259. bi sin f. g. funden, allein das mit Ulme der pfandschaft Heidenheim halber
 es allerlei bedenkens haben will, dem villicht auch rat geschehen möcht.»
 — Dat. Strassburg So. reminiscere a. 35.

284. Landgraf Philipp an den Rat.

Februar 28.
Cassel.*Thom. Arch. Ausf.*

Da er in Sachen seines Fürstentums sich «ein kurze zeit usserhalb lands zu begeben willens» sei¹, so bitte er, Strassburg und die andern oberländischen Städte möchten in seiner Abwesenheit seinen Räten auf deren Ersuchen mit Rat und That behilfflich sein. Dat. Cassel So. Oculi a. 35. — Lect. März 18².

285. Die Dreizehn an Landgraf Philipp.

März 4.

Marb. Arch. (Schmalk. B.) Ausf.

Tag zu Donauwörth behufs Erneuerung des Schwäbischen Bundes. Augsburg schlägt die Bedingungen zur Aufnahme aus. Nürnberg zeigt sich nachgiebig, Ulm fordert Bedenkzeit. Neue Tagsatzung zu Lauingen. Befürchten, dass die Städte sich auf den Bund einlassen.

Berichten über den Tag zu Donauwörth behufs Erneuerung und Er-

¹ Er reiste nach Wien zu König Ferdinand, vgl. nr. 286.

² Strassburg antwortete hierauf am 19. März bejahend. Marb. Arch. (Strassburg).

streckung des Schwäbischen Bundes¹. Baiern, Brandenburg, Salzburg, die Bischöfe von Augsburg, Bamberg und Eichstädt hätten « in ain neue bundseinigung bewilligt. und wiwol sich die erbarn stet anfenglich unternomen, einhellig andwort zu gebn, und usnemung der religionsach und gaistlich jurisdiction begert, so habn doch di kai. commissarien inen geandwurt, dieweil der stet handlung und mainung in religionsachn nit gleich, nemblich und dieweil etlich di reichsabschid angenommen, etlich dawider protestirt und mit der kai. mt. ain sondern friden deshalb eingangn, und etlich wol di abschid nit angenommen, aber der kai. mt. sonst zusagens gethan, in der religion und gaistlichn jurisdiction sachn nichtz zu newern, und dasselbig pillich zu halten schuldig, das si dann nit gleichhellig andwort hierin kondten gebn, und also die sach nach vilerlai handlung zuletzt dahin bracht, das denen von Augspurg beigeslossen mittel mit A bezaichnet furgeslagen², welcher gestalt si in solchen bund angenommen werden solln. daruf di von Augspurg solchs abgesehen, wi di copei desselbign mit B³, und die commissarii dabi angezaigt, si von Augspurg sliessen sich selbs aus. aber den beden steten Ulm und Nurmberg seien mittel uergebn, inhalt der copi mit C⁴. daruf dann die von Nurmberg den articul der religion bewilligt, und so sie sich in anderm vergleichn kunden, werden si den bund annemen; haben sich auch erpoten, bi den beden steten Ulm und Augspurg, mit denen si in pundnis, desglichn Nordlingn, Swebischn Hall, Heilprun, Dunkelspuhel, Windsheim und Weissenburg am Norkau vleis anzukeren, das sie es auch dermassen annemen solln. di von Ulm aber habn bedacht genomen, und ist ain anderer pundstag uf misericordias domini itzo negstkomend [April 11] gein Laingen ernent, daselbst deshalb zu sliessen⁵. dieweil nu wol zu achten, das di stet, so noch dem hebstischn glauben anhangn, solchs auch nit waigern werden, und di von Nurmberg hoffnung gebn, andere stet, von den si gewalt habn, auch dahin zu bewegn, ist nit wenig zu besorgen, es mocht Ulm und Augspurg auch dahin gedrungen werden, solich pundnis inzugan; zu was verhinderung des laufs gotlichen worts, dahin es dann durch di commissarien und andere pundsstend gericht, solichs kunftiglich dienen wurde, haben e. f. g. us hohem verstand selbs zu ermessen.» Bitten nachzudenken, «welcher mas diser nachtailig handel furkomen werden mocht»⁶. — «Dat. donrstags quarta martii a. etc. 35.»

¹ Vgl. Spiess Geschichte des kaiserlichen neunjährigen Bundes. Die ausführlichen Acten über diesen Bundestag, namentlich soweit sie die Städte Ulm und Augsburg betreffen, s. im Str. St. Arch. AA 359. Sie stammen wahrscheinlich aus der Ulmer Kanzlei.

² Ebenda. Die Abstellung aller religiösen Neuerungen wird darin zur Bedingung der Aufnahme in den Bund gemacht. Wegen etwaiger späterer Neuerungen sollte sich die Stadt vor dem Bundesgericht zu verantworten haben.

³ Ebenda.

⁴ Ebenda: Wegen solcher Dinge, die sich vor dem Nürnberger Frieden zugetragen, sollten sie unbehelligt bleiben, dagegen in allem, was sich nach dem Frieden begeben hätte oder noch begeben würde, auch in Glaubenssachen, vor dem Bundesgericht zu Recht stehen.

⁵ S. den Abschied des Tages zu Lauingen bei Spiess 148. Vgl. unten nr. 292.

⁶ Die den Landgrafen vertretenden Räte (nr. 284) erwiderten am 13. März, dass sie über die Donauwörther Verhandlungen weiter an ihren Herrn berichtet hätten, und ermahnten die Städte, sich nicht vom Landgrafen trennen zu lassen. (Thom. Arch.).

286. Landgraf Philipp an Jacob Sturm.

März 10.
Leipzig.*Marb. Arch. (Corr. Philipps) Conc. Regest bei Rommel II 528.*

nr. 283.

Antwort auf Sturms Brief vom 21. Febr. «sovil die verstentnus belangt, wollen wir im selbigen, weil wir jetzo auszerhalb lands sein, unser bedenken nemen bis zu unser widerankunft.» Er sei jetzt unterwegs zu König Ferdinand und hoffe, bei demselben etwas Gutes auszurichten. Dat. Leipzig Mi. n. laetare a. 35.

P. S. «Ich hab zu der verstentnus einen guten gefallen, so sie uf leidlich wege gemacht wurde. ich reit itzt zum konige der ursach, das der argwon uf beder seiten ausgelescht wurde, als nemlich, das sich ein teil für den andern besorge¹, und gewiszlich sollet ir, die oberlendischen stedt, euch zu mir versehen, das ich mich von euch nit trennen und alles gut erzeigen will, auch der gutthat, di sonderlich Straspurg mir gethan, ingedenk und dankpar sein will.»

287. „Vertraulich herr Jacob Sturmen anzaigen, was er mit herzog Ulrichen gehandelt.“

März 15.
[Esslingen?]*Ulm. Arch. Ref. T. XIX. Protokoll des Ulmer Geheimschreibers.*

Befürwortet einen oberländischen Bund der Evang. Herzog Ulrichs Antwort. Zwist Ulrichs mit Ulm wegen Heidenheim.

«Die verstentnus belangend, hat her Jacob mit herzog Ulrichen vermög des jungsten abschids, der erbern ainungsverwanten stett halber zu Eszlingen gemacht², gehandelt disze mainung: das irn fürstlichen gnaden noch nichtzit von kainer buntnus gelegners sein möcht, dann so sie sich mit dem lantgrafen zu Hessen, der statt Straszburg und den oberlendischen stetten in buntnus begeben, in erwegung, das der lantgraf rewter, er herzog Ulrich knecht, und die erbarn stett geschutz darzulegen hetten. dis könnit ir f. g. basz fruchten und uffenthalten, dann so sie sich mit denen, so nicht irer g. thuns und glaubens, oder auch mit dem churfürsten zu Sachsen oder andern weitlegnern verbenden und in verainigung schickten.

Dagegen ir g. geantwurt, man dürfte dero gar nichtzit und was zu sie doch gut wer. der lantgraf were zum könig, und auch der herzog von Brunschwigg; meinet sein väter, den könig, zu fachen³; er sollt in

¹ Vgl. über Philipps Verhandlungen in Wien Lundsens Brief an Karl V bei Lanz II nr. 400.

² Der Esslinger Städtetag vom 8. März war hauptsächlich wegen der Münsterschen Angelegenheit berufen (nr. 331); indessen kamen auch Angelegenheiten der evangelischen Einigung zur Sprache, darunter namentlich die wichtige Frage der ‚Erstreckung‘ des Bundes. (Vgl. oben nr. 283). Es wurde beschlossen, den Kurfürsten von Sachsen nochmals ernstlich durch eine Botschaft um Förderung dieser Angelegenheit zu ersuchen. (Vgl. jedoch unten nr. 290). Da aber die Zuversicht auf eine Zusage des Kurfürsten nicht gross war, so sollte Sturm schon jetzt mit Herzog Ulrich wegen eines anderweitigen Bündnisses Rücksprache nehmen. Ulm. Arch. Ref. T. XIX.

³ = fangen, für sich gewinnen? Vgl. Lanz II nr. 400.

wol fachen. so verbende man sich auch sonst allenthalben, aber sie durften es nicht. er, der herzog, hette auch nach dem Nurnbergischen friden in der religion enderung gethan; sollt er uberzogen werden, muszte ers erwarten, und die sach also gott empflochen (*sic!*)¹. und hat das alles uf das widerspil gemaint, als wollt er anzaigen, jederman sehe sich umb ain schirm und rucken umb, und wir seszen als darhinder still. achtet her Jacob, er trag schir der sachen verdrusz, das man nicht zu der handlung greif. er, der herzog, hette sich auch versehen, er sollte zu dem lantgrafen in kurz, davon er dann mit im gerecht haben moecht, komen sein; es sei aber gehindert worden.»

Bezüglich der Herrschaft Heidenheim habe der Herzog diesmal gar nichts gesagt; doch sei aus seinen früheren Reden zu entnehmen, « das im dieselb herrschaft an dem weg gegen einen e. rat² leg, und schier ein ungnad darus entkaimen wollte ». Ulm möge deshalb die Vermittlung des Landgrafen anrufen, der sich schon früher selbst dazu erboten habe. Act. Mo. n. judica a. 35.

nr. 259.

288. Der Rat von Esslingen an den Rat von Strassburg. März 15.

Str. St. Arch. AA 441. Ausf. Beilagen ebenda. Ausf.

Uebersendet zwei Briefe, den einen vom Kaiser, den andern vom Kurfürsten von Sachsen, die er heute von Ulm zur Weiterbeförderung an Strassburg erhalten hat. (S. Beilagen.) Bittet, da Esslingen Briefe gleichen Inhalts empfangen habe, um Strassburgs Gutachten, was dem Kaiser zu antworten sei. Dat. Mo. 15. März a. 35. — Pr. März 20.

BEILAGEN.

A. Kaiser Karl V an den Rat von Strassburg. Januar 1. Madrid.

Bittet den Verläumdungen, als ob er die Protestierenden überziehen wolle, keinen Glauben zu schenken.

«Ersamen lieben getrewen. wir setzen in kain zweifel, ir habt unser gnedig christlich gemuet und mainung der strittigen religionsachen halben, dieselb durch guetlich fridlich weg und mittel zu verainigen, bisher vilfaltig und scheinparlich auf unsern gehalten reichstagen und sonst gespurt und befunden; und sonderlich, als jungst zu Regenspurg die sachen auf ain gemain concili beratschlaget und beschlossen, haben wir zu abstellung aller thatlicher handlung unruhe und emporung, die aus solchem zwispalt der religion halb entston mochten, mitlerzeit ainen frid und stillstand zwischen allen stenden aufgericht, in das reich verkunden, auch unsers tails an solchem friden kain mangl erscheinen lassen, dergleichen wir dan auch kunftiglich zu thuen gnediglich gewillt und genaigt und billich gueter zuversicht sein, ir und ewer zuegewandten werden demselben anstand und friden gemesz sich

p. 168.

¹ Wohl verschrieben für «empfohlen».

² Sc. von Ulm.

- nr. 269. auch gehorsamlich halten. und aber über solchs [sind] wir jetz glaublich bericht, wie etlich im heiligen reiche hin und wider webern und bei euch und ewrn zuegewandten angeben und einbilden sollen, als ob wir des furnemens und ubung weren, euch und ewer mitverwonten der religionsachen halber mit gewalt zu uberziehen und zu strafen, und villeucht durch solch ir furgeben und anbringen understeen, euch und ander zu thatlicher handlung ungehorsam emporung oder derglichen unruhigen sachen zu bewegen und zu practiciren.» Wiewohl er nun hoffe, dass Strassburg diesem Gerede keinen Glauben schenken und sich dadurch nicht «zu unzimlichen unfriedlichen sachen bewegen» lassen werde, so habe er doch auf die Nichtigkeit jener Gerüchte aufmerksam machen wollen, damit die Stadt sich nicht «zu ainicher thatlichen handlung, verstentnus oder pundnus» verführen lasse¹. — Dat. Madrid 1. Jan. a. etc. 35. — Pr. März 20.

B. Kurfürst Johann Friedrich von Sachsen an den Rat von Strassburg.

März 10.
Weimar.

Der Kaiser habe ihm vor wenigen Tagen sein «gemut, warauf dasselbe der religion halben ruget,» anzeigen lassen und ihm zugleich mehrere Briefe an Strassburg und andere Einigungsverwandte übersandt. Dem kaiserlichen Wunsch gemäss schicke er beiliegend den an Strassburg adressierten Brief (Beil. A). «dieweil dann irer kai. mat. gemut, got lob, anderst, auch gnediger daraus befunden wirdet, dan viel unserer religion widerwertigen ein zeit lang davon geredt haben, so tragen wir nit zweifel, ir werdet kai. mat. anzaigung gerne vernemen und euch derselben unterdeniglichen getrosten, und wo die sachen anders durch practiken, wie kai. mat. schreiben meldet, an euch gelangen wurden, euch erzaigen und darinnen halten, wie kai. mat. gnedigs begern steet.» — Dat. Weimar Mi. n. laetare a. 35. — Pr. März 20.

Zettel: Bittet, dem Kaiser Antwort zuzuschreiben und ihm, dem Kurfürsten, davon Copie zu schicken².

¹ Der Kaiser erliess ausserdem unter dem gleichen Datum ein gedrucktes Manifest an alle Reichsstände, worin er denjenigen, welche im Jahre 1534 unfriedliche Handlungen gegen ihn und seinen Bruder vorgenommen, Verzeihung und Straflosigkeit verhiess, für die Zukunft aber jedem die schwersten Strafen androhte, der sich in Kriegshandlungen gegen ihn oder den Römischen König einliesse. Str. St. Arch. AA 1387 (Druck. Pr. Mai 12).

² Was Strassburg nach Empfang dieser Briefe dem Rat von Esslingen geantwortet hat, ist nur bekannt aus der Erwiderung Esslingens vom 30. März und einem Brief der Ulmer (d. d. März 28), denen Strassburg ebenfalls geschrieben hatte. Danach neigte der Rat zunächst der Ansicht zu, dass es am besten sei, dem Kaiser gar nicht zu antworten. Erst als er erfuhr, dass Ulm dies bereits gethan hätte, und die andern Städte diesem Beispiele folgen würden, entschloss er sich, ebenfalls an den Kaiser zu schreiben, wie wir aus einem Brief vom 5. April an Sturm und Pfarrer, die damals als Gesandte auf dem Wormser Tage weilten, ersehen. Letztere billigten am 9. April den ihnen zur Begutachtung übersandten Entwurf. Gleichwohl scheinen dann weitere Bedenken aufgestiegen zu sein; wenigstens erfolgte die Ausf. erst am 4. Mai. S. unten nr. 295. (Str. St. Arch. AA 402 f. 110, 112, 158, 161).

289. Die Dreizehn von Basel an die Dreizehn von Strassburg. März 17.

Str. St. Arch. AA 445. Ausf.

Misstrauen gegen Frankreichs Aufrichtigkeit. Botschaft der papistischen Orte an Frankreich.

Unzweifelhaft habe Strassburg Kenntnis von dem kürzlich erlassenen Ausschreiben des Königs von Frankreich¹, in welchem er den Verdacht eines Einvernehmens mit den Türken zurückgewiesen, sich wegen der Bestrafung einiger Deutschen entschuldigt und seinen Eifer für das Concil beteuert habe. «und wiewol darinnen vil güter und glatter worten gebrucht, so ist uns doch dise tag ein truckt büchlin, desz abgeschriften wir üch hie mit zuschickend², darinnen der könig zu Frankrich unsern heiligen glouben ain luterische sect und ketzerien nempt, ouch die anhengere desselbigen ze strafen bevilcht, zükomen, welichs wir üch der ursachen nit verhalten mögen, dieweil der künig zu Frankrich mit etlichen tütschen fürsten, so üch basz dann uns ze wüssen, vilicht allerlei ze handeln hat, ob vilicht dieselbigen der dingen, damit si sich dem könig nit zu hoch vertrauwten, ze berichten weren, das wir uwer lieb und irer wisheit ergebend. hiebi mögen wir üch nit verhalten, das in oberlant bi den vinden unsers heiligen gloubens, da dann dise schrift hinkomen, treffenlich grosz fronlokens und hoffnung ist: diewil der künig von Frankrich die sachen unsers heiligen gloubens mit solicher grusamen tyranni usrüt, sie vorhanden, das die papistische mesz in tütschen landen gar bald wider müsse angnomen werden.» Zudem hätten die Orte Luzern, Uri, Unterwalden und Freiburg zum König von Frankreich eine Botschaft verordnet, von der zu vermuten sei, dass sie den Evangelischen nicht zum Vorteil dienen werde. Dat. Mi. 17. März a. 35. — Pr. März 20.

290. Die Dreizehn an die Geheimen von Ulm.

April 1.

Ulm. Arch. Ref. T. XIX. Ausf. Benutzt von Keim Ref. v. Ulm 319.

Gesandtschaft an Sachsen behufs Erstreckung des Bundes noch zu verschieben.

Der zu Esslingen gefasste Beschluss, den Kurfürsten und Landgrafen durch Gesandtschaft um Erstreckung des Bundes und Aufnahme Augsburgs zu ersuchen und, wenn dies geweigert würde, einen neuen oberländischen Bund aufzurichten, sei zur Zeit noch bedenklich, «dieweil der churfurst wie hievor auch mit uzuglicher oder, so er weiter gethrongen werden solt, vilicht mit abschlegiger antwort begegnen, und solichs zu mererm nochteil reichen mocht. und haben harumb gedacht, <das> so es euch und andern stetten uf disem tag zu Wormbs gelegen sein wolt, das man dan, so anders unser gnediger herr, der landgrave, wider anheimisch komen, von Wormbs us oder, so sein f. g. noch nit ankomen, sobald si anheimisch wurde, ein vertraulich botschaft mit credenz und instruction zu sinen f. g. het geschickt, denen der vereinigten stet gemüt und ratschlag dis fals entdeckt und deren

nr. 287.

nr. 331.

¹ Gedruckt bei Hortleder I 82, d. d. Febr. 1.

² Liegt nicht bei.

meinung und gutbedünken darin vernomen, und was des ortz zu antwort giel, die vereinigten oberlendischen stet zusamen beschriben und ferers geratschlagt und beschlossen worden were, wes zu thun sein und man sich halten wolt¹. » — Dat. Do. 1. April a. 35.

291. Der Rat von Frankfurt an den Rat von Strassburg. April 10.

Thom. Arch. Ausf.

nr. 268. Auf Befehl König Ferdinands habe Kurfürst Ludwig v. d. Pfalz die gütliche Vermittlung zwischen Frankfurt und dem Erzbischof von Mainz übernommen² und einen Tag zu Heidelberg auf den 25. April anberaumt. Bittet, Strassburg möge mit Ulm und Nürnberg denselben gleichfalls beschicken und Frankfurt unterstützen³. Dat. Sa. n. quasimodo a. 35. — Pr. April 16.

292. Der Rat von Ulm an den Rat von Strassburg. April 30.

Str. St. Arch. AA 449. Ausf. Beilage ebenda. Copie.

Tag zu Lauingen wegen des Schwäbischen Bundes erfolglos. Die Oberländer wünschen ein evang. Verständnis mit dem Landgrafen. Entwurf einer Instruction an letzteren.

nr. 285. Ulm habe den Tag zu Lauingen am 11. April in Sachen des Schwäbischen Bunds beschickt, jedoch ohne Erfolg, da die kaiserlichen Commissare nicht die erforderlichen Zugeständnisse bezüglich der Religion und der geistlichen Jurisdiction gemacht hätten. Darauf «haben der statt Augspurg, Nord-

¹ Ulm erwiderte am 7. April im Ganzen zustimmend, schlug jedoch vor, da der Wormser Tag zu schwach besucht sei, nach der Heimkehr des Landgrafen eine besondere Versammlung zu berufen.

² Am 20. Februar hatte Ferdinand bereits dem Kammergericht befohlen, den Prozess gegen Frankfurt einzustellen, da sich die Stadt auf gütliche Vermittlung eingelassen habe. Harprecht V Beil. 50.

³ Frankfurt hoffte auf Sendung Sturms und Pfarrers, die damals als Gesandte in Worms weilten (nr. 331). Diese schrieben jedoch am 12. April nach Strassburg, der Rat möge sie nicht nach Frankfurt schicken; denn die Stadt beabsichtige, sich auf Vermittlungsvorschläge einzulassen wie die. «etlich kirchengesang wider ufzurichten, dobei wir, wo es dahin geraten soll, nit gern sin wolten.» (Str. St. Arch. AA 402 f. 160). Strassburg beschloss gleichwohl, Frankfurts Bitte zu erfüllen. Es ist eine Instruction vom 19. April vorhanden, wonach die Strassburger Gesandten in Heidelberg möglichst darauf hinarbeiten sollten, dass Frankfurt keine Zugeständnisse mache, die dem Evangelium zuwiderliefen. Ein ausführliches Gutachten Capitos und Hedios sollte hierbei als Richtschnur dienen. Wenn Frankfurt sich trotzdem auf Vorschläge einliesse, welche mit der heiligen Schrift in Widerspruch ständen, so sollten die Gesandten dafür sorgen, dass nichts Endgültiges zustande käme, sondern ein neuer Tag angesetzt würde. Letzteren wollte Strassburg dann unbesucht lassen und sich auf diese Weise aus der Verlegenheit ziehen. Am 2. Mai teilte Frankfurt mit, dass der Heidelberger Tag bis zum 10. Mai verschoben sei, und verzichtete zugleich unter Danksagungen auf Strassburgs Unterstützung (Thom. Arch.); trotzdem war Strassburg auf dem Tage vertreten, vgl. unten nr. 302. Wahrscheinlich erklärt sich dies durch den Zufall, dass Sturm um diese Zeit gerade wegen andrer Geschäfte in Ladenburg bei Heidelberg weilte. Vgl. nr. 294, 297.

lingen, Hall, Hailpron, Dinkelspuhel und unsere gesannten wolmainlich us getrewem grund von der masz ainer instruction, wie dieselb umb ain freuntsame cristenliche verstentnus mit den gelegnesten anzutreten ufzurichten und zu bewilligen were, uf hindersichpringen, zu oder abschreiben geschlossen, davon dann e. fkait hierin verwart copiam von derselben instruction zu empfachen haben.» (S. Beilage.) Man habe anfangs beabsichtigt, mit der Werbung zu warten, bis eine allgemeine Zusammenkunft der oberländischen Städte stattgefunden habe; da jedoch, wie man zu Worms gehört, der König «ob dem vilen hin und wider webern der erbern stett» Argwohn geschöpft habe, und andererseits allerlei Praktiken vorhanden seien, um den Landgrafen von den Städten zu trennen, so halte man ein schnelles Vorgehen für besser. Nun habe man gehört, dass in 8 Tagen eine Zusammenkunft Herzog Ulrichs mit dem Landgrafen zu Heidelberg stattfinden solle; diese Gelegenheit müsse man benutzen, um die Werbung anzubringen. Es sei deshalb an die oberländischen Städte geschrieben, die hoffentlich alle sich derselben anschliessen würden. Strassburg möge Jacob Sturm, «als der der sachen verstendig und hochgedachtem unserm gnedigen herrn landgrafen sonderlich angemem,» nach Heidelberg schicken. Der Gesandte, welchen Ulm zu schicken vorhabe, werde seinen Weg über Strassburg nehmen, um daselbst noch näheren Bericht zu geben. Dat. Fr. n. cantate a. 35. — Pr. Mai 2, lect. coram tredecim Mai 3.

nr. 331.

BEILAGE.

Entwurf einer Instruction für die Gesandten der oberländischen Städte an den Landgrafen, welcher demnächst in Heidelberg ankommen soll.

Die Gesandten sollen zuerst den Verlauf der Tage von Donauwörth und Lauingen erzählen und darlegen, wie die Städte entsprechend dem Wunsch des Landgrafen nicht in den neuen Schwäbischen Bund eingetreten seien, weil man ihnen hinsichtlich der Religion unerträgliche Bedingungen gestellt habe. Sodann sollen sie die Notwendigkeit und Nützlichkeit eines christlichen Verständnisses dem Landgrafen vortragen und mit ihm von Mitteln und Wegen reden, wie ein solcher Bund zu Erhaltung des evangelischen Glaubens «mit den gelegnesten und tauglichsten» gleich jetzt oder auf einem baldigst anzusetzenden Tage aufgerichtet werden könne.¹ Dat. fehlt.

¹ Zu beachten ist, dass geflissentlich vermieden wird, von einer Verlängerung des Schmal-kaldischen Bundes zu reden. Im Ulm. Arch. Ref. T. XIX befindet sich ein, wie es scheint, noch früherer Entwurf, der wohl durch den vorliegenden verdrängt ist. Darin heisst es: wenn der Landgraf fragen würde, wer denn ausser ihm und den Städten noch in der neuen Einigung sein sollte, so sollten die Gesandten erwidern: Sachsen und die andern Fürsten «der noch werenden ainung», aber nicht die Sächsischen- und Seestädte, da selbige «zu entlegen» wären. Wenn der Landgraf Herzog Ulrich vorschläge, sollten die Gesandten Klage führen über Ulrichs schlechte Regierung, seine ungeschickten Räte und sein Zuwiderhandeln gegen den Nürnberger Frieden. Seine Sachen ständen so schlimm, «das man villeicht, wa er mit bösserung darein nit sehen, aines vertreibens oder anders nachtails besorgen muesse.» Wenn Ulrich in diesem Wesen beharrte, könnten sich die Städte schwerlich mit ihm einlassen, obwohl er ihnen sonst «sehr gelegen» wäre. Vgl. Keim Ref. v. Ulm 319.

293. Jacob Sturm an Landgraf Philipp.

Mai 1.
Strassburg.*Marb. Arch. Orig.*

Heimkehr des Landgrafen. Befürchtet, dass es dem Kurfürsten mit Erstreckung des Bundes nicht ernst ist. Zettel: Amsdorfs Schmähschrift gegen die Oberländer.

- nr. 286. Dass der Landgraf gesund in sein Land zurückgekehrt und vom Römischen König «genediglich abgefertigt und abgescheiden» sei, habe er mit Freuden aus dem letzten Brief (*) entnommen und den Dreizehnern angezeigt. Wegen vertraulicher Mitteilung dessen, was der Landgraf dem Georg Besserer geschrieben, werde er sich an letzteren wenden. «das aber e. f. g. vermelden, wes deren canzler bei dem churf. zu Sachsen, minem genedigsten hern, vermerkt, dorus e. f. g. sich versehen, sin chf. gn. werden die vereinigunge erstrecken und Augspurg einnemen, mit anzeig, das gut were, zu schmiden, weil das eisen warm were etc., hab ich nit ungerne gehört. es haben e. f. g. aber us minen hievor gethonen schriften min fursorg genugsamlich verstanden. wo nun allein dodurch die sach in nochteiligen verzug und ufschub wie hishar sollte gefurt werden, wer an andern sachen verhinderlich. derhalben an e. f. g. min underthänig bitt, si geruchen us furstlichem hohem verstand nochzugedenken diser sachen, und so si etwas gewisser hoffnung trügen, dasselbig mich genediglich verstendigen; will ich nit destweniger dis e. f. g. jetzige anzeig den andern von stetten auch zu wissen machen, sich demnach haben zu richten.» — Dat. Strassburg Sa. 1. Mai a. 35.

- nr. 283. Zettel: «Auch g. furst und her, hab ich mich der vergleichong
p. 245 A. 3. Philippi und Buceri in beisin e. f. g. beschehen, nit wenig gefrewet, der hoffnung, es solte anfang geben haben, domit sich die andern auch derselben benügen hetten lassen. so vernimme ich doch mit ganz beschwertem gemüt, dasz si bi andern nit also verstanden will werden, und namlich so hat her Nielaus Amsdorfer zu Meidburg zu latein und teutsch ganz ein unfreuntlich geschrift von uns Straszburgern diser vergleichong halb usgon lassen¹, welcher wir uns also unverwarnet und unverhoret nit versehen, besonder dweil Maidburg auch mit uns in der christlichen verstentnüs ist.» Bittet den Landgrafen, künftig solchen Umtrieben entgegenzutreten. Dat. ut in lit.

294. Der Rat von Ulm an den Rat von Strassburg.

Mai 4.

Str. St. Arch. AA 449. Auf.

- nr. 292. Man habe «in vertrauter gehaim» erfahren, dass die Zusammenkunft zwischen Herzog Ulrich und dem Landgrafen am nächsten Sonntag [Mai 9] zu Ladenburg sein werde². Da die meisten Städte die vorgeschlagene

¹ Der Prediger Nicolaus Amsdorf in Magdeburg, einer der eifrigsten Lutheraner, hatte in der Schrift «themata contra Zwinglianos et anabaptistas» die Bucerschen Concordienbestrebungen in gehässiger Weise angegriffen. Vgl. Verpoorten commentarii de M. Bucero p. 67.

² Es handelte sich bei dieser Zusammenkunft wesentlich um Beflegung der Zwistigkeiten, die sich infolge des Cadaner Friedens zwischen Ulrich und Philipp erhoben hatten. (Heyd III 29). Auch Sturm scheidet an dem Vermittlungswerk zwischen den beiden Fürsten beteiligt

Werbung bei dem Landgrafen bereits gebilligt hätten, so möge Strassburg nicht unterlassen, Jacob Sturm nach Ladenburg zu schicken. Der Ulmer Gesandte könne leider nicht, wie erst beabsichtigt, über Strassburg reisen, sondern müsse wegen Mangels an Zeit direct nach Ladenburg gehen. Dat. Di. n. vocem jocunditatis a. 35. — Pr. Mai 6. nr. 292.

295. [Der Rat von Strassburg] an Kaiser Karl V. Mai 4.

Thom. Arch. Conc. von Sturms Hand. Datum von Schreiberhand hinzugefügt.

Dankt für das Schreiben vom 1. Januar wegen der darin ausgesprochenen gnädigen Gesinnung. Bittet dabei zu verharren und versichert zu sein, dass Strassburg sich «in keine tetliche handlung, auch kein pundnus usserthhalb des heiligen reichs teutscher nation e. kai. mt. und dem heiligen reich zuwider nit inlossen noch begeben, sonder furthin wie bishar also erzeigen [werde], das e. kai. mt. befinden und spüren sollen, das wir zu haltung angeregts stillstands und fridens, auch zu guter ruge und einigkeit undertheniglich geneigt sind.» — Dat. Di. 4. Mai a. 35. nr. 288.

296. Die Geheimen von Ulm an Jacob Sturm. Mai 6.

Ulm. Arch. Ref. T. XIX. Conc.

Georg Besserer habe ihnen mitgeteilt, was der Landgraf an Sturm über die Gesinnung des Kurfürsten von Sachsen bezüglich der Erstreckung des Bundes geschrieben. Wenn der Landgraf jetzt noch auf seiner Meinung bestände, dass die Städte unverzüglich eine Gesandtschaft an den Kurfürsten schicken sollten, so wäre ihre Bitte, dass Sturm mit ihrem Gesandten, Eberhard Besserer, die Werbung übernehmen und von Ladenburg gleich weiter nach Sachsen reisen möchte. Dat. Do. n. Philippi und Jacobi a. 35. nr. 293.

297. Antwort des Landgrafen auf die Werbung Jacob Sturms und Eberhard Besserers zu Ladenburg. nr. 290.

Mai 15.
Ladenburg.

Str. St. Arch. AA 451. Protokoll des Hessischen Secretärs Lersener.

Hält eine Werbung der Städte bei Sachsen um Erstreckung des Bundes für nützlich. Ist sonst einem oberländischen Bunde nicht abgeneigt. Ratification des Cadaner Vertrags.

1) Der Landgraf spricht sein Wohlgefallen aus, dass die Städte Ulm, Augsburg u. a. nicht dem neuen Schwäbischen Bund beigetreten sind. nr. 285, 292
2) «Betreffende di evangelische einunge zu erstrecken oder ein ander ufzerichten, hat sein f. g. inen allerlei ursachen und bewegung angezeigt, wie sie das aus irer vernunft wole ze behalten und iren hern anzeigeigen wissen, worumb sein f. g. verhoft und genzlich heldet, das numehr der

gewesen zu sein, obwohl er ursprünglich nicht zu den ernannten Schiedsrichtern gehörte. Heyd a. a. O. sagt, dass einer der letzteren, Jost von Steinberg, nicht in Ladenburger schienen sei; wahrscheinlich ist Sturm an dessen Stelle gewählt worden. Das Concept der Vergleichs-urkunde im Marb. Arch. (Württemberg) ist jedenfalls von seiner Hand.

churfurst zu Sachsen di einunge erstrecken, auch di von Augspurg ein-nemen mochte, so furderlich deshalb bei seinen churf. gnaden angesucht wurde; und were seiner f. g. gnedig rat und gütbedunken, das disse schickung zum churf. zu Sachsen ufs aller furderlichst geschee, darumb das man uf dem tage Margrete [Juli 13] zu Wormbs des churf. antwort, und was seiner churf. g. gemut dorin were, mochte wissen und dornach dester besser hette ze richten.

nr. 331.

3) Im fall aber, so solchs bei dem churf. nit erlangt, oder sie, die oberlendischen stett, es vor unnötig ansehen, so soll meinem gnedigen fursten und hern nit misfallen, das die von Straspurg durch mittelpersonen deshalb bei herzog Ulrichen zu Wirtemberg etc. ansuchen möchten, und dornach bei seinen furstlichen gnaden auch weiter anzesuchen, und das die stett ungeverlich umb Margrete, so doch der tag zu Wormbs, desgleichen herzog Ulrichs und seiner f. g. potschaften dohin [kämen] (kommen werden), das dan unvordechtig gescheen konte, aldasselbst retten¹ und ratschlagten, welchermassen und wie mochte und konte ein cristliche evangelische und defensivische einunge ufgericht werden, zuvoran zu lob got dem almechtigen, dornach auch dohin gericht, das kei. und ko. mten des mit billichait kein ungefallen, auch iren mten nit zewider achten mochten, auch dieselben bundgenossen ze frieden und ruhe unter sich selbst und zu austrag irer spen, auch allen teilen leidenlich mochte gefunden werden.

4) Item, herzog Ulrichen auch ze unterrichten und anzehalten, das er den vertrag zu Cadan ufgericht, in dem, das sein f. g. gepuer und derselb vertrag uflegt, volnzihe.

Disses und nit anderst wusten sein f. g. dimals hierin zu raten und sehe es izo vor gut ane.» Was nun die Städte darauf für gut hielten, möchten sie dem Landgrafen zu erkennen geben. — «Signatum [?] Ladenberg sambstag post exaudi a. etc. 35.»

P: C:

Lersener sst.

298. Jacob Sturm an Dr. Ludwig Hierter in Speier.

Mai 18.
Graben.*Marb. Arch. Copie.*

«Uf ewern bevel hab ich sambstag zu nacht und morgen sontags [Mai 15 und 16] vor essen bi minem g. hern lantgraven sollicitirt uf den weg, [den] ir mir angezeigt, bi sinem vettern zu handeln²; hat sin f. g. sich gutwillig angeboten, mit im davon zu reden. man ist aber nach imbisz, wie ir den hofbrauch wissen, also gefaszt gewesen, das ich ferner anzuhalten unnutz geacht. gegen abent sint die fursten uf das weidewerk gefaren, spat in die nacht wider ankommen, und montags frue [Mai 17] min g. herr

¹ = redeten.

² Der Gegenstand der Verhandlung geht aus einem Brief Hierters an den Landgrafen d. d. Speier Juni 5 hervor, dem obige Copie beiliegt. Hierter bittet darin, der Landgraf möge doch einen Tag ansetzen, auf dem die Irrung zwischen Reutlingen, Hierters Vaterstadt, und Herzog Ulrich von Wirtemberg zur endlichen Vergleichung käme. Der Landgraf habe sich zwar schon auf der Zusammenkunft in Ladenburg zur Vermittlung erboten, doch sei die Angelegenheit daselbst, wie aus Sturms beigelegtem Brief hervorgehe, unerledigt geblieben. Vgl. oben nr. 235.

lantgraf verritten, also das ich zu sinen f. g. verner nit kommen, wiewol ich in minen eigen sachen vor siner f. g. abriten gern bi im gewesen were.» — «Dat. Graben pfingstzinstag a. etc. 35.» — Pr. Speier Mai 18.

299. Die Geheimen von Ulm an die Dreizehn. Mai 24.

Str. St. Arch. AA 451. Ausf.

Ihr Gesandter sei aus Ladenburg zurückgekehrt und habe die Antwort des Landgrafen auf die gethane Werbung überbracht, «und daneben anzeigt, das herr Jacob [Sturm] und er zu der rais gegen dem churf. ainen platz als Speir die statt ernennet, also das sie baid, wo es von e. f. g. geraten, zu volgendem werk gelangen solten». Nun hielten sie aber für gut, «das in disen sachen us allerlai ursachen und bedenken nicht so gar zu eiln, sonder die notturft zu vernern ermesen ervordern woll, bedacht zu sein». Deshalb hätten sie die Abreise der Gesandten noch verzögert. Wenn sie zu einem Entschluss gekommen, würden sie an Strassburg schreiben. Inzwischen sollten auch die Dreizehn die Sache gründlich erwägen und ihre Meinung mitteilen. Dat. Mo. n. trinitatis a. 35. — Lect. Mai 28.

nr. 297.

nr. 296.

300. Jacob Sturm an Landgraf Philipp. Mai 25.
Strassburg.

Marb. Arch. (Stadt Strassb.). Orig.

«E. f. g. schick ich hiemit das buchlin (*), davon e. f. g. zu Ladenburg meldung gethon, und wer, e. f. g. daneben new zeitungen zuzeschreiben, wol geneigt; so ist die sach also gar stille bei uns, das nichts sonders vorhanden, dan das die sage ganz glaublich, das kai. mt. us Hispanien angeschiffet und all tag in Italien ankommen solle¹. daneben, sagt man, das m. g. her, herzog Fridrich pfalzgrave, am ushin reiten us Hispanien bei dem konig von Frankreich am hof gewesen und von vereinigung kai. mt. und sin, des konigs, gehandelt haben solle², wie dan in gleichnus der von Nassow bei dem konig von Engelland auch sin solle³; so schreibt man us Italien, das der babst ganz uf des keisers partei gefallen sei.» — Dat. Strassburg «eilends» Di. n. trinitatis a. 35.

301. Die Dreizehn an die Geheimen von Ulm. Mai 29.

Str. St. Arch. AA 451. Conc. von Michel Han.

Wünschen Erstreckung des Schmalk. Bundes, glauben aber nicht an eine Einwilligung des Kurfürsten von Sachsen, der eine Auflösung des Bundes lieber sehe. Ein oberländischer Bund sei zwar wünschenswert, doch müsse zuvor die eigentliche Absicht des Kurfürsten durch Gesandte erforscht werden.

Antwort auf das Schreiben vom 24. Mai. Sind mit Ulm derselben Meinung, dass die Frage, ob und wie man bei dem Kurfürsten von Sachsen

¹ Der Kaiser verliess Barcelona am 24. Mai, um seinen Zug gegen Tunis anzutreten. Sein Weg ging über die Balearen und Sardinien. Italien berührte er nicht. Lanz II nr. 405.

² Vgl. die kaiserliche Instruction für den Pfalzgrafen in Papiers d'état de Granvelle II p. 317, d. d. April 10.

³ Vgl. Lanz II nr. 401.

wegen der Erstreckung des Bundes werben solle, reiflicher Ueberlegung bedürfe. Was die Verabredung zwischen Sturm und dem Ulmer Gesandten hinsichtlich der gemeinsamen Reise nach Sachsen betreffe, so habe Sturm damit nicht etwa der Entschliessung der Städte vorgreifen wollen; vielmehr sei derselbe selbst der Ansicht, dass die Sache wohl erwogen werden müsse. Ihr Bedenken sei nun folgendes:

- «Erstlich achten wir bei uns aus vilerlei Ursachen für ganz nutz und gut, das die jetztwerende christenliche Verständnus uf mehr Jar erstreckt und andere stend, so das hailig Evangelion bei inen predigen lassen und der sachen gelegen und gemesz weren, auch darein gezogen und angenommen wurden. doch dieweil die erste notel derselben Verständnus ganz gemain und etwas ze vil weitloufig angestellt, das die andere uf lidenlich masz und weg für hand genommen und ufgericht wurde. so wir aber allerlai verloffne handlung und furnemblich die schriften, so unser gnedigster her, der churfurst, obgedacht unserer lieben und guten freund von Augspurg innemung halben an unsern gnedigen hern, den landgrafen, gethan (*), deren ir gut wissens, welcher auch euch copien — doch in höchster geheim bei euch zu behalten — mitgetailt worden, wol bedenken und erwegen, können wir daraus nit anderst abnemen, dann das seiner churf. g. gemuet und mainung derselben zeit dahin nit gestanden, dise jetzige Verständnus weiter zu erstrecken, oder Augspurg und andere darein ze nemen, sonder vilmer dieselbig jetztwerende Verständnus durch verzüglich und ufschieblich antwurten ersitzen und von ir selb zergan ze lassen, wie dann solichs auch — unsers bedunkens — aus der schrift, so sein chf. g. an bemelten hern landgrafen der concordi halben Melanchtonis und Buceri gethan, leichtlich zu vermerken; dann daselbst dise sach uf nechstkünftigen reichstag geschoben und darzu soliche abgeredte concordi erst uf bewilligung viler gelerten hin und wider, — deren sich doch seithär etliche ires gemuets gegen den unsern in offentlich ausgegangnen trucken ganz unfreuntlich und heruerter concordi ungemesz vernemen lassen —, angestellt wirdet, aus dem wir nit anderst vermuten mögen, dann daz zu zeiten solcher beschehen seiner churf. g. schreiben ir gemuet und furnemen nit gewesen, die Verständnus zu erstrecken und zu erbraiten. derhalben und soverr es diser zeit noch dieselbig mainung haben solte, — das wir doch nit wissen mogen —, so truegen wir fursorg, das den gesandten, so von unser aller wegen zu sein chf. g. geschickt solten werden, nochmals kain satte endliche, sonder wie vor ufzuglich antwurt begegnen wurde, als das sein chf. g. — soverr der reichstag, von dem geredt wirdet, kain furgang haben solt — ain gemainen versammlungstag aller verainigten stend ausschreiben wölte, uf demselben von erstreckung und anderer stend innemung ze reden und ze handeln; und so man dann gleich uf demselben tag zusammenkompt, wo dann mit lust und anmut zu der erstreckung und erbraiterung der Verständnus ist, kann und mag man wol solich artikel einbringen, die hinder sich bringens und weiters bedenken erfordern oder uns von stelten anzenemen beswerlich, damit ja die sach in verzug oder aber dahin gericht werde, das der abschlag von unserm tail erfolgte. was nachtails dann solichs mit sich bringen wurde, haben ir als die verständigen wol zu bedenken.
- Us diesen und andern mehr Ursachen hetten wir vor diser zeit nit für unnutz angesehen und bedacht, das die stend, so ainander nit so weit entlegen

und im fal der not ainander die hand basz bieten möchten, sich mit ainander verainigt hetten, als da were Wurtemberg, Hessen, die stett im land zu Swaben sampt uns und andern der arten gelegen: dweil aber solchs mit fugen nit wol sein will, man hette dann zuvorderst des churf. endlich gemuet und, was er hierin thun oder lassen wölt, erlernet und erkundigt, und es auch unser gn. her von Hessen dermassen ze schicken und zu erkundigen ratet, soverr dann ir und andere erbare oberländische stett also für geraten und gut ansehen, zu vilgedachten churfürsten ze schicken, wöllen wir des gern mit euch und den andern erbarn stetten ainig sein und ze schicken verhelfen.» Uebersenden einen Entwurf zu einer Instruction¹ für die Werbung bei dem Kurfürsten und bitten um Ulms Gutachten darüber. Dat. 29. Mai a. 35.

Zettel: 1) Bitten um Geheimhaltung des kurfürstlichen Schreibens bezüglich der Aufnahme Augsburgs (*).

2) Wenn die Gesandtschaft zustande kommen sollte, würde Strassburg als seinen Vertreter den Ratsschreiber Michel Han dazu verordnen.

302. Der Rat von Frankfurt an den Rat von Strassburg. Juni 4.

Thom. Arch. Ausf.

Tag zu Heidelberg wegen des Streits über die Frankfurter Reformation. Die von Pfalz vorgeschlagenen Mittel für Frankfurt beschwerlich. Bitte um Strassburgs Rat.

Am 10. Mai sei unter Vermittlung von Kurpfalz zu Heidelberg die Streitsache zwischen Frankfurt und dem Erzbischof von Mainz zur Verhandlung gelangt. Frankfurt habe dabei versucht, «die sach in der gute dahien zu pringen, damit dieselb entweder bis zu ainem gemainen freien christlichen concilio, ainer nacionalversamlung, gemainem reichstag oder anderer christlichen erorterung des religionstrits, wie sonst andere sachen die religion belangend durch kai. und ku. mt. daselbsthien geschoben, ufgeschurtz wurd;» es habe sich ausserdem erboten, falls der Kaiser inzwischen persönlich ins Reich komme, dessen Richterspruch Folge zu leisten. Da aber die Gegenpartei hierauf nicht eingegangen, so sei schliesslich von den Pfälzischen Räten beiden Teilen ein Abschied gegeben, «wie e. l. von irem gesandten, so bei der handlung von anfang bis zu end gewesen, derselben weitem bericht und copei des berurten abschieds² hievor vernomen haben.» Da nun die im Abschied verlangte Restitution der Messe in der Bartholomäus-Kirche sehr beschwerlich sei, auch das vorgeschlagene Mittel «an ime selbs hochwichtig, weitleufig und nit allain unsere handlung, sonder die sach des evangeliums in gemain nit in geringem mitbelangend» sei, so möge Strassburg raten, was man thun solle. «dan wiewol wir nach herkommen und gestalt der sachen und gegenwertiger leuf das mittel, inmassen das im buchstaben stet, schwerlich zu erhalten noch zu verfolgen wissen, so

nr. 291.

p. 266 A. 3.

¹ Liegt an. Die Ausfertigung der Instruction vom 26. Juni (unten nr. 309) entspricht ziemlich genau diesem Entwurf. Zu Grunde liegt ein Bedenken der Dreizehn (Conc. von Joh. Meyer) im Str. St. Arch. AA 453.

² Liegt bei.

will doch unsers achtens von noten sein, in der zue- oder abschreibung den glimpf bei kai. und ku. mt., an welche die handlung on zweifel gelangen wird, sovil muglich zu behalten, das wir uns dan in der gütlichen handlung durchaus in sonderhait beflissen, und derhalben, den gaistlichen in ainem oder mehr puncten zuo willfarn, doch nit anders dan sover solchs mit guoten christlichen gewissen, der hai. biblischen schrift und ehr gottes nit entgegen, und on verwis ewr liebden und anderer erbarn frei und reichstett, dem wort gottes anhengig, beschehen mocht, uns destweniger beschweren woltten.» Bittet um schriftliches Gutachten, in welchen Punkten man das Mittel annehmen oder, falls es ganz abzuschlagen sei, auf welche Weise man den Prozessen und der Acht entgegen könne. Bittet auch um Zusage von Entwürfen, in welcher Weise Frankfurt eventuell bei Sachsen und Hessen um Beistand werben solle. Dat. Fr. Juni 4 a. 35. — Pr. Juni 9.

303. Der Rat von Ulm an die Dreizehn.

Juni 5.

Str. St. Arch. AA 434. Ausf.

Billigt eine Gesandtschaft an Sachsen behufs Erstreckung des Schmalk. Bundes. Neu aufzunehmende Städte.

nr. 301.

Antwort auf das Schreiben v. 29. Mai. Ist dem überschickten Gutachten gemäss mit der Gesandtschaft an den Kurfürsten von Sachsen einverstanden. «und wiewol gut were, bei den stetten, so in der verstentnus nit sein und doch darein begern mochten, aigentliche erfahrung zu bestollen, was sie hierinnen gesinnt, und wie dieselben des glaubens, der religion und anderer ding halb gemutet, so kan doch solchs aus denen ursachen nit beschehen, das etlich bundtisch erbern stett ausserhalb der verstentnus ir endschuldigung, warumben sie die furgeschlagen mittel des bunds gewegert¹ und weitere handlung bei Ro. ko. mt., unserm allergnedigsten herrn, neben uns werben laszen und deshalb auf des konigs antwort und desselben gesanten widerker, die doch vor dem tag zu Wormbs [Juli 13] schwerlich beschehen wiert, zu verziehen, und diser verstentnus davor verwant zu werden, nicht bedacht sein; also das dem churf. zu Sachsen kain gewise anzaig mag gethon [werden], und musz deshalb unsers erachtens diser punct der erweiterung allain auf die gedeut werden, so den sachen und dem evangelion gmes und gelegen sein. ob aber der churfurst von denen fragte, mag Augspurg und Kempten, als die bewilligung gethon und dero begern, auch andere, so seiderher der vor ufgerichteten verstentnus das evangelion angenommen und offentlig zu predigen gestatten, auch zu allen tailn der sachen gesessen und gmes weren, benent werden.» Ulm habe den andern oberländischen Städten von der geplanten Gesandtschaft Mitteilung gemacht und hoffe, binnen 14 Tagen deren Zustimmung zu erhalten. Als dann werde der Ulmer Gesandte, der zu der Werbung ausersehen sei, nach Strassburg reisen und von dort nach Austausch der gegenseitigen weiteren Bedenken mit dem Strassburger Gesandten nach Sachsen gehen. Dat. Sa. 5. Juni a. 35. — Pr. Juni 10.

¹ Sc. des neuen Schwäbischen Bunds, vgl. oben nr. 285 u. 292.

304. Die Dreizehn an die Geheimen von Ulm.

Juni 11.

Ulm. Arch. Ref. T. II. Ausf.

Sind mit Ulms Schreiben vom 5. Juni einverstanden und erwarten den Ulmer Abgesandten. Uebersenden Frankfurts Schreiben vom 4. Juni mit dem Gutachten, dass man sich schriftlich und mündlich beim Kurfürsten und Landgrafen für die bedrängte Stadt verwenden müsse. Dat. 11. Juni a. 35.

nr. 302

305. Die Geheimen von Ulm an die Dreizehn.

Juni 16.

Str. St. Arch. AA 451. Ausf.

Antwort auf den Brief vom 11. Juni. Haben bereits ihren geheimen Secretarius Sebastian Eitinger zu der Werbung bei dem Kurfürsten und Landgrafen abgefertigt mit Befehl, seinen Weg über Strassburg zu nehmen. Sind auch mit der Intervention zu Gunsten Frankfurts einverstanden. Danken für eine Anzeige «der samblung halb etlicher rewter.» (*). — Dat. Mi. n. Viti a. 35. — Pr. Juni 22.

306. [Der Rat von] Strassburg an den Rat von Frankfurt.

Juni 16.

Thom. Arch. Conc.

Die in Heidelberg vorgeschlagenen Mittel zur Beilegung des Religionstreits mit Mainz nicht anzunehmen. Botschaft an Sachsen und Hessen ratsam.

Antwort auf das Schreiben vom 4. Juni. Die Mittel, welche Pfalz zur Beilegung des Streits zwischen Frankfurt und Mainz vorgeschlagen, seien sehr beschwerlich, «mit allein der kunftigen zu besorgenden ufrur unruw und zerruttung halben, so zwüschen einer gemein und der pfallheit daraus bei euch entsten und erwachsen möchte, sonder mer der nachred ergernus und verkleinerung halben, so zuvor dem hei. gottlichen wort und dann einem erbern rat und der ganzen statt Frankfurt allenthalben im heiligen reich bei allen parteien daraus entsteen und erwachsen; dann ein teil möchte das fur einen widerlauf und bekenntnus des begangnen irtumbs, der ander aber fur einen abfall vom evangelio und der dritt fur ein unbeständige cleinmütigkeit, — je nachdem ein jeder dis handels geneigt oder widerig were —, uslegen annemen und versteen wellen.» Deshalb solle Frankfurt bei Pfalz um weitere Tagsatzung ansuchen und auf dieser mit Beistand anderer protestierender Stände nochmals um Stillstand «bis uf ein national- oder reichsversamblung» werben. Sei solche Tagsatzung nicht zu erreichen, so solle man sich «mit einem glimpflichen abscriben des furgeschlagnen mittels» verfasst machen, indem man darthue, wie hinfällig es sei, die Restitution der Messe in der Bartholomäuskirche deshalb zu verlangen, weil bei der eventuellen Wahl eines Reichsoberhaupts in jener Kirche das Messelesen und andere Ceremonien durch die Goldene Bulle vorgeschrieben seien; denn der Fall einer neuen Königswahl stehe vorläufig gar nicht in Aussicht, und, bis er wirklich eintrete, werde die Religionssache durch ein Concil längst entschieden sein. Ehe jedoch Frankfurt in dieser

nr. 302.

Weise die Heidelberger Artikel ablehne, solle es durch Botschaft bei Sachsen und Hessen um deren Hülfe ersuchen, «es were mit einnehmung zu der cristlichen vereinigung oder ernstlich ansuchen und schickung bei dem churf. und domcapitul zu Menz oder in ander weg.» Uebersendet zwei an den Kurfürsten und den Landgrafen gerichtete Schreiben dieses Inhalts¹. Frankfurt möge dieselben nach Gutdünken an ihre Adresse schicken oder an Strassburg zurücksenden². Dat. Mi. 16. Juni a. 35.

307. Der Rat von Basel an den Rat von Strassburg.

Juni 17.

Str. St. Arch. AA 1845. Ausf.

Grynaeus muss aus Württemberg nach Basel zurückkehren. Paul Phrigio an seine Stelle geschickt.

Antwortet auf ein Schreiben Strassburgs (*), worin die Bitte ausgesprochen war, dass Basel seinen Gelehrten Simon Grynaeus noch länger in Württemberg lassen möge³. Kann leider diesen Wunsch nicht erfüllen, da er selbst des Grynaeus «zu rechter anschickung und fruchtbarer übung» der Schule und Kirche bedarf. Hat deshalb an den Herzog von Württemberg geschrieben und, «das ir f. g. an der langen zit, in dero wir des Grynei irn f. g. zu dienstlichen gfallen mit unserer schulen grossem schaden und nachteil gemanglet, gnedigs vernügen haben, uns vermelten meister Simon one lenger ufziehen uf pflingsten [Mai 16] nechsthingeflossen widerumb anheimsch vertigen solte, gebeten. daruf ouch meister Simon mit dem fürsten den abschid gemacht, und das er uf Johannis bapt. [Juni 24] jertz künftig sich anheimsch thun welle, uns zugeschriben, aber hiebi, das wir doctor Pauln Phrigio etwas zits an sin statt gen Tübingen vergonnen wolten, gebeten⁴, welichs wir unangesehen, das der herzog uns hierob nit angesprochen⁵, dem christenlichen handel zu gut, das doctor Paul ein zit lang, so ime die pflegere sant Peters stift — dem er fürgesetzt — bestimpt, zu Tübingen dienen, die schülen anrichten helfen moge, bewilligt, der züversicht, unser g. h. zu Wurtemberg werde hiebi unsern gneigten willen vermerken und zu gnaden annemen. wir haben ouch, das doctor Paul zu dem beldisten one verziehen gen Tübingen verriten, und das Gryneus mit dem diener, [den] wir ime zuschicken, alhar komen solle, verordnet, welichs wir ungeendert sin furschritt nemen werden lassen.» Ist bereit, wenn Strassburg es wünscht, in nähere Beratung darüber einzutreten, wie der Schaden, welchen die

¹ Ebenda. Conc.

² Frankfurt dankte am 28. Juni für diesen Brief und teilte mit, dass es die Bittschriften an den Kurfürsten und Landgrafen durch eigene Botschaft befördert habe. Ebenda. Vgl. nr. 314.

³ Grynaeus war infolge der vereinten Bemühungen Herzog Ulrichs, Blaurers und der Strassburger (vgl. oben nr. 245) im Herbst 1534 von Basel auf ein Jahr nach Württemberg beurlaubt worden, um Blaurers Reformationswerk zu unterstützen und in Tübingen als Lehrer zu wirken. Näheres bei Pressel, Ambrosius Blaurer, Stuttgart 1861, p. 382 ff.

⁴ Vgl. Heyd III 132, Sattler III Beil. 25 u. 26. Ueber Phrigios Thätigkeit in Tübingen vgl. Heyd III 141 ff. Er blieb dort bis zu seinem Tode 1543.

⁵ Der Herzog wandte sich wegen der Berufung an Phrigio selbst anstatt an den Basler Rat, d. d. Jan. 21. Pressel a. a. O. 387.

evangelische Sache in Württemberg durch den Weggang des Grynaeus leide, wieder gut zu machen sei¹. Dat. Do. 17. Juni a. 35.

308. Schuldverschreibung Landgraf Philipps an den Rat. Juni 21.

Str. St. Arch. AA 69 fol. 65. Copie. Desgleichen Copie im Marb. Arch.

Verpflichtet sich, eine ihm geliehene Summe von 15 000 fl. mit $\frac{4}{10}$ p. 215 A. 1. (jährlich 600 fl.) zu verzinsen, und giebt der Stadt Strassburg dafür ein Pfandrecht auf die Städte und Schlösser Marburg und Cassel. Die Zinsen sind jährlich am Johannistage in Strassburg nach dort geltendem Münzfuss zu zahlen. Die Rückzahlung der ganzen Schuld kann nach Belieben des Landgrafen oder seiner Erben erfolgen. Dat. Juni 21 a. 35.

309. „Instruction Michel Hanen und Sebastian Aitinger an churfürsten zu Sachsen und landgraven zu Hessen“ im Namen der Städte Strassburg, Constanz, Ulm, Esslingen, Reutlingen, Memmingen, Lindau, Isny u. Biberach. [Juni 26].

Str. St. Arch. AA 451. Conc. von Michel Han. (Von der Nebeninstruction auch die Ausf. ebenda).

- A) An den Landgrafen: Bitte um Begutachtung der Instruction an Sachsen.
- B) An den Kurfürsten: Bitte um Erstreckung des so nützlichen Schmalk. Bundes. Augsburg u. a. aufzunehmen. Bedenken wegen des neuen Schwäb. Bundes.
- C) Nebeninstruction: Beim Kurfürsten auf bestimmte Antwort zu dringen. Bekenntnis der Augsburger. Beschwerden Frankfurts und Esslingens am Kammergericht.

A. Instruction an den Landgrafen.

Nachdem sie dem Landgrafen für die Unterstützung der Städte im vorigen Jahr gedankt, sollen sie ihm anzeigen, dass sie auf seinen Rat zum Kurfürsten abgefertigt seien, um wegen Erstreckung und Erweiterung des Schmalkaldischen Bundes zu werben. Sie sollen ihm auch ihre Instruction an den Kurfürsten (B) zu lesen geben und die Ratschläge, die er ihnen eventuell darauf erteilen würde, befolgen. Ferner sollen sie ihn bitten, dass er seine Gesandten auf dem Tage zu Worms [Juli 13] bevollmächtige, je nach Ausfall der Antwort Sachsens mit den städtischen Abgeordneten entweder von Erstreckung des bestehenden oder von Gründung eines neuen Bundes, wie zu Ladenburg beantragt, zu handeln. Wegen der Frankfurter und Esslinger Angelegenheit sollen sie laut der Nebeninstruction (C) werben. Dat. fehlt².

¹ Die Abberufung des Grynaeus hat bei Herzog Ulrich sowohl wie in Strassburg grosse Verstimung hervorgerufen; noch am 12. October schickte der Rat von Basel in dieser Angelegenheit seinen Stadtschreiber Heinrich Richiner nach Strassburg (Str. St. Arch. AA 1813), und am 28. October schrieb er an Jacob Sturm, der damals nach Württemberg reiste, er hätte zwar schon auf Strassburgs Anraten „den handel von wegen des tüwren manns Grynei“ schriftlich bei Herzog Ulrich entschuldigt, hätte aber auch noch um Sturms mündliche Fürsprache beim Herzog und bei Blaurer, um „den fromen gelerten man Grynen vor ungnaden und verwislichen nachreden“ zu behüten. Basl. Arch. miss. 31 fol. 472. Ein zweites Schreiben Basels an Sturm mit derselben Bitte d. d. Nov. 1 ebenda fol. 478.

² Zur Datierung vgl. unten p. 279 A. 3. Die Credenz für Han und Aitinger datiert schon vom 16. Juni und ist wahrscheinlich in Ulm ausgefertigt. (Marb. Arch. Ausf.) Vgl. oben nr. 305.

B. Instruction an den Kurfürsten von Sachsen.

Die Gesandten sollen dem Kurfürsten Dank sagen für die Bereitwilligkeit, mit der er im vorigen Jahre die Bitten der Städte erhört hat.

nr. 263.

Sie sollen auf den bisherigen Nutzen des Schmalkaldischen Bundes hinweisen, welcher «on zweifel vil practicken und anschlag unserer widerwertigen hinderhalten und geprochen, also das wir die vereinigten stend bishär dester basz bei frid und ruen bliben.» Wie der Bund bisher vielen andern Ständen und Städten Mut gemacht habe, das Evangelium frei und ohne Scheu predigen zu lassen, so würde er auch in Zukunft der Ausbreitung der reinen Lehre förderlich sein. «dweil dann wir obgenante stett gar nit zweifelten, dann das ir churf. g. zu solchem allem als ainem guten gottgefelligem werk hinfuro wie bishär als ain christenlicher churfürst zu verhelfen ganz wol genaigt, so were unser underthenigst und vleissigs pitten, dieselben ir chf. g. wöllten gnediglich selber auch zur sachen raten, wie und welichermassen deren ze thund, das die noch werende verstentnus, so sonst uf invocavit nehstkunftig uber ein jar ir endschaft nemen¹, noch uf etliche jar erstreckt; und auch zum andern: dieweil die erste notel derselben verstentnus ganz gemain und etwas zu weitloufig gestelt, das die andere uf leidenliche richtige masz und weg fur hand genomen und ufgericht wurde; und furs dritt, das dieselbig unser christenlich verstäntnus mit denen stenden und stetten, so der sachen des evangelii halben und sonst eben wol gemesz und gelegen weren und darein begerten, erweitert, erpraitert und zu höherm wesen gefurdert und gepracht werden möchte.

nr. 276.

nr. 269.

Und als ir chf. g. hievor deren von Augspurg einnehmung halben fur gut angesehen, das damit bis zu ainem köntigen reichstag — des man sich damoln in kurzē versehen — stillgestanden wurde, und aber derselbig reichstag — als man je noch nit anderst wiste — sich etwas lang verziehen möchte, so hetten wir von stetten obbemelt fur nutz gut und notwendig angesehen und bedacht, zu iren chf. g. ze schicken und ufs underthenigst ze pitten, das dieselbig gelegenheit der sachen gnedigst und nach notturft bedenken und es mit denjenigen, es weren die von Augspurg oder andere, so dem handel und uns allen gelegen und seiderhär unserer ufgerichten verain oder darvor zu dem evangelio komen weren oder noch darzu lust hetten, nit uf ain solichen köntigen und noch ungewissen reichstag ansteen lassen, sonder sie die gelegnen gemessen und des begerenden uns allen und dem handel gottes zu gutem innemen verhelfen, und furnemblich auch aus diser ursach: dweil sich der gewesen Schwäbisch pund geendet und

nr. 285.

mittler weil allgerait ain newer pund ufgericht, darin etliche conditiones und mittel furgeschlagen und von den new verainigten pundsstenden eingangen und angenommen, die den stetten ja auch mehrern ständen des hailigen evangelii, christenlicher leer und derselben gemesz angerichter ceremonien und ordnungen halben auch einzegan und anzenemen, ufs höchst beswerlich und nachtailig sein wölten.»

Nochmalige Zusammenfassung der Bitte um Erstreckung und Erweiterung des Bundes. «und sollen obgenante unsere gesandten hierüber gnedigst ant-

¹ Der am Montag nach Invocavit 1531 urkundlich abgeschlossene Bund (nr. 23) sollte 6 Jahre dauern, lief also Invocavit 1537 ab.

wort und abfertigung pitten, damit wir uns darnach unser notturft und gelegenheit der sach dester basz wissen ze richten.» — Dat. fehlt.

C. Nebeninstruction.

Die Gesandten sollen darauf dringen, dass der Kurfürst ihnen auf ihre Werbung «verständige, satte, richtige und endliche antwort» gebe, ob er für seine Person geneigt sei, den Bund zu erstrecken und zu erweitern. Sie sollen sich nicht damit zufrieden geben, dass er etwa seine Entscheidung auf eine Zusammenkunft der vereinigten Stände verschiebe; denn es sei der eigentliche Zweck dieser Werbung, des Kurfürsten persönliche Gesinnung zu erforschen. «im fal aber, so er antwort gebe: es were auch von nöten, zuvorderst ze wissen und bericht ze haben von deren leer und glauben, so also in dise verstentnus begerten, ob sie in dem den jetzt verainigten stenden sich gleich und gemesz hielten oder nit: so sollen die gesandten sein chf. g. anzaigen, das Augspurg und andere oberlendische stett, so in dis verain ze komen begern, — wie wir die obgedachten frei und reichsstett durch unsere gelerten und furnemblich her Martin Bucern, so wir deshalb gute zeit bei inen gehebt¹, gnugsam verständig und gewiszlich bericht weren —, des hochwürdigen sacraments des leibs und pluts Christi, auch ander leer halben mit den verainigten stenden und stetten ains, in dem allem seiner chf. g. und unser confessionen, zudem auch der vergleichung, so vergangner zeit Philippus Melanchton und Bucerus mit ainander gethan, deren sein chf. g. sonder zweiff durch denselben Melanchtonem gnugsam bericht weren, gleich und gemesz leren und predigen liessen, also das deshalb an inen nit mangel were.»

Ferner sollen die Gesandten auf der Hinreise sich in Frankfurt erkundigen², ob die Stadt ihre Fürsprache bei Sachsen und Hessen wünsche. Ist dies der Fall, so sollen sie sich in dem Sinne, in welchem Strassburg schon früher an die Fürsten geschrieben, für Frankfurt verwenden. Verlangt aber die Stadt ihre Intervention nicht, so sollen sie doch «in gemain und ufs kurzest» die Werbung, welche die eignen Gesandten Frankfurts vorbringen würden, unterstützen.

Schliesslich sollen sie den beiden Fürsten auch die Beschwerden vortragen, die der Stadt Esslingen jüngst am Kammergericht auf Klage des Domstifts zu Speier begegnet sind³. Die Städte hätten bisher den Rat des

¹ Vgl. Baum 502.

² Sie hatten ein eignes Beglaubigungsschreiben an den Frankfurter Rat mit. Conc. ebenda d. d. Juni 24.

³ Esslingen hatte darüber am 18. Juni an Strassburg berichtet und gebeten, beim Kurfürsten und Landgrafen um Unterstützung nachzusuchen. Dieser Brief kam am 22. Juni nach Strassburg. Gerade als Han und Aitinger im Begriff waren, abzureisen, am 26. Juni, traf auch noch Ludwig Körnstaller von Constanz ein, der ebenfalls Beschwerden über das Kammergericht vorbrachte und um Fürsprache der Gesandten bei den Fürsten bat. (Str. St. Arch. AA 453). Diesem Wunsche wurde Folge geleistet, indem Strassburg den Gesandten noch nachträglich am 26. Juni ein besonderes Beglaubigungsschreiben zur Vertretung der Constanzer Beschwerden an die Fürsten ausstellte (Str. St. Arch. AA 451, Conc.). Uebrigens reiste der Constanzer selbst mit zum Landgrafen, vgl. nr. 310. Auch Memmingen schickte am 16. Juni

Kurfürsten befolgt, «das sich kain statt mehr in sachen die religion berue- rend und derhalben erwachsend beim camergericht als recusiertem richter mit vertretung und defension einlassen solle;» da sie nun demgemäss keine Vertretung mehr am Kammergericht hätten, so verfare dasselbe, wie man jetzt in dem Esslinger Fall sehe, in contumaciam. Die Fürsten möchten raten, was dagegen zu thun sei, zumal da der Vorladungstermin für Esslingen nahe bevorstehe, und im Falle des Ausbleibens die Acht angedroht sei. Namentlich sollen die Gesandten den Landgrafen, der «der sach näher gesessen» als der Kurfürst, um Verwendung beim Kammergericht oder beim Bischof von Speier ersuchen. Dat. fehlt.

310. Michel Han, Ratsschreiber, an die Dreizehn.

Juli 8.
Rauschenberg.

Str. St. Arch. AA 451. Orig. Adresse fehlt.

Reise zum Landgrafen und Audienz bei demselben. Hessen billigt die Werbung bei Sachsen behufs Erstreckung und Erweiterung des Bundes und hofft auf Erfolg. Bisherige Verhandlung Hessens mit Sachsen. Weitere Ratschläge für die Werbung beim Kurfürsten. Jedenfalls sei bald ein Bundestag zu halten, eventuell ohne Sachsen. Sturms Werbung bei Herzog Ulrich. Der Landgraf verspricht Unterstützung Frankfurts. Beschwerden über das Kammergericht. Warnung vor Einmischung weltlicher Prozesse. Vermittlung zwischen Lübeck und Danemark.

«Gnedigen herren. nach dem schreiben, so mein mitgesandter¹ und ich von Frankfurt aus an e. g. gethan (*), seind wir am samstag den 3. julii morgens zu Frankfurt verritten, mein g. herren den landgrafen von Hessen zu Martpurg — als da sein f. g. jetzt mehrtails hof haltet — gesucht. als wir nun am sonntag [Juli 4] zu mittag daselbsthin gein Martpurg sampt den gesandten von Costnitz und Frankfurt komen, hab ich mich zu her Jörgen Nuszpickern, dem canzler, verfuegt, ine gepeten, uns zu verstendigen, wo wir mein g. hern — so uf der gejägt umbzeuchet — finden möchten.» Der Kanzler habe darauf Nachricht versprochen und am Montag früh [Juli 5] angezeigt: «es werd sein f. g. umb mittag alhie zu Rauschenberg — so 2 meil von Marpurg ist — ze finden sein. und hat er, der canzler, uns dabei geraten: dieweil mein g. herr niemand seiner räten bei ime, auch nit alle mal ganz gern hab, das man ine uf der gejägt suoche, sollen wir sein f. g. schreiben und pitten, uns zu verstan ze geben, wahn wir deren nachvolgen sollen. das haben wir gethan und wider antwort empfangen, das wir am zinstag verschienen [Juli 6] umb mittagzeit bei sein g. alhie sein solten. als wir nun alher komen und sein f. g. noch uf dem holz gewesen, hat er, sobald er hereinkomen, zu uns geschickt, begeren lassen, wir wöllten geduld haben; sein g. wölt, sobald sie geessen hette, nach uns schicken, uns hören. und hat daruf am abend etwa zwuschen 5 und 6 uren uns beruefen lassen, uns unserer werbung ganz gnediglich gehört und niemand dan den secretarium Lersenern bei sein g. gehabt. und des haupt-

seinen Stadtschreiber Georg Meurer mit Credenz an Strassburg, vermutlich in ähnlicher Absicht wie Esslingen und Constanz. Doch kam derselbe erst am 1. Juli nach Strassburg, als die Gesandten schon fort waren, Str. St. Arch. AA 2025.

¹ Seb. Aitinger, vgl. vor. Nummer.

handels halben, die erstreckung der noch wesenden ainigung, auch einnehmung mer stend und stett in dieselb etc. beruerende, hat sein f. g. uns ungevarlich und in kurz also geantwort: das sein gnad unser instruction uf den churf. zu Sachsen etc. gestellt, verlesen lassen und verstanden und wisz sein gnad sich noch wol zu erinnern, warumben und was ursachen dieselb zu Ladenburg geraten und fur gut angesehen, diser sachen halben zu dem churfursten ze schicken. darumbn lasz ir f. g. iro dis unser vorhabende werbung beim churf. gefallen; doch ware anfenklichs seiner gnaden meinung, wir solten den churf. nit zu hart anzäpfen, dann die Meichsner — eben also nent ers — weren dermassen gesinnet, so man sie ze hart anspräch, theten sie ain ding allerwenigst. als wir nun nach vil reden sein f. g. — als die sich ganz apert und offenbarlich gegen uns erzaigt — in underthenigen vertrewen berichten, wes wir lut unserer nebeninstruction in bevel hatten, umb satte endliche und verständige antwort zu arbeiten, mit anzaigung, was sein f. g., auch gemainen stenden stetten und dem ganzen handl daran gelegen etc., hat er ime solichs lassen wol gefallen, und uns dargegen zu verstan geben, wir sollens thun, und es sei eben jetzt die rechte zeit; denn der churfurst stee noch nit am besten gegen dem könig der wal halben; item so hab er allerlai spen mit dem cardinal von Mainz, sodann mit herzog Jörgen und andern mer; derhalben er, her landgraf, nit zweifele, wir werden satte richtige antwort erlangen. hat uns auch darbei gesagt, er hab kurzvergangner zeit eben diser sachen halben den secretarium Nordeck bei sein chf. g. gehabt, bei dem er ime zu verstan geben, was an der sachen gelegen, und er der churfurst sich erpoten und bewilligt, doctor Bruckern¹ zu ime. hern landgrafen, ze schicken, dieser sachen halb mit sein g. ze handeln. da wisz er wol, wann er denselben mann zu im schick, das im die sach angelegen sei. seiderhär hab er im geschriben, do. Brucker sei krank worden; also sei es bishär bleiben ansteen, und werd sich unser vorhabende werbung nur wol schicken. dann er hab sich auch gegen Nordeck hören lassen, er möchte leiden, das herzog Ulrich etc. in die verstentnus keme. so sagt mein g. her landgraf, wöll er herzog Ulrich einnemen, so muesz er andere auch einnemen etc., und darumben wöll sein f. g. ime, dem churf., schreiben raten furdern und verhelfen, das uns uf unser werbung gewillfaret und satte richtige antwort werde; wöll uns auch desselben schreibens copien zustellen; doch sollen wir uns des nit merken lassen, und ob der churfurst under anderm antwurten wurde, er wölt zuvor mit sein f. g. darvon handeln, so soll er jemand zu sein gnaden schicken; wöll sein gnad — wiewol es sie nit von nöten bedunk — sich gegen demselben weiter vernemen lassen, und begert an uns, wir wölten nit haim eilen und unbeswert sein, dieselbig weil beim churf. zu verziehen; auch so der churfurst zu sein g. schicken wurde, solten wir, wie man uns mit antwort begegnet were, sein f. g. mit derselben potschaft oder aignem poten zuschreiben, sich darnach wissen ze richten. und erpeut sich in warhait wie vor alle mal ser vil guts gegen den stetten und sonderlich gegen dem ganzen handl gottes. im fal, so der churfurst bewilligte, die verstentnus zu erstrecken auch andere einzenemen, sollen wir pitten und dahin arbeiten, das ain tag der zusammen-

nr. 297.

¹ = Dr. Brück.

kunft bis in Frankfurter mesz — allerlai gelegenhait halben — ernent und angesetzt und uf demselben alle notturft gehandelt werde. aber im fal, so ers nit bewilligen wölt, das alsdann nütdestminder er, mein g. her landgraf, und die andern der sachen verwandte und gelegne stend und stett zusammenkemen und schickten und abermaln ir notturft hierinnen furnemen. das er aber, wie begert worden, jetzo seine rät derhalben gein Wormbs abfertigen solte, in disen sachen ze handeln etc., sehe ine für besser an, des churf. endlich antwurt zu erwarten; zudem sei die zeit zu kurz, hab deren rät, so er in disem gescheft brauche, kain bei handen. es hab auch sein f. g. zu Ladenburg an her Jacob Sturmen begert, mit herzog Ulrichen ze handeln und ime, hern landgrafen, was des orts für antwurt fiele, zuzeschreiben; das sei nun bis anher nit beschehen. darumb hab er sich uf disen tag gein Wormbs solcher sachen halb nit verfassen können. aber wie dem, so wir vom churf. antwurt haben und wider zu sein f. g. komen, wöll er weiter helfen und furdern, das man der sachen halb zusammenkome, und were seiner f. g. bedenken: der churfürst wölte gleich in die erstreckung und einnehmung bewilligen oder nit, das man nüt destminder zu Frankfurter mesz zusammenkeme; dann ob man gleich die erstreckung und mehr einnehmung beim churf. nit erhalte, sollen wir anzaigen, das doch von nöten sein wölle, der chammergerichtischen beswerden halben sich zusammenzethun und zu entschliessen, wesz man sich die zeit, diewel die verstentnus noch weret, in dem und anderm halten wölt. deren von Frankfurt halben hat sein gnad uns uf beschehne werbung allerlei beswerden, so dieselb billich gegen Frankfurt ze haben vermaine, angezaigt, aber doch sich erpoten, er wöll dasselbig alles im handel gottes an ain ort setzen, sie in sachen des evangelii bevolen haben und, was der churfürst des orts thue, wöll er auch thun und mer darzu. doch beger er, so es zu weiterer handlung kome und man sich deren von Frankfurt annemen werde, sollen die erbarn stett sie auch anweisen, sich etwas nachpeurlicher, dann bishär beschehen, gegen ime zu beweisen; er wurd sich sonst ir gar nüt mer beladen, wie e. g. solichs und anders mer zu meiner widerhaimkunft — ob gott will — von mir vernemen werden. er hat auch die von Frankfurt nit selber, sonder durch Ott Hundten, sein amptman, und Lersenern, den secretarien, gehört, und dann inen antwurt in schrift zustellen lassen ungevarlich des inhalts, wie er uns, als obstat, irenthalb geben, daran sie nach gelegenhait der sachen dismals benuegen musz; wöllten jetzunder mit uns furter gein Weinmar oder, da wir den churf. finden, verreiten.»

p. 279 A. 3. Den Gesandten von Constanz habe der Landgraf persönlich empfangen und die Klagen über das Kammergericht von ihm vernommen. Diese und andere Beschwerden wolle der Landgraf seinen Räten zustellen und beratschlagen lassen, wie Abhülfe geschaffen werden könne. Auch habe er sich bereit erklärt, alle Schritte zu unterstützen, die der Kurfürst etwa in dieser schwierigen Frage für nützlich erachte. «doch hat er abermaln aus gnaden und mit trewen angemanet, man soll nit har under wöllten schlagen¹, nit umb klainfueg liederlich sachen, so nit on alle mittel religionis

¹ Man soll nicht Haar unter die Wolle mischen, d. h. mit Beziehung auf die Prozesse: man soll nicht weltliche Streitigkeiten als religiöse ausgeben.

seien etc., irrungen und beswerden machen, damit mans in andern nit entgelt; dann er hab je darfur, das camergericht handle nit fur sich selbs und on sonderliche erholte beschaide; dann er hab von dem bischof von Londen, kai. mt. oratorn, und andern am hof gehört, man ziehe vilerlai liederlich sachen ein, mach irrungen, da wol kaine weren. das wöll er aus gnediger wolmeinung also angezaigt haben.

Sodann, g. herren, hab ich her Jacob Sturmen von Speir aus geschriben (*), was mir doctor Friderich Reifstock deren von Lübeck halben in gehaim anzaigt; und will mich beduncken, es sei nit gar nüt; dann mein g. herr landgraf hat uns den zwaien gesandten angezaigt, wie der herzog von Holstain gegen Lubeck und andern seinen widerwertigen gesigt, inen ain schlacht angewonnen, uf wasser und land inen groszen schaden zugefuegt und hab gar bei alle seine zugehörige konigreich und land innen¹. noch wölln die von Lübeck nit frid gegen ime geben; das sei im laid, dann er förcht, es werd uber sie ausgeen. das wölt er sover möglichen gern helfen furkomen, und vertrew er, volg und willen bei dem von Holstain ze haben, wann nur jemand were, der die von Lübeck vermögt, und sei darauf sein gnedigs ansinnen und begeren, wir wölln euch, unsern hern und obern, solichs zuschreiben und pitten: dieweil Lübeck ain statt, da man daz evangelium predig und in der christenlichen verain sei, zudem dan der von Holstain auch ain evangelischer christenlicher könig und furst, und der nur uberaus from und gotsfürchtig sei, hab sich auch in schriften gegen ime vernemen lassen, das im solich plutvergiessen höchlich laid und zewider etc.: das dann die erbarn stett ain potschaft zu denen von Lubek verordnet hetten, uf ain vertrag helfen ze raten und ze handeln etc., wie dann sein f. g. solichs irs tails auch verhelfen und es je gern gut sehen wölt².» — Dat. Rauschenberg den 8. julii a. etc. 35. » — Lect. Juli 20.

Zettel: Als sie, die Gesandten, im Begriff gewesen, abzureisen, habe der Landgraf ihnen eine Copie des Schreibens, welches er durch eignen Boten an den Kurfürsten schicken wolle, übermittle³. Strassburg möge die beifolgenden Briefe Sebastian Aitingers an Ulm befördern. «der von Costanz reit von hinnen wider haimwerts, bei demselben ich e. g. dise schriften zugeschaffen. Dat. ut in literis.»

¹ Christian III, Herzog von Holstein und König von Dänemark, der Sohn König Friedrichs I, hatte die Lübecker, welche die Partei des vertriebenen Christian II ergriffen hatten, am 11. und 16. Juni zu Wasser und zu Lande entscheidend geschlagen. Vgl. Waitz Wullenwever II 237 ff.

² Die erste Aufforderung zur Vermittlung zwischen Lübeck und Dänemark muss schon früher an Strassburg gelangt sein; denn schon am 8. Juli, also an demselben Tage, an welchem Han den vorliegenden Brief absandte, schrieben die Dreizehn an den Landgrafen, sie wollten die Sache mit Ulm zusammen überlegen. (Marb. Arch. Dänemark).

³ Liegt im Thom. Arch. nebst der Ausf. des Briefes, in welchem der Landgraf den Gesandten die Copie schickte. In der Datierung ist ein Schreibfehler; denn für «Mi. nach Margarethe» muss es zweifellos heissen «vor Margarethe» (Juli 7 statt 14). Es ist darin die Bitte ausgesprochen, der Kurfürst möge den Gesandten unomwunden seine Meinung sagen. Er selbst, der Landgraf, sei geneigt, den Städten zu willfahren; wenn Sachsen ebenso denke, sei eine weitere Beratung zwischen ihnen überflüssig; andernfalls möge der Kurfürst einen seiner Räte zu ihm schicken und, bis die Entscheidung gefällt sei, die Gesandten der Städte bei sich behalten.

311. Die Dreizehn an Landgraf Philipp¹.

Juli 21.

Str. St. Arch. AA 451 Copie.

Das Kammergericht hat auf Grund eines kaiserlichen Schreibens beschlossen, mit den Prozessen gegen die Evang. fortzufahren. Notwendigkeit eines Bundestags.

p. 205. Seit der Abreise der oberländischen Gesandten habe man in Erfahrung gebracht, «das das kai. chambergericht uf beschehene recusation alle handlungen, wie die vor inen hangend und darumben si recusirt seien, sambt der furbrachten recusation der Romischen kai. mt., unserm allergnedigsten herren, überschickt und von irer mt begert haben, in welchen sachen si als religion-sachen nit procediren und stillsten sollen oder nit; da von der kai. mt inen antwort worden (*), das ir mt sich beschwere, das solich sachen uf ir mt. geschoben werden wolten, sonder si, als die eigenschaft der sachen wol wissen werden, ein solichs wol erkennen können, und ir mt. liesz es desfalls bei irem p. 183 A. 1. hievor gegebenem bevelch, das si in des glaubens und religionsachen stillston und nit procediren sollen, bleiben. daruf sich dann das chambergericht entschlossen, in vor inen hangenden und recusirten sachen und sonderlichen, welche geistliche rent, zins und gulten entsetzung belangen, furzufahren und zu sprechen. und nachdem und wir bericht sind, das chambergericht mit personen besetzt, ist es wol zu glauben, das si also furfahren werden und mit der acht etliche stend zu beschweren underston, wie dann wider unsere freund von Eszlingen und Costenz dermassen gehandelt wurt, und e. f. g. von unsern gesandten vernomen. dernalben so langt an e. f. g. unser vleissig pitten, si welle die sachen dahin helfen furdern, die cristlich verein werd erstreckt oder nit, das man destweniger nit zusammenkome, zu handeln und zu ratschlagen, wie und welcher gestalten man sich solcher processen und beschwerden darus volgend kunftiglich furkomen und entladen welle, oder aber den beschwerten notturtige hilf erzeigt werden möge, wie dann das die notturtf erforderlich thut.» — Dat. 21. Juli a. 35.

312. Landgraf Philipp an die Dreizehn.

Juli 28.

Str. St. Arch. AA 451. Ausf.

nr. 314. Antwort auf das Schreiben vom 21. Juli. Er müsse erst abwarten, was der Kurfürst ihm bezüglich der oberländischen Werbung schreiben werde; denn durch die voreilige Ansetzung eines Bundestags könne der Erfolg der Verhandlung über die Erstreckung des Bundes leicht in Frage gestellt werden. Wenn jedoch bis Laurentii [Aug. 10] die Berufung der projectierten Versammlung nicht erfolge, sei er bereit, auch ohne Sachsen eine sofortige Zusammenkunft wegen der Prozesse zu betreiben. Dat. Cassel Mi. n. Jacobi a. 35. — Pr. Aug. 4.

¹ Die Dreizehn schickten gleichzeitig an Michel Han und Aitinger die Weisung, sich auch mündlich beim Landgrafen im Sinne obigen Briefs zu verwenden (ebenda); jedoch erhielten die Genannten das Schreiben laut Empfangsvermerk erst am 25. Juli in Frankfurt, als sie sich schon auf der Rückreise von Hessen befanden. Vgl. nr. 314.

313. Antwort der Dreizehn auf eine Werbung, welche ihnen Hans Bodmar, Bürgermeister von Lindau, im Namen der Stadt Lindau am 30. Juli vorgetragen hat. Juli 31.

Str. St. Arch. AA 447. Protokoll von Joh. Meyer.

Die Stadt Lindau solle sich den Drohungen des Kammergerichts zum Trotz auf keine Verantwortung gegen die Klage ihres früheren Pfarrers, jetzigen Bischofs von Wien, Johann Fabri, einlassen¹, sondern auf der Recusation des Kammergerichts bestehen und es ruhig geschehen lassen, dass gegen sie in contumaciam prozediert werde. Die oberländischen Gesandten, welche zum Landgrafen und Kurfürsten geschickt seien, würden bald zurückkehren. Brächten dieselben die Nachricht, dass ein allgemeiner Bundestag demnächst stattfinden würde, so sollte Lindau sich gefasst machen, auf demselben seine Beschwerden ausführlich vorzutragen und die Hülfe der Stände anzurufen; wäre aber nach dem Bericht der Gesandten kein Bundestag zu erwarten, so würde Strassburg die Berufung eines oberländischen Städtetags beantragen, auf dem dann über Abhülfe der Beschwerden beraten werden sollte. « Act. ultima julii a. etc. 35. »

314. Relation Michel Han's über seine mit Sebastian Aitingen im Namen der oberländischen Städte ausgeführte Werbung bei Hessen und Sachsen. August 2.

nr. 309.

Ulm. Arch. Ref. T. XIX. Orig. Beutet von Keim Reform. v. Ulm p. 320.

Erkundigung in Speier wegen der Prozesse. Frankfurt. Audienz in Weimar. Der Kurfürst schiebt die Entscheidung über Erstreckung und Erweiterung des Bundes auf eine Ständeversammlung. Trotz Bitten der Gesandten keine bestimmtere Erklärung. Antwort des Landgrafen. Gesandtschaft an Lübeck befürwortet.

Zunächst habe er mit Aitingen in Speier bei den evangelischen Procuratoren am Kammergericht nähere Erkundigung über den Stand der Prozesse von Constanz, Esslingen und Lindau eingezogen. Die Procuratoren hätten ihnen darauf ein Schreiben an Sachsen und Hessen mitgegeben (*), worin die Notwendigkeit einer Bundesversammlung behufs Fassung nachdrücklicher Beschlüsse gegen das Vorgehen des Kammergerichts hervorgehoben sei.

Frankfurt habe ihr Erbieten, beim Kurfürsten und Landgrafen um Unterstützung der Stadt nachzusuchen, mit Dank angenommen und ihnen noch zwei eigne Gesandten beigegeben².

Am 8. Juli seien sie von Rauschenberg abgereist und am 11. Juli nach Weimar gekommen, wo ihnen der Kurfürst am 12. Audienz erteilt habe. Nachdem sie ihre Werbung laut Instruction mündlich und schriftlich vorgebracht, habe der Kurfürst sich wegen der grossen Zahl von Schriften kurze Bedenkzeit ausgebeten. So hätten sie bis zum 14. Juli gewartet, wo ihnen dann in ihrer Herberge von den Räten Caspar v. Minkwitz, Bran-

¹ Ueber den Streit Fabris mit Lindau, der mit der Abschaffung der Messe zusammenhängt, hatte Bodmar mehrere Actenstücke beigebracht. Ebenda (Copien).

² Ueber die dann folgenden Verhandlungen mit dem Landgrafen in Rauschenberg s. den ausführlichen Bericht Han's vom 8. Juli (nr. 310).

- denstein und Dr. Brück der schriftliche Bescheid des Kurfürsten zugestellt worden sei mit dem Bemerkten, der Kurfürst hätte sich gern persönlich geäußert, doch «seien geschäft fürgefallen, das es nit sein mög». Bezüglich Frankfurts hätten sie Copie der den Frankfurter Gesandten erteilten Antwort erhalten. Da sie nun aus dem kurfürstlichen Schreiben ersehen hätten, dass Sachsen die Entscheidung über die Erstreckung des Bundes und die Aufnahme neuer Mitglieder einer Zusammenkunft der Stände vorbehalten wollte, hätten sie gebeten, der Kurfürst möchte ihnen doch seine persönliche Ansicht über die Sache zu verstehen geben; um dies Verlangen zu rechtfertigen, hätten sie den Räten einen Auszug aus ihrer Nebeninstruction überreicht. Darauf wäre ihnen am 15. Juli eine zweite schriftliche Erklärung des Kurfürsten behändigt worden. Obwohl nun dieselbe auch nicht zufriedenstellend gewesen, hätten sie doch geglaubt, nicht weiter dringen zu dürfen, und wären nach Cassel abgereist, um dem Landgrafen Bericht zu erstatten. Zu Immenhausen, wo er damals jagte, hätten sie ihn am 20. Juli getroffen und auf ihren Vortrag sofort Antwort erlangt. Im übrigen hätte der Landgraf darauf gedrungen, dass die Städte durch eine Gesandtschaft an Lübeck den Streit dieser Stadt mit Dänemark sollten zu schlichten suchen; denn — habe er gesagt — «die stett vermögen bei stetten mer dann ander leut». Auf ihr Verlangen hätte er sich bereit erklärt, die Gesandten, welche eventuell nach Lübeck geschickt würden, genau in den Sachverhalt einzuweißen. Auf der Rückreise von Hessen hätten sie schliesslich in Frankfurt Bericht erstattet und den Dank der Stadt empfangen¹. Dat. Aug. 2 a. 35.

BEILAGEN.

A. Antwort des Kurfürsten Johann Friedrich auf die Werbung der oberländischen Städtebotschaft. Juli 13. Weimar.

Str. St. Arch. AA 452. Ausf.

Er habe die Werbung der Städte bezüglich der Erstreckung des evangelischen Verständnisses und der Aufnahme neuer Mitglieder in dasselbe gehört. «das nun die obern obgedachter stete des gemuts und neigung weren, sich sampt andern, so das heilig evangelion angenommen, in die christenliche verstendnus neben uns und andern unsern und iren mitverwandten aus angezaigten christenlichen und pillichen ursachen und bedenken weiter <in verstendnus> zu begeben und einzulassen, solchs were one zweifel von inen aus vorberurten ursachen fur nutzlich und fruchtbarlich angesehen und bedacht worden. sie sollten es auch genzlichen und gewiszlichen dafür halten, das wir fur unser person alles das, so zu merung und ausbraitung des heilwertigen gottesworts dienen mocht, zu furdern gnediglichen gneigt. weil sie aber bei sich leichtlich bedenken konten, das diese sachen die erstreckung der vorstendnus auch die einnehmung anderer meher dermassen legen und der wichtigkeit weren, das wir uns ausserhalb der andern mitverwandten

¹ Zum Schluss folgt ein Verzeichnis der «Verehrungen», welche den Gesandten auf ihrer Reise seitens der Fürsten sowie der Städte Speier, Worms, Frankfurt, Marburg und Erfurt zu teil geworden waren. Die Verehrung bestand danach meist in Lieferung von Wein und in gastfreier Beherbergung.

von fursten grafen und andern nit hetten mügen vornemen lassen, derhalben unsers bedenkens die notturft erfordern wolte, das alle einungsvorwandten uf einen tag zusammenkomen oder die iren mit endlichen gewalt und bevelich schicken, davon ratschlagen reden handeln und schliessen, wie und welcher gestalt hinfurder in den grossen und wichtigen sachen zu handeln und was in demselbigen fur ratsam nutzlichen auch christenlichen und gut angesehen, und zuporderst darvon zu reden und sich zu beraten, ap die christenliche vorstendnus zu erstrecken, und mit was massen und condicion dasselbige bescheen solt, und sonderlichen, das nit ein verstendnus ufgericht, wie bis anher gewesen, die meher mit worten und buchstaben fur hoch furtreglichen und nutzlichen angesehen, dan das sie ir kraft und wirkung gehabt hette. desgleichen das mit stadtlichem rat beratslaget und bewogen wurde, ap jemandes meher von fursten grafen stenden und steten, so im Nurnbergischen Friden und Cadnischen vertrag nit begriffen, in solche einung und vorstendnus ane vorletzung des Nurnbergischen Fridens einzunemen sein mochten oder nit, und was sonsten weiter fur furtreglich auch nutz und gut angesehen und bedacht mochte werden.» Er, der Kurfürst, sei nun «nit ungneigt gewest», gleich jetzt Tag und Malstatt für die Zusammenkunft der Stände festzusetzen; allein er könne das nicht ohne vorherige Verständigung mit dem Landgrafen. Die Städte sollten darüber keine Beschwerde tragen; er werde möglichst bald seine Räte zum Landgrafen schicken, damit das Ausschreiben des Tages um Laurentii [Aug. 10] geschehen könne. «was dan durch uns semplichen bedacht, beschlossen und fur gut angesehen, das zu furderung, ofneming und merung, baide mit erstreckung der vorstendnus und ferner einneming anderer stende und stete, gotlichs worts geraichen thet, daran wolten wir muglichen vleis furwenden und aus vorleihung gotlicher gnaden an uns, wie bisher ane rum bescheen, keinen mangel sein lassen.»

Was die Beschwerden der Städte über die Glaubensprozesse betreffe, so sei er gern zur Hülfe geneigt; da aber weder der Nürnberger Friede noch die Recusation und der Cadaner Vertrag noch die königlichen Befehle an das Kammergericht etwas gefruchtet hätten, so glaube er nicht, dass weitere Schriften oder Gesandtschaften an das letztere oder an den König etwas nutzen würden. «darumb musz man das chammergericht dieser zeit seins gefallens walten lassen.» Sollte aber in den Prozessen am Kammergericht zur Execution geschritten und mit thätlicher Gewalt gegen die Städte vorgegangen werden, so müsste man — doch natürlich nur soweit es sich um Religionsachen handelte — der Schmalkaldischen Einigung gemäss sich dem widersetzen. Doch habe auch in dieser Frage die nächste Bundesversammlung die eigentlich entscheidende Stimme. Dat. Weimar Di. Margarethe a. 35. — Lect. coram XXI Aug. 14.

B. Antwort des Kurfürsten Johann Friedrich auf die
Beschwerden der Stadt Frankfurt.

Juli 13.

Weimar.

Str. St. Arch. AA 452. Copie.

Er wirft der Stadt vor, dass sie früher die Aufforderung, dem Schmalkaldischen Bunde beizutreten, abgelehnt habe. In ihrem Streit mit Mainz

nr. 69.

könne er ihr noch weniger helfen als den eigentlichen Bundesgenossen. Doch möge die Stadt die nächste Bundesversammlung beschicken; dort werde man sie eventuell, wenn sich herausstelle, dass sie die reine Lehre hätte, in den Bund aufnehmen. Dat. Weimar Di. Margarethe a. 35.

C. «Churf. gnaden zu Sachsen letzte antwort, übergeben donderstags den 15. julii a. etc. 35»¹. [Juli 15].
Weimar.

Str. St. Arch. AA 452. Ausf.

Die Gesandten hätten aus seiner ersten Antwort ersehen, «aus was dapfern notwendigen und bewegenden ursachen sein churf. gnad sich pillich beswert befunden, allain und ausserhalb seiner churf. gnaden mitverwandten dises art. halben dismals [sich] endlichen vernemen zu lassen». Dabei müsse er es bewenden lassen; doch sei er erbötig, auf der Ständeversammlung «an allem dem, so zu ufnemung, usbraitung und merung des heilwertigen gotsworts mit erstreckung der verstendnus und innemung merer stende und stete dinstlich, wi in siner churf. gnaden antwort auch verlaut, siner churf. gnaden tails nichtz erwinden zu lassen». Dat. fehlt.

D. Antwort des Landgrafen auf den Bericht der oberländischen Gesandten². Juli 20.
Immenhausen.

Str. St. Arch. AA 452. Ausf.

Er habe ihre Relation gehört, desgleichen dasjenige, «was sie darauf sein f. g. von wegen irer obern der oberlendischen erbarn stett gebeten, das sein f. g. gnediglichen ir die sache bevolen sein lassen wolte und etwa mer und fleissiger furdern, dan sie sich bedunken liessen, das dort bei churf. g. zu Sachsen geschege, das der tag Laurentii furderlich ausgeschriben und ernennet wurde etc., wie das nach lengs der ratschreiber von Straspurg furbracht hat.» — «als nu sein f. g. vermirken, das der churfurst nit ungeneigt, die einunge zu erstrecken, und das sein churf. g. zu seinen f. g. schiken und sich von den sachen mit sein f. g. underreden und handeln lassen wil, und das ein tag zu der zusammenkunft oder zusammenschikung uf Laurentii ausgeschriben werden solle, so lassen sein f. g. ir solichs noch gefallen, und wie die gesandten gebeten, wollen sein f. g., so der churfurst zwuschen hie und Laurentii nestkommend nit zu seinen f. g. schicken und sich also der sachen und des tags halb mit sein f. g. verglichen wurde, die sachen ir gnediglichen bevolen haben und bei dem churfursten mit vleis anhalten und furdern, das solicher tag zum furderlichsten usgeschriben und gehalten und die zusammenschikung verfordert werde.»

Bezüglich der Prozesse teilt der Landgraf des Kurfürsten Ansicht; zum Ueberfluss hat er jedoch nochmals an den königlichen Rat Hans Hofmann

¹ Aufschrift von der Hand M. Han's.

² Mit folgender Note M. Han's: «zu Immenhausen mundlich gegeben und dann zu Cassel in diser schrift zugestellt 21. julii a. etc. 35».

deswegen geschrieben¹; ausserdem seien die Räte zu Cassel angewiesen, den Gesandten ihr Gutachten bezüglich der Beschwerden über das Kammergericht mitzuteilen. — Immenhausen Di. n. divis. apost. a. 35.

315. Die Dreizehn an die Geheimen von Ulm.

August 3.

Str. St. Arch. AA 451. Conc. von M. Han, mit Correcturen und Zusätzen von Sturms Hand. Benutzt von Keim Ref. v. Ulm 320.

Schlagen einen Städtetag zu Esslingen vor.

Nachdem jetzt M. Han und S. Aitinger von ihrer Gesandtschaft aus Sachsen und Hessen zurückgekehrt sind, halten die Dreizehn für gut, dass die oberländischen Städte am 22. August in Esslingen eine Zusammenkunft veranstalten sollten, um den Gesandtschaftsbericht zu hören und sich wegen einer gleichmässigen Haltung auf dem bevorstehenden Schmalkaldischen Bundestage zu vergleichen, «damit man nit sagen möcht: wir von stetten hetten umb soliche zusammenkunft angesucht und weren die, so uf <den> [die] nit genugsam gevast, sonder die sachen ufhalten theten.» Auch sollen die Städte diejenigen namhaft machen, deren Aufnahme in den Bund sie wünschen; ferner sich wegen der Gesandtschaft an Lübeck entschliessen und endlich über den Stand ihrer Prozesse am Kammergericht genaue Erkundigungen einziehen, damit sie auf dem Bundestage darüber berichten können. Zugleich sollen sie die Warnung des Landgrafen beherzigen, «das man nit sachen fur religion und glaubenssachen anziehen und defendieren thete, so es on mittel nit weren, damit aine die andere nit verderbte.»

Wenn Ulm mit der Ansetzung des Esslinger Tages nicht einverstanden sei oder eine frühere oder spätere Abhaltung desselben wünsche, so solle es Strassburg sofort davon benachrichtigen. Dat. 3. Aug. a. 35.

p. 282.

316. Landgraf Philipp an den Rat.

August 11.
Fürstenberg.

Str. St. Arch. AA 450. Ausf. Beilagen ebenda. Copien.

Schickt seinen Briefwechsel mit Sachsen über die Ansetzung einer Bundesversammlung zu Schweinfurt oder Schmalkalden.

Ubersendet Copie des Briefes, den der Kurfürst von Sachsen jetzt an ihn geschrieben, und aus dem man dessen Meinung über die in Aussicht gestellte Bundesversammlung ersehen könne. Er habe darauf geantwortet laut beiliegender Copie und hoffe, dass die Versammlung nunmehr auf Simonis und Judae [Oct. 28] zu Schweinfurt stattfinden werde. Dat. Fürstenberge Mi. n. Laurentii a. 35. — Lect. Aug. 19.

Beil. A.

Beil. B.

BEILAGEN.

A. Kurfürst Johann Friedrich an Landgraf Philipp.

August 4.
Torgau.

Entschuldigt sich, dass er nicht, wie versprochen, seine Räte geschickt habe, um mit dem Landgrafen wegen der Erstreckung und Erweiterung des

¹ Copie davon ebenda, d. d. Juli 18. Der Landgraf bittet darin, sich beim König für die Sistierung der Prozesse zu verwenden, indem er auf die gefährlichen Unruhen hinweist, welche in den Städten entstehen könnten, wenn es zur Verhängung der Acht käme. Vielleicht wäre es gut, wenn der Kaiser Commissare verordnete, um die Prozesse gütlich zu vergleichen.

Bundes und wegen der Ansetzung eines Bundestags zu beratschlagen. Er habe zur Zeit keinen seiner Räte, die er zu solchem Geschäft zu verwenden pflege, bei sich; deshalb müsse er versuchen, sich brieflich zu verständigen. Seine Meinung sei nun, dass der Landgraf und er, der Kurfürst, persönlich den Bundestag besuchen sollten, welchen er hiermit auf Simonis und Judae [Oct. 28] zu Schweinfurt oder Schmalkalden anzusetzen vorschläge. Gegenstände der Beschlussfassung sollten sein: die Erstreckung des Bundes, genauere Festsetzung der «mass und condicion» desselben, die Aufnahme neuer Mitglieder¹ und das Verhalten bei etwaigen Executionsbeschlüssen des Kammergerichts. Eher könne er den Tag nicht ansetzen wegen anderweitiger wichtiger Geschäfte. Ubersendet Entwurf des Ausschreibens zu dem Tage und bittet um Begutachtung desselben (*). Eine Einladung derjenigen Stände, über deren Aufnahme erst Beschluss gefasst werden müsse, halte er nicht für thunlich. Dat. Torgau Mi. n. vincula Petri a. 35.

B. Landgraf Philipp an Kurfürst Johann Friedrich.
August 10.
Zapfenburg.

Die Ansetzung des Bundestags auf den 28. October sei ihm recht; bezüglich der Malstatt sei er mehr für Schweinfurt als für Schmalkalden, «nochdem ewer lieb wissen, das vil der oberlendischen stette gen Schmalkalden ze reiten beschwerung und bedenken furgewendt haben.» Persönlich zu erscheinen, sei er wohl geneigt, doch könne er deswegen noch keine unbedingte Zusage machen. Das übersandte Concept des Ausschreibens(*) habe er etwas geändert durch Streichung einiger Worte, welche bei manchen die Meinung erwecken könnten, «als ob wir an irem glauben und religion zweifel trugen;» — «zu dem das uns dunkt, das nit vil daran gelegen, da man des glaubens einig ist, wie die ceremonien gehalten werden².» Der Bund sei den Evangelischen unentbehrlicher denn je, namentlich wegen des «geschwinden vornemens» des Kammergerichts. In Anbetracht dieser Wichtigkeit der Sache halte er eine persönliche Vorbesprechung mit dem Kurfürsten für nötig und schlage eine Unterredung zu Nordhausen oder Eisenach vor.

Was die Stände betreffe, um deren Aufnahme in den Bund es sich handle, wie Württemberg, Frankfurt, Augsburg, so sei sein Rat, dieselben

¹ Bezüglich dieses wichtigsten Punkts heisst der Passus: es soll beratschlagt werden, ob jemand mehr von fursten, graven und stende, so in dem Nurnbergischen Friden und Cadawischen vertrag nit begriffen und doch das hailwertige gotteswort vermuge e. l., unser und andere unser mitverwanten zu Augsburg gethanen confession und apologie ane vermischung anicher secten bei inen rain clar und helle predigen, leren, es auch der comunion und ceremonien halben derselben gemes halten liessen, ane verletzung berurts Friden und vertrags in solche verstentnus mochten genomen werden. Vgl. folg. Anm.

² Dies geänderte Concept liegt bei; es ist durchaus übereinstimmend mit der Ausfertigung des Ausschreibens vom 24. Aug., s. unten nr. 320. Was der Landgraf gestrichen hat, erhellt — auch ohne dass wir den Wortlaut des kurfürstlichen Concepts kennen — aus der Erläuterung, welche der Kurfürst in seinem Brief zu der Aufnahme neuer Mitglieder gegeben hatte. S. vorige Anm. Es sind unzweifelhaft die dort gesperrt gedruckten Worte.

doch zu der Versammlung einzuladen, weil man sonst wegen Vollziehung ihrer Aufnahme und Festsetzung ihrer Beiträge etc. noch eine besondere Zusammenkunft anberaumen müsse. Dat. Zapfenburg Di. n. Laurentii a. 35.

317. Jacob Sturm an Landgraf Philipp.

August 17.
Strassburg.

Marb. Arch. (Corr. Philipps mit Sturm). Orig.

Augsburg habe den Dr. Gereon [Seiler] und Caspar Huber kürzlich beim Herzog Ernst von Lüneburg und bei Luther gehabt und letzterem angezeigt, «welcher massen sich ire prediger im artikel des sacraments verglichen,» worauf Luther, sowie Melanchthon und Justus Jonas freundlich geantwortet hätten. Uebermittelt Copien von Briefen Luthers an Rat und Prediger zu Augsburg¹. In Strassburg habe man von dieser Sendung bisher nichts gewusst, freue sich aber über Luthers entgegenkommende Antwort. «Der Martin Butzer hat dise concordi durch sin gegenwertigkeit, weil er zu Augspurg gewesen², hoch gefurdert, wiewole es ime nit allenthalben vertrauet wurd.» — Dat. Strassburg Di. n. assumptionis a. 35.

318. Instruction für Jacob Sturm und Batt³ von Duntzenheim als Gesandte auf dem oberländischen Städtetage zu Esslingen am 24. August.

August 18.

Str. St. Arch. AA 451. Conc. von M. Han.

Erstreckung des Schmalk. Bundes befürwortet. Von Mass und Form desselben. Namen der neu aufzunehmenden Mitglieder (Kurf. von Brandenburg). Wenn die Aufnahme verweigert wird, den Bund doch zu erstrecken und Nebenverständnisse aufzurichten. Erörterung des Sacramentstreits abzulehnen. Beschwerden über das Kammergericht. Gesandtschaft an Lübeck.

Nachdem sie die Gründe für die Berufung des Esslinger Tages recapituliert, sollen sie 1) die Erstreckung des Schmalkaldischen Bundes als notwendig darstellen, unter Hinweis auf den grossen Nutzen, den derselbe bisher für die Erhaltung des Friedens und die Ausbreitung des Evangeliums gehabt habe. «dann uns je allen unverborgen ist, das wir aus liebe oder uf unser vilfältigs pitlichs ansuchen bei kai. und kon. mten aus unserer widerwertigen ver hinderungen wenig erlangen mögen, sonder hat dise unser verpundnus — so doch allain uns alle vor unbillicher gwalt zu beschurmen und niemand zu belaidigen angericht ist — den gegentail sonder zweiff zu forcht und bewilligtem friden verursacht, und also ain swert das ander in der schaid

nr. 315.

¹ Liegen bei d. d. Juli 20, gedruckt bei de Wette IV 612 ff. Die Sendung der Augsburger war von hoher Bedeutung sowohl für die Erweiterung des Schmalkaldischen Bundes wie für das Zustandekommen der Wittenberger Concordie. Vgl. den Anhang über die Concordie.

² Im Frühjahr 1535, vgl. p. 279. Nach Briefen im Thom. Arch. baten die Augsburger den Strassburger Rat am 8. April, ihnen Bucer noch bis Jacobi (Juli 25) zu lassen. Diese Bitte wurde jedoch nicht in ihrem ganzen Umfange gewährt; denn schon am 18. Mai schrieb Augsburg einen Dankbrief, dass Bucer bis jetzt habe bleiben dürfen. Jedoch wurde am 15. September und 31. October Strassburg abermals ersucht, Bucer zu Weihnachten nach Augsburg zu schicken, um das Kirchenwesen daselbst weiter zu reformieren.

³ «Batt» ist die Verdeutschung des Vornamens «Beatus».

behalten. solt nun die verstendnus ufhären, ist gewiszlichen zu besorgen, das der frid auch bald sein end haben wurde, darumben soliche christenliche verain in allweg uf mehr jar zu erstrecken sein wölle; und so von anzal der jaren solicher erstreckung geredt wurde, sollen sie, die gesandten, anzaigen, das uns fur gut ansehe, das soliche jar nit under 6, auch nit uber zehene benent werden.

nr. 120.
p. 136.
p. 189 A. 3.

Sovil aber die masz und gestalt der verstentnus beruert, wissen wir nit wol von ainer andern und bessern form masz und gestalt ze ratschlagen, dann hievor zu etlichen gehaltenen tagen und nämblich uf Lucie [December] a. etc. 31 zu Frankfurt beratschlagt, ain notel begriffen und volgends zugescriben, auch darnach zu Sweinfurt gebessert und letstlich zu Schmalkalden umb Joannis baptiste a. etc. 33 jungst verruckt beschlossen und durch uns bewilligt were, wie die gesandten deren copien haben und besichtigen mögen. doch* so derhalben uf könftigem vorhabendem tag der gemainen zusamenkunft von den churf., fursten oder andern etwas news, das uns von stetten beswerlich were, uf die ban gepracht oder furfallen wurde, solten es alsdann die gesandten, so zu solichem tag geschickt werden, mit besten fugen und glimpfigen ursachen, wie sie am besten köndten, ablainen oder, wo sie es nit erheben möchten, nemen hinder sich an die erbaren stet ze bringen, wie es dann jedesmal die gelegenheit geben wölt.»

nr. 159.
nr. 23.

2) sollen die Gesandten sich dafür aussprechen, dass die Aufnahme neuer Mitglieder in den Bund bewilligt werde. Der Nürnberger Friede werde dadurch nicht verletzt; denn es sei von den Evangelischen bei den Nürnberger Verhandlungen ausdrücklich betont worden, «das man sich deren, so kunftig zu dieser leer des hailigen evangelii kernen, nit entschlagen, sonder sich iren auch beladen und annemen sollte etc. es vermag es auch die erste notel der verstendnus, das man andere auch einnemen soll und möge.» Ferner sei es einleuchtend, dass «je mehr unser der verainigten seind, — menschlich darvon ze reden —, je lenger man uns mit frid und ruen laszt.» Vor allem sei aber zu bedenken, dass, wenn man niemand mehr in den Bund aufnehme, diejenigen, welche seither das Evangelium angenommen hätten, den Feinden preisgegeben würden und die, welche Lust zum Evangelium hätten, von der Annahme desselben abgeschreckt würden. «und ob darvon geredt wurde, welche stend und stett einzemen sein möchten, so gedenken wir bei uns, das dise fürsten und stett, als der herzog von Holstain, erwölter könig zu Denmark etc.¹, die herzogen zu Pomern und Wurtemberg, sodann von stetten Augspurg, Frankfurt, Kempten, Hailbronn, Hall und Nördlingen, als dem handel gemesz und den verainigten nit ubel gelegen, wol einzemen weren. und dweil etwas hoffnung ist, das der jetzig churfurst von Brandenburg nach abgang seins vaters seligen² das evangelion auch annemen und predigen lassen werde, möcht man sich desselben aigenlichen erkundigen. so auch andere mer der sachen gemesz, liessen wir uns auch gefallen, das die eingenomen wurden. im fal aber, so unser gnedigster her, der churfurst zu Sachsen, oder andere

¹ König Christian III.

Kurfürst Joachim I war am 11. Juli 1535 in Stendal gestorben. Von seinem Sohn und Nachfolger Joachim II wusste man, dass er der neuen Lehre gewogen war.

niemand weiter in diese verstandnis einzunehmen verhelfen oder bewilligen wölten, so wer unser ratschlag und gutbedunken, das wir von obbemelten stetten nicht destweniger uf köfftigen tag, so angesetzt soll werden, mit allem vleis dahin trungen und arbeiteten, das diese jetzige pundnus aus ursachen, hie oben angeregt, uf mehr jar erstreckt und ins werk bracht und daneben die innemung noch mer anderer stend und stett uf weiter bedenken und zusammenkomen gestelt wurde. und obgleich solichs in kunftigem auch nit zu verhoffen oder zu erheben, were unsers achtens niemand benomen, sonder ainem jeden seiner gelegenheit nach stillsweigend vorbehalten und auch thunlich, sich mit andern, so der sachen gemesz und solichen sondern stenden oder stetten gelegen und fuglich weren, in einer nebenverstandnis auch zu verpinden, wie solichs alsdann nach notturft bedacht und beratschlagt werden möcht. ob auch uf köfftigen tag der gemainen zusammenkunft sich zwispalt oder etwas disputation des sacraments des hailigen nachtmals Christi halben zutragen wurde, so liessen wir uns unsers teils gefallen und hieltens fur nutz und notwendig, das wir anzaigten: unser ubergebne confession wer irer der Sächsischen zu Schmalkalden fur gleichförmig angenommen, darauf auch die verstandnis gemacht und ufgerichtet; so wer darnoch die ire von uns zu Sweinfurt angenommen; bei dem liessen wirs noch bleiben. zudem so weren zuletzt baidere tail gelerten und namblich Melancthon und Bucerus bei ainander gewesen und sich deshalben auch verglichen, also das wir es gar fur kain ungleichs oder zwispalt, sonder fur ain ainige, gleichformige leer hielten, mit pitt, sie wölten es auch nit anderst achten — wie es dann je nit anderst were — und derhalben notwendige werk nit erwinden lassen. zudem wissen auch die gesandten aus der handlung, so jungst die von Augspurg durch iren gesandten mit doctor Martin Luthern thun lassen, weitem bericht wol ze thun.»

I nr. 861.

nr. 138.

nr. 317.

3) Bezüglich der Kammergerichtsprozesse sollen die Gesandten anraten, dass sich die Städte gefasst machten, auf dem bevorstehenden Bundestage ihre Beschwerden «nach leng und notturft, wie die geschaffen und härkomen weren etc, furzebringen und zu erzelen, auch dabei grund und ursachen darzethun, warumb es religionsachen und deren anhängig oder daraus entstanden weren, mit pitt an gemaine verainigung, die also darfur ze halten, anzenemen und zu erkennen; und welche also fur religionsachen angenommen und erkant wurden, alsdann derhalben rat, hilf und beistand vermög der ainigung zu begeren. wurden aber etliche nit fur religionsachen erkant und angenommen, so möcht alsdan ain jeder stand oder statt, so soliche sachen hette, dieselben mit recht erörtern oder guetlichen hinlegen und vertragen lassen, wie ains jeden nutz und gelegenheit auch die wichtigkeit der sachen solchs erfordern thete.

nr. 314.

4) Da der Landgraf so dringend um die Vermittlung der Städte in dem Streit zwischen Dänemark und Lübeck ersuche, so halte Strassburg, obwohl es wenig Hoffnung auf diese Vermittlung setze, doch für gut, dem Landgrafen zu Gefallen eine ansehnliche Botschaft im Namen der Städte an Lübeck zu schicken. «doch dieweil wir nit wissen mögen, ob baide parteien solich ersuchen und underhandlen leiden mögen oder nit, so sehe uns in allweg fur geraten nutz und gut an, — damit solcher grosser cost nit gar

umbsonst angewandt wurde —, das wir alle zuvorderst an baide ort eilends und mit der post geschriben und uns derhalben erfahren hetten»¹. — Act. 18. Aug. a. 35.

319. Der Rat an Landgraf Philipp.

August 19.

Str. St. Arch. AA 450. Conc. von M. Han.

Ist mit dem angesetzten Bundestag einverstanden. Persönliches Erscheinen. Malstatt. Furcht vor Glaubenserörterung. Kammergerichtsprozesse.

nr. 316. Antwort auf das Schreiben vom 11. August. Ist mit der Ansetzung der Bundesversammlung auf den 28. October einverstanden, da es leider nicht früher sein kann, bittet aber dringend um unbedingtes persönliches Erscheinen des Landgrafen. Um ihm dies zu erleichtern, würden die Städte gern Schmalkalden als Malstatt annehmen an Stelle von Schweinfurt, das dem Landgrafen weniger bequem liege. Dankt für die im Ausschreiben bewirkten Aenderungen; da aber nichtsdestoweniger zu besorgen sei, dass auf dem Tage «des glaubens, ceremonien und ander sachen halb unnötig disputationes furfallen und dieselben bessere und notwendigere werk verhindern möchten, so pitten e. f. g. wir abermals höchsts vlisses, dieselbige wöllen, solichs zu verkomen, furter wie bishär möglichen vleisz furwenden und an ıro nichts erwinden lassen.»

nr. 318. Anzeige des auf den 24. August angesetzten Städtetags zu Esslingen. Da der Bundestag so spät anberaunt sei, möge der Landgraf doch raten, auf welche Weise inzwischen den vom Kammergericht so heftig bedrängten Städten, namentlich Esslingen, Constanz und Lindau geholfen werden könne. Dat. 19. Aug. a. 35.

320. Landgraf Philipp an den Rat.

August 24.

Friedewald.

Str. St. Arch. AA 450. Ausf.

Fordert zur Beschickung der Bundesversammlung auf, welche nunmehr auf den 1. December zu Schweinfurt angesetzt sei. Dasselbst solle zunächst Beschluss gefasst werden, ob und wie der Bund erstreckt werden sollte, «und darnach, ob und was mer fur stende und stedte, so in dem Nurnbergischen friden und Cadnischen vertrag nit begriffen und doch das heilwirdge gotteswort vermoge unser Augspurgischen gethanen bekantnus und apologi bei inen rein clar und helle predigen lieszen, ane verletzung berurts friedens und vertrags dorein mochten gnommen werden.» Schliesslich sollten auch Massregeln gegen das fortgesetzte Prozedieren des Kammergerichts beraten werden². Dat. Fridwalt am tage Bartholomaei a. etc. 35.» — Lect. Sept. 8.

¹ Die Esslinger Versammlung (von deren Abschied sich im Str. St. Arch. keine Copie findet) schloss sich obigem Gutachten Strassburgs an trotz entgegenstehender Instructionen Ulms, welche eine eventuelle Trennung von Sachsen befürworteten. Keim Ref. v. Ulm 320. Ueber die Beschlüsse bezügl. Lübecks vgl. unten nr. 328.

² Der Landgraf begleitete dieses Ausschreiben mit einem kurzen Brief vom gleichen Datum (ebenda), worin er bedauerte, dass der Tag nicht früher angesetzt sei. Aus einer gleichzeitig übersandten Copie eines kurfürstlichen Schreibens vom 16. August ersehen wir, dass Sachsen

321. Landgraf Philipp an den Rat.September 10.
Cassel.*Str. St. Arch. AA 451. Ausf.*

«Uf ewer schreiben und begeren haben wir dem churfursten geschriben und bei seiner libe erhalten, das sie den tag, unser der evangelischen stende zusammenkunft belangend, in eigener person besuchen wil, und sol derselbige tag uf Nicolai [Dec. 6] sein, alsdan zu Schmalkalden einzukommen, und weil ir dieselbig malstat bewilligt, so sind wir in willens, mit gots verleihung denselbigen tag auch in eigener person zu besuchen. darumb so wollet die ewern zu solchem tag mit notturftigem bevelch und vollem gewalt apfertigen und solchs den andern oberlendischen einungsverwanten stedten auch zu erkennen geben.» — Dat. Cassel 10. Sept. a. 35. — Lect. Sept. 24 coram XIII. nr. 319.

322. Jacob Sturm an Georg Besserer.September 18.
Reutlingen.*Ulm. Arch. Ref. T. XIX. Orig.*

Schreiben Hans Hofmanns wegen der Prozesse. Der König brauche keine Empörung in den Städten zu fürchten. Sachsen scheinere der Aufnahme neuer Stände in den Bund abgeneigt. Beilegung des Zwists zwischen Ulm und Herzog Ulrich wünschenswert. Reise nach Württemberg der Concordie wegen.

Schickt ihm auf Wunsch des Landgrafen¹ Copie der Antwort Hans Hofmanns auf das Schreiben vom 18. Juli²; «ab welcher ir vernämen mögen, das hochgemelter m. g. her landgrave etwas weiters dem Hoffmann geschriben, dan die ubergeben copei, so unser gesanten mit sich brocht, in sich haltet, namlich den Ministerischen handel betreffen³. derhalben ich auch sin f. g. geschriben, wiewol ich wol gedenken konne, das sin f. g. dis schriben an her Hans Hoffmann genediger getrewer wolmeinung und p. 289 A. 1.

an der Verschiebung der Versammlung schuld war; der Kurfürst gab nämlich vor, er müsse in wichtigen Angelegenheiten seines Landes von Anfang Oktober bis Mitte November verreisen. Vgl. p. 298. Zugleich beharrte er nochmals (vgl. nr. 316) darauf, dass die Stände, um deren Aufnahme in den Bund es sich handelte, nicht zu dem Tage eingeladen werden dürften; denn würde man sie erst auffordern und nachher vielleicht nicht aufnehmen, so würde es «vast schimpflich und vor kleinlich geacht und angesehen wollen werden.» Der Landgraf gab in diesem Punkte — wenn auch ungerne — nach. (Ebenda).

¹ Der Wunsch ist ausgesprochen in einem Brief vom 19. August, der sonst nichts weiter enthält. (Marb. Arch.)

² S. oben p. 289 A. 1. Hofmann teilt in der Antwort (d. d. Wien Aug. 3, Copie ebenda) in sehr verbindlicher Weise mit, dass er dem König die Meinung des Landgrafen angezeigt habe. Ferdinand habe ihn darauf beauftragt, dem Landgrafen für seine wohlmeinende Absicht zu danken und anzuzeigen, dass das Kammergericht Weisung erhalten habe, dem Nürnberger und Cadaner Frieden gemäss die Protestierenden in Ruhe zu lassen. «es achten aber die kom., das billich die von stetten noch andere auch nichts widerwertigs, wie oben vermeldet, vornemen solten, dodurch das geordent camergericht irem officien noch schuldig weren, gegen denselben mit recht zu procedieren; dan e. f. g. wissen, mit was bevelch und instruction es versehen ist.» Im übrigen sei der König geneigt, nach Kräften für Ruhe und Frieden im Reich einzutreten.

³ Nach der Recapitulation, welche Hofmann von Philipps Schreiben giebt, enthielt dasselbe einen Hinweis darauf, dass das Verfahren des Kammergerichts in den evangelischen Städten leicht ähnlichen Aufruhr provocieren könne wie in Mönster.

den stetten zu gut gethon, so trag ich doch fürsorg, wo man die ko. mt. domit abschrecken wolte, als ob emporung in den stetten durch die camergerichtischen procesz solten erweckt werden, es wurde den stetten zu grossen ungnaden bi ko. mt. reichen; so hab ich auch kein zweivel, wir wöllen wol mit der hilf gottes solichs in unsern stetten furkomen, derhalben ich bet, des orts gewarsamlich gegen ko. mt. zu faren.»

- Der Landgraf habe den Dreizehn mitgeteilt, was für Briefe er mit dem
 nr. 316. Kurfürsten über den bevorstehenden Bundestag gewechselt habe. Bei
 Durchsicht derselben habe er, Sturm, wiederum den Eindruck erhalten,
 «als ob der churfürst zu einnehmung merer stende und besonders derer,
 so im der leer halber oder ceremonien verdacht, nit vil willens hette. wo
 nun dem also, wolt unser aller notturft erfordern, noch einer andern und
 gelegenern bundnus zu trachten. nun will aber der spanne, so sich zwisten
 p. 238 A. 4. Wirtenberg und uch heltet Heidenheim halber, allerlei hinderung doran
 bringen. dweil ich nun vernimme, das sich der landgrave gutlicher handlung
 zwisten euch unternomen¹, wer min ganz freuntlich bitt, ewers teils
 doran zu sein, domit die sach durch gemelten landgraven mocht hingelegt
 werden, in betrachtung, was dem ganzen christlichen handel doran gelegen.
 so will ich gleicher gestalt auch uf herzog Ulrichs teil helfen. bitten,
 das sich sin f. g. schidlich erzeigen wölle. dan sonst besorge ich, man solte
 wol zu beiden teilen ein herschaft wöllen behalten und ein grossers verlieren.
 das wöllen also von mir guter und getrewer wolmeinung, wie es warlich
 beschicht, vermerken.

Ich bin von den drizehen bei uns zu m. g. hern, herzog Ulrichen,
 abgefertigt, die concordi des sacraments bi sin f. g. zu furdern². dan sich
 etlich prediger in sinem furstentumb dermossen vernemen lossen, als ob si
 die gern zerrütten und die andern, so durch Plaurern ufgestölt, gern
 usbeissen wöllen, welches dan die ganz sache widerumb verbittern und
 zurücktriben möcht. das wöllen doch also bei euch und in geheim behalten.»
 Gruss an Bernhard Besserer. Dat. Reutlingen Sa. n. crucis a. 35.

323. Kaiser Karl V an den Rat.

September 24.
Palermo.*Str. St. Arch. AA 44,54 Ausf.*

- nr. 295. Hat das Schreiben vom 4. Mai empfangen, «welches uns von euch
 zu sonderm gnedigen gefallen kompt. und stellen in kain zweivel, das ir
 demselben ewerm erpieten hinfuro also nachkomen und euch dawider in
 kainerlai gestalt bewegen lassen, sondern euch gegen uns und dem heiligen
 reiche, wie ir dan zu thuen schuldig und verphlicht seit, in aller gehorsame
 getrewlich halten und erzaigen werdet. daran thuet ir uns zusambt der
 gepur und das es furnemlich euch selbs und gemainer stat zu nutz und

¹ Vgl. Heyd III 31.² Im Interesse der Concordiensache schrieben auch die Strassburger Prediger damals an Ulrich. Sie wiesen auf Luthers Entgegenkommen den Augsburgern gegenüber hin (vgl. nr. 317) und baten, Ulrich möge energisch für die religiöse Einigung in seinem Lande wirken, da der Gegensatz zwischen lutherisch und zwinglisch Gesinnten noch immer Unheil stifte. Thom. Arch. Vgl. Baum 503.

gueter wolffart raichen wird, sonder angenembs gefallen, gegen euch in gnaden zu erkennen.» Dat. Palermo 24. Sept. a. 35. — Pr. Jan. 8 a. 36.

324. Jacob Sturm an Bernhard und Georg Besserer. September 25.
Strassburg.

Ulm. Arch. Ref. T. XIX. Orig. Beilagen ebenda und Str. St. Arch. AA 446 u. 451.

Schickt Copie des Briefwechsels zwischen Sachsen und Hessen über den bevorstehenden Bundestag: Der Landgraf will die Prozesse durch kaiserliche Commissare beilegen lassen und befürwortet Aufnahme neuer Mitglieder. Der Kurfürst will wegen der Prozesse persönlich in Wien intervenieren und antwortet bezgl. der Erweiterung des Bundes ausweichend. Vergleichung mit Augsburg über die Lehre. Zweifel, ob der Nürnberger Friede die Aufnahme neuer Mitglieder zugebe. Aufnahme Hamburgs, Brandenburgs und Nürnbergs zulässig. Der Landgraf befürwortet Stillstand der Prozesse auch für die Evangelischen ausserhalb des Bundes.

«Welchermassen der tag der zusammenkunft der malstatt und zeit halber verendert, werden ir us miner hern schrift hieneben vernämen¹. daneben will ich uch vertrauter und gehaimer weis nit verhalten, das min gn. her landgrave mir hie beigelegt copeien zugeschickt, wes er bei dem churfursten geworben, doruf fur antwort empfangen, auch sinen churf. gn. wider geschriben»². Giebt anheim, diese Schriften auch vertrauten Personen der andern Städte mitzuteilen; «dan solich sachen vor jederman weitleuftig zu machen, können ir us hohen verstand wol ermessen, nit nutz und gut sein.» Sie möchten nachdenken, ob es ratsam sei, dass die Städte, welche sich vom Kammergericht beschwert fühlten, nach Wien schickten, um den dort anwesenden Kurfürsten zu bitten, dass er beim König den Stillstand ihrer Prozesse durchzusetzen suche. Jedenfalls dürfe man sich dabei nicht merken lassen, dass man von der Correspondenz des Landgrafen und Kurfürsten Kenntnis habe.

Er, Sturm, habe in derselben Weise auch an Constanz geschrieben und um weitere Benachrichtigung Lindaus ersucht. Dat. Strassburg «eilends» Sa. n. Mathaei a. 35.

BEILAGEN.

A. Instruction Landgraf Philipps für Georg Nussbicker und Alexander von der Thann an Kurfürst Johann Friedrich. [Ende August].

Da es zweifelhaft sei, ob eine persönliche Besprechung zwischen ihm und dem Kurfürsten zustande kommen werde, so sollen die Gesandten versuchen, sich mit demselben über die für den Bundestag in Betracht kommenden Fragen zu einigen. Was das Vorgehen des Kammergerichts gegen die Protestierenden betrifft, so hält der Landgraf für das Beste, dass der Kaiser um Ernennung von Commissaren gebeten würde, welche die Streitigkeiten gütlich vergleichen sollten. «erlangt man es nicht, so wil von noten sei, darvon zu reden, wi man sich der beschwerung mit gots hilf

¹ Liegt bei, d. d. Sept. 25. Der Strassburger Rat übersendet darin dem Ulmer Copie des landgräflichen Briefs v. 10. Sept. (nr. 321).

² S. die Beilagen.

erweren woll und moge. » Der Schmalkaldische Bund habe den Evangelischen bisher trotz seiner mangelhaften Verfassung viel Nutzen gebracht. « und wissen deshalb keinen bessern oder andern weg, dan das man diselb einung erstreck, auch dijene, so darin begeren und erbar leut sein, die frid und recht liben, emporung und ufrur hassen, darein neme und di disputationes, so solchs verhindern mochten, diser zeit unterlasse, so man doch bei der obrigkeit befindet, das si unser confession einig seien. so dunkt uns auch, das der frid zu Nurenberg auch vertrag zu Cadan uns solchs nit verpiten, noch davon einiche meldung thun; dan unser meinung nicht ist, einung zu machen, offensive zu krigen oder imants zu verletzen, sondern defensive di beschwerten zu retten und, sovil von gott verlihen ist, zu beschirmen. wie quemen (*sic!*) dan wir darzu, das wir uns selbst dahin achten wolten, dahin es unser widerteil nicht achten; so wir offensive nimants beschwerten, thun wir dem friden gnug, und wiwol er mit etlichen sondern personen uferichtet, so ist er doch gemeinlich idermann verkündigt und in gemeiner form usgangen. wan nu der fursten oder stedte einer oder eine uberrumpelt und hingezogen wird, so ist deme evangelio gleich sowol apgebrochen, <also> [als ob] es den einungs-
verwanten begegnete, und unser ansehen sovil schwacher; nicht das wir es eben uf menschliche hilf alles setzen, sondern mehr uf gotes hilf; wir sehen aber doch, das got zu zeiten und mehrmals durch solch mittel handelt, und darumb stunde unser freuntlich bit und getrewer rat, das sein [lieb] hierin nicht zu vil sorgfelig, sonder dises mit uns einig sein wolte. » In den übrigen Punkten, die in Schweinfurt beraten werden sollten, werde man sich leicht einigen. « wolt aber sein libe je darin zu vil beschwerung haben, andere leut mehr inzenehmen, ob uns das begegengen mocht, so sollen sie anzeigen, das dan unser notturft auch wol erfordern wil, di dinge zu bedenken, ob uns mit den vorigen allein di ding weiter anzunehmen seien oder nicht; dan der Sachsischen stede hilf zu besorgen, das sie bei disen leufften schwach woll sein; und solte dan doraus ein teilung gefallen, wolt es je nicht gut sein, wilchs wir seiner libe im besten auch nit hetten wissen zu verhalten, den dingen ferner nachzudenken. » — Dat. fehlt.

B. Antwort des Kurfürsten Johann Friedrich auf vorstehende Werbung des Landgrafen. [Ende August].

Den Vorschlag des Landgrafen, den Kaiser um Ernennung von Commissaren behufs Beilegung der kammergerichtlichen Streitigkeiten zu ersuchen, missbilligt er; denn er befürchtet « dweil in beden verträgen zu Nurnberg und Cadaw der stillstand am cammergericht zugesagt, das wir uns mit erpierung der comisarien selbst daraus furen werden. » Er ist vielmehr der Hoffnung, den Stillstand der Prozesse am leichtesten durch persönliche Verhandlung mit König Ferdinand, den er jetzt in Wien besuchen werde, zu erreichen¹. Er habe noch über mehrere Punkte des Cadaner Vertrags sich mit dem König zu einigen, und hoffe, durch Nachgiebigkeit in denselben die kammergerichtliche Frage zur Zufriedenheit zu lösen. Deshalb sei es auch unnütz, eine Beratung der Evangelischen darüber zu veranstalten, bevor sich der Erfolg seiner Reise gezeigt habe.

¹ Ueber die Reise des Kurfürsten nach Wien vgl. Ranke IV 61.

Die Erstreckung des Bundes hält er gleich dem Landgrafen für wünschenswert. «das aber andere mer stende und stete, so in dem Nurnbergschen Friden nit begriffen, gesuchter gestalt darein genommen solten werden, darinnen haben wir noch zur zeit allerlei bewegen; halten es auch dorfur, das damit, bis wir von ko. mt., wils got, widerkommen, auf das wir erfahren und vermerken mugen, waruf die sachen stehend und ruhend pleiben, zu verziehen sein soll, zudem das auch zuvor aller einigungsverwanten gemuet und mainung disfals angehort und vernommen mus werden.» Die Entscheidung solle bei der Bundesversammlung stehen, welche auf Antrag des Landgrafen und im Einverständnis mit den Oberländern anstatt am 2. December zu Schweinfurt am 6. December zu Schmalkalden stattfinden sollte. «so haben wir auch aus der schrift, so *Jacob Storm* von Strasburg an sein lieb gethan, die sie, die geschickten, uns ubergeben, vermarkt, wes zeugaus unsere gelarte zu Wittenberg denen von Augspurg irer lare halben gegeben. das sich nu die von Augspurg seiner lieb unser und unser mitverwanten confession und lehre verglichen sollen haben und zu erkentnus des heil-wirtigen gottesworts rain lauter und klar komen, solches horen wir ganz gerne. wir seind aber in wenigen tagen bei einsteils derselbigen unser gelarten gewest, aber nit anders noch mehr von inen verstehen mugen, dan das von den von Augspurg allein der prediger halben bei inen suchung beschehen.» Dass Augsburg und andere, die in den Bund kommen wollten, zu dem Tage nach Schmalkalden eingeladen würden, könne er nicht zugeben, wie er schon mehrmals betont. Er habe deshalb auch die Herzoge von Pommern, die um Aufnahme in den Bund nachgesucht, vorläufig abschlägig beschieden, bis die grundsätzliche Frage, ob die Aufnahme weiterer Mitglieder überhaupt zulässig sei, von der Versammlung beantwortet sei. «das aber der aufgerichtete fride, darfur es sein lieb heldet, nicht solt verbieten, das ane vorletzung desselben andere mer stende in di einung solten mugen genommen werden, das wissen wir uns nit zu erinnern; konnen es auch daraus nicht befinden. man kan sich aber uf zeit der zusammenkunft, weil solichs in den gemelten artikel laufen will, davon nach notturft auch underreden und vereinigen.» Er habe jedoch die Stadt Hamburg, welche in den Bund aufgenommen werden wollte, zu der Zusammenkunft eingeladen, weil sie zu den im Nürnberger Frieden genannten Evangelischen gehöre. Er werde auch ihre Aufnahme befürworten, da sie das «gotteswort rein und klar leren und predigen» lasse. In gleicher Weise habe er nichts einzuwenden, wenn etwa Markgraf *Georg von Brandenburg* und die Stadt Nürnberg beitreten würden, da sie ebenfalls im Friedensvertrage ausdrücklich inbegriffen seien.

Auf die Drohung des Landgrafen, wenn die Zuziehung neuer Mitglieder verweigert würde, eventuell den ganzen Bund sich auflösen zu lassen, antwortet der Kurfürst beschwichtigend, dass er nicht daran denke, zur Trennung des Bundes Anlass zu geben, vielmehr die Entscheidung über die ganze Angelegenheit den Einigungsverwanten anheimstellen wolle¹. Dat. fehlt.

¹ Die in vorstehendem Brief dargelegte Meinung des Kurfürsten teilte der Landgraf auch mündlich den oberländischen Gesandten mit, welche am 24. September wegen der Lübecker Angelegenheit zu ihm kamen (vgl. unten nr. 328). Nur übertrieb er hierbei nach Wormsers Bericht (Str. St. Arch. AA 455) etwas, wenn er sagte, der Kurfürst werde sich bezüglich der

nr. 321.

nr. 317.

p. 294 A. 2.

C. Landgraf Philipp an Kurfürst Johann Friedrich.
September 10.
Cassel.

Bittet in Erwidrung vorstehenden Briefs, der Kurfürst möge beim König den Stillstand der Prozesse nicht nur zu Gunsten derjenigen beantragen, die im Nürnberger Frieden benannt sind, sondern zu Gunsten aller, die dem Evangelium zugethan sind, «damit andere christglaubige und evangelische, was stands die sein und das wort lawter und rein haben, von e. l. und uns andern nicht gesondert noch inen der fried abgestriekt werde.» —
Dat. Cassel Fr. n. nativ. Mariae a. 35.

325. Der Rat von Frankfurt an den Rat von Strassburg. October 19.

Thom. Arch. Ausf. Zettel inliegend.

Der Kurfürst weigert Frankfurts Berufung zu dem Bundestage. Gründe zur Restitution der Messe im Bartholomäusstift, wenn die andern Stände nicht helfen. Zettel: Bitte um Begutachtung vorgeschlagener Mittel.

nr. 314.

Nachdem der Kurfürst von Sachsen und der Landgraf früher zugesagt, dass Frankfurt zu dem nächsten Bundestage der Protestierenden auch eingeladen werden sollte, sei jetzt ein Schreiben des Kurfürsten eingetroffen, worin derselbe berichte, es wären doch «bewegende ursachen und bedenken furgefallen, darumb sich ire churf. und f. g., uns oder andere stend und stett dismals daruf zu erforderen, enthalten, und sonderlich aus dem, dasz man noch nit gewisz, auch mit allen ainungsverwandten zuvor davon geredt, gehandelt und ainmutig geschlossen must werden, ob wir auch andere stend und stett, in dem Normbergischen friden nit begriffen, on verletzung desselben in die christlich verstentnus möchten genomen werden. welchs ire churf. g. uns darumb anzaigte, damit wir des wissens hetten und der erforderung dismals nit gewertig sein dörfen.» Unter solchen Umständen habe Frankfurt wenig Aussicht auf Hülfe und Beistand gegen das Vorgehen des Kammergerichts. «und nachdem wir befinden und wissen, dasz in mehr dan ainer stat, dem evangelio anhengig, auch bei etlichen, so der christlichen ainung verwant sein, die babstlich messe und ceremonien sonderlich in den stiften mit kainem nachtail der rainen leer des evangeliu geduldet, auch glaublich bericht werden, dasz die universiteten Wittenberg und Marburg der stat Bremen in gleichem fall, wie der unser ist, geraten, zu verhütung grossers unrats die gaistlichen ire mesz und ceremonien im dhumbstift

Aufnahme neuer Mitglieder ohne weiteres dem Beschluss der Mehrheit fügen. Uebrigens meinte er. Sachsen könne nach der Vergleichung Luthers mit den Augsburgern den Sacramentsstreit nicht mehr als Hindernis der Aufnahme vorschieben; das einzige Bedenken sei noch, ob die Erweiterung des Bundes dem Nürnberger Frieden und Cadaner Vertrag widerspreche. Was diesen Punkt anbelange, so müsse man energisch für die Auffassung eintreten, dass ein Widerspruch nicht vorhanden sei. Sein persönliches Erscheinen auf dem Tage zu Schmalkalden sagte der Landgraf den Gesandten fest zu; auch wollte er nach Wunsch der Städte dafür sorgen, dass einer der beiden evangelischen Procuratoren am Kammergericht auf dem Tage anwesend wäre.

halten zu lassen, wie dan hochgedachter unser gnediger herr, landgraf Philips zu Hessen etc., als ain christlicher friedliebender furst vor diser zeit gleicher gestalt zwuschen der stat Monster und dem bischof daselbst vertragsweise auch gehandelt haben sollen; zu dem wir von hern Philippo Melanchthon, dem wir derhalben hievor unser gelegenheit in vertrauen endecken haben lassen, so viel berichts empfangen, dasz wir den bemelten sanct Bartolmesstift aus ursachen, das wir da kain ius patronatus oder ander jurisdiction haben, zu verhütung grossers unlusts und verderbens mit guter gewissen wol restituiren mögen, auch sunst zu entschuttung unsers obligenden lasts, der kai. acht und anders kain ander mittel noch weg mehr zu treffen fur uns selbs wissen noch von andern vernemen, sonder entweder ainen stift, als nemlich den zu Sanct Bartolmes, restituiren oder aber unser stat leib und güter in grundlich verderben zu spot und unuberwindlichem schaden unser und unser nachkomen setzen und nicht destminder besorgen müssen, des evangelions und was demselben anhangt, in allen stiften kirchen und clostern durchaus beraubt zu werden»: so bleibe nichts übrig, als sich auf die Restitution des Bartholomäus-Stifts einzulassen, es sei denn, dass die protestierenden Stände einen andern Ausweg wüssten. Strassburg möge ihnen deswegen schreiben, «oder wo e. l. kain gwisser hilf oder vertröstung, dan wie das berurt churfürstlich schreiben vermag, hierin zu tun wissen, uns alsdan des bemelten unsers getrunghen furnemens und, wes wir zu verhuetzung unsers gruntlichen verderbens mit dem stift sanct Bartolmes unvermeidlicher notdurft nach bewilligen und handeln wurden, freuntlich entschuldigt halten.» — Dat. Di. 19. Oct. a. 35. — Pr. Oct. 28, lect. Oct. 30, relect. Nov. 3.

Zettel: Uebersendet die «mittel des furgeschlagen anstands¹» mit der Bitte um Begutachtung spätestens bis zum Wormser Tage am 2. Nov. Die Mittel seien «vast spitzig, caprios, gefarlich und so pfändlich² gestellt, das sie zuvor wol zu bedenken und solcher gestalt nit wol anzunemen sein.»

326. Jacob Sturm an die Dreizehn.

November 3.

Göppingen.

Str. St. Arch. AA 451. Orig.

Hessen verspreche den Frankfurtern in ihrer Bedrängnis Rat und Beistand. Vermittlung zwischen Ulm und Württemberg.

Hat die übersandten Copien, die Beschwerden der Stadt Frankfurt belangend, erhalten (*) und den landgräflichen Räten mitgeteilt, welche ihm darauf erwidert haben, dass ihr Herr kurz vor ihrem Abreiten gleichlautende Briefe von Frankfurt empfangen habe und jedenfalls sein möglichstes thun werde, um der bedrängten Stadt zu raten und zu helfen. Auch wollen

nr. 325.

¹ Liegen an. (Copie). Sie sind jedenfalls vom Kurfürsten v. d. Pfalz als Vermittler vorgeschlagen, vgl. oben nr. 302. Unter der Bedingung, dass die Stadt die Messe im Bartholomäusstift wiederherstelle, die Renten und Kirchengeld restituire, wird ihr der Stillstand des Prozesses am Kammergericht bis auf weitere Entscheidung des Papstes und Kaisers versprochen.

² = feindlich?

die Räte nach ihrer Heimkehr beim Landgrafen die Sache dahin fördern, dass Frankfurt von der Bewilligung der vorgeschlagenen Mittel, welche ganz unannehmbar seien, abgehalten werde. Auch Ulm hat von Frankfurt dasselbe Schreiben wie Strassburg empfangen. «und wie mich die sachen ansehen, so ist an keinem ort vil rats vorhanden, dodurch die von Frankfurt gesterkt werden mochten, dise mittel nit anzunämen. was aber kunftiglich andern stenden dorus volgen, ist wol und lichtlich zu raten.

M. g. her, herzog Ulrich, ist nit eigner person alhie; so sind sine rät allein zu horen und hinder sich zu bringen abgefertigt; bringt vil verzugs im handel. Ulme hat Nurnberg und Augspurg zu bistenden. stende¹ zu beiden teilen steif uf iren furtragen, doch wurt an moglichen vleisz bei den underhandlern nichts gespart. gott geb genade².» — Dat. Göppingen Mi. post omnium sanctorum a. 35. — Lect. Nov. 8.

Vermerk von Joh. Meyer: «Erkant: got walten lassen.»

327. Der Rat von Strassburg an den Rat von Frankfurt. November 7.

Thom. Arch. Conc. Das Datum von andrer Hand.

Rät dringend von der Wiederherstellung der Messe im Bartholomäusstift ab. Gründe dagegen. Mahnung zur Standhaftigkeit unter Hinweis auf die Beispiele Reutlingens und Strassburgs. Die Achtserklärung sei nicht so gefährlich. Verlust der Messen nicht zu befürchten.

nr 325.

Man habe das letzte Schreiben vom 19. October «mit hochsten beschwerden» gelesen. Frankfurt werde hoffentlich weder der Stadt Strassburg noch den andern oberländischen Städten die Schuld daran beimessen, dass sich die Aufnahme in den Schmalkaldischen Bund so lange verzögere; «zue dem dasz wir unangesehen der habenden ainigung oder verstantnus dannocht uns allzeit gegen euch erboten, dasz wir unser vermögen, — ob euch uber dem hailigen evangelio ainige vervolung zustehen sollte —, zue euch getrewlich setzen und bei euch thun wolten.» Derselben Gesinnung seien die andern Städte. «dasz aber wir euch masz und weg anzaigen sollen, dardurch ir euch einzulassen erwehern möchten, das ist uns, der gställ zu verstehen, dasz ir vor des cammergerichts achten und processen sicher

¹ = «stehen».

² Die nur angedeutete Angelegenheit, über welche Sturm in Göppingen mit den Hessischen, Württembergischen und Ulmer Gesandten verhandelte, war zweifellos der Streit zwischen Herzog Ulrich und Ulm wegen der Herrschaft Heidenheim. Vgl. oben nr. 322 u. p. 238 A. 4. Im Marb. Arch. befindet sich ein undatierter Entwurf einer Instruction an Augsburg, worin der Landgraf den Vorschlag macht, Herzog Ulrich sollte Heidenheim erhalten, Ulm aber für den Verlust der Herrschaft durch eine Geldsumme abgefunden werden, welche gemeinschaftlich durch Hessen, Württemberg, Augsburg und Strassburg aufgebracht werden sollte. Jeder sollte zu diesem Zweck etwa 6000 fl. beisteuern. Motiviert war der Vorschlag damit, dass der Streit zwischen Ulm und Württemberg der evangelischen Sache sehr schädlich sei, und dass deshalb die benachbarten Stände ein lebhaftes Interesse an der Aussöhnung der beiden Parteien haben müssten. Allem Anschein nach kam dieser Plan jedoch nicht zur Ausführung. Vgl. Heyd a. a. O.

sein könnten, ze thun oder ze laisten, wie ir selbst zu erachten habt, onemöglich; dann wiewol wir den Nörmbergischen Friden für uns und darzue die christlichen ainigungsverwanten bei uns haben, so werden doch unsere mitverwandten, unterthanen, zugewandten und wir dannoch auch über bschehene recusation am kai. cammergericht nichts weniger furgenomen und umbgetriben, also das wir nichts weniger dann ir, sonder gleich als wol als ir, nit sicher sind, wann wir darüber durchechtet, gebannet und vervolget werden.» Im übrigen bleibe man bei der Meinung, dass die Restitution der Messe und Ceremonien keinenfalls zu bewilligen sei. «solichs achten wir auch nit allein der gwissen oder conscienz halben, — darauf villeicht unser freund Philippus Melancthon seinen ratslag gesetzt und gegruendet hat —, sunder meher der ergernus halben der schwachen, so den handel etlicher masz verstehen und doch vor ewserlicher oder menschlicher forcht nit frei anfahren oder furnemen bedorfen, ze gschehen und ze thun hoch nachtailig ergerlich und beschwerlich sein.» — «ob es auch bei menniklichen nun zur zeit dafür angesehen und ermessen werden woll, dafür es obbemelter unser freund Melancthon ansehen und ermessen thut, das wollet zeitlichen und wol auch bei euch selbst betrachten.» Es sei ein grosser Unterschied, ob man eine Sache notgedrungen dulde oder eine aus guter Ueberzeugung abgeschaffte Sache wieder einführe. In letzterem Falle würde jedermann sagen: «hetten disze verstendige leut irer sachen und handlung einen steifen satten guten grund, so wurden si darbei stehen und halten, auch gewarten, was inen got darüber ze leiden oder ze erdulden zuschicken thet.»

«So zweifeln wir auch gar nit, unser g. h. der lantgrave wurde einen solichen vertrag, wie bschehen der stat Monster gegen irem bischove, keinswegs betaidigt oder ze betaidigen bevolen haben, woho Monster ein freie reichsstat, dem bischove nit unterworfen, und ir sachen dermaszen gestalt gewesen were, wie von den gnaden des allmechtigen dannoch ewer sachen noch heutigs tags gestalt und gschaffen ist. darumben wollten wir gern von got dem allmechtigen bitten, dasz euch ander leut exempel als vil oder meher in den augen ligen und gelten, ir euch darab lieber spiegeln theten, das¹ an denjenigen stetten, in ewrem schreiben angezogen, nemblichen Monster und Brembden, welchen aus gedrungener not der ratslag hat gegeben werden muszen, den ire sachen und gelegenheit haben erdulden und ertragen mögen», da sie sonst ganz unterdrückt worden wären. Verweist auf das Vorbild Reutlingens, das «mitten in der widerwertigen land und herschaft» sich durch keine Ungnade und Zorn vom Evangelium habe drängen lassen, ferner auf das Beispiel Strassburgs selbst, das den Drohungen des Kaisers auf dem Augsburger Reichstage mutig getrotzt habe. Mahnt weitläufig zur Standhaftigkeit und zum Gottvertrauen. Eines wirklichen Friedens würde sich Frankfurt nach Annahme der vorgeschlagenen Mittel doch nicht erfreuen; denn es würde eine gefährliche Spaltung und Trennung in der Stadt selbst entstehen. Würde die Achtserklärung wirklich erlassen — «das wir uns doch auch langsam oder bschwerlich ze gschehen von dem cammergericht

¹ Wohl verschrieben für «als» oder «dann».

versehen» —, so würden sich zur Vollziehung derselben doch höchstens «die Menzischen pfaffen oder dero freuntschaft» herbeilassen, und deren könne man sich leicht erwehren.

Den Verlust der Jahrmessen habe Frankfurt auch nicht zu befürchten; denn «so wer kein andere reichstag¹ solichem thun dermaszen gelegen, dasz man sie dahin verendern oder transferirn möchte; so würden die kaufleut aus den reichsteten sie in keiner hern und sonderlich einer pfaffenstat — wie Menz ist — nit besuchen noch das ir denselben leuten vertrawen. nun will jee nit das geringst ufsehen uf die kaufleut in diszem werk gehabt sein; derwegen ob es gleich ufs hochst köme, dasz villedicht ein ainige jarmesz von wegen der acht nit gehalten werden sollte oder möchte, so zweifeln wir doch nit, es wurde durch die gmaine kaufleut im reich auch die chur- und fursten selbst, so der jarmessen irer zöll und anders halben eben also ungeru entberer oder in mangel stehen wollten oder wurden als ir, so vil darzue gethun und darzwischen gehandelt, oder auch bei kai. oder ko. mt. so vil angsucht und erlangt werden, dasz die jarmessen widerumb on lengern verzug in ir wesen und gang, — unverhindert des churf. von Menz vermainer rechtvertigung — gebracht werden möchte.»

Verspricht nochmals allen Fleiss vorzukehren, damit Frankfurt in den Bund aufgenommen werde. Jacob Sturm, der zu den Hessischen Räten nach Würtemberg geritten sei, habe Befehl, sich bei denselben nachdrücklich für Frankfurt zu verwenden.

Wenn die Stadt trotz alledem die Messe restituire, «so können oder wissen wir nit mehr darzuo ze thuon, dann mit euch ein herzlichs schmerzlichen mitleiden ze tragen, dasz ein solche dapfere lobliche reichsstat von den bepstischen pfaffen darzuo genötigt werden solle, auch on alle swertstraich, dasz sie ir freiheit von sich geben, ir die hend zuslieszen laszen und hinfurter in irer stat nit, was sie fur recht und gut ansiehet, gstaten, sunder, was den bebstischen pfaffen geliebt, gstaten leiden und gedulden, dieselben auch darbei schutzen und handhaben mueszen». Bittet, die Offenheit dieses Schreibens nicht übel zu nehmen². Dat. Strassburg So. 7. Nov. a. 35. — Pr. Nov. 3.

¹ Verschieden für «reichstat».

² Ebenda findet sich noch eine Instruction für Mathis Pfarrer, Gesandten auf dem Tage zu Worms (nr. 331), des Inhalts, dass er neben Ueberantwortung obigen Schreibens den Frankfurtern raten solle, sich im Falle der Achtserklärung in einem öffentlichen Ausschreiben auf den Landfrieden zu berufen, der vom Kaiser allen Ständen verkündet sei, und eventuell an ein Concil zu appellieren. Dadurch würde man die Wirkung der Acht abschwächen. Wenn sodann auf dem Schmalkaldischen Bundestage der Stadt die Aufnahme verweigert würde, so würde sie statt dessen in der Sondereinigung Aufnahme finden, welche Strassburg mit Würtemberg, Augsburg u. a. zu schliessen gedächte. Pfarrer übergab in der That diese Instruction nebst obigem Brief den Frankfurter Gesandten in Worms, welche beide Schriften am 13. November dem Frankfurter Bürgermeister Clas Stalburger schickten. Sie fügten jedoch hinzu, er solle die Sache nicht vor den Rat bringen oder wenigstens vorher mit einigen «alten und sündlerlich der sach verstendigen» Rücksprache nehmen; denn es könnte sonst mancher gegen die eingeleitete Unterhandlung (mit dem Erzbischof von Mainz) durch die ungestüme, schwärmerische Sprache des Strassburger Briefes aufgereizt werden. Frankf. St. Arch., Acten des Religionwesens II f. 83-85.

328. Die Gesandtschaft der oberländischen Städte zur Vermittlung des Friedens zwischen Lübeck und Dänemark¹. September-November.

Str. St. Arch. AA 455.

Die Gesandtschaft wird zu Esslingen beschlossen. Sehr allgemeine Instruction. Bericht eines Kölners über Lübeck und Dänemark. Der Landgraf erzählt den Gesandten von den Absichten des Pfalzgrafen Friedrich auf Dänemark und von der Brandschatzung Lauenburgs, besteht auf der Reise nach Lübeck und giebt nähere Instruction. Die Gesandten bei Herzog Ernst von Lüneburg; ihre Ankunft in Lübeck. Sie überreichen dem Rat eine selbst verfasste Instruction und geben vor, Hessen und Lüneburg zur Vermittlung bei Dänemark gewonnen zu haben. Verzögerung der Verhandlungen. Ein Tag zu Hamburg, den die Gesandten besuchen, bleibt erfolglos. Heimreise.

Die oberländischen Städte hatten auf der Versammlung zu Esslingen am 24. August den Beschluss gefasst, die vom Landgrafen so dringend gewünschte Vermittlung zwischen Lübeck und Dänemark zu übernehmen, weniger, weil sie auf einen Erfolg ihrer Bemühungen hofften, als weil sie sich dem Landgrafen gefällig erzeigen wollten. Eitelhans Besserer von Ulm und Bernhard Wormser von Strassburg nebst dem Ratschreiber Michel Han erhielten Befehl, sich am 15. September in Frankfurt einzufinden, von wo sie die Reise nach Lübeck gemeinschaftlich antreten sollten. Ihre Instruction war sehr allgemeinen Inhalts. Zunächst sollten sie den Rat von Frankfurt bewegen, ihnen noch jemand beizuordnen, da Frankfurt durch seine Handelsbeziehungen in näherem Verkehr mit Lübeck stehe; alle näheren Weisungen sollten sie sich dann vom Landgrafen erteilen lassen, der ihnen auch den besten und sichersten Weg nach Lübeck bezeichnen würde.

nr. 318.

Pünktlich zur festgesetzten Zeit trafen die Gesandten in Frankfurt ein, wo sich zufällig gerade ein Ratsmann aus Köln, Johann Kampmann, aufhielt, welcher kurz zuvor an den Hansetagen zu Lüneburg und Lübeck² teilgenommen hatte. Dieser versicherte den Gesandten auf Befragen, es sei kein Zweifel, dass nach dem im August erfolgten Sturze Wullenwevers³ der Friede zwischen Lübeck und dem König Christian III bald zustande kommen werde; denn nur die unzuverlässige Haltung der Wullenweverschen Partei sei schuld daran gewesen, dass Dänemark sich nicht mit Lübeck habe einigen können. Diese Mitteilung des Kölners bestärkte die Oberländer in ihrer Hoffnung, dass der Landgraf die Zwecklosigkeit ihrer Reise nach Lübeck einsehen und sie wieder

¹ Wir begnügen uns im folgenden mit einer gedrängten Darstellung dieser Episode, welche nicht wichtig genug scheint, um eine Wiedergabe der einzelnen Actenstücke zu rechtfertigen. Uebrigens hat Waitz in seiner Geschichte Wullenwevers den Anteil der Oberländer an der Friedensvermittlung zwischen Lübeck und Christian III bereits gewürdigt. Wir können deshalb namentlich für die Verhandlungen in Lübeck selbst, über welche die Gesandten lange Berichte nach Strassburg schickten, einfach auf Waitz verweisen. Wichtiger sind die Vorverhandlungen der Oberländer mit dem Landgrafen, weil sie zeigen, dass die Sendung keineswegs, wie Waitz annimmt, aus der eignen Initiative der Städte hervorging.

² Vgl. darüber Waitz III 14 ff.

³ Vgl. Waitz III cap. 2.

nach Hause schicken würde. Frankfurt unterliess deshalb auch, ihnen noch einen Gesandten mitzugeben. Am 18. September erfolgte die Abreise von Frankfurt, am 24. die Ankunft in Cassel. Hier zeigten gleich die ersten Besprechungen, dass der Landgraf weit entfernt war, den Gesandten die Heimreise zu erlauben. Was er über die Pläne des Pfalzgrafen Friedrich erfahren hatte, konnte allerdings nicht dazu dienen, seine Besorgnisse wegen der Dänischen Angelegenheit zu zerstreuen. Er erzählte den Gesandten, wie Friedrich beabsichtige, die Rechte seiner Gemahlin Dorothea, Tochter des vertriebenen Königs Christian II, gegen den angemassenen König Christian III (von Holstein) geltend zu machen¹. Wenn es nun dem päpstlich gesinnten Pfalzgrafen gelänge, seinem Gegner die Dänische Krone zu entreissen, so wäre leicht vorauszusehen, was in Lübeck und anderwärts aus dem Evangelium werden würde. Ausserdem sei der Lübsche Krieg auch hinderlich für die Erstreckung des Schmalkaldischen Bunds; wenigstens trage er, der Landgraf, Bedenken, sich weiter in ein Verständnis mit Lübeck einzulassen, so lange die Stadt sich in Fehde befinde mit Christian III, den er bis jetzt unterstützt habe und auch künftig nicht im Stich lassen könne. Er müsse deswegen auf seinem Wunsch bestehen, dass die oberländischen Städte in Lübeck zu vermitteln suchten. Davon, dass die Angelegenheit so günstig stehe, wie der Kölner berichtet, sei ihm nichts bekannt. Im Gegenteil hätten erst kürzlich 3000 Knechte, wahrscheinlich auf Anstiften Lübecks, im Gebiet des Herzogs Hans von Sachsen-Lauenburg, eines Verbündeten Dänemarks, geplündert und gebrandschatzt. Dies hätte eine Gegenrüstung der andern Verbündeten Dänemarks zur Folge gehabt und auch ihn selber bewogen, 200 Pferde und ein Fähnlein Knechte abzuschicken.

Da der Landgraf so bestimmt auf der Ausführung der Gesandtschaft beharrte, konnten Besserer und Wormser nicht umhin, ihm zu willfahren. Sie verlangten jedoch nähere Information sowohl über die ganze Streitsache selbst als auch über die Friedensvorschläge, die sie machen sollten. Erst auf wiederholtes Drängen liess sich Philipp bereit finden, die erbetenen Weisungen zu erteilen, fügte aber gleich die ernste Mahnung hinzu, die Gesandten sollten die Lübecker ja nicht merken lassen, dass die Anregung zu der Intervention von ihm ausginge, sondern sich so benehmen, als ob die oberländischen Städte aus eigenem Antrieb sich zu der Werbung entschlossen hätten. Dies hatte seinen guten Grund; denn der Eindruck und die Wirkung der Gesandtschaft mussten bedeutend abgeschwächt werden, wenn Lübeck erfuhr, dass der Landgraf, der selbst Partei in dem Streite war, das Ganze insceniert hatte. Georg von Boineburg erhielt von Philipp den Auftrag, die Gesandten erst

¹ Von demselben Tage, an welchem der Landgraf dies mitteilte (Sept. 24), datiert ein Brief, den er in der gleichen Angelegenheit an die Dreizehn schrieb. Er bat darin, über die angeblich gegen Dänemark gerichteten Rüstungen des Pfalzgrafen Kundschaft einzuziehen. (Ebenda AA 455.) Pfalzgraf Friedrich dachte in der That daran, mit kaiserlicher Hülfe seinen Schwiegervater Christian II aus der Gefangenschaft zu befreien und sich selbst zum König von Dänemark zu machen. Ungesachtet aller Vorbereitungen und Rüstungen kam der Plan jedoch nicht zur Ausführung. Vgl. Waitz a. a. O. III 71 ff.

zum Herzog Ernst von Lüneburg und dann bis in die Nähe Lübecks zu begleiten, um für den Fall, dass die Stadt die angebotene Vermittlung annähme, alsbald seinerseits mit König Christian Verhandlungen anzuknüpfen.

Am 29. September kamen die Oberländer in Celle zu Herzog Ernst, der sie nach Anhörung ihres Auftrags zu überreden suchte, den Hansetag zu Lüneburg am 10. October zu besuchen, da dort die Lübecker Sache zur Sprache kommen sollte. Die Gesandten, welche nicht recht wussten, wie sie sich zu diesem Vorschlag verhalten sollten, baten den Landgrafen brieflich um sein Gutachten. Letzteres traf am 6. October ein und lautete dahin, dass das Abwarten des Lüneburger Tages ein unnützer Zeitverlust sein würde. Infolgedessen setzten die Gesandten ihren Weg fort, langten am 9. October in Lübeck an und liessen sich sofort beim Rat anmelden. Da ihr officiell Verhör erst auf Montag den 11. October anberaumt wurde, benutzten sie die Zwischenzeit zur Abfassung eines Schriftstücks, welches sie dem Lübecker Rat als ihre von den oberländischen Städten ausgestellte Instruction überreichen wollten. Es war dies ein Kunstgriff, zu dem sie sich durch die eigentümliche Sachlage genötigt sahen; denn, wie erinnerlich, hatten sie von Haus aus nur ganz allgemeine Befehle empfangen, und der Landgraf, der ihnen die näheren Aufschlüsse gegeben, hatte ausdrücklich verlangt, dass seine Beeinflussung in keiner Weise erwähnt werde. Ohne schriftliche Instruction konnten sie aber nicht wohl vor dem Rat erscheinen, besonders weil, wie sie mit Recht befürchteten, die Lübecker ihre Sprache nicht gut verstehen würden; daher blieb ihnen nichts andres übrig, als sich selbst eine Instruction zu geben, und so entstand das merkwürdige Document, welches Waitz zu der Annahme verführte, dass die Werbung der oberländischen Städte aus eignem Antriebe erfolgt sei¹. Es ist mit Benutzung der Angaben des Landgrafen von Michel Han concipiert und besagt ungefähr folgendes: Mit grosser Betrübnis hätten die oberländischen Städte gesehen, wie Lübeck und Dänemark, zwei ihnen befreundete und glaubensverwandte Mächte, sich gegenseitig befehdeten und dadurch über viele gute evangelische Unterthanen Tod und Elend verhängten. Sie hätten bedacht, wie verderblich solch Krieg unter Glaubensgenossen für die Sache des Evangeliums sein müsse; denn die weitere Ausbreitung der neuen Lehre werde dadurch gehemmt, und der beabsichtigten Verlängerung und Erweiterung des Schmalkaldischen Verständnisses würden allerlei Hindernisse in den Weg gelegt. Und welche Gefahr drohe gar erst dem Evangelium, wenn etwa ein Feind desselben — womit auf Pfalzgraf Friedrich angespielt ist — sich den bestehenden Zwiespalt zu Nutzen machte und die Dänische Krone an sich risse? Diese Betrachtungen hätten die Städte veranlasst, eine gütliche Beilegung des Streits zu versuchen, und es sei ihre dringende Bitte, Lübeck möge ihre im Interesse der evangelischen Sache angebotene Vermittlung nicht ausschlagen.

Am 11. October, zur angesetzten Stunde, fand die Audienz der Gesandten statt. Der Lübecker Rat nahm ihre schriftliche und mündliche

¹ A. a. O. III 126, 127.

Werbung freundlich entgegen, antwortete aber nicht sofort, sondern bat um Bedenkzeit. Während der letzteren kam der städtische Secretarius zu den Gesandten in die Herberge und erkundigte sich im Auftrage des Rats, ob sie beabsichtigten, wenn Lübeck die Vermittlung annähme, auch zu Christian III zu reiten, oder wer sonst in diesem Falle mit dem König verhandeln sollte. Hierauf erwiderten die Gesandten, sie wären auf der Herreise beim Landgrafen von Hessen und bei Herzog Ernst von Lüneburg gewesen, und es sei ihnen gelungen, die beiden Fürsten zur Uebernahme der Vermittlung bei Dänemark zu vermögen. Das war nun freilich eine vollständige Umkehrung des wahren Sachverhalts; allein die Gesandten sahen sich zu dieser Lüge genötigt, weil sie einerseits durch den stricte Befehl des Landgrafen behindert waren, die Wahrheit zu verraten, andererseits doch nicht in Abrede stellen konnten, dass sie mit Hessen und Lüneburg Unterhandlungen gepflogen hatten; denn ihr längerer Aufenthalt in Cassel und Celle war den Lübeckern nicht entgangen. In seinem Bericht an Strassburg giebt Wormser ausdrücklich diese Entschuldigung der Notlüge an.

Die folgenden Verhandlungen der Gesandten mit dem Lübecker Rat am 11., 15., 17., 20., 29. October sind aus dem von Waitz excerpierten Lübschen Protokoll¹ zur Genüge bekannt und finden in den Strassburger Berichten lediglich ihre Bestätigung. Lübeck zeigte sich dem Frieden geneigt, steifte sich aber trotz des Abratens der Gesandten auf seiner alten Forderung, dass seine Verbündeten Albrecht von Mecklenburg, der Graf von Oldenburg, die Städte Kopenhagen und Ellenbogen² mit zu der Handlung gezogen werden sollten. Wormser und Besserer teilten schliesslich dem Hessischen Gesandten Georg v. Boineburg, der in der Nähe Lübecks wartete, das Resultat ihrer Bemühungen mit und baten um Benachrichtigung Christians. Nun wollte Boineburg zuvor die Meinung Herzog Ernsts hören, so dass sich alles in allem die Sache sehr in die Länge zu ziehen drohte, und Wormser und Besserer schon nach Hause zu reisen gedachten. Gerade als sie diese Absicht im Lübecker Rat anzeigten, am 26. October, traf ein Brief des Landgrafen ein, welcher König Christians Einwilligung in die Friedensverhandlung auch unter Teilnahme der Lübschen Verbündeten meldete und einen Tag auf Leonhardi (November 6) zu Hamburg ansetzte³. Zugleich wurden die oberländischen Gesandten in dem Brief dringend gebeten, den Tag auch zu besuchen. Da der Termin nahe bevorstand, und auch Lübeck selbst ihre Teilnahme wünschte, so gaben sie nach und reisten nach Hamburg. Auch hier fanden sie allseitig das freundlichste Entgegenkommen; doch halfen ihre Bemühungen um den Frieden so wenig etwas, wie die der andern zahlreich erschienenen fürstlichen und städtischen Vertreter. Schuld an der Erfolglosigkeit der Zusammenkunft waren namentlich

¹ Waitz III Beil. 32.

² Ellenbogen ist der deutsche Name für Malmö.

³ Die Ansetzung dieses Tages war das Ergebnis der schon längere Zeit schwebenden Unterhandlungen des Landgrafen und des Kurfürsten von Sachsen mit Dänemark. Waitz III 125, 126.

die Verbündeten Lübecks, welche teils fern blieben, teils sehr geringe Neigung zum Frieden verrieten¹. Der Hamburger Abschied vom 19. November verschob die Verhandlungen einfach auf einen neuen Tag zu Hamburg, der am 26. December beginnen sollte. Diesen auch noch abzuwarten, schien den Oberländern denn doch zwecklos, obwohl sie jetzt von den beiden Parteien selbst ernstlich darum ersucht wurden. König Christian III liess ihnen sogar das Anerbieten machen, die Zwischenzeit auf seine Kosten in einem gelegenen Orte Holsteins zu verbringen; allein der Entschluss der Gesandten war diesmal nicht zu erschüttern. Unter Berufung darauf, dass sie keinen Befehl hätten, länger zu bleiben, und dass genug Unterhändler vorhanden seien, welche besser als sie über die in Frage kommenden Dinge unterrichtet seien, reisten sie gleich nach Beendigung des Tages in die Heimat zurück. Thatsächlich kam auch ohne ihre Mitwirkung am 14. Februar 1536 der Friede zustande².

329. „Instruction der gesandten ainer stat Straszburg uf dem tag zu Schmalkalden, itzo kunftigen Nicolai [December 6] zu halten, a. etc. 35.“
[Ende November].

*Str. St. Arch. AA 451. Reinschrift. (Conc. mit Correcturen Sturms, ebenda AA 453).
Beilage AA 455. Reinschrift.*

Bezüglich der Erstreckung und Erweiterung des Bundes dem Esslinger Abschied gemäss zu handeln. Billigung des Sächsischen Gutachtens über die Prozesse. Eventuelles Bündnis der Oberländer. Beschwerde Lindaus. Theologenconvent. Beilage: Der Nürnberger Friede enthalte weder ein directes noch ein indirectes Verbot der Erweiterung des Bundes und werde durch dieselbe in keiner Weise verletzt. Gründe dafür. Uebrigens sei der Friede längst von der Gegenpartei gebrochen und ganz wertlos. Aufnahme neuer Mitglieder unbedingt ratsam und erforderlich.

[1] Was die Erstreckung des Bundes und die Aufrichtung einer Bundesverfassung betrifft, so sollen die Gesandten gemäss dem Städte-Abschied zu Esslingen handeln. Wenn jedoch von den andern Ständen «etwas bessers oder anders» vorgeschlagen wird, was der Stadt Strassburg nicht beschwerlich ist, so sollen sie Macht haben, «in demselbn je nach gelegenheit zu sliessen.» p. 294A. 1.

[2] Die Aufnahme neuer Mitglieder sollen sie auf Grund des Esslinger Abschieds «treulich und sovil möglich untersteen zu furdern», und die sich dagegen erhebenden Bedenken «vermog neben gestelter ursachen» [S. Beilage] zurückweisen. «als dann uf dem tag zu Eszlingn bedacht, das im fall und di innemung anderer stend nit fur sich geen wolt, das man dise verstendnus nit destminder mocht mit denen, di zuvor darin begriffen, vollstrecken, bi demselben soll es noch also pleibn. wurde aber unser g. herr, der landgraf, und andere stend bedenken pringen, das nutzer und weger

¹ Waitz a. a. O. III 130 ff.

² Waitz a. a. O. III 161 ff. — Im Ulm. Arch. befindet sich eine Berechnung von Sturms Hand, wonach die Strassburger Gesandten Wormser und Han während der Reise im ganzen 416 fl. verbrauchten. M. Han erhielt von den Städten eine «Verehrung» zur Anerkennung seiner Dienste im Betrage von 40 fl.

sein solt, so di innemung anderer stend uf itzigem tag nit gewilligt, sonder uf ain andern tag geschobn, das glicher gestalt di erstreckung auch uf ainen andern zusammenkunftag der geainigten stend ufzuschiebn wer, und das man denselben tag itzo alsbald usschrieb, mit demselbn solln di gesandten auch ains und dem nit widrig sein.

- [3] Der camergerichtischn proces halbn sollen die gesandten vermog des Eszlingischn abschids di bede sachen, das closter sanct Arbogast und doctor Capitions pfrunden belangend¹; wi di gestalt, den stenden furbringn und us ursachen, so hievor bi dem cammergericht furbracht, das solich sachn religionsachen und iren on mittel anhengig sei[en], zu erkennen begeren.»
- p. 287. Im übrigen stimmt Strassburg mit dem Gutachten des Kurfürsten von Sachsen überein, «das man das kai. camergericht irs gefallens also lies volfare, und so man ainichen stand mit der acht beswerte und ainicher angrief oder thetliche handlung darus erfolgte, das dann di geainigten stend sich zusamenthun, inen ain solchs ain gemaine sach sein lassen, gegen denjenign, so ain stand angriffen und betrubten, als gegen ir jedes selbst find und beschedigern mit ernst und trewen <zu> handeln und also untersteen, di beswerden abzulegen und ainer den andern zu endschutten, und [dasz] doch nit destweniger der Ro. kai. und ku. mten., unsern allergnedigsten hern, danebn geschribn wurde, das man also im namen gotts der acht musz und wert erwarten, aber ir mt. woll man undertheniglich gebeten habn und hoffen, ir mt. werden solch achten als ir mt. gegebenen friden rescripten und beveln zuwider fur untauglich nichtig und unpillich halten, wi sie auch an inen selbst nichtig und unrechtmessig seien.» Nicht die Evangelischen trügen die Schuld, wenn es wegen der Acht zum Kriege käme, sondern die Gegner, welche die Verhängung der Acht bewirkt hätten.

- [4] Wenn es sich zeige, dass der Kurfürst von Sachsen zur Erstreckung und Erweiterung des Bundes keine Neigung habe, sondern die Auflösung des Bundes wünsche, so sollen die Gesandten auf Grund des Ladenburgischen Abschieds beim Landgrafen wegen Aufrichtung eines neuen Bündnisses zwischen Hessen, Württemberg, Strassburg, Frankfurt, Ulm, Augsburg etc. handeln und, was deswegen beschlossen wird, hinter sich bringen.
- nr. 297.

- [5] Denen von Lindau, welche wegen Abstellung der Messe in ihrem Frauenkloster vom König angefochten werden, sollen die Gesandten anzeigen, dass sie keinen bessern Rat wüssten, als die Sache der Versammlung mit der Bitte zur Prüfung vorzulegen, dass deswegen an den König geschrieben und um Stillstand bis zum Concil ersucht werde.
- nr. 313.

[6] Da Martin Luthers Vorschlag, demnächst einen Theologenconvent zu veranstalten, von den Strassburger Predigern beifällig aufgenommen worden ist², so sollen die Gesandten «bi dem churfursten und andern stenden furdern helfen, damit di zusammenkunft in Hessen ungeverlich nach ostern [April 16] oder auf kunftige Frankfurter vastenmes gefurdert werden mocht. wo es aber ander stend fur besser ansehe, das es furderlicher beschehen, solten di unsern darein zu willign auch gewalt haben.» — Dat. fehlt.

¹ Vgl. den Anhang und oben nr. 250.

² Vgl. den Excurs über die Concordie am Schluss des Bandes.

BEILAGE.

Strassburger Gutachten, ob die Aufnahme neuer Mitglieder in das evangelische Verständnis mit dem Nürnberger Frieden im Widerspruch stehe.

Zur Beantwortung dieser Frage müsste man eigentlich den Wortlaut des Nürnberger Friedens prüfen. «nun aber, so man den laut und inhalt des bemelten kaiserlichen fridens nit waist noch hat — dieweil di kai. mt. nit wolln zulassen, das ainichem stand davon copei oder abschrift gegeben werden solte, so darf und kan man auch von not wegen in disem ratslag von solchem friden anderer gestalt oder weiter nit reden, dann wi di vorgeend gepflogen handlung vermutlich das mit sich pringn thut, das der friden wert gegeben sein uf dise ar[tike], auch form mas und gestalt, wi diselbign durch beide hochernante churfursten¹ zwischen der kai. mt. und den stenden der christlichn vereinigung betaidigt, abgeret, angenommen und bewilligt seien.» Nun sei aber in diesen Artikeln der fragliche Punkt überhaupt nicht berührt; denn obschon in den Vorverhandlungen zum Frieden in Schweinfurt und Nürnberg die Unterhändler versucht hätten, eine Bestimmung durchzusetzen, dass die Evangelischen sich der künftigen Bekenner ihrer Lehre in keiner Weise annehmen sollten, so wären sie doch an dem Widerstand der Stände gescheitert, und es wäre in den Schlussartikeln mit Stillschweigen über den Punkt hinweggegangen worden. Deshalb könne man die streitige Frage nur nach den Grundsätzen des gemeinen Rechts und der Billigkeit beurteilen.

p. 167.

p. 168.

Was zunächst den vom Kaiser allen Ständen durch öffentliches Mandat anbefohlenen Frieden betreffe, so sei es zweifellos, dass derselbe durch die Aufnahme neuer Mitglieder in das Verständnis nicht erschüttert werde; denn ein solcher Landfriede werde nur durch Krieg oder sonstige Gewaltthat gebrochen. Was sodann den eigentlichen Nürnberger Frieden angehe, dessen Wortlaut nicht allgemein bekannt sei, so glaube man, dass man sich seinetwegen auch nicht zu scheuen brauche, den Bund zu erweitern, und zwar aus folgenden Gründen:

p. 169 A. 1.

[1] Das im Frieden ausgesprochene Verbot, jemanden des Glaubens wegen zu befehden oder zu vergewaltigen, werde in keiner Weise verletzt.

[2] Die Aufhebung des Nürnberger Vertrages stehe nur in der Gewalt der Gegenpartei²: «also das es wol in kai. mt. gewalt ist, wann sie will, solchem friden ain endschaft zu gebn, welchs doch den ainigungsverwanten nit zugelassen oder vergonnet ist». Wegen eines Friedens, dessen Fortbestand derart vom Belieben der Gegner abhängt, brauchten die Evangelischen auch nicht viel Bedenklichkeiten zu haben.

[3] Die Aufnahme neuer Mitglieder, auch solcher, welche im Nürnberger Frieden nicht namentlich aufgeführt sind, sei nirgends ausdrücklich verboten.

[4] «Wann man dann zum virten sagen wolte, die trenung oder zerruttung des Nurnbergischn fridens wurd darus endsteen oder sich erheben,

¹ Von Mainz und Pfalz.

² Nach der Bestimmung, dass der Friede bis zum Concil dauern sollte oder, bis ein Reichstag die Sache anders zum Austrag bringen würde. Vgl. oben p. 167.

wann man ander oder mer potentaten fursten oder stet zu der christlichen verainigung annemen thet, di velleicht itzo sachen und rechtvertigung am kai. camer- oder hofgerichten der religion halbn hetten oder kunftiglich bekomen mochten, welche di kai. mt. uf ir bescheen zusagen, den baiden churfursten gethan, diser new ufgenommenen stend halbn an iren gerichten nit abschaffen sonder sagn wurde, si het denen nichtz zugesagt etc., darus sich endlich ervolgn mocht, wann diselbn new ufgenomene stend daruber geechtet oder vervolgt wurden, das di ainigungsverwandten si mit oder durch den Nurmbergischen friden nit schutzen schirmen noch vertaidigen mochten etc.: wann es di mainung und den verstand haben solt, so man von zerruttung des fridens reden thut, so gesten wir itzo wol, das ain zerruttung des fridens sich im selbn fall zu besorgn ist; aber es ruret diselbe zerruttung gleich so wol von jener und nit von diser seiten und parteien her, wie hi oben bi der zwaiten ursach auch im andern fall davon gemelt ist; dann di ainigungsverwandten wern nit di anfenger des unfridens, wa si mit gewaltiger that nichts handelten, sunder diejenigen, so ir ainigungsverwandten umb der religion willen unter dem schein des rechten zu durchechten und zu vervolgen de facto sich anmassen theten. derhalbn welcher des ersten zu dem swert oder der faust griff, der hies und wer pillich der zerrutter und verbrecher des fridens und nit der ander, so sich der naturlichn gegenweer und defension herwider behelfen und gebrauchen thet.»

[5] Das Wichtigste an dem ganzen Nürnberger Frieden sei bekanntlich die Zusage, dass die Prozesse in Glaubenssachen gegen die im Frieden benannten Stände eingestellt und aufgehoben werden sollten. Dieses Versprechen sei nun, wie jeder wisse, trotz aller kaiserlichen Rescripte an das Kammergericht doch unerfüllt geblieben. «so nun der Nurmbergisch friden dise stend, so-on mittel darin begriffen, nit schutzen handhaben noch endheben thut vor dem rechtlichen proces, warzu ist es dann nutz oder not, sovil ratsleg zu erbrechen uber ainem ding, das nichtz furtragen noch erschiessen thut? oder wafur sorgen wir, das der new angenommenen stend halbn di rechtvertigung aus der religion endspringende durch di kai. mt. nit abgeschafft werden mochten, so doch unsere, di wir zuvor in der ainigung gewest, eben also wol der ends noch nit abgeschafft noch in rue gestellt worden sind? oder furchten wir di kunftige(n) geverlichait anderer leut und furchten nit unsere aigne, so gegenwertig und al tag vor der thur ist? oder wirt der friden — uf die mainung davon zu reden — allain zeruttet, so der kunftign stend rechtvertigung durch kai. mt. nit abgeschafft wurden, *und wirt durch der jetzigen noch nit abgeschafft sein, nit zeruttet?*» Wozu disputiere man noch lange über einen Frieden, der ja doch keinen Nutzen bringe? Man solle lieber beratschlagen, wie man sich der Gegner, die durch ihr Prozedieren den Frieden gebrochen hätten, erwehren wolle.

[6] Der Nürnberger Friede sei nicht mit bestimmten einzelnen Ständen verhandelt und abgeschlossen worden, sondern «tamquam cum universitate

¹ So glaube ich die Stelle, welche wohl durch die Gedankenlosigkeit des Schreibers corrumpt ist, verbessern zu sollen. Im Text steht: «und wirt durch das itzigen nit abgeschafft noch nit abgeschafft seien nit zeruttet.»

quadam vel collegio aut confederatione, als mit der christlichen verainigung oder dem ewangelischn bund in der gemain»; denn es sei bei den Verhandlungen immer nur von dem Kurfürsten und seinen «mitverwandten» die Rede gewesen, «unausgedruckt oder unbenent, wer oder wivil derselbigen wern¹.» Deshalb müsse sich der Friede nach gemeinem Recht auch auf die später unter die Einungsverwandten Aufgenommenen erstrecken.

[7] Sollte in dem Frieden irgend eine Bestimmung zweifelhaft oder zweideutig sein, so müsste dieselbe zum Nachteil des Kaisers und zu Gunsten der Verbündeten gedeutet werden, zufolge «der gemainen regel, di da sagt, das ain zweiveltige clausel oder ain unlauter pact und geding wider den zusager, contra eum qui legem potuit dicere apertius, ausgelegt und verstanden werden solle.»

Alle diese Gründe habe man nur denen zuliebe vorgebracht, welche den Nürnberger Frieden noch «fur etwas furtreglichs und erschieszlichs ansehen mochten», oder der Meinung wären, dass er noch nicht zerrüttet und zerrissen sei. Strassburg selbst sei der Ansicht, dass der «unfurtreglich zerrutet Nurmbergisch friden» bei der Frage, ob der Bund erweitert werden solle, gar nicht in den Vordergrund zu stellen sei, sondern dass man von folgenden Erwägungen ausgehen müsse:

«Endweder di sachn der stritigen religion werden on krig und unfriden gutlichn durch geburlich mittel und weg eines freien christlichen conciliums oder nationals erortert und vertragen werden: dann so darf es kainer diser fursorg, die zerruttung des fridens belangend, ganz und gar nit, so man di sach mit der schrift und nit mit gewalt austragen lassen will, und mag man di andern stend wol on alle sorg und gevarlichait zu der habenden verainigung einnehmen. oder aber es werden di von der gegenpartei sich untersteen, so si irn vortail oder di gelegenhait der zit ersehen, mer den handel durch di faust, dann durch di schriefft auszutragn und zu erortern. wann dann dasselbig unterstanden werden und bescheen solt, so wer es den ainigungsverwandten nit allain ze raten, das si vil potentaten und andere stend, so dessen begern theten, zu sich uf- ein- und annemen, sunder auch, wen sie zu sich ze komen persuadirn und bewegen mochten, das si solches nit unterlassen, sonder alles moglichen vleis untersteen und sich bearbaiten solten. dann vil hende machen di burden dest geringer zu erheben und ze tragn. so ist es auch ain alt sprichwort, das oft vil ding ain jedes fur sich selbst nit mogen erschiessen, di zusammengehauft wol nutzen und furtragen thuen; darumb es ergebe, in welchen weg es wolle, so ist es alzeit der christlichen verainigung mer nutzlich und furtreglich dann nachtailig, wann man vil leut dann wenig nebn und bei sich verainigt und verbunden hat.» Die Gegner, welche kein Bedenken getragen hätten, den Speierer Reichsabschied von 1526 im Jahre 1529 wieder umzustossen, würden den Nürnberger Frieden, der ohne ihre Zustimmung vom Kaiser bewilligt worden, noch weniger respectieren und nur den geeigneten Augenblick abwarten, um ihn zu beseitigen.

Ferner sei es sowohl eine Sache der Ehre und des Gewissens, die Glaubensgenossen nicht im Stich zu lassen, als auch der Klugheit und

¹ Diese Behauptung ist unrichtig; vgl. oben p. 168.

gesunden Vernunft; denn festes Zusammenhalten aller Evangelischen sei der beste Schutz gegen die Feinde. Lasse man einen Glaubensgefährten unter dem Vorwande, dass er nicht zur Einigung gehöre, von den Gegnern vernichten, so schade man der eignen Sache ebenso, als wenn man einen Verbündeten preisgebe. Man müsse deshalb nicht nur alle diejenigen Bekenner des Evangeliums, die sich selbst zum Eintritt in den Bund melden, aufnehmen, sondern auch noch andere dafür zu gewinnen suchen.

330. Aufzeichnung der Strassburger Gesandten über den Tag der Einigungsverwandten zu Schmalkalden. [December 6-19].

Str. St. Arch. AA 453. Orig. von Duntzenheim mit einigen Correcturen Jacob Sturms. Beilagen ebenda. Copien.

Der Kurfürst zunächst noch abwesend, seine Gesandten ohne genügende Instruction. Infolgedessen resultatlose Verhandlungen über Erstreckung und Erweiterung des Bundes. Ankunft der Fürsten am 12. December. Der Kurfürst berichtet über die Ergebnisse seiner Reise nach Wien: Der König habe Stillstand der Prozesse zugesichert, dagegen die Beschränkung des Friedens auf die Zeit bis zur nächsten Reichsversammlung und auf die im Nürnberger Verträge benannten Stände beibehalten. Werbung des Papsts wegen eines Concils zu Mantua. Werbung der Gesandten Englands. Bedenken Sachsens betreffend die Erweiterung des Bundes. Ausschuss deswegen verordnet. Französische Werbung (über Verläumdungen, Concil, Neutralität, Karl von Geldern).

Ankunft der Strassburger Gesandten¹ in Schmalkalden am 6. December. Am folgenden Tage melden sie sich bei den Sächsischen Räten, welche um Entschuldigung bitten, dass der Kurfürst noch nicht angelangt sei. Er sei zum Römischen König geritten, werde aber, sobald es ihm die Geschäfte erlauben, in eigner Person erscheinen. Damit man inzwischen nicht müßig sei, schlage der Kurfürst den Verbündeten vor, zunächst wegen der Kammergerichtsprozesse und wegen des Concils, welches der Papst bei allen hohen Potentaten in Anregung gebracht², zu beraten. Die Räte des Landgrafen und Herzog Ernsts von Lüneburg nebst den städtischen Abgesandten weisen diesen Antrag am 8. December zurück, weil nach dem Ausschreiben des Tages zunächst von der Erstreckung und Erweiterung des Bundes gehandelt werden sollte und zuletzt erst von den Prozessen. Die Sächsischen fragen darauf 1) um wieviel Jahre man den Bund zu erstrecken gedenke, 2) welche Stände in den Bund einzutreten wünschten. 3) lassen sie ein Missive Frankfurts an die Ständeversammlung verlesen, worin die Stadt ihren Streit mit dem Erzbischof von Mainz erzählt und behufs Aufnahme in den Bund um Mitteilung der Bedingungen bittet³. Die übrigen Gesandten erwidern: 1) Sachsen als das vornehmste Mitglied des Verständnisses solle sein Bedenken über die Erstreckung zuerst anzeigen. 2) Um

¹ Jacob Sturm u. Batt v. Duntzenheim. (Batt = Beatus).

² Der Nuntius Vergerius durchreiste 1535 Deutschland, um zunächst eine Einigung über die Malstatt des Concils zu erzielen. Ranke IV 62.

³ Copie dieses Frankfurter Schreibens im Str. St. Arch. AA 456, d. d. Nov. 29. Vgl. die Correspondenz mit Strassburg oben nr. 325 u. 327.

Aufnahme bäten die Städte Augsburg, Kempten, Hannover, Riga und Hamburg. 3) Bezüglich Frankfurts möge Sachsen zuerst sein Gutachten abgeben. Die Sächsischen antworteten: 1) sie seien nicht persönlich vom Kurfürsten abgefertigt und ihre schriftliche Instruction vermelde «darvon nuts». 2) Bei der Anzeige der einzunehmenden Städte «liessen si es bliben.» 3) Die Frankfurter solle man auf die Ankunft des Kurfürsten und Landgrafen vertrösten.

Am nächsten Tage, December 9, trägt Hamburg seine Beschwerden über das Kammergericht vor und bittet um Aufnahme in den Bund. Die Erwiderung hierauf ebenfalls verschoben¹. Ein Abgesandter des Deutschobermeisters von Kronberg erhält zur Antwort, man werde seinem Herrn schriftlichen Bescheid schicken. Im übrigen kommt die Beratung über Erstreckung und Erweiterung des Bundes nicht in Gang, da die Sachsen mangelnde Instruction vorschützen, während die andern Gesandten darauf bestehen, dass Sachsen zuerst seine Meinung äussern solle; nur darüber einigt man sich schliesslich, dass der Bund überhaupt erstreckt werden solle. Man will nun an die Beratung der gerichtlichen Beschwerden und ihrer Abhülfe gehen, als am 11. December die Nachricht eintrifft, der Kurfürst werde am Abend des folgenden Tages in Schmalkalden ankommen. Daraufhin werden die ganzen Verhandlungen vorläufig ausgesetzt.

«Uf sonntag zu nacht [December 12] sind der churfurst von Sachsen und landgrof zu Hessen und herzog Franz von Lünenburg zu Schmalkalden ankommen; montag am morgen [December 13] nach der predig ungeforlich umb 9 uren uf dem hus erschinen. hat der churfurst lossen anzeigen, erstlichen sich lossen entschuldigen seins verzugs und usplibens, namlich das sich die gescheft am koniglichen hof lenger verzogen, dann sin churfurstlich gnod vermeint hett, namlich der handlung halb, so dem friden und stillstand verwandt, zudem das *der mt.*² von Engellands statlich botschaft sich bei im anzeigen lassen, die er zu Wimar verhort. daruf angezeigt, was er bi koniglicher mat. zu Wien des fridens und stilstands halben gehandelt. erstlichen hat sin churf. g. begert, diewil das chamer- und ander gericht dem nit gelebten vermog des uferichten fridens und Cadawischen vertrags, solichs nachmalen zu verschaffen, (und sovil bi koniglicher mat. zu wegen brocht, dasz dem churfursten und sinen mitverwanten protestierenden stenden ein stilstand zugesagt ist bitz uf ein concilio oder reichsversammlung, desz sin kurfürstlich gnad ein verschreibung hette, und wolte die kopia darvon horen lassen; lütet also wie die mit B bezeichnet ist)³. zum anderen, dewil der frid nit lenger geben, denn bis zu einem concilio oder versammlung der richstende und derselben verner verlostigung, hett der churfurst begert, konig.

¹ Copie der Werbung Hamburgs Str. St. Arch. AA 451. Ebenda die am 22. December erteilte Antwort der Stände, welche sich bereit erklären, Hamburgs Sache gleich anderen Religionsachen zu verteidigen und die Stadt unter den im Abschied (Beil. B) enthaltenen Bedingungen in den Bund aufzunehmen.

² Zweifelhafte Lesart. Ich vermute, wie im Text steht (*mt* = Majestät), oder «ko. w.» = königliche Würde.

³ Die eingeklammerte Stelle ist im Original unterstrichen, nicht um ihre Bedeutung besonders hervorzuheben, sondern weil sie hier bei Aufzählung der vom Kurfürsten gestellten Forderungen nicht in den Zusammenhang passt. Ueber den Erfolg der kurfürstlichen Werbung wird erst weiter unten (p. 316) an rechter Stelle berichtet.

maigestat wolt den anhang «bis uf künftig versamlung» usthun und den friden also erstrecken, das er bis zu einem concilio weren solte. zum dritten das ir maigestad auch wolt zugeben, das die stende, so nit in dem Nurenbergischen friden namhaft gemacht und aber auch das evangelium predigen lieszen und angenommen, aüch in dissen friden genomen und gegen inen mit gerichtlichen processen still gestanden wurd. uf den ersten püncten hat koniglich mat. furgewendt, wie sie solichen stillstand dem camergericht ernstlich befohlen und deshalb dem Cadawischen vertrag gelebt, aber das camergericht bericht ir mat., das ander sachen und die püre prophana weren, under dem schin der religion wolten vertadiget werden, darin si nit wusten stilzustecken, diewil si nit den glauben, sonder zins und gült etc. anlangten. dagegen hat sein churfurstlich gnad wider furgewendt, das es eben die sachen weren, darümb man den stillstand begert und ob sie wol zeitlich bedreffen, so flussen sie doch us der religion und weren der anhengig; man möcht auch mit den underthedingern Menz und Pfalz, wo von nöten, bewisen, das disse und dergleichen sachen gemeldet; dan ander sachen, so allein den glauben belangten und das gewissen, weren vor dem camergericht nie rechthengig gewesen, derhalben disem teil von unnöten, in demselben abschaffung oder stillstand von kaiserlicher mat. zu begeren so wer die disputacion bei dem camergericht vor dem Cadawischen vertrag ouch gewesen, das sie wolten und meinten, die sachen gehorten nit in die religion, derhalben im Cadawischen vertrag vorsehen, das ir maigestat wirklich den stillstand bi dem camergericht abschaffen¹ solte. und obschon ein sach zwo oder drei under denen, so jetzt am camergericht hangen, weren, die fur ir² prophan geacht mochten werden, so volgen si doch us der religion, derhalben ir churfurstlich [gnaden] beten, den friden und stillstand derselbigen sachen halben ouch nicht zerschlagen zu lossen. haruf hat koniglich mat. bewilliget, in allen den sachen, so jetzt am camergericht hiengen und die von den stenden, in dem friden begriffen, fur religionsachen vertadigt würden, ein wirklichen stillstand zu verschaffen, wie dan das der artikel dis abschieds, so die koniglich mat. ir churfurstlichen gnaden zu Wien geben, in sich hielt, den er verlesen liesz, mit B bezeichnet. und sagt der churfurst muntlich, das der stillstand am camergericht nit allein in jetzt hangenden sonder ouch künftigen sachen, die die religion belangten, vom künig zu verschaffen zugesagt were. uf dem andern und dritten püncten hat sein churfurstlich gnad nichts erlangen mogen, sonder wer vom konig furgewendt worden: dieweil der frid zu Nurnberg den usdrücklichen anfang hett «bis uf ein versamlung des richs», die stend ouch namhaft gemacht, den der frid zugesagt, und der Cadawisch vertrag von denen stenden, so nit im friden benempt³, ir mat. nichts uferlegt, so wuste oder künite ir mat. on vorwissen kaiserlicher mt. dem kein enderung zu thun. doruf der kurfürst allen moglichen fleisz furgewendt, disse zwen püncten zu erlangen und namlich angezeigt, das es ein ungleichs wer, das abkündung des fridens bi

Beil. A.

¹ «Abschaffen» ist verschrieben für «verschaffen».

² D. h. «an und für sich».

³ Die cursiv gedruckten Worte, ohne welche die Stelle unverständlich wäre, sind von Sturm eingeschaltet.

unserem gegenteil freisten solt und bei uns nit, das es ouch mer ursach geben, wo ein richstag usgeschriben, dass disses teil es fur abkundung must achten dis fridens und wie ein absagung oder bevehdung, darüs vil unrats entsteen mocht etc.; solten dan die anderen, die ein gliche sach mit uns hetten, nit im friden begriffen sin und gegen inen uf acht procediert werden oder sonst vergewalllicht werden, wolt schwer fallen diesem teil also zuzusehen und sich ir nit anzunemen, wie man sich des auch nit begeben, dardurch dann der frid liederlich zerrüttet mocht werden. aber uber allen angekehrten fleisz hat ir churfurst. gnad nichts erlangen mogen, dan das herr Hans Hoffman als koniglicher mat. furnemlichster rat hett gesagt: es wurd nit bald ein reichsdag usgeschriben, es fielen dann sonder grosz ursachen fur; so solichs aber geschehe, solt der richsdag nit on vorwissen des churfursten und landgrafen sonder mit ierem rat usgeschriben werden. so hett ir churfurstlich gnad nit so hart uf dissem püncten dringen wollen, das der anhang usgelossen wurd, domit nit¹ der konig des zuliesz und aber dogegen begert, das er und andere, so im friden begriffen, sich der anderen stend, so nit darin und sider² das evangelium angenommen oder künftiglich annemen würden, nit beladen, auch in kein hilf oder beistand thäten, wie man dann etwan zu hof pfeget ein nagel also mit dem andern uszuschlagen; und hat es also mussen bleiben lassen.»

Zweitens lässt der Kurfürst den versammelten Ständen mitteilen, dass er auf der Heimreise von Wien in Prag von dem päpstlichen Orator um Gehör gebeten worden sei, und darauf eine zweistündige Unterredung mit demselben über das Concil gehabt habe. Auf Verlangen habe ihm der Orator versprochen, den Inhalt der Unterredung in eine Schrift zu bringen und ihm nachzuschicken, damit er die Sache, über die er allein nicht zu entscheiden befugt sei, seinen Bundesverwandten in Schmalkalden zur Beschlussfassung vorlegen könne. Diese Schrift, welche inzwischen angelangt ist, lässt er den Ständen überreichen laut beiliegender Copie³.

Drittens teilt der Kurfürst in Kürze mit, was die Englische Botschaft bei ihm erworben. Das Nähere werde man von den Gesandten selbst hören, welche beauftragt seien, dieselbe Werbung auch an die Bundesversammlung zu bringen. «zum vierten hat er lossen anzeigen, wie er seiner rät, die er vor seiner gnaden ankünfft hieher geschickt, relacion, was sie gehandelt, gehort, und dweil von erstreckung der buntnus auch innemung anderer mer stende gehandelt, so wer seiner churfurstlichen gnaden gutbedunken uf verbesserung der anderen, das man jemens verordenet, die von masz und form, wie die verstendnüs erstreckt solt werden, dergestalt domit sie nit in worten allein sonder ouch im werk stünde, underrede gehalten. so solichs beschee, alsdann

¹ Von Sturm hinzugefügt.

² = seither.

³ D. d. Dec. 1, Str. St. Arch. AA 452, gedruckt bei Hortleder I 86, Corp. ref. II nr. 1367. Sie enthält die Aufforderung an den Kurfürsten, in das Concil zu willigen, welches der Papst nach Mantua auszuschreiben beabsichtigt; da der Kurfürst erst mit seinen Einigungsvorwandten darüber beraten will, so bittet der Orator Vergerius, ihm die Antwort an den Hof König Ferdinands nachzuschicken. Wie nicht anders zu erwarten war, fiel die Erklärung, welche die Protestierenden am 21. December abgaben, gegen das vorgeschlagene Concil aus. Str. St. Arch. a. a. O. Hortleder I 88. Corp. ref. II 1379.

mochte man darnach auch reden, wer ingenomen solt werden, und mit was mosz dasselbe bescheen solt. doruf man also glich in der stuben unabgedreten sich underredet, und hat der landgrave erstlich sein bedenken, dornach Lünenburg, nachmols wir von stetten das unser auch anzeigen lassen, und kam der landgrave mit dem churfursten in die disputacion, namlich das er begert zuvor zu wissen, ob er, wie dann die anderen stend all des mit einander schon verglichen, fur nutz und gut angesehen, die bundnus zu erstrecken und andere mehr stend inzunemen willig; so er das verstund, wer er sich mit der masz mit ime und anderen zu verglichen auch willig; vermeint je, dasselbig wer zum ersten zu wissen von nöten. daruf der churfürst antwort, man muste von der masz reden, wie das geschehen solte; dann die mochte also sein, es sprech einer ja, sie möchte also sein, es spräch einer nein. daruf der landgrave wider sagt, so er dann willig, die verstendnus zu erstrecken und andere inzunemen, so die masz fünden, weren sie einer meinung. daruf der churfurst antwort: ja, der erstreckung halben, aber innemung anderer stend hett er ein bedenken, namlich, so si ouch unser confession und apologi sich gemesz hielten, und der weg mocht gefunden werden, das solichs on zerruttung des Norenbergischen fridens geschee¹. zulest verglich man sich der folgenden meinung:

Erstlich bedankt man sich gegen dem churfursten des angekehrten fleisz bi dem konig, begert des koniglichen abschied ein abgeschrift. zum anderen des hebstlichen orator halben begert man ouch abgeschrift, und dweil zu beratschlagen, ob man und wie im zu antworten, ward fur gut angesehen, dweil die Englisch botschaft auch vom concilio bi dem churfursten meldung gethon, (in) [sie] zuvor zu horen. zum dritten die Englisch botschaft belangen, die wolt man, so si anchomt, horen. zum vierden ward für gut angesehen, ein usschutz zu ordenen, der uber die verstentnus und notel der gegenwere sesse, die zu besehen, worin si verbesser und welchermossen die verstendnus zu erstrecken were, und solt man zu drien nach imbis zusammenkumen, vom usschutz zu reden. noch imbs zu drien nach langem warten² der Hessischen ret word der usschutz gemacht; di solten morgen zu siben zusammenkumen, namlich der fursten ret und von stetten Straszburg herr Jocop Sturm, Costenz Johachim Moler, Ulm her Jerg Beserer, der jung burgermeister³.

Am Mittwoch, December 15, wird die Gesandtschaft des Königs von England gehört, deren lateinischer Vortrag von den Gelehrten verdeutscht wird laut beiliegender Copie⁴. Die Stände bitten darauf für ihre Antwort um Bedenkzeit.

¹ Strassburg hatte seinen Gesandten noch Mitte December einen Brief nachgeschickt, der, wie es scheint, für den Fall, dass Sachsen die Aufnahme neuer Mitglieder bedenklich fände, weitere Instructionen enthielt. Der Brief ist nur aus Sturms Antwort vom 19. December bekannt, worin gesagt ist, Strassburg brauche sich jetzt keine Sorgen mehr zu machen; denn der Kurfürst sei schon für die Erstreckung und Erweiterung des Bundes gewonnen. Str. St. Arch. AA 451.

² Oder «langen worten».

³ Ueber die Verhandlungen dieses Ausschusses findet sich kein Bericht. Die Ergebnisse der Beratungen s. im Abschied des Tages, unten Beil. B.

⁴ Ebenda AA 452. Corp. ref. II nr. 1375. Der Gesandte ist der Bischof von Herford; seine Werbung zielt auf eine nähere Verbindung der Protestanten mit England ab.

Am Freitag, December 17, kommt der Gesandte des Königs von Frankreich, der Herr von Langey¹, mit ungefähr 26 Pferden in Schmal-kalden an.

Am Sonntag den 19. December trägt er den Ständen seine Werbung vor, nachdem er Tags zuvor « allen stetten jeder ein credenzbrief vom kunig zu Frankrich uberantwort » hat. Er verteidigt in seiner Rede² den König namentlich gegen die Anschuldigung, die Anhänger der evangelischen Lehre zu verfolgen. Der König habe nur einige Aufrührer hinrichten lassen. Das Concil halte der König für notwendig, « doch dergestalt, dasz solich concilium an einem frien ort sin solt, damit jederman sagen mochte, was im angelegen were³. » Im übrigen versichert er, Frankreich werde die Gegner der Evangelischen niemals unterstützen, in der Voraussetzung, dass auch die Einungs-verwandten ihrerseits den Feinden Frankreichs keinen Vorschub leisten würden. Besonders wünsche der König, dass sich die Evangelischen zu seinem Verbündeten Karl von Geldern⁴ freundschaftlich hielten. Die Stände bitten hierauf den französischen Gesandten um Geduld; sie wollten die Sache, ihrer Wichtigkeit entsprechend, gründlich erwägen und ihm dann Antwort sagen lassen⁵.

Zugleich warnt er die Stände vor dem päpstlichen Concil, welches nicht die Herstellung des Friedens, sondern die Bekämpfung und Vernichtung des Evangeliums bezwecke. Die in obigem Bericht nicht mehr erwähnte Antwort der Protestierenden s. ebenda, ohne Datum. Sie enthält Danksagungen für die freundschaftliche Gesinnung Heinrichs VIII; gleichzeitig wurden dem König 13 Artikel übersandt, auf Grund deren sich die Stände mit ihm in ein näheres Bündnis einlassen wollten. S. Corp. ref. II 1382 u. 83.

¹ Guillaume du Bellay.

² S. Corp. ref. II 1377. Ganz ähnliche Entschuldigungen und Versicherungen enthielt schon der Brief des Königs an die Protestanten vom 1. Febr. dieses Jahres (ebenda nr. 1247). Bucer hatte denselben im Namen des Strassburger Rats am 8. Febr. beantwortet, indem er dringend um Förderung eines freien Concils ersuchte und daran eine eingehende Erörterung einzelner evangelischer Dogmen knüpfte. Thom. Arch.

³ Ausserdem schlug der König eine Zusammenkunft französischer und deutscher Theologen vor zur Vereinigung über die Lehre. Dieser Punkt ist in obigem Bericht übergangen. Im Sommer 1535 war es nahe daran gewesen, dass Melanchthon und Bucer einer Einladung des Königs nach Paris gefolgt wären, um ihm genauere Auskunft über die evangelische Lehre zu geben. Johannes Sturm setzte grosse Hoffnungen auf diese Reise, zu welcher er Bucer dringend aufforderte (Thom. Arch. corr. de J. Sturm). Die Ausführung scheiterte jedoch an dem Widerspruch Sachsens. Vgl. Walch XVII 383-87.

⁴ Herzog Karl von Geldern hatte, um der Habsburgischen Botmässigkeit zu entgehen, sein Land dem König von Frankreich übertragen und sich nur den lebenslänglichen Niebrauch ausbedungen. Ranke IV 128.

⁵ Leider bricht hier die Aufzeichnung ab, so dass wir über die weiteren Verhandlungen vom 19-24. December nichts Näheres erfahren. Jedoch giebt der Abschied vom 24. December, den wir als Beilage B im Auszuge wiedergeben, genügenden Aufschluss über die Endresultate des Tages. — Die Antwort, welche die Protestierenden dem französischen Gesandten am 22. December erteilten (Corp. ref. II n. 1380), lautete zuvorkommend, aber doch vorsichtig. Bezüglich des Theologenconvents (s. oben Anm. 3) baten sie um weitere Bedenkzeit, und bei dem Versprechen, Frankreichs Gegner nicht zu unterstützen, nahmen sie Kaiser und Reich aus.

BEILAGEN.

A. „Der Wienisch artikel den stilstand am camergericht belangen.“

November 22.
Wien.

Ferdinand, Römischer König, und Johann Friedrich, Kurfürst von Sachsen, treffen folgende Verabredung:

«Als sich in dem Cadavischen vertrag Romische ko. mat. bewilliget hat, von der Ro. kaiserlichen mat. wegen zu verschaffen, das mit den processen am kaiserlichen chamer- und andern gericht, zu erhaltung des vertrags und fridestands hievor durch die hochwirdigsten durchlauchtigen hochgebornen fursten und hern, hern Albrechten, cardinaln und erzbischoven zu Meinz etc., und hern Ludwigen, des heiligen reichs erztruchsess, pfalzgraven bei Rein und herzogen in Baiern, beide churfursten ufericht, wider die, so darinnen benant, stiller gehalten und alle furgenome procez wirglich abgeschafft werden solten, welche abschaffung ir ko. mat. in namen und von wegen gedachter kai. mat. gethan, und aber bemelter churfurst von Sachsen furtragen hat lassen, das solcher artikel nit in gar wirgliche volziehung komen und bracht sei, derhalben angezaigter artikel von ernenten churfursten unerledigt geacht gewesen ist: damit aber solcher artikel in weiter wirgliche volziehung kome, so hat sich die ernente Romische ko. mat. gegen dem gedachten churfursten von Sachsen bewilligt, das ire ko. mat. uber vorbescheenen bevelich in namen und von wegen gedachter kai. mat. inhalt des Nurnbergischen und Cadavischen vertrags alsbald ainen wirglichen stilstand aller rechtfertigung in des glaubens und religion sachen, so durch gedacht kai. mat. fiscal und andere wider bemelten churfursten von Sachsen und seiner churfurstlichen gnaden zugewandten am chamer- und andern gericht furgenomen sein oder nachmals furgenomen werden mochten, bevelen und verschaffen wolle, mit solchem ernstlichen anhang: wo ermelt chamer- und ander gericht wider solche abschaffung procedirn und verfaru und uf die execucion handeln wurden, das dieselbige ir handlung und procez von ehgemelter kai. und ko. mat. und meniglich unwirglich geacht und gehalten, auch itzo alsdan und dan als jetzt cassirt und vernicht, und gedachter churfurst und die andern protestirenden stende solchen handlungen gehorsam zu laisten, keineswegs schuldig sein sollen; doch das der churfurst und seiner churf. g. mitverwandten niemandes seiner gueter wider den kaiserlichen landfriden und stilstand entsetzen oder mit der that vergewaldigen. neben deme hat sich gedacht ko. mt. des bewilligt, bei gemelter kai. mt. mit vleis zu handeln und zu erlangen, das der stilstand an dem kai. chamer- und andern gericht nach verscheinung sant Mertenstag [Nov. 11] weiter bis uf des furgenomen concili oder ein reichsversammlung laut des Nurnbergischen vertrags von seiner kaiserlichen mat. wirglichen verschafft werden solle^{1. 2} — Dat. Wien 22. Nov. a. 34.

¹ Wir haben hier den Wortlaut des Wiener Vertrages wiedergegeben, um den Umfang des Zugeständnisses Ferdinands ganz klar zu stellen. Ranke IV 55 sieht nämlich (trotz Sleidan und Seckendorf) die Bedeutung des Wiener Vertrags in der Fortlassung der namentlichen Aufzählung der im Nürnberger Frieden begriffenen Stände. Dadurch sei, so behauptet er, die Wirkung des Friedens auf alle Evangelischen ausgedehnt worden. Dass diese Auf-

B. Abschied der Einigungsverwandten zu Schmalkalden. December 24.

1) Das evangelische Verständnis soll um 10 Jahre erstreckt werden. Was die Verfassung des Bundes betrifft, so hat «der mehrer teil dieselbige durch nachfolgende artikel zu pessern vor gut, notwendig und bequem geacht und angesehen, domit dieselbige uns allen einigungsverwandten im fall der notturft nutzlich, trostlich und mit dem werk ersprieszlich sein mochte :

[a] Als nemlich und zum ersten : deweil die hilf und zusammensetzung erstlich auf zwen monat mit zweitausent zu ros z und zehentausent zu fusz gewilligt, mit dem anhang, im fal der furstehenden not mit dem anteil des dritten, und so es die notturft erforderen wurde, dem fierden und fünften monat nachzufolgen, das von allen stenden solcher einigungsverwandten noch mit einem und also dem sechsten monat verfolget und nachgesetzt werden sollte.

p. 136.

nr. 191.

[b] Zum andern, nachdem disse vorstentnus allein zur gegenwehre und abwendung furhabendes gewalts aufgericht, und aber die angriff sich mit der zeit ungleich zutragen mochten, das in des hauptmans, so zu jeder zeit sein wurdet, und der verordenten kriegsrete macht und gewalt stehen sollte, solche hulf der zehentausent zu fusz und zweitausent zu ros z gar oder zum teil zu gebrauchen und, so es die notturft erfordert, je zwene monat in einen zu schlagen, aus den sechs monaten drei zu machen und also nach gelegenheit furstehender not und angriffs die bewilligte hilf bis uf viertausent zu ros z und zwanzigtausent zu fusz zu erhöhen.

[c] Zum dritten, das von einem jeden ainigungsverwandten stand sein anteil der gewilligten hulf auf zwene monat, sovil das noch nicht erlegt, hier zwischen und ostern würgliche und mit der that laüts der vorfassung an bewilligte orte erlegt werde, und die hauptleute des auch also vorgewisset furden¹, soliche hinderlegte hulf in zeit der not sovil gewisser anzugreifen.»

Vorstehende Artikel haben jedoch die Gesandten der Sächsischen- und Seestädte wegen mangelnder Instruction nur auf Hintersichbringen bewilligt². Die Obrigkeiten dieser Städte sollen deshalb ihre endgültige Zu- oder

fassung nicht zutrifft, ergibt sich bei genauerer Prüfung schon aus dem Inhalt obiger Urkunde, sodann aber namentlich aus den Erläuterungen, die der Kurfürst den Verbündeten gab (oben p. 316). Jeder Zweifel über den Sinn der Zusage wird schliesslich gehoben durch das Rescript, welches der König auf Grund der Wiener Vereinbarung am 24. November dem Kammergericht und Hofgericht übersandte. Es heisst darin : Wir befehlen, das ir alsbald mit allen gerichtlichen proceszen, die von denjenigen im fridestand begriffen, in des glaubens und religionsachen bisher vor euch gekomen sein oder kunftig in sachen, die sich vor obgemelter unser vergleichung angefanget hetten, furkomen mochten, genzlichen stilsteet¹ etc. Erst ziemlich spät gab der König diesen Befehl den beiden Bundeshauptern bekannt, welche am 28. Januar 1536 Copie davon an Strassburg schickten. Str. St. Arch. AA 456.

¹ = vergewissert würden.

² Der Abschied ist überhaupt nur von folgenden Sächsischen Städten unterschrieben : Magdeburg, Bremen, Braunschweig, Goslar und Einbeck. Es fehlen also ganz Lübeck und Göttingen. Die Bundesverfassung hatte ja schon früher bei ihnen lebhaftige Opposition gefunden. Vgl. oben nr. 191.

Absage bis Mittfasten [1536 März 26] dem Kurfürsten und Landgrafen zuschicken¹.

2) Alle diejenigen, welche künftig dem Bunde beizutreten wünschen, sollen aufgenommen werden, jedoch unter der Bedingung, (a) «das sie dem heilwertigen gotteswort und evangelion anhengig, demselben und der reinen lehre unser confession, zu Augspurg kaiserlich mt. und allen stenden des reichs ubergeben, in iren landen und gebieten gleichformig lehren und predigen lossen, auch darob vestiglich halten sollen und wollen. (b) zum anderen, dasz sie in einnehmung der einigüngsvorstentnus sich in solche voreinigung on alle usflücht oder hindergang begeben und desselben mit zusetzung leibs und guts zu verfolgen anheischig werden und, sovil die vorfassung belangend, sich den andern einigüngsvorwanten in allen puncten und artikeln gemesz halten und erzeigen, wie dann auf den fal einem itzlichen stand nach gelegenheit und vormogen, doch gleichmessig den andern und, wes in dem vom mehrer teil beschlossen und bewilligt, gepurliche anlage sol auferlegt werden.» Wenn die verbesserte Verfassung von den Sächsischen See- und Hansestädten angenommen wird, so soll sie schon jetzt vor Ablauf des alten Bundes² in Kraft treten. Mit den Fürsten und Städten, die sich zur Aufnahme gemeldet haben, sollen sogleich nähere Verhandlungen angeknüpft werden, und zwar soll Sachsen mit Pommern und Anhalt-Dessau, Hessen mit Württemberg und Herzog Ruprecht von Zweibrücken, Hessen und Strassburg mit Frankfurt, Ulm und Memmingen mit Augsburg und Kempten, der Herzog von Lüneburg und die Städte Bremen und Braunschweig mit Hamburg und Hannover handeln, «dieselbige der einigüng vorgewissen und herwider bekenntnus und vorsicherung von inen zu nehmen gewalt und bevelch haben.»

Beil. A.

3) Von dem Wiener Artikel über die Prozesse in Glaubenssachen soll jedem Einigungsverwandten sowie den evangelischen Procuratoren am Kammergericht eine vidimierte Copie zugestellt werden³; ferner ein Verzeichnis «aller sachen, so itzund am camergericht hangend und fur religionsachen geachtet.» Wenn das Kammergericht oder Hofgericht trotzdem weiter prozediert, so soll der Wiener Artikel förmlich zur Verlesung gebracht, und daraufhin nochmals der Stillstand verlangt werden mit der Drohung, dass andernfalls die Protestierenden in einem öffentlichen Ausschreiben das eigenwillige, unbegründete und Unruhe stiftende Verfahren des Gerichts brandmarken würden. Wird auch dann noch fortgeföhren und auf die Acht und Execution erkannt, so soll ein Manifest erlassen werden, in welchem vor der Beteiligung an der Execution gewarnt wird, da die Einigungsverwandten entschlossen seien, den unrechtmässig Geächteten vor jeder Vergewaltigung zu

¹ Auf Grund vorstehender Beschlüsse war in Schmalkalden ein entsprechend abgeänderter Entwurf der Bundesverfassung (s. oben p. 136) ausgearbeitet worden, d. d. 1535 December 23. Derselbe musste nach der Aufnahme neuer Mitglieder im April 1536 (vgl. unten nr. 373) abermals revidiert werden und fand seine endgültige Form erst in der Urkunde vom 29. September 1536. Gedruckt bei Hortleder II 1329, Lönig R. A. V 250, Walch XVII 228.

² Derselbe lief Invocavit 1537 ab, vgl. oben nr. 23.

³ Das Schreiben an die Procuratoren Hierter und Helfmann, worin ihnen der Wiener Artikel mitgeteilt wird, vom 24. December, s. im Str. St. Arch. AA 451. Copie.

schützen. «und nachdem <die> [der] neher erlangte fride und stillstand mit sich bringet, das wir niemands seiner guter wider den keiserlichen landfriden und stillstand entsetzen und mit der that vorgewaltigen sollen, so haben wir solchem also nachzukomen, auch denjenigen, so hienforder in unser vorstentnus sollen angenommen werden, dasselbig anzuzeigen uns vorainigt, domit sie sich des auch zu halten wissen; doch so soll das, was entsetzung der hepstlichen und geistlichen jurisdiction ceremonien und miszbreuche, auch abschaffung derselbigen und anderer religionsachen und, was denselbigen anhanget, betrifft, hieründer von uns den voreinigten stenden nicht gemeint, sonder einem iden darinnen pesserung furzunehmen fürbehalten sein, [und soll es] in selbigen fellen vormog unser aufgerichten vorstentnüs und einigüng gehalten werden. und im fal das darüber am camer- und andern gerichtet zweivel furfallen wolte, <do> [ob] solche neue glaubens- und religionsachen oder derselbigen anhengig weren, so sol zu jeder zeit das erkentnus inhalts der vorfassung bei den neun stimen stehen und bleiben, und da alsdann befunden und erclert, das soliche sachen religionsachen weren, und camer- oder ander gericht wolten uf unser derhalb beschene anzeige und erinnerung nicht stiller stehen, so sol es mit solcher neuen angefangen sachen in aller massen, wie der alten anhengigen sachen halben erzelt, auch gehalten werden.» — «Gehen zu Schmalkalden freitags am heiligen cristabent a. etc. 35.»

331. Strassburgs Beteiligung an der Reichshülfe gegen die Wiedertäufer in Münster¹.

Str. St. Arch. AA 400-405.

Kreistag zu Coblenz behufs Unterstützung des Bischofs gegen die Stadt Münster. Strassburg nicht vertreten. Der Städtetag zu Esslingen protestiert gegen die Coblenzer Beschlüsse. Strassburg ist zu freiwilligen Beiträgen gegen Münster geneigt. Der Landgraf bittet um Hilfe für den Bischof. Der Kaiser und König fürchten Empörung der Städte. Tag zu Worms (April): Reichshülfe gegen Münster beschlossen. Strassburg will keine Bündnisse mit seinen Nachbarn zur Bekämpfung der Wiedertäufer. Erlegung des Beitrags gegen Münster. Eroberung Münsters. Zweiter Tag zu Worms (Juli) ohne Resultat. Dritter Tag zu Worms (Nov.): Strassb. Instruction. Regelung der religiösen Verhältnisse in Münster. Schleifung der Festungswerke. Protest der Städte gegen den Wormser Abschied.

Als zu Beginn des Jahres 1534 die Wiedertäufer sich der Stadt Münster bemächtigten, alle allhergebrachte Ordnung und Autorität umstürzten und ihre berüchtigte Gewaltherrschaft aufrichteten, glaubten die meisten Reichsstände, es werde dem Bischof ohne grosse Mühe gelingen, die Aufständischen zu unterwerfen. Dies stellte sich jedoch bald als irrig heraus; denn Bischof Franz sah sich genötigt, nicht nur die Hülfe der

¹ Die Teilnahme der Reichsstände an der Unterdrückung der Wiedertäufer und an der Neuordnung der Verhältnisse in Münster ist von L. Keller in der «Geschichte der Wiedertäufer», Münster 1880 und in der Historischen Zeitschrift B. 47 p. 429 ff. ausführlich behandelt worden. Wir können uns deshalb hier mit einer kurzen Skizze des Anteils, welchen Strassburg an den Münsterschen Wirren nahm, begnügen. Es werden sich dabei immerhin mehrfache Abweichungen und Ergänzungen zu der Kellerschen Darstellung ergeben.

katholischen Nachbarn in Anspruch zu nehmen, sondern auch die Protestierenden um Beistand zu ersuchen. Der Landgraf, welcher einsah, dass es mit der evangelischen Lehre in Münster vorbei sein würde, falls die Stadt überwiegend durch katholische Unterstützung erobert würde, verfocht die Sache des Bischofs mit grossem Nachdruck und bemühte sich eifrigst, möglichst viele seiner Glaubensverwandten für das Schicksal Münsters zu interessieren; allein er konnte nicht verhindern, dass gegen Ende des Jahres, als noch immer keine Aussicht auf Niederwerfung des Aufstandes vorhanden war, die beiden Rheinischen und der Niedersächsische Kreis zu einer Tagsatzung berufen wurden, auf welcher den Altgläubigen von vornherein die Majorität sicher war. Am 22. November erliessen die Obersten des Oberrheinischen Kreises, Bischof Heinrich von Worms und Pfalzgraf Johann von Simmern, ein Ausschreiben, wonach die Stände am 13. December in Coblenz zusammentreten sollten. Auch Strassburg, das sich bis dahin kaum um den Münsterschen Aufruhr gekümmert hatte, erhielt eine Einladung, lehnte sie jedoch durch ein Schreiben vom 5. December mit dem Hinweis auf seine „Entlegenheit“ ab.

Der Coblenzer Tag, welcher hauptsächlich von katholischen Ständen beschickt wurde, beschloss nun eine Unterstützung des Bischofs in ziemlich ausgedehnter Masse, freilich unter der Bedingung, dass sowohl der Oberbefehl über die Hülfsstruppen als auch die Neuordnung der Verhältnisse in der Stadt nach erfolgter Eroberung den Ständen vorbehalten sein sollten. Das bedeutete im Falle des Sieges die Wiederherstellung der Römischen Kirche. Kein Wunder, dass Strassburg, welches schon ohne dies wenig Lust hatte, sich wegen der so weit entlegenen Stadt in Unkosten zu stürzen, die Verbindlichkeit dieser Beschlüsse nicht anerkennen wollte. Das Schreiben der Kreisobersten vom 2. Januar 1535, welches die baldige Bezahlung des auf Strassburg entfallenden Anteils an der Kreiskülfe im Betrage von 3660 fl. verlangte, hatte anstatt der gehofften Wirkung den offenen Protest des Rats zur Folge. Uebrigens teilten die andern oberländischen Reichsstädte die Auffassung Strassburgs; ja gerade diejenigen, welche den Coblenzer Tag besucht hatten, nämlich Metz, Frankfurt und Worms, zeigten sich in der Bekämpfung der Majoritätsbeschlüsse am eifrigsten. Auf ihre Anregung berief Strassburg zu gemeinsamer Verständigung über die einzunehmende Haltung die Oberrheinischen und Schwäbischen Städte auf den 8. März nach Esslingen¹. Zahlreich leisteten die Eingeladenen dem Rufe Folge; von Elsässischen Städten war ausser Strassburg, das für Metz Vollmacht hatte, auch Hagenau vertreten. Die Strassburger Gesandten waren Jacob Sturm, Mathis Pfarrer und Michel Han. Die Versammlung schloss sich dem von ihnen abgegebenen Gutachten völlig an, dass die Berufung und Beschlussfassung des Coblenzer Tages den Reichs-

¹ Auch Besançon wurde eingeladen, lehnte aber durch Schreiben an Strassburg vom 13. Februar den Besuch des Tages ab, da es von alters her von allen Abgaben befreit sei, also auch in der Münsterschen Angelegenheit keinenfalls etwas zu leisten habe. Str. St. Arch. AA 400.

ordnungen und Abschieden stracks zuwiderlaufe und durchaus ungültig sei. Es wurde betont, dass die Kreisobersten niemals das Recht hätten, selbständig einen Kreistag auszuschreiben, am wenigsten dann, wenn es sich um Geldbewilligungen handle. Nur auf einem vom Kaiser oder seinem Stellvertreter angesetzten Reichstage könne Geld bewilligt werden, während die Kreistage nur das Nähere über die Verteilung und Erhebung der bewilligten Auflage zu regeln hätten. Liessen sich die Städte derartige Verstösse gegen die Reichsordnung gefallen, so müssten sie gewärtig sein, schliesslich von den Reichsfürsten beliebig zu Leistungen herangezogen zu werden. Es wurde ferner beschlossen, den zur weiteren Beratung der Münsterschen Angelegenheit auf den 4. April angekündigten Tag zu Worms nur dann zu beschicken, wenn alle Reichsstände dazu eingeladen würden, und die Berufung durch den Kaiser oder König erfolgte. Geschähe letztere durch die einzelnen Kreisobersten, so wollte man zwar auch kommen, aber nur unter Protest. Einen Tag, zu dem nur einzelne Kreise erfordert würden, wollte man dagegen ganz ignorieren.

Hiernach spielten sich also die Städte — wie so oft in ähnlichen Fällen, wenn es sich um Geldbewilligungen handelte, — als die Verfechter und Verteidiger der Reichsordnungen auf und bestritten auf Grund der letzteren die Rechtmässigkeit der fürstlichen Forderungen. Für die meisten von ihnen war dies wohl nur ein Vorwand, um sich der Hilfsleistung gegen Münster zu entziehen; denn die Dringlichkeit der Unterstützung des Bischofs gegen die Wiedertäufer wurde von ihnen kaum einer Erörterung gewürdigt. Der Strassburger Rat gehörte indessen zu denen, welche im Grunde durchaus nicht abgeneigt waren, für die Unterdrückung des Aufstandes ein gewisses Geldopfer zu bringen; ihm kam es in der That, wie wir aus der Instruction zum Esslinger Tage ersehen, nur darauf an, dass die Auflage auf alle Reichsstände in gleichmässiger und gerechter Weise verteilt werden sollte; für diesen Fall erklärte er ausdrücklich, gern seinen Anteil beitragen zu wollen. Ja er ging sogar noch weiter, indem er selbst dann, wenn eine allgemeine Reichshilfe nicht zustande kommen sollte, sich erbot, mit den Städten der beiden Rheinischen Kreise wegen Zahlung eines freiwilligen Beitrags ins Einvernehmen zu treten. Dieser Plan scheint aber in Esslingen keinen Beifall gefunden zu haben und infolgedessen von Strassburg selbst aufgegeben zu sein.

Inzwischen liessen einzelne, für die Münstersche Angelegenheit besonders interessierte Fürsten, wie Hessen, Mainz und Kurpfalz, nichts unversucht, um Strassburg zur Nachgiebigkeit zu bewegen¹. Wiederholt schilderte der Landgraf brieflich die bedrängte Lage des Bischofs sowie die Gefahren, welche bei weiterem Umsichgreifen der revolutionären Bewegung entstehen könnten; vor allem aber wies er daraufhin, dass die Zurückhaltung der Städte beim König und andern Ständen leicht eine missliebige Deutung erfahren könne, als beruhe sie auf geheimen Sympathien für die Wiedertäufer. Dies erwies sich keineswegs als eine leere Vermutung des Landgrafen; vielmehr stellte sich heraus, dass Karl V und König Ferdinand in ihren Besorgnissen noch weiter

¹ Vgl. auch über die Werbung König Ferdinands oben nr. 269 u. 270.

gingen, indem sie einen directen Aufruhr der sogenannten „zwinglischen“ Städte im Anschluss an die Wiedertäuferbewegung befürchteten. Die nr. 271. Hetzereien Frankreichs bestärkten sie in ihrem Argwohn. Am 28. März nr. 277 u. konnte Philipp auf Grund zuverlässiger Kundschaft vom Wiener Hof die Strassburger sogar versichern, dass der König und der kaiserliche Orator bereits ernstlich beabsichtigten, ein Heer gegen die Städte ins Feld zu stellen, um der drohenden Empörung zu begegnen. Alle diese Bitten und Ermahnungen konnten den Rat jedoch nicht bewegen, etwas wider die Beschlüsse des Esslinger Städtetags zu bewilligen¹. Man dachte höchstens daran, eine gewisse Summe zur Unterstützung des Bischofs zu leihen.

Unterdessen war von Ulm die Nachricht eingetroffen, dass der König allen Kreisobersten befohlen habe, ihre Kreisstände zum 4. April nach Worms zu erfordern. Damit war der zweite im Esslinger Abschied vorgesehene Fall eingetreten: Einladung aller Stände, aber nicht, wie bei den Reichstagen, durch den Kaiser oder König persönlich, sondern durch die Kreisfürsten. Demgemäss mussten die Städte den Tag beschicken, und Strassburg fertigte Jacob Sturm und Mathis Pfarrer nach Worms ab. Die Gesandten hatten den Auftrag, sich in der Sache selbst gutwillig zu erzeigen, den Coblenzer Abschied aber nicht anzuerkennen und nur bei gleichmässiger und gerechter Verteilung auf alle Stände in eine Anlage zu willigen; andernfalls wollte sich die Stadt nur dazu verstehen, die Hälfte des geforderten Beitrags leihweise zu erlegen. Jedenfalls sollte alles, was man leistete, als durchaus freiwillig erscheinen.

In der That gelang es den Städten, in Worms durchzusetzen, dass die königlichen Commissare ihnen die ausdrückliche Versicherung erteilten, der Coblenzer Abschied solle für sie unverbindlich und nicht präjudicierlich sein; erst nachdem dies zugesagt war, einigte man sich zu einer allgemeinen Anlage auf alle Stände des Reichs, wobei der Anschlag zum Römerzuge von 1521 trotz seiner oft getadelten Ungerechtigkeit zu Grunde gelegt wurde². Der vierte Teil desselben im Betrage von 21000 fl. sollte monatlich behufs Unterstützung der Belagerungsarbeiten, namentlich zur Erhaltung der Blockhäuser vor Münster zusammengebracht werden. Die Fürsten wollten anfangs von einer Beschränkung der Hülfe auf einen bestimmten Zeitraum nichts wissen, sondern meinten, die Hülfgelder sollten so lange gezahlt werden, bis die Stadt erobert sei; allein die Städte sträubten sich heftig dagegen und erreichten schliesslich, dass die Subsidien nur auf fünf Monate bewilligt wurden, obwohl die Fürsten mindestens sechs beantragt hatten. Dies bedeutete also eine Unterstützung im Gesamtbetrage von 105 000 fl. Nach der Eroberung sollte die Neuordnung der Verhältnisse in Münster nur mit Wissen und Willen der Stände vorgenommen und die Stadt „bei hailgem reich, wie von alter herkommen, sein und pleiben und in andere hend nit gewandt

¹ Strassburg teilte dies dem Landgrafen am 25. März ausdrücklich mit. (Marb. Arch.). Ein ähnliches Schreiben an Kurpfalz. Str. St. Arch. AA 400.

² Der Abschied des Wormser Tages ist gedruckt in „Teutsche Reichsabschiede“, Frankfurt 1747 t. II 407 und bei Löwig R. A. II 611.

noch übergeben werden“¹. Die zu Coblenz ernannten Kriegsräte und der Oberst Wirich von Falkenstein wurden bestätigt, und ihnen von den Städten noch Justinian von Holzhausen aus Frankfurt zugeordnet. Im übrigen verpflichteten sich die Stände, in ihren eignen Gebieten den Wiedertäufern mit grösster Strenge entgegenzutreten. In Wirklichkeit kamen die einzelnen dieser Bestimmung freilich mit verschiedenem Eifer nach. Von Strassburg kann man sagen, dass es aufrichtig bemüht war, das Umsichgreifen der wiedertäuferischen Lehre zu verhindern, soweit es in seiner Macht stand; auch wird es auf die Warnung des Landgrafen und des Kurfürsten von der Pfalz² vor einem gewissen Johann von Geel, der für die Münsterer Wiedertäufer am Oberrhein Knechte werben und Kriegsmaterial kaufen sollte, die nötigen Vorsichtsmassregeln getroffen haben, um die Verstärkung der Aufständischen zu hintertreiben. Nur von förmlichen Bündnissen mit ihren Nachbarn zum Schutz gegen etwaige Unruhen und Zusammenrottungen der Wiedertäufer wollte die Stadt nichts wissen; in dieser Hinsicht scheiterten alle Bemühungen des Strassburger Bischofs, eine Vereinigung der Elsässischen Städte, Landvogteien etc zustande zu bringen, an dem Widerwillen des Strassburger Magistrats. Zwar beschickte der Rat einen auf den 20. Mai anberaumten Tag zu Molsheim durch Mathis Pfarrer, aber es war ihm von vorn herein mit der projectierten Verbindung nicht ernst, und so verlief denn auch diese wie spätere Versammlungen ohne Ergebnis.

nr. 267.

Sonst erfüllte Strassburg die in Worms gemachten Zusagen mit löblicher Pünktlichkeit; entsprechend dem Abschied des Tages wurde die erste Rate des Strassburger Anteils im Betrage von 975 fl. bereits am 1. Mai abgeschickt und am 5. Mai in Frankfurt erlegt³. Die erste Nachricht von der Eroberung Münsters am 25. Juni erhielt der Rat vom Landgrafen, dessen Brief vom 29. Juni am 1. Juli ankam. Dann lief auch von Köln am 5. Juli dieselbe Kunde ein. Die näheren Umstände der Belagerung erfuhr man erst aus den Mitteilungen Justinians von Holzhausen an den Frankfurter Rat, welcher dieselben in Abschriften übersandte⁴. Nachdem durch die Niederwerfung der Aufständischen das eigentliche Ziel der Reichshülfe erreicht war, konnte es nicht wunder nehmen, dass der auf Mitte Juli angesetzte zweite Tag zu Worms im Sande verlief. Strassburg beschickte ihn gar nicht, und von andern evangelischen Städten waren nur Nürnberg, Hagenau und Schlettstadt

¹ Von den Versuchen der Städte, einen Ausgleich zwischen den Belagerern und den Wiedertäufern herbeizuführen, sowie von der Gesandtschaft Frankfurts und Nürnbergs an Münster verlaudet in den Strassburger Acten nichts. Vgl. Hist. Ztsch. t. 47 p. 435 u. 36. Auch finde ich nicht, dass Strassburg schon auf diesem Tage hervorragendes Interesse an der künftigen Gestaltung der Dinge in Münster bezeugt hätte.

² Schreiben vom 4. Februar. Str. St. Arch. AA 368.

³ Die Stadt zeigte dies dem Landgrafen in Erwiderung eines erneuten Mahnschreibens (d. d. Mai 20) am 29. Mai an. (Marb. Arch.). Der Anschlag Strassburgs zum Romzug betrug 1300 fl., davon der vierte Teil nach dem Wormser Abschied als Monatsrate = 325 fl., auf drei Monate = 975 fl.

⁴ Gedruckt bei Cornelius Münstersche Geschichtsquellen t. II.

vertreten. Die wenigen Botschaften, die erschienen waren, beschränkten sich darauf, den König um Ansetzung eines weiteren Tages zu Worms auf den 1. November zu ersuchen, wo der Rechenschaftsbericht über die Verwendung der Hilfgelder gehört, und die künftige Gestaltung der Verhältnisse in der eroberten Stadt bestimmt werden sollte. Ferdinand willfahrte dem Gesuch, und diesmal leisteten die Stände seinem Ruf bereitwillig Folge, so dass eine stattliche Versammlung am 1. November in Worms zusammenkam. Der Vertreter Strassburgs, Mathis Pfarrer, hatte Befehl, wenn die andern Städte einverstanden wären, nochmals gegen die Form der Berufung der Stände — durch die Kreisfürsten — Protest einzulegen und ausdrücklich zu betonen, dass man nicht aus Gehorsam und Pflicht, sondern nur dem König zu Gefallen erschienen sei¹. In der Sache selbst sollte er allen Fleiss aufwenden, damit die Stadt Münster bei ihren alten Freiheiten, und die Einwohner beim Evangelium belassen würden. Etwaige Beratungen über Massregeln gegen künftige ähnliche Unruhen der Wiedertäufer sollte er unter dem Vorwande ablehnen, dass er keine Vollmacht dazu hätte.

Wie zu erwarten war, entspann sich über die Frage, in welcher Weise die religiösen Verhältnisse in Münster neu geordnet werden sollten, zwischen den beiden Glaubensparteien in Worms ein sehr heftiger Streit. Selbstverständlich hielten hierbei die evangelischen Fürsten und Städte treulich zusammen, um den Fortbestand ihrer Lehre in Münster nach Möglichkeit zu sichern; auffallen muss es nur, dass nach Pfarrers Bericht auch die katholischen Reichsstädte, soweit sie vertreten waren, namentlich Köln, Metz, Worms, Speier und Hagenau, die Forderungen der Protestierenden einmütig unterstützten. Ihr Verlangen ging dahin, dass die Versammlung selbst bestimmen sollte, wie es mit der Religion in Münster zu halten wäre, während der König und die katholische Majorität die Neuordnung in Glaubenssachen dem Bischof, seinem Domkapitel, seiner Ritterschaft und Landschaft anheimstellten, in der ausdrücklich ausgesprochenen Erwartung, dass dieselben sich „disfals keimt. und des heiligen reichs abschiden gemesz und, wie inen sünst gezimt und züset, der gepür wol wissen zu erzeigen und zu halten.“ Trotz des Protestes der Evangelischen und sämtlicher Städte wurde dieser Artikel in den Abschied aufgenommen.

Nächst der religiösen Frage war dann vor allem die Schleifung der Münsterschen Befestigungswerke Gegenstand lebhafter Erörterung. Da hiermit die Bedeutung und das Ansehen Münsters als Stadt in engstem Zusammenhang standen, so wünschten natürlich sämtliche Reichsstädte ohne Unterschied der Religion, eine für Münster günstige Entscheidung der Angelegenheit herbeizuführen, während die evangelischen Fürsten sich nicht veranlasst sahen, die Städte in diesem Punkt zu unterstützen. Letztere wollten nur den Abbruch derjenigen Festungswerke zugeben, welche in der Zeit des Aufruhrs erbaut worden waren, wogegen die Fürsten, um die Stadt ganz unschädlich zu machen, den Abbruch aller Hauptbefestigungen verlangten. Das Resultat des lange hin und her

¹ Diese Erklärung wurde in der That von den Städten nochmals abgegeben.

wogenden Streites war, dass im Abschied bestimmt wurde, alle von den Wiedertäufern vor und während der Belagerung erbauten Befestigungen sollten niedergelegt werden. Dem gegenüber blieben die Städtebotschaften hartnäckig auf ihrem ersten Vorschlag bestehen; als sie damit nicht durchdrangen, erklärten sie in einem formellen Protest den ganzen Abschied für unverbindlich und verliessen alsbald die Versammlung. Damit scheint das Interesse der Städte an der Münsterschen Angelegenheit erschöpft gewesen zu sein, wenigstens soviel die Oberländer betrifft. Von einer weiteren Einmischung ihrerseits ist nichts bekannt. Sie hatten später den Trost, dass der von ihnen bekämpfte Wormser Abschied thatsächlich wirkungslos blieb, da Bischof Franz es vorzog, die Verhältnisse Münsters im Verein mit seinen Landständen eigenmächtig zu ordnen¹.

¹ Hist. Ztsch. a. a. O.

332. Rudolf Schenk, Hessischer Bevollmächtigter, Jacob Sturm und
Batt von Duntzenheim an Landgraf Philipp.

Januar 2.
[Frankfurt].

Str. St. Arch. AA 456. Copie von Sturm¹. Das Datum nach einer Copie des Marb. Arch.

Haben Frankfurt in den Bund aufgenommen. Die Höhe des Frankfurter Bundesbeitrags noch unentschieden. Tag zu Nürnberg.

p. 322. «Genediger her. uf empfangnen bevelch e. f. g. und anderer churf. f. und stende, jungst zu Schmalkalden versamlet, haben wir vermöge des ufgerichten abschids doselbst mit einem erbarn rat alhie zu Frankfurt gehandelt, und dweil si die artikel, in solichem abschid begriffen, gewilligt und also in die verstantnus zu komen begert, haben wir si vermig des abschids der innemung halb vergwisset und inen des ein bekantnis under unsern secreten zugestölt laut der copeien hiebei mit A verzeichnet², dagegen auch von inen ein reversal empfangen³ under eines rats insigel, welches e. f. g. wir hiemit zuschicken, doch alles mit dem beding, ob deshalbn weiter versicherung von nöten, das dieselben von beiden teilen hienacher ufgericht werden sollen. und nachdem wir der anlag halber, so uf die von Frankfort gelegt soll werden, kein ustruklichen bevelch gehebt, so haben wir doch inen furgeschlagen, das wir es fur glichmessig achten, so si der statt Brem glich angelegt und ein monat 4000 gulden geben. dagegen haben si vermeint, es solten di stend an 3000 gulden ein monat irer gelegenheit noch gesettigt sein. dweil wir uns aber des orts nit verglichen mögen, hand wir solichs zu erkentnus der stend gestöllet, das dieselbigen durch das meerteil vermog des abschids hierin erkennen sollen.» — Dat. 2. Jan. a. 36.

¹ Ebenda noch ein umständlicherer Bericht über dieselbe Angelegenheit, gleichfalls von Sturms Hand und wahrscheinlich zur Kenntnis Strassburgs bestimmt. Aus demselben ist noch nachzutragen, dass die Bevollmächtigten den Frankfurtern einen Ratschlag des Magdeburger Advocaten Levinus über den Prozess mit Mainz übergaben. Vgl. oben nr. 327.

² Copie im Thom. Arch. Das Orig. d. d. Jan. 2 im Frankf. Arch. Reichssachen 9049.

³ Copie liegt bei d. d. Jan. 2. Frankfurt verpflichtet sich darin, die Bundesbedingungen zu erfüllen.

Zettel: Man habe den Frankfurtern auch geraten, den Tag zu beschicken, welcher am 16. Januar zwischen Sachsen und Mainz zu Nürnberg angesetzt sei, und auf welchem auch der Landgraf erscheinen wolle.

333. König Ferdinand an den Rat.

Januar 6.
Wien.*Str. St. Arch. AA 411. Ausf.*

«Dem konig von Frankreich die knecht nit passieren lassen.»

«Uns langt fur warhaftig an, wie jetzo der kunig von Frankreich durch Graf Wilhelm von Furstenberg und ander seine bestellten in uebung stee, der Romischen kaiserlichen mt., unserm lieben bruder und herrn, zuwider schaden und nachtail im hailigen reiche ain anzal teutscher knecht zu bewerben, aufzuwign und derselben versammlung umb euch, wie etwa vor mee bescheen ist, furzenemen¹. dieweil dann die gedacht kaiserlich mt. das vorgangen jar durch ir offen mandat² allen stenden des reichs ernstlichen aufgelegt und bevolen hat, das kainer in seinen furstentumben landen noch gebieten solche aufwignung der knecht gestatten oder zuesehen solle, und dann die knecht, die also haimblich oder offentlich bemeltem kunig von Frankreich zuelaufen, an den wasserstramen die bruken und urfar besuechen muessen und sonst nit durchkomen mogen, so ermanen wir euch, gedachter kai. mt. ausgegangen mandat [nachzukommen], in namen und von wegen derselben irer mt. euch ernstlichen bevelend, ir wollet nit allain die aufwignung der knecht in eurn gebieten nit gestatten, sonder auch vil weniger andern laufenden knechten den pasz durch dieselbigen ewre gebiet, sonderlich an den bruken und urfarn nit zuelassen, sonder inhalt gedachter kai. mt. mandats gegen denselben mit aller straf und ernstlichen handlungen <gegen inen> verfar.» — «Geben in unser stat Wien am sechsten tag januari» a. 36. — Pr. Jan. 21.

334. Die Geheimen von Ulm an die Dreizehn.

Januar 6.

Str. St. Arch. AA 439. Ausf.

«Wir haben e. f[ursichtig]kait schreiben (*) von wegen der knecht, die bei euch durch die konigischen hauptleut angedredt sein³, und das auch etliche fendlin knecht umb uns angenommen und uf Trient zu beschiden werden sollen, hiemit an uns gelangt, angehört und verstanden, und könden derhalben nicht hörn noch vernemen, das ainiche knecht umb und bei uns angenommen noch an angezaigte ort beschiden werden.» Versprechen jedoch Kundschaft zu machen und, was sie erfahren, zu berichten. Dat. Do. 6. Jan. a. 36. — Pr. Jan. 12.

¹ Schon seit Mitte d. J. 1535 drohte der Wiederausbruch des Krieges zwischen Frankreich und dem Kaiser wegen der italienischen Streitfrage. Der Beginn der Feindseligkeiten fällt jedoch erst in den Sommer. Ranke IV 15 ff.

² Vgl. Harprecht V Beil. 75.

³ Noch am 15. December 1535 hatte Strassburg auf eine Anfrage Ulms (*) erwidert, dass es von Werbungen in seinem Gebiet nichts wisse. Ulm. Arch. Ref. T. XXVI.

335. Der Rat von Zürich an den Rat von Strassburg.

Januar 10.

Str. St. Arch. AA 1815. Ausf.

Bittet um Vermittlung zwischen Solothurn und den von dort ausgewiesenen Evangelischen, die sich in Strassburg aufhalten sollen.

«Ir tragent — wie wir zwifels one — guot wüssen der unrüw und zweispaltung, so sich verruckten jars bi unsern lieben eidno[sse]n von Solothurn zugetragen¹, also das etlich irer mitburgern von irer statt abgeträten und nach fil und mengerlei gepflägnen underhandlung irer hern und obern abgesagte figend worden sind, und diewil sich gar lichtlich in irem furschriten zuo noch mer und grosserer embörung unrüw und widerwertigkeit gemeiner loblichen eidgnoschaft züchen und in suma verderplich krieg und blutvergiessen dahar volgen mochte, und dann uns, das sölich unserer eidno[sse]n von Solothurn abgeträten widerwertigen burgere sich diser frist in üwer statt ufenthaltnit (*sic!*), fürkomen, so langt derhalben an üch unser hoch und ernstlichs begären bitt und vermanen, disen schwören handel als die verstendigen im grund zuo bedenken und, so ferr es üch wie uns fur guot ansachen wolte, darunder, was sich zuo gütllicher uslöschung schwebender irrung vehd und vientschaft gedienen, ouch frid und ruow gebären möchte, ze handeln. was dann wir fürterhin wie unzhar ouch guts köntnit in disen dingen thuon und arbeiten, darinne sölt uns nochmaln weder cost, müig noch arbeit nit bedüren, und geruoch sich uwer liebe in sölichem irer hohen vernunft und unserm grossen vertrauen nach ze bewisen.» Bitte um Antwort bei diesem Boten². Dat. Mo. 10. Jan. a. 36. — Pr. Jan. 17.

336. Der Rat von Solothurn an den Rat von Strassburg.

Januar 14.

Str. St. Arch. AA 1815. Ausf.

Er habe gehört, dass ehemalige Bürger von Solothurn, welche ihrer Vaterstadt offene Absage zugeschickt und sich damit als deren abgesagte Feinde erklärt hätten, «nit ein kleine zit in uwer statt gewäsen und noch diser zite etlich derselben sich an dem ort enthalten, einen erdichten, falschen und unwarhaften trucke lassen usgan, dem wir zu siner zite mit antwürtn werden begegnen.» Da sei nun die Bitte Solothurns, dass Strassburg diese unruhigen Leute, die nur Aufruhr und Blutvergiessen im Sinne hätten, nicht bei sich dulde, sondern ausweise. Dat. Fr. vor Antonii a. 36. — Pr. Jan. 29.

¹ In Solothurn hatte 1533 nach heftigen Kämpfen die katholische Partei über die evangelische gesiegt, und die Häupter der letzteren waren ausgewiesen worden. Alle Vermittlungsversuche der evangelischen Städte, namentlich Berns, blieben vergeblich, und die Verbannten wurden darüber so erbittert, dass sie im August 1535 ihrer Vaterstadt einen förmlichen Absagebrief sandten und ihr, wo sie konnten, Abbruch zu thun suchten. Tillier III 316 ff.

² Die Antwort ist mir nicht bekannt.

337. Die Geheimen von Ulm an die Dreizehn. Januar 17.

Str. St. Arch. AA 460. Ausf.

Berichten, « das die knecht umb unser statt und sonderlich in dem land Wirtemperg uf und angenommen; wohin aber dieselben gefuert, wider wen geprauchet oder wie sich dise gegenwirtigen leuf begeben werden, davon finden wir ungleichen bericht und nichtzit gewisz. » Bitten um Auskunft bei gegenwärtigem Boten, was Strassburg hierüber wisse. Dat. Mo. 17. Jan. a. 36. nr. 334.

338. Die Geheimen von Ulm an die Dreizehn. Januar 25.

Str. St. Arch. AA 460. Ausf.

« Wir haben die baide e. f. kait schreiben (*), uns gelegenhait der leuf und der knecht lofens halb, wo auch dieselben hin beschaiden werden, gethon, mit inverwarter copei der von Bern schreiben¹ verleszen, und geben e. f. hingegen zu erkennen, das ain ufwiglen der knecht allenthalben umb uns gewest; wir haben aber ine kain grund ires beschaides oder, wohin si gefurt wöllen werden, gewarn mögen, bis wir jetzt von e. f. gethonem bericht den platz und ort versteen, des wir uns gegen derselben mit vleisz bedanken » etc. « wir wöllen auch e. f. hiemit nicht vorhalten, das wir glauplich bericht, das Rō. kai. mt., unser allergnedigister herr, etliche hauptleut solle bestellt haben, die auch berait an bevelch erlangt, in namen ir. mt. knecht zu bestellen und anzunemen. » Dat. Aftermontags 25. Jan. a. 36. — Pr. Febr. 2.

339. Johann de Andelot, kaiserlicher Commissarius, an den Rat. Januar 27.

Str. St. Arch. AA 411. Ausf.

Augsburg.

« Das man diejenen, so in Frankenreich gezogen, abmanen soll. »

Da er erfahren, dass trotz des kaiserlichen Verbots Strassburger Unterthanen dem König von Frankreich « haufenweis zuelaufen », so fordert er nochmals auf², « daz ir von stund an dieselben eure underthanen, so also

¹ Das Schreiben, worin Bern anzeigt, dass es die Genfer gegen Savoyen unterstützen werde. Vgl. p. 334 A. 1.

² D'Andelot selbst hatte wenige Tage früher, am 24. Januar, ein Mandat ausgehen lassen, worin er im Namen des Kaisers allen Reichsangehörigen aufs strengste verbot, in Französische Dienste zu treten. Nur ihm und den kaiserlichen Obersten Frundsberg, Eberstein und Thamis sollten die Knechte zuziehen. Von dieser Bekanntmachung erhielt auch Strassburg ein Exemplar gleichzeitig mit obigem Brief (ebenda). Weitere Mandate ähnlichen Inhalts erliess der Kaiser persönlich aus Neapel d. d. Jan. 28 (pr. in Strassburg März 4), und König Ferdinand aus Innsbruck d. d. Jan. 29 (Str. St. Arch. AA 1387). Letzterer forderte die Obrigkeiten auf, diejenigen, welche trotz des Verbots fremde Dienste annähmen, durch Confiscation ihrer Güter etc. zu strafen; er übersandte diesen Befehl an Strassburg mit einem verschlossenen Missive d. d. Jan. 30, worin er die Ausführung noch besonders einschärfte (AA 411). Diese Schriften trafen am 9. Februar in Strassburg ein. Vgl. unten nr. 359.

vilgedachtem kunig zuezogen, und an welchem ort die jetzo zu ziehen beschiden mochten sein, durch eur potschaft bei verlierung irer leib leben und gueter abmanet abfordert und jedem anheim zu ziehen aufleget.» — Dat. Augsburg 27. Jan. a. 36. — Pr. Febr. 2.

340. Landgraf Philipp an die Dreizehn.

Januar 31.
Cassel.

Str. St. Arch. AA 460. Ausf. Zettel ebenda.

Stand des Dänischen Kriegs. Französische Werbungen. Unterstützung Genfs gegen Savoyen.

Dankt für Strassburgs Schreiben (*) nebst Zeitung über die Absicht Berns, den Genfern Hülfe zu leisten, und bittet um Benachrichtigung über den weiteren Verlauf des Genfer Kriegs¹. «das ko. w. zu Dennemark viertausent knecht solt beurlaubt haben, das glauben wir nit, und ist uf disze stunde nichts doran. es were auch nit weislich, das sein ko. w. die knecht aus den handen liesze, und hett keinen gruntlichen vertrag. es stehen aber dieselbige kriegssachen itzt in underhandlung und guter hofnung, das sie zu vertrage mogen kommen, und was sich deshalb zutregt, das wollen wir euch jeder zeit auch zu wissen thun². wir haben sonst bei uns nichts newes; wir wissen auch von Frankrichs bewerbung und furhaben anderst, dan was uns von euch und andern angezeigt worden, gar nichts. was uns Dennemarks halben gueblich anlangt, das sol euch auch onverhalten pleiben, mit gnedigem beger, was ir erfaren werdet von grave Wilhelms züg und der keiserischen kegenrustung, oder so etwas jegen Dennemark practicirt, uns des uf unsern costen eilend zu verstendigen.» — Dat. Cassel Mo. n. Valerii a. 36. — Pr. Febr. 8.

nr. 333.

Zettel: «Wir sehen auch fur gut an, wo den von Jenf des evangeli halben solche beschwerung begegnen, das sie dennochts von uns andern nit so gar verlaszen wurden, und man inen mit einer anzal knecht zu irer entsetzung oder in andere wege mit gelde oder sonst furschup thete, damit sie umb gotlichs worts willen nit so undergetruckt wurden; und so wir des unsern etwas darzu thun sollen, des haben wir kein beschwerung und seind des wol gneigt. Dat. ut in literis.»

¹ Ueber diesen Krieg, welcher im Januar 1536 zwischen Bern und Savoyen aus Anlass der Genfer Reformation entbrannt war, findet sich im Str. St. Arch. AA 1812 eine Reihe von Berichten Basels an Strassburg, welche wir hier übergehen, weil sie entweder schon gedruckt sind oder doch das bekannte Material nur unwesentlich ergänzen. Bezüglich der kriegerischen Ereignisse ist zu verweisen auf Stettler Annales, Bern 1627, und Tillier Geschichte von Bern III 348 ff., bezüglich der diplomatischen Verhandlungen auf Eidgen. Absch. IV 1 C. Basels Berichte reichen vom December 1535 bis April 1536. Mit der Nachricht, für welche der Landgraf in obigem Briefe dankt, ist ein Schreiben Berns an Basel vom 14. Januar gemeint, worin ersteres seinen Entschluss anzeigt, den Genfern zu Hülfe zu ziehen. Eidg. Absch. IV 1 C. 697.

² Vgl. oben nr. 328. Christian III wurde auch durch den Hamburger Frieden, der am 14. Februar zustande kam, keineswegs von allen seinen Gegnern befreit. Denn noch trotzte ihm Kopenhagen, und Pfalzgraf Friedrich machte ihm, gestützt auf den Kaiser, die Dänische Krone streitig. Zu dem Gerücht von der Entlassung der Knechte vgl. Waitz Wullenwever III Beil. 66, wonach Christian zwei Monate später wirklich mit König Ferdinand verhandelte, um diesem sein Kriegsvolk abzutreten.

341. Jacob Sturm an Georg Besserer.

Februar 15.
Strassburg.*Ulm. Arch. Ref. T. XX. Orig.*

Die Französische Rüstung nicht zu Gunsten Genfs. Verhandlung zwischen Frankreich und dem Kaiser wegen Mailands. Zeitungen aus England.

« Wie es mit Bern und Saphoy stand, werden ir us miner hern schreiben (*) vernemen¹; so wurt euch ewer hern diener berichten, wes er bi dem haufen in Frankrich erfahren. dabei wil ich uch guter und freuntlicher meinong nit verhalten, das mir ein gut freund vom Franzosichen hof² geschriben (*), das sich der herzog von Saphoy gegen dem konig zu Frankrich der handlung halb, so der freiher von La Sarra mit den Franzosischen reutern, so den von Jenf zuziehen wollen, begangen³, zum höchsten entschuldigt, dermossen das der konig desselben zufriedn und mit im ains ist. wo nun dem also, ist zu gedenken, das die Franzosisch rüstung den von Jenf nit zu gut komen würt. daneben schribt man mir, das man nit acht, das der konig etwas gegen kai. mt. anfohen werde, dan Engelland wöll nichts bei ime thun. so weist der konig nit, wie er mit Venedig und andern Italischen potentaten stand, zudem das ime, dem konig, ein practick, so er mit dem hauptman im schlosz zu Meiland gehabt, gefälet. derhalben soll er mit kai. mt. in ernstlicher handlung eins fridens ston, also das man sich versicht, si sollen vertragen werden. es soll auch der amiral⁴ in kurzem botschaftsweis zum kaiser geschickt werden, und soll dis das furgeschlagen mittel des vertrags sin: das des konigs jungsten son, dem von Angolame, die wittve von Meiland sampt dem herzogtumb zur ehe und ehesteur geben werde⁵. doch dweil er noch jung, soll er 6 jor an kai. mt. hof, bis er erwechst, sin und kai. mt. mittler weil das herzogtumb inbehalten. dis alles macht die verzuglich handlung mit den knechten in Frankrich, auch mit den knechten, so kai. mt. hauptleut herus annemen sollen, ganz glaubwürdig. wo nun dise sach fur sich gen solte, wer vil leuten wol ufzusehen. derhalben ich solichs us bevelch miner hern dem landgraven auch mit eigner botschaft zugeschriben⁶ (*). sonst haben wir us Engelland botschaft, als ob der babst in⁷ von newen gebannet, und die alt kunigin⁸ gestorben und ir dochter⁹ seer krank sei, dorus vil argwons entspringt. » — « Dat. Stroszburg zinstag post Valentini a. 36. »

¹ Wahrscheinlich sind die am 9. Februar von Basel an Strassburg geschickten Berichte aus dem Berner Lager gemeint. Sie enthalten Näheres über die glücklichen Erfolge der Berner Truppen gegen Savoyen in der Waadt. Tillier III 352.

² Johannes Sturm?

³ Auf welchen Vorgang sich dies bezieht, ist mir unbekannt. Der Freiherr von Lasarraz stand auf Seiten Savoyens und wird von Tillier III 351 als Befehlshaber von Yverdon genannt.

⁴ Admiral Chabot de Brion.

⁵ Ueber den Plan, den Herzog von Angoulême mit Christine, der Wittve Franz Sforza's, zu vermählen vgl. Ranke IV 16 ff.

⁶ Der Landgraf schickte seinerseits eine Copie der Sturmschen Schrift an Herzog Ulrich. Sattler III Beilagen p. 165.

⁷ Sc. König Heinrich VIII.

⁸ Die 1533 verstossene Katharina, erste Gemahlin Heinrichs VIII.

⁹ Maria, die später als Königin den Beinamen »die Katholische« erhielt.

336 1536. Fürstenberg mit 20 Fähnlein in franz. Diensten. Kais. Rüstungen.

342. Die Dreizehn von Strassburg an die Dreizehn von Basel. Februar 19.

Basl. Arch. E 58 A nr. 5 f. 85. Ausf.

20 Fähnlein unter Fürstenberg haben dem französ. König geschworen.

Antworten auf eine Anfrage, wo Graf Wilhelm von Fürstenberg «mit seinem zeug» zur Zeit sich aufhalte¹, sie hätten erfahren, «das er mit den knechten, so us teütschen landen hinein gelaufen, zweinzig vendlin ufgericht, die verschinen donderstag und gestern achttag in einem dorf Dirsstorf, in welsch Wilsect genant², ein meil von Schamu ligend, ime grave Wilhelmen in beisein etlicher welscher herrn, als Monsors [?] de Senlüp³, des obersten, in namen des konigs von Frankreich drei monat lang und, so er deren nach usgang desselben bedorf, noch drei monat wider meniglich zu dienen, geschworen haben sollen. aber die knecht seien noch nit gemustert noch inen etwas gelz gegeben, sonder seien si rottiert, und werd einer jeden rot ir proviand gegeben und dieselbig dannoch geringlich. was weiters mit inen fürgenomen, würt die zeit geben, und wes dessen an uns kompt, soll euch, unsern lieben und guten fründen, unverhalten bleiben.» Die Berner Zeitungen seien dem Landgrafen zugeschickt. Dat. Sa. 19. Hornungs a. 36.

343. Die Geheimen von Ulm an die Dreizehn.

Februar 19.

Str. St. Arch. AA 460. Ausf.

nr. 341.
p. 333 A. 2. Danken für Zeitungen über Bern und Genf. Berichten, «das der kai. mt. regiment und bevelchhaber beschaid erlangt, uf den funfzehenden mörzen knecht in irer mt. namen ufzutreiben und anzunemen; wohin, gegen und wider wen die aber wöllen gebraucht [werden], künden wir anderst nit hören, dann das si von irer mt. in Italien söllen gefuert werden.» — Dat. Sa. 19. Febr. a. 36. — Pr. Febr. 25⁴.

344. Landgraf Philipp an die Dreizehn.

Februar 19.
Cassel.

Str. St. Arch. AA 460. Ausf.

Dankt für Zeitungen aus dem Berner Lager. Bittet um weitere Nachrichten, auch darüber, «wo sich die französische knecht hinaus wenden und in wes hand sie sich begeben. — wie die sachen zwuschen Denmark und

¹ Basel hatte diese Frage in einem Brief vom 16. Februar gestellt, mit welchem es zugleich Nachrichten über den Krieg zwischen Bern und Savoyen übersandt hatte. Str. St. Arch. AA 1812. Vgl. oben p. 334 A. 1. Schon früher hatte es mehrmals um Auskunft über die Absichten und Rüstungen des Königs von Frankreich und seines Obersten, Wilhelm von Fürstenberg, gebeten. Strassburg hatte darauf in Briefen vom 8., 15. u. 21. Januar nur ziemlich unbestimmte Antworten geben können, dahin gehend, dass Frankreich allerdings rüste und dass es dem Vernehmen nach beabsichtige, den Genfern Hilfe zu leisten. Vgl. nr. 341. Basl. Arch. a. a. O.

² Dirsstorf = Dürres Dorf, verdeutscht aus Villiers-le-Sec bei Chaumont (Schamu).

³ Senlis im Departement Oise?

⁴ Strassburg sandte Abschrift dieses Briefs an Basel, das am 29. Februar dafür dankte Str. St. Arch. AA 1812.

Lubeck stehen, des wirdet euch ewer mitratsfrund, Jacob Sturm, bericht thun¹. wisset auch, das Pommern sich in die evangelische verstentnus eingelassen hat.» — Dat. Cassel So. n. Valentini a. 36. — Lect. März 1.

345. Das Kammergericht an den Rat.

Februar 22.
Speier.*Str. St. Arch. AA 461. Ausf.*

Der Kaiser und der König hätten wiederholt befohlen, dass die Ausstände der bewilligten Türkenhülfe eingezogen werden sollten. Infolgedessen brauche das Kammergericht einen genauen Rechenschaftsbericht aller derjenigen Stände, welche als Einnehmer der Türkenhülfe fungiert hätten. Da auch Strassburg unter diesen sei, so möge es sobald als möglich Bericht über den Stand der Einnahmen etc. senden. Dat. Speier 22. Febr. a. 36. — Pr. März 4.

346. „Bartlin Kugelbachs relation“ über seine Kundschaft im Französischen Lager.

Februar 25.

Str. St. Arch. AA 460. Protokoll von der Hand Michel Han's. Die cursiv gedruckten Worte von andrer Hand am Rande eingeschaltet.

Vereidigung der zu Chaumont versammelten Knechte im Dienste Frankreichs. Musterung durch Wilhelm von Fürstenberg. Zahl, Beschaffenheit, Besoldung der Knechte. Zweck der Rüstung noch verheimlicht. Verzeichnis der Hauptleute.

«Ist uf mentag vor conversionis Pauli [Januar 24] von herr Mathis Pfarrern und herr Batten von Donzenheim aus bevel meiner hern XIII abgefertigt worden, uf den musterplatz gein Schommou² ze reiten; hab er sich den nächsten daselbsthin verfuert, sei beim haufen bliben, bis die knecht geschworen, drei monat lang der cron Frankenreich, und so er ir behüf, ferner zu dienen; doch soll der konig mit nieman kein rachtung annehmen, sie seien dan alle gesichert und wider heim dorfen. volgends seien sie gemustert und bezalt worden. darnach sei der ganz hauf uf Valentini den 14. fe[bruar] ufbrochen, den nächsten nach Dision³ gezogen, und er, Bartlin, mit inen geritten bis gein Belanso⁴; sei ain grosser fleck ain halbe tagrais von Dision. daselbst hab mein her graf Wilhelm als oberster gemain gehalten, den knechten selbs zugesprochen und sich mit sonderm fleisz gegen allen und jeden bedankt, das sie im ze dienst und zu gefallen also eerlich uf dem angewisenen musterplatz erschienen seien» etc. «nachgeends hab er ain slachtordnung gemacht und den haufen besichtigt; sei sein, Bartlins, verstands nur ain hupscher hauf und wol geordnet gewesen. der vendlin seien zwainzig, under jedem ufs wenigst 300 knecht, also das ers uf 7000 ufs wenigst überschlagen. seien eitel fein rechtgeschaffen knecht und vil vom adel darunder; haben etwa 600 schutzen mit halben haken,

¹ Hiernach zu urteilen, hat der Landgraf über die Dänischen Angelegenheiten an Sturm geschrieben; doch ist der Brief nicht vorhanden. Wahrscheinlich war darin von dem Hamburger Frieden berichtet, vgl. p. 334 A. 2.

² Wahrscheinlich = Chaumont-sur-Marne.

³ = Dijon.

⁴ = Belan-sur-Ouce im Dep. Côte d'Or?

und sollen noch tausent hakenschutzen, wie ime etliche hauptleut gesagt, zu inen komen. *die, so nit gemustert, werden uf der gart gfurt¹, seien ir etwo 200. so mer komen, werd man noch ein vendlin ufrichten.* item sie werden gein Thorne² uf die Son gegen Lyon zu ziehen; daselbst soll die andere musterung beschehen, wie ime graf Wilhelm selbs gesagt. man bezal ain monatsold 6 franken, rechne inen 30 tag fur den monat. der erst monat sei angangen am zinstag vor liechtmesz [Februar 1]. item er hab mit vleisz understanden zu erfaren, uber wen oder wohin doch solicher zug geraten soll, habs bei denen, so gewältig seien oder es am besten wissen möchten, nichts satts erfaren können, dann das die gemain sag under den knechten sei, man werd ins herzogtumb Saphoy und dann mit der zeit uber den Montanys³ in Mailand ziehen. das hab er wol von graf Wilhelmen gehört, das er sagt, wer Jenf nit, so weren wir noch nit hie innen. aus dem neme er, als wölt er dannocht disen frueling hineinzogen sein. sonst hab er nüt satts hören können. graf Wilhelm und andere haben ime von meiner hern wegen gut geschuer gemacht⁴. und seind die obersten, hohe ämpter und hauptleut, wie nachstat:

nr. 341.

Oeberster uber den ganzen haufen mein herr graf Wilhelm von Furstenberg.

H. Hainrich von Fleckenstain, seiner gnaden leutenant und auch ein öberster.

Hans Ludwig von Landenberg uber 3 vendlin oberster.

Gladi Walhi ain oberster.

Batt von Schawenburg, hauptman.

Bastian Vogelsperger, hauptman und provos uber den ganzen haufen.

Franz Erhardt Schulthaisz

Berchtold von Wildsparg

Jörg von Wangen

Claus von Hattstatt

Martin Böheim

Wolf Rapp.

Engelhart von Spaichingen

Jacob von Lare

Jörg Frank von Möncheim

Urban von Weissenhorn

Martin Schenemann

Heinrich von Ostein

Stoffel von Landenberg

Hans Beck von Wimpfen

Hans von Germingen

Bernhard von Kalb

Martin von Colmbach

} hauptleut.

¹ D. h. sie werden vorläufig noch nicht in Dienst genommen. Vgl. Scherz unter 'garde'.

² Tournus, Städtchen an der Saône.

³ Verschieden für Montcenis?

⁴ = 'den Hof gemacht'?

Simon von Landenberg soll auch ainer werden.
Daniel Silberkrämer, quartiermaister.
Hänslin Geym und Diebolt Schaffbub seind proviandmaister.
Lang Hans, wachtmaister.»
Gotzen Jeckel, waibel aller¹.

347. Die Dreizehn von Strassburg an die Dreizehn von Basel. Februar 25.

Basl. Arch. E. 58 A nr. 3 f. 93-96. Ausf. Beilage ebenda.

Kriegsnachrichten aus Savoyen. Zeitungen. Beilage: Verhandlung zwischen Frankreich und dem Kaiser wegen Mailands. Rüstung Baierns. Türken, Barbarossa.

Antworten auf ein Schreiben vom 21. Februar², welches Zeitungen über den Savoyischen Krieg sowie eine Entschuldigung Berns wegen der indirecten Uebermittlung der Kriegsnachrichten enthielt. Diese Entschuldigung sei völlig überflüssig; denn Strassburg wisse sehr wohl, dass Bern mit Geschäften überhäuft sei und keine Musse zum Schreiben habe. Einem der Stettmeister seien heute Zeitungen aus Ulm zugekommen, die man beiliegend übersende. Schicken auch Copie der Kundschaft Bartlin Kugelbachs. Dat. 25. Febr. a. 36.

p. 334 A. 1.

nr. 343.

nr. 346.

Beilage: «Us Lyon schreibt man, wiewol vilfaltig und stattlich handlung zwuschen kei. mt. und dem konig zu Frankreich furgenomen, so wölle doch der frid nit volgen. kö. von Frankreich hat sein botschaft zu kei. mt. verordnet und geschickt; soll begeren, seinem jungsten son das herzogtumb Meiland [zu geben]; dagegen soll der jung die witwe von Meiland nemen, und erbeut sich der konig grosser ding gegen dem kei. man versicht sich aber nit, das kei. mt. dis mittl annemen werde; dann dardurch keme Frankreich in Italien, möcht weiter nach Neapoli und Sicilien trachten, welchs nit allein kei. mt. sonder dem hapst und vil italischen potentaten unleidlich.

nr. 341.

Die fursten von Beiern seind in rustung; doch kan man nit eigentlichen erfaren, us was ursachen. si haben 35 stuck buchszen gen Ingolstatt fueren lassen und den sechsten mann irs landvolks usgelegt, auch alle ire dienst- und lehenleut gemanet und sich also gerustet, das si in einer eil uf sein mögen.

Us Hispanien und von Jenua schreibt man, das kei. mt. sich wider treffenlichen mit einer armada rustet, in furnemen gegen dem Turken zu handeln, der ime zu nach an seinen landen gegen dem mer gelegen, und wil man sagen, der Barbarossa hab Tunis wider ingenomen. der lauf der kei. knecht ist uf 14. martii bestimpt und der musterplatz soll zu Botzheim³ werden.» — Dat. fehlt.

¹ Dieser letzte Name ist von einer dritten Hand auf einen Streifen Papier geschrieben, welcher dann mit Wachs aufgeklebt ist.

² Str. St. Arch. AA 1812.

³ = Bozen (Tirol).

348. Landgraf Philipp an den Rat.

Februar 25.

Const. Arch. O. VI 1. Copie. Beilage ebenda. Copie.

Schreiben des Kaisers an die Protestierenden: Klage über Bruch des Nürnberger Friedens und Ungehorsam gegen das Kammergericht.

Uebersendet das beiliegende Schreiben des Kaisers mit der Bitte um weitere Mitteilung an die andern Städte. Dat. 25. Febr. a. 36.

BEILAGE.

Kaiser Karl V. an den Kurfürsten von Sachsen und dessen Glaubensverwandte¹.

1535 November 30
Neapel.

Es sei ihm mehrfach zu Ohren gekommen, dass dem Nürnberger Frieden zuwidergehandelt werde, «welchs uns als Romischem kaiser und unser obersten jurisdiction gewalt und hochhait verletzlich schimpflich und appruchig.» — «so hat es sich doch mermaln zugetragen, das durch etlich diner lieb zugewandten in zitlichen gütern gewaltiglich gehandelt, und andere, die kain nuwerung in der religion furgenommen, von denselbigen dinen zugewandten zitlicher güter entsetzt und mit der that spoliert sien worden, und so sich der beleidigt des bi unserm kai. camergericht beclagen, lassen din lieb und etlich fursten als die furnembsten under den protestierenden stenden furbringen, das gegen inen in kraft der religion und gloubenssachen friden nit procediert sonder stillgestanden werden soll, und darneben zu allerlai handlung mit recusation appellationen und schriften, der uns zum tail copien furkomen sien, gegen unserm kai. camergericht furzunemen bewegen.» Dessen habe er sich nicht zu ihnen versehen. Sie sollten sich erinnern, «welicher gestalt der religion und gloubens halb mit inen beschlossen worden, und das, wie gemelt, kainem tail gewalt zu triben gepurt, das ouch gegen den uberfarern und verprechern solichs fridens vermög unser und des richs ordnungen pillichen an unserm kai. camergericht procediert und geurtailt wirdet.» Weist darauf hin, dass das Kammergericht «neben uns durch din lieb und ander churf. f. und stende und zum tail mit den iren besetzt ist», die durch Eid und Gelübde auf die Reichsordnungen verpflichtet seien und deshalb in Ausübung ihrer Pflicht geschützt werden müssten. «so begeren wir dem allem noch an din lieb und derselbigen zugewandten mit gnedigem flisz ernstlich befelend, das ir fur uch selbst, ouch uf anbringen und uberflussig uwer advocaten und procurator bericht, — die villicht solicher gestalt irem aignen nutz und gewin nachstellen —, die sachen dermassen bedenken furnemen und dahin richten, das es der angestellten ruw in der religion und gloubenssachen, ouch derhalben bewilligten fridens zu allen tailn, darzu dem gemainen landsfriden nit züwider sonder gemesz anzusehen, zü versteen und anzunemen sie, und so lichtlich nit furdern gestatten noch furnemen wellen, das zu unser und

¹ Kurzer Auszug bei Sleidan I 534 u. Seckendorf I. III § 45.

des hailigen richs ouch uwer selbs verachtunge unrüw und nachtail raichen und erwachsen möge.» — «Dat. Neapolis am letsten tag des monats novembris» a. 35.

349. Die Dreizehn von Strassburg an die Dreizehn von Basel. März 2.

Basl. Arch. E. 58 A nr. 5 f. 105. Ausf.

Erwidern auf Basels Bitte¹ um getreues Aufsehen wegen des Savoyschen Kriegs, «das wir fur uns und, soweit sich unser bevel und gwalt erstreckt, ganz gutwillig seind und sunderlichen, sovil es die ehr gots und weiterung seins heiligen worts belangt, was wir den Bernern und dem ganzen handl zu ehren nutz und wolfart bedenken könnten, dasselbig mit hohstem vleis zu thun, und das uns auch der muhe und arbeit nit bedeuern solte.» Sie hätten auch dem Landgrafen von allem Mitteilung gemacht und ihm zu bedenken gegeben, ob die Sache vielleicht an die Einigungsverwandten gebracht werden sollte. Basel, das über den ganzen Handel besser Bescheid wisse, möge berichten, in welcher Weise man den Bernern nützen könne². Dat. 2. März a. 36. nr. 347.

350. Landgraf Philipp an die Dreizehn. März 9. nr. 340.

Cassel.

Str. St. Arch. AA 459. Ausf.

«Nachdem uns abermals glaubwürdig anlangt, das di herzogen von Baiern furtfaren sollen des gemuts und willens, unsern vettern, herzog Ulrichen zu Wurtenberg, zu uberziehen³, so können wir nit umgehen, unserm vettern von Wurtenberg als unsern pluts- und einungsverwanten mit hilf und beistand zuzesetzen, furnemblich auch darumb, das aus solchem der herzogen von Baiern furnemen, wo sie iren willen erlangen und den herzog widerumb verjagen, dem evangelio grosser nachtail daraus entstehen wurde; wöllen uns auch derowegen zu euch gönstighen versehen, so solcher mutwilliger krig von den herzogen von Baiern angefangen wirdet, ir und ewer herrn werden in betrachtung desselbigen sein libe mit hilf und forderung auch nit verlassen» etc. Dat. Cassel Do. n. invocavit a. 36. — Pr. März 18.

351. Landgraf Philipp an den Rat. März 13. nr. 348.

Cassel.

Str. St. Arch. AA 456. Ausf. Zettel ebenda.

Botschaft an den Kaiser behufs Rechtfertigung gegen die erhobenen Vorwürfe. Dänemark. Zettel: Hamburgs und Hannovers Beitritt zum Bunde.

Hat Strassburgs Schreiben (*), worin die Absendung einer Botschaft an den Kaiser behufs Verteidigung gegen die kürzlich erhobenen Vorwürfe nr. 348.

¹ D. d. Febr. 27. Str. St. Arch. AA 1812.

² Die Erfolge Berns gegen Savoyen und die bald darauf angebahnten Friedensverhandlungen machten Strassburgs Einmischung überflüssig. Vgl. jedoch unten nr. 372.

³ Vgl. oben nr. 347 und Heyd III 238 ff.

beantragt wird, erhalten und in gleichem Sinne an den Kurfürsten von Sachsen geschrieben. Zugleich hat er vorgeschlagen, ständig am kaiserlichen Hofe «zwo geschickte personen» zu unterhalten, «die jeder zeit unser aller notturft mochten furpringen und auch sonst uf alle sachen und der zeit leufte gute achtung geben. wilchs seiner liebe nit misfellig; wirdet also nach einem denken, so wollen wir auch uf einen trachten.» Die Rechtfertigungsschrift an den Kaiser werde der Kurfürst abfassen lassen, sobald ihm von Hans Hofmann, dem er die «keiserlichen und chamergerichtsschriften» mitgeteilt, Antwort zugekommen sei. Sendet Bericht über eine Werbung des Kaisers wegen Dänemarks¹. Dat. Cassel Mo. n. reminiscere a. 36. — Pr. März 24.

Zettel²: Die Städte Hamburg und Hannover sind auf Anhalten Herzog Ernsts von Lüneburg und der Bremer und Braunschweiger Gesandten dem evangelischen Verständnis beigetreten. Dat. ut in literis.

352. König Ferdinand an den Rat.

März 15.
Innsbruck.

Str. St. Arch. AA 444. Ausf.

nr. 340. «Uns gelangt glaublich an, wie das kriegsfolk, so ain zeit lang im kunigreich Denmark gelegen, geurlaubt werde, und der kunig von Frankreich in uebung und practik sein solle, dasselb geurlaubt kriegsfolk in seinen dienst ze pringen.» Da nun die Französischen Rüstungen bekanntlich gegen den Kaiser gerichtet seien, so solle Strassburg nicht dulden, dass jene Knechte durch sein Gebiet nach Frankreich passieren. Dat. Innsbruck 15. März a. 36. — Lect. März 25.

353. Der Rat an Landgraf Philipp.

März 17.

Marb. Arch. Ausf.

nr. 348. Uebersendet einen Entwurf zu einer Antwort auf das am 25. Februar mitgeteilte Schreiben des Kaisers an die Protestierenden³. Dat. 17. März a. 36.

¹ Copie im Str. St. Arch. AA 459. Die Werbung fand am 6. März statt und lief darauf hinaus, den Landgrafen für die Einsetzung des Pfalzgrafen Friedrich als König von Dänemark zu gewinnen oder ihn wenigstens zur Preisgebung König Christians III zu bestimmen. Nebenbei beteuerte der Kaiser seine friedliche Gesinnung gegen die Protestanten, erklärte seine Rüstungen als gegen Frankreich und die Türken gerichtet und bat, sich in keine Praktiken gegen ihn, namentlich nicht mit ersterem, einzulassen. Das Concil versprach er möglichst zu fördern. Der Landgraf antwortete darauf bezüglich Dänemarks mit einer langen Auseinandersetzung über die Rechtmässigkeit der Ansprüche Christians III; über die andern Erklärungen des Kaisers ausserte er sich sehr erfreut und erklärte die Besorgnisse vor einem Bündnis der Protestanten mit Franz I für grundlos. Vgl. Neudecker Act. 116 u. Rommel II 341 u. 342.

² Hierher gehörig? Von anderer Hand geschrieben als der Brief selbst.

³ Die Ulmer, an welche Strassburg den Entwurf auch schickte, antworteten am 25. März, sie wollten abwarten, was Sachsen dem Kaiser zu antworten vorschlage, inzwischen aber auch Strassburgs Gutachten in Erwägung ziehen. Letzteres (Conc. Str. St. Arch. AA 456) ist von dem Rechtsgelehrten Dr. Franz Frosch verfasst und verteidigt die Protestierenden gegen den Vorwurf, dass sie den Nürnberger Frieden verletzt hätten. Ihr Verhalten gegen das Kummer-

354. Landgraf Philipp an den Rat.

März 18.
Cassel.*Str. St. Arch. AA 459. Ausf.*

Baiern und Württemberg misstrauen sich gegenseitig und rüsten infolgedessen. Bemühungen Hessens, Sachsens und des Königs zur Beseitigung des Argwohns. Friedliche Gesinnung Herzog Ulrichs.

« Wir mugen euch nit verhalten, das die herzogen zu Baiern hievor dem churfursten zu Sachsen etc. geschrieven, als solte herzog Ulrich zu Wirtemberg etc. in bewerbung und kriegsrustung sein und furhaben, sie zu uberziehen, wie ir das weiter ab der beileigenden copien mit A verzeichnet¹ vernemen werdet, und den churfursten bewegt, das er deshalb an herzog Ulrichen geschrieven. darauf hat herzog Ulrich dem churfursten antwort gegeben und sich darin hochlich entschuldigt, das er in keiner rustung, wie gros oder wie klein die immer genent mochte werden, gewesen, und das an solicher rustung gar nichts sei. » Der Kurfürst habe dies den Herzögen von Baiern mitgeteilt, und auch Kurfürst Ludwig von der Pfalz habe Baiern zu beruhigen gesucht. Der König habe ebenfalls auf Ansuchen Ulrichs den Herzögen sagen lassen, « das an solcher rustung nichts sei, mit begere, zefrieden ze sten und kein unlust zemachen. und zulest hat auch der bund, den sie in Beiern gemacht, aus Lauingen an herzog Ulrichen geschrieven, dem er geantwort, das an solichem gewerbe oder rustung seint halben gar nichts sei, das er auch nie in sin genommen. » Er, der Landgraf, habe selbst mehrfach an Baiern geschrieven; « dan wir haben unsern secretarien Heinrich Lersznern bei herzog Ulrichen gehabt und wissen furwar, das doran vor funf oder sechs tagen gar nichts gewesen ist, halten auch genzlich darvor, das uf disse stunde nichts sei; es were dan, das er sich durch soviel ernstlicher des churfursten, unserer und anderer schreiben hette bewegen lassen, vorschung zethun, als wir inen nit zu verdenken wuzten, und wissen nun uber soviel treffenlicher statlicher bericht, so den herzogen zu Beiern gescheen, diszem handel nicht anderst nachzegedenken, dan das sie kein entschuldigung horen, sondern stracks furtfaren wollen; konnen auch nit anderst erachten, dan das iren liebden, auch derselben nachbern, den bischofen epten und prelaten der ort, die predige des evangeliums und verenderung der ceremonien so hart misfalle, im sin lige und sie anfechte, das si mainen nutzer ze sein, inen in der eile anzetasten, umbzestossen und die predige des orts ze verkomen, damit sie nachvolgends bei den geringen reichsstetten uf solchen schrecken dergleichen thun mogen. »

nr. 350.

nr. 285.

gericht und die schliessliche Recusation desselben sei durchaus berechtigt und auf dem Nürnberger Frieden begründet. Der zugesagte Stillstand der Prozesse könne sich nur auf jene Sachen beziehen, in denen es sich um geistliche Güter etc. handle, nicht auf blosse Glaubensfragen, über die nur das Concil zu entscheiden habe etc. Nicht die Protestierenden, sondern das Kammergericht störe den Frieden. Uebrigens richte sich die Recusation nur gegen die derzeitigen Personen des Kammergerichts, nicht gegen die kaiserliche Jurisdiction überhaupt, so dass von einer Missachtung der kaiserlichen Autorität nicht die Rede sein könne.

¹ Liegt bei nebst mehreren andern Copien von Briefen Baierns und Hessens. Vgl. Heyd III 241 ff., Stumpf 172 ff.

Man müsse deshalb auf diese Dinge gutes Aufsehen haben. Strassburg solle seine Ansicht und, inwieweit es zur Hülfe bereit sei, mitteilen. Er selbst werde dem Herzog Ulrich im Notfalle nach Kräften beistehen. Dat. Cassel Sa. n. reminiscere a. 36. — Lect. März 25.

Zettel: Er habe «umb der vorsorge willen knecht und kriegsleute besprochen und besprechen lassen» und bitte Strassburg, das Gleiche zu thun; jedenfalls dürfe man niemand den Baiern zuziehen lassen. Dat. ut in literis.

355. Die Dreizehn an Landgraf Philipp.

März 19.

Marb. Arch. (Stadt Strassb.). Ausf.

nr. 350. Antworten auf das Schreiben vom 9. März, Baiern gebe bis jetzt vor, dass es sich nur zur Gegenwehr rüste; erbielten sich, Kundschaft darüber einzuziehen. Sollte es zu thätlichen Handlungen kommen, «so wollen wir alsdann der begerten hilf und fridens halben an ferrern gewalt langen lassen¹ und fur unsere personen die sachen also helfen furdern, damit gemeiner evangelischer stend nachteil verhuetet und fur[komen werde]².» — Dat. 19. März a. 36.

Zettel: Aus Frankreich sei Kundschaft gekommen, dass im Lande Bresse wieder etwa 6000 Knechte gemustert seien, von denen es heisse, dass sie gegen den Herzog von Savoyen gebraucht werden sollten. Verständige Leute hielten es für eine grosse Thorheit, wenn der König beabsichtigen sollte, mit seinem geringen Volk nach Italien zu ziehen.

356. Landgraf Philipp an den Rat.

März 21.
Cassel.

Str. St. Arch. AA 456. Ausf.

Setzt einen Tag der Einigungsverwandten zu Frankfurt an.

nr. 330. Schreibe im Einverständnis mit Sachsen einen Tag der Einigungsverwandten auf Montag nach Quasimodogeniti [April 24]³ zu Frankfurt aus und bittet, denselben durch bevollmächtigte Gesandte und die Kriegsräte zu beschicken. Als Gründe für die Berufung der Versammlung giebt er an: 1) die Notwendigkeit, dass die Stände über das Resultat der Verhandlungen, welche auf Grund des letzten Schmalkaldischen Abschieds geführt wären, Bericht empfangen und endgültig über die Bundesverfassung beschliessen. 2) Die Rüstungen und Werbungen im Reich, namentlich von Seiten Baierns gegen
nr. 355. Württemberg. Zwar habe Baiern auf Ansuchen des Römischen Königs versprochen, sich dem Landfrieden gemäss zu halten; allein es fahre nichts-

¹ D. h. sie wollen die Sache an den grossen Rat als die entscheidende Instanz bringen. S. unten nr. 364.

² Die eingeklammerten Worte sind Conjectur, da die Vorlage an dieser Stelle schadhaft ist.

³ Ursprünglich stand da: «mitwochen nach ostern» (April 19). Dies ist dann ausgestrichen und dafür obige Zeitbestimmung von dem Hessischen Secretär Lersner an den Rand geschrieben und durch Unterschrift beglaubigt.

destoweniger mit den Rüstungen fort. Demnach sei vielleicht ein Angriff gegen die Evangelischen im Werke, und deshalb Vorsicht erforderlich. Schlägt vor, auch Strassburg möge im Namen der oberländischen Städte bei Baiern um Abstellung der Rüstung werben lassen¹. Die Fürsten und Grafen würden das Gleiche thun. Dat. Cassel Di. n. oculi a. 36. — Pr. März 27.

357. Die Geheimen von Ulm an die Dreizehn.

März 22.

Str. St. Arch. AA 459. Ausf.

Vermutliche Ursache der Bairischen Rüstungen. Kaiserliche Werbungen.

Antwort auf eine Anfrage (*) bezüglich der Bairischen Rüstungen. Es sei richtig, «das sich die herrn, als beed fursten von Bairn, herzog Wilhelm und herzog Ludwig, vor der zeit in ein rustung gethan, ir geschutz zugerust und die provisioner und dienstleut ervordert. uns kompt aber von täglicher ansag, das sie darinnen ersäzen. von den ursachen aber derselben wurdet merlai und nichts gleichs gesagt, furnemblich von etlichen, das si sich vor der kai. mt. und dem kriegsvolk, in irer mt. namen aufgepracht, besorgt; die andern, nachdem sie ein treffenliche schatzung uf ir land und leut gelegt, das sie aus vorcht und besorgnus ires landvolks zu solchen vorhaben bewegt; die dritten, das angezaigt ir rüstung wider herzog Ulrichen zu Wirtemberg dienen soll, also das wir nichtzit gewisz noch gruntlichs davon verstehn. bei uns wurdet aber dain anders vermüt, dieweil sich herzog Ulrich zu Wirtemberg ouch etlichermaszen entpört und sein landvolk gemustert, das sich jeder gewalts oder uberzugs von dem andern versehen, und das si nunmehr zu beeden tailn nichts liebers dan den friden haben und begern möchten. von der rustung der kai.'mt. euch anzaig zu geben, vernehmen wir, das herr Caspar von Freundspurg gemahnt sei, mit seinem bestellten kriegsvolk dem regiment, das herr Max von Eberstain bevolen, zuziehen; dergleichen soll herr Conrat von Bemelberg beschaiden sein, sich mit seiner anzal kriegvolks zu höchstemeltem kai. mt. aigner person zu verfugen.» — Dat. Mi. 22. März a. 36. — Pr. März 29.

358. Die Dreizehn von Augsburg an die Dreizehn von Strassburg. März 24.

Str. St. Arch. AA 459. Ausf.

Bairische Rüstungen jetzt abgestellt. Vermutungen über die Ursache derselben.

«Wir haben eur begern ains berichts der ereugten [*sic!*] Bairischen rustung vernomen (*); daruf wir euch freuntlicher guter mainung zu erkennen geben, das vor etlichen vergangen monaten ain geruch erschollen ist, als ob der

¹ Strassburg gab dem Landgrafen am 28. März seine Zustimmung zu diesen Vorschlägen zu verstehen (Marb. Arch.). Bezüglich der Werbung bei Baiern meinte jedoch Ulm am 29. März, dieselbe sei wohl unnötig, da die Herzöge sicherm Vernehmen nach ihre Rüstungen bereits eingestellt hätten (Str. St. Arch. AA 459; vgl. folg. Nummer). Strassburg pflichtete dieser Ansicht am 3. April bei, behielt aber die Entscheidung dem Frankfurter Tage vor. Ulm. Arch. Ref. T. XX.

durchlechtig hochgeborn furst, unser gnediger her, herzog Ulrich zu Wirtenberg etc. ain geruste vasznacht ze halten und bis in dreitausent pferd gen Stutgarten zu beschreiben willens gewesen sein solte; derhalb dann den durchleuchtigen hochgebornen fursten und herrn, hern Wilhelm und Ludwigen, herzogen in Bairn, unsern gnedigen herren, allerlai warnungen zukomen sein, aus welchen si, sich in gegenwör zu schicken, ursach genomen haben mochten. wiewol nun der hochgedacht unser gnediger her, herzog Ulrich, wie ir vor uns wissen, zu Stutgart kain solche vasznacht gehalten, vil weniger in ainicher rustung gewest, sich auch uf der fursten von Bairn empörung gar mit kainer gegenwör gefast gemacht, anderst dann das sein f. g. ungevarlich vor drei wochen ir landvolk an etlichen orten gemustert, sonder bei Ro. kon. mt. sich dermassen verantwort, das die fursten von Bairn sich von ime kaines uberzugs zu besorgen, so haben doch dieselben unsere gnedige herren, die fursten von Bairn, den zug, den gemelter herzog Ludwig zu Ro. kai. mt., unserm allergnedigsten hern, in Italien zu thun vorgehapt, bis uf dise zeit, der aber nun mer sein furgang erraichen mocht, angestellt; daneben nit allain ire pensioner land- und lehensleut zu ros und fusz aufgemant, sonder auch sich in Mantua ufm Norckew¹, auch — wie man sagt — bei dem landgraven zu Leuchtenberg und andern orten umb geraiszige beworben, uns auch laut inverwarter copi geschriben², ire buxsen und, was zu ainem veldzug gehort, gen Ingoldstat furn lassen und als lang verhart, bis doch zuletzt die gros rustung — vileicht umb des willen, das die Ro. kon. mt. solch furnemen durch irer mt. potschaft, so si bei inen gehapt, gewendt, und das unser gnedigster her, der churfurst von Sachsen etc., iren f. g. gegen solcher irer rustung ernstlich geschriben hat — zu ajner musterung geraten, die jetzo uf den sontag reminiscere jungst verschinen [März 12] zu Ingoldstat mit irer f. g. pensionern land- und lehensleuten allain zu ros gehalten, aber doch aus fursehung gottes gnediglich ergangen und erloschen; denn die geraiszigen, so uf der mustrung uf funfzehnhundert pferd geschetzt, aber doch nit uber achthundert gewesen, alle zertrennt und widerumb verriten sein. was aber solcher rustung furnembste ursach, können wir euch kain grundlich anzaigen thun, davon manigerlai opiniones mainungen und reden gehalten worden seien, dern die erst die Wirtenbergisch verwendte vasznacht, wie angezaigt; dann etlich usgegeben, das die fursten von Bairn das bistumb Aistet, so von altember in der fursten von Bairn schutz und schirm gewest, widerumb recuperiern und in iren schutz pringen wollen, welchs doch, dweil si eben ietzo mit ainander in aufgerichter, besigelter und geschworner kai. ainigung verwant sein, nit zu glauben gewesen, sonder mer vermut, das solchs zu ainem schein, damit das recht furnemen verdeckt und bis zum ausbruch behalten wurde, furgewendt worden seie; zu dem, das diz klain bistumb zu uberziehen, kainen solchen grossen rust ervordert hat, das mit weniger uncosten hette

nr. 285.

¹ Vermutlich ist damit das Städtchen Mantl auf dem Nordgau (Oberpfalz) gemeint, westlich nicht weit von dem gleichfalls genannten Leuchtenberg gelegen.

² Liegt bei, d. d. München Februar 1. Es heisst darin, Herzog Ulrich beabsichtige, Baiern anzugreifen. Augsburg möge dessen Werbungen bei sich nicht dulden, vielmehr die Bairischen Rüstungen begünstigen.

erobert werden mogen. etlich haben die aufmanung dahin verstanden, dweil der konig von Frankreich, dessen botschaft zu mermaln, auch newlichs lang zu Munchen gelegen ist, wider Rö. kai. mt. in ainer kriegsrustung stee, das dann dise Bairische empörung allain darumb, damit doch etlich geraiszige und fusz knecht der kai. mt. nit zukommen, noch wider den könig aus Frankreich geprauchet werden mochten, vileicht zum tail auf des konigs von Frankreich costen, angericht. wir halten aber, wie dann auch landkundig und der warhait am änlichsten ist, das die gedachten fursten herzog Cristoffen von Wirtemberg einzusetzen und hingegen herzog Ulrichen zu entsetzen gesinnt gewesen, und das ain solchs durch kon. mt. potschaft und des churfursten von Sachsen schreiben, als oblauf, abgestellt und gewendt worden sei.» — Dat. März 24 a. 36. — Pr. März 29.

359. König Ferdinand an den Rat.

März 25.
Innsbruck.*Str. St. Arch. AA 411. Ausf.*

Dankt für Darleihung von Kriegsmaterial. Erneuert das Mandat gegen den Eintritt in Französische Dienste.

«Wir sein von der Ro. kai. mt., unsers lieben bruders und herren, rat und diener Johann von Andalo berichtet, welchemmassen ir <ew> [euch] zu irer lieb und kai. mt. vorhabenden zug wider ir widerwartigen mit darstreckung geschutz spiessen und andern notturften, was zu solchem irer mat. furnemen dienlich gewesen, ganz gehorsamlich und williglich erzaigt und bewisen habt¹. welches wir von euch also zu besondern gnaden vernomen und verstanden, und dieweil dann solch eur guetwillig wolhalten gedachter Ro. kai. mt. zu hohem nutz und guetem raichen und gedeihen mag, so sagen wir euch darumb von wegen ermelter kai. mt. und fur uns selbs genedigen dank; wollen solches irer kai. mt. von euch beruemen und das neben gemelter irer lieb und kai. mt. gegen euch und gemeiner stat in besondern gnaden bedenken und erkennen.»

Wiederholt von neuem das Verbot, dass kein Reichsunterthan Französische Kriegsdienste annehmen soll. Gegen die Uebertreter des Mandats soll mit Strafe und «nachsckung irer weib und kinder» vorgegangen werden. Dat. Innsbruck 25. März a. 36. — Pr. April 8.

nr. 339.

360. Protokoll über eine Werbung des Kammerboten Sebolt Gebhart beim Rat.

März 25.

Str. St. Arch. AA 411. Orig. von Joh. Meyer.

Protest gegen ein vom Kammerboten überbrachtes Mandat bezüglich derjenigen, die in fremde Kriegsdienste getreten sind.

«Es hat Sebolt Gebhart, camerpot, meinen herrn, meister und rat zu Straszburg, ein gemein kai. mandat derjenigen, so sich wider hievorige usgangen mandaten in frembder herrn dienst und krieg <sich> begeben

¹ Vgl. nr. 362, wonach der hier ausgesprochene Dank für Darleihung von Geschütz etc. wenigstens verfrüht scheint. S. unten Mai 28.

haben sollen etc., güter und ein citation, grave Wilhelmen von Furstenberg etc. belangen, behendigt¹ und begert, im dieselben sampt andern, so er noch wider etliche bürger alhie gleichfals hab, ufschlagen zu lassen. daruf im dise antwort gegeben: das mein herrn, meister und rat, inen an dem bevelch, so er von seinen herren hab, nit wissen zu verhindern; wollen im aber nit bergen, das inen, mein herrn, hievor ein kai. und auch p. 333 A. 2. ein ko. mandat zukomen und behendigt, die diser des kai. fiscals handlung zuwider; daruf hab sich ein ersamer rat der gepur entschlossen. dieweil si aber iren bürgern hievor, nieman zuzeziehen, auch verpoten, so wolte sich ein ersamer rat der kai. und ko. ausgangen mandaten und sein, eins ersamen ratz, beschehen verpot, auch irer oberkait harin nichtz begeben haben, wie si dan ein solichs herrn camerrichtern und beisitzern schriftlich bei einem eignen boten ferer berichten wollen².» Act. Sa. 25. März a. 36.

361. Landgraf Philipp an den Rat.

März 27.
Cassel.

Str. St. Arch. AA 456. Ausf. Beilage ebenda. Copie.

nr. 329. Uebersendet die Antwort König Ferdinands auf die Bittschrift, welche der Kurfürst von Sachsen und er selbst zu Gunsten der Stadt Lindau letzthin von Schmalkalden aus abgeschickt haben, und bittet, die Gesandten auf dem bevorstehenden Tage zu Frankfurt mit Instruction über diese Angelegenheit zu versehen. Dat. Cassel Mo. n. lactare a. 36. — Pr. April 10.

BEILAGE.

König Ferdinand an den Kurfürsten von Sachsen und Landgrafen von Hessen.

Februar 21.
Innsbruck.

Die Stadt Lindau habe kein Recht gehabt, in ihrem Frauenkloster religiöse Neuerungen vorzunehmen, da dieses Stift unter königlichem Schutz und Schirm stehe. Deshalb habe er den Kammergerichtsfiscal beauf-

¹ Ein Exemplar des gedruckten kammergerichtlichen Mandats d. d. Speier März 4 ist im Str. St. Arch. AA 1387, desgleichen eine Citation Engelharts von Speichingen vor das Kammergericht. In dem Mandat werden die Obrigkeiten aufgefordert, die Güter derjenigen, welche dem kaiserlichen Verbot zuwider fremde Kriegsdienste angenommen haben, mit Arrest zu belegen, zu inventarisieren und ein genaues Verzeichnis davon an den kaiserlichen Fiscal einzusenden. Derselbe werde dann auf Confiscation jener Güter am Kammergericht prozedieren.

² Eine Copie oder ein Entwurf zum Schreiben an das Kammergericht im Str. St. Arch. AA 1387. Das Datum 19. April a. 36 ist zwar ausgestrichen, doch ist das Schreiben jedenfalls abgegangen. Vgl. nr. 373. Die Forderung des Kammergerichts wird darin als unberechtigt und den Privilegien der Stadt zuwiderlaufend zurückgewiesen. Nicht der kaiserliche Fiscal habe die Uebertreter kaiserlicher Mandate zur Rechenschaft zu ziehen und ihre Güter zu confiscieren, sondern die Stadt selbst. Auch habe Strassburg schon lange vor Empfang des Mandats aus eigener Initiative und Machtvollkommenheit seinen Bürgern durch öffentlichen Anschlag verboten, fremde Kriegsdienste zu nehmen. Schliesslich habe König Ferdinand durch das Mandat vom 29. Januar (s. oben nr. 339) der Stadt ausdrücklich nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht zugesprochen, die Güter der Ungehorsamen einzuziehen und zu confiscieren. — Trotz dieses Protests wurde das kammergerichtliche Mandat doch am 5. December abermals eingeschärft. AA 1387 (Druck. — Rec. et lect. Jan. 3 a. 37).

trägt, in dieser Sache gegen Lindau zu prozedieren. Die Fürsten sollten durch gütliche Handlung versuchen, die Stadt Lindau zur Abschaffung der Neuerungen zu vermögen und zur Achtung des Nürnberger Friedens und der königlichen Rechte anzuhalten. Dat. Innsbruck 21. Febr. a. 36.

362. Johann von Andelot, kaiserlicher Commissar, an den Rat. März 28.
Innsbruck.

Str. St. Arch. AA 411. Ausf.

Bittet um Pulver und Spiesse für den kaiserlichen Bedarf. Der Feldzug werde gegen die Türken und ihre Anhänger gerichtet sein.

«Auf mein anzaigen und berichten, so ich der Romischen ku. mt., unserm allergnedigisten [herrn], gethan, wie und was gestalt ir euch zu gehorsam und abstellung des laufs der knecht jetzo vergangen in Frankreich beschehen, gehalten habt, darauf euch hochgedachte ku. mt. hieneben schreibt, wie ir sehen und vernemen werden: demnach ist in namen hochgedachter kai. und ku. mten. mein ansuechen, für mich selbs fründlich pittend, dieweil ir kai. mt. jetzo ain jar vergangen in Barbaria¹ vil pulfers verpraucht, ir wellet ir maiestat zu guet nutz und wolfart gegen der bezalung ain vier oder funfhundert centner pulfers bewilligen und zuelassen, auch ain funf oder sechs tausent spies volgen lassen und mir dieselben unz auf mein erfordern in behuet halten und verwaren und euch in solchem meinem begern guetwillig halten und erzaigen, wie dann die stett Augspurg, Nurnberg und Ulm gethan, die mir dann bis in die tausent centner pulfers und, als vil ich spies an si begert, gegen der bezalung verfolgen lassen, dieweil die kai. mt. solches gemainer cristenhait zu guet verprauchen wirdet. dann ir solt nit zweifeln, was ir mt. jetzo furnimbt und handlt, beschiecht alles, wie vor gemelt, teutscher nation zu guet, und zuwider und abbruch dem tirannischen erbeint dem Turggen und seinen anhangern², damit, wo sich etwa ain furst oder potentat wider kai. mt. < sich > erheben und erzaigen wurde, < auf das > dieselb in gegenwor gefasst ware.» — Dat. Innsbruck 28. März a. 36. — Pr. April 8. Coram XIII April 10.

nr. 359.

363. Landgraf Philipp an den Rat. März 28.
Cassel.

Str. St. Arch. AA 456. Ausf.

«Nachdem, wie ir aus bericht ewerer gesandten uf jungst gehaltenem tage zu Schmalkalden wissen muget, daselbst uf des konigs zu Engelland potschaft anbringen und werbung inen antwort gegeben und etliche articul gestellt worden, die dieselb potschaft irem konige zuschiken, daruf antwort emphaen und solche antwort, wan die ankeme, dem churfursten zu Sachsen und uns zu erkennen geben solten, das auch die potchaft ein zeit lang hie aussen pleiben und sich von etlichen articuln ins glaubens und religionsachen mit gelerten mennern bereden wolten, und das sie sich daruf gein Wittenberg verfuegt etc.: geben wir euch gnediglichen zu erkennen,»

p. 318 A. 4.

¹ D. h. auf dem Zug gegen Tunis.

² D. h. Frankreich, welches sich im Einverständnis mit den Türken befand.

dass der Kurfürst jetzt über die vom Englischen König erteilte Antwort Bericht gesandt hat. Schickt Copie davon¹ und bittet, den Gesandten auf dem Frankfurter Tage zu weiteren Verhandlungen in dieser Sache Vollmacht zu geben. Dat. Cassel Di. n. laetare a. 36. — Pr. April 10.

364. Der Rat an Landgraf Philipp.

April 1.

Marb. Arch. (Würtemb. Acten.) Ausf. perg.

nr. 354.

Erwidert auf das Schreiben vom 18. März bezüglich der Bairischen Rüstungen, dass er nach näherer Darlegung des Sachverhalts von Seiten der Dreizehner geneigt gewesen sei, das Begehren des Landgrafen an den Rat der 300 zu bringen und zu befürworten, — denn ohne dessen Zustimmung könne in der Sache nichts beschlossen werden, weil Herzog Ulrich nicht in «der verstendnus» sei —: allein, da nach den neuesten Kundtschaften die Empörung und Kriegsrüstung «wider abgestellt und zerflossen» sei, so habe er die Sache auf sich beruhen lassen. Dat. Sa. 1. Apr. a. 36.

nr. 357, 358

365. Die Dreizehn an Landgraf Philipp.

April 1.

Marb. Arch. (Stadt Strassb.) Ausf.

Uebersenden einen Bericht aus Frankreich über die Stärke des königlichen Heeres². «nun haben wir aber widerumben kondschaften in dasselbig leger gefertigt; si mögen aber zu des admirals leger, dieweil das von den teutschen knechten abgesondert, nit gerichen, also das wir von denen, so wir bisher dinnen gehabt, desselben legers halben nichtzit vernomen.»

Teilen ferner mit: «als grave Wilhelm von Furstemberg bisher die pfleg Ortnaw pfandsweis ingehabt, das montags nechstverschienen [März 27] grave Friderich, sein bruder, das schlosz Ortemberg mit etlichen pferden vermöge der kei. usgangnen mandaten³ ein und zu seinen handen genomen.» — Dat. 1. April a. 36.

¹ Liegt bei, d. d. März 20, nebst Copie der von der Englischen Botschaft am 12. März überreichten lateinischen Erklärung des Königs (dabei ein deutscher Auszug von Sturms Hand). Derselbe beantragte darin einige Aenderungen der Schmalkaldischen Artikel (vgl. p. 318 A. 4), erbot sich ferner, dem Bunde 100 000 Kronen zu zahlen, und bat, zur völligen Vergleichung in der Lehre eine Gesandtschaft, darunter einen Prediger, zu ihm nach England zu schicken. Hauptsächlich lag ihm daran, dass die protestantischen Theologen seine Ehescheidung billigen und erforderlichen Falls verteidigen sollten. Vgl. Sleidan II 36 ff. Salig II 352. Der Kurfürst hegte zwar nach den geringen Resultaten der in Wittenberg stattgehabten Besprechungen über die Lehre wenig Hoffnung auf eine Vergleichung; indessen stellte er der Bundesversammlung in Frankfurt das Weitere anheim.

² Liegt bei. Enthält kurze Zahlenangaben, nach denen der König unter sich hat: 30 000 M. Fussvolk, 1200 «kurisser», 6000 leichte Reiter, 80 Stück verschiedenen Geschützes. Aehnliche Angaben über die Truppen des Admirals (Chabot de Brion): 800 Lanzen, ferner an Fussvolk 6000 Landsknechte, 8000 Franzosen, 6000 Italiener und 2000 Gascogner und Normannen (?) mit Karsten, Hauen und Schaufeln.

³ Graf Wilhelm war seiner Güter verlustig erklärt worden, weil er in Frankreichs Dienst gegen den Kaiser getreten war; vgl. nr. 360.

366. Der Rat von Strassburg an den Rat von Ulm.

April 1.

Ulm. Arch. Ref. T. XX. Ausf.

Antwortet auf ein Schreiben (*), worin Ulm um Zuordnung Strassburger Gesandten zu einem Tage ersucht, welcher vom Landgrafen behufs Beilegung der Zwistigkeiten zwischen Ulm und Herzog Ulrich von Württemberg angesetzt sei. Erklärt sich bereit, denselben zu beschicken, schlägt aber eine Verschiebung vor, da der Bundestag zu Frankfurt [April 24] in dieselbe Zeit falle¹. Dat. 1. April a. 36.

367. Der Rat von Constanz an die Dreizehn.

April 3.

Str. St. Arch. AA 459. Ausf.

Obwohl vor kurzem die von Baiern angenommenen Knechte wieder entlassen worden seien, so komme jetzt doch neuerdings Kundschaft von Werbungen Bairischer Hauptleute, besonders im Namen des Herzogs Ottheinrich; spätestens in 14 Tagen sollte Musterung sein. Gegen wen der Zug gehen solle, darüber sei nichts Sicheres zu erfahren; einige sagten gegen Frankreich, andere gegen Dänemark. «so ist doch bi etlichen ain sorg, das glich so bald gegen den verwandten der christenlichen verain als gegen andern dise rustung practicirt möcht werden.» Deshalb habe man für nötig gehalten, dies anzuzeigen, und überlasse es den Strassburgern, eventuell dem Landgrafen davon Meldung zu machen. Man gebe ferner zu erwägen, ob es nicht ratsam sei, dass Constanz auf gemeinsame Kosten der Einungsverwandten die Knechte aufhalte, um zu verhindern, dass sie den Baiern oder andern zuziehen. Dat. 3. April a. 36. — Pr. April 6².

nr. 364.

368. Landgraf Philipp an den Rat.April 7.
Ziegenhain.*Str. St. Arch. AA 456. Ausf.*

Die Gesandten auf dem Bundestage mit Instruction zu versehen wegen des Streits zwischen dem Kurfürsten und Georg von Sachsen. Gefahr, wenn der Kurfürst nicht nachgiebt.

«Es hat uns izo der churfurst zu Sachsen geschriben sachen halb, die sich zwuschen seiner lieb und unserm freuntlichen lieben ohemen schwehr und vetter, herzog Jorgen zu Sachsen, erhalten, wie ir abe der inligenden copien des churfursten schrift werdet vernemen³ (*). wiewol wir nun

¹ Die Verschiebung scheint stattgefunden zu haben; wenigstens kam der Vertrag, welchen der Landgraf zwischen Ulrich und Ulm vermittelte, erst am 8. Mai in Göppingen zustande. Der wesentlichste Streitpunkt betraf die Herrschaft Heidenheim, welche nun endlich wieder in Ulrichs Besitz zurückgelangte, natürlich nicht ohne erhebliche Zugeständnisse seinerseits. Vgl. p. 238 A. 4 etc., ferner Heyd III 32. Weitere Correspondenzen über Strassburgs etwaigen Anteil an dem Göppinger Vertrag fehlen.

² Am selben Tage noch teilte Strassburg diese Nachrichten den Baslern mit und bat um Aufsehen. Basl. Arch. E. 38 A nr. 3, f. 138. Ausf.

³ Der Streit zwischen dem Kurfürsten und Herzog Georg drehte sich darum, wie es bei den verwickelten Rechtsverhältnissen der Sächsischen Länder mit der Confession derjenigen gehalten werden sollte, welche Unterthanen beider Fürsten wären. Es war vorgekommen, dass

ursach gnug hetten, das wir solchs dermassen, das man uf dem tage zu Frankfurt darvon handeln sollte, dismals nit hetten mügen usschreiben, dorumb dweil der churfurst die sach und ursachen, was sei und was ime von herzog Jorgen begegne, das es in die religion zeucht, dorvon man reden handeln und schlissen solle, nit angezeigt, und doch alwegen, wan ir und die andern oberlendischen stette uns geschrieben und einer zusammenschickung der einungsverwanten begert, uns die sachen ursachen und acta angezeigt, dergleichen wir auch gethon und also mit anzeige und bericht der sachen und hendel, dorvon geredt gehandelt und geschlossen werden soll, die zusammenschickung usgeschrieben und verkündigt haben: haben wir dannost dorumb, damit hernach der churfurst in eweren und der oberlendischen stette sachen auch desta geneigter werde und verfolge, nit unterlassen wollen, euch disses dergestalt auch anzuzeigen, das ir den ewern, die ir zu solchem tage ordnen werdet, bevel geben muget, von dissen dingen ze reden und ze handeln.» Bei einer kürzlich stattgehabten Conferenz zwischen den Räten des Kurfürsten und Herzog Georgs sei die Einigung nur durch Schuld des [kurfürstlichen Rats] Dolzig gescheitert. Uebrigens werde demnächst durch Herzog Georgs Landschaft seine, des Landgrafen, Vermittlung angerufen werden. «es ist aber disses ein sach, doraus, wo sich der churfurst nit wolte zu geburlichen dingen weisen und vertragen lassen, wole so ein grosser hauptkrieg zu besorgen, endstehen mochte, als aus einicher anderer sachen, wie wir uf dem tage zu Frankfurt durch unsere rete ewern und der andern oberlendischen stette gesanten weitem bericht thun lassen wollen.» Bittet deshalb nochmals, den Gesandten in dieser Sache Instruction zu geben, «auch wo sich der churfurst nit wolte uf gepurliche wege weisen lassen, ime mit den andern mit ernst einzereden und einzusagen.» — Dat. Ziegenhain Fr. n. judica a. 36. — Lect. April 12.

369. Die Geheimen von Constanz an die Dreizehn.

April 8.

Str. St. Arch. AA 456. Ausf.

Da die Strassburger und Constanzer Gesandten auf dem Tage zu Basel¹ einige eidgenössische Städte nicht ungeneigt gefunden haben, dem Schmal-kaldischen Bunde beizutreten, so hat Constanz seine Vertreter auf dem Tage zu Frankfurt beauftragt, gemeinschaftlich mit den Strassburgern beim Landgrafen und Kurfürsten deswegen zu handeln; «dann wir hermessen, was fürdrung zum lof des evangelii auch nutzberkeit den verwandten der christenlichen verain, vorab den oberlendischen stetten, us dem kumen möchte, so die aidgnossischen stett ouch in der christenlichen verainigung wärind.» Bitten, Strassburg möge seine Gesandten mit gleicher Instruction versehen. Dat. 8. April a. 36. — Pr. Do. April² 13.

Herzog Georg die zur neuen Lehre Uebergetretenen ihres Eigentums, soweit es in seinem Gebiet lag, beraubte, wodurch sich der Kurfürst zu Repressalien gegen Altgläubige veranlasst sah. Dadurch war mit der Zeit eine sich immer steigende Erbitterung zwischen beiden Fürsten eingerissen, deren Beseitigung auch auf mehreren Conferenzen nicht erreicht werden konnte. Vgl. Seckendorf ad a. 1536.

¹ Das Nähere über ihn s. im Excurs über die Concordie am Schluss des Bandes.

² So ist jedenfalls zu lesen anstatt «donderdag den 13. mai». Der 13. Mai fiel auf einen Sonnabend, während der 13. April ein Donnerstag war.

370. Conrad Joham an Landgraf Philipp.April 9.
Frankfurt.*Marb. Arch. (Stadt Strassburg). Orig. Beilage ebenda. Copie.*

Uebersendet beiliegende «frische brief» aus Neapel und Lyon. — Dat. Frankfurt 9. April a. 36.

Beilage: Der König von Frankreich habe seine Landsknechte bei Crémieu im Delfinat mustern lassen und bei dieser Gelegenheit dem Grafen Wilhelm von Fürstenberg eine goldene Halskette im Wert von 1000 Kronen geschenkt. Fürstenberg sei dann über Briançon und den Mont Genève nach Italien gezogen. Der König wolle in Crémieu bleiben. Der Kaiser solle am 24. März von Neapel aufgebrochen sein und beabsichtigen, wenn König Franz nicht eigener Person nach Italien komme, sich nach Deutschland zu begeben und von dort gegen Burgund vorzugehen. Dat. fehlt.

nr. 346.

371. Landgraf Philipp an die Dreizehn.April 11.
Marburg.*Str. St. Arch. AA 459. Ausf.*

Die neue Rüstung in Baiern geschehe zur Unterstützung des Kaisers.

Antwort auf die Anzeige aus Constanz vom 3. April, von der ihm die Dreizehn Copie geschickt haben (*). «wir haltens nit dorvor, das die rustung, [welche] droben in Beirn und pfalzgraven land ist, wie in der von Costnitz brief gemelt, wider uns die christlichen einungsverwanten furgenommen werde; haltens auch nit dorvor, das herzog Frederich mit solchem folk in Denmark ziehen werde, dan das were uns ein selzam versamblens, wan er in Denmark wolte ziehen, das er die leute so weit droben versamblete; dan es wurden ime wol zwen monat solt druf gehen, ehen er hinabkeme. es ist aber war, das herzog Othenrich und herzog Philips reuter annemen, und haben uns geschrieben und gebeten, das wir inen hundert pherde zuschicken wolten; dan sie solten kei. mt. tausent pherde annemen. dorumb halten wirs dorvor, [dass] sie solich reuter und knecht keiserlicher maiestat furen werden.» Indessen möge Strassburg sowohl wie Constanz auch weiterhin gute Kundschaft machen. «Dat. Marpurg am dinstag noch dem palmtage a. etc. 36.»

nr. 367.

372. Instruction für Jacob Sturm und Mathis Pfarrer auf dem Tag der Einungsverwanten zu Frankfurt am 24. April 1536.

[Mitte April].

Str. St. Arch. AA 456. Ausf. (Ebenda auch das Concept von Joh. Meyer).

1) Urkunden über die Bundeserstreckung. 2) Die Verfassung zur Gegenwehr endgültig festzustellen. Abkommen mit Ulm wegen des Beitrags. Auslagen Strassburgs an Fürstenberg. 3) Aufnahme neuer Mitglieder zu bewilligen. Erteilung des Stimmrechts an dieselben. 4) Sollicitatoren am kaiserl. Hof anzustellen. 5) Antwort auf das letzte kaiserl. Schreiben. 6) Bairische Rüstung. 7) Eventuelles Bündnis mit England. 8) Beschwerliche Mandate des Kammergerichts wegen der Reichsunterthanen in französ. Diensten. 9) Streit des Kurfürsten mit Georg von Sachsen. 10) Aufnahme der Eid-

genossen zu betreiben. 11) Capitos Prozess. 12) Lindau gegen das Kammergericht zu unterstützen. 13) Verhandlung Berns mit Savoyen.

p. 321. 1) Die Gesandten¹ sollen dahin handeln, dass über die auf dem letzten Tage zu Schmalkalden beschlossene Erstreckung des Bundes Urkunden aufgerichtet und jedem Stand zugestellt werden.

2) Sie sollen hören, wozu sich die See- und Hansestädte hinsichtlich der Verfassung der Gegenwehr entschlossen haben. Wenn dieselben «di notel der gegenwer lut des letzten abschids und, wi si vergriffen ist, bewillign, solln si di vollends helfen ufrichten und verfertign. wurden sie aber nit willign, solln si gewalt haben, sambt andern stenden deshalb zu vergleichn und zu sliessen, damit diselbig gegenwer ainmal sat abgeret bewilligt und beslossen wert. als dann diselbig verfassung der gegenwer ausweiset, das man bis kunftig ostern den hauptman vergewisen soll, ob das gelt laut der verfassung erlegt oder nit sei, und ein ersamer rat dann di zehentausend gulden, di es inen bescheener vergleichung nach geburt, noch nit gelifert, sonder mit denen von Ulm den verstand gehabt: so mans bi inen bedorfen wurde, das si die von unsertwegen versprechen solten, wolt man im widerfall, da mans bi uns bedorfen solt, das ir gleichergestalt versprechn; da solln diselbn unsere gesandten mit den gesandten deren von Ulm handln: sover inen denen von Ulm gelegn, wolt mans noch bi solchem verstand lassen pleibn. wolt es in aber beswerlich sein oder fur nutzer ansehen, das mans erlegn solt, wolt man das auch, so fuderlich es immer sein mag, thun. sodann di siebentausend gulden zue unterhaltung der unterhauptleut und kundschafter belangend, da den oberlendisch steten daran achtzehnhalb- hundert gulden zuerlegn geburt, und ein ersamer rat hievor uf schreibn

nr. 142. hrn landgrafens graf Wilhalmen laut der quittung achthundert gulden, als ob solche achtzehnhalb- hundert gulden der oberlendischn stet bi inen erlegt weren, gelifert, und dann diselben achtzehnhalb- hundert gulden itzo auch erlegt werden [sollen], solln die gesandten mit den Ulmischen auch handln, das si von demselbn gelt, so die stet deshalb bi inen gelifert, dreihundert gulden, so wir an den achthundert, dieweil unser anlag deshalb sich allein uf funfhundert laufft, zuvil usgebn, inbehalten; im fall aber die achtzehnhalb- hundert gl. algereit gelivert weren, so solln di gesandten diselbn dreihundert gulden von den landgrevischn wider herusfordern, oder sich deren uf Augspurg oder Frankfurt verweisen lassen².

nr. 332. 3) Betreffs der Aufnahme neuer Mitglieder sollen die Gesandten anzeigen, was sie und die Hessischen Räte deswegen mit Frankfurt gehandelt; «und diweil diselbn von Frankfurt, auch Pomern, Hamburg, Hanuber, Augsburg und Kempten algereit gewilligt und in di verstendnus komen, anhoren, was deshalb mit Wirtenberg, Zwaibenbruck und dem fursten zu Anhalt zu Dessau gehandelt worden, und gewalt haben, derselbn angenommen halb, sovil dern anlag berurt, verglichung ze thon, und im fall, das ander mer stend in di

¹ Mathis Pfarrer wurde zugleich vom Rat durch Credenx vom 19. April bei dem Kurfürsten und Landgrafen als Kriegsrat beglaubigt auf Grund der Verfassung, wonach Strassburg einen der 9 Kriegsräte zu ernennen hatte. (Ebenda.)

² Erst am 23. Juni 1537 sandte Ulm gegen Quittung den Strassburgern den Ueberschuss von 300 fl. zurück. Str. St. Arch. AA. 465. Noch am 13. März hatten Sturm und Pfarrer von Frankfurt aus das Geld reclamiert. Ulm. Arch. Ref. T. XXI. Orig.

verstendnus zu komen begerten, solln di gesandten auch bevelch und gewalt habn, sich mit gemainen stenden deshalb und inhalt jungst ufgerichten abschids zu vereinbaren, und wo man dessen je nit ainig sein mocht, durch di neun stimmen sprechen und besliessen zu lassn. und ob sich zutrug, das di stend, so algerait in di verstendnus komen, auch stimmen begerten und habn wolten, so solln di gesandten gewalt und macht haben, denselbn stenden auch stimmen ze gonden und werden zu lassen, doch in alwegn ainer solchen gestalt, das in gebung solcher stimmen di glichait, so der neun stimmen halbn ist, des orts auch gehalten werde, also das di fursten allain ainer stim mer dann di stet haben.»

4) Was den Vorschlag des Landgrafen betreffe, dass die Verbündeten am kaiserlichen Hof zwei ständige Vertreter ihrer Interessen unterhalten sollten, so haben die Gesandten dahin zu wirken, dass die Ernennung eines derselben den Städten zugestanden werde, oder dass wenigstens den von den Fürsten ernannten Personen ausdrücklich «in ir bestallung eingebunden werd», die Angelegenheiten der Städte mit demselben Fleiss wie die der Fürsten zu vertreten. Auch sollen die beiden Sollicitatoren alle Neuigkeiten, die sie am kaiserlichen Hof, der ja jetzt meist in Italien verweile, erfahren, immer an Augsburg oder Ulm, «als des orts gelegensten stenden», mitteilen.

nr. 351.

5) Die Gesandten sollen mit den andern Ständen beraten und beschliessen, was dem Kaiser auf sein Schreiben wegen des Kammergerichts zu antworten sei, und zu diesem Zweck die von Dr. Frosch entworfene Instruction zur Annahme vorschlagen.

nr. 353.

6) Die Gesandten sollen Vollmacht haben, sich mit den Ständen über Massregeln gegen die allenthalben im Reich vorgenommenen heimlichen Rüstungen und Praktiken zu vergleichen. Die vorgeschlagene Gesandtschaft der oberländischen Städte an Baiern halte man für unnötig, da das letztere bereits die Rüstungen gegen Württemberg eingestellt habe. Wenn jedoch die Stände auf der Werbung bestehen, so sollen die Gesandten auch in dieselbe willigen und an der Abfassung der Credenz mithelfen.

7) Die Antwort, welche der König von England dem Kurfürsten von Sachsen auf die zur Annahme vorgeschlagenen Schmalkaldischen Artikel gegeben hat, soll von den Ständen geprüft werden; wird dabei gefunden, dass der König im Bekenntnis christlicher Lehre mit den Ständen übereinstimmt, so ist er auf seinen Wunsch in den Bund aufzunehmen. Wenn noch eine Botschaft nach England für nötig erachtet wird, so sollen die Gesandten auch darein willigen. «ob auch wer, das sich der kunig von Engelland mit einem solchen weiten reich nit sogleich in alln puncten und ceremonien mit uns vergleichn kund, und man ir schwachait bis zu ferrer erbawung zu dulden schuldig, in demselbn [sollen] sich di gesandten auch nit waigern, sonder macht habn, mit andern stenden sich derwegn zu ainigen; doch solcher gestalt, das in der substanz und hauptpuncten christlicher lere in alweg bi hievor bescheener und usgangner confession belibn und vom selbn nit gewichen, geschriten noch gegangn werde.

nr. 363.

8) Sodann so solln di gesandten bi gemainen christlichn geainigten stenden von unsertwegen anpringn, welcher gestalt di ko. mt. verschieen gebeten, derjenign guter, so dem konig von Frankrich zugezogn, inzuziehen; so hab itzo der kai. viscal diselbign zum tail per publica edicta citiren, und

p. 333 A. 2
nr. 360.

das kai. cammergericht darzu bi penen des landfridens uns gepiten lassen, derselbn guter zu inventiren ufzuschreiben und dern verzaichnussen dem fiscal zu überschicken, lut der mandata und edicta. dieweil nu ain solichs nit allein darumb beschwerlich, das dermassen den obrigkaiten im heilign reich in ir jurisdiction eingegriffen werden solle, sonder auch diselbn ausgangen mandata einander so gar widerig, so haben wir es fur ir chur- und furstlich gnaden auch ander stend darumb pringn lassen, ires rats daruber zu begern und pflegn.

9) Aber berurn di handlung des churfursten zu Sachsen gegen herzog
nr. 368. Je orgn von Sachsen, davon unser g. herr der landgraf jungst geschribn, da solln unsere gesandten gewalt und bevelch habn, mit andern stenden sovil moglich di sachn hinzulegn; im fall aber si gutlich nicht zerlegt oder vertragen werden mochten, sich mit den stenden darunter, was di verstendnus vermag und ausweist, erbiten und erzaign. »

10) Was den Vorschlag der Constanzer bezüglich der Aufnahme der
nr. 369. Eidgenossen betrifft, so «solln di gesandten mit denen von Costnitz davon redn habn und, so weg gefunden mocht werden, das von churfursten, fursten und stenden bevolen wurde, mit den aidgenosischen steten zu handln, sich anfenglich unser und dern von Costnitz, Lindau und Memingen confession zuvergleichn und demnach in di christlich verstendnus zu pringn, da solln des fals unsere gesandten allen getrewen vleis nit sparen, damit di aidgenosischn stet als mitglieder Christi und di kainswegs zu verwerfen sind, auch herzugebracht [würden], und [dass] das ansuchen von den stenden der christlichn verain, und nit von den aidgenosischn stetten herkeme.

11) Die gesandten sollen auch in ainer kurzen suma erzelen, wes in
nr. 250. sachn doctor Capiton's jungst uf ain kai. cammergericht erkant(*), und was gemainen stenden daran gelegn und darus kunftig ervolgn mög, und dann auch irs rats begern und pflegen.

12) Deren von Lindau sachen berurn, dieweil di lauterlich us dem
nr. 361. glaubn und religion fleust, da solln di gesandten bi den stenden helfen furdern, damit es auch fur ain religionsach bekant beschirmbt, und inen darinnen laut der verstendnus hilf bewisen werde.

13) Was sich auch jetzo zwischn Bern und dem *herzog zu Saphoi zu*¹ Losanan zugetragn, solln di gesandten auch an di stend pringn, ob zu rat-slag'n wer, dieweil ain solichs dannocht ain handel, von dem den stenden des ewangelii kunftig etwas ervolgn mocht, was denen von Bern darin anzunehmen oder nit were². »

¹ Von Sturms Hand verbessert an Stelle von •bischof von • etc.

² Vgl. oben p. 334 A. 1 und nr. 341. Bern hatte nach der mit leichter Mühe erreichten Befreiung Gens und nach Eroberung des Waadtlandes sich endlich im März den Vermittlungsversuchen Basels, Zürichs und anderer Eidgenossen insofern zugänglich gezeigt, als es auf einem Tage zu Lausanne am 30. März wenigstens Vorschläge zur Herstellung des Friedens mit Savoyen entgegennahm. Da jedoch letzteres auf der Rückgabe aller Eroberungen bestand, und ausserdem Berns Verbündete, die Freiburger und Walliser, nicht erschienen waren, so war die Tagung umsonst. Die Schiedsorte konnten nur die Hoffnung aussprechen, dass die Parteien vorläufig die Feindseligkeiten einstellen würden. Weitere Verhandlungen am 4. April in Bern selbst blieben gleichfalls erfolglos. Eidgen. Absch. IV 1 C nr. 410 u. 411. Basel hatte eine Copie des Lausanner Abschieds an Strassburg geschickt. Str. St. Arch. AA 462.

373. „Die acta und handlung uf dem dag quasimodogeniti zu Frankfurt am Meyn a. etc. 36 gehandelt.“ April 24—Mai 11.

Str. St. Arch. AA 456. Orig. von Mathis Pfarrer.

Erklärungen der Sächsischen Städte wegen der Bundesverfassung. Aufnahme Pommerns, Anhalt-Dessaus, Nassaus, Württembergs in den Bund. Ruprecht von Zweibrücken schlägt den Beitritt aus. Hessen protestiert gegen die Aufnahme Nassaus. Aufnahme Frankfurts, Augsburgs, Kemptens. Lüneburg, Goslar, Einbeck und Göttingen um fernere Teilnahme am Bunde zu ersuchen. Beschwerden über das Kammergericht (namentlich Lindaus) einem Ausschuss überwiesen. Höhe des Würtemb. Beitrags. Intervention für Lindau. Stimmrecht Württembergs und Pommerns. Streitigkeiten des Kurfürsten mit Georg von Sachsen; der Landgraf als Vermittler. Beitrag Anhalt-Dessaus und Nassaus. Hessen protestiert gegen Nassaus Teilnahme an den Verhandlungen. Antwort auf Englands Werbung wegen einer Gesandtschaft zu näherer Verständigung. Beschwerde Strassburgs über die Mandate des Kammergerichts wegen der Güterconfiscationen. Kundschaft wegen der Rüstungen anzustellen. Geheimhaltung der Verhandlungen. Gesandtschaft nach England beschlossen. Bremen und Wullenwever. Strassburg bittet um Verwendung für Bern und Genf. Abschied.

Ankunft Pfarrers und Sturms in Frankfurt am 24. April. Nach Verlesung der Credenzbriefe der Gesandten etc. beginnt die Verhandlung am 26. April auf Grundlage des letzten Schmalkaldischen Abschieds. Zunächst werden die einzelnen Sächsischen Städte befragt, ob sie die Bestimmungen des Schmalkaldischen Abschieds und die Notel der Bundesverfassung bewilligen. Magdeburg bejaht. «dorüf wart der gesant von Brünzweg befragt, der zeigt nün der lenge noch an, was sine herren mit Goslar, Gottingen und Einbeck gehandelt, sie zü vermegen, disen abschied und die notel der verfassung anzunehmen, aber nicht erlangen megen etc. dorüf zeigt er siner herren gemiet an; die haben den abschied und die notel angenommen und bewilliget; las den stenden solchen sinen bevelch us siner instrüction. nochdem zeigt der von Bremen an, das er bevelch hett, den abschied und die verfaste notel zü bewilligen; doch so weren sine herren beswert in der anlog, das doselbs insehens gehalten würde. dorüf wart im zü antwürt, das sie die stett ir anlogen under in selbs gelegt hetten. uf solches wurden die schriften von Goslar, Einbeck und Gottingen wider verlesen, dwil die züvor etlich nit gehert; der von Gottingen schrift wir copias haben mit D bezeichnet¹. dorüf wart der ander artikel in dem abschied verlesen, der in sich haltet und uflegt dem chürf. zü Sachsen, mit den fürsten zü Pomeran und den fürsten zü Anhalt zü Dessau, so das heilig evangelium bie inen predigen lossen und in dise verstentnis begert, zü handeln. ist uf den morgen der chürf. ret relation gehert, wes ir gnedigster her gehandelt, und wie die herzogen von Pomeran in dise verstentnis kumen, deshalb ir gnoden ibergeben bekentnis verlesen, deren wir copien mit E bezeichnet² haben; witer öuch der fürsten inkumen zu Anhalt in die verstentnis, mit dem bitten und begeren, dwil sie nit in grosser richtumb, die stend wellen sie in der anlag des herzogen von Linenburgs, der grofen von Mansfelt bliben lossen, gehert, des öuch ein schrift

p. 321.

¹ Liegt nicht bei.² Liegt nicht bei.

an den chürf. zü Sachsen geton, verlesen, deren wir copien mit in E bezeichnet haben; dorüf des chürf. zü Sachsen antwürt vermerkt, dorin sin chürf. g. anzeigt, [dass sie] solches on der anderen stend vorwissen mit zü dün habe etc. uf solches dieselbigen ret oüch angezeigt ires herren handlüng mit grof Wilhelm von Nassou v, wie sin g. in disse verstentnis genümen, und sin schriftlich bekentnis wellen verlessen, aber die Hechissen [sic!] ret sint abgetreten und die nit wellen heren; noch demselbigen sint sie verlessen, deren wir copien mit in E bezeichnet haben¹.

Uf den dog nochmittag zü I uren sint die stend wider züsamenkomen; haben die Heschissen ret, als irem g. h. bevelch gegeben, mit h. Ulrich zü Wirtenberg und herzog Rüprecht zü Zweienbrücken, in die verstentnis zü kügen, zü handlen, deshalb relation gedon; und erstlich herzog Ulrich halp angezeigt: nachdem sin g. verstande, das disse verstentnis sich uf kein zitlichs zihe oder gange, [sondern] allein uf den glöuben und religion, so welle sin gnod on usnemens einichs stands in disse verstentnis zü kügen bewilligen, doch mit dem geding, das sin gnod welle halp so vil erlegen als min g. h. landgrof, und im ein stim vorbehalten haben. von herzog Rüprecht wegen hat sin gnad geschriben mit beger, solches zü verlessen; wart verlessen und des inhalts, das sin gnod zü kügen in disse verstentnis us etlichen ursachen abgesehen hat. Hierauf protestieren die Hessischen Räte abermals gegen die Aufnahme Wilhelms von Nassau. Sodann referieren Hessen und Strassburg über die Verhandlungen mit Frankfurt, Ulm und Memmingen über die mit Augsburg und Kempten. Nachdem die endgültige Aufnahme der Fürsten von Pommern, Würtemberg und Dessau bis auf die Ankunft ihrer Gesandten verschoben ist, wird zur Feststellung der Bundesbeiträge der neu hinzugekommenen Städte geschritten. Mit Augsburg einigt man sich leicht dahin, dass es ebenso viel geben soll wie Strassburg und Ulm, und auch mit Hamburg und Hannover ist die Einigung bald erzielt; etwas schwieriger geht es mit Frankfurt und Kempten².

«Uf solches warden zwü schriften, von den von Lübeck geschickt, verlesen, vast des inhalts, das sie umb kürze wegen der zit nit megen schicken zü dem dog, oüch so sie inen die handlüng und abschid, jetzt jüngst zü Smalkalden gemacht, nicht zükügen; do in derselbig zükügen, wellen sie sich gepürlich vernemen lassen; ward uf deren schriben von Lübeck und der

¹ Liegt nicht bei. Wegen der Aufnahme Wilhelms von Nassau hatte sich schon auf dem vorigen Tage zu Schmalkalden (nr. 330) ein Streit zwischen Sachsen und Hessen erhoben. Während der Kurfürst den Beitritt des Grafen wünschte, wollte der Landgraf unter keinen Umständen darein willigen, weil er wegen des grossen Erbschaftsprozesses mit Nassau entzweit war. Vgl. oben nr. 179. Schliesslich wurde der Ausweg gefunden, dass die Stände ohne Hessen mit Wilhelm von Nassau einen Sondervertrag eingingen, durch welchen derselbe, ohne Mitglied des Bundes zu sein, doch die Rechte und Pflichten eines solchen gegenüber den Ständen mit Ausnahme des Landgrafen erhielt. (Originalurkunde hierüber d. d. 1535 Dec. 24 mit den Siegeln von Sachsen, Braunschweig, Anhalt, Strassburg, Ulm, Magdeburg und Bremen im Str. St. Arch. AA 453). So oft seitdem auf den Bundestagen mit Nassau verhandelt wurde, zogen sich die Hessischen Räte protestierend zurück.

² Augsburg wurde, wie der Abschied (ebenda) ausweist, auf monatlich 5000 fl. veranschlagt, Hamburg auf 4000, Hannover auf 767, Frankfurt auf 3000, Kempten auf 900 fl. Ursprünglich sollte Frankfurt 4000 und Kempten 1000 fl. geben.

drier stett Goslar, Einbeck und Göttingen das für güt angesehen, das etlich verordnet von den stenden, ire schriftten witters besichtiget, und instrüction angestellt an min g. herren von Linenbürg und etliche stett, verners mit den obgemelten stetten zü handeln, sie zü vermegen in die witer erstreckte verstentnis und notel der gegenwer zü kumen; doch sol solche instrüction witters uf besserung der stende besichtiget werden¹. dorüf zeigten des chürf. von Sachsen ret an, wie ir herr inen ein schrift zügeschickt, so von den herzogen von Pomeran an ir chürf. g. usgangen; die wart verlesen. was vast des inhalts ein entschuldigung, worümb ir gnod den dog nit besüchen mechten; das schriben vom chürf. [sei] inen spot zükomen, dwil sie ir hofhaltung etwas witters hetten, dan ir gemeinlich hofhaltung were, darzü so hetten sie ire ret dorzü dienstlich nit bi handen, sünder den erlöbt etlich zit, mit verner inhalt etc. wart dorüf siner g. ibergeben bekantnis, wie ire g. in die verstentnis genomen, wider gelesen; dorüf die Sachissen ret anzeigten, was ir gnoden ret für ein gesprech mit inen gehapt der anlog halben, und sich so vil vermerken lossen, das sich ire g. h. als vil als Sachsen oder Hessen anlegen würden, doch das inen ein stime gegeben; ob die stend jetzt wolten dorvon reden. ward für güt angesehen, ein ander zit dorvon red zü haben.

Uf solches ward im abschied der püncet fürgenomen, belangend die procesz am chamergericht, ward verlesen. dorüf der von Lindau sach des frauwen-closters halp, dwil der fischal sie cietiert hette, ward fürgenomen, ir süplication, so sie an die stend gestellt, verlesen, desglichen die citation, und den obent dorüf bedocht genümen.

Uf fritag [April 28] zü VI uren sint die stend züsamenkomen, ist durch die Sachissen ret angezeigt: nochdem der von Lindau süplication irer beswerden halp gehert, so kündten sie bie inen nicht anders dorfür halten, dan das disses ein religionsach were, und wiewol der Smalkaldisch abscheid mosz und weg anzeigen det, wü je fortgefaren wolt werden, was durch ein usschriben und anders solt fürgenomen sin, aber doneben hetten sie das bedenken, das mit dem usschriben noch zür zit underlossen bliebe in ansehüng, das die kei. mt. in groszen gescheften were, das ander weg forzunemen weren, domit solches abgeschafft, do sie dan gern wolten zü roten; wü es aber je nicht helfen wolt, würde ir gnedigster herr alles das, so die verstantnis vermecht, helfen volstrecken. wart witters von den stenden dorvon geret und für güt angesehen, das ein usschüz verordnet, der der von Lindoüw und andere sachen und beswernis, den stenden begegnet, berot-slagte(n), doch [dass] der von Lindoüw sach züerst iren fürgang haben solt. uf solches zeigten die Heschissen ret an, wie ir g. h. inen gescriben, nochdem herzog Ulrich von Württemberg uf disen dog beschriben, do hab sin g. durch ein schrift lossen anzeigen, das er wolt [sic!] gewilt, dissen

¹ Der Abschied vom 10. Mai (ebenda) ermächtigt den Herzog Ernst und die Städte Bremen und Hamburg zur Verhandlung mit Lübeck, die Städte Braunschweig und Magdelurg zur Verhandlung mit Göttingen, Goslar und Einbeck. Sie sollten allen Fleiss aufwenden, die Städte zum Eintritt in die verlängerte Einigung zu gewinnen; der Bund wollte eventuell darauf verzichten, dass jene schon jetzt ihre Anlage bezahlten, wenn sie nur Sicherheit gäben, dass sie es im Fall eintretender Not thun wollten, und wenn sie sich mit der Zahlung der drei Doppelmonate einverstanden erklärten. Vgl. oben p. 321.

dog zü besüchen uf die innemüng oder vertrostüng dissrer verstentnis, hab aber sine ret, so zü dissem zü schicken weren, nicht bie im, öuch die us kürze der zit nicht bekommen megen; so aber andere dog ernent werden, so welle er die sinen schicken, mit bitt, in bie den stenden zü entschuldigen; und nochdem sin gnod bewilligt in disse verstentnis, wie hie vor gehert, und der landgrof im vertrestüng hab geben allein der verstentnis halp, so sie sin früntlich und gnedig begeren, die stend wellen in nit heher besweren, dan das sin gnod der anlag halp so vil als der landgrof gebe; doch wolt er in ein stim vorbehalten haben. dorbie ir g. h. in öuch befohlen anzüzeigen, das die stend nicht lichtlich herzog Ulrich wolten usslogen und siner gnod gelegenheit bedenken, dorbie das öuch zü berotslogen wer, wü ein stand solte iberzogen oder von dem wort gottes gedrungen werden, so nit in unser verstentnis were, wie demselbigen zü helfen, damit er uns nit abgedrungen würde. uf solches zeigten die Sachissen ret an, das die beswernissen, so am chamergericht hingen, züerst fürgenomen werden solten; dwil dan der herzog von Pomern halp kein taxt¹ noch gemacht uf die zwen fürsleg, halp so vil zü erlegen als der chürf. und kein stim, oder die anlog ganz und ein stim haben, das hie hernoch dorvon geredt würde von disser und herzog Ulrichs wegen. dorüf die Heschischen [*sic!*] wider anzeigt, das güt wer, das die stend von herzog Ulrichs wegen sich endslieszen; dan es dannocht ein anderen bescheid hett mit den herzogen zü Pomerem; darzü dwil ir g. h. der landgrof bie herzog Ulrich were, der mecht mit ir g. müntlich witors red haben und handeln. dorüf wart umbgefrogt und dem usschütz herzog Ulrichs halp öuch befohlen zü berotslahen, wie sin gnod mechte uf glichmessigst angelegt werden, damit glicheit gehalten würde. dach sahn alle stend für güt an, das herzog Ulrich nit us der verstentnis gelossen würde. uf solches ward ein süplication von den von Biberach verlessen (*), her Hansen Schaden belangend, und dorüf ein antwürt von her Hansen Schaden uf ein schriben, so im von Smalkalden bescheen ungevorlich des inhalts, das er deren von Biberach clagen nicht gestet und erbeut sich mit inen fürzükümen gütlich vor dem rot der stett Ulm oder Memingen. ist deren von Biberach süplication und das schriben dem usschütz bevoilen. dorüf ist ein usschütz verordnet als Sachsen, Hessen, Stroszbürg, Ougspürg, Eszlingen, Magdenbürg, Bremen und Brünzswig; sint des morgens bie einander blipen. uf fritag nochmittag sint die vom usschütz züsamenkomen.

Uf samstag [April 29] zü VI uren sind die stend züsamenkomen; haben der usschütz ir bedenken brocht und dörch des chürf. ret angezeigt worden: nochdem die stend für güt angesehen umb kürze der zit und handlung, das ein usschütz gemacht und derselb der von Lindöuw sachen fürnemen solt, haben sie bedocht, das dem chamergericht zü schriben sie, wie sie des ein vergriff angestellt, so verlesen ward. mit wenig enderüng liessen die stend inen solches schrift gefallen, deren wir copien mit E bezeichnet haben²; sol solche schrift den beden procuratoren verslossen zügeschickt werden, dem chamergericht die zü übergeben. dorneben sol den von Lindöuw ein copi zugestellt werden, sein procurator die haben züzüschicken.

¹ = Taxe, Anschlag.

² Liegt bei; gedruckt bei Harprecht V Beil. 76.

es hat oüch der usschütz bedocht, das die kon. mt. zü berichten sie der von Lindouw halp so schriftlich oder müntlich; doch dwil mer sachen vorhanden, so stellens der usschütz zü der stend bedenken, so dieselbigen sachen oüch berotslagt werden¹. dorneben hat der usschütz bedocht die anlag der zweier fürsten Pomerens und Württemberg halp; dorüm als herzog Ulrich begert, ir gnod zü bedenken irs lands und sweren inkümens halp ins land, das die stend in wolten blihen lassen bie der halben anlag gegen dem landgrafen, doch im ein stim vorbehalten, und aber min g. h. der landgrof, [der] jetzt bie sin gnoden personlich ist, müntlich mit ir gnoden handeln mog: ist des usschütz bedocht dorüf gestanden, das herzog Ulrichs anlag solte sin 10 000 fl., und min g. h. landgrof dorüf mit ir gnod handeln solt, und die herzogen von [Pommern] ir anlog dem chürf. glich, us ursach das ir g. in gütem vermegen; wü das aber iren g. beswerlich, so stot es zü erkantnis der stende. der stimen halp, dwil der chürf. und landgrof jeder zwü stimen haben, so ir g. wolten sich verziehen und Pomerens ouch Württemberg die geben, so blip es bie den nün stimen, das der usschütz zü irer gnoden gefallen stott [sic!]; wü aber ir gnoden die zwü stimen nicht geben und zwü ander, das dan, domit glicheit gehalten, den von stetten oüch noch zwü stimen würdn. das haben die stende inen also bedocht lassen gefallen², dorüf die Heschissen ret irem g. h. solches zügeschriben, bie herzog Ulrichen dorüf zü handeln. es hat oüch der usschütz bedocht, wes min g. h. von Linenburg, die stett Bremen, Brünzswig und Hambürg uf deren von Lübeck, Goszlar, Einbeck und Gottingen schriben fürter gehandelt werden soll³, wie solches in instrüction gegeben werden [soll].

Uf solches haben des chürf. von Sachsen ret angezeigt, wes sich zwischen iren chürf. gnoden und h. Jergen zü Sachsen zügetrogen noch abteilung irer beder gnoden landen, das dan ein religionsach und us derselbigen fleust, mit dem bevelch, wes doründer gehandelt und in schriften doründer gangen, die der lenge noch zü heren. dorüf warden ir instrüction und dan etlich mer schriften gelesen⁴. dwil es nün spot im dog, begerten sie sich nit zü besweren und nochmittag die iberigen schriften oüch zü heren, wiewol infiel, das der Heschissen ret für güet ansehen, disses lassen berüwen zü dissem mol, dwil die Engelisch botschaft lang hie gelegen, mit derselbigen fürzūfaren, dorbi das herzog Jerg ein boten hie hett, der schrift an die stend brechte; begert in oder dieselbigen zü heren. dorüf die Sechissen begerten, unbeswert zü sin, sie nochmittag zü heren; wart für güet angesehen, die schriften nochmittag zü heren.» Dies geschieht, worauf die Stände sich Bedenkzeit aussitten. Auch die Schriften, welche Herzog Georg zu seiner

nr. 368.

¹ Wie der Abschied des Tages (ebenda) zeigt, wurde die Botschaft an den König wegen Lindaus in der That beschlossen. Auch der vom Ausschuss verfasste Entwurf einer Instruction hierfür liegt bei. Es wird darin eine eingehende Verteidigung der Vorgänge in Lindau auf Grund des Nürnberger Friedens versucht. Ausserdem wird auch das Verhalten der Stände zum Kammergericht in andern Prozessen abermals verteidigt und Verschaffung wirklichen Stillstands verlangt.

² Dieser Vorschlag bezüglich der Stimmen kam auch in den Abschied (ebenda).

³ Statt 'gehandelt werden soll' ist wohl zu lesen: 'handeln sollen'.

⁴ Liegen bei. Die Instruction enthält die Bitte um Rat und Beistand der Einigungsverwandten.

Rechtfertigung an die Fürsten und die Sächsischen Städte gerichtet hat, werden verlesen¹. Die oberländischen Städte wollen, weil sie in der Adresse nicht mitgenannt sind, mit der Angelegenheit nichts zu schaffen haben; jedoch wohnen sie auf Bitten der andern Stände der Verlesung bei. Am nächsten Tage [April 30] tragen dann die Hessischen Räte vor, wie der Landgraf schon früher von dem Streit zwischen dem Kurfürsten und Georg unterrichtet gewesen und von den Landständen des letzteren gebeten worden sei, gemeinschaftlich mit den anderen Fürsten des Bundes einen Ausgleich zu versuchen. Der Landgraf habe darauf erwidert, «er wolle sich des handels beladen, doch allein on die anderen fürsten noch zür zit, us ursach, das die bede chür- und [fürsten] im blüt halber, ouch der verbrüdereten einigüng halp neher zügethon sint, dan den anderen fürsten; so würde sich der handel sünst aüch lang verziehen etc.» Der Landgraf habe denn auch beiden Parteien einen Tag zur Unterhandlung in Naumburg auf den 29. Mai angesagt. Die Hessischen Räte bitten nun, die Stände möchten dem Kurfürsten raten, diese Tagsatzung und Vermittlung anzunehmen. Die Städte Strassburg, Augsburg und Esslingen verfassen hierauf im Auftrage der Stände die dem Kurfürsten zu erteilende Antwort, welche den Räten desselben am 1. Mai überreicht wird². Die Hessischen Räte, obwohl mit dieser Antwort einverstanden, übergeben dennoch im Namen ihres Herren den Sächsischen eine besondere Antwort³. Hierauf bitten letztere um Bedenkzeit, die ihnen gewährt wird.

«Ward mitler wil der fürsten von Anhalt zü Techow⁴ tax der anlog fürgenomen, von einer süm geredt biz in die 1500 fl. ein monat; dwil aber niemans kein gewalt hat, doruf züzüsagen, ist für güt angesehen, dem chürf. zü Sachsen doründer bevelch und gewalt zü geben, mit inen zü handeln, doch das ir anteil, in die 7000 fl. geherig, nicht dorin gerechnet und sünderrlich erlegt werde.» Ferner bringt Heilbronn Beschwerden gegen das Kammergericht vor und erhält den Bescheid, man wolle die Sache überlegen. «uf solches ward des von Nassaus geschickter berüft; do traten die Heschissen ab. ward demselbigen angezeigt, nachdem sin g. h. begert hett, in disse verstentnis zü kúmen etc. ward noch vil worten ingenúmen uf vorgonde handlung; dwil es aber spot im dog was, ward er bescheiden, nochmittog zü kúmen, der tax halp mit im zü handeln.

Uf den dog nochmittog zu I uren kómen die stend zúsamén, gaben des chürf. ret zü Sachsen ire antwürten schriftlich uf unser aller gegeben antwürdt des morgens, und viel ein dispütation in der antwürdt halp, so die Heschissen

¹ Liegen bei.

² Liegt bei. Es werden darin die zwischen dem Kurfürsten und Herzog Georg entstandenen Irrungen lebhaft bedauert, und als Mittel zur Beilegung empfohlen, der Kurfürst möge die vom Landgrafen angebotene Vermittlung annehmen. Wenn letztere nichts fruchten, und der Kurfürst von seinem Gegner thätlich bedrängt werden sollte, so wären die Stände gern bereit, ihm der Einigung gemäss Hilfe zu leisten.

³ Liegt bei. Die Räte des Landgrafen lehnen eine Erklärung ab, weil ihr Herr bereits vorher für seine Person sich zur Vermittlung erboten habe und von der jetzt an die Bundesstände gerichteten Bitte nicht benachrichtigt worden sei.

⁴ = Dessau. Im Abschied (ebenda) sind die Fürsten auf 2000 fl. veranschlagt: wenigstens soll der Kurfürst auf diese Summe mit ihnen handeln.

ret ibergeben, also das die Sachissen ret deren nit gar wol züfriden woren, dwil sie ein sündere antwürt gegeben und us ursachen nit so laüter were; aber an unser antwürt [waren] sie vast wol züfriden; wolten öuch solchs irem gnedigsten herren anzeigen, der würde sich sünders zwifels herwider gegen den stenden öuch also erzeigen. dorüf die Heschissen ret abgeschrift begerten und dorbie anzeigten, us was ursachen solches gescheen, nit das sich ir g. h. von anderen stenden sünderen oder ouch der verstentnis noch genügen thün¹. also uf dise dispütation draten die Sachissen und Heschissen ab, und wart von den anderen stenden berotslogt, was den chürf. reten zü antwürt zü geben wer, das also kein trennung gespürt werden mechte, öuch unser aller will nie gewesen, uns von einander zü trennen. warden wider berüft und in angezeigt uf ein solche meinung: wiewol zwü unterschiedliche und sündliche antwürt von den Heschissen und den anderen stenden gegeben, so wer doch die Heschisch us ursachen, das sich ir g. h. in solchen handel gütlich gelegt, aber nicht der gestalt, das ein sündering oder trennung darüs verstanden werden solt etc., und am lesten angezeigt, das wir es bie der antwürt bliben liessen. also milterten die Sachissen ret ir meinung; ward die dispütacion verglichen.

Uf solches war der Nassowisch gesandter berüfen, draten die Heschissen ret ab; ward mit einer umbfrog die tax für hand genümen und uf 2500 fl. gestellt, öuch dem gesandten fürgehalten, der sich des beswert von sins herren wegen, und noch sim abtreten ward etlichen bevelch gegeben, mit im zü handeln, sündlich uf dise süm. do ward nün den Sachissen reten zü vor angezeigt, wie ein sündlicher abschied sins des von Nassouw innemen; uf solches ward den Heschissen angezeigt, wes mit dem g. Wilhelm gesandter [sic!] gehandelt und mit im handeln würde. do fiele aber ein dispütacion in, also das die Heschissen ret uns von stetten anzeigten, sie hetten verstanden, wie der von Nassouw in disse verstentnis dis morgens genümen und im solte ein session öuch bie der handlung gelossen werden; nün wüsten die, so zü Smalkalden gewessen, was für ein abschied gemacht, <do demselbigen nit glich wolt gehandelt werden>, wie sie dan einen hetten, den sie uns verlasen, dorüf öuch anzeigten: wü dem nit solt gelebt werden und der gesandten bie der handlung gelossen, so wisten sie von irs g. h. wegen nicht zü sitzen, wolten sich öuch mit uns in kein handlung lossen. dorüf ward von den stenden usserhalb Sachsen und Hessen beslossen und etlichen befolen, den Sachissen reten anzüzeigen, was der abscheid zü Smalkalden, deshalb sündlich ufgericht, vermog etc. dorüf die Sachissen nochmols anzeigten, dwil sie die erclerung dis abschids von irem gnedisten herren nit wisten, und her Jacob², als der dobie gewessen, öuch nit allein erclerung thün wolt, so wolten sie züfriden sin, das der Nassowisch nit zür handlung gelossen; doch wolten sie irem gnedisten herren die erclerung vorbehalten haben mit einer protestation. wart dorüf mit den Heschissen öuch gehandelt, und ward disse dispütacion öuch verglichen, doch protestierten sich die Heschissen herwider³.

p. 358 A. 1.

¹ Hier sind wohl durch Versehen des Verfassers einige Worte ausgefallen.

² Sc. Jacob Sturm.

³ Die Stände erklärten in einer besondern Schrift v. 10. Mai (ebenda), der Streit zwischen Sachsen und Hessen wegen Nassaus sollte vorläufig auf sich beruhen bleiben. Uebrigens waren wegen Wilhelms von Nassau auch sonstige Zwistigkeiten zwischen dem Kurfürsten und

Doruf ward von den verordneten mit dem Nassowischen gesandten der tax halp gehandelt uf die vorig süm, aber nichts künnen bie im erhalten. ist deshalp den chürf. reten uferlegt, das ir gnedigster her solle mit dem von Nassouw uf die 2000 fl. handelen der anlog halp.

nr. 363. Uf zinstog [Mai 2] zü VI uren sint die stend züsamenkomen, haben die Engelisch sach fürgenomen und erstlich die artikel, so zü Smalkalden sich deren verglichen, verlessen, nochmols die antwürt dorüf nochmols angezeigt und die artikel verlessen, die ler belangend der bekenntnis und apologi gemesz; als sie sagen, wie sich der Engelisch bischof¹ mit den gelerten hette zü Wittenberg verglichen, und dorüf ein frog gehalten, was jeder gesandter für ein bevelch der schickung halp uf des konigs beger hette, waren der chür- und fürsten öich der grofen ret und etlich von der oberlendischen stetten der meinung, zü schicken, aber die see- und hans- öich oberlendische [stett] mit satten bevelch hetten, und fiel² in das güt, wer zü dem bischof zü schicken, ob er etwas hette an die stend zü bringen, wolten die stend in heren; warden dorüf etlich verordnet, <und> [die] in irer relacion anzeigten, das er nicht anders hette, dan wie er züvor von sins konigs [wegen] angezeigt, und bitte noch, die stend wolten ein botschaft schicken und die mit gewalt abfertigen der religion und verstentnis halp zü handlen, öich das er im mechte vorbehalten, etlich mer in disse verstentnis zü nemen, als Schotten und andere. dorüf haben die Sachissen ret angezeigt, das ir gnedigster herr in ein instrüction gegeben und vir güt ansehe, ein botschaft neben ein gelerten zü schicken; dieselbig instrüction wolten sie den stenden nit verhalten, das dorüf dem usschütz befolen würde zü berotslahen, wie die schickung, uf was mosz und weg zü thün were. erboten sich die Heschissen glicher gestalt, doch das zwen gelerten, nemlich einer von den oberlendischen stetten, genümen würden; liessen inen allen der usschütz gefallen, doch wie ein jeder bevelch hette; ward der alt usschütz genomen und an statt Eszlingen Ulm genomen.

Uf den zinstog nochmittog zü I uren sint die vom usschütz züsamenkomen, und wer von den gesandten gewellt, hett megen öich hiningon.

Uf mitwüch [Mai 3] zü VI uren sint di stend züsamenkomen; hat der usschütz das bedenken und die antwürt, wie dem orator us Engelland us mangel etlicher der stend habenden bevelch zü antwürten sie, <und die> in schrift gestelt; ward verlesen, wie wir deren antwürt copien mit J bezeichnet haben³; die ward ins latin transferiert, im nochmols züzustellen, und sahe nochmols chürf. und fürst. ret von Sachsen und Hessen für güt an, die

Landgrafen entstanden, weil ersterer den Grafen Wilhelm in seine Dienste genommen hatte. Der Landgraf protestierte dagegen, indem er behauptete, es liege darin ein Verstoß gegen die Erbeinigung zwischen Sachsen und Hessen. Dies veranlasste die in Frankfurt versammelten Stände, den Herzog Ernst von Lüneburg zur Beilegung des Streits aufzufordern. (Ebenda). Vgl. Seckendorf III § 50.

¹ Eduard Fox, Bischof von Herford, war der Führer der Englischen Gesandtschaft.

² = gefiel.

³ Liegt bei. Enthält eine Entschuldigung, dass die Stände auf das Verlangen des Königs, eine Gesandtschaft nach England zu schicken, keinen definitiven Bescheid geben könnten, weil einige Botschaften ohne genügende Vollmacht wären. Jedoch sei man bereit, so schnell wie möglich die Meinung dieser Stände zu erforschen.

gesandten bie iren herren wolten trüwlich anzeigen, <und> [ob] für geroten dünkte sin, ein botschaft dem künig in Engelland zü schicken und in einer zit, wie das der abscheid geben würt, iren gnedigsten und gnedigen herren zü schriben. liessen inen die stend solch schrift und antwürt gefallen.

Dornoch ward für die hand genomen, das der usschütz solte berotslagen die uberigen handlung und beswernis, so etliche stend am chamergericht haben; die solten sie <oder> dem usschütz anzeigen. dorbie wart dem usschütz bevolen, die notel der verfassung, was noch darin zü bringen, zü berotslagen etc.

Wir haben öuch unsere herren sach der knecht halp, so in Frankrich gezogen, und des fischalichen mandat halben, die güter zü confiscieren, der stende rot us bevelch begert; dorbie angezeigt, das unsere herren bedocht sein, dem chamerrichter und beisitzer zü schriben, wie nünmeer bescheen und wir copien alhie haben; wü sie wellen die heren, sollen inen verlessen werden. dorüf abtreten, und noch gehabtem bedocht haben sie uns disse antwürt geben: es hetten sie die stend uns von unserer herren wegen gehort, und wü sie wisten der statt Stroszbürg zü roten und fürderlich sin, wolten sie gern thün, und dwil sie hetten gehert, das sie dem chamerrichter geschriben, das liessen sie inen wol gefallen. wü aber je der fischal wolte fürfaren, so bedeckten [sic!] sie güt sin, das unsere herren dem chürf. zü Sachsen und Hessen schriben, und das die¹ kei. oder kon. mt. schriben und dorneben öuch anderen chürf. und sich behülffen, das der fischal oder das chamergericht stil stünde bis zü ein richsdog etc. des haben wir den stenden irs rots gedankt und wellens unseren herren anzeigen, die werden verdienen. dorbie angezeigt, das unsere herren öuch bedocht haben, ein ufschüb zü süchen biz uf ein richsdog, oder was ander chür- und fürsten harinnen thün, würden wir uns des öuch halten etc. uf den dog nochmittag zü XII uren ist der usschüz züsamenkomen.

Uf donerstag [Ma i 4] zü VI uren ist der usschütz züsamenkomen und den morgen dem Engelschen orator antwürt geben, der nit wol züfriden gesin. uf den donerstag haben die stend usgescheiden Sachsen und Hessen an unseren gnedigen fürsten und herren landgrofen zü Hessen geschriben und dorin gebeten, ir f. g. welle sich der gütlichen underhandlung² annemen, wie wir derselben schrift copien mit K bezeichnet haben³. uf den donerstag nochmittag ist der usschütz wider züsamenkomen. uf den fritog [Ma i 5] am morgen und nochmittag sint die vom usschütz züsamenkomen.

Uf den fritag zü II uren sint die stend züsamenkomen, haben der usschütz lossen anzeigen: nochdem inen die sachen, so fürgefallen, zü berotslagen, haben sie etlich püncten berotslagt und in abschidwis stellen, öuch so vil deren gestelt, lessen lossen; haben die stend zü dem mol inen gefallen lossen; dorüf die Sechissen ret witer angezeigt der heimlichen rüstung und bewerbung halp, das die fornembsten oberkeiten wolten erförung — wiewol die anzeig war, das sie uns nicht belangenten, jedoch was verborgens doründer stecke, künt man nit wissen — thün, wes sie erfüren, fürderlich

p. 355.

p. 348 A. 2.

nr. 356.

¹ Sc. Sachsen und Hessen.

² Sc. zwischen dem Kurfürsten und Georg von Sachsen.

³ Liegt bei.

an ire chürf. und f. g. schriben und langen lossen. witer nochdem ein anlog gemacht zü underhaltung der beder procuratoren, das die stend iren teil wolten erlegen. darzü so langet sie an, das die handlungen, so zü Smalkalden geübt, in der geheim solten bliben; so weren doch die abschied oüch etlich püncten hin wider uskümen, das die stend wolten ein insehens haben mit iren schriberen, das die handlungen in geheim bliben.

Uf den dog noch den handlung sint etlich herren als verordnete zü dem orator us Engelland — uf sin berüfen — gangen; hat den verordneten iere gegeben antwürt wider in schriften, so er angestellt, ibergeben und sie befragt, ob es die meinüng gewesen sie etc. »

Vom 6.—9. Mai finden weitere Ausschusssitzungen wegen der Englischen Angelegenheit statt, am 9. ausserdem eine nochmalige Besprechung mit dem Englischen Gesandten.

Uf mittwüch [Mai 10] zü VI uren sind die stend züsamenkomen; haben die Seschissen von wegen des usschütz angezeigt, wie dem usschütz befohlen zü berotslahen die schicküng in Engelland; haben sie ein abschied vergriffen, wie wir heren werden. dorüf ward derselb fruch¹ abschied verlessen, wie des abschrift mit . . . bezeichnet²; liessen inen die stend also gefallen, und fiele in der umbfrog in, das güt wer, dorn ein artikel zü bringen, ob den botschaften etwas begegnet uszerthalp irer instrüction, das sie harüs an die stend gelangen miesten, das doch die chür- und f. Sachsen und Hessen gewalt hetten, uf der gesandten beger und anzeig in wider bericht zü thün. haben der chür- und f. ret nicht wellen uf sich nemen, achten oüch, iren herren würde solichs beswerlich sin, und für güt angesehen, das die oberlendischen hans- und seestett etlichen bevelch geben under inen, so die chür. und f. zü sich mechten beschriben, und mit denselbigen mechten den gesandten bericht thün, und das dieselbigen von stetten von aller stett wegen gewalt hetten, mit den chür. und fürsten sich zü verglichen; liessen inen die stend gefallen. warden dorüf Stroszbürg und Ulm von den oberlendischen und Mogdenbürg oüch Lübeck angezeigt von den hans- und seestetten. die nomen hinder sich zü bringen und besünder, dwil Lübeck disses alles kein wissens hette

¹ = frisch, neu.

² Liegt bei. S. Sleidan II 39, Salig II 352 ff. Danach sollte — unter dem Vorbehalt, dass alle Stände ihre Zustimmung dazu gäben — die vom König gewünschte Gesandtschaft nach England stattfinden, jedoch mit folgender Instruction: Nur unter der Bedingung, dass der König die beiden ersten Schmalkaldischen Artikel annimmt, welche ihn auf die Augsburgische Confession und deren Verteidigung im Concil verpflichten, sollen die Gesandten sich auf Bündnisverhandlungen mit ihm einlassen. Der Abschluss des Bündnisses wird dann noch von der Erfüllung verschiedner anderer Forderungen abhängig gemacht, worunter auch die ist, dass dasselbe nicht gegen den Kaiser, den Römischen König und das Reich gelten soll. Schlägt der König von vornherein die beiden ersten Artikel aus, so sollen die Gesandten wenigstens eine Einigung in folgenden zwei Punkten zu erlangen suchen: 1) Dass kein Teil ohne den andern in ein Concil willige, es wäre denn so beschaffen, wie die Stände es früher von dem Legaten Vergerius verlangt haben (vgl. p. 317 A. 3). 2) Dass kein Teil sich gegen den andern zu Feindseligkeiten bewegen lasse. — Ueber die Zusammensetzung der Gesandtschaft wurde gleichfalls schon Beschluss gefasst: an ihrer Spitze sollte Fürst Georg von Anhalt stehen, ihm zur Seite je zwei Räte des Landgrafen und Kurfürsten und als Vertreter der Städte Jacob Sturm; ferner die Theologen Melanchthon, Bucer und Dr. Georg Drach. Der Kostenanschlag für die Sendung betrug im Ganzen 7664 fl.

und die erstreckung der verstentnis anneme, würden sie es mit anderem dem chürf. zu Sachsen zuschriben; lies man dobie bliiben.

Uf den morgen zeigten die von Bremen an, was sinen herren von dem künig von Engelland des Jergen Wullenwebers gefengnis halp, den der bischof zu Bremen gefangen hat, begegnet, und sine herren im verdenken hab, sie sien schuldig an siner gefengnis, doruf sinen herren geschriben, sie sollen verschaffen, das er wider ledig werde. doruf sich sine herren gegen dem konig entschuldiget, aber nicht wellen helfen¹. do wer sin bitt, das die stend wolten dissers botschaft befelch geben, sine herren bie dem konig zu entschuldigen etc. das haben die stend angenommen zu thun, doch das sine herren dem chürf. zuschriben, was die handlung wer und ir entschuldigung.

Uf den morgen haben wir den stenden angezeigt die handlung der lenge noch, so sich zwischen dem herzogen von Saphoy und den von Jenf, oüch was die Berner gegen dem herzogen fürgenomen, und woruf jetzt der handel berüwet, mit bitt, das die ret und gesandten woltens hinder sich an ire gnedigste und gnedige herren oüch oberen gelangen <zu> lossen, dem noch-züdenken, ob sich jemans von iren gnedigsten und gnedigen herren in güliche handlung inliesse; dan etlich orter der Eidgenoschaft dorin handelen, die mechten bie dem herzogen etwas verdocht sin; den[n] sollte sich der keisser des von Saphoy annemen, und die von Jenf oder Bern angrifen werden, was witors darüs erfolgen mechte, haben sie lichtlich zu bedenken etc. doruf die stende anzeigt, sie wellens an ire herren und oberen bringen, die werden der handlung nochgedenken, wie die fürzunehmen sie; besonders haben die Heschissen angezeigt, das ir gnediger her in den bevelch gethon, was ir fürstlich gnod wüste dorin zu roten, es wer mit botschaft zu schicken, als der solcher handlung etwas bericht; dorzu so würden der chürf. und ir gnediger her nün bald züsamenkomen, mechten bede ire gnoden des underreden und gesprech haben; doch solten wir, was sich under wil zügetrogen, züschenken. also ward uf den morgen diesser abschied ganz verfertiget. uf den dog nochmittog zu I uren komen die stend züsamen, ward der ander und grosz abschied verlesen und gegen einander, so denselbigen abgeschriben, verheret, wie wir denselbigen mit . . . bezeichnet haben².

p. 356.

¹ Vgl. Waitz Wullenwever III 186 ff., wonach die Stadt Bremen sich in der That auf das Drängen Heinrichs VIII beim Erzbischof für Wullenwevers Freilassung verwendete, jedoch vergeblich. Andererseits fanden Bremens Beteuerungen, dass es an der Gefangennahme unschuldig sei, beim König kein Gehör.

² Liegt bei. Aus demselben sind hier noch einige Beschlüsse nachzutragen, welche Pfarrer in obiger Relation nicht verzeichnet hat. 1) An den Kaiser soll namens der Stände eine Antwort auf das letzte Schreiben (oben nr. 348) gerichtet werden, und zwar auf Grundlage des Strassburger Gutachtens (vgl. oben nr. 353). 2) Sachsen, Hessen, Magdeburg und Strassburg sollen Denkschriften verfassen, auf welche Weise diejenigen Bundesstände am besten gegen die Angriffe des Kammergerichts verteidigt werden könnten, welche nicht im Nürnberger Frieden namhaft gemacht seien. 3) Wenn evangelische Stände, welche nicht zum Bunde gehören, angegriffen werden, so soll es im Ermessen der Häupter des Bundes stehen, ob und wie weit ihnen Hülfe zu leisten sei oder nicht. 4) Der Kurfürst und der Landgraf haben im Namen der Stände zwei Sollicitatoren zu ernennen, welche sich an den kaiserlichen Hof begeben sollen, um die (oben erwähnte) Antwort auf das kaiserliche Schreiben zu überbringen und auch sonst die evangelischen Interessen zu vertreten. Diesen beiden Gesandten soll Augsburg noch einen des Lateinischen und Französischen kundigen Mann mitgeben. Was dann von wichtigen Neuig-

368 1536. Pulverlieferung für d. Kaiser. Ulm ist gegen d. Engl. Botschaft.

Uf donerstag [Mai 11] morgens sint Sachsen, Hessen und Stroszbürg zü dem orator us Engelland gangen, haben ein abschied mit im gemacht, und im namen gottes disser dog vollendet worden.» — Dat. fehlt.

374. König Ferdinand an den Rat.

Mai 11.
Innsbruck.

Str. St. Arch. AA 444. Ausf.

Bittet, dem Kaiser, welcher abermals von Frankreich wegen des Herzogtums Mailand zum Kriege genötigt sei, gegen Bezahlung Pulver und Büchsenmeister zu liefern. Strassburg möge mitteilen, wie viel Pulver es zu schicken imstande sei, und die Büchsenmeister, so viel es deren bekommen könne, alsbald nach Innsbruck abfertigen¹. Dat. Innsbruck 11. Mai a. 36. — Lect. coram XIII Mai 21, prod. Mai 22.

375. Der Rat von Ulm an den Rat von Strassburg.

Mai 21.

Str. St. Arch. AA 456. Ausf.

p. 366. Hat von seinen Gesandten, die in Frankfurt waren, gehört, was daselbst bezüglich einer Gesandtschaft nach England beschlossen worden sei. «je mer wir uns nun angezaigter sachen erinnern, je mer beschwerlicher finden wir dieselb und also geschaffen, das wir nit gedenken, das die angezaigt schickung und das furnemen zu bewilligen oder zu unternemen.» Damit nun die oberländischen Städte sich einer einhelligen Meinung hierüber verglichen, habe Ulm die Städte seines Bezirks auf Mittwoch nach exaudi [Mai 31] zu sich eingeladen². «darumben und nachdem wir nun jedesmals unser ufmerken uf e. ikait gestellt und die der sachen geschickt und also gefasst wissen, das sie alle ratsame weg deshalben bei ir tragen, so pitten wir, das sie unbeschwert seien, ir erbar ratspotschaft uf solichen tag auch stattlich zu uns hieher zu verordnen³.» — Dat. So. vocem jocunditatis a. 36. — Pr. Mai 23.

keiten am Hof erfahren wird, soll sofort den Fürsten und der Stadt Augsburg geschrieben werden. Ausserdem soll im Fall, dass der Kaiser, wie das Gerücht geht, nach Augsburg kommt, eine stattliche Botschaft an ihn gesandt werden, welche um Aufrechthaltung des Nürnberger Friedens und der andern Zusagen bitten soll. 5) Nach Beendigung der Verhandlungen mit den Sächsischen Städten wegen der noch streitigen Punkte und mit Pommern, Württemberg etc. wegen der Anlage sollen Sachsen und Hessen die Originalurkunden über die Erstreckung und die Verfassung des Bundes ausfertigen lassen. (Die Ausf. haben wir in der bekannten Urkunde vom 29. Sept. 1536 vor uns, s. Hortleder II 1329).

¹ Wie die Baseler am 23. Mai den Dreizehn mitteilten, hatte der König dasselbe Gesuch auch an sie gerichtet. Infolgedessen verlangten sie zu wissen, welche Antwort Strassburg dem König gegeben habe. Ebenda AA 1815. Strassburgs Erwiderung kenne ich nicht. Vgl. jedoch nr. 380. Der Landgraf, der unter dem gleichen Datum eine ähnliche Aufforderung erhielt, kam derselben wenigstens teilweise nach. Rommel II 342 u. 343.

² Copie des Ausschreibens ebenda.

³ Strassburgs Zusage d. d. Mai 23 im Ulm. Arch. Ref. T. XX. Sie enthält gleichzeitig die Mitteilung, dass die Stadt für die Gesandtschaft sei und dies dem Landgrafen geschrieben habe. Vgl. nr. 378.

376. König Ferdinand an den Rat.

Mai 22.
Innsbruck.*Str. St. Arch. AA 411. Ausf.*

Teilt mit, dass der Kaiser seinen Grosshofmeister Adrian von Croy, Grafen von Reux, zur Anwerbung einer grösseren Menge Kriegsvolks abgefertigt habe, und bittet, denselben bei der Ausführung seines Auftrags zu unterstützen. Dat. Innsbruck 22. Mai a. 36. — Lect. Juni 10¹.

377. Landgraf Philipp an [den Rat].

Mai 23.
Cassel.*Marb. Arch. Conc. (gleichlautend an Ernst von Lüneburg und an den Rat von Augsburg).*

Bittet um Gutachten, wie die Wiedertäufer zu behandeln seien.

Die Wiedertäufer veranstalteten in seinem Lande mitunter Versammlungen, und zwar gewöhnlich nachts und an «ausgelegenen ortern»; so seien jetzt etwa ihrer dreissig bei einer solchen Versammlung überrascht, und vier Rädelsführer gefangen worden. «nun achten wir uns dafür, das wir nit recht daran theten, wan wir imand des glaubens halb todteten, also das wir'n wolten dringen, das er disses oder jenes glaubens solte sein; nochdem aber die widertäufer ired furhabens ein bose exempel zu Munster gegeben, derohalben sie, ire handlungen und practicen verdacht seind etc., und wir doch aus gutherzigem bedenken nit gern vor uns selbst und on anderer christlichen stende rat und bedenken groses beschwerlichs, als das leib oder leben betrefe, gegen den widertäufern wolten furnemen, 'es were dan, das uns ire böshait, buberei und bösze stuck aigentlich kunt wurden, so begeren wir an euch gnediglichen, ir wollet ewern gelarten predicanten solchs furhalten, mit inen darvon reden und ratschlagen und uns darin also ewern rat und gutbedunken und, wie ired gegen denselben haltend mit leibstraf und anderm, zu erkennen geben.»² — Dat. Cassel Di. n. vocem jocunditatis a. 36.

nr. 331.

¹ Wie aus dem Empfangsvermerk hervorgeht, erhielt Strassburg dieses Credenzschreiben gleichzeitig mit einem eignen Brief Adrians von Croy, worin derselbe seinerseits den Erasmus, Freiherrn von Eytzing (?), als seinen Vertreter beim Rat beglaubigt. Ebenda, d. d. Brüssel Juni 1. — Lect. Juni 10.

² Strassburgs Antwort auf diesen Brief erfolgte erst am 5. August, da die Prediger längere Zeit abwesend waren und ihr Gutachten nicht früher vollenden konnten. Letzteres lautet ziemlich milde: die Wiedertäufer, welche Aufruhr stifteten, müssten allerdings diesem Verbrechen gemäss bestraft werden; wer aber nur im Glauben irre, den müsse man zu belehren und zu bekehren suchen. Ausweisungen hätten keinen Nutzen, weil dadurch die Irrlehre nur anderwärts verbreitet würde. Diejenigen, welche sich nicht bekehren liessen, müsse man zu nützlicher Arbeit anhalten und nach Möglichkeit an der Verbreitung ihrer Ansichten hindern. Ganz anders lautete der Ratschlag, worin der Strassburger Magistrat dem Landgrafen sein Verfahren schilderte. Man suche die Wiedertäufer — heisst es da — zum Abschwoeren ihrer Irrtümer zu veranlassen; wer hierzu nicht zu bewegen sei oder seinen Eid breche, werde aus der Stadt verwiesen. Kehre er trotz des Verbots zurück, so werde er mit Leibesstrafen belegt. Marb. Arch.

378. Der Rat an Landgraf Philipp.

Mai 24.

Marb. Arch. Ausf. perg.

nr. 375. Auf den Bericht der Gesandten vom Tage zu Frankfurt bezüglich der nach England zu schickenden Botschaft habe sich der Rat eben einer Antwort an den Kurfürsten und Landgrafen schlüssig gemacht und dieselbe abschicken wollen, als von Ulm die Aufforderung gekommen sei, einen Tag der oberländischen Städte auf Exaudi in Ulm zu besuchen, wo wegen dieser Angelegenheit beraten werden solle. Strassburg werde der Aufforderung nachkommen und über die Beschlüsse der Versammlung berichten. Uebersendet inzwischen Copie seiner ursprünglich beabsichtigten Antwort¹. Dat. Mi. 24. Mai a. 36.

379. Die Dreizehn an Landgraf Philipp.

Mai 24.

Marb. Arch. (Frankreich). Ausf.

Schicken neue Zeitungen aus dem Französischen Lager². Haben glaublichen Bericht, dass in den Niederlanden 8000 Knechte und etliche tausend Pferde im Solde der Königin Maria und der Niederländer gegen Dänemark angenommen werden. Ihr Oberst soll in Stellvertretung des Herzogs Wolfgang, Pfalzgrafen, Heinrich von Fleckenstein sein. Dat. Mi. 24. Mai a. 36.

380. König Ferdinand an den Rat.

Mai 28.
Innsbruck

Str. St. Arch. AA 411. Ausf.

Dankt für Strassburgs Dienstwilligkeit gegen den Kaiser und ersucht um Gefangenahme Hans Ludwigs von Landenberg.

nr.359,362
374.

«Wir sein bericht worden, wie ir ew.³ auf der Römischen kai. mt., unsers lieben brueders und herrn, comissari und unser an ew. ausgangen schriftlich ersuechn in allem dem, was zu gegenwurtign irer lieb und kai. mt. vorhabenden kriegszug wider den konig von Frankreich furträglich und dienlich gewesen, sovil an ew., ganz gehorsamlich furdersam und trewlich erzaigt habt, welchs wir von ew. zu besondern gnaden verstanden haben. solchs wirdet auch gedacht kai. mt. neben uns gegen ew. und gemainer stat in gnaden bedenkn. nu geben wir ew. gnediglich zu vernemen, das uns jetzo furkomen ist, das Hans Ludwig von Landenberg sich verschiner zeit uber und wider gedachter kai. mt. und unser vilfeltig ausgangn mandat und warnungn im heiligen reiche und andern unsern erblanden umb knecht beworbn, dem konig von Frankreich zugepracht hab und sein hauptman gewesen sei, sich jetzo heraus gethan, der bei ew. ankommen sein

¹ Liegt bei. Enthält dieselbe Meinung wie die Instruction Pfarrers für den Ulmer Tag, vgl. nr. 381.

² Ebenda. Es sind Angaben über die Stärke des Französischen Heeres in Piemont.

³ «Ew.» steht hier und öfter an Stelle von «euch».

solcher Meinung, dem Franzosen knecht zuzufiern¹. Befiehlt, den Landenberg in Haft zu nehmen und bis auf weiteren Bescheid gefangen zu halten. Dat. Innsbruck 28. Mai a. 36. — Rec. Juni 9, lect. Juni 10.

381. Instruction Strassburgs für Mathis Pfarrer auf dem Städtetage zu Ulm am 1. Juni. Juni 1.

Str. St. Arch. AA 457. Conc. von Joh. Meyer und Reinschrift.

Befürwortung der Gesandtschaft nach England zum Abschluss eines Verständnisses. Gründe dafür. Vorteil einer eventuellen Unterstützung durch England auf dem Concil. Jedoch vor der Sendung sich über die Hauptpunkte mit dem Englischen Orator in Deutschland zu einigen. Die Stände sollen bezgl. der Concilsfrage, der Ausnehmung des Kaisers von dem Bunde und der Stärke des Hilfscontingents den Englischen Forderungen entgegenkommen. Abrechnung wegen der Gesandtschaft nach Lübeck.

Zunächst soll er die Bedenken Ulms gegen die Botschaft der Protestierenden an den König von England hören. «demselbigen nach soll er bei ihnen [den Städten] anbringen, das wir die sachen bei uns auch erwegen und uns anders nit entschliessen können, dann das nit zu underlassen seie, dieselbig botschaft zu schicken. dann je so wir erwegen, welchemassen der k^{önig}lich orator uf dem tag zu Schmalkalden, nechst Nicolai gehalten, sein werbung gethon, und under anderm furnemlichen des konigs neigung und willen zu warer cristlicher religion anzeigt, das wir dann je schuldig, wo wir anders die waren rechten göttlichen und christlichen religion fueren und treiben, dieselben, sovil gott gnad gibt und uns menschlich und möglich, bei vilen zu fürderen, am allermeisten aber bei denen, die es von uns suchen und begeren. dieweil nun des konigs us Engelland begeren am furnembsten uf dem beruwet und die botschaft darumben zu schicken begert, sich der religion mit ime und seinen gelerten zu vergleichen, mit was fugen möchte dann das wort gottes und evangelion Cristi besser in Engelland gefurdert und ufbracht, die ehr gots mer geweitert und sein nam geheiligt werden?

Im fall aber das nit geschickt solt werden, was konde die koniglich wurde und meniglich in Engelland wol anders gedenken, dann das wir uns unser religion selbs behalten, dieselben niemant begeren wolten mitzeteilen, und gleich sobald in disen verdacht komen, das des evangelions mer im schein, dann der rechten leer und worheit bei uns furgeben wurde, und das wir uns scheuchten, bei andern dormit oder dorvon in gesprech und handlung zu lassen. nun hetten si dannoch zu gedenken, solte ein concilium furge-

¹ Landenberg scheint in der That damals in Strassburg gewesen zu sein; wenigstens hatte er am 13. Mai ein Gesuch an den Rat gerichtet, worin er bat, ihm den Aufenthalt in der Stadt zu erlauben. Ueber sein Verhältnis zu Frankreich gab er dabei an, dass er allerdings auf Drängen Fürstenbergs diesen in Frankreich aufgesucht habe, jedoch bald umgekehrt sei, da er keinen ihm passenden Posten habe erlangen können und ausserdem durch seinen Vater von den kaiserlichen Strafmandaten gehört habe. Während der Zeit, welche er bei Fürstenbergs Heerhaufen zugebracht, sei nichts dem Kaiser zuwider gehandelt worden. Deshalb bitte er um Erlaubnis, mit Weib und Kindern, die er in Strassburg zurückgelassen, noch einige Zeit dort wohnen zu dürfen. Ferdinands Anschuldigung scheint indessen berechtigt gewesen zu sein; wenigstens finden wir Landenberg im nächsten Jahr wieder in Französ. Diensten. Wegen Rebellion verhaftet, wurde er in Lyon hingerichtet. Du Bellay Mém. XIX 273.

nr. 375.

nr. 330.

nr. 346.

nomen werden, wie dann allenthalben der gemein geruch und geschrei, wie ein klein und geringe anzahl unser und derjenigen, so die leer und evangelion Cristi bekennen und treiben, wie unachtbarlich und unansehentlichen es gegen den andern teilen sein wurde, ja auch gegen denen als unsern mit- teutschen, mit denen wir allein ein stim in einem concilio zu schliessen hetten, das dieselben mer wider dann für uns urteilen wurden. hergegen dieweil dennoch Engelland deren nationen eine, die im beschlusz des concili auch ein stim hat, zu was furderung göttlicher ehr und seins heiligen wort das wurt reichen, so derselbig konig mit ganzem seinem reich bei der worheit Cristi und uns ston, derselben mit uns eins sein und helfen beschirmen und erweitern wurde, ob das nit manchem, der sonst us forcht und klein- nechtigkeit [sic!] ¹ stilschweigen wurd, [würde] ursach geben, die worheit auch frei und dapfer zu bekennen, das alles durch dise schickung gefurdert und zuwegen brocht werden möcht, so ferr und weit gott sein gnad dorzu geben wolt» etc.

Aus diesen Gründen hätten schon die Strassburger Gesandten in Frank- furt auf Befehl des Rats die Botschaft befürwortet. Man könne deshalb jetzt nicht wohl eine andere Ansicht aussprechen, zumal da auch Sachsen und Hessen die Sendung für gut und dem Wort Gottes förderlich angesehen hätten. «wir trügen aber allein dise beschwerden. dieweil sich der ko^{lich} orator zu Frankfurt offermals gegen den reten und botschaften, die zu ime geschickt worden, vernemen lassen, so man etwas beschwerd in der ko. antwort hette, ime dasselbig anzuzeigen, wolt er deren declaration und bericht geben, und man aber bedacht, dieweil etliche der stend botschaften nit bevelch hetten, das man sich nit mit ime wolt in disputation lassen, das er doruf gesagt, er versehe sich, das man an seins herren des königs antwort vernuegen trueg, auch uber das man ime darnach in gemein zu verston geben, das etliche beschwerden in derselben weren, wie er das von den churf. reten zu Wittemberg vermerkt, das er doruf beharrt, das er denselben reten die antwort domals also erclert, das er inen gnug gethon und das si deshalb zufrieden gewesen: do besorgen wir, wo die botschaft mit der instruction, uf dem tag zu Frankfurt beratschlagt, abgefertigt werden solt, und man dann in derselben instruction der ko. antwort nit gesettigt und dorzu erst die usneming kai. und ko. mt. und des heiligen reichs dorzu- gesetzt, das doch in dem Schmalkaldischen articulu ² nit gedacht, das die ko. wurde gegen den stenden und auch den potschaften miszfallen fassen und tragen möcht, das man ein solichs nit zuvor seinem oratori angezeigt und inen haussen des nit bericht hette.

p. 366 A. 2.

Und umb solcher ursachen willen hette uns fur gut und nutz ange- sehen, das man mit dem oratori, zuvor und ehe derselbig us teutschen landen verreiten, gehandelt, die beschwerden der ko. antwort anzeigt [hätte], ob man sich villeicht derselben zuvor mit ime hette vergleichen mögen. dann sonst solte sich wol zutragen, so die botschaften der stend mit solcher instruction in Engelland kemen, das in der handlung etwo andere mittl und

¹ So in der Reinschrift. Im Concept ist das Wort zwar etwas undeutlich geschrieben; doch ist wohl kaum anders als «kleinmütigkeit» (= Kleinmut) zu lesen.

² Corp. ref. II 1383; vgl. oben p. 318 Anm. 4.

meinung fürfielen, das si hinder sich heraus schicken und schreiben müszten, und etwo von nöten wurde, die stend von newem doruber zu beschreiben, das dann langen verzug geben wurde, und die gesandten etwo ein jor in Engelland verhorren müszten; das alles durch das, so man mit dem oratori haussen abhandlete, vorkumen und ein grosse mühe und merklicher cost erspart were. dann obgleich wol in solicher handlung, so man mit dem oratori thete, etwas solichs fürfielen, in dem er hinder sich zu schreiben und der ko. w. gemut und meinung oder ferrern bevelch erkundigen und haben muszt, hette er ein solichs bei der ko. w. als bei einem einigen haupt gar vil leichtlicher zu bekommen, dann so der stend botschaft ein solichs us Engelland thun und man erst sovil stend dorüber beschreiben und so ein lange zeit verzeren muszte. wurde man sich aber mit dem oratori der beschwerden ko. antwort oder andern der art. haussen nit vergleichen könnenden, und er dannoch doruber begerte zu schicken, so were zu verhoffen, so er ein solichs der ko. w. anzeigte und berichtet, das si desto weniger beschwerden ob abfertigung und werbung der potschaft nemen oder fassen möcht. und domit aber die beschwerden der ko. antwort desto fuglicher mit dem oratori hie ussen oder bei der ko. w. drinnen verhandlet möchten werden, hetten wir bei denselbigen dis bedenken:

Als erstlichen, wo der ko. orator haussen oder die ko. w., so der stend botschaft(en) zu ir hineinkeme, den anhang des dritten art.¹ behorren und je für billich achten wolten, dieweil kein teil one das ander das concilium sollte bewilligen, das auch billich, das kein teil one das ander die ursachen, ob ein solich concilium, wie wirs begert haben, vorhanden, für gnugsam achten und halten sollen: das dann ein solichs nit hoch zu streiten, und man dem oratori oder im fall ko. w. selbs zugeben mechte; dieweil nit zu hoffen, das der bapst ein concilium usschreiben oder zulassen werde, wie es von den stenden in dem schreiben, an den bepstlichen legaten beschehen, begert worden, darmit man nit umb ein ding streitig were, da nit zu gedenken oder zu hoffen, das es sich immer zutragen oder begeben und ins werk komen wurde. zu dem solten wir uf diser seiten frei ston, wer die ko. w. auch frei, und wurde vil mer zu besorgen sein, der bapst wurde mit derselben lossen practiciren, die ander ehe² zugeben und ratificiren, domit si die ursachn für billichen hielt und in ein concilium bewilligte one uns. daraus wurde nun den stenden vil mer dann der ko. w. nochteil entston und der verstand gor zerrüttet und vernichtet.

Zum andern die usneming kai. und ko. mt. auch des heiligen reichs bei dem neunten art. belangend, in demselben seie auch unser gemut und meinung nie anders gewesen und noch nit, dann wo diser verstand mit der

¹ Der dritte Schmalkaldische Artikel bestimmte, dass kein Teil ohne den andern in ein Concil willigen sollte. •doch so ist hierin versehen, so gewiszlich und durch gegründte anzeig und bewegungen kundbar wurde, das ein solich christlich frei gemein concilium usgeschriben were, wie es die vereinigten stende in der antwort dem babstlichen orator, Petro Paulo Vergerio, gegeben (p. 317 A. 3), begert haben, das dan solich concilium nit zu weigern seie. • Hierin beantragte der König folgende Aenderung: •so ko. wurde und den fursten sampt den vereinigten stenden gewiszlich und us guten ursachen offenbar wurde, das ein solich christlich frei gemein concilium• etc. Ebenda AA 456.

² Mit Anna Boleyn.

ko. w. zu Engelland sein furgang erreichn solt, das im vergriff der notl es dermassen versehen, domit es gegen kai. und ko. mt. und dem heiligen reich unverweislichen sei. wir besorgen aber, solte es also, wie der art. des abschids und der in die instruction gesetzt werden soll, lutet, an die ko. w. gebracht werden, es möcht bei derselben ein beschwerlich ansehen und verdenkens pringen. so dann der Frankfurtisch abschid vermog, das solich usnemung uf ein oder zwo form bedacht und mit vorbestimpten worten in die instruction gesetzt werden soll, gedechten wir, das es uf ein solich masz were zu stellen, die bei der ko. w. zum wenigsten zu verarkwonen und den stenden am unverweislichsten were, wie dann unser cristlich verstandnus ouch allein mit solchen worten versehen, das si kei. mt. und dem hailigen reich nit zuwider, sondern allein im fall der gegenwer solle verstanden werden und kei. mt. unverborgen ist. doch so gedechten wir, das ein solichs nit an den neunten articul zu henken, aber im anfang des vergriffs oder villicht am end desselben zu setzen were; und ob es von nöten, das man ehe ein solichs, züvor und ehe man es mit dem ko. oratori gehandelt oder die potschaft, so geschickt werden solt, verritten, den stenden zugeschriben hette.

Und als dann zum dritten das erpieten, so man sich uf der ko. w. gegenbeger entschlossen, bei dem oratori und auch ko. w. fur gering angesehen und villeicht also verstanden werden möcht, als ob es allein der erst furschlog were, so achteten wir, das khom uf demselbn zu behorren sein wurde¹, und das dorumben der churf. zu Sachsen und landgrave zu Hessen sich der stend wol sovil zu mechtigen hetten, bei dem oratori oder im fall durch die gesandten bei der ko. w. die som der knecht bis in die viertausend zu erhöhen, in ansehung das der lauf der knecht mit einem geringen costen zu wegen zu bringen ist.

Das wer ungevarlichen unser bedenken und ursachen, dorumben wir gedechten, das die beratschlogt botschaft zu schicken, und mit was bevelch si abzufertigen were, wie wir dann allgerait vermög des Frankfurtischen abschids herrn landgraven zugeschriben etc. Wenn der Gesandte merkt, dass Ulm nur «us menschlicher forcht und ansehung gegenwurtiger leuf» die Botschaft nach England weigert, so soll er an ihr Vertrauen auf Gott und die gute Sache appellieren. Vergleicht sich dann Ulm in der Hauptsache mit Strassburg, so soll Pfarrer sich an der Absendung einer gemeinsamen Erklärung an den Kurfürsten und Landgrafen in obigem Sinne beteiligen; wenn nicht, so soll er Ulm und die andern Städte ihre Meinung an die Fürsten schreiben lassen und anzeigen, dass Strassburg für sich allein antworten werde². Ueber die Kosten der Gesandtschaft nach Lübeck soll mit den Städten abgerechnet werden.

nr. 378.

nr. 328.

¹ Der König hatte u. a. als Gegenleistung verlangt, dass ihm im Notfall auf seine Kosten bis zu 2000 Reiter und 5000 Knechte zugeschickt würden. Die Stände wollten jedoch höchstens 2000 Knechte für ihn aufbringen. (AA 456.)

² Dieser letztere Fall trat wirklich ein, indem die oberländischen Städte mit Ausnahme der drei unten genannten sich trotz Zuredens der Strassburger gegen die Gesandtschaft aussprachen. (Ebenda AA 456 Copie, Ausf. im Marb. Arch.). Sie begründeten ihren Ratschlag mit dem Hinweis auf den ungünstigen Stand der Verhandlungen mit England; die wichtigsten Punkte seien noch unvereinbart und erforderten noch so viel Erörterungen und Besprechungen,

382. Der Rat an Landgraf Philipp. Juni 10.

Marb. Arch. Ausf. perg. Zettel ebenda.

Nachdem jetzt der Strassburgische Gesandte von Ulm zurückgekehrt sei und über die dortigen Beratungen wegen der Botschaft nach England berichtet habe, könne man nicht umhin, die schon am 24. Mai dem Landgrafen zugeschriebene Ansicht durch ein neues Schreiben¹ formell zu bekräftigen. Uebersendet auch die Briefe der Städte Constanz und Lindau in dieser Angelegenheit. Dat. 10. Juni a. 36.

nr. 378.

Zettel: Lindauische Gesandte in Speier hätten erfahren, dass das Schreiben der Frankfurter Versammlung an das Kammergericht dem Römischen König zugeschickt sei, und dass das Gericht nicht gesonnen sei, stillzustehn. Der Landgraf möge die zu Frankfurt beschlossene Botschaft an den König beschleunigen.

p. 360.

383. Kaiser Karl V an den Rat. Juni 13.

Asti.

Str. St. Arch. AA 44. Ausf.

Strassburg solle die Häuser, die fahrende Habe und Güter des Grafen Wilhelm von Fürstenberg, welche es infolge der erlassenen Mandate² eingezogen habe, dem Bruder Wilhelms, Grafen Friedrich von Fürstenberg zustellen, den er damit für seine treuen Dienste belohnen wolle³. Dat. Asti 13. Juni a. 36. — Lect. Aug. 23.

nr. 365.

384. Die Dreizehn an Landgraf Philipp. Juni 13.

Marb. Arch. (Stadt Strassburg). Ausf. Beilage ebenda. Copie v. Sturm.

Zeitungen vom kaiserlichen Heer in Italien. Rückzug der Franzosen aus Italien. Eidgenossen. Knechte nach den Niederlanden geführt. Beilage: Stärke des kaiserlichen Heeres. Absichten des Kaisers. Anwesende Fürsten am Hof.

Uebersenden auf Wunsch ihres Ratsfreundes, Conrad Joham, einen Brief(*), den dessen Diener aus Italien an des Landgrafen Adresse mitge-

dass die Abgesandten doch nichts Endgültiges ausrichten würden. Fruchtlöse Verhandlungen würden aber den König von England nur gegen die Verbündeten aufbringen, abgesehen davon, dass auch der Unwillen des Kaisers zu befürchten sei. Man solle deshalb lieber mit den Englischen Gesandten in Deutschland verhandeln. Nur Constanz, Lindau und Esslingen schlossen sich dem Strassburger Gutachten an. Constanz teilte dies dem Rat am 26. Juni mit (AA 482), Lindau bereits am 5. (Marb. Arch.), Esslingen am 23. Letzteres schrieb zugleich, dass es seinen Anteil an den Kosten der Gesandtschaft schon in Frankfurt erlegt habe (AA 460).

¹ Ebenda. Ganz gleichlautend mit dem am 24. Mai übersandten Schreiben (nr. 378) und also auch der Instruction für den Ulmer Tag (vor. Nummer) entsprechend.

² Die Strafmandate gegen den Eintritt in fremde Kriegsdienste (nr. 339, 359) trafen natürlich in erster Linie den Grafen Wilhelm, welcher ja die Oberleitung über die Landsknechte des Französischen Heeres übernommen hatte (nr. 346).

³ Friedrich von Fürstenberg hatte gleichzeitig vom Kaiser Befehl erhalten, im Strassburger Gebiet Knechte anzuwerben und Kriegsmaterial zu kaufen. (Credenz für Friedrich an den Rat d. d. Juni 12, prod. Juli 8, ebenda.)

- bracht hat. Daneben habe Joham ihnen Zeitungen behändigdt, welche er von einem andern Diener, der noch zu Mailand sei, erhalten hätte; man schicke dieselben «in ansehung, das bemelter Conrad Johams diener ultima maii noch zu Asti gewesen und vil deren ding selbst gesehen hat. daneben haben wir zeitungen von den unsern aus Lyon, das ko. wurde von Frankreich sampt deren gemahel von Cremu¹ aus dem Delphinat sich wider gein Lyon gethan, und ist die sag, der zeug, so in Italien mit dem ammiral gewesen, seie wider über das gebürg hinder sich gezogen, und ist der ammiral uf der post zum könig gein Lyon komen. so laufen im die Aidgnossen seer zu, wiewol fur sich selbst on bewilligung der oberkaiten. gleicher gestalt bewerben sich etlich umb teutsche knecht, die sie auf Schaffhausen durch die Aidgnossen dem konig zuschieben. bei uns laufen vil knecht durch, so under herr Wolf Dieterichen von Pfirt regiment gehören und gein Hausen² bei Speir beschaiden werden, da man sie mustern und alsdann uf den Rhin setzen, hinab in das Niderland fueren wöll; des haben
- nr. 376. kai. mt. hofmaister, der von Croy, etlich vil dännenschiff (?) hie bei uns kaufen lassen, die dise woch hinabgan werden, die knecht ze fueren.» — Dat. Di. 13. Juni a. 36.

BEILAGE.

«New zeitung». Ankunft des Kaisers zu Asti am 27. Mai. Seine Begleitung bestehe aus Spaniern und Italienern; dagegen sei kein deutscher Fürst bei ihm³. Es folgten ihm 16 Fähnlein Italiener unter Fabricius Moroni und 8 Fähnlein Spanier unter dem Markgrafen von Guasto. Am 28. Mai Ankunft von 3000 Spanischen Schützen, am 29. Ankunft des Antonius von Leiva mit 200 Pferden und 4 Fähnlein Spaniern. Derselbe sei vom Kaiser empfangen. Am 30. Mai Audienz des Andreas Doria, Leiva und Guasto beim Kaiser. Am 3. Juni sei Caspar von Frundsberg, obwohl sehr krank, mit 12 Fähnlein Landsknechten in Pavia eingetroffen. Derselbe erwarte noch 2000 deutsche Pferde. Venedig stelle 12 Fähnlein Fussvolk und 2000 Pferde, Florenz 5 Fähnlein und 1000 Pferde, Mantua 15 grosse Büchsen. Man sagt, der Kaiser werde im ganzen in Italien ein Heer von 60000 Mann haben. Der Markgraf von Saluzzo habe dem Kaiser ungehinderten Pass durch sein Land nach Frankreich zugesagt. Leiva werde demnächst Turin stürmen, nachdem der Kaiser die starke Besatzung vergeblich zur Uebergabe aufgefordert. Doria und der Markgraf von Piskera hätten Befehl, mit 9000 Mann, vielen Schiffen und starkem Geschütz gegen Marseille zu ziehen, während der Kaiser beabsichtige, über den Mont St-Genève ins Delphinat einzufallen. 20000 Spanier sollten von Spanien aus gegen Perpignan vorgehen. Am 3. Juni sei der Krieg zu Mailand erklärt. In Italien sei jedermann auf des Kaisers Partei; die Spanier hofften in 6 Wochen Lyon und im Herbst Paris zn erobern. Herzog Ludwig von Baiern solle die Wittwe Franz Sforzas heiraten und Regent von Mailand

¹ = Crémieu.

² Wahrscheinlich Rheinhausen s. o. von Speier.

³ S. die widersprechende Angabe am Schluss.

werden; derselbe sei mit 200 Pferden nach Asti gekommen. Von deutschen Fürsten seien sonst noch die Markgrafen Friedrich und Hans Albrecht von Brandenburg¹ sowie der Bischof von Brixen beim Kaiser. Dat. Mailand 3. Juni a. 36.

385. Landgraf Philipp an den Rat.

Juni 13.

Cassel.

Thom. Arch. Ausf. Beilage Str. St. Arch. AA 457. Copie.

Sendet den Naumburger Abschied, betreffend die Vermehrung der Stimmen, die Gesandtschaft zum Kaiser etc.

Uebersendet den Abschied von Naumburg, «daraus befunden, das den oberländischen stetten eine und den Sechsischen stetten auch ein stim zuge- setzt ist». Bittet, dies den andern oberländischen Städten mitzuteilen, und «euch mit sampt denselbigen mit den stimmen und bundsreten numehe geschickt [zu] machen.» — Dat. Cassel Di. n. Trinitatis a. 36. — Lect. Juni 24.

BEILAGE.

Abschied zu Naumburg zwischen Kursachsen und Hessen in Sachen des Schmalkaldischen Bundes. Juni 4. nr. 373.

1) Die Ausfertigung der Urkunde über die Bundesverfassung soll erst nach dem 29. Juni erfolgen, bis zu welchem Termin die Erklärung der Sächsischen Städte zu erwarten ist.

2) Anstatt der bisherigen 9 Stimmen sollen künftig 13 sein, und zwar soll von den 4 neuen Stimmen eine den Herzögen von Pommern, eine dem Herzog von Württemberg und je eine den Sächsischen und den oberländischen Städten zufallen.

3) Mit der Englischen Botschaft soll gewartet werden, bis alle Stände ihr Gutachten eingesendet haben.

4) Diejenigen Stände, welche die Erlegung ihres Beitrags bis zum 29. Juni verabsäumen, sollen von Sachsen und Hessen gemahnt werden.

5) Als Gesandter an den Kaiser zur Ueberbringung der Antwort auf das Schreiben vom 30. November 1535 ist Joachim Marschalk zu Pappenheim ausersehen. Der Kurfürst wird die Antwort auf Grund des Strassburger Entwurfs abfassen lassen. Zu König Ferdinand soll Hans von Dolzig verordnet werden, um wegen der Prozesse zu handeln. p.367A. 2.

386. Landgraf Philipp an die Dreizehn².

[Juni 18].

Str. St. Arch. AA 459. Ausf. Marb. Arch. (Frankreich). Conc.

Er habe ihren Boten so lange aufgehalten, um ihm noch mehr Zeitungen aus Dänemark mitgeben zu können. Uebersendet, was ihm an Nachrichten

¹ Friedrich von Ansbach und sein Sohn Johann Albrecht, später Erzbischof von Magdeburg.

² Dem Empfangsvermerk zufolge kam der Brief gleichzeitig mit dem vom 13. Juni (vorige Nummer) in Strassburg an, hat denselben also wahrscheinlich als Zettel beigelegt. Das Concept zeigt insofern eine Abweichung, als darin der erste Teil des Schreibens als selbständiger Brief d. d. Juni 18 erscheint, während der zweite Teil (über Hilching und Sickingen) als

zugekommen ist¹. Dankt für empfangene Zeitungen. «uns ist angelangt, das Johan Hilchgin auch Schweig[hard] und Hans von Sickingen mit iren reutern, die sie nach kei. mt. gefuert, wider umbwenden sollen. dergleichen sollen die lesten knecht, die kei. mt. annemen lossen, auch umbwenden. begeren derwegen gnediglichen, ir wollet kundtschaft druf machen und erfahrung haben, wie es damit ein gestalt habe.» — Dat. ut in lit. — Pr. 24. Juni a. 36.

Zettel: Soeben erhalte er noch ein Schreiben des Königs von Dänemark, worin derselbe die Eroberung des Schlosses Warburg anzeige; von allen Schlössern und Städten sei nun blos noch Kopenhagen unbezwungen. Dat. ut in lit. — Pr. 24. Juni a. 36.

387. Landgraf Philipp an den Rat.

Juni 19.

Cassel.

Str. St. Arch. AA 456. Ausf.

Verschiebung der Gesandtschaft nach England. Verwendung für Lindau.

nr. 382.

Antwortet auf das übersandte Bedenken bezüglich der Botschaft nach England. «lassen uns solich ewer bedenken mit misfallen, wollen solichs dem churfursten zu Sachsen zusenden und mit seiner lieb daraus ratschlagen und handeln. nachdem sich dan mitler zeit der einfal zugetragen, das der konig zu Engellant das zweite weib hat lassen richten und itzt ein ander genommen², wird solichs die schikung etwas ufziehen; dan der churfurst und wir haben fur gut angesehen, dieweil der konig das zweite weib hat lassen richten, die dan dem evangelio, wie man sagt, gneigt gewesen und das hat gefurdert, das wir irst, ehe dan wir die potschaft abfertigen, ein ursach nemen und einen hineinschiken wollen, zu erkunden, ob der konig noch der meinung sei und dem evangelio anhangen. was wir nu mit dem churfursten in dem weiter fur gut ansehen und furnemen werden — darunter dan wir ewers bedenkens eindenck sein wollen — wollen wir euch zeitlich

Zettel beigegeben ist. Ausserdem ist in dem Concept deutlich ausgesprochen, dass mit den Strassburger Zeitungen, für welche der Landgraf dankt, die durch Johans Vermittlung am 13. Juni (nr. 384) übersandten Berichte gemeint sind. Danach erklärt sich der Hergang folgendermassen: Der Brief vom 13. Juni (vor. Nummer) wurde in der Hessischen Kanzlei einige Tage zurückgehalten, weil man noch weitere Neuigkeiten abwarten wollte. Als diese ungefähr gleichzeitig mit dem Strassburger Schreiben eintrafen, wurden sie anfangs in einem besondern Brief concipiert, bei der Ausfertigung aber der Einfachheit halber in Zettelform dem Brief vom 13. Juni beigelegt.

¹ Wahrscheinlich gehören hierher zwei Briefe an den Landgrafen aus Antwerpen (einer d. d. Mai 29), von denen sich Copien im Str. St. Arch. AA 460 befinden. Die Unterschrift des Verfassers ist durch mehrfaches Ausstreichen unleserlich gemacht. Es sind Mitteilungen über die Hinrichtung der Königin von England (Anna Boleyn), über die Stärke der kaiserlichen Truppen, über die Absicht des Sultans, Frankreich mit 20000 Türken zu Hilfe zu kommen. Ferner wird von 3000 Knechten berichtet, die in Friesland lägen, und von denen bisher niemand wisse, wem sie dienen sollten. Doch scheine es, dass der Pfalzgraf (Friedrich), der am 28. Mai in Brüssel angekommen sei, sich ihrer gegen Dänemark bedienen wolle.

² Die Hinrichtung Anna Boleyns war am 19. Mai erfolgt. Die neue Königin war Johanna Seymour.

gnug, ehe die potschaft abgefertigt wirdet, zu erkennen geben¹). — Dat. Cassel Mo. n. Viti a. 36. — Pr. Juni 26.

Zettel: «Sovil die von Lindaw und furderung der schickung zu Ro. ko. mt. belangt, wollen wir mit fleis doran sein, das solche schickung furderlich geschee, wie ir on zweifel ab dem abschid, den wir mit dem churfursten zu Sachsen jungst zur Naumburg gemacht und euch zugeschickt haben, werdet sehen.» — Dat. ut in lit. nr. 385.

388. Die Dreizehn von Basel an die Dreizehn von Strassburg. Juni 22.

Str. St. Arch. AA 445. Ausf.

Bitten um Verwendung für die bedrängten Glaubensgenossen in Frankreich.

«Es werdend zeigere diz briefs, wie die sachen deren halb, so von wegen des evangelii gefangen oder vertriben, in Frankrich stenden, uch gnugsam verstendigen. und so wir daruf verhoffend, ouch zu guter masz merkend, wann unser gnedig fursten und herren, der herzog zu Wurtemberg, ouch her landgraf zu Hessen, ir und andere stett unser religion von bedachter gefangenen und vertribnen halb an die konigliche maiestat zu Frankrich schribend, das solche furbitten den biderben luten wol erschiessen, und dann der evangelisch handel ein gemeine sach, so uns allen billich angelegen sin sol: gelangt an uch unser ganz fruntlichs begeren, ir wöllend dise bringere gedachter sachen halb gutlich vernemen und demnach daruf trachten und anrichten, damit si von den hochgemelten fursten, uch und andern erbarn stetten bittlich furschriften erlangen mögen, als wir dan uch zu thund gesinnet wissen: getruwen wir, die erbaren lut, unser aller mitbruder, wurdend deren treffenlichen geniessen.» — Dat. Do. 22. Juni a. 36. — Pr. Juni 26.

389. Die Geheimen von Esslingen an die Dreizehn. Juni 23.

Str. St. Arch. AA 460. Ausf.

Es habe sich bei ihnen das Gerücht von einem Siege, den der Kaiser über das Französische Heer erfochten habe, verbreitet. Bitten um Auskunft bei gegenwärtigem Boten, was an der Sache sei². Dat. Fr. 23. Juni a. 36.

390. Der Rat an König Franz I von Frankreich. Juli 3.

Str. St. Arch. AA 445. Deutsches Concept von Copitos Hand. Das lateinische im Thom. Arch.

Dankt für die Begnadigung der verfolgten Evangelischen, bittet aber um Aufhebung der Klausel von dem Abschwören der Irrtümer und um Ernennung unparteiischer Richter.

«Als vergangner zeit, allerchristlichster konig, bei uns ein red entstanden, wie in e. mt. königreich der religion halb sich grosse unrug

¹ Derselbe Brief ging laut Vermerk auf dem Concept des Marb. Arch. auch an Augsburg, Ulm und Memmingen, obwohl diese ja im Gegensatz zu Strassburg die Gesandtschaft wider-raten hatten. Vgl. p. 374 A. 2.

² Strassburgs Antwort kenne ich nicht. Das Gerücht war jedenfalls unbegründet. Es könnte sich höchstens um ein unbedeutendes Scharmützel handeln, da der eigentliche Feldzug erst Ende Juli begann.

erhoben, dadurch etlich zu penlicher strafe angenommen, etlich vil vom land entwichen seien, haben wir besonders mitleiden getragen mit so gewaltigen herlichen königreich, dan wir vilfaltig erfahren, was underston und zuwegen bringen bei mechtigen fursten die, so mit furgeben der religion ires mutwillens schutz suchen, nemlich das als lesterer des glaubens gestrafet werden, die am hochstem dem christlichen glauben nachforschen. und warlich die, die us Frankreich zu uns geflohen, deren wesen und wandel wir bekennen, sind nit allein begirig, e. mt. und der kron Frankreich wolfart, sonder eines solichen gemuts und herzens gegen dem heren Christo und siner kirchen und guten kirchensatzungen, auch solicher unschuld und bescheidenheit, das wir sie nit anders dan fur frome biderleut und gute christen halten mogen.» Nun habe man mit Freuden vernommen, dass der König eine Amnestie für die um des Glaubens willen Gefangenen, Verfolgten oder Flüchtigen erlassen habe¹. Man sage Gott und dem Könige dafür Dank, bitte aber um Aufhebung der dem Edict angehängten Klausel, dass die Begnadigten vor den Bischöfen, Statthaltern oder Ketzern binnen sechs Monaten ihre Irrtümer abschwören und in den Gehorsam der Kirche und ihrer Satzungen zurückkehren sollten. Der König möge vielmehr verschaffen, «das niemant wider sin conscienz zu seinem verderblichen schaden und verletzung der eren sich selbs unverdient des lasters der ketzerei schuldig zu geben gezwungen werde.» Nur die, welche «dem hailigen christlichen glauben der kirchen und irer satzung» zuwider handelten, müssten mit Strafe bedroht werden. Als Richter darüber dürften nicht die eingesetzt werden, «die offentlich warer religion entgegen und feind sin aller, so beserung der kirchen suchen, sunder männer, die gesunder lere und gutes lebens sin, und von den in so wichtigen sachen verstendige leut etwas guts verhoffen mogen; zudem das in solicher verwickelter und unbekanter sachen den beklagten ordenliche hilf des rechtens, als advocaten, redner, fursprecher, zeit und weil, auch alle freiheit, ire nötturft furzubringen, zugeben würde. also wurde kein boser ungestrafet pliben und kein unschuldger vertrucket und unbillich geschendet werden. und erlangte e. k. mt. us disem gnedigen bedenken den begerten nutz, die zwar begeret, die kirch in Frankreich bi irem ansehen und ruge zu behalten und zu furkomen, das nit unbillichen umbgetriben werden die, die nichts verwirket oder on argen fursatz in verdecktlich hendel komen sin.» Sowohl die beschwerten Französischen Unterthanen als auch die Stadt Strassburg würden dem König dafür zu grossem Dank verpflichtet sein. «Us Strasburg 3. julii a. 1536².»

¹ Copie des Edicts, welches die Amnestie verkündigte, d. d. Mai 31, ebenda.

² Im Thes. Baum. (Angabe des Fundorts fehlt) befindet sich noch Copie eines Schreibens von Strassburg an den Cardinal Du Bellay mit Datum Juni 6, aber ohne Jahreszahl. Dieser Brief, in welchem der Cardinal um Verwendung für die unterdrückten Französischen Protestanten beim König gebeten wird, gehört wahrscheinlich hierher. Dass darin das erst sechs Tage früher erlassene Edict des Königs (s. vor. Anm.) noch unbeachtet ist, darf wohl nicht wunder nehmen.

391. König Ferdinand an den Rat.

Juli 8.
Innsbruck.*Str. St. Arch. AA 411. Ausf.*

Offener Ausbruch des Krieges zwischen Frankreich und dem Kaiser.

Der König von Frankreich habe bekanntlich wider alles Recht und Billigkeit Krieg angefangen und sich durch die friedlichen Bemühungen des Kaisers nicht zur Ruhe verweisen lassen. Vielmehr habe derselbe jetzt die kaiserliche Botschaft an seinem Hofe « abgeschafft » und seine eigene Botschaft vom kaiserlichen Hofe zurückberufen, woraus abzunehmen sei, « das er, der Franzos, jetzund mit dem offen krieg wider die kai. mt. und derselben land und leut zu verfahren vorhabens ist. » Infolgedessen rüste sich der Kaiser mit aller Macht gegen Frankreich. « dem allen nach so wellen wir ew. der obbestimhten vor augen schwebenden vehd und kriegshandlung, damit ir ewern einwonern und burgern, welche bisher mit irer hantierung des bemelts Franzosen land besuecht, vor schaden zu warnen wisset, hiemit erinnert haben ». Auch solle Strassburg wohl auf das Vornehmen der Franzosen acht geben und gegen alle, welche mit denselben practizieren, als wissentliche Feinde verfahren¹. Dat. Innsbruck 8. Juli a. 36. — Pr. Juli 24.

392. Johann, Graf zu Montfort, Ritter Heinrich von Waldeck und Johann Baptist von Taxis, kaiserliche Räte und Commissare, an den Rat.

Juli 9.
Mainz.*Str. St. Arch. AA 411. Ausf.*

Bitten auf vier Personen zu fahnden, welche von Köln Rhein aufwärts über Speier nach Strassburg gereist sind und sich durch ihre Reden und ihr Gebahren dringend verdächtig gemacht haben, dass sie gegen den Kaiser practizieren. Der Rat möge sich gegen diese Leute der Gebühr nach halten und, was er über sie in Erfahrung bringe, mitteilen². Dat. Menz So. n. Udalrici a. 36. — Pr. Juli 12.

393. Die Dreizehn von Basel an die Dreizehn von Strassburg. Juli 24.

Thom. Arch. Ausf.

Nachdem Strassburg, Basel, Zürich und Bern sich « hievor » einzeln zu Gunsten der bedrängten Glaubensgenossen in Frankreich verwendet, habe jetzt Bern den Vorschlag gemacht, dass Strassburg mit den Eidgenossen zusammen eine Botschaft auf gemeine Kosten nach Frankreich schicke, dergleichen Württemberg mit Hessen auch eine : in der Hoffnung, damit nicht nur den Bedrängten Hülfe zu schaffen, « sonder auch dem evangelio die thüren in Frankrich [zu] offnen, also das die evangelische leer frig gelassen wurde. » Bitten, dass Strassburg seine und der Fürsten Meinung hierüber kundgebe. Dat. Di. 24. Juli a. 36.

nr. 388,
390.

¹ Am 8. September befahl Ferdinand, die Knechte, « welche, auf Straspurg oder sant Ottilisberg zu ziehen, beschaiden werden sollen », aufzuhalten. Ein ähnliches Mandat ging am 18. August vom Kammergericht aus. Darin heisst es, die Knechte würden ohne Waffen « gleich den wandergesellen » durch heimliche Pässe nach Frankreich geschafft. Ebenda.

² Der Brief hat folgenden Kanzleivermerk von der Hand des Stadtschreibers: « der gefangnen dreier Engellender halb. » Näheres über die Angelegenheit fehlt.

382 1536. Gesandtschaft zum Kaiser. Evang. in Frankr. Parteinahme Berns.

394. Der Rat von Augsburg an den Rat von Strassburg. Juli 26.

Str. St. Arch. AA 456. Ausf. perg.

nr. 385. Sachsen und Hessen hätten «für fruchtbar und notwendig» erkannt, dass zu der Gesandtschaft an den Kaiser ausser Joachim Marschalk, der von Sachsen ernannt sei, noch ein Hessischer Rat, namens Ludwig von Baumbach, verordnet würde, damit, wenn der eine krank würde oder stürbe, der andere ihn ersetzen könnte. Diesen beiden habe nun Augsburg noch im Namen der Städte seinen Advocaten Dr. Claudius Peutingen beigegeben. Schliesslich sei noch als Gesandtschaftssecretär Heinrich Silberwörner von Worms ausersehen. In drei oder vier Tagen würden die Genannten mit dem von Dolzig zuerst zum König und alsdann zum Kaiser reiten. Da die Gesandtschaft aus mehr Personen bestehe, als zu Frankfurt bestimmt worden, so würden die Kosten statt 1200, jetzt 2000 fl. betragen. Hoffen, dass die Städte keine Beschwerde über die von den Fürsten für nützlich gehaltene Verstärkung der Botschaft tragen werden. Dat. 26. Juli a. 36. — Pr. Aug. 51.

395. Die Dreizehn von Strassburg an die Dreizehn von Basel. Juli 28.

Basl. Arch. Zeit. 1520-49. Ausf. von M. Han.

nr. 393. Antwort auf den Brief vom 24. Juli. Halten die vorgeschlagene Gesandtschaft nach Frankreich zur Zeit für nutzlos, da der König nicht in der Lage sei, die Predigt des Evangeliums freizugeben, ohne es dadurch mit dem Papst zu verderben, welcher jetzt gerade zu seinen Gunsten zu vermitteln suche². Auch würde durch eine solche Gesandtschaft bei dem Kaiser der Verdacht erweckt, als wollten sich die Evangelischen mit Frankreich in Praktiken gegen ihn einlassen. Bessere Wirkung sei zur Zeit noch von einer Fürbitte zu erwarten, wie sie Strassburg kürzlich an den König gerichtet habe. Dat. 28. Juli a. 36.

nr. 390.

396. Landgraf Philipp an die Dreizehn.

Juli 30.
Cassel.

Str. St. Arch. AA 460. Ausf.

«Wir begeren gnediglichen, nachdem di von Bern mit dem konige zu Frankreich den herzogen von Sophoien haben überzogen unds land zum teil eingenomen und einnemen helfen, doch aus andern ursachen dan der konig³, ir wollet uns zu erkennen geben, ob die von Bern itzo Franzosisch oder ob sie keiserisch seien, ob sie mit dem keiser ein verstant haben oder keinen verstant haben, wies dorumb sei gelegen.» — Dat. Cassel So. n. Jacobi a. 36. — Pr. Aug. 12.

nr. 377. P. S. Bittet um schleunige Zusendung des Ratschlags betreffend die Wiedertäufer, um dessen Mitteilung er neulich schon ersucht habe.

¹ Strassburg erwiderte am 9. August, dass es allerdings befürchte, die hohen Kosten der Gesandtschaft würden einigen Ständen beschwerlich erscheinen. «sofern es aber inen die stend all gemeinlich gefallen lassen, soll es unsern halben auch kein mangl sein.» Augsb. Arch.

² Ranke IV 23.

³ Nämlich um das Evangelium in Genf vor Savoyen sicher zu stellen, vgl. oben nr. 340 u. p. 356 A. 2.

397. König Ferdinand an den Rat.

August 11.
Innsbruck.

Str. St. Arch. AA 411. Ausf.

Bericht über den kaiserlichen Feldzug gegen Frankreich. Einrücken in die Provence, Eroberung von Antibes, Lager bei Fréjus. Sieg des kaiserlichen Vortrupps. Einnahme von Guise durch den Grafen von Nassau. Den Französischen Verläumdungen keinen Glauben zu schenken. Der Kaiser erstrebe ein Generalconcil.

Nach einem Brief des Kaisers vom 3. August(*) aus dem Feldlager bei Fréjus sei der bisherige Verlauf des Feldzugs folgender gewesen:

«Erstlich nachdem sein lieb und mt. in negstverschinem monat juli sich zu Savilion zum anziehen erhebt und auf gewest, haben ir kai. mt. den zug mit irem kriegsvolk zu ros und fuesz durch das geburg auf Provinz zue gegen Frankreich genomen und sei uber dasselb hoch und vast rauch und muesam gepurg — wiewol nit one sondere abhelligung¹ ires kriegsfolks sonderlich von wegen mangls der profant — aber sonst glucklichn mit gottes hilf hindurchkomen, und nemlich auf des heilign zwelfpoten sant Jacobstag [Juli 25] an dem ersten Franzosischn fleckn in des kunigs von Frankreichs land Provinz, sant Lorenzo genannt, iren veldleger gehabt, und sei daselbs etlich tag stil gelegen umb des kriegsfolks willn, damit sich dasselb alles zu ros und fuesz widerumb versambeln und mit frischer profand erholn und etwas ausruoen mocht. nachmals hab sei[n] kai. mt. ir rais zu land und mit derselben armada zu wasser, so alweg irer kai. mt. an der seiten gefolgt hat, gestraks in der veind land genomen und zu ainem flecken zu dem anderen furgericht und dieselbn fleckn, deren etlich gewest, aber alle on ainichn widerstand eingenomben, allain den flecken Antibo, der sei sambt der bevestigung der wasserport daselbs nach etwas versuechtem widerstand erobert worden, und also sei ir kai. mt. auf obvermeldt dato ires schreibens gen Forijul² ankomen, wele daselbs etlich tag belibn, ain tail ires geschutz, das si zu wasser haben nachfurn, ausladen lassen und alsdann von dannen gestraks iren zug auf die hauptstat Dhays³ dises vorgemelt lands Provinz furnemen und dan verrier irer kriegsubung verfolgen» etc. «post scripta ist uns von gedachter kai. mt. weiter geschribn, wie das des marggrafen von Mantua brueder, Don Ferdinand de Gonsaga, so ain obrister uber alle geringe oder leichte pherd ist, am zug voran gegen Frankreich die veind angriffen hab, darunder derselbn veind anderthalbhundert kuriser, drei hundert artschier und sechshundert archibusier oder halbhaknschutzen on sondern schaden der kai. mt. kriegsleut erlegt und furwerden[*sic!*]⁴ und desselbn kriegsfolks obrister mit vil ansehnlichn personen gfangn sei⁵.

So ist uns gleich auch auf den tag ain sondere post aus dem hör, so aus dem niderburgundischn landen der graf von Nassaw⁶ wider Frankreich furet, komen mit diser zeitung, das er mit seinem hör, so bis in funfund-

¹ Hellegunge = Qual, Verheerung. (Lexer).

² = Fréjus.

³ Kann wohl nur «Aix» bedeuten.

⁴ Wohl verschrieben für «verwundet».

⁵ Vgl. Mém. de Guillaume du Bellay, éd. Petitot (coll. t. XIX) p. 66.

⁶ Sc. Heinrich von Nassau.

zwainzig tausent zu fuesz und funftausend pherd strak [sic!] an der frontier, das ist die granz gegen Frankreich, die stat Guise, so an ir selbs stark und vest, auch mit profand und geschutz wol muniert und versehen, uberzogen und zu ainem anfang seins thuens erobert, volgends alda das slosz, so trefflich besetzt gewest, beschossen und genotigt, das sich die inhaber desselben in gnad und ungnad ergebn habn, und sein dieselben Franzosen alle mit weissen stäblein abgezogen und alles hinder inen verlassen. darauf volgt und fert er von Nassaw mit dem hör dem veind weiter nach.»

Vorstehende Zeitungen teilt Ferdinand auf Befehl des Kaisers mit, welcher wünsche, dass alle Stände davon benachrichtigt würden. Zugleich bittet er, den durch den Druck verbreiteten Verläumdungen Frankreichs keinen Glauben zu schenken, wonach der Kaiser in seiner Rede vor dem Cardinalcollegium in Rom¹ die Absicht geäußert haben sollte, «etlich stend im reich ired glaubens halber zu uberziehen oder zu strafn².» Um die Unwahrheit dieser Behauptung zu beweisen, sollen demnächst die in Rom geführten Verhandlungen durch den Druck veröffentlicht werden. Daraus werde man ersehen, wie der Kaiser durch Frankreich zum Kriege gezwungen worden sei.

Der Kaiser werde alles aufbieten, dass das ausgeschriebne Generalconcil wirklich gehalten «und in demselbn gemaine<r> cristenhait und furnemlich die teutsch nation in der religion und glaubenssach verainiget und aller zwispalt und unainigkait zu fridlicher rechter vergleichung gebracht» werde. Man möge deshalb den Verläumdungen kein Gehör schenken, sondern sich «auf irer kai. mt. vaterlichn allergnedigistn willn» verlassen. Dat. Innsbruck 11. Aug. a. 36. — Pr. Aug. 23.

398. Landgraf Philipp an die Dreizehn.

August 13.
Cassel.*Str. St. Arch. AA 460. Ausf. Zettel ebenda AA 456.*

Feindliche Absichten gegen die Evangelischen. Kundschaft im Lager des Grafen von Nassau anzustellen. Zettel: Die Ausfertigung der Bundesverfassung verzögert sich bedenklich. Minden wünscht Aufnahme.

«Wir mugen euch gonstiger wolmeinung nit pergen, das uns allerlei treffliche anzeig und warnung zukommen, das der von Nassaw, die Sickinger und Hartman von Cronenberg des entlichen gemuts

¹ Am 17. April, vgl. Ranke IV 24.

² Es ist hiermit jedenfalls auf eine der beiden von Ranke a. a. O. erwähnten Flugschriften über Karls Auftreten in Rom angespielt. Nach einem Brief des damals am königlichen Hof zu Innsbruck weilenden Gesandten Dr. Peutingers an Augsburg d. d. Aug. 6 (AA 456) war man in der Umgebung des Königs sehr gereizt gegen Strassburg, weil, wie behauptet wurde, jene Flugschrift daselbst gedruckt sei. Nun hatte aber der Sächsische Gesandte Dolzig (vgl. nr. 385) ein Exemplar des Buches bei sich, auf dem der Name Strassburgs nicht stand; auf Grund dieser Thatsache gelang es ihm, wenigstens so viel zu erreichen, dass die Stadt zuvor über die Sache gehört und nicht gleich, wie einige beantragten, deswegen vom Kammergericht zur Verantwortung gezogen werden sollte. Da nun Ferdinand in obigem Briefe, den er nach der Unterredung mit Dolzig an den Rat sandte, die Frage des Druckorts gar nicht berührt, so kann man wohl annehmen, dass sich der auf Strassburg geworfene Verdacht inzwischen als unbegründet herausgestellt hat. Augsburg hatte Peutingers Brief selbstverständlich den Strassburgern übermittelt. Eine Erklärung der letzteren hierauf ist nicht bekannt.

und willens sein sollen, nach deme itzigen kaiserischen zuge und vollendung desselben kriegs mit verwilligung kai' mat. uns mit der that anzugreifen und zu beschedigen; dem wir doch sovil die kei. mt. angehet, keinen glauben geben.» Es sei deshalb nötig, gut aufzupassen. Da nun seine eignen Kundschafter «zu vil ufsehens haben,» so dass sie nichts Sicheres erfahren können, so möge Strassburg ihm zu Gefallen «einen frommen redlichen und geschicktn menschen in der von Nassaw leger schicken, der furo und furo daselbst verharre und sich umb alle gelegenheit erkunde.» Was derselbe dann über das Vorhaben des Nassauers erfahre, möge man ihm, dem Landgrafen, mitteilen. Dat. Cassel So. n. Laurentii a. 36. — Pr. Aug. 24.

Zettel: «Wir wollen euch auch gnediger meinung nit bergen, das es mit der verfassung zur jegenwere noch stehet wie vor, und wirdet allein p. 367 A. 2. Pomern halben damit verzogen. und ob sichs uber unser schreiben, so wir itzt an churfursten von Sachsen deshalb thun und ein notel der verfassung zuschicken wollen, ferner verweilen und verziehen wurde, so sehen wir dennochts fur gut [an], das ir und die andern oberlendischen stedte, die der sachen mit zu thun haben, nach gestalt itziger leuft dem churfursten von Sachsen und uns darumb geschrieben und anmanung gethan hetten; dan so sich sachen etwo wurden zutragen, mocht ein jeder stand, der sich ausziehen wolt, sagen, die verfassung were noch nit ufgericht etc. derhalben ist one nachteil nit lenger damit zu verziehen.»

Die Stadt Minden habe bei ihm um Aufnahme in den Bund nachsuchen lassen mit dem Erbieten, zu leisten, soviel in ihrem Vermögen stehe. Bittet, ihm der oberländischen Städte Meinung hierüber zuzuschreiben. Dat. ut. in lit. — Pr. Aug. 24.

399. Die Dreizehn von Strassburg an die Dreizehn von Basel. August 14.

Basl. Arch. Zeit. 1520-49. Ausf. M. Han's.

Kundschaft über die nach den Niederlanden geführten Knechte. Musterung bei Brüssel. Belagerung von Guise. Christian III vor Kopenhagen. Bern und Savoyen.

«Als verscheinen eben vil knecht den Rein ab in namen der Ro. kei. nr. 384. mt., unsers allergnedigisten herren, gefürt worden, haben wir unser diener einen zu erkundigung, wohin oder wider wen si gefürt wurden, nachgeschickt. der ist dise tag wider anheimisch komen und uns bericht: das dieselben knecht alle zu Pundt¹ wider zu land angestanden; daselbst man auch das geschutz usgeladen, und herr Conrat von Beimeburg, der clein Hesz genannt, mit seinen knechten vor und herr Wolf Dietrich von Phirt mit den seinen nach von dannen gen Dingers² in das land zu Lüttich, drei meilen von Mastrich gezogen, daselbst bis in die achttag gelegen. dieselb weil habe marggraf Heinrich der Reich zu Nassaw die reiter zu Dietsch³ und Brussel gemustert, und herr Conrat hernach mit seinen knechten uf der strassen zwüschen Namur und Bergen durch Henigaw uf

¹ = Bonn?

² = Tongern?

³ = Diest? (4 Meilen n.o. v. Löwen).

- nr. 397. Guis¹ zu zogen. den 22. julii hab sich der von Flerchingen mit tussent pferden und etlich tussend zu fusz understanden, bei den zehen vendlin niederlendisch welsch knecht, so ferrer hineingelegen, ufzuschlahen²; aber als die reiter und oberlendischen knecht eben desmals im veld gewesen, hab ers underlassen und nit angriffen. er hab aber understanden, ein kirchhof zu sturmen; aber als sich das landvolk darinnen gewert, seie er abzogen und das dorf verbrennt, und seie des keisers volk also zusammenkomen und den 28. julii bis fur Guis geruckt; denen haben si vierundzweinzig stund bedacht geben, wesz si sich halten wolten; aber als er acht, mög er sich nit lang ufhalten. zwuschen der wil haben si ein schloszin, in dem etwa bis in achzig man gelegen, beschossen und gesturmbt, und was darin gewesen, erstothen, bis etwa drei oder vier, die haben si dieselbig nacht noch gehenkt. und soll der hauf sein einundzweinzig vendlin oberlendisch, zehen vendlin niederlendisch, zehen vendlin niederlendische welsche knecht und bei den virthaltussent pferden, das er inen bis in die zweinzig tussend uberschlecht, die bei den 36 stuck buchszen uf rödern bei inen haben, daruber marggraf Heinrich der Reich von Nassaw oberster und der von Rotenfeldt marschalk seie.»
- nr. 340. König Christian III liege noch vor Kopenhagen, welches sich wegen Hungersnot nicht mehr lange halten könne. Auch sei die aus den Niederlanden erwartete Hülfe des Pfalzgrafen Friedrich, wie man höre, auf Geheiss des Kaisers mit den Truppen gegen Frankreich vereinigt worden.
- nr. 396. Bitten um Auskunft, wie die Sache zwischen Bern und Savoyen sich gestaltet habe, und wie überhaupt die Parteinahme der Eidgenossen in dem Französischen Kriege sei. Dat. 14. Aug. a. 36.

400. Die Dreizehn von Basel an die Dreizehn von Strassburg. August 16.

Str. St. Arch. AA 1812, letztes Blatt. Ausf.

Versuch des Kaisers, zwischen Bern und Savoyen zu vermitteln. Verhalten der Eidgenossen in dem Kriege Frankreichs mit dem Kaiser.

- nr. 399. Danken für die Zeitungen vom 14. August. Was die Handlung mit Savoyen belange, so habe auf dem Tage zu Baden im Juni die kaiserliche Botschaft zwischen Bern und Savoyen zu vermitteln gesucht, worauf ersteres dem Kaiser zu unterthänigstem Gefallen bewilligt hätte, dass die Botschaft zusammen mit den Eidgenössischen Orten, die sich schon zur Zeit der Befreiung Genfs dazu erboten hätten, die gütliche Handlung unternehmen sollte. Auf dem Tage Ende Juli zu Baden habe dann Savoyen beantragt, dass alle Orte sich an der Vermittlung beteiligen sollten; indessen sei es bei der früheren Vereinbarung geblieben. Der Savoysche Gesandte habe aber ungenügende Vollmacht zu gütlicher Verhandlung vorgeschützt und deshalb erst an seinen Herrn berichtet. Am 20. August werde eine neue Zusammenkunft in Baden stattfinden³.

¹ Guise sur Oise.

² Bedeutung?

³ Vgl. über die Tage zu Baden Eidg. Absch. IV 1 C. nr. 437, 453, 458.

Was den Krieg zwischen Frankreich und dem Kaiser belange, so sei zu Baden im Juni der kaiserlichen Botschaft versprochen worden, dem König Franz keine Knechte zulaufen zu lassen. Trotzdem seien Leute von Uri, Schwyz, Zug, Schaffhausen, St. Gallen und Thurgau dem König zugezogen. «do man aber solchen hinzugs halben uf jungst gehaltenem tag [zu] Baden abermalen uf der kei. mt. botschaft ervordern gehandelt, haben sich die von Luzern zuwider beschehenem zusagen etlichermassen also geendert: sover die cron Frankrich an irn inhabenden erblanden als in Bicardie, Prowenz oder andern orten angegriffen, wollen si die verein halten, dem kunig von Frankrich in craft derselben ire knecht, doch das dieselben der kei. mt., dem haus Burgundi und dem herzogtumb Sofoi uf ir ertrich nit züchen, sonder der cron Frankrich uf irm ertrich allein schadens vorsien etc., zuziechen lassen etc. denen ist Solothurn zugefallen.» Auch Unterthanen Basels hätten versucht, trotz des Verbots dem König zuzuziehen. «wir haben aber sovil, das si alle, kein man usgescheiden, widerumb anheimsch zogen, gehandelt, der hoffnung, [das] si nunner unsern geboten als gehorsam gewertig sin werden.» — Dat. Mi. 16. Aug. a. 36¹.

401. Die Dreizehn an Landgraf Philipp.

August 24.

Marb. Arch. Ausf. Zettel ebenda.

Kundschaft im Lager des Grafen von Nassau. Aufnahme Mindens in den Bund. Französische Niederlage.

Antwort auf das Schreiben vom 13. August. Man habe unterlassen, dem Landgrafen die Kundschaft aus dem Nassauischen Lager zuzuschicken, weil man geglaubt habe, dass er durch seinen eignen Kundschafter Bericht erhalten hätte. «nun habn wir denselbn knecht vor schir 14 tagn wider ins lager geschickt; was uns der pringn wurdet, wolln e. f. g. wir alsdann auch berichten und wolln nit destweniger nebn dem noch ainer tauglichn personen gedenken hinabzuschicken und lut e. f. g. begern bevelen, der sachen nachzusehn und warzunemen².

nr. 398.

Belangend di notel der gegenwere wolln wir, wes e. f. g. uf dern schreiben von dem churfursten von Sachsen deshalb zu andwort begegnen wolle, ain zeit lang warten und demnach dem churfursten und e. f. g. mit fugn darumbn thon schreiben und anmanen; und nachdem di von Ulm das usschreibn an di oberlendischen stet habn, [haben] wir kain stat bi uns gelegn, darin wir das begern dern von Minden, si in di christlich verstendnus ufzunemen etc., zuschreibn solten. wir wolln aber dasselbig ir begeren an unser herrn und frund, maister und dem rat, thon langn und seind der ungezweivelten zuversicht, sover ander stend der ainigung di von Minden anzunemen zufriden sein, es wert an inen auch nit mangel sein <werden>.» — Dat. Do. 24. Aug. a. 36.

¹ Strassburg dankte für diesen Brief am 22. August und schickte Zeitungen aus Italien. Basl. Arch. (Zeitungen).

² Am 23. September sandten die Dreizehn ihren aus den Niederlanden zurückgekehrten Kundschafter persönlich zur Berichterstattung an Philipp. Str. St. Arch. AA 456. Conc. Vgl. nr. 407.

Zettel: «dis tag seind etlicher unser kauflut sone von Lyon komen, di sagn, das dem konig von Frankrich bis in 700 pferd am birg erlegt, darunter der herr von Mantigan¹ und sonst noch zwen namhafter haubtmänner, und daz di sag sei, das der jung delphin, des konigs sone, tods abgangen sei².» Dat. ut supra.

402. Die Dreizehn von Basel an die Dreizehn von Strassburg. September 1.

Str. St. Arch. AA 485. Ausf.

nr. 400. Bis jetzt habe man trotz aller Bemühungen nichts Bestimmtes darüber erfahren können, ob die von Luzern den Franzosen zuziehen. Es sei bei den Fünf Orten sowohl eine kaiserliche wie eine Französische Partei, und was die eine practiciere, suche die andere zu hindern. Sobald man Genaues über den Zug der Luzerner erfahre, werde man es mitteilen. Senden Zeitungen aus dem Französischen Lager zu Avignon (*). Dat. 1. Sept. a. 36. — Pr. Sept. 4.

403. Der Rat von Ulm an den Rat von Strassburg. September 2.

Str. St. Arch. AA 456, letztes Blatt. Ausf. Beilage ebenda. Copie.

nr. 394. Ubersendet Abschrift des ihm vom Landgrafen mitgeteilten kaiserlichen Schreibens vom 7. Juli³ und des Abschieds, welchen die Gesandten der Stände bei König Ferdinand erhalten hätten, worüber Augsburg soeben Bericht erstattet habe (Beilage). Dat. Sa. n. Egidii a. 36. — Pr. Sept. 6.

BEILAGE.

Antwort König Ferdinands auf die Werbung der protestantischen Gesandten bezüglich der Kammergerichtsprozesse. [Anfang August].

Es sei sein ernstlicher Wille, die Zusicherungen, welche den Ständen im Nürnberger Frieden, zu Cadan und Wien gegeben worden seien, zu erfüllen und aufrecht zu erhalten; auch sei er bereit, «bemelter protestierenden stend jetzt beschehen ansuchen an die kai. mt. gelangen zu lassen und bei ir l. und kai. mt. die sach dermassen zu furdern, damit si die pro-

¹ Lies: Montejan. Vgl. Ranke IV 23 und oben nr. 397.

² Ueber den Tod des Dauphins Franz vgl. Du Bellay mém. XIX 78.

³ Karl V an die protestierenden Stände d. d. Savigliano Juli 7, gedruckt bei Neudecker Urk. 267. (Str. St. Arch. AA 460 Copie). Er versichert, dass er nicht daran denke, die Protestierenden anzugreifen. Er sei weit entfernt, den religiösen Zwist anders als durch friedliche Mittel beilegen zu wollen. Seine Rüstung gelte nur den Franzosen. Vgl. oben nr. 397. Die Antwort der Stände auf dieses Schreiben, von Sachsen und Hessen verfasst, erfolgte bereits am 9. September. (Das Datum Aug. 28 bei Neudecker Urk. 273, welches den Angaben Sleidans, Seckendorfs und Hortleders widerspricht, wird auch durch eine Copie des Ulm. Arch. Ref. T. XX widerlegt). Die Stände dankten darin für die gnädige Gesinnung des Kaisers und sprachen die Hoffnung aus, dass er sich auch in Zukunft nicht werde gegen sie aufreizen lassen. Bezüglich des Concils sei man der Zuversicht, der Kaiser werde darauf dringen, dass dasselbe als ein freies, christliches in Deutschland gehalten werde.

testierenden stend über vorbeschehen und verlassen handlungen und bewilligungen nicht beschwert werden.»

Was jedoch den Streit der Stadt Lindau mit dem Frauenkloster daselbst wegen Abschaffung der Messe etc. belange, so bleibe er dabei, dass das Vorgehen der Stadt dem Nürnberger Frieden widerspreche und völlig unberechtigt sei. Er könne deshalb den Prozess gegen Lindau nicht einstellen, es sei denn, dass die Stadt die Klosterfrauen in der Haltung der Messe und des Gottesdienstes unbehelligt lasse. Dat. fehlt¹.

404. Antwort der Dreizehn auf eine Werbung des Stadtschreibers von Lindau². September 11.

Str. St. Arch. AA 436. Cour. von Joh. Meyer mit zahlreichen Correcturen von Sturms Hand.

Lindau soll den Kurf. von Sachsen um Rat und Beistand gegen König Ferdinands Ansprüche auf Restitution der Messe ersuchen. Eventuell Berufung einer Bundesversammlung.

Auf den Vortrag des Stadtschreibers, betreffend die Erklärung König Ferdinands über den Lindauischen Prozess, antworten sie mit folgendem Ratschlag: «dweil sich die genanten ire freund von Lindaw us der gegebenen kon. mt. antwurt nichts anders zu versehen haben, dan das der kai. viscal mit verneren processen uf di acht gegen inen procedieren werde,» so sollen sie, wie die Bundesverfassung dies vorschreibt, dem Kurfürsten von Sachsen als derzeitigem Hauptmann ihre Bedrängnis mitteilen. «und furnemlich die weil us der Ro. ko. mt. gegebenen abschid und andern mer handlungen wol zu sehen, das si den fridlichen stilstand dahin verston und deuten wolt, als das man noch ufrichtung desselben in sachen der religion nichtz neweren oder ferrers furnemen, und das deshalb die von Lindaw — dweil si die mesz im frawencloster nach dem ufgerichten fridstand abgethon — wider denselben fridstand gehandelt solten haben, weren ir chf. g. zu erinnern, das solichs der fridstand nit vermocht. dan obwol durch die underhändler darauf gearbeit und gehandelt, das die stend, in solichem fridstand benempt, kein weiter newerung furnemen solten, so ist doch solichs durch dieselben stend us vilen bewegenden ursachen nit bewilligt oder angenommen, sonder alweg widerfochten worden, wie sein cf. g. desz gnedigst wissen tragen und us der handlung solchs fridens halben zu Schweinfurt und volgends im anfang zu Nuremberg geüpt, zu finden hat. us welchem dan gefolgt, das derselb artikel, kein weiter newerung furzunemen, sampt andern von den undertädigern underlossen und uf ein eusserlichen friden gehandelt und beschlossen worden. wo auch der fridstand disen verstand, wie in die kon. mt. deuten will, solt haben, wurde dorus folgen, das man sich deren stende, so seithar dem Nurnbergischen friden bi inen endrung der ceremonien furgenomen, nit beladen, inen auch die ufgericht verstantnis nit nutz oder

nr. 403.

nr. 140.

¹ Die Gesandten waren spätestens Anfang August zu Ferdinand nach Innsbruck gekommen. Vgl. nr. 394. Danach bestimmt sich ungefähr der Zeitpunkt obiger Antwort.

² Constanz hatte dem Lindauer Stadtschreiber einen Empfehlungsbrief an Strassburg mitgegeben d. d. Sept. 8 (Pr. Sept. 11). Ebenda.

dinstlich sin möcht. so were auch der Ro. ko. mt. an irer mt. angemaste castvogtei, wiewol sie von Lindaw deren nit wissen hetten, nichtz benomen, nachdem sich solich castvogteien allein uf deren closter zeitliche guter und nit dise oder derglichen glaubenssachen erstrecken, wie man dan wüste, das solche glaubens- und ceremoniensachen allein der geistlichen jurisdiction und oberkeit und nit den castvogten bisher zu versprechen zugestanden. zu dem so wer die ebtissin der statt mit burgerschaft verwant, in iren muren und zwingen, do si alle hohe und nider oberkeiten hetten, gelegen etc.» Mit Berufung hierauf sollte Lindau den Kurfürsten um Rat bitten, was weiter zu thun sei, und für den Fall, dass das Kammergericht die Achtserklärung ausspräche, vermöge der Bundesverfassung Hülfe begehren. Es wäre gut, wenn auch Ulm namens der oberländischen Städte in diesem Sinne an den Kurfürsten schriebe. Sie selbst, die Dreizehn, wollten sich beim Landgrafen für Lindau verwenden¹. Wenn der Kurfürst irgend welche Bedenken trüge, sollte Lindau die Ansetzung einer Bundesversammlung beantragen. «Act. in consilio mentag den 11. septembris a. etc. 36.»

405. Die Dreizehn von Basel an die Dreizehn von Strassburg. September 11.

Str. St. Arch. AA 4815. Ausf.

nr. 402.

Jetzt endlich habe man sichere Kundschaft, dass die von Luzern «vergangner wuchen mit zweien zeichen aufgebrochen und dem Franzosen zugezogen sien.» Bitten um Mitteilung von Zeitungen «des niderlendischen zügs halb in Bicardie, den man bi uns geschlagen sin dargibt.» — Dat. Mo. 11. Sept. a. 36².

406. Die Dreizehn von Basel an die Dreizehn von Strassburg. September 22.

Str. St. Arch. AA 4815. Ausf.

Senden Abschrift eines Briefes, den der König von Frankreich seinen Boten in der Eidgenossenschaft geschrieben (*)³, und bitten um Geheimhaltung. «die keiserischen boten sagen, das si in vier oder funf wuchen von der kai. mt. nutzit empfangen], darum inen, wie es stund, verborgen.» — Dat. «ilend» Fr. 22. Sept. a. 36. — Lect. Oct. 1.

P. S. «Verner hat der graf von Merandula die stat Jannow⁴ zu handen des Franzosen inzenemen understanden, ouch die mit einem sturm angetreten, aber nichtzit geschafft, sonder mit schaden darvon abgezogen.»

407. Die Dreizehn von Strassburg an die Dreizehn von Basel. September 27.

Basl. Arch. Zeit. 4520-49. Ausf.

nr. 401.

Sie hätten von ihren Kundschaftern aus dem Feldlager des Grafen von Nassau in der Picardie die Nachricht erhalten, dass der «Nassawisch hauf»

¹ Concept eines sehr allgemein gehaltenen Schreibens an den Kurfürsten und Landgrafen d. d. Sept. 13 ebenda.

² Strassburg erwiderte am 14. September, dass es aus den Niederlanden zur Zeit keine neuen Nachrichten hätte. Basl. Arch. Zeitungen.

³ Vgl. Eidg. Absch. IV 1 C nr. 464.

⁴ Genua?

bis auf etwa 4 Fähnlein, die man vorläufig noch zur Besetzung der Grenzen brauche, «geurlaubt» sei. «es solt auch der von Nassaw zu der königin Marien in Praband ziehen, sein rechnung ze thund, und soll die sag sein, wie etliche hauptleut zu Cöllen sich umb knecht bewerben und ausgeben sollen, dieselben in Hungern wider den Türken ze fueren.» In Lützelburg hätten die Kundschafter sodann erfahren, dass Johann Hilchin und Hans von Sickingen mit ihren Reitern ebenfalls geurlaubt seien. Dat. 27. Sept. a. 36.

408. Die Dreizehn von Basel an die Dreizehn von Strassburg. September 29.

Str. St. Arch. AA 4815. Ausf.

Danken für die Zeitungen vom 27. September. Von Neuigkeiten könne man nur melden, dass des Bischofs von Basel Bruder, «der von Gundeltzheim, dise tag us der kei. mt. leger fast krank ankomen. der zeigt nun under anderm an, das der kei. mt. vil redlicher houptlut und sunst vil guter luten vom adel, darunder, wie uch das wussend, Antoni de Leva, der herzog von Brunschwig¹, her Max von Eberstein, her Caspar von Freundsperg, — und andere meer angezeigt — sterbends halben verloren.» — Dat. Fr. 29. Sept. a. 36. — Lect. Oct. 1.

409. Landgraf Philipp an die Dreizehn.

September 29,
Eschwege.

Str. St. Arch. AA 460. Ausf. Beilage ebenda. Copie.

Kundschaft vom Heere des Grafen von Nassau. Vergebliche Belagerung von Peronne. Entlassung der meisten Truppen.

Sendet beiliegende Zeitungen. Dat. Eschwege am tag Michaelis a. 36. — Pr. Oct. 11.

Beilage: Bericht eines Kundschafters aus «Bergaw»² im Hennegau d. d. Sept. 19. Am 2. September sei er im Nassauischen Lager vor Peronne angekommen. Am 28. August, 5. und 8. September seien Sturmanläufe gegen die Stadt unternommen worden, aber vergeblich. Am 11. September sei der Nassauer mit seinem Lager aufgebrochen, an St-Quentin vorüber und weiter nach Hennegau gezogen. Am 17. September seien die Knechte des Kleinen Hessen und Wolf Dietrichs von Pfirt, zusammen 21 Fähnlein, gemustert worden; am 18. habe man die Knechte «verurlaubt» bis auf drei oder vier Fähnlein, die der Nassauer samt etlichen Welschen behalten wolle. «ich kan aber nit eigentlich wissen, ob vier fenlin teutscher knecht plieben seien; dan ich habe wol soviel von knechten vermirt, das sie dem von Nassaw nit fast gern dienen, desgleichen etlich hauptlewten auch. man soll auch den teutschen rewter nit mehr dan acht gulden uf ein pferd angeboten haben, darumb vermutlich, das ir nit viel plieben werden. so sollen auch di Niderlender hinder den

nr. 407.

¹ Hier liegt wohl eine Verwechslung mit dem oben nr. 384 genannten Markgrafen Friedrich von Brandenburg vor, der während des Feldzuges starb. Vgl. Stieber Nachr. v. Brandenburg-Onolzbach, 1761, p. 140.

² Wohl = Bergen, französisch Mons.

knechten here ziehen, damit kein knecht dem Franzosen zulaufen würde, dan die knecht sein sere arm.»

410. Landgraf Philipp an den Rat.

September 29.
Eschwege.

Marb. Arch. Conc.

Notwendigkeit der Bestellung von Unterhauptleuten für den Bund.

nr. 398. Der Kurfürst und er hätten auf Grund der Abschiede zu Schmalkalden und Frankfurt die Verfassung zur Gegenwehr «zu fertigen für die hand genommen»¹, und habe ihm der Kurfürst namentlich wegen «bestellung der unterhäuptleute» geschrieben². «nun haben wir auch dergleichen bedenken, wie sein lieb hat, und sonderlich gedenken wir, nachdem das itzo die leufte seint und sichs möchte zutragen, das man der unterhauptleute wurde bedürfen, und weren dan keine bestellt, so konte man sie, und das tugliche leute weren, so in eil nit bekommen; wie nochtelig solchs mochte sein, was auch doruf stuonde und wie beschwerlichs allen evangelischen stenden möchte fallen, zudem das auch uns, den hauptleuten, sonderlich beschwerlich ist, — wie ir wole kont gedenken —, das wir in der sorge sitzen sollen, so es zum fall keme und ir maintet, wir hetten euch die leute bestellt, und weren dan nit bestellt.» Bittet deshalb, Strassburg möge ihm sein Gutachten hierüber zu erkennen geben und eventuell auch das von Constanz. Ferner möge man den Anteil an den 7000 Gulden, die zu Bestellung der Unterhauptleute, Kundschafter etc. in den Abschieden bewilligt seien, erlegen.
p. 140. «Dat. Eschwege am tage Michaelis a. etc. 36.»

411. Herzog Ulrich von Württemberg an die Dreizehn.

September 30.
Sultz.

Str. St. Arch. AA 459. Ausf.

nr. 407. «Wir haben ewer schriben (*) sampt den zugeschickten newen zeitungen us Picardia empfangen und gelesen. geben euch gnediger meinung zu versteen, das dise vergangen tag, wie wir uf dem berengejagd gewesen, zwen fuzknecht, so auch us selbigem leger gezogen, die dann beid geschossen [*sic!*] worden und ire gut passport gehabt, zu etlichen von unserm hofgesind komen und vast gleiche meinung gesagt; wie uns auch J a c o b S t u r m stettmeister die newe zeitungen us Frankreich, so euch von Basel zukomen, geschriben (*), ist nit on, es sind uns vor etlichen tagen dieselbigen zeitungen us Schaffhusen und auch sunst zugeschickt worden» etc. «Dat. Sultz den letsten septembris a. etc. 36.» — Pr. Oct. 11.
nr.405,406

¹ Die Ausf. der Bundesverfassung datiert vom selben Tage wie der vorliegende Brief; vgl. oben p. 367 A. 2 und 322 A. 1.

² Auszug aus dem kurfürstl. Schreiben im Ulm. Arch. Ref. T. XX (Copie der Strassb. Kanzlei): Der Kurfürst schlägt vor, dass die Bestellung der Hauptleute in seinem und des Landgrafen Namen erfolgen sollte, nicht im Namen der Protestierenden, damit der Ansehen vermieden würde, als wolle man eine Empörung im Reiche machen. Auf der nächsten Zusammenkunft sollte dann den Ständen über die Angelegenheit Rechenschaft abgelegt werden. Weiter beauftragt er in einem Zettel, man solle bei den Ständen befürworten, dass der Artikel, wonach erst die Kriegsräte wegen der Bestellung zu berufen und zu befragen seien, aufgehoben, und den Bundeshauptleuten Vollmacht in dieser Angelegenheit gegeben werden sollte (Vgl. p. 441).

412. Jacob Sturm und Dr. Franz Frosch an Herzog Ulrich von Württemberg.

October 7.
Strassburg.

Nach dem vollständigen Abdruck bei Sattler III Beil. p. 170. Das Original ist im Stuttg. Staatsarch., wo es jedenfalls gelegen hat, nicht mehr zu finden.

Gutachten über die Erbfolge und die Verwirkung der Lehen in Württemberg.

Geben auf Wunsch des Herzogs ein Gutachten ab 1) über die Succession im Herzogtum Württemberg. Der Herzog habe kein Recht, über die Erbfolge zu verfügen; selbige richte sich vielmehr nach den bei Erection des Herzogtums aufgestellten Bestimmungen, wonach der erstgeborene Sohn zu succedieren habe. Daran könne nichts geändert werden, es sei denn, dass der Erbe freiwillig Verzicht leiste. 2) Ueber die Lehen des Herzogtums. Die Vasallen Ulrichs hätten dadurch, dass sie nach seiner Vertreibung dem Hause Oesterreich gehuldigt hätten, ihre Lehen nicht verwirkt; denn die Huldigung sei nicht «leichtvertiger oder mutwilliger weise» geschehen, sondern gezwungen. Nebenbei sei zu bedenken, welche Aussicht auf Erfolg ein rechtliches Verfahren gegen die Lehensleute habe, da die Entscheidung in letzter Instanz ja doch dem Kammergericht zustehe, welches dem Herzog als einem evangelischen Fürsten niemals zu seinem Recht verhelfen würde. Davon aber, dass Ulrich ohne rechtlichen Spruch Lehen als verwirkt einziehe, sei dringend abzuraten, weil er dadurch Gefahr laufe, des Ober-eigentums verlustig zu gehen. Ihr Rat sei vielmehr, der Herzog solle seine Vasallen ruhig in ihrem Besitz belassen mit Ausnahme derjenigen, welche etwa aus andern triftigen Ursachen ihre Lehen verwirkt hätten. Auch sei es weder ratsam noch nützlich, Neuerungen im Huldigungseide, in der Investitur etc. vorzunehmen; denn die Pflichten der Lehensleute seien von alters her nach Recht und Herkommen eines jeden Fürstentums hinreichend festgesetzt, und niemand könne sich denselben entziehen. Auch durch Verjährung könne kein Lehensmann seiner Pflichten gegen den Herrn ledig werden. Dat. Strassburg 7. Oct. a. 36.

413. Landgraf Philipp an Jacob Sturm.

October 20.
Spangenberg

Thes. Baum. (Abschrift aus der Bibl. d. Prot. Sem.).

«Aus besonderm bedenken haben wir unserm schweher und vetter, herzog Jorgen zu Sachsen, des vorgenommenen concilii halben geschrieben (*), darauf uns sein lieb antwort geben, wie ir ab inligenden copien sehen werdet¹. bitten solchs also, weil es uns von seiner liebe ver-

¹ Liegt im Str. St. Arch. Dreizehnergew. lad. 92, d. d. Dresden Oct. 9. Es geht daraus hervor, dass der Landgraf an Herzog Georg das Ansinnen gestellt hatte, darauf zu dringen, dass das Concil der kaiserlichen Bewilligung gemäss in Deutschland gehalten würde. Darauf erwidert Georg, er werde das Concil beschicken, gleichviel, ob es nun zu Mantua oder in Deutschland sein würde; denn man müsse zufrieden sein, wenn überhaupt eines zustande käme, und möge es selbst in Neapel angesetzt werden. Mantua sei übrigens ein ganz geeigneter Platz. Eine christliche Reformation halte auch er für notwendig; doch müsse zuvor erst der Zwiespalt zwischen Papisten und Evangelischen beseitigt, und alle wieder «in einem schafstall» vereinigt werden.

traulich geschrieben wirdet, bei euch in geheim zu halten und nit vor vil leut komen zu laszen. und wir schicken euch solche schriften darumb, uf das ir der sachen desto embsiger und vleisziger nachtragtet, ferner nachforschung und kundschaft darauf verordenet. dan durch solch concilium werden unsers achtens vil nachteiliger geschwinder list und praktiken gesucht und getrieben werden» etc. Dat. Spangenberg Fr. n. Galli a. 36.

414. Der Rat von Strassburg an den Rat von Basel. November 4.

Basl. Arch. L. 462 nr. 8 fol. 1. Wörtlich nach dem Regest in den Eidgen. Absch. IV 1 C 787. Französ. Uebersetzung des Briefs bei Herminjard IV 377.

Calvin und Farel beantragen eine Gesandtschaft nach Frankreich zu Gunsten der Französischen Protestanten. Strassburg befürwortet dieselbe.

nr. 390. Johann Calvin und Gauchius Farellus, beide Franzosen, haben in ihrem und im Namen anderer, die des Evangeliums wegen aus Frankreich vertrieben worden, durch Wolfgang Capito und Martin Bucer berichten lassen, man habe guten Erfolg von jener Schrift erwartet, mit welcher sich die evangelischen Städte beim König für Nachlass des geforderten Eides und Beobachtung einer gebührenden Rechtsform verwendet haben. Während des Kriegs aber seien die Briefe verlegt worden, so dass man noch keine eigentliche Antwort erhalten, und ein Vorgehen des Königs sei ohne Zweifel von den Gegnern verhindert worden. Diese lassen nun ihre Tyrannei gegen die Evangelischen neuerdings walten. Man hoffe aber, die vom König erwartete gnädige Antwort zu erhalten, wenn die von Bern im Namen aller, für welche geschrieben worden, eine Botschaft an den König senden würden. Die von Strassburg haben für eine solche sich erklärt. Da nun laut Vernehmen ein Tag der Eidgenossen bevorstehe¹, so bitte man die von Basel, den christlichen Städten dieses Verlangen vorzutragen und besonders die von Bern zu ersuchen, sich eine solche Gesandtschaft gefallen zu lassen. Dat. 4. Nov. a. 36.

415. Die Dreizehn an die Geheimen von Ulm. November 21.

Ulm. Arch. Ref. T. XX. Ausf.

nr. 410. Uebersenden Copie des landgräflichen Schreibens vom 29. September und entschuldigen sich, dass sie die darin berührte Angelegenheit erst jetzt zur Sprache bringen. Der Grund sei der, dass «unser ratsfrund, so diser sachen am mehrsten wissen tragn, ain zeit her nit anheimisch gewesen.»
 p. 141. Bitten um Mitteilung, was Ulm über die in Frage stehende Bestellung der Unterhauptleute denke, oder was es deswegen dem Landgrafen geschrieben habe. «dann diweil die notl der gegenwer ain andere masz, dann des churfursten schreibn in sich haltet, gibt, achten wir, daz es on vorwissen anderer stend zu endern, bedenkens haben wolle.»
 p. 354. Den Anteil an der Anlage der 7000 fl. möge Ulm dem Frankfurter Abschied gemäss dem Landgrafen zustellen. Dat. Di. 21. Nov. a. 36.

¹ Der Tag vom 14. November. Eidg. Absch. IV 1 C nr. 481.

Lindau gegen den König zu schützen. Unterhauptleute für d. Bund. 1536. 395

416. Kurfürst Johann Friedrich und Landgraf Philipp an die Dreizehn.

November 26.

Str. St. Arch. AA 456. Ausf.

Neuer ungünstiger Bescheid Ferdinands wegen des Lindauer Prozesses. Lindau eventuell kraft der Bundesverfassung zu schützen.

Antwort auf das Schreiben vom 13. September zu Gunsten Lindaus. Senden p. 390 A. 1.
Copie des Bescheids, welchen Hans v. Dolzig, der zur Zeit wegen dieser und anderer Religionsachen wieder am königlichen Hof weile, neuerdings wegen Lindaus erhalten habe¹. «nachdeme aber gnannter von Dolzk daruber bei dem edeln Hansen Hoffeman, freihern zum Grunepuel, weiter suchung und anmahnung gethan, so wollen wir uns versehen, die sach solle durch ine zu andern und bessern wegen uber obangezeigten bescheid gefurdert werden. wo aber nit, so wil es uf dem ruen: nachdem diese sach ane mittel ein religionsach ist, weil alles ansuchen und bieten nit helfen wil, und die von Lindau wolten daruber mit der acht beschwert und volgend thetlich angegriffen werden, dass wir die mitverwandten laut des Schmal-kaldischen abschieds und verainigten verfassung und gegenwehr zusammen-setzen und inen, denen von Lindau, solichen gewalt und thetlich furnehmen abwenden. dan wann man gleich ferrer schicken, schreiben, suchen und bieten solt, so besorgen wir doch, es wirdet nit weniger dann das vorige in verachtung gesetzt und nit stat haben; darumb man 'entlich durch des cammergerichts mutwillig procedirn, auch das der konig uber den, als seinen eigen sachen, so hart wider den fridenstand halten will, darzu wirdet gedrunge werden. do aber uf des Dolzken anhalten ein ander bescheid erfolget, sol euch derselbe unverhalten pleiben.» — Dat. So. n. Catharinae a. 36. — Pr. Dec. 15.

417. Die Geheimen von Ulm an die Dreizehn.

December 4.

Str. St. Arch. AA 456. Ausf.

Die Bestellung der Unterhauptleute erfolge am besten nach Massgabe der Bundesverfassung. Die Entscheidung darüber auf den Bundestag zu verschieben.

Antwort auf das Schreiben vom 21. November. Derselbe Brief des Land- nr. 415.
grafen, von dem die Dreizehn ihnen Copie geschickt, sei auch an sie gelangt. Sie hätten davon alsbald den andern oberländischen Städten ihres Bezirks Mitteilung gemacht, «mit furnemlicher erinnerung der beschwerden aines tails in ewerer jetziger schrift angezogen, und was fur ain abgang den stetten und uns, wo die knecht us unsern landen und bei uns, als die vor andern nationen herömpt, nit sollten angenommen und enthalten werden, entkomen möchte. daruf wir dann von allen denselben erbern stetten unsers krais nicht mindere entlegenhaiten und geverlichs gespurt und in schriften fur antwurt empfangen, welche es auch merer tails und das es bei voriger

¹ Liegt bei d. d. Graz Oct. 17: Der König verweist auf seine kürzlich den Gesandten gegebene Erklärung (vgl. oben nr. 403), bei der er es bleiben lasse. Er macht noch besonders darauf aufmerksam, dass Lindau seine Neuerungen erst nach dem Nürnberger Frieden begonnen habe. Vgl. nr. 404.

abgeredter und unterschribner notel der verfassung hillich unverendert besten sollt, aber umb ainmuertiger antwort willen uf ain zusammenkomen der stett gestöllt haben.» Sie hätten nun eigentlich vorgehabt, dem Landgrafen diese Meinung der Städte zu schreiben; da aber inzwischen ein Bundestag auf
 nr. 418. Weihnachten oder kurz danach angekündigt sei, so hielten sie für besser, die Entscheidung über die Bestellung der Unterhauptleute bis dahin zu verschieben, namentlich auch, weil «dardurch uns von stetten mindere ungnad, wo di wegerung von andern mer stenden, dan von uns erfolgte, entstuende.» Bitten um Strassburgs Ansicht, was besser sei: dem Landgrafen die Meinung der Städte jetzt zu schreiben oder bis zur Zusammenkunft zu warten¹. Dat. Mo. 4. Decemb. a. 36.

418. Jacob Sturm an Landgraf Philipp.

December 9.
Strassburg.*Marb. Arch. Orig.*

Bittet, den in Aussicht genommenen Bundestag wegen des Concils und der Prozesse zu verschieben und in Frankfurt statt Schmalkalden abzuhalten. Gründe dafür. Zeitungen betreffend den Kaiser, die Türken und Frankreich.

«E. f. g. schreiben(*), dorin si melden, das si mein bedenken des concilii halber(*) empfangen², mit genediger anzeige, das jetzt umb weihnachten oder kurz darnoch ein tag gon Schmalkalden usgeschriben, dohin dan churf. und fursten alle eigner person erscheinen werden des angesetzten concilii, auch der cammergerichtischen procesz halber zu handeln und zu beratschlagen etc., hab ich, wiewol etwas spet, von einem Zweibrückischen boten empfangen und verlesen.» Dankt dafür und bittet, «dise nochgonde min wolmeinung auch genediglich zu vermerken, namlich das: wo nit sonder merklich geschefde vorhanden, die verzug nit leiden mochten, sehe nit allein mich sonder auch etlich ander von disen oberlendischen stenden fur nutz und gut ane, das dise zusammenkunft unz noch liechtmesz [Febr. 2] ongeverlich verzogen und der tag gon Frankfurt ernempt wurde, dan je zwisten hie und derselben zeit nichts gevorlichs der verstentnus zuston moge; so mochte man aber mittler weil desto basz in erfahrung kommen, wo hinaus die practicken und vorhaben gegenwertiger kriegs- und ander löuf sich uf kunftigen sommer lenden wolten, die man diser zeit noch nit so eigentlich wissen mage. in dem käme auch die botschaft von kai. mt. wider anheimisch, wurden auch die tag etwas lenger und die zeit mitter, domit man im zu-
 nr. 394.

¹ Constanz, an das Strassburg ebenso wie an Ulm d. d. Nov. 24 geschrieben, antwortete am 29. Nov., indem es Copie seiner bereits am 25. Oct. an Ulm geschickten Erklärung übersandte (ebenda), welche dahin lautete, dass es sich dem Beschluss der Mehrheit der Städte anschliessen würde.

² Wegen des Concils (s. nr. 424) giebt es einen undatierten Brief Bucers an Sturm, der wohl in diese Zeit gehört und vermutlich durch des Landgrafen Bitte um ein Gutachten veranlasst ist. Bucer meint darin, man solle sich bezüglich der Malstatt des Concils nachgiebig zeigen, wenn auch unter Protest, und auch über das Recht des Papstes zur Ansetzung desselben nicht viel streiten. «De iis autem disputandum erit, quibus permittamus iudicium de religione; ante omnia necessarium erit, ut confirmemus nos ad rejectionem iudicium iniquorum a iudicio causae Christi.» (Baum thes. IX, erstes Bl.).

und vonreiten, auch der handlung mit minderm verzug und beschwerung die sachen usrichten möcht. so wer Frankfurt der herbergen, zerung und vil ander bequemlichkeiten halber auch basz dan Schmalkalden gelegen; doch würde des platz halben billich e. f. g. und der andern chur. und f. gefallen noch niemants so hoch beschwerd tragen, sonder inen solichs heimstölln. sonst wurde auch von noten sein, des uf solichem tag die verstantnus und notel mit den stimmen, kriegsräten und andern notwendigen puncten zu end brocht und nit alwegen also uf etlich, so noch nit vollkommen antwort geben, verzogen.»

Hinsichtlich neuer Zeitungen sei aus Augsburg geschrieben (*), dass der Kaiser am 18. November von Genua sich nach Spanien eingeschifft habe, mit dem Versprechen, zum Frühjahr wieder in Italien zu sein. «es soll auch der babst noch furt und furt in handlung ston, die beiden kai. und konig zu vertragen. man besorgt sich auch des Turken uf kunftigen frügling in Neapols und Sicilien, dan er in grosser rustung zu wasser und land sin solle; hat kurz verruckter tag bei Grätz etlich tausend menschen todt geschlogen und hingschlöuft. uf heut sind einem kaufman hie briewe us Lyon kommen, das grave Wilhelm von Furstenberg mit den teutschen knechten, der er noch bei 4000 hat, uf Picardi ziehe, und das der konig sampt dem hof sich uf Paris thon wölle. vermainen etlich, gebe anzeig, als ob der konig gegen den Niderlanden etwas furnämen wolte.» — Dat. Strassburg Sa. 9. Dec. a. 36.

419. Die Dreizehn von Basel an die Dreizehn von Strassburg. December 12.

Str. St. Arch. AA 445. Ausf. Regest Eidgen. Absch. IV 1 C 787.

Bern habe ihnen über die zu Gunsten der Evangelischen nach Frankreich zu sendende Botschaft laut beiliegendem Zettel geschrieben¹. «diewil si dann soliche botschaft ze schicken bewilligt und aber ir hievor, wer die boten sin wurden, damit ir si mit geburlicher instruction abzevertigen wüszen, üch ze verstendigen begert, haben wir uch solichs nit unanzeigt wellen lassen. und ob ir uwere diener des hern worts ein sumarium unsers heiligen gloubens mit ableinung der schmachreden, in irm schreiben vermeldet, ze vergrifen vermögen und uns solches, inen verer ze antwurten, übersenden, wurden ir uns daran sonders gfallen bewissen².» — Dat. Di. 12. Dec. a. 36. — Pr. coram XXI 26. December.

nr. 414.

¹ Liegt bei: Bern schreibt an Basel, dass es für sich selbst und im Namen von Strassburg, Basel und Zürich seinen Säckelmeister Hans Franz Negelin und Jost von Diesbach als Gesandte nach Frankreich bestimmt habe. Diesen möge man nun eine Instruction stellen lassen, welcher womöglich auch eine kurze Rechtfertigung der evangelischen Lehre anzuheften sei.

² Als Strassburg mit der Antwort zögerte, wiederholte Basel auf Berns Ansuchen am 20. December seine Bitte. (Ausf. ebenda mit dem Vermerk: prod. Dec. 24, reprod. coram XXI Dec. 26).

420. Die Dreizehn an die Geheimen von Ulm.

December 13.

Ulm. Arch. Ref. T. XX. Ausf.

- nr. 417. Antwort auf den Brief vom 4. December. Sind einverstanden, dass die Frage, wie es mit Bestellung der Unterhauptleute zu halten sei, erst auf dem nächsten Bundestage erledigt werde; bitten übrigens, beim Landgrafen zu befürworten, dass der Tag bis nach Lichtmess [Febr. 2] verschoben werde¹.
- nr. 418. Dat. 13. Dec. a. 36.

421. Die Geheimen von Ulm an die Dreizehn.

December 22.

Str. St. Arch. AA 456. Ausf.

- Antwort auf das Schreiben v. 13. Dec. Stimmen mit Strassburgs Wunsch überein, dass der auf Weihnachten in Aussicht genommene Bundestag bis zum Februar verschoben, und die Malstatt von Schmalkalden nach Frankfurt verlegt werde. Ausser den von Strassburg geltend gemachten Gründen spreche hierfür namentlich auch der, dass der Kaiser seinen Vicekanzler Mathias Held demnächst nach Deutschland schicken wolle, um mit den Einungsverwandten zu verhandeln. Dessen Ankunft müsse jedenfalls abgewartet werden. Da Strassburg noch nichts von der Rückkehr der evangelischen
- nr. 394. Gesandtschaft vom kaiserlichen Hof und von der bevorstehenden Sendung Helds zu wissen scheine, so schicke man den darüber von Augsburg mitgetheilten Bericht². Sie hätten bereits an den Landgrafen geschrieben und um Verschiebung des Tages ersucht. Dat. Fr. 22. Dec. a. 36. — Pr. Dec. 28.

422. König Ferdinand an den Rat.

December 23.
Wien.*Str. St. Arch. AA 457, 11. Druck.*

- nr. 360. Alle diejenigen, welche in Französische Kriegsdienste getreten sind oder dafür werben, sind zu bestrafen, widrigenfalls der Kammergerichtsfiscal ausdrücklichen Befehl hat, nicht nur die Uebertreter des Verbots sondern auch deren Obrigkeiten zur Verantwortung zu ziehen. Es sei zu vermuten, dass Frankreich im künftigen Sommer den Krieg gegen den Kaiser wieder aufnehmen werde. Auch alle verdächtigen Boten, Practicierer etc. sind zu verhaften, und etwaige Briefe, die sie bei sich führen, ihm, dem Könige, auszuliefern. Dat. Wien 23. December a. 36. — Pr. Jan. 21 a. 37.

¹ Es werden hier dieselben Gründe für die Verschiebung geltend gemacht wie oben nr. 418.

² Inzwischen war Strassburg bereits durch einen Brief der Constanzer v. 11. December von allem in Kenntnis gesetzt (Str. St. Arch. AA 462 f. 123). Die schriftliche Erwiderung des Kaisers auf die Werbung der Gesandten d. d. Genua October 31 kündigte in wenigen Worten die Sendung Helds an, der den Protestierenden in allen Punkten die kaiserliche Meinung anzeigen werde (AA 456 Copie). Uebrigens wurde Held bei den einzelnen Ständen durch besondere Creditive beglaubigt, so auch bei Strassburg. (Str. St. Arch. AA 411, Ausf. d. d. Oct. 31).

423. Landgraf Philipp an Jacob Sturm.

December 23.
Eisenach.

Marb. Arch. Conc. oder Copie.

Antwort auf das Schreiben vom 9. Dec.¹ Der Bundestag sei jetzt, dem Wunsche Sturms entsprechend, auf den 7. Februar zu Schmalkalden angesetzt, «wir ir dan abe demselben usschreiben an die von Straspurg werdet vernemen².»

nr. 418.

«Haben auch nit unterlossen und der malstat halb, das die zu Frankfurt het sein mugen, mit dem churfursten gehandelt, hettens auch lieber zu Frankfurt gehabt; aber beim churfursten haben wirs nit erhalten, aus ursachen, das andre mehr tage furhanden, die der churfurst und wir vor dem tage zu Schmalkalden werden ersuchen, und nit haben konnen erstreckt werden: nemblich ein tag, doruf wir, die erbeinungsverwanten churfursten und fursten der churfursten zu Sachsen und Brandenburg, herzog Jorge zu e Sachsen und wir, zusammenkommen werden, item der tag zwuschen Menz und dem churfursten zu Sachsen etc.» — Dat. Eisenach Sa. n. Thomae a. 36.

424. Kurfürst Johann Friedrich und Landgraf Philipp an den Rat.

December 24.
Eisenach.

Str. St. Arch. AA 461, fol. 4-9. Ausf. Zettel ebenda.

Schreiben einen Bundestag zu Schmalkalden aus, namentlich wegen des Concils. Zettel: Vereidigung der Kriegsräte. Kosten der Gesandtschaft zum Kaiser. «Beharrliche Hilfe»; kleine Anlage.

Die Thatsache, dass der Papst auf den 4. Mai 1537 ein Concil zu Mantua ausgeschrieben habe³, sowie die fortdauernden Beschwerden über das Verfahren des Kammergerichts hätten sie zu einer persönlichen Besprechung in Eisenach veranlasst. Dort seien sie zu der Einsicht gekommen, dass eine allgemeine Zusammenkunft der Einungsverwandten unbedingt nötig sei. Auf einem beiliegenden Zettel hätten sie die einzelnen Punkte, die zur Verhandlung kommen sollten, zusammengestellt⁴ und bäten, die Gesandten hierüber mit Vollmacht auszustatten. Am 7. Februar solle die Versammlung in Schmalkalden eröffnet werden. Inzwischen möge man über die Punkte, namentlich soviel das Concil belangt, mit Hinzuziehung der Theologen schriftliche Ratschläge abfassen lassen und dieselben durch einen oder zwei der vornehmsten Gelehrten nach Schmalkalden schicken. Sie selbst würden eigner Person auf dem Tage erscheinen und ebenfalls etliche Theologen mitbringen. Dieselbe Aufforderung sei an die andern Fürsten und Stände, auch an die, welche nicht der

¹ Nicht vom 9. November, wie es in unserer Vorlage irrtümlich heisst.

² S. folg. Nummer. Auch der Rat hatte noch am 18. December den Landgrafen gebeten, den Tag zu verschieben. Philipp antwortete darauf am 29. mit dem Hinweis auf das inzwischen erlassene Ausschreiben. Str. St. Arch. AA 461, 10.

³ Das Ausschreiben d. d. Juni 2 ist gedruckt bei Hortleder 191; Walch XVI 2314 u. a.; jedoch ist danach der Beginn des Concils nicht auf den 4. sondern auf den 23. Mai festgesetzt.

⁴ Liegt bei. Man ersieht die zur Beantwortung vorgelegten Punkte aus der Instruction zum Schmalkaldner Tage, s. unten nr. 438.

Einigung, wohl aber der Protestation verwandt seien¹, ergangen. «Dat. zu Eisenach am heiligen christabent a. 1536.» — Relectum² Jan. 22 a. 37.

Zettel: 1) Zur Vollziehung der Verfassung der Gegenwehr sei es erforderlich, dass die Kriegeräte auf die Verfassung vereidigt würden. Strassburg möge deshalb den seinigen nach Schmalkalden senden. Dat. ut in lit.

nr. 421. 2) Nachdem die Gesandtschaft der Stände vom Kaiser zurückgekehrt, sei es notwendig, zu Schmalkalden auch über die Erlegung der dadurch verursachten Kosten und über die den Gesandten zu machende «Verehrung» zu beraten. Dat. ut in lit.

p. 321. 3) «Nachdem sich auch die leuffte disser zeit des concilii und anderer ursachen halber etwas geschwinder, dan hie bevor gescheen, ereugen», so ercheine es notwendig, dass die Stände Form und Mass der «beharrlichen» Hülfe, welche einzutreten habe, wenn die eilende Hülfe der 6 Monate nicht ausreiche, genauer festsetzen, damit nicht im Fall der Not erst langwierige Verhandlungen darüber geführt werden müssten. Auch müsse man darauf bedacht sein, da die kleine Anlage der 7000 fl. bald verbraucht sein werde, eine neue zur Bestellung von Unterhauptleuten, Kundschaftern und dergl. zu bewilligen. Strassburg möge auch in diesen Punkten seinen Gesandten Vollmacht geben. Dat. ut in lit.

425. Hans Erhart von Rotwil, Amtmann zu Wasselnheim, an die Dreizehn.

December 28.

Str. St. Arch. AA 598. Orig.?

[Wasselnheim].

«Dem schriben noch, so e. g. und f. w. mier gethon hant (*), han ich mich erkundigt und befind um b mich rum her in den derfern noch nitz anders, dan das sither dem burenkrieg inen alle wer noch verboten sint, han aber min erfarens im Brischthal³ gehan, do befind ich, das der hochwirdig first, min gnediger her von Stroszburg, hat lon von der hohen Dunen⁴ an unz uf des apts von sant Kierensz⁵ herschaft und dan hierus unz an die Lininger herschaft⁶ alle weg on die rechten landstrossen verhowen und verfallen lon. man weisz aber ouch nitz von keiner ristung oder gebieten [?] nitz zu sagen, befind aber, das den von Molssen⁷ befolen sig, das sie ir harnest und gewer han sollen; woruf es ist, wissen sie nit anders, dan das die vergangen woch irer etliche ein edelman bi Bachrach⁸ uf eim schlessel gefangen hand und hienweggefiert hant, wohien weisz man noch nit; wohien, megen dissen boten selbs mintlichen heren.» — «Dat. uf den kindeltag a. etc. 36 jor.»

¹ Besonders Georg von Brandenburg und die Stadt Nürnberg.

² Diese Wiederverlesung geschah wahrscheinlich behufs Abfassung der Instruction (nr. 438); angekommen ist das Schreiben jedenfalls viel früher; denn schon am 3. Januar antwortete der Rat dem Kurfürsten und Landgrafen, er werde der Aufforderung zur Beschickung des Schmalkaldner Tages Folge leisten. *Marb. Arch. Ausf.*

³ = Breuschthal.

⁴ Der Donon, höchste Erhebung der Nordvogesen.

⁵ St-Quirin an der Saar.

⁶ Die Grafschaft Dagsburg.

⁷ = Molsheim.

⁸ Vermutlich = Baccarat (Frauz. Lothringen).

1537.

426. Claus Renner, Vogt zu Benfeld, an die Dreizehn.

Januar 1.
Benfeld.

Str. St. Arch. AA 598. Orig.?

«Ucheren genoden nest zuogeschribenen befelcht noch (*) hab ich mich in einer geheim erfahren und ist mir eigenklichen angezeigt worden, wi dasz der bischof in sinen derferen heft lossen ufzeichnen, wi vil bueren und dienstknecht er in jedem sinem dorf hab, aber dasz er si gemant sol haben, han ich nit erfahren. aber das weisz ich, dasz der aman von Epfig, Jost von Sebach den von Kerzfeld und sunst in anderen derfern dem buren die gewer genume hat und gon Epfig gefiert.» Verspricht weitere Erkundigungen. «so ist mir globhafdich angezeigt worden, wi dasz die dalheren us dem Wielerdal alle sollent gan Schletzstat kumen, als jetzunder uf der heiligen dri kunig tag [Januar 6] und ein tag do halden, bedreffen ire armen liet zuo Selle¹, so inen durch Glad y Wall e² geblindert ist worden.» — «Geben zuo Benfeld uf den nuegen jortag a. etc. 37.»

427. Landgraf Philipp an den Rat.

Januar 4.
Cassel.

Str. St. Arch. AA 461.

«Wir haben jegenwertigen unsern secretarien und lieben getrewen Johan Schwalbachen, euch uf die jungsten zu Frankfurt und Schmalkalden gehaltenen tage genomen abschied zu ersuchen und etlich gescheft bei euch von unsern wegen uszurichten, abgevertigt und bevel gethan, wie ir von ime hoeren und vernemen werdet, gunstiglich und gnedig begerende, ir wollet ime dimals in solcher seiner werbung gleich uns selbs glauben geben und darin berurten abschieden gemes erzeigen³.» — Dat. Cassel Do. n. circuncisionis a. 37. — Empf. Febr. 5, pr. Febr. 5.

¹ = Saales. Vgl. unten nr. 432.

² Vgl. oben nr. 346. — Der Genannte ist unzweifelhaft identisch mit dem nr. 203 und 206 erwähnten Gesandten Walhey, dessen Vornamen Claudius (= Glad y) Wille 145 nennt.

³ Näheres über den Inhalt der Werbung deutet folgender Kanzleivermerk des Stadtschreibers an: «Landgraven credenz uf Schwalbach, die verfassung zu versiglen.» Vgl. oben nr. 410.

428. [Die Dreizehn] an die Geheimen von Basel.

Januar 5.

Str. St. Arch. AA 445. Conc. von Joh. Meyer. 2 Zettel ebenda. Erwähnt von Herminjard IV 450 A. 4.

Uebersenden Entwürfe einer längeren und einer kürzeren Instruction für die Gesandtschaft zu Gunsten der Evangelischen in Frankreich. Die längere für die Königin von Navarra bestimmt, die kürzere für den König. Erstere nicht in die Hand der Feinde gelangen zu lassen. Bittschriften an Fürstenberg und Du Bellay. Zettel: Verwendung für einen gewissen Marlot.

nr. 419.

Antwort auf die Briefe vom 12. und 20. December. Sind mit der von Bern zu schickenden Botschaft nach Frankreich einverstanden und haben der Aufforderung Basels entsprechend von ihren Gelehrten «ein bekantnus und bethedigung unsers glaubens» abfassen lassen. Schicken Copie davon in lateinischer, französischer und deutscher Sprache¹. «und ist die soma desselben fast dahin gericht, das die fromen erbarn leut nit one allen unterschied nach deren, so dem handel zuwider, unmessigkeit also angefallen, geschmeht verletzt vertriben oder hingericht, sonder das do di sach fromen, gotzforchtigen gelerten und gerechten leuten zu urteilen bevolen wurde; dardurch hoffen wir das dannoch den fromen leuten so vil geholfen, das si nit ane alles erkenntnis und wider recht dermassen beschwert und verjagt wurden. dan nachdem wir gelegenheit des konigreich Frankrichs, des konigs selbs und gegenwertiger leuf bedenken, so kinden wir nit erachten, das do moglich sei, noch zur zeit zu erlangen, das man diejenen, so das evangelium bekennen, also wie si begeren, werd frei ungerechtfertigt mit der sachen umbggen oder furfaren lassen, und dadurch wol ganz abschlegig antwort, wo mans also begeren wird, erlangen solt, do villeicht [durch] disen weg etwas milterung erhebt mocht werden, bis got der herr harin weiter gnad verliehe. nachdem wir aber solich unserer gelerten angestellt geschriften gehort und befunden, das dieselbig seer lang, haben wir bedacht, das die ko. mt. solichs fur sich selbs noch der leng nit werde lesen oder, ob si es schon hore, zu beratschlagen bevelen, das solich schrift also under der widerwertigen hand werd komen. dieselben, so si horen werden, welcher gestalt si darin anzogen, ob es gleich wol die warheit ist, so werden si die leichtlich nit, wie sie an ir selbs stat, lassen furkomen, und also mer zu der armen nachteil dan irer leichterung gelangen. darumb so haben wir unser gmüt also geendert, das wir ein kurzere und leisere instruction haben lassen anstellen, die die boten dem konig mochten furbringen², welche, so

¹ Deutsches Concept im Str. St. Arch. AA 445. Copie und lateinische Uebertragung (aber nicht wörtlich) im Basl. Arch. L. 162 nr. 8. Regest danach in Eidgen. Absch. IV 1 C p. 813. Das Schriftstück enthält neben den bereits im Schreiben vom 3. Juli (oben nr. 390), vorgebrachten Bitten und Vorschlägen eine lange theologische Rechtfertigung der evangelischen Reformen. — Ausser dieser Instruction liegt im Str. St. Arch. a. a. O. auch das Concept zu einem Credenzbrief für die Gesandten Jost von Diesbach und Franz Negelin. Vgl. oben nr. 419.

² Copie im Basl. Arch. L. 162 nr. 8. Concept von Meyer Str. St. Arch. AA 4853. Es fehlt darin namentlich die in der grösseren Instruction enthaltene Polemik gegen die Missbräuche der Römischen Kirche. Ausserdem besitzt das Str. St. Arch. a. a. O. noch einen dritten Entwurf zu einer Instruction (Reinschrift) ähnlichen Inhalts, der aber nicht an Basel geschickt wurde. Vgl. Herminjard IV nr. 604.

si schon den widerigen underhendig (?)¹ wurde, nit so vil gfar, noch den armen, fur die man handelt, so vil nachteils geperen mocht. und nit destweniger, domit dennoch der konig des handels mit warheit wurde bericht, das <man> die lenger unser predicanten instruction, wie wir euch derselben teutsch, lateinisch und franzosisch copeien zuschicken, der konigin von Navarre², die dan dem handel seer gneigt sein soll, mocht zugeschickt und ir in unser aller namen in franzosischer sprach lut der teutschen copei hiebei geschriben werden³ — wie dan die von Bern dasselbig schreiben bei inen leichtlich transferiern lassen und in unser aller namen versiglen mogen — und gepeten, das si dem handel zu gut die ko. mt. zu gelegner zeit und allein der sachen zum teil, halb oder ganz underrichtet hette; doch das si solch lenger instruction bei ir behielt und verwarte, das si in der widerigen hand nit keme. es mochten auch uwere eidgenossen und unser frund von Bern die kurzer instruction ins franzosisch lassen vertolmetschen und gemelter konigin schicken und zusenden, damit si desdo besser wissen mochte, was die botschaften in eim und im andern weg fur bevelch hetten. so mochten die gesandten der lengern instruction auch copei mit sich nemen, ob sich begeben oder zutragen wolt, das si mit der ko. mt. in sonder gesprech erwachsen und es die gelegenheit geb, das si ir mt. des fur ir person allein und muntlich berichteten, doch in alweg die copei bei handen behalten, das si nit under die widerigen gelangte etc. Ausserdem habe Strassburg an Wilhelm von Fürstenberg und den Herrn von Langey Bittschriften gerichtet laut beiliegenden Copien⁴. Bern, Zürich und Basel sollten das Gleiche thun.

Wenn Basel mit dem Entwurf der Instruction einverstanden sei, möge es denselben an Bern schicken und daselbst die Ausfertigung beantragen. Dat. 5. Jan. a. 37.

I. Zettel: Bitten um Entschuldigung, dass sie so lange mit der Antwort haben warten lassen. Die Fertigstellung der Instruction in drei Sprachen habe viel Zeit in Anspruch genommen. Dat. ut in lit. p.397 A.2.

II. Zettel⁵: « Als diejenigen, so nehmals von wegen der entwichnen und beschwerten Franzosen umb dise botschaft angesucht, bei uns gewesen, haben si under anderm insonders gepeten, das wir auch des herrn Marloten sach⁶ den gesanten bei der ko. mt. zu werben bevelen wolten, das wir dan zu thun bewilligt. dieweil uns derselbig Marlot fur ein nr. 414.

¹ Zweifelhafte Lesart.

² Margarethe, Schwester Franz I.

³ Concept ebenda. Copie im Basl. Arch. L. 162 nr. 8. Regest Eidgen. Absch. IV 1 C p. 814. Ueber den Inhalt s. im Text.

⁴ Unter dem Herrn von Langey ist Wilhelm Du Bellay zu verstehen. Beide Briefe — der an Du Bellay vom 31. December, der an Fürstenberg vom 6. Januar — enthalten die Bitte um Förderung der Gesandten und Verwendung beim König. (Ebenda, Concepte).

⁵ Trotz des späteren Datums — das übrigens von andrer Hand geschrieben ist — scheinen diese Zeilen, welche auf einem besondern Blatt mit der Ueberschrift: «per zeulam» stehen, entweder zu obigem Brief oder zu dem verloren gegangenen vom 6. Januar zu gehören, in welchem die Frage des Concils besprochen war. Vgl. unten nr. 430.

⁶ Ist mir unbekannt.

fromen erlichen man gerumbt, aber ir oder unsere freund von Bern desselben Marlotz sachen gelegenheit besser dan wir wissen mogen, und es euch gleicher gestalt als uns gefellig, so mochten wir wol leiden und pitten, das ir von dem mergedachten Marlot erkundigen wollen, wie er mein, das sein sach am bequemsten anzupringen were, und das man dan dasselbig den boten auch zu werben und auszurichten bevelen thete. dat. 7^a ja. a. etc. 37.»

429. Der Rat von Frankfurt an den Rat von Strassburg. Januar 16.

Str. St. Arch. AA 465. Ausf.

«Frankfurt schreibt des spans, so her landgrave mit ime hat des hoves halben, so das closter Hayne in irer stat hat.»

Der Landgraf habe ungefähr um das Jahr 1528 eine Abtei, genannt Hayne, welche in seinem Fürstentum liegt, an sich gebracht und in ein Spital verwandelt¹; «welche abtei ainen hof sampt etlichen zinsen in unser stat gelegen und fallend hat; denselben hof und zinse ir f. g. mehrmals schriftlich und mundlich begert, irn f. g. zu berurtem newen spital volgen zu lassen. nun ist uns aber damals uf anrufen der zeit abt Dietmars von dem kai. regiment und nach desselben abgang uf weiter anrufen des itzigen abts Johansen von dem kai. camergericht bei pen vierzig mark golds verpoten worden, die gueter zinse rent gulten und einkomen, gedachtem closter zustendig, sovil in unserm gepiet gelegen, wie ain abt daselbst die ingehabt und genossen, ime, abt Johansen, und seinen rechten nachkomen und sonst niemand anders nachfolgen zu lassen, welchen kai. mandaten wir als damals der christlichen ainigung noch unverwandt gehorsamlich an- und, denselben zu geleben, furgenomen, auch daruf irn f. g. dasselb begeren, so fuglich wir gemogt, abgeslagen. es hat sich aber ir f. g. solcher unser gethanen entschuldigung nie wellen settigen;» vielmehr dringe der Landgraf jetzt, nachdem Frankfurt in den Bund eingetreten, erst recht auf Einräumung jenes Hofes. Nachdem ihm dies Verlangen noch kürzlich laut beiliegender Instruction² abgeschlagen, habe er heute geschrieben, er sehe sich veranlasst, «uns uf nebstkunftigem versammlungstag vor gemainen ainigungsverwandten stenden derhalben anzugeben, mit beger, irn f. g. hiezzwischen antwort daruber zukomen zu lassen, darnach sich ir f. g. mege richten. dieweil uns dann nit allain der angezognen kai. mandaten und anderer ursachen halben, in berurter instruction begriffen, beschwerlich, seiner f. g. zu willfaren³, sondern wir uns auch in annemung der lere des evangelii und der ganzen religionsachen des furnemlich bevlissen und bisher gehalten, daz sich kain gaistlicher ainicher einziehung oder entsetzung zeitlicher guter von uns zu beclagen hette und derhalben bedenken, wie verweislich bei meniglich angesehen werden mocht, nun erst, so wir uns der christlichen ainigung anhengig

¹ Vgl. über die Reformation der Cistercienserabtei Haina Hassenkamp I 120 ff.

² Copie ebenda. Vgl. unten p. 412.

³ Als «andere ursache» wird in der Instruction geltend gemacht, dass auf dem Hof alte Dienstverpflichtungen ruhten, welche die bisherigen Aebte der Stadt stets gutwillig erfüllt hätten, so dass Frankfurt seinerseits sich verbunden glaube, dieselben in ihren Ansprüchen zu schützen.

gemacht, in die zeitlichen guter der geistlichen <guter> . . .¹ oder ingriff zu gestalten; zudem, wie e. l. zu erachten, uns auch sonst wol acht zu haben, was uns und unser stat daran gelegen und kunftiglich daraus volgen mocht, wo ir f. g. oder andere fursten und herrn dermassen in unser stat fusz zu setzen zugelassen wurden: so haben wir e. l. als unsern besonder lieben und guten freunden, die auch dergleichen sachen gegen umbligenden herrschaften villeicht haben möchten, solich unser obligen zuvor in guter geheim entdegken, anzaigen und umb freundlichen getrewen rat in der eil ersuchen wollen.» Strassburg möge sein Gutachten den Gesandten, welche es zum Schmalkaldner Tage abordne, mitgeben. Das gleiche Ersuchen habe man an Ulm und Esslingen gestellt. Dat. «in eil» Di. 16. Jan. a. 36. — Pr. Jan. 25.

nr. 438.

430. Die Dreizehn von Basel an die Dreizehn von Strassburg. Januar 19.

Str. St. Arch. AA 1815. Ausf.

Danken für eine Zuschrift Strassburgs vom 6. Januar (*), betreffend das künftige Concil und was deswegen auf dem Tage zu Schmalkalden [Februar 7] gehandelt werden solle. Uebersenden ein Gutachten ihrer Theologen darüber (*) und bitten um Mitteilung über die Beschlüsse der Versammlung. Die Strassburger Schriften zu Gunsten der Evangelischen in Frankreich hätten sie an Bern geschickt, nachdem die kürzere Instruction und der Brief an die Königin ins Französische übersetzt worden sei. Bern habe darauf noch nicht geantwortet. Dat. 19. Jan. a. 37. — Pr. Jan. 22.

nr. 424.

nr. 428.

431. Der Rat von Oberehenheim an den Rat von Strassburg. Januar 20.

Str. St. Arch. AA 1559. Ausf.

«Vergangner nacht seint wir glauplich bericht und gewarnet worden, wie das funfhundert reissiger in dem closter Stiffe² ankomen, und die sage, das si etlichs fueszvolks warten seien. wo aber die — wann si zusammenkomen — sich hinauswenden werden, mogen wir nit wissen.» Bittet um Auskunft, wenn Strassburg etwas darüber erfahre. Dat. 20. Jan. a. 37. — Pr. cor. XIII Jan. 20, lect. cor. XXI Jan. 21, 2. post meridiem.

432. Bischof Wilhelm von Strassburg an den Rat.

Januar 21.

Zabern.

Str. St. Arch. AA 1559. Ausf.

«Uns seind in diser nacht um zwölf horen treffliche warnungen zukomen, wie vergangens fritags [Jan. 19] umb mittag uf 500 Franzosen zu ros zu Seele³ ankomen und noch eins fuszvolks wartend sein sollen, darus zu besorgen, das si dise landsart zu überfallen und zu beschedigen furnemens sein möchten.» Bittet für letzteren Fall um Hülfe⁴. «begeren heruber ewer

nr. 431.

¹ Lücke für ein Wort gelassen.

² = Étival (lat. Stivagium) im Dep. des Vosges.

³ = Saales im obersten Breuschthal, zur Herrschaft Weilerthal gehörig.

⁴ Schon früher hatte die Gefahr einer Französischen Invasion den Bischof zur Aufmahnung seiner Bauern veranlasst. Vgl. oben nr. 425 u. 426. Am 26. u. 27. schrieben der Amtmann von Wasselnheim und der Vogt von Benfeld den Dreizehn, dass jetzt überall die bischöflichen Bauern

furderlich beschriben antwurt. Dat. Zabern am sonntag nach sand Sebastianstag umb II horen nach mittnacht a. etc. 37.» — Pr. cor. XIII Jan. 24, lect. cor. XXI eodem die post meridiem.

433. Instruction der Oesterreichischen Regentschaft zu Ensisheim für Melchior von Rinach und Hans von Andlau an den Rat von Strassburg.

Januar 22.

Ensisheim.

Str. St. Arch. AA 1982,82. Copie.

Werbung wegen Begründung einer «Landsrettung» zum Schutz gegen Ueberfälle der Franzosen.

nr. 432.

Nach Ueberreichung ihrer Credenz sollen sie vortragen, dass der Römische König erfahren habe, «wie das der herzog von Guise, des herzogen von Lothringen bruder¹, das dorf oder flecken Seel, so in das Weilerthal und die herrschaft Ortenberg gehörig, welichs irer mt. und deren loblich haus Osterreich mit dem eigentumb zustendig, und von denen vil vom adel diser landen satz² [sic?], und in unsers gnedigen herren des bischofs, auch iren, deren von Strassburg, sondern verspruch schutz und schirm seie, uberfallen blundern, etlich underthanen, so darinnen betreten, entliben, sodann etliche fenklichen annemen, hinfuren und schetzen lassen haben solle.» Da nun in Anbetracht des Krieges zwischen Frankreich und dem Kaiser eine Wiederholung solcher Ueberfälle zu gewärtigen sei, so habe der König seiner Regentschaft in Ensisheim befohlen, mit der Stadt Strassburg wegen Abschluss «einer nachpurlichen landsrettung und gegenwer ze handeln und ze reden.» Zu eben diesem Zweck seien sie, die Gesandten, jetzt abgeordnet. Wenn Strassburg der angedeuteten Verbindung geneigt sei, so wolle man sich über Ort und Zeit zu einer näheren Besprechung verständigen. Dat. Ensisheim 22. Jan. a. 37. — «Geworben am 27. tag januarii³.»

mit Waffen versehen und gemahnt würden, sich für den Fall eines Aufgebots bereit zu halten. Ueber die Veranlassung war ihnen nichts Näheres bekannt. Der Amtmann fragte zugleich an, ob Strassburg auch seinerseits die Bauern zu bewaffnen gedächte. Str. St. Arch. AA 398.

¹ Der Cardinal Karl von Guise.

² Sinn?

³ Strassburg erwiderte hierauf erst ziemlich spät, am 12. Februar, dass es zwar gegenüber Ortenberg und Weilerthal keine bestimmten Schutzpflichten habe, jedoch bereit sei, «denselben geburlichen schirm zu beweisen». Man werde deshalb auch gern einen Tag beschicken, um «zu hören, wer sich in solche gemeine landsrettung begeben, und mit was ordnung und masz dieselbig furzunemen sein solt.» Die Oesterreichische Regierung setzte hierauf einen Tag zu Schlettstadt auf den 19. März an, zu welchem Strassburg Martin Betscholt als Vertreter schickte mit der Instruction, die gemachten Vorschläge einfach anzuhören und hinter sich zu bringen. Ausser Strassburg waren in Schlettstadt vertreten die Ensisheimer Regierung, der Bischof von Strassburg, die Grafen von Hansu und Bitsch und die Städte Hagenau, Colmar und Schlettstadt. Etwas Endgültiges kam natürlich nicht zustande; indessen wurde wenigstens im Abschied vom 21. März ein Entwurf zu der «Landsrettung» aufgestellt. Danach sollte die ganze Streitmacht aus 13000 Mann zu Ross und Fuss bestehen, wovon Strassburg 2400 Knechte und 100 Pferde stellen sollte. Weitere Beschlussfassung wurde verschoben, bis der Römische König sich über den Entwurf geäußert und erklärt hätte, «wie stark zu ross und fusz, geschützt und artilleri ir mt. in solcher landsrettung hilf thun well.» Ebenda.

434. König Franz I. von Frankreich an den Rat.

Januar 25.
Paris.

Str. St. Arch. AA 445. Ausf. perg.

«Franciscus dei gratia Francorum rex etc. senatui et populo inclytæ Argentinae imperialis civitatis, amicis et foederatis carissimis salutem. Cum ad propulsationem gravissimi belli, quo contra ius omne atque fas exercemur, constitutum mihi sit Germanicum militem comparare, aequum esse arbitratum sum, sicut me pro instituto meo et pro amplitudinis vestrae ratione iter ipsis vestra fide tutum ac expeditum intra fines vestros postulare, ita quoque hoc ipsum a vobis impetrare, ut quod nec a gentium omnium consuetudine nec a vestra visum est humanitate alienum. hoc igitur pro ea, que regno meo cum imperio vestro iam tot seculis sancta atque inveterata necessitudine intercedit, mihi ut concedatis rogo atque ita rogo, cum ut maiore studio nihil a vobis contendere possim cum ut nostrum quoque et simili in genere et aliis in causis ad vos pertinentibus, siquando casus ita feret, amplitudini vestrae deferam officium.» — Dat. «Luteciae die XXV jan. 1536 ad calculum Gallicum¹.» — Pr. et lectum März 24.

435. Der Rat von Augsburg an den Rat von Strassburg.

Januar 25.

Str. St. Arch. AA 461 vor fol. 122. Ausf. perg.

«Was wir aus sonderer fursehung und gnaden des allmechtigen gottes zu seiner gotlichn mt. eere, erhaltung seines hailigen gnadenreichen selig machenden worts, gemeins frids, rue, ainigkeit und guter christenlicher policei in sachen, unser hailige religion belangend, in der stat Augspurg furgenomen und handlen lassen, das haben eur e. w. ab hiebei ligendem unserm getruckten ausschreiben (*), welichs wir bei eur e. w. in offnem rat zu verlesen biten, freundlich zu vernemen.» Bittet die Strassburger als seine vertrautesten Freunde um Verteidigung, Rat und Beistand, wenn Augsburg wegen seiner Reformation geschmäht, verunglimpft, verklagt oder in andrer Weise angegriffen oder beschwert werden sollte. Dat. 25. Jan. a. 37. — Empf. Febr. 4, pr. Febr. 5.

436. König Ferdinands Instruction für Joseph Minsinger an den Rat.²

Januar 28.

Str. St. Arch. AA 441. Copie.

Wien.

Bittet um Türkenhülfe auch ohne Reichstag und um Pulver und Büchsenmeister, ferner um Hülfe zu einem Angriffskrieg gegen Zapolya. Unmöglichkeit, einen Reichstag zu halten.

Es sei für nächsten Frühling oder Sommer unzweifelhaft ein Angriff der Türken auf Ungarn und Deutschland zu erwarten. Da nun die Zeit es

¹ Also nach unserer Rechnung 1537. Der Brief wurde durch Herzog Christoph von Württemberg, der damals in Französischen Diensten stand, mit einigen empfehlenden Worten an Strassburg gesandt. Str. St. Arch. AA 430 fol. 78 d. d. Paris 25. Jan. a. 37. (Pr. März 24).

² Credeuz für Minsinger ebenda. Ausf. Ein gedrucktes Rundschreiben ähnlichen Inhalts wie obige Instruction hatte der König bereits am 23. December 1536 versandt. (In Strassburg präsentiert Jan. 22. Str. St. Arch. AA 1387, 12.)

- nicht gestatte, zuvor noch einen Reichstag zu halten, um über die von den Ständen zu leistende Hülfe gegen die Türken zu verhandeln, so sehe sich der König genötigt, die erforderliche Unterstützung «durch ein particularhandlung» von den einzelnen Ständen zu erbitten. Strassburg möge demnach in Ansehung der drohenden Gefahr sich mit der auf dem Regensburger Reichstage festgesetzten Hülfe zu Ross und zu Fuss auf acht Monate gefasst machen. Da ferner der königliche Vorrat an Pulver erschöpft sei, so möge
- nr. 160. Strassburg auch diesmal wie im vergangenen Sommer aushelfen und 200 Centner Pulver zur Verfügung des Königs bereit halten, eventuell — wenn die Stadt nicht anders wolle — gegen künftige Bezahlung. Auch zwei Büchsenmeister solle man bis zum 1. März nach Wien schicken. Ausserdem beabsichtige der König, demnächst einen Zug nach Ungarn zu unternehmen, um Zapolya und seine Partei, die den Türken Vorschub leiste, zu züchtigen und zu unterwerfen. Dazu bedürfe er ebenfalls die Hülfe der Stände, und sei seine Bitte, Strassburg möge ihm bis zum 1. März 500 Fussknechte, auf sechs Monate versoldet, nach Ungarn schicken. Wenn dann der befürchtete Einfall der Türken nicht stattfinde, so werde er die Stände wegen der in Ungarn geleisteten Hülfe schadlos halten; «im fall aber, so die reichshilf ausser unvermeidlicher notturft zu widerstand des Turken je geleist werden solt oder miest, so soll die jetzbelmet unser begerte hilf inen an derselben gepurenden reichsanlag abgezogen werden und inen in irem abschlag geleist sein.» Um die Kosten, welche durch den weiten Marsch nach Oesterreich verursacht werden würden, zu ersparen, sollte Strassburg das Kriegsvolk in «der nähe gegen Osterreich aufnehmen und bestellen». Wenn die Stadt sich ablehnend verhielte und einen Reichstag verlangte, so sollte der Gesandte geltend machen, dass die Particularhandlung mit Bewilligung des Kaisers geschähe; «dann es möchte oder kondte je kein reichstage gehalten werden, und ob er glich furgenomen, wurde doch derselbig von wegen kurzin der zeit wenig frucht bringen, ein jeder sein groszen oncosten, der ime zu besuchen desselben aufgeen, <und> umbsunst leiden, und dennoch bei disen leufen sein land und gebiet anheim in sorgen lassen.» Die Antwort Strassburgs sollte der Gesandte unverzüglich mitteilen¹. Dat. Wien 28. Jan. a. 37. — Pr. et lect. Febr. 21.

437. Bischof Wilhelm von Strassburg an den Rat.

Januar 30.
Dachstein.*Str. St. Arch. AA 1559. Ausf.*

- nr. 431. «Nachdem wir euch vergangner tagen uf euwer schriben uns des kriegsvolks halben, so umb und bei Stiffe gelegen sein sollt, gethan (*) zuge-

¹ Strassburg benachrichtigte sogleich seine Gesandten in Schmalkalden von der Werbung, wie aus der Antwort zu ersehen ist, welche Sturm darauf am 2. März von der Bundesversammlung aus an den Rat schickte. Er teilte darin den Entschluss der Stände mit, die Türkenhülfe wegen der ungünstigen Interpretation des Nürnberger Friedens nicht zu bewilligen, und sprach die Erwartung aus, dass der Rat sich hiernach richten werde. *Str. St. Arch. AA 461* vor f. 20. Vgl. nr. 439. Wie die Antwort des Rats schliesslich lautete, wissen wir nicht; es findet sich nur eine von Ferenberger, dem Kanzler Ferdinands, ausgestellte Bescheinigung, wonach ein Strassburger Fussbote die Antwort des Rats am 3. Mai zu Prag in der königlichen Kanzlei abgeliefert hat. *Str. St. Arch. AA 411*.

scriben (*), das wir etliche abgefertigt, die sachen zu erfaren» etc., ist jüngst gewisse Kundschaft eingetroffen, «das uf möntag nach Hilarii verschinen [Januar 15] uf drissig gerüster pferde für Musselburg¹ komen, daselbst ingefordert, aber nit ingelassen worden, deshalb si für geruckt und am donerstag darnach volgend [Januar 18] gen Stiffe komen. nachdem man aber allenthalben der ends im land Lothringen gewarnt gewesen und heftig zu Sant Diedelt² geschossen, seien si wider hinder sich gezogen. ob si aber ein hinderhut³, oder was si sonst in willen gehapt, haben wir nit mögen erfaren.» — Dat. Dachstein Di. n. convers. Pauli a. 37. — Pr. Jan. 31.

438. Instruction für die Strassburger Gesandten auf dem Tage zu Schmalkalden [Febr. 7]. [Ende Januar]⁴.

Str. St. Arch. AA 461. fol. 42-49. Ausf. Conc. von Joh. Meyer ebenda. Beilage ebenda, Reinschrift.

Ratschlag wegen des Concils. Kammergericht. Deutung des Nürnberger Friedens. Die neuen Mitglieder des Bundes sollen sich der Recusation anschliessen. Verhalten zur Werbung Dr. Helds. Türkenhilfe eventuell zu leisten. Auf Gewährung eines besseren Friedens anzutragen. M. Pfarrer als Kriegsrat. Besserung des Artikels von der beharrlichen Hälfte. Bestellung von Unterhauptleuten zu bewilligen, aber nur im Namen des Bundes. Ratschlag für Frankfurt wegen des Streits mit Hessen. Verfahren Strassburgs gegen die, welche in Französ. Kriegsdienste treten. Beilage: Die Mängel des angesetzten Concils vor Kaiser und Potentaten darzulegen und ein rechtes freies Concil zu fordern. Dasselbe jedenfalls zu beschicken, eventuell unter Protest.

«Und erstlichn, sovil di zugeschickten articul das usgeschribn concilium belangend, darauf ist durch die gelerten ein ratschlag desselbign in schrieften angestellt; der soll den gesandten zugestellt werden, denselbn vor den stenden vermog des ausschreibens furzubringen, und davon zu redn ratschlagn und sliessen, und ist derselbig ratschlag hienebn mit A bezeichend.

nr. 424.

Zum andern belangend di camergerichtischen proces und namlich den ersten punct desselbn⁵: nachdem derselbig fall in dem Smalkaldischn abschied anno etc. 35 dermassen beratschlagt, das wir den nit wol zu verbessern wissen, so solln di gesandten uf dieselbe mas gewalt habn zu handeln, zu sliessen, und das davon gehandelt werde, wem das usschreibn anzustellen bevoln werden soll.

Beil.

p. 322.

Und zum andern dieweil der fridlich stillstand von Ro. kai. und kun. mt^{en} anders gedeut werden will, so wurt von noten sein, di handlung, mit beiden churfursten Meinz und Pfalnz zu Sweinfurt und Nurmberg deshalb durch di stend geubt und hin und wider in schrieften ubergebn, zu besichtign; in

nr.140,159

¹ Kann wohl nur Pont à Mousson bedeuten. Die Verwechslung der Endungen ‚bruck- und ‚burg, ist häufig. Vgl. oben nr. 192 und im Verzeichnis der Berichtigungen.

² = St-Dié.

³ ‚Hinderhut, hier wohl = Hinterlist. Vgl. Grimm Wörterbuch.

⁴ Vgl. den Kanzleivermerk zu nr. 424.

⁵ Vgl. p. 399 A. 4. Enthält die Frage, wie man dem Kammergericht begegnen soll, wenn es trotz des Friedens und der kaiserl. Gebote zu procedieren fortfährt und etwa etliche Stände ‚in die peen, censuren und di acht spricht.‘

denselbn wirdet clerlichn befunden, das es nit den verstand, wi der stillstand jetzt gedeut werden will, habn kunde, das man dann ain solichs di kai. und ko. mt^{en}, das camergericht, darzu doctor Helden, itz kai. mt. gesandten schriftlich und mundlich bericht, und sich des uf bede churfursten underhandler ziehe, das man auch diselbn beden churfursten underhandler dessen schrieflichn ermanen und erinnern mocht, und namblichn, das di erst handlung des fridens ob den zwaien puncten, andere stend, so kunftiglich zu uns komen mochten, belangn, und das man kain weiter newerung furnemen solte, zerslagn, und derhalbn uf ain andern usserlichn friden gehandelt und beslossen worden.

Des dritten puncten halb aber, das di stend, so im kai. friden nit begriefn, an dem camergericht furgenomen etc., da achten wir, das kain fuglicherer weg gangn werden mög, dann das dieselben auch recusirten und sich der andern stenden und unser recusation anbenigig gemacht; beswert man si dann weiter daruber, das man inen dann vermog der verstendnus hilfe thet, wi dann di gesandten dessen ferners nebnbericht in schrieften habn (*).»

nr. 421.

Wenn Doctor Held im Namen des Kaisers auf die letzte Werbung der Stände Antwort vorbringe, «im selbn fall solln sich di gesandten sovil moglich mit andern stenden vergleichen; wo man sich aber ainer einhellign andwort nit vergleichen konnte und doch di notturft erhaischn wolte, das man endlich andwort gebe, und dann diese werbung den gegebenen kai. mt. friden und di camergerichtichn procesz belangt, derhalbn dann di verstendnus ufgericht worden, so solln di gesanten bewillign, das di geordneten stimmen zusamengangn und durch das mer in diser sachen sliessen.

Wo aber doctor Held ainer Turkenhilf halber werbn wurde, da solln di gesandten das ko^e schreibn und begern, di Turkenhilf berurn¹, mitnemen, als bi den gesandten der andern stet anpringn und erfahren, ob iren obren, als dann wol zu muten, gleichsals geschribn worden sei, und wes sich dieselbn endslossen; und das di andern stet mit inen bei dem churfursten und fursten heten anpracht, wi dis usschreibn wider des reichs harkomen bescheen, und derhalbn beswerlich, das reich in solche dinstparkait zu furen, so ain Romischer kaiser oder konig also schrieb, gleich ufzusein, zu dem di anlag den reichssteten den merer tail zu schwer und untreglich; wo aber des Turken not dermassen, so wern wir dannoch nit unwillig, mit irn churf. gnaden g. und gunsten ain tregliche leidliche hilf zu thun, und ob es ir chf. und f. gnaden fur thunlich ansehe, das dise christliche verstendnus ir sonder regiment bi einander het, oder in ander weg davon zu handeln, da mögn sich di gsandten in handlung inlassen, je nachdem si ainer stat Straszburg vermogn wissen, doch nicht slieszlichs sonder allain uf hindersichpringn.

Und ob moglich wer, diesen articul als unter den wichtigisten gleich zum ersten furzunemen. was dann da gehandelt, mochten si uns furderlich zuschreibn, damit wir inen unser gemuet hinwider zu erkennen gebn kunten, und uf diesen tag geslossen wurde².

¹ Das oben p. 407 A. 2 erwähnte Rundschreiben.

² Vgl. oben p. 408 A. 1.

Wurd aber doctor Held aines reichstags oder anders halbn handln und werbn, davon man itzt nichtz wissens hat, was es sein wirt und es di religion nit belangte,» so sollen es die Gesandten hinter sich bringen.

«Und dieweil der kaiserlich frid und stillstand nit lenger dann bis uf ain concilium gegeben, welchs itzo schon ausgeschribn, darzu kai. und ko. mt^{en} denselbn friden dahin deuten wolln, das es ain stillstand in der religionsachn sein soll, also das wir nichts weiter, dann allgerait vor aufrichtung dis frides gescheen, endern oder furnemen solln, das auch niemands furthin unser religion annemen soll: so ist diser frid den stenden nit hoch furstendig oder nutz mer, zu dem das ine der gegentail alwegn zu sinem vortail ercleren uslegn und gar, wen[n] ime geliebt, ufhaltten mag. derhalbn solln di gesandten bi churfursten, fursten und andern stenden anhalten, ob nit uf weg bi kai^r mt. zu handln, damit wir ainen bessern und bestendign friden, der nit so ungleich wer, erlangn mochten.

Belangend di krigsrat, da solln di gesandten anzaign, das wir zu unserm krigsrat benent und geordnet zu *disem mal herrn Mathissen Pfafern, altameistern*¹.»

Wegen «der zerung und vererung der botschaften, so zu kai. mt. in Italien geschickt worden,» sollen sich die Gesandten mit den andern Ständen vergleichen.

«Nachdem dann des churfursten und landgraven usschreibn auch di beharlich hilf in diser christlichn verain melden thut, und wir erkennen mogn, das, wi ir chf. und f. gnaden bedenken, von noten will sein, im selbn fall weiter fursehung zu thun; dieweil aber zu vergangnen tagn bei den seesteten befunden, das inen beswerlich sein woll, in ain solche beharliche hilf zu bewillign, di kain mas oder namen hette, sonder allain zu erkandnus der neun stimmen stan solt, us der fursorg, das inen etwas ufgelegt werdn möcht, das inen zu laisten nit moglich, sonder sich des orts uf di gemain verstendnus zogn, so da vermog, das man leib und gut nach hochstem vermogn zusammensetz'n soll, und wir uns aber wol erinnern kunden, das die oberlendischn steet und wir hievor in di beharlichen hilf, wi es di furstn dazumal fur gut angesehen bewilligt habn, damit wir dann nit mogn gesehen werden, als ob wir itzo hinder sich geen wolten und minder thun, dann wir uns hievor erpoten, wo dann die beharliche hilf uf nachgeende oder andere derglichn weg, so durch andere furbracht werden mochten, zu bedenken were: solln di gesandten herrn zu handln gewalt habn; namlich das wi in der Swebischn pundsainung gewesen, drei ufmanungn oder hilf'n von alln verainigten stenden bewilligt wurden, da di erst uf zehentaussend zu fus und zwaitausend zu rosz, di ander uf zwainzigtausend zu fus und viertausend zu rosz, di drit uf dreissigtausend zu fus und sechstausend zu rosz, dergestalt das di haubtleut und krigsret je nach gelegenheit der furgefalnen not di erst, di ander oder die drit hilf ganz zum halbn tail oder mit viertailen ufzumanen heten. wo aber haubtlut und krigsret sich versehn, das di sach durch di ganz hilf in ainem sumer oder acht monaten nit usgericht mocht werden, so achteten wir, das wol zit und platz

nr. 424.

nr. 373.

¹ Die cursiv gedruckten Worte von andrer Hand.

sein mocht, di stend zusamen zu beschreibn und vermog des artikels in itziger notel angestellt zu handln.

Uf den art. berurn, das man weiter gelt zu erhaltung der unterhauptlut erlegn solle etc., da achten wir, wi ir chf. g. und f. g. schreibn, von noten sein, weiter erlegung ze thon. deshalbn solln di gesandten gewalt habn, sich dessen mit andern stenden zu vergleichn, doch das ain stat Straszburg jars uber funfhundert gulden vermog der itzign anlag nit beswert werd. und dieweil ir ch. und f. g. annemung halben der unterhauptlut hievor auch geschribn, solln di gesandten auch gewalt habn, uf diesen tag mit allen stenden endlich zu besliessn, wivil unterhauptlut zu ros und fues bestellt werden solln, und wivil man auch jerlichs ungeverlich zu besoldung uf dieselbn verwenden wolle. und das solche unterhauptleut vermog der verfassung in beden oberlendischn und Sechsischen creissen bestellt wurden, und sonderlich di fuesknecht-hauptleut im oberlendischem kraiss. das auch dieselbn nit allain uf di zwen chur- und furstn sonder uf und in gemainer stend namen bestellt und inen kain usnemung gestat wurde, das man auch nach solchen leuten sehe, di unsers glaubens und <und> dannocht zum wenigsten uszunemen hetten.

Di von Frankfurt belangd, da solln inen di gesandten anzaign, das uns geraten deucht sein, das letzter mittel irer instruction an di hand zu nemen¹, und so si wisten, das verhofflich etwas bi dem abt zu erhebn were, das dann di gesandten und andere stet mit inen bei dem landgraven ansuchten und beten, das sein f. g. uf diselbn mittel wolt handln lassen. wo sein f. g. dasselbig nit thon wolt, so mochten si von Frankfurt des uf di verainigten stend komen; wo dann inen von Frankfurt ir dienstparkait uf dem hove plieb, und mein herr der landgraf oder di stend inen zusagen, si deshalbn schadlos zu halten, was dann di stend darunter sprechn, des mochten si, di von Frankfurt, damit thun. doch sollen di gesandten gewalt haben, so si ander stet und stend, so gliche felt habn, darunter horen, wes si bedunkt in nutzlich und gut sein, zu raten.

Di gesandten sollen bei den stenden anpringn das mandat, so di konigliche mt. der knecht halbn, so us Frankrich komen oder wider herein wolln, usgeen hat lassen, sambt dem mandat, so ir mt. deshalbn hievor auch uberschickt, da ir mt. im ersten bevolen, das sich di obrigkaiten dern guter, so in Frankrich ziehen, unternemen solln, und aber jetzo der viscal dieselbn habn wolle, und sollen bei den stenden anpringn, das wir selbs nit fur thonlich achten, di knecht also on allen scheuch und gehorsame lauffn zu lassen; jedoch so sei beswerlich, also gegn inen mit straf leibs und guts, mit weib und kinden, zu handln etc. oder das man dem viscal der *verzognen*² verzeichneten guter volgn lassen splte, wi man dann dasselbig nit thun kund. und solln die stend berichten, wes wir uns gegn den knechtn halten; namlich was unserer burger verzogn und widerkomen,

¹ S. oben nr. 429. Der Vorschlag der Instruction ging einfach dahin, dass man versuchen sollte, einen Ausweg zu finden, durch den sowohl der Abt von Haina als auch der Landgraf befriedigt würde, ohne dass der streitige Hof den Frankfurter Freiheiten zuwider in fremde Hand käme.

² Von der Hand des Stadtschreibers eingeschaltet.

di nemen wir an, legn di in di thurn und lassen si schweren, ir leib und gut on unser wissen und willn nit weiter zu vereussern noch zu verendern, sonder unserer straf zu gewarten und, was wir uf si erkennen, zu volziehn. item was unserer burger seien, so zum Franzosen zogen und haubtleut oder sonst furnembliche bevelhaber bei im gewesen, lassen wir noch zur zit nit inkomen. item so habn wir verordent, wo knecht in unser stat komen und da lign wolln zu zeren, di beschickt man, haist si furtziehn oder aber globn, das si weder durch sich selbs noch andere practiciren noch ainichen knecht wider di kai. mt. und das heilig reich verfertign. item uf unser Rinbrucken hetten wir versehn, wo knecht uber dieselbn wolten, und si fur krigsleut erkennt werden mochten, das man sie nit heruber lies, si globten denn, das si wider kai. mt. und das heilig reich nit ziehn wolten. item wo man inands find, der knecht bi uns anneme oder verfertigte, den legt man in thurn und je nach der sach gestalt straffe [man ihn]. item si solln auch bei den stetten und fursten erfahren, wes si in iren obrigkaiten deshalben zu thun gesinnet. si sollen auch anzaign, das zu vil beswerlich, das man lut der mandat di leut oder brief niederwerfn [soll], dieweil diser krieg das reich nit berur; dann man sich dardurch der kron Frankrich zu find must machu, und deshalbn grossen schaden zu warten hette, und sonderlich ain stat Straszburg als di des orts genachbaurt. und uber dis alles solln si der stend rat begeren, ob der viscal hieruber nit ruig sein wolt und etwas furneme, wes man sich alsdann dagegen halten soll.»

nr. 422.

BEILAGE.

Gutachten Strassburgs über das ausgeschriebene Concil zu Mantua¹.

nr. 424.

«Strassburg meint, das vor dem concilio bei kais. und könig. mt. und auch anderen monarchen zuo werben were umb ein recht frei christlich concilium, wie das auf dem reichstag zuo Nürenperg von stenden bedacht und von kai. mt. im Nürenbergischen friden zuogesagt ist, in welcher werbung erstlich zuo protestieren, auch mit gläublicher anzeige darzuothuon were, das wir ein recht christlich concilium bisher warlich und von herzen begeret haben und noch begeren. zum anderen dapper und clar zuo erzelen, was uns noch göttlichem recht und den canones an disem ausgeschribnen concili fehlet: nemlich, das wir uns nach dem ausschreiben dises concilii und auch allen anderen anzeigen nicht versehen könden, das soliche leüt das concili besuchen werden, mit denen wir vermöge göttlicher und aller kirchen rechten von göttlicher leere und besserung der kirchen handeln dörfen, oder das solicher gestalt und form gehandelt werden solte, das davon etwas besserung der kirchen zuo verhoffen were. item das es auch nit an gelegnem ort gehalten werden noch auch in der rechten ordenlichen oberhand stohn solle. zum dritten were fürzuohalten und wol zuo beschreiben, was ein recht frei christlich concili ist nach der schrift und geistlichen rechten,

¹ Es scheint, dass wir hier nicht die Ausfertigung, welche den Gesandten nach Schmal-kalden mitgegeben wurde, vor uns haben, sondern nur einen Auszug daraus, welcher der Versammlung zu leichter Orientierung über Strassburgs Ansicht vorgelegt wurde.

und das ein solich concili wir auch allein begeret und zuo keinem anderen appellieret haben. zum vierten die monarchen aber aus grund göttlicher schriften und der rechten zuo erinnern, das sie schuldig sind, ein solich recht christlich concili anzuosetzen und zuo halten, mit ernstlicher ermanung, das sie der christenheit in dem ihren schuldigen dienst leisten wöllen, nemlich so das jetz die höchste notturft der kirchen erfodret.

Auf den dritten¹, das das concili, es gerate recht, wie es wölle, in alle weg zuo besuochen ist, doch erstlich umb sicherheit und auch verhör für dieihenigen, die man schicken solle; und wa man ein solche sicherheit erlangen mag, das ein erbar bider verstand mehr zuo hoffen hat, man werde glauben halten, dann nit, solle man soliche personen schicken, die die ehr gottes des orts zuo vertädigen tauglich seien, von gelerten theologen und anderen verstendigen erfarnen geschickten menneren, doch in solcher anzal, wa sie gott des orts wolt lassen seine warheit mit dem tod bezeugen, das darumb die kirchen und politien nit zuo schwerlich getreüwer diener beraubet wurden. auch so ein dapfere verhör zuo verhoffen sein wurde, müszte man desto mehr und dápferere schicken. die handlung der gesanten sollte erstlich sein gleicher gestalt wie hievor gesetzt, das an die monarchen zuo werben: erstlich das angesetzte concili zuo rejicieren und eins recht waren christlichen concili zuo begären, vor dem wir unsere appellation prosequiren und, was sunst mehr vor solichem christlichem concili zuo handeln, ausfüren möchten. und wa uns nit künde widerfaren dasihenige, so wir doch vermöge göttlichs und aller kirchenrechten begeren, were dann wider alles unbillig furnemen des concilii zuo protestieren und von disem vermeinten concili zuo einem recht christlichen concili zuo appellieren. wa dann nebenhandlung — wie wol vermutlich — mit den gesandten würde furgenomen, das die gesandten ganz gewarsamlich handleten und des auch ein scharpf gemessenen bevelch hetten, weil sich wol zuo versehen, das alle solche handlung zuo guot dem antichrist würde furgenomen.»

439. Aufzeichnungen [Mathis Pfarrers] über den Convent zu Schmalkalden. [Februar 7 — März 6]². Februar 7 — März 6.

Str. St. Arch. AA 461 fol. 20-37. Orig. von Pfarrer mit einigen Zusätzen von Sturms Hand. Beilage ebenda f. 105-106. Copie.

Stellung der Städte zur Türkenhilfe. Ansicht Sachsens über das Concil. Ausschuss wegen der Concilsfrage. Die anwesenden Theologen trotz anfänglicher Bedenken der Städte mit Abfassung von Artikeln über die Lehre betraut, namentlich über das Papsttum. Werbung Dr. Helds, des kaiserlichen Vicekanzlers, vor den Ständen mit Ausnahme Augsburgs. Beschwerde der Augsburger Gesandten. Werbung Helds bei Sachsen. Rückstände in der Bezahlung der Bundesbeiträge. Gutachten des Ausschusses über das Concil. Bundesverfassung, Unterhauptleute. Den Augsburgern wird Schutz versprochen. Beschwerden Württembergs über Baiern, über die Aebte von Maulbronn und Blaubeuren. Die Sächsischen Städte und die Bundesverfassung. Unterhaupt-

¹ Bezieht sich auf den dritten Punkt des von den Fürsten übersandten Fragebogens (s. oben nr. 424). Derselbe betraf die Frage, ob und wie das Concil zu besuchen sei.

² Das Schriftstück macht den Eindruck, als sei es aus Notizen zusammengesetzt, welche unmittelbar nach den betreffenden Ereignissen und Verhandlungen niedergeschrieben wurden.

leute. Die Stände und die Prediger billigen den Entwurf des Ausschusses für die Antwort wegen des Concils. Dänemarks Wunsch einer Verbindung mit den Evangelischen. Beschwerden der Sächsischen Städte, Anhalts und Mansfelds wegen der Bundesbeiträge. Aufnahme Philipps von Nassau und Heinrichs von Schwarzburg. Antwort auf Helds Werbung und Replik. Werbung des päpstlichen Legaten bei Sachsen. Beschluss über die Türkenhülfe. Sachsen bittet um Unterstützung im Fall eines Zwists mit Ferdinand wegen der Wahlsache. Kosten der letzten Gesandtschaft an den Kaiser. Württemberg und Baiern. Erwiderung der Stände auf Helds Replik wegen der Türkenhülfe etc. Held weigert die Annahme. Aenderung der Erklärung bezüglich der Türkenhülfe. Beratung wegen der Kammergerichtsbeschwerden. Neue Bekenntnisschriften der Theologen. Allerlei Schriften. Abschied. Beilage: Weigerung der Türkenhülfe ohne Reichstag und sicheren Frieden.

Ankunft Sturms und Pfarrers in Schmalkalden am 7. Februar. Die Hessischen Räte bitten um Entschuldigung, dass der Landgraf noch nicht da sei. Am 8. Februar Ankunft des Landgrafen und Herzog Ulrichs. «uf fritag den 9. februarii hat morgens zü acht uren doctor Martin Lütther in des landgrofen pfar ein predig gethon.» Eine auf den Nachmittag des 9. Februars angekündigte Verhandlung kommt nicht zustande, weil den Fürsten «ein handlung fürgefallen, die do nicht zü end gepracht».

Am 10. Februar berufen die Strassburger die andern Städtebotschaften und erkundigen sich, ob König Ferdinand auch bei deren Herren wegen der Türkenhülfe geworben, und was ihm für Antwort gegeben sei. Darauf zeigt Augsburg an, dass es dem König auf sein Hülfege such keinen bestimmten Bescheid erteilt habe, Frankfurt, dass es auf Drängen des königlichen Gesandten Friedrich von Landeck 40 Centner Pulver und Büchsenmeister bewilligt, wegen der übrigen Hülfe aber seinen Entschluss von der Bewilligung der andern Kreisstände abhängig gemacht habe. «Ulm, Eszlingen, Memingen und Kempten sint ire herren vor irem abriten noch nicht ersucht von der kön. mt., also das sie kein bevelch haben¹. dorüf hat man ein underred gehapt und bie uns allen vor güit angesehen, das es ad partem mecht dem chürf. und Hessen angezeigt werden, domit es durch sie an die stend brocht würde.» Mittags 12 Uhr eröffnet dann der Sächsische Kanzler die Verhandlungen des Bundes zunächst mit einer Entschuldigung wegen des Wegfalls der gestrigen Versammlung. Schuld daran seien Streitigkeiten wegen der «Session» gewesen, die aber jetzt verglichen seien. «uf solches hat der canzeler den ersten püncten im usschriben des angesetzten concili, vom pöbst Pauli usgeschriben, fürgenommen und angezeigt, das ir chür. und f. gnoden das für kein recht conciliüm haben und halten, mit vil ursachen dorin angezogen, das der bobst dorin nit meldet einiger reformation oder besserung der kirchen, sünder das er di ketzerien usrotten wil, gemeint domit das heilig gotteswort, so bishar bie uns gelert worden. das das war sie, so haben sie zü Rom neben anderen, so uf den griendonertag verlessen würt, oüch die lüterische ketzeri gelessen <würt>. dorneben so liesse sich der legat, so jetzünd hie ussen und bie etlichen stetten ankomen,

p. 410.

p. 399 A. 3.

¹ In dem Schreiben vom 2. März (s. p. 408 A. 1) teilte Sturm noch mit, dass auch Ulm ein Fähnlein bewilligt habe, desgleichen Memmingen 50 Knechte. Nürnberg habe 400, dazu Windsheim und Weissenburg 50 Knechte unter einem Fähnlein nach Oesterreich geschickt.

vernemen, das der bobst die irrigen schof wider zü dem rechten schofstal bringen [wollte]. dorzū so hette bobst Clemens vor langem die lüterisch ler verdamet; oüch were im concilio zü Costenz, do der Johannes [Huss] verbrant worden, disse ler für ketzerisch beslossen etc., mit merem witeren anzeigüngen. derhalben begerten ir chür- und f. gnoden und achten, das in dissem solte der anfang gemacht werden, das wir unser bedenken und bevelch wolten anzeigen, und dwil nün disses di ordnung bitzhar gehalten, das die fürsten besonder, der fürsten botschaften oüch besonder, derglichen die stett besonder sich (zū) underreden, das wir abermals wolten also fürnemen.» Darauf findet getrennte Beratung statt, nach deren Beendigung die Fürsten einschliesslich des Markgrafen Georg erklären, [1] dass sie sich «des bobst und concili halp» verglichen haben¹. Sie beantragen, [2] dass die von den Sächsischen Ständen auf Grund des Ausschreibens verfassten Gutachten über das Concil dem Kurfürsten übergeben werden sollten, dergleichen die oberländischen dem Landgrafen, um in übersichtlicher Weise zusammengestellt zu werden, so dass man sähe, wie man sich vergleichen könnte. [3] Der Sächsische Kanzler schlägt vor, die «in einer guten anzal» anwesenden Prediger² sollten sich über die Lehre unterreden, damit sie bei eventuellem Besuch des Concils wüssten, «wübie sie [zu] beliben gedechten, ob etwas gütz solte fürgenommen, ob oüch etwas solte nachgeben werden.» Auch wurden die stimmführenden Städte ersucht, einen Ausschuss zu ordnen, der bei Zusammenstellung der Gutachten über das Concil mithülfe.

Die Städte des Bundes beraten über diese drei Punkte erst am 11. Februar morgens, und zwar willigen sie in die beiden ersten. «den dritten püncten aber, das die gelerten solten züsamenkümen und sich in den strittigen artikelen der confession etc. solten verglichen, haben die stett allerlei bedenkens gehabt und dorüf sich verglichen, das anzüzeigen und mit den besten fügen solches abzülenen und ursachen anzüzeigen, das es zü dissen ziten nicht von nethen; dwil noch kein frid zwischen kai. mt. und dem konig zü Frankrich, so werd das conciliüm so bald nicht fürgon etc. dorzū habent unsere oberen dissen artikel nicht so clor verstanden, das die gelerten deshalb mitbrocht werden solten, allein ob etwas fürfele in rot-slegen, das conciliüm belangend, das sie an der hand weren. dorzū so hetten wir die bekantnissen, so kai. mt. übergeben, dorin man einig were, und wer di sorg, das sich die gelerten etwan zweien mechten. darzū solten sie wellen etwas nochgeben den hebstler, das blibe nicht verswigen, würde dem gegenteil ein sterke und unserem deil ein schrecken bringen. dwil wir dan kein bevelch von unseren oberen, so beten wir, ir chür. und f. gnoden wellen solches von uns den geschickten im besten vermerken. wü aber ir chür. und f. gnod gedechten je, das es güt sin solt, so liessen die stett gescheen, doch das die gelerten sich mit einander besprechen früntlich, und wü sie artikel stelleten neben der confession, das uns die übergeben, zü besichtigen und die hinder sich an unsere herren zü bringen. doch solt

¹ Worauf ist nicht ausdrücklich gesagt; jedoch kann kein Zweifel sein, dass sie sich der Meinung Sachsens angeschlossen hatten, dass das angekündigte Concil den evangelischen Forderungen durchaus nicht entspräche. Vgl. weiter unten.

² Von Strassburg war dem Ausschreiben (nr. 424) gemäss Bucer anwesend.

man die fürsten und ir bedenken züvor heren.» In den Ausschuss wegen des Concils werden verordnet Strassburg, Augsburg, Ulm, Magdeburg, Bremen und Braunschweig.

Am Nachmittag desselben Tags zeigt Strassburg in der Bundesversammlung, welcher der Kurfürst und Landgraf persönlich beiwohnen, das obige Bedenken der Städte an, worauf die Fürsten nach einiger Beratung bezüglich des Theologenconvents erwidern, dass es nicht ihre Meinung sei, «das die gelerten dorvon reden solten, etwas nochzügeben oder joch in den confessionen etwas zü disputieren, öuch der concordie, so vor der zit gemacht worden, sünder allein die confession zü ibersehen, nichts wider deren inhalt und sübstanz öuch der concordi enderen, allein das babstüm harüs zü strichen, das vormols uf dem richsdag zü Oügspürg der kei. mt. zü underthenigen gefallen und us ursachen underlossen, öuch inen den predigern befelen, sich früntlich und gütlich zü underreden; darzü das solichs dorüm <geschickt> [geschieht], das ir chür. und f. gnoden, öuch die oberen in stetten, so dissen handel güt gemeinen, alle sterblich, das die nochkomenden gegründet weren, worüf ir lere bestand und mit dem gotteswort gegründet. darzü so weren der gelerten eben die fornemsten und in grosser anzal hie, die weren nün ouch sterblich; nicht das andere, so an ir statt kemen, wolten etwas anders fornemen, dorüs dan secten und anders erwachsen mecht, do dan die oberen inen sagen mechten, das sie bie disser bekantnis und concordi bliben solten etc., der hoffnung, wü wir solches horten, würden wir [uns] von wegen unser oberen unserem bevelch noch mit iren chür. und f. gnoden wol verglichen. wü uns aber das je beswerlich, so wolten sie uns den hindergang öuch zügelossen haben. und sehe aber ir chür. und f. gnod für güt an, das uf morgen den anderen protestierenden stenden¹ öuch angezeigt würde, dergestalt das die gelerten alle würden beschickt und inen solches angezeigt, nicht das sie züvor ein usschütz machten, sonder in[en] allen gesagt. haben wir uns lossen dergestalt gefallen und angezeigt, so disses beschicht, würt jeder gesanter sin habenden bevelch wol anzeigen.» Die protestierenden Stände, welche nicht dem Bunde angehören, werden darauf berufen und erklären sich mit den Beschlüssen der übrigen einverstanden.

Am 12. Februar wählen die Oberländer, da die Fürsten noch weitere sechs Personen der Städte im Ausschuss wünschen, Constanz, Frankfurt und Esslingen. Ferner werden alle Gelehrten und Prediger berufen, «die öuch alle erscheinen sünders doctor Martin Lüther, der etwas krank und pled libs war. ist inen durch den canzeler die anzeigüng gethon, die vor gemeldet, doch etwas witleufiger, und das solches uf forderlichst mechte gescheen, doch kein ander mosz; wü nit in acht dogen, das sie XIII darzü nemen solten etc. haben sie also angenommen zü thün und dem nachzükümen, dorzü in ein besondert behüssüng bestellt ist.» Nachmittags Beratung des Ausschusses über das Concil und erste Sitzung der Prediger, welche ebenfalls einen Ausschuss wählen.

Am 13. Februar Zusammenkunft der stimmführenden Stände zu einem Gespräch «den friden und anders belangend, wie dan ein jeder, so

¹ D. h. denjenigen, welche nicht zum Bunde gehörten.

im usschütz gewesen, wol weist anzüzeigen.» Fortsetzung der Arbeiten des Concils-Ausschusses.

nr. 435. Am 14. Februar Ausschuss-Sitzungen. Ferner zeigt Augsburg vor allen Ständen an, was für Aenderungen in der Religion es vorgenommen habe, und bittet um den Schutz der Einungsverwandten auf Grund des Bundes. Die Stände setzen darauf auch wegen dieser Angelegenheit einen Ausschuss nieder.

nr. 421. «Uf donerstag den 15. februarii haben die chür. und f. Sachsen und Hessen doctor Helden, vicekanzler und gesanten der kei. mt., antwürt und werbung bie inen allein gehert und in vermecht — wiewol er des kein bevelch —, das er solch antwürt und werbung vor allen stenden dün wolt.» Der Concils-Ausschuss beendigt die Zusammenziehung der verschiedenen Auszüge aus den Gutachten laut Copie A¹. Nachmittags hören die Einungsverwandten den Auftrag des Dr. Held, welcher mitteilt, dass er zur Erwidern auf die letzte Werbung der protestantischen Gesandtschaft in Italien vom Kaiser an den Kurfürsten und Landgrafen abgefertigt worden sei, denen er dann heute die kaiserliche Botschaft vorgetragen habe. Auf Ersuchen dieser beiden Fürsten wolle er nun seine Werbung vor den Ständen wiederholen, wobei er jedoch ausdrücklich bemerke, dass die kaiserliche Erklärung nur den im Nürnberger Frieden begriffenen Ständen gelte. Namentlich müsse er dagegen protestieren, dass sich die Stadt Augsburg der Erklärung behelfe; denn dieselbe sei nicht im Frieden, habe auch Particularwerbung beim Kaiser gethan und werde demgemäss besondere Antwort erhalten. Nach dieser Einleitung trägt er die kaiserliche Meinung vor, laut beiliegender Copie mit B bezeichnet². Denselben Abend wird er von dem Sächsischen Kanzler ersucht, den Ständen Abschrift seiner Instruction zu geben, «domit ir chür. und f. gnoden im stattlich wider antwürt konte geben, dan sie mechten in irem vergrifen disses nicht so clarlich

¹ Ebenda f. 38-49. Danach waren die Ansichten ziemlich geteilt. Sachsen meinte, man sollte warten, bis man zum Concil citiert würde; erst dann sollte man beim Kaiser Beschwerde führen, dass jenes nicht den gemachten Zusagen entspräche. Die meisten andern Stände meinten dagegen, man sollte den Protest schon früher anbringen. Bezüglich der Frage, ob das Concil, wenn die Beschwerde nichts fruchte, zu besuchen sei, gingen die Meinungen noch mehr aus einander. Sachsen wollte warten, bis die Evangelischen als Partei citiert würden, und dann Procuratoren schicken; Hessen war gegen die Beschickung und für Abhaltung einer Art von Gegenconcil. Die andern lehnten den Besuch teils ab, teils waren sie für denselben, jedoch unter Wahrung ihres Glaubens und unter der Bedingung, dass ihnen Sicherheit geboten würde. Vgl. Beilage zur vorigen Nummer.

² Ebenda fol. 50-60. Gedruckt bei Hortleder II 1231 und Punkt IV (das Concil betreffend) I 98. Die Hauptpunkte sind folgende: 1) Der Kaiser habe die Rechtfertigung der Protestanten wegen der Beschuldigung, dass sie mit Frankreich im Bunde ständen, mit Befriedigung gehört. 2) Was die Beschwerden wegen der Prozesse angehe, so müsse es dem Kammergericht als der competenten Behörde überlassen bleiben, zu entscheiden, was Religionssache sei und was nicht. 3) Ueber diejenigen, welche sich nach dem Nürnberger Frieden den Protestierenden anhängig gemacht hätten, habe der Kaiser noch nicht vollkommenen Bericht; im allgemeinen aber könne er nicht dulden, dass diejenigen, welche die früheren Reichsabschiede angenommen, jetzt denselben zuwider Neuerungen in der Religion vornähmen. 4) Der Kaiser ersuche dringend um Besuch des Concils, das er mit so vielem Aufwand an Zeit und Mühe zustande gebracht habe, und dem er jedenfalls auch persönlich beiwohnen werde.

gefast haben etc., mit mer worten. aber der vicekanzler hat solches abge-
 slagen; achte, das es nicht bedürf; dwil sie es vergriffen, so megen sie
 es im züstellen, wil er solchs ibersehen und solchs unterschriben oder ver-
 sigelen oder [in] ander weg becreftigen. habens die chür. und f. öüch stende
 (es) dobie blipen lossen.»

Am 16. Februar werden auf ihren Wunsch von den Ständen «die
 gesanten von Oügspürg gehert, und ir entschuldigung der lenge noch dar-
 gethon, das sie kein particulärhandlung die religion belangend durch ir
 gesanten lossen bie der kei. mt. züvor oder jetzt in Italia werben, sünder
 anzeig gedon, was sie alle mol bie der kei. und kon. mt. durch ir botschaft
 handeln lossen, namlich, do sie vormols die bebstische predig abgethon und
 cristliche predig ufgestellt und züm teil die mesz abgethon, sich lossen
 entschuldigen dorbie öüch, das sie nicht können in den nüwen bund¹ kümen,
 dwil inen die religion nicht freigelassen würt etc., so haben sie jezt bie der
 kei. mt. öüch ein entschuldigung gethon. solte aber doctor Claüdius²
 etwas wifers haben gehandelt, das er doch nicht gloüb, würde er sinen
 herren kein gefallens gethon haben. und haben begert, das chür. und f. öüch
 die stend wolten schicken zü doctor Held und begeren, das er dieselbigen
 sündre handlungen iren chür. und f. gnoden wolte(n) anzeigen und des
 bericht geben;» so wolten sie es ihren Herren schreiben, die sich dann
 verantworten würden. Diesem Verlangen der Augsburger wird gewillfahrt,
 und zu dem Zweck eine Abordnung von Sachsen, Hessen, Strassburg und
 Magdeburg an Dr. Held geschickt. Dieser verweigert die Auskunft «us
 ursachen: disse ir [der Augsburger] handlung sie an die kei. mt. gescheen;
 gebür im nicht, sünder vorwissen irer mt. solches anzüzeigen. er wel sich
 öüch nicht mit in lossen. er ist züm anderen mol ersücht, müntlich solches
 anzüzeigen, aber öüch abgeschlagen.» —

«Uf fritag nochmittag ist nichts gehandelt, dan doctor Held hat sonder-
 lich gescheft bie dem chürf. gehabt.

Uf samstag den 17. february ist der enger usschütz von chür. und
 f. öüch stetten züsamemen zü VII urep; hat der chürf. angezeigt, was
 der kei. orator wifers mit im gehandelt, wie des ein schrift vermeldet mit
 C bezeichnet³, öüch was des chürf. bedenken sie.»

Am 18. Februar Ausschussberatung wegen des Concils. In einer
 Versammlung des Ausschusses der stimmführenden Bundesmitglieder verlangen
 Sachsen und Hessen als Hauptleute Bericht, wer die Anlage der zwei Monate
 bezahlt habe, und wer noch im Rückstande sei. Die Antworten hierauf zeigen,
 dass die Fürsten noch nicht alle bezahlt haben, die oberländischen Städte da-
 gegen sämtlich mit Ausnahme der neu Aufgenommenen; von den Sächsischen
 Städten hat ein Teil seinen Anschlag erlegt⁴. Ferner erboten sich Sachsen

p. 321.

¹ In die sogen. «kaiserliche neunjährige Einigung». Vgl. oben nr. 285.

² Peuting. Vgl. oben nr. 394.

³ Ebenda f. 65 u. 68. Held bat 1) dringend um Besuch des Concils; 2) um Bewilligung
 der Hilfe gegen die Türken oder, wenn diese nicht angreifen, gegen Frankreich; 3) um Bei-
 steuer zur Unterhaltung des Kammergerichts. Der Kurfürst erwiderte, er müsse sich darüber
 mit seinen Glaubensverwandten beraten.

⁴ Im Abschied des Tages wird bestimmt, dass die Rückstände bis zum Leipziger Oster-
 markt bezahlt werden sollten.

und Hessen zur Rechnungsablegung über die Kosten der Gesandtschaft an den Kaiser.

«Uf mentag den 19. febrūari sint bede canzeler Sachsen und Hessen, oüch h. Jacob Stürm samt Philippus¹ und Būcerus <haben> ein anstellung <gedon> [zu thun] über die usgezognen artikel und, was dem kai. orator des conciliū halp zū antwürten sie, vom usschütz verordnet; haben dorvon geredt, und sol der canzeler ein anstellung dün, wollen sie nochmittag heren. uf den mentag nochmittag zū I uren sint die verordnete herren zūsamemen on der Būcerus, haben die angestellt antwürt gehert; doch sol solche anstellung an chūr. und f. oüch stende gebrocht werden. dorüf befolen den schriberen, sochs abzūschriben, wie wir dan des copien mit D bezeichnet haben². uf den mentag zū II uren ist der eng usschütz von chūr. und f. oüch stett, so die stimmen haben, zūsamemen; haben von der verfassung der notel, das die noch in drei monat erstreckt, oüch des gelts, so erlegt zū nderhaltung der nderhoütblüt, witer erlegen und den hoüptlütē und kriegsreten gewalt geben, hoüptlüt zū bestellen etc., der lenge noch red gehapt und sich verglichen, das der usschütz von stetten solches sollen an die anderen von stetten bringen.» Dies geschieht, und die oberländischen Städte geben noch denselben Abend ihre Einwilligung³.

p. 321.
nr. 438.

Februar 20. Die in Augsburg vorgenommenen Aenderungen werden von den Ständen als Glaubenssache anerkannt. Demgemäss wird der Stadt der Schutz des Bundes versprochen. Am Nachmittag «haben herzog Ulrichs ret vor den stenden anzeig gedon, was im begegnet und das uf vier püncten gestelt: (1) für erst, was herzog Wilhelm und Ludwig von Peieren gegen im fürnemen, das sie vor und jetzt gegen kei. und kon. mt. usgiessen, oüch gegen anderen alten bündsverwanten, als ob er, herzog Ulrich, ein empörung im rich machen und si bede zū iberziehen vorhab, das aber nichts ist; dorüm dan ir chūr. und f. gnod die richsstett, [die] in irem fürstentümb ligen, verheren megen. do dan die herren von Peieren sich bei der kon. mt. vernemen lossen, wü ir mt. allein willen gebe, dürfte nicht helfen, wolten sie mit hilf anderer sich in gegewer schicken etc.; und begerd an die stend, wü die herren solten wider alle billicheit und rechtens etwas gegen im fürnemen und in wellen von landen und leüten vertriben, so hetten sie die stend sich zū erinneren, was gemeinen ewangelischen stenden für nochteil dorüs enston mecht; wes er, herzog Ulrich, sich zū dissen stenden versehen, oüch umb hilf, rat gebeten und begert. er mechte oüch recht der herren von Peieren halp vor den stenden wol liden und sich dessen erboten haben. (2) am anderen hat er erzalen lossen, wie sin gnod enderung fürgenomen hat in sinen clesteren, etlich so darüs gangen, pensioniert, die iberigen, so darin bliben wellen, zūsamē in ein closter als

¹ Sc. Melanchthon.

² Ebenda f. 69-74. Gedr. bei Hortleder I 99, Walch XVI 2333. Die Beschickung des Concils wird darin abgelehnt unter Berufung auf die zu Nürnberg gemachten Zusagen bezgl. eines freien, christlichen Concils in deutschen Landen. Nur ein solches, welches diesen Anforderungen entspreche, könne man besuchen. Das Schriftstück enthält scharfe Angriffe gegen das Papsttum.

³ Das Schriftstück, durch welches sich die Mehrzahl der Stände zur Leistung der Doppelmonate verpflichtet [d. d. Febr. 25], s. bei Hortleder II 1341 und Lünig R. A. VII, 4, 206.

Mülbrün¹ gethon. nün hab aber derselbig apt sich zü kon. mt. gethon und im introg thün welle <die> [bie] kon. mt., so doch sin gnod solch closter mit dem swert erobert und kei. Maximilianus hochloblichster gedechtnis in doruber privilegiert hat, [so dasz es] iren f. gnoden züstendig sin sol. (3) am dritten so hetten sich prior und convent zü Blobieren² zü der kon. mt. gethon und ein mandat usbrocht; so hat ir mt. sie und ir güter in schütz und schirm genomen, mosz sich der castvougti an, das dieselb dem hüs Osterich züstanden, do doch das closter im fürstentümb Wirtenberg liege und sin gnoden züstoht, das nün clorlich wider den Kadowischen vertrag ist, do ein sündler artikel ist, wie es mit volgüng der güter gehalten werden sol etc. (4) züm vierten so procedier das chamergericht uf anhalten und clag des apts zü Mülbrün und sant Jergen uf dem Swarzwald etc. dwil nün disses us der religion volge, so beger sin f. gnod umb hilf und rot und das die stend wellen dissen sachen für religionsachen annemen, bekennen und verdreten.» Die Stände beschliessen hierauf, dass Württemberg und andere Mitglieder, welche Beschwerden vorzubringen hätten, dieselben schriftlich abfassen und dem Kanzler übergeben sollten, damit darüber vom Ausschuss beratschlagt würde³.

Februar 21: Morgens Ausschusssitzung. «uf den mitwüch nochmittag haben wir die von oberländischen stetten lossen besamlen und anzeigen, was die chür. und f. und sie als der usschütz mit den Sachsischen und seestetten bishar gehandelt, das si öuch die dri monat witer wolten bewilligen, aber nichts megen bie in erhalten, sündler beharren uf dem, das sie kein bevelch haben; ire herren haben inen öuch kein gewalt zü schliessen megen geben, dan si es züvor an ire gemeinde bringen müssen. ist doch das mittel fürgefallen, das sie solches an ire herren bringen und in sechs wochen dem chürf. antwürt züschicken. und was sie witors thün wellen, sovil sollen sie von den anderen warten sin. dorüf die von stetten befragt, ob sie solches in öuch gefallen lossen. haben dorüf, wiewol solches beswerlich aber gelegenheit dis handels, inen das gefallen lossen und den im usschütz befehl geben, solches anzüzeigen. uf den mitwüch zü II uren ist ein ander usschütz züsamenkomen von der chür. und f. reten und der stett. *haben von der kleinen anlag zu unterhaltung der hauptleut geratschlagt.* uf den mitwüch zü III uren ist der usschütz von chür. und f. öuch stetten züsamenkomen; haben von dem erlegten gelt zü unterhaltung der nderen höüplüt, öuch von denselbigen höüplüt *des usschutz bedenken gehört, und ist der anschlag gemacht lut vergriffs mit E⁴.*

Februar 22. Jacob Sturm zeigt den oberländischen Städten im Auftrage des Ausschusses an, dass auch die Fürsten von Pommern und Anhalt-Dessau der drei Monate halb Bedenkzeit verlangt haben. Ferner teilt er den Inhalt der Antwort mit, welche dem Dr. Held auf seinen Vortrag gegeben werden soll. Die Städte erkären sich mit beidem einverstanden.

¹ Maulbronn.

² Blaubeuren.

³ Copie der Beschwerdeschrift Ulrichs über die obigen Punkte ebenda f. 112-17.

⁴ Die cursiv gedruckten Worte von Sturms Hand eingeschaltet. Copien des Anschlags ebenda vor f. 80 u. AA 475. Der Beitrag für Unterhaltung der Unterhauptleute etc. betrug der Verfassung gemäss den zehnten Teil der grossen Anlage, also für Strassburg 500 fl., im ganzen 9795 fl.

Nachmittags wird in einer allgemeinen Versammlung den Ständen, welche nicht mit im Bunde sind, wie Markgraf Georg, Nürnberg, Hall und Heilbronn, angezeigt, was von Dr. Held geworben ist, und was man darauf zu antworten gedenke. Die Erklärung wegen des Concils wird ihnen auch schriftlich zugestellt, damit sie überlegen, ob sie sich derselben anschliessen wollen.

Februar 23: Die Prediger billigen die dem kaiserlichen Orator zu gebende Antwort bezüglich des Concils. Dasselbe thun die nicht in der Einigung begriffenen Stände, wie Brandenburg, Nürnberg etc., obwohl ihre Instruction eigentlich dahin lautet, dass der Besuch des Concils zu bewilligen sei. Sie erklären auch auf Befragen, dass sie dabei sein wollen, wenn dem Orator der Bescheid gegeben wird; wegen der andern Punkte der Held'schen Werbung behaupten sie dagegen, keinen Befehl zu haben. Sachsen und Hessen zeigen im Ausschuss an «des konigs von Denmark halp, wes sin würde von den stenden begert, oüch wes er herwider thün wolt, dan sin würde das wort gottes im rich oüch predigen losset¹. so wil sin würde, was von stenden des concilium halp hie beslossen würt, oüch mit willigen und einich sin.» Die oberländischen Städte sind bereit, da sie wegen Dänemarks zur Zeit keinen Befehl haben, die Sache hinter sich zu bringen.

Februar 24. Morgens zeigt Jacob Sturm den oberländischen Städten, die nicht im Ausschuss sind, an, dass auch die Seestädte das Dänische Bündnis nur auf Hintersichbringen angenommen haben, während die Fürsten bereits eingewilligt haben. «dorneben haben die chür. und f. oüch fürbracht ein schrift, so ufericht werden sol zwischen inen, den chür. und f. oüch stenden, und den seestetten der drier monat halp, lossen verlesen, deren wir copien mit E bezeichnet haben². haben oüch witors angezeigt, das der chürf. hab mit Pomeran gehandelt der 3 monat, der siner person halp aber noch bedacht begert, an sin vetteren zü langan lossen. der werd es oüch nit abschlagen. so haben sie mit den fürsten von Anhalt, oüch den grofen von Mansfelt gehandelt. die haben süplication ibergeben und ir besverd angezeigt, und so die hilf der gestalt gebrücht und sie geringert werden, wellen sie oüch willigen. dorüf die fürsten ein mittel vorgelagen, das die stend inen solten zülaffen grof Wilhelm und Philipsen von Nassow anlag in ir hilf etc., aber das grof Wilhelm vom landgrofen abgeschlagen, aber grof Philips bewilligt; do dan der chürf. grof Heinrich von Swarzenbürg an die statt benempt, wiewol er noch nit weisz, ob er in die verstentnis beger, dan das sin in sim fürstentümb ligt. so haben sie witors mit den seestetten gehandelt, aber beharren dorüf, das sie kein bevelch, oüch nicht wellen für die bringen, do es hin geher; geacht noch nicht güt sin. wü aber sie die stett geringert, würden sie nicht allein die 3 monat sünder mer willigen etc. und begert³ von den stetten ir bedenken zü heren. dorüf die von stetten haben bewilligt

¹ Dänemark wollte mit den Einigungsverwandten ein Schutz- und Trutzbündnis schliessen. Die Fürsten waren dazu geneigt und schlugen vor, die Bundeshilfe auf 3000 Knechte für 3 Monate oder auf 12000 fl. festzusetzen. Str. St. Arch. AA 466.

² Liegt nicht bei. Vgl. unten p. 427.

³ Sc. Sturm.

in grof Philips von Nassow, in den von Anhalt züzulassen, dwil die dri herren vom usschütz solchen bewilligt; megen noch doruf beharren. wü es sich aber solte stossen, das sie in den von Swarzenbürg ouch willigten¹. und ob den seestetten ein kleine stat oder zwü zügeben würt, oüch willigen, aber sie nicht ringeren; doch das die oberlendischen stett oüch bedocht wüden, so etlich stett me hininkomen iber vorig züsag, dan sie oüch hoch beswert.»

Es wird ein Ausschuss zur Beratung der verschiedenen Beschwerden gewählt, bestehend aus Sachsen, Hessen, Strassburg, Esslingen, Magdeburg und Bremen.

Nachmittags findet allgemeine Versammlung statt, zu welcher der kaiserliche Orator Dr. Held geholt wird. Nachdem derselbe wegen des Verzugs um Entschuldigung gebeten worden, wird ihm die Antwort der Stände auf seine Werbung vorgelesen, laut beiliegender Copie². «doruf doctor Held vicekanzeler glich ein antwürt und erläuterung gethon on bedocht und die etwas lang geweret. uf solches haben die stend ein bedocht genümen, noch gehabtem bedocht sin replik in schrift begeren lossen, domit kein miszverstand fürfiele, mit etwas langen und witer erzelung vom Sachissen canzeler. doruf doctor Held solches bewilligt, doch mit beswarnis anzeig gethon, als ob im mistrüwet, dan bishar in sinen handlungen, dweil er bei kei. mt. gewessen, nie kein miszverstand fürgefallen wer etc. dobie ouch begert, das die stend im die fürsten und stett wolten specificce anzeigen und geschriben geben, welche noch dem Nierenbergischen fridstand zü ir chür. und f. der religion halp kümen weren, das er kai. mt. solches konte anzeigen etc. haben die chür. und f. noch gehabtem bedocht im oüch bewilligt, doch begert, das er wolt die f. und stend oüch benennen, die do hetten die richsabscheid versigelt und sündlerlich sich verschriben, das sie nicht in der religion wolten fürnemen biz uf ein conciliüm; die wüden ir entschuldigung darthon. doruf er anzeigt, die kei. mt. hett nicht gewüst, wer die f. und stend weren; derhalp ir mt. im kein bevelch hett megen geben, mit etwas langer erzalung und vast die vorig meinung. doruf die stend im liessen anzeigen und sonderlich der chürf., das er dem konig hett solche in schriften zügeschickt, do sie sich versehen, ir kon. mt. wurde solche der kai. mt. zügeschickt haben; so hetten sie den botschaften, so zü kei. mt. geschickt weren, oüch geben. aber doctor Held sich vernemen lossen, sie sien kei. mt. nicht ibergeben und hat disses geweret bis in die nacht, und der beslüz gewessen, das doctor Held sin replik, und die stend deren namen, oüch was bie der ersten antwürt müntlich geredt vom canzeler,

¹ Im Abschied wurde festgesetzt, dass die Anlage von Anhalt und Mansfeld dadurch gemindert werden sollte, dass Philipp von Nassau und Heinrich von Schwarzburg 1000 fl. davon auf sich nähmen. Ebenda.

² Ebenda f. 81-90. Gedr. Hortleder II 1236. Bezüglich des Concils vgl. oben p. 420. Die Stände suchen die Unrechtmässigkeit des kammergerichtlichen Vorgehens darzuthun, auch hinsichtlich derjenigen, welche erst seit dem Nürnberger Frieden dem Bunde beigetreten sind. Es wird offen ausgesprochen, dass man die Angegriffenen energisch in Schutz nehmen werde. Wenn Abhülfe der Missstände geschaffen werde, könne man sich um so eher auf die Forderungen des Kaisers, Türkenhülfe und Unterhaltung des Kammergerichts beliegend, einlassen.

einander in schriften ibergeben und zustellen sollen, wie wir dan derselbigen copien mit G bezeichnet haben¹. uf den samstag uf den obent ist des hobsts botschaft kumen.»

Februar 25. Der Ausschuss beschliesst unter Vorbehalt der Zustimmung der oberländischen Städte, dass eine Botschaft an Baiern geschickt werden soll, um vor einem Angriff auf Württemberg zu warnen. «uf den sünitag hat der chürf. des hobsts legaten lossen holen in sin herberg und in allein gehert; und under(em) anderem dem chürf. etlich brief und schriften wellen geben, aber der chürf. die nicht wellen annemen und lossen sagen, das disse werbung nicht in allein betreffe, sonder andere stend, so mit im in der verstentnis, den well ers anzeigen und nochmols siner werbung und der brief halp antwürt geben. do hat der legat die brief nicht mer wellen nemen. do ist der chürf. zu den anderen stenden berufen worden, also das sine ret mit im handlung gehapt und antwürt geben. aber der legat hat die brief nicht mer gewelt und sich lossen heren: dwil der chürf. geswigen dorzü hab, so sien sie stilswigen angenümen etc. aber des chürf. ret die oüch nicht genümen, sünder bliben ligen, und der legat in sin herberg geritten mit mer antwürten und worten².»

Beil.

Februar 26. Beratung des Sächsischen und Hessischen Kanzlers, Strassburgs und Magdeburgs wegen einer Antwort auf Helds Replik. Die oberländischen Städte willigen in die Botschaft an Baiern. Ausschusssitzung wegen der Supplicationen. Bezüglich der Türkenhülfe wird ein Entwurf des Ausschusses, was zu antworten sei, vorgelegt. Herzog Ulrich wird von dem Vorhaben, eine Botschaft zu seinen Gunsten an Baiern zu schicken, benachrichtigt³.

Februar 27. Die oberländischen Städte billigen den Entwurf der abschlägigen Antwort bezüglich der Türkenhülfe, ausgenommen diejenigen, welche dem König schon Zusagen deswegen gemacht haben. Auch der weitere Vorschlag der Fürsten, dass die Türkenhülfe im äussersten Notfall doch vermöge des Regensburger Abschieds geleistet werden sollte, aber unter Bildung eines besondern (evangelischen) Heerhaufens, wird den Städten unterbreitet. Diese erwidern, sie wollten sich unter der Bedingung darauf einlassen, dass ihre Anlage, die viel zu hoch bemessen sei, um die Hälfte

¹ Ebenda f. 91-101. Gedr. bei Hortleder II 1242 und (bezgl. des Concils) I 104. Held führte aus, das Kammergericht müsse darüber zu entscheiden haben, was Religionssache sei oder nicht. Es müsse genügen, wenn der Kaiser das Syndikat oder andere gebührliche Rechtsmittel gegen das Kammergericht zulasse. Es stehe weder mit dem Evangelium noch mit weltlichem Recht in Einklang, wenn man jemand der Religion wegen seiner Güter beraube; gerade zur Verhütung solcher Gewaltthätigkeiten sei der Nürnberger Friede aufgerichtet. Die Stände sollten sich verpflichten, nichts vorzunehmen, wodurch die Ruhe und die Jurisdiction im Reich gestört werde. Sie sollten übrigens auf dem Concil ihre Meinung frei und offen vortragen; der Kaiser werde Missbräuche etc. abzuschaffen suchen. Es sei ungebührlich, dass die Protestanten allen andern Nationen Form und Mass des Concils vorschreiben wollten und dass sie sich geberdeten, als ob die erfahrung der h. schrift und der h. gaist allein bei iren geleerten sei. Der Kaiser werde auch sicheres Geleit nach Mantua und zurück gewähren.

² Vgl. über diesen Vorfall mit dem Legaten Vorstius auch Seckendorf III § 51.

³ Entwurf für die Instruction an Baiern ebenda f. 118. Ueber das Aufgeben dieses Plans vgl. weiter unten.

verringert werde¹. Im Ausschuss wird der Entwurf zweier Antworten auf die Supplicationen der Sächsischen und oberländischen Städte genehmigt, laut beiliegenden Copien².

Februar 28. Conferenz der oberländischen Städte. «ist inen des chürf. zü Sachsen begeren der wal halp anzeig gedon dergestalt, das die von stetten die kon. mt. erkanten, aber wü er <in> im schin der wal halp und aber von der religion wegen und über sin rechterbieten beswert würt, das man im hilf thon wolt³. wü nicht, würd er sehen, wie er sich mit dem konig verträge; wü er aber die hilf hett, wolt er sich on ein bestendigen friden nicht vertragen. dorüf die von stetten sich heren lossen, das sie kein bevelch von iren herren hetten, wolten solches hinder sich bringen. sie hettens aber dorfür, das ire herren ir chürf. gnod, so er solt beswert werden under ein anderen schin, und doch die religion gemeint würde über sin rechterbieten, das sie in nicht verlossen würden. uf den mittwüch zü VII uren ist ein usschütz züsamenkomen uf das hüs, haben die rechnungen und usgaben, so von der stend wegen am kon. hof und bie kei. mt. in Italia von iren gesandten und geschickten usgeben und verzert worden, [gehört]. und erstlich ist her Hans von Dolzge am kon. hof gewessen XXXV wüchen, aldo der botschaft us Italia erwartet und verzert 446 fl. in golt und 32 krüzer, je 17 batzen für den gülden gerecht, hat 4 pfert und 3 personen gehabt. am anderen haben der marschalk von Pappenheim selig, der von Bäumbach, doctor Peutinger und ein schriber von Aügspürg mit in XVI pferd gehabt und in 24 wüchen mit pferd scheden und, [was] doctor Peutinger im selbst in cleider und gelt vereret, usgeben und verzert 2560 fl. in golt und 56 krüzer, macht in einer sūma 3008 fl. in gold, und ist kein vererung dorin gerechnet, so dem Dolzge, Bappenheim erben und Bäumbach sol geben werden. also ist disse sūma uf die stende gelagen und der anlog noch jedem stand uf 100 fl. 3 fl. $\frac{1}{2}$ gerechnet, macht 3425 fl. so nūn 3008 fl. abgezogen doran werden, so blipt über 417 fl. dorüf sollen die vereret werden. doch so hat der usschütz solches an die chür. und f. oüch stett des anderen usschütz brocht; habens inen also lossen gefallen, wiewol ein anderer anslag oüch anzeigt wart, namlich uf 100 fl. 3 fl. $\frac{1}{4}$, macht 3180 fl.; do wer nicht mer dan 172 fl. überbliben; aber es bleib bie dem ersten anslag.» Es kommt ein Schreiben König Ferdinands an Herzog Ulrich zur Verlesung, wonach sich die Herzöge von Baiern verpflichtet haben, nichts gegen Ulrich anzufangen, wofern derselbe seinerseits verspreche, sie in Ruhe zu lassen. Infolge dessen wird die Gesandtschaft an Baiern aufgegeben; jedoch verlangt Ulrich, dass ihm die Stände gleichwohl für den Fall

nr. 394.

¹ Im Abschied wird bestimmt, dass die Stände im Fall dringender Türkengefahr von neuem berufen werden sollen, um sich wegen der zu leistenden Hülfe zu beraten.

² Ebenda f. 121-141. Erörterungen und Ratschläge über religiöse Streitigkeiten der Städte Augsburg, Constanz, Ulm, Esslingen, Reutlingen, Frankfurt, Memmingen, Biberach, Goslar, Hamburg und Minden. Lübeck, welches erklärt, dem Bunde nicht mehr beitreten zu können, wird aufgefordert, wenigstens seinen Entschluss hinsichtlich des Concils mitzuteilen.

³ Vgl. oben p. 216 A. 2. Sachsen hatte im Cadaner Frieden die Anerkennung Ferdinands als Röm. König von gewissen Garantien für die Zukunft abhängig gemacht, welche bisher nicht gegeben worden waren. Wille 205.

Beil.
p. 427 A. 5.

eines Angriffs von Seiten Baierns Hülfe zusagen. Hierauf geben die Stände Antwort laut beiliegender Copie¹. Sodann wird Dr. Held berufen, und ihm die Antwort der Stände auf seine Replik verlesen, laut Copie². « und [da] die antwürt, so im gegeben, etwas scharpf, dan sin replik öuch scharpf, hat noch etlichem müntlichen erzelen des Sechissen canzlers <hat> er der orator uf etlich püncten sin entschuldigüng und dieselben witors ercleret, wie er die gemeint, gethon, und aber der Türkenhilf, öuch des underhaltens chamergerecht antwürt begert. dorüf die stend bedacht genümen, der etwan lang geweret und noch gehabtem bedocht wider abgelenet die handlung der chamerrichter und der usgetreten münch und der güter, und dwil er kein mittel oder bevelch witors gehapt und begert, wü sie, die chür. und f., mitel wüsten und die im anzeigten, so wolt er die an die kei. mt. und das chamergerecht bringen, do hetten sie mittel in irer jetzigen antwürt, öuch in der recüsation angezeigt, bei den sie es noch bliben liessen mit etwas mer worten etc. und wart im verlessen die antwürt der Türkenhilf, öuch der bede procurator halb angezeigt, was in begegnet von dem chamergerecht, mit beger, das er wolt bie der kei. mt. und dem chamergerecht solches abschaffen etc. und dwil an der antwürt der Türkenhilf war angehenkt, wie er den friden deüten wolt etc., hat er, doctor Held, wider ein red gethon und sich des beswert mit beger, im die wort harüs zü thün oder sin meinüng, wie er es nicht von sinen wegen geredt, hinzüzusetzen. wü das nicht, wisz er die schrift nicht anzünemen mit etwas vil und mer worten. dorüf die stend im wider antwürt geben und die wort geendert, aber er noch kein genügen an der antwürt die Türkenhilf belangen und witors antwürt und bewilligüng begert, öuch witer des chamergerecht halp entschuldigüng gethon. dorzü hat er der procurator halp genomen, an die kei. mt. und das chamergerecht langem zü lassen; also das disse reden und gegenreden biz VIII uren in die nacht werten. namen dannocht die stend der Türkenhilf halp bedocht biz morgens. hat sünst angenommen, was im in

¹ Ebenda f. 143. Herzog Ulrich erhält das Versprechen, dass man ihm nach Massgabe der Bundesverfassung helfen werde, wird aber gleichzeitig gebeten, sich, soviel an ihm ist, friedlich zu halten.

² Ebenda f. 145-64. Gedr. bei Hortleder II 1274 u. (bezgl. des Concils) I 165: Dass der Nürnberger Friede nicht nur unmittelbare Glaubenssachen betreffe, gehe schon aus den Worten der kaiserlichen Versicherung hervor: «alle rechtvertigung in sachen den glauben und religion belangend»; zudem sei aus den Vorverhandlungen in Nürnberg deutlich zu ersehen, was für Sachen gemeint seien. Deshalb könne man die Entscheidung über das, was Religions-sache sei, dem Kammergericht nicht zugestehen, zumal da von der papistisch gesinnten Mehrheit desselben keine Unparteilichkeit zu erwarten sei. Der Vorwurf, dass die Protestierenden sich Eingriffe in fremdes Eigentum erlaubten, sei durchaus ungerechtfertigt; man denke niemals daran, wie die Papisten es thäten, Privatleute ihrer Güter zu berauben. Die Kirchengüter, welche hier allein in Betracht kommen könnten, seien nicht Eigentum der Priester und Mönche und würden nur ihrem wahren Zweck dienstbar gemacht, wenn man sie zur Unterhaltung der Kirchendiener, Schulen, Spitäler etc. verwendete. Was diejenigen betreffe, welche nach 1532 dem Verständnis beigetreten seien, so hätte die Gesandtschaft vorigen Sommer Befehl gehabt, dem Kaiser, «so darnach frage geschehe», ein Verzeichnis derselben zu übergeben. Dem Herzogtum Württemberg sei der Beitritt durch den Cadaner Vertrag ausdrücklich vorbehalten worden. Andere hätten sich angeschlossen, weil das in den Abschieden versprochene Concil sich zu lange verzogen habe.

schriften und antwürtwis das chammergericht und den fridstand öuch das conciliüm belangend [übergeben], alles an die kei. mt. mit bestem vleisz zü bringen und gelangen zü lossen.

Uf donerstag den ersten dag des merzen zu VI uren ist der usschütz von chür. und f. öuch der stett züsamenkomen, haben berotslagt, was dem orator der Türkenhilf [halber] zü antwürtten sie, und sint den ganzen dag uf dem hüs bliben und doben gessen. — uf den dag haben die stend ein handlung lossen haben mit den fürsten von Anhalt zü Dessoüw der ersten VI monat halben, do sie wellen vermeinen, sie haben in nicht bewilliget, do die von stetten mit solten gangen sin; und [sind wir] dorzü verordnet, aber nicht dorbie gewessen. uf den donerstag zü III uren haben die stend verordnet VI personen, namlich die beden Sachisch und Heschisch canzeler, Wirtenberg und Pomeran, öuch zwen von stetten als Stroszbürg und Magdeburg, dem orator antwürt zü bringen in sin herberg, die Türkenhilf belangend; aber die von stetten sint nicht dobie gewesen, und ist im die antwürt worden; aber als ich verstanden, ist er nicht wol züfriden in der anderen antwürt, so im gegeben uf sin replik, und vermeint die nicht anzünemen, dwil er dorin antastet würt, wie wir dan der anderen antwürt der Türkenhilf copien mit O bezeichnet¹.»

März 2 und 3. Ausschusssitzungen wegen der Supplication der Procuratoren am Kammergericht und wegen der Beschwerden einzelner Stände. Beratung eines besonderen Ausschusses, bestehend aus dem Sächsischen und Hessischen Kanzler, dem Lüneburgischen Rat Licentiat Clamer und Jacob Sturm; «haben ein sünderen bevelch gehapt.» Ferner wird etlichen Gelehrten befohlen, zu ratschlagen, wie sich die Stände, welche an der Recusation des Kammergerichts nicht teilgenommen haben, nachträglich derselben anhängig machen sollen².

März 4. Ausschusssitzungen wegen der Beschwerden und Abfassung des Abschieds laut Copie³.

März 5. Ausschusssitzungen. Den Ständen werden verschiedene Schriften übergeben: 1) eine Copie der Antwort, welche der Ausschuss neuerdings dem Orator über die Türkenhülfe erteilt hat⁴. 2) eine Copie der an den Orator gerichteten Fürbitte zu Gunsten der beiden Procuratoren am Kammergericht⁵. 3) Copie einer Instruction, was auf einem Tag zu Braunschweig

¹ Ebenda f. 165-69. Gedr. bei Neudecker Urk. 285. Es wird darin näher ausgeführt, warum man durch die Erklärungen Helds den Nürnberger Frieden im Grunde genommen eher als aufgehoben, denn als bestätigt ansehen müsste. Nur wenn der Kaiser einen sicheren Frieden gebe, wolle man allzufalls auch ohne voraufgehenden Reichstag aus gutem Willen Hülfe gegen die Türken leisten.

² Im Abschied des Tages werden Württemberg, Strassburg und Augsberg beauftragt, eine neue Schrift zur Recusation des Kammergerichts zu entwerfen.

³ Ebenda f. 171-89.

⁴ Vgl. p. 428 A. 8.

⁵ Ebenda f. 197-98: Die Procuratoren Hierter und Helfmann hätten weder gegen ihre Pflicht und die Eide, mit denen sie dem Kaiser oder sonst jemand verbunden seien, noch gegen die kaiserliche Gerichtshoheit und Obrigkeit gefrevelt, sondern nur im Auftrage der Stände gehandelt. Da sie nun vom Kammergericht derart beschuldigt und verläumdet würden, dass sie schon um ihre Entlassung eingekommen wären, so möge der Orator dafür sorgen, dass sie künftig unbehelligt blieben.

misericordia domini [April 15] mit den Sächsischen See- und Hansestädten gehandelt werden¹. 4) Copie der Antwort auf die Werbung Dänemarks². «es hat sich öuch zütragen und den gelerten befehl worden, das sie die artikel der confession solten wider übersehen und öuch das bobstüm etwas harüsstrichen, das sie gethon und nochmols den chür. und f. ir anstellung haben zügestellt, derselbigen artikel wir dan copien mit V bezeichnet haben³. es hat öuch doctor Martin Lütther etlich sünder artikel angestellt, die er wolt ins conciliüm schicken für sin person, deren wir öuch copien mit W bezeichnet haben⁴.» Schliesslich wird noch ein Gutachten des Ausschusses übergeben, worin die Notwendigkeit eines Reichstags dargethan wird⁵. «haben öuch die prediger gemeinlich süpliciert an chür. und f. öuch die stend der kirchengüter halp öuch der pfarher und schülen halp, wie wir deren süplication abschrift mit Y bezeichnet haben⁶.»

März 6. Verlesung und Versieglung des Abschieds, von dem vier Exemplare ausgefertigt werden. Den für die oberländischen Städte bestimmten erhält Ulm. «domit hat sich disser dag geendet und sint die chür. und fürsten, so noch da gewesen, des dags verritten. gott der her welle sin gnod verlihen, das alles zü sim lob, er und preis abgangen welle. amen⁷.»

BEILAGE.

«Ungeverliche meinüng, was [man] der Türkenhilf halben oder im fall, das man derselbigen nit bedürftig, von wegen der hilf wider Frankrich solt einhellig zü antwürten zü geben haben⁸.»

p. 427.

[Februar 26].

Die Stände könnten nicht zugeben, dass gegen bisherigen Brauch und Herkommen die Türkenhülfe durch Particularhandlung aufgebracht würde,

¹ Herzog Ernst von Lüneburg, die Sächsischen und Hessischen Räte sollen alles anbieten, um die Städte zur Bewilligung der von den andern Ständen genehmigten Erhöhung der Bundeshülfe um 6 einfache oder 3 Doppelmonate zu bewegen, und wenn dies nicht gelingt, wenigstens eine mässigere Erhöhung zu erlangen suchen. Ebenda f. 200-203.

² Ebenda AA 466, d. d. Febr. 25: Die Fürsten seien einem Bunde mit Dänemark geneigt; die Städte dagegen hätten keinen Befehl und müssten die Sache erst hinter sich bringen.

³ Liegen nicht bei. Gedr. bei Walch XVI 2368, von allen Theologen unterzeichnet.

⁴ Liegen nicht bei. Es ist die als «Schmalkaldische Artikel» bekannte Confessionsschrift, welche von Bucer und seinen Gesinnungsgenossen nicht unterzeichnet wurde. Gedr. bei Walch XVI 2326, Marheineke (Berl. 1818). Vgl. Seckendorf III § 56, Hassenkamp II 172.

⁵ Ebenda AA 461 f. 204.

⁶ Liegt nicht bei. Gedr. bei Neudecker Urk. 230. In einem Artikel des Schmalk. Abschieds wird auf Grund dieser Supplication den Ständen eingeschärft, die eingezogenen Kirchengüter nur zur Unterhaltung von Schulen, Pfarren, Spitälern und dergl. zu verwenden.

⁷ Strassburg teilte die Schmalkaldner Beschlüsse, namentlich soweit sie das Concil betrafen, am 2. April den Baslern mit, welche sich am 5. dafür bedankten. Basl. Arch. St. 75 B 3 f. 77 und Str. St. Arch. AA 1815.

⁸ Die endgültige Antwort, welche dem Dr. Held übergeben wurde (s. p. 427 A. 4) stimmt mit dieser im wesentlichen wörtlich überein; nur die cursiv gedruckten Worte sind ausgestrichen, wozu von Sturms Hand am Rande bemerkt ist: «dise worte sind uf des orators muntlich begern geandert worden». Worin die Aenderung bestand, ist leider nicht angegeben. Ebenda f. 192-95. Die Beantwortung der Frage bezgl. der Unterhaltung des Kammergerichts wurde auf den nächsten Reichstag verschoben.

anstatt auf einem Reichstage eingehend beraten zu werden, besonders da «us kon. mt. schriften sovil zū versteen were, das die händlung und küntschafften sich so zeitlich zūgetragen, das von wegen des jetzigen winters zeit gnüg gewest were, einen gemeinen reichsdag aüszüsriben und mit gemeinem rat aller reichstende soliche groszwichtigste sachen den Türken belangend zū erwegen.» Wenn der Krieg einen ungünstigen Ausgang nähme, so würde die Schuld auf die zurückfallen, welche versäumt hätten, einen Reichstag anzusetzen. Auch wäre letzterer nötig, um eine gerechtere Verteilung des Anschlags zu beratschlagen. Ausserdem wäre hinsichtlich des den protestierenden Ständen zu Nürnberg zugesicherten Friedens ein Missverständnis am Kammergericht vorgefallen, so dass die Stände vergangnen Sommer beim Kaiser angesucht hätten, «solichen miszverständnis gnedigst ufzūheben, uf das gemelte protestierende stende des fridens und stillstands mechten im werk empfinden. draüf sich ire kei. mt. gnediglichen erpoten, durch irer mt. viceanzeler, wan der in teutsch nation ankomen würde, antwürt zū geben lossen. so hett sich doch derselb viceanzeler zū seiner ankünfft solicher erclerung und deütung uf kei. mt. friden und stilstand zū machen understanden, das er denselben friden und stilstand mer im gründ genzlichen ufgehoben dan bestetiget hette. das sich nün die protestierenden stende einicher hilf solten enplessen, sie weren dan zūvor des fridens und stilstands bis uf ein gemein frei cristenlich conciliüm in teuscher nation zū halten dermosz vergwisset, das sie desselben beider, der that und des rechtens halben, draüs die that erfolgen wolt, wirklich megen geniessen und gegen inen gehalten werden, wer inen, wie zū erachten, grosz beswerlichen. wo nün ein gemeiner reichsdag würde angesetzt und aüsgeschriben, und die protestierende stend des fridens und stilstands, wie beriert, wirklich zū empfinden versichert, so weren sie hiemit urpütig, in gemeiner reichsberatschlagung des handels sich dermosz zū erzeigen und vernemen zū lossen, das sie in dem, wes durch gemein stend würde für nütz und güt zū widerstand des Türken angesehen und beschlossen werden, durch gottliche verlihung die lesten nit sein wolten.»

440. Graf Wilhelm von Fürstenberg an die Dreizehn. [Februar].

Str. St. Arch. AA 445. Orig.

«Lieben und guten frund. uwer schrieben hab ich gesehen, onnot wieter uch dessen zu erinnern, dan irs in guter gedechnis habt. daruf will ich uch nit bergen, das ich zu mermalen mit k. mt. davon geredt; und in kurzem hab ich ir mt. angezaigt, wie ich bericht, das der gemain ferzik¹ der fertribnen und gefangnen cristen vom parlement zu Baris nit folg than, ouch etlich bischof sunder beschwerlich ouch partiesch artikel daran henken, die dan ir mt. gethone gnad nit gemes, mit merem anhang. mogt ir warhaftig [wissen], das ir k. mt. mir mit gnediger antwurt begegnet und frie fertrost, solichs bie den obgenanten frie abzustellen und on ainichen anhang den ferzik zu furgang [zu] handhaben, deshalb ich acht, die gesanten²

¹ = Verzeihung, Begnadigung. Vgl. oben nr. 390.

² Jost von Diesbach und Franz Negelin, vgl. oben nr. 428.

mit guten fernugen abschaiden werden. dan sovil ich die er des almechtigen mit siener gnad k̄an furdern, wolt ich on forcht thun.» — Dat. fehlt. Pr. Febr. 25¹.

441. [Landgraf Philipp]² an Jacob Sturm.

Februar 10.
Schmalkalden.

Marb. Arch. Copie.

Melanchthons Bericht über Luthers Schmalk. Artikel. Schroffere Fassung desjenigen vom Sacrament auf Veranlassung Bagenhagens. Hoffnung, dass es trotzdem bei der Confession und der Concordie bleibt.

«Lieber Jacob. Philippus³ ist bei mir gewest und hat mir allerlei bericht, was sie, die Wittemberger, des concilii und anders halben daheim gedisputirt; folgends bericht, wie Luther gestelt die ar[tikel] ganz gemein und da nichts weichens oder nochlassens noch hindersichgehens den papisten zu gut instehe⁴; hat mir auch die montlich zum mererteil angezeigt und gesagt, das er euch die selbst, auch doctor Helen⁵, berichten wolle. wie ich nun die vermerkt und gefast, weren sie der confession gleichformig, auch zum teil besser. er sagt aber, das ein articul, sovil das sacrament des nachtmals betrifft, etwas heftig gestalt, das das brot sei der leib des herren, welchs doch Luther am irsten nit so gestalt, sondern noch inhalt der concordien, das mit dem brode der leib des herren geben wurde; und solchs hab geuorsacht Pomeranus; dan der sei ein heftiger man und ein grober Pommer. sonst wuste er in allen articulu keinen mangel noch beschwerung; er würdet euch solchs weiter berichten. und wie er sagt, ist er so wole bedretten⁶ in disser sacht, als ir und ich, dan er auch wol sorgt vor den selzamen köpfen, doch darneben wol dröst(?), und ist sein bedenken, das etliche gelerten in geringer anzahl zu hauf kommen und disse lutherisch articul besehen und darnach den fursten und stenden vortrügen. doch mochten die stende alwegen sagen, sie hetten die confession und die concordia angenommen; da wolten sie bei pleiben. da dechte er, wurde es auch wol bei pleiben. hat auch gesagt, das Luther von keinem nochlassen oder weichen habe horen wollen, sondern gesagt: dis hab ich gestalt, wollen die fursten und stende etwas nachlassen, das wird bei inen stehen. dis seint ungeverlich die wort des inhalts, di Philippus dissen abent mit mir geredt hat. ir werdts morgen von ime weiter vernemen. hat auch gesagt, er wolle furdern, das der ar[tikel] des sacraments dermassen gestelt,

¹ Der Brief wurde von Farel an Capito (der damals in der Schweiz war) überbracht. Dieser sandte ihn nach Strassburg weiter mit dem Ersuchen, der Rat möge, da die Verfolgung der Evangelischen noch immer nicht aufgehört habe, abermals Fürstenbergs Vermittlung anrufen. (Capito an den Stadtschreiber Joh. Meyer, ohne Datum, pr. Febr. 25. Thes. Baum).

² Unterschrift fehlt; doch ist der Landgraf unzweifelhaft der Verfasser des Briefs.

³ Sc. Melanchthon.

⁴ Bezieht sich auf die „Schmalkaldischen Artikel“, vgl. oben p. 428 A. 4.

⁵ Dr. Hel aus Augsburg.

⁶ = betreten, verlegen?

wie di concordia inhalt¹.» «Act. Schmalkalden sonobent vor esto mihi a. etc. 37.»

P. S.: «wollet dis Jorge Besserern und doctor Helen auch anzeigen.»

442. Die Dreizehn von Basel an die Dreizehn von Strassburg. Februar 24.

Str. St. Arch. AA 1845. Ausf.

Kundschaft, dass die Türken von Venedig freien Pass verlangen, um im Bunde mit Frankreich den Kaiser anzugreifen. Gegenrüstung Andreas Doria's. Barbarossa. Revolution in Florenz.

«Wir sind diser tagen von gloubwürdigen personen, so die unsern und sich jetzt zuo Jennow² enthalten, schriftlich verstendigt, das der Türkisch keiser sin treffentliche botschaft gen Venedig geschickt, die den 17. tag januarii nechstverschinen daselbs ankomen. die hat dem Türken geworben, das die Venediger irm hern pasz geben wellen, sin kriegsfolch uf dem land durch ir gebiet ze füren, desglichen ouch uf dem meer durch etliche ire port ze passieren, damit er, der Türk, sine armada, so er ime uf den kunftigen sumer die christenheit ze überziehen fürgenomen, daher durch sicher füren möge. si hat ouch in sonderheit von den Venedigern in alle weg ze wüssen begert, wie si sich gegen ime und sinem verpünten fründ, dem künig zu Frankrich, halten wellen, damit si sich hinwider gegen inen wüssen ze richten. daruf haben die Venediger den 19. tag januarii noch kein antwurt geben. es lasset sich aber die Türkische botschaft hören, wo irem hern die pász abgeschlagen, das si den Venedigern alle ire lantschaften, bi inen gelegen, hergen und brennen wellen; und werde offentlich geret, das der Türk und Franzos ein püntnus mit einandern haben. ferner das im decembri nechstverschinen dem künig von Frankrich ein poschtschifflin, das er dem Turken mit vil briefen und hüpschen presenten zugeschickt, von den keiserischen ufgefangen, in Hispanien gfürt, darinnen schriften befunden, darin under anderm der künig dem Türken abermals scribe und vermane, das er der Türk, wie ir beschlusz zwüschen inen durch ire botschaften zuo Andrenopl gemacht inhalt, in keinen weg nit uspliben solle, dann er ime, wie sin verheissen, entgegenkomen und den keiser an andern orten ouch überziehen welle. daruf sich ouch des keisers partie nit wenig entsitze [*sic*!], der ursachen sich Andrea Doria mit höchstem vermögen zuo schiffung rüste, des willens, dem Turken entgegenziehen. witer so sien den 16. tag januarii aber fünf fusti³ des Barbarossa zuo Marsilia im port gestanden; die thügen sampt des künigs galeen nit wenig schaden, haben sich ouch mit einanderen verglicht dergestalt: was si für schiff fachent, solle das volch der Türken und das gut des Franzosen sin.»

¹ Es gelang ihm zwar nicht, dies durchzusetzen; doch wurde auch niemand genötigt, die Artikel zu unterschreiben, sondern es blieb bei der Confession und der Concordie. Vgl. Hassenkamp II 172.

² = Genua.

³ Fusta ist die italienische Bezeichnung einer bestimmten Art von Schiffen, noch jetzt gebräuchlich.

Dass der Herzog von Florenz ermordet sei¹, werde man wohl wissen. «daruf begert nun die statt widerumb in irer libertet ze leben. dargegen hat aber der keiser den 29. januarii 1500 Hispanier sampt drigen vendlin lantz knecht gen Florenz gschickt, die statt zuo bewaren. aber man wil si weder in kei. mt. noch des bapsts namen inlassen, und ligen also dise knecht zur einen siten vor der statt, und etlich rich Florentiner, die, als die statt in des herzogen dienstbarkeit ergeben, von dannen gen Venedig gewichen, haben sich mit einer anzal kriegsfolch, sobald si des herzogen abgang vermerkt, erhept; ligen an der andern siten vor der statt und begern, die statt in ir frigheit inzesetzen. sunst sollen drig cardinal, so französisch, in der statt sin; die tringen, das die statt in ir alte libertet kome. dargegen sind noch zwen cardinel darin, die arbeiten, das die statt dem keiser zu handen werde. es sind wunderbarliche ding; gott welle uns vor allem übel bewaren.» — Dat. Sa. 24. Febr. a. 37. — Empf. März 3. Pr. März 4.

443. Graf Wilhelm von Fürstenberg an die Dreizehn. [Anfang März].

Str. St. Arch. AA 445. Orig.

nr. 440.

«Als ich uch nehermal geschrieben, wie ich mich fersehe, den gesandten von Bern werd ain gut antwurt von wegen der, so des glaubens halben gewichen, nu schriebe mir die gesanten, das si ongeschafft geschaiden; bin ich uf gestrigen tag zu k. mt. geritten, ferstand also, das die gesanten an ir mt. begert, stracks das evangelium in Frankrich ufzurichten, etwas rauch anbracht. das hab nun etwas hinderung bracht. wer wol gut, [so] in sachen des glaubens bedechtlich und sittig gehandelt wurd. aber ich hab wider angehalten bie k. mt. in biesein granmitters² und bin uf etlich mittel kumen. wiewol ausgenomen k. mt., ouch granmitter, wenig uf miener siete sind, ist mir doch gut antwurt worden, und was ich der armen halben erhalt, will ich uch bie ainem aignen boten schicken.» — Dat. fehlt. — Lect. März 17.

444. Landgraf Philipp an die Dreizehn.

März 10.
Zeit.

Str. St. Arch. AA 445. Ausf.

Uebetsendet die zu Schmalkalden beschlossene Schrift an den König von Frankreich zur Weiterbeförderung auf Kosten der Stände und bittet um Zuschickung der etwaigen Antwort³. Dat. Zeit Sa. n. Oculi a. 37. — Lect. März 24.

¹ Alessandro von Medici wurde am 5. Januar von seinem Vetter Lorenzino ermordet. Er war von Karl V eingesetzt worden.

² = Grand-maitre, d. i. Anne de Montmorency.

³ Pfarrer lässt in seiner Relation (nr. 439) das Schreiben an Frankreich unerwähnt; dasselbe (d. d. März 5) ist von Melanchthon entworfen und im Corp. ref. III 309 gedruckt. Es hatte den Zweck, den König zu einer den Protestanten günstigen Erklärung über das Concil zu veranlassen. Frankreichs Antwort vom 23. Mai s. bei Freher Script. III 381. Sie besteht

445. Die Dreizehn von Basel an die Dreizehn von Strassburg. März 19.

Str. St. Arch. AA 445. Ausf.

Senden Abschrift der Antwort, welche König Franz I den Berner Gesandten auf die Werbung zu Gunsten der Evangelischen in Frankreich erteilt hat¹, sowie Copie eines Berichts von Bern an Basel über dieselbe Angelegenheit². Bedauern, dass die Gesandten nicht mehr ausgerichtet haben. Dat. Mo. 19. März a. 37. — Empf. März 21. Pr. März 22. nr.443,428

446. Kurfürst Johann Friedrich an Jacob Sturm. März 26.
Zeitz.

Ulm. Arch. Ref. T. XXI. Copie von Sturms Hand.

Befürwortet die Aufnahme Herzog Heinrichs von Sachsen in den Bund.

Erinnert an die vertraulichen Mitteilungen, die er vor kurzem in Schmalkalden den städtischen Gesandten über die Aufnahme Herzog Heinrichs von Sachsen in das evangelische Verständnis gemacht habe³, und an die daraufhin getroffene Vereinbarung, wonach er, der Kurfürst, mit Herzog Heinrich sich besprechen sollte. Bekanntlich handelte es sich dabei zunächst darum, festzustellen, ob der Herzog in den ihm zugetheilten Aemtern und Städten das «merum et mixtum imperium» habe, sodann auch die Abberufung des jungen Herzogs Moritz von dem Hofe Herzog Georgs. Nun habe eine Zusammenkunft zwischen ihm und Herzog Heinrich zu Zeitz stattgefunden, auf welcher derselbe dargethan, dass er in seinen Städten und Aemtern «allenthalben die regierung und hohe obrigkeiten und regalien hat; tregt auch solichs von den Ro. kaisern zu lehen; aber seiner lieb bruder, herzog Georgen, stehet der ort nit meer dan die berg-

nur aus höllischen Redensarten. Vgl. unten nr. 459. Die Evangelischen erliessen ausserdem d. d. März 5 noch ein Manifest nicht nur an Frankreich, sondern auch an andere auswärtige Potentaten, worin sie die Gründe, weshalb sie das Mantuaner Concil nicht besuchen könnten, ausführlich darlegten. Walsh XVI 2463, Hortleder I 110. Corp. ref. III 314.

¹ Ebenda d. d. Febr. 24. Regest Eidgen. Absch. IV 1 C p. 814. Der König erklärt auf die Bitte, die Klausel bezüglich des Eides aus dem Begnadigungserlass zu beseitigen (vgl. oben nr. 390), er habe die Amnestie den Bernern und ihren Freunden zuliebe erlassen; damit solle man sich nun auch zufrieden geben («de quoy il semble bien audit sir quil se doivent grandement contenter»). Vollständig gedruckt bei Herninard IV nr. 612.

² Ebenda d. d. März 15. Eidgen. Absch. a. a. O. Bern schreibt, der Herr von Langey, (d. h. Cardinal du Bellay) und Fürstenberg seien zur Zeit der Werbung nicht am königlichen Hof gewesen, so dass die Gesandten trotz der Bemühungen der Königin von Navarra nichts als eine dunkle Antwort von Franz I erlangt hätten. Nach einem Brief Fürstenbergs sei die wirkliche Gesinnung des Königs günstiger als die in dem Schreiben kundgegebene, und werde Fürstenberg sich um einen klareren und besseren Bescheid bemühen. Vgl. oben nr. 443. (Der Bearbeiter der Eidg. Absch. a. a. O. macht in seinem Regest aus dem «von Langier, graf Wilhelm und andere» einen «Grafen Wilhelm von Langres etc.!») Als die Hoffnung auf Fürstenbergs Erfolge beim König sich als eitel erwies, wandten sich die Strassburger Prediger am 8. April nochmals mit einer besondern Bittschrift an Margarethe von Navarra. (Thes. Baum).

³ Pfarrers Bericht (oben nr. 439) enthält darüber nichts.

regierung zu; und nachdem sein lieb wol achten kan, das derselben sone, herzog Moritzen, notturt sein wille, bei dem evangelio zu sein und erzogen zu werden, so seint sein lieb bedocht, doruf zu gedenken, auch mit unserm rat dorin zu handeln. weil es dan hierauf steht, so zweiveln wir nit, ewer obern, ir und die andern werdet nunmeer unbeschwert sein zu bewilligen, — wie auch solichs der abschid uf den fall mitbringet —, das herzog Heinrich in die verstentnus genomen.» Sturm möge seinen Einfluss bei Strassburg und den andern Städten für die Aufnahme geltend machen und ihm den Erfolg seiner Bemühungen mitteilen. Bittet um möglichste Geheimhaltung der Sache. Dat. Zeitz Mo. n. Palmarum a. 37.

447. Gabriel, Graf zu Ortenburg, Freiherr zu Freienstein und Karlsbach, an den Rat.

April 2.
Augsburg.

Str. St. Arch. AA 441. Ausf.

Da er vom Kaiser Befehl habe, «ain ansehnliche anzahl teutsches kriegsvolk zu fusz» anzunehmen, so habe er u. a. den Zeiger dieses, den Hauptmann Hans Heinrich von Landeck, abgefertigt, um ein Fähnlein Knechte anzuwerben. Strassburg möge die Werbung in seinem Gebiet gestatten¹. Dat. Augsburg 2. April a. 37. — Pr. April 12.

448. Der Rat von Worms an die Dreizehn.

April 4.

Str. St. Arch. AA 461 letztes Blatt. Ausf.

Antwortet auf eine Anfrage Strassburgs(*) über die Werbungen, es sei wahr, dass eine «mergliche» Anzahl Knechte sich bei Worms versammelt habe und durch die Stadt gezogen sei, darunter auch etliche hundert Oberländer. «wohin der zug, oder uf wen sie beschaiden», habe man jedoch nicht erfahren können. Verspricht weitere Nachricht. Dat. Mi. 4. April a. 37. — Empf. April 8.

449. Der Rat an den Kurfürsten von Sachsen und den Landgrafen.

April 17.

Str. St. Arch. AA 445. Copie.

Giebt seine Zustimmung zu einem Bündnis mit Dänemark ohne Vorbehalt.

Man habe von den Gesandten, die in Schmalkalden gewesen, gehört, was dort wegen Dänemarks gehandelt und verabschiedet worden sei. Darauf habe nun Ulm am 24. März geschrieben², dass es wegen dieser Sache einen Städtetag auf den 2. April angesetzt habe; ferner habe es Strassburg ersucht, «die sachen zuo beraten, auch der statt Frankfurt zuozuschreiben, gleichfals zuo thon und ihnen solich unser bedenken uf den berürten zinstag nach osteren [April 2] zuozuschicken. denselben von Ulm und auch denen

¹ Kurz vorher, am 22. März, hatte derselbe Commissar das kaiserliche Verbot bezüglich der Französischen Werbungen neuerdings eingeschärft. Ebenda.

² Ebenda AA 463. Ausf.

von Frankfurt haben wir damals zugeschrieben¹, das aus ursachen, so e. chf. und f. g. zu Schmalkalden anpracht, der ko. würde zuo Denmark die beratschlagt hülf nit zuo weigeren, sonder zuo laisten sein werde, wie wir auch dieselben zuo laisten, so es durch gemaine stend bewilligt, fur uns auch bewilligen würden. also haben uns die mehrgedachten von Ulm jetzo weiter zugeschrieben mit überschickung einer copei der antwurt, so sie und die oberländischen stett e. chf. und f. g. überschickt haben sollen, und e. chf. und f. g. sonder zweifel nuonmehr empfangen und vernomen haben². dieweil aber dieselbig ir antwurt in wenigem uf die notel der verfassung limitiert, so wollen zuo e. chf. und f. g. bedenken wir dasselbig gestellt haben. und ob es die geainigten ständ uf die masz und es zuo Schmalkalden beratschlagt, oder die, so von den oberländischen stetten bedacht, annemen würden, uf welchem derselben zwaier ainem es sein würt, wöllen wirs hiemit auch bewilligt und angenomen haben.» — Dat. 17. April a. 37.

450. Jacob Sturm an Georg Besserer.

April 21.
Strassburg.*Ulm. Arch. Ref. T. XXI. Orig.*

Aufnahme Heinrichs von Sachsen in den Bund. Dr. Held in Strassburg. Gefecht gegen Knechte, die nach Frankreich ziehen. Stillung eines Aufruhrs der Knechte vor Hesdin durch Fürstenberg. Militärische Anordnungen Franz' I.

Ubersendet Copie des kurfürstlichen Schreibens vom 26. März, betreffend die Aufnahme Heinrichs von Sachsen in den Schmalkaldischen Bund. «und domit die sach, wie begert wurt, desto geheimer blibe, hab ich solichs min hern den drizehen zusamt der handlung, so der churfurst mit uns diser sachen halb zu Schmalkalden gehebt, angezeigt. die haben nun die sach uf heut dato vor einem erbarn rat dermassen brocht: wie der churfurst von Sachsen und landgrave zu Hessen geschriben, das si in hoffnung standen, etlich fursten in unser verstantnus zu kommen zu bewegen, die aber us ursachen diser zeit noch nit zu benennen; derhalben begert, inen gewalt, dieselben anzunämen, zuzeschicken. hierauf wer der drizehen gutbedunken, das ein rat in disem fall inen den drizehen gewalt zugestölt hett, solichs dem churf. und landgraven zu bewilligen und von iren wegen zuzeschreiben.» Diesen Wunsch habe der Rat erfüllt. Besserer soll ebenfalls möglichst geheim die Sache bei Ulm und den andern oberländischen Städten vorbringen.

nr. 446.

«Newer zeitung weis ich euch nichts sonders, dan das doctor Held, kai. mt. vicekanzler, uf heut dato hie ankommen, doch nichts, — sovil ich noch vermerk —, mit gemeiner statt, sonder in sin eigen sachen allerlei handlung hie zu pflegen. es sind vil knecht in Frankrich durch dise landsart gezogen.» Die Regierung zu Ensisheim habe gegen dieselben eine streifende

¹ Ulm. Arch. Ref. T. XX, Frankf. Arch. Reichssachen nr. 9071, d. d. März 26.

² Schreiben Ulms d. d. April 7, ebenda, nebst Copie des Briefs der Städte an Sachsen und Hessen d. d. April 4. Die Städte bitten darin, man möge das Bündnis mit Dänemark, dem sie sonst durchaus geneigt sind, doch auf Glaubenssachen und was damit zusammenhänge, beschränken, damit sich die Stände nit verdecktig machen, als ob si sich wider Ro. kai. mt., unsern allergnedigisten rechten herrn, verbenden.»

Rotte von etwa 30 Pferden verordnet und ein kleines Scharmützel gewonnen. «der konig zu Frankreich soll noch eigner person sampt sinen zweien sonen vor Hedin¹ ligen; hat die statt zitlich sich ergeben, aber das schloz, so seer vest sin soll, halt noch. es haben die teutschen knecht mit den Franzosischen avanturier ein lerman uf den karfreitag [März 30] gehebt; sind 5 fendlin Teutscher, so in einem sondern ort vor dem schloz zu verwarung einer porten vor dem usfall gelegen, mit den welschen, so allernechst bi inen gelegen, durch das sich die welschen uber etlich knecht gerottet, zu uneinigkeit und handlung komen. aber grave Wilhelm von Furstenberg, so erst von inen geritten, was in willen zum andern leger zu reiten, ist bei zeit dozwisten kommen, hat si wider von einander brocht. doch ist er durch sin hut geschossen, aber sonst nit am leib verletzt worden, dodurch ein geschrei kommen, das man in etlich tag hie tod gesagt hat; ist aber nichts daran.» Dagegen sei der Hauptmann Franz Erhardt schwer verwundet worden. «der konig hat Tornava² gespeiset und lost etlich flecken, an den orten er jetzt ligt, bevestigen und dieselben proviandieren. herzog Cristofs regiment, so er sin anzal knecht zusammenpringt, soll mit sampt etlichen welschen kriegsvolk zu ros und fusz auch 6000 Schwizern uf Piemont und Italien ziehen. und achten vil, so der konig die grenzen gegen Niderland bevestige und proviandier, dergleichen durch jetzigen zug die ort uf beiden seiten an proviand entplösse, werde er mit sinem zuge auch uf Italien rucken.» — Dat. Strassburg Sa. vor Jubilate a. 37.

451. Bernhard Besserer an Jacob Sturm.

April 28.
[Ulm].*Ulm. Arch. Ref. T. XXI. Cone.*

- nr. 450. Antwortet auf den Brief vom 21. April, — welchen er wegen der Abwesenheit seines Sohnes Georg geöffnet und gelesen habe —, dass der Kurfürst von Sachsen in ähnlicher Weise wie an Sturm auch an Georg Besserer geschrieben habe, und dass Ulm darauffin bereits die Aufnahme Heinrichs von Sachsen gutgeheissen habe. Die Erklärung der andern oberländischen Städte über die Angelegenheit stehe noch aus³. Dat. Sa. n. Georgii a. 37.

452. Jacob Sturm an Kurfürst Johann Friedrich und Landgraf Philipp.

Mai 2.
Wetzlar.*Marb. Arch. Orig.*

- nr. 446. Teilt mit, dass der Rat die Aufnahme Herzog Heinrichs von Sachsen in den Bund bewilligt habe, laut beiliegendem Brief⁴. «so hab ich us bevelch miner hern und freund der drizehen persönlich und muntlich mit Philips Furstenberger, burgermeister zu Frankfort, als einer sonder vertrauten personen, muntlich auch gehandelt; der hat mir geant-

¹ Hesdin in der Grafschaft Artois.

² = Tournay.

³ Erst am 8. Mai teilte der Ulmer Rat den Dreizehn mit, dass die andern oberländischen Städte auch eingewilligt hätten. Str. St. Arch. AA 473.

⁴ Ebenda, Copie. Das Original ging einem Kanzleivermerk zufolge an den Kurfürsten.

wort, er wolle die wege furnämen, domit der handel enge und wenig personen eröffnet und also unbenent des fursten fur rat brocht werde, der hoffnung, e. chur. und f. g. soll von einem rat der statt Frankfurt, in der sachen zu volfaren, gewalt zugeschriben werden.» — «Dat. Wetzlar mittwoch den andern maii a. etc. 37.»

453. Franz von Thamis an den Rat.Mai 4.
Speier.

Str. St. Arch. AA 441. Ausf. mit eigenhändiger Unterschrift.

Bittet als kaiserlicher Commissar, der mit Aufbringung etlicher Fähnlein Knecht gegen Frankreich beauftragt sei, um Lieferung von 2000 «gueter landsknechtisch spiesz» gegen Bezahlung. Dat. Speier 4. Mai a. 37. — Pr. Mai 7.

454. König Franz I von Frankreich an den Rat.Mai 14.
Corbie.

Str. St. Arch. AA 443. Ausf. perg.

Bittet um sicheres Geleit für zwei Französische Unterthanen, die von Pfalz gefangen gehalten und jetzt frei gelassen sind.

Antea nos quidem ad carissimum imprimisque singularem amicum et consanguineum nostrum comitem Palatinum amplissime scripsimus de liberatione honoratissime uxoris domini a Montecano, ut nos dicimus de Montchenu, consilarii ac primi oekonomi nostri, itemque de liberatione domini a Castelo Veteri eiusdem generi¹, quam ille consanguineus noster ante quidem distulerat et protraxerat quam de ea omnino imperatoris voluntatem et consilium inteligeret aut literis aut nuncio ea de re misso, idque cum belli iam tum inter nos moti et renovati causa tum potissimum propterea quod isti ipsi, qui illam sic per insidias interceptam dominam a Montecano et eiusdem generum retinuerunt, affirmarent adeoque profiterentur illam interceptionem et retentionem factam et excitatam esse sciente et consentiente Cesare, quod tum Cesar post palam inficiatus est testatusque se id insciente factum esse, ut quod iniquum et ab omni ratione alienissimum esset, eoque nomine fidei publice litere ad universos totius Germaniae principatus dominia magistratus civitates, ad denique populi cuiusvis Germaniae ditionem date a Cesare commisseque sunt, ut scilicet tuto itinere ipsi captivi per totam Germaniam in patriam nullo impedimento redire et reduci possent². verum quoniam eos necesse est per vestras urbes et regiones redire, mihi opere precium visum est has literas ad vos scribere, quibus vos etiam atque etiam vehementer roga-remus, pro eo quantum nos amatis, ut illi domine a Montecano et genero facile tutumque iter per dominia vestra aut concedatis aut concedendum diligenter curetis, ita ut ad nos in regnum nostrum incolumes nulloque

¹ Marin de Montchenu war «premier maître d'hôtel» bei Franz I. Vgl. La Chenaye des Bois, Dictionnaire de la noblesse de France. Der «dominus a Castelo Veteri» ist in einem Kanzleivermerk des Stadtschreibers «Wilhelm Arsent» genannt.

² Copie des kaiserlichen Briefs, welcher allen Obrigkeiten des Reichs befiehlt, die bisher von Kurfürst Ludwig v. d. Pfalz gefangen gehaltenen beiden Französischen Unterthanen frei in ihre Heimat passieren zu lassen, liegt bei, d. d. April 19. Es heisst darin, die Freilassung geschehe auf Verwendung der Königin Leonore von Frankreich.

interim offendiculo nullaque in via interpellatione facta facillime redeant¹.»
Verspricht Erkenntlichkeit im Fall der Erfüllung dieser Bitte. Dat. «Corbye
die XIII^a maii 1537.» — Pr. Mai 30.

455. Jacob Sturm an Landgraf Philipp.

Mai 15.
Strassburg.*Marb. Arch. (Corr. Philipps). Orig.*

«Wie ich gesterigs tags anheimisch komen, und sich diser bot von
Ulme one das zugetragen, wer ich wol willig gewesen, e. f. g. etwas news
zu schreiben, so ist doch nichts namhafts vorhanden.» Der Bote mit der
nr. 457. Schmalkaldischen Schrift an den König von Frankreich habe Nachricht
gegeben (*), dass ihn der König mit der Antwort hinhalte.

nr. 450. Herzog Christoph liege mit angeblich 12000 Knechten noch bei
Langres; doch seien es wohl nicht mehr als 8000. Dat. Strassburg Di. n.
ascensionis dom. a. 37.

456. Landgraf Philipp an die Dreizehn.

Mai 30.
Cassel.*Str. St. Arch. AA 461. Ausf.*

Uebersendet ein Ausschreiben wegen des Concils, welches der Kurfürst
und er auf Grund des Schmalkaldischen Abschieds habe anfertigen lassen,
sowie einige lateinische und deutsche Drucke zur Weiterbeförderung an die
Eidgenossen². Da aber eine Schrift an alle Orte der Eidgenossenschaft zu
wenig scheine, und auch an Frankreich und Lothringen noch nichts geschickt
sei, so habe er den Kurfürsten um Ausfertigung weiterer Schriften gebeten
und werde dieselben so bald wie möglich übermitteln. Auch Strassburg selbst
solle die übersandten Schreiben durch Druck und Copien vervielfältigen und,
«da ir mainet, das fruchtbar sei,» verbreiten, namentlich in der Schweiz.
Dat. Cassel Mi. n. Trinitatis a. 37. — Pr. Juni 11³.

457. Der Rat an Landgraf Philipp.

Juni 4.

Marb. Arch. Ausf. perg.

«Jüngstem Schmalkaldischem abschid nach haben wir die brief, so <die>
[der] koniglich wurde us Frankreich zu schicken verlassen⁴, und von e. f. g.
nr. 444. uns verscheinen palmtag [März 25] zukomen seind, durch zeigern disz hoch-

¹ Ebenda findet sich noch ein Brief des Herzogs Anton von Lothringen an den Rat d. d. Mai 25, worin er auf Wunsch des Französischen Königs den Ueberbringer zu fördern bittet, damit derselbe «die frauwn von Monchenu sambt ir anhang» sicher nach Frankreich geleiten könne.

² Als Anlage findet sich nur ein Formular eines lateinischen Rundschreibens d. d. VII cal. april., in welchem auf eine beifolgende Schrift wegen des Concils verwiesen wird. Vgl. oben nr. 444.

³ Nachweislich schickte Strassburg die Concilschriften erst am 11. Juli zur weiteren Versendung an die von Basel (Basl. Arch. Zeitungen), worauf letztere am 16. Juli unter lebhaften Danksagungen mitteilten, dass sie dieselben der gerade in Baden tagenden Versammlung zugestellt hätten. Str. St. Arch. AA 1815. Vgl. Eidg. Absch. IV 1 C nr. 524.

⁴ «Verlassen» = beschlossen, im Abschiede bestimmt.

gemelter ko. wurden zubringen lassen, der nun bisher bei irer wurden aufgehalten und letstlich mit schriftlicher antwort abgefertigt worden, wie e. f. g. wir dieselben besigelt hiemit überschicken und si die zu vernemen haben.» Bitten um Rücksendung einer Abschrift. Sonstige Neuigkeiten aus Frankreich werde der Ueberbringer mündlich berichten. Dat. 4. Juni a. 37.

458. Die Dreizehn von Basel an die Dreizehn von Strassburg. Juni 8.

Str. St. Arch. AA 1815. Ausf.

«Es hat uns der Herr von Boriaux¹, den die kron Frankreich in unser Eidgeno[ssenschaft] geschickt, dise tag hierin verschlossene nuwe zitung zukomen lassen², die wir guter meinung uch nit bergen wellen, fruntlich bittende, ob ir solicher kriegsubungen ichzit nuws hettend, uns, sovil wir uch zumuten kennend, dessen ouch zu verstendigen.» — Dat. Fr. 8. Juni a. 37. — Pr. Juni 12.

459. Landgraf Philipp an den Rat. Juni 12.

Immenhausen.

Str. St. Arch. AA 445. Ausf. Zettel ebenda AA 465,3. Ausf.

Brief Frankreichs. Zettel: Sachsen schlägt eine Versammlung der Kriegsrate zu Koburg vor, namentlich behufs Festsetzung eines «Kriegsregiments».

Uebersendet Copie des Briefes, welchen der König von Frankreich an ihn gerichtet hat³. Dat. Immenhausen Di. n. Medardi a. 37.

nr. 457.

«Gelesen vor meinen herren den XIII, als die XXI ufgestanden, sambstag 23. Juni a. etc. 37. achten, man soll des konigs von Frankreich antwort verteutschen und wider fuhrbringen.»

Zettel⁴: Der Kurfürst von Sachsen habe einen Tag auf den 25. Juli zu Koburg angesetzt und gebeten, den Ständen und Städten des oberländischen Bezirks, welche Stimmen und Kriegsrate haben, zu schreiben, dass sie letztere dahin verordnen sollten, um «von sachen und beschwerden, so etlichen oberlendischen und Sachsischen stenden und stetten begegen, zu ratschlagen und zu schlissen, was in denen, auch zukünftigen furfallenden beschwerlichen sachen, da unsere einungsverwanten solten angegriffen werden, noch gelegenheit ze thun und furzuwenden sein solte; <man> [um] sich auch einmale mit den kriegsreten eins kriegsregements, auch bestellung und articulsbriefe der reisigen und knecht halben, desgleichen von wegen des geschutzes, wie es dormit gehalten solle werden, zu vorgeleichen; welchs alles bequemer und besser sein wolte, in zeit des friedens ze thun und furzenemen, dan das es folgends in zeit der not bescheen solte;

¹ Es ist der Französische Gesandte von Boisrigault, dessen Name hier verstümmelt ist.

² Liegen nicht bei. Wahrscheinlich sind es die in den Eidgen. Absch. IV 1 C p. 853 erwähnten Kriegsnachrichten Boisrigaults.

³ Wie schon oben p. 432 A. 3 angedeutet, enthält der Brief nur Zusicherungen ganz allgemeiner Art, dass dem König ein freies, unparteiisches Concil sehr am Herzen liege etc.

⁴ Copie hiervon erhielt Strassburg am 23. Juni auch von Ulm mitgeteilt. Ebenda AA 445 u. 463.

und was dem allem doruber weiter anhengt, furzenemen. das auch da die kriegsrete ire phlicht thun solten etc. nun haben wir seiner lieb widergeschrieben und unser bedenken angezeigt, das wir noch nit gewisz seint, ob sein lieb solchen tag zu Coburg also vor sich gehen lassen werde.» Sobald die Antwort des Kurfürsten eingetroffen sei, werde er weitere Mitteilung machen. Dat. ut in literis.

Gelesen etc. vor den XIII Juni 23. «Erkent, herren ordnen, die es bedenken und bis montag oder mitwoch fur rat und XXI pringen, davon zu reden.» — «Pr. coram XXI montag den 25. [juni].»

460. Landgraf Philipp an den Rat.

Juni 28.
Cassel.*Str. St. Arch. AA 465. Ausf. Zettel ebenda.*

nr. 459.

Teilt im Anschluss an sein Schreiben vom 12. Juni mit, dass der Kurfürst von Sachsen den Tag zu Koburg vom 25. Juli auf den 12. August verschoben habe. Strassburg möge dazu seinen Kriegsrat mit den nötigen Vollmachten abfertigen¹. Dat. Cassel Do. n. Joh. Bapt. a. 37. — Empf. Juli 10. Pr. Juli 11.

Zettel: «Nochdem izo die kriegsleufte und sachen sich zutragen in Frankreich, des Turken halb, auch in Hungern, wie ir on zweifel des gewisse zeitungen habet, das sich noch zur zeit keins friedens zwuschen kei. mt. und Frankreich zu vermuten, und dissen sommer gegen den evangelischen stenden kein krieg angefangen wurde, das die ursach und sorgnus nit so grosz, dorumb solcher zusammenkunft von nöten, und wol gescheen mocht, das der churfurst den tag nit wurde lossen vor sich gehen, so wollet doch ewern kriegsrat abfertigen und uf den tag schicken, sover wir euch nit widerpieten und abschreiben.» — Dat. ut in lit. — Pr. Juli 11.

461. Die Dreizehn an Landgraf Philipp.

Juli 11.

Marb. Arch. Ausf.

Bischof Heinrich von Worms und Herzog Johann, Pfalzgraf bei Rhein, hätten im Auftrage des Königs einen Tag aller Kreisstände auf den 1. August nach Worms ausgeschrieben, um von Unterhaltung des Kammergerichts und von der Türkenhülfe zu reden. Der Landgraf möge mitteilen, wie er und andere Fürsten über den Besuch dieses Tages dächten. Falls man ihn besicke, sei es jedenfalls gut, sich vorher über die einzunehmende Haltung zu verständigen. Dat. 11. Juli a. 37.

462. Das Reichskammergericht an den Rat.

Juli 18.
Speier.*Str. St. Arch. AA 4587,45. Ausf.*

Claus Hage in Strassburg soll beabsichtigen, den Franzosen 200 Büchsen zuzuschicken. Befiehlt, denselben zu bestrafen und die Waffen mit Beschlag zu belegen. Dat. Speier 18. Juli a. 37. — Pr. Aug. 1. Repr. Aug. 11.

¹ Der Kurfürst forderte am 7. Juli noch durch ein eigenes Schreiben zur Beschickung des Koburger Tages auf. (Pr. Juli 28). In einem Zettel bemerkte er, dass die Kriegsrate ihm als regierenden Hauptmann in Koburg auch «pflicht thun» solten, laut der Verfassung. Ebenda.

463. Landgraf Philipp an die Dreizehn.

Juli 18.
Rosenthal.

Marb. Arch. Ausf. — Frankf. Arch. Reichssachen 9086. Copie.

Ueber den Besuch des Wormser Tages zur Beratung über Türkenhülfe und Kammergericht. Türkengefahr gar nicht vorhanden. Vorschlag einer Vorberatung zu Ladenburg.

Antwort auf den Brief vom 11. Juli. Das Ausschreiben zum Wormser Tage sei auch ihm zugekommen; er habe dem Kurfürsten von Sachsen davon Mitteilung gemacht und erwarte noch dessen Gutachten. «und als wir jetzo gedenken, ist unser meinung, das wir solchen tag ersuchen lassen wellen, fur-nemlichen der meinung, das man dannost den andern stenden da allerlei bericht thun und anzeigen mocht, das zu abwendung solchs furhabens dienet, und das man in soliche hilf und underhaltung nit bewilligt, us denen ursachen, wie die zu Schmalkalden dem kei. oratori angezeigt worden seind, auch das die zeitungen nit gleich seind; dann es ist der, so von wegen unser der einungsverwandten in Hungern gewest, kondschaft des Turken halben zu erfahren, widerkomen; berichtet, das kein Turk da vorhanden sei, der dise zeit in teutsche nation ziehen werde. so haben wir copien einer schrift, die konig Hans¹ an einen treffentlichen fursten gethon, gelesen, darin er schreibt, das er nit wisse, das der Turk diser zeit furhabe, die teutsche nation zu uberziehen; aber sein widerpart gebe solichs us allein dorumben, das er die stend beweg, hilf wider inen zu thun.» Der Landgraf schlägt deshalb vor, die evangelischen Stände des Kreises sollten am 1. August zu einer Vorberatung in Ladenburg zusammenkommen. «mitler zeit wellen wir uns auch an etlichen churf. ires gemüts erkunden unds den gesandten alsdann zu erkennen geben, auch uf solchem tag uns entschlieszen, ob wir den tag ersuchen oder nit ersuchen und was wir thun wellen².» — Dat. «zum Rosenthal» Mi. n. divisionis apostolorum a. 37.

nr. 461.

nr. 439.

464. Gutachten der Dreizehn über den auf den 2. August angesetzten Tag zu Schlettstadt wegen einer „Landsrettung“.

Juli 28.

Str. St. Arch. AA 1982. Conc. von Joh. Meyer. Die cursiv gedruckten Worte von Sturm's Hand eingeschaltet.

Eine Verbindung mit der Oesterr. Regentschaft gegen Frankreich sei unthunlich. Dennoch dürfe man sie nicht direct ablehnen, sondern müsse den Tag beschicken und nur mangelhafte Vollmacht vorschützen. Falls aber alle eingeladenen Stände anwesend seien, solle man vorschlagen, sich bei Frankreich zu erkundigen, wessen man sich zu versehen habe, und danach Massregeln zu treffen.

«Demnach der Romischen ko. mt. unsers allergnedigsten herrn regierung zu Ensisheim nechst montag den 23. julii dis 37^{ten} jars unsern hern ret und einundzweinzig zugeschriben (*), das hochgedachte ko. mt ir gfallen lasz, uf jungst gehalten tags zu Schletstat abschid der nochpurlichen schirms-vereinigung [der] gegenwer und landsrettung halben ferer zu handlen und

nr. 433.

¹ Sc. Johann Zapolya.

² Die Dreizehn befürworteten am 23. Juli den Vorschlag des Landgrafen bei denen von Frankfurt. Frankf. Arch. a. a. O.

zu schliessen, derhalben uf den andern august tag gen Schlettstat ernannt, und von unsern herrn reten und einundzweinzig fur unsere herrn die dreizehen zu bedenken gewisen, deren meinung ist:

Dieweil das haus Osterreich von wegen der Romischen kai. mt. unsers allergnedigsten herrn der veid¹ und krieg halben, so ir mt. mit der kron Frankreich hat, teilhaftig und allgerait im krieg ist, das sich einer stat Straszburg halben nit thunlich sein well, diser zeit der werenden veid mit der regierung zu Ensisheim, als dem haus Osterreich zugeherig, in einich einigung zu lassen, und das us folgenden ursachen: [1] erstlichen das, so mit der regierung zu Ensisheim, diser zeit und, dieweil die obenangezogen veid unusgefurt, solt einicher verstand eingangen werden, das ein stat Straszburg derselben veid und krieg sich algereid teilhaftig machte und sich damit einliesz, des dan einer stat Straszburg in ansehung des konigs von Frankreichs macht nit thunlich, das si auch von demselben darzu nit geursacht und von wegen gemeiner burgerschaft, die ire grosze kaufmanschaft und hantierung noch zur zeit frei und sicher in Frankreich haben und treiben, zu thun nit von noten. [2] zum andern, das zu diser landschirmseinigung und gegenwere nit alle stend und stet dises landes Elsass beschriben noch sich davon zu reden eingelassen noch erschienen seien, vielleicht der ursach, das inen nit gelegen, sich in einich landz- oder schirmsvereinigung zu begeben. [3] zum dritten, ob schon ein stat Straszburg ursach hette, sich in etwas einigung einzulassen, so ist doch der anschlag dermassen
p. 406 A. 3. uberschlagen und bedacht, das es gemeiner stat Straszburg gar und keinswegs thunlich noch anemblich.

Diser und anderer mer ursachen halben ein stat Straszburg pillich diser einigung sich zu beschweren und abzuschlahen hat. und stehet aber das bedenken nunner in dem allein, ob solichs und mit was fugen und wie es durch ein botschaft oder in schriften zu thun were. im selben wurdet erstlich bedacht: solte man die handlung durch schreiben abschlagen, wurde von noten sein, im selben schreiben desselben ursachen anzuzeugen. dieweil aber allerhand ursachen halben wol zu bedenken, das andere mer stet und stend, so beschriben und villeucht erscheinen werden, eben so wenig als gemeine stat Straszburg in dermassen schirmseinigung zu kumen willens; dieweil aber dannoch breuchig, so man also zu tagen kombt, das zuvor und ehe zu einicher handlung geschritten oder gegriffen, der nit erscheinenden schreiben gelesen werden: solte dan einer stat Straszburg abschlegig schreiben mit seinen eingeleibten ursachen auch also gehert [werden], mochten andere, so, wie anzeugt, auch nit willig, das zu irem fug anemen und doruf anzeugen, als ob si sonst willig gewesen weren, — ob si joch nit wenigens im sinn gehept —, in die einigung zu komen; so kunden si <es> doch, dieweil ein stat Straszburg das abschlieg, harin weiter nit furfaren, und also iren glimpf an die hand nemen und den unglimpf uf ein stat Straszburg schieben.

Derhalben villeucht ein botschaft zu schicken und derselben in einer instruction zu bevelen were, sich anfenglich zu erkundigen, ob alle stend und stet in disem land Elsass beschriben und ob die erschienen oder nit. befinde dan der gesandt, das nit alle stend und stet beschriben oder

¹ = Felde.

erschinen, alsdan so mocht er anzaigen : < das > so alle stend und stet beschriben und erschinen weren, hete er bevelch, sich weiters, was im bevolen, vernemen zu lassen; dieweil er aber sehe und befinde, das die stend und stet nit alle zugegen, hett er bevelch, weiters nit zu handeln. ob im dan zugemutet wurde, sich in usschutz oder einich weiter handlung lassen zu gepruchen, darauf solt er antworten, das er dessen gar kein bevelch het und sich auch nit einlassen kund. wurden aber andre stend etwas weiters ratschlagen und im das zustellen, were er unbeschwert, dasselbig an ein ersamen rat alher zu pringen. die wurden sich darauf ungezweifelt aller gepur lassen vernemen. im fall aber, das alle stend und stet erschinen, das doch nit wol zuversichtlich, und niemanz manglen wurde, so mochte der gesandt anzeigen, wie und welcher gestalt dis land Elsass gegen dem konigreich Frankreich gelegen, wes die inwoner und kaufleut sich noch teglich hinein gepruchten [?] und dessen noch bisheer sicher gewesen. das auch schwer wer, ein solichen mechtigen veind, dem dise landsart nit wol vermoglich widerstand zu thun, zu kriegen und uf sich zu *laden*, der sich dennoch gegen gemeiner landschaft Elsass noch zu feind nit erzeigt. dieweil dan kuntlich, das kei. mt., unser allergnedigster herr, der graveschaft Burgund gegendt, einen solichen anstand mit der kron Frankreich zu machen, das in etlichen monaten kein teil gegen dem andern thetlichs durfte handeln und also gegen einander Friden hete: das dan wider die kai. mt. auch nit gehandelt were, so von gemeinen stenden diser landart, die der kron Frankreich nit vil weniger dan Burgund gelegen, sich dermossen in handel geschickt, das man uberfals und schadens gesichert wurde, und derhalben der ko. wurden us Frankreich in gemeiner stend namen zugeschriben wurde, wes *vergangner zeit den gemeinern [sic!] in Weilertal begegnet, mit beger, inen ir zugeseigten schaden zu erstatten und darmit zu begeren, wes zu ir wurden sich gemeine stend versehen solten. so were zu verhoffen, ir ko. w. wurde sich dermassen lassen vernemen, das es einicher landzrettung oder einigung nit not sein wurde. wo si aber dasselb nit thete, alsdan wurde desz besser ursach sein, sich zur gegenwer, doch uf solich masz, die allen stenden lidlich und der sachen dinstlich weren, zu vereinigen und zu verfassen.*

Wo aber solich des gesandten furwenden bei andern stenden nit solte stat finden und von andern wegen bedacht und geredt wolt werden, mochte der gesandt abermals furwenden, das er weiters kein bevelch hat. was aber ander stend bedechten und beratschlagten, so im dan das zugestellt werde, were er urpitig, das an ein ersamen rat zu pringen. der wurde sich sonder zweifel aller gepur darauf lassen vernemen.»

Sollte der Rat aber vorziehen, anstatt der Botschaft nur ein Schreiben zu dem Schlettstadter Tage zu schicken, so wäre darin nichts von den eigentlichen Gründen, weshalb man das Bündnis verweigere, zu verraten, sondern nur die Ausrede zu gebrauchen, dass man zur Zeit die Personen, welche man schicken wollte, nicht bei der Hand hätte oder nicht entbehren könnte. Pr. « sambstag den 28. julii a. etc. 371. »

¹ Höchst wahrscheinlich hat sich der Rat dem obigen Gutachten der Dreizehn angeschlossen; jedenfalls-ersehen wir aus dem Abschied des Schlettstadter Tages vom 3. August,

465. Instruction des Rats für Ulman Böcklin als Kriegsrat auf dem Tage zu Koburg am 12. August.

Juli 31.

Str. St. Arch. AA 465. Concept u. Reinschrift.

Beglaubigung und Verpflichtung als Kriegsrat. Allgemeine Vollmacht, über die Beschwerden einzelner Stände, über ein Kriegsregiment etc. zu handeln. Vorschläge über die Aufbringung des Geschützes im Kriegsfall und über die Bestreitung der Kosten.

- nr. 460. Nach seiner Ankunft in Koburg soll er sich zunächst dem Kurfürsten und Landgrafen, beziehungsweise ihren Räten, als von Strassburg verordneter Kriegsrat vorstellen und in der ersten Versammlung seine Credenz überreichen. Auf Erfordern hat er auch den verfassungsmässigen Eid zu schwören.
- nr. 459. Was dann 1) die im Ausschreiben des Tages erwähnten Beschwerden einzelner Stände betrifft, so soll er anzeigen, dass er deswegen keinen besondern Befehl habe, sondern nur angewiesen sei, vermöge der Bundesverfassung und seiner Pflicht als Kriegsrat darüber ratschlagen und schliessen zu helfen. Handelt es sich um «groszwichtige» Sachen, so soll er beantragen, dass «die gemeinen stand der verainigten auf ein nambhaften tag und gelegne malstat beschriben» werden, um darüber zu beschliessen. 2) Bezüglich des aufzurichtenden Kriegsregiments und der Artikelsbriefe für Reisige und Knechte soll er Macht haben, «seins besten verstands» mit den andern zu reden und zu schliessen «alles dasihenig, so gemainen verainigten stenden am eerlichsten nutzlichsten und fürstendigsten sein will, auch gelegenheit und notturft dises handels erfordert und die notel der gegenwehr vermag und zugibt.» 3) Was das Geschütz betrifft, so soll er vorschlagen, dass die Bundesstände in Bezirke geteilt werden, «also wann der krieg — da gott lang vor sein wöll — in derselben benanten zirk ainem angienge, das dann ain jeder stand desselben zirks wüszte, auch ir jedem jetzunder aufgelegt und benent würde, was er nach rechnung und anlag der ainfachen oder doppelten monat oder je nachdem der zug oder die gegenwehr grosz oder klein were, uf erforderung der hauptleuten und der geordneten kriegsräten fur geschütz, munition und was darzu gehörig, eilends bereit machen,

dass Strassburg vertreten war, aber gleich dem Landvogt von Unterelsass und einigen Städten sich auf keine definitive Beschlussfassung einliess, so dass auf den 3. September ein neuer Tag zu Schlettstadt angesetzt wurde. Hier kam es nun zu näheren Erörterungen, und obwohl die Grafen von Hanau und Bitsch sowie der Landvogt von Unterelsass dem Tage fern geblieben waren, so verhartete der Strassburger Gesandte, Martin Betscholt, diesmal doch nicht in blos abwartender Haltung, sondern trat mit dem oben vorgeschlagenen Antrag hervor, dass man sich bei Frankreich erkundigen sollte, wessen man sich zu versehen hätte. Er fand jedoch nicht die Zustimmung der andern Stände, welche erwiderten, «das man erst den könig damit ursachen möcht, etwas furzunemen, item das er gleicher masz herwiderumb fordern möcht, was er sich zu den zirksverwandten versehen sollt, das in irer macht nit stünde zu eröffnen; wurd vielleicht kei. mt. grosz misfallen thun.» Das Resultat war schliesslich, dass die Städte erklärten, sie könnten sich ohne Hagenau, welches die Versammlung nicht beschickt hatte, auf nichts einlassen, und dass der Landvogt vom Oberelsass die Verhandlungen vertagte, bis sein College im Unterelsass sich über das Project der Landsrettung ausgesprochen hätte. Der Waffenstillstand zwischen Frankreich und dem Kaiser im Herbst und der im Juni 1538 folgende Friede zu Nizza bewirkten natürlich den gänzlichen Stillstand dieser Verhandlungen.

Str. Bez. Arch. G. 217.

schicken und darleihen sollte, also das in dem geordnet und versehen, was man dessen verbrauchen verbrechen verlieren darumb komen oder es sonst unnutz machen würde, das derselbig verlust und uncost in gleich auf alle ständ nach eins jeden gebür vermög anderer anlagen gelegt und ausgetailt [würde], also das keiner in dem vor dem andern beswert würde.» Die Unkosten für Geschütz und Munition würden am besten gedeckt durch die Ueberschüsse der grossen Anlage, welche ja durch den Beitritt neuer Stände um mehr als 20 000 fl. für den einfachen Monat erhöht sei. Wenn dies nicht ausreiche, könne der erforderliche Rest durch eine besondere Auflage erhoben werden. Wäre indessen die Mehrheit über die Aufbringung des Geldes für das Geschütz anderer Ansicht, so soll sich Böcklin ihren Beschlüssen fügen. 4) Im übrigen soll er «ein gemeinen bevel und gwalt haben, in allen und jeden sachen, so furkomen, ze reden, ze ratschlagen, ze handeln und ze schliessen, was die christenliche verain und ufgerichtete verstandnüs, die verfaszte notel der gegenwehr, auch die hievor gemachten und angenommen abschied den kriegsräten auflegen, bevehlen und zuogeben.» Was über diese Vollmacht hinausgeht, soll er dagegen hinter sich bringen. Wenn einige neue Stände in den Bund zu kommen wünschen, soll er Macht haben, deren Aufnahme zu bewilligen¹. «Act. ultimo iulii a. etc. 37.»

466. Jacob Sturm an Justinian Holtzhenser², Bürgermeister zu Frankfurt. („In abwesen hern Philips Furstenberger ufzubrechen“). August 4.

Wiesenthal(?)

Frankf. Arch. R. S. 9094. Orig.

Nachricht von Ulm, dass der Schwäbische Kreis nicht zum Wormser Tage erfordert sei. Türken nach Apulien. Friedrich von Fürstenberg. Herzog Christoph. Ulm hat Ferdinands Gesuch um ein Fähnlein gegen Ungarn abgeschlagen. P. S. Sturm glaubt nicht, dass Strassburg den Wormser Tag beschicken wird.

«Mein freuntlich dienst zuvor, lieber her und freund. in diser stund ist mir meiner hern bot, so gon Ulme geschickt worden, mit brieven uf dem wege zwisten hie und Kirlach kommen, hat mich zu Wormbs gesucht und, als er mich nit funden, im wider herufgone mein, das ich zu Ladenburg noch sin solle, innen worden³. nun schreiben die von Ulme von datum

¹ Ueber die Koburger Verhandlungen liegt kein Bericht des Strassburger Gesandten vor; doch giebt der Abschied des Tages vom 22. August darüber hinreichenden Aufschluss. (Ebenda. Copie von Han.) Vgl. den Auszug bei Rommel II p. 375. Der Abschied, auf dessen möglichste Geheimhaltung alle Beteiligten verpflichtet wurden, enthält sehr eingehende Bestimmungen über alle Chargen des Bundesheeres, ihre Ausstattung und Besoldung sowie über den Train und sonstigen Zubehör an Wagen, Belagerungsmaterial etc. Auch die Schwörbriefe für Reisige und Knechte sind in dem Schriftstück festgestellt. Für das Geschütz wurde ein besonderer Kostenanschlag von 42120 fl. gemacht, in welchem Strassburg mit 2150 fl. veranlagt ist. Darüber sowie über einige andere Punkte, welche noch mehrfaches Hin- und Herschreiben nötig machten, vgl. das Nähere in den folgenden Correspondenzen.

² Eigentlich ist der Name: Justinian von Holzhausen.

³ Die Besprechung zu Ladenburg, welche dem Vorschlag des Landgrafen gemäss (s. oben nr. 463) am 1. August stattfand, hatte das Resultat, dass der Sächsische Kreis sowohl als auch Hessen erklärten, den Wormser Tag, auf dem wegen der Türkenhülfe beraten werden

den 28. julii (*), das inen noch kein schreiben des tags halber zu Wormbs zukomen; achten auch nit, das einich ander statt des Schwabischen zierks erfordert; dan wo das beschehen, wurde dieselb statt nit underlassen haben, si des zu berichten. derhalben schreiben si, das inen nit geburen wöll, weder zu Wormbs noch zu Ladenburg einzukommen, sehen aber fur nutz und gut ane, das wir von der vereinigung, so im Rinischen kreis gesessen, zuvor zusammenkomen und uns dem Schmalkaldischen abschied gemesz einer antwort verglichen. dweil mich nun der bot uf dem weg antroffen, bin ich hie abgestanden und uch, das der Schwebisch kreis nit beschriben und also nit gon Wormbs kkommen wiert, also in eil nit wollen verhalten und den boten furt zu uch abgefertigt, desselbig uwer hern und, so es si fur gut ansicht, furter m. g. hern landgraven haben zu berichten.

New zeitung schreibt mir Jerg Besserer, jetziger burgermeister zu Ulme, das der Turk gewiszlich zu schiff gesessen und mit 250 galeen und 100 fusti von land uf Apulien gefaren; sollen in die Venediger, wiewol si stark uf dem meer sind, passieren haben lossen. item das grave Fridrich von Furstenberg mit 24 fendlin knechten stracks uf Italien ziehe, und das herzog Cristof von Wirtenberg mit dem Franzosischen haufen wider hinder sich ziehe mit etwas schaden, den er empfangen haben solle. item das der kunig den krieg in Hungern noch füret und durch doctor Johan Voyten die von Ulme umb noch ein fenlin knecht, dan die ersten wider heimzogen, angesucht; das si aber abgeschlagen und sich uf gemeine stende des richs gezogen, auch uf die antwort, dem kai. oratori gegeben. es nimpt in, den burgermeister, seer wunder, wie es zugang, das der Schwebisch kreis nit beschriben worden; acht ich noch, es sei die ursach, wie wir zu Ladenburg davon geredt, das herzog Ulrich das usschreiben nit angenommen.» — «Dat in eil zu Wisental samstag den 4. augusti umb 3. stund nochmittag a. etc. 37.» — Pr. Aug. 9.

P. S. «ich acht nit, das min hern jemants hinab gon Wormbs schicken werden¹, dweil der Schwebisch zirk nit beschriben, und der Obersechsisch nit kompt.» Bittet deshalb, Frankfurt möge sich bei Worms erkundigen, was auf dem Kreistage verabschiedet sei, und dies Strassburg mitteilen².

467. Die Dreizehn von Basel an die Dreizehn von Strassburg. August 11.

Str. St. Arch. AA 1845. Ausf.

Beil. Uebersenden Zeitungen aus der Picardie, die ihnen der Französische Gesandte, Ludwig Dangerant, Herr zu Boisrigault, heute zugesickt habe. Bitten um etwaige Nachrichten, die Strassburg über die Vorgänge in der Picardie habe. Dat. 11. Aug. a. 37. — Pr. Aug. 14.

«solte, nicht besuchen zu wollen. Frankfurt und Strassburg äusserten sich noch nicht bestimmt, versprachen aber für den Fall des Besuchs, die Schmalkaldischen Beschlüsse bezgl. der Türkenhülfe zu beachten. (Copie des Ladenburger Abschieds ebenda.)

¹ Diese Vermutung bestätigte sich, wie ein Brief Strassburgs an Frankfurt vom 9. August zeigt. Letzteres unterliess deshalb gleichfalls die Beschickung des Tages. Ebenda.

² Frankfurt erfüllte diesen Wunsch am 23. August. (Ebenda registr. diurn. 1537-38. Copie; doch liegt der Abschied nicht bei.)

Beilage. «Nüwe zitung us Picardie.»

Vom 29. Juli ab hätten die Kaiserlichen, welche Therouane belagerten, die Stadt erst 3 Tage lang heftig beschossen und dann an einem Tage zwei Sturmangriffe gemacht; sie seien jedoch zurückgeschlagen worden. Die Königin Maria als Regentin der Niederlande habe darauf einen Waffenstillstand nachgesucht, welcher auf 10 Monate bewilligt worden sei, jedoch nur für die Niederlande.

468. Die Dreizehn von Strassburg an die Dreizehn von Basel. August 15.

Basl. Arch. Zeitungen. Ausf.

Antworten auf den Brief vom 11. August. Es seien jetzt viele Knechte, die bei der Belagerung Therouanes gewesen, durch Strassburg gekommen; dennoch könne man über die Ereignisse, die sich in den Niederlanden zugezogen, keine zuverlässige Nachricht bekommen. So sei es jetzt wieder zweifelhaft, ob der König von Frankreich Therouane und Hesdin wirklich dem Kaiser übergeben habe. Dat. 15. Aug. a. 37.

469. Jacob Sturm an Georg Besserer in Ulm.

September 4.
Strassburg.

Ulm. Arch. Ref. T. XLVI. Orig.

Er habe Besserers Schreiben (*) sowie die 450 fl., die der Landgraf «Hans Gratzern von der klainen anlag der christlichen einigungsverwanten stende verordnet», heute erhalten, und werde das Geld dem Hans Kratzer zustellen; der werde es «vermog sins empfangnen bevelchs ausgeben und m. g. hern landgraven verrechnen.» — Dat. Strassburg Di. 4. Sept. a. 37.

470. Die Dreizehn an die Geheimen von Ulm.

September 7.

Str. St. Arch. AA 465,44. Conc. von M. Han.

Haben von ihrem Kriegsrat über die Verhandlungen und den Abschied des Koburger Tages Bericht empfangen. «dweil aber in gemelten abschied — wie ir selbs verstan mögen — etliche artikel begriffen, die stattlichs bedenken und dan aller oberländischen verainigten stett zusammenschicken höchlich erfordern», so beantragen sie, dass Ulm zunächst in einer Vorversammlung die geheimsten Räte der Städte des Schwäbischen Bezirks über die Koburger Beschlüsse unterrichte und dann auf den 30. September einen Tag zu Esslingen anberaume, wo alle oberländischen Städte sich einer einhelligen Antwort an Sachsen und Hessen vergleichen sollten¹. Sie selbst wollen Frankfurt zu dem Tage einladen². Dat. 7. Sept. a. 37.

¹ Im Str. St. Arch. AA 446 befindet sich ein Gutachten (Reinschrift) «was meine herrn die XIII für rät und XXI bringen sollen.» Danach soll dem Rat nur ganz allgemein mitgeteilt werden, dass die Kriegsräte zu Koburg sich des näheren über Form und Mass der Gegenwehr besprochen und eine neue Anlage für erforderlich erachtet hätten, deren Bewilligung man anempfehle. Damit die Städte hierüber einen einmütigen Beschluss fassten, wäre ein Tag zu Esslingen angesetzt, wo nur die geheimsten Räte erscheinen sollten.

² Dies geschah durch Michel Han, den der Rat am 9. September mit Credenz an Frankfurt abfertigte. Frankf. Arch. R. S. 9088. Ausf. (Pr. Sept. 18).

471. Jacob Sturm an Georg Besserer.

September 13.
Strassburg.*Ulm. Arch. Ref. T. XXI. Orig.*

Fürchtet, dass die Seestädte den Koburger Abschied ebenso wenig bewilligen wie die sechsmonatliche Hilfe. Benachteiligung der Oberländer. Deshalb Beratung nötig.

nr. 439. «Us miner hern drizehen schriben¹ werden ir vernemen, wes ir bedenken des Coburgischen abschieds halber sei. nun acht ich, das die seestett die sach nit so bald zuschreiben werden, wie si dan zu andern malen oft gethon, und noch heutigs tag wir nit wissen, wes si der uberigen VI monat, so wir oberlendischen zu Schmalkalden bewilligt haben, fur antwort geben. derhalben ich acht, das kein beschwerd bei den fursten sin werde, so wir schon unser antwort ein tag oder XIII noch Michaelis erst geben. dweil auch die seestett noch nit entlich antwort geben uf die VI monat, wie obstot, und aber ir kriegsrät jetz zu Koburg vom churf. schon verstanden, das wir die oberlendischen schon bewilligt, ob si joch nit wollen, besorg ich, si werden nun furthin nit meer bewilligen. so hab ich auch nit kleine sorg, si werden dise anlagen mit dem geschutz und pulver auch schwerlich bewilligen, doraus dan folgen, das die fursten aber an uns setzen wurden, das wir unangesehen ir nit bewilligen unsers teils solich geschutz und pulver bezalen hulfen, welches aber uns hoch zu bedenken sin will, sonderlich dweil das geschütz dem Sachsischen zirk zu Cassel vil neher dan uns hier oben ston würde. das hab ich euch also in eil fur mich selbs uf verner nochgedenkens getrewer wolmeinung nit verhalten wöllen. wo der tag zu Eszlingen ewer hern nit fur gut ansicht, mochten die III stett, so kriegsrät haben², zusammenschicken, so man der andern stett gemüt hett, und sich einer einhelligen antwort verglichen. wurde minder gerüchte bringen, dan so alle stett zusammenschicken. hab ich euch auch also, wie es mir im schreiben ingefallen, nit wollen unanzeigt lossen, und bin uch zu dienen willig.» — Dat. Strassburg Do. 13. Sept. a. 37.

472. Die Geheimen von Ulm an die Dreizehn.

September 16.

Str. St. Arch. AA 463,16. Ausf.

nr. 470. Haben dem Wunsche der Dreizehn gemäss sofort einen Tag zu Esslingen wegen der Koburger Beschlüsse ausgeschrieben, jedoch nicht auf den 30. September, sondern erst auf den 4. October³. Zur Vorbesprechung haben sie die Geheimsten der Städte auf den 22. September zu sich erfordert. Dat. So. 16. Sept. a. 37. — Empf. u. pr. Sept. 21.

¹ Vom gleichen Tage, ebenda Ausf. (Concept im Str. St. Arch. AA 463,15 b). Es ist die Antwort auf ein Schreiben Ulms vom 9. September, welches noch vor Eintreffen des Strassburger Briefs vom 7. (vor. Nummer) abgegangen war und die einfache Bewilligung der Koburger Beschlüsse befürwortete. Dem gegenüber bestanden die Dreizehn unter näherer Darlegung ihrer Bedenken (vgl. die Instruction zum Esslinger Tage nr. 474) auf der Berufung eines oberländischen Städtetages. Str. St. Arch. a. a. O.

² Strassburg, Ulm und Augsburg.

³ Die Dreizehn teilten diese Verschiebung am 21. September an Frankfurt mit, Frankf. Arch. R. S. 9088. Ausf.

473. Die Dreizehn an die Geheimen von Frankfurt. September 26.

Frankf. Arch. R. S. 9088. Ausf.

Der Landgraf habe ihnen angezeigt¹, «das die notl unser cristlichen verstendnus und verfassung der gegenwer, die von wegen ewer, unser und anderer oberlendischen unserer miteinigungsverwandten stett hinder uns sein soll, besiglet seien, mit beger, wo wir dieselben empfaen und reichen lassen wolten, damit das in bester geheim beschehen möcht. darauf sein f. g. wir geschriben², das si dieselben zu ewern handen mögen lifern.» Bittet nun, dass Frankfurt die Urkunden vom Landgrafen in Empfang nehme und so lange behalte, «bis wir die gelegenheit haben mögen, dieselben in still und so ferr moglichen in der geheim von euch lassen wider zu reichen und hinder uns zu bringen³.» Dat. 26. Sept. a. 37.

474. Instruction für Ulman Böcklin und Michel Han auf dem Städtetage zu Esslingen. nr. 472. September 29.

Str. St. Arch. AA 464. Conc. u. Reinschrift von Michel Han, erstes mit Correctionen Sturms.

Gutachten über die Koburger Beschlüsse. Vermehrung des Bundesbeitrags. Herstellung des Geschützes. Der vierte Teil desselben soll in Frankfurt stehen. Beschaffung des nötigen Pulvers und der Büchsenmeister. Mitteilung der Esslinger Beschlüsse an Sachsen und Hessen. Aufnahme des Markgrafen Hans von Küstrin. Bedingung für die Aufnahme künftiger Mitglieder. Ausrüstung und Unterhalt der Kriegsräte auf künftigen Tagen.

Da das im Koburger Abschied «verleibt kriegsregiment, so im fal der not zur gegenwehr uf zwai regiment, das ist den gedoppelten monat gericht, mit demjenigen, so darauf gelegt und gerechnet ist, die anlage des gedoppelten monats etliche tausent gulden als bis in die 18000 ungevarlich ubertreffen wurde,» so ist Strassburg damit einverstanden, dass dieser fehlende Rest «weiter uf gemaine stend zu aines jeden angepuer gelegt und von denselben nachgetragen werde.» Die Städte sollen hierauf genügend aufmerksam gemacht werden, damit sie im Fall, dass der Mehrbetrag eingefordert würde, nicht sagen könnten, sie wüssten nichts davon. Diejenigen, welche sich über die Vermehrung des Beitrags beschwerten, sollte man damit beruhigen, dass derselbe ja durch die Aufnahme weiterer Stände wieder verringert würde.

«Zum andern als in dem abschied zu Coburg bedacht, wie das geschutz zu bekommen, und namblich um allerlai ursachen willen, so daselbst notturflich erwogen, dieses der beste wege sein solle, das ain anzal geschutzes durch die haide chur- und fursten Sachsen und Hessen etc. als hauptleut in namen ir und aller gemainer verainigten stend ze gissen, ze fassen und zuzerüsten sei, doch unvermeldet, wem das weiter dan iren chur. und f. g. zugehöre, und dann der uncost, was uf solich geschutz, das ze giessen, ze

¹ D. d. Sept. 15. Str. St. Arch. AA 461.² D. d. Sept. 26. Marb. Arch. (Stadt Strassb.)³ Die betreffenden Originalurkunden über Erneuerung und Verfassung des Bundes d. d. 1536 Sept. 29 (vgl. oben p. 367 A. 2) finden sich noch im Str. St. Arch. G. u. P. lad. 46/47. Es wurden im ganzen nur vier Exemplare ausgefertigt.

fassen und zu beraiten etc, sampt den kugeln darzu gehörende ungevarlich gan werde, in summa angeschlagen uf 42 120 gulden, und dieselbig summa uf gemaine stend jedem zu seiner gepuer vermög des abschids zerlegt; da aber die kriegsrät und gesandten, so zu Coburg gewesen, dieselbig anlage genommen hinder sich ze pringen, also das den baiden hauptleuten Sachsen und Hessen, wie obstat, antwürt zugeschriben soll werden etc.» so sollen die Gesandten anzeigen, dass Strassburg nach reiflicher Ueberlegung die Anlage zu bewilligen gedenke, in Anbetracht, dass es am besten sei, neues Geschütz herzustellen. «dann sollt jetzunder ain solich notturftig geschutz mit seiner zugehörd uf gemaine stend gelegt und von denselben stuckswais zu jedes gepuer zusammengefuert und geschickt werden, wurde dasselbig vil muehe, arbeit und costen brauchen und dannocht an der gleiche und sonst nit so geschickt und bequem sein als diesen wege. zudem möcht es in der still nit beschehen und wurde von den widerwärtigen, so sie des gewahr wurden, vilerlai bedenken und vermutung geberen, als ob man sich uf unserm tail zu ainem krieg und dem angriff rusten thete, so es doch allain umb der gegenwehr willen beschehe. sollten dann gemaine stend sich in dem daruf verlassen, das sie in zeit der not erst zusammenschiken und contribuieren wölten etc., so seind sie zum tail ainander eben weit entsessen und der widerwertigen vil darzwuschen, also das es nit wol beschehen möchte, und dardurch die benötigten, so den krieg vor der thur hetten, verkürzt wurden. wöllten aber die gemeinen stend solichs den baiden hauptleuten, unsern gnedigsten und gnedigen herren, uflegen, das ire cur. und f. gnaden zu angang des zugs solichs in gemainer stend costen darleihen und es alles von dem iren mit sich fueren solten, besorgen wir, das es ir chur. und f. gnad ze vil unwillig machen möchte.» Deshalb sei es das Beste, den Koburger Vorschlag anzunehmen¹.

«Als aber der mehrgemelt Coburgisch abschid vermag, das solich geschütz, so das gegossen und zuberaitet wirdet, hinder die baide hauptleut, als nämblich halb gein Torgaw und halb gein Cassel gestellt werden [soll], sollen unsere gesandten bei den andern zue Eszlingen anzeigen, das uns fur nutz und gut ansehe, das sich die erbarn oberländischen stett in dem dahin verglichen und entschlossen hetten und auch gemainlich dorob hielten, das von dem, so hinder unsern gnedigen herren von Hessen, als dises unsers kraises hauptman gein Cassel gestellt solte werden, ufs wenigst das halb, das ist der vierte tail von allem geschutz, gein Frankfurt hinderstellt würde, und das aus folgenden ursachen: nämblich weren sein f. g. undertheniglich von wegen gemainer oberländischer stend und stetten zu erinnern: dweil sein f. g. im fal, so der zug uf die oberland gienge, dieses oberländischen kraises hauptman, wie im andern fal, so der zug uf Sachsen gienge, der Sächsisch kraiss mit unserm gnedigsten hern, dem churfursten, als hauptman versehen, were nit leichtlich zu vermuten, das seiner f. g. veldzug, so gleich der krieg angan mueste, fur Hessen hinab gegen den Sächsischen landen, sonder vil ee und mehr herufwärts gegen oder fur Frankfurt nach disen ober-

¹ Am Rande steht hier Folgendes von derselben Hand ohne Angabe, wo einzuschalten:
 •Nota. uf das geschutz koin ander wapen dann diese buchstaben: V. D. M. I. E. ze giessen.
 d. h. •verbum dei manet in eternum. •

ländischen landen [gehen würde]. so dan solichs beschehen solt, hette man den weg von Cassel bis gein Frankfurt mit solichem geschutz, so daselbst zu Frankfurt stüend, ze steur [*sic* !]; möcht also ain grosser cost, so uf das heruffieren gienge, verhuetet werden. wer auch den oberländischen stenden und stetten sovil dester tröstlicher, wan sie gedächten, das solich gemain geschutz nit alles so gar weit von inen stüende. zudem wer es sein f. g. als dem hauptman aueh nit so gar weit, also ob es sich gleich zutragen möchte, das sein f. g. fur Cassel hinabwerts ziehen muest, ee dann sein f. g. sich daselbst zu Cassel zu irem anziehen berait machten, möchte dieses geschütz, so also zu Frankfurt were, auch wol hinab gein Cassel gebracht werden. wo nun die erbarn oberländischen stett sich in dem also vergleichen und es ainhelliglich begeren, seind wir ungezweifelt, sein f. g. werden das leichtlich also zulassen und bewilligen. wir gedenken auch on allen zweifel, das dises unserm gnedigen herren, herzog Ulrichen zu Wurtemberg, auch also wol gefallen und etwas gelegen sein solte.

Darbei mögen auch unsere gesandten den andern der erbarn stett geordneten vertrewter freuntlicher meinung von uns — doch in gehaim — anzaigen, das wir neben obgeschribnen ursachen auch furnämblich diese bedacht: wo solicher vierter tail von allem geschutz zu Frankfurt blibe, so hetten es die erbarn oberländischen stett hinder und bei inen selbs, weren zu ausgang dieser verain dessen sovil dester sicherer, bedörftn destminder sorgen, das sie umb pitten oder anderer ursachen willen solichs dahinden lassen muesten. und wie wirs ungevarlich berechnen lassen, so geben alle stend und stett des oberländischen kraises an allem geschutz nur dreihundert 33 gulden mer dan der Sächsisch kraise, nāmblich gibt der Sächsisch krais 20 866 gulden und der oberländisch krais in suma 21 199 gulden; daran gepuert den stetten ze geben 11 267 gulden und den fürsten als Wurtemberg und Hessen das uberig, das ist 9932 gulden. wann nun das halb geschutz von dem, so zu Cassel hinderstelt sollte werden, zu Frankfurt blibe, hetten die erbarn oberländischen stett gar schier sovil an geschutz daselbst hinder und bei inen selber als jetzige ir anlage were, und ob es gleich umb etwas, als uf 1335 gulden mangelte, bedenken wir, es were inen dannocht nutzer und gelegener, dan uf dem andern wege. doch soll dises unser letztes bedenken niemand andern dan der stett gehaimen eröffnet werden, allerlai unwillen zu verhueten. wie und wo aber die Sächsischen das ir hinderstellen wöllen oder nit, lassen wir sie selbs bedenken und ir notturft und gelegenheit zu irem gefallen ersehen.

Zum dritten des pulvers halben, als in dem Koburgischen abschid bedacht, das die baide hauptleut Sachsen und Hessen von dem erlegten gelt der grossen anlage zwaiundzwainzig tausent gulden, ir jeder 11000 gulden, erheben, swebel salpeter und kolen darumb ze kaufen, also, da es nit verbraucht wurde, das zu end diser verain zu der stenden gefallen steen solt, das ir jeder sein angepuer an solichem verrat wider empfaen, oder wo nit, das es inen den hauptleuten bleiben und inen an irem gelt irer selbs anlagen abgeen solt, und aber die kriegsrät und gesandte, so zu Coburg gewesen, disen artikel auch genomen hinder sich ze bringen, und das der in der zeit, wie des geschutzes halben obstat, zu oder abgeschriben soll werden, also so die stend den nit bewilligten oder die not furfiele, ee solich

pulver bereit möchte werden, das dann ain jeder stand ain anzal pulvers laut des abschids geben sollt, etc. : daruf sollen die unsern bei den andern gesandten zu Eszlingen auch anzaigen, das wir bedenken mögen, das ainmal nit umgangen mög werden, sonder die notturft diser sachen erfordern wölle, das die verainigten stend also ain summa pulvers oder den verrat, daraus es gemacht möge werden, zusammenbringen und bei dem geschutz uf den notfal ze warten haben und behalten etc. wir bedenken aber darbei, das den erbarn oberländischen stetten und namblich uns gelegener und thunlicher sein sollt, unser anlagen an gemachtem pulver ze geben, dann zu bewilligen, obgemelte summa von dem erlegten gelt ze nemen, dweil doch dieselbig nachgeends zur notturft wider erfollet mueste werden. dann dise kunftige winterszeit und ee das geschutz bereit wurde, möchte solich pulver unsers erachtens vil leichtlicher zusamen, an ort und end man sich vergliche, geschickt, dann umb das gelt ze wegen bracht werden, und blib also die anlage ganz. wurde aber gemainen stenden und sonderlich den erbarn oberländischen stetten der ander weg laut des abschids basz gefallen, jetzt die 22000 gulden zu erheben und dann zu zeit der not widerumb zu erlegen, soll uns derselb auch nit entlegen oder zewider sein. doch das in allwege die oberländischen stett dahin handeln, das diese abtailung wie mit dem geschutz gemacht, und der vierte tail pulvers zu dem vierten tail geschutz gein Frankfurt hinderstellt werde.

Und als zum vierten dem Koburgischen abschid angehenkt, das alle stend in summa mit 68 buchsenaistern ungevarlich also gevast sein sollen, so die not furiele und die hauptleut die erforderten, ain jeder stand die seinen — doch uf die besoldung oder den anschlag, so allgerait im abschid gemacht und gerechnet ist — zuschiken solte, und die fursten und graven die halbe zal, das ist die 34 uf sich genomen und die uberigen 34 den oberländischen und Sächsischen stetten zugetailt, sollen unsere gesandten zu Eszlingen anmanen und verhelfen, das dieselben uf die stet ausgetailt werden; und achten wir, das allen oberländischen stetten 18, und den Sächsischen und sehestetten 16 zuzetailen sein möchten.

So nun soliche unsere bedenken den andern der erbarn oberländischen stett verordneten, so zu Eszlingen sein werden, auch gefallen, oder wesz sie sich in dem allem entschliessen werden, sollen die unsern darzu verhelfen, das deshalb den baiden obgenanten hauptleuten die notturft zugeschriben und in demselben schreiben gepeten werde,» über die Bewilligung der übrigen Stände Auskunft zu erteilen. Auch wäre es gut, in diesem Schreiben die Fürsten um Mitteilung zu ersuchen, «ob und was Pommern und die Sächsischen und sehestett uf die handlung, so vermög des jungsten Schmal-kaldischen abschids der 12 ainfachen und 6 gedoppelten monat halb mit inen beschehen sein soll, geantwurt haben.»

nr. 439.

Was die Aufnahme des Markgrafen Hans von Brandenburg¹ in den Bund betrifft, welche der Kurfürst zu Koburg vorgeschlagen, so ist Strassburg mit derselben einverstanden. Die Anlage des Markgrafen soll für den einfachen Monat 3000 fl. betragen, d. h. ebenso viel wie diejenige Frankfurts. Eine Stimme soll er erhalten, wenn Frankfurt ebenfalls eine

¹ Gewöhnlich Hans von Küstrin genannt, der Bruder des Kurfürsten Joachims II.

erhält. «welchs sich dann die Sächsischen und seestett unsers achtens nit zu besweren hetten, in ansehung das die oberländischen stett ain merkliche und mehrere summa zu der hilf geben dann die Sächsischen und seestett.»

Ferner sollen die Gesandten in Esslingen die Notwendigkeit betonen, «das sich die erbarn stett in dem ainmal satt und endlich mit einander vergleichen solten, [dasz] nun hinfurter uf kunftigen tügen, so von innemung etlicher stend gehandelt wurde, der stett gesandten in ir kaines innemung bewilligten, der oder dieselben, so in die verstendnus begerten, wölten dann mit aller masz und wie der mehrer tail stend in die notel der gegenwehr zu gleicher und gepuerender anlag auch bewilligen. ob aber je zur zeiten ainichs stands halb ansehnlich ursachen — warumb der mit ainer sondern masz einzenemen sein sollt, wie dann mit herzog Hainrichen von Sachsen beschehen — furbracht wurden, das sie dieselben nemen hinder sich an ire herren und obern ze pringen.»

nr. 452.

Schliesslich sollen die Gesandten dafür eintreten, dass die den drei Städten Strassburg, Ulm und Augsburg durch Beschickung des Koburger Tages erwachsenen Kosten auf sämtliche oberländische Städte verteilt werden, und dass für künftige Fälle die Ausrüstung und der Unterhalt der Kriegsräte festgestellt werde. «und bedenken wir, das jedem kriegsrat vier pferd zuzelassen weren, da gemaine stett fur zerung und cost geben uf sein des kriegsrats person und pferd tag und nacht fur vereerung, zerung und andern uncosten 60 creuzer¹ und uf die andern dreu pferd jedes 40 creuzer. weren aber die sachen so wichtig oder den kriegsräten von nöten, das ir ainer ain secretarien mit sich nemen wöllt, solten ime funfe oder ufs höchst sechs pferd in obbemelter besoldung und gemainer stett costen zugelassen werden. wölt ainer aber etliche pferd und personen mehr haben, solt dasselbig uf sein oder seiner heren costen beschehen. gleicher gestalt sollen die unsern erfahren, wie es mit den andern schikungen und potenlönen, so die obgenannten drei stimmenstett von wegen gemainer stett anwenden und ausgeben muessen, gehalten soll werden, und sonderlich die von Ulm befragen, wie sie es halten²». — Act. 29. Sept. a. 37.

475. Graf Wilhelm von Fürstenberg an den Rat.

October 10.

?

Str. St. Arch. AA 445. Ausf.

Hat das Schreiben des Rats vom 4. September erhalten (*) und sich daraufhin beim König von Frankreich verwendet, welcher den Strassburgern zu Gefallen sofort die Freilassung aller Anhänger des Evangeliums, die in

nr. 440.

¹ Dieser Satz wurde durch den Esslinger Abschied auf einen Gulden erhöht; im übrigen wurde obiger Vorschlag angenommen. Ebenda.

² Der Abschied des Esslinger Städtetages sowie das im Namen aller oberländischen Städte an den Kurfürsten und Landgrafen gerichtete Schreiben vom 6. October zeigen, dass die Städte sich im ganzen dem obigen Gutachten anschlossen. Nur, was das Geschütz betraf, gingen sie noch über Strassburgs Vorschlag hinaus, indem sie verlangten, dass dasselbe zum Teil im Oberlande angefertigt würde, und dass mindestens ein Viertel des Ganzen in Augsburg, Esslingen oder — wenn dies durchaus nicht zugegeben würde — einer andern oberländischen Stadt aufbewahrt werden sollte. (Ebenda.)

Lyon gefangen gehalten worden, angeordnet habe; «und wo an andern orten mer waren, sollen auch geledigt werden¹». — Dat. 10. Oct. a. 37. — Pr. Oct. 24.

476. Die Dreizehn von Basel an die Dreizehn von Strassburg. October 20.

Str. St. Arch. AA 1815. Ausf.

Verhalten der eidgenössischen Obrigkeiten zu dem Reislaufen nach Frankreich. Tag deswegen zu Luzern. Offensivbund des Kaisers, Venedigs und des Papstes gegen die Türken. Frankreich und die Türken.

Antworten auf eine Anfrage Strassburgs² hinsichtlich des Zulaufs von Knechten, den Frankreich aus der Schweiz erhalte, «das die knecht, so jetzt hinlaufen, allein für sich selbst als ungehorsame in der cron Frankreich dienst ziehend, von iren obern, sovil uns wüssent, nit geschickt werden, wiewol unser eidgnossen von Solothurn, Schaffhusen und Appenzell den iren nit am sträflichisten gewert, der ursachen von disen orten ein guoter teil knechten hinweg ist. von den ubrigen orten sind wol etliche, doch nit mit grosser anzal, hingeloffen, und gat die red bi uns, das unserer eidgnossen von Friburg lüt dise tag sich ouch erhept, dem hufen nachzogen sien. sunst sind das uberig merer teils Thurgöwer us den frigen emtern und bi zweituset Püntern. bi uns sind etliche gar wenige über verbot ungehorsamklich hingezogen, die ir straf darab nemen werden. von Zürich und Bern zücht — sovil uns wüssend — niemanz hinweg. es land ouch unser eidgnossen von Zürich die hinziehenden über ir ertrich nit passieren. aber hingegen gönnen unser eidgnossen von Bern meniklichem den pasz, und ist ein red, das der ganz huf achtuset starch sin; die werde man zu entschüttung der statt Turin — die sich vor wienecht³ nit wüsse ze enthalten — bruchen, wiewol, ob dem also oder nit, wir kein gruntlichs wüssen tragen. hiebi wollen wir üch nit bergen, das unser eidgnossen gemeinlich uf den hutigen tag allein ursach bei einanderen zu Luzern zuo tagen versamlet sind⁴, das si die ungehorsame der underthonen abzustellen ratschlagen, darbi abzemenen, das diser hinczug gemeinen oberkeiten nit gefellig, und wiewol wir zu disem tag wie andere ort bschriben, jedoch haben wir dheimen boten, aber ein fruntliche schrift dahin geschickt, in deren wir uns, die unsern, sovil uns iemer möglich, anheimsch ze behalten, ouch die, so ungehorsamlich hingeloffen, lüt unser usgangenen mandaten ze strafen entschlossen, mit beger,

¹ Diese Zusage wurde ebenso wenig wie die früheren vollkommen eingehalten, wie man aus einer Beschwerde der Strassburger Prediger beim Rat (d. d. December 1, Conc. von Bucer) ersieht. Es werden darin Beispiele von Einkerkung und Verbrennung Evangelischer in der Provence angeführt und u. a. erzählt, in Grenoble seien die Gefangenen vor der Ankunft des Dauphins fortgeschafft worden, damit sie nicht begnadigt würden. Die Prediger bitten, der Rat möge Fürstenberg um weitere Fürbitte beim König ersuchen. Thom. Arch.

² D. d. Oct. 16 (Basl. Arch. Zeitungen). Die Anfrage geschah im Auftrage des Landgrafen.

³ = Weihnachten.

⁴ Vgl. Eidgen. Absch. IV 1 C nr. 535.

uns, was si rätig werden, ouch ze berichten, desz wir also von inen noch gewertig sind¹. sovil von disem ufruch.»

Der kaiserliche Orator, Herr von Marnold, der in Luzern liege, habe heute über den Abzug der Türken aus Apulien und Corfu berichtet, sowie über ein zwischen dem Papst, Venedig und dem Kaiser geschlossenes Offensiv-Bündnis gegen die Türken². Der Kaiser suche nun zur Ausführung des Angriffsplans 20 000 deutsche Knechte anzunehmen, wovon zehn- bis zwölftausend in der Schweiz geworben werden sollten. Die Eidgenossen würden demnächst beraten, ob sie dies gestatten sollten. «bi disem hat uns ouch der gedacht kai. orator verstendigt, das die drizehen Französische galeen, so von Marsilien zu dem Türken geschifft, üben der zit in des Turken leger ankomen sien, als der Türk sin leger anfangen schlissen. da wüsse man nit, was der Türk für ein unwillen ab ime gnomen, ob si vilicht zu spat ankomen oder wie; je der Turk habe dise Französische galeen dem Barbarossa zugeben und unterworfen. er bericht uns ouch, das bi dem Türken vil namhafter lüten gestorben, besonders ouch des kunigs us Frankrich botschaft, so bi dem Türken im leger gsin.» — Dat. Sa. 20. Oct. a. 37. — Empf. Oct. 23, pr. Oct. 24.

nr. 466.

477. Die Geheimen von Ulm an die Dreizehn.

October 31.

Str. St. Arch. AA 465,17. Beilage ebenda. Copie.

Schicken Copie der ihnen von Esslingen zugesandten Antwort des Landgrafen auf das Schreiben der oberländischen Städte bezüglich des Koburger Abschieds und bitten, die von Frankfurt auch davon zu benachrichtigen. Dat. Mi. 30. Oct. a. 37. — Pr. Nov. 5.

p. 453 A. 2.

BEILAGE.

Landgraf Philipp an die oberländischen Städte der
«christenlichen ainung.»

October 18.
Spangenberg.

Er habe an ihrer Erklärung hinsichtlich des Koburger Abschieds «gnedig gut gefallens» und hoffe, der Kurfürst werde auch zufrieden sein. «was dann sein lieb und wir verrer bedenken, das euch oder ewrn öbern den geheimen der stimstätt zu schreiben und zu berichten von nöten, wurdet euch oder denselben geheimen der stimstätt onverhalten pleiben. sovil belangt, das ir begert, euch zu verstendigen, was die Sächsische stätte belangende die erhöhung der sechs ainfachen monat zugeschriben haben etc., haben die von Bremen, Hamburg und Minden zugeschriben; aber mit den andern stätten stehet solchs alles noch in handlung. ir kennet sie selbst, wisset wol, was fur leute sein. wann sie dermassen als ir und ewre öbern gesinnt sein, gesinnet wern, were sovil bösser mit inen zu handeln. wann solche handlung mit denselben Sächsische stätten zum end pracht wurdet, wöllen wir ewrn mithern und öbern onverhalten lassen.» — Dat. Spangenberg Do. n. Galli a. 37.

p. 452.

¹ Der Luzerner Tag v. 19. Oct. kam zu keinem einheitlichen Entschluss wegen des Reislauens, Eidgen. Absch. a. a. O.

² Ranke IV 83.

478. Landgraf Philipp an die Dreizehn.

November 3.
Weissenstein.

Str. St. Arch. AA 465. Ausf.

Uebersendet Zeitungen, die ihm einer seiner Rittmeister geschickt hat¹, wonach Baiern sich in den Niederlanden um Hauptleute bewerbe und auch bereits Geld zu diesem Zweck in Köln erlegt habe. Jedenfalls sei die Sache nicht ganz zu verachten, und möge Strassburg deshalb Kundschaft anstellen. Dat. Weissenstein Sa. n. omnium sanct. a. 37. — Empf. Nov. 10, pr. Nov. 12.

479. Der Rat von Strassburg an den Rat von Basel.

November 15.

Basl. Arch. Zeitungen. Ausf. perg. Beilage ebenda. Copie.

Bittet wegen der sich widersprechenden Gerüchte über die Kriegseignisse in Italien um zuverlässige Zeitung. Schickt Berichte aus Ungarn (s. Beilage), bedauert deren unerfreulichen Inhalt und hofft, dass nachträglich bessere Kunde kommen werde. Dat. 15. Nov. a. 37.

Beilage. Zeitung d. d. Prag October 23:

Hans Catzianer, der mit dem Oesterreichischen Heer vor dem Lager der Türken zu Essek gelegen, habe denselben in ihrer festen Position nichts anhaben können und sei wegen Mangels an Proviant abgezogen. Das Nähere darüber wisse man noch nicht bestimmt; doch verlautete, dass Catzianer mit geringer Begleitung flüchtig in Peton² angekommen sei. Es scheine danach, dass er eine grosse Niederlage erlitten³.

480. Die Geheimen von Ulm an die Dreizehn.

November 19.

Str. St. Arch. AA 465,18. Ausf. Beilage ebenda. Copie.

Weitere Erörterung des Koburger Abschieds. Der Landgraf will höchstens den achten Teil des Geschützes in Frankfurt oder bei Herzog Ulrich deponieren. Pulverlieferung. Aufnahme des Markgrafen Hans. Pommern und die Sächsischen Städte.

Uebersenden Copie eines Schreibens des Landgrafen nebst Beilagen und schlagen vor, behufs Abfassung einer einmütigen Antwort einen Städtetag zu veranstalten. Bitten um eventuelle Angabe von Zeit und Ort für denselben⁴. Dat. Mo. 19. Nov. a. 37. — Empf. Nov. 22. Pr. Nov. 23.

BEILAGE.

nr. 474. Landgraf Philipp an die Geheimen von Strassburg, Augsburg und Ulm. November 8. Immenhausen.

Der Kurfürst von Sachsen und Herzog Ulrich hätten ihm ihre Meinung bezüglich des Koburger Abschieds mitgeteilt laut beiliegenden

¹ Liegen bei.

² Pettau (Petovia) in Steiermark.

³ Vgl. Zinkeisen II 828, wo jedoch die Niederlage fälschlich in den November verlegt wird.

⁴ Strassburg nahm darauf einen Tag zu Esslingen am 16. December in Aussicht, der dann aber doch unterblieb. Vgl. nr. 483. Ebenda (Brief an Frankfurt).

Copien¹. Sein eignes Bedenken sei folgendes: Es gehe nicht gut an, das Geschütz teilweise im Oberlande zu verwahren; denn wenn auch der Kriegsschauplatz dort wäre, so müssten doch die Reiter und ein Teil der Knechte im Niederland erworben und entweder durch die Pfalz oder das Gebiet der Bischöfe von Mainz oder Würzburg, die doch mächtige Herren seien, hinaufgeführt werden. «was sins dan die sein wurden, auch wie sichs mit verenderung der bischof auch der regiment, obwol disze hern zum tail nit wider uns wern, zutragen mag, und denen zu vertrawen, das kunt ir besser bedenken, dan wir davon schreiben mögen. solten wir dann on irn willen durch ir land ziehen und nit mit geschütz und, was zum krieg gehört, dermassen verfasst sein, stünde allen evangelischen stenden nit gering gefar und nachtail daruf.» Es sei auch nicht zu vergessen, dass das Geschütz keineswegs zur Besatzung und zur Verteidigung der Städte gebraucht werden solle, sondern im Felde. Indessen sei er geneigt, wenn die Städte darauf beständen, allenfalls den achten Teil des Geschützes im Oberlande stehen zu lassen, jedoch nur in Frankfurt oder bei Herzog Ulrich.

Je nachdem müsste dann auch dieser Teil des Geschützes bei Herzog Ulrich oder in Frankfurt gegossen, und die zugehörige Munition daselbst hinterlegt werden. Was das Pulver betreffe, so sei es ihm recht, wenn die Städte ihren Anteil daran direct lieferten, anstatt das Geld dafür zu zahlen.

Mit Markgraf Hans von Brandenburg stehe der Kurfürst noch wegen der Anlage in Unterhandlung. Die Städte möchten sich deutlich darüber aussprechen, ob sie die Aufnahme des Markgrafen auch dann zu bewilligen gedächten, wenn derselbe nicht mehr als 2000 fl. monatlich zahlen wollte. «und ist unser gutbedunken, das man sein lieb einneme und in kein weg usschlage, dann vil an ime gelegen. es ist dannost ain trefflicher furst, und möchten durch sein einnemen noch mer leute zu der evangelischen verstentnus komen; sonderlich auch das man [ihn] darumb einneme, das er herzog Hainrichs zu Braunschweig dochter hat, dormit man inen Herzog Hainrichen und dem anhang der papisten abschneide.»

Mit Pommern stehe der Kurfürst noch «wegen erhöhung der ainfachen monat» in Unterhandlung; dagegen hätten Bremen, Hamburg und Minden endlich eingewilligt laut beiliegender Verschreibung². Den Koburger Abschied hätten die Sächsischen Städte noch nicht bewilligt; doch habe Magdeburg dem Kurfürsten in ihrem Namen geschrieben, es sei Hoffnung, dass sie es thun würden. Dat. Immenhausen Do. n. Leonhardi a. 37. — Pr. Nov. 23.

481. Der Rat von Basel an den Rat von Strassburg. November 21.

Str. St. Arch. AA 1815. Auf. perg.

Dankt für die Zeitungen aus Ungarn, die er «mit trurigen herzen» nr. 479.

¹ Ebenda d. d. Oct. 29 u. Oct. 12. Der Kurfürst teilte mit, dass er ebenso wie der Landgraf (nr. 477) mit der Erklärung der Oberländer (p. 453 A. 2) zufrieden sei. Was die einzelnen Bedenken betreffe, so möge sich der Landgraf nach Gutdünken mit den Städten einigen. Aehnlich äusserte sich übrigens der Kurfürst auch in einem directen Schreiben an die Städte von demselben Datum (ebenda, Copie). Herzog Ulrich schrieb, er wolle soviel Geschütz, als auf seinen Anteil falle, direct liefern; Geld könne er dazu nicht geben.

² Ebenda. Copie d. d. August 1. Vgl. oben nr. 477 Beil.

vernommen hat. Wie die Sachen in Italien ständen, werde man aus beiliegenden Zeitungen (*) ersehen. «hieneben ist die sag, das der keiserisch huf nach dem schaden zu Susen empfangen zuruck uf Werzell und Ast gezogen, doch etliche stett in Bemont¹, die si wider ingenomen, besetzt und also die belegerung der stat Turin verlassen haben, das ouch ire knecht fast sterben sollen. wiewol wir nun hierum dhein gruntlichs wissen tragen, jedoch will uns aller anzeig nach bedunken, das die keiserischen zu Susen nit one schaden abgezogen, und die stat Turin abermaln entschutet sie².» — Dat. Mi. 21. Nov. a. 37. — Empf. und pr. Nov. 26.

482. Der Rat von Basel an den Rat von Strassburg. November 24.

Str. St. Arch. AA 1815. Ausf. Beilagen ebenda. Copien.

Sendet Copie von Berichten, welche ihm von dem Französischen Gesandten, Herrn von Boisrigault, über die Kriegshändel in Piemont zugekommen sind, ferner eine deutsche Uebersetzung eines Briefs von Montmorency an Boisrigault³. Dat. Sa. 24. Nov. a. 37. — Empf. u. pr. Nov. 26.

BEILAGEN.

A. Der Herr von Boisrigault an Basel:

Der König habe ihm aus Piemont geschrieben, dass die Kaiserlichen Montcalier geräumt hätten unter Zurücklassung von 7 grossen Geschützen. Die eidgenössischen Knechte hätten sich sehr brav gehalten. Verweist auf beifolgenden Brief ihrer Hauptleute. Der Kaiser werbe um einen Anstand, um weiter über den Frieden zu handeln. Man wolle Turin, Pignerol und andere Plätze für ein Jahr mit Proviant versehen. Im Lager sei kein Mangel an Nahrung. Dat. Solothurn 21. Nov. a. 37.

B. Die eidgenössischen Hauptleute in Französischen Diensten an «gemeine Eidgenossen».

nr. 476. Bitten um Verzeihung, dass sie trotz der Verbote in Französische Dienste getreten wären. Es sei wegen der grossen Liebe und Freundschaft geschehen, welche Frankreich immer der Eidgenossenschaft bewiesen. Sie seien in Chambéry gemustert worden und dann über den Mont Genève nach Susa gezogen, wo sie die kaiserlichen Truppen, 7 Fähnlein Landsknechte und 4 Fähnlein Spanier und Italiener, geschlagen und auf Montcalier zurückgetrieben hätten. Letzterer Ort sei dann in der Nacht zum 11. November gleichfalls von den Kaiserlichen verlassen worden⁴. So sei auch Turin entsetzt. Man habe von Gefangenen gehört, dass der Kaiser sich bei den Eidgenossen um 12 000 Knechte beworben habe, angeblich gegen die Türken, in Wirklichkeit aber wohl gegen Frankreich. Hoffen, dass dem Kaiser diese Werbung nicht bewilligt werde. Dat. Montcalier 12. Nov. a. 37.

¹ Werzell = Vercelli, Bemont = Piemont.

² Ueber die Niederlage der Kaiserlichen bei Susa vgl. *Mém. de Martin du Bellay* XIX 276 ff.

³ D. d. Montcalier Nov. 14. Enthält eine kurze Erzählung der Kriegereignisse. S. Beilagen und vor. Nummer.

⁴ *Mém. de Martin du Bellay* a. a. O.

483. Die Geheimen von Ulm an die Dreizehn.

November 28.

Str. St. Arch. AA 465,19. Ausf.

Befürworten die einfache Annahme des Koburger Abschieds. Der achte Teil des Geschützes in Frankfurt oder Württemberg nütze den Städten nichts. Aufnahme des Markgrafen Hans.

Sind nach näherer Prüfung der vom Landgrafen im Schreiben vom 8. November geltend gemachten Bedenken gleich denen von Augsburg der Ansicht, dass die oberländischen Städte am besten den Koburger Abschied einfach bewilligten. Demnach sei, wenn Strassburg auch beistimme, der vorgeschlagene Städtetag überflüssig. Der vermittelnde Vorschlag des Landgrafen, den achten Teil des Geschützes in Frankfurt oder bei Herzog Ulrich zu deponieren, biete den Städten so wenig Vorteile, dass man es lieber bei den ursprünglichen Bestimmungen des Koburger Abschieds lassen wolle. Es sei hierbei namentlich auch zu erwägen: «wo erlautbarung der sachen beschehe, das bei den Sächsischen stenden und stütten ein ongleichait oder vielleicht ain onwill erfolgen möchte.» Ferner hätten die Städte bei weiterem Beharren auf ihren Forderungen den Unwillen und die Ungnade der beiden Bundeshauptleute zu befürchten, während es doch aller Stände «onvermeidlich notturft sein will, das dieselben zwen bei gutem lust und willen behalten» werden. Bezüglich der Lieferung des Pulvers bleiben sie bei dem Esslinger Abschiede, sind aber eventuell nicht abgeneigt, auch in diesem Punkte einfach den Koburger Abschied anzunehmen.

nr. 480.
Beil.

Die Aufnahme des Markgrafen Hans wolle man auch dann bewilligen, wenn derselbe nur 2000 fl. monatlich zu zahlen verspreche. Bitten um sofortige Antwort der Dreizehn¹. Dat. Mi. 28. Nov. a. 37. — Pr. Dec. 3.

484. Jacob Sturm an Landgraf Philipp.

December 1.
Strassburg.*Marb. Arch. (Württemberg). Vollständig gedruckt, jedoch mehrfach uncorrect, in der Zeitschr. f. Gesch. d. Oberrheins XXXIII 409.*

Man müsse alles aufbieten, um Herzog Christoph und Herzog Ulrich von Württemberg zu versöhnen, damit sich ersterer nicht den Gegnern des Evangeliums in die Arme werfe. Wichtigkeit einer Verheiratung des Grafen Georg. Gefahr für Ulrich, wenn er seinen Sohn länger fernhalte. Eventuelle Versorgung Christophs durch den Schmalk. Bund.

Hat des Landgrafen Schreiben (*), Württemberg betreffend, empfangen und daraus vernommen, dass sowohl die Bemühungen um eine Heiratsver-

¹ Nur mit grossem Widerstreben vermochte sich Strassburg zum Verzicht auf seine Forderung bezüglich des Geschützes (nr. 474) zu entschliessen. Es schrieb am 4. December und 5. Januar an Ulm, die Städte sollten den Koburger Abschied zwar bewilligen, aber wenigstens durch eine Particularwerbung, ohne dass die Sächsischen Städte davon erführen, beim Landgrafen um die Aufstellung der Hälfte seines Geschützes in Frankfurt ersuchen (Conc. des ersteren Briefs v. Sturm). Die Ulmer lehnten jedoch am 14. Januar eine derartige Werbung als geeignet, Misstrauen und Unwillen zu erwecken, mit Entschiedenheit ab und bestanden auf der unveränderten Annahme des Koburger Abschieds. So musste sich Strassburg schliesslich fügen. Ebenda und Ulm. Arch. Ref. T. XXIIe.

bindung zwischen dem Grafen Georg und Mecklenburg als auch die Intervention zu Gunsten Herzog Christophs umsonst gewesen sind¹. Auf die Frage, in welcher Weise weiter bei Herzog Ulrich anzusuchen sei, damit dem evangelischen Handel geholfen würde, erwidert er zunächst mit Lobeserhebungen wegen des bisher bewiesenen Eifers und bittet, der Landgraf möge «in der sachen nit abstone, sondern durch allerlei ursachen, die e. f. g. wol im handel finden werden, m. g. hern herzog Ulrichen underston zu persuadieren, die gefaszte ungnade und argwon fallen zu lassen; dan ich besorg sonst us allerlei starken vermutungen, wo es lenger also ston solle bleiben, herzog Cristof werde durch armut und desperation dohin getrungen, das er die mittel, die im von sinen vettern, den fursten von Beiern, angeboten werden, und nit allein von Beiern sonder von den geistlichen und irem anhang vorlangest practiciert sind, anneme und bewillige, die er, so er bei sinem vater gnad und vaterlichen willen haben möcht, sonst usschliege und sich uf dises teil und in unser einigung begeben.» Wenn der Landgraf bei Herzog Ulrich wiederum nichts ausrichte, solle er die Sache an den Kurfürsten und die andern Einungsverwandten bringen, damit diese durch gemeinsame Handlung auf den Herzog einzuwirken suchten. Inzwischen müsse der Landgraf aber auch mit dem Sohne handeln, «domit er sich nit uf des gegenteils furschleg begeben.» Es gebe das Gerücht, dass vergangnen Sommer zwei Bünde, einer im Oberlande, der andere im Niederlande, gegen die Evangelischen aufgerichtet worden seien. Diese würden wahrscheinlich versuchen, Herzog Ulrich zu verdrängen oder wenigstens nach seinem Tode «den sone in das land mit widerufrichtung des babstums zu setzen.» Dem könnte Herzog Ulrich durch Aussöhnung mit Christoph zuvorkommen.

«Grave Jergen verheuratung belangen, ist wol war, wie e. f. g. schreiben: der sachen des evangelii würt domit nit geholfen; es mocht aber dodurch ein teil lands bei dem evangelio bleiben², zudem, wo er erben uberkäme und herzog Cristof keine, das land Wirtenberg mit der zeit uf dieselben erben kommen. dan das e. f. g. schreibt, es stund noch sorg darauf, ob in der kunig mit dem land belehenen wurde, acht ich, dweil er und sine erben vermög der erection des furstentums und gemeiner des heiligen reichs

¹ Der Schmalkaldische Bund und insbesondere der Landgraf waren nicht ohne Grund wegen der Zukunft Württembergs besorgt, insofern keine genügende Bürgschaft für den Fortbestand der evangelischen Lehre daselbst gegeben schien. Herzog Christoph, Ulrichs einziger Sohn, lebte, durch das Misstrauen des Vaters von der Heimat ferngehalten, in Frankreich und war auf den Unterhalt, den ihm Franz I und namentlich Baiern gewährte, angewiesen. Es kam deshalb darauf an, ihn aus dem Abhängigkeitsverhältnis zu den katholischen Mächten zu befreien, für die neue Lehre zu gewinnen und Ulrichs Argwohn gegen ihn zu zerstreuen. Von Ulrichs Bruder Georg, der nach Christoph die meisten Ansprüche auf die Erbfolge hatte, konnte man zwar für das Evangelium nur das Beste erwarten; indessen, so lange er unverheiratet und ohne legitime Nachkommen war, blieb das spätere Schicksal des Herzogtums, soweit es von ihm abhing, doch zweifelhaft. Aus diesen Verhältnissen erklärt sich der vorliegende Brief. Vgl. Heyd III 573 ff.

² Es sind damit die oberrheinischen Besitzungen des Grafen Georg gemeint. Es lässt sich denken, dass Sturm namentlich für die im Elsass gelegenen (Reichenweier u. a.) ein lebhaftes Interesse empfand.

lehenrecht durch den Cadanischen vertrag nit mogen usgeschlossen werden, es wurde bei den evangelischen und allen frommen richstenden der weg wol funden, wie sie vor gewalt geschützt und bei recht gehandhabt wurden. derhalben, wo e. f. g. nochmoln in diser sachen auch etwas guts mocht bei herzog Ulrichen usrichten, thäte si dorin auch ein nutz gut werke.» Wie aber die Sache am besten anzufangen wäre, wisse er nicht zu sagen, sondern bitte nur, dass sich der Landgraf durch ungeschickte und rauhe Antworten nicht abweisen lasse. «ich stöll auch zu e. f. g. bedenken, wo der nutz und wolfart in [den Herzog Ulrich] nit bewegen wolt, ob im die sorgnus und gefar, so im doruf stot, furzubilden were; dan ich sorg in der warheit: wurt s. f. g. mit deren sone nit verglichen, so hat Beiern sovil gelegenheit des adels im land, der prelaten, etlicher nochbauren, so auch zum teil des gemeinen mans im land halber, das er mit dem namen herzog Cristofs vil zu wegen bringen mag und herzog Ulrichen in die gefar setzen, das s. f. g. nit wurt wissen mogen, wem si im land vertrauen dorfe oder solle; us welchem misztrauen folgen würt: lichtliche verenderung der räte, amptleut, diener, ungnedige erlaubnüssen, gefengnüssen, peinliche befragung uf schlechte argwon, scharpfe strofen, doraus dan kein gut ende folgen mage.» Der Landgraf möge ferner fragen, was Herzog Ulrich schliesslich mit seinem Sohn beabsichtige, und wie er der von Baiern drohenden Gefahr begegnen wolle. Wenn der Herzog trotz alledem hartnäckig bleibe, so wäre vielleicht auf die Weise zu helfen, dass die vereinigten Stände oder ein Teil derselben dafür sorgten, «das der jung herzog ein zeit lang bei jemants disz teils erhalten wurde, und das dieselben stende bewilligten, ein benamte somma gelts all jar s. f. g. darzuleihen, welche er, so er zu land und leuten keme, wider bezalen solte.» Doch dürfe man damit nicht zu lange warten, damit Baiern nicht zuvorkomme. Dat. Strassburg 1. Dec. a. 37.

485. Der Rat an Herzog Ulrich von Württemberg¹.

December 1.

Stuttg. Arch. Ausf. von M. Han.

Berichtet von seiner Verurteilung in dem Hanauischen Prozess. Ungerechtigkeit des Urteils. Will das Kammergericht syndicieren. Bittet um Ulrichs Rat. Wenig Hoffnung auf das Syndicat. Parteilichkeit der Richter. Beispiel dafür.

Teilt mit, dass Strassburg vom Kammergericht in der Prozesssache wider den Grafen von Hanau zu 50 Mark Goldes — zur Hälfte dem Grafen, zur Hälfte dem Kammergerichtsfiscal zahlbar — verurteilt worden sei, und übersendet die vollständigen Prozessacten nebst einem Rechtsgutachten von Dr. Franz Frosch². Strassburg sei sich nach wie vor bewusst, dass es

¹ Aehnliche Schreiben hat Strassburg an die meisten anderen Bundesstände, namentlich an die Fürsten, gerichtet (vgl. nr. 490 und 494); jedoch ist mir nur das vorliegende bekannt geworden.

² Ebenda. Danach ist der Sachverhalt, welcher dem Prozess zu Grunde lag, kurz folgender: Auf Grund des Rechts des freien Zugs war ein Hintersasse des Grafen von Hanau, Jörg Harder, im Jahre 1526 von Eckbrechtweiler nach Strassburg gekommen und daselbst, nachdem er zuvor dem Schultheissen seines früheren Wohnorts Anzeige gemacht, Bürger

gegen den Grafen im Recht sei. Auch wäre es unerhört, «das jee am kei. chambergericht in einer solichen sachen, da uf den landfriden geclagt, dergleichen urteilen eins ergangen, dardurch der beclagt von der acht absolvirt und doch in ein soliche geltpeen condemnirt worden were, doraus wir dann nit unbillichen verursacht, zu gedenken und zu vermuten, das solche newe hievor unerhörte und ungebruchte form zu urteilen in landfridbrüchigen sachen wider uns nit usser einer billichen richterlichen ermessigung etc., arbitrio boni viri, sonder mer us menschlicher affection oder abgunst, so die berürten richter oder urtelsprecher umb unsers glaubens auch der hievor gethonen recusation willen zu uns tragen, entsprungen und ergangen sei.» Da nun zu befürchten sei, dass infolge dieses Urteils nicht nur der Graf von Hanau sonder auch andere Nachbarn künftig der Stadt Strassburg durch Behinderung der Freizügigkeit grossen Schaden zufügen würden, «so haben wir demnach bedacht, das unsere hochste notturft sein well, wo imer thunlich uns gegen der obgemelten vermeinten urtel zu setzen und aber kein andern weg gedenken kunden, dann ob wir die beisitzer des kei. chambergerichts nach vermög der gemeinen geschribnen recht, auch des Regenspurgischen jüngsten abschids sindicirten oder ad syndicatum stellten¹, und das wir vor usgang des februaryi nechstkünftig dem churfürsten von Meinz etc. laut des jetzgemelten abschids schriftlichen ersuchen, das sein churf. g. die verordneten rät uf den ersten meientag gen Speir zu dem syndicat, wie sich geburt, gnediglichen beschreiben und ervorderen lassen wolten.» Jedoch wolle man zuvor noch Herzog Ulrichs Gutdünken hören;

geworden. Als er kurz darauf noch einmal nach Eckbrechtsweiler zurückkehrte, um seinen Hausrat zu holen, wurde er von dem Amtmann zu Willstett trotz seiner Berufung auf das Strassburger Bürgerrecht gefangen gesetzt. Nach mehrfachen vergeblichen Reclamationen entschloss sich der Rat der Stadt zur Anwendung von Gewalt, indem er sich auf ein altes kaiserliches Privileg stützte, wonach Strassburg berechtigt sei, «sich gegen seine beschediger und betrüber mit eigener that zu schützen». Er schickte also einen Kriegshaufen von etwa 600 Knechten nach Willstett und erzwang wirklich die Freilassung Harders. Indessen nahm der Amtmann demselben vorher einen Eid ab, in Jahr und Tag nichts gegen den Grafen von Hanau zu handeln und «thurngelt und atzung» zu bezahlen. Um sich hierfür zu rächen, führten die Strassburger einen Hanauer Schaffner, Felix Scher, mit sich fort und hielten ihn eine Zeit lang gefangen. Die Folge war, dass der Graf von Hanau eine Klage wegen Verletzung des Landfriedens gegen die Stadt anstregte. Der Prozess zog sich vom Jahre 1526 bis 1537 hin und endete schliesslich am 26. September mit der Verurteilung Strassburgs zu einer Busse von 50 Mark Goldes. Bei Wencker Continuation des Berichts von den Ausburgern p. 176 ff. findet sich ein Teil der Hanauischen Klageschrift, welche 1526 auf dem Reichstage eingereicht wurde, abgedruckt. Vgl. auch Band I p. 269.

¹ Vgl. Sammlung der Reichsabschiede, Frankfurt 1747, t. II 359. Der Regensburger Abschied liess dem vom Kammergericht Verurteilten das Rechtsmittel des sogenannten «Syndicats» zu. Danach durfte der, welcher sich ungerecht verurteilt glaubte, eine Revision des Prozesses durch die Visitatoren beantragen, welche alljährlich am 1. Mai am Sitz des Kammergerichts zusammentraten. Das Syndicat musste spätestens zwei Monate vor diesem Termin bei dem Kurfürsten von Mainz beantragt werden, der dana die Visitatoren zu benachrichtigen hatte. Zu bemerken ist, dass das Verfahren des Kammergerichts inzwischen seinen ungestörten Fortgang nimmt, und dass die Prüfung des Prozesses seitens der Visitatoren sich auf die Acten beschränkt, die dem Kammergericht bereits vorgelegen hatten, so dass keine neuen Beweisstücke, Einreden etc. vorgebracht werden können.

er möge von seinen Gelehrten einen Ratschlag darüber anstellen lassen¹. Weiter sei aber zu bedenken, dass, wenn man auch das Syndicat erlange, doch kaum zu erwarten sei, dass das Urteil des Kammergerichts aufgehoben würde; vielmehr werde man «dornach in andern unsern sachen sovil desto mer abgünstige richter haben» etc., «das also dordurch und damit uns dennoch endlichen nit geholfen; <wann> [denn] was si in diser sachen gegen uns ires willens nit erhalten möchten, das konnten si hernachmalns in einer andern sachen uns wol doppel wider eintrenken und sich an uns erholen.» Herzog Ulrich möge deshalb auch bedenken, «ob und wie lang wir² vor solichen abgünstigen widerwertigen richtern zu recht zu steen schuldig seien, oder ob kein ander mittl³ oder weg zu erdenken oder erfinden were, wie wir doch derselben furter uberhoben sein möchten. dann das wir also vor inen uber gethone recusation für und für zu recht steen und sie zu richteren gedulden oder leiden sollen, was gewins oder vorteils wir doran zu gewarten, das haben e. f. g. ab diser uns begegneten handlung und vermeinten urtel leichtlichen abzunemen. damit auch e. f. g. sehen mögen, was chamerrichter und beisitzer nit allein gegen uns in diser sachen sonder auch züvorderst gegen e. f. g. und allen andern derselbigen und unseren einigungsverwandten gesinnet, gewillt und geneigt seind, so überschicken e. f. g. wir hiemit in geheim copei eins schreibens, so dieselbigen an kei. mt., unsern allergnedigisten herren, in verscheinem jar gethon³, welche uns unversehentlich und von ungeschichten zu handen komen ist.» Daraus sei zu ersehen, was die protestierenden Stände «an chamerrichter und beisitzern für ainen unparteiischen gleichen richter haben.»

Wenn der Herzog das Syndicat billige, so möge er einen seiner gelehrten Räte auf den 1. Mai nach Speier schicken, um den Strassburgern als Beistand zu dienen. Dat. Sa. 1. Dec. a. 37.

¹ Herzog Ulrich gab diesem Gesuch Folge, indem er die Sache der Juristenfacultät zu Tübingen überwies. Das Gutachten derselben d. d. 1538 April 21 (ebenda) beschäftigt sich mit der formell rechtlichen Seite der Sache, hält das Syndicat für den richtigen Weg, um der Execution vorzubeugen, giebt aber wenig Hoffnung auf einen Erfolg desselben, wie es denn überhaupt die einzelnen Rechtsfragen in dem Prozess in einer für Strassburg keineswegs günstigen Weise bespricht und die von der Stadt gegen das Urteil erhobenen Einwände als wenig stichhaltig hinstellt; die beste Einrede sei noch die, dass das Kammergericht bisher niemals wegen Landfriedensbruchs auf eine Geldstrafe anstatt auf die Acht erkannt habe. Schon früher hatten die herzoglichen Räte zu Stuttgart ihr Bedenken (d. d. April 9) übersandt. Sie rieten direct vom Syndicat ab, da dasselbe doch nichts nutzen werde; man müsse auf andere Mittel denken. Strassburg möge auf der Versammlung zu Braunschweig die Sache vorbringen. S. unten nr. 495.

² Sc. die Evangelischen überhaupt.

³ Ebenda d. d. 1536 Nov. 4. Kammerrichter und Beisitzer beschworen sich darin über ihre mangelhafte Besoldung. Die Stelle, worauf die Strassburger als für die Evangelischen verletzend anspielen, bezieht sich auf den Pfennigmeister des Kammergerichts, Namens Pommerer. Das Kammergericht bittet nämlich, einen andern zur Austeilung der Besoldung etc. zu ordnen; denn «ob er gleich sich verschriener zeit gegen e. kei. mt. und uns mit austeilung der bezalung und in ander weg nit so beschwerlich gehalten», so habe er sich dennoch «in den verdampfen, irrigen, vergiften und aller christenheit und sonderlich diser zeit bei allen gehorsamen reichstenden verhassten secten wider die hailige christlich religion dermassen ergerlich und ungeschickt gehalten, das uns, ainiche gemeinschaft mit ime ze haben, hoch beschwerlich ist.»

486. Jacob Sturm an Landgraf Philipp.

December 12.

Marb. Arch. (Frankreich) Orig.

«E. f. g. schreiben sampt überschickter copei an den konig zu Engelland hab ich empfangen, verlesen und mir die entschuldigung wol gefallen lassen»¹. Schickt Zeitungen aus Solothurn von einem Anstand zwischen Frankreich und dem Kaiser². Etwas Sicheres darüber sei noch nicht bekannt. Dat. Mi. 12. Dec. a. 37. — Pr. Friedwald Dec. 19.

487. Die Dreizehn an Landgraf Philipp.

December 12.

*Marb. Arch. (Frankreich) Ausf.*nr. 444.
nr. 456.

Werden den Brief an den König von Frankreich (*) dem Begehren des Landgrafen vom 23. Nov. gemäss³ weiter expedieren. Da aus demselben u. a. hervorgehe, dass der König sich über das späte Eintreffen der Briefe von Seiten der Stände beklagt habe, so teilen sie zu ihrer Rechtfertigung mit, dass sie das erste Schreiben an den König am 24. März, das zweite am 16. Juli empfangen und sofort weiter geschickt haben. Senden Zeitungen⁴. Dat. Mi. 12. Dec. a. 37. — Pr. Friedwald Dec. 19.

488. „Petrus Suavenius [Gesandter des Königs von Dänemark] domino Jacobo Stormio amico“⁵.

[December].

Marb. Arch. (Frankreich) Copie.

Aufenthalt in Frankreich. Entschuldigt sich, dass er nicht über Strassburg zurückreise. Unterredung mit Fürstenberg. Der Kaiser wolle die Evang. unterdrücken. Frankreich werde ihn niemals dabei unterstützen. Bedenken gegen eine nähere Verbindung der Protestierenden mit Frankreich von Fürstenberg widerlegt.

Er kehre jetzt nach Vollendung seiner Botschaft aus Frankreich zurück. Graf Wilhelm von Fürstenberg habe ihn gebeten, seinen Rückweg

¹ S. Corp. ref. III 448 Anm. Die Entschuldigung bezieht sich darauf, dass die Concilschriften wegen Mangels an Zeit dem König nicht durch eigne Botschaften überbracht wären.

² D. d. Nov. 30. Copie von Sturms Hand: Ein Spanier vom kaiserlichen Hof sei zu dem Herrn von Boisrigault, dem Französischen Botschafter in Solothurn, gekommen und habe ihm mündlich mitgeteilt, er sei an König Ferdinand mit der Botschaft abgefertigt, dass ein dreimonatlicher Anstand zwischen Frankreich und dem Kaiser geschlossen sei. In Perpignan solle weiter von endgültigem Frieden gehandelt werden. Boisrigault habe seinerseits zwar noch keine Nachricht von dem Anstande, doch zweifle er nicht an demselben. (Vgl. über sein Zustandekommen Ranke IV 84.) Fürstenberg marschiere von Italien nach Frankreich zurück, um in La Bresse Winterquartiere zu beziehen. Die Venediger ständen in Friedensverhandlungen mit den Türken, «also das si und der babst den bund, so si mit kai. mt. wider den Turken ingangen, wider ufsagen wollen, us ursachen, das kai. mt. die conditionen des punds nit gehalten haben solle.» Da nun auch Nachrichten über grosse Rüstungen der Türken vorhanden seien, so sei es wahrscheinlich, dass der Kaiser deshalb Frieden mit Frankreich suche.

³ Ebenda, Concept.

⁴ Dieselben (d. d. Nov. 23) melden das Gerücht von dem Waffenstillstand zwischen Frankreich und dem Kaiser.

⁵ Ein etwas ausführlicheres Schreiben über die gleichen Dinge richtete Suavenius an den Landgrafen, und zwar in deutscher Sprache, während das vorliegende lateinisch ist. Ebenda. Vgl. Seckendorf III § 66.

über Strassburg zu nehmen, um den Dreizehn daselbst gewisse Mitteilungen zu machen; leider jedoch habe er dieser Aufforderung nicht entsprechen können, einmal wegen des schlechten Gesundheitszustands seiner Diener und Pferde, sodann wegen der Gefahren, die ihm auf der Reise über Strassburg von Seiten des Pfalzgrafen [Friedrich] drohten, der ja mit König Christian III. verfeindet sei. Deshalb teile er das, was er mündlich hätte vortragen sollen, schriftlich mit und bitte, sein Ausbleiben bei den Dreizehn zu entschuldigen. nr. 328.

Während seines Aufenthalts im Französischen Lager habe Fürstenberg viel mit ihm über die Lage der Evangelischen gesprochen. Derselbe behaupte, der Kaiser sei des Krieges überdrüssig und wolle nichts lieber, als mit Frankreich Frieden machen, um dann mit dessen Hülfe die Protestanten zu unterwerfen. Unter dem Vorwande, dass ein Zug gegen die Türken beabsichtigt sei, sollten die Evangelischen durch die vereinte Macht Frankreichs und des Kaisers überfallen werden. Dass dies Karls V. Absicht sei, wisse Fürstenberg bestimmt; derselbe habe andererseits die Gesinnung des Königs zu erforschen gesucht und die Antwort erhalten, dass Frankreich nimmermehr den Kaiser gegen die Evangelischen unterstützen werde. Der König gehe sogar so weit, zu sagen: wenn er wüsste, dass sein Sohn und Thronerbe jemals gegen die deutsche Nation Krieg beginnen würde, so wollte er ihn lieber tot als lebendig sehen. Trotzdem sei Fürstenberg der Ansicht, dass es gut wäre, wenn die Einigungsverwandten eine bevollmächtigte Gesandtschaft an den König schickten, um etwas Sicheres mit ihm abzuschliessen. Er, Suavenius, habe darauf erwidert: es unterliege keinem Zweifel, dass die Zusage gegenseitiger Neutralität und Freundschaft sowohl für den König wie für die Evangelischen von grossem Nutzen sein würde, insofern beide dadurch vor dem Kaiser gesichert wären; allein es ständen einer Vereinbarung zwischen Frankreich und den Protestanten drei Bedenken entgegen: 1) Dass die Stände dem Kaiser als Oberhaupt durch Treueid verpflichtet seien. 2) Dass der König das Evangelium nicht nur nicht annehme, sondern die Anhänger desselben sogar verfolge. 3) Dass in Deutschland das Gerücht verbreitet sei, der König sei mit den Türken verbündet.

Auf diese drei Bedenken habe Fürstenberg folgendes geantwortet: 1) Die Evangelischen seien ja auf jeden Fall entschlossen, sich dem Kaiser zu widersetzen, wenn er etwas ihrem Glauben zuwider verlange; «*cur non et pro defendenda optima causa exterarum gentium adminicula, quae dentur, assumant?*» Auch hätten sich die Protestanten ja zu nichts weiter als zur Neutralität gegen Frankreich zu verpflichten. 2) Der König bleibe deshalb bei den papistischen Gebräuchen, weil er von seinen Unterthanen und der zahlreichen Geistlichkeit abhängig sei, die ihn umbringen oder vertreiben würde, wenn er die neue Lehre annähme. Seine Verfolgung richte sich fast nur gegen Wiedertäufer, Sacramentierer etc. Viele andere Evangelische habe er zum grossen Aerger der Geistlichkeit freigelassen. Auch sei der Dauphin der neuen Lehre geneigt. 3) Das Gerücht von einem Bündnis mit den Türken sei aus der Luft gegriffen. Er selbst, Fürstenberg, sei Zeuge gewesen, als eine Türkische Gesandtschaft in keineswegs entgegenkommender Weise abgefertigt worden, etc.

Uebrigens habe Fürstenberg ein Mandat an den Landgrafen ausgewirkt, worin der König seine Geneigtheit zu einem Freundschaftsbunde ausspreche. Er, Suavenius, sei jetzt auf dem Wege nach Hessen, um dem Landgrafen alles dies anzuzeigen¹. Bittet, Sturm möge die Dinge auch überlegen und dann an Philipp schreiben. « Dat. ex oppido Kusel² etc. »

¹ Er kam Anfang Januar 1538 beim Landgrafen an. Dieser schrieb sogleich an den Kurfürsten und bat um dessen Gutachten. Auf der nächsten Versammlung der Einigungsverwandten sollte die Sache weiter beratschlagt werden. Vgl. nr. 491. Ausserdem schickte Philipp Ludwig von Baumbach zu weiterer Verhandlung an Fürstenberg. Ebenda.

² Städtchen in der Rheinpfalz.

489. Kurfürst Johann Friedrich und Landgraf Philipp an den Rat.

Januar 10.

Str. St. Arch. AA 466. Ausf.

Setzen einen Bundestag zu Braunschweig an, namentlich zum Abschluss des Verständnisses mit Dänemark. Zettel: Neuwahl der Hauptleute.

Setzen einen Tag der Einungsverwandten zu Braunschweig auf den 24. März an, den sie eigner Person besuchen wollen, um von Aufrichtung des bereits von den meisten Ständen bewilligten Verständnisses mit dem König von Dänemark zu handeln¹. Ferner sollen in Braunschweig die Sächsischen Städte zur Bewilligung «der sechs einfachen oder drei gedupelten monat» und des Koburger Abschieds bewogen werden. Auch die Beschwerden der Bundesstände sollen gehört und beraten werden. Der König von Dänemark werde persönlich am 31. März zum Abschluss des Verständnisses eintreffen. Es seien ausser Strassburg nur noch Augsburg und Ulm als stimmberechtigte Städte des Oberlandes eingeladen worden; jede von diesen dreien sollte ausser ihrem Kriegsrat auch eine Ratsbotschaft schicken mit Vollmacht, eventuell auch ohne Zustimmung der Sächsischen Städte den Bund mit Dänemark zu bewilligen. Bitten um Entschuldigung, dass die Tagsatzung an einem den Oberländern so entlegenen Ort anberaumt sei; es sei dem Dänischen König zu Gefallen geschehen, weil derselbe persönlich an der Versammlung teilnehmen wolle. Dat. 10. Jan. a. 38. — Empf. Jan. 24.

nr. 449.

nr. 480.

Zettel: «Nachdem ir auch wisset, das unser baidere hauptmanschaft zwai jar lang gewert, welche uf itzo Thome vorschienen [December 21] ausgewest sein und sich geendet haben», so müsse zu Braunschweig auch über die Neubesetzung dieses Amtes beschlossen werden. Endlich sei auch die kleine Anlage zur Bestellung von Rittmeistern und Hauptleuten, welche fast verbraucht sei, neu zu bewilligen. Dat. ut supra.

¹ Nach einem undatierten Concept im Marb. Arch. scheint der Landgraf diesen Tag schon früher in einem Schreiben an Sturm angekündigt zu haben. Der Kurfürst wollte ursprünglich den Termin der Zusammenkunft noch zeitiger ansetzen.

490. Der Rat an Landgraf Philipp.

Januar [14 ?]

Marb. Arch. (Stadt Strassb.) Ausf. perg.

nr. 485. «Es hat unser diener und secretari Michel Han uns den achten dis monats unsers genädigsten herren des churfursten zuo Sachsen, e. f. g. und anderer ratschleg, uns in jetziger unser sachen am kaiserlichen camergericht gegen grave Philipsen von Hanaw mitgetailt, überschickt.» (*) Bedankt sich für dieselben, will sie besichtigen «und, was uns ferrers zuo thon sein will, beraten.» — «Dat. mōntag den XXIII januarii¹ a. etc. 38.»

491. Landgraf Philipp an die Dreizehn.

Januar 31.
Torgau.*Str. St. Arch. AA 466. Ausf.*

nr. 489. Bittet im Einverständnis mit dem Kurfürsten, Strassburg möge zu der Braunschweiger Tagsatzung solche Gesandten schicken, «so vor bei solchen handlungen gewesen seint und deren wissen und bericht haben,» namentlich Jacob Sturm. Dadurch werde man zu schneller und befriedigender Erledigung der Verhandlungen beitragen. Man möge auch die Gesandten mit Befehl versehen, um über die Anerbietungen Frankreichs, welche durch
nr. 488. Wilhelm von Fürstenberg ihm und Jacob Sturm gemacht seien, zu beraten. Dat. Torgau Do. n. conversionis Pauli a. 38. — Empf. Febr. 14, lect. Febr. 15 coram XIII².

492. Jacob Sturm an Georg Besserer.

Februar 16.
Strassburg.*Ulm. Arch. Ref. T. XXII a Orig.*

nr. 488. Teilt auf Wunsch des Landgrafen (*) mit, was der Dänische Gesandte Petrus Suavenius ihm geschrieben. Der Landgraf habe gebeten, dass den Gesandten in Braunschweig auch wegen dieser Sache Befehl gegeben würde; jedoch hätten die Dreizehn, «dweil der handel etwas wichtig und im annemen oder usschlagen bedenkens bedarf, sich noch nit entschlossen, wes si deshalben fur bevelch iren gesanten geben wollen, welches alles ich uch also uf m. g. hern landgraven schreiben vertrauter gehaimer meinong, verner an ort und end uch fur gut ansicht, haben zu bringen, nit verhalten wollen.» — Dat. Strassburg Sa. n. Valentini a. 38.

493. Die Geheimen von Ulm an die Dreizehn.

Februar 22.

Str. St. Arch. AA 466. Ausf.

Bündnis mit Dänemark nur in Glaubenssachen zu bewilligen. Strassburgs Prozess mit Hanau. Keine Botschaften mit unbeschränkter Vollmacht nach Braunschweig zu schicken. Gründe dagegen. Erklären sich entschieden gegen jede Verbindung mit Frankreich.

In Erwiderung eines von Strassburg übersandten Gutachtens, betreffend den ausgeschriebenen Tag zu Braunschweig, setzen sie ihre Bedenken des

¹ Vermutlich ist XXIII verschrieben für XIII; denn es kann sich nur um Montag den 14. oder 21. Januar handeln.

² Die Dreizehn sagten die Sendung Sturms am 15. Februar zu. (Ebenda.)

näheren aus einander¹. «dieweil sich die Ro. kai. mt., unser allergnedigster herr, gegen irer kon. wierd [Christian III] von wegen des vertribnen konigs zu Denmark [Christian II] und seiner kinder, als irer mt. plutsfreunden², eingelassen, dero angenommen, und noch kain vertrag ervolgt, die baid auch mit irn landen und königreichen grenitzten und anstieszen, das dann leichtlich beschehen mocht, das die baide zu thatlicher kriegssachen gegen ainander in zeitlichem einzufallen hetten; söllten dann die stend christenlicher verain und sonderlich die erbarn stet irer kon. wierd gegen hochgedachter Ro. kai. mt. als irn rechten und ainigen herrn in claren zeitlichen sachen, die das wort gottes und das gewissin nit belangten noch darus komen und erwachsen weren, hilf laisten, haben sie [die zu Ulm versammelten Städte] damaln stattlich erachtet, das inen ain solichs gegen gott und der welt mit unstaten zu verantworten sein woll und sonderlich erwogen, das die gemain christenlich verstentnus zu erhaltung gotlichs worts, gottlicher eer und warhait und umb kaines zeitlichen willen angesehen und bedacht worden.» Die Städte seien deshalb entschlossen, wie sie das schon früher den Fürsten geschrieben, sich nur für Glaubenssachen mit Dänemark in ein Bündnis einzulassen. Im übrigen sei man mit Strassburg einverstanden, dass denjenigen Ständen, welche sich nicht mit Christian III verbänden, dessen Hülfe im Kriegsfall nicht zu gute kommen sollte. Auch in den andern Punkten des Ausschreibens pflichte man dem Strassburger Gutachten bei. Was schliesslich die Beschwerde über das ungerechte Urteil des Kammergerichts [in der Hanauischen Streitsache] belange, so werde Ulm von seinen Gelehrten die Sache «mit ernst und nit anderst, als ob uns dise beschwerden selbst obstuenden,» beratschlagen lassen und den Gesandten in Braunschweig darüber mit Instruction versehen.

p. 435 A. 2.

nr. 494.

nr. 485.

«Und zu antwurten uf ewer begere, notsam und nützlich bedenken, das neben den drei kriegsraten der dreier stet von ainer jeden noch ain botschaft der stimen halben geordnet werden sollt³, darinnen tragen wir vil und manicherlai beschwerden; und under andern aber halten wir ain solichs zuvor, wa man die lautere usgeschriben puncten allain fur hand nemen sollt, fur onnotwendig und niendert anderst hin dienbar, dann das durch disen verren und weiten weg grosser merklicher uncost uflaufen, an welchem ir, die stat Augspurg und wir die grosten usgaben erleiden mueszten; das es auch durch statlich schicken und verordnen zu disem tag mer ursach der ungnad mit sich bringen, wa man in dem, das noch verborgen und dem usschreiben nit eingesetzt, nit schliessen wurde. und will uns bedunken, das uf disem tag hochwichtig und anders, davon wir von stetten nit wissen, mogen gehandelt und furgepracht werden, villeicht den erbarn stetten zu merern beschwerden dann vortel und gutem. wa dann dieselben

¹ Ulm hatte den Dreizehn bereits am 23. Januar ein ähnliches Bedenken mitgeteilt, welches die nach Ulm berufenen Schwäbischen Städte verfasst hatten. Hierauf hatte Strassburg am 15. Februar mit einem Gutachten geantwortet, welches mit seiner Gesandteninstruction zur Braunschweiger Versammlung übereinstimmt, s. folgende Nummer. Zugleich wurde Frankfurt von den Dreizehn über den Stand der Dinge unterrichtet. (Ebenda u. Frankf. Arch.)

² Christian II. war Karls V. Schwager.

³ Strassburg hatte dies Begehren in dem Schreiben vom 15. Februar (s. Anm. 1) ausgesprochen, und zwar auf Grund des Ausschreibens vom 10. Jan. (nr. 489).

nr. 492.
nr. 488.

vertunkelte handlungen je gefurdert und angepracht, so hetten die chur., fursten und stend vil mindere ungnad und miszfallen ab der gesannten hinder sich bringen, so sie in weniger anzal, dann ab dem stattlichen schicken zu nemen. dann soll man vil verordnen und volgends nit gefaszt sein zu bewilligen, so truege es uf im die vorgehorten beschwerden. das uns aber am furnemesten dahin verursacht, das wollen wir euch nit verhalten: Es sei dies die vom Landgrafen vertraulich gemachte Mitteilung über das von Frankreich gewünschte Bündnis mit den Einigungsverwandten. Man könne den Gesandten in Braunschweig unmöglich Vollmacht in dieser Sache erteilen, da weder dem Ulmer Rat noch den andern oberländischen Städten davon etwas gesagt sei und bei der Heimlichkeit der Angelegenheit auch nicht gesagt werden dürfe. Zudem scheine ihnen eine Verbindung mit Frankreich überhaupt verwerflich. «dann die stend christenlicher verstentnus und sonderlich die stet sollen sich billich erinnern, was unser aller gemuet gewest in zusammenverbindung, als das, wie vor gehort, gottes wort, desselben eer, unserer seelen wolfart und kain zeitlichs betracht und angesehen worden, haben auch leib und leben darumb in gefar gestelt und daher den namen christenlich erlangt und uberkomen. soll man nun jetzt zeitlich sachen darunder ziehen und sich mit disem könig einlassen, der seine zugethonen und verwanntn umb der gotlichen leer willen, die ains tails von den christenlichen stenden bekannt angenommen fur war und recht gehalten, gemartert gepeinigt, von hab und guetern verjagt, und — das noch ain erschrockenlichers — sich ainen gemainen feind, mit dem das er sich zu dem Turken verbunden, bei dem er auch noch galleen und volk underhaltet, der ganzen christenhait gemacht, hilf, rat und gethat gethon, das dise jar ob hundert mal tauszent christenmenschen hinweg gefiert, ains tails erschlagen, jemerlich ermort, umbgepracht und im darzu ain gros herz und vernern zugang in die christenhait gemacht: so hat man wol ufzusehen, das gott der allmechtig das angezindt war liecht der gnaden nit uslösch und uns also an leib und seel ewiglich zu schaden und verderben bringe; zudem das auch meniglichem sein schand und leichtvertigkait unverporgen und uns genzlich bewiszt ist, das er darunder ain anders sucht, wölchs sonderlich uns von stetten alsbald selbst als andere antreffen mochte. und konden nit anderst gedenken, nachdem wir aus seinen handlungen kain tropfen christenlichs pluts in seinem gemuet erkennen spuren und befinden mogen, dann das wir damit got zur straf uber uns fursetzlich verursachen wurden. wir wollen auch hiemit die gewerden im zeitlichen, die uns gegen Ro. kai. und kon. mt. und allen andern hohen und nidern stenden des hailigen reichs zu unser und bevorab unserer handtierenden gewerbspersonen <zu> endlichem und gewisem verderben raichen, nit erzelen, dieweil ir euch doch dero us gutem beiwonendem verstand zu erinnern wiszt. und obwol man sagen will, das der konig aus Frankreich mit kai. mt. vertragen werden mochte, wöliche er mit dem hailigen reich usnemen, und sich diser verstand allain blos dahin strecken sollt, das er der konig wider die stend, sie auch hinwiderumb gegen ime kain hilf laisten sollten, so ist doch niemant gewis, ob der vertrag fur sich gang, und da er schon entlich gemacht, wie lang er solichen vertrag mit kai. mt. halten, und wurde diser verstand von tag zu tag gebössert und je lenger je mer erweitert werden. und ob auch der nutzen,

wie uns derselb von diser freuntschaft und verstand mocht fugeben werden, des man sich doch nit getrösten kan, ervolgen, so wurd uns doch derselb nit eerlich sein; könnten auch den us vorgehörten beschwerden kainswegs annemen¹.»

Aus diesen und andern Gründen könne man wegen des Bundes mit Frankreich den Gesandten keinen Befehl geben und bitte, dass Strassburg sich wie Ulm darauf beschränke, seinen Kriegsrat nach Braunschweig zu schicken. — Dat. Fr. 22. Febr. a. 38. — Empf. Febr. 25, pr. Febr. 27.

494. Instruction für die Strassburger Gesandten² auf dem Tage zu Braunschweig am 24. März. März 9.

Str. St. Arch. AA 466. Ausf. von M. Han. Nebeninstruction von Schreiberhand.

1) Bündnis mit Dänemark. 2) Handlung mit den Sächs. Städten wegen der Bundeshilfe. 3) Koburger Abschied. 4) Kammergerichtsbeschwerden. 5) Bundeshauptmannschaft. 6) Kleine Anlage. Nebeninstruction: Verehrungen für die Ratschläge über den Hanauer Prozess. Neutralitätsvertrag mit katholischen Ständen. Bewilligung der Türkenhilfe anzuraten.

1) Hinsichtlich des Verständnisses mit Dänemark sollen die Gesandten anzeigen, dass Strassburg es bei seiner im vorigen Jahr den Fürsten zugeschickten Bewilligung bleiben lasse. «dweil aber deren von Ulm und anderer der oberländischen stetten jetzig bedenken — des sie, unsere gesandten, auch copien haben — solichem unserm zuschreiben ain wenig zewider, sollen sie, unsere gesandte, uf baide weg gwalt und bevel haben, also, welichen under solchen wegen gemaine stend einhelliglich schliessen und eingangen, sollen sie, die unsern, auch also annemen und mit schliessen. als aber die von Ulm und die andern lut gedachts irs abschids weiter bedacht, wo die Sächsischen stett gar nit in dise innemung bewilligen wölten, das dann die andern stend und stett iren der Sächsischen stett antail nit uf sich nemen oder nachtragen solten etc., lassen wir uns dasselbig bedenken auch gefallen; allein das die unsern neben den andern der oberländischen stett gesandten oder, wo dieselben in dem sich mit inen nit vergleichen wölten, für sich selbs von unsern wegen dahin raten und handeln, das hierinnen dise masz furgenommen werde, also: weliche stend oder stett in kon. wurde zue Denmark innemung nit bewilligen oder sich nit verbinden wölten, seiner kon. w. im fal der not zur gegenwehr zu verhelfen, das dieselben herwiderumb seiner kon. w. hilf, so die den verainigten stenden laisten solte(n), auch nit tailhaftig weren, sonder dieselbig des königs hilf allain denen stenden und stetten, so gegen im hinwider verpflichtet weren, jedem zu seiner angepue der verfaszten und bewilligten anlagen abgienge, damit in dem billiche gleichait gehalten wurde.

nr. 449.

nr. 493.

¹ Ein Schreiben, welches Georg Besserer gleichzeitig an Sturm richtete (vgl. nr. 492), enthält den Vorwurf, dass viele unter den Ständen das Bündnis mit Frankreich um weltlicher Interessen willen suchen, wie z. B. Strassburg im Hinblick auf den Hanauischen Streit. (nr. 485). Gewiss müssten sich die Evangelischen auch in weltlichen Sachen gegenseitig unterstützen; allein zu solchen Mitteln, wie die Verbindung mit dem gottlosen König von Frankreich, dürfe man denn doch nicht greifen. Ulm. Arch. Ref. T. XXII a Conc.

² Es waren Jacob Sturm, Ulman Böcklin (Kriegsrat), Batt von Duntzenheim und Michel Han. (So unterzeichnet im Braunschweiger Abschied, ebenda.)

und sollen sonst in kein höhere anlag oder beswerden on allain uf hinder sich bringen bewilligen.»

nr. 439. 2) Wegen der Bewilligung der sechs einfachen oder drei Doppelmonate soll mit den Sächsischen Städten fleissig gehandelt werden nach Massgabe des Schmalkaldischen Abschieds.

nr. 465. 3) Die Gesandten sollen dahin arbeiten, dass der Koburger Abschied von allen Ständen bewilligt werde. Neuerungen in demselben sowie in der Bundesverfassung sollen dagegen nur auf Hintersichbringen angenommen werden.

4) Sie sollen die Klagen der einzelnen Stände mit anhören und beratschlagen helfen, wie vermöge der Bundeseinigung Abhülfe zu schaffen sei; auch sollen sie Strassburgs eigne Beschwerden erzählen und laut ihrer Nebeninstruction Rat und Beistand fordern.

5) Hinsichtlich der Hauptmannschaft des Bundes sollen sie den Kurfürsten und Landgrafen bitten, dieselbe zu behalten. Wenn dieses Gesuch erfolglos sein würde — was kaum zu befürchten sei —, so sollen sie «neben und mit gemeinen stenden uf andere taugenliche hauptleut gedenken und dieselben erpitten helfen.»

6) Bezüglich der kleinen Anlage sollen sie vermöge des Ulmischen Abschieds handeln¹.

«Puncten, so den geordneten uf jetzigen tag zu Braunschwig dises 38. jars neben voriger instruction bevolen.»

nr. 495. 1) Die Beschwerden Strassburgs über das Kammergericht sind vermöge
nr. 490. der Nebeninstruction vorzutragen. Die Gesandten «sollen auch in die Sächsischen canzlei der zugeschickten ratschlag halben in diser sach (*) hundert gulden münz schenken, achtzig den gelerten und zwainzig den schreibern, desgleichen in die Hässisch auch. und in die Lunenburgisch canzlei sollen sie schenken funfzig gulden in münz, vierzig den geleerten und zehen den schreibern.

2) Item und dieweil man jetzo sicht, das man zu allen teilen sich mit bestellung kriegsvolk uf diser und uf jener seiten rüstet und fürgibt, das es zur rettung beschehe und sich villeicht je einer vor dem anderen fürchtet, aus welcher fürsorg wol unruw entstohn möcht, das demselben zu begegnen gut were, wa durch underhandlung des churfürsten zu Sachsen und landgraven zu Hessen bei etlichen stenden und oberkaiten, so nit unser religion anhängig, die sicherung erlangt möcht werden, das sie sich verschriben, wider dise stend der christlichen verainigung kein hulf [zu] thon <wolten>, das dann die bemelten chur. und fürsten als oberste hauptleüt der verainigung macht haben solten, denselben stenden widerumb sicherung zu thun in namen gemainer verainigten stende, das man wider sie auch kein hulf thun wolte, doch mit notturftigen clausulen, so weiter hierin bedacht werden möchten. wa nun ein solichs bei gemainen stenden fur gut angesehen und also bedach

¹ Vgl. oben p. 469 A. 1. Danach sollte eine neue «kleine Anlage» im Betrage der früheren bewilligt werden, jedoch mit der Bedingung, dass, wenn die «Läufe» dieses Jahres sich nicht gefährlich gestalteten, die Hauptleute mit vierteljährlicher Kündigungsfrist bestellt werden sollten, damit das Geld möglichst gespart werde.

würd, sollen unsere gesandten dis fals mit anderen stenden zu schliessen macht haben.»

3) Die Gesandten sollen den Ständen vortragen, dass Lienhart Strauss im Auftrage König Ferdinands die Stadt um Stellung von 100 Pferden zur Hülfe gegen die Türken ersucht, aber keine endgültige Antwort darauf erhalten habe, weil Strassburg zuvor den Rat der Stände, von denen vermutlich die meisten ebenso ersucht seien, habe hören wollen¹. Bei der Beratschlagung der Stände sollen sie dann anzeigen: «wiewol dise particularansuchung wider herkomen des reichs und pillicher uf gemainen reichstag beschehen solt, damit die mit zeitigem ratschlag fürgenommen werden möcht, nit destminder so gedächte ain ersamer rat, das dis ain hülff were, deren sich pillich kein christlich oberkait entziehen solt» etc., ferner «das, so man ir ko. mt. zu disem mal hülff beweisen würde, das bei ihr ko. mt. — zudem es vilen christenmenschen zu gutem raichen mag — allerhand bedenken ableinte, und eins rats und anderer der geainigten stände sachen desdo schleuniger abgoht mochten.» Was darüber von den Ständen beschlossen oder ihnen geraten wird, sollen sie sofort nach Strassburg schreiben. Act. Sa. 9. März a. 38.

495. Instruction der Strassburger Gesandten auf dem Tage zu Braunschweig [März 24] hinsichtlich der Prozesse am Kammergericht. [März.]

Str. St. Arch. AA 466. Concept (?) von Han.

Mitteilung über den Hanauer Prozess. Executionsmandat. Erlegung der Strafsumme beim Speierer Rat. Bitte an die Einigungsverwandten um Hülfe. Weigerung des Mainzers, das Syndikat auszuschreiben. Strassburg denkt an Kaiser und Reich zu appellieren und im Fall der Acht sich mit Gewalt zu widersetzen. Vorschläge zur Abwendung künftiger Beschwerden seitens des Kammergerichts (Recusation in allen Sachen). Beweise von der Parteilichkeit der Richter (Disciplinarstrafe gegen Reifstock. Mandate wegen der Französ. Kriegsdienste).

Zunächst sollen sie den Inhalt des Schreibens, welches Strassburg über den Hanauischen Prozess an die Mehrzahl der Stände gerichtet hätte², recapitulieren und danach vortragen, dass sie Befehl hätten, den seitherigen Verlauf der Sache mitzuteilen und den Rat der Stände zu erbitten. «so hielte sich nun solich sachen diser zeit nemblichen und mit der kurzen also:

Ungeverlichen einen monat nach der ergangnen vermeinten chammergerichtischen urtel da were einem erbarn rat ein keiserlich executorial zukomen laut derselben copei (*), so sie die gesandten hiemit ubergeben, darin nun einem rat bei neunzig mark golds geboten worden, der hievor berürten vermeinten chammergerichtischen urtel in einer bestimpten zeit volg und volziehung ze thun, mit der angehenkten ladung, uf einen angesetzten tag zu erscheinen und anzeig ze thun, solicher berömbten urtel geleht zu

¹ Die Credenz König Ferdinands für Hans Friedrich von Landeck und Lienhart Strauss zur Werbung beim Strassburger Rat ist vom 31. Januar. Vorgebracht wurde sie am 27. Februar. Die Reisigen sollten von der Stadt 6 Monate lang unterhalten werden und am 1. April in Wien sein. Str. St. Arch. AA 411.

² Vermutlich waren die Schriften alle entsprechend derjenigen vom 1. December an Herzog Ulrich, vgl. oben nr. 485.

haben, oder aber zu sehen und zu hören, sich in die obbemelt peen der neunzig mark zu ercleren oder ursachen furzubringen, warumb solich erclerung alsdann nit ergehn noch beschehen solte, ferners inhalts obberuerter copei.

Dweil nun aber ein ersamer rat nit allein bei sich selbst, sonder auch bei iren chur. und f. g. und gunsten samt deren gelerten räten, darzu auch bei dem hochberümbten D. A n d r e a A l i c i a t o nit in rat befinden können, das si der ergangnen vermeinten urtel — sonderlichen sovil die fünfzig mark golds der uferlegten geltpeen belangen thut — zu gehorsamen oder von rechts wegen zu geleben schuldig weren, so hette sich ein rat uf solich ausgangen executorial, einer schrift ad impediendum executionem an dem kai. chamergricht einzebringen, entschlossen laut der copei, so die gesandten hiemit auch ubergeben theten (*). neben dem hette ein erbarer rat dannoch, auch allen verdacht des geverlichen verzugs oder mutwilliger usflucht der execution abzestricken und zu vermeiden, inwendig der zeit in executorialibus bestimpt, hinder burgermeister und rat der statt Speir dreitaussend und sechshundert goldgulden erlegt und solichs erlegten golds halben sich erboten, wie in der furbrachten schriften ferner und unterschiedlichen begriffen. daruf were vom gegenteil, auch dem kei. fiscal copien und terminus ordinis begert und seithär aber noch nichts ferners furbracht oder gehandelt, und musste ein erbar rat also der kunftigen handlung zuvorderst, volgents auch chamerrichter und beisitzer des kei. chamergrichts urtel und erkanntnus daruber gewarten thun.»

Da nun zu befürchten sei, dass Strassburg ungeachtet seiner rechtmässigen Beschwerden «auch in die peen der executorialn de facto gesprochen und erclert werden» würde, so bitte die Stadt durch ihre Gesandten um Rat und Beistand der Einigungsverwandten. Man möge bedenken, «das on allen zweifel diese obberuerte vermeinte urteil, so wider recht und billichait gesprochen, aus dem ungunst und widerwillen» entsprungen sei, welche Kammerrichter und Beisitzer gegen Strassburg und die evangelischen Stände überhaupt hegten sowohl wegen der Religion als auch wegen der geschehenen Recusationen. Deshalb solle man «diese eins erbarn rats beswerden als ain sach, die aus der religion herfleuszt und entspringt, erkennen und halten, auch gemeiner statt Straszburg darinnen vermög der ainigung hilf und beistand thun und beweisen.» Die Gesandten sollen fragen, ob Strassburg im Fall der Verurteilung die Geldstrafe bezahlen und wie es sich sonst verhalten solle, besonders da der Kurfürst von Mainz trotz Verlangen des Rats das Syndikat nicht ausgeschrieben, sondern eine «ufzügige, unenthebliche» Antwort gegeben habe, laut beiliegender Copie (*).

nr. 485.

Weiter sollen die Gesandten anregen, dass die Stände auch im allgemeinen auf Mittel und Wege denken sollten, wie dem ungerechten und gehässigen Verfahren des Kammergerichts Einhalt zu thun sei. Strassburgs Ansicht darüber sei ungefähr folgende: Was die eignen Beschwerden der Stadt betreffe, so wisse sie keinen andern Ausweg im Fall ihrer Verurteilung als den, an Kaiser und Reich «um declaration und interpretation des kei. landfridens» zu provocieren, die betreffende Schrift samt den Prozessacten durch den Druck zu verbreiten und sich der Entscheidung des Kaisers und der Reichsstände zu unterwerfen. Zu jener Provocation glaube der Rat um

so mehr befugt zu sein, als Mainz, wie gesagt, dem auf Grund des Regensburger Abschieds gestellten Verlangen Strassburgs nach Ausschreibung des Syndikats nicht gewillfahrt habe, «und also dem berurten abschied uf jener seiten, da er fur ein statt Straszburg ist, nit geburlich volg gethon. so achtet ein stat Straszburg auch demselben abschied am anderen ort, da er wider sie ist, — nemlichen da er einem jeden, so sindiciren will, uferlegt, der gesprochnen urtel in mitler weil volg ze thun — zu gehorsamen oder zu geleben auch nit schuldig [zu] sein.» Fabre das Kammergericht gleichwohl zu procedieren fort, und komme es zur Verhängung der Acht, so bleibe nichts andres übrig, als sich mit Hülfe der Einigungsverwandten der Gewalt mit Gewalt zu erwehren.

Zur Ahhülfe künftiger, anderweitiger Beschwerden von Seiten des Kammergerichts müssten die Stände die derzeitigen Kammerrichter und Beisitzer, welche ganz nach Gunst und Missgunst urteilten, zu beseitigen suchen. Dies sei auf verschiedene Weise zu erreichen:

1) Die vereinigten Stände sollten die Kurfürsten des Reichs bewegen, dem Kaiser die Beschwerden der Evangelischen vorzuhalten und zu beantragen, dass das Kammergericht veranlasst werde, sich mit den Verklagten wegen der Schiedsrichter oder arbitri iuris zu vergleichen, welche dann über die Rechtmässigkeit der Recusation entscheiden sollten; bis deren Spruch gefällt sei, sollte mit den Prozessen stillgestanden werden. Allerdings kämen hierbei eigentlich nur Religionssachen in Betracht; allein, wenn die Recusation als begründet anerkannt würde, so würden die Richter doch mindestens auf ein Jahr überhaupt suspendiert werden. «dardurch wurde man ir in andern sachen auch also erledigt; dann one zweifel die keiserlich mt. von diser personen wegen ir chamergericht das jar lang nit unbesetzt noch in abgang komen lassen wurde.»

2) Anstatt an alle Kurfürsten die Aufforderung zu der Werbung beim Kaiser zu richten, könne man sich auch darauf beschränken, nur Mainz und Pfalz zu ersuchen, weil diese als Unterhändler des Nürnberger Friedens am meisten Ursache hätten, «sich solcher sachen, so us dem fridlichen anstand herliessen theten, unbeschwert zu beladen.»

3) Man könne auch an Kaiser und Reich appellieren und verlangen, dass die Prozesse bis zur Entscheidung auf einem Reichstage suspendiert würden.

4) Endlich könne man sich auch mit einer öffentlichen Recusation des Kammergerichts in allen Sachen helfen, indem man die Neubesetzung des Gerichts mit unparteiischen Personen verlange.

«Nota: daneben den beiden chur. und fursten Sachsen und Hessen das verschlossen schreiben an Pfalz haltende (*) auch wider zu uberantworten, iren chur. und f. g. dernhalben undertheniglich zu danken und einen erbarn rat des nit überschickens füglich zu entschuldigen. dergleichen bei den Sechsischen gelerten zu erfahren, ob sie laut irs erbietens, dem gegebenen ratschlag(*) zu ende angehenkt, in mitler weil der sachen ferner nachgedacht, und was sie da befunden hetten; sodann auch bei meinen gnedigen herren von Leunenburg und Hessen auch also ze fragen. Darbei möcht auch nit schaden, wann man von parteiligkeit des chamergerichts ratschlagen würdet, das die gesandten angezeigt hetten, was gemeiner statt in einer kürz fur

ungleichheit daselbst begegnet: nemlichen, das deren ir freiheit der ersten instanz vor den dreien stetten durch das chamergericht abgesprochen¹. item das man der auch jetzo mit urtel comissarios ze geben abschlüge, die man hievor inter eosdem partes unverbindert gleichmessiger beschehner einrede im neunundzweingigsten jar der wenigern zal per sententiam zugelassen hette². item da ein statt jetzo solich ungleiche haltung und erkantnus der comissarien gerichtlich allegirt und sich dessen beschwert, das solich ir fürbringen, als solt es der ordnung zuwider sein, verworfen und derselben syndicus doctor Reifstock dernhalben umb sechs gulden gestraft worden sei, welche strafe er uber sein gethone entschuldigung und anzeig, das nit er, sonder seiner herren advocat³ solche schrift gestelt und er die us bevel seiner herren allein ingelegt hett, dannocht entrichten und bezalen müssen. welichs auch ine doctor Reifstock dermassen erschreckt, abscheuch und forchtsam gemacht, das er das obgemelt product, so ein erbarer rat uf usgangne executorial furbringen lassen, nit übergeben wellen, sonder hab ein rat einen sondern syndicum mit costen hinab gen Speier schicken müssen, solichs zu produciren. item das ein statt Straszburg auch gewisse kondschaft habe, das der keiserlich fiscal newlicher zeit wider vil steende des reichs umb ferrer mandat und procesz der Französichen kriegsleut halben supplicirt, aber dieselbigen procesz ime wider alle ander stende — usserthhalb wider ein statt Straszburg — abgeschlagen und nit erkannt seien, also das sich der fiscal solicher ungleichheit in gleichen fellen selbst verwundert und gsagt haben soll, was seine herren darmit gemeinen.» — Dat. fehlt.

nr. 438.

496. Aufzeichnung Michel Han's über den Tag zu Braunschweig.

März 26—April 6.

Str. St. Arch. AA 466. Orig. (Fragment).

Anwesende Fürsten und Räte. Verhandlung mit den Sachs. Städten wegen der Bundeshilfe. Ankunft des Königs von Dänemark und anderer Fürsten. Bewilligung des Bundes mit Dänemark. Beschwerden einzelner Stände. Geleit zu den Bundestagen. Recht des mensis papalis. Rechnungsablage. Neue kleine Anlage. Hauptmannschaft des Bundes. Recusation des Kammergerichts. Protest gegen das Concil. Bundessecretäre. Sturm u. a. befürwortet die allgemeine Recusation. Beratung, ob auch der Bund auf alle Sachen zu erweitern ist. Beschwerden einzelner Stände. — Braunschweiger Abschied.

Am 26. März Ankunft des Landgrafen und der Gesandten von Württemberg, Strassburg und Goslar. Schon früher sind gekommen die Sächsischen Räte Nicolaus von Minckwitz und Jost von Hayn, die Herzöge Ernst und Franz von Braunschweig-Lüneburg, die Hessischen Räte Werner von Wallerstein und Georg Nussbicker, zwei Pommerische Räte, die Gesandten aller zum Bunde gehörigen Sächsischen und Seestädte sowie die von Augsburg und Ulm.

März 27. Landgraf Philipp und Herzog Ernst lassen die oberländischen Gesandten berufen und ihnen anzeigen, was in der vergangenen

¹ Vgl. oben p. 231 A. 4.² Worauf sich dies bezieht, ist mir unbekannt.³ Wahrscheinlich Dr. Frosch.

Woche bereits durch Herzog Ernst und die Räte der Fürsten mit den Sächsischen Städten wegen der noch nicht bewilligten Artikel verhandelt worden¹. Einige von den Städten hätten noch um weitere Instructionen nach Hause geschrieben. Die kurfürstlichen Räte bitten um Entschuldigung, dass ihr Herr noch nicht eingetroffen; schuld daran seien, wie man wisse, Irrungen wegen des Geleits². Sessionsstreitigkeiten zwischen Magdeburg und Goslar einerseits, Bremen und Hamburg andererseits.

März 28. «Nachmittag ist konig. wurde zu Denmark alhie zu Braunschwig eingeritten, ungevarlich mit 500 pferden, all in gel klaiden, ausgenomen die herren, so in samet und seid beclait gewesen. der konig hat nur ein groen rok angehebt, und neben ime gangen bis in 46 trabanten, all in swarz mit sametwames. mit ime seind komen sein bruder, der jung von Holstain³, und sein schwager, der jung von Sachsen zur Lowenberg⁴.»

März 29. «Nachmittag ist der churfurst zu Sachsen eingeritten, auch etliche junge fursten, als herzog Ernst von Braunschwig der jung und herzog Moritz von Sachsen, sodan graf Albrecht von Mansfelden und andere graven etc. mit ime.»

März 30. «nichts sonders dan der obgemelten stett session halb gehandelt.»

März 31. Die Fürsten übergeben den Gesandten der oberländischen Städte den Entwurf einer «nebenverständnus» mit Dänemark und bitten, denselben sofort zu besichtigen und ihre Meinung darüber zu äussern; alsdann sollte derselbe auch den Sächsischen Städten zur Genehmigung vorgelegt werden. Die Sache habe Eile, weil man den König von Dänemark nicht zu lange aufhalten wolle. Die Oberländer erfüllen den Wunsch der Fürsten und erklären nach kurzer Beratung ihre Zustimmung zu dem Entwurf, nachdem sie «ein wenig — doch nichts sonders — darin zu ändern oder hinzu und darvon ze thun bedacht⁵.» Jedoch erklären sie auf Frage der Fürsten, welche sich die Aenderungen gefallen lassen, ausdrücklich, dass die Bewilligung nur dann, wenn alle Stände zustimmen, gelten soll, während sie sich andernfalls weitere Entschlüsse vorbehalten. Die Fürsten handeln darauf mit den Sächsischen Städten, auch mit Pommern und Württemberg, und erhalten auch hier Zustimmung, jedoch mit der Einschränkung, «das, so jedes mal die hilf begert werde, lut der vorigen gemainen verstendnus darumben erkent soll werden, ob und wan es ain religionsach sei oder nit. welichs inen chur. und fursten, auch die oberländisch stettgesandte auch

¹ Eine Copie, welche beiliegen soll, ist nicht zu finden. Es handelte sich hauptsächlich um Bewilligung der sechs einfachen oder drei Doppelmonate und des Koburger Abschieds. S. oben nr. 489.

² Herzog Heinrich von Braunschweig hatte dem Kurfürsten, dem König von Dänemark, dem Landgrafen und einigen Botschaften das Geleit nach Braunschweig verweigert. Der Landgraf beschwerte sich darüber namens der Stände u. a. in einem Brief an den Vicekanzler Held.

³ Herzog Johann.

⁴ Der 1543 zur Regierung kommende Herzog Franz von Lauenburg (?)

⁵ Das Bündnis war auf Glaubenssachen beschränkt, wie es die Mehrzahl der oberländischen Städte gewünscht hatte (s. oben nr. 493); vgl. unten p. 480.

also gefallen lassen, und haben demnach die churf. und fursten uf sich genommen, die volgende tåg mit kon. dt.¹ ze handeln.»

April 1. Da die Fürsten durch Verhandlungen mit Dänemark beschäftigt sind, so wird, damit die Zeit im übrigen nicht ungenutzt verstreiche, ein Ausschuss gewählt, um die Beschwerden der einzelnen Stände entgegenzunehmen und zu beraten. Es kommen zur Besprechung Streitigkeiten der Herzöge von Lüneburg mit dem Stift Bardewik, mit Hildesheim und der Stadt Braunschweig, ferner Beschwerden Pommerns wegen eines Klosters Huttensee. «Straszburg pitt, ire beswerden für gemeine versamblung ze weisen; ist bewilligt.» — «Ulm hat nichts», übergiebt aber eine Beschwerdeschrift der Stadt Kempten über ihren Abt. «Sächsischen stett haben dismals noch nichts, darin inen verhoffentlich mög geholfen werden;» dagegen bitten sie, den Fall in Betracht zu ziehen und zu bedenken, dass bei Beschickung der Bundestage «ainer oder mer nidergelegt wurden²; ob gemeine verstendnus sich sein annemen, und wie man es halten wölt.» Weiter meinen sie, dass «nit jedesmal von nöten sein solt, so man also zu tagen ritt, von denen fursten, in der verain begriffen, glait mit costen ze nemen.» Schliesslich wünschen sie Beschlussfassung über die einzunehmende Stellung gegenüber den Bischöfen, denen der Papst das Recht des «mensis papalis» eingeräumt habe. «haben inen die im ausschutz gefallen lassen, notturftiglich hievon ze reden. ist auch volgender tagen von disen und andern beswerungen beim ausschutz geredt worden, wie und was fur gemeine versamblung ze pringen sein wölle.»

April 2. Sachsen und Hessen legen vor einem besondern Ausschuss über den Verbrauch der kleinen Anlage Rechnung ab, «was bisher uf rittmaister, fuszknecht- hauptleut, potschafften, potenlön, kotschafften und anders von wegen gemainer verstendnus gangen. blibe der churfurst etliche und 40 gulden heraus schuldig. so bliben die stend meim g. hern landgrafen — sover in der rechnung nit geirrt worden — bei 400 fl. schuldig.» Ferner lassen Sachsen und Hessen den Ständen anzeigen, die Verhandlung mit Dänemark ziehe sich mehr in die Länge, als sie gehofft hätten; damit nun die übrigen Sachen, die zur Beratung angesetzt wären, dadurch keinen Aufschub erlitten, sollten die Stände inzwischen wegen anderweitiger Besetzung der Hauptmannschaft des Bundes und wegen Erneuerung der kleinen Anlage sich zu einigen suchen. Die Stände lassen hierauf durch Lüneburg den Kurfürsten und Landgrafen um weitere Uebernahme der Bundesleitung bitten und erklären sich bereit, die kleine Anlage von neuem zu bewilligen.

April 3. Der Ausschuss beschliesst, die von den Sächsischen Städten angeregten Artikel «fur gemeine stend mit angehenkten bedenken ze bringen³.» Minden reicht Beschwerden ein. Sachsen und Hessen sind erbötig, sich auf Verhandlungen wegen Weiterführung der Oberhauptmannschaft einzulassen.

¹ Abkürzung für «Durchlauchtigkeit».

² D. h. dass einer oder der andere der Gesandten auf der Reise überfallen und an Leib oder Leben geschädigt würde.

³ Was über diese Artikel beschlossen wurde, ist aus dem Abschied (s. unten p. 480) zu ersehen.

Was die kleine Anlage betrifft, so halten sie eine genaue Specificierung, was jeder einzelne Stand geben soll, für erforderlich.

«Der camergerichtlichen beswerden halb langen ir chf. und f. g. an, das etliche stend über beschehene recusationen und über jungst gemachten Schmalkaldischen abschied sich in religionsachen am camergericht mit procedieren einlassen, welichs nit sein solt; bedenken ir chf. und f. g., das dasselbig zu underlassen, auch darvon ze reden sein solt, ob das ausschreiben — wie zu Schmalkalden bedacht worden — ausgeen ze lassen, das camergericht in offnem truck weiter ze recusiern were.» Auch sei zu überlegen, ob gegen das Concil, welches zuerst in Mantua angesetzt, jetzt aber verschoben und nach Vicenza verlegt sei, nicht abermals zu protestieren sei. Ferner solle man, wie schon auf früheren Versammlungen vorgeschlagen, einen oder zwei Secretäre von gemeiner Stände wegen anstellen, um die auf den Bundestagen eingebrachten Anträge und die Beschlüsse aufzuzeichnen, damit die Abschiede um so besser, und ohne etwas zu vergessen, abgefasst würden.

p. 427.

Auf diese Vorschläge der Fürsten geben die Stände, da der Lüneburgische Gesandte nicht zugegen ist, durch Jacob Sturm — «wiewol er sich des vast gewidert» — vorläufig zustimmende Antwort. Versammlung der Gesandten und fürstlichen Räte.

April 4. Die kleine Anlage wird genau für jeden Stand festgesetzt¹ und als Termin für die Bezahlung Pfingsten [Juni 9] bezeichnet. Jacob Sturm trägt Strassburgs Beschwerden über das Kammergericht vor und giebt zu bedenken, ob man dasselbe nicht in allen Sachen recusieren wolle, da es unerträglich sei, vor seinem offenkundigen Feinde Recht zu stehen. «Do. Conrad Heel² und andere mer haben inen dis bedenken auch gefallen lassen, und nämlich do. Heel vermeint, es sei ee zu vermuten, das das camergericht understan werde, die stend und sonderlich die stett mit solichen prophansachen wider recht zu besweren dan mit religionsachen; werden bedenken, da merk mans nit so bald als dort, item ihene sachen seien im fridlichen anstand und beschehnen recusationen begriffen, dise gar nit.» Das neue Ausschreiben wegen des Concils soll schon jetzt verfasst, aber erst bei Beginn des letzteren publiciert werden. Auch soll deswegen an den König von England geschrieben werden.

nr. 495.

Nachmittags lassen Sachsen und Hessen anzeigen, dass ihnen recht sei, wenn ein enger Ausschuss gewählt würde, um wegen der Recusation in allen Sachen zu beratschlagen; doch müsste dabei auch von der Ausdehnung des Bundes auf alle Sachen geredet werden, «dieweil die notel der hilf zur gegenwehr allein uf die religionsachen gestelt; und solt solichs zuvorderst bedacht werden.» Der enge Ausschusz wird darauf aus vier Räten der Fürsten und drei städtischen Gesandten gebildet; die letzteren sind Jacob Sturm, Dr. Conrad Hel und Dr. Levinus von Emden³.

April 5. In der Commission wegen der Beschwerden bringt Goslar Klagen gegen Herzog Heinrich von Braunschweig vor. Die Erörterung der

¹ Copie ebenda, für jeden Stand 1/10 der grossen Anlage (für Strassburg 500 fl.).

² Von Augsburg.

³ Magdeburgischer Gesandter.

Lüneburgischen Beschwerden wird fortgesetzt. Klagen des Ulmer Gesandten über die Stadt Ueberlingen.

April 6. Lüneburgische Beschwerden.

Da die Aufzeichnung Han's hier am Ende des Bogens mitten im Satze abbricht, und die folgenden Blätter nicht vorhanden sind, so bleiben leider gerade die wichtigsten Punkte der Verhandlungen vom 6.—16. April im Dunkel. Wir wollen deshalb wenigstens die Endergebnisse des Tages auf Grund des Abschieds vom 16. April hier verzeichnen¹: 1) Mit Dänemark wird ein Schutz- und Trutzbündnis in allen Sachen, welche die Religion betreffen oder aus ihr herfließen, geschlossen. Die Bundeshilfe beträgt 3000 Knechte auf drei Monate oder 40 000 Goldgulden, die Dauer des Bundes 9 Jahre². 2) Markgraf Hans soll mit einer Anlage von 2000 fl. aufgenommen werden, jedoch keine Stimme erhalten. 3) Der Koburger Abschied wird von allen angenommen mit Ausnahme Pommerns. 4) Kleine Anlage von 9795 fl. bis Pfingsten zahlbar (s. oben). 5) Es soll eine Protestationsschrift gegen das Concil zu Vicenza angefertigt werden. 6) Der Vorschlag, mit den altgläubigen Ständen, welche dazu geneigt sind, einen «äusserlichen Frieden» zu schliessen, derart, dass sich keine Partei von der andern eines Angriffs versehen sollte, wird auf Hintersichbringen angenommen. 7) Wenn künftig Gesandte der evangelischen Stände, die zu den Tagen reiten, überfallen und gefangen werden, so verpflichten sich die Stände, alles aufzubieten, um die Gefangenen zu befreien und die Friedbrecher zur Rechenschaft zu ziehen. 8) Innerhalb des Gebiets der vereinigten Stände sollen die Gesandten Schutz und Geleit finden, auch ohne dass sie besonders darum nachsuchen. 9) Die Uebertragung des «Papstmonats» oder anderer Gerechtigkeiten und Einkünfte seitens des Papstes auf altgläubige Fürsten oder Stände wird von den Evangelischen nicht anerkannt. 10) Die Anträge des Herzogs von Preussen und der Herzogin Elisabeth von Rochlitz³ auf Einnahme in den Bund bezgsw. ein besonderes Verständnis mit den Evangelischen werden auf Hintersichbringen angenommen. 11) Mit den Grafen Conrad von Teckelburg und Heinrich von Schwarzburg sollen der Landgraf und Kurfürst wegen der Aufnahme handeln. 12) Alle Stände sollen Vorkehrungen treffen, um den Fortbestand des Evangeliums in ihren Gebieten auch nach ihrem Tode bezgsw. Amtsaustritt zu sichern. 13) Die Stadt Riga soll ähnliche Zusicherungen erhalten, wie sie der Herzog von Preussen verlangt. 14) Die Stände sollen Gutachten abfassen lassen über die Verwendung der eingezogenen Kirchengüter. 15) Der Kurfürst und Landgraf übernehmen für zwei weitere Jahre die Hauptmannschaft des Bundes⁴.

nr. 494.

¹ Die auf die Kammergerichtsbeschwerden und Türkenhilfe bezüglichen Punkte s. unten nr. 500.

² Eins der 5 Originale des Bundesbriefs d. d. April 9, befindet sich im Str. St. Arch. G. u. P. lad. 48. Gedruckt bei Hortleder II 1342, Lünig part. spec. cont. p. 207. Von den Städten siegelten nur Hamburg und Braunschweig, denen die andern Reversalbriefe auszustellen hatten.

³ Schwester des Landgrafen Philipp.

⁴ Ausserdem beschäftigte sich ein «Nebenabschied» mit den Beschwerden der einzelnen Stände. (Strassburg ist hier nicht dabei.) Ebenda.

497. Instruction Sachsens, Hessens und Lüneburgs für Jacob Sturm und Hermann von der Malsburg, an Herzog Ulrich von Württemberg. [April?] Braunschweig.

Marb. Arch. (Württemberg) Conc.

Auf Grund des Braunschweiger Abschieds, wonach die evangelischen Obrigkeiten für den gesicherten Fortbestand des Evangeliums nach ihrem Tode oder Amtsaustritt Vorkehrungen zu treffen haben, sollen die Gesandten mit Herzog Ulrich von Württemberg handeln, dass er seinen Sohn, Herzog Christoph, zu sich bescheide und verpflichte, die reine Lehre in Württemberg aufrecht zu erhalten und im Schmalkaldischen Bunde zu verbleiben. Sie sollen ferner erzählen, es werde behauptet, dass er seinem Sohn schon seit mehreren Jahren «keine unterhaltung mehr gebe.» Er möge dies doch ja thun und sich überhaupt väterlich und gnädig gegen Christoph erzeigen, damit dieser nicht veranlasst werde, bei den Feinden des Evangeliums eine Bestallung zu suchen. Wenn Ulrich hartnäckig bleibe, sollen die Gesandten wenigstens seine Einwilligung dafür zu gewinnen trachten, dass die oberländischen Einigungsverwandten auf ihre Kosten Herzog Christoph unterhielten. Dat. fehlt¹.

p. 480.

nr. 484.

498. Ein Unbekannter an [Dr. Franz Frosch in Strassburg.]² April 10.

Str. St. Arch. AA 44. Copie. Beilage ebenda. Copie.

Praktiken Helds gegen die Evang. Annahme von Hauptleuten. Beilage: Heimliche Besprechungen katholischer Fürsten mit Held in Speier wegen eines Bundes. Es sei zunächst auf Augsburg abgesehen. Kurpfalz durch Pfalzgraf Friedrich aufgehetzt. Helds Versuch, die Stadt Nürnberg für seine Pläne zu gewinnen, ist gescheitert.

«Lieber herr doctor und pruder. ich schick dir dis neue zeitung [S. Beilage], so du vileicht zum teil selbst wol wissen magst. und ist gewisz, das D. Held nit feiert wider die protestirenden. er beschreibet die hauptleut hin und wider; ist vor vier tagen herr Wolf Dietrich von Pfirt — der jetz den nechsten zu herzog Wilhelmen reit — zu Speir bei ime gewesen. so hat er herr Johann Hilchin auch der zeit gen Speir zu ime zu komen beschriben, der aber nit komen, sonder seinen diener geschickt, der ine den Helden, als er vor dreien tagen zu Heidelberg bei der Pfalz und Hansen von Sickingen und andern hauptleuten gewesen, vorgestern zu mittag gen Udenheim wider zum bischof zu Speir geritten, zu mittag mit ime gessen und alsbald wider hinweggeritten — nit waiz man wohin — (deshalb ine herr Johans Hilchins knecht daselbst) nit konden finden. hat aüch nit erfaren mogen, wohin er, Held, geritten. es sichtet in soma der sach gleich, das er etwas züm anfang eins kriegs subornire. er hat, wie man sagt und waist, gemain kaiserlich credenzen, da an das

¹ Wahrscheinlich ist die Instruction noch auf dem Braunschweiger Tage, der am 16. April endete, verfasst worden. Vgl. unten nr. 516.

² Dass Frosch der Adressat ist, ersieht man aus der folg. Nummer. Der Absender, dessen Name offenbar geheim gehalten werden sollte (vgl. nr. 501), ist in vorliegender Copie nur als «L. C. U. doctor» unterzeichnet. Vielleicht ist es Dr. Ulrich Chelius (Geiger).

camergericht, da an ander fursten und stend, das man ime, was er anzeigt, glauben geben und demselbigen stracks volg thun solle, damit <wider> alle vorige zusage gegen den protestirenden, des fridens halben zu Nurmberg und anderswo aufgericht, nach seinem, des Helden, gefallen widerümb aufgehoben, und also alles das verderben und genesen der protestirenden in seinem gewalt, das heist ein mümschanz umb das reich teutscher nation geworfen.» — Dat. «in eil» Mi. n. judica.

BEILAGE.

«Es haben sich dieser fasnachtzeit versamlet zu Speier, und wie gesagt würdet auf verordnung und ervordern der kai. und Ro. ko. mt., D. Mathis Held von wegen — als er angibt — der kai., und herr von Madrusch, des bischofs von Trient hofmeister, in namen — wie er angeben — der Ro. ko. mt., und dan die rete des erzbischofs zu Menz aus dem stift Magdenburg, des erzbischofs zu Salzburg, des bischofs von Würzburg, des bischofs von Bamberg, — bei dem bischof von Speier sind die obgenannten ab und zugeritten —, herzog Wilhelms von Baiern, herzog Joergen von Sachsen, herzog Heinrichs von Braunschweig¹. derselben zeit sind auch bei ein versamlet gewesen die vier churfursten oder ir botschaften am Rhein zu Wesel². und ist an beiden orten die sach heimlich tractirt, also das nit vil leut des solten in erfahrung komen. aber under anderm ist durch ein person, so D. Helden diener eines kuntschaft hat, bei demselben Heldischen diener sovil bei dem trunk angehalten, das derselbig diener nach vilem anhalten den heling³ seins wissens herausser gelassen, in grossem geheim geoffenbart, das dis versammlung zu Speir sei furgenomen, gegen den protestierenden einen gewissen und tapfern widerstand und gegenpund zu machen» etc. Herzog Wilhelm von Baiern habe schon Hauptleute bestellt und beabsichtige, 800 Pferde und Fussvolk anzunehmen. Denselben Zweck habe die Kurfürsterversammlung in Wesel. Helds Diener sei mit Briefen dorthin geschickt worden, aber erst nach Schluss des Convents angekommen. Auf weiteres Befragen, gegen wen sich der Angriff zunächst richten werde, habe jener gesagt: gegen Augsburg. Sachsen und Hessen sollte der Weg verlegt werden, dass sie dieser Stadt nicht zu Hülfe kommen könnten.

Diese Anzeige des Heldschen Dieners sei ziemlich glaubwürdig. Der Kurfürst von der Pfalz sei wahrscheinlich durch seinen Bruder Pfalzgraf Friedrich, welcher ja dem König von Dänemark verfeindet sei, gegen die Protestierenden aufgehetzt. Auch die Schatzung, welche der Kurfürst seinen Unterthanen auferlegt, hänge wohl mit kriegerischen Absichten zusammen.

«Nu aber das solch anschleg, wie obgemelt, vorhanden, so füret nachfolgend anzeig nit einen geringen glauben darzu, und ist eben das, das vor dieser zeit onlangs D. Held bei einer furnemlichen reichsstatt im reich gewesen, als er sich angeben, auf kai. mt. bevelch, und sich mit glatten

nr. 499.

¹ Vgl. Ranke IV 78.

² D. h. in Oberwesel.

³ Haelinc = Geheimnis (Grimm).

worten insinuiert, und wie die kai. mt. noch ein sonder gnedigs vertrauen zu inen trag und demselbigen nach ime bevolen, si umb ir gutbedenken und rat anzüsuchen, dieweil ir mt. doch in erfahrung komen, das dieselb statt etlichen anlegen, so die protestirenden wider ir mt. vorhaben, züwider und denselben gar nit anhengig seien, das si doch ime, Helden, in vertrauen anzeigen und kai. mt. raten wolten, welcher gestalt und mit was massen doch die protestirenden von einander und ir ansleg getrenndt und gegen denselben protestirenden — als ers nennet — defensive gehandelt werden möchte. und wo si dieselb statt sich in solchem mit gutem rat und furderung hierauf erzeigen würden, [würden] si inen gewisslich vor allen andern stetten ein gnedigen kaiser machen, und das dessen, so sie vormals verdacht und bei der kai. mt. etlichermassen angetragen worden, durch die kai. mt. genzlich nachgeben, vergessen und zu ungnad nimer gedacht werden sollte. als nü ein rat derselben statt dem Helden darauf geantwürt, das inen auf solch ersuchen, als die diser sachen zu gering und nit verstendig(en), hierin nit fuglich were zu raten, so gedächten si auch, das wo gegen den protestirenden ichts gewaltigs furgenommen, das solchs zu verderben gemeiner teutscher nation langen solte; darumb si fur besser ansehe, das ander weg und mittel, als durch ein gemein versamlung oder sunst angesehen und furgenomen, damit einigkeit und frid im reich erhalten würde; des aber Held nit gesettigt, sonder sein weiter furschlag entdeckt, nemlich ob nit gut sein sollt, widerümb einen — wie vor gewesen — starken pund aufzurichten¹: ist ime gleichwol darauf gesagt, das vor derer zeit, dieweil der pund dannocht in wesen, in sachen der religion durch etlich umb hilf auch angesucht; darauf aber bedacht, das on ein grosse gemein zerrittung kein fruchtbarlich hilf beschehen hett mögen. so würde ires achtens jetzo, diweil sich die sachen gemeret, vil weniger dieselben durch einen pund ausgericht werden konnen. darauf sich Held noch weiter vernemen lassen, ob nit das ein weg were, das zwen pund zugericht würden, nemlich einer im oberland, darin neben andern fursten prelaten und stenden — so den Luterischen nit anhengig — ko. mt. mit iren konigreichen furstentumben und oberland, der ander in niederland, darin die vier churfursten und andere der ort fursten und stend sampt dem haus Burgund und allen kaiserischen niederlanden verfasst sein solten, und das der kaiser des niederlendischen und der konig des oberlendischen punds haupt were, alsdann an beiden orten an gelt und macht kein mangel sein wurde, welche beide pund einandern zu hilf komen mochten; also wo jemens durch die protestirenden beschwert, solte der nechst pund angreifen, so der sachen gesessen und alsdann der ander pund die andern, so dem angriffnen protestirenden zu hilf komen wolte[n], anheims behalten und verhindern, damit si nit zusammenkemen, und wo not dieselben protestirenden in der mitte fassen. welchs dann seins achtens allein der weg sein möchte, die ungehorsam zu strafen, also und mit dergleich weitem erzelen, das es dieselbigen herrn der statt nit unbillich verwundert hat, das er sich eines solchen gegen inen vermerken lassen». — Dat. fehlt.

¹ Anspielung auf den Schwäbischen Bund.

499. Dr. Franz Frosch an die Geheimen von Augsburg.

April 20.

Augsb. Arch. Orig.

Uebersendet Zeitungen, die ihm von einem guten Freund zugekommen sind¹. Er habe geglaubt, dieselben mit eignem Boten schicken zu müssen, da sie Augsburg besonders nahe angingen. Ergebenheitsversicherungen.

Ausserdem sei ihm mündlich mitgeteilt worden, dass die Stadt, bei welcher laut der Zeitung Dr. Held geworben habe, Nürnberg sei; ferner «daz dis die ursachen sein sollen, warumb die gehorsamen fursten in furnemens seien, ein stat Augspurg vor andern anzugreifen, dieweil dieselbig herzog Wilhelmen wol gelegen, nit seher vest zuo der weher erbawen und reich sei etc.» Schliesslich habe er gehört, dass infolge der Hetzereien Dr. Helds das Kammergericht wieder anfangs, in Religionssachen zu prozedieren². — «Dat. Straszburg uf den osterabend den 20. aprilis a. etc. 38».

500. Jacob Sturm, Utman Böcklin und Batt von Duntzenheim, Gesandte Strassburgs zum Braunschweiger Tage, an den Rat.

April 20.

Cassel.

Str. St. Arch. AA 466. Concept von Sturm mit Zusätzen Michel Han's.

Berichten über ihre Verhandlungen in Braunschweig wegen der Hanauischen Streit-sachen. Die Stände wollen letztere erst näher prüfen lassen, ehe sie der Stadt Strassburg Unterstützung versprechen. Schrift an das Kammergericht. Schreiben des Landgrafen an Dr. Held wegen dieser Sache. Verweigerung der Türkenhilfe.

nr. 485.

Das Schreiben samt Copie «der articulierten clag, wider grave Philipsen von Hanaw an camergericht inbrocht, und doruf gevolgten urteil daselbst (*)³» hätten sie am 1. April zu Braunschweig erhalten und mit der andern Prozesssache, den Zug nach Willstett belangend, in der nächsten allgemeinen Versammlung den Ständen vorgetragen. «also haben sich gemeine stende einer meinong und antwort entschlossen, wie e. f. e. w.⁴ us bilingender copeien mit A bezeich zu vernämen haben⁵. als wir nun derselbigen durch das, das si also in abschid zu setzen bevolen ward, bericht worden,

¹ S. vorige Nummer. Die hier beiliegende Copie ist von der Hand Michel Han's.

² Augsburg dankte für diesen Brief in einem Schreiben an Frosch d. d. April 25. Augsburg. Arch., Conc.

³ Von diesem Prozess ist nichts näheres bekannt; vgl. unten nr. 512 Punkt 4.

⁴ Abkürzung für die Anrede: «Ewer fürsichtige ehrsame weisheit».

⁵ Liegt nicht bei; doch ist der Inhalt aus dem Braunschweiger Abschied (s. p. 480) zu ersehen. Danach wurde der Strassburger Prozess als eine weltliche Angelegenheit bezeichnet und die Entscheidung, wie man sich dazu stellen wollte, davon abhängig gemacht, ob sich die Stände im allgemeinen für die Recusation des Kammergerichts und für ein Bündnis in weltlichen Sachen erklären würden oder nicht. Im letzteren Falle sollte der Stadt gleichwohl möglichste Unterstützung durch Ausschreiben an den Kaiser, König etc. zu Teil werden. Vor allem aber sollte die Frage, ob den Strassburgern wirklich Unrecht geschehen, durch eine von den Fürsten zu berufende Versammlung von Rechtsgelehrten entschieden werden. Die Erklärung der Stände bezüglich der Recusation sollte den Hauptleuten bis zum 24. Juni zugeschickt werden.

auch daraus vernomen, das sie sich uf ein andere handlung einer gemeinen recusation des camergerichts, auch einer gemeinen verstendnus in allen — auch eusserlichen — sachen, — so erst anheimisch weiter bedacht und dan zu oder abgeschrieben soll werden —, referiern und also in langen verzug geraichen wöllen, haben wir bi beiden, dem churf. zu Sachsen und landgraven zu Hessen, umb verner verher gebeten, mit anzeig, das die erst sach, den zug gon Wilstetten belangen, disen verzug nit erliden möcht. also hat man uns verner durch den usschutz verhört, welchem wir angezeigt, us was ursachen die sach den verzug und bedocht nit erliden möge und deshalb vernern rat begert, wie e. f. e. w. zu unser ankunft vernemen werden. doruf ist uns von den stenden die letzter antwort worden, wie das die bigelegt copei mit B verzeicht uswiset¹. und wiewol wir durch allerlei particularhandlung neben gemeiner werbung die sach gern uf andere ban brocht, so hat es doch nit sein wöllen, das man sich dismols on weiter berotschlagung der gelerten diser sachen, als ob die us der religion herfliesz, annemen wöllen» etc. «haben uns also dises abschids settigen müssen lassen; doch hand wir die schrift an den pfalzgraven, darvon die letste ant[wort] meldung thut, nit annemen wöllen, sonder es zu ir chur. und f. g. gefallen gestölt, ob si die überschicken wöllen oder nit. aber die schrift an camerrichter und beisitzer (*) haben wir dergestalt angenommen, das wir si euch, unsern hern, zuschicken und zu deren gefallen, die zu überschicken oder zu verhalten, stöllen wolten, wie wir dan sie sampt einer copei derselben e. f. e. w. hiemit überschicken, mit rat doctor Froschen der überschickung oder verhaltung halber sich haben zu richten. so würt unser g. her landgrave doctor Helden fur sich selbs und ad partem schreiben², ob dodurch die sach in verzug brocht möchte werden.

Daneben haben wir, wes ko. mt. durch Lienhart Straussen der Turkenhilf halber an euch werben hat lassen, angezeigt. gleicher gestalt haben die Wirtenbergischen rät, die gesanten von Augspurg und Ulme, wes bi inen derselben hilf halber geworben, auch anzeig gethon. so ist her Jacob Truchsesz, friher zu Walpurg, von wegen ko. mt. zu Braunschweig gewesen, hat ein gleiche werbung an unsern g. hern den landgrave auch gethon. und wiewol wir ewer unser hern bedenken lut unser instruction angezeigt, so haben sich doch gemeine stend einer anwort ver-

nr. 494.

¹ Liegt nicht bei, jedoch aus dem Abschied ersichtlich. Da die Prozesssache keinen Verzug duldet, so soll die beschlossene Versammlung der Rechtsgelehrten so schnell wie möglich berufen werden. Findet sich dann, dass den Strassburgern vom Kammergericht Unrecht geschehen, so sollen der Kurfürst und der Landgraf ihnen raten, wie die Execution weiter aufzuhalten sei, und wenn dies nichts nützt, von neuem die Stände zur Beratung erfordern. Auch sollen sie u. a. den Strassburgern eine «Fürschrift» an den Kurfürsten von der Pfalz zustellen, worin derselbe gebeten wird, den Grafen von Hanau als seinen Lehensmann zu einem Stillstand am Kammergericht zu bewegen. Ebenda.

² Der Landgraf schrieb an Dr. Held 1) im Namen der Stände einen allgemein gehaltenen Brief, in welchem er über das Vorgehen des Kammergerichts Beschwerde führte und auf die üblen Folgen, die daraus entstehen könnten, aufmerksam machte (vgl. oben p. 477 A. 2.) 2) den oben erwähnten Brief in seinem eignen Namen, worin er die Beschwerden Strassburgs darlegte und die Anerbietungen der Stadt (nr. 495) zur Annahme empfahl. Das Concept zu diesem Brief hat Sturm selber verfasst. Ebenda. Vgl. auch Rommel II 396.

glichen, wie ir ab biligender copei mit C verzeicht¹ befinden werden.» — «Dat. Cassel am osterabend a. etc. 38.»

501. Die Dreizehn an Landgraf Philipp².

April 21.

Marb. Arch. (Corr. Philipps). Ausf.

- nr. 498. Uebersenden die Zeitungen vom 10. April mit der Bitte um sorgfältigste Geheimhaltung, damit Dr. Held nicht davon erfahre; denn dies würde «dem guten freund, der es unserm teil zu gutem und wolfart verhandlet, zu hohem schaden und nachteil komen, des wir ime seiner trew halben, — wiewol wir inen auch nit wissen —, gar ungeru gonnen wolten. darneben ist jetzo ein zeit her ein strenger lauf der knecht bei uns gewesen, da wir so vil erfahren, das die uf Langersch³ zu bescheiden; wohin die aber in Frankreich, Nederland oder sonst gebrucht werden, können wir noch nit wissen.» — Dat. 21. Apr. a. 38. — Pr. Mai 1.

502. Ruprecht, Pfalzgraf bei Rhein und Graf zu Veldenz, an die Dreizehn.

April 24.
Hornbach.

Str. St. Arch. AA 469. Ausf. Zettel ebenda.

- nr. 498. Dankt für die Zeitungen über die Praktiken Helds. Er habe die vielen Reisen desselben schon lange für verdächtig angesehen, hoffe aber, «gott soll die sach alle zum besten schicken und die sinen erhalten.» Bittet um weitere Nachrichten. Dat. Hornbach Mi. n. Ostern a. 38. — Empf. Apr. 25, pr. Apr. 26.

Zettel: Es ziehen viele Knechte durch, deren Musterplatz Langres sein soll. Er habe auch gehört, «das der churfursten etlich, sither sie zu Wesel bei einander gewesen, in der still reiter annemen lassen» etc. Dat. ut in lit.

503. Die Geheimen von Ulm an die Dreizehn.

April 26.

Str. St. Arch. AA 475. Ausf.

- nr. 498. Haben die geheimen Zeitungen von Strassburg empfangen; «und wonen uns nicht wieniger dann e. f. vermutungen bei, die sachen möchten in den beschwerden, von euch bedacht, steen. uns hat aber von sollichem, das uns von e. f. angezaigt, nichts angelangt; aber daneben so geben wir derselben vertrauter freuntlicher mainung zu erkennen, das die knecht bei uns zimlich ufgewigelt und zum ablaufen gepracht. so soll von der kron Frankreich bevelch beschehen sein, dreissig fendlin knecht anzunemen, aber von dem grund, das die gewiszlich in Frankreich gepracht werden wöllen, davon könden wir nit wissen. so sein auch ain zeit her von den herrn von Bairn

¹ Str. St. Arch. AA. 411, 86. (prod. April 26 u. 29). Die Türkenhölle wird darin abgeschlagen unter Geltendmachung der alten Beschwerden über das Kammergericht etc.

² Ebenso an Ulm. Ulm. Arch. Ref. T. XXIII.

³ = Langres.

hauptleut angebunden, auch buchsenmaister bestöllt.» Versprechen weitere Kundschaft¹. «Dat. freitags post pasce a. etc. 38.» — Empf. und gelesen Mai 1.

504. Der Rat an Herzog Ulrich von Württemberg.

April 26.

Stuttg. Arch. Ausf.

Mainz habe jetzt das Syndicat für Strassburg auf den 1. Mai ausgeschrieben. Bitte um Sendung eines Rechtsgelehrten zum Beistande.

Auf Strassburgs Ansuchen beim Kurfürsten von Mainz wegen des Syndicats sei erst am 1. April Antwort gekommen, dass dasselbe auf den 1. Mai nach Speier ausgeschrieben sei. Darauf habe man dem Kurfürsten erwidert: «da die zeit der usgangen executorial, in deren uns bei heherer peen gepoten, ergangner urteil statt ze thun, sich genehert, hetten wir zu vermeidung solicher peen uns am kei. cammergericht einlossen muessen, in derselben execution - sach wir noch rechthengig weren und nit wissen konten ouch nit gedechten, das zwischen der zeit des ersten meiens darin gesprochen oder geurteilt wurde, derhalbn <uns> [wir] dieser zeit mit solichem sindicat der executionsach unentscheiden nit furfaren konten.» Der Kurfürst möge deshalb das Syndicat vorläufig wieder abschreiben. Derselbe habe indessen geantwortet, es sei jetzt zu spät dazu; «dann die beschribenen sindicatores nunmehr zum teil daheim usgeritten» etc. Unter diesen Umständen müsse man das Syndicat annehmen und bitte deshalb, Herzog Ulrich möge einen seiner Räte zum Beistande Strassburgs nach Speier schicken². Dat. 26. April a. 38. nr. 495.

505. Die Geheimen von Ulm an die Dreizehn.

Mai 2.

Str. St. Arch. AA 475. Ausf. Beilage ebenda. Copie.

Senden einen Bericht Augsburgs, wonach Baiern, Salzburg u. a. rüsten. Angeblich seien die Werbungen für Venedig oder Frankreich, in Wirklichkeit aber, auch nach Helds Aussage, gegen die Lutherischen.

Uebersenden Copie eines Briefs der Augsburger über die Bairischen Rüstungen (S. Beilage). Haben gehört, dass die vier Rheinischen Kurfürsten

¹ Schon zwei Tage später, am 28. April, schrieben sie wieder, das Laufen der Knechte mehre sich; doch sei ihnen der Zweck der Werbung noch verborgen. Ebenda.

² Das Syndicat kam gleichwohl nicht zur Ausführung, wie aus einem Schriftstück ebenda erhellt; vielmehr beschlossen am 7. Mai die zu Speier erschienenen Visitatoren, dass trotz der Bereitwilligkeit Strassburgs, sich auf das Syndicat einzulassen, dasselbe zur Zeit nicht vorzunehmen sei, einmal wegen der von Strassburg selbst in obigem Schreiben an Mainz angeführten Gründe, sodann weil nicht alle Syndicatoren der Einladung gefolgt seien, und es den Erschienenen, «in solicher groszwichtiger sachen, so hievor im reich ungepreuchlich, disputirlich und zweifentlich», allein zu urteilen, nicht geböhre. Wenn Strassburg später noch auf dem Syndicat bestände, sollte es nochmals angesetzt werden. Unterschrieben sind ein Commissar des Kaisers, einer von Seiten des Kurfürsten von Mainz, einer von Seiten des preussischen Hochmeisters, einer von wegen der Grafen und Herren der Wetterau und zwei von wegen der Stadt Köln.

demnächst in Gelnhausen zusammenkommen wollen. Bitten um Kundschaft, damit man erfahre, was daselbst verhandelt werde. Dat. Do. 2. Mai a. 38. — Empf. und lect. Mai 9.

BEILAGE.

Die Geheimen von Augsburg an die Geheimen von Ulm.
April 29.

nr. 498. Haben heute dem Landgrafen folgende neue Zeitungen geschickt: «namlich das herzog Wilhelm und herzog Ludwig von Bairn all ir hauptleut jetzt zu Landshut zusammenberufen; sind allgerait uf dem weg. und soll herr Conrat von Bemelberg als der oberst auch dahin komen. dergleichen versamlung der bischof von Salzburg aller seiner hauptleut und pensioner auch hat. es sollen uf den 15. mai alle stend, so hievor zu Speir gewest, wider dahin komen. item man lesst sich im Bairland und sonst vernemen, die Venediger haben an die fursten, auch bischof von Salzburg begert, ain grosse anzal knecht ufzunemen und ine, den Venedigern, zuzeschicken. mag aber wol ain schein und döckel sein, damit dester onvermerkter ain volk zusammenpracht wurde. disem ist auch nit ungleich, das furgeben wiert, als sollten dem Franzosen dreissig fenlin knecht bestöllt und in Lotringen beschiden werden, so doch verpoten ist, das dem Franzosen niemand zuziehen soll, und ist Sebastian von Ehingen bestöllt, daselb zu verhueten. aber jetzt weret er des zugs niemand, welches auch argwon gibt. item wir werden glaublich bericht, das im Friesland vierzehntausent knecht sollen angenommen werden. so hat sich doctor Höld gegen ainem hauptman, des wir gut wissens haben, vernemen lassen, die Luterischen sollen gestraft werden, und er hab noch zu zwaien bischofen zu reiten, alsdann sei die sach ganz, und der krieg zwischen kaiserlicher mt. und dem Franzosen werd kain verhinderung pringen; dann es sei gewiszlich ain jar lang ain stillstand gemacht.» — Dat. Mo. 29. April a. 38.

506. Landgraf Philipp an die Dreizehn.

Mai 3.
Ziegenhain.

Marb. Arch. (Covr. Philipps) Conc.

Sendet Dr. Walter als Beistand beim Syndicat. Zusammenkunft des Kaisers mit Franz I. und dem Papst. Gute Kundschaft wegen der Knechte nötig. Werbungen im Oldenburgischen. Bittet um Rat, ob man die Offensive ergreifen soll.

nr. 501. Antwort auf ein Schreiben betreffend das Syndicat (*)¹ und auf die Zeitungen vom 21. April. Es wäre ihm lieber gewesen, das Syndicat wäre unterblieben; da es nun aber einmal dazu gekommen sei, so habe er den Dr. Johann Fischer, genannt Walter, den er für den «im rechten erfahrensten man» in seinem Lande halte, nach Speier abgeordnet, um den Strassburgern als Rechtsbeistand zu dienen².

¹ Wahrscheinlich gleichen Inhalts und Datums wie nr. 504.

² Frankfurt sandte auf Strassburgs Bitte seinen Advocaten Dr. Adolf Knobelauch nach Speyer, laut Mitteilung vom 29. April. Frankf. Arch. reg. diurn.

Auf den Lauf der Knechte müsse man genau achten, zumal da auf der jetzigen Zusammenkunft zwischen dem Papst, dem Kaiser und dem König von Frankreich der Streit der beiden letzteren wahrscheinlich beigelegt werden würde¹, und man nicht wissen könne, was für Praktiken sonst dabei geplant würden. Sei es nun, dass die Knechte gegen Bern, das mit Savoyen im Streit sei, gebraucht würden oder gegen die Türken, sei es, dass sie in Frankreich blieben oder gegen die Evangelischen zögen, jedenfalls müsse man Kundschaft machen, um «zu erlernen, wo solche knecht den kopf hinausstrecken wolten.» Im Niederland, «sonderlich in graven von Altenburg² land umbs haus Wedde her» würden auch 2000—4000 Knechte versammelt, zu welchem Zweck, sei noch unbekannt.

Bittet um geheime Mitteilung, «ob auch der papisten beschwerlichen geuerlicheit, — so sie etwo zu irer gelegnen zeit gegen uns möchten erscheinen lassen —, wie ein lange zeit her gescheen, lenger zu gewarten oder sonstet zu begegnen sei.» Dat. Ziegenhain Fr. n. quasimodo a. 38.

507. Die Geheimen von Ulm an die Dreizehn.

Mai 7.

Str. St. Arch. AA 475. Ausf.

«An hewt hat uns von ainer erbern statt des reichs — gleichwol gehaimer vertrauter weis — angelangt, das derselben durch ainen irn burger — gleicher gehaim — zuempoten, das die jetz laufenden knecht all auf Niclausport³ zu beschaiden, und daselbs zu Niclausport under den knechten das geschrai, das herzog Christof von Wirtemberg durch hilf und zuthon des herzogen zu Lutringen — der dann entschlossen, ime herzog Cristofen aine von seiner f. g. dochter eelich zu vermehlen — in furnemen stee und sei, seinen vater, unsern gnedigen herrn, herzog Ulrichen zu Wirtemberg, mit der that anzugreifen, den zu uberziehen oder zu vertreiben.» Da diese Nachricht für die Evangelischen und namentlich für Strassburg und Ulm als Nachbarn Würtembergs von höchster Wichtigkeit sei, so möge Strassburg auszukundschaften suchen, ob etwas Wahres daran sei. Dat. Di. 7. Mai a. 38. — Lect. Mai 10.

508. Herzog Ulrich von Württemberg an die Dreizehn.

Mai 9.
Stuttgart.

Str. St. Arch. AA 468. Ausf.

Der Landgraf habe ihm geschrieben, dass bei Mainz, Neustein und Oppenheim Knechte über den Rhein setzen, welche sich bei Kaiserslautern und Kubbelberg sammeln und von dort auf Landau und Weissenburg ziehen sollen. Bittet um Kundschaft wegen derselben, «wa sie den kopf hinus wenden.» — Dat. Stuttgart Do. n. misericordia dom. a. 38. — Lect. Mai 11.

¹ Die Verhandlungen zu Nizza im Mai führten bekanntlich zu einem 10jährigen Waffenstillstand. Persönlich kamen der Kaiser und der König nicht in Nizza, sondern erst etwas später in Aiguesmortes zusammen. Ranke IV 85.

² = Oldenburg.

³ St. Nicolas-du-Port im Arrond. Nancy.

490 1538. Türkenhilfe dringend. Kurfürstentag zu Gelnhausen. Versuch, eidgen.

509. Die Dreizehn an die Geheimen von Ulm.

Mai 13.

Str. St. Arch. AA 467. Conc.

p. 480. Sind mit Ulms Vorschlag¹, dass in Esslingen am 27. Mai ein ober-
ländischer Städtetag zur Beratung einiger Punkte des Braunschweiger Ab-
nr. 494. schieds abgehalten werden soll, einverstanden und haben Frankfurt davon
nr. 500. benachrichtigt². Strassburg habe auf König Ferdinands Werbung
wegen der Türkenhilfe, wie zu Braunschweig beschlossen, abschlägige Ant-
wort gegeben, obwohl der König sein Verlangen inzwischen wiederholt habe³.
Nun sei jedoch letzthin sowohl vom Kaiser wie vom König abermals drin-
gend um Hilfe ersucht worden⁴; da also die Not wirklich sehr gross zu
sein scheine, so wolle man nochmals in Esslingen darüber ratschlagen und
eventuell von dort aus den Landgrafen um sein Gutachten bitten. Dat.
13. Mai a. 38.

510. Ruprecht, Pfalzgraf bei Rhein und Graf zu Veldenz, an die Drei-
zehn⁵.

Mai 14.

Zweibrücken.

Str. St. Arch. AA 468. Ausf.

nr. 505. «Wir zwifeln nit, ire haben villicht wissen, das die churfursten am
Rine itzt zu Gelnhusen zusammenkomen werden. nu hat uns aber doneben
angelangt, das die graven in der Wedderauwe auch dohin komen sollen,
unser achtens in gestalt, den Wedderauwischen bund mit bestimpten chur-
fursten wieder ufzurichten; welchs dan, wie ire zu bedenken habt, nit
vergeblich noch sunder ursach beschicht.»⁶ — «Dat. Zweinbruck uf dinstag
nach jubilate a. etc. 38.» — Pr. Mai 17.

511. Die Geheimen von Augsburg an die Dreizehn.

Mai 15.

Str. St. Arch. AA 475. Ausf.

Der Landgraf habe ihnen kürzlich geschrieben, «das gut were, weil
sich die leuft so irrig und sörglich erzaigen, neben ander geraitschaft und
gewarsam auch etlich ort us der aidgnosschaft, als Zürich, Bern und Basel,
zu ersuchen und anzelingen, den evangelischen stenden und stetten in für-
fallender not kriegsvolk umb gebürliche besoldung widerfarn zu lassen und

¹ D. d. Mai 8, ebenda.

² Ausf. entsprechenden Inhalts im Frankf. Arch.

³ Ferdinand beglaubigte Johann Vogt und den früheren Gesandten, Lienhart Strauss, durch Schreiben vom 7. März zur Erneuerung der Werbung. Dieselbe fand am 29. April statt. Str. St. Arch. AA 411.

⁴ Diese Werbung wurde dem Rat am 11. Mai vorgetragen. Das bezügliche Schreiben des Kaisers ist datiert aus Barcelona 28. März, das Ferdinands (Druck) vom 23. April. Str. St. Arch. AA 411.

⁵ Auf der Adresse steht irrtümlich: «an die vierzehnen (!) kriegsrete».

⁶ Die Versammlung unterblieb, wie Ruprecht selber am 20. Juni in einem Brief mitteilte, welcher gleichzeitig auf die in Nürnberg tagende Versammlung der Papisten aufmerksam machte. (Ebenda AA 473.) Vgl. unten nr. 520. Strassburg sandte ihm darauf näheren Bericht (?), wodurch er am 2. Juli zu einem Dankschreiben veranlasst wurde. Ebenda AA 468.

an inen zu erkundigen, wes sich diz falls bei ine zu getrösten; zu welchem handel sein f. g. e. f., die von Ulm und Augspurg fürgeschlagen.» Halten diesen Vorschlag des Landgrafen für nützlich und bitten, die Strassburger Gesandten auf dem Esslinger Tage am 27. Mai darüber mit Instruction zu versehen. Dat. 15. Mai a. 38. — Pr. Mai 21¹.

nr. 509.

512. Bedenken der Verordneten Jacob Sturm, Ulman Böcklin, Mathis Pfarrer und Batt von Duntzenheim über den Abschied von Braunschweig und den bevorstehenden Tag zu Esslingen am 27. Mai². Mai 15.

p. 480.

Str. St. Arch. AA 466. Conc. von M. Han.

Bündnis mit Dänemark auch auf zeitliche Sachen zu erstrecken. Kleine Anlage. Ausdehnung des Schmalk. Bundes auf weltliche Angelegenheiten. Versendung der Strassb. Prozessacten. Ausschreiben gegen das Kammergericht. «Äusserl. Frieden» mit Altgläubigen. Dem Herzog von Preussen keine bindenden Zusagen zu machen. Herzogin von Rochlitz. Türkenhilfe.

1) «Das reversal, so meine herren, ein ersamer rat der statt Straszburg, denen von Hamburg und Braunswig beschehner besiglung halben geben sollen, soll alhie gefertigt, mit gein Eszlingen genomen und daselbst aus mit den andern der stett reversalen überschikt werden³.

2) Das Bündnis mit Dänemark solle man ruhig auch auf «äusserliche» oder «profane» Dinge erstrecken; denn ein grosser Teil der Fürsten und der Sächsischen Städte sei dafür und werde die übrigen «leichtlich überstimmen mögen, also das one zweifel soliche jetzt bewilligte hilf in sachen religionis seiner kon. dt. auch in prophansachen nit bald geweigert oder aberkânt werde.» Wenn jedoch die andern oberländischen Städte zu dem Bündnis in «zeitlichen» Sachen nicht zu bewegen seien, so dürfe sich Strassburg allerdings nicht von ihnen absondern, sondern müsse gemeinsam mit ihnen das zeitliche Bündnis — «doch ufs glimpfigst und fuglichst» — abschlagen⁴.

3) Frankfurt solle gebeten werden, das Geld, welches Strassburg für das Geschütz und für die kleine Anlage schuldig sei, auszulegen⁵.

¹ In einem gleichzeitig eintreffenden Brief vom 14. Mai baten die Augsburger auch um Nachricht über die Rüstungen in Lothringen. Vgl. oben nr. 507.

² Dieses «Bedenken» wurde nach einer Schlussbemerkung M. Han's durch den Rat als Instruction zum Esslinger Tage genehmigt; zugleich wurden Sturm und Han mit der Vertretung daselbst betraut. Die Beschlüsse des Tages haben wir auf Grund des Abschieds (ebenda AA 467) bei den einzelnen Artikeln des Gutachtens angemerkt.

³ Es ist von dem Revers wegen des Bündnisses mit Dänemark die Rede, vgl. p. 480 A. 2. Concept desselben, durch welchen Strassburg das von Hamburg und Braunschweig besiegelte Bündnis feierlich ratificierte, s. ebenda. Die Esslinger Versammlung beschloss diesem Bedenken entsprechend die Uebersendung der Reverse. Der Bote sollte sich zugleich das den Oberländern zukommende Original der Bundesurkunde einhändigen lassen.

⁴ Der Esslinger Abschied verwarf das Bündnis in zeitlichen Sachen.

⁵ Letzteres geschah nicht; wenigstens hat Strassburg nachweislich seinen Anteil sowie den von Constanx und Lindau bereits am 6. Juni in Frankfurt bezahlt, worüber es am 11. Juni von dem dortigen Rat Quittung erhielt. Ebenda und Frankf. Arch. R. S.

- p. 484 A. 5. 4) Ueber die Frage, ob die Recusation des Kammergerichts und der Schmalkaldische Bund auch auf profane Angelegenheiten auszudehnen sei, habe noch kein Gutachten angefertigt werden können, weil die Strassburger
- nr. 504. Rechtsgelehrten wegen des Syndicats in Speier beschäftigt gewesen und eben erst zurückgekehrt seien; ausserdem sei der Hauptgelehrte, Dr. Franz Frosch, zur Zeit durch Krankheit an der Abfassung des Gutachtens verhindert. Man möge deshalb die Meinungen der andern Städte in Esslingen hören und auf Hintersichbringen annehmen oder, falls die andern auch noch keine schriftlichen Bedenken ausgearbeitet hätten, «ain unvergriffenlich gesprech und umbfrag» darüber veranstalten. Zugleich müsse man sich darüber einigen, «wie das zu- oder abschreiben dieser puncten halb be-
sehen wölt, in ainer gemainen oder in sondern schriften^{1.}» — «nota: wann von ainer unvergriffenlichen meinung umbgefragt und geredt wirdet, sollen meiner herren gesandten anzaigen, ut sequitur iuxta hoc signum #^{2.}» Was die Uebersendung der Strassburger Prozessacten an die Fürsten betrifft,
nr. 485. so wissen die Verordneten nicht anders, als dass die auf den Willstetter Zug bezüglichen bereits alle überschickt sind. «so stellen sie es zu weitem meiner herren bedenken und gefallen, ob sie die acta in der andern sach, abstellung wunn³ und waid etc. beruerende, auch zusamentruckten oder schreiben wöllen lassen und dan iren chur. und f. g. überschicken wöllen oder nit^{4.}» Auch sollen die Rechtsgelehrten, die jetzt von Speier
p. 487 A. 2. gekommen sind, gefragt werden, was nun nach Aufschiebung des Syndicats weiter zu thun sei.

5) Wegen des zu entwerfenden allgemeinen Ausschreibens⁵ haben die Rechtsgelehrten noch nicht ratschlagen können. Strassburg soll sich in Esslingen deswegen entschuldigen⁶.

6) Der Artikel, betreffend «den äusserlichen Frieden» mit altgläubigen Ständen, soll gebilligt und von Esslingen aus den Fürsten zugeschrieben werden⁷.

7) Dem Herzog von Preussen gegenüber könne man bindende Verpflichtungen nicht eingehen, auch nicht solche, die darauf abzielten, dass die Evangelischen keine Werbungen gegen ihn bei sich dulden sollten; denn abgesehen davon, dass der Herzog bereits in der Acht sei, wäre es auch für die Stände schwer oder ganz unmöglich zu erfahren, ob und wann im einzelnen Falle die Rüstungen in ihren Gebieten gegen ihn gerichtet seien. «derhalten nit geraten sein wölle, in ainiche verbundnus oder verschreibung leichtlich zu bewilligen.» Doch sollten der Kurfürst und der Landgraf namens der Stände dem Herzog in einem Brief die Versicherung geben, dass

¹ Es wurde in Esslingen verabschiedet, dass die Städte vorläufig einzeln dem Landgrafen ihre Ansicht zuschreiben sollten.

² Am Rande steht: «ist per Froschium bedacht». Es liegt jedoch nichts bei.

³ = Wiesenland.

⁴ Näheres über diese zweite Sache ist nicht bekannt, vgl. oben nr. 500.

⁵ Vgl. oben p. 427 u. 479. Es handelte sich um erneute öffentliche Recusation des Kammergerichts.

⁶ Die Stadt wurde darauf in Esslingen ersucht, die Sache, sobald es anginge, ratschlagen zu lassen.

⁷ Wurde in Esslingen genehmigt.

man in keiner Weise wissentlich irgend welche Unternehmungen gegen ihn unterstützen oder begünstigen wolle¹.

8) Die Aufnahme der Herzogin Elisabeth von Sachsen sei zu bewilligen, schon um dem Landgrafen, ihrem Bruder, einen Gefallen zu thun².

9) Wegen der andern Punkte des Braunschweiger Abschieds wisse man zur Zeit nichts zu erinnern; man möge in Esslingen anmahnen, dass die Städte dieselben für sich weiter erwägen³.

10) Wegen der Türkenhülfe solle in Esslingen nach Massgabe des Schreibens vom 13. Mai gehandelt werden; dem Beschluss der Mehrheit möge sich Strassburg unterwerfen⁴. nr. 509.

11) Man solle die Kosten der Botschaften nach Koburg und Braunschweig verrechnen. Act. Mo. 15. Mai a. 38.

513. Die Geheimen von Augsburg an die Dreizehn ⁵. Mai 16.

Str. St. Arch. AA 475. Ausf.

Es sei sehr wahrscheinlich, dass die angeblichen Rüstungen gegen die Türken in Wirklichkeit den Evangelischen gälten; wenigstens höre man aus Ungarn und den Windischen Landen noch nichts Bedrohliches von den Türken. Deshalb möge Strassburg nicht nur gute Kundschaft anrichten, sondern sich auch zur Hilfe bereit halten, falls eine von den evangelischen Städten plötzlich überfallen würde. Augsburg werde seinerseits dieselben Vorbereitungen treffen. Dat. 16. Mai a. 38. — Pr. Juni 5.

514. Landgraf Philipp an Jacob Sturm und Mathis Pfarrer. Mai 19.

Cassel.

Str. St. Arch. AA 469. Ausf. Zwei Zettel ebenda.

Uebersendet Erklärungen von Trier und Pfalz bezüglich der Praktiken Helds. Zettel: Salpeterlieferung. — Die Hauptleute sollen sich bereit halten.

Auf die Anzeige der Dreizehn von den Praktiken Dr. Helds habe er bei den Kurfürsten von Trier und Pfalz Erkundigungen einziehen lassen und darauf die beiliegenden Antworten erhalten⁶. «nun kunt es wol sein, das nr. 501.

¹ Der Esslinger Abschied schloss sich diesem Bedenken an.

² Wurde auch von den andern Städten bewilligt. Die Anlage betrug nur 100 fl.

³ Wegen der Beschwerden Strassburgs kam man in Esslingen noch zu keiner Einigung.

⁴ Die Versammlung beschloss, dem Kurfürsten und Landgrafen in einem Schreiben die Dringlichkeit der Türkenhülfe vorzustellen und um Rat zu bitten.

⁵ Dasselbe Schreiben erging auch an die andern oberländischen Städte. Augsb. Arch. Conc.

⁶ Ebenda. Der Kurfürst von Trier gab in seiner Antwort vom 9. Mai zu, dass Held allerlei bei ihm geworben habe, was er jedoch schriftlich oder durch den Gesandten nicht mitteilen könne. Er wolle aber seinen Kanzler, der allein in der Sache Bescheid wisse, zum Landgrafen schicken, um die verlangte Aufklärung zu geben. Zugleich fügte er bei, die Sache habe noch keine Not, «das sich e. f. g. dero hoch zu besorgen hetten.» Ludwig von der Pfalz erklärte am selben Tage, es sei nicht wahr, dass auf Helds Betrieb ein Bund aufgerichtet sei; Held sei zwar bei ihm gewesen und habe allerlei geworben, aber «nichts in sonderheit usgericht.» Wenn die Protestierenden nicht zu Unruhe und Aufruhr Anlass gäben, so würde auf der andern Seite «auch nicht leichtlich understanden» werden, etwas Feindseliges zu handeln. Er für sein Teil werde nach Möglichkeit zur Erhaltung des Friedens beitragen.

doctor Hilde kein gleiche suchung bei Pfalz als bei Trier gethan hette. ir werdet aber daraus sovil befienden, das dannoch nicht aller dieng ohn, es wirdet was an den anzeigungen, so bemelte ewere mitratsfrund uns dero-wegen gethan haben, sein.» Bittet, der Sache nachzudenken, «was weiter drin ze thun sein mög, ob auch hinfurter, wie bis anher gescheen, in solcher gefar der papisten uberfals lenger zu sitzen oder dargegen ze trachten sein sollt.» Man möge die Antworten der Kurfürsten, namentlich Triers, geheim halten. Dat. Cassel So. cantate a. 38. — Empf. Mai 30.

I. Zettel: Erinnert an eine zu Braunschweig getroffene Abrede, wonach Strassburg ihm zur Pulverfabrication 100 Centner Salpeter liefern sollte.

II. Zettel (*der Schrift nach hierzu gehörig*): Jacob Sturm sollte den von ihm bestellten Fussknecht-Hauptleuten sagen, dass sie sich bereit hielten, etwaigen Befehlen zum Aufbruch sofort Folge zu leisten.

515. [Die Dreizehn] an die Geheimen von Augsburg.

Mai 22.

Str. St. Arch. AA 475. Copie. Ausf. im Augsb. Arch.

Bei Langres lägen noch 10000 Knechte, über deren Bestimmung nichts verlaute. Auch Fürstenberg habe noch 10 Fähnlein. Der Vorschlag, bei den Eidgenossen um Kriegsvolk zu werben, erfodere reifliche Ueberlegung.

nr. 511.

Antwort auf die Briefe vom 14. und 15. Mai. Was die Rüstungen in Lothringen betreffe, so sei eben heute einer ihrer Kundschafter zurück-gekommen und habe angezeigt, «das in Frankreich umb Langers eben vil und, als ers überschlecht, bis in die zehentaussent hübscher knecht ligen. sie seien aber noch ungemustert; man geb ihnen kein gelt, hör auch nit, wann sie gemustert sollen werden; wol geb man ihnen lieverung, brot, wein und flaisch, und erhalten sie die hauptleut so gering und nahe als sie kinden. was aber der beschaid seie oder werd, wahin man sie gedenk zu geprauchten, das kind man noch nit vernemen. neben dem habe grave Wilhelm von Fürstenberg zehen vendlin knecht in Frankreich, die seien gemustert und haben sold und laufen noch täglich knecht denen, so umb Langers ligen, zu.» Weiteres wisse man noch nicht.

Was die Werbung bei den Eidgenossen wegen Kriegsvolks betreffe, so sei dieselbe «ein werk, das sich in ain oder in den anderen weg zu grossem vortail oder grossem schaden und nachtail erstrecken möcht und derwegen guts bedenkens wol bedörffig, das dann in solicher kürze des kunftigen tags zu Eszlingen unsers bedunkens nit sein mag. so achten wir auch, das es noch zur zeit und bis es stattlicher bedacht werden mag, in geheim zu halten, und nit gut seie, uf disen tag vor all gemäinen der stett gesandten davon zu reden. wir wöllen aber unserem gesandten, der allgerait auch anderer geschäft halben verritten, zuschreiben lassen, sich deshalb mit eweren, auch deren von Ulm und Eszlingen gesandten in geheim in gesprech zu lassen, ewer und ihrer deshalb bedenken zu vernemen» etc. Dat. 22. Mai a. 38.

p. 491 A. 2.

516. Hermann von der Malsburg und Jacob Sturm an den Kurfürsten von Sachsen, den Landgrafen und Herzog Ernst von Lüneburg.

Mai 24.
Tübingen.

Marb. Arch. Orig. von Sturm.

Herzog Ulrich habe sich nicht bewegen lassen, auf ihre Werbung wegen der Ausöhnung mit seinem Soha klaren Bescheid zu geben.

Ihrer Instruction gemäss hätten sie bei Herzog Ulrich in Tübingen ihre mündliche Werbung angebracht. «und nachdem ir f. g. sich in der antwort vernämen liesz, wie der handel ir f. g. erben halb anders dan e. churf. und f. g. halber gestaltet, sinen f. g. auch allerlei im weg lege, derhalben ir f. g. diser zeit nit bedacht weren, uns mit antwort zu begegnen, haben wir uns mit ir f. g. vermog unser instruction in allerlei underthanig und vertraulich underrede ingelossen, sin f. g. auch den weg, wolchermossen er siner f. g. sone verpflichten möchte, angezeigt; auch wes zu besorgen, wo sin f. g. in dem ungenedigen willen gegen irem sone verharren, ime auch kein underhaltung geben würde. aber ir f. g. haben uns in dem allem weder zusaglich noch abschlegig antwort geben wöllen, sonder uf dem bedocht verharret, und wiewol wir etlich tag hie verzogen und uns in vilerlei reden, die wir der sachen dinstlich achten, gegen sin f. g. ingelossen, zuletzt auch, als ir f. g. uf dem bedocht bestunde, underthaniglich gebeten, uns doch ein zeit zu bestimmen, in deren sin f. g. e. ch. und f. g. antwort zukomen wolt lossen: so haben doch ir f. g. uns uf heut dato disen entlichen abschid geben: ir f. g. haben die werbung, als die us guten christlichen und trefflichen ursachen und bewegungen beschehe, von e. chur. und f. g. ganz freuntlicher meinong verstanden, konte auch gedenken, das es die hohe notturft der sachen, allenthalben versehung zu thun, erforderte; aber sin f. g. konten us allerlei trefflichen ursachen dismols uns mit entlicher antwort nit begegnen, woll aber der sachen nochgedenken und, so das beschicht, alsdan e. chur. und f. g. mit antwort begegnen.» Auf die wiederholte Bitte, dies innerhalb einer bestimmten Zeit zu thun, habe er abschlägigen Bescheid gegeben. Trotzdem glauben sie, dass der Herzog die Nützlichkeith und Notwendigkeit einer Regelung der Sache einsieht. Dat. Tubingen Fr. 24. Mai a. 38.

nr. 497.

517. Bernhard und Georg Besserer an Jacob Sturm¹.

Mai 28.
[Ulm.]

Ulm. Arch. Ref. T. XXII a. Conc.

Befürworten mit Rücksicht auf Helds Praktiken den Versuch einer Verständigung mit den Altgläubigen wegen eines äusserlichen Friedens.

Im Hinblick auf die Praktiken des Dr. Held, ein Bündnis der Papisten zustande zu bringen, sei es notwendig, den Artikel «des äusserlichen Friedens,» über den jetzt in Esslingen auch beraten werden solle, «dester stattlicher und mit mererm ernst» zu erwägen und zu bedenken. «dann damit ir unserer herrn und obern gemuet in demselben vernemen, so steet es darauf,

nr. 498.

nr. 512.

¹ Sturm erhielt diesen Brief jedenfalls in Esslingen, wo er auf dem Städtetage Strassburg zu vertreten hatte. Vgl. oben p. 491 A. 2.

das der euserlich frid nit allain denen, so selbst darumben ansuchen, sonder auch den andern stenden des gegentails, do si schon stillschwigen, anzupieten mit aller freuntlichait und dero sondern persuasion, was teutscher nation ab gemainen, ainmuertigen friden und zusammensetzung gelegen sein wöll. das man auch under demselben bitten und vordern soltt, was sich doch die stend cristenlicher verain zu inen versehen und getrösten sollen. sie geben nun antwort zweifelig, bedächtlich, oder wie sie wöllten, so konnte man alsdann dem grund des waren fur und fur neher komen und allwegen darnach zu furstendigen mittlen trachten.» Bitten in dieser Erwägung, die Ulmer Gesandten in Esslingen bei Befürwortung des Artikels vom äusserlichen Frieden zu unterstützen. Dat. Di. 28. Mai a. 38.

518. Die Dreizehn an die Geheimen von Augsburg.

Juni 3.

Augsb. Arch. Ausf. von M. Han.

Kundschaft über 18 Fähnlein unter Fürstenberg und Fleckenstein in Frankreich. Der Kaiser in Villanova, Franz I. in Marseille. Schicksal der Französ. Flotille zur Unterstützung der Türken. Werbungen in Italien für König Ferdinand. Fürstenberg und Herzog Christoph.

nr. 515.

Der Kundschafter, den sie nach Langres geschickt, sei gestern zurückgekommen und habe berichtet, dass die Knechte am 24. Mai alle «geschworen seien»; am 25. und 26. seien 17 Fähnlein gemustert, am 28. noch eins aufgerichtet, gemustert und bezahlt. «dise 18 vendlin seien mitwochs den 29. maiens zu Marsilien, — sei ein dorf unferr von Langers —, ufbrochen, ziehen uf Schallon und von dannen zu wasser uf Lyon; daselbst sie ferrers bescheids, wa si weiter hin sollen, warten. und werden die acht vendlin under grave Wilhelmen sein, die zehen aber under herrn Hansen von Fleckenstein; dessen leutenant seien Bechtold von Wildsparg und Bastian Vogelsperg; werden beide haufen bei einandern sein, aber zwei gesonderte regiment haben; dann als er bericht, hab der herr von Fleckenstein, der von Wildsparg und Bastian Vogelsperger nit under grave Wilhelmen sein, sonder ehe mit iren knechten wider heraus ziehen wellen. es seien die vendlin wol besetzt, hab jedes funfhundert namen [?] und nit weniger dann vierhundert knecht; bei den funfzehnhundert und, wie etliche sagen, bei zweitaussend knechten seien ungemustert bliben, die am widerherausziehen von den armen vom adel und dem bursman ze todt geschlagen worden. so habe er von Hansen Berman zu S. Niclausport vernommen, die kei. mt. solle mit einer anzal Hispanier bei dem bapst sein und das man sag, obgleich der frid gemacht, werde der könig dannocht dise knecht behalten und nit urlauben; sagt auch, die knecht haben sechs monat wider meniglich zu dienen geschworn, allein das Römisch reich usgenommen. dagegen si inen zugesagt, das der konig keinen friden wolle annemen, es sei dann allen denen, so das ir umb des willen, [dasz] si zu ime gezogen, genommen, wider worden und si wider frei sicher zu dem iren dörfen. dorneben sagt er, das er ein brief herzog Christofels von Württemberg handschrift gesehen, in dem sein f. g. einem schreibt, das derselb allen bevelhabern sagen soll, das der anstand bis den letzten augusti erstreckt seie.

Weiter so ist unserm mitdreizehner, Conraten Johamen, den fünfzehenden maii us Jenua und den neunzehenden desselben us Meiland geschriben, das den eilften maii die kei. mt. zu Villanova, da si noch seie, mit 28 galleen ankommen; der bapst sei den 13. maii zu Savona, 3 mil von Jenua gelegen, usgeschifft; den hab Andrea Doria mit eilf galleen bis gen Nissen vergeit. der konig von Frankreich ist sampt der königin, dem herzogen zu Lothringen und etlichen cardinälen und herrschaften zu Marsilien; soll teglich in seiner statt Antibo, nit weit von Nissen gelegen, ankomen, und das die kei. mt. im gebürg hab 2000 landsknecht und 1500 leichter pferd in seiner gewardi [?].

Die 12 galleen, so von dem konig von Frankreich den vergangnen sommer bim Türken gewesen, deren oberster der prinz von Melphi und el barone¹, haben us bevel des Türken ir leger disen winter in der insul Cyn² gehabt, und als der Türk vernommen, das man in der christenheit umb einen friden practiciere, habe er dise obersten beschriben, die mit dreien galleen zu ime gen Constantinopel komen, daselbst er si behafft; die uberigen zehen galleen seind durch die Kriechen verwarnt und haben ufbrochen und sich darvon gemacht, und als si umb Marsilien zu komen, ist die kaiserische armada, als ir mt. noch am uberschiffen gewesen, von ungeschichten und ungeverd an si komen, dernhalben sich die zehen galleen in die flucht gethon, und us kei. mt. bevel ist inen nochgejagt, vier erlegt, die auch geplündert und bis in dreissig personen sampt irem hauptman erstochen worden; die uberigen sechs galleen seind aber darvon komen; und dieweil aber der anstand zwüschen kei. mt. und dem konig gewesen per mare per terram, hat kei. mt. jeder galleen taussend kronen für den schaden geben und die dem konig wider gen Marsilien geschickt. zwüschen der zeit hat der könig die niderlag der vier galleen verstanden und dem keiser zwo carvell³, daruf bis in hundert und funfzig pferd gewesen, erlegt und niedergeworfen. das ist die sag, dieweil ime die vier galleen wider zugeschickt, er solle die zwo carvell auch widergeben haben; doch ist dasselbig nit ganz gewisz. in Italien hebt man an, viertaussend Italiener und achthundert leichter pferd anzenemen, die die kei. mt. ko^r mt.⁴ in Früel zuschicken will.

Dem obgemelten Conraten Joham schreibt man us Lyon des dato den 21ten maii, das den 12ten maii grave Wilhelms alter hauf bis in viertaussent knecht zu Lyon uf die Ron gesessen, das land hinab uf Avinion oder Marsilien zu faren, und das grave Wilhelm nur über nacht zu Lyon bliben, desgleichen herzog Christof von Württemberg auch. ob nun dise rüstung und handlungen, wie die erzelt und als für war geschichten geschriben werden, den fürgebne friden hindern oder fürderen werden, das stat zu dem allmechtigen, und die zeit würt es eröffnen. » — Dat. 3. Juni a. etc. 38. — Pr. Juni 10⁵.

¹ Baron de Saint-Blancard, gewöhnlich kurz 'der Baron' genannt. Der Prinz von Melphi war Troilo Carraccioli. Vgl. Charrière *Négociations de la France dans le Levant* I 352.

² = Chios. Vgl. die dem folgenden widersprechenden Angaben bei Charrière a. a. O. 371 ff.

³ Caravela (spanisch) = Kriegsschiff.

⁴ Sc. seinem Bruder Ferdinand gegen die Türken.

⁵ Am selben Tage noch dankte Augsburg für die übersandten Zeitungen. Str. St. Arch. AA 473.

519. Kurfürst Johann Friedrich und Landgraf Philipp an den Rat. Juni 7.
Cassel.*Str. St. Arch. AA 472. Ausf.*

Ansetzung eines Tages zu Eisenach namentlich wegen der Türkenhülfe. Bedrängnis Goslars.

nr. 509.

Da allem Anschein nach wirklich ein Angriff von Seiten der Türken bevorstehe, so sei es notwendig, dass sich die evangelischen Stände schlüssig machten, ob und wie sie Hülfe leisten wollten. Die Sache erfordere reifliche Ueberlegung; denn sowohl die Gewährung wie die Verweigerung der Hülfe könne den Ständen zum Nachteil gereichen. Zu gründlicher Beratung der Sache haben sie deshalb einen Tag der Einigungsverwandten auf den 24. Juli zu Eisenach angesetzt. Da dort möglicher Weise auch von einem Frieden mit den Protestierenden gehandelt werden würde, ferner von eventueller Absendung einer Botschaft oder Schrift an den Kaiser und König, so möge man die Gesandten auch darüber mit Vollmacht versehen. Schliesslich solle man dieselben auch ermächtigen, von Mitteln und Wegen zu reden und zu schliessen, wie der von Heinrich von Braunschweig bedrängten Stadt Goslar¹ zu helfen sei. «dweil auch itzt die leuft etwas geschwinde stehen,» und sich bis zu der Zusammenkunft allerlei zutragen könne, so möge man auch den Kriegsrat mitschicken. Dat. Cassel Fr. n. exaudi a. 38. — Pr. Juni 26².

520. Die Geheimen von Ulm an die Dreizehn.

Juni 9.

Str. St. Arch. AA 475. Ausf.

Danken für ein Schreiben mit Zeitungen vom 29. Mai (*) und bitten um weitere Nachricht. Haben gestern erfahren, dass am 4. Juni in Nürnberg folgende Fürsten und Botschaften zusammengekommen sind: Herzog Heinrich von Braunschweig, Gesandte Herzog Georgs von Sachsen, im Namen des Königs ein Graf von Montfort, Botschaften der Bischöfe von Augsburg, Bamberg, Würzburg, Mainz, Salzburg und der Herzöge von Baiern. Es sei wahrscheinlich, dass sie «von deren pundnus und pratiken wegen, die doctor Held angetragen, bei ainander erscheinen.» Versprechen weitere Kundschaft und Bescheid hierüber.

nr. 498.

nr. 518.

Der Kaiser beabsichtige, am 8. Juni wieder nach Spanien zu reisen. Er habe den Venedigern 28 Galleren und gegen 8000 Mann Kriegsvolk gegen die Türken zu Hülfe geschickt. Von letzteren sei dies Jahr kaum etwas zu befürchten. «Dat. sonntags den hailigen pfingstag a. etc. 38.» — Pr. Juni 14.

521. Landgraf Philipp an die Dreizehn.

Juni 12.

Cassel.

Str. St. Arch. AA 474. Ausf.

Ubersendet mehrere Schriftstücke, welche eine Werbung des Kurfürsten von Brandenburg beim Kurfürsten von Sachsen betreffen und ihm durch

¹ Ein Schriftstück über die Beschwerden Goslars soll beiliegen, ist aber nicht vorhanden.

² Das Ausschreiben scheint nicht sogleich abgeschickt, sondern noch einige Zeit zurückgehalten worden zu sein, da es erst so spät in Strassburg ankam. Vgl. auch nr. 521, wo noch von einem bevorstehenden Ausschreiben die Rede ist.

letzteren zugeschickt sind¹. In Anbetracht dieser Werbung halte er für gut, dass alle Einigungsverwandten «uf der mainung der Turkenhilf halben, wie zu Braunschweig davon geredt und gehandelt,» beharren und sich auf nichts einlassen. «ist dann dem konig oder kaiser unser hilf von nöten, so werden sie sich wol dermassen schicken müssen, das sie dieselbige(n) erlangen und wir dieses teils eines fridens bestendiglich versichert werden.» Strassburg möge demgemäss seine Gesandten auf dem Bundestage zu Eisenach am 24. Juli, welcher demnächst ausgeschrieben werden würde, instruieren. Dat. Cassel Mi. n. Pfingsten a. 38. — Pr. Juni 20, lect. Juni 21. p. 485. nr. 519.

Zettel: Berichtet über den Ausbruch einer Fehde zwischen den Grafen von Oldenburg und dem Bischof von Münster. Er habe letzterem Hülfe gesandt. Dat. ut in lit.

522. Jacob Sturm und Mathis Pfarrer an Landgraf Philipp. Juni 13. Strassburg.

Marb. Arch. (Corr. L. Philipps mit Sturm.) Orig. v. Sturm. Zettel ebenda.

Ein offensives Vorgehen der Evangelischen nur im äussersten Notfall ratsam. Dr. Helds Praktiken im Auge zu behalten. Friedensverhandlung zwischen dem Kaiser und Frankreich. Zettel: Salpeterlieferung. Kleine Anlage.

Antwort auf das Schreiben vom 19. Mai. Danken für die Bemühungen des Landgrafen bei Trier und Pfalz. Trotz der Gefahr, welche darin läge, dass man den Angriff der Feinde abwarten sollte, dürften doch ihres Erachtens die Evangelischen auf blosser Vermutungen hin die Offensive nicht ergreifen, sondern müssten sich gedulden und auf Gottes Hülfe vertrauen; «es were dan, das wir in gewisse erfahrung kemen, das vom gegenteil beschlossen, uns uf ein zeit zu ir gelegenheit anzugrifen, hielten wir es dofur, das doruf nit zu warten, sonder wir im selben fall mit gott den vorstreich thun mochten. dorumb aller moglicher vleisz furzuwenden, wie man unser widerwertigen practicken in erfahrung komen möcht. nun achten wir aber, das derselben niemants meer wissens hab dan doctor Held, der solich sachen anricht und treibt; dan es hat einer, so doctor nr. 514.

¹ Liegen bei. Sie bestehen 1) aus einer Instruction des Kurfürsten Joachim für Eustachius von Schlieben an Sachsen d. d. Juni 3. Darin wird auf die Leistung der Türkenhülfe auch ohne vorübergehenden Reichstag gedrungen und zum Entgelt versprochen, beim Kaiser und König die Gewährung eines sicheren Friedens für die Evangelischen zu betreiben. Hierauf erfolgte 2) ein Schreiben Sachsens an Brandenburg vom 5. Juni, worin des letzteren Vermittlung vorläufig acceptiert, das weitere aber den Einigungsverwandten vorbehalten wird. Sachsen setzte dann 3) durch Schreiben v. 7. Juni den Landgrafen von der Werbung in Kenntnis, welcher am 12. Juni 4) einen Entwurf zu einer Antwort an Brandenburg übersandte. Darin wurde vorbehaltlich der Zustimmung der andern Protestierenden die particulare Leistung der Türkenhülfe in Aussicht gestellt unter der Bedingung, dass die Abhaltung eines Reichstags deshalb nicht versäumt würde, und dass den Evangelischen, gegenwärtigen und künftigen, ein sicherer und beständiger Friede garantiert würde, womöglich mit ausdrücklicher Bewilligung der einzelnen papistischen Stände. Auf dem Tage zu Eisenach könnte der Abschluss dieses Friedens bewerkstelligt werden. Brandenburg und der König sollten ihre Vertreter dahin schicken. S. Seckendorf III § 65, Sleidan II 126 ff.

Helden guter freund und doch disem teil des evangelii halber auch guts gonnet, zu mir, Jacob Sturmen, under andern dise wort gesagt: doctor Held ist mein guter freund, aber ich sorg, er richt nichts guts im reich ane; unser pfaffen und bischof sind bis hiehar alle erschrocken und blind gewesen; er thut in aber erst die augen auf. unser fursten haben teutsch kopf, aber dis mendlin hat ein italianischen kopf etc. durch was weg aber solichs bei doctor Helden zu erfaren, dem werden e. f. g. wol selbst verner wissen nochzudenken.» — «so wurt des habst underhandlung zwisten kai. mt. und dem konig zu Frankreich sich auch in die lenge nit meer verziehen mögen, sonder wi si sich endet, demselben nach auch vil gelegen- oder ungelegenheit erzeigen.» — Dat. Strassburg Do. n. Pfingsten a. 38.

Zettel: Strassburg sei bereit, wenn auch etwas widerwillig, dem Landgrafen den gewünschten Salpeter zu liefern, den Centner zu 10 fl. Die p. 491 A. 5. Anlage zum Geschütz sei abzüglich des Betrages für den Salpeter in Frankfurt hinterlegt. Die Rechnung über die kleine Anlage von 500 fl., und was davon für die Bestellung der Hauptleute ausgelegt sei, werde er, Sturm, zur Herbstmesse dem Landgrafen schicken. Dat. ut in lit.

523. Die Dreizehn an Landgraf Philipp.

Juni 14.

Marb. Arch. (Stadt Strassb.) Ausf.

Zeitungen aus Italien: Waffenstillstand. Rüstungen gegen die Türken. Concil in Vicenza. — Streifende Rotte gegen die nach Frankreich ziehenden Knechte.

- nr. 520. Melden allerlei Kundschaften aus Italien: der Waffenstillstand zwischen Frankreich und dem Kaiser sei wiederum verlängert¹; der Kaiser beabsichtige, am 10. Juni nach Spanien abzureisen. Sammlung von Schiffen unter dem Oberbefehl des Andreas Doria, um von Sicilien aus die Türken und Barbarossa anzugreifen. Schlechte Bezahlung des kaiserlichen Kriegsvolks in Italien, da man vergeblich auf Geld aus Peru gehofft. Venedig soll den Baiern Geld auf Wechsel verschafft haben, um Knechte gegen die Türken in Friaul aufzubringen. In Vicenza seien schon drei Kardinäle angekommen, um das Concil im Auftrage des Papsts zu eröffnen, «und das die schönen madamen aus Venedig auch zuziehen in hoffnung, des concilii auch zu geniessen. was dann dis concilium fur ein fůrgang haben wöll, im vall so kai. mt. abzeucht, mögen e. f. g. wol gedenken.» Die Kaiserlichen hätten bei Strassburg eine «streifende rott uf dreissig oder vierzig pferd,» um den Zulauf der Knechte nach Frankreich zu verhindern; «us was ursachen nun solichs erst diser zeit, so der mehrertail knecht hinein seind, geschicht, hat allerlai gedenkens, als ob man sich villeicht wenig fridens und eins ferreren laufs versehe.» Bitten um Nachricht über die Oldenburgische und Teckelburgische Handlung gegen den Bischof von Münster. Dat. Fr. 14. Juni a. 38.

¹ Die Verhandlungen führten bald darauf zu dem Frieden von Nizza. S. unten nr. 533.

524. Die Geheimen von Constanz an die Dreizehn.

Juni 17. nr. 515.

Str. St. Arch. AA 475. Ausf.

Die Möglichkeit, eidgenössische Knechte im Kriegsfall zu bekommen, sichere man sich am besten durch Aufnahme der evang. Eidgenossen in den Bund. Auf andere Weise gehe es schwer. Man möge in der Schweiz, namentlich in Graubünden, Hauptleute bestellen.

«Unser sindicus Joachim Mäler hat uns fürgebracht, was gestalt uwere gsanten uf jüngstem tag zü Eszlingen mit ime geredet und das bedenken fürgehalten habint, das unser gnädiger her, der landgraf von Hessen, knechten halb in der Aidgnoschaft im fal, so anderswo die ze bekumen von der widerpart wurd abgestellt, ufzebringen, an uch hat gelangen lassen. nun ist bi uns nit zwifel, es wurde den ainungsverwandten trostsam sin, so si etlicher tusedt knecht bi den Aidgnoszen vergwisset wärind. das gedenkent aber wir durch andere kumenlichere [*sic!*] weg nit beschehen mögen, dann so die evangelischen stett in der Aidgnoschaft oder deren etliche ouch in der evangelischen verstentnis wärind, wie züvor etwan sölches halb ouch under etlichen stenden red ist gehalten worden; dann wir besorgent, so glichwol sunst oder one das si in der verainung wärind, mit etlichen sunderbaren houptlütten oder andern gehandelt und es hienach darzü kumen wurd, das si den ainungsverwandten knecht zübrächtint, so möchten derselbigen oberkaiten, desglich die gmainen Aidgnossen si widerumb abvordern. was nachtails dann den ainungsverwandten und sterke der widerpart darus züston wurde, ist licht ze ermessen. solt man aber bi den oberkaiten und namlich bi iren geheimen räten allain handeln, so hats ain gliche sorg, also: ob schon dieselbigen das bewilligen und wol verströsten wurdint, das dannoch die anderen rät, on deren willen und wissen das bschehen wär, die abmanung verhandlen möchten. sölt es dan an die gmainen oberkaiten etlicher ort gelangen, so habent iren etliche in bruch, an ire grosze rät, etliche an ire gmainden derglichen sachen ze bringen, und one die darinnen nichtz ze schlieszen. mit dem wurde es lutprächt, darzü, ob nichtz geschaffet, der widerpart nit wenig sterk gegeben. so aber si, wie vermeldt, ouch in die evangelische pünntnis kemint, so wäre man, als wir achtent, diser sorgen über. und so si aber in die christenlichen verstentnis nit kument, so gedenkent wir, wan sich die notturft zütrüg, das man der Aidgnoszen glich angends bedürfen, so wurde mit merer frucht und sicherhait derselbigen zit dann jetzo — soverr halt si bi inen selbs kainer gevarlichait ze besorgen hettint — umb knecht gehandelt mögen werden. zü welchem unsers erachtens nit undienstlich wer, so etliche sunderbare houptlüt in der Aidgnoschaft bi denjenigen, die dem evangelio anhengig sind, oder ouch bi den andern durch der christenlichen verstentnis houptlüt glich jetzo bestellt wurdint, in maszen an andern orten bschicht; durch deren fürderung möchte man hienach, so sich die notturft zütrüg, dest fruchtbarlicher handeln. und besunder wäre zür sachen dienstlich, so man in den Grawenpüntten houptlüt hette; dann dieselbigen wol, so es not thät, knecht ufbringen könnten und nit in sorgen ston müszten, das man die widerumb abmante, wie etwan bi den andern Aidgnossen bschicht. so aber für güet und notturft geachtet wurde, das man zü diser zit oder eh die notturft fürfiel, mit etlichen orten handeln sollte,

aber nit der mainung, das si in die evangelischen verstentnis kumen sollten, sunder nur das man knecht bi inen gwisz wär, so achtent doch wir, das das allain bi den vier orten Zürich, Bern, Basel und Schaffhusen fürzenemen sin werd; dann bi den andern noch sundern personen inen verwandt solches halb anbringens ze thün, besorgent wir, werd vergebes sin und in ghaim nit pliben.» Strassburg, das ja ebenfals mit den Eidgenossen Fühlung habe, werde übrigens selbst am besten ermessen können, was zu thun sei. Dat. 17. Juni a. 38. — Pr. Juni 27.

525. Die Geheimen von Ulm an die Dreizehn.

Juni 21.

Str. St. Arch. AA 475. Ausf.

Berichten über den Abschluss des Nürnberger Gegenbundes.

- nr. 520. Haben gehört, dass die in Nürnberg versammelten Fürsten und Bot-schaften sich «ainer defensionbündnus verainigt und beschlossen¹ dergestalt, ob ainicher stand im hailigen reich si oder die iren mit gewalt wider recht und den landfriden zu beschweren und zu vergwaltigen understeen wölt, sich desselben irs vermögens ufzuhalten. und wiewol man uns furgipt, das es ain defensivische bündnus, und das man nit acht, das si fur sich selbst etwas anheben oder ursach darzu geben sollen, so ist doch zu besorgen, das si allain rechter zeit gegen uns erharren werden. so langt uns dannoch daneben an, das mit etlichen gehandelt und uf solche weg geredt und beratschlagt, ob nit bösser, uns vor zu komen, dann unser zu erwarten; darus abzunemen, wie ir gemiet geschaffen und gestaltet. derhalben dann unsers bedenkens wol und stattlich aufsehens not sein.» — Dat. Fr. 24. Juni a. 38. — Pr. Juni 26.

526. „Burgermaister und die verordneten der religion zu Ulm“ an die Dreizehn.

Juni 25.

Str. St. Arch. AA 475. Ausf.

- nr. 523. Die 12 Fähnlein, welche bei Salzburg gelegen und auf Friaul beschieden worden, seien wieder entlassen. «die haben die Venediger eerlich abgevertigt und ainem jeden gemainen knecht sechs guldin geben, die inen doch allain drei tag gedient.» Die Hauptleute und Knechte, welche der Graf von Ortenburg für den Kaiser angenommen, gegen 7000 an der Zahl, seien auch wieder geurlaubt; desgleichen zögen die von der Regierung in Ensisheim angenommenen Knechte wiederum zurück. Von ihren Kaufleuten in Lyon haben sie Nachricht, dass durch Vermittlung des Papsts ernstliche Friedensverhandlungen zwischen Frankreich und dem Kaiser gepflogen würden. Die 22 Fähnlein, welche bei Langres gelegen, seien durch Lyon nach Marseille gezogen, um sich mit «dem alten haufen der viertausent knecht» zu vereinigen. Wozu sie gebraucht werden sollten, sei unbekannt. Dat. «aftermontags nach Johannes Baptiste a. etc. 38.»
- nr. 518.

¹ Eine »copie des Nürnbergischen contrapunds« (d. d. Juni 10) ebenda AA 470. Gedruckt bei Hortleder II 1343 u. sonst. Vgl. Ranke IV 79.

527. Jacob Sturm an Justinian von Holtzhausen, Bürgermeister zu Frankfurt. Juni 26.

Frankf. Arch. R. S. 9110. Orig.

Schickt Copie des Koburger Abschieds mit der Bitte um Geheimhaltung.

«Ewer schreiben, mir des Koburgischen abschieds halb gethon, hab ich empfangen (*); fug euch dorauf zu vernämen, das derselbig abscheid in solicher geheim zu behalten bevolen worden, wie ir im anfang desselben vernamen werden, das er auch ein[em] er. rat alhie nit gar eroffnet, sonder allein vor den XIII als den geheimen raten verlesen worden; doraus dan gefolgt, das er uwern hern nit zugeschickt, sonder das die burgermeister bei euch desselben allein montlich durch Michel Hanen, den min hern die XIII allein dorumb zu inen geschickt, eroffnet worden ist¹. aber nichtdestweniger hab ich ewer schreiben obgemelten hern den XIII angezeigt, die mir bevolen, euch desselben ein copei zuzeschicken; doch so ist das kriegsregiment, wie das zu ros und fusz bestellt und besetzt werden soll, usgelassen, dweil es etwas lang und allein die hauptleut und kriegsrät betrifft, zudem über land also mit einem boten zu schicken geforlich; herauf schick ich euch die abschrift also zu²; die werden ir, an orten nnd enden sich gepürt, domit es in hochster geheim belibe, wol wissen furzupringen.» — Dat. Mi. n. Joh. Bapt. a. 38.

nr. 465.

nr. 470.

528. Landgraf Philipp an Jacob Sturm und Mathis Pfarrer. Juni 26. Cassel.

Str. St. Arch. AA 469. Ausf. Beilage ebenda. Copie.

Mitteilung über Helds Praktiken, namentlich über seine Werbung bei Trier. Beilage.

a) Trier hat die Aufrichtung eines Bundes gegen die Evang. abgelehnt, dagegen einen Kurfürstenconvent behufs Erhaltung des Friedens betrieben. Verläumdungen der Prot. durch Strauss u. Dr. Vogt. b) Der Landgraf verteidigt die Haltung der Prot. und bittet Trier, sich weiter für den Frieden zu bemühen.

Der Kurfürst von Trier habe dem früher gegebenen Versprechen gemäss seinen Kanzler zu ihm geschickt und durch denselben vertrauliche Anzeige über die Praktiken Dr. Helds machen lassen, laut beiliegenden Copien. (S. Beilage.) Sendet auch Abschrift eines Berichts (*), der ihm von einer vertrauten Person aus den Niederlanden überbracht ist. Aus alledem gingen Helds Bemühungen um Aufrichtung eines feindlichen Bundes klar hervor. Bittet, den Gesandten auf dem Tage zu Eisenach wegen dieser Dinge Instruction zu geben, empfiehlt aber sonst Geheimhaltung. Dat. Cassel Mi. n. Joh. Bapt. a. 38.

nr. 514.

nr. 525.

nr. 519.

BEILAGE.

Bericht des Landgrafen über vertrauliche Mitteilungen Triers und seine Antwort darauf³.

a) Vortrag des Trierschen Kanzlers. Es sei wahr, dass Dr. Held allerlei geworben, worauf ihm der Kurfürst offen gesagt habe, dass er diese Mitteilungen dem Landgrafen als seinem Freunde nicht vorenthalten werde. Damit habe sich Held einverstanden erklärt. In seiner Werbung

¹ Construction?

² Frankf. Arch. R. S. fasc. 123.

³ Vgl. Ranke IV 78.

- hätte derselbe behauptet, die Protestierenden wollten keine friedlichen Mittel leiden, sondern ihr Vorhaben mit Gewalt durchsetzen. Dem gegenüber müssten die Altgläubigen ein Defensivbündnis schliessen. Auf des Landgrafen Frage, ob Helds Werbung sich wirklich nur auf einen Verteidigungsbund beschränkt habe, antwortet der Kanzler bejahend. An Köln und Kurpfalz habe Held das gleiche Ansinnen gestellt, aber «so hart mit als bi Trier angehalten und gedungen.» Der Erzbischof habe darauf erwidert, er glaube nicht an feindselige Absichten der Protestierenden, und im übrigen Held ersucht, sich an die andern Kurfürsten zu wenden. Trier, Köln und Pfalz hätten sich dann vereinigt, um zur Beratung über die Erhaltung des Friedens einen Kurfürstenconvent zu veranstalten. Man hätte denselben anfangs in
- nr. 510. Wesel, dann in Gelnhausen angesetzt, um den Kurfürsten von Sachsen und Brandenburg, die persönlich hätten kommen wollen, den Besuch zu erleichtern. Doch sei die Sache an der zögernden Haltung des Mainzers gescheitert. Mit diesem stehe man noch jetzt in Unterhandlung. Held habe sich auch bei Trier beschwert, dass die Protestierenden in keiner Sache «recht liden mugen.» Ferner hätten Lienhart Strauss und Dr. Vogt dem Erzbischof erzählt, «wir die stende uf disem teil hetten uns gegen kei. und ko. mt. lassen vernemen, wan ire mten. unsers teils unsers glaubens wurden, so wolten wir di uf ihenem teil gar verjagen und dem keiser und konige di land ingeben.» Der Triersche Kanzler bittet hierauf den Landgrafen um Antwort.
- b) Antwort des Landgrafen. Erklärt die Behauptungen Helds über das Verhalten der Protestierenden für unwahr; «aber war si es, da doctor Helt zu Smalkalden den friden als in namen keiser. mt. ufgesagt und wirs darfur gehalten, das er des von kei. mt. kein befelch het, mugen wir, di protestirend stend, im als vor sein person etwas rauh geantwurt haben.» Gegenüber der Beschwerde, dass die Protestierenden kein Rechtsverfahren anerkennen wollten, macht der Landgraf darauf aufmerksam, dass
- nr. 485. Strassburg kürzlich das Syndicat angerufen habe. Von dem, was Strauss und Vogt behauptet hätten, wisse und glaube er nichts. Held suche nur Krieg und Uneinigkeit zu stiften. Die Idee einer Kurfürstenversammlung sei vortrefflich; wenn sie zur Ausführung käme, so könnte sie zur Herstellung der Einigkeit sehr förderlich sein. Man brauche einen gewissen, beständigen und undisputierlichen Frieden. Trier möge die Bemühungen des Kurfürsten
- nr. 521. von Brandenburg, der schon deswegen in Handlung stände, beim Könige unterstützen.

529. Landgraf Philipp an die Dreizehn.

Juni 27.
Cassel.*Str. St. Arch. AA 468. Ausf.*

Uebersendet Copie von Briefen König Ferdinands und dessen Rat Hans Hofmann an ihn und seinen Kanzler Feige, die Türkenhülfe betreffend¹. Dat. Cassel Do. n. Joh. Bapt. a. 38. — Pr. Juli 2.

¹ Liegen bei. In beiden Briefen (d. d. Breslau Juni 11 u. 12) wird die friedliche Gesinnung des Kaisers und des Königs gegen die Protestierenden beteuert und dringend um Leistung der Türkenhülfe ohne Abhaltung eines Reichstags gebeten. Der von Brandenburg übernommenen Vermittlung (oben nr. 521) ist nur in Hofmanns Brief flüchtig gedacht.

530. Die Dreizehn an die Geheimen von Ulm.

Juni 27.

Ulm. Arch. Ref. T. XXIIa. Ausf.

Ein Gesandter Franz' I. habe angezeigt, dass der Friede, den der König mit dem Kaiser eingehen wolle, den Protestierenden nicht nachteilig sein werde.

Danken für den Brief vom 21. Juni. «daneben wöllen wir euch nit bergen, das der könig von Frankenreich bei uns einen seinen edelman¹ gehapt und anzaigen lassen, das, wiewol er bisher zuo dem friden wenig trosts gehapt, und der bapst ihn aber jetzo vertröst, das die kai. mt. etwas milter und zum friden mehr genaigter seie worden, das er, der könig, jetzo als den anderen junii verschienen zuo ihm dem bapst aigener person gein Nissa kom, den friden, ob er den auch mit nachgebung etwas seiner gerechtigkeit von der kai. mt. umb gelt erkaufen solt, nit wölle zerschlagen lassen, damit meniglich spüren soll, das es an ihm nit erwind; doch das es ihm eerlich seie. darumben sollen wir gewiszlich wissen, das er keinen friden annemen und eingöhn wöll, der seinen alten bundsverwandten und stenden des hailigen reichs nachtailig oder schädlich sein möcht, sonder ob denselben an ihrem härkommen und freihaiten abbruch begegengen, wolt er denselben auch mit seinem guot ratsam sein. welcher edelman gleichförmig werbung an den churfürsten zuo Sachsen, landgraven zuo Hessen und andere mehr in deütsche land zuo thon hatt. so er aber jetzo bei uns ankommen und befunden, das die reüter also strafen, und zuo reiten unsicher seie, wölle er dieselb seine brief und bevel durch boten überschicken, und selbs aigener person sich nit weiter damit in gefahr geben. nun könden wir gleichwol seine des königs gemüt daraus aigenlich nit urtailen; wöllen es also ein werbung sein lassen. so er aber, wie er anzaigt, dasselbig laisten, würde das allen ständen nit nachtailig sein mögen.» — Dat. Do. 27. Juni a. 38.

nr. 525.

531. [Die Dreizehn von] Strassburg an Landgraf Philipp.

Juni 28.

Marb. Arch. Ausf. (ohne Unterschrift.)

Fehde im Stift Münster. Friedensverhandlung zwischen dem Kaiser und Frankreich voraussichtlich erfolgreich.

Danken für die Mitteilung, «wes sich der kriegsleuf halben im stift Munster jetzo und bisher zugetragen²».

nr. 523.

Uebersenden Copie des Gutachtens der Geheimen von Constanz d. d. Juni 17.

nr. 524.

Der Herr von Boisrigault habe einem der Ihrigen³ aus Solothurn geschrieben, «das den funfzehenden dis monats der bapst, die kei. mt. und der kunig zu Frankreich eigener person bei einander gewesen und zusammen geredt, in welchen gesprächen weder von dem friden noch von dem krieg

nr. 523.

¹ Barnabas a Fossa. Vgl. unten nr. 532, ferner Seckendorf III § 66.

² Copien im Str. St. Arch. AA 468, am 20. Juni übersandt (pr. Juni 27). Darunter ist ein vom Bischof von Münster aufgefangener Brief der Grafen von Oldenburg, worin sie die Hilfe Heinrichs von Braunschweig anrufen.

³ Ulrich Geiger (Chelius); s. unten nr. 535.

nichts eigentlich beschlossen, aber die kei. mt. solte mehr willens haben zu einem langen anstand, dann zum ganzen friden; dagegen der kunig nichts weniger im sinn hab, sonder eintweders entlichen friden oder den krieg gedenk, und das der kunig bei ihm hab achtzehntausent teutscher landsknecht. derhalben wir gedenken, dieweil es soweit komen, das sie aigener person bei einander gewesen, das der frid leichtlich volgen werde, dieweil jeder teil die conditiones, auch wie weit sie einander weichen und zugeben wollen, zuvor wüssens gehapt haben mogen. zu welches nachteil oder vorteil aber der friden usschlagt werd, stat zu gott dem herren, und die zeit wurd es geben.» — Dat. 28. Juni a. 38.

532. Die Dreizehn an König Franz I von Frankreich.

Juli 1.

Str. St. Arch. AA 445. Conr.¹

Freuen sich, dass Frankreich ohne Nachteil für die Protestanten mit dem Kaiser Frieden schliessen wolle, und hoffen auf erfolgreiche Bekämpfung der Türken und Beilegung des religiösen Streits.

nr. 530.

«Reddidit nobis literas m[aiestatis] tue, rex potentissime, vir nobilis Barnabas a Fossa. gratissimum nobis utrumque fuit, et literas tuas legere et ea, quae in illis cognovimus, Barnabae oratione confirmari, erectam pacis spem esse eamque m. tuam ita facturam, ut ne quid nobis sociisque nostris sit fraudi. primum igitur communi omnium saluti gratulamur, deinde nostro nomine gratias agimus de hac m. tuae in nos constantia et voluntate. sic enim ex literis tuis et Barnabae sermone statuimus resisti posse tandem illi hosti, cui Christianorum tumultus maximas commoditates amplificandae crudelitatis attulerunt, et quoniam nostras rationes salvas integrasque esse vis, amice nos aliquando et vere de religione, quae maximae curae nobis est, posse decidere speramus. quod igitur instituisti, ut foelix faustumque sit, deum precamur, ut et calamitates ab omnibus hominibus arceantur et religionis controversia ex aequo sine crudelitate aut aliqua fraude componatur. de nobis etiam sic statutum habeas, rex christianissime, nos pro nostro officio tantundem et ad tuam dignitatem et ad regni tui maiestatem voluntatis ac studii allaturos esse, quantum in communibus ac publicis rationibus diligentiae praestaremus. opt[ime] valeat m. tua, cui nos comendamus. Ex Argentorato primo julii anno a Chr. nato 1538.»

533. Die Dreizehn an Landgraf Philipp.

Juli 9.

Marb. Arch. (Frankreich.) Ausf.

nr. 531. Am 27. Juni sei aus Paris die Nachricht gekommen, dass ein zehnjähriger Anstand zwischen dem Kaiser und dem König geschlossen sei. Dat. Di. 9. Juli a. 38.

P. S. Aus Genua werde berichtet, dass Conrad Gerung von Augsburg, ein Hauptmann, als Gesandter des Kurfürsten von Sachsen dort

¹ Von drei verschiedenen Händen geschrieben. Auf der Rückseite des Blattes findet sich dann von derjenigen, welche den grössten Teil des Concepts geschrieben, noch eine kürzere, anders stilisierte, inhaltlich mit obigem übereinstimmende Fassung des Briefs ohne Datum.

sei, um dem Kaiser unter der Bedingung, dass er den Protestanten Frieden gebe, Hülfe gegen die Türken anzubieten. In Genua sei das Gerücht, Frankreich habe einen zehnjährigen Bund mit den Türken, und zwar seien davon erst 6 Jahre verstrichen.

534. Landgraf Philipp an die Dreizehn.

Juli 21.
Wolkersdorf.*Str. St. Arch. AA 468. Ausf.*

Dankt für Zeitungen und für die Uebersendung eines Gutachtens über die Recusation des Kammergerichts in weltlichen Sachen¹; er habe dasselbe seinen Räten auf dem Tage zu Eisenach zugeschickt. Von dem Krieg zwischen Münster und den Grafen von Oldenburg sei nichts von Bedeutung zu melden; nur zwei kleine Scharmützel seien vorgekommen. «Der Fossanus²,» Gesandter des Französischen Königs, habe kürzlich dem Kurfürsten von Sachsen und ihm Briefe zugestellt, auf welche sie gemeinsam laut beiliegenden Copien geantwortet hätten³. «und dweil ewer mitratsfrund her Jacob Sturm uns itzo geschrieben und angezeigt (*), das er, der Fossanus, ungeverlich vor vierzehnen tagen widerumb von Strasburg hinweg nach Frankreich geritten und bevelch bei doctor Ulrichen Chelio gelassen,» so möge man dem letzteren die Briefe an Frankreich zur Beförderung übergeben. Dat. Wolkersdorf So. 21. Juli a. 38. — Pr. et lect. Juli 29.

nr. 533.

nr. 512.

nr. 531.

535. Die Dreizehn an Landgraf Philipp.

Juli 31.

Marb. Arch. (Stadt Strassb.) Ausf.

Antwort auf das Schreiben vom 21. Juli. Dr. Ulrich Chelius habe die Briefe an Frankreich am 29. weiter befördert. Derselbe habe auch von dem Herrn von Boisrigault aus Solothurn erfahren, dass der Kaiser und der König von Frankreich in Aiguemortes persönlich zusammengekommen und als Freunde von einander geschieden seien⁴. Nach einem Bericht, den der Bischof von Strassburg aus Metz erhalten, sei der Kaiser auf der Fahrt von Italien nach Spanien von Barbarossa überfallen und dadurch gezwungen

nr. 531.

¹ Das Gutachten war am 9. Juli abgeschickt worden mit einer Entschuldigung wegen der Verspätung (Marb. Arch.). Es ist bei Hortleder II 1282 gedruckt. Wir begnügen uns deshalb mit der Bemerkung, dass es die Frage, ob das Kammergericht auch in weltlichen Sachen recusiert, und der Bund in entsprechender Weise erweitert werden sollte, entschieden bejahte. Die Recusation wurde nicht nur als zweckdienlich, sondern auch als rechtlich wohl begründet empfohlen. Sie sollte öffentlich bekannt gemacht werden mit dem Zusatz, dass man sie zurücknehmen wolle, falls sie von Schiedsrichtern für unbegründet erkannt, oder das Kammergericht mit unparteiischen Richtern neu besetzt würde.

² Barnabas a Fossa, s. nr. 530 u. 532.

³ Den Inhalt dieses Briefes d. d. Juli 13 giebt Seckendorf III § 66. Die Fürsten sprachen ihre Genugthuung darüber aus, dass der König sich nicht zu einem Bündnis gegen sie bewegen lasse, und verwiesen im übrigen auf eine inzwischen abgeschickte Gesandtschaft. Ueber deren Resultate vgl. das ausführliche Regest Seckendorfs a. a. O.

⁴ Vgl. Ranke IV 85 und namentlich den Brief Karls bei Lanz Corr. II nr. 458.

worden, an der Französischen Küste Zuflucht zu suchen, worauf sich dann die obige Begegnung zugetragen habe. Dat. Mi. 31. Juli a. 38. — Pr. Aug. 8.

536. Instruction für Jacob Sturm und Batt von Duntzenheim auf dem Tage zu Eisenach am 24. Juli¹. [Juli].

*Str. St. Arch. AA 472. Ausf. u. Conc.*²

Bittschriften an Kaiser und Fürsten. Ermächtigung zu Friedensverhandlungen. Bedingungen für die Bewilligung der Particularhülfe gegen die Türken. Beschwerden Goslars. Allg. Recusation des Kammergerichts. Strassburgs Prozesse. Streit mit dem Bischof wegen des «freienzugs». Ausschreiben gegen das Kammergericht. Teckelburg und Schwarzburg aufzunehmen. Verwendung der Kirchengüter. «Was des fridens halben zu bedenken.»

Die Gesandten sollen Vollmacht haben, in etwaige Botschaften oder Schriften, welche die Stände an den Kaiser, den König oder andere Fürsten wegen des Friedens, der Türkenhülfe oder des Reichstags zu schicken beschliessen würden, zu willigen. Desgleichen sollen sie ermächtigt sein, falls von einem Frieden gehandelt wird, sich über Form und Mass desselben mit den andern Ständen zu vergleichen³. «wann dann also ein friden erlangt und der Türk disen somer einfallen wurde, so sollen die gesannten mit andern churfürsten fürsten und stenden die particularhilf bewilligen, doch das destminder nit solcher Turkenhilf halben, sonderlich aber wo der Türk disen somer nit einfiel, ein reichstag wurd usgeschriben und von einer stattlichen Turkenhilf gehandelt und geratschlagt, damit nit die leut und das gelt verloren und dennoch nichts usgericht wurde, und mögen sich die gesandten der som halben der hilf mit den stenden vergleichen; doch das unser statt Straszburg nit uber ein vendlin von vierhundert knechten ufs höchst ufelegt werde, und das die chur. und fursten, die grosse land und leut haben, etwas mer dann die stett theten, auch die Sechsischen stett, ob die gleich in des reichs anschlegen nichts geben, herin zu bekomung des fridens und zu schutz und schirm gemeiner cristenheit und teutscher nation, auch dieweil dis ein particularhilf usserhalb des gemeinen reichs hilf si, auch ir hilf mit leisten und thuen.» Auch im Falle, dass der Frieden nicht erlangt wird, sollen die Gesandten die Türkenhülfe bewilligen, vorausgesetzt, dass es die andern Stände ebenfalls thun; doch sollte die zu leistende Hülfe alsdann um die Hälfte oder wenigstens ein Drittel geringer sein. «und ob in einem oder dem andern fall die particularhilf bewilligt, das die under einem obersten und regiment im namen der geeinigten evangelischen stend geleist, das auch die vendlin under solichem regiment bliben und nit under andere zerteilt wurden.»

¹ Jacob Sturm wurde zugleich durch Credenz vom 13. Juli als Stellvertreter des Kriegsrats Ulman Böcklin beglaubigt. Ebenda. Vgl. oben nr. 519.

² Zu Grunde liegt ein ebenda befindliches Gutachten der verordneten Dreizehner Jacob Sturm, Mathis Pfarrer und Batt von Duntzenheim vom 2. Juli, aufgezeichnet durch den Stadtschreiber Meyer.

³ Vgl. weiter unten.

Ueber die Beschwerden der Stadt Goslar habe Strassburg bisher keinen ausreichenden Bericht empfangen und könne deshalb den Gesandten keine Vollmacht geben. Nur einem einhelligen Beschluss aller Stände in dieser Sache sollen die Gesandten zustimmen, andernfalls die Angelegenheit hinter sich bringen.

nr. 519.

Was die allgemeine Recusation des Kammergerichts betrifft, so sollen die Gesandten auf Grund des den Fürsten übersandten Gutachtens mit den Ständen handeln und schliessen.

nr. 534.

Dieselben sollen den Ständen berichten, wie es mit Strassburgs Sachen am Kammergericht, «den zug gen Wilstetten und die ingriff zu Westhoven belangen», bestellt sei, und Rat begeren. Ferner sollen sie erzählen, in welcher Weise jetzt der Bischof von Strassburg die Stadt «in sachen Martins Hans Steffan¹» zu schädigen suche, indem er das alte Recht des «freien zugs» bestreite. Als Belege für diese Gerechtsame sollen sie den Ständen Auszüge aus kaiserlichen Privilegien und Verträgen unterbreiten. Der Bischof hoffe wahrscheinlich, durch die Parteilichkeit des Kammergerichts der Stadt ihr alt verbrieftes Recht «abzustricken». Auch in dieser Sache sollen die Verbündeten um Rat gebeten werden. Auf der Rückreise sollen die Gesandten die Angelegenheit noch besonders dem Landgrafen persönlich vortragen.

nr. 500.

«Das gemein usschreiben» belangend², sollen sie anzeigen, dass dasselbe infolge der Krankheit des Strassburger Advokaten [Frosch] noch nicht begutachtet sei.

Die Aufnahme der Grafen von Teckelburg und Schwarzburg in das Verständnis sollen sie bewilligen.

p. 480.

Ueber die Verwendung der geistlichen Güter sollen sie Macht haben, mit den Ständen «nach gelegenheit der sachen» zu handeln und zu beschliessen³.

«Nota: dieweil in sachen, die ingriff zu Westhoven belangen, kein acten mer vorhanden, sollen die gesandten diejenigen, so man den fursten überschickt, wider mit sich pringen⁴.»

⁵ «Was des fridens halben zuo bedenken. das man an dem camergericht oder an keinem anderen gericht, es seie erbaigen und leibgeding oder aigen, keinem darumb, das er ein ordensperson, prediger oder dis glaubens were, absprechen solle, sonder das, wie recht, werden

¹ Ueber diese Angelegenheit s. das Nähere unten p. 515.

² Vgl. oben p. 427, 479, 492. Das Ausschreiben, bei Walch XVII 33 gedruckt (d. d. 1538 November 13), enthält eine an alle Fürsten gerichtete, ausführliche Rechtfertigung der Recusation des Kammergerichts.

³ Die Gesandten übergaben auch in Eisenach ein Gutachten (wahrscheinlich Bucers) über die Kirchengüterfrage. Lenz I 48 Anm. giebt einen Auszug daraus nach einem Exemplar des Weimarer Archivs. Wenn darin auf Vergleichsvorschläge Bezug genommen wird, so kann es sich nur um solche handeln, die auf dem Braunschweiger Tage im April (s. oben nr. 496), nicht, wie Lenz meint, auf dem Eisenacher vorgebracht worden sind. Auf letzterem scheint es zu gar keinem Schluss in dieser Sache gekommen zu sein. Vgl. unten nr. 546.

⁴ Dies scheint doch nicht geschehen zu sein; wenigstens findet sich im Str. St. Arch. nichts davon.

⁵ Das folgende ist auf einem besondern Blatt von andrer Hand ausgefertigt, jedoch wie das vorige auf Grund des Dreizehner-Gutachtens (s. p. 508 A. 2).

und volgen lasz; wie man desz bei maister Mathissen¹ und denen von Ulm und Memmingen exempel hat. item dieweil in stätten vil thum und andere stift, da die praelaten derselben stift die phründen, in selben stetten zum kirchendienst gestift, im ordenlichen monat zu leihen haben, die sie pfaffen dem glauben zuwider oder personen der kirchen nit dienstlich verlühen, das weg zuo bedenken, ob durch des bapsts monat oder in ander weg dieselben phründen an den kirchendienst zuo bewenden weren.»
 nr. 416. König Ferdinands gegen Lindau ausbedingen.

537. Bericht Sturms und Duntzenheims über den Tag der Einigungsverwandten zu Eisenach.
 [Juli 24—August 11.]

Str. St. Arch. AA 472. Orig. von Duntzenheim.

Anwesende Botschaften. Kur-Brandenburgs Anerbieten, einen religiösen Frieden zu vermitteln. Türkengefahr. Aufnahme des Markgrafen Hans. Helds Praktiken. Ausschuss wegen der Türkenhülfe und Friedensbedingungen. Zeitungen vom Kaiser (Concil, Reichstag). Beschwerden Goslars etc. Bitte der Brandenburgischen Gesandten Schlieben und Trott um Annahme der angebotenen Vermittlung. Letztere auch vom König befürwortet. Die Stände nehmen sie an. Malstatt des künftigen Tages. Recusation des Kammergerichts. Antwort der Stände auf Strassburgs Klage wegen der Uebergriffe des Bischofs. Erwiderung Sturms. Urkunden über den Schmalk. Bund und den mit Dänemark. Abschied. Unterredung der Gesandten mit dem Landgrafen in Berka wegen des Streits mit dem Bischof. Erzählung der Streitsache.

«Uf den 24. dag julii anno 1538 sind wir zu Isenach ankomen und mit uns die gesanten von Frankfort und Eszlingen, und aldo befunden von des churfursten von Sachsen wegen doctor Briecker kanzeler, her Hans von Dolzge, ritter und marschalk, doctor Blicher, Conz Dotzman² und von wegen des landgrofen zu Hessen Herman von der Molsberg, marschalk, Johan Veig, Hessischer kanzeler, Simon von Boinenburg, statthalter zu Kassel etc., ein doctor Conrat Metsch von wegen markgrof Hansen von Brandenburg und die gesanten von Hamburg, Bremen etc. also haben wir uns lossen ansagen den Sechsischen und landgrefischen gesanten am oben, als wir komen waren.»

Juli 25: Die Räte von Sachsen und Hessen bitten, man möge sich wegen des Beginns der Verhandlungen gedulden, bis die noch fehlenden Gesandten angelangt wären.

nr. 521. Juli 26: Versammlung der Gesandten. Dr. Brück trägt vor, wie Kurfürst Joachim von Brandenburg sich gegen König Ferdinand erboten hätte, gemeinschaftlich mit dem Kurfürsten von der Pfalz bei den Evangelischen wegen eines beständigen Friedens und der Türkenhülfe zu handeln. Sachsen und Hessen hätten darauf erklärt, sie wollten Brandenburgs Vermittlung annehmen; doch hätte Kurfürst Joachim bis jetzt noch keine Antwort vom König. Es sei nun notwendig, dass die Stände sich darüber einigten, welchemassen der Friede zu begehren oder anzunehmen sei. Einerseits müsse man darauf sehen, dass dem Evangelium durch den Frieden

¹ Mathis Zell, der Prediger? Vgl. unten nr. 584.

² Statt Briecker ist zu lesen Brück. Doctor Blicher ist im Abschied des Tages (ebenda) genannt: Bleichhart Sundenig (?) doctor. Dotzmann ist verschrieben für Gotzman.

in keiner Weise Abbruch geschehe; andererseits müsse auch die grosse vom Türken drohende Gefahr berücksichtigt werden. Das Gerücht, dass derselbe mit Persien in Conflict wäre, sei vielleicht von ihm selber ausgestreut worden, um Deutschland erst in Sicherheit zu wiegen und es dann unversehens zu überfallen. Brück zeigt weiter an, dass Sachsen den Markgrafen Hans von Brandenburg auf Grund des Braunschweiger Abschieds mit einer monatlichen Anlage von 2000 fl. in den Bund aufgenommen habe¹. Ferner teilt er mit, dass die Herzöge Ernst und Franz von Lüneburg sich entschuldigt hätten, dass sie wegen dringender Geschäfte diesen Tag nicht beschicken könnten. Von Kurfürst Joachim sei noch keine weitere Anzeige bezüglich der Friedensunterhandlung eingetroffen. «ward ouch angezeigt, wie doctor Held uns die ewangelischen stend gegen den papisten wol usgedragen, als ob wir kein friden sonder unruw begerten und in suma, das er den contrabund zu wegen gericht hat.» Es wird auch vorgeschlagen zu beraten, ob man im Fall, dass die Türken vorläufig ruhig blieben, nicht auf Abhaltung eines Reichstags dringen sollte, damit anstatt der Particularhülfe eine regelrechte Reichshülfe festgesetzt würde.

p. 480.

nr. 525.

Die Stände beschliessen, diese Vorschläge und Anzeigen Sachsens zu beraten.

Nachmittags wird ein Brief des Kurfürsten von Brandenburg verlesen, worin er anzeigt, es sei ihm noch keine Antwort des Königs zugekommen; doch sei er derselben stündlich gewärtig und werde gleich nach ihrem Eintreffen Gesandte nach Eisenach schicken. Das Gleiche werde hoffentlich auch der Kurfürst von der Pfalz thun. Zur Beratung über die Türkenhülfe und die aufzustellenden Friedensbedingungen wird ein Ausschuss von zwölf Personen gewählt, darunter als Vertreter der Oberländer Jacob Sturm, Dr. Conrad Hel und Georg Besserer.

Juli 27: Ausschusssitzung. Eine Botschaft an den Kaiser wird nicht für gut angesehen, weil dieselbe den Schein erwecken könnte, «wir hetten unser sachen ein sorg.»

Juli 28: Der Sächsische Kanzler zeigt den Gesandten an, dass der Ausschuss in seiner gestrigen Sitzung für zweckdienlich erkannt hätte, sich noch zu verkleinern, so dass nur vier oder fünf Personen die vorgelegten Punkte beratschlagen sollten. Für die Beschwerden der einzelnen Stände sollte dann noch ein zweiter Ausschuss eingesetzt werden. Die Stände bewilligen hierauf den engeren Ausschuss; über die Beschwerden wollen sie zunächst in einer allgemeinen Versammlung beraten. Es wird Zeitung verlesen, wonach der Kaiser in Genua einen deutschen Obersten gefragt haben solle, wo man in Deutschland am besten ein Concil halten könnte; darauf habe jener geantwortet: in Strassburg oder Metz. Ferner solle der Kaiser die Absicht ausgesprochen haben, im nächsten Frühling nach Deutschland zu kommen und einen Reichstag zu halten. Nachmittags werden die Beschwerden der Stände in einer allgemeinen Versammlung entgegengenommen, zuerst die von Goslar gegen Herzog Heinrich von Braunschweig. Auf Befragen, ob die Stadt den einzelnen Ständen schriftlichen Bericht über

¹ Copie des bezügl. Abschieds zwischen dem Kurfürsten und dem Markgrafen ebenda d. d. Juni 5.

nr. 519. die Sachlage zugeschickt hätte, antwortet der Goslarer Gesandte, dass dies erst vor kurzem geschehen sei. Hierauf bemerkt Strassburg, das es bisher nichts erhalten habe. Es wird dann dem Goslarer befohlen, seiner Herren Beschwerden schriftlich zu übergeben und weiter vor dem Ausschuss zu handeln. Der Pommersche Gesandte beklagt sich im Namen seiner Herren über Dänemark, der Württembergische über das Kammergericht. Ferner Beschwerden Ulms, Bremens, Magdeburgs. Es wird ein Ausschuss von acht Personen niedergesetzt, um über Abhülfe dieser Missstände zu beraten. Von den oberländischen Städten werden Ulm und Esslingen dazu verordnet. Der Ausschuss hält am 29. Juli eine Beratung.

nr. 535. Juli 30: Es wird ein Bedenken des kleinen Ausschusses verlesen, «was man mit den gesanten des churf. zu Brandenburg handeln solte» (*). Der Hessische Kanzler verliest neue Zeitungen aus Frankreich über die freundschaftliche Zusammenkunft Karls V. und Franz' I. zu Aiguesmortes.

August 2: Der Sächsische Kanzler verliest die Werbung, welche der Brandenburgische Gesandte, Eustachius von Schlieben, an den Kurfürsten von Sachsen gethan hat¹. Der Kurfürst hat den Gesandten nebst einigen Räten weiter zum Landgrafen geschickt und bittet um das Gutachten der Stände über die Werbung. Sturm trägt im Ausschuss die Beschwerden Strassburgs vor und bittet um Rat.

August 4: Der Sächsische Kanzler zeigt an, dass die Brandenburgischen Gesandten, Eustachius von Schlieben und Adam Trott, kürzlich beim Landgrafen gewesen und in der Nacht hier (in Eisenach) angekommen seien, da Sachsen und Hessen sie an die Versammlung der Einigungsverwandten gewiesen hätten, um von dieser die entscheidende Antwort auf ihre Werbung zu empfangen. «und doruf verlesen des churfürsten antwort²; sicht in fur gut an, dasz man sich nit entplosse mit worten in keinen wege, es sige den sach, dasz koniglich mt. ein volkomen gewalt hab von kai. mt., den man mochte sonst nit fruchtbarlichs handeln.» Auch des Landgrafen Schreiben, «fast wie des churf. schriben» lautend, wird verlesen, und dann auf Antrag des Sächsischen Kanzlers — «deweil die gesanten von Augspürg nit gegenwertig weren und villicht noch dissen tag komen würden» — die nähere Beratschlagung dem engeren Ausschuss übertragen. «es ward ouch ein geschrift gelesen [*], so von koniglicher mt. komen an den markgrofen von Brandenburg, darin sich der konig erbeut, allen fleisz bi kaiserlicher mt. anzuwenden; hab ouch solichs durch schriften gethon, aber noch kein antwort worden; und darneben wie der Durk in grosser rustung sige, uf Windische Mark und andere ort zu reisen, und etlich folk schon weggeführt. dasz man sich ouch eins anderen dags verglichen solte, wen man wider zusammenkomen wolt; ouch das der pfalzgrave zu

¹ Copie ebenda d. d. Salzingen Juli 31: Schlieben zeigt an, dass der Kaiser und der König mit der Intervention des Kurf. von Brandenburg einverstanden seien. Die Protestierenden sollten bis zu einer demnächst zu berufenden Versammlung noch den Kurfürsten von der Pfalz als Vermittler gewinnen und einen Entwurf aufstellen, in welcher Weise sie den Frieden wünschten. Unterdessen werde wohl vom Kaiser genügende Vollmacht für die Unterhändler eintreffen.

² D. h. ein Entwurf zur Antwort auf die Brandenburgische Werbung.

solichen dag erbeten sollte werden, das er selber oder durch seine ret erschine.»

August 5: Der Sächsische Kanzler legt den Ständen die vom Ausschuss verfasste Antwort auf die Brandenburgische Werbung vor; nachdem dieselbe von den Ständen gebilligt worden, wird sie den Brandenburgischen Gesandten übergeben, welche sie an ihren Herren zu bringen versprechen¹. Dr. Hel zeigt an, dass die Städte Schwäbisch-Hall und Heilbronn in den Bund kommen möchten. Ueber die Höhe ihrer Beiträge sollten auf Antrag Sachsens Strassburg, Augsburg und Ulm ihr Bedenken mitteilen². Die Ratschläge des Ausschusses über die Beschwerden von Württemberg, Hessen, Philipp von Nassau und mehreren Städten werden verhört.

August 6. Die Brandenburgischen Gesandten erklären sich mit der ihnen gegebenen Antwort einverstanden; nur bitten sie, man möge die Malstatt des künftigen Tages schon hier bestimmen und sich darüber näher aussprechen, ob blos der König oder auch Brandenburg und Pfalz als Unterhändler mit Vollmacht vom Kaiser ausgestattet sein sollten. Die Beratung über diese Punkte wird dem Ausschuss anheimgegeben³.

August 7. Verhandlung über die Beschwerden. Bezüglich der allgemeinen Recusation des Kammergerichts sollen die Gelehrten alle darüber eingegangenen Ratschläge prüfen und danach erwägen, was das Nützlichste sei⁴. Auf der nächsten Versammlung soll dann jeder Vollmacht haben, darüber zu beschliessen.

August 8. Beschwerden Hessens. «der statt Straszburg beschwerden wurden ouch verlessen; aber wir waren abgedreten, und ward uns den morgen kein antwort. nochmitag ward uns durch den Sechsischen kanzeler in der versamlung angezeigt, wie daz si einer statt Stroszburg friheit und

nr. 536.

¹ Copie ebenda: Die Stände erklären sich bereit, die Vermittlung Brandenburgs anzunehmen und den Kurfürsten von der Pfalz um Uebernahme der zweiten Vermittlerrolle zu ersuchen. Die Beschickung eines neuen Tages zur Verhandlung über den Frieden sagen sie zu unter der Voraussetzung, dass der Kaiser die nötige Vollmacht erteile. Schliesslich bitten sie, Brandenburg möge sich beim König um Einstellung des Prozesses gegen Lindau verwenden. Vgl. nr. 416.

² Im Abschied wurde bestimmt, dass Ulm und Augsburg mit den Städten wegen der Anlage verhandeln sollten.

³ Im Abschied des Tages (Copie ebenda) wurde festgesetzt, dass die nächste Versammlung in Frankfurt stattfinden sollte. Falls aber zu deren Berufung keine Zeit vorhanden wäre (wegen der Dringlichkeit der Türkenhilfe), sollten Sachsen und Hessen ermächtigt sein, allein mit Brandenburg und Pfalz wegen des Friedens zu verhandeln; ein für letzteren aufgestellter Entwurf sollte ihnen hierbei als Richtschnur dienen. Die darin enthaltenen Forderungen sind dieselben, welche die Stände später bei Beginn des Frankfurter Tages vorlegten.

⁴ Vgl. oben nr. 534. Die Stimmung war im ganzen gegen die allgemeine Recusation, wie man aus einer Aufzeichnung von Sturm (ebenda) ersieht, in welcher die Bedenken der einzelnen Stände kurz zusammengestellt sind. Danach sind die Städte mit Ausnahme von Constanz dagegen; doch wollen Ulm, Reutlingen, Memmingen, Isny und Kempten im einzelnen Falle, wenn constatirt wird, dass einem Stand in äusserlichen Sachen vom Kammergericht Unrecht geschieht, Hilfe leisten. Aehnlicher Ansicht ist Lüneburg, während Württemberg und Pommern sich einfach gegen die Recusation und das Verständnis in weltlichen Sachen erklären. Die Gutachten von Sachsen und Hessen sind nicht mit angeführt. Der Punkt des Eisenacher Abschieds betreffend die Recusation ist gedruckt bei Hortleder II 1289.

gerechtigkeit verlesen und das bewogen und beratschlagt erstlich mit fruntlichem erbieten gegen einer statt Stroszburg etc. mit vil guten worten ganz wol geneigt, und dasz der fursten ret und die botschaften fur gut nutz und notwendig ansehe, dasz ein rat zu merer beglimpfung des handels an den bischof und kapitel wider ansucht mit anzeigung, was ein bischof und kapitel einer statt Straszburg verwandt weren, desglichen verschriben und der bischof geschworen were, ob villicht dasselbe helfen mochte¹. zum anderen, ob uns vor gut ansehe, dasz die beiden ir gnedist und gnedig hern, der churfurst und landgraf, markgrof Ernsten von Baden, desglichen dem von Stolberg schriben, das si sich bi dem bischof gutlicher handlung unternemen². zum dritten, ob si, die beiden fursten, dem pfalzgrafen kurfursten schriben, ob derselbe sich der handlung understunde, dieweil vormols ein pfalzgraf darunder rechtlich gesprochen. zum fierden, ob uns fur gut ansehe, dasz wir mit den stetten umb uns gelegen ein rat hetten und die mit uns handleten. zum funften, so weren sie von wegen ir g. herren, dem churfursten zu Sachsen und dem landgrofen zu Hessen, unbeschwerlich, fur sich an den bischof und ouch an das kapitel zu schriben. ouch zeigten sie witer an: so das alles beschehe und der bischof je nit wolte, so hette dann ein rat dester mer fug und glimpf, wider gegenpfendung zu thun uf die von Molsheim. doch were ir rat, wan man die gegenpfendung thun wurde, dasz solche nit merer were, den unser burger behempt were; doch drugen sie ein fursorg, dasz die hemung nit so gar gut were, us ursach des landfriden halber, domit ein statt nit in grosseren last gefirt, mit fil erbieten. ist durch hern Jocop Sturmen von wegen ein ersamen rats ganz dienstlich und frundlich gedankt irer gehapten mieg und arbeit und solichs an ein rat zu langen. und diewiel sie gesandten, fursten, ret und die andern von stetten und stenden fur gut ansehe, dasz man den bischof und capitel schribe, mochten sie thun, doch dasz wier copei darvon hetten, soliche einem rat anzuzeigen. ob dann ein rat fur nutz und gut ansehe, die brief zu ubergeben oder zu hinderhalten, [dasz er dazu] macht haben sol, und darauf gebeten, sie solten die sach in bevolen lossen sein und es weiter beratschlagen.» —

p. 480.

nr. 473.

«Die hauptverschribung von dem konig von Denmark sind ubergeben. haben wir die unser dem Hessischen kanzeler uberlifert, der soll die mit sampt der hauptverschribung uber die X jergic verstentnus jetz gon Frankfort in die herbstmesz Conrat Joham zuschicken.» Es wird auch ein Brief der evangelischen Eidgenossen an Sachsen und Hessen verlesen, sowie die darauf von den Fürsten gegebene Antwort³.

August 9. «Am morgen kam man wider uf das haus und ward der

¹ Ueber den Gegenstand des Streits zwischen Bischof und Stadt vgl. weiter unten die Besprechung mit dem Landgrafen.

² Die Grafen von Stolberg waren denen von Hohenstein, aus deren Geschlecht der Bischof von Strassburg stammte, benachbart und erbverbrüderet. (Vgl. Grote Stammtafeln 237.) Daher kam es wohl, dass man den Stolberger, der ausserdem evangelisch war, für die Vermittlerrolle geeignet hielt. In welcher Beziehung Ernst von Baden, abgesehen von seiner Nachbarschaft, zu dem Bischof stand, ist mir unbekannt.

³ Vgl. den Exkurs über die Concordie.

abschid verlessen und versigelt. nachmitdag der nebenabschid ouch verlessen und unterschriben¹.

Am samstag am morgen den 10. august sind wir aldo zu Isenach verritten mit den Hessischen reten gon Berken², <zu> den landgrofen zu suchen, und aldo den samstag den ganzen dag bliben. ist der landgrof erst umb 9 uren in der nacht do inkomen, desglichen der churfurst von Sachsen denselben dag umb die 3 uren ungeforlich.»

Nachdem die Fürsten am 11. August morgens eine Unterredung gehabt, lässt der Landgraf die Strassburger Gesandten zu sich rufen. «hat her Jocop Sturm der lenge noch [erzählt] die handlung, bedreffen den bischof von Stroszburg und den frien zug des lands Elsass <belangend>, und was einem ersamen rat mit des bischofs hindersassen zu Molsheim gegen irem burger, der von in verzogen ist, begegnet; wie dieselben von Molsheim unser burger Steffens Hans Martin, der von inen verzogen und burger zu Stroszburg worden ist, underston, steur und bett uf seine guter zu legen und in daruf sine guter arrestiert und in verbot gelegt haben, das doch wider alt herkomen und gebruch des freien gezugs im land Elsass ist, uber filveltig schriben, so man dem bischof gethon und ouch zu dem kapitel gangen, sie erinnert der verschribung, so der bischof und ein kapitel einer statt Stroszburg gegeben und gethon haben, darzu uber etliche rachtung und spruch, dasz der bischof ein statt Stroszburg bi dem freien gezug sol helfen hanthaben etc. mit vil mer worten, und siner gnoden rot dorunder begert.» Es werden dem Landgrafen auch allerlei Belege und Actenstücke über die Sache mitgeteilt. «doruf der landgrof selbs geantwort: was er einem ersamen rat wuste zu thun, das in lieb und dienst were, wolt er alle zit willig sin, mit allem guten erbieten.»

538. Landgraf Philipp an die Dreizehn.

August 10.
Friedwald.

Str. St. Arch. AA 468. Ausf.

Dankt für Zeitungen (*) und sendet Copie des zwischen Münster und Oldenburg geschlossenen Friedensvertrags³. Dat. Friedwald Sa. n. Cyriaci a. 38.

539. Jacob Sturm an Landgraf Philipp.

August 23.
[Strassburg.]

Marb. Arch. (Corr. Philipps mit Sturm.) Orig.

Schickt Copie eines Briefes des Französischen Botschafters in Solothurn an Basel⁴. Privatim habe der Botschafter «einem guten gesellen» geschrieben, man wisse nichts Näheres über den Anstand zwischen Frankreich und dem Kaiser; es seien bei den Verhandlungen ausser den Fürsten selbst nur zwei

¹ Der Nebenabschied enthält die Ratschläge der Versammlung auf die vorgebrachten Beschwerden der einzelnen Stände. Copie ebenda. Strassburgs Beschwerden sind darin nicht berücksichtigt.

² Berka w. von Eisenach an der Werra.

³ Liegt bei, d. d. Juli 30. Vgl. oben nr. 534.

⁴ Liegt bei; enthält die Anzeige von der Zusammenkunft in Aiguesmortes. S. oben nr. 535.

Personen von jeder Seite zugegen gewesen. Doch glaube er nicht, dass alle die zahlreichen Streitpunkte in so kurzer Zeit verglichen sein sollten. In Ueberlingen sei eine Zusammenkunft von Städtebotschaften und Prälaten gewesen, und zwar, wie behauptet werde, wegen des Beitritts zu dem
nr. 525. «newen contrapund.» — «Dat. fritags sant Bartholmes oben a. 38.»

540. Jacob Sturm an Landgraf Philipp.

September 21.
[Strassburg].*Marb. Arch. (Corr. Philipps.) Orig.*

Fürstenberg betreibt einen Vergleich zwischen Lothringen und Jülich wegen Gelderns. Frankreich unterstützt die kaiserl. Ansprüche auf letzteres. Der Kaiser sucht Lothringen zum Verzicht auf Geldern zu bewegen. Feindl. Absichten desselben gegen Jülich.

«Genediger her. es ist der wolgeborn m. g. her, grave Wilhelm von Furstenberg, vorgestern hie ankomen und, wie ich von sin gn. verstand, willens, zu m. g. hern herzog Ulrichen zu reiten und bei iren f. g. darauf [zu] arbeiten, ob sin f. g. bi dem churf. zu Sachsen oder e. f. g. zu wegen bringen möcht, das Göllich und Luthringen zusammen an einer gelegen malstatt kämen und sich mit einander des lands zu Gellern halben verglichen¹. er hatt auch doctor Hansen von Metz bei ime; acht, werd mit ime reiten. der hat sich gegen mir vernämen lassen, wie der konig zu Frankreich kai. mt. in die hand versprochen und zugesagt hab, sich des herzogen von Gulchs, oder wer ime zu Geldren wider in, den kaiser, beholfen werd sin, nichts anzunämen; sagt auch, das kai. mt. dem herzogen zu Luthringen angeboten, sich mit ime umb sin anforderung zu vertragen, und das der cardinal von Luthringen², so gar vil bi dem konig von Frankrich vermag und eins grossens ansehens bei im ist, gut keiserisch sei und gern sehe, das sin bruder sich mit kai. mt. vergliche. so sagt grave Wilhelm, der herzog hab im zugesagt, zween monat lang still ze ston und sich mit kai. mt. nit einzulossen. ob nun disen sachen also sei, oder ob si es dem herzogen von Luthringen zu gut sagen, kan ich nit wissen: grave Wilhelm hat ein herschaft in Luthringen von dem cardinal in pfandswis inhendig, und wie mich bedunkt, wurt er des orts vast sin hofwonung haben. so ist doctor Hans des herzogen diener; nit destoweniger hab ich underthäniger meinong e. f. g., sovil ich von inen vernomen, nit verhalten wollen, ob etwas derhalben an dieselb gelangen würde, der sach weiter nochzgedenken. doctor Hans sagt under anderm, das kai. mt. sich gegen dem konig hett vernämen lassen, er wolt Geldren nit allein dem von Gulch nit lassen, sonder in auch strofen, das er sich mit der that selbs in des heiligen reichs lehen on sin als Ro. kaisers und lehenhern bewilligung ingetrungen. er sagt auch, das der konig dise und andere reden, so zwisten ime und dem kai. ergangen, dem herzogen von Luthringen zuentboten hette, und dem herzogen riet, sich mit kai. mt. siner gerechtikeit halb zu ver-

¹ Karl von Geldern, der am 30. Juni starb, hatte den Herzog Wilhelm, Sohn und Nachfolger des Herzogs Johann von Jülich-Cleve, zu seinem Erben eingesetzt. Ranke IV 128. Andererseits hatte Herzog Anton von Lothringen als Neffe des Verstorbenen Ansprüche auf Geldern.

² Herzog Antons Bruder Johann, Bischof von Metz und Kardinal.

tragen. das alles woll e. f. g. von mir also gnediger meinong ufnehmen und mich weiter nit vormelden.» — «Dat. in eil Mathei apostoli den 21. septembris a. 38.»

541. Die Dreizehn von Basel an die Dreizehn von Strassburg.

September 28.

Const. Arch. O. VI 1 f. 2 Copie.

Rechtstag in Zürich wegen eines Streits der Constanzer Domherren mit der Stadt Constanz. Absicht des Kaisers, Frankreichs etc, die Evangelischen anzugreifen. In diesem Sinne verhandle auch der Papst mit den Fünf Orten. Der Schwäbische Adel wolle dem Nürnberger Bunde beitreten. England.

Auf das letzte Schreiben Strassburgs (*), betreffend den Streit der Stadt Constanz mit ihren Domherren wegen eines Zinses, hätten sie an den Rat von Zürich, welchem die Entscheidung der Sache zukäme, geschrieben, und den Strassburgischen Ratschlag überschickt¹. Zürich habe darauf erwidert, es sei «denen von Costanz mer dann geneigt, si, wo es mit fügen gesin mag, ze fürderen.» Auch hätte Constanz den Zins schon längst zuerkannt erhalten, wenn es sich auf rechtliche Entscheidung einlassen wollte. Dessen hätte es sich aber bisher geweigert und dadurch die Sache schon fünf Jahre hingezögert. Jetzt habe nun Zürich «uf der thombherren ungestümb anrufen widerumb ein rechtstag ernennet», und es liege sehr viel daran, dass Constanz diesmal erscheine, wenigstens um die Klage zu hören etc. Sonst sei zu besorgen «es wurden die pffaffen unsern eidgnossen von Luzern und anderen, bei denen si bürger seind, nachlaufen und durch derselben hilf unser eidgnossen von Zürich mit dem landfriden, — da die stift Costanz ingeschlossen sein soll —, tringen, das si uf deren von Costanz ungehorsame erkennen müszten, das si nit gern thäten.» Basel erbietet sich, den Constanzern, wenn sie den Rechtstag beschickten, alle Förderung zu Teil werden zu lassen.

Sie haben glaubhafte Nachricht, dass der Kaiser, der Papst und Frankreich in Werbung ständen, einen Anstand mit den Türken zu machen, um dann «desto stattlicher» gegen die Evangelischen vorgehen zu können; «das auch der bapst unser eidgnossen von den V orten in solich verein ze bewegen understat, und sovil bei inen erlangt, das si zwen boten, deren hauptman Bolsinger einer ist, doch ingeheim, zu ime gen Rom geschickt, mit denen eben vil einspenniger gesellen, vileicht dienst ze bitten, ziehen sollen.» Berichten von dem Nürnberger Bündnis der Papisten. «so ist der adel us Schwaben kurzer tagen zu Rotenburg am Necker und die Hegawer auch bei einandern gesein; sollen sich dem federe defensivo anhengig ze machen berotschlagt haben, und ist die red, das alles geschehe dem Schmalkaldischen pund zewider, uf meinung, wann si vom selben von irem alten

nr. 525.

¹ Es handelt sich um einen sog. Claustralzins, der dem Domstift zustand und nach Einführung der Reformation sowohl von der Stadt als auch von den Domherren, die sich aus Constanz nach Ueberlingen zurückgezogen hatten, beansprucht wurde. Letztere hatten den Zins, der von einem Züricher Bürger Conrad Aescher zu zahlen war, «hinder ime zü recht verbieten lassen». Da auch der «Schaffner» der Domherren Züricher Bürger war, so war die Sache vor dem Rat dieser Stadt zuständig.

glauben getrungen werden solten, das si einandern hilf ze beweisen schuldig. hieneben gond reden, wie dis spil gegen dem konig zu Engelland uf den früling angefangen, und so ime der Schmalkaldisch pund hilf beweise, uf dieselben gleicher gstat angriffen werden solle: in somma, es ist gewisz vil trübs wetters vorhanden; der herr beware uns und erhalte sein wort in ewigkeit.» — Dat. «in il» Sa. 28. Sept. a. 38.

542. Die Dreizehn von Strassburg an die Geheimen von Constanz. September 30.

Const. Arch. O. VI 1 f. 2. Ausf.

nr. 541. Ubersenden und befürworten das Schreiben Basels vom 28. September. Was die darin mitgeteilten Zeitungen belange, so gebe man ihnen, soweit sie Frankreich und den Kaiser betreffen, «noch zur zeit aus ursachen» wenig Glauben. Bitten um Auskunft wegen des Gerüchts «das auch die praelaten und vom adel umb euch taglaisten sollen.» — «Dat. mōntag den letsten septembris a. etc. 38.» — Pr. Oct. 3.

543. Der Rat von Constanz an die Dreizehn. October 3.

Str. St. Arch. AA 475. Ausf.

Antwort auf das Schreiben vom 30. September. Will sich auf die rechtliche Verhandlung des Streits mit den Domherren einlassen und den Tag zu Zürich beschicken, «guter zuversicht, unsere fründ von Zurich werdent uns dis fals nit absprechen, das si selbs bi inen und in aller irer landschaft übert und handlent¹.» Was die Versammlungen des Adels betreffe, so sei in der That etwas daran: «es habent her Gerwick, apt zu Wingarten, und graf Hug von Montfort als kai. und kon. mt. comissarien mit etlichen umbelegen prelaten stetten und den vom adel verschiner tag zu Ravenspurg und hievor zu Wangen taglaistungen gehalten. was aber der comissarien anpringen gewesen oder was geschlossen worden, habent wir nit noch erlernen mögen.» Verspricht weitere Kundschaft darüber. «Dat. tertia octobris anno etc. 38.» — Empf. Oct. 5.

544. Landgraf Philipp an Jacob Sturm². [Anfang Oct.]

Marb. Arch. (Stadt Strassb.) Conc.

Sendet in besonderem Vertrauen Bericht über Verhandlungen, welche Herzog Heinrich von Braunschweig mit Herzog Erich geführt haben soll³, und bittet, ihm ein Gutachten darüber zuzuschreiben, «was in

¹ In der That fiel Zürichs Spruch zu Gunsten der Constanzer aus. (Copie im Const. Arch. O. VI 1 f. 2, d. d. Oct. 7.) Basel berichtete darüber auch am 12. Oct. an Strassburg. Basl. Arch. miss. 32 f. 196.

² Ebenso an Rechlinger in Augsburg und an Georg und Bernhard Besserer in Ulm.

³ Copie ebenda: Herzog Heinrich sei nach dem Nürnberger Convent (Mitte Juni) zu Herzog Erich gekommen und habe ihm den Inhalt der Nürnberger Beschlüsse mitgeteilt, nachdem er ihn zuvor eidlich zum Schweigen verpflichtet; auch habe er Geld zu der Bundessache von Erich verlangt, was dieser jedoch abgeschlagen. Ferner habe Heinrich gesagt, der Kaiser

dieser sachen ze thun oder ze lassen sein moge, und ob der widerwertigen packenstreichs, wan si iren vorteil ersehen, also zu gewarten oder der vorstreich an die hand, — wilchs doch beschwerlich und muehselig gnug fallen wurde —, zu nemen sein solt oder nicht, oder was man doch mit gutem gewiessen thun muge; wollet auch euch mit etzlichen vertrauten dem evangelio gneigten personen darauf unterreden und bedenken.» Bittet im übrigen um höchste Geheimhaltung. Dat. fehlt¹.

545. Jacob Sturm an Landgraf Philipp.

October 11.
Strassburg.

Marb. Arch. (Corr. Philipps mit Sturm.) Orig. Benutzt mit falschem Datum von Lenz I 408. (Vgl. Anm.)

Zeitungen aus Basel. Zwiegespräch mit Pfalzgraf Friedrich. Derselbe beteuert seine friedliche Gesinnung gegen die Protestierenden und bittet, seine jetzige Reise zum Kaiser nicht falsch zu deuten. Sturm tadelt die Selbstsucht Heinrichs von Braunschweig und Baierns. Der Pfalzgraf sei dem Bündnis der Papisten nicht beigetreten. Frankreich werde nach Fürstenbergs Ansage keinen Angriff auf die Evangelischen dulden. Weitere Erkundigungen durch Pfalz und Fürstenberg einzuziehen. Die Protestierenden dürften trotz der drohenden Haltung der Gegner nicht zum Angriff vorgehen, sondern müssten warten und auf Gottes Hilfe vertrauen. Gründe hierfür. Dr. Held in Ungnade beim Kaiser. Das Kammergericht wegen der ausstehenden Besoldung auf Strassburgs Geldstrafe vertröstet.

Antwort auf Philipps letzten Brief. Schickt die von Basel mitgeteilten Zeitungen über die Praktiken gegen die Evangelischen. Hält dieselben — wenigstens soweit sie Frankreich betreffen —, für «nit so gar glaublich.»

nr. 544.

nr. 541.

Am 4. October sei Kurfürst Ludwig von der Pfalz mit seinen Brüdern, Herzog Friedrich und Wolfgang, in Strassburg angekommen und am 5. und 6. October dort verblieben². «hat m. g. her, herzog Fridrich, sonderlich noch mir geschickt, mir allein on jemants heisein montlich angezeigt, wie sein f. g. vor guter zeit angelangt, das si verdacht solte sein bei dem churf., e. f. g. und andern protestierenden stenden, als ob ir f. g. uf dem richstag zu Augspurg und nochmohn zu Regenspurg die kai. mt. wider dieselben protestierende stende gehetzt und bewegt solte haben und noch heutigs tags heftig wider dise stend sein solte, daran aber sein

sei mit Frankreich wirklich verbündet und beabsichtige, demnächst einen Reichstag zu halten, wo bestimmt werden sollte, wie sich die Stände bis zum Concil zu verhalten hätten. Wer auf dem Tage nicht erscheine oder sich dessen Beschluss nicht füge, solle als Rebell bestraft werden, und zwar sei ihm, Herzog Heinrich, in Niederdeutschland, und den Herzögen von Baiern in Oberdeutschland die Execution gegen die Ungehorsamen übertragen.

¹ Vgl. Sturms Antwort in folg. Nummer.

² Die folgenden Mitteilungen über die Unterredung mit dem Pfalzgrafen hat Lenz a. a. O. für den Juli 1539 erwartet, irregeleitet durch den Zufall, dass auf diesen Bericht, der gerade einen Foliobogen ausfüllt, in dem Actenfascikel (278 f. 9) des Marb. Arch. ein anderer Brief Sturms folgt, der bei flüchtiger Betrachtung wie die Fortsetzung des vorigen aussieht und am Schluss das Datum 1539 Juli 21 trägt. Durch die Congruenz der Versendungsschnitte sowie durch den Inhalt (Mitteilung der Basler Zeitungen vom 28. Sept. am Beginn des Briefs etc) ergibt sich, dass der Bogen vielmehr zu fol. 46 desselben Fascikels gehört und vom 11. Oct. 1538 datiert.

f. g. unrecht beschehe; dan ob er wol an beiden obgemelten orten allerlei bevelch und antworten von kai. mt. wegen gegeben, so wolt er doch durch die bevelch, so im in französischer sprach von wegen kai. mt. zugestellt weren worden und er noch bi sinen handen hette, darthun, das er si alwegen milter dan si in schriften gestanden, geredt und darthon hette. so hette im der Augspurgisch abschied auch nit gefallen, den auch zu reden kai. mt. abgeschlagen und uf den markgrafen churf.¹ denselben geschoben, der es auch gern gethon. zu Regenspurg hett er zu dem friden, so zu Nurnberg ufgericht, treulich geraten und geholfen; wer auch noch heutigs tags des gemüts, wolt desselben auch, so lang im gott genad und verstand verlühe, pleiben, das was er zu furderung fridens zwisten kai. mt. und disen stenden raten und helfen kont, das er an sinem vleisz nichts erwinden wolt lossen. dis alles, — sagt sin f. g. —, zeigt er mir darumb ane, er were jetz uf dem weg, durch Frankreich in Hispanien mit siner gemahel zu der kai. mt. zu ziehen, und das uf vilfeltigs anhalten und bitten derselben siner f. g. gemahel, ob er ime und ir möchte zu rugen helfen; dan es hett kai. mt. in in einen schweren handel gesteckt, — also nant ers². nun müste er us dem alten verdacht, so uf ime also on sin schulde berugt, besorgen, es wurde dise oder dergleichen reden von ime usgeschlagen werden, er zuge in Hispanien zu kai. mt. on zweivel mit allerlei practicken und bevele, die kai. mt. wider dise stende zu bewegen und unfriden in teutscher nation anzuregen; dem gegenüber beteuerte er, dass er weder Auftrag noch Lust dazu habe, vielmehr geneigt sei, beim Kaiser dahin zu arbeiten, dass Friede und Einigkeit im Reich erhalten bleibe. Deshalb wäre seine Bitte an Sturm, ihn bei den Ständen gegen die angedeuteten Verläumdungen in Schutz zu nehmen. Er, Sturm, habe dem Herzog für seine freundliche Gesinnung gedankt und ihn darauf aufmerksam gemacht, wie Herzog Wilhelm v. Baiern und Heinrich v. Braunschweig bei einem Kriege mit den Protestierenden nur ihren eigenen Vorteil suchten. Darauf hätte Herzog Friedrich nochmals versprochen, beim Kaiser den Frieden zu befürworten, und dabei gesagt, «es wer allerlei von etlichen fursten an sin bruder den churfursten und in gesonnen worden; si hetten sich aber mit niemants inlossen wöllen, gedechten es auch nit zu thun. meer will ich nit sagen, sprach er, also das ich us denselben worten wol kunt abnemen, das er die gegenpundnüs meinert. des Denmarkischen handels gedacht er gar mit wenig worten. wie nun siner f. g. gemüt stande, weisz gott der herre; die wort sind dermassen gangen, das ir f. g., wo si das widerspiel handlen solt, nit geringen verwis doraus zu gewarten hett.

nr. 514.

Daneben hab e. f. g. ich nehermol auch geschriben — als ich mein —, wes grave Wilhelm von Furstenberg mir des konig von Frankreichs halber angezeigt, namlich das er zu der kai. mt. gesagt, wo er gegen den

¹ Kurfürst Joachim I. von Brandenburg.

² Wohl Anspielung auf seinen Conflict mit Dänemark. Bekanntlich war der Pfalzgraf als Schwiegersohn und Erbe des vertriebenen Königs Christian II. von Dänemark in einen höchst fatalen Streit mit dem regierenden König Christian III. verwickelt. Der Kaiser, welcher die Heirat Friedrichs mit der Dänischen Prinzessin hauptsächlich betrieben, hatte ihm später nicht die erforderliche Unterstützung zur Eroberung Dänemarks gewährt. Vgl. Waitz Wullenwever III 338 ff.

protestierenden stenden etwas handeln würde, so kunte ir friden zwisten inen beiden nit bestone¹, und das ime doruf kai. mt. geantwort, er woll mit der that nichts wider si handeln; das auch der konig ime, grave Wilhelm, erlaubt, wo dise stend angriffen wurden und si in ansprechen, das er mocht die XXV hauptleut, so er in des konigs namen bestölt, alle on weiter ansuchen bei dem konig disen stenden zu hilf zufüren und gebrauchen. dise red hat grave Wilhelm jetz, als er wider hiehar us dem land Wirtenberg komen, gesterigs tags erst wider gegen mir repetiert und erholet. dises alles, genediger furst und her, hab e. f. g. ich dorumb geschriben, ob e. f. g. durch grave Wilhelm bei dem konig zu Frankreich oder durch Pfalz bi dem keiser zu erfaren für gut ansehen, was an den practicken sein möcht. ich will für mich selbs mit grave Wilhelm reden und ime anzeigen, wes mich anlangt, doch unvermeldet e. f. g. oder jemants etc.»

Giebt auf Begehr des Landgrafen sein Gutachten über die Frage, ob die Evangelischen den Angriff ihrer Feinde abwarten oder selbst die Offensive ergreifen sollen: «nach menschlichem verstand und vernunft zu reden, kan ich wol bedenken, wie schwerlich es sei, dem gegenteil den vorteil und vorstreich zu lossen; dagegen ligt mir aber im weg, das gott der almechtig zu der zeit, do die sachen eben das ansehen bei dem gegenteil hatten wie jetz, und aber mir² under uns zerteilt und vil schwächer dan jetz waren, nit destweniger hand ob uns gehalten und dem gegenteil nit platz noch raum geben, sonder weil wir im vertrawet, die sach je weiter je weiter brocht. solten wir nun jetz etwas anfohen, mocht es das ansehen haben, als ob wir uns jetz nit uf gott sonder uf unser sterk und macht verliessen, derhalben uns gott auch demütigen mocht lossen, domit wir hinfurter uns nit uf unser macht sonder allein uf in liessen. wir haben allerlei exempel vergangner zeit, do die sach an den orten, do man es mit dem schwert hat wollen usrichten, nit wol geraten. derhalben besorg ich, das wir es mit guten gewissen nit wol anfohen mögen. so weisz ich auch nit, mit was fügen und schein man es bei der welt kont vertedingen; dan das gegenteil dise practicken uns nit geston, sonder sich zum höchsten verantworten würden, wir weren die ersten, die bundnussen angefangen hetten; derhalben weren si verursacht worden, ein gegenbundnüs und das allein zur gegenwere ufzurichten etc. so kan ich nit sehen, worauf wir unser vorderung und das end des kriegs stellen wolten, dan ein friden tringen mit dem schwert; [den] mocht uns das gegenteil, wo es zu schwach, lichtlich geben, und so si noch ufrecht bliben, denselben halten, so lang si iren vorteil nit ersehen, wi si dise zeit her auch gethan. so si aber iren vorteil ersehen, stunden wir eben in der gefar wie jetz, und hetten wir dennoch ein grosz gut ufgewendt und uns selbs geschwecht. solten wir es dan doruf setzen, si all zu verjagen oder zu unserm glauben zu tringen, wurd ein schwer werk sein. derhalben hielt ich dofur, wir solten dem gott, der uns hjs hiehar erhalten, vertrawen und doch daneben die mittel, [die] er uns gibt, mit

¹ Vgl. den Brief vom 21. September, in dem von dieser Aussage Fürstenbergs nichts mitgeteilt ist.

² = wir.

gutem ufsehen und wachen, auch aller rüstung zur gegenwere gebrauchen und es in lossen walten; wer ich der hoffnung, fieng das gegenteil etwas ane, wir wurden schinlich die hilf gottes sehen und mit guten gewissen uns weren mögen, auch allen glimpf bei der welt und dem gemeinen man haben. zu dem besorg ich, wan es schon bi etlichen verstendigen fur besser solt angesehen werden, das man des vorstreichs nit erwartet, das es schwerlich bei allen stenden zu erheben wurd sein. solt man es dan durch practicken und nit mit guten willen bei inen erheben, wurd im werk, wo es sich ein wenig raube zutrüg, vil hindernüs pringen.»

Bittet, ihm dies Bedenken zu gut zu halten, und verspricht weitere Ueberlegung der Sache und Geheimhaltung.

«Her Martin Butzer reit uf heut auch us zu e. f. g.¹ so schreibt man von Speir, das doctor Held vergangner zeit verritten in meinong, zu kai. mt. zu ziehen, und hat die beisitzer des camergerichts ires usstonden soldes hochlich vertröstet; ist aber jetzt wider ankomen, unbesprochen der kai. mt., dan er in ungnaden sein solle. doch hat er die beisitzer uf etlich alte extanzen und sonderlich uf den peenfall, so si der statt Strassburg in der Hanowischen sachen erkant, vertröstet, derhalben auch dieselb sach zu referieren und entlich dorin zu sprechen bevolen soll sein.» — Dat. Strassburg Fr. n. Dionysii a. 38.

546. Jacob Sturm an Landgraf Philipp².

October 11.
Strassburg.

Marb. Arch. (Corr. Philipps und Sturms.) Orig.

Bittet um Rücksprache mit Bucer über die Verwendung der Kirchengüter. Empfiehlt einen Französischen Edelmann zur Anstellung im Dienst der evang. Sache.

Der Landgraf möge sich mit Bucer wegen der Kirchengüter besprechen und die Sache dahin richten, dass «gottes ere gefürdert, und es auch bei aller erberkeit ein ansehens hette, domit soliche güter nit furt und furt zu grossem nachteil der kirchen von den bepstischen pffaffen wider ir eigen geschriben recht verschwendet würden, wie e. f. g. us christlichem verstand und gemüt fur sich selbs on zweivel zu thun geneigt sind³. daneben würt bemelter her Martin e. f. g. ein franzosischen edelman, so ein zeit lang sich hie enthalten, anzeigen. dweil er nun im latein, franzosischer und italianischer sprachen beredt, dem evangelio geneigt und ein guten verstand hat, von ein guten geschlecht, wie ich hör, und am franzosischen hof vil freund hat,

¹ Vgl. Lenz I nr. 15 u. 16 sowie die folg. Nummer.

² Diesen sowie den vorigen Brief überbrachte Bucer, der am 11. October abreiste (vgl. vorige Nummer) jedenfalls persönlich.

³ Vgl. Lenz I nr. 15 ff. Veranlassung zu der Reise Bucers war eigentlich der Wunsch des Landgrafen, dass er zur Bekehrung der Hessischen Wiedertäufer verhelfen sollte. Die Anregung zur Erörterung der Kirchengüterfrage ging von Strassburg aus. Vgl. oben nr. 536. Nach einem Brief Bucers an den Landgrafen vom 3. November (Lenz I nr. 17) übergab er den Hessischen Gelehrten ein besonderes Bedenken des Strassburger Rats über die Verwendung der geistlichen Güter (*). Zu einer weiteren Einigung über die Frage kam es noch nicht. Auch Basel bescheinigt am 4. October den Empfang eines Gutachtens der Strassburger und erklärt am 14. December nach eingehender Prüfung sein Einverständnis damit.

wiewol er diser zeit nit anheimisch sein darf, us ursachen e. f. g. hören werden: soferre dan e. f. g. in zu brauchen wüste, oder aber zum konig von Engelland oder dem jetzigen herzogen von Geldren fürdern möchten, wer er ein zeit lang zu dienen urputig, bis er durch hilf e. f. g. oder der obgenanten hern einen wider in Frankrich komen möcht. wo er dan wider in Frankreich käme, mocht er doselbst auch zu brauchen sein¹.» — Dat. Strassburg Fr. 11. Oct. a. 38.

547. Die Geheimen von Ulm an die Dreizehn.

October 20.

Str. St. Arch. AA 475. Ausf.

Achtserklärung gegen Minden. Streit Georgs von Brandenburg mit Nürnberg.

Danken für die Mitteilung der Achtserklärung des Kammergerichts gegen die Stadt Minden², obwohl sie die Nachricht bereits durch den Procurator Hierter erhalten hätten.

Erzählen von allerlei Gewaltthätigkeiten, die Markgraf Georg von Brandenburg gegen die Stadt Nürnberg infolge von Streitigkeiten über die Ausübung des Vogelwaidwerks begangen habe, obgleich der Prozess deswegen noch unentschieden sei. Die Beschwerden der Stadt beim Markgrafen hätten nichts gefruchtet. «dieweil sich nun hochgedachter unser gnediger her der marggraf so geschwind und kurz gegen inen [die Nürnberger] in handlung schickt, könden wir nit gedenken, was gefehrlichs darunder verporgen lige. aber geschwindigkeit der leufd und die practicen, die sich hin und wider bewegen, sein der sorgvältigkeit und also geschaffen, das wir dannoch darab allerlai vermutungen und beschwerden mutmassen mögen.» Bitten um Kundschaft über die Sache. Dat. So. 20. Oct. a. 38. — Pr. Oct. 26.

Kanzleivermerk von Joh. Meyer: «Erkant: also ruen lassen u., so man etwas erfur, inen zu wissen thun.»

548. Die Dreizehn von Strassburg an die Dreizehn von Basel. October 21.

Basl. Arch. Zeitungen 1520-49. Ausf.

Teilen auf eine Anfrage Basels (*) mit, dass Kurfürst Ludwig von der Pfalz mit seinen Brüdern Herzog Friedrich und Wolfgang nebst etwa 250 Pferden am 4. October in Strassburg angekommen und am 7. October weiter nach Zabern geritten sei. Pfalzgraf Friedrich beabsichtige, mit seiner Gemahlin zum Kaiser nach Spanien zu reisen, um für die Befreiung König Christians II von Dänemark zu wirken. Von einem andern Zweck seiner Reise wisse man nichts. Der Kurfürst und Pfalzgraf Wolfgang seien von Zabern wieder heimwärts geritten.

nr. 545.

Schicken Copie der Achtserklärung gegen Minden. Dat. Mo. 21. Oct. a. 38.

nr. 547.

¹ Von wem hier die Rede ist, ist mir unbekannt.

² Schreiben Strassburgs an Ulm d. d. Oct. 15. Ulm. Arch. Ref. T. XXIII. Ausf. Die Achtserklärung, welche auf Klage der Geistlichkeit wegen religiöser Aenderungen etc erfolgte, datiert vom 9. October. Copie Str. St. Arch. AA 468.

549. Jacob Sturm an Georg Besserer in Ulm.

October 27.
Strassburg.*Ulm. Arch. Ref. T. XXIII. Orig.*

Die Achtserklärung gegen Minden bedeute vielleicht den Beginn der Feindseligkeiten. Streit Brandenburgs und Nürnbergs. Fürstenberg im Kriegsfall auf Seiten der Evangelischen, und zwar mit Bewilligung Frankreichs.

- nr. 544. «Ewer vertraut schreiben, mir nehermols gethon (*), hab ich verlesen, und ist nit on, es hat m. g. her der landgrave mir allerlei warnungen, so dem churf. und sin f. g. furkommen, zugeschickt, dorunder auch mein einfeltig bedenken, ob also doruf zu warten sei oder nit, begert.» Er habe
- nr. 545. daraufhin von einem Angriff abgeraten. «dweil nun seithar das camergericht die acht wider Minden gon lassen, ist der anfang wol halber vom gegenteil gemacht; derhalben ich gedenk, das nit lang anston konne, sonder in kurzem ein tag allen stenden ernent werde, von disen und andern sachen zu reden.
- nr. 547. die zweiong zwisten Nurnberg und markgraven nimpt uns wunder; dweil si zu beiden teilen in dem newen kai. pund seind¹, vermeinten wir, es wer dorin versehen, das kein teil das ander in siner possessz turbieren, sonder sich rechts settigen solt lassen. verhoff noch, die stend desselben bunds werden es zu verner weiterung nit kommen lassen.

- Das grave Wilhelm 10000 knecht solt in des Franzosen kosten dem kai. wider die ungläubigen füren, kan ich nit erfahren bei grave Wilhelmen, so jetz hie ist. wol gestot er, das er 20 hauptleut noch under im hab, die von dem konig dienstgelt haben, und das der konig zu im gesagt, ob er dem kai. auch dienen wolt; hab er im geantwort, weit zu dienen, si im nit wol gelegen. so wisz ir ko. mt., das er wider die protestierenden stend nit dien; doruf hab der konig gesagt, er soll wider die protestierenden stend nit allein nit dienen, sonder, so si der kaiser uberziehen wolt, des er sich doch nit versehe, so woll er im erlaubt haben, das er die hauptleut alle den protestierenden zufüre und in helfe on weiter oder verner ansuchen bei ime. er sagt auch, der konig hab zu kai. mt. gesagt: wo er wider die protestierenden stend ziehen wurde, so konte der frid zwisten inen nit beston; wo nun dem
- nr. 545. also, wie der grave meer dan ein mol zu mir gesagt, konte ich nit gedenken, das der konig dem kaiser hilf wider uns zugesagt hett; doch ist nit destweniger gut acht uf die sachen zu haben.»

Handlung zwischen Herzog Ulrich und Ulm wegen eines Zehnten. Freundschaftsversicherungen. Gruss an Bernhard Besserer. Dankt Ulrich Neithart «seins zuentpietens, so er mir mit disem ewerm boten gethon hat.» — Dat. Strassburg So. 27. Oct. a. 38.

550. Landgraf Philipp an den Rat.

October 28.
Milsungen.*Str. St. Arch. AA 468. Ausf.*

Hanauer Streit. Bedenken wegen der Achtserklärung gegen Minden und ihrer Folgen. Soll man den Angriff der Gegner abwarten?

- nr. 485. Er habe das Schreiben, den Handel mit Hanau belingend, erhalten (*) und werde seine Rechtsgelehrten darüber beraten lassen; auch habe er den

¹ Nämlich in der sogen. «kaiserlichen neunjährigen Einigung», welche 1535 geschlossen war. Vgl. oben nr. 285.

Kurfürsten von Sachsen um Verfertigung eines Gutachtens gebeten. Die Achtserklärung gegen die Stadt Minden sei sehr bedenklich; «dan wir haltens gewieslich dafür, das es nicht allein bei denen von Mienden pleiben; sonder sie werden etwo noch mer unserer religionsverwandten in die acht declariren und öffentlich ausrufen. und ob sie schon alsfalt öffentlich mit der that gegen denselbigen denunciirten stenden nichts anfiengen, sonder irer gelegenheit erwartenten, das sie doch mit plackereien und dergleichen gegen inen handeln wurden lassen etc. wann dann solchs geschee, so wurde[n] sich dieselbigen unsere einungsverwandten — und nit unpillich — gegen uns beclagen, da wir alsdan nit umbgehen konten, soviel muglich, solche beschwerunge von unsern einungsverwandten abzuwenden helfen. theten wir dan ein solchs, so wurde unser widerpart alsfalt sagen, wir hetten den friden am ersten geprochen, und wurden also mit uns darauf hawen.» Jedenfalls sei es beschwerlich, so lange zu warten, bis die Gegenpartei ihren Vorteil ersehe und einen plötzlichen Ueberfall bewerkstellige. Bittet um Strassburgs Gutachten, wie man sich in dieser schwierigen Lage verhalten solle. Dat. Milsungen Mo. Simonis und Judae a. 38. — Empf. Nov. 6. pr. Nov. 9.

nr. 547.

•Ist fur meine herrn die XIII gewisen, daselbst gelesen mitwoch den 13. nov. a. etc. 38.¹.

551. Jacob Sturm an Landgraf Philipp.

November 15.
Strassburg.*Marb. Arch. (Jülich) Orig.*

Nachdem ein Tag zu Köln zwischen Lothringen und Jülich nicht zustande gekommen, wolle Fürstenberg durch eine Botschaft die Genannten vergleichen und bitte um die Beihülfe der Evang. Derselbe hoffe ferner auf eine Bestallung von Seiten der Prot. Zettel: Fürstenberg meine es gut, wolle vielleicht Lothringen zu den Evang. herüberziehen; allein der Herzog und die Lothring. Stände seien mehr für einen Vergleich mit dem Kaiser. Bedenken gegen Fürstenbergs Bestallung. Ansprüche desselben.

«Es hat der wolgeborn min g. her, grave Wilhelm von Furstenberg, mir kurz vergangner tag angezeigt, wie der churfurst zu Sachsen etc. und e. f. g. ein tag zwisten Luthringen und Gulch gon Coln fürgenomen, der aber des herzogen von Luthringen zugefallener krankheit halb hinder sich gangen; doruf er churf. und e. f. g. geschriben, das in fur gut ansehe, ein botschaft zu Luthringen zu schicken, dorunder er mich auch fur einen angezeigt etc. und als ich sin g. doruf antwort, das ich fürsorg trüge, dise sach möcht nit in abwesen beider parteien also durch botschaften usgericht werden, sonder wer von nöten, das die underhändler und partien bei einander uf ein platz oder zum wenigsten an der nähe weren, zu dem bet ich sin g., miner person hierin zu verschweigen, dan ich us vil ursachen dozu nit dinstlich: hat er mir wider geant[word], er hett den brief geschriben; dweil ich aber acht, das die personen nahe bei einander müsten sein, so sollte ich den handel den dreizehen hie anzeigen, das si e. f. g. schriben und erinnerten, was an dem gelegen, so Luthringen und Gülch vertragen würden, wie si auch dodurch in unser verstentnüs brocht möchten werden, und so solichs beschehe, das der konig zu Frankreich Luthringen nit verlassen würde etc.; derhalben wer gut, das der churf. und e. f. g. uf ein

nr. 540.

¹ Vermerk des Stadtschreibers Meyer.

platz gedechten, do si zusammenkemen, es wer Trier, Coblenz oder ein ander, und das beide parteien sich also demselben platz neherten, das si ongerverlich in tag oder nacht zu erlangen weren; wolt er, der grave, Luthringen underston zu vermögen, das er onangesehen siner krankheit sich also der sachen und platz näheren solt, ob dodurch möcht die sach vertragen werden.

Neben dem zeigt er auch an, so der tag zu Coln fur sich gangen, wurde er mit Luthringen auch darkumen sin und do handlung von dem churf. und e. f. g. gewartet haben einer bestallung halber von disen stenden etc.; dweil aber der tag hinder sich gangen, und er villicht in die lenge nit hie verharren, sonder in Frankrich verrucken wurde, mocht ich den dreizehen auch anzeigen, das si e. f. g. schriben, so man etwas mit ime handlen wolte, das man jemants zu ime heruf in einer kurze verordnet, der vollen gewalt hett, mit ime derhalben zu schliessen etc.

Wiewol ich nun dise sachen uf sin des graven anhalten den dreizehen angezeigt, so haben si doch us vilerlei ursachen solich schreiben nit uf sich nemen wollen, sonder mir sagen lossen, ich mög es fur mich selbs und, wie es an mich gelangt, e. f. g. zuschreiben. das hab ich also underthaniger meinong nit underlossen wöllen, domit e. f. g. des wissens trügen und der sachen weiter nochdenken möchten.» — «Dat. Stroszburg freitag post Martini a. etc. 38.» — Pr. Cassel Nov. 22.

Zettel: «Was ich in dem beigelegten brief e. f. g. geschriben, hab ich also uf des graven anhalten und mit wissen der dreizehen alhie gethon. dabei mag ich aber e. f. g. fur mein person nit bergen, das der grave dise sachen meer dan zu einem mol ganz weitleufig und mit vil worten mit mir gehandelt, dorus ich nit anders abnemen mögen, dan das er Luthringen wol will und gern sehe, das ime oder sinem son, dem jungen markgraven, durch heurat das halb land Geldren oder ein namhafter teil davon würde, und also die sach vertragen; vermeint villicht, dodurch Luthringen und nochmoln Frankreich uf unser teil zu bringen. und acht, das es der grave nit bös gemein. ob aber es von Luthringen auch also gemeint, kan ich nit wissen; das weisz ich aber, das Luthringen ein treffliche botschaft in Hispanien zu kai. mt. geschickt, und dasselbig uf beger aller stende, so uf nechstem landtag bei einander gewesen, welche dasselb geraten und ein grosse schatzung bewilligt haben. so vernime ich auch sovil, das die stende des herzogtums Luthringen gar zu keinem krieg raten, sonder verhoffen, etwas bei kai. mt. zu erlangen zu einer verglichong, und das der herzog kai. mt. sin gerechtikeit zustölle. do besorg ich, das dis die ursach seie, dorumb der herzog den tag ufschieb bis zu kunftigem frügling, domit er antwort us Hispanien von kai. mt. haben möcht.» —

«Zum andern grave Wilhelms bestallung belangen, wiewol ich nit weisz, in was handlung e. f. g. sampt m. gst. hern, dem churfursten, mit ime standen, so kan ich doch e. f. g. auch nit verhalten, woruf ich den graven vermerkt, doch ganz underthaniglich bittende, e. f. g. wollen solichs bei ir in geheim behalten und mich gegen niemands vermelden, dan e. f. g. können gedenken, zu was geferden es mir reichen möcht. es darf nit wort, der grave ist in grosser kontschafft mit vilen hauptleuten und kriegsvolk, also das er bald kriegsvolk ufbringen möcht; aber ich besorg, wo man si nit uf

französisch hielt, würd man nit willig leut haben. so sind si aber vom konig also gehalten worden, das es unser verstentnüs nit wol muglich noch zu thun were. der grave hat sich gegen mir vernemen lassen, er sei willig, disem teil zu dienen, ob er schon nimer bestölt würde. so er aber dienen sollte, wolte er nit hinder sich dienen; er würde auch kein oberstenampt annemen, do ein ander die hauptleut vor bestölt, sonder wird sine hauptleut, die er anneme, brauchen also, das die hauptleut under siner gewalt anzunämen oder zu urlauben weren; dan sonst geben die hauptleut nichts umb ine. so begert er auch, das zuvor er der 10 000 gulden, so er vermeint, e. f. g. im schuldig sein, vernügt, und das im anstatt der bestellung ein soma gelts, etlich tausent gulden zu verbawen in siner herschaft Ortenberg, ginseit Rhins gelegen, gegeben würden, und das er alsdann von der verstentnüs geschützt und geschirmt würde. doneben hat er sich zu meermoln gegen mir hören lassen, wir seien zu karg in unser verstentnüs, geben klein dinstgelt und besoldung, seien zu eng beschlagen; es thügs nit mit dem kriegsvolk. die fursten von Beiern seien vil freier, domit bringen si das best kriegsvolk in ire hende.»

nr. 245.

Er, Sturm, schreibe dies deswegen, damit der Landgraf wisse, «wes des graven gemüt wer.» Bittet, diesen Brief, sobald er ihn gelesen, zu zerreißen und niemandem davon Kenntnis zu geben. Dat. ut in lit.

552. Landgraf Philipp an Jacob Sturm.

November 24.
Milsungen.*Marb. Arch. (Jülich) Conc. (zum Teil eigenhändig.)*

Hat Fürstenbergs Vorschläge bezgl. Lothringens dem Kurfürsten mitgeteilt. Erklärt sich gegen die Bestallung Fürstenbergs und seiner Leute.

Antwort auf den Brief vom 15. November, betreffend die Verhandlungen zwischen Jülich und Lothringen und die Bestallung Wilhelms von Fürstenberg. «nun dunkt uns, das grave Wilhelm mit dem vorschlag solcher unterhandlung vorigen und itzigen seinen schriften nach ein etzwas weitleufig hin und widerschweife.» Immerhin wolle er dessen Vorschläge und Anerbietungen dem Kurfürsten mitteilen¹. Dass es in Fürstenbergs Macht stehen sollte, selbständig Hauptleute anzunehmen und zu beurlauben, könnten die Stände keinesfalls zugeben. «zudem, ob man auch schon inen und sein hauptleut bestelte, dweil si dan französisch nit sein, so solt es wol drof steen, wan wir disz teils irer am nötlichsten bedurften, das man irer alsdan ungewisz wehre.» Uebrigens reiche das von den Ständen erlegte Geld bei weitem nicht zur Bestallung Fürstenbergs und seiner Leute. Was die von dem Grafen verlangten 10 000 fl. betreffe, so denke er, Philipp, nicht daran, dieselben zu zahlen. Wenn man im Fall der Not noch Leute brauche,

nr. 551.

¹ Conc. des Schreibens an Sachsen s. ebenda. Obwohl dringend um Geheimhaltung ersucht, schickte der Landgraf übrigens doch dem Kurfürsten eine vollständige Copie von Sturms Brief, freilich mit der Bitte, dieselbe sofort zu vernichten.

könne man sie auch ohne Fürstenbergs Hülfe bekommen; «dan noch fil welscher haubtleut und kriegsleut vorhanden, die in seinen henden noch bestellung nit sein¹.» Wenn jedoch die übrigen Einungsverwandten andrer Ansicht wären, wollte er sich fügen.

Verspricht, Sturms Brief geheim zu halten. Dat. Milsungen So. n. Elisabeth a. 38.

553. Die Geheimen von Esslingen an die Dreizehn.

November 29.

Str. St. Arch. AA 475. Ausf.

Nachricht aus Speier, dass der Landgraf sich ein genaues Verzeichniss der Kammergerichtsbeisitzer verschafft habe, wahrscheinlich um gegen sie einzuschreiten. Alles am Kammergericht geschehe mit Wissen und auf Betrieb des Dr. Held. Poenalmandat gegen Ulm. Man müsse Dr. Held beseitigen und den Rat von Speier bewegen, dass er das Kammergericht nicht mehr bei sich dulde. Opposition der Königin Maria gegen den Gerichtshof.

- nr. 547. «Kurzverweilter tagen haben wir unsere erbere ratsbotschaft zu einem erwidrigen domcapitel von wegen irs zehentkaufs bei uns hinab gen Speier verordent, welche nach gehapter underhandlung freuntlicher guter meinung widerumben von dannen abgeschiden.» Versprechen näheren Bericht darüber. Als die Botschaft im Begriff gewesen, von Speier abzureisen, sei ihr durch zwei vertraute, den Evangelischen geneigte Personen «in grosser geheimnus» angezeigt worden, «wie das unser gnediger herr der landgraf, als die statt
- nr. 525. Minden jungst in die kaiserlich acht erclert worden, an aine vertraute camergerichtsperson hat lassen begern, [dass sie] sein f. g. aller beisitzer des kaiserlichen camergerichts namen, auch deren herkommen, narung und vermügenlichait, desgleichen wo ein jeder gesessen und zu finden sein mechte, alsbald eilents wellte zu erkennen geben, wie dann allgereid beschehen. daraus dan abzunemen, das etwan ein vorhaben sein möchte, gegen denselbigen kai. camerrichter und beisitzern mit der that etwas zu ueben. es haben auch beruerte zwuo vertraute personen sich desz weiter vernemen lassen, das der augenscheinlich gegenpund allein durch doctor Helden, camerrichter und beisitzer seie anfenklichen pratitiert und volgents, wie man sicht, ins werk geraten. desgleichen das die angezogene uber die statt Minden ausgegangene acht seie auf anstiften doctor Helden in wirkung kommen, one welchs doctor Helden vorwissen und beratschlagung, als der inen seer gelegen und zu Wormbs aussershalb nahent an der statt zu Neuwhausen, allda er ain propst ist, gesessen, durch gedachte camerrichter und beisitzer nichts werde gehandelt, und also iere ratschlege wider die ainigungsverwante stend mit einander gemein haben.» Es sei die Absicht, noch mehr Evangelische und namentlich die Städte mit der Acht zu beschweren. «dann wie etwa gewesene prior und convent des predigerclasters zu Ulm, die sich diser zeit zu Rotweil enthalten, in gewisse erfahrung kommen, wie es der statt Minden ergangen, haben sie sich alsbald an das kai. camergericht verfuegt und

¹ Dieser und der folgende Satz sind von Philipps eigener Hand hinzugefügt.

dasselben peenalmandaten bei peen vierzig mark golds an einen ersamen rat der statt Ulm, desgleichen auch alle diejenigen, so heruertem closter zinspar, gültpar oder schultpar, bei peen sechs mark golds erlangt, ausbracht und dieselbigen ir ersam weishait, andern sondern personen, auch uns selbs, mittwochen vor datum [Nov. 27] durch einen kaiserlichen camerboten verkünden lassen. aus disem und anderm mehr künden e. f. e. w. nunmehr wol abnemen, was doctor Held neben kaiserlichem camergericht im sinn haben und gedenken, dasselbig ins werk zu pringen.» Dagegen müssten die Evangelischen Massregeln treffen, um sich zu wehren und zu schützen, und zwar meinten die beiden vertrauten Personen, «das allen evangelischen stenden diser zeit nichts fruchtparlicher, fürstendigers, auch den vorhabenden pratiken mehr zuwider und entgegen sein mochte, dann wo doctor Held zu handen gepracht oder sonsten abgeschafft, und dise jetzige cammerrichter und beschwerliche beisitzer von ierem stand zerstert mechten werden, und haben, so vil das kai. camergericht thut belangen, inen disen weg anzeigt: dieweil ein ersamer rat der statt Speier klein gefallens ab ierer der camergericht und der beisitzer handlungen gegen und wider die ainigungsverwante stend tragen und sonderlichen jungsten ausgeprachter acht wider die statt Minden sich höchlichen beschwert und besorgen, das dieselbige die ainigungsverwante stend mechte zu tetlicher gegenwerlicher handlung verursachen: das derwegen unsere gnedigste und gnedige herrn, der churfürst zu Sachsen und landgraf zu Hessen, neben andern ainigungsverwanten stenden einem ersamen rat der statt Speir ernstlichen hetten lassen zuschreiben, wie das sie die camerrichter und beisitzer, als die wider den kaiserlichen fridstand, beschehene protestation, appellation, recusation, auch vilfeltige schreiben und erinnerungen, was durch ir thetlich procedieren gewiszlichen wurde erfolgen, die statt Minden als iere mit ainigungsverwante in des hailigen reichs acht erclert und sie die camerrichter und beisitzer für iere öffentliche veind theten achten, ferners oder weiters inen zuwider in ierer stat und oberkait nit wellten aufenthalten, damit allen ainigungsverwanten nit ursach geben, wa dieselbigen lenger bei inen verbarren, sich solicher aufenthaltung gegen inen, einem ersamen rat, auch zu beschwern. wa dann einem ersamen rat der statt Speir ein solich schreiben zukommen, hette man dafür, das sie wenig lust wurden haben, soliche leit lenger bei inen zu gedulden.» Ein ähnliches Schreiben sei erst kürzlich von der Königin Maria, Statthalterin der Niederlande, an den Rat von Speier gelangt. Darin sei derselbe unter Drohungen aufgefordert, zwei Personen von Maastricht, welche von einem Urteil des dortigen Gerichts an das Kammergericht appelliert hätten und sich deshalb in Speier aufhielten, auszuweisen. Als Grund hierfür habe die Statthalterin angeführt, dass das Kammergericht für Brabant nicht competent wäre.

Man habe dieselbe Mitteilung an Ulm und Augsburg gelangen lassen und stelle es den Dreizehn anheim, auch an Sachsen und Hessen deswegen zu schreiben. Dat. Fr. 29. Nov. a. 38. — Empf. Dec. 3.

554. Jacob Sturm an Landgraf Philipp.

December 3.
Strassburg.

Nach dem Abdruck bei Neudecker Urk. 519.¹

Rät trotz Carlowitz' Schriften über die feindlichen Absichten der Gegner von offensivem Vorgehen ab. Eine Beratung der Einungsverwandten zu veranstalten und das Kammergericht von neuem zu recusieren. Vergleich wegen der Kirchengüter nötig. Prüfung der einzelnen Prozesse durch die Verbündeten. Neutralitätsverträge mit kathol. Ständen. Pfalzgraf Ott Heinrich und Philipp. Vergleich mit Frankreich und England. Misshelligkeiten zwischen letzteren. Zettel: Fürstenbergs Bestallung nicht dringend.

Er habe des Landgrafen Schreiben (*) nebst beigelegten Schriften des von Carlowitz² gestern empfangen. «und kan bei mir wol gedenken, — so es die meinung soll haben, wie Carlowitz schreibt, das die gegenwere³ gegen denen, so dem rechten widersteen und den gesprochenen urteilen nit verfolgen, soll gebraucht werden, und das die new zukommenden stende vor dem rechten in religionsachen nit gefraget noch in dem gegebenen friden und stillstand begriffen sein sollen, — das wir nit lenger fried mogen haben, dan unserm gegentail wol gelegen, und dasz si under dem titel und namen der gegenwere uns, wann inen geliebt und si iren vorteil ersehen oder verhoffen, angreifen mögen; dann an erlangung des rechtens sonderlich vor dem cammergericht werd inen nichts mangelen» etc., ganz abgesehen von dem Mindener Fall.

nr. 547.

«Nun will je disem teil ganz sorglich und beschwerlich sein, also des gegentails angriff zu irer gelegenheit zu erwarten», zumal da der Gegenbund sich mehr und mehr verstärke: allein andererseits sei es doch auch sehr bedenklich für die Einungsverwandten, den Krieg zu beginnen. Denn einmal sei die Gelegenheit dazu weniger günstig als in früheren Jahren; sodann aber schade man namentlich dem Ansehen der evangelischen Sache vor der Welt sowohl wie vor dem eigenen Gewissen, wenn man aus Furcht und Misstrauen zuerst angreife⁴.

p. 509 A. 2.

Um einen Ausweg aus dieser schwierigen Lage zu finden, möge der Landgraf sich mit dem Kurfürsten beraten und dann eine Zusammenkunft der Stände ausschreiben, auf welcher über diese Frage sowie über die Mindener Angelegenheit beschlossen werden könnte. Soweit es sich in der letzteren um die Religion handele, dürfe in nichts nachgegeben werden. Ferner solle man das schon auf früheren Tagen beschlossene Ausschreiben publicieren. Da dasselbe jedoch nur die im Nürnberger Frieden benannten Stände berücksichtige, zu denen Minden nicht gehöre, so sollte man es zuvor in der Weise abändern, dass das Kammergericht darin als parteiisch in Religionssachen überhaupt recusiert würde.

¹ Das Orig. (im Marb. Arch. ?) habe ich nicht gefunden.

² Den Brief Georgs von Carlowitz, des Vertrauten Herzog Georgs von Sachsen, an den Landgrafen s. bei Neudecker a. a. O. 316.

³ Sc. des katholischen (Nürnberger) Bundes.

⁴ Im Str. St. Arch. AA 468 findet sich ein juristisches Gutachten, worin die Frage, ob die Evangelischen infolge der Mindener Acht zum Angriff vorgehen sollten, verneint wird. Unterzeichnet ist dasselbe: Philalethes Teutschmann (wahrscheinlich Pseudonym für Dr. Frosch).

Da Carlowitz besonders auch vor der Wegnahme der Kirchengüter warne, weil das nichts mit der Religion zu schaffen habe, so schein es nötig, dass die Evangelischen sich endlich einmal über die richtige Verwendung der Güter verglichen, damit man ihnen nicht den Vorwurf machen könnte, dass sie das Eigentum der Kirche raubten und verschwendeten. Auch halte er für gut, dass man auf der nächsten Zusammenkunft alle Prozesse, in denen die Acht zu befürchten sei, einer Prüfung unterzöge, und dass entschieden würde, in welchen Fällen man versuchen sollte, einen gütlichen Ausgleich herbeizuführen, und in welchen der unbedingte Schutz des Bundes zu gewähren sei. Sodann sollten die Fürsten der Vereinigung mit andern Reichsfürsten, welche noch nicht in dem Gegenbund wären, handeln, dass sie sich auch künftig nicht in denselben begäben und womöglich mit den Einungsverwandten, wie im Braunschweiger Abschied vorgeschlagen, einen besonderen Vertrag schlössen, wonach einer vor dem andern sicher wäre¹. Auf dem bevorstehenden allgemeinen Städtetag zu Esslingen werde Strassburg versuchen, die Städte von einem etwaigen Eintritt in das Gegenbündnis abzubringen. Der von Heideck habe mitgeteilt, dass Herzog Ott Heinrich und sein Bruder vergebens zum Eintritt in den papistischen Bund ersucht worden seien. «so soll herzog Philips jetzt in Frankreich bei dem könig gewesen und sin diener worden sein.» Der Landgraf möge bei Ott Heinrich Näheres über den Bund zu erfahren suchen.

nr. 546.

p. 480.

nr. 555.

«E. f. g. geb ich auch zu bedenken, dweil sich unser gegentail dermassen in die sach schicken, ob nit bei Frankreich und Engelland das zu suchen, so wir kai. mt. zu gefallen vergangene jar usgeschlagen². wie es mit Engelland stand, werden e. f. g. von ir botschaften onzwaivelich guten bericht haben. mit Frankreich werde es villeicht etwas schwerlicher nacher gen dan vor dem anstand³.

Ein Franzose, «so vil kuntschaft am hof hat», habe ihm mitgeteilt, dass der König von Frankreich dem König von England zürne wegen der Verbrennung der Gebeine des heiligen Thomas von Cantelbergs⁴. Auch würden der Kurfürst und Landgraf der Anstiftung hierzu und der Aufreizung Englands gegen Frankreich beschuldigt. Aus Augsburg sei Nachricht von Rüstungen Baierns gekommen. Eventuell müsse auf nächstem Tage eine Erhöhung der kleinen Anlage beantragt werden. Dat. Strassburg Di. 3. Dec. a. 38.

Zettel: Was die Bestallung des Grafen Wilhelm [von Fürstenberg] betreffe, so sei dieser am 30. November, als die Antwort des Landgrafen noch nicht angekommen, verritten, nachdem er mitgeteilt: er befinde sich nicht wohl und wolle auf Anraten der Aerzte eine Luftveränderung suchen. Etwaige Briefe, habe derselbe gebeten, bis zu seiner

nr. 552.

¹ Neudecker a. a. O. hat hier höchst wahrscheinlich falsch gelesen. Anstatt «der religion halb und si auch rechts zu handeln» ist vermutlich zu lesen: «der religion halb wider si auch nichts zu handeln.»

² So glaube ich den unverständlichen Text bei Neudecker a. a. O. verbessern zu sollen, der hier augenscheinlich falsch copiert hat. Er schreibt nämlich: «ob nit bei Frankreich und Engelland das zu suchen. So wie kai. mt. zugefallen vergangene jar usgeschlagen.» Die Stelle bezieht sich auf die 1536 u. 37 gemachten Bündnisangebote. Vgl. oben nr. 488, 387, 373.

³ Sc. dem Waffenstillstand zu Nizza. S. oben nr. 533.

⁴ Neudecker liest «Fauerlbergs» (!) Thomas (Becket) von Canterbury war 1172 kanonisiert.

Rückkehr aufzuheben. Demnach habe es mit der Bestallung keine Eile; doch wäre es gut, den Grafen in seiner wohlwollenden Gesinnung gegen die Stände zu erhalten. Dat. ut in lit.

555. Die Dreizehn an die Geheimen von Ulm.

December 3.

Ulm. Arch. A. X 4 b. Ausf.

nr. 547. Bitten, den Städten zu schreiben, dass sie ihre Gesandten zu dem auf den 22. December angesetzten Städtetage zu Esslingen «mit genuogsamem gwalt» abfertigen sollten, um hinsichtlich der Mindener Acht und «anderer jetz ereügenden geverlichaiten» zu handeln, damit man später, wenn eine allgemeine Zusammenkunft der Einungsverwandten ausgeschrieben werde, «desdo gefaschter» erscheinen könne¹. Dat. Mi. 3. Dec. a. 38.

556. Landgraf Philipp an Jacob Sturm.

December 8.
Spangenberg.*Marb. Arch. (Sachsen Alb. Linie). Conc.*

Auf Carlowitz' Anregung solle am 1. Januar ein Gespräch zu Leipzig über die Kirchenreformation stattfinden, an welchem auch Sturm teilnehmen müsste. Nutzen des Gesprächs. Hoffnung, Georg von Sachsen für die evang. Sache zu gewinnen. Ferner müsse Sturm sich jedenfalls im Februar zu der Bundesversammlung in Frankfurt einfinden.

Als er jüngst in Leipzig gewesen, sei Georg von Carlowitz, Herzog Georgs Diener und Rat, bei ihm gewesen und habe sich u. a. vernehmen lassen, «ob es nit ein weg und gut were, das er und etwo sonset noch ein person, so er zu sich zihen wurde, desgleichen doctor Pruck, Martinus Luther, Bucerus und Philippus Melancthon, auch sonset noch etwo andere mer gutherzige, sanfmütige personen zesamen an ein gelegene malstatt kemen, und hat Leipzig vorgeschlagen

¹ Der Städtetag war eigentlich ein allgemeiner, ohne Unterschied der Confession. Veranlassung zu seiner Berufung gab Köln, das sich über den Herzog von Cleve wegen eines Zolles beschwerte. Es wandte sich zunächst an Frankfurt, und dieses an Ulm und Strassburg. Letzteres schlug darauf Worms als Malstatt vor und als Zeitpunkt den 22. December; doch wurde auf Ulms Verlangen Esslingen als Versammlungsort bestimmt (Ulm. Arch. A X 1b). Strassburg sandte zu dem Tage Jacob Sturm, Batt von Duntzenheim und Michel Han. Wie in dem Ratsprotokoll vom 15. Januar berichtet wird, erhielt Sturm auf der Reise in Pfullingen die Nachricht von der Ansetzung des Frankfurter Tages durch eine Mitteilung Roseneckers und Thans (vgl. nr. 558), worauf sich dann die Städte in Esslingen zu folgendem Abschied vereinigten: 1) In Anbetracht der augenscheinlich drohenden Kriegsgefahr soll jede Stadt gute Kundschaft machen, ihre Unterthanen «anheimsch» behalten, sich mit Kriegsleuten, Proviant, Geschütz u. dergl. versehen und im Notfall der bedrängten Nachbarstadt zu Hilfe kommen. 2) Es wird empfohlen, eine Botschaft im Namen der Verbündeten an die Kurfürsten zu schicken, um die Aufhebung der Acht gegen Minden zu betreiben. 3) Es sollen zwei Sollicitatoren beim Kaiser und beim König angestellt werden, um die Interessen der Evangelischen zu vertreten. 4) Die kleine Anlage soll wieder auf ein Jahr bewilligt werden. 5) Jede Stadt soll bedacht sein, wie dem Einwand des Kammergerichts, dass Minden nicht im Frieden einbegrieffen sei, begegnet werden könne. 6) Das oft besprochene öffentliche Ausschreiben soll endlich publiciert werden. 7) Die Verbündeten sollen auf den zu Eisenach aufgestellten Friedensbedingungen beharren. 8) Die Städte sollen auf dem nächsten Tage ihre Gutachten über Verwendung der Kirchengüter abgeben und 9) zur Vorberatung 2 oder 3 Tage vor Beginn der Frankfurter Versammlung zusammentreten. 10) Dieser Abschied ist auf Hintersichbringen angenommen.

p. 509 A. 2.
p. 513 A. 3.

zur malstatt, sich mit einander in der religionsach fruntlich zu unterreden, und im(en) deucht, wo wir uns vernemen lassen wolten, der apostolischen kirchen und der ersten vier concilien und lehren halben, die vor dausent oder 800 jaren her gewesen, in unvergreifliche unterred zu begeben, es solt viel guts schaffen.» Daraufhin hätte er, der Landgraf, dem Kurfürsten Mitteilung gemacht, und es wäre zunächst eine Besprechung zwischen Carlowitz und Dr. Brück herbeigeführt worden¹, auf welcher beide «vor gut und notwendig angesehen, wan dieselbe unterredung gescheen solt, das ir, — nachdem dise handlung schier mer ein welthandlung dan der theologen handlung sein wil, — alsdann auch darbei weret, dann sich Karlowitz viel selzamer dieng hat vernemen lassen. dweil dan nun dem churf., desgleichen auch uns nit ungut sonder den sachen vast dinstlichen ze sein bedeucht, das dieselbig zusamenkunft und unterredung vorgnommen, auch ir dazu gezogen wurdet, aus ursachen: kont man mit gotlicher verleihung durch solch zesamen schicken und unterrede etwo den weg fienden, das man herzog Jorgen und sein land, und wen man sonstet konte, zu diesem teil prechte, das wer vast trostlich, drumb uns allerlei zu versuchen gut bedunket; solt aber diese zesamenkunft zu nichts anders mer gut sein, so konte man dannocht alsdann sehen und spüren, wi weit herzog Jorg und sein teil von unserm glauben und was ir gemut were, auch was unter solchem vorgeben gesucht wurde, darnach man sich auch in viel weg zu richten hette etc. dweil wir dan nun bedacht sein, allen sachen zum besten unsern canzler bneben dem Bucero, wilchen wir darzu vermocht haben², desgleichen der churf. zu Sachsen, doctor Prücken und Philippum Melanchtonem zu solcher zesamenkunft, auch den Lutherum, etwo derselben legenheit [?] herunab [?], damit er auch, do es von nöten thete, zu erlangen sein möcht, ze ordnen, und die uf den newen jarstag zu Leipzig einkomen ze lassen, dann eben dieselbig zeit von Karlowitz aus vilen ursachen vor gut angesehen und nit wol verendert werden mag: so ist an euch unser gnediges begeren, do irs thun kontet, ir woltet euch erheben, daselbs hin gein Leipzig derzeit verfügen und solcher unterrede auch mit bei und obsein helfen, ob was guts darus erfolgen mocht.» Zeigt daneben im Vertrauen an, dass auf den 12. Februar eine Zusammenkunft der Einungsverwandten zu Frankfurt wegen «hochwichtigster» Sachen geplant sei, wo man ihn, Sturm, auf keinen Fall entbehren könne. Er möge deshalb, wenn irgend möglich, beiden Versammlungen, sowohl zu Leipzig wie zu Frankfurt, beiwohnen. Bittet bei gegenwärtigem Boten um Antwort³. Dat. Spangenberg 8. Dec. a. 38.

¹ Zu Mühlberg Ende November. Vgl. Seckendorf III § 71.

² Vgl. die Briefe bei Lenz I nr. 19 und 20 (auch bei Neudecker Actenst. I 163 u. 159). Bucer war Mitte November von Hessen (vgl. nr. 546) nach Wittenberg gereist und hatte die Sächsischen Theologen und den Kurfürsten für die Abhaltung des Gesprächs gewonnen. Er kehrte dann nach Hessen zurück, von wo er sich gegen Neujahr zu der Besprechung nach Leipzig begab. S. unten nr. 559.

³ Der Landgraf schrieb ausserdem d. d. 10. December an die Dreizehn, sie möchten Sturm doch ja die Reise erlauben. Str. St. Arch. AA 467 Ausf. Der Brief kam nebst dem obigen erst am 21. December in Strassburg an. Da nun Sturm damals auf dem Städtetage in Esslingen weilte (vor. Nummer), so schickten ihm die Dreizehn den Brief dortbin nach (*). Vgl. nr. 559.

557. Die Geheimen von Ulm an die Dreizehn.

December 10.

Ulm. Arch. A X 1 b. Conc.

nr. 555.

Haben dem Wunsche Strassburgs vom 3. December entsprechend an die Städte ihres Bezirks geschrieben. «daneben haben wir us sorgveltigkeit ewer ft. dessen auch zu kunftigem nachgedenken erinnern wollen, das danocht nit leichtlich on statliche grosze ursach unruw zu erwegken. darumben, wo die hauptleut unser christlichen verstentnus us irer jugent zivil eilend sein mochten, das ain solichs von uns den stetten nit mer geursacht oder bewegt werd¹.» — Dat. «aftermontags» 10. Dec. a. 38.

558. Dr. Philipp Rosenecker und Alexander von der Than an den Rat.

December 16.

Str. St. Arch. AA 475. Ausf.

Russelsheim.

Teilen mit, dass sie vom Kurfürsten und Landgrafen in Eile abgefertigt sind, um bei Herzog Ulrich, bei Strassburg, Ulm und Augsburg wegen einer auf den 12. Februar angesetzten Zusammenkunft der Einigungsverwandten zu Frankfurt Werbung zu thun. Da sie nun keinen Zweifel haben, dass Strassburg auch ohne dies den Tag «städtlichen, gelegener sachen und der nottorft nach» beschicken werde, so wollen sie zuerst in Württemberg, dann in Ulm und Augsburg, und erst zuletzt in Strassburg ihre Werbung anbringen². Bitten, diese Reihenfolge aus angezeigtem Grunde zu entschuldigen. Dat. Russelsheim Mo. n. Luciae a. 38. — Pr. Dec. 22.

559. Jacob Sturm an die Dreizehn.

December 26.

Esslingen.

Str. St. Arch. AA 467. Ausf. von M. Han, wahrscheinlich nach Dictat.

Entschuldigt sich, dass er nicht zu dem Leipziger Gespräch reisen kann.

nr. 556.

Antwort auf die übersandte Aufforderung des Landgrafen zur Teilnahme an dem Gespräch zu Leipzig. «wiewol ich zuvorderst gemainem handel zu gutem, auch meim gnedigen herren landgraven und euch zu underthenigem dienstlichem gefallen mich gern erhoben und uf den angesätzten tag gein Leibzig reiten wöllen, so ist mir doch solichs kurze halb der zeit — dann man den ersten januarii zu Leibzig sein soll — zudem auch sonderlichen

¹ Die Neigung, den Gegnern durch einen Angriff zuvorzukommen, war bekanntlich beim Landgrafen ziemlich gross. Vgl. nr. 550, 554.

² Ihr Beglaubigungsschreiben d. d. November 19 (ebenda) wurde am 10. Januar im Rat verlesen; an demselben Tage wurde auch ihre Werbung von den Dreizehn gehört, welche dann am folgenden Tag in Rat darüber referierten. Danach ging das Ansuchen der Gesandten dahin, dass Strassburg den Frankfurter Tag «städtlich» beschicken sollte, da Brandenburg und Pfalz zu Friedensverhandlungen ermächtigt seien. Die Fürsten würden meist persönlich kommen. Der Rat antwortete hierauf zustimmend (Ratsprotokoll). Am 25. Januar schrieb der Landgraf noch nachträglich, auch die Kriegsräte sollten auf Verlangen Sachsens in Frankfurt erscheinen. (Ebenda, pr. Febr. 2.)

dieses ungewitters, bösen wegs und der kurzen tag halben nit möglich, also das ich nit anderst gedenken mag, dan wann ich dahin gein Leibzig keme, das diese handlung verendet und die personen, so zusammenkomen sollen, widerumb von ainander sein wurden, und ich also diese ferre, harte und beswerliche raise umbsonst volbringen mueszte.» Zudem habe er vor Empfang des landgräflichen Schreibens schon eine Einladung Herzog Ulrichs nach Urach angenommen «sachen halb, wie ich alsdann vernemen soll.» Bittet deshalb, ihn beim Landgrafen zu entschuldigen. Dat. Esslingen 26. Dec. a. 38. — Pr. Dec. 31.

Ueber das sehr interessante Leipziger Gespräch, welches am 2. Januar 1539 zwischen Carlowitz, Dr. Brück, Melanchthon und Bucer stattfand, verweisen wir auf Bucers Bericht bei Lenz I nr. 231. Carlowitz gab bei dieser Besprechung das Bedürfnis einer kirchlichen Reform unumwunden zu und legte die Notwendigkeit dar, dass die weltlichen Reichsstände sich über die Lehre und die Ceremonien einigen müssten; denn vom Kaiser, der ganz vom Papst und den Geistlichen abhängig sei, könne man nur dann etwas Gutes erhoffen, wenn «ein gewaltiger trang von den teutschen f. u. stenden» auf ihn käme. Er schlug nun vor, nicht die heilige Schrift selber, deren Auslegung streitig sei, der Vereinbarung zu Grunde zu legen, sondern die Lehre und die Ceremonien, wie sie in der alten apostolischen Kirche während der ersten sechs oder wenigstens der ersten vier Jahrhunderte gehalten worden seien. Dagegen wandten jedoch die evangelischen Teilnehmer am Gespräch ein, dass die Haltung der Lehre in jener apostolischen Zeit keineswegs gleichmässig und undisputierlich gewesen sei, und dass es darüber ebenfalls noch besonderer Erörterung und Vergleichung bedürfe. Daher beschloss man beiderseits, die Sache zu vertagen und eine schriftliche Verständigung anzubahnen. Es blieb indessen leider bei diesem ersten, immerhin bemerkenswerten Versuch, welcher auf Bucer wegen des von Carlowitz bezeugten aufrichtigen Eifers den besten Eindruck hinterliess.

¹ De Wette V 132 druckt einen Brief Luther an die Dreizehn vom 20. November ab welcher nach Strobels Mitteilung einem Fascikel des Dreizehnergewölbes im Str. St. Arch. mit der Aufschrift «Buceri Handlung mit Carlewitzen 1538.» entnommen ist. Ferner steht im Corp. ref. III 608 ein Brief Melanchthons an die Dreizehn vom selben Tage und über dieselbe Angelegenheit, welcher aller Wahrscheinlichkeit nach dem gleichen Fascikel entstammt. Doch hat Strobel, der die Abschrift auch dieses Briefes geliefert hat, hier als Fundort die «bibliotheca academiae Argentinsensis» angegeben. Danach vermute ich, dass das betreffende Fascikel, welches sich erst auf dem Stadtarchiv befand, — wie viele andere wertvolle Documente — in der Zwischenzeit der Bibliothek einverleibt und dort 1870 verbrannt ist. Im Archiv findet sich jedenfalls ausser obigem Brief Sturms nichts mehr, was auf das Leipziger Gespräch Bezug hätte. Die eben erwähnten Briefe Luthers und Melanchthons an die Dreizehn vom 20. November wurden Bucer bei seiner Anwesenheit in Wittenberg (s. oben p. 533 A. 2) mitgegeben. Beide verweisen auf mündliche Mitteilungen, welche Bucer bei seiner Rückkunft in Strassburg über die stattgehabten Erörterungen wegen der Kirchengüterfrage machen werde. (S. oben nr. 546.) Melanchthon übersandte gleichzeitig ein schriftliches, kurzgefasstes Gutachten über die Verwendung der Güter. Corp. ref. a. a. O.

560. Verhandlungen zwischen Hans Thomas von Rosenberg und den oberländischen Städten im J. 1538¹.

Vergebliche Klagen Rosenbergs gegen den Schwäb. Bund wegen Wegnahme seiner Burg Boxberg. Infolge dessen befehdt er die oberländ. Städte. Diese nehmen umsonst die Hülfe des früheren Schwäb. Bundes in Anspruch. Sturm als Vermittler zwischen R. und den Städten. Zweimonatlicher Anstand. Ein längerer Stillstand von R. abgeschlagen. R's Friedensbedingungen. Gutachten über das Recht der Städte, sich mit R. selbständig zu vergleichen. Die Sache bleibt unerledigt.

Trotz ihrer verhältnismässig geringen Bedeutung können wir diese Angelegenheit doch nicht ganz mit Stillschweigen übergehen, da sie zu einem ziemlich lebhaften Meinungs-austausch zwischen Strassburg und den Schwäbischen Städten geführt und selbst die Thätigkeit Jacob Sturms in Anspruch genommen hat.

Hans Thomas von Rosenberg gehörte zu jenen Fränkischen Rittern, deren gewalthätiges, dem Landfrieden in jeder Weise hohnsprechendes Treiben den Schwäbischen Bund im Jahre 1523 zu energischem Einschreiten gezwungen hatte. Das damals aufgestellte Bundesheer eroberte und zerstörte einen grossen Teil der adligen Burgen und Raubnester, darunter auch die den Rosenbergs gehörige Feste Boxberg². Vergebens setzte Hans Thomas seitdem alle Hebel in Bewegung, sein Eigentum wieder zu erlangen oder eine entsprechende Entschädigung zu erhalten. Seine Bitten und Beschwerden, die er beim Bunde, bei einzelnen Fürsten und beim Reich vorbrachte, blieben unerhört, so namentlich auch die gedruckte Klageschrift, welche er den Ständen auf dem Regensburger Reichstage 1532 unterbreitete. Diese Erfolglosigkeit seiner Bemühungen, auf dem Rechtswege zum Ziele zu gelangen, erbitterte ihn dermassen, dass er seine Zuflucht wieder zur Gewaltthat nahm und sich durch Raub und Plünderung an den reichen Städten des ehemaligen Schwäbischen Bundes zu rächen und schadlos zu halten suchte. Er rechnete hierbei zweifelsohne auf die durch die Glaubensfrage zwischen den früheren Verbündeten hervorgerufene Spaltung, welche es in der That zu keinem geschlossenen Widerstand gegen ihn kommen liess. Denn anstatt den protestantischen Städten zu Hülfe zu eilen, beobachteten die katholischen Prälaten und weltlichen Herren deren Bedrängnis natürlich mit heimlicher Schadenfreude. Nun enthielt aber die alte Schwäbische Bundesverfassung einen Artikel, welcher die Mitglieder auch nach der Auflösung noch verpflichtete, einander in allen Streitigkeiten, welche ihren Ursprung der Thätigkeit des Bundes als solchen verdankten, hülffreie Hand zu leisten und als Einheit aufzutreten. Auf Grund dessen beanspruchten die Städte mit vollem Recht die Unterstützung der ehemaligen Bundesgenossen, obwohl Strassburg und Metz ihnen von vornherein den Rat erteilten, sich lieber selbständig mit Rosenberg zu vergleichen. Dass sie letzteren Ratschlag von der Hand wiesen, lag wohl weniger an dem stets mit Nachdruck geltend gemachten Pflichtgefühl, welches einen partiellen

¹ Das Material zu diesem Excurs ist teils dem Str. St. Arch. AA 360, teils dem Ulmer und Augsburger Archiv entnommen.

² Vgl. Stälin Würtemb. Gesch. IV 1 p. 230.

Vergleich mit Rosenberg ohne Zustimmung der andern Stände verbiete, als an der Furcht, die Kosten für die Entschädigung des Ritters allein tragen zu müssen. Als nun aber die langwierigen Verhandlungen mit den katholischen Geistlichen und Herren zu keinem befriedigenden Ergebnis führten, da selbige die Zusage ihrer Hülfe an allerlei beschwerliche Bedingungen knüpften, welche sie durch künstliche Interpretation aus der Bundesverfassung ableiteten, traten die Städte im Jahre 1538 doch dem Gedanken näher, sich selbständig mit Rosenberg zu versöhnen oder wenigstens durch Abschluss eines vorläufigen Anstandes Zeit zu gewinnen.

Das Vermittleramt wurde von Ulm und Augsburg als den massgebenden unter den Schwäbischen Städten dem vielgeschäftigen, im Dienste der städtischen und evangelischen Interessen unermüdlichen Jacob Sturm angetragen und von diesem am 13. Mai übernommen.

Auf ausdrücklichen Wunsch der Städte gab sich Sturm gegenüber Rosenberg den Anschein, als handle er aus eigenem Antrieb, und so gelang es ihm ohne Mühe, zunächst einen zweimonatlichen Stillstand zuwege zu bringen. Am 31. Mai ging er dann einen Schritt weiter. Er teilte Rosenberg mit, dass die Städte geneigt wären, sich mit ihm endgültig zu vertragen, aber noch immer Zweifel hegten, ob sie dies ohne die andern ehemaligen Einigungsstände thun dürften. Er, Sturm, habe versucht, ihre Bedenken zu zerstreuen und sie dahin vermocht, dass sie versprochen hätten, die Sache in reifliche Ueberlegung zu ziehen. Rosenberg möge deshalb einen vorläufigen Anstand auf zwei Jahre bewilligen, während dessen man dann weiter verhandeln könnte. Er solle dies «meinen hern und freunden der statt Straszburg zu gefallen und uf ir pütten bewilligen. dagegen solten euch mein hern zu ainer gegenfreuntschafft mit ainer summa gelts vereern», und zwar am Ende jeden Jahres 1000 fl. Träte freilich der Fall ein, dass die Städte, von den andern Bundesständen zur Hülfeleistung aufgefordert, sich der letzteren «Ehren halber» nicht entziehen könnten, so sollte der Anstand für aufgehoben gelten. Im übrigen sollte der ganze Sondervertrag überhaupt möglichst geheim bleiben.

Was Sturm schon in einer gleichzeitigen Zuschrift an Ulm befürchtete, geschah: Rosenberg lehnte den Vorschlag mit Entschiedenheit ab, bat aber gleichzeitig um Fortsetzung der Verhandlungen wegen eines dauernden Friedens¹. Er wollte sich auf denselben einlassen, wenn ihm die achtzehn ehemaligen Städte des Bundes eine Entschädigung von 18000 fl. auszahlten. Dieses Verlangen teilte Sturm den Städten am 17. Juni mit, erhielt aber nur ausweichende Antworten. Es traten jetzt von neuem die früheren Bedenken in den Vordergrund und Ulm ersuchte u. a. Strassburg um Abfassung eines förmlichen Rechtsgutachtens über die Frage, ob die Städte berechtigt seien, mit Rosenberg einen Sondervertrag einzugehen. Durch Erkrankung des Strassburger Juristen Dr. Frosch verzögerte sich die Erfüllung des Ulmer Gesuchs zunächst, bis sich die Dreizehn auf wiederholtes Drängen entschlossen, die Ausarbeitung des Gutachtens ihrem zweiten Advocaten Wendeling Bittelbronn zu übertragen, der seine

¹ Schreiben Rosenbergs an Sturm vom 13. Juni.

Aufgabe am 22. Juli vollendete. Strassburg übersandte die Schrift den Ulmern am 23. mit einer kurzen Anzeige, wie Frosch die Rechtsfrage beurteile. Beide Gelehrten sprachen sich dahin aus, dass die Städte noch einen letzten Versuch, sich mit den andern Ständen zu einigen, unternehmen sollten. Schlüge derselbe fehl, so sollten sie sich getrost allein mit Rosenberg zu vertragen suchen.

Es scheint, das die Städte im Grunde doch das von Hans Thomas geforderte Geldopfer scheuten; denn sie beharrten trotz aller für sie günstig lautenden Gutachten in ihrer un schlüssigen Haltung und beauftragten Sturm im August auf dem Eisenacher Tage abermals mit Verhandlungen wegen eines mehrjährigen Anstands. Höchst wahrscheinlich scheiterten Sturms Bemühungen in dieser Hinsicht ebenso wie das erste Mal und die Sache blieb unerledigt; jedenfalls besitzen wir aus der nächst folgenden Zeit keine weitere Nachrichten über die Angelegenheit.

1539.

561. Landgraf Philipp an die Dreizehn.

Januar 14.

Cassel.

Str. St. Arch. AA 481. Ausf. Zettel ebenda.

Augsburg berichtet von verdächtigen Rüstungen. Rät deshalb, Hauptleute anzunehmen.
Zettel: Fürstentag zu Mainz. Bucer nach Frankfurt.

Die Geheimen von Augsburg hätten geschrieben, «das ein trefflich gewerbe und kriegsrüstung droben bei inen für augen. dorzu seien als oberhauptleut verordnet grave Frederich von Furstenberg, Casteltalt und Egk von Reischach, welcher bei kurzen tagen funfzehntauszent corona [sic!] eingenomen, hauptleute und ander zu bestellen; wohiu aber und wider wene, können sie nit wissen, dan das sich etliche vernemen lassen: wider den Turken. daneben aber erscheine nicht weniger, das die vormeinten geistlichen und widerwertigen etzwas mutig werden und ir hoffnung sterken wollen, also das disse sachen keinswegs zu verachten seien.» Er selbst halte die Lage auch nicht für unbedenklich, wolle jedoch die Entscheidung, was für Massregeln getroffen werden sollten, der Frankfurter Bundesversammlung vorbehalten. Immerhin werde Strassburg gut thun, seine Leute nicht ausser Landes ziehen zu lassen und etwa 1000—1500 fl. zur Bestellung von Hauptleuten und tüchtigen Kriegsknechten zu verwenden, deren man sich im Fall plötzlich eintretender Bedrängnis bedienen könnte. Die dadurch erwachsenden Unkosten würden von der Frankfurter Versammlung ohne Zweifel auf die Stände verteilt werden. Der Kurfürst und er seien bereits thätig, um ihrerseits noch mehr Reisige vom Adel und der Ritterschaft an sich zu ziehen. Er habe in gleicher Weise an Ulm, Augsburg und Herzog Ulrich geschrieben¹. Dat. Cassel Di. n. Pauli eremitae a. 39. — Pr. Jan. 26.

nr. 558.

I. Zettel: Soeben erhalte er Zeitung, dass kurz vor Weihnachten eine Beratung zwischen vielen fürstlichen Räten und dem kaiserlichen Kanzler in Mainz stattgefunden habe, und dass Markgraf Hans Albrecht² zum Kaiser unterwegs sei. Auch sei der Kurfürst von Mainz in grosser Rüstung.

II. Zettel: Bitte um Sendung Bucers auf den Tag zu Frankfurt.

¹ Am 20. Januar wiederholte er die Aufforderung, sich mit Hauptleuten zu versehen, und teilte mit, dass der Kurfürst und er jeder noch 60-70 Rittmeister auf Wartegeld bestellen wollten. Ebenda.

² Coadjutor von Mainz.

562. Die Geheimen von Ulm an die Dreizehn.

Januar 21.

Ulm. Arch. A X 1 b. Conc.

nr. 554. Uebersenden Copie des Ulmer Abschieds vom 14. Januar¹, in welchem
nr. 555. der nächste Städtetag auf den 21. Februar zu Frankfurt angesetzt ist.
Hoffen, dass die dadurch bewiesene Einmütigkeit aller Städte den Widersachern des Evangeliums einen bedeutenden Eindruck machen wird, und dass vielleicht thatsächlich noch mehr Städte zum Eintritt in das Verständnis veranlasst werden. Wenigstens müsse man in Frankfurt versuchen, die nicht dem Evangelium anhängigen Städte dahin zu verpflichten, dass sie in keinerlei Weise gegen die Evangelischen Beistand leisteten. Zugleich könnten auf dem Tage die zu Esslingen unentschieden gebliebenen Punkte erledigt werden². Dat. «aftermontags» 21. Jan. a. 39.

563. Ulrich Geiger³ an die „verordneten von hern drizehen und funfzehen.“

Januar 23.

Lyon.

Thom. Arch. Orig.

Reise nach Toledo. Pfalzgraf Friedrich am kaiserlichen Hof erwartet. Der Herr von Marnold als kaiserlicher Geschäftsträger. Lunden Reise nach Innsbruck und Auftrag zu Werbungen. Pfalzgraf Philipps Ansprüche auf Entschädigung wegen des Würtemb. Zuges nicht befriedigt. Derselbe hat die Annahme kaiserl. Kriegsdienste ausgeschlagen.

nr. 548. Er sei gestern, am 22. Januar, in Lyon angekommen und beabsichtige, morgen weiter über Narbonne an den kaiserlichen Hof nach Toledo zu reisen. Von dem Secretär des Herrn von Marnau⁴, welcher «etlicher groszer gescheft halben k. mt. belangend» aus Spanien gekommen sei, habe er erfahren, dass Pfalzgraf Friedrich am 5. Januar noch nicht am kaiserlichen Hof gewesen sei, aber in 15 Tagen dort erwartet werde. «Der Kleberger aber hat mir anzeigt, wie er dem von Lunden, jetzt bischof zu Costenz, als er uf der post us Hispanien kummen, den andern tag januarii ros z uf Bruck in Bresz⁵ zu wegen bracht hab, da dannen er gen Enzheim⁶ und dan gen Kempten und nachmals nach Isbruck zu konig. mt. den weg zu nemen willens gewesen si; hat mir doch nit kunden sagen, was sein gescheft sien, dan allein, als gedachter von Lunden vormals in Hispanien geritten si, hab er nit anders an im kunden spüren, dan das er nit zum besten mit k. mt. und sunst zufriden were, aber jetzt in der widerfart ganz wol wol⁷ zufriden.» Nebenbei habe Kleberger auch vernommen,

¹ Copie im Str. St. Arch. AA 474.

² Strassburg erklärte sich am 24. Januar mit dem Vorschlag einverstanden; doch wurde auf seinen Antrag die Versammlung erst für den letzten Februar einberufen. Ebenda.

³ Welchen Auftrag Geiger (oder Chelius, wie die latinisierte Namensform lautet) am kaiserlichen Hof auszurichten hatte, ist mir unbekannt. Vgl. nr. 565 und oben nr. 534 u. 535.

⁴ Wohl der öfter genannte Herr von Marnold.

⁵ Bourg-en-Bresse.

⁶ = Ensisheim.

⁷ Das doppelte «wol» ist wahrscheinlich nicht auf einen Schreibfehler zurückzuführen, sondern bedeutet soviel wie «sehr wohl».

wie Lunden «ein groszen befälch het, auch vil volks anzunemen etc.» Ferner habe derselbe erzählt, dass Pfalzgraf Philipp sehr unzufrieden aus Spanien zurückgekehrt sei, weil der Kaiser ihm nicht restituieren wolle, was er im Württembergischen Zuge verloren habe, «das er dan fur etlich dauszet guldin anschlecht¹.» Der Pfalzgraf habe auch dem Kleberger als einem guten Freunde mitgeteilt, dass Lunden ihm angeboten hätte, in den kaiserlichen Dienst zu treten. «daruf hab er geantwurt, er wöll nit uf das meer, dan er si des nit geübt; so wöll er auch nit mit den Spaniern zu thun haben oder ir fuerer sin. daruf hab der von Lunden gesagt, er dörf nit uf das meer, so werd man in auch nit den Spaniern precifiern; alsdan hab er sich erboten, k. mt. gern zu dienen, doch nit wider die Deutschen. sobald er der Deutschen gedacht und die vorbehalten, hab der von Lunden kein wort me witors mit im gehandelt, sei auch also von k. mt. hof geschaiden, das nit ferers mit im gehandelt si worden.» — «Dat. Lyon uf den 23. tag januarii 1539.»

564. Die Dreizehn von Strassburg an die Dreizehn von Basel. Februar 3.

Basl. Arch. (Zeitungen.)

Befürchten einen Angriff auf die Evangelischen und bitten um Kundenschaft über etwaige Rüstungen in der Nachbarschaft Basels; denn es sei zu vermuten, dass die Feinde den Kaiser, den König und die 5 Orte auf ihre Seite zu ziehen beabsichtigten. Wenn etwas im Werke sei, möge man schleunigst Nachricht geben². Dat. Mo. 3. Febr. a. 39.

565. Ulrich Geiger an die Verordneten der Dreizehner und Fünfzehner.

Februar 3.

Thom. Arch. Orig.

Narbonne.

Ankunft in Narbonne. Reisedispositionen. Freude über den Frieden. Geschenk Franz' I an den Kaiser. Pfalzgraf Friedrich am kaiserl. Hof.

Er sei gestern in Narbonne angekommen. Der Kaiser sei dem Vernehmen nach noch in Toledo, und es werde vermutet, dass er «noch witer hinin rücken werd.» Da der Vicekönig von Barcelona kürzlich gestorben und noch durch keinen andern ersetzt sei, «der den ufrürigen were», so sei der Weg dorthin sehr unsicher für einzelne Reisende, und beabsichtige er deshalb, die Post zu benutzen. Sobald er seine Werbung «zu würllicher erlangung» gebracht habe, wolle er «den nächsten weg von k. mt. hof nach Deutschland mit rat guter fründ nemen.» — «sunst neuwer zitung weisz ich wenig zu schriben, dan hie zu land hat man nichtz, dan das jederman des fridens fro ist.» In Montpellier habe er einen französischen Edelmann, «der her Rhocatellada [?] genant», getroffen, welcher im Namen des Königs von

¹ Pfalzgraf Philipp war bekanntlich bis zur Rückkehr Herzog Ulrichs im Jahre 1534 kaiserl. Statthalter in Württemberg gewesen und hatte auch als solcher gegen Philipp von Hessen gekämpft.

² Schon am 21. Januar hatten die Dreizehn den Baslern ihre Befürchtungen geäußert. Diese übersandten darauf am 20. Februar einen Bericht, der leider verloren ist. (Ebenda, miss. 32 f. 209b.) Vgl. jedoch nr. 567.

- nr. 563. Frankreich dem Kaiser 200 Tonnen französischen Weins als Geschenk überbracht hätte. Bezüglich Pfalzgraf Friedrichs habe er Nachricht, dass derselbe am kaiserlichen Hof angelangt sei. «Dat. Narbona den 3. februarii 1539.»

566. Instruction für die Strassburger Gesandten¹ auf dem Tage zu Frankfurt a. M. am 12. Februar. Anfang Februar.

Str. St. Arch. AA 475. Conc. von Joh. Meyer und M. Han.

Das geächtete Minden, soweit es sich um Religionssachen handelt, kraft der Bundeseinigung zu schützen; in andern Punkten die Stadt zu einem Vergleich zu bringen. Aufhebung der Acht zu betreiben, bezw. die Executoren vor dem Vollzug zu warnen. Besserung des Ausschreibens gegen das Kammergericht mit Bezug auf Minden. Verfahren gegen die Kammergerichtsbeisitzer. Vertreibung des Gerichts aus Speier nicht zu befürworten. Kundschaften über die Rüstungen der Gegner zu sammeln; jedoch den Angriff nicht zu beginnen. Ausnahme hiervon nur dann, wenn der Kaiser oder Auswärtige sich einmischen. Die Absichten des Kaisers zu erforschen. Ausschreiben an den Kaiser etc. Friedensanerbietungen nach Massgabe des Eisenacher Abschieds anzunehmen. Türkenhilfe eventuell zu bewilligen.

- nr. 558. «Nachdem derselbig tag furnemblich der beweglichen leuf halben, so sich diser zeit im heiligen reich teutscher nation ereugen und erzeugen, furgenomen, darunder dan sonder zweifel notwendigkeit halben von der Mindischen acht geratschlagt und gehandelt werden wurdet, do sollen die gesandten bevelch haben, mit andern stenden uf folgende puncte zu handeln: erstlich dieweil sich us der ergangnen urteil befindet, das die von Minden umb religionsach willen in die acht erkant, als namblich die geistlichen wider ze restituieren, inen die kirchen wider ze offnen, ire gotzdiens wie von alter her unverhindert gebruchen zu lassen und sie zu solichen in ir stat zu vergleiten: das man dan die von Minden in allen solichen religionssachen vermog der abschid und hievor ufgerichter verstendnus treulich schutzen, schirmen und sie mit hilf nit verlassen solle. dieweil aber etlich ander sachen auch in der urteil angezogen werden, die sich ansehen lassen, als ob si nit religionsachen weren, sollen die von Minden deshalb eigentlich uf jetzigen tag befragt und verheret werden; und so sich befind, das sie in einem oder mer stuck der sachen zu vil gethan, das man sie dahin wise, das sie sich der pillicheit darin erputen und derselben uf erkendtnis der stend stat theten.» Ferner solle man den Kaiser oder den König um Aufhebung der Acht bitten, auch die Vermittlung der Kurfürsten von Mainz und von der Pfalz zu diesem Zweck anrufen und die zur Vollziehung der Acht ernannten Executoren vor jedem Einschreiten gegen Minden warnen. Schliesslich wäre es vielleicht auch gut, den Bischof und die Klerisei von Minden zum Verzicht auf die Vollziehung der Acht aufzufordern, mit dem Erbieten, die Stadt in Sachen, welche die Religion nicht betreffen, zu gütlicher Ver-

¹ Jacob Sturm, Ulman Böcklin und Batt von Duntzenheim. Sie erhielten laut Ratsprotokoll (Febr. 5) auch eine Instruction für den Städtetag (vgl. nr. 562), die aber nicht mehr vorhanden ist.

gleichung zu bewegen. «item dieweil das camergericht vermeint, die von Mindens seien nit in dem kai. fridstand benant und erst, nachdem derselb ufgericht, zu uns komen, deshalb inen, wider sie zu urteilen, wol geburt, solt nit unnutz sein, das usschreiben mit rat der gelerten zu besseren und anzuzeigen, das das camergericht in diser sachen verdacht, derhalben recusiert, und inen als verdachten und recusierten richtern nit gepurt het, gegen inen zu procedieren, ob sie schon im religionfriden nit begriffen; welchs doch nit were, dieweil der stilstand dem churfursten zu Sachsen und seinen zugewandten gegeben were. item dieweil das camergericht durch dis ir vermeinte nichtige acht ursachen und anfang des unfridens seind, wo dan daraus einicher krieg entstünde, nach wegen zu gedenken, wie gegen der beisitzer personen, die solich urteil haben helfen geben, zu handeln were, und sonderlich gegen denen, die sich mit Worten und werken also vernemen lassen, das man spueren mag, das si ein sondern willen und lust zu condemnierung dis teils tragen. derhalben auch ire namen und personen ufzuzeichnen und vleissiglich zu erforschen weren, und ob sie sich schon vom camergericht theten, nit destminder ir nit zu vergessen. sonst aber gegen dem camergericht in gemein oder sondern personen zu handeln, ehe der krieg angien, oder denen von Speir zu schreiben, sie nit zu enthalten, wurde noch zur zeit nit fur nutz angesehen, in betrachtung, das man dadurch kai. mt. nicht ursach geb, des gegenteils praticken desdo ehe zufall zu thun, und so sie schon zu Speir vertriben, mochten sie an ein andern ungelegern oder uns beschwerlichern ort von kai. mt. gesetzt werden; wer der sach darmit nichtz geholten.

¹ Dweil aber die läuf nit allein beruerter Mindischen acht halb, sonder auch darumb sorglich und deren wol achtung ze nemen, dweil offenbar und am tag ist, das sich etliche von des ufgerichteten contrapunds fursten und sonderlich desselben punds hauptleut also ernstlich und treffenlich in rustung schiken, ire hievor bestellte underhauptleut beschreiben, noch mer bestellen und sich in alle weg dermassen bewerben und zur sachen schiken, als ob sie ain krieg anfahren wölten etc.; zudem auch dieselben diesen unsern tail on grund der warheit bezeihen und beschuldigen, als ob wir den krieg gegen inen anzefahren in rustung und vorhaben weren, aus dem man wol abnemen mag, wesz genaigten willens sie gegen uns seien etc.: sollen unsere gesandten bei der kunftigen versamblung — sovil an inen ist — dahin raten und handeln, das vor allen dingen die kontschaffen und gewisse erfahrungen, so die verainigten stend und jeder in sonderhait solicher läuf und des gegenpunds rustung halben haben mögen, gehört und zusammengetragen, auch weiter, sovil imer möglich, gemacht und erfahren werden, damit man sich furter zu Frankfurt in beratschlagung der sachen, auch sonst in alle weg notwendiglich dargegen schiken mog.» Doch solle selbst dann, wenn nach den Kundschaften zweifellos ein Angriff seitens der Gegner zu erwarten sei, der Krieg von den Einungsverwandten nicht begonnen, sondern nur alles zur Gegenwehr vorbereitet werden, damit man dem Angriff wirksam begegnen könnte. Nach den bisherigen Kundschaften seien die Rüstungen und Werbungen auf deutsches Gebiet beschränkt; so lange

¹ Hier beginnt M. Han's Hand.

dies der Fall sei, und die Gegner nicht von andern Nationen Hülfe und Zuzug erhielten, wären ihnen die Evangelischen gewachsen. Freilich dürfe man es an Kundschaften über die feindlichen Pläne und an Zurüstungen nicht fehlen lassen, damit man nicht überrumpelt werde. Nur dann, wenn sich unzweideutig erkennen lasse, dass auch der Kaiser oder andere fremde Mächte Feindseligkeiten gegen die Einigungsverwandten im Schilde führten, dürfte man allerdings den vereinigten Angriff nicht abwarten, sondern müsste ihm zuvorzukommen suchen. Wäre das Verhalten des Kaisers im Kriegsfall noch zweifelhaft, so müsste man sich durch Kundschaft am kaiserlichen Hof etc. Klarheit zu verschaffen suchen und darin keine Mühe und Kosten sparen. Eventuell sollten die stimmführenden Stände oder deren Kriegsräte so lange in Frankfurt zusammenbleiben, bis die Lage sich geklärt hätte.

In jedem Fall sollen die Gesandten dafür eintreten, dass an den Kaiser, den König und die vornehmsten Fürsten des Reichs ein Ausschreiben geschickt werde, in welchem über die Rüstungen der Gegner geklagt und die Friedensliebe der Evangelischen betont würde. Wenn letztere jetzt auch rüsteten, so geschähe es nur zu ihrem Schutz, nicht zum Angriff.

p. 513 A. 3. « Wurde auch uf furgenommern versamblungstag die fridhandlung, so unser gnedigster herr, der curfurst zu Brandenburg, hievor under hand genomen, widerumb uf die ban komen, sollen derhalben unsere gesandten macht und gwalt haben, vermög des Isenachischen abschids und uf mittel, so damaln vorhanden gewesen, mit und neben andern stenden die anzenemen. » Im Fall, dass ein guter beständiger Friede zustande käme, sollten die Gesandten auch die Türkenhülfe bewilligen. Dat. fehlt.

567. Die Dreizehn an Jacob Sturm, Ulman Böcklin und Batt von Duntzenheim in Frankfurt. Februar 10.

Str. St. Arch. AA 478. Ausf. von Joh. Meyer.

Zeitungen. Kundschaften der Eidgenossen wegen der «Läufe». Bündnisanerbietungen Basels und Dank für die Concordie. Meldung einer Frau von Staufen an Basel über Bedrohung der Evangelischen durch Baiern etc. Die Eidgenossen «in gutem willen» zu behalten.

nr. 564. Ubersenden Zeitungen, die ihnen der Strassburgische Amtmann zu H. [?] geschickt¹. Die Dreizehn von Basel haben auf die Bitte um Kundschaft und getreues Aufsehen gestern ihren Ratsfreund Bernhard Mayer nach Strassburg geschickt und durch denselben anzeigen lassen, dass sie insgeheim Zürich und Bern von den gefährlichen Läufen benachrichtigt und um Kundschaft ersucht hätten. In der Landvogtei Oberelsass und in Ensisheim unterhielten sie selbst Kundschafter. Ferner hätten sie durch Bernhard Mayer vortragen lassen: «wiewol sie hievor, wie wir wüsten, von brief und sigel, so sie gegen uns gehapt, getrungen, so stuenden doch ire herzen in rechter trew noch unverruckt, versehen sich auch desgleichen zu uns her-

nr. 111.

¹ Liegen bei (Copie): Sebastian Vogelsberger hat sich dem Stift Mainz verpflichtet, 8000 Knechte aufzubringen. Mit ihm stehen Hans von Fleckenstein und Bechtold von Wildsparg in emsiger Unterhandlung. Auch sonst allerlei Anzeichen von Rüstungen, aber nichts Sicheres.

widerümben; und daruf sich erpoten, das sie leib und gut und alles ir vermogen zu uns setzen wolten. dieweil wir aber einander entsessen, das man dan mocht ungevarlich und unvergrifflich red haben, ob sich etwas zutrieg, wie ein teil sich gegen dem andern halten solt. und nachdem die fursten und stend der christlichen verein sich in der christlichen concordi je so vil beladen¹, das dan Zürich, Bern und sie oder, so Zurch und Bern nit wolten, sie von Basel allein denselben fursten und stenden durch ein sondere hotschaft uf nechsten tag, so sein mocht, dankteten [*sic!*] und beten, hinfuro sie bevolen zu haben. daruf wir inen lassen danken und allerhand zeitungen, die leuf berueren, sonderlich was unser gnediger herr, der landgrave, bei dem Braunschweikischen secretari fünden², berichten lassen, und das wir wol leiden mogen, das sie es Zurch und Bern auch anzeugen, damit dieselben auch desdo treulicher uf die geferlichen leuf theten sehen; das wier auch nit fur unnutz achteten, so sie samenthaft oder, so Zurch und Bern nit wolten, sie von Basel allein die danksagung theten. und gedenken aber — wiewol er, herr Bernhart, anzeugt, das sie allein der concordi halben danken wolten und nit, das sie einich pundnus begerten, — das sie villeucht darmit ursach geben wolten, das man ferer bei inen ansuchen thete, in die christlich verstendnus zu komen. wir haben auch geordnet, inen zu horen und unvergrifflich mit ime zu reden, ob sich etwas solt zutragen, wie sie doch meinten, das sich gegen einander zu halten were. uns haben aber dieselben geordneten davon noch nit referiert. und heut hat uns der gedacht herr Bernhart weiter bericht, das seine herrn die dreizehen necht abent im nachgeschriben, uns anzuzeugen: nachdem sie, wie obgemelt, uf unser schreiben ir kondschaft in die obern landvogtei Elsass gemacht, sei einer der iren, der der frawen von Staufen, so dem evangelio in geheim sonders geneugt, kundschaft hab, bei derselben frawen von Staufen gewesen, die ime uf sein erforschen, was sie newer zeitung wisz, anzeugt, das herzog Wilhelm us Baiern sei ein oberster, hab iren herrn beschriben, der auch zu im geritten, und woll demselben ein hauptmanschaft zustellen, daruf der ir gefragt, ob sie nit wisz, wohin es geen werde; hab sie im geantwort, sie hab von irem herrn und den edlen, so teglichs zu demselben gewant³, wol gehert, das der zug uber Wirtenberg, Hessen und Straszburg geen werde, und als der ir daruf wider gsagt, es wurde inen den eidgnossen, so des evangelii partei, nit wol zu dulden sein, hab sie weiter gsagt: so sie von eidgnossen still sessend, wurde man sich ir nit beladen; wurden sie sich aber dessen anemen, so wurde der zug auch wider sie geen. sie hab sich auch gegen dem iren erpoten, so sie etwas erfur, das dem evangeli zu nochteil reichen mocht, so wolt sie es in verstendigen.

Dieweil nun us demselben allerhand zu nemen, so haben wirs euch bei disem nit wollen verhalten; und so sich die gelegenheit zutrieg und euch auch fur gut ansehe, mochte man dannoch bei dem churfursten, fursten

¹ Vgl. den Excurs am Schluss des Bandes.

² Vgl. Seckendorf III § 69. Die Briefe, welche der Landgraf bei dem Secretär, der in seine Hände fiel, vorfand, enthüllten die kriegerischen Pläne Herzog Heinrichs und namentlich dessen Hass gegen den Landgrafen.

und stenden disen, deren von Basel, guten willen anzeugen, und das man sie und die von Zurch und Bern in disen leufen mocht freuntlich ansprechen, damit sie disen guten willen gegen unserm teil desdo mer behielten. so es uns nit vil nutzte, so mocht es uns auch nit schad sein.» Dat. Mo. 10. Hornung a. 39.

568. Der Rat von Weissenburg an den Rat von Strassburg. Februar 13.

Str. St. Arch. AA 481. Ausf.

Antwortet auf eine am 11. Februar erhaltene Anfrage Strassburgs (*), p. 544 A.1. « das Bastian Vogelsperg sich ein monat oder drei bei uns mit heuslichem anwesen gehalten, dernhalben dann vileicht allerhand zuziehens von fusz-knechten zu ime und andern als hauptleuten sich begeben. das aber er oder andere, so alhie das winterleger gehapt und noch iren pfennig hie zeren, ainichen knecht annemen, gelt oder bescheid geben, haben wir gar kein wissens.» Was man etwa weiter erfahre, werde man mitteilen. Dat. Do. 13. Febr. a. 39. — Empf. Febr. 14, pr. Febr. 15.

569. Jacob Sturm, Ulman Böcklin und Batt von Duntzenheim, Gesandte Strassburgs auf dem Frankfurter Tage, an die Dreizehn. Februar 15.

Frankfurt.

Str. St. Arch. AA 475. Ausf. von M. Han.

Ankunft in Frankfurt. Anwesende Fürsten und Botschafter. Ankündigung der Ankunft Lundens, des kaiserlichen Gesandten, und der Kurfürsten von Brandenburg und Pfalz. Wahl eines Ausschusses wegen der Kundschaften und zur Abfassung eines Gutachtens über die Haltung der Stände. Zettel: Der Landgraf wünscht die Teilnahme eidgenössischer Gesandten.

Am 12. Februar gegen abend seien sie in Frankfurt angekommen und hätten daselbst die Gesandten von Augsburg, Constanz, Ulm, Esslingen, Reutlingen und Memmingen, sowie von einigen Sächsischen Städten getroffen. Die Fürsten seien erst am 13. gekommen, worauf am 14. die erste Versammlung im Römer stattgefunden habe, unter persönlicher Teilnahme des Kurfürsten von Sachsen und seines Bruders Hans Ernst, des Landgrafen und der Herzöge Franz von Braunschweig, Moritz von Sachsen, Ernst und Albrecht von Braunschweig (Söhne Herzog Philipps). Von Markgraf Hans von Brandenburg, Herzog Ulrich von Württemberg und den Herzögen von Pommern seien Botschaften erschienen, und an Stelle des Grafen Albrecht von Mansfeld sein Sohn Caspar. Von Sächsischen Städten seien vertreten gewesen Bremen, Hamburg, Braunschweig, Goslar und Minden. Zunächst hätten Sachsen und Hessen nochmals die Ursachen der Berufung des Tages erzählt und dabei mitgeteilt, dass die Rüstungen der Gegner noch fort dauerten. Weiter hätten sie einen Brief des Kurfürsten von Brandenburg vorgelegt, wonach der Bischof von Lunden vom Kaiser zu Friedensverhandlungen ermächtigt sei und am 20. Februar mit den Kurfürsten von der Pfalz und Brandenburg in Frankfurt eintreffen werde. Darauf sei der Vorschlag gemacht worden: «dweil sich gebueren wöll, uf soliche angemutete fridshandlung zu warten, das dann die versamblung unbeswert sein wölle, mitler zeit alle

schriften und kontschaffen abzehören, und dan darvon ze reden und ze ratschlagen, im fal, so der frid kain furgang gewonne, was alsdann unserm tail furter mit beraitung zur gegenwehr oder sonst ze thun oder ze lassen von nöten sein möchte.» Auf weiteren Antrag Sachsens und Hessens habe man indessen für gut angesehen, dass nicht die ganze Ständeversammlung die eben erwähnten Punkte beratschlagen sollte, sondern eine zu diesem Zweck ausgesonderte Commission von 11 Personen, damit man schneller zum Ziele gelange. Doch sollte der Ausschuss nichts Bindendes beschliessen können, sondern erst der Versammlung sein Bedenken vorlegen. In der Commission sollten der Kurfürst und Landgraf eigner Person sein, desgleichen Herzog Franz von Braunschweig, ferner die Kriegsräte von Pommern und Württemberg und je 3 Personen von den oberländischen und Sächsischen Städten. Zugleich sei den Städten zugestanden worden, dass jeder ihrer Verordneten noch eine Person — jedoch ohne Stimme — als Beirat im Ausschuss haben dürfte. Morgen, am 16. Februar, werde die erste Commissionssitzung stattfinden.

Strassburgs Beschwerden am Kammergericht habe man noch nicht vorbringen können. Heute habe man das Schreiben der Dreizehn erhalten und werde sich danach richten. nr. 567.

Dat. Frankfurt Sa. 15. Febr. «abends spät» a. 39. — Empf. Febr. 191.

Zettel: Die Gesandten von Hall und Heilbronn seien gestern auch angekommen. Sturm habe, während dieser Brief geschrieben worden, dem Landgrafen, mit dem er ohne dies zu thun gehabt, die eidgenössische Angelegenheit mitgeteilt: «sagt sein f. g., sie wölt je gern, das Zurich, Bern und Basel die iren alher schikten.» Dat. ut in lit. nr. 567.

570. Der Rat von Strassburg an den Rat von Basel.

Februar 17.

Basl. Arch. L. 118. Ausf.

Nachdem im Jahr 1538 das von Strassburg beantragte Syndicat in der Prozesssache mit dem Grafen Philipp von Hanau verschoben worden, sei der Rat jetzt wieder in der Lage, darauf zurückkommen zu müssen, da, wie vorauszusehen gewesen, am 27. Januar vom Kammergericht trotz der vorgebrachten Einreden die Vollziehung des Urteils befohlen worden sei. Zudem seien am 25. März 1538 «in ainem andern fal wider gedachten grave Philipsen seeligen unser wol erworbnе und lang härbrachte kundliche frihaiten aberkandt.» Auf Strassburgs Verlangen habe denn auch der Kurfürst von Mainz das Syndicat auf den 1. Mai nach Speier ausgeschrieben. Basel möge den Dr. Bonifacius Amorbach² als Rechtsbeistand schicken. Dat. Mo. 17. Febr. a. 39. p. 487A. 2. nr. 512.

¹ Empfangsvermerk von Pfarrers Hand.

² Ein Gutachten über den Hanauer Handel liegt bei, im Auftrage des Basler Rats wahrscheinlich von Amorbach verfasst. Basel versprach auch, seinen Rechtsgelehrten nach Speier zu schicken. (Conc. d. d. Febr. 24 ebenda miss. 32 f. 211.)

571. Jacob Sturm, Ulman Böcklin und Batt von Duntzenheim an die
Dreizehn. Februar 18.
Frankfurt.

Str. St. Arch. AA 475. Ausf. von M. Han.

Gutachten des Ständeausschusses: 1) Alles aufzubieten, um einen guten Frieden oder Anstand zu erlangen. 2) Ausserordentliche Anlage für Kundschaften etc. nötig. 3) Entsendung von Commissaren nach dem Oberland, um eventuell Gegenrüstungen zu betreiben. Dies den Unterhändlern mitzuteilen. 4) Köln, Trier etc. um Förderung des Friedens zu ersuchen. 5) Ob mit Herzog Wilhelm von Jülich ein Verständnis einzugehen sei.

nr. 569. Der Ausschuss der Stände, von welchem im vorigen Brief berichtet worden, sei inzwischen dreimal zusammengekommen und habe «die brief und kuntschaften, so zur sachen dienstlich und vorhanden sind, abgehört.» Jacob Sturm habe an diesen Beratungen teilgenommen. Es sei 1) beschlossen worden, dass man «alle menschliche und mit gott mögliche mittel und wege an die hand nemen und versuchen soll, damit man mit gott und guter gewissen ain satten, beständigen und beharrlichen friden erlangen mög. so aber derselb nit erhalten werden könnnt, das man dann uf ain anstand etliche jar oder zeiten handeln solle. wo aber deren kains mit gott und guten fugen erhalten werden möchte, das man alsdann nach jetzt habenden kuntschaften und nachdem man in der underhandlung des fridens erfahren wirdet, darvon reden und schliessen soll, wie sich alsdann in die sach ze richten sein wöll etc.»

2) Es habe sich ergeben, dass für Kundschaften und Gegenrüstungen gegen die feindlichen Werbungen, namentlich des Mainzers, Baierns und Heinrichs von Braunschweig, bereits über 12000 fl. verausgabt seien. Da nun die Gegenrüstungen fortgesetzt werden müssten, so habe der Ausschuss auf Vorschlag Sachsens und Hessens für gut angesehen, dass neben der gewöhnlichen, zu Pfingsten fälligen kleinen Anlage eine ausserordentliche von 20000 fl. von den Ständen aufgebracht werden sollte, sowohl zur Deckung der bisherigen, wie der künftigen Kosten. Strassburgs Anteil daran betrage 1000 fl.

3) Der Ausschuss habe beantragt, dass zwei Commissare von den Ständen nach Ulm und Augsburg geschickt würden, um gemeinsam mit den dortigen Bürgermeistern auf die Werbungen der Gegner, namentlich Baierns, achtzugeben, etwa drohende Gefahren an die Bundeshauptleute zu berichten oder, wenn die Not sehr dringend wäre, sogleich selbst 40 Hauptleute zu bestellen, deren jeder 300 fl. behufs Anwerbung von Knechten erhalten sollte¹. Einen ähnlichen «Lauf der Knechte» möge auch Strassburg im Notfall veranstalten. Das erforderliche Geld sollte zunächst von Ulm und Strassburg ausgelegt werden. «und soll solichs den baiden curfursten, den underhändlern des fridens, alsbald in anfang der handlung eröffnet werden: dieweil der gegent[eil] sich also zum krieg und uberzug ruste, standen die stend unserer verain in solicher gegenrustung, nit in meinung, jemand zu belaidigen oder den krieg anzefahen, sonder so man gegen uns anfahe, uns des besten, so

¹ Diesem Vorschlag des Ausschusses entsprechend wurden Kunz Gotzmann und Alexander von der Than als Commissare der Protestierenden nach Augsburg und Ulm gesandt. Copie ihrer Instruction d. d. Febr. 21 im Str. St. Arch. AA. 480. Seckendorf III § 69.

wir imer können, ze wehren; ob soliche ernstliche anzaig den friden dest ee furdern wöllt oder ufs wenigst den underhändlern ursach gebe, wo es nit zu endlichem friden komen möchte, das doch uf ain fridlichen anstand uf etliche jar gehandelt und alsdann haider tail rustungen abgestellt wurden.»

Diese Vorschläge des Ausschusses seien zwar noch nicht vor gemeine Versammlung gebracht; doch sei es unzweifelhaft, dass dieselben angenommen werden würden.

4) Der Ausschuss halte ferner für nützlich, die Kurfürsten von Köln und Trier, die anwesende Englische sowie die täglich erwartete Clevische Botschaft und die Gesandten der auf dem Städtetage vertretenen Reichsstädte um Förderung der Friedensverhandlungen zu ersuchen.

nr. 562.

5) Der Kurfürst von Sachsen habe im Ausschuss vertrauliche Mitteilung gemacht, «wie sein sweher, der alt von Gulich¹, am freitag acht tag verschienen [Febr. 7] todes abgangen, und das er gewiszlich darfur halte, das des jungen² potschaft auch alher komen soll. ist darvon geredt, auch uns und andern potschaften ufgelegt worden, beschaid zu erholen, ob derselb von Gulch und Geldern etc. in dise verständnus begern wurde, es wer das er das evangelium in seinen landen predigen liesse und also in gemeine verstendnus keme, oder im fal, so dasselb nit sein könnt oder er es bei seinen underthanen nit erhalten möcht, ob man dan ain sondern nebenverstand mit im machen wöllt, welcher massen er diser verständnus und sie im hinwider hilf thun solt.» Strassburg möge ihnen über diese Frage Instruction zuschicken. Ihre persönliche Meinung sei, dass man den Herzog von Jülich unter der Bedingung, dass er in allen seinen Ländern das Evangelium predigen liesse, in den Bund aufnehmen müsste; «und ob er gleichwol des lands Geldern halb von dem haus Burgundi oder andern in sonderhait angefochten wurd und recht vor Rom. kai. oder kon. mt^{en}., auch curfürsten, fursten und den stenden des reichs leiden möcht und sich des erpieten thete, und aber dabei nit bleiben möcht, sonder daruber gwältiger weis uberzogen wurde, das disem unserm tail von wegen des, das man soliche gwältige furstentumb alle uf unser seiten brechte, nit zewider sein solt, ime gebuerende hilf ze thun.» Sollte der Herzog aber das Evangelium in seinen Fürstentümern nicht einführen, so sei ihre Meinung, dass man sich seiner nicht annehmen dürfe. Dat. Frankfurt Di. 18. Febr. «abents spat» a. 39. — Empf. Febr. 21. Lect. Febr. 22.

572. Die Dreizehn an Jacob Sturm, Ulman Böcklin und Batt von Duntzenheim, Gesandte in Frankfurt.

Februar 21.

Str. St. Arch. AA 478. Ausf. Zettel ebenda.

Fürstenberg habe zwar Herzog Ulrichs Bitte um Annahme von Knechten abgeschlagen, wolle aber gern den Protestierenden dienen; doch bitte er um vorläufige Geheimhaltung. Brief desselben an Frankreich, worin er sein Fernbleiben entschuldigt und die Protestierenden verteidigt. (Franzö. Depositum in Baiern.) Derselbe er bietet sich, die Ver-

¹ Herzog Johann von Cleve und Jülich.

² Herzog Wilhelm, Johanns Sohn, war bereits seit Juni 1538 Erbe von Geldern. Vgl. oben nr. 540.

mittlung Frankreichs zwischen dem Kaiser und den Evangelischen durchzusetzen. Bedingungen, unter denen Fürstenberg mit seinen Hauptleuten den Protestierenden dienen will. Verhandlung zwischen Jülich und Lothringen. Fürstenberg missbilligt des letzteren Einverständnis mit dem Kaiser. Dr. Hans von Metz als Vertrauensmann am Französischen Hof empfohlen. Herzog Ulrich soll zwischen Fürstenberg und dem Landgrafen vermitteln. Einrede der Compensation im Hanauer Prozess. Zettel: Pfalzgraf Ott Heinrich dem Evangelium geneigt. Angenommene Kriegsleute. Darlehen an Mainz.

nr. 569. «Wir haben ewer schreiben empfangen und inhalts gelesen; geben euch uf dasselbig zu erkennen, das der wolgeborn herr Wilhelm, grave zu Fürstenberg, etlichen unsern mitgeheimen räten anzaigt und durch dieselben an uns pringen und langen lassen, wie das der durchleuchtig hochgeborn fürst, unser genädiger herr, herzog Ulrich zu Württemberg, ihm geschriben und eins zusagens, so er seinen f. g. gethon soll haben, erinnert und ermanet hab, ihm auch zwaitausend gulden geschickt, damit ein lauf der knecht zu machen. er hab aber, den lauf zu machen, herzog Ulrichen diser zeit widerraten und ihm das gelt darauf widergeschickt. dweil nun die sachen sorglich und schwerlich, das ihnen bedunk, das man seer langsam zur gegenrüstung kom, so man ihne auch zeitlicher angesprochen, er wol in eins andern namen und costen ein knecht oder tausend erhalten haben wolt, damit, da es je zum angriff kommen, man mit rechtschaffenen knechten gevaszt hett sein mögen, das er billichen verdrusz trüge, das man gegen ihm so lang geswigen und jetzo in der eil also angelangt würde; so habe er doch des spans, in dem er gegen unserm genädigen herren dem landgraven stand¹, ungeachtet, hochgedachtem fürsten, herzog Ulrichen zu Württemberg, das er seinem zusagen statt thun, sich alhie in unser statt, da ihm dann freundschaft und guts beschehen, mitsamt seinen hauptleuten finden lassen, zugeschriben, und uns sonderlich berichten lon, das er uf disem tail und uf unserer seiten sein gut und blut wöll lassen und von uns nit weichen. das hab er auch den kaiserischen uf ihr vilfältig anhalten und handeln, so sie mit ihm gethon, als er newlich zu Costänz gewesen, auch etlichermassen zu verstohn geben. doch so seie sein beger, das mans danoch nit zu weit ausbraiten wöllte, damit die kai. mt. dardurch nit ursach neme, so sie dessen also in glaubliche erfahrung keme, bei dem könig von Frankreich abzustellen; und ob er sich seiner personen halben nit abhalten lassen würde, als er auch nit wölle, so möchten ihm doch etliche seiner hauptlewt abgehalten werden, das sonst vermitten plib.

Er hat auch obgedachte die unsern die schriften und brief sehen und lesen lassen, darin er dem könig von Frankreich und constabel² schreibt, das er krankhait halben uf sein, des königs, gethon schreiben und erfordern diser zeit nit könde in Frankreich komen, musz auch allerhand ursachen und eeren halben länger hie ussen verziehen; sobald ers leibs und eeren halber <ge>thon mag, wöll er hineinreiten, mit dem anzaig, das er newer zeitung nichts hab dann allain, das die protestierenden ständ jetzo ein versammlungstag zu Frankfurt haben und bei ainander seien, und geben aber die gegenteil aus, als solten die protestierenden ständ willens sein, sie zu uber-

¹ Wegen seiner Forderungen vom Württemberger Zuge her. Vgl. oben nr. 245.

² Der Connétable Montmorency.

ziehen, daran doch nichts seie, sonder allain darumben beschehe, das sie die protestierenden ständ in den verdacht ziehen wöllen, als ob sie entpörung zu erwecken in übung weren; und sag man darbei, das sie ihnen den könig darmit bewegen, das gelt, so hinder Baiern seie, ligen zu lassen, und seie aber gar nichts an der sachen der protestierenden halben, scferr sie frid haben mögen. darumben soll sein mt. das gelt, wie sie ihm hievor angezaigt, von Baiern nemen und nit ligen lassen. dann wiewol der kaiser den protestierenden frid geben und ihm dem könig zugesagt zu halten, so beschehe doch dasselbig schlechtlich, wie anders mehr, und er ihr mt., so er anders hineinkom, weiters berichten wölle. und hat darbei angezeigt^[?]¹, das er doctor Hansen von Metz zu dem könig zu schicken willens seie, mit demselben allerhand zu handeln; und das in der fridhandlung, so die kai. mt. und der könig von Frankreich mit ainander gehapt, der könig an die kai. mt. begert, den friden gegen den protestierenden zu halten und dieselben nit zu überziehen; hab die kai. mt. uf dasselbig geantwurt, das sie nit willens seie, die protestierenden zu überziehen; sie thüen aber auch, das ihr mt. nit zu dulden. aber so er sich mit ihnen je nit vertragen könde, möge er ihne, den könig von Frankreich, zu underhändlern leiden. so er, grave Wilhelm, nun darfur habe, das der könig unserm tail zu underhändler dienstlich, mög er leiden, das ihrs den ständen jetz anzaigen und darbei, das (so) wo sie ihnen grave Wilhelm begerten, möcht man ihne beschreiben; so hetten ir darfur, das er gern erscheinen, ihnen, was die handlung deshalben zwüschen der kai. mt. und dem könig gewesen, selbs anzaigen, ob mans auch begerte, sich gern darin gegen dem könig, das sich derselbig solcher underhandlung unterneme, gebrauchen lassen würde.

Item er hat auch anzaigen lassen, wie obgemelt, das nach beschehenem herzog Ulrichs von Württemberg schreiben er etlich seiner hauptlewt beschriben und bei denselben danach befunden, das so man je solte müst zum krieg kommen, das er dannocht in einer eil ein knecht oder zehentaussend haben wolt. da wöll er nun in disem handel weder gut noch gelt ansehen, dann er wisse wol, das anderswo gelt solle gewonnen und damit das vaterland beschirmt werden. doch wölle er auch nit hinder sich dienen, das main er also: der churfürst und landgrave seien in diser verain die obersten hauptleut und billich; so seie er im Württembergischen zug und jetzo in Frankreich oberster gewesen. das man dann mainen wolt, er solte jetzo etwa über ein vendlin zwai oder drei sein, das könd und werd er nit thon. doch so wöll er im selben, wie gehört, weder gelt noch gut suchen. wo es auch darzu komen solt, das man zur sachen müst, woll er dannoch helfen, mit seinen hauptlewten handeln, das sie sich in der besoldigung auch leidlich halten solten als die, so in disem handel mehr das vaterland dann das gelt suchen und ansehen. so ist Bechtold von Wildsparg jetzo hie; denselben sagt er, hab er angesprochen. der hab ihm bei edelmans glauben zugesagt, das er uf disen tag nit Meinzisch seie; p. 544 A. 1. darauf er ihme zugemutet, uf ihnen, grave Wilhelm, zu warten; des hab er bedacht genomen. so sagt er, es seien eben vil guter hauptleut noch vorhanden, die von dem könig von Frankreich nit bestellt und uf unserm

nr. 259.

¹ Zweifelhafte Lesart.

tail zu pleiben begerten, das, wo man rechtgeschaffen leut haben wolt, man mit denselben handlen lassen möcht.

nr. 551. Ferners so hat er auch anzaigen lassen: nachdem der herzog von Lotharingen den tag, so uf den ersten martii zwüschen ihme und Gülch gehalten worden sein solt, aus ursachen abgeschriben, hab er euch, herr J a c o b e n , solich schreiben zugeschickt (*), und beschwert sich desselben höchlich, das villeicht er, grave Wilhelm, bei Sachsen und Hassen möchte verdacht werden, als ob er als ein Lotharingischer diener hette helfen also die handlung ufhalten, und jetzo nichts gehandelt werden solt. und hat Conraden Johamen des herzogen brieve zugestellt; im selben stah zu end und nach der underschrift, das der new cardinal von Schallon¹, der bei der kai. mt. seie, deshalb handlen soll. dasselbig hab er euch nit zugeschriben, und tregt auch entsetzen, das kai. mt. in diser handlung sein soll; dann wo sich die kai. mt. mit dem herzogen von Lotharingen solte deshalb vergleichen, das sie das land Gelleren understöhn wolten zu überziehen, und ihne der herzog von Lotharingen also wolt in der kai. mt. dienst gebrauchen, würde er dasselbig nit thun, sonder ehe sein dienst, so er des orts bei Lotharingen hab, wie übel es ihme komen würde, übergeben. das hat er sonderlich gewelt euch zuzuschreiben, Sachsen und Hessen mögen anzuzeigen, zu bedenken, wie zu zufurkomen, das kaiserlich mt. nit in dise handlung komen, und nachmals die sachen uf andere weg möcht gepracht werden.

Weiter so hat er lassen anzaigen: nachdem ihn fur gut ansehe, das die protestierenden dannoch jeman hetten, der am Französischen hove bekant, damit, so sich etwa was zutragen welt, man den könig desdo besser berichten könd, so riete er, das man doctor Hansen von Metz bestellt und demselben etwa jars hundert gulden dienstgelt geben hett; das hette derselbig wol mögen verdienen. und achten wir in disem fal auch, das es wol zu thon were; dann er, doctor Hans, auch bei der kai. mt., so es not würde, zu gebrauchen sein möcht, und mögen leiden, das irs zum vleissigsten anpringen und handlen, das es also bestellet würde.»

Unter den obwaltenden Verhältnissen sei es unzweifelhaft sehr schädlich, dass der Landgraf und Wilhelm von Fürstenberg noch immer nicht wegen der 10000 Gulden, welche letzterer vom Württemberger Zuge her beanspruche, verglichen seien. Fürstenbergs Bitte, dass Strassburg die Vermittlung übernehmen sollte, habe man abgelehnt; die Gesandten sollten versuchen, Herzog Ulrich zur Beilegung des Streits zu überreden.

Im übrigen sei man der Ansicht, dass Fürstenbergs Anerbietungen nicht in den Wind zu schlagen seien; «so haben wirs euch zuschreiben wöllen und begeren, das alles und jedes besonders zu gelegener zeit und mit den fugen, [die] ir wol wiszt, fürzubringen und anzuzeigen.

Dann belangen unser executionsachen am camergericht, da hat doctor Wendling die petition der compensation anbracht², und der kaiserlich

¹ Bischof Robert von Chalons.

² D. h. er beantragte Ausgleichung der von Strassburg an den kaiserlichen Fiscal und an Hanau zu zahlenden Geldstrafe (s. oben p. 461 A. 2) mit den Schulden, welche der Kaiser und Hanau noch bei der Stadt stehen hätten. Wie auch aus dem Ratsprotokoll (fol. 28, 30, 37) erhellt, war dies nur ein weiteres Mittel, um die Execution (vgl. nr. 570) hinauszuschieben, bis man sähe, was die Frankfurter Verhandlungen für ein Ergebnis hätten.

fiscal, darzu der Hanawisch anwalt, derselben abschrift begert, die ihnen gegöndt, und hab er, d. Wendling, mit denselben abgeschaiden, das, was sie dagegen einbringen wöllen, sollen sie ausserhalb gericht d. Reifstocken zustellen; der soll es alhär schicken, ob wir etwas dagegen fürzupringen hetten, das wirs ihnen gleicher gestalt ausserthalben gericht zustellen sollen, und alsdann zu beschlusz solle d. Wendling erscheinen und mündlich beschliessen, damit er nit mit costen für und für also daniden warten dörfen. und als d. Wendling bei ihnen funden, so würdet zum wenigsten der kaiserlich fiscal die petition, als ob die compensation härin nit zu thon seie, widerfechten; gegen demselben würdet er zeit der ordnung zu handeln haben und der beschlusz vor dem maien kaum beschehen.» — Dat. Fr. 21. Febr. a. 39. — Rec. Febr. 23 «vor dem nachtessen».

Zettel: 1) «Wolgemelter grave Wilhelm hat auch anzaigen lassen, wie ihme herzog Ott Heinrich pfalzgrave der vor augen schwebenden rüstung halben geschriben, und das er dafür hab, so man sein f. g. seuberlich anspreche, das sich dieselb in die christlich verain begeben würde.»

2) Seit der Abreise der Gesandten seien noch nachfolgende Kriegsleute im Namen der Stadt auf drei Monate bestellt worden: Bernhard Scherer von Oberkirch für 12 fl., Hans von München für 24 fl., Georg Hess für 12 fl., Stoffel Vogel, der Setzer, für 12 fl., Martin Bron für 24 fl. und Wendling Scheck, der Schuhmacher, für 12 fl.

3) Der Stadtschreiber von Weissenburg habe mitgeteilt, dass Bechtold von Wildsparg und Bastian Vogelsperg dem Kurfürsten von Mainz 26000 fl. auf Zins geliehen hätten, worüber er selbst, der Stadtschreiber, die Urkunden ausgefertigt habe.

573. Die Dreizehn an Jacob Sturm, Ulman Böcklin und Batt von Duntzenheim, Gesandte in Frankfurt.

Februar 22.

Str. St. Arch. AA 478. Ausf.

Empfehlen Geheimhaltung der Rüstungen vor den Gegnern. Fürstenbergs Dienste nicht zurückzuweisen. Derselbe will eventuell auf eigene Kosten mit 20 Hauptleuten nach Frankfurt kommen. Der Herzog von Jülich sei, wenn er das Evangelium einführe, unbedenklich in den Bund aufzunehmen, sonst nur dann, wenn letzterer überhaupt auf zeitliche Sachen ausgedehnt werde.

Erwidern auf das Schreiben vom 18. Februar, dass sie die darin mitgeteilten Vorschläge des Ständeausschusses vollkommen billigen. Auch die Abordnung zweier Commissare nach Ulm und Augsburg missfalle ihnen nicht; «doch das dieselben uf das aller stillest darin sich halten, damit die gegentail dessen, so ferr imer möglich, nit innen und durch solche ernstliche gegenrüstung nit verursacht werden, sich des laufs der knecht zu fürchten und, damit sie den vorstreich hetten, die knecht desto eher anlaufen zu lassen, und man dardurch zusammenkeme. dann obschon, nachdem baide tail ufkommen, dazwüschethähdingt und gehandelt, so möchte doch leichtlich uf jetwederm teil sich begeben, das man desto eher zum angriff oder beharrlichen krieg keme, und wo dasselbig schon auch nit, würde es doch ein seer grossen costen geperen, der sonst underlassen pleiben möcht. dann,

nr. 571.

wie wir bericht und es etwas gewisser kundtschaft haben, so hat Moritz Wintz¹ seinen schreiber, den er uf disen zug bestellt, jetzo hinreiten lassen mit dem beschaid: so er innen werd, das diser tag zu Frankfurt sein end hab, das er alsbald so tag so nacht zu ihm gein Herbolzheim kommen [solle], und ob er schon ein pferd darob zu tod reiten solt. darab wir danoch nemen, das sie selbs ufsehen uf disen tag haben, was der bringen oder ob wir den krieg anfahren wöllen.»

nr. 572. Für den Fall, dass man «einen lauf der knechte» veranstalten sollte, dürfe man übrigens die schon im vorigen Brief erwähnten Anerbietungen Wilhelms von Fürstenberg nicht zurückweisen, schon deshalb, weil er sonst vielleicht aus Verdruss den Protestierenden Schaden zufügen würde. Derselbe habe wiederholt versichert, dass er und seine Hauptleute «sich aller zimlicher besoldigung in disem fal und dem gemainen vaterland zu gutem benügen lassen» würden. Weiter habe er angezeigt: «nachdem er höre, das Pfalz, Brandenburg und der kaiserisch orator jetzo umb ein friden handeln sollen, und wir euch dann jüngst geschriben, das so er von den fürsten erfordert, er willens were, hinabzukomen und selbs anzuzaiigen, was der könig von Frankenreich mit kai. mt. des fridens halben gegen unserm tail gehandelt, so bedenke er doch, das villeicht die fürsten den costen scheuhen möchten. damit dann die fridensunderhändler danocht sehen, das er mit seinen hauptleuten unsers tails seie und wir danocht, so es je gekriegt sein müst, gerüst weren, und das wir auch sehen, das ers gegen uns trewlich und gut mainet, so seie er des erpietens, und wir sollen es euch zuschreiben, das ir es mit fugen, ir wol wissen, dahin bringen und richten, das er von baiden fürsten, Sachsen und Hessen, beschriben werde; so wölle er uf seinen selbs costen mit allen seinen zweinzig oder mehr hauptleuten unserm tail zu gutem so gefaszt zu Frankfurt erscheinen, das die underhandler danocht sehen sollen, das wir zur notturft gefaszt, und villeicht desdo eher dahär sollen ursach nemen, mit ernst in fridenssachen zu handeln, damit der krieg vermitten bleibe.»

Die Dreizehn befürworten die Annahme dieses Anerbietens. Wenn Fürstenberg selbst nach Frankfurt käme, könnte man vielleicht auch eher die Beilegung seines Streits mit dem Landgrafen erreichen.

nr. 540. Die Frage, ob der junge Herzog von Jülich in das evangelische Verständnis aufzunehmen sei, erfordere reifliche Ueberlegung. «dann wiewol wir anders nit wissen, dann das der jung herzog hievor dem evangelio nit zuwider gewesen, das auch sonderlich Gellern, — dweil die one allen zweivel die sachen darumben dahin gespilt, das er anfänglich zum land ufgenommen, damit sie der kai. mt. ledig weren und sie bei ihrem härkomen und freihaiten pleiben möchten, dann wohe ihnen wider dasselbig etwas begegnen solt, sie vil eher mit ainem solichen einzigen fürsten dann der kai. mt., so ihnen mit ihren landen zu vil mächtig, auskomen möchten, — so sie sehen würden, das er sonst der hilf dis tails entraubet und kai. mt. desdo weniger widerstand beschehen möcht, sich leichtlich begeben werden, — fürnemlich die Gellerischen stätt, so villeicht das evangeli one das gern

¹ Ein Beamter des Bischofs von Strassburg? Ich vermute dies namentlich wegen des weiter unten genannten Herbolzheim, welches bischöfl. Eigentum war.

hätten —, das evangeli predigen zu lassen: so möcht es doch bei den andern landen etwas schwerlich naher gehn. solte er aber das evangeli in seinen landen wöllen predigen lassen, ob es gleich nit so bald beschehe, und er doch hoffnung geb oder zusagen thät, das ers, als vil an ihme were, dahin richten und thon lassen wolte, so könte man dem gewissen und der ufgerichteten verständnüs nach ihnen nit ausschliessen, sonder aus der billichait ihne darein nemen müssen. und achten auch wir, das es nit allein bei uns, sonder allen andern ständen der verain gar dhein zweivel oder widerwill sein werd.

Im fal aber, das er das evangeli nit würde predigen lassen oder auch nit hoffnung geben noch zusagen könd, das sein landschaft das gestatten oder ers dahin pringen möcht, so ist nit wenigens, wir bedenken, das sich schwerlich mit ihme in ein nebenbundnüs oder verstand zu begeben sein könd; dann je so wissen wir nit anders, dann das die kai. mt. den anstand mit dem konig von Frankenreich nit hab annemen wöllen, er sage dann ihr zu, sich der Gellerischen sachen nit anzunemen und keinem tail furderung zu thon oder beiständig zu sein. us dem dann wol zu bedenken, wie vil ihr mt. an dem land zu Gellere gelegen sein will, so sie ehe den friden zerschlahen hett lassen und den schweren krieg beharren, ehe sie hett zugeben wöllen, das der könig von Frankenreich Gülch oder Lotharingen im selben fal wider ihr mt. beiständig sei. solte nun jetzo von unserm tail ausserhalb der religion ein verständnüs mit ihme gemacht werden, wie könte die kai. mt. anders gedenken, dann wir geben wol für, das wir des fridens begerten und liessen uns doch wider ihr mt. ein mit demjenigen, so ihr mt. zuwider, auch in denen fällen, so die religion nit angiengen, daraus wol zu merken, das wir den krieg gegen ihr mt. thäten suchen; zudem es ein grosz ansehen haben und verdacht bringen würd, das es kai. mt. zuwider beschehe, dweil sonst mit nieman, ja wir die ständ selbs keine verständnüs ausserhalb der defension der religion under einander hetten; dann ob schon mit Denmark etwas verstands, so ist es doch mit demselben, als der das evangelium predigen laszt, ein anders. dagegen will auch zu bedenken sein, das der herzog von Gülch, so ers begeren würde, leichtlich nit auszuschlahen; dann erstlich solt er ausgeschlagen werden, so wissen wir, ir und meniglich, das nit bald ein furst im reich, der die macht mit gutem raissigen zeug wie er hat, das er uns zur notturft ganz fürständig und hüfflich sein möcht, welche hilf wir dadurch nit allain uns abwendeten, sonder unsern widerwertigen an die hand triben. so were es auch schwerlich, so er oder ein anderer furst und stand im hailigen reich sachen halben, der er für kai. und kön. mt. selbs sampt gemainen ständen des hailigen reichs zu recht komen und erkantnüs leiden möcht, von der kai. mt., die ihnen solte dabei billich handhaben, schützen und schirmen, selbs überzogen oder mit gewalt one recht davon getrungen werden solt; zudem das im selben überziehen oder vertreiben Sachsen und Hassen als sein gefreundte lieben schwäger ihne leichtlich nit lassen könden, so es ihm dann je anders dann wolgehn und die kai. mt. den sig erhalten, dieselben baide dadurch beschädigt und hingezogen und also unserm tail als schier die mächtigsten und furnemisten abgeschwecht würden, das man demnach auch desto leichtlicher gegen uns in könftigen fürnehmen könte. so ist auch zu bedenken, dieweil die sachen also gestalt,

das wo jetz der jung herzog on leibserben abgieng, das die land alle uf Sachsen kommen würden, das, ob schon diser zeit das evangeli in dieselben nit gebracht, das es alsdann beschehen und di eer gottes, die harin am fürnemisten zu bedenken, gefurdert würde, das also im thon und lassen harin eben wol ufzusehen und die sachen zu erwegen seind.»

Man möge deshalb überlegen, ob es nicht gut wäre, dass die Stände in Anbetracht auch der sonstigen schweren Läufe ihre Bundeseinigung auf zeitliche Sachen ausdehnten. «alsdann möchte der herzog [von] Gölch in dieselben mitgenommen werden, und es möcht nit den schein und gedenkens pringen oder haben, man hette allain mit ihme und sonst niemands ein verstand der eusserlichen sachen, und das allain darumben, dieweil die kai. mt. jetzo des lands von Gellern halben an ihne vorderung hett, damit wir den krieg wider ihr mt. mehr begerten zu suchen, dann frid und ruwe zu haben. das alles haben wir euch also der läng und unserm bedenken nach zuschreiben wöllen, darauf ir, nachdem sich die sachen wöllen zutragen, ewer selbs geschicklichkeit nach, in deren wir nichts zweivelen, mögen handlen.» — Dat. Sa. 22. Febr. a. 39.

574. Die Dreizehn von Basel an die Dreizehn von Strassburg. Februar 22.

Str. St. Arch. AA 478. Copie.

Danken für die Aufnahme der Werbung Bernhard Mayers. Annäherung zwischen Frankreich und England. Letzteres über die Evangelischen erzürnt. Krieg in Deutschland wahrscheinlich. Verhalten der 5 Orte.

nr. 567. «Das ir den ersamen unseren lieben getrewen panerherren und mitrat, Bernhardtten Mayer, so jüngst bei euch gesein — wie er uns angezaigt — seines bevels gutwillig gehört, allerlai gehaimer zeitungen mitgetailt und so freundlichen abschied mit ihm gemacht, haben wir zu dank vernommen.» Durch Bernhard Mayer habe man auch die Berner von den Mitteilungen Strassburgs in Kenntnis gesetzt und hoffe, «es werde zwüschen uns den eidgnossischen stätten des evangeli ein fürderlichen tag geben. was daselbst oder sonst hierunder fürgenommen, soll euch unverhalten pleiben.»

Aus Frankreich habe man Nachricht, dass die Freundschaft zwischen König Franz und dem Kaiser immer inniger werde. «zudem nenne der könig von Frankreich den könig von Engelland seinen bruder, unangesehen, das der bapst Engelland verbannt, und laszt sich Frankreich hören: dweil Engelland die mesz nit abgethon, auch von den sibem sacramenten fünf bekenne, möge sich Frankreich mit Engelland wol vergleichen. man mainet auch, Engelland werde den krieg von ihme uf deutsche nation bewenden, dann er vil unwillens ab den protestierenden haben soll, die ihne nit in den bund nemen wöllen, wiewol Engelland sein botschaft jetz zu Frankfurt habe. so würt in Frankreich unverhohlen geredt, der krieg werde in Deutschland angöhn, und loset man den protestierenden ständen die mehrer macht an gelt, aber dem contrapund den vorteil an erfarenen kriegsleuten und rüstungen.» König Ferdinand werbe bei den Türken um Frieden, Baiern rüste eifrig; «unser eidgenossen von den Fünf Orten seind noch nit im contrabund, wiewol wir argwonen, sie seien darob angesucht. wir werden,

so es gott gefellet, mit hilf unserer evangelischen orten understöhn, sie anhaimsch und rüwig ze behalten.» Bitten nach Ende des Frankfurter Tages um weitere Auskunft über den Stand der Dinge¹. Dat. Sa. 22. Febr. a. 39.

575. [Ulrich Geiger]² an die Dreizehn.

Februar 23.
Toledo.

Marb. Arch. Copie.

Geldverlegenheiten des Kaisers. Scheitern der Bemühungen von Mainz, Baiern und Dr. Held, ihn gegen die Protestierenden aufzubringen. Pläne bezüglich Mailands. Anstand mit den Türken. Der Papst suche den Kaiser vergeblich zum Krieg gegen England zu bewegen. Luthers Name am Hofe verpönt. Clevische Botschaft.

Der Kaiser liege schon seit Oktober in Toledo und habe viel mit Castilien und Granada verhandelt, um Geld aufzubringen, wie man sagt, zur Ausführung eines Türkenzuges. Ueber den Erfolg der Verhandlungen wisse er nichts Näheres, «dan allein das geschrei ist, di stadt und landschaft haben etwas verwilligt, zu geben. und was ich da schreibe, hab ich von denen, so mit dem gelt umbgehen; dan sonst am hove ist kein sondere sage, dan allein der kaiser hab nit gelt, und wem man schuldig ist, der wurd ufzogen, also das man auch den teutschen trabanten, wie sie mir selbst gesagt haben, bis in den zehenden Monat schuldig ist.» Vielerlei Meinungen über die Absichten des Kaisers. «der marggrave von Brandenburg, stadthalter zu Mainz³, und doctor Mathias Held, auch Bonaccurs, Beirische botschaft, liegen noch hie und seind bei einiander in einer herberge. ich han wol etliche horen sagen, ir anschlag hab inen gefelt, dann kai. mt. sei nit so kriegisch, als sie es gern sehen, und hetten sich nit versehen, das sie so langsam solten abgefertigt worden sein; was ir werbung sei, oder warumb sie nit expedirt worden, kann ich nit eigentlich vernemen. es hat mir ein guter freund gesagt, der mit kai. mt. kemerlinge kundschaft hat, das etliche nit mehr begerten, dan das kai. mt. allein den namen haben wolle und sie machen lassen; sonst dorf ir mt. weder gelt noch hieft darzu thun, sie wollen stark gnug sein. doch habens noch nichts erhalten mugen, und die Franzosische potschaft schwert teuer, das die, so bei der kai. mat. am mesten gelten, allein zu frieden raten.» Ungewissheit über die Abreise des Kaisers. Es werde von einer Verheiratung seiner Tochter mit dem Herzog von Orleans geredet, dem dann Mailand zugestellt werden sollte; doch sei auch dies noch ganz ungewiss⁴. Er habe auch von «furnemen leuten gehört», dass der Kaiser sowohl wie Venedig einen Anstand mit den Türken betreibe, und dass der Papst diesem Vorhaben sehr günstig sei, um, wenn man vor den Türken gesichert sei, den König von England «zu der hailigen muter,

¹ Strassburg schickte diesen Brief am 24. Februar seinen Gesandten in Frankfurt mit dem Bemerkten zu, dass manches darin nicht recht glaublich sei. Wegen der Rüstungen schrieben die Dreizehn am 8. März an Basel, die von Baiern im Strassburger Gebiet bestellten Hauptleute seien wieder entlassen worden, Basl. Arch.

² Unterschrift fehlt zwar, doch ist der Brief unzweifelhaft von Geiger. Vgl. nr. 563 u. 565.

³ Johann Albrecht. Vgl. oben nr. 561.

⁴ Vgl. über diesen Plan Ranke IV 125.

der Römischen kirchen, zu reduciren». Es sei auch in Rom eine Bulle publiciert¹, in welcher dem König Heinrich eine Frist von 100 Tagen gegeben sei, um sich von seinem Irrtum zu bekehren. Widerrufe er in dieser Zeit nicht, so solle sein Reich «zu ainem raub erlaubt sein.» Reinoldus Polus, «der aus Engelland vor dieser zeit eintkommen ist und vom babst zu ainem cardinal gemacht²», sei von Rom aus angekommen und habe den Kaiser aufgefordert, die Bulle auch in Spanien publicieren zu lassen und «alle contract und kaufmanschaft mit den Engellendern» zu verbieten. Darauf solle der Kaiser geantwortet haben, dass der Papst wohl anders denken würde, wenn er so nahe mit England grenzte wie «irer mt. land». — «solch hat mir zum tail die Engellendisch botschaft selbst gesagt, so alhie liegt. der seint die Hispanier nit vast holt und ist nie kein konig so ein groszer ketzer gewesen als der konig von Engelland. des Luthers³ darf man hie wider in gutem noch in boesem gedenken, auch nit nennen; derhalben, wann die Teutschen von ime reden, heist er die Schwarzkopf. es musz einer gar gewarsam hie geen, der trachenschwanz hat gar uberhand genomen, aber itzt nit gut weiter darvon zu schreiben.» Die Clevische Botschaft sei auch am Hofe und noch nicht abgefertigt. «Dat. 23 februarii a. etc. 39 zu Tollela in Castilien.»

576. Die Dreizehn von Basel an die Dreizehn von Strassburg. Februar 24.

Str. St. Arch. AA 478. Copie.

Strassburgs Aufforderung, dass Zürich, Bern und Basel auf die Einladung des Landgrafen den Frankfurter Tag beschicken sollten, hätten sie erhalten⁴ und derselben gern Folge geleistet, wenn nicht die Kürze der Zeit sie daran gehindert hätte. «deshalben unser freuntlich begeren, ir wellend, das wir niemand schicken, zu dem besten vertedingen und dorbei unser allwegen in gutem ingedenk sein, und wo der frid zu furgang komen, das wir mit ingeschlossen werden, fruntlichen befürderen.» — Dat. Mo. 24. Febr. a. 39.

577. Die Dreizehn von Basel an die Dreizehn von Strassburg. Februar 26.

Str. St. Arch. AA 478. Copie.

Nach Mitteilung eines am Hofe des Kaisers angesehenen Mannes hätten die Rüstungen desselben den Zweck, die Türken in ihrem eigenen Lande anzugreifen; einen Krieg in Deutschland anzufangen, beabsichtige der Kaiser keineswegs. «soferr aber je die Deutschen etwas unfridens und krieglicher entpörung under ihnen anheben und also sich selbs zu schaden und ver-

¹ D. d. 1538 Dec. 17. Vgl. Seckendorf III § 73.

² Reginald de Pole, der bekannte Kardinal, welcher später bei der Restauration des Katholicismus in England Erzbischof von Canterbury wurde.

³ Lies: Luthers.

⁴ Brief Strassburgs an Basel d. d. Febr. 21 im Basl. Arch. (Zeitungen). Anlass zu demselben gab die Schlussstelle in dem Schreiben der Strassburger Gesandten aus Frankfurt vom 15. Februar (oben nr. 569).

derbung richten wolten, das müsse ihr mt. geschehen lassen; sie hoffe aber dennoch, ihr kai. mt. ansehen mit gottes hilf zu behalten.» Ferner berichte der Gewährsmann, dass die Freundschaft zwischen dem Kaiser und dem König von Frankreich stetig zunehme, so dass keiner ohne Wissen des andern etwas handle. Dat. Mi. 26. Febr. a. 39.

578. Die Dreizehn an Jacob Sturm, Ulman Böcklin und Batt von Duntzenheim, Gesandte in Frankfurt. März 1.

Str. St. Arch. AA 478. Ausf. Zettel ebenda.

Wilhelm von Fürstenberg sei über Lichtenau nach Frankfurt abgereist. Brief desselben über die deutschen Verhältnisse an König Franz. Geschenk eines Viertels Wein an Luther. Zettel: Kundschaft über Rüstungen.

Uebersenden das Schreiben Basels vom 26. und Geigers Schreiben vom 3. Februar. «und als wir euch nun zum zwaiten geschriben, wes grave Wilhelm bei uns anzeigt, und das er von Sachsen, Hassen und den ständen erfordert werden solt, also ist er verschienen zinstag [Febr. 25] alhie verritten mit dem verlasz, das er zu Liechtenaw verharren wolt, und deshalben, so etwas uf der post keme, das solten wir ihme daselbsthin schicken. aber am mitwoch gleich harnach [Febr. 26] hat er uns geschriben, das ihne anlang, [dasz] der lauf der knecht vorhanden; deshalben er den weg vollends hinab gein Frankfurt nemen wölle. das wir euch darumben zugeschriben, ob ir vorigem unserm schreiben nach seinethalben noch nit anzeigt thon hetten, das ir das noch thon mögen. und wölle euch darbei nit bergen, das er in seinem hinwegreiten uns berichten lassen, das er dem könig von Frankenreich geschriben fünf articul, inhaltend der erst: das er sich für ein gütlichen underhändler zwüschen der kai. mt. und den ständen dis tails einschlahen solt. zum andern, das das camergericht abgeschafft werden soll. zum dritten, das die freiheit der Deutschen erhalten werde. zum vierten, das er solte verschaffen, das ein anstand des land von Gellerens halben wurde gemacht ein jar lang, und das man der sach demnach uf ihne, den könig, bekeme¹. und zum fünften, das er diser zeit bei unser statt, in deren ihm eer und freundschaft beschehen, pleiben, lieb und laid mit uns leiden wolt, derhalben ihr mt. ihne bis austrag dis handels nit solt erfordern.» — «und zum letsten, so haben die praedicanten anzeigt, das doctor Luther leibs und alters halben schwach, und vielleicht mangel an ainem guten trinkwein habe; derhalben sie ihme ein fierding guts weins schicken wolten, der ihme mit der Sächsischen fur vollends möchte gelievert werden. darauf wir uns entschlossen mitsamt den fünfzehen und ihme ain vierding von zehenthalben omen zurüsten und füllen lassen, einem schiffman zum vleissigsten bevolen, der es bei euch, wiewol er nit waiszt wohin, anbringen würd. sobald das geschicht, so wölle herr Martin Bucer bevelen, das er ihm, d. Lutheren, schreib, das wir ihme solichs aus sonderer freundschaft zu längerem ufendhalten seins alter und leibs aus gutem willen geschickt, und ir samt dem Bucero helfen, das ihme der

nr. 577.
nr. 565.
nr. 573.

¹ D. h. ihn zum Schiedsrichter wähle. (Lexer.)

wein mit der Sächsischen für vollends getrewlich gelievert werde¹.» — Dat. Sa. 1. März a. 39.

Zettel: Die Söhne Conrad Johams, die von Venedig gekommen sind, berichten, dass Venedig heftig gegen die Türken rüste; dagegen sei in München und Augsburg nichts von Kriegsvorbereitungen wahrzunehmen. «zu Ulm nemen sie vielleicht etwas knecht an zu bewahrung ihrer landschaft; sonst gedenk man keins kriegs.» — Dat. ut in lit.

579. Jacob Sturm, Ulman Böcklin und Batt von Duntzenheim an die Dreizehn.

März 3.
Frankfurt.

Str. St. Arch. AA 475 f. 26-29. Ausf. (von Böcklin?)

Pfalz und Brandenburg beginnen die Verhandlungen. Credenz für Lunden und Held. Die Protestierenden übergeben ihr Gutachten über die Mängel des Nürnberger Friedens. Eröffnung des Städtetages. Ankunft Fürstenbergs.

«Seithör unserm nechsten schreiben am datum zinstags den 25. februarii [*] ist ungevorlich gehandelt, wie hienach volgt»: Am 25. Februar nachmittags lassen die Kurfürsten von der Pfalz und Brandenburg die protestierenden Stände in den Römer berufen und durch Wolfgang von Affenstein zunächst vortragen, wie sie mit Bewilligung des Kaisers und Königs versuchen wollten, einen Frieden oder Anstand zwischen den Ständen im Reich zu vermitteln etc. Sie wären zwar auch gern bereit, ihr Möglichstes zur Vergleichung der Religion selber beizutragen, glaubten sich aber nicht dazu geeignet. «und dieweil die irrung, so sich sonst zwuschen uns und unsern widertailen hielte, mehrertails — wie sie achteten — aus der Nurenbergischen fridshandlung, die ungleich verstanden wurde, entstanden, hielten sie dafür, das soliche handlung anfangs für hand genomen, und was für mängel daran oder daraus entstanden weren, angezeigt, und zu hinlegung derselbigen gehandelt wurde.» Die Evangelischen sollten ihnen deshalb schriftlich die Mängel des Nürnberger Friedens sowie Vorschläge zur Abhülfe derselben mitteilen.

Die Stände lassen darauf durch Dr. Brück den Kurfürsten für die Uebernahme der Vermittlung danken und versprechen, ihre Beschwerden, wie gewünscht, schriftlich darzulegen. Auf ihre Bitte erhalten sie Copie der Credenz, welche der Kaiser seinen Gesandten, Johann, Erzbischof von Lunden, und Dr. Mathias Held zur Unterhandlung des Friedens erteilt hat². Am 1. März überreichen sie den kurfürstlichen Vermittlern das gewünschte Gutachten über die Mängel des Friedens³. Sie

¹ Die Weinsendung ist auch in den Ratsprotokollen kurz erwähnt. Röhrich hat die betreffende Notiz in den Mittheilungen zur Elsass. Kirchengeschichte III 148 veröffentlicht.

² Copie ebenda fol. 71, d. d. Toledo 25. November 1538. Bemerkenswert ist, dass die Vollmacht auch für Held ausgestellt war, der in Wirklichkeit nicht in Frankfurt erschien. Lundens nähere Instruction s. bei Lanz Staatspapiere 277.

³ Ebenda f. 77-92 (Copie). Die Hauptforderungen, welche das Schriftstück enthält, sind folgende: 1) Der Friede soll weder durch Concils- noch durch Reichstagsbeschluss aufgehoben werden können, sondern bis zur völligen Vergleichung des Glaubensstreites Geltung behalten. 2) Alle Prozesse in Glaubenssachen, auch soweit es sich um Kirchengüter etc. handelt, sollen verboten sein. Die bisherigen Erkenntnisse und Achtserklärungen in

werden darauf gebeten, sich einige Zeit zu gedulden, da man bei der Wichtigkeit der Sache die Antwort wohl überlegen müsse. Sie vermuten, dass die Unterhändler die Schrift dem kaiserlichen Orator und den königlichen Räten zur Begutachtung vorgelegt haben.

Am 4. März ist auch unter starker Beteiligung der Städtetag in Frankfurt eröffnet und ein Ausschuss ernannt worden, um «diejenigen artikel, so jungst zu Eszlingen genomen hinder sich ze pringen, auszuziehen, das auch beschehen.» Ferner ist den Städten berichtet worden, was dem Landgrafen mit dem Braunschweigischen Secretär begegnet sei. Heute, am 3. März, haben die einzelnen Städte ihre Bedenken über die Esslinger Artikel vorgebracht.

nr. 562.

nr. 555.

p. 545 A. 2.

«Graf Wilhelm ist gestrigen sonntag [März 2] gegen abend alhie ankomen und vil seiner hauptlewt, auch her Hans von Heideck, graf Hans Jacob von Eberstein und andere mit im, und wie wir horen, sollen noch mer zu im komen. gott geb frid, das wir irer hilf nit hoch bedürfen. amen.» — Dat. Mo. 3. März a. 39. — Pr. März 5, repr. März 7.

nr. 578.

580. Jacob Sturm an die Dreizehn.

März 3.

Frankfurt.

Str. St. Arch. AA 475 f. 56. Orig.

Fürchtet, Lunden und die königlichen Commissare werden nicht viel zugestehen. Fortsetzung der Rüstungen. Anzeige Brandenburgs über die Türkengefahr. England wünscht Sendung Melanchthons. Gesandte von Dänemark und Jülich. Letzteres verlangt die Entscheidung des Reichs über seine und des Kaisers Ansprüche auf Geldern.

«Was durch beide churf. underhändler uns furgehalten, und wes wir darauf geantwort, das werden ir ab dem andern schreiben hieneben vernämen. nun zweivel ich nit, die beiden churfursten meinen die sachen trewlich und gut, werden auch an irem moglichen vleisz nichts erwinden lossen. aber ich sorg, der kai. orator, so ein bischof und zweier seiner bistumb, Lunden und Roschilt, durch den konig von Denmark entsetzt ist¹, dorzu die beiden koniglicher mt. gesanten, her Melchior von Lamberg, ritter, und doctor Frankforter, seien unser sachen nit wol bericht, mogen

nr. 579.

Glaubenssachen sind zu annullieren. (Hierbei wird ein Verzeichnis der anhängigen Prozesse übergeben.) 3) In zweifelhaften Fällen hat ein aus beiden Parteien gleichmässig zusammengesetztes Schiedsgericht zu entscheiden, ob es sich um Glaubenssachen handelt oder nicht. 4) Das Kammergericht ist mit unparteilichen Richtern zu besetzen. Bis dies geschieht, soll auch in weltlichen Sachen, wie in dem Willstetter Streit Strassburgs mit Philipp von Hanau, die Entscheidung einer Reichsversammlung vorbehalten sein. 5) Jede reichsunmittelbare Obrigkeit hat das Recht zu reformieren und steht dabei unter dem Schutz des Friedens. 6) Jeder Unterthan, welcher in der Religion mit seiner Obrigkeit nicht einig ist, hat das Recht fortzuziehen; will er jedoch bleiben, so ist er zu dulden, so lange er nicht äusserlich Anstoss erregt. 7) Niemand soll wegen der Religion dem Unterthanen einer andern Obrigkeit die ihm zukommenden Zinsen, Renten, Erbschaften etc. vorenthalten. 8) Dänemark, die Herzöge von Liegnitz und Preussen, die Städte Riga und Reval sollen auch in den Frieden einbegriffen sein. Vgl. Seckendorf III § 69.

¹ Vgl. über den Erzbischof Johann von Lunden und Røskilde Ranke IV 91.

auch nit verston, wes uns in disem friden von nöten, wes wir mit gutem gewissen nachgeben mogen oder nit. derhalben zu besorgen, die sachen werden an demselben ort schwerlich naher gone; doch wollen wir us der ersten antwort allerlei vernämen.

Es haben unser fursten noch teglich kuntschaft, das unser gegenteil sich furt und furt umb reuter bewerben, derhalben si auch mit ir gegenwerbung nit feiern; haben uf disen tag vil leut in haft und wartgelt angenommen. gott gebe, wo der fride hie nit gemacht, das die grossen rustungen nit ursach zu krieg geben. daneben zeigt der markgraf von Brandenburg ane, wie er schreiben von seinem schwaher, dem konig von Polen und sinem schwager konig Hansen in Ungarn hab, das der Turk in grosser rustung; hab siner sone einen zu dem Tattern¹ geschickt, der hab im zweimol hunderttausent man zu schicken zugesagt. wo er nun den weg durch ier land zu nämen gedenk, wissen sie ime on hilf der Teutschen nit widerstand zu thun. so er dan den weg der ort uf Teuschland näme, moge er in 10 oder 11 tagen us der Walachei die mark oder das land zu Pommern erreichen; hab kein vestung oder pasz, der in doran verhindere; derhalben auch der markgrave den friden desto lieber furdert, domit hilf wider den Turken beschehen möcht.

Der konig von Engelland hat ouch ein potschaft oder gesanten hie; begert noch, das man ein ansehnlich botschaft in Engelland schicken wolt und Philippum Melanchton inen zugeben, das er mitritte. er hat ein offen mandat in Engelland verkunden lossen, dorin er den pfaffen und munchen die ehe verbeutet. so lost er noch die privatmessen mit allen iren anhängen pleiben; doch so lost er das evan[gelium] frei predigen und lateinische der unsern bucher in sinem konigreich verkaufen.

Der konig von Denmark hat sin marschalk Melchior Rantzow hie, derglichen der herzog von Gulch grave Wirich von Oberstein, sin canzler, marschalk und ein doctor ouch in botschaftweis hie.» Der Herzog von Jülich habe die Stände bitten lassen, sich bei dem kaiserlichen Orator für ihn zu verwenden, damit er in ruhigem Besitz des Landes Geldern gelassen werde. Ueber die Rechtmässigkeit seiner eignen und des Kaisers Ansprüche auf Geldern sollten die Kurfürsten und Fürsten des Reichs als Schiedsrichter entscheiden; für den Fall, dass der Kaiser darauf nicht eingehen wolle, bitte er die Stände, ihn «bei dem landfriden zu schutzen und schirmen. uf solich ansuchen ist ime noch nit antwort worden, sonder stot noch in bedocht. acht, das inen die bitt nit abgeschlagen werde; aber uf das letst zu antworten, wurt niemants oder wenig bevelch haben. wo er sich aber zum evangelio thun wolt, mocht im gut antwort widerfaren.

Wir versehen uns einer langsamen handlung hie. der markgrave von Brandenburg ist uf heut hinab gon Menz gefaren zu seinem weib, die bei dem cardinal, sinem vettern, ist.» — «Dat. Frankfurt mentag zu nacht den dritten martii a. 39.» — Pr. März 5.

¹ Tataren. Mongolen.

581. Jacob Sturm an die Dreizehn.

März 4.
Frankfurt.*Str. St. Arch. AA 475 f. 50. Orig.*

Anfängliche Bedenken der Stände wegen der Berufung Fürstenbergs nach Frankfurt. Inzwischen Ankunft desselben. Bittet um Nachricht, ob Fürstenbergs Angabe, dass er auf eigene Kosten bei Ortenberg gegen 1000 Knechte unterhalte, wahr sei.

Die Anträge Wilhelms von Fürstenberg habe er stets so, wie sie die Dreizehn mitgeteilt, dem Kurfürsten, dem Landgrafen und dem Ausschuss berichtet. «es haben aber ir chur. und f. g. allerlei fürsorg getragen, wo si grave Wilhelm hiehar beschriben und mit ime handlen solten, das er sich der besoldung und underhaltung fur sich und sine hauptleut schwer machen, zudem das ganz oberst regiment über die fuszknacht werd haben wollen, und derhalben zu bedocht gezogen, ob man in beschriben oder durch schriften seins erbietens bedanken wölle. und ist doch zulest fur gut angesehen worden durch den ausschutz, das man in seins erbietens danken und dobei schreiben solle, das die fursten wol liden megen, das er noch siner gelegenheit herabkome, und das man in also gutwillig erhielt, ime, so er herabkäme, ein vererung von 400 gulden thun solte. wo sich dan der fride nit schicken wolt, hett man in bei der hand und möcht alsdan weiter mit ime handlen. in dem kompt ewer diener, der lang Wolff und zeigt ane, wie er, der grave, kome und ime uf 40 pf[er]de] zu furieren bevelch geben hab. also ist das schreiben underpliben. nun sahe etlich und den merteil auch nit fur gut ane, das er seine hauptleut mitbrecht, uncost bei den stenden und verdacht bei den underhandlern, als ob man den frid mit trotzen oder tringen wolt, zu vermiden. wie nun der grave vorgestern [März 2] komen und etwie vil hauptleut mit ime brocht, hat er mir angezeigt, wie er vil knecht zu Ortenberg und dorumb erhalt; gebe einem ein tag zwen batzen. derglichen hab er sinem amtman bevolen, bis in 5 oder 600 [f]uder] korns den armen leuten zu geben, domit si nit unwillig werden, das die knecht ob inen ligen; versehe sich, hab nunmeer uf 1000 knecht der ort ligen. und als ich sagt, es wer von unnöten, das er noch zur zeit ein solichen unkosten anwendet, sagt er, er begert nichts dofür, thüge es allein darumb, ob der frid zerschlug, das man rechtgeschaffen leut hett. kan mich also nit verrichten, worumb der grave on bevelch und unerfordert der fursten halb solich kosten ufwendet und sine hauptleut also hiehar erfordert. dweil ich nun aber gedenk, die stende werden in nit gern gar im schaden lossen ligen, daneben aber auch nit gern vergebentlich gelt usgeben, dan allgerid ein grosz gelt sonst uf reuter und knecht usgeben, so wer min gutbedunken, ir wolten euch erkundigen, ob ein solicher hauf knecht umb Ortenberg lige und wie der underhalten würd, uns solichs zuschreiben, domit wir die stend des berichten möchten. geschicht es von dem graven us gutem geneigtem willen, den er zu dem evan[gelio] und disem teil tregt, so ist es wol bedankens wert; geschicht es aber uf ander finanzen oder practiken, wie in vil verdenken wollen, wurd er ime wenig ansehen und willen bei disem teil machen.» — «Dat. Frankfurt zinstag frug den vierten martii a. etc. 39.» — Pr. März 5.

nr. 572, 73.

582. Die Geheimen von Ulm an die Dreizehn.

März 5.

Str. St. Arch. AA 480. Ausf.

nr. 571.

Die von den evangelischen Ständen, wie man wisse, abgeordneten Commissare, Kunz Gotzman zu Königsberg und Alexander von der Than, seien heute in Ulm eingetroffen und mit Bernhard Besserer dahin übereingekommen, dass alle Haupt- und Kriegsleute, die seither von den Einigungsverwandten bestellt wären, bis auf weiteren Befehl unterhalten und nicht entlassen werden sollten. Herzog Ulrich, der schon einige Knechte beurlaubt hätte, sei durch die Commissare bestimmt worden, dieselben wieder anzunehmen. Strassburg möge sich dieser Anordnung auch gemäss halten¹. Dat. Mi. 5. März a. 39. — Empf. März 7, pr. März 8.

583. Die Dreizehn von Basel an die Dreizehn von Strassburg.

März 5.

Str. St. Arch. AA 478. Copie.

Herzog Christoph sei in Baiern gewesen; es werde gerüset, um seinen Vater Ulrich zu vertreiben. Die Fünf Orte nicht im Contrabund.

Ihre Ratsboten, die auf dem letzten Tage zu Baden² gewesen, hätten von einem vertrauten Manne erfahren, «wie vor etwas zeits herzog Christoffel zu Württemberg der jung, als er aus Frankreich komet, im Rheinthal fürgeritten, zu seinen vettern, den herzogen in Baiern, sich gethon, da er sich noch fenthaltten soll, haben die wolgenanten fursten zu Baieren den jungen von Sickingen, herren Völkern von Knöringen, Hauptman Schnabel von Bregenz und andere ihre bestellte hauptlewt zu ihnen gein München beschriben. was da gehandelt, ist den unsern nit angezaigt; es seien aber diser tagen Franz Conrad von Sickingen selbs eigener person im Hegöw und am Bodensee gesein, und was er für reuter bewerben mögen, die hat er bestellt und angenommen. gleicher gestalt hat auch herr Völker von Knöringen alles, was sich der enden zu fusz bestellen lassen, angenommen, bestellt; und göht ein haimliche red, das dise in namen der herzogen zu Baiern angenommen, und seie vorhanden, das die samt anderm, so man darzu brauchen werde, den anzug uf Costänz, aber allen gewalt, herzog Christoffeln, den jungen fursten zu Württemberg, samt seiner fraw muter³ in das herzogtumb einzusetzen und herzog Ulrichen dessen ze endsetzen, anzelegen vorhabens seien.»

«Sonst ist dises tags besonders nit fürgefallen. es thut jederman, als wisse man von keiner rüstung im reich nit, wiewol wir dannoch vermerken, das die Fünf Ort der dingen nit gar unbericht, aber, sovil wir erfahren mögen, sich dannoch nit bald in den contrabund begeben werden. es ist

¹ Die Dreizehn erklärten sich hierzu durch Schreiben vom 8. März bereit. Ulm. Arch. Ref. T. XXIIIb.

² Am 25. Februar. Eidg. Absch. IV 1 C nr. 647.

³ Die Herzogin Sabina war bei der Rückkehr Ulrichs im Jahre 1534 nach Bregenz entflohen.

wol span gesein zwüschen unsern eidgenossen von Bern und den Fünf Orten, aber als wir hoffen, ist alle ding uf gute ban gericht.» Die evangelischen Eidgenossen würden gute Kundschaft machen und bäten um weitere Nachrichten vom Tage zu Frankfurt. Dat. Mi. 5. März a. 39.

584. Die Dreizehn an Jacob Sturm, Ulman Böcklin und Batt von Duntzenheim, Gesandte in Frankfurt. März 8.

Str. St. Arch. AA 478. Ausf.

Für Suspendierung des Hanauer Prozesses zu sorgen, desgleichen für Einschliessung der Eidgenossen in den Frieden. Fürstenbergs Angaben über sein Kriegsvolk bei Ortenberg sind wahr. Vermittlung zwischen Christoph und Ulrich von Württemberg. Ausschreiben des Syndicats. Verwendung für Mathis Zells und Capitos Ansprüche. Zettel: Vermittlung zwischen Hessen und Fürstenberg.

Antworten auf den Brief vom 3. März, dass sie in die Bemühungen der Gesandten, einen beständigen Frieden zu erlangen, volles Vertrauen setzen. «sonderlich aber spüren wir eweren vleisz darin, das unser sachen, den zug Wülstetten berüren, dermassen mit eingezogen werden, und begeren gönstiglich, wa es imer sein mag, dieselbig sachen dahin zu richten, das die, bis gemaine ständ des hailigen reichs deren verhör haben undentschaid geben mögen, ufgeschoben werde.» Da Dänemark und die Herzöge von Preussen und Liegnitz nach der Forderung der Stände in den Frieden eingeschlossen werden sollten, so müssten auch Zürich, Bern, Basel und andere eidgenössische Städte, die dem Evangelium geneigt wären, berücksichtigt werden. Würde der Friede dermassen erlangt, so wäre Strassburg gern bereit, Hülfe gegen den Türken zu leisten. nr. 579. p. 560 A. 3.

Hinsichtlich des Fürstenbergischen Kriegsvolks habe man erfahren, «das ein rott knecht zu Ortenberg ligt; etlich ligen zu Appenweiher und werden durch den amtman erhalten, und wie er, grave Wilhelm, mit dem amtman verlassen, so versicht sich der amtman, das in acht tagen noch etlich hundert knecht komen werden, da grave Wilhelm bevolen, dieselben gein Achern, Appenweiher und Griesz zu legen und mit den bauren zu verschaffen, das ihnen underhaltung mitgetailt werde; das wir also gedenken, das nit nichts an seinem anzaigen sein werde.» Ueberhaupt habe er sich, wie schon mehrmals geschrieben, derart in Strassburg geäussert, dass man an seiner Aufrichtigkeit und seinem guten Willen, dem Evangelium selbstlos zu dienen, nicht zweifle. Um ihn nicht zu erzürnen, solle man ihn kein Misstrauen merken lassen. nr. 581.

Uebersenden das Schreiben Basels vom 5. März. Obwohl die darin enthaltenen Nachrichten nicht sehr glaubwürdig seien, zumal da Baiern den um Strassburg bestellten Hauptleuten wieder abgeschrieben habe, so wäre es doch gut, wenn Sachsen und Hessen zwischen Herzog Ulrich und Herzog Christoph zu vermitteln suchten; «oder das herzog Christof von jeman, wer der were, underhalten würde, damit es fürkommen, und er bei dem gegentail ihm nit solchen anhang machte und das land in künftigem nit von angenomener religion getrungen würde.» Sobald die Sachen sich friedlich anschickten, sollte man auch Fürstenberg bewegen, seine nr. 583.

Knechte zu entlassen, damit die Gegenpartei nicht zu neuen Rüstungen veranlasst würde.

- nr. 570. «So hat uns der erzbischove zu Meinz gestern bei ainem aigenen boten zu erkennen geben, das er das syndicat uf unser beger in baiden sachen, den uberzug Wülstetten und die eingriff unser freihait zu Westhoven und Balbrun berürend, uf den ersten tag maii künftig ausgeschriben habe. wurde dann der friden sein furgang gewinnen, so wöllen, sovil thonlich, im selben in sonderheit anzaigen und dahin handeln, das maister Mathissen
- nr. 536. Zellen das sein, so ihm durch die von Freiburg allain, wie ir wiszt, darumb genomen, das er das evangelium predigt, wider gevolgt, auch d.
- nr. 250. Capitons sach gegen dem Abel, die probstei zu sanct Thoman berüren, abgestellt werde, wie ir das alles mit fugen zu thon wol wissen und wir euch sonderlichen wol getrewen.» — Dat. Sa. 8. März a. 39. — Rec. März 9.

- nr. 572. Zettel: Bitten, bei Sachsen und andern Ständen zu handeln, dass der Streit zwischen Fürstenberg und dem Landgrafen, betreffend die Forderung der 10 000 fl., verglichen werde.

585. Jacob Sturm, Ulman Böcklin und Batt von Duntzenheim, Gesandte in Frankfurt, an die Dreizehn.

März 12.
Frankfurt.

Str. St. Arch. AA 475 f. 32. Ausf. (von Böcklin?). Beilage ebenda fol. 117 ff. Copie.

Erklärung der Commissare auf die ersten Forderungen der Protestanten. Ein voller Friede nicht zu erreichen. Entwurf der Unterhändler für einen Anstand. Ein mehrjähriger Stillstand würde von den Evangelischen angenommen werden. Fürstenbergs Kriegsvolk. Krankheit des Landgrafen. Erbfolge im Herzogtum Sachsen. Abschied des Städtetages. Bitte um Weinsendung. Verehrung an Dr. Schurpf. Beilage: Entwurf der Unterhändler für einen Anstand. (Religionsgespräch, Türkenhülfe.)

- nr. 579. «Uf unser der verainigten stend schriftlich übergeben, so wir euch vergangner tagen zugeschickt, haben uns die beide churfürsten als underhändler heutigs tags antwort geben, namlich das sie solich unser schrift dem kei. oratori und kon. mt. comissarien¹ übergeben. die hetten inen mit antwort begegnet, deren copeien wir euch hie mit A bezeichet überschicken².

¹ Die Namen s. oben nr. 580.

² Ebenda f. 97-104 (Copie). Der Orator und die Commissare weisen darin die Vorschläge der Protestierenden entschieden von sich ab; sie erklären, sich keinesfalls auf Erörterung dieser Mittel einlassen zu können, durch deren Annahme die Ordnung und die Constitutionen der christlichen Kirche, sowie die Reichsabschiede und die ordnungsmässige Gerichtsbarkeit vernichtet und zerstört werden würden. Sie dürften diese Vorschläge überhaupt gar nicht zur Kenntnis ihres Gebiets gelangen lassen. Der Kaiser, sagen die Commissare weiter, sehe ein, dass ein beständiger Friede nur durch Vergleichung des Glaubensstreites selber erlangt werden könnte, und wolle deshalb in drei oder vier Monaten ein Religionsgespräch zwischen beiden Parteien ansetzen. Hier in Frankfurt solle zunächst nur ein Anstand auf ein Jahr geschlossen werden, durch welchen der Nürnberger Friede mit den besten fugen, leidenlichsten mitteln und wegen gesichert und befestigt werden sollte. Käme man dann auf dem Religionsgespräch zu keiner Einigung, solt es doch nach verscheinung des jars beim Nuermbergischen friden bleiben. Was die Prozesse betreffe, so sollten diejenigen, über

welche antwort ir churf. g. uns als der sachen undienstlich nit furhalten wollen, sonder sich in ferner underhandlung mit bemeltem oratore und den comissarien eingelassen, inen auch etlich artikel fur sich selbs furgeschlagen, daruf sie inen wider mit antwort begegnet, wie sie die uns auch in schriften zugestellt; dieselben haben aber jetzo kurze der zeit halben nit abgeschriben werden mögen. wollen euch aber die mit nechster post hinachschicken¹. dweil nun ir churf. g. aus der ersten und andern des orators und der comissarien antwort so vil vermerkt, das jetziger zeit kein ganzer und bestendiger frid uferichtet werden möcht, hetten ir churf. g. auf ein anstand ze handeln gedacht, deshalb sie etlich mittel gestellt, deren copeien wir euch auch hiebei mit D gezeichnet zuschicken², die sie dem kei. orator und comissarien noch nit ubergeben, sonder die uns zuvor zustellen wollen, mit freundlicher pitt und gnedigem ansinnen, uns darauf schidlich vernemen zu lassen» oder andere, bessere Mittel vorzuschlagen. Die Stände hätten darauf die Schrift ihrem Ausschuss zur Begutachtung ubergeben. «und wiewol man aus des orators und der comissarien gegebenen antwort so vil vermerkt, das ain bestendiger frid diser zeit nit zu erlangen, so achten wir doch, wo ein anstand, der dem wort gottes seinen lauf nit verhindert und die geistlichen procesz in rue stellet, uf 6, 7 oder 8 jar erlangt mochte werden, das derselb von disem unserm teil angenommen und die Turkenhilf daruf gelaistet werden mocht. so werden ir, unser herren, auch wol abnemen, das die Willstettisch sach und das furgenomen syndicat nit aufgeschoben oder fur die stend des reichs gewisen will werden, sonder das syndicat, darin doch wenig gewinns zu verhoffen, sein furgang erreichen mus.»

nr. 584.

Schicken einen Brief, welchen Fürstenberg dem Jacob Sturm zur Beförderung an die Dreizehn ubergeben hat (*). Bitten um Auskunft, ob Fürstenbergs Angabe, dass er gegen 2000 Knechte bei Ortenberg liegen habe, auf Wahrheit beruhe. «unser gnediger herr, der landgrave, ist im antlit[z] ausgeschlagen, als ob es die burpeln³ wider weren; hat sich derhalben etlich tag her in der herberg halten mussen und nicht ausgangen; doch hoffen wir, es soll bald besser werden. so ist herzog Georgen sun, herzog Friderich zu Sachsen, so erst kurzlich die von Mansfeld zu der ee genomen⁴, mit tod unversehenlich abgangen⁵, also das er kein sun mer hat, und wann er abstirbt, sein land an herzog Heinrichen, seinen bruder oder desselben eltisten sun, herzog Moritzen, welche in unser verstendnus seind, gefallen wurd, es were dann sach, das die

welche jetzt von den Ständen Beschwerde geführt würde, — nicht aber die künftigen — suspendiert werden unter der Bedingung, dass die Protestierenden 1) fürderhin keine Neuerung in der Religion vornähmen, 2) den Geistlichen ihre Güter und Einkommen nicht entzögen, 3) sich der Stände, welche nach dem Nürnberger Frieden auf ihre Seite getreten wären, nicht annähmen.

¹ Ebenda f. 105-16 (Copien). Gegenüber den etwas gemilderten Vorschlägen der Unterhändler beharren der Orator und die Commissare im ganzen auf ihren früheren Bedingungen. (S. vorige Anm.)

² S. Beilage.

³ Vom lat. purpura, = Röteln?

⁴ Agnes, Tochter des Grafen Ernst von Mansfeld. Seckendorf III 71.

⁵ Am 26. Februar. S. Seckendorf a. a. O.

wittwen mit einem kind gieng, des man sich doch nicht versicht, oder der alt wider ein fraw neme und kinder von derselben überkäme.

nr. 579.

Der stetttag hat auf heut auch sein endschaft erreicht, und unsers hoffens haben wir den gesandten der stett sovil berichts gethan, das ir der stett kaine in den contrabund komen oder sich leichtlich in hilf gegen einer andern statt bewegen lassen werden, wie ir aus dem abschid, so wir euch hernach zuschicken wöllen, vernemen werden (*)¹.

Wir versehen uns in vierzehen tagen noch nit von hinnen ze komen; derhalben, wo ir vernemen, das ein schiff so bald herabgon wurde, wer unser dienstlich pitt, uns ein vier oder funf amigs faszlin² mit rotem wein herabzuschicken. wo aber nit ein schiff bald vorhanden, so wollen es beruegen lassen.» — «Dat. Frankenfort mitwochen zu nacht den 12. martii a. 39.» — Empf. und gelesen März 14; pr. coram XXI März 17.

Zettel: Bitten um Instruction wegen einer «Verehrung» an Dr. Schurpf, den Sächsischen Rechtsgelehrten, welcher der Stadt ein Gutachten über die Syndicatsangelegenheit zugestellt hat (*).

BEILAGE.

«Wege, mittel und furschläge [der Unterhändler], waruf dise vorhabende handelung zu guetlichem austrag furzunehmen.»

Da aus den bisherigen Verhandlungen zu entnehmen sei, dass zur Zeit ein endgültiger, vollkommener Friede zwischen beiden Glaubensparteien nicht erreichbar sei, so solle man sich damit begnügen, den Nürnberger Frieden aufrecht zu erhalten und zur Vermeidung von Irrungen und Missverständnissen Folgendes einzuräumen:

«Das der Augsspurgischen confession und derselben religion verwandten ain frid und anstand uf drei, vier oder funf jar — wie das zu erhalten — gegeben, brieflich verabschidet und in vertrag vermacht werde, die auch der religion halber nicht uberzogen, vergwältigt, bekriegt oder ainiche andere beswerliche practiken gegen denen in mitler weil furgenomen; auch das alle wider sie furgenomne procesz im kai. camer- und andern gerichtten wurdlich der zeit suspendirt und in dergleichen sachen wider sie nit procedirt und, wo das geschee, die procesz durch kai. mt. per mandatum irritans aufgehoben wurden; doch das furthin uber die Augspurgische confession in der religion kain newerung furgenomen.»

Damit man aber in Zukunft «zu endlicher vergleichung der hauptsachen und also zu ainen beständigen ewigen friden, rue der gewissen, lieb und rechtgeschaffens vertrauen im reich komen möchte,» sollte man sich hier über Zeit und Ort einer Zusammenkunft von gottesfürchtigen und unparteiischen Männern vereinigen, welche den Religionsstreit beizulegen suchen

¹ Nach dem Ratsprotokoll wurde von den Gesandten am 14. Mai über den Städtetag berichtet. Ihrer dortigen Angabe zufolge enthielt der erste Artikel des Abschieds die oben erwähnte Zusage. Bei der Verhandlung über diesen Punkt soll sich besonders Hagenau über alle Erwartung entgegenkommend gezeigt haben. Sonst kamen auf dem Tage nur untergeordnete Streitigkeiten zwischen einzelnen Städten zur Besprechung.

² = ein Fass, welches 4 oder 5 Ohm hält.

sollten. Jede Partei sollte dazu sechs Personen, drei Theologen und drei Laien ausersehen, denen der Kaiser noch «zwo hohe unverdächtige personen im reich» zuordnen sollte. Die Beschlüsse dieser Conferenz müssten dann alsbald einem Reichstag unterbreitet und von diesem und dem Kaiser ratificiert werden. «wo dan nun auch pontificis autoritas von nöten, wie dan die stend, der Romischen kirchen verwandt, sich swerlich on dieselbig einlassen wurden, möchte durch kai. mt. in ansehung der zusteenden not auch ausbracht und erlangt werden.» In Anbetracht der drohenden Türkengefahr sollten die Stände gleich hier die Leistung der eilenden Hülfe, wie sie zu Regensburg festgesetzt, zusagen; wegen einer beharrlichen Hülfe sollte dann auf dem Reichstage beschlossen werden.

nr. 160.

Es sollten während des Anstands «den gaistlichen und derselben stiften aus ir jedes land in das andere ire zins nutzung rent und einkomen unverhindert des andern volgen, darein nicht weiter gegriffen oder sie desselben entsetzt werden, doch ainer jeden oberkait, darin die zins gefallen und die gueter gelegen seind, an iren herbrachten diensten fronen raisen atzungen steuren schatzungen nutzungen und gebreuchen, auch verträgen obrigkaiten und gerechtigkeiten unabbruchlich; es were dan, das jemens gaistlichen, seiner oberkait nicht underworfen, usgepoten¹; derselben sollen ire zins und anders, obgleich die bei der ausgebotenen kirchen mit weren, daran ungehindert volgen. was aber ain jeder in seiner oberkait von gaistlichen guetern anher eingenomen, die sollen zu gottes eer, kirchendiensten, predigstuelen, studentenschulen und da die jugent zu erbarkait zucht leer und gottesforcht erzogen, hospital, darinnen die armen und dörfügen erhalten, und dergleichen guetigen werken, aber sonsten in kainen eigen oder privatnutz in mitler weil gekert gewändt gezogen oder gepraucht werden, es wurde dan in der hauptsach anderst verglichen. doch das hinfuro und indes kainer ainen oder mehr gaistlichen in oder ausser seins lands oder obrigkeit des seinen thätlichen entsetzen soll. wo aber in zeit des obgemelten fridstands die sachen unverglichen, sich auch diser jetziger abgredter anstand enden wurde, so soll es doch bei dem Nuermbergischen fridstand ferner und weiter verbleiben, wie derselb uf nehstkommenden reichstag erstreckt und erclärt werden muest.

Das kai. camergericht mueste vermög des reichs abschied und ordnungen, dieweil sich, alhie daran änderung ze machen, nit gepuert, bleiben und gehalten werden. wo jemens in prophansachen daran beswert oder ime unrecht geschehen sein vermaint, möchte darwider syndiciern oder seine beswerden uf ainen reichstag furtragen; doch das das syndicat niemands abgeschlagen, oder jemens gevärlichen damit ufgezogen werde. also muest auch in gericht und rechten kain underschid deren, die der Römischen kirchen anhängig und deren, die der Augspurgischen confession verwandt, gehalten werden, und darumb kainer wider den andern in ungeschaidnen handlungen exceptionem excommunicationis objiciern, die auch in gerichtshändln nicht bedracht und angesehen werden mueste.

Die artikel belangend die gaistlichen gericht in eesachen oder die succession der gewesenen gaistlichen oder irer kinder solten bis uf künftige vergleichung ansteen.

¹ Jemandem ausbieten = ihn ausweisen, ihm den Aufenthalt verbieten.

Ob jemens aus ains tails religionsverwandten in irer oberkait der religion halben nit leidenlich, dem soll, seine gueter zu verkaufen, aber wo ursachen, warumb sie nit zu verkaufen — als wan es lehengueter, die der lehenträger zu verkaufen nicht macht hat —, vorhanden, den nutz darvon ze haben, vergönt werden.

Auch soll ain jedes tail sein bewerbung abstellen und, wo jemens argwönig gemacht, soll darumben beschickt, beschriben oder notturftig gehört werden, und sich daruber jeder an soliche warhafte grundliche erkundigung solicher bewerbung enthalten, auch sich in allen andern sachen an dem landfriden gleich und recht settigen lassen.

Aus disem anstand muesten ausgeschlossen werden alle secten und roffen, als sacramentierer, widertaufer und dergleichen, so der Augspurgischen confession uf der protestierenden tail nit gemesz leereten oder hielten. Dieselben sollen von kainem tail geduldet werden. es solte auch Dänemark, Preussen, Riga und Revel nambhaftig hierinnen nit benänt, sonder ausgeschlossen werden.»

586. Die Dreizehn an Jacob Sturm, Ulman Böcklin und Batt von Duntzenheim in Frankfurt.

März 15.

Str. St. Arch. AA 478. Ausf.

Unzufriedenheit mit den Vorschlägen für einen Anstand. Antwort auf ein Gesuch Fürstenbergs. Verehrung an Dr. Schurpf.

nr. 585.

Antworten auf das Schreiben vom 12. März über die Friedensvorschläge in Frankfurt: «wa nit bessers uf die weg bracht werden solt, achten wir wol, das nichts fruchtbarlichs ausgerichtet würde. dann einmal etwas anzunehmen, dardurch der lauf des hailigen evangelii gehindert würde, sich deren, so seithär dem Nürnbergischen friden zuo uns komen, zuo entschlahen oder jeman davon auszuoschliessen, der furo darzuo komen wolt, und sonderlich der koniglichen würde zuo Denmark, achten wir gar nit annemblich oder thonlich sein; gedenken auch nit, das churfürsten, fürsten und ständ unsers tails das eingehn werden, darzuo ir auch ewers tails getrewlich raten sollen.

Und als uns grave Wilhelm geschriben (*) und begert, unser ratsbotschaft mit sechs pferden oder soldnern uf künftigen palmabent zuo Metz zuo haben, ist der willens, etlichs gelts alher holen zuo lassen, darauf wir ihme jetzo wider schreiben (*), aus was ursachen wir gedenken, es nit zuo thon were; und so er je damit wolt fürfaren, wie wir gedächten, ihme zuo thun were; darumben so er euch deshalben weiter brief geben würde, so wöllen die post fürderlichen härauf gehn lassen.» Ueber die Knechte um Ortenberg fehle noch weitere Kundschaft. Man werde den verlangten Wein schicken. Mit der Verehrung an Dr. Schurpf wolle man warten, bis derselbe vom Kurfürsten in der Syndicatsangelegenheit als Beistand geschickt werde; dann könne man ihm die zudedachten 50 fl. oder noch mehr verehren. Dat. Sa. 15. März a. 39. — Rec. März 16 «gegen abend».

587. Die Dreizehn an Jacob Sturm, Ulman Böcklin und Batt von Duntzenheim in Frankfurt.

März 17.

Str. St. Arch. AA 478. Ausf.

Wegen der Fürstenbergschen Knechte habe man jetzt Kundschaft erhalten, dass um Gries und Achern mehr als zwei Fähnlein seien, und dass immer noch Knechte zulaufen. Ein anderer Kundschafter, der bis nach Hausen gegangen, berichte, dass etliche Knechte zu Ortenberg lägen, etliche noch «durch das thal herab» zögen, die Mehrzahl aber über die Oppenauer Steige komme. Demnach seien Fürstenbergs Angaben wahr. Dat. Mo. 17. März a. 39. — «Accepimus Francofordie 19. martii gegen abend.»

nr. 585.

588. Jacob Sturm, Ulman Böcklin und Batt von Duntzenheim an die Dreizehn.

März 18,
Frankfurt.

Str. St. Arch. AA 475 f. 36-41. Ausf. von M. Han.

Verhandlung eines Ausschusses der Evangelischen mit Brandenburg und Pfalz wegen des Entwurfs zum Anstande. Von dem Ausschuss beantragte Aenderungen desselben. (Einschliessung künftiger Anhänger des Evangeliums, Stillstand der Prozesse, religiöse Neuerungen, Religionsgespräch, Türkenhilfe, geistliche Güter.) Strassburg klagt über Ungerechtigkeit des Kammergerichts und appelliert an einen Reichstag. Dänemark, Preussen in den Anstand einzuschliessen. Sacramentierer. Rüstung des Erzbischofs von Bremen. Die evangelischen Commissare im Oberland lassen Knechte annehmen. Klage Baierns darüber. Fürstenbergs Bestallung etc., sein Einvernehmen mit dem Landgrafen. Syndicat.

Schicken Copie der Antwort der Stände¹ auf die letztthin übersandten Friedensvorschläge der Unterhändler. Zu schnellerer Verständigung hätten die Stände für gut angesehen, einen Ausschuss zu wählen, der mit den Unterhändlern mündlich verhandeln sollte. In denselben seien verordnet der Sächsische und Hessische Kanzler², der Lüneburgische Licentiat Balthasar Clamer, Dr. Hel von Augsburg, Dr. Levin von Magdeburg und Jacob Sturm. «und als wir zum ersten uf ain werenden Friden getrungen, haben sie uns sovil zu verstan geben, das es vergebenlich sein werde, bei dem orator weiter anzehalten, und das solicher Frid bei ime nit zu erheben sei; derhalben uf sich genomen, uf ain geraumten anstand etlicher jar, so lang sie den erheben mögen, bei ime ze handeln. zum andern, als wir begert, zu dem wort «verwandten» diese wort zu setzen «jetzige und kunftige ires glaubens verwandten», haben sie angezeigt, das sie von dem orator so vil vermerkt, das kai. mt. diese wort also ustruckenlich zu setzen nit zugeben werde; aber es sei ir der underhändler verstand, das durch dises wort «verwandten» verstanden sollen werden jetzige, vergangne und kunftige verwandten. sie wölln es auch dem orator also anzaigen und uns des, so es kunftiglich zur disputation solte komen, also anred [sic!] und geständig sein, das dise worte den verstand haben; allain

nr. 585.

¹ Ebenda fol. 123-34. Der Inhalt geht aus den weiter unten berichteten mündlichen Verhandlungen des Ausschusses mit den Kurfürsten genügend hervor; vgl. dazu oben nr. 585 Beil. sowie die folgenden Anmerkungen. Ferner Seckendorf III § 69.

² Dr. Brück und Joh. Feige.

das sie kai^r mt. zu gefallen austruckenlich zu setzen underlassen werden. zum dritten haben sie bewilligt die wort, «das alle furgenomme procesz in uebergebenen sachen suspendiert sollen werden», item, das der von Minden acht ufgehoben werde; aber die wort «das alle religion oder daraus fließende und daran hangende sachen [nicht vor das Kammergericht gebracht werden sollten]» haben sie fur beswerlich bei dem orator zu erheben geachtet, sonder das es gnugsam versehen in dem, das die uebergebenen sachen gemeldet; dieweil dieselben nit pur religionsachen seien, sonder daraus fließende und derselben anhangende.

Zum vierten den artikel, das furthin kain newerung uber die Augspurgische confession solte furgenomen werden, haben sie nit wöllen gar herausen lassen, sonder ine also zu setzen bewilligt: «das hinfurter der Augspurgischen confession und apologia zewider der leer halben kain newerung furgenomen werde.»

Zum funften haben sie die änderungen der artikel, so die kunftig vergleichung betreffen, uns alle bewilligt¹, und sich beswert, das der artikel, des bapsts autoritet belangend, solt herausgelassen werden, als ob sie solichs swerlich bei dem orator erlangen möchten. dweil wir aber darauf beharret, haben sie dasselbig also diser zeit zu underlassen bewilligt.

Zum sechsten die Turkenhilf belangend, haben sie den artikel lassen ansteen, bis man sehe, ob der anstand erlangt mög werden; alsdann wöllen sie sich versehen, das wir uns derselben neben andern stenden nit sperren werden uf masz, wie man sich deren hie vergleichen möge.

Zum sibenden ist der artikel, das den gaistlichen mitler weil ire nutzungen zins und einkomen von ainem land in das ander gevolgt solten werden, geändert worden, wie ir in der hieneben verzaichung ad marginem in der zugeschickten schrift vernemen werden². so ist der artikel der gaistlichen halben, denen ausgepoten und die nit bei iren kirchen seind, welicher uf Augspurg und Costanz gedeutet, geändert worden, wie ir aus dem eingesteckten zedl mit f verzaichnet, vernemen werden³.

Zum achten so ist der uberig artikel, wie es mit den eingenommen gaistlichen guetern solt gehalten werden, auch das furthin kain gaistlicher

¹ Die von den Protestierenden beantragten Aenderungen waren hauptsächlich folgende: Personen, Zeit und Malstatt des Religionsgesprächs sollten schon jetzt festgesetzt und namhaft gemacht werden. Der folgende Reichstag sollte nur die auf dem Gespräch einmütig gefassten Beschlüsse zu ratifizieren haben.

² Die abgeänderte Stelle lautet folgendermassen: «Solte mitlerweil des oberzelten fridstands stiften clostern comendatorien pfarren lehen orten und enden die zins nutzungen rent und einkomen, dahin sie gestiftet geordnet und gegeben, zu beden teilen in eine oberkeit von der andern, ungehindert des andern teils und wes glaubens ein jeder sei, volgen und gereicht werden und durch den, aus welchs oberkeit es volgt, nicht gegriffen noch der ander desselben entsetzt werden; doch einer jeden oberkeit etc. (wie in nr. 585 Beil.).»

³ Ebenda: «Wo auch in einer statt ein hohe thumbstift gelegen were, so solten doch denselbigen personen des hohen stifts, so si gleich bei der hauptkirchen nit weren, ire zins, rente und gulte zu solchem hohen thumbstift gehörig, mitlerzeit des anstands volgen, doch also, do si hishar pfarren, predigempter und schulen in solchen stetten zu bestellen gehabt hetten, das sie zu bestellung derselbigen die zeit lang sovil zins und rente dahin volgen lassen, damit die stett soliche pfarren, predigeempter und schulen der statt religion gemesz notturfuglich bestellen mugen.»

mehr solt entsetzt werden, herausgelassen, wiewol sie es bei dem orator swerlich zu erhäben verhoffen, sonder ir meinung wer, was eingenomen were, solt also bleiben stan; aber furthin solt man nit mer zugreifen. das aber disem teil der zukommenden stenden halben beswerlich sein wölte zu bewilligen.

Zum neunten das camergericht belangende, haben wir uns häftig beclagt der ungunstigen richter halben und begert, das die visitation, — die alle, so unsers glaubens seind, entsetzet, — abgestellt, und das hinfuro diejenigen, so unsers glaubens seind, nit wie bisher beschehen, gescheuht werden solten. so hab ich, Jacob Sturm, in sonderhait den curfürstlichen räten angezaigt, was ungleichen unrechtmässigen urteil uns begegnet, und wie bei vilen hochgelerten in und ausserhalb Teutschlands wir rat gesucht, die alle schreiben, das uns unrecht beschehe und das wir syndiciern mögen. daruf wir auch das syndicat begert, das forndigs jars ausgeschriben, aber nit gehalten und dis jar wider zugeschriben. dweil aber unsers achtens es allen curfürsten fursten und stenden nachtailig und prejuditial sein will, das das camergericht also im landfriden ze arbitriern hab und seins gefallens peenen zu erkennen, so hetten wir begert, dise sach fur die stend uf nächsten reichstag ze weisen, hetten auch daruf das gelt gein Speir erlegt, mit erbieten, wes also durch die stend erkänt, dasselb im fuszstapfen zu volziehen; aber das camergericht hett uns solichs abgeschlagen, daruf wir die compensationschrift eingelegt; die widerföchte der fiscal, auch hetten wir uns nichts bessers zu versehen, dann das sie uns auch abgeschlagen wurde. nun seien wir willens, das syndicat fur sich gan ze lassen. solt aber uf solichen syndicat erkänt werden, das das camergericht wol gesprochen, wurde dem camergericht der gwalt, im landfriden ze arbitriern, bestätigt, und solichs hinfuro allen stenden, denen das camergericht abgunstig, hoch nachtailig sein, besonderlich dieweil sie ir underhaltung von den peenfällen nemen.» Die Stände hätten darauf die Unterhändler gebeten, beim Orator zu handeln, dass die Entscheidung dieser Sache auf den künftigen Reichstag verschoben würde. «ich [Jacob Sturm] hab auch darneben mein g. herren landgrafen gepeten, den orator, so vil zu im kompt, derhalben muntlich zu ersuchen, wiewol ich achte, das sich sein der orator schwerlich undernemen werde.

nr. 485.

nr. 570.

nr. 572.

Zum zehenden ist der artikel, die eesachen und pfaffenkinder belangend, herauszelaassen bewilligt worden und uf kunftige vergleichung gestellet.

Zum eilften haben sie uf sich genomen, des königs von Denmarks und Preussen halber an den orator gelangen ze lassen¹; das aber Riga und Revel heraussergelassen, ist der ursach geschehen: dieweil sie auch in das reich gehören sollen, hat man es von unnöten geachtet; dann diser anstand uf alle stend, so im reich seind, verstanden soll werden. derhalben auch die eidgnossische kirchen nit gemeldet, — wiewol wir es bei unserm ausschutz uwerem bevel nach anbracht —, dweil sie auch im reich gelegen. so ist Lignitz herausgelassen, dweil er under dem Rom. konig als konig zu Böhheim gesessen.

¹ Nämlich sich dafür zu verwenden, dass Dänemark und Preussen auch in dem Anstand benannt würden.

Zum zwölften so ist das wort sacramentierer auch herausgelassen; haben wir auch furnemblich darumben gethan, damit die Eidgnossen nit gedächten, man hett sie damit gemaint.»

Alles dies, haben die Pfälzischen und Brandenburgischen Räte versprochen, an ihre Herren zu bringen, die darauf mit dem Orator weiter handeln würden.

Der Erzbischof von Bremen habe gegen 700 Knechte im Stift Verden versammelt, denen noch täglich neue zulaufen. «dweil nun der bischof herzog Hainrichs von Braunschwig bruder, macht es vil nachgedenkens. zudem, als das tumbcapitl prelaten ritterschaft stett und stend der stift Bremen hievor in anno etc. 34 umb abschaffung dergleichen garden gegen dem bischof umb mandat am kai. camergericht suppliciert, ist inen solichs ufs ernstlichst erkänt und dem bischof exequiert; aber jetzt, so sie umb dergleichen, auch citation wider ine den bischof angeruefen, ist es inen stracks abgeschlagen worden.»

nr. 571. Die nach dem Oberland entsandten Commissare der Stände haben «die bestelte hauptleut, deren uf 20 seind, gein Augspurg beschriben und ir jedem bevel geben, ainhundert rechtgeschaffner knecht, bis ostern ze warten, in verspruch anzenemen, daruf auch jedem dritthalbhundert gulden geben. haben solichs also fur sich selbs one bewilligung des alten burgermaister Besserers, ires mitcommissarien, der instruction, so inen hie gegeben, zewider gethan; derhalben vil von stenden alhie nit wol zefriden.» Auch habe sich Herzog Wilhelm von Baiern beim Kurfürsten von Sachsen wegen der Rüstungen beklagt und erklärt, dass er sich dadurch veranlasst sehe, gleichfalls zu rüsten, obwohl er durchaus friedlich gesinnt sei. Die Stände hätten sich nun bei den Unterhändlern und bei dem Orator wegen der Werbungen entschuldigt; «was aber herzog Wilhelmen soll geantwurt werden, steckt noch in der feder.»

nr. 571. «In summa wir kómen zu grossem costen. es werden die 20 000 guldin, so hievor gewilligt, nit genug sein. man hat graf Wilhelmen von Furstemberg 1200 gulden fur sein und seiner hauptleut zerung und vereerung und darneben, wann der krieg angienge, im ain regiment uber etliche vändlin landsknecht zugesagt und ine der bezalung der 1200 gulden uf uns, die gesandten von Straszburg, gewisen. den brief, so ir uns,

nr. 586. im zu antwurten, zugeschickt, haben wir in seinem abwesen dem von Haiddeck geben; dan er, der graf, ist vergangens sontags von hinnen uf Weissenburg verritten, in willen, Bastian Vogelspergern daselbst etwas rauhe anzesprechen. hat verlassen, wider hiehär ze kómen. weil er hie ist gewesen, ist er aus und ein zu dem landgrafen gangen, hat bei ime geessen gedenkt der zehentausent guldin nit. so hab ich, Jacob Sturm, es bei dem curfurst von Sachsen, auch im ausschutz angezaigt, das es gut solt sein, das die sach vertragen wurde; aber wie mich bedunkt, ist niemands lustig, sich derselben zu unternehmen.»

nr. 570. Der Kurfürst und der Landgraf sind bereit, Strassburg bei dem Syndicat zu unterstützen. «Dat. Frankenfurt den 18. martii umb ain uren nachmittag a. etc. 39.» — Empf. März 19, pr. März 20, repr. März 29¹.

¹ Auf Grund dieses sowie der früheren Briefe berichtete Strassburg am 22. März über den Stand der Verhandlungen an Basel. (Basl. Arch. St. 75 B 3.)

589. Jacob Sturm, Ulman Böcklin und Batt von Duntzenheim an die Dreizehn.

März 21.
[Frankfurt].*Stv. St. Arch. AA 475 f. 42-45. Ausf. von M. Han.*

Was der kaiserliche Orator im äussersten Falle den Evangelischen gewähren wolle. Zweifel der Stände, ob sie sich auf diese beschwerlichen Bedingungen einlassen oder die Verhandlungen abbrechen sollten. Der Landgraf u. a. sind für Annahme eines kurzen, wenn auch beschwerlichen Anstands, um besser rüsten zu können. Bitte um Strassburgs Gutachten. Verdächtige Ansammlung von Knechten im Stift Utrecht und Verden. Absendung von Commissaren, um die Auflösung dieser Haufen zu betreiben.

Als der Orator und der Kurfürst von Brandenburg vergangenen Mittwoch [März 19] beim Kurfürsten von Sachsen gespeist, hätten sie sich nach der Mahlzeit alle drei in ein Gespräch eingelassen, das gegen vier Stunden gedauert. Hat sich der orator nach vielerlei underreden endlich dahin vernehmen lassen, das er den anstand über ain jar und etliche monat von kai. mt. wegen nit wisz zugegeben. zum andern, das kai. mt. nit werde zugeben, das, so jemand weilers in dem anstand unser religion annemen wurde, das derselb im friden oder anstand vergriffen sein solte. zum dritten, so mueste man hinfurter kainen gaistlichen mehr, in oder ausserhalb unserer oberkait gelegen, entsetzen, es wer in ceremonien oder guetern. zum vierten hat er seer uf die ganze vergleichung der religion getrungen, und das die, so darzu benant wurden, solten vollkomen gwalt haben, darin zu beschliessen. und wes die also beschliessen, solt durch kai. mt. und die stende ratificiert werden. dweil nun der curfurst von Sachsen vermerkt, das er endlich darauf beharret, hat er solichs gestern dem ausschutz in des landgrafen herberg in beisein seiner f. g. angezaigt. wiewol nun vil fur gut ansahe, man solt sich nit länger hie ufhalten lassen, sonder den baiden handlscurfusten anzaigen, was wir uf das eusserst leiden möchten, und warauf wir zu bestan gedächten; wo es nun der orator nit wiste zuzelassen, das sie die sachen abschnitten; dann wir sehen, dieweil wir hie handelten, das sich die haufen im Niderland sambelten, wisten nit, wem es noch gelten wurde etc.: so ist doch von dem mehrern tail fur gut angesehen worden, das man den heutigen tag vollends warten soll und, wo nit antwort gefällt, alsdann bei den curfusten umb furderlich antwort anhalten. nun haben die baide cur. und fursten, Sachsen und Hessen, in dem gesterigen ausschutz vast darauf getrungen, das man sich entschliessen solt, ob nach gelegenhait jetziger läuf besser, ain solichen kurzen anstand auch mit obgemelten beswerlichen artikeln anzenemen und im selben anstand die vergleichung ze suchen, doch das die personen nit ze schliessen hetten. und dieweil wenig hoffnung der vergleichung, das man sich mitler weil des anstands mit gelt und allem dem, wes zum krieg gehört, verfast machte, auch bei andern potentaten, und namblich Engelland und, wer uns dienstlich sein möchte, hilf und beistand suchte, im fal, wo man nach ausgang des anstands kain ferrern friden erlangt hette, man zur gegenwehre etwas besser dann jetzt gevast were; oder aber, wo man vermainte, das die gelegenhait jetziger zeit basz für uns were, solichen kurzen anstand abzeschlagen und jetzt zum krieg für uns were, solichen kurzen anstand abzeschlagen und jetzt zum krieg und gegenwehre schiken, dieweil man dannocht in obern und nider landen

mit reutern und knechten zimlich gevast, uns auch allgerait uf soliche verfassung ain grosse suma gelts gangen were. und mainte namblich der landgrave, wo man jetzt anfahren solte, das vor allen dingen von nöten sein wölte, das ain jeder stand das gelt fur die sechs gedoppelten monat jetzo also bar erlegte; dann sonst wölt im krieg beswerlich sein, das gelt erst hin und wider zusammenzebringen; wiewol, sovil ich, Jacob Sturm, den landgrafen verstan möchte, hielt er dafür, das besser wer, den kurzen anstand anzenemen und sich darin gevast ze machen, dann jetzt anzefahren; aus allerlai ursachen, die sein f. g. anzaigten, darunter auch die theuerung der fruchten, so jetzt in Sachsen und Hessen, aine ist. doch beschlosz er nit bei im selbs, sonder stelt es in bedenken der stende. hieruf mögen ir, unser herren, auch ratschlagen und, wes euch fur das besser ansihet, ewer meinung uns zuschreiben; dann wir es endlich darfur achten, das es noch in ainem tag oder vieren zu dem ratschlagen komen werde, ob ain kurzer anstand anzenemen oder nit, und so er nit anzenemen, ob man in der gefare also sitzen will und des gegentails backenstraich gewarten oder nit.

Ferner so seind gewisse zeitungen härkomen, das sich ain haufen knecht im stift Utricht umb Coferden versamlet und uf 9 vändlin ufgericht. so vergardet sich ain hauf knecht im stift Verden, nit weit von Bremen; haben drei oder vier vändli ufgericht und laufen täglich zu. nun versicht man sich wol, der erst hauf muesz mit bewilligung kai mt. regiment im Niderland sich versamlen; aber der ander hauf, achtet man, es sei herzog Hainrichs von Braunswig practica. wiewol man es nun dem orator angezaigt, so gibt er doch antwurt: es sei ain gemain ding, das sich die niderländischen knecht uf den frueling in den landen vergarden; last sich kainer abschaffung oder vertröstung, das es nit wider uns geen soll, vernemen. derhalben seind die stend entschlossen, etliche commissarien hinab gein Bremen zu verordnen, die mitsamt etlichen niderländischen hauptleuten, so von unserm tail bestellt, sollen gedenken, wie man den haufen im stift Verden trennen möchte, wie sie dann mainen, das mit 4 oder funftausent gulden wol ze wegen bracht mög werden¹. daruf dann disen stenden aber ain newer cost ufgan wurdet. man wurd auch mit der Dänmarkischen und Gülchischen potschaft alhie und dem bischof von Münster daniden handeln, dieweil sie alle drei auch in sorgen standen, ob sie zu trennung des haufens helfen wöllen.» — Dat. Fr. 21. März a. 39 «zwuschen 9 und 10 uren vormittag.» — Pr. März 22, repr. März 23.

¹ Im Str. St. Arch. AA 480 findet sich eine Copie einer Instruction des Kurfürsten und Landgrafen d. d. März 22 für Werner von Wallerstein und Bernhard von Mila, wonach ersterer sich beim Bischof von Münster erkundigen sollte, ob derselbe etwas über den Zweck der Rüstungen wisse; auch sollte er mit dem Bischof ein Abkommen zu treffen suchen, dass die Vorsichts halber sowohl von den Protestierenden als auch von Münster angestellte Gegenrüstung demjenigen von ihnen, der angegriffen würde, zu statten kommen sollte. Bernhard von Mila dagegen sollte sich nach Bremen begeben und mit Hilfe des dortigen Rats den Zweck der Werbungen zu erfahren suchen. Stelle sich dabei heraus, dass ein Ueberfall der Stadt Minden oder eines andern evangelischen Standes beabsichtigt sei, so sollten sich die beiden Commissare mit einander in Verbindung setzen und einen «Gegenlauf» von Kriegsvolk veranstalten. Uebrigens sollten sie mit Rat des Herzogs Ernst von Lüneburg handeln und sich das nötige Geld im Betrage von 3000-4000 fl. von dem Bremer Rat vorstrecken lassen.

590. Die Dreizehn an Jacob Sturm, Ulman Bücklin und Batt von Duntzenheim in Frankfurt. März 23.

Str. St. Arch. AA 478. Ausf. Zettel ebenda.

Erklären sich gegen die Annahme des vorgeschlagenen Anstands, der nur den Feinden Nutzen bringen würde; dieselben würden das gegen die Türken gestellte Kriegsvolk gegen die Evangelischen brauchen. Unzulässigkeit des Verbots, neue Bundesgenossen aufzunehmen, und des Artikels von den geistlichen Gütern. Auch die vorgeschlagene Form des Religionsgesprächs und namentlich die Verbindlichkeit der Beschlüsse desselben sei nicht zu bewilligen. Lieber an dem Nürnberger Frieden festzuhalten, der immerhin besser sei als dieser Anstand, und einfach auf Abstellung der Prozesse anzutragen. Die herrschende Teuerung kein Grund zur Annahme des Anstands. Zettel: Rat und XXI billigen das vorstehende Bedenken einstimmig. Hans von Metz.

Haben die Briefe vom 18. und 21. März erhalten und zum Teil vor die Räte und XXI gebracht, welche der Ansicht sind, «das grosz und manigfaltige geferden in disem anstand stecken und zu bedenken sein wöllen. erstlich so würde unserm tail in disem friden nichts gegeben noch zugelassen, dardurch wir gedenken könden, das ihm zugemutet solt werden, den anzunemen, es wer dann sach, das die kai. mt. und unser gegentail des willens, das wir den annemen oder aber den krieg angeen müsten. harwider aber, das er uns vil beschwerden und geschwinder sorgfaltigkeit geperen möcht; dann so man uns disen hüpschen friden geben solt, so würde man uns dagegen ufmutzen, als ob man uns ganz vil genad gethon, und das wir darumben die Turkenhilf bewilligen solten, und ob wol dasselbig werk (an) an ihm selbs göttlich, milt und gut, das wirs uns unsers tails nit weigern solten, so würde es doch von unserm gegentail nit dahin gebracht werden, sonder sie wurden understeen, uns an gelt dardurch zu kränken, das kriegsvolk also aus dem land zu bringen und uns in allweg desdo schwächer ze machen, so sie wider uns ihren willen üben wolten, das wir ihnen destoweniger widerstand thon möchten. und ob sie villeicht schon das kriegsvolk also mit unserm gelt wider den Türken zu disem mal füreten, so möchten sie doch leichtlich ursachen haben, das in ihren handen zu behalten und, so dann diser anstand angenomen, würde es disen verstand haben, das man dardurch und darmit den Nürnbergischen friden ufgehoben und die kai. mt. und unsere widerwertigen ihr eer stillschweigend bewart hetten, das nach ausgang des anstands, ob sie wolten, den krieg mit uns möchten anfähen; so hetten sie dann das kriegsvolk allgerait bei ihren handen und dasselbig mit unserm gelt zusammengebracht und bei einander behalten. das brauchten sie dann wider uns, und wie man sagt, würgeten sie uns mit unserer selbs weren, weren gevaszt, und ehe wir zur gegenwehr kemen, hetten sie gegen uns geschafft und ausgericht, was ihnen gott über uns verhängen wolte.

So würde uns auch mit disem anstand beschlossen, das wir nieman, der der göttlichen warhait begert, zu uns dörfen nemen, das uns dann gegen gott der gewissen halben nit verantwortlich» etc. Auch würde man sich durch Annahme dieses Artikels den Beistand etlicher grosser Fürstentümer, die gern in den Bund kommen wolten, abschneiden.

«Solte man dann gegen den gaistlichen in unsern oberkaiten also zusehen müssen, und dieselben, wie es der orator nennet, in ceremoniis oder den gütern nit entsetzen, was unchristenlichs würde aus demselben volgen, erhaltung des bapstumbs, nidertruckung evangelischer leer und endliche ufrur nit allain bei denen, so kunftig zu uns komen möchten, sonder auch under uns selbs, nachdem und ir wissen, wie dieselben liederlichen leut gesinnet seind und bishär understanden haben. noch vil weniger könden wir bedenken, das man die vergleichung der hauptreligion uf so wenig personen kommen, das die kai. mt. zwen obman geben, und dieselben volkommenen gewalt haben sollen zu schliessen, und was die schlüssen, die kai. mt. und die ständ des reichs ratificieren solten. dann erstlich so würde man sich der personen, wer die sein solten, die nit zänkisch, unparteiisch und nit hartnäckisch, leichtlich nit vergleichen, und so man deren schon verglichen were, nit hoffentlich sein, das die kaiserischen ein zufall thäten, der uns mit gott annemlich sein würde; und möcht aber dannoch dasselbig durch die ständ ratificiert werden, das wir wider unser gewissen getrungen, anzenemen, das wider gott und sein wort, oder aber zu dem krieg zu komen. solten wirs dann nachdem und es die ständ des reichs ratificiert hetten, nit wöllen annemen und also zu krieg komen, mit was pracht würden sie ausschreien, wir hettens bewilligt, und so es nit nach unserm sinn gemacht, wolten wirs nit annemen, und also allen unglümpf und schuld des kriegs uf uns schieben; zudem es nit die weis und masz ist, wie ir selbs wissen, in göttlichen und des glaubens sachen zu handlen, und der kai. mt. bewilligen und zusagen eins freien christlichen conciliums in teütschen landen zuwider. könden also nit anders gedenken, dann das diser anstand von den pfaffen zu ihrem vortail one sondern willen der Römischen kai. mt. uf die ban bracht oder aber von der kai. mt. und unserm widertail darumben fürgeschlagen, zu erkundigen, wie steif und fraidig wir bei unserm gotshandel halten wöllen, und das sie eintweders, so man bestendig sein würd, andere mittel bringen oder aber uf einen solichen kurzen anstand zu ihrem vortail mit nachlassung der angehenkten mittel handlen werden, damit sie sich dazwüschen gerüst und gevaszt machen mögen. wa dann der anstand sein end gewinn und sie nit gevaszt, solten wir dann wöllen etwas fürnehmen, würden sie uns den Nürnbergischen friden thon furwerfen, als ob wir den brechen wolten, uns schuldigen, damit den unglümpf uf uns zu schieben. möchten sie dann zu ihrem vortail gevaszt werden, wurden sie wöllen, der Nürnbergisch frid were durch disen anstand ufgehpt, und sie hetten ihr eer dardurch bewaret, des sich ein jeder nach ausgegangenem anstand billich gebrauchen möcht, was ihm gelegen, und also understeen uns zu überraschen.

Darumben wir nichts guts in disem anstand befinden oder bedenken könden, anders dann das der zu unserm hohen nachtail, spott, schaden und schand uns gelangen, und wir dann von dem Nürnbergischen friden, der wiewol auch schlecht genug, jedoch besser dann diser anstand ist, getrungen würden. dann je dweil derselb Nürnbergisch frid uf ein frei christlich concilium oder gemaine reichsversammlung gestelt, konde die kai. mt. mit dheinen fugen etwas mit uns anfahen, es were dann zuvor ein christlich concilium oder ein reichsversammlung fürgangen. deren beschehe nun, welchs da wolt, möcht dannoch füglicher und bessers, dann diser anstand ist und

sein würd, gefunden werden und gott genad geben, das dasselbig mit mehrer lob seins hailigen namens und zunemen seins hailigen worts zugehn möcht. wolte aber die kai. mt. oder unsere gegentail so unteur sein, das wir dannoch kai. mt. nit getrewen wöllen, und, zuvor und ehe ein christlich concilium oder ein reichsversammlung gehalten würde, uns überziehen: ei, so müsten wirs gott bevelen und uns im namen desselben zur gegenwehr schicken und könden den unglümpf dannoch besser uf sie, dann disen weg uf uns beschehen möcht, wenden. diser und anderer mehr wichtigen ursachen und bedenken halben, so ir bei euch selbs auch zu erwegen haben, könden und wissen wir unsers tails disen anstand oder dergleichen nit bewilligen.» Man möge dies den Unterhändlern anzeigen und sie bitten, einen besseren Anstand zu vermitteln. «wolte aber dasselbig nit sein, dweil dann der kai. orator im anfang dahin gelendet, das die kai. und kon. mt. nit zugeben könden, <ihnen> [in] ihrer macht nit stünde und ihnen unverantwortlich sein würde, den Nürnbergischen friden, als der durch die ständ des hailigen reichs ratificiert, one derselben wissen und willen wider abzuthon, so wolten sich dise ständ im namen gottes desselben Nürnbergischen friden, wiewol der bishär nit in allem gehalten, getrösten, und hofften sie, die churfürsten underhändler würden bei der kai. mt. vermögen, das die den genädiglichen hielte und, wes den unsern dawider begegnet, als nämlich die Mindisch acht, wider ufgehoben würde. wolte oder würde aber jeman uns oder unsere verwandten über denselben beschweeren oder beschädigen, so könten und wiszten wir dieselben nit zu verlassen und bezeugten uns damit des, das wir also zur gegenwehr getrungen und der ufrur und verderblichen schaden, so teutschem land daraus volgen würd, nit ursach gegeben haben wolten. und will uns unsers genädigen herren des landgraven ursachen, das in Hessen und Sachsen diser zeit teurung der frucht, nit bewegen, darumben den anstand dermassen zu bewilligen; dann man dannoch, gott hab lob, wol notturtig frucht zu wegen bringen mag. so würdet sie unsern gegentailen gleich so teur und schwer zu überkommen sein, da sie sonst in andere weg desdo mehr bequemlichkeiten ihrs vortails mitler zeit zurichten mögen.»

Dieses Bedenken sollen die Gesandten den Einigungsverwandten anzeigen und hinzufügen, «das wir auch leiden mögen, das man in alle andere weg, wa man kan, es seie bei Engelland oder sonst, wie ir anzaigt, understand, im wort gottes freundschaft zu suchen.» — Dat. «zwüschen fünfen und sechsen nachmittag» So. 23. März a. 39. — «Rec. Francofordie» März 25 morgens früh.

Zettel: «dises mehr ist heut von unsern herrn rät und ainundzweinzig einhälliglich beschlossen, also das nit ainer widerwertiger mainung gewesen were. und als wir euch jüngst geschriben, das doctor Hans von Metz möcht mit einem dienstgelt bedacht werden, das begeren wir, ir wöllen uns, was des orts gehandelt seie, wissen lassen.» — Dat. ut in lit.

nr. 572.

591. Jacob Sturm, Ulman Böcklin und Batt von Duntzenheim an die Dreizehn.

März 24.
Frankfurt.

Str. St. Arch. AA 475 f. 46. Ausf. v. M. Han.

Bis jetzt keine Einigung wegen des Anstands. Verbindung mit England. Wenig Hoffnung hinsichtlich des Strassburger Prozesses.

- nr. 588. Die Unterhändler hätten heute angezeigt, dass es ihnen trotz aller Bemühungen nicht gelungen sei, die im letzten Gespräch vereinbarten Artikel beim Orator durchzusetzen, «aus ursachen, das sich der orator vernemen lassen, das er dieselbigen zu bewilligen kain bevel hette.» Uebersenden neue Artikel der Unterhändler zur Begutachtung¹. «und können uns nit versehen, das sie von disem tail also angenommen oder bewilligt werden mögen, sonder das uf andere weg muesz gedacht werden. dweil sich nun ains solichen kurzen und beswerlichen anstands nit vil zu getrösten, und aber der könig von Engelland sich mit diesen stenden uf leidenliche weg ainer hülf und gegenhülf zu vergleichen erpeutet, achten wir, das es disen stenden nit auszuschlagen.» Bitten um ein Gutachten hierüber. «darneben hat sich der orator unserer sachen halb, den Willstettischen zug belangend, vernemen lassen : dweil sie der religion nit anhängig, wisz er sich desselben nit annehmen. wiewol wir nun gern ferner vleisz ankeren wöllen, so besorgen wir doch, es werd uns wenig furtragen, sonder bei dem usgeschriben syndicat, durch welches wenig hoffnung der besserung zu haben, verbleiben.» — Dat. Frankfurt Mo. 24. März «abends spat» a. 39. — Empf. März 26, repr. März 29.
- nr. 485.
- nr. 570.

592. Die Dreizehn an Jacob Sturm, Ulman Böcklin und Batt von Duntzenheim in Frankfurt.

März 26.

Str. St. Arch. AA 478. Ausf. Zettel ebenda.

Finden die letzten Vorschläge für den Anstand noch beschwerlicher als die früheren. Man dürfe durchaus nicht nachgeben. Festigkeit werde die Gegner einschüchtern. Verhandlung mit England gebilligt. An der Forderung des freien Concils festzuhalten. Zettel: Fürstenbergs Kriegsvolk.

- nr. 594. Antwort auf den Brief vom 24. März. «will uns schier bedunken, das aus dem und die ständ dis tails je gern der kai. mt. underthänigen willen beweisen und verhüten wolten, das man nit zur thätlichen handlung keme, die gegentail je mehr beschwerliche mittel fürschrlegen, wie wir dann nit anders vermerken könden, dann das dise letstere mittel der gaistlichen und ihrer guter halben gar weitläufiger und mehr zu derselbigen vorteil dann die anderen angestellt seind. und es seie dann, das churfürsten fürsten und ständ sich dapperlich im handel gottes erzaigen, damit das gegentail sehe, das man die sachen verstand und einmal gesinnet seie, dem wort und handel gottes den lauf nit lassen zuzuschliessen, sonder bei demselben und denjenigen, so sich dessen mit warheit annemen, zu thon und zu dulden, was gott uns

¹ Ebenda f. 135-40. Ueber die Punkte, an denen sich die Verhandlung hauptsächlich stiess, vgl. nr. 594.

deshalben zu dulden gibt, würdet man nit bald mit ihnen zu end kommen mögen; und so sich die mittel uf denselben weg nit schicken wöllen, das man sich dann nit also mit vergebener handlung lasz ufhalten, bis sie vileicht mitler weil in die handlung desdo basz schicken und sich mit unserm nachtail gerüst machen mögen, sonder im namen gottes mit allen denen, so das wort von herzen begeren, sich in ainigung thue, gott dem herrn ver-trewe und sehe, was derselbig geben wölle. so haben ir freilich nunmehr die zeitungen aus Hispanien, so wir euch zuletzt zugeschickt¹, auch ver-merkt, und werden wir dannoch hin und wider auch bericht, das die papisten mehr sorgen, wir beharren uf unserm fürnehmen, dann das sie begerten, das die fridenshandlung zerschlahen solt, wie ir dann aus beigeschlossenem deren von Basel schreiben auch vernemen mögen².» Man habe die neuesten Vor-schläge gar nicht vor Rät und XXI gebracht, weil sie noch beschwerlicher seien als die vorhergehenden, die man ja bereits abgelehnt hätte. «wa aber der anstand der funfzehen monat neben dem Nürnbergischen friden, der in allweg bei seinem inhalt pleiben soll, one anhang der überigen beschwee-lichaiten und articulen möchte erlangt werden, so were es uns nit zuwider. aber uns sonst mit der Türkenhülff an gelt und leuten entblössen oder dem wort seinen lauf hinder- oder sich abhalten lassen, nach dem wort die mängel und notturft der kirchen zu besseren und anzuschicken, will mit gott und fugen dheins wegs zu thon sein.»

Die Verhandlung mit England zur Abschliessung eines religiösen Ver-ständnisses billige man.

«So haben die underhandler die vergleichung in der religion auch weiter und uf andere weg dann hievor eingefürt. dweil wir euch dann hievor auch geschriben, das es nit der weg seie, in freien glaubenssachen dermassen zu handeln, sonder das es bei der kai. mt. vorigen bewilligen eins freien christlichen conciliums, in teutschen landen zu halten, solte bleiben, derselben mainung seind wir auch noch, mit bevel, dis alles bei den churfürsten fursten und ständen ufs trewlichst anzusaigen und darüber zu halten.» — Dat. «zwüschen fünf und sechs uhren nachmittag» Mi. 26. März a. 39. — Rec. Frankfurt 28. März morgens früh.

Zettel: Die Zahl der Fürstenbergschen Knechte betrage jetzt gegen 3000 und vermehre sich noch immer. Dat. ut in lit. nr. 587.

593. Die Dreizehn an Jacob Sturm, Ulman Böcklin und Batt von Duntzen-heim in Frankfurt. März 27.

Str. St. Arch. AA 478. Ausf.

«Nachdem wir achten, der tag sich gestalt der handlung nunmehr enden, und das man zum beschlusz handeln werde, in dem dann villeicht

¹ Gemeint ist Geigers Brief vom 23. Februar (oben nr. 575), den die Dreizehn am 25. März mit dem Bemerken übersandt hatten, dass die Lage der Dinge hiernach nicht so bedrohlich scheine, und dass man durch Beharrlichkeit bessere Bedingungen vom Orator erlangen werde.

² Copie liegt bei, d. d. März 22. Es heisst darin, die Papisten fürchteten nichts mehr, als dass die Evangelischen in ihrer abweisenden Haltung verharren; in diesem Fall gäben sie ihre Sache verloren. Jedoch hofften sie noch auf Uneinigkeit und Trennung der Protestierenden.

die post schneller gehn und mehr dann bishär gebraucht werden möcht, damit dann dieselbig desdo fürderlicher ihren fůrgang [habe], haben wir die gemehret und geändert in dise masz: das Niclaus Agram zu Heugelsheim, Ludwig Sattler zu Graben, Niclaus Maus zu Ladenburg am fahr und Wilhelm Held zu Zwingenberg oder in ainer herberg darvor ligen soll. wolten wir euch, darnach desdo besser zu schicken und richten zu haben, die knecht auch dermassen haissen ligen, nit verhalten.» Dat. Do. 27. März a. 39. — Rec. Frankfurt März 30.

594. Jacob Sturm, Ulman Böcklin und Batt von Duntzenheim an die Dreizehn¹.

März 28.
Frankfurt.

Str. St. Arch. AA 475 f. 48. Ausf. von M. Han.

Woran sich die Einigung über den Anstand hauptsächlich stosse. Wenig Aussicht auf eine Vereinbarung. Aeusserlicher Anstand, Erläuterung des Nürnberger Friedens.

- nr. 590. 592 Haben die beiden Briefe der Dreizehn empfangen und die übersandten
nr. 575. Zeitungen Ulrich Geigers dem Kurfürsten, Landgrafen und andern mitgeteilt. Die Mehrheit der Stände habe die letzthin vorgeschlagenen
nr. 591. Artikel als unannehmbar zurückgewiesen. Darauf habe der Ausschuss der Evangelischen sich wieder in ein Gespräch mit den Unterhändlern eingelassen und hierbei gefunden, «das es vast an dreien puncten sich stossen will, nämlich das der anstand und Nuernbergisch fridstand allain uf die, so jetzt unserer religion verwandt seind, gestellt wurde; da begeren wir, das das wort «jetzt» herausgelassen und also in gemain uf die, so unser religion verwant, gestellt werde. zum andern das der orator will, wir sollen bewilligen, niemands furthin in unser verstendnus zu nemen, das man aber dises tails sich waigert. zum dritten der gaistlichen gueter halb, das man kain gaistlichen, er sei gesessen, wo er wöll, des seinen furthin entsetzen soll etc. nun lassen sich die curfürstlichen rät vernemen, das sie es schwerlich anderst bei dem orator erhalten mögen. achten auch nit, das er weiter ze bringen sei. dargegen die geordneten zum gespräch sich auch vernemen lassen, das es bei iren gnedigsten und gnedigen herren und den andern auch nit möge bewilligt werden. haben es also uf heut fur den grossen ausschutz gebracht, da es noch in disputation steet; versehen uns aber nit, das es gewilliget werde; sonder wo je der orator uf seinem vohaben beharren wöllt, das dahin gedacht wurde, wie man ain anstand der that und dem rechten ain jar lang machte und darzwischen versucht, ob man sich der hauptsachen vergleichen möchte, das wir doch aus ursachen wenig hoffen; wo nit, das es dan des Nuernbergischen fridens halb zu weiterer handlung stuende, wie der solt verstanden werden. wir achten, das etliche stend in Teutschlanden den orator so hart halten machen.» — Dat. Frankfurt 28. März «umb ain uren nachmittag» a. 39. — Empf. März 30. Gelesen April 1, «als die XXI ufgestanden.»

¹ Copie dieses Briefs wurde am 31. März an Basel geschickt. Basl. Arch. Zeitungen.

595. Ulrich Geiger an die Dreizehn.

März 31.

Thom. Arch. Orig.

Ankunft in Paris. Die Türken rüsten gewaltig, belagern schon Neapel. Der Kaiser hat vergeblich von den Fugger und Welser Geld zu leihen gesucht. Finanzielle Schwierigkeiten des Kaisers. Schatzung in Spanien. Hass gegen die Protestanten. Briefe Heinrichs von Braunschweig an Dr. Held. Letzterer sowie Herzog Friedrich, Bonaccursius etc. noch am kaiserlichen Hof. Spannung zwischen England und Frankreich.

Er sei am Palmtag [März 30] in Paris angekommen und habe ursprünglich mit Zeiger dieses Briefs, Egidius Oertlin, nach Strassburg reisen wollen, sei aber durch den Herrn von Langey in Paris festgehalten worden, um die Rückkunft eines Französischen Secretärs vom kaiserlichen Hofe abzuwarten.

nr. 575.

«Als ich den vierten martii von k. mt. hof geschaiden bin, kam botschaft, wie der Türk mit drien gewaltigen hören sich rüset und sein vorige armada mit driehundert schiffen gesterkt het, auch wunderbarliche bew von holz machen laszen, die er uf der Christen boden, wo es ihn gelegen bedunken würd, ussetzen wolt und flucks mit gräben und schanzen bewaren, der meinung, das er dazu sein zuflucht haben mög, als der lichter achte, ein neue stat zu bawen und zu bevestigen, dan ein veste stat zu gewinnen.» Es sei auch gesagt worden, dass er schon Neapel zu belagern angefangen habe, so dass Venedig Hülfe geschickt habe. Der Kaiser sei noch unschlüssig, ob er persönlich nach Italien gehen sollte, «uf das die Venediger dester beherzter weren und williger, dem Turken zu widerston und kein pundnus mit ihm anzunemen.» — «es hat die k. mt. in aigner person, usgeschlossen alle rät, von den Fuckerischen und Welserischen nit me dan anderthalbmal hundert dauszet ducaten zu entleihen ernstlich begert und glich darumb gebeten (hat), und in Deutschland ein wechsel zu machen, aber dannoch nichtz bi ihn erhalten mögen, diewil kein underpfand ihn gefallen will, damit sie sich wöllen benügen oder versichern laszen; dan der alten schuld von jetzt und vormals vergangnen kriegem noch vil ist, und sein des kaisers rent versetzt, das er jürlich bis in die hunderttauset ducaten zins von sich gibt, vom hundert drizehen, on das, das uf widerlosung verkauft ist worden, wölchs sich laufen soll bis in die funfzig mal hundert dauszet ducaten. zu dem das gelt, so im die landschaft, wie ich nechstmal davon meldung gethon hab, verwilligt hat, ist, wie ich aigentlich bericht bin, zwölfmal hundert dauszet ducaten: hat ir k. mt. verhaizen muszen, nit us dem land zu furen oder durch wechszel zu verandern und zu versetzen. derhalben die obgedachten nit lüstig sein, wechsel zu machen; diewil auch doctor Mathis Held vorlengest schon 65 dauset gulden von den Fuckerschen ufgenummen hat und in die hailig pundnus erlegt, wölchs ich von eim hon, der den vertrag geleszen hat: in summa einmal so ist jetzt bi k. mt. mangel an gelt, und die zwölf mal hundert dauszet ducaten, so die landschaft des kunigrichs Castilia mit seiner zugehör verwilligt hat zu geben, sein also getailt, das die diszes jar viermal hundert duszet ducaten gibt, doch nit als ein schatzung sonder von eins vertrags wegen, etlich zöll oder gerechtigkeit betreffen, das man die nit witer staigern soll. die schatzung, nemlich achtmaldundert duszet

nr. 575.

nr. 525.

ducaten, gat allererst uber ein jar an, und in drien jaren sols erlegt werden. von Arragonia aber mit den zugehörenden lendern als Valentia, Catilonia etc. versihet man sich, das irgen [?]¹ auch bis in die sechsmal hundert duszet ducaten geben werd. die prelaten werden auch etwas geben muszen, und soll k. mt. die schuld bezalen. die hern aber im land und der adel wöllen kein heller geben, sonder mit iren liben dienen, wo es not thut. und so vil ich hab verston mögen, so wer es vil besser k. mt., das sie deren landtagen müszig gangen wer; sie hat vil vil begert und wenig erlangt. auch sein vil mittel furgeschlagen worden, als sonderlich, das man uf alle waar hat wöllen ein zoll schlahen, das sich vom hundert sächs gebürt het; aber die hern im land habens nit wöllen thun. in summa des kaiszers autoritet ist nit wenig geringert worden mit sölcher tagleistung; dan sie haben sich wider ihn setzen dörfen etc. warzu aber k. mt. begert hab, ein wechsel in Teutschland zu machen, weisz ich kein grund zu schriben; einmal so ist man in Hispania bös protestierisch und ist kein wunder, dan nieman redt nichtz billichs von ihnen, das es villicht am guten willen nit felen wurd, so man ihnen zu möcht.

p. 545. Doctor Mathis Held hat am 26. februarii bi der post brief empfangen vom landgrafen, nemlich copien der brief, so herzog Heinrich von Brunschwig an doctor Mathis geschriben hat; dan die originalia hat der landgraf, wie er schribt, zu seiner notturft behalten. hilf got, wie ward es ein geschrei, der landgraf het k. mt. angriffen, deren brief und haimligkeit ufbrochen; dan was man dem canzler thet, were sovil als so mans k. mt. selbs thet. da war nichtz dan hue [?] an ihn, er hat den landfriden gebrochen etc.; aber herzog Heinrich von Brunschwig ist das lieb kind. Cornelius Scheperus hat doctor Mathissen brief von ihm gebracht, und ston unden im brief disze wort: ich bin und blib der ewer, diewil min lib weret etc. ich hab doctor Mathissen mit dem marggraven und Bonaccursio am hof gelassen und wüszten selbs nit, wan si abgefertigt werden solten. desglichen Herzog Fridrich versahe sich nit vor pfingsten da ufzubrechen; dem guten fursten ist die wil vast lang.»

nr. 575.

Der König von Frankreich sei erbittert über England, weil dasselbe im letzten Krieg einen heimlichen Verstand mit dem Kaiser gehabt habe, «also das sie schon Frankrich under sich teilt haben, das er [der König von England] Britaniam² sollt haben etc., mit dem geding, das er sollt still sitzen und den kung mit guten worten ufziehen, wie er dan auch thon hat.

p. 489 A. 1. sölche practick hat der kaiser dem kung von Frankrich nachmals zu Aquamort entdeckt.» Er, Geiger, habe den Herrn von Langey darüber befragen wollen, aber bis jetzt noch keine Gelegenheit dazu gefunden. Was er noch

p. 340 A. 3. Neues erfahren werde, «desglichen was mine baide werbung belangen thut,» werde er selbst in Strassburg berichten. «Dat. in il zu Paris den letzten merzens 1539.»

¹ Zweifelhafte Lesart.

² Die Bretagne.

596. Jacob Sturm, Ulman Böcklin und Batt von Duntzenheim an die Dreizehn.

April 1.
Frankfurt.*Stv. St. Arch. AA 475. Ausf.*

Nach Brandenburgs Mitteilung soll der Orator etwas zur Nachgiebigkeit geneigt sein. Vermehrung der niederländischen Rüstungen unter Walter von Deventer, vermutlich im Dienst Heinrichs von Braunschweig. Gegenrüstungen der Evangelischen im Oberland. Neue Anlage von 20 000 fl.

Der Ausschuss der protestierenden Stände habe «sich ainer meinung, dabei man gedächt ze pleiben, verglichen, wie ir ab beigelegter copien zu sehen haben¹; als aber von dem curfursten von Brandenburg und sonst gegen unserm tail in gehaim und aus sonderm vertrewen etwas vertröstung geschehen, als ob uber des orators darvor beschehne abschlagen etwas besserung und milterung zu verhoffen sein möchte, hat man soliche schrift bishär hinterhalten und nit allain den handelscurfursten nit ubergeben, sonder die auch noch nit fur gemaine stend bracht, damit nichts darvon auskome, dardurch der orator — so es an ine gelangt — uf voriger meinung zu verharren verursacht möchte werden etc. darumben wissen ir solichs auch noch zur zeit in gehaim zu behalten.

Darneben können wir euch nit verhalten, das uber alle vorhin empfangne kotschaften und warnungen diser tagen glaubliche und gewisse kotschaften komen, das uf zinstag nach judica [März 25] die niderländischen knecht, so sich zusammen vergarden, uf 4000 stark in grave Conraden von Deckelnburgs land in dem amt Linden bei einander gewesen; item das sie 14 ufgerichter vändlin haben und täglich mer zulaufen, auch vil grosser hansen darunter und wol bewert seien, also das sie one zweifel iren herren wissen werden. ir oberster haisse Walter Messermacher oder Walter von Däventer; seien denselben zinstag ufgeprochen, nach der stift Osnabruk gezogen; haben sich hören lassen, sie wöllen am mitwochen zu Quackenbrew² ligen und den herren benennen. item es sollen die knecht, so in der stift Bremen ligen und sechs ufgerichter vändlin haben, zu inen ziehen; das auch bemelter oberster sich hören lassen, er wöll in 14 tagen zehentausent stark sein und reuter und geschutz gnug uberkomen. das auch die glaublich sag under inen sei, wan sie mit den haufen zusammenkomen, soll und werd Jörg von Ravenspurg — so herzog Hainrichs von Braunswig bestälter diener ist — ir oberster werden etc.»

nr. 589.

Wegen dieser Kundschaften habe der Ausschuss für notwendig erachtet, dass die Stände ihre Reiter und Knechte, welche namentlich durch die Commissare in Augsburg und Ulm zumeist bis Ostern [April 6] in Dienst genommen seien, noch einen halben oder ganzen Monat länger «in verspruch

nr. 571.

¹ Ebenda fol. 141-44: Der Ausschuss schlägt mit Umgehung der streitigen Punkte vor, der Kaiser solle einfach einen 18 monatlichen Anstand zwischen beiden Religionsparteien aufrichten derart, dass keine die andere angriffe, und dass die Prozesse in den namhaft gemachten Sachen suspendiert würden. Die Geistlichen sollten ihre Zinsen, Renten etc., soweit sie dieselben «noch under handen oder inhaben», während des Anstands behalten, jedoch nach Abzug dessen, was für Kirchen, Schulen etc. notwendig gebraucht würde.

² = Quackenbrück (Kreis Bersenbrück).

und bestellung » behalten sollten. Die Stände hätten diesen Antrag des Ausschusses gebilligt und, obwohl die meisten eigentlich keinen Befehl zu neuen Bewilligungen gehabt hätten, doch eine weitere Auflage von 20 000 fl. beschlossen. Dat. Frankfurt 1. April « morgens zwischen 7 und 8 uren » a. 39. — Empf. April 2, pr. April 5 « vor ret und XXI ».

597. Jacob Sturm an die Dreizehn.

April 1.
Frankfurt.

Str. St. Arch. AA 475. Orig.

Die niederländischen Knechte wahrscheinlich von Heinrich von Braunschweig bestellt, um zuerst den Grafen von Hoya, sodann Minden oder Hessen zu überfallen. Man müsse den Grafen schützen, obwohl er nicht im Bunde sei. Strassburg möge einige tausend Gulden dafür opfern.

- nr. 596. « Fug euch zu wissen, das m. g. her, der landgrave, fursorg tregt, das dise niderlendische knecht uf anstiftung herzog Heinrichs von Braunschweig versamlet seien worden, under dem schein, das ein edelman, Franz von Hall genant, so ein ansprach an den graven von Hoy hat, welcher grave des landgraven lehenman ist und das evangelium in seiner graveschaft predigen lost, den bemelten graven überziehen solle. nun ligt sein grafschaft zwisten Bremen und Minden uf der Weser, also das, wo der fride oder anstand hie nit ufgericht, mocht herzog Heinrich den haufen von stund an an sich nemen und Minden in kraft der acht überzucken oder villicht durch den stift Munster den landgraven überfallen, als der im sein schreiber wider den landfriden, wie er es in sinen schriften furgibt, nidergeworfen und noch enthelt. nun ist diser argwon nit allein bei dem landgraven, sonder auch bei vil andern, der ursach halben die stend hie bewilligt, die reuter und knecht noch lenger zu erhalten, [damit] im fall, wo es die vogenant meinong haben solt, man dester ehe zur gegenwere komen möchte. es vermeint aber min her, der landgrave, und etlich ander, es sei nit so lang zu gewarten, bis man sehe, das der zug über Minden oder Hessen gange; dan man konte sobald mit den knechten und reutern nit ufkomen, es wer schon ein grosser schaden geschehen und ein teil lands verlorn. derhalben achten si, es wer besser, wo man sehe, das der zug über den graven von der Hoy gieng, das man ine, dweil er auch evangelisch, also wider den lantfriden nit überzucken liesz, sonder den unkost daruf want und understünd, die knecht zu schlagen. wolt sich sin dan herzog Heinrich annemen, hett man desto meer und fuglicher ursach, sich gegen ime als einem landfridbruchigen zu halten. wer es dan, das er sich sin nit anneme, wurd es diser verstentnus ein namen machen, das si den graven, der nit in ir pundnus wer, geschirmt hetten, und wer domit dem gegenteil die ander practick auch gebrochen. nun acht ich aber, das sich in disem fall gemeine stend hart einer einhelligen meinong verglichen werden, sonder solt darin geschlossen werden, das es durch die stimen müste geschehen.» Bittet um die Meinung der Dreizehn, zugleich aber um Geheimhaltung der Sache. «ich bedenk, das es villicht gut solt sein, ob man von gemeiner statt Stroszburg wegen etlich dausent gulden gewogt hette, domit man sehe, wie sich jederman in diser verstentnüs mit der hilf erzeigen wolte, [damit]
- nr. 545.

im fall, so etwas mangels dorin sein wolt, man sich kunftiglich desto basz zu richten hette.» — «Dat. Frankfurt prima aprilis a. etc. 39.» — Empf. April 2.

Kanzleivermerk: «Montag [*lies: Mittwoch*] den 2 ap. 10 vormitag, als rat u. XXI ufstanden, gelesen in beisein her Wormbsers st[*ettmeiste*]rs, her Pfarrers a[*mmeste*]rs, her Bocks, her Roeders, her Kniehsen, her Herrlins, her Miagen, Meyers et Betscholtz u. erkant: ein missive anzustellen u. noch essen horen.»

598. Die Dreizehn an Jacob Sturm, Ulman Bäcklin und Batt von Duntzenheim in Frankfurt. April 2.

Str. St. Arch. AA 478.

Ueber die Fassung des Artikels von den geistlichen Gütern. Billigung der evang. Gegenrüstungen.

In Erwidernng des Briefs vom 1. April verweisen sie auf ihre früheren Ratschläge vom 23. und 26. März, an denen sie im ganzen festhalten; «und sovil weiter, das wir bedenken, das der articul, das man den gaistlichen die zins und gült, so sie noch bei ihren handen hetten, solte volgen lassen, sie enthielten sich, wa sie wolten, zu vil weitläufig und disem tail sonderlich deren halben, so künftig zu uns kommen möchten, schwerlich sein wöll, dann er seer disputierlich und newe zänk geben werde, wie ir selbs als die verständigen zu bedenken haben nach notturft. derwegen so were unser bedunken, so möglich, denselben puncten nit anders dann uf die masz, von den ständen dis tails hievor fürbracht, zu bewilligen und, so es uf denselben weg nit sein möcht, ganz frei zu lassen und uf die Nürnbergisch vergleichung der religion zu stellen.» Die niederländischen Werbungen seien höchst verdächtig und erforderten grosse Vorsicht. Im Hinblick auf dieselben sind sie damit einverstanden, dass die Stände ihr Kriegsvolk noch länger beisammen behielten, und wollen auch die im Strassburger Solde stehenden Knechte noch nicht entlassen. Auch die neue Anlage wollen sie gern bewilligen, «allain das man sich dis tails dermassen erzaig, das die gegentail bei uns dhein zaghafte oder nachlässigkeit spüren, sonder sehen, das wir steif bei dem handel des herren zu pleiben willens seien.» — Dat. «zwischen fünf und sechs uhren nachmittag» Mi. 2. April a. 39. — Empf. «Frankfort am korffitag [April 4] am morgen ante quintam.»

nr. 596.

nr.590,592

p.585 A.1.

nr. 579.

599. Die Dreizehn an Jacob Sturm in Frankfurt. April 2.

Str. St. Arch. AA 478. Ausf. von Joh. Meyer.

Antwort auf den Brief vom 1. April. Sind auch der Meinung, dass es mit der niederländischen Rüstung wahrscheinlich auf die Evangelischen abgesehen sei, namentlich deshalb, weil das Kammergericht der Bitte des Stifts Bremen um Erlass von Mandaten gegen die Werbungen nicht Gehör geschenkt habe. Vermutlich sei es die Absicht der Gegner, entweder das geächtete Minden oder den als Landfriedensbrecher geltenden Landgrafen oder England oder Dänemark anzugreifen. Sind deshalb damit einverstanden, dass die Evangelischen sich zur Gegenwehr gefasst machen und den zunächst

nr. 597.

p. 574.

bedrohten Grafen von Hoya schützen. Schliessen sich auch sonst dem Gutachten Sturms an. Käme es über die Unterstützung des Grafen zur Abstimmung, so sollten die Gesandten für dieselbe eintreten. Strassburg werde seinen gebührenden Anteil an der Gegenwehr gern leisten. Dat. Mi. 2. April «zwischen V und VI nachmittag» a. 39.

600. Jacob Sturm, Ulman Böcklin und Batt von Duntzenheim an die Dreizehn.

April 3.
Frankfurt.

Str. St. Arch. AA 475. Ausf. von Duntzenheim. Adresse und Unterschrift von Sturm. Beilage ebenda f. 454-57. Copie.

Neue Vorschläge des kaiserl. Orators und Antwort der Evang. Beschwerde wegen der feindl. Rüstungen fruchtlos. Schreiben deswegen an Baiern. Verhandlung mit England. Vollmacht der Kriegsräte. Beilage: Entwurf des Orators für den Anstand.

Gestern hätten die Unterhändler den Ständen neue Vorschläge des kaiserlichen Orators übergeben laut beiliegender Copie (s. Beilage). «deweil nun dis des orators endlich meinung, so begerten si, wir wolten bedenken, was der deutschen nation am friden gelegen, besonderlich deweil der Dürk also in emsiger und grosser rustung were, und uns mit furderlicher und dienstlicher antwort wider vernemen lassen.» Darauf hätte der Ausschuss im Namen der Stände eine Antwort verfasst, welche man noch heute den Unterhändlern übergeben werde¹.

nr. 596.

Wegen der Ansammlung von Knechten in den Niederlanden, welche noch immer fortschreite, habe man sich bei Pfalz und Brandenburg beschwert; «die haben kein ander antwort geben, dan das si es dem orator furgehalten haben; der sag, er hab kein wissens davon², derhalben ir bitt, das wir mit der gegenrustung gemach thun wollen. so hat man herzog Wilhelm von Beieren geschriben (*), wolchermassen die knecht sich im niderland samlen, derhalben wir unser rustung weiter erstreckt. so im nun solichs furkeme, si unser beger, solichs nit der meinung zu vernemen, als ob man gegen ime oder einichem stand des richs, der friden gegen uns halte, etwas furzunemen willens sei, sonder uns allein gegen geschwinden uberfall ufzuhalten, mit etwas lenger usfurung, welichermosz man disses tails gesinnet sei etc., und das alles darumb, ob herzog Heinrich von Brunschweig die knecht, wie man acht, vergardet hett, das ime die fursten von Beieren desto minder hilf theten. mit Engeland wurt man sich in handlung inlassen, wie ir zu unser ankunft, wils gott, weiter vernemen werden³. wurt kein anstand hie erlangt, so wurt man unser achtung die stim- und kriegsret hie behalten oder aber uf ein anderen gelegenen platz bescheiden und inen

¹ Ebenda fol. 459 ff. Die Stände lehnen die Vorschläge besonders deshalb ab, weil danach die künftigen Anhänger ihrer Confession vom Frieden ausgeschlossen sein sollten.

² Nach Ratsprot. fol. 105 erwiderte Lunden gelegentlich auf eine derartige Beschwerde wegen der Rüstungen: «ob der gegenteil sitzen sollt, wie die alten weiber? item ob diese stend kai. mt. und andern stenden des reichs maszen geben wolten, wie sie sich rüsten solten oder nit?»

³ Der Bericht, welchen die Gesandten nach ihrer Rückkehr am 3. Mai vor Rat und XXI erstatteten, enthält nichts darüber. (Ratsprot. fol. 103 ff.). Vgl. unten nr. 602 am Schluss.

villicht gewolt geben, sich mit der gegenwere noch gelegenheit der leuf und kundschaften zu schicken.» — Dat. Frankfurt Do. 3. April a. 39 «zwisten zweien und drei uren nachmittag.» — Empf. April 4, pr. April 5 «zwis hen 6 und 7 vormitag.»

BEILAGE.

Vorschlag des kaiserlichen Orators zur Aufrichtung eines friedlichen Anstands.

1) Der Nürnberger Friede soll seinem Wortlaut nach bis zum nächsten Reichstage nach Ablauf des unten erwähnten Anstandes in Kraft bleiben.

2) Es soll ein 15monatlicher Anstand aufgerichtet werden, während dessen die jetzt der Augsburger Confession angehörigen Stände von niemandem der Religion wegen überzogen oder vergewaltigt werden sollen. Auch sollen alle von ihnen namhaft gemachten Prozesse am Kammer- und andern Gerichten sowie die Acht gegen Minden «in mitler zeit gedachts anstands und des werenden Nuernbergischen fridstands, wie oben darvon meldung beschehen ist, wurdlich suspendirt, und in gleichen sachen wider sie nit procedirt werden.» Andererseits sollen auch die jetzigen Anhänger der Augsburger Confession inzwischen niemand der Religion wegen bekriegen etc. «noch auch hinfuro in zeit dis anstands und Nuernbergischen fridstands von newem niemands weiter in ire pundnus beruefen; ob auch jemand derhalben bei inen ansuchen wurde, dieselben nit annemen, versprechen noch vertedingen» etc. «es sollen auch die offgemelten der Augspurgischen confession und derselbigen religion verwandten hinfuro keinen gaistlichen, wo der gesessen, wohin der entwichen oder wonhaftig ist, des seinen weiter entsetzen noch entweren, sonder auch den gaistlichen, die bei irer vocation bleiben, daruber entwichen oder vertriben seind, ire einkomen, so sie ausserhalb der herschaften oder obrikaiten dieser Augspurgischen confession und derselben religion verwandt ligen und fallen haben, fridlich und unverhindert allermeniglichs volgen, unangesehen, das si bei iren beneficien, stiften, gotsheusern und clöstern nit sein mögen noch gelitten werden. und wo ain hoher tumb- oder ander stift in ainer statt oder anderswo gelegen, so sollen auch die personen des hohen oder anderer stift, so sie gleichwol bei der hauptkirchen nit weren, ire zins rent und gulten, zu solchen hohen tumb- oder andern stiften gehörig, dergleichen ire heuser und höve zu besitzen, zu bewonen und ze niessen mitler zeit dis anstands volgen, doch das sie sich diesem fridstand gemesz halten und darwider nicht practicieren, furnemen noch handeln.»

3) Der Kaiser soll ungefähr auf den 1. August einen Tag zu Nürnberg ausschreiben, auf dem die Stände beider Glaubensparteien einen Ausschuss von friedliebenden und versöhnlichen Theologen und Laien wählen sollen, der seinerseits wieder einen engeren Ausschuss auszusondern hat, um auf gütliche Vergleichung des religiösen Zwiespalts zu handeln und die Resultate der Verhandlungen den Ständen vorzutragen. Obwohl die Protestierenden von der Zuziehung eines päpstlichen Vertreters nichts wissen wollen, so soll doch dem Kaiser überlassen sein, den Papst zur Beschickung des Tages aufzufordern. Der Kaiser und der König sollen auch Bevollmächtigte senden,

welche namentlich in den Punkten, an denen sich die Vergleichung stösst, vermitteln sollen. «und was also einträchtiglich mit gutem willen von den stenden baiden tailen oder durch mittel der verordneten von Rom. kai. und kon. mt. bewilligt und beschlossen wirdet, das soll durch der kai. mt. oratorn, wie er sich erpoten hat, in kraft seines habenden gewalts in namen Rom. kai. mt. ratificiert werden, oder aber die stend von baiden tailen mögen — ob sie wöllen — die Rom. kai. mt. undertheniglich ersuchen, solche vergleichung durch mittel aines reichstags oder in andere gepuerliche wege, hierzu dienstlich und notturtig, ze ratificiern, ze publiciern und darob ze halten.»

601. Die Dreizehn an Jacob Sturm, Ulman Böcklin und Batt von Duntzenheim in Frankfurt.

April 5.

Str. St. Arch. AA 478. Ausf.

Darlegung, weshalb der letzte Vorschlag des Orators, die geistlichen Güter betreffend, namentlich für die Städte beschwerlich sei. Das Religionsgespräch anzunehmen unter der Bedingung, dass es unverbindlich sein sollte. Dienstanerbietung von eidgenöss. Hakenschützen. Zeitung aus Basel. Verhältnis Englands zu Frankreich.

Man habe den Brief vom 3. April empfangen und lasse es im allgemeinen bezüglich der Friedensbedingungen bei den früher mitgeteilten Gutachten bewenden. «wir wöllen euch aber nit verhalten, das wir den puncten der gaistlichen güter halben, inmassen der in jüngster uns geschickter schrift begriffen, für seer beschwerlich erwegen, sonderlich der sättt halben; dann die fürsten gar weite land und oberkaiten haben, das obgleich, was ausserthalb derselben für zins und gült weren, den abgedrehten genanten gaistlichen gevolgt, würde dasselbig dannoch ganz clain sein; zudem ihren eins tails mit ihren genachpurten velleicht solche verständnüs haben oder aber die, so in unser verain seind, mit ihren landen, herrschaften und oberkaiten hin und wider also zusammenstossen, das es ihnen vil leichtlicher zu thon und gar vil mehr bei ihnen pleiben würde, weder bei den stetten, die den mehrern tail gar enge herrschaften herrlichkeiten und oberkaiten und die zins gülten und güter der genanten gaistlichen den mehrern tail under anderen ober- und herrlichaiten fallen haben. es würde auch unsers achtens uns und anderen stätten sonderlich grossen und newen zank gegen denen münchen, so noch ausgetreten, bringen und anderen gaistlichen ursach geben mögen, sich an ort und end, ihnen der religion halben anmütig und gelegen, zu thon und ihrer clöster und pfrunden nutzung daselbsthin und von uns zu ziehen, und gewiszlich dis argument und fürhaben letstlich geben, das sie sagen werden, sie seien die rechten conventspersonen, derhalben ihnen auch die gefäll gevolgt, und werden neue convent an selben orten ufrichten, andere an und zu ihnen nemen und letstlich dahin kommen, das dieselben zins und gülten, so ihnen also gevolgt, von denen orten, dahin sie gestift, werden gezogen, anderswahin bewandt und nimmermehr dahin kommen, dahin sie geschafft seind, und also wider uns gebraucht werden. und was man ihnen darein tragen würdet, werden sie sagen, man treib gewalt, neme ihnen mit der that das ihr, dessen sie in besitz seien und

handle wider solchen fridstand. und so derselbig schon sein end haben würdet, werden sie doch für und für ihren besitz fürwenden und wöllen, das sie desselben one recht nit entsetzt werden sollen. was dasselbig für ein beschwerd, sonderlich gegen denen stätten, die nit vil lands und herrlichaiten ausserthalben ihrer mauren und burghann haben, auch weiter müseligkeit, so es berechtiget solte werden, bringen würde, haben ir als die verständigen zu ermassen, und das es endlich nit bestohn mög, sonder zu ferrerm unfriden gelangen, der uns dann der zeit vil unglümpflicher were, dann so man sich jertz im selben nichts begeben thäte.» Deshalb solle man den Artikel in der vorgeschlagenen Form nicht annehmen, sondern ihn entweder bessern oder ganz umgehen.

«Sodann des gesprächs vergleichung der religion halben, wiewol aus dem fürschatz und wir sehen unsere gegentail noch gesinnet, nit hoffentlich, das etwas fruchtbars ausgericht werde, mögen wir dannoch desselben fürgang wol leiden; doch das das dermassen beschehe, das es unverdingt mit baidertail wissen und willen zugang und demnach wider des anderen willen nichts beschlossen und statuiert werde, sonder das nach demselben jeder tail frei seie, zu glauben und zu halten, was ihn gott der allmächtig und sein aigen gewissen gegen demselben leren und weisen würdet.»

Die Ansammlung von Knechten im Niederland sei sehr verdächtig und gefährlich. Jacob Mayer von Basel habe an Mathis Pfarrer geschrieben (*), dass sich bei den Drei Bünden 400-500 «auserlesene gute schützen mit halben haken» befänden, welche bereit wären, den Protestierenden gegen jedermann, ausgenommen die Eidgenossen, zu dienen. Die Gesandten sollten bei den Ständen in Frankfurt anfragen, ob man dieses Kriegsvolk annehmen sollte, und sofort Bescheid schicken.

«So schreiben uns die von Basel (*), das sie villeicht fürsorg tragen, das der kaiserlich orator seines fürnehmens von etlichen orten der Eidgenossenschaft nit wenig möcht gesterkt werden; und das kai. mt. groszhovemaister, der her von Reys¹, den ersten aprilis bei ihnen gesein und under andern anzaigt, wie die könig zu Frankreich und Engelland einander entsagt, angreifen und in öffentlicher ved standen. ferner so ist doctor Gervasius², euch hern Jacoben bekandt, alhie; der soll sich gegen dem Sturmen alhie, der da list³, haben hören lassen, der könig von Engelland hab sein botschaft bei der kai. mt. gehapt und begert, mit ihr ein bündnüs zu machen wider meniglich, auch wider den könig zu Frankenreich. denselben hab die kai. mt. nit horen wöllen, dann in gegenwürtigkeit der Französischen botschaft, die an dem kaiserischen hove seie, in derselben angehört auch die Engesch botschaft das fürgetragen. wiewol euch, herr Jacoben, des sagers und doctors person bekandt und ir wissen mögen, was glaubens oder ungläubens darauf zu geben oder zu setzen, so haben wir euch doch dis alles im besten nit könden noch wöllen bergen.» Dat. Sa. 5. April zw. 4 u. 5 Uhr nachmittags a. 39. — Empf. April 7.

¹ Adrian von Croy, Graf von Reux.

² Gervasius Schuler, der Memminger Prediger?

³ Johannes Sturm, der Humanist.

602. Jacob Sturm, Ulman Böcklin und Batt von Duntzenheim an die
Dreizehn.

April 8.
Frankfurt.

Str. St. Arch. AA 475 f. 58-61. Ausf. von M. Hau.

Verhandlung über die Forderung, dass die Protestierenden niemand weiter in ihr Bündnis nehmen sollten. Neuer Entwurf der Prot. für den Anstand. Ueber das niederländische Kriegsvolk. Bündische Hakenschützen. Englische Botschaft.

nr. 601.

Antwort auf das Schreiben vom 5. April. Die beiden Kurfürsten von Pfalz und Brandenburg hätten nach allerlei Verhandlungen mit dem Orator und den königlichen Commissaren am 4. April die sechs Verordneten der Protestierenden berufen und anzeigen lassen: «nachdem es sich irs bedunkens allain an dem artikel stossen wölt, das wir niemands ferner in unser pundnus nemen solten, und das wir es der gewissen halb für beswerlich hielten, so hetten sie uf vier weg gedacht, die wir euch hie mit n^o 1 bezaichnet zuschicken¹, dadurch der artikel also möchte gemiltert werden, das er disem tail der gewissen halb unbeswerlich sein möcht.» Der Orator habe nach Aussage der Unterhändler ausdrücklichen Befehl des Kaisers, darauf zu bestehen, dass die Protestierenden während des Anstands oder Friedens niemand in ihren Bund aufnahmen.

Die Verordneten hätten darauf die Vorschläge der Kurfürsten an die Stände gebracht, welche am 4. und 5. April beratschlagt hätten; «und wiewol der landgraf ain artikel stellen lassen, wie er vermaint, das man sich begeben solt — laut der copi n^o 2 —, allain in zeit des jährlichen oder 18 monatigen anstands niemands in unser pundnus ze nemen² mit vilerlai anzaig, warumb er nit fur gut ansehe, das man den anstand zerschlagen und zum krieg solt komen lassen, so haben doch der mehrtail stend für besser angesehen, das man denselben artikel underliesse und die angezaigten vier weg abschluenge, mit einem erpieten, wie ir aus beigelegter schrift, mit n^o 3 verzaichnet, vernemen werden³; weliche schrift auch also vergangens

¹ Ebenda f. 165. Es sollte an den Artikel, wonach während des Anstands und des Nürnberger Friedens niemand weiter in den Schmalkaldischen Bund aufgenommen werden dürfte, eine der folgenden vier Klauseln gehängt werden: 1) dass sich die Protestierenden damit dessen, was ihnen der Kaiser aus besonderer Gnade im Nürnberger Frieden und in dem Schreiben aus Savigliano (oben nr. 403) zugesagt hätte, keineswegs begeben wollten. 2) «doch wöllen die protestierende hiemit unverbunden sein, wo jemand der Augspurgischen confession und religion halben beschwert oder vergewaltigt wurde, demselben mit christlichem und geburlichem rat und furderung zu erscheinen.» 3) «das in disem anstand der wort, der man sich im Nurenbergischen stilstand dis falls gebraucht, und wes auch kai. mt. in irem schreiben aus Saphilion vermeldet, one verengerung oder erweiterung gestellt wurde.» 4) Dass die Stände eine offene Erklärung beifügten, wonach sie sich durch Annahme des Artikels nicht verwehren lassen wollten, denen, die der Religion wegen beschwert würden, «geburenden und christlichen rat und furderung» zuzuwenden.

² Ebenda fol. 167. Das Verbot der Bundeserweiterung sollte danach anstatt auf die Dauer des Nürnberger Friedens nur auf diejenige des Anstands beschränkt sein, und auch innerhalb dieser Zeit sollte es den Protestierenden unverwehrt sein, die nicht im Bunde befindlichen Glaubensgenossen gegen einen etwaigen Angriff zu verteidigen; nur offensiv sollten sie nicht vorgehen dürfen.

³ Ebenda f. 168. Die Stände schlugen darin einen Anstand mit Auslassung der streitigen Artikel vor. Vgl. oben p. 585 A. 1.

samstags spat [April 5] gegen abend den baiden curfursten uberantwort worden. also haben die baide curfursten morgens am ostertag [April 6] begert, das der curfurst von Sachsen mitsamt dem geordneten ausschutz in des landgrafen herberg zu zwo uren nachmittag erscheinen; wölten sie persönlich zu inen komen. seind also erschienen und in beisein des curf., landgraven und des ausschutzes ein lange rede lassen thun, mit erzelung, wie lang sie hie gelegen, mit was trewem vleisz sie die handlung gemaint; hetten sich also dis abschlags nit versehen. solte nun die sach zerschlagen, was nachtail der teutschen nation und uns allen daraus entstan wurde, sonderlich dieweil der Turk in solicher rustung, hetten wir selbs zu bedenken, und zuletzt darauf beschlossen, das sie ain kurzen artikel gestellt laut der copien hiebei n^o 4¹; den achten sie uns wol annemblich; dann dweil darin versehen, das in zeit dis anstands niemands der religion halber vergwältigt oder beswert sollte werden, so were von unnöten, jemens derhalben mit pundnussen oder sonst zu beschurmen.» Darauf hätten die Stände heute laut beiliegender Copie geantwortet², «und halten es die stend darfur, dweil im andern artikel versehen, das der Nuernbergisch fridstand und Regenspurgischs mandat nach ausgang des anstands nit aufgehoben sonder weren soll etc., und dann dasselbig mandat uf alle stend des reichs in gemain gestellt, es sei damit stillswigend versehen, das die zukunfftigen in solichem friden auch begriffen und nit ausgeschlossen seien; dann solichs ustruckenlich und öffentlich bei der kai. mt. zu erhalten, ist us vil ursachen unmöglich. so seind die zwen artikel, des nit innemens in die pundnus und dan die gaistlichen gueter belangend, allain in zeit des anstands gestellet und doch der anhang etwas gebessert im ubergabnen artikel, wie ir aus der verzeichnus sehen werden. was nun weiter hierauf folgen, können wir nit wissen, allain das wir sorgen, der orator werd noch weiter darin suchen, nämblich des anhangs halber, das in gleichnus das ander tail auch niemands mehr in ire pundnus nemen sollen, und das der anhang mit den pfarren, predigämtern, schulen etc. im artikl, die gaistlichen gueter belangend, herausgelassen und der artikel nit allain uf den anstand, sonder uf den Nuernbergischen fridsstand gestellt soll werden. so möchte auch des bapsts und Turkenhilf halb etwas fürfallen; wir achten aber, das der mehrertail der stend nit bald weiter sich tringen werd lassen.»

Die niederländischen Knechte zögen auf Bremen zu; sie würden auf 6000 geschätzt und hätten noch keinen namhaft gemachten Herren. «wöllen kain bevelsman under inen leiden, der Sächsisch oder Hessisch sei.» Der König von Dänemark beabsichtige, in Holstein «ain gegenlaufen» zu veranstalten³.

nr. 596.

¹ Ebenda vor fol. 172. Er lautet: «noch auch in zeit des anstands von newem jemens in ir pundnus berufen noch annemen; so solle auch in mittler zeit dises anstands der religion halben niemands vergwältigt noch beswert werden laut des Nurenbergischen fridstands und des schreibens, so kai. mt. den protestierenden aus Saviliano gethan haben soll.»

² S. unten nr. 668 Beilage.

³ Im Str. St. Arch. AA 480 findet sich Copie eines Briefs, den der nach Bremen gesandte Commissar Bernhard von Mila am 5. April an Sachsen richtete (vgl. oben nr. 589). Danach lügen die Knechte, ungefähr 5000 stark, bei Bremen, hätten aber Mangel an Proviant und sich

- nr. 601. «Der hakenschützen halb us den punden hab ich, J a c o b S t u r m, den fursten angezaigt; die achten, es sei ain tag oder vier mit zu verziehen, zü sehen, wie sich der tag enden wölle. wo dann kain anstand ervolgt, sehe sie für gut an, mit inen auf underhaltung handeln ze lassen. des könig von Engellands potschaft ist hie abgefertigt und ir zusag geschehen, jemens bald hinach ze schicken, der mit irer mt. handeln soll¹.» — Dat. Frankfurt Di. 8. April a. 39 «umb 2 uren nachmittag». — Empf. April 9, pr. coram XXI April 14.

603. Die Dreizehn an Jacob Sturm, Ulman Böcklin und Batt von Duntzenheim in Frankfurt. April 10.

Str. St. Arch. AA 478. Ausf.

Unzufriedenheit über die Nachgiebigkeit der Stände bei den Anstandsverhandlungen.

- nr. 602. Antwort auf den Brief vom 8. April. Sind sehr unzufrieden mit der Nachgiebigkeit und Lässigkeit der Stände bei den Frankfurter Verhandlungen. Man müsse eher auf die Erlangung eines Anstands verzichten, als dass man die künftigen Anhänger des Evangeliums irgendwie preisgebe oder im Stich lasse. «will es dann bei den ständen dis tails nit sein, so müssen sie doch einmal wissen, das es wider unsern willen beschicht, und müssen wirs gott bevelen. demselben getrewen wir und hoffen ganzlich, er werd es alles zu nicht machen, sterker und weiser sein, dann menschliche sterke und anschlag. das wöllen ir, unser mainung sein, den fürsten und ständen mündlich anzaigen.»

Beiliegende Zeitungen, die von Herzog Ulrich gekommen (*), bewiesen, «das die not dannoch nit vorhanden, das man sich in soliche mittel soll treiben lassen, durch die wir vor gott und auch den paffen selbs zu spott und schanden werden müssen.» — Dat. Do. 10. April a. 39. Empf. April 11.

604. Die Dreizehn von Basel an die Dreizehn von Strassburg. April 11.

Str. St. Arch. AA 478. Copie.

Die kaiserlichen Rüstungen gegen die Türken eingestellt. Auch Venedig handelt mit letzteren wegen eines Friedens. Savoyen, Kaiser, Papst und Frankreich sollen in Barcelona zusammenkommen. In Ungarn ist es still.

«In disser stund hat uns von redlichen eerlichen personen glaublich angelangt, zudem auch etliche der unsern die brief, so — wie volgt — von Janua und Nissa kommen, selbs gelesen, das Andreas Dorea mit aller

deshalb an die Stadt gewandt. Letztere hätte ihnen auf seinen Rat Erfüllung ihrer Forderungen versprochen unter der Bedingung, dass sie sich den Protestierenden zur Disposition stellten. Darauf hätte das Kriegsvolk zunächst erklärt, wenn es von seinem Herrn in drei Tagen kein Geld oder Bestallung erhielte, wollte es den Vorschlag annehmen; gestern aber hätte es den Bremern abschlägige Antwort erteilt. Doch habe er, Bernhard, die Hoffnung noch nicht aufgegeben, die Knechte mit etwa 3000 fl. an sich zu bringen. (Erwähnt von Lenz I p. 86 A. 4.)

¹ Die evangelischen Gesandten reisten noch am selben Tage (April 8) nach London ab (Lenz I 89 Anm.). Auszug aus ihrer Instruction s. bei Seckendorf III § 73.

schiffung, so er wider den Türken gefürt, jetzt kurzlich zu Janua und Crurig [?] ankommen, das auch die schiff daselbst one alle fernere rüstungen still standen, alles korn und getraide, so dis ganzes jar uf soliche schiffungen ufkauft, widerumb fail seie, auch verkauft werde; und gang ein starke red, das die kai. mt. ainen fridenstand mit dem Türken erlangt habe uf zwai jar lang¹, darumben die schiffungen ungerüstet stand, auch die getraid widerumben verkaufen lassen, dessen die Venediger, so von dem Türken eben vil schadens empfangen, übel zufriden; haben auch ein treffenliche botschaft verordnet, die den zehenden tag dis monats aprilis verrucken, zu dem Turken an ein benant ort kommen und auch von einem friden, inmassen sie und die ihren vor ihme gesichert, handeln sollen². uf das sie das herzogtumb Mailand mit kriegsvolk vast erledigt. allain seind noch etlich plätz, dem herzogen von Safoi zuständig, von den kaiserischen besetzt, die thüend dem herzogen selbs den höchsten schaden, machen ihn also unlustig, das er, der herzog, sich soll hören lon, dweil der kaiser ihne so gar fallen lassen, dheiner hilf von seiner mt. gewertig, seie er willens, ihme selbs gegen seinen veinden friden ze machen. ferner hat die kai. mt. ihren wechsel gemacht, das in disem monat zwaimalhunderttaussent ducaten gein Augspurg in ihrem namen erlegt und geantwurtet, und sollend der kaiser, könig zu Frankreich und der bapst uf das allerbäldist zu Parsilona zusammenkomen, von gehaimen sachen ze ratschlagen, und das aus anrichtung des bapsts. so haben wir schriften aus Hungern gesehen, zaigen under anderm an, es seie in Hungern ganz still, versehe sich dismals niemand dheins kriegs vom Türken.» Wenn dem so sei, so könne es nicht wunder nehmen, dass der kaiserliche Orator in Frankfurt sich bei den Verhandlungen so unzugänglich zeige. Dat. «eilends» Fr. 11. April a. 39.

nr. 595.

605. Die Dreizehn an Jacob Sturm, Ulman Böcklin und Batt von Duntzenheim in Frankfurt. April 12.

Str. St. Arch. AA 478. Ausf.

Friede Venedigs mit den Türken.

Uebersenden Zeitungen aus Basel. «so saget unser stattschreiber, das er von maister Jacob Bedroten und Hansen Sturmen gehört, das gestern ein doctor bei ihnen gewesen, der etlich zeit in Italien studiert und allererst den nächsten von Padua häraus reit, seie ein Hollender; der und ein kaufman, so mit ihm reite, zaigen an, das die Venediger knecht annemen, und wiewol es den namen hab, als solt es wider den Türken sein, so seie doch war, das des Andreae Gritin, ihrs abgestorbenen herzogen son³, von ihrentwegen bei dem Türken gewesen, der widerkommen und einen hundertjährigen friden zwüschen ihnen und dem Türken bracht

nr. 604.

¹ Dies ist nur insoweit richtig, als der Kaiser allerdings in Verhandlungen mit der Pforte stand, während die Venediger den Krieg allein weiter führten. Zinkeisen II 786 ff.

² A. a. O. p. 792. Ein Waffenstillstand zwischen Venedig und den Türken war bereits am 20. März auf drei Monate geschlossen worden. Der Friede kam erst im Herbst 1540 zustande.

³ Lorenzo Gritti.

haben soll, also das man dafür hab, das sie die knecht allain darumben annemen, das sie sich jetzo umb desselben friden willen vor dem bapst, kai. mt. und dem könig von Frankenreich fürchten.

- nr. 602. Der letzten uns zugeschribenen articul halben des fridlichen anstands möchten wir noch heut bei tag unsers tails lieber haben, das sie nit angenommen, dann das sie fürgang haben solten; hofften, das es gegen gott und den menschen gar besser und eerlicher sein würde. — Dat. Sa. «zwüschen zwai und dreien uhren nachmittag den 12. aprilis a. etc. 39.» — Empf. April 13.

606. Jacob Sturm, Ulman Böcklin und Batt von Duntzenheim an die Dreizehn.

April 15.
Frankfurt.

Str. St. Arch. AA 475 f. 62-67. Ausf. von Böcklin. Zettel ebenda von M. Hau.

Nachgiebigkeit der Evang. Gleichwohl deren letzte Vorschläge vom Orator zurückgewiesen. Vermittlungsvorschlag der Unterhändler trotz Strassburgs Widerspruch etc. von den Ständen angenommen, aber vom Orator wieder abgeändert. Die Stände darauf im Begriff, abschlägig zu antworten, als bedenkliche Nachrichten über den Vormarsch der niederländischen Knechte gegen Lüneburg eintreffen. Herzoge von Lüneburg bitten um Hilfe. Der Landgraf verlangt, dass die Kriegsräte zu ihm nach Giessen kommen. Beratung der Stände hierüber bevorstehend. Zettel: Abfertigung Fürstenbergs. Geschenke für ihn und seine Leute.

- nr. 603, 605 Antworten auf die Briefe vom 10. und 12. April, sie hätten stets mit bestem Fleiss dahin gehandelt, dass «dem wort gottes sein lauf nit verhindert. es hat aber bei etlichen furnemen stenden nit dafür angesehen wöllen werden, das durch diese euch überschickte mittel der lauf des evangeli gehindert werde; derhalben sie von dem merertail — wiewol nit ohne beschwerden — bewilligt worden, us ursachen, wie ir von Conrad Joham nummer vernomen, und wir euch zu unser ankunft, wils gott, wol ferner berichten wöllen. wie sie aber durch die beiden handelschurfursten dem orator furgeschlagen und ubergeben, hat er die nit willigen oder annemen wöllen.» Dies hätten die Unterhändler am 10. April dem Ausschuss angezeigt und dabei mitgeteilt, dass der Orator namentlich keine Vollmacht hätte, «die kai. mt. als das alleroberst haupt dohin zu verbinden, sich in zeit des anstands in kain verner pundnus zu geben.» Darauf hätten dieselben den Ständen zwei neue Vorschläge unterbreitet laut beiliegender Copie¹. Darüber sei nun von den Protestierenden am 11. April beraten worden, und zwar hätten sie, die Abgesandten Strassburgs, auf Grund des letzten Briefs
- nr. 603. der Dreizehn gegen die Annahme der Vorschläge gesprochen und den Brief selber zum Teil vor den Ständen verlesen. «es haben aber etlich so heftig

¹ Ebenda fol. 178 ff. Sie laufen wesentlich darauf hinaus, dass der Anstand, wie er zuletzt von den Protestierenden vorgeschlagen worden (vgl. nr. 602 und 608 Beil.), auf 6 Monate gültig sein, und innerhalb dieser Zeit der Kaiser um Bewilligung des Artikels, welcher die Erweiterung des katholischen Nürnberger Bundes verbot, ersucht werden sollte. Wäre derselbe dazu bereit, so sollte er zugleich um Verlängerung des Anstands gebeten werden; wenn nicht, so sollte es einfach beim Nürnberger Frieden bleiben.

dagegen persuadiert, das, wiewol der merertail sich dieser mittel zum höchsten beschwert, doch zuletzt dahin geschlossen, das man antwort geben», wie ir us hiebi verwarter schrift, mit n^o 2 verzeicht¹, vernemen werden, und je gemaint, dweil die zeit so kurz, si es besser, man lide sich dieselb kurz zeit, dann das ein trennung oder unwillen zwuschen den stenden erweckt gespurt werde.»

Diese Schrift hätte man am 12. April den Unterhändlern Pfalz und Brandenburg zugestellt, welche darüber längere Zeit mit dem kaiserlichen Orator disputiert und schliesslich am 14. April die Artikel in andrer Fassung an den Ausschuss der Stände zurückgebracht hätten². Letzterer habe nicht für gut angesehen, «sich auf diese notel weiter in disputation zu lassen, sonder von ainer endlichen mainung ze reden, wie man den churfürsten als underhendlern ain abschlägig glimpflich antwort gebe und darin ain zimlichs eerlichs erbieten thäte, wo das hinkeme, das es von kainem erbaren unparteiischen verstand gescholten werden möchte. sind auch in derselben mainung die stend heut morgens [April 15] umb 6 uren versamblet worden, da sich auch unser gnedigster herr, der churfürst von Sachsen erboten, dabei ze sein. aber in derselben stund haben seiner churf. g. u. die Hessischen rät über die zeitungen, so gestern komen, und ir hiebei mit A, B und C verzeichnet zu sehen haben³, etwas ernstlicher zeitungen so nächst spat und heut frue alher komen, fur den ausschutz bracht, also das fur gut angesehen, dieselben den stenden in ainer summen anzezaigen und darbei zu vermelden, das sie der fridshandlung halben noch ein klein zeit gedult haben, dann man dieselb jetzt beruen lassen und dise kundschaften und, was daruf zu thun von noten, als das notwendigst fur hand nemen, auch solichs fur die churfürsten und underhendler bringen wöll.

Und ist dis hie nachfolgend ungeverlich die suma der heutigen kondschaften: anfangs hat herr Bernhart von Mila, ritter, so als comissarius gegen den niderlendischen knechten gein Bremen verordnet, geschrieben am datum Bremen freitags den 10. aprilis nechst hievor, das die knecht, so sich in der stift Bremen und daselbst umb vergardet, von Bremen verruckt gegen Minden zu, derhalben er ainen kriegsman, so des churfürsten diener, von im gein Minden geschickt, sie zu verwarnen und, das sie ir sach in achtung haben, zu begern; auch er, herr Bernhart, daneben vermog seins alhie empfangnen bevelchs bis in die 18 haubtleut abgefertiget, sich umb knecht ze werben und ain gegenlauf ze machen. sodann schreiben herzog Ernst und herzog Franz, baide gebrueder von Leunenburg am datum des obgemelten freitags frue mit einschliessung ainer copei, welichermassen in graf Jost von der Hoy geschrieben, das die knecht zusammengezogen, deren 24 fenlein wol besetzt ufs wenigst 9000 knecht seien, ob sein des

nr. 602.

nr. 589.

¹ Ebenda fol. 187 ff. Die Stände nehmen darin den von den Unterhändlern vorgeschlagenen Ausweg des sechsmonatlichen Anstands an. Vgl. vor. Anm.

² Ebenda fol. 191-97. Es ist darin namentlich der Artikel von den geistlichen Gütern in der früher schon vom Orator formulierten (nr. 600 Beil.), von den Evangelischen abgelehnten Fassung wiederholt und die Dauer des Anstands auf 15 anstatt auf 18 Monate festgesetzt.

³ Str. St. Arch. AA 480. Die Zeitungen enthalten Kundschaften, worin Heinrich von Braunschweig als der mutmassliche Urheber der Rüstungen bezeichnet ist.

graven armen leuten gelegen, denselben merklichen schaden zugefüegt neben andern mutwillen, so sie mit weibern und sonst getriben, etlichen kuen die horn und die zungen abgehawen, damit sie das arm volk dest ee bezwingen, inen dasjenig, so sie gefordert, zu geben. haben am donderstag verschiene[n] [April 9] ire obersten zu im geschickt, begert, mit im zu besprechen, und als er sie zu im gelassen, haben sie von im begert, das er inen pasz bei im uber die Weser gebe. hab er dann sie nit lenger uf seinen armen leuten haben wöllen, so hab er inen zulassen, auch mit schiffung verhelpen müssen, das sie bei ime zwuschen Newenburg und Drackenburg am donderstag und freitag [April 9 und 10] uber die Weser geschickt, also das sie — dweil Minden hieherwerts der Weser gegen uns zu ligt — nummer fur Minden hin und nit dargegen mehr ziehen, sie wolten sich dann wider wenden. und haben also hochgemelte herzogen von Leunenburg nit anders gedenken konden, dann das bemelte knecht endweders uf iren vettern, herzog Erichen von Braunschwig, oder uf sie und ire armen leut ziehen werden, doch aus anzeig vilerlei ursachen genzlich darfur gehalten und besorgt, das es uber sie gen werde, und darauf begert, es wöllen es die stend alhie bei den kai. u. kon. oratorn und comissarien, auch den handelschurfursten anzeigen, umb abschaffung anhalten und, so sie, die herzogen, daruber beleidigt wurden, das sie dise stend der verwandnus nach nit verlassen wolten. sodann haben sie weiter denselben freitag gegen abend oder vilicht in der nacht geschrieben, das die knecht allbereit uf sie geruckt, denselben freitag ir nachtläger in iren der herzogen flecken, Rethaim gnant — so noch der Elb werts nur 6 meil von Zell ligen soll — geschlagen; und als ire der herzogen amt- und bevelchsleut sie gerechtfertigt, warumb sie iren herren also in ir land und auf ire arme leut ziehen und sie nit zuvor darumben ansprechen und begruessen [?], haben sie inen kain ander antwort geben, dann sie müssen wol essen und trinken. da sie dieselben weiter befragt, wer ir herr sei, haben sie geantwort, er werde bald namhaftig werden, also das sie die herzogen ob diesem überfallen und so stumpfen antworten abnemen und besorgen müssen, sie seien entweder des willens, uf den konig von Denmark ins land Holstain ze ziehen und aber vorhin in irer landschaft sich zu samblen und sie und die iren darmit zu verderben oder aber inen ir land und sonderlich, was nit am besten befestiget sei, einzunemen; derhalben sie iren adel zu besatzung der bevestigung gebrauchen müssen, zudem auch ain solicher haufen knecht mit dem landvolk nit ze schlagen sei, also das si inen allein nit widerstand thun können. pitten und begeren der stend zuziehen und hilf.

Diese brief hat unser g. herr der landgraf — so am samstag hievor
nr. 585. [April 12] seiner f. g. zugestandenen krankheit halben von hinnen gein Gieszen verruckt und noch ein zeit lang gedenkt alda zu verharren — von der post, so die von Cassel brocht, empfangen und verlesen, volgends alher geschickt und seinen räten — wie sie heut im ausschutz angezaigt — zugeschrieben, das sie an die stend begeren sollen, das man die kriegsrät zu sein furstlichen gnaden gein Gieszen schicken wolle, dieselb mit inen, was von nöten, reden und schliessen [werde].»

Man habe darauf diese Kundschaften den Unterhändlern mitgeteilt, welche geantwortet hätten, sie wöllen deswegen mit dem Orator handeln.

Ausserdem solle jetzt eine Ständeversammlung stattfinden, um zu beraten, ob und wie den Herzogen von Lüneburg Hülfe zu leisten sei, und ob man die Kriegsräte zum Landgrafen schicken solle. Die Beschlüsse dieser Versammlung werde man sofort mitteilen. Dat. Frankfurt Di. 15. April a. 39. — Empf. April 16, pr. April 17.

Zettel: «Weiters, gunstigen lieben herren, ist graf Wilhelm von Fürstenberg bis an hie noch alhie, und wiewol die stend zu verhuetzung ferners costens ine vor drei oder vier wochen abgefertigt und ime fur sein und seiner hauptleut — deren er wol 24 benänt — vereerung 1200 gulden verordnet und ine deren uf euch, unsere herren verweisen, daran wir ime auch alhie zweihundert gulden bezalt, der hoffnung, er wurde sich damaln wider hinuf verfuert und droben ferners beschaidis gewartet haben, so hat er doch alhie verharret.» Er habe auch im Widerspruch mit seinen früheren Erbietungen auf Entschädigung seiner Hauptleute angetragen, so dass ihm der Ausschuss, um ihn «in guten willen zu behalten», weitere 1000 fl. verehrt hätte. Dat. ut in lit.

nr. 573.

607. Die Dreizehn an Jacob Sturm, Ulman Böcklin und Batt von Duntzenheim in Frankfurt.
April 17.

Str. St. Arch. AA 478. Ausf.

Freuen sich über die Ablehnung der beschwerlichen Vorschläge zum Anstand. Am besten sei es, einfach beim Nürnberger Frieden zu bleiben. Gegenmassregeln gegen die niederländ. Knechte.

Aus dem letzten Schreiben vom 15. April habe man vernommen, «das die mittel, so ir uns jüngst zugeschriben, durch den kaiserlichen oratorem abgeschlagen und die, so die underhändlers-churfürsten dagegen bracht, durch die ständ auch nit angenommen werden sollen; das wir dann vil lieber vermerkt, dann das es bei den vorigen oder joch disen jetzigen mitteln pleiben sollt. dann je sovil und wir bedenken könden, je länger man mit disen lewten taglaistet, je mehr schwerlichere mittel sie härfürbringen und in all weg understöhnt, dieselben mit gevorlichen worten zu spicken und allen vortail uf ir seiten zu ziehen, wie wir nit zweiveln, ir selbs aus den geübten handelungen und disen letsten fürs schlägen verstöhn und sehen könden. mögen also leiden, das wa die sachen nit anders dann mit nachtail und einschliessung des hailigen evangelii solt zum fridlichen anstand raichen, das man dann recht im namen gottes bei dem Nürnbergischen fridstand bleib, weiter nichts lasz einzäunen. ists das jemandis uns dis tails darüber beschweren wöll, das man recht den handel gott bevel, demselben verträw und mit seiner hilf sich understand, gewalts mit gewalts zu erwerben.

nr. 606.

Sovil dann die niderländischen knecht belangt, haben wir uns nie versehen, das dieselben nit mit wissen des kaiserlichen oratoris da gelegen, wie wir noch nit anders gedenken, und derhalben wol gehofft, man hette sich nach gestalt der sachen besser gegen ihnen geschickt.» Wenn Lüneburg oder sonst ein Verbündeter bedroht sei, solle man dahin handeln, dass ihm geholfen werde. Dat. Do. 17. April a. 39.

608. Jacob Sturm, Ulman Böcklin und Batt von Duntzenheim an die
Dreizehn.
April 20,
Frankfurt.

*Str. St. Arch. AA 475 f. 68-70. Ausf. von M. Haas. Zettel ebenda von Sturm.
Beilage ebenda f. 472-76 und f. 205-12. Copie.*

Auf inständiges Bitten der Unterhändler ist mühsam ein Abschied zustande gekommen. Abreise der Kurfürsten. Die Kriegsräte bleiben noch wegen der niederländ. Rüstungen beisammen. Lunden zu Heinrich von Braunschweig, um Abstellung der Werbungen zu betreiben. Ansuchen beim Orator wegen des Strassb. Syndicats. Antwort an Frankreich auf eine Werbung bei Herzog Ulrich. Mailand. Beilage: Notel des Frankfurter Anstands.

- nr. 606. Am 16. April hätten die Stände auf die letzten Vorschläge des Orators abschlägige Antwort gegeben¹, und der Kurfürst von Sachsen hätte erklärt, am nächsten Morgen abreisen zu wollen. «hieruf haben die baiden handelscurfurstn sich dieser abschlägigen antwurt beswert und nochmaln gepeten, inen doch anzezaigen, warumb und in was artikeln uns doch die furgeschlaggnen mittel also beswerlich; wölten sie nochmaln mit dem orator handln und allen möglichen vleisz furwenden, damit sie möchten geändert werden; und wiewol man sich ferner einzelassen beswert, so haben doch baide curfurstn so vleissig und ernstlich angehalten, das sie den curfurstn vermöcht, den morgenden tag noch ze pleiben, und also an demselben donderstag, freitag und gestern samstag ine hie behalten und nach vilerlai ernstlicher underhandlung, wie wir euch zu unser ankunft — wills gott — ferner berichten wöllen, die sach zu ainem abschid bracht, wie ir aus beiligender copi, mit n^o 2 gezaicht, befinden werden. (Beilage.) also haben die curfurstn nächten spat iren abschid von den stenden genomen, und seind heut sontags der curfurst zu Brandenburg gein Mainz im schiff gefaren und der curfurst zu Sachsen auch verritten; doch hat er etlich rät alhie gelassen, mit bitt, wir wöllten noch ain tag oder etliche alhie verharren und den abschid helfen fertigen; das auch die stimmen und kriegsrät bei ainander bleiben wölten, bis man höre, ob sich die niderländischen knecht zertrennt hetten oder nit. darneben hat sich der orator zum höchsten entschuldigt, das er von der versamlung der niderländischen knecht kain wissens hab, aber sich erpoten, aigner person zue herzog Hainrichen von Braunschwig zu postiern und, so er die knecht in seinen handen helt — das er doch nit glaube —, bei ime zu schaffen, das sie getrennt werden. also haben die stend bewilligt, alhie bis zu fertigung des abschids zu verharren; versehen uns, wo die knecht kain fernern lerman machen, vast in ainem tag oder dreien — wills gott — fertig ze werden²; haben auch daruf die post abgeschafft und wider haimzereiten abgefertigt.

nr. 593.

¹ Ebenda fol. 199-204.

² Es gelang dem Commissar Bernhard von Mila (s. oben nr. 589), mit dem grössten Teil der niederländischen Knechte unter den Obersten Walter von Deventer und Friedrich von Bulla am 20. April einen Vertrag zu schliessen, der die Verpflichtung enthielt, dass die Knechte, so lange sie bei einander wären, nicht gegen die Protestierenden dienen, vielmehr 14 Tage lang gewärtig sein sollten, von den Einigungsverwandten gegen «zimbliche, ehrliche und geburliche bestellung» in Dienst genommen zu werden. Str. St. Arch. AA 480. Vgl. unten

Des syndicats halber haben die baiden handelscurfursten uf begern der stend — wiewol one unser wissen —, nachdem der anstand beschlossen gewesen, bei dem kai. orator angesucht, das er bei dem camergericht verschaffen wölt, das die execution der ortal ain jar lang suspendirt und also das syndicat auch ufgeschoben wurde, und das er den fiscal stillzustan vermöcht; wölte unser gnedigster herr, der pfalzgrave, sich guetlicher handlung zwuschen dem von Hanaw und der statt Straszburg unternehmen; darauf der orator wol etwas hoflich antwort geben; aber, wie uns bedunkt, wird nichts darauf volgen.» — Dat. Frankfurt So. 20. April «zu nacht nach 10 uren» a. 39. — Pr. April 22.

nr. 591.

Zettel: «Wir schicken euch auch hiebei ein brief an den konig von Frankreich, in welchem sich die stend gegen ir mt. entschuldigen¹; dan es hat bemelter konig ein botschaft bei unserm gnedigen hern, herzog Ulrichen von Wirtenberg, gehabt und ime anzeigen lossen, wie ine anlang, das siner bundsverwanten etliche willens sin sollen, entbörung im reich gegen etlichen prelaten zu erwecken und anzufahen. dweil er ime nun guts gunne, so wöll er in verwarnen, das er sich dohin nit bewegen losse, in ansehung, in was vertrag er mit dem kaiser und konig seins lands halber stende, domit er nit dieselbigen sine land in gfar setze etc. doruf sich herzog Ulrich entschuldigt und verner angezeigt, das sinen bundsverwanten solichs auch zu unschulden ufgelegt werde. er wöll in aber solichs zuschreiben; die werden sich on zweivel auch wol zu entschuldigen wissen. denselben brief wölln mit rat doctor Ulrichs Geiger, wo der anheimisch komen, des konigs orator zu Solothorn² zuschicken oder mit eigner botschaft uf gemeiner stende kosten dem konig übersenden, auch den nebenbrief [*] grave Wilhelmens³ zustöllen.» Zeitung vom kaiserlichen Hof über die beabsichtigte Heirat des Herzogs von Orléans mit des Kaisers Tochter, wobei Mailand als Mitgift gegeben werden soll. Dat. ut in lit.

nr. 611.

BEILAGE.

«Notel des fridlichen anstands zue Frankfurt ufgericht in aprili anno etc. 1539⁴.»

1) Der Kaiser gewährt den jetzigen Anhängern der Augsburger Confession einen 15monatlichen (18monatlichen) Anstand, vom 1. Mai an zu rechnen,

nr. 615. Damit war die Gefahr vorläufig so gut wie beseitigt. Da jedoch die Verbündeten bei Festsetzung des Abschieds am 23. April diese Nachricht vermutlich noch nicht erhalten hatten, so bewilligten sie ausser der regelmässigen kleinen Anlage noch eine ausserordentliche von beinahe 42000 fl., um Kundschaften anzustellen und eventuell Knechte anzuwerben. Allerdings sollten von dieser Summe auch die letzthin bereits gemachten Auslagen den einzelnen Ständen zurückerstattet werden. Str. St. Arch. AA 477.

¹ D. d. April 19. Inhaltsangabe bei Seckendorf III § 73 und Sleidan II 144.

² Dem Herrn von Boisrigault.

³ Sc. von Fürstenberg.

⁴ Gedruckt bei Hortleder I 126, Walch XVII 396, Lönig II 635. Zu Grunde liegt der Entwurf der Protestierenden vom 8. April (vgl. oben nr. 602). Die Aenderungen und Zusätze zu demselben sind durch gesperrten Druck kenntlich gemacht, während diejenigen Worte, welche gestrichen wurden, in Klammern gesetzt sind. Vgl. jedoch Anm. zum letzten Artikel.

innerhalb dessen keiner derselben wegen der Religion überzogen oder vergewaltigt werden soll.

p. 169.

2) Zugleich soll aber der Nürnberger Friede und das Regensburger Mandat in Kraft bleiben und auch nach Ablauf des Anstands «gegen denen, die der Augspurgischen confession und derselbigen religion jetzt verwandt sein,» nicht aufgehoben werden, sondern bis zum nächstfolgenden Reichstag Geltung haben. Alle Prozesse in den hier namhaft gemachten Sachen sowie die Acht gegen Minden sollen suspendiert «und in dergleichen sachen wider si nit procedirt» werden. Andererseits sollen auch die jetzigen Anhänger der Augsburger Confession inzwischen niemand der Religion wegen bekriegen etc «noch auch in zeit dieses anstands der 15 (18) monat von newem jemens in ir pundnus beruefen noch annemen; doch also das auch mitler zeit desselbigen anstands der Augspurgischen confession und derselbigen religion halben niemands vergwältigt noch beswert werde. (wie das auch der Nuernbergisch fridstand und das schreiben, so kai. mt. aus Saphiliana zu dem curfursten zu Sachsen und seinen mitverwandten gethan hat, mit sich bringt, auch in gleichnus vom andern tail in ire pundnus niemand genomen werde.) so will auch die kai. mt. aus sondern gnaden und umb fridens willen bei dem andern tail verschaffen lassen, das auch in zeit dis anstands niemands in ire pundnus genomen werde. es sollen auch die obgemelten der Augspurgischen confession und derselben religion jetzt verwandte stend in zeit des anstands der 15 (18) monat die gaitlichen, wo die wonen, in oder ausserhalb landes der zins gult rent und ligenden gueter, so sie noch under handen und bisher eingenomen haben, nit entsetzen. (doch ausserhalb des, das gemelte stend darvon zur notturft pfarren, predigämter, kirchendienst, schulen, fabriken und hospitalen an den orten, da solichs noch darvon nit versorgt ist, zimlicher massen versehen und bestellen mögen.)»

3) Der Kaiser soll einen Tag zu Nürnberg ausschreiben, auf welchem von Vergleichung der Religion gehandelt werden soll¹. Obwohl die Unterhändler dem Kaiser anheimstellen wollen, den Papst zur Beschickung des Tages einzuladen, so erklären doch die Anhänger der Augsburger Confession, «dasz sie nicht gehellen noch bewilligen wöllen, ine [den Papst] in diesem vertrag zu bestimmen; achten auch fur unnöt (und undienstlich) seine oratores bei der obgeschribnen versamblung und underred, als obsteet, ze haben.» Dagegen mögen kaiserliche und königliche Bevollmächtigte sich an der Verhandlung beteiligen. Das, worüber man sich vergleicht, soll ratificiert werden², nachdem es jedoch zuvor auch an die abwesenden Stände gebracht und von diesen gleichfalls bewilligt ist³.

4) Die Stände der Augsburgischen Confession sollen die am 18. Mai zu Worms angesetzte Versammlung zur Beratung der Türkenhülle beschicken

¹ Das Nähere wie oben nr. 600, Beilage, Punkt 3.

² Wie oben nr. 600 Beilage.

³ Hier folgen die Bestimmungen von geringerer Bedeutung, über die man sich ohne Schwierigkeit geeinigt hatte: dass die Rüstungen beider Teile abgestellt werden sollten, dass sich jeder in profanen Sachen dem Landfrieden gemäss halten sollte, und dass die Wiedertäufer und andere Secten, die weder der Augsburgischen Confession noch der Römischen Kirche gemäss lehrten, aus diesem Anstand ausgeschlossen sein sollten.

und den dort von der Mehrheit zu fassenden Beschlüssen gemäss ihren Anteil an der Hülfe leisten.

5)¹ Obige Artikel sind von beiden Teilen bewilligt bis auf zwei Punkte. Einerseits verlangen nämlich die Protestierenden Fortlassung der Klausel im zweiten Artikel, wonach der Nürnberger Friede nur den jetzigen Anhängern der Augsburger Confession zu gute kommen sollte; andererseits erklärt der Orator, den Kaiser nicht dazu verpflichtet zu können, dass er die Erweiterung des katholischen Gegenbundes verhindere. Deshalb soll der Abschied zunächst nur auf 6 Monate Gültigkeit besitzen, und der Kaiser persönlich sich inzwischen wegen jener streitigen Punkte schlüssig machen. Bewilligt er dieselben im Sinne der Protestierenden, so soll der Anstand während der 15 Monate, wie beschlossen, in Kraft bleiben; andernfalls soll es nach Ausgang der 6 Monate einfach bei dem Wortlaut des Nürnberger Friedens bleiben. Dat. Frankfurt 19. April a. 39.

609. Die Strassburger Gesandten in Frankfurt und der Rat von Frankfurt an den Rat von Worms.

April 22.
Frankfurt.

Frankf. Arch. reg. diurn. 1539-40 f. 21 b. Copie.

Ueber das Verhalten bei der Visitation des Kammergerichts am 1. Mai.

Haben die Anzeige, dass Worms vom Kurfürsten von Mainz auf den 1. Mai zur Visitation des Kammergerichts nach Speier geladen sei, erhalten. Stellen es der Stadt anheim, ob sie den Tag besuchen wolle; jedenfalls sei die Beschreibung nicht den Abschieden und den Ordnungen des Reichs gemäss. Sollte sich dann die Handlung zu Speier, «wie hievor, als wir bericht sein, mehr beschehen sein sol, also anlassen, dasz die visitation oder inquisition der personen des kai. camergerichts mehr auf den puncten des Augspurgischen abschids, die religion, ceremonien, beichten, comuniciern und flaischessen belangend, dan uf die vergangne reichsabschid und ordnungen des camergerichts, wie die personen, so das camergericht besitzen, irer lere und erfahrung halben, auch sonst geschickt und tauglich sein sollen, damit die parteien gleichs rechts und furderung irer sachen von inen zu gewarten hetten, gehn wolt»: so hoffen die evangelischen Reichsstädte, dass die Wormser Gesandten dagegen Widerspruch erheben und überhaupt die reichsstädtischen Interessen wahrnehmen werden. Dat. Frankfurt 22. April a. 39.

610. Jacob Sturm an Landgraf Philipp.

[April]
[Frankfurt.]

Marb. Arch. (Corr. L. Philipps mit Sturm). Copie von Michel Hau (ohne Datum, Adresse und Versendungsschnitte, wahrscheinlich für die landgräflichen Räte in Frankfurt bestimmt; vgl. den Kanzleivermerk).

Wenig Hoffnung für Strassburg auf Erfolg des Syndicats. Man habe deshalb den Orator um Vertagung der Sache bis zum nächsten Reichstag ersucht. Der Landgraf möge diesen Antrag befürworten.

«Nachdem e. f. g. ich von wegen ains rats der statt Straszburg umb ain beistand zum syndicat uf prima maii nechstkunflig underthaniglich gepeten, bedenk ich doch, wiewol der mehrtail aller gelerten in iren uber-

nr. 591.

¹ Dieser Schlussartikel fehlt in dem Entwurf vom 8. April. Vgl. p. 601 A. 4.

- schickten ratschlägen sprechen, das meinen herren unrecht beschehen und das sie sindiciern mögen, dasz nichtdestweniger meine herren am sindicat wenig gewins haben möchten, nit der sachen halb, sonder das die sindicatrichter der mehrertail gaistlich und unserer religion zewider seind; derhalben ich vil lieber sehen wöllt, das das sindicat ufgeschoben und die sach zu erkantnus curf., f. u. gemainer stend des reichs gestellt würde, wie es meine herren vor dem camergericht begert, aber inen abgeschlagen worden. erkanten dann gemaine stende, das das camergericht also im landfriden zu arbitriern und den ires gefallens zu mässigen hetten, so haben meine herren den peenfall hinder burgermaister und rat zu Speir erlegt, wölten sie solich gelt im fuszstapfen volgen lassen.» Da nun nicht blos der Stadt Strassburg, sondern allen Ständen viel an der Frage liegen müsse, ob das Kammergericht berechtigt sei, «die peen des landfridens zu arbitriern oder mässigen, und so ainer nit in die ganze peen mag declariert werden, denselben in ain tail nach wolgefallen des richters gefallen sein zu erkennen, besonderlich dieweil die camerrichter und beisitzer jetzt aus solichen peenfällen ir underhaltung nemen, so haben wir, die verordneten zum gespräch, in demselben der baiden handelscurfürsten räte gebeten, bei dem kai. orator ze suchen, ob sie erlangen möchten, das die execution der ergangnen urteil wider meine herren uf solche erkantnus gemeiner stend uf kunftigen reichstag, welicher in den mitteln des anstands auch furgeschlagen wurt, möchte geschoben werden.» Der Landgraf möchte bei dem Orator, wenn derselbe zu ihm käme, gleichfalls in diesem Sinne wirken¹. Dat. fehlt. — «Pres. in Frankfurt a. 39.»
- nr. 495.
- nr. 608.

611. [Ulrich Geiger an die Dreizehn]².[April.]
[Paris.]*Marb. Arch. Copie.*

Verhandlungen zwischen Frankreich und dem Kaiser. Wenig Aussicht auf einen definitiven Frieden. Kaiserin totkrank. Geplante Heiratsverbindungen zwischen beiden Höfen. Weshalb Langey an keinen dauernden Frieden glaubt. England sucht sich Frankreich zu nähern, schlägt ein Bündnis vor, an dem auch die Prot. teilnehmen sollen. Verhandlung wegen eines Anstands mit den Türken.

«Der secretari Christof, so der kunig pflegt zu brauchen in haimlichen sachen gegen k. mt., ist us Hispania kummen am osterabent [April 5] und nachmals dem L[angey] in gehaim anzeigt, wie er neben dem, das der frid beschlossen solt werden, auch in bevelch gehabt hab, sonderlich fur etlich edelleut k. mt. zu bitten, das sie wider zu iren guetern kommen

¹ Im Str. St. Arch. AA 478 befindet sich auch die Ausfertigung eines Schreibens des Strassburger Rats an den Erzbischof von Lunden direct d. d. Juni 2, worin derselbe um seine Fürsprache beim Kaiser ersucht wird. Eine Druckschrift, auf welche dort verwiesen wird, s. ebenda AA 1723, d. d. Mai 23. Dieselbe wendet sich an den Kaiser u. alle Reichstände mit der Beschwerde, dass das Syndicat wegen mangelhafter Beteiligung der Syndicatoren jetzt wieder nicht zustande gekommen sei (vgl. p. 487 A. 2), u. verlangt Verschiebung bis zum nächsten Reichstag, der über die ganze Angelegenheit aburteilen soll. Das abermalige Scheitern des Syndicats war der Stadt in Wirklichkeit jedenfalls sehr willkommen.

² Ohne Datum, Unterschrift und Adresse; doch geht aus den früheren Briefen Geigers (nr. 575, 595) unzweifelhaft hervor, dass er auch den vorliegenden an die Dreizehn geschrieben hat. Vgl. auch nr. 614.

möchten, die ihn genumen waren worden in nächst vergangnen krieg, wölchs er dan lichtlich erlangt het. so vil aber den friden belangt, hette er nie minder hoffnung gehabt, sonder wie in die sach ansähe, kunt er nit anders merken, dan das der kaiser ufzüg sucht. dan diewil er an k. mt. hof wer gewest und gewartet, das k. mt. die conditiones pacis beschliessen wolt, do hetten sich etlich hern am hof, die sich erzeigten, als mainten sie es vast gut, zu im thon und under anderm ihm gesagt, das er zu diszer zit uf k. mt. nit solt tringen oder urgieren; dan wie er sähe, die kaiserin gieng grosz schwanger, und wer ir sach also gestaltet, das sie nach der geburt nit lang leben kunt¹, von wegen der krankheit, damit sie beladen were, phtisis genant, die nit zu curieren ist. so sie nun wurd mit tod abgon, wiewol es k. mt. wie billich hoch betrüben wurd, alsdan würden alle hern k. mt. darzu raten und der kaiser sölchs auch nit wit werfen, das er des kunigs tochter Margaretham zu der ee neme. so nun sölchs fur sich gieng, alsdan het der herzog zu Orliens, von des heirat mit des kaiszers tochter man in handlung stund, nit allein zu erwarten das herzogtum Meiland, darob der zank were, sondern eins guten groszen kongrichs etc.; also das er on satte antwort, sovil den friden belangt, von k. mt. hof geschaiden ist.

Witer hat mir L. gesagt, das er nie vormals hab merken kunden, das der constabel² so wenig hoffnung zum friden gehabt het als jetzmal, und das neme er daraus: als er zu Turin gewesen were, hetten drei stettlin, zu dem herzogtumb Meiland gehörend, und die man als vest on groszen nachteil mit Gewalt nit gewinnen möcht, friwilliglich angesucht und sich an kunig ergeben wöllen, wölche er doch nit het wöllen ufnemen, uf das es ihnen darnach nit zu nachteil dienen möcht, so der frid, in dem man handlet, beschlossen würd. doch het er sie ermanet, das sie in sölchem guten willen bestendig weren, und alsdan dem kunig und constabel darvon geschriben, die dan sölchs veracht hetten und kein antwort darauf geben. jetzt aber nachdem der secretari kummen were, het der constabel ihn gefragt, ob es noch in sinem gewalt were, gedachte oppida an sich zu bringen, und als er gesagt het, er versähe sich, so er denen schrib, es solte nit not haben, hab der constabel ernstlich befohlen, das er gedachten oppidis zuschrib und sie in irem fursatz sterkte etc. daher er dan neme, das der constabel nit vil hofft vom friden.

Es hat mir auch L. gesagt, wie der kunig von Engelland sich ubel besorgt hab, das er vom kunig zu Frankrich nit uberzogen wurd, als der ubel zufriden ist von wegen der brief, so ihm der kaiser zu Egemort zugestellt, wölche brief der Engellender darvor zu Nissa dem kaiser zugeschickt het und ermanet, das er mit dem kunig zu Frankrich kein friden annem, so wolt er ihm bistanthun. wölche brief nachmals der kunig zu Frankrich dem Engellender durch sin oratorn het antworten laszen und die untrew ufgetopft [?]³. aber der Engellender het sich entschuldigt, das sölchs gescheen si von des bapsts wegen, dem er nit wol getrawt hab und besorgt, so der bapst den friden zwischen dem kaiser und kunig machen wurd, das sie beid dem zu gefallen ein krieg wider Engelland anfahen möchten. in

nr. 595.

nr. 601.

¹ Die Kaiserin Isabella starb in der That bereits am 1. Mai vor ihrer Niederkunft.

² Der Connetable Anne de Montmorency.

³ = aufgedeckt?

summa sagt L., der Engellender hab sich nit wenig entsetzt, das dem kunig sine brief, so er dem kaiszer überschickt het, zukommen weren, und bisher nichtz anders gethon, dan wie er den kunig wider versüenen möcht, und angeboten: erstlich so es sich begeb, das der frid zwischen kunig und kaiszer ufericht wurd, so dan allein der kunig Engelland ihm vorbehielt, das er dem kaiszer nit wolt biston, so er das zu bekriegen gedächt, alsdan wolt er von siner pension, die jährlich ist us Frankrich 50000 kronen, — hat etwan 100000 gehabt —, das halb teil nachlassen und furthin nit me dan 25000 nemen, darzu umb die extanzen von vergangnen jaren, so sich über 600000 kronen laufen soll, quittiern. so aber der frid zwischen kaiszer und dem kunig nit möcht beschlossen werden, so wölt er mit dem kunig ein bundnus machen und in sölche bundnus bringen die Venediger, den herzogen zu Urbin, den herzogen zu Ferrar und marggraven zu Mantua, darzu die protestierenden ständ vermögen, das sie sölcher bundnus fautores weren. das hab er also mit dem kunig gehandelt, und doch darneben in groszer rüstung gewesen und jederman in sinem land ufgeboten von 18 jarn bis in das sechzigst jar, auch ein armada von hundert und funfzig schiffen gerüst, die er den schiffen, so in Brabant arristiert¹ worden sein, opponieren möcht. »

Langey habe auch erzählt, dass die kaiserliche Gesandtschaft aus der Türkei zurückgekehrt sei, ohne einen Anstand erlangt zu haben; darauf habe jetzt der König zum Türken geschickt, um dem Kaiser einen Stillstand zu verschaffen. Dat. fehlt.

612. Die Dreizehn von Strassburg an die Dreizehn von Basel. Mai 3.

Basl. Arch. (Zeitungen.) Ausf.

nr. 608.

Senden Copie des Frankfurter Anstands². Die Evangelischen hätten diesen für so kurze Zeit gültigen Vertrag namentlich im Hinblick auf das vom Kaiser in Aussicht gestellte Religionsgespräch bewilligt. Herzog Georg von Sachsen sei kürzlich gestorben³. Unter dessen Nachfolger, Herzog Heinrich, werde das mächtige Fürstentum wahrscheinlich dem evangelischen Verständnis beitreten. Dat. Sa. 3. Mai a. 39.

613. Die Dreizehn an Landgraf Philipp.

Mai 12.

Str. St. Arch. AA 481. Conc.

Senden auf Verlangen des Landgrafen⁴ Rechnung über ihre im Bundesinteresse gemachten Auslagen für Bestellung von Kriegsleuten etc.⁵. Dat. Mo. 12. Mai a. 39.

¹ ausgerüstet?

² Strassburg hatte schon öfter auf Grund der Gesandtenberichte den Baslern über den Gang der Frankfurter Verhandlungen Mitteilung gemacht. Basel erwiderte darauf mehrfach, dass es ebenso wie Strassburg für ratsam halte, den Gegnern möglichst wenig nachzugeben. Ebenda.

³ Am 17. April.

⁴ D. d. Mai 4, ebenda.

⁵ Concept der Rechnung ebenda. Die Auslagen im Lauf des letzten Vierteljahrs betragen danach 210 fl., abgesehen von den 2200 fl., welche die Stadt in Frankfurt an Wilhelm von Fürstenberg ausgezahlt hatte. S. oben nr. 606.

614. Jacob Sturm an Landgraf Philipp¹.Mai [12].
Strassburg.*Marb. Arch. Orig.*

Verteidigt die auf dem Frankfurter Tage vertretenen Stände gegen den Vorwurf, als hätten sie die Gelegenheit eines Angriffs auf Braunschweig versäumt und den Herzog Heinrich von Sachsen im Stich gelassen. Bestallung des Dr. Hans von Metz und Hans Jörgs von Landsberg. Fürstenbergs Intervention bei Herzog Ulrich zu Gunsten Herzog Christophs. Forderung Fürstenbergs an den Landgrafen. Zeitungen aus Paris.

«Genediger her. e. f. g. schreiben [*], dorin si melden, das si nit wenig verwundert, das die stend und stett also zu Frankfurt abgezogen und die gelegenheit, so man gegen Braunschweig hett mogen haben, also versäumt, das man auch umb eins solichen guten lands willen, das herzog Jerg seliger verlossen, den kleinen kosten nit uf die knecht wenden wollen, den

¹ Zur Erläuterung dieses Briefs dient eine Stelle aus dem Strassb. Ratsprotokoll (fol. 107 ff.), wonach Jacob Sturm am 3. Mai folgendes über den Schluss des Frankfurter Tages (vgl. oben nr. 608) referierte: Der Kurfürst von Sachsen sei am 20. April von Frankfurt fortgeritten, nachdem er sich zuvor alles guten gegen Strassburg insbesondere erboten und die Gesandten der Stände ersucht hätte, noch bis zur Fertigstellung des Abschieds zusammen zu bleiben. Darauf sei ein Brief des Landgrafen (der Krankheits halber schon früher heimgekehrt war, vgl. nr. 606) gekommen, des Inhalts, dass Herzog Georg von Sachsen gestorben sei (April 17), und dass Heinrich von Braunschweig oder sonst jemand wahrscheinlich versuchen würde, sich des hinterlassenen Herzogtums zu bemächtigen, damit es bei dem Gegenbund bliebe. darumben wer sein beger, das die stimmen und kriegsrät bei einander bliben, item das man die commissarien im oberland und ire knecht noch nit abschuefe, sonder inen schrib, dieselben knecht noch XIII tag zu behalten. seien nun die noch anwesenden potschaften nit lustig gewesen, haben auch unzweifelich verhoft, es soll und werd sein nit bedörfen. am xinstag [April 22] hat er, der landgraf wider geschriben und copien mitgeschickt, das die rät zu Dresden herzog Moritzen — so bei dem curfursten von Sachsen am hof ist — geschriben. ine erfordert zu komen, seinen vatter und bruder zu gutem land und leut regieren helf, also das es die potschaften noch mer von unnöten bedunken wöllen, länger darumben bei einander ze pleiben, auch die knecht mit costen ufzuhalten und sonderlich, diewil herzog Heinrich von Sachsen noch nit umb hilf angesucht. haben also am mitwochen [April 23] zu nacht iren abschied von einander genomen. in der nacht sei wider ain post vom landgrafen komen, und also in der nacht zwuschen ainer und zwaien uren sei durch die Hessischen rät den potschaften angesagt worden, morndes donderstags frue hora quarta bei inen zu erscheinen. also hab der landgraf geschickt, was Leunenburg geschriben, wie sich die knecht widerumb gegen der stift Bremen gewendt, und das der anschlag sein soll, das die baide stift Bremen und Verden herzog Heinsen [von Braunschweig] neben seinem bruder — so bischof ist — zu coadjutorn annemen, also wo sie es nit gern bewilligen wöllen, das er sie zu bezwingen understeen solt. wo nun herzog Hainrich in sollichem lermen dise stiften und also die beide ströme der Elb und Weser in seinen gewalt brecht, wer es allen Sächsischen landen und sonderlich diser unser pundnus ufs höchst beswerlich. hat abermals mit ernst der landgraf begert, die kriegsrät wöllen noch ein tag oder 8 bei einander bleiben und diser ding achtung haben. dweil aber der potschaften nit vil mer und sonderlich die kriegsrät nit mer halber alda gewesen, zudem dise stiften diesen verwandten nichts zugethan, und die statt Bremen nit ansuche, auch nit benötigt werd, sei niemand lustig gewesen, ze pleiben. und wiewol her Ja. Sturm die andern seine gesellen reiten lassen und er pleiben wöllen mein gn. hern landgrafen zu gefallen, hab aber darbei angezaigt, das er diser sachen halb keinen bevel hett, sonder den erst alhie aus erholen muest, so seien doch die andern, sovil deren noch alda gewesen, unwillig gewesen und auch gesagt, das diser sachen halb sie keinen bevel haben, also das zuletzt jedermann dahinzog.»

nr. 608. doch das land hundertfeltig der verstentnüs hett wider nutzen mogen, also das e. f. g. nit geglaubt, das den stenden also kalt zu einer solichen eerlichen sachen, die onzweivenlich die religion betreffe, solt gewesen sein, das es auch allerlei untrostlich ansehen bei dem haus zu Sachsen gehabt etc., hab ich alles vernern inhalts empfangen und verlesen; und ist nit one, es haben etlich hotschaften us dem, das die sachen sich zu Frankfurt uber ir gedenken so lang verzogen, etwas begird, sich wider anheimisch zu verfügen, gehabt. si haben aber auch daneben bedacht, das, ob sie schon gleich lenger zu Frankfurt der knecht halben beharren woltten, das si schwerlich in abwesen der andern stend und auch etlicher kriegsrät etwas schliessen konten oder möchten; dan dweil sich der kai. orator erboten, wo die knecht in herzog Heinrichs oder einichs fursten oder reichsstands henden weren, die abzuschaffen, konten si nit wol gedenken, das si herzog Heinrich oder jemants wider der kai. mt. und derselben orators willen und bevelch, auch uber den aufgerichten friden behalten oder sich derselben annemen würde; solt man dan darüber, das sich herzog Heinrich vermog des fridens und uf des kai. orators bevelch der knecht entschlagen, in erst uberzogen haben, das wolt ein seltzams ansehen bei vilen gehebt haben, und inen den stimme- und kriegsräten on sondern bevelch irer hern, von denen si gesandt, schwerlich zu thun sin gewesen. wo aber der frid nit ufgericht und bewilligt worden, hette es die weg gewinnen mogen, wie e. f. g. schreiben, das man herzog Heinrich recht usbotzen¹ können etc.

Sovil dan herzog Jergen land belangt, hab ich von niemant verstanden, der disen falle, wo sich die landschaft herzog Heinrichen zu Sachsen widersetzet, nit fur ein religionsach geachtet hett, der im auch nit hilf erkant würde haben. des woren aber etlich beschwert, das man gleich und zuvor ehe man wüste, ob sich die landschaft widersetzen wolt, sollte die knecht in oberland lenger bestöllen, derglichen grave Wilhelm [von Fürstenberg] gelt schicken, meer knecht zu bestöllen; sonder hielten fur besser, das man zuvor erwartet, was sich zutragen wolt. wurde sich dan jemants herzog Heinrichen widersetzen, solt er vermog der verstentnüs schreiben oder umb hilf ansuchen; so ime dan die erkant, wie si im on zweivel erkant wer worden, hett man domit auch schliessen mögen, wie man sich an denen, so sich unbillich herzog Heinrichen widersetzen und also ursach zum krieg und der gegenwere geben, es weren die von der gegenbundnüs oder die von der landschaft, des ufgewendten kostens wider erholte; hett auch mit herzog Heinrichen sich verglichen können, wes er, so das land erobert, fur sin anteil bei gemeiner verstentnüs hette sollen thun. dan so man sonst die knecht ufgehalten und grossen kosten angewendt und das land sich nit widersetzt, wurde der [kosten] allein uf die stende sein gangen, und herzog Heinrich inen kein erstattung doran gethan haben, wie er dan bishar an andern der stend kosten nichts gegeben. dweil aber gleich morgens mittwoch am andern tag schriften kamen, das die rät herzog Heinrichen und herzog Moritzen geschriben, und das man sich keins widerstands versehe, haben die botschaften von unnoten geacht, der sachen halben lenger bei einander zu bliben und zu verziehen; also das ich

¹ 'Usbossen' = prügeln, schlagen. (Scherz.)

nit hab konnen merken, das diejenigen, so noch zu Frankfurt bei einander, die sach fur kein religionsach oder also ringe geacht haben, wie e. f. g. villeicht bericht mochten sein.» Trotzdem habe er, Sturm, sich gegenüber den Hessischen Räten erboten, noch länger zu bleiben und sich eventuell die nötigen Instructionen von Strassburg nachschicken zu lassen. Letzteres habe er allerdings — soviel die niederländischen Knechte betreffe — für überflüssig gehalten, da selbst Bremen und die Herzöge von Lüneburg als die zunächst Bedrohten die Gefahr für beseitigt angesehen hätten. Deshalb möge es der Landgraf den Gesandten verzeihen, dass sie nicht länger in Frankfurt hätten warten wollen.

Dr. Hans von Metz, mit dem er auf Grund des Frankfurter Abschieds gehandelt, habe sich bereit erklärt, den Protestierenden zu dienen, jedoch vorbehaltlich seines Dienstes, «den er von sinen hern der stadt Metz hat. — des soll man im all jor 100 gulden wartgelt geben.» Der Landgraf möge für denselben die Bestallung verfertigen lassen, desgleichen auch für Hans Jörg von Landsberg, den er um 150 fl. Dienstgeld als Fussknecht-Hauptmann angeworben habe.

nr. 590.

Auch habe er mit Wilhelm von Fürstenberg, der vergangnen Freitag [Mai 9] aus Württemberg zurückgekehrt sei, wegen Herzog Christophs geredet «und mit bestem vleisz dohin gearbeit, das er möglichen vleisz ankeren wolt dem evangelio und gemeinem handel zu gutem; hat mir sin g. geantwort, si hab es jetz gethon, wol allein den churfursten angezeigt, zu dem herzog Cristoffel zu thun sin solt. es hab aber herzog Ulrich ime geantwort, er wöll die sach bedenken; was ime nun fur antwort werde, well er, der grave, mich wissen lossen. hab ich ime vilerlei ursachen angezeigt, worumb es gut, das herzog Ulrich solichs nit abschlieg und gebeten, vernern vleisz anzukören; des er sich erpoten. hat mir under anderm anzeigt, das die Franzosisch botschaft, so jungst bei herzog Ulrich gewesen, under anderm bi ime geworben hab, das er sinen sone zu gnoden wider nemen; dan der könig müst sonst gedenken, das er im dorumb ungenedig, das er bei ime were oder im gedient. das hab herzog Ulrich ufgefasset, als ob die red vom sone her käme, und sei die sach etwas scherpfer dodurch worden. er hab aber das best dozu geredt. ob nun grave Wilhelm in der sachen dinstlich, dweil der unwill zwisten ime und herzog Cristoffen¹ noch nit hingelegt, gib e. f. g. ich zu bedenken. einmol so hat grave Wilhelm auch uf die ansproch der 10 000 fl. noch nit gegen e. f. g. verzigen, sonder dieselb gegen mir und andern leuten seithar des Frankfurtschen tags etwas ernstlich wider geefert² und vermeldet, als ob er die nochmoln nit nochzulossen gedechte, welches ich e. f. g. also in vertragen nit verhalten wollen.»

nr. 584.

nr. 245.

Uebersendet die Zeitungen [Ulrich Geigers] aus Paris. «ob die nun in warheit also oder Franzosische practiken sind, geb e. f. g. ich verner zu bedenken.» — Dat. Strassburg Mo. 11. Mai³ a. 39. — Pr. Mai 20.

nr. 611.

¹ Der «Unwille» stammte aus dem Französischen Feldzug. Vgl. Heyd III 578.

² geefert = geeifert, d. i. «heftig begehrt».

³ Der Montag fiel auf den 12. Mai.

615. Landgraf Philipp an die Dreizehn.

Mai 15.
Marburg.*Str. St. Arch. AA 480. Ausf. Beilage und Zettel ebenda. Copie.*

Bernhard von Mila berichtet von Entlassung und Wiederbestellung der Knechte. Lunden beim Erzbischof von Bremen. Gefangennahme von Abgesandten Bernhards. Zweck der neuen Bestellung.

«Was er Bernt von Milen itzo an uns geschrieben, davon überschicken wir euch copei. [S. Beilage.] und wiewol wir uns nit versehen, das mit solchen knechten, auch von dem bischof von Bremen was weiters gegen Jorgen von Horde und er Bernharts schreiber uber den zü Frankfurt uferichten anstand gehandelt werde, so haben wirs doch euch darumb nit wollen pergen, ob sichs velleicht also zütruge, das wir euch derowegen weiter schreiben wurden, das irs dannost zuvor ein wiessens gehabt hettet.» — Dat. Marpurg Do. n. vocem jucunditatis a. 39. — Empf. Mai 21, pr. Mai 22.

BEILAGE.

Bernhard von Mila an den Landgrafen.

Mai 8.
Bremen.

Er habe gleich nach Empfang des kurfürstlichen und landgräflichen p. 600A. 2. Briefs [*] die angenommenen Knechte und Hauptleute entlassen. Darauf hätten letztere verkündigt, dass sie einen andern Herren wüssten, und demselben, obwohl er noch nicht namhaft gemacht, geschworen. Nun sei ihm am 2. Mai in Bremen Kundschaft zugekommen, dass der Erzbischof von Lunden bei dem Haufen sei und auf dem Schlosse Neuhaus, welches dem Erzbischof von Bremen gehöre, sich aufhalte. Er habe deshalb für nützlich erachtet, Lunden um eine Unterredung zu bitten und zu diesem Zweck den Sächsischen Rittmeister, Jorge von Horde, und seinen Schreiber abgefertigt. Die beiden Abgesandten seien aber von Dienern des Erzbischofs von Bremen gefangen und an dessen Hoftlager geführt worden; aus welchem Grunde, wisse er nicht. Der Landgraf möge sich bei Lunden, der jetzt bei Herzog Heinrich von Braunschweig sein solle, für die Freilassung der Gefangenen verwenden¹. Dat. Bremen Do. n. cantate a. 39.

Zettel: Lunden solle um den Zweck der neuen Bestellung der Knechte wissen. Dem Anschein nach sei es auf Cleve oder den Bischof von Münster abgesehen.

616. Instruction für Jacob Sturm und Batt von Duntzenheim auf dem Tage zu Worms am 1. Juni wegen der Türkenhülfe². [Mai 26.]*Str. St. Arch. AA 479 f. 40-47. Reinschrift.*

Türkenhülfe nur zu bewilligen, wenn die Mehrheit aller Stände dafür ist. Beschwerde über die Höhe des Strassb. Anschlags. Protest der Städte zur Erlangung eines

¹ Der Landgraf erfüllte diesen Wunsch in einem Brief an Lunden d. d. Mai 15. Zugleich erkundigte er sich nach dem Zweck der neuen Werbungen. Ebenda, Copie.

² Der ursprünglich auf den 18. Mai angesetzte Tag (oben p. 602) war durch König Ferdinand, wie der Landgraf am 8. Mai mitteilte, bis zum 1. Juni verschoben worden, in der Hoffnung auf einen um so stärkeren Besuch. Str. St. Arch. AA 479 f. 5.

gerechten Anschlags für künftige Fälle. Massregeln gegen Uebervorteilung der Evang. Ersatz der Reisisen durch Fussvolk.

Die Gesandten sollen bei ihrer Ankunft in Worms zunächst zusehen, ob die Mehrzahl der Reichsstände zu dem Tage erfordert und erschienen sei. Ist letzteres nicht der Fall, so sollen sie bei den einigungsverwandten Ständen dahin handeln, dass die Beratung der Türkenhülfe abgelehnt werde, da etwaige Beschlüsse der anwesenden Minderheit von den Abwesenden doch nicht vollzogen werden und deshalb ganz zwecklos sein würden. Ist dagegen die Mehrzahl auf dem Tage vertreten, und sind sichere Kundschaften von drohender Türkengefahr für die deutsche Nation vorhanden, so sollen sie Vollmacht haben, «von solicher zimblichen, billichen hilf auch vermög des Regenspurgischen anschlags nach inhalt des Frankfordischen anstands ze reden, ze raten und ze schliessen zu verhelfen.» Doch sind die Beschwerden der einzelnen Stände über ungerechte und ungleichmässige Anschläge zur Türkenhülfe zu hören und zu berücksichtigen. Hierbei sollen die Gesandten auch für Strassburg um Verringerung des Anschlags nachsuchen, «mit anzeig, wie beschwerlich ain statt Strasburg irem vermögen vil zu hoch und ungemäss, ja gar schier ainem churfursten gleich angelegt sei¹, welche anlag sie in die harr nit zu geben oder ze dulden wisse oder vermöge, sonder dernhalb, wo die also pleiben und oft gelaistet werden solt, in verderben gefuert werden mueszte.» Würde dagegen eingewandt, dass Strassburg sich ja auf dem Regensburger Reichstag wegen der Anlage nicht beschwert hätte, so sollen die Gesandten darlegen, dass die Stadt die Türkenhülfe damals erst nach Verkündigung des Nürnberger Friedens bewilligt hätte, als es zu einer Beschwerde in Regensburg über die Höhe der Anlage zu spät gewesen wäre.

nr. 160.

Werde dann die Türkenhülfe von allen oder der Mehrheit der Stände zugesagt, sei es mit oder ohne Verringerung der Anlage, so sollen die Gesandten die anderen Reichsstädte zur Abfassung einer Schrift vermögen, worin ausdrücklich betont werde, dass es das letzte Mal sei, dass die Städte eine derartig veranschlagte Türkenhülfe bewilligt hätten. Künftig werde man sich nur noch beteiligen, wenn «soliche hilf — als die nit allein etlichen sondern stenden sonder ganzer christenheit zu gutem beschehen solt — auf alle stend der christenheit oder je doch ufs wenigst der ganzen teutschen nation geschlagen und gelegt wurde.» Der Anschlag des Romzuges, der bisher der Türkenhülfe zu Grunde liege, sei zu beschwerlich und ungleichmässig, da viele mächtige Fürsten, selbst solche, die den Türken näher als andere sässen, in dem Anschlag überhaupt nicht wären und gar nichts beisteuerten. In eine neue und gerecht verteilte Anlage werde man gern willigen.

Im Fall, dass die Leistung der Hülfe beschlossen wird, sollen die Gesandten Vorkehrungen treffen, dass die bewilligten Truppen zu keinem andern Zweck als gegen die Türken gebraucht würden, und dass die Evangelischen bei Ernennung der Kriegsräte etc. nicht übervorteilt würden. «und sonderlichen will wol zu versehen sein, wann, uf was kondschaft und durch

¹ Strassburgs Anlage nach der letzten Matrikel von 1521 betrug 40 Reisisen und 225 Fussknechte, während die Kurfürsten je 60 Reisisen und 277 Fussknechte zu stellen hatten.

wen das auffordern und beschreiben der hilf beschehen soll, damit denselben gehorsamet und die stend unsers tails gleich so wol als die andern vergwiszt werden, das die not vorhanden und das der mehrertail des reichs erfordert seien, auch ain jeder stand sein gepuerende und bewilligte hilf gewiszlich schicke und laiste» etc.

Wegen der Schwierigkeit, Reilige im Oberland zu bekommen, sollen die Gesandten um Erlaubnis bitten, dass Strassburg im Notfall seinen Anschlag an Reiligen durch Fussknechte ersetze, wobei 3 Knechte für einen Reiligen gerechnet werden sollten. Dat. fehlt.¹

617. Landgraf Philipp an die Dreizehn.

Juni 4.

Str. St. Arch. AA 479 f. 18. Ausf. v. Bing.

Lage des Evangeliums im Herzogtum Sachsen.

nr. 614. «Wie die sachen des evangeliu itzo in herzog Jorgen zu Sachsen verlassenem land stehen, das werdet ir ab beigelegter copei zu sehen fienden². hoffen zu gott, es werde mit demselben land numer kein not haben.» Ueber- sendet auch Copien der zwischen König Ferdinand und Herzog Heinrich von Sachsen gewechselten Briefe über die Aenderung in der Religion³. Seiner Ansicht nach sei es «di meinung des Nurembergischen fridens oder des itzigen Frankfurdischen anstants nit, das man kein ver- anderung in widergotlichen religionen und ceremonien ze thun macht haben solt, sondern das man die geistlichen irer zins und guter, so sie noch inhaben, mitler zeit des halbjrigen Frankfurdischen anstands nit entsetzen sollt. dann sollt es di meinung haben, so hetten wir auch den Frankfurdisch anstand zuwider gehandelt in dem, das wir sanct Elizabethen gebein oder, wie mans zu nennen pflegt, heiligtumb kurz verschiener tag aussem teutschen haus zu Marpurg haben nemen und an einen andern ort priengen lassen.» — Dat. Cassel Mi. n. Trinitatis a. 39. — Empf. Juni 10, pr. Juni 12.

618. Jacob Sturm, Gesandter in Worms, an die Dreizehn.

Juni 5.
Worms.

Str. St. Arch. AA 479 f. 20. Orig.

Bittet um Sendung Bucers nach Worms wegen einer Verhandlung mit Hessen. Tagsatzung noch nicht eröffnet. Zeitungen. Kammergericht.

«Was m. g. her der landgrave mir geschriben, das haben ir us hie beiligender schrift zu vernämen[*]. darauf hab ich sin f. g. wider geschriben,

¹ Nach dem Ratsprotokoll (f. 137) wurde die Instruction dem Rat am 26. Mai von Sturm, Duntzenheim und Böcklin zur Genehmigung unterbreitet, welche dann auch erteilt wurde.

² Ebenda fol. 19. Enthält einen kurzen Bericht über die Ankunft des Kurfürsten von Sachsen mit Luther, Melancthon und andern Predigern in Leipzig am 23. Mai und über die günstige Aufnahme der Predigten Luthers beim Volk. «herzog Heinrich zu Sachsen will auch in der religion niemant wider sein gewissen dringen, und hat die landschaft ein guts gefallen zu sein f. gnaden; es halten sich auch die prediger ganz bescheiden.»

³ Ebenda fol. 21-28. Heinrich tritt mit Rat des Kurfürsten Johann Friedrich den Behauptungen Ferdinands entgegen, welcher ihm auf Grund des Nürnberger Friedens und Frankfurter Anstands das Recht religiöser Aenderungen im Gebiet seines verstorbenen Bruders Georg streitig zu machen sucht. Vgl. Seckendorf III § 72.

das ich uf den jetzigen tag gen Worms verordnet sei, wolle auch daselbst ongeverlich acht tag, das ist bis uf zinstag oder mittwoch den zehenden oder 11. dis monats verharren, dergleichen minen hern siner f. g. schreiben zuschicken, ob der Butzer uf genanten tag zu Worms auch erschinen möcht. hierauf mogen ir mit her Martin handeln, ob er sich am sonntag oder mentag erheben und uf genanter tag einen hie sein möchte; versehe ich mich, werde jemants auch von m. g. hern landgraven wegen erscheinen; dan der gesant, so jetz hie ist, namlich Werner von Wallerstein, der hat von den sachen kein wissens¹. verner so schicken wir euch hierin verzeicht, wes fur botschaften hie sind; und hat man noch kein handlung angefangen, sonder wartet noch der Colnischen, Brandenburgischen, Beierischen und ander botschaften, — deren ein tail uf dem weg sein sollen — ankunfft. und wie uns bedunkt aus allerlei anzeigungen, wurt nit vil hie usgericht werden.

nr. 619.

Die knecht, so im Niderland versamlet und nachgond im stift Bremen etc. gelegen, sind alle verlaufen und zertrennet.² Berichtet über die Besitzergreifung des Herzogtums Sachsen durch Herzog Heinrich und über den Streit desselben mit König Ferdinand wegen der Reformation². «zudem so hat das kai. camergericht in zwo sachen, eine den churfursten, die ander den herzog von Pomern belangen, seithar dem Frankfordischen abschid procedirt und geurteilt. ob das die sach hie furdern werd, hat meniglich zu bedenken. der kai. orator ist wider in Hispanien und, wie man sagt, ist herzog Heinrich von Braunschweig hienach postiert.» — Dat. Worms Do. 5. Juni a. 39. — Pr. Juni 7.

nr. 615.

619. Jacob Sturm, Gesandter in Worms, an die Dreizehn.

Juni 8.
Worms.*Str. St. Arch. AA 479 f. 22. Orig.*

Die Stände weigern die Türkenhülfe; verlangen einen Reichstag.

Uebersendet den Brief des Landgrafen vom 4. Juni, den er geöffnet und gelesen habe. «wir haben auch in nechstem unserm schreiben vergessen, die namen der botschaften inzuschliessen; die schicken wir euch hiebei zu [*]. Coln und Brandenburg haben niemants hie. uf freitag nechstverschinen [Juni 6] haben die ko. comissarien, grave Wolf von Montfort und her Heinrich Treisch, der lang Hesz genant, vor den botschaften ein fürtrag gethon, dorin si begert, die Regenspurgisch Turkenhilf zu beratschlagen, wie die im fall, so der Turk infallen wurde, zu leisten were, wie si dan solich iren fürtrag in schriften uergeben. doruf haben sich der churf. und fursten botschaften uf heut morgen entschlossen, ein antwort wider in schriften zu geben, dorin si ursachen anzeigen, warumb die hie nit bewilligt und

nr. 617.

¹ Die Angelegenheit, von der hier die Rede ist, hängt wahrscheinlich mit den damals zwischen Hessen und den Söhnen Franz' von Sickingen geführten Vergleichsverhandlungen zusammen, bei denen Bucer den Vermittler spielte. (Vgl. die Briefe bei Lenz I nr. 24 u. 26.) Der Landgraf schrieb nämlich am 24. Juni an letzteren, die unerwartet schnelle Beendigung des Wormser Tages sei schuld daran, dass die Sache mit den Sickingern dort nicht «exequirt» sei. Ob Bucer auf Sturms Aufforderung nach Worms gekommen ist, ist ungewiss.

² Wie in voriger Nummer.

beschlossen werden möge, und das deshalb ein gemeiner richstag uszuschreiben von nöten sei; solich meinong haben si uns von stetten uf heut furgehalten. haben wir in wider angezeigt, wie wir zu der Turkenhilf nit unwillig, wo die gleicheit dorin gehalten und die stett über ir vermügen nit beschwert, die auch gemeinlich von allen richsstenden bewilligt und geleistet. dweil wir aber ir bedenken heren, mögen wir leiden, das die schrift angestölt und uns zu besichtigen zugestölt. so dan nichts dorin, das unsern bevelen zuwider, wollen wir die mit inen willigen. haben si wol bewilligt, uns die hören zu lossen, aber des zustöllens halb kein antwort noch geben. so dan die geschrift also gestölt, das sie uns lidlich, werden wir mit inen enig sein, wo nit, wollen wir den ko. commissarien selbs antwort geben. versehen uns also, die sach werde sich über zween oder drei tag nit meer verziehen^{1.}» — Dat. Worms So. 8. Juni a. 39. — Empf. Juni 10, pr. Juni 11.

620. Jacob Sturm an Landgraf Philipp.

Juni 8.
Worms.*Marb. Arch. Orig.*

- nr. 618. «E. f. g. schreiben [*], das herzog Heinrich von Braunschweig mit dem kai. orator in Hispanien sin solle, sampt angehenkten begern hab ich empfangen und verlesen, will doruf kontschafft und achtung machen, sovil möglich.» Die Briefe an die Dreizehn, betreffend Heinrich von Sachsen, habe er gelesen und weiter nach Strassburg geschickt.
- nr. 617. «nun hab ich hievor e. f. g. geschriben, was ich mit doctor Hansen von Metz und Hans Jergen von Landsperg irer bestallung halber gehandelt; bitt ich, e. f. g. wollen mir ir gemüt dorunder genediglich zuschreiben. glicher gestalt hab ich Herman Schutzen, e. f. g. rentmeister zu Grunberg, geschriben [*], wie ich kein gelt diser zeit zu Straspurg hab konnen ufbringen, das ich aber vernern vleis fürwenden wolle; hab aber seithar nichts erfahren mögen.» — Dat. Worms So. 8. Juni² 39.

¹ Im Ratsprotokoll a. 1539 fol. 186 ff. ist eine Aufzeichnung über den Wormser Tag auf Grund des Berichts, den Jacob Sturm im Rat erstattete, enthalten. Das Resultat des Tages war, wie bereits oben angedeutet, die Ablehnung der Türkenhilfe trotz gewisser von Sachsen vorgelegter Zeitungen, wonach die Türken mit Unterstützung der Tataren in Ungarn einzufallen drohten. Sonst ist zu erwähnen, dass die Städte in Worms Verwahrung einlegten gegen die Anmassungen der Fürsten, welche behaupteten, dass jene sich auf Reichstagen einfach ihren Beschlüssen anzuschliessen hätten. Sturm klagt bei diesem Anlass über die Unordnung auf den Reichsversammlungen; es sollte eigentlich, sagt er, immer der Stadtschreiber derjenigen Stadt, in welcher der Tag stattfindet, ein Protokoll über das, was den stätten begegnet, führen; dies geschehe aber leider nicht, und so sei es sehr schwer, jene Anmassungen der Fürsten gebührend abzufertigen. Die Strassburger Gesandten übergaben ferner in Worms den einzelnen Ständen Exemplare der Druckschrift, in welcher Aufschub der Execution in dem Hanauer Prozess und Entscheidung der Angelegenheit durch Kaiser und Reich verlangt wurde. Vgl. oben p. 604 A. 1.

² Im Text steht «Juli» statt «Juni», was ein offenbarer Schreibfehler ist. Vgl. nr. 619.

621. Bürgermeister und Baumeister zu Augsburg an Jacob Sturm, in dessen Abwesenheit an Mathis Pfarrer. Juni 8.

Augsb. Arch. Conc.

Befürchten einen Angriff von Lothringen aus auf Württemberg, um Herzog Christoph einzusetzen. Bitten um Kundschaft.

Sie hätten im Vertrauen Kunde erhalten von neuen geschwinden Praktiken gegen Ulrich von Württemberg und gegen die Evangelischen überhaupt, «dergestalt, das der herzog von Lothringen möchte volk annemen im schein, dasselb wider den herzogen von Cleve zu erobrung des lands Gelhern zu gebrauchen, welchs doch zu einnehmung des herzogtums Württemberg und herzog Christof darein zu setzen, leichtlich gewendt möcht werden; dann neben dem, das frembder potentaten botschaften bei unsern genachbaurten viel geschafft suchen, befinden wir auch, das die hundert und 50 M ducaten, so us Hispania gemacht, erhoben und an den orten zu solchem gelegen bewandt sein *möchten*¹; und bewirbt sich Bairn fast umb geld, und wiewol wir nit grund haben noch haben können, was entlichs darhinder steckt, können wir doch als die sorgfältigen nit underlassen, euch solichs im vertrauen bei aignem disem poten anzezaigen, und stellen in eur bedenken, ob solichs den geheimen ains erbarn rats weiter zu entdecken, oder was das best sei; in allweg aber seh uns fur gut an, wollen auch freuntlich darumb gebeten haben, das ir vleissige kuntschaft machen wollen, zu erkundigen, ob und wann in herzog von Lothringen oder Frankrich namen knecht angenommen wurden.» Bitten um Mitteilung hierüber. «dann ob schon dise sach ain ansehen oder anfang zeitlicher gueter halb het, were sie doch mit so viel umbstenden beclaidet, das im ende der religion und derselben anhengigen hochste beschwerde dorus volgen mocht.» — Dat. So. 8. Juni a. 39.

nr. 540.

nr. 583.

nr. 595.

622. Mathis Pfarrer an Bürgermeister und Baumeister in Augsburg. Juni 12.

Augsb. Arch. Ausf. (von Joh. Meyer).

Er habe wegen Abwesenheit Jacob Sturms² ihr Schreiben vom 8. Juni erbrochen und gelesen; «gib euch darauf ganz guter meinung zu erkennen, das von vorhabender rustung in Lothringen bei uns ganz dhein red ist, khan auch fur mein person, das etwas daran sei, dhein glauben geben; hab aber des weniger nit ein solich mein herrn den dreizehen geheimen anzeugt. die seind willig, ir kundschaft und erfahrung darauf zu haben und zu machen; und wesz sie des ortz innen werden, [werden] sie euch alsdann berichten.» — Dat. Do. 12. Juni a. 39.

623. Jacob Sturm an Landgraf Philipp.

Juli 7.
Strassburg.

Marb. Arch. Orig. Fehlerhaft gedruckt bei Neudecker Urk. 561. Mit Verbesserungen benutzt von Lenz I p. 94 A. 8.

Die Städte wünschen keinen Krieg um weltl. Interessen willen, sondern nur richtige Verwendung der Kirchengüter. Vorteil des Frankfurter Anstands. England, Frankreich

¹ Zweifelhafte Lesart.

² Derselbe war noch nicht von Worms zurückgekehrt. Vgl. nr. 618-620.

und der Kaiser. Heinrich von Braunschweig, vom Kaiser kommend, in Strassburg. Pfalzgraf Friedrich. Ferdinands Mandate gegen die Evangelischen und deren Universitäten.

«Her Martin Butzer hat mich e. f. g. schreiben, so si im jungst überschickt¹, lesen lossen, und bin des mit e. f. g. ganz einig, das us ursachen, wie e. f. g. die vermeldet, der krieg von disem teil nit anzufohen; acht auch, das wenig von stetten seien, die es anders bedenken oder umb einichs zeitlichen willens solichs begerten; so acht ich auch nit, das der von stetten meinong sei, die kirchengüter also under ir administration zu bringen, dorinnen noch irem zeitlichen nutz zu handeln², sonder allein, das si der kirchen und zu derselben nutz wider brocht möchten werden; und dannocht dasselb auch nit durch kriegisch emporung, do man, wie e. f. g. schreiben, wol meer verlieren mocht, dan der kirchen gewinnen, oder auch durch andere mittel, die zu zerstorung dienen möchten, sonder allein das man mit fuglichen und denen mittlen solichs understund, die gott der her jeder zeit als erheblich und müglich anzeigt, dozu dan e. f. g. alweg wol geneigt gewesen und, wie ich zu gott hoff, noch ist. Der Frankfurtsch anstand ist hinüber; hoff, sei des orts meer nutz dan schad, das die misztrew und fursorg zwisten den stenden, als ob je einer uber den andern ungewarnter sach fallen wölt, dodurch etwas gestillet und gemiltert ist. der Englischen antwort hett ich mich nit versehen³; aber die hern endern ir gemüt mit den läufen; man sagt hie, es soll zwisten Frankrich und ime [dem König von England] etwas milter sin worden; so wollen etlich sagen, als ob der kai. ouch in practiken mit im stünde der dochter halb⁴, welchs ich doch nit wol glauben kan.

nr. 611.

Herzog Heinrich von Braunschweig ist vergangens donders-tags den III. julii uber nacht hie in sins bruders, herzog Jergen des domhern, hof gelegen; ist grave Wilhelm von Furstenberg noch dem nachtessen zu im gangen, hat in angesprochen und in morgen zu gast geladen; aber er ist morgens ganz früg wider hinweg zu wasser den Rin

¹ D. d. Juni 24, gedruckt bei Lenz I nr. 26. Der Landgraf verteidigte darin die Annahme des Frankfurter Anstands gegen Bucers Vorwürfe vom 28. Mai (ebenda nr. 24) und legte dar, dass es unklug gewesen wäre, Krieg anzufangen. Bucers Antwort hierauf vom 7. Juli s. ebenda nr. 27.

² Der Landgraf hatte geschrieben, man dürfe deswegen, «daz ezlich städte die guter, so zu iren kirchen gehören solten, nit bekommen mugen», keinen Krieg beginnen; vielmehr sei das Recht der Städte im einzelnen Fall sorgfältig zu prüfen und «durch ein gemeine verwilligung teutscher nation darin zu handeln». Lenz a. a. O.

³ Copie der Antwort Heinrichs VIII (d. d. Mai 25) auf die Werbung der protestantischen Gesandten (vgl. oben nr. 602) hatte der Landgraf an Bucer geschickt (Lenz a. a. O.; vgl. Seckendorf III § 73). Der König wies darin die von den Ständen gemachten Bündnisvorschläge zurück, weil dieselben bedeutende Anforderungen an ihn stellten, ohne entsprechende Gegenleistungen zu bieten. Seine Unzufriedenheit war noch gesteigert durch den Abschluss des Frankfurter Anstands, wovon er allerdings in dem Brief nichts sagte. Die Relation der Gesandten über ihre Verhandlungen, von der Lenz a. a. O. einen Auszug giebt, schickte der Landgraf erst später an Strassburg. S. unten nr. 630.

⁴ Plan einer Verbindung mit Maria, der Tochter Heinrichs VIII und Katharinas von Arragonien?

abhin; ist nit meer dan selb dritt¹ durch Frankrich und das Schwizerland us Hispanien postiert, von Basel hiehar im schiff komen; sagt, sei nit meer dan IX tag am hof gewesen und versehe sich, kai. mt. werd uf kunftigen september in Italien ankomen; sonst hab ich nichts mögen erfahren, was er dorinnen gehandelt. herzog Fridrich ist auch heraus; sine edelleut sind hie durchzogen und er zu der konigin Marie in Niderland. Die Ro. ko. mt. hat mandata lossen usgon², dorin sie verbietet, das niemants sine kind oder verwanten gen Wittenberg, do die verfurisch leer iren anfang und ursprung genomen, noch uf andre hohe schulen, do solich verfurisch leer gelesen, schicke, sonder alle die do weren, widerrüfe; losset in iren erblanden die alte mandata erneuern und verjagt heftig die pfarrer und stroft alle die, so sich unsers glaubens annemen, von hern, adel und burgern; acht, es sei ein vorbereitung zu der Nurnbergischen vergleichong³.» — Dat. Strassburg Mo. 7. Juli a. 39.

nr. 618.

nr. 595.

624. Die Geheimen von Ulm an die Dreizehn.

Juli 8.

Str. St. Arch. AA 445. Ansf. Beilage ebenda. Copie.

Werbung Herzog Ulrichs wegen eines Bundes mit den oberländischen Städten und Frankreich. Bairische Rüstung eher gegen Augsburg als gegen Württemberg. Ulm habe letzteres mit seiner Werbung an Strassburg und Augsburg gewiesen.

Uebersenden Abschrift der Werbung, welche Balthasar von Gultlingen im Namen seines Herrn, Herzog Ulrichs von Württemberg, ihnen gestern ganz insgeheim vorgetragen hat, sowie Copie ihrer darauf erteilten Antwort (S. Beilage), damit die Dreizehn, wenn die Werbung auch an sie gebracht würde, Bescheid wüssten. «wolten wir e. f. und daneben nit pergen, dieweil — wie an uns gelangt — unser gnediger herr, herzog Wilhelm von Baiern uf Jacobi [Juli 25] schierist ainen dult — oder nach unserm verteutschen ainen markt — halten und darauf vil herrn, kriegsleut und alle die, so seinen f. g. ausserhalb ires lands verwandt sein, beschriben haben soll, ob unser gnediger herr, herzog Ulrich hochgemelt, argwonen oder in sorgen steen, das alda wider sein f. g. oder ander ichtzit widerigs tractiert oder gehandelt werden, wie wir dann aus unser besonder lieben und guten freund, der geheimen der statt zu Augspurg, hievor beschehenem anzaigen auch vermuten; dann bei vilen bedacht, das dise versamblung bemelten unsern lieben und guten freunden, denen von Augspurg mer dann andern zuwider furgenomen und ee wider sie dann sonst jemens anderer ichtzit tractiert werden, ursach das herzog Ulrich nit so geh oder hastig als die von Augspurg ubereilt werden mögen; deshalben von hohen noten, der sachen gut acht zu haben und nichts zu verachten.» — Dat. Aftermontags 8. Juli a. 39. — Empf. Juli 12, lect. Juli 13.

nr. 621.

¹ Hier hat Neudecker Urkunden 362 einen Sinn entstellenden Fehler, den Lenz p. 94 übersieht: «ist mit mherer denselben diener» (!)

² Copie derselben, d. d. Wien April 2, ebenda.

³ D. h. zu dem im Frankfurter Anstand angekündigten Nürnberger Gespräch. Vgl. oben nr. 608 Beil.

BEILAGE.

Protokoll über die Werbung Balthasars von Gulltingen vor den fünf geheimen Räten von Ulm und über die Antwort der letzteren.

Graf Wilhelm von Fürstenberg sei kürzlich bei Herzog Ulrich gewesen und habe angezeigt, «das die koniglich wurd aus Frankreich hievor bei dem churf. von Sachsen, landgraven zu Hössen etc. und den andern christenlichen ainungsverwandten stenden durch ine graf Wilhalmen mer dann ains angesucht, das ir kon. w. gesint, begierig und entschlossen, mit ine den evangelischen stenden — wie sonders zweifels seinen f. g. onverporgen — ainen verstand zu machen. warumben aber oder us was ursachen ime, graf Wilhalmen, bisanhere anstatt kon. w. nit antwurt gefallen, das wer ime, graf Wilhalmen, und dann daneben — wie Gulltinger meldt — seinem g. f. und hern, herzog Ulrichen, verporgen, aus was verhinderung die sachen in verzug oder in schlaif gericht. derwegen und dieweil dann der kon. w. will und meinung noch stuende, sich mit seinen f. g. und den oberländischen erbarn stätten in verstand zu begeben,» so sei er, Gulltingen, von Herzog Ulrich an die Geheimen von Ulm «darumben abgevörtigt, das sein f. g. je bedunken wolt, es were mit kon. w. von ainem verstand, der seinen f. g. und den oberlandischen e. stätten zu gut komen und gelangen möcht, zu handeln.» Der Herzog bäte deshalb die von Ulm um Einladung der Geheimen der andern oberländischen Städte zu einer Besprechung, zu welcher er selber auch seine Räte schicken werde.

Die Geheimen von Ulm erwidern hierauf, sie könnten in so wichtigen Sachen nicht ohne Vorwissen von Strassburg und Augsburg handeln, und raten deshalb, Württemberg möge an diese beiden Städte schreiben. Auf weiteres Ersuchen seien sie auch geneigt, sich selber mit letzteren in Verbindung zu setzen.

«Darauf der von Gulltingen damit abgeschaiden, das seines gnedigen fursten und herren mainung were, in den sachen furderlich furzugeen; dann die nit wol verzogen werden mochten. so wisz auch er, der von Gulltingen, nit, ob sein gnediger herr ine meinen herrn den funfen obangeregter sachen wegen ferner ichtzit schreiben wurd oder nit. us dem vermut, das herzog Ulrich zu Wurtemperg villeicht gesinnt oder des vorhabens sein mocht, etwan ichtzit fur sich selbst zu handeln und furzunemen.»

625. Landgraf Philipp an die Dreizehn.

Juli 9.
Cassel.*Str. St. Arch. AA 481. Ausf.*

Mitteilung Sachsens über Praktiken gegen die Evangelischen.

«Es ist itzo von ainem guten freunde, wilcher dem evangelio wolgeneigt, wie wir denn euch muntlich anzuzaigen wüsten, dem churfursten zu Sachsen, unserm fruntlichen lieben vetter und bruder, beneben fruntlicher biet, uns solchs auch furter zu eroffnen, etzlich anzeig gescheen, belangende die geschwiende practiken, so wider die stende dieser unser waren christlichen religion getrieben werden sollen.» Uebersendet Copie davon (Beilage). Dat. Cassel Mi. n. Kiliani a. etc. 39. — Empf. Juli 20, pr. eodem die.

BEILAGE.¹

Das Gerücht einer Zusammenkunft von Botschaften des Kaisers, Ferdinands, Frankreichs, des Papsts und Venedigs sowie der Türken in Krakau habe sich zwar bei näherer Erkundigung als unwahr herausgestellt; doch sei es Thatsache, dass von solchen Tagsatzungen gehandelt worden sei, und dass namentlich Lunden viel in dieser Hinsicht practiciert habe. Jedenfalls wolle man lieber mit den Türken als mit den Evangelischen Frieden machen. Zuerst müsse nach Ansicht der römisch Gesinnten das lutherische Wesen ausgerottet werden; dann erst könne ein «fruchtbarer zug» gegen die Türken vorgenommen werden.

626. Die Dreizehn an die Geheimen von Ulm. Juli 13.

Ulm. Arch. Ref. T. XXIV. Ausf.

Antwort auf das Schreiben vom 8. Juli. Teilen mit, dass Herzog Ulrich ihnen gleichfalls wegen des Verständnisses mit Frankreich geschrieben habe, und übersenden Copie seines Briefs und ihrer Antwort darauf². Bitten, Augsburgs Gutachten einzufordern und mitzuteilen. Dat. 13. Juli a. 39. nr. 624.

627. Der Rat von Frankfurt an den Rat von Strassburg. Juli 19.

Frankf. Arch. reg. diurna. 1559-40 f. 40 b. Copie.

Die Stadt Goslar habe in ihrer Bedrängnis von Seiten Heinrichs von Braunschweig um Verehrung oder Darlehung einer Summe Gelds gebeten. Frankfurt fragt an, ob Strassburg in gleicher Weise ersucht sei, und was es darauf zu thun gedenke. Dat. Sa. n. Margarethae a. 39. nr. 537.

628. Landgraf Philipp an die Dreizehn³. Juli 20.
Wolkersdorf.

Marb. Arch. Conc.

Er könne seiner «Leibsschwachheit» wegen die Hauptmannschaft des Bundes nicht länger behalten. Zusammenkunft der Stände behufs anderweitiger Besetzung des Amts. Vorschläge dazu.

Man wisse, wie ungern der Kurfürst von Sachsen und er selbst auf dem Tage zu Braunschweig die Hauptmannschaft des Bundes behalten hätten. nr. 496.

¹ Sie hat die Form einer Instruction eines Fürsten (vielleicht Brandenburg) an Kursachsen.

² Ulrichs Brief d. d. Nürtingen Juli 9 (Str. St. Arch. AA 445 Ausf.) enthält dieselben Mitteilungen wie die Werbung Gultingens (nr. 624); nur ist darin noch schärfer betont, dass Fürstenberg auf möglichst schnelle Betreibung der Verhandlungen dringe, und dass deshalb sofortige Entscheidung nötig sei. Die Dreizehn erwiderten am 12., sie könnten zur Zeit keinen Entschluss fassen, da die Angelegenheit reifliche Ueberlegung erfordere, und ihre Collegen zum grossen Teil gerade abwesend seien. Der Herzog möge sich deshalb gedulden. (Ulm. Arch. Copie).

³ Ebenso an Württemberg, Augsburg und Ulm.

Nun sei die Zeit für dieselbe jetzt wiederum abgelaufen, und er trage grosse Bedenken namentlich wegen seiner «leibsschwachheit», das Amt von neuem zu übernehmen. «es ist aber unser meinunge mit entlestigung solcher hauptmanschaft gar nicht, was uns möglich, allen stenden zum besten gethan hetten, ze thun; und keme es auch darzu, das wir euch und den andern unsern mitverwandten oberlendern mit unser person im felt in kriegsleufften dienen oder die in noten erretten solten, und ir des und uns darzu für ein obersten begertet, solchs seint wir unsers vermugens und was wir des unsers leibs halben immer thun können, ganz gevliessen und gneigt, gleich als do wir noch hauptman weren. das wir uns aber der wessentlichen und stetigen teglichen hauptmanschaft solten lenger beladen lassen, das wurde uns sonderlich unsers leibs schwachheit halben ganz schwer fallen; dan es verwar die teglich sorge, muhe und arbeit der hauptmanschaft ufm rucken zu tragen nit ein gerings sonder hohes, muheseliges geferlichs und vast beschwerlichs ding ist; so wolten wir auch je nit gern, das was unser schwachheit oder sonstet halben ubersehn werden solt, so uns allen zu mirglichem nachteil gereichen mochte.» Deshalb wäre seine und des Kurfürsten Absicht, noch vor Weihnachten die Stände zusammen zu berufen, um von anderweitiger Bestellung der Hauptmannschaft zu reden. Man möge inzwischen die Sache überlegen. «wir bedenken in der eil, man musz die sach etwo uf der wege einem furnemen, das man stetigs etzliche geschickte leute und rete von wegen gemeiner verstendnus an gelegner stadt underhiette, die allenthalben gute kundschafft uf alle sachen machten und, wan es die not were, die stende zesamenforderten, oder das man etwo einen geschickten hauptman erwelete, und das derselbig sein wonunge irgens in der mitte der evangelischen stende als zu Frankfurt, Wetzlar, Schmalkalden, Eisenach oder daherumb hette; do es aber nit gnug sein solte mit einem, das man irer zwene hette, einen nach den Oberlendern als zu Frankfurt oder Wetzlar, und der ander nach dem Sechsischen kresse als zu Schmalkalden oder Isenach wonende, were es nit gnug mit zweien, das man irer drei oder mehr hette, und der dritte etwo im land zu Wirtenberg sein ansitze und die anderen ire heusliche enthalt nus an vorberurten orten hetten. solchs solte wol zur abenther [sic!] die stende weniger kosten, dann wann der churfurst oder wir die hauptmanschaft trugen und viel uf den zusammenforderungstagen verzeret wirdet. und solt die hauptmanschaft von jarn zu jarn umbgehen, als daz sie heuer dies jar der churfurst, das ander herzog Henrich zu Sachsen, das dritte herzog Ulrich zu Wirtenberg, das viert jemants von stetten, das funft Leuneburg und daz sechs wir mit unsern dapfern ansehtlichen reten zu bestellen hetten; davon oder das etwo sonst ein gute ordnung, wie im Schwebischen bund gewesen sein kont, gemacht wurde, mocht auch geredt werden.» Doch seien dies nur unmassgebliche Vorschläge; man möge bis zur Zusammenkunft weiter darüber nachdenken. Dat. Wolkersdorf 20. Juli a. 39.

629. Jacob Sturm an Landgraf Philipp ¹.Juli 21.
Strassburg.*Marb. Arch. (Corr. L. Philipps mit Sturm.) Orig.*

Plan einer Heiratsverbindung zwischen Georg von Württemberg und der Tochter Heinrichs von Sachsen. Georgs Zustimmung dazu. Wichtigkeit der Heirat für das Evang. Herzog Christoph. Kaiser, Frankreich und England.

Das Schreiben des Landgrafen, belangend die Heirat Georgs von Württemberg, sowie die Copien der Briefe Herzog Ulrichs habe er empfangen (*) und dem Grafen Georg vertraulich übermittelt. Er vernehme nun, dass dieser mit dem Inhalt dieser Briefe zufrieden sei, abgesehen von einer kleinen Aenderung, über die man sich leicht vereinigen werde. Georg wolle also des Landgrafen « verner handlung und beschreibung zu der besichtigong ² erwarten », bitte jedoch, die letztere so anzusetzen, dass sie ihn an seiner vierwöchentlichen Badereise im August, die er ohne Schaden seiner Gesundheit nicht unterlassen könne, nicht hindere.

Persönlich meint Sturm, dass die Aussichten einer Verbindung Georgs mit der Tochter Heinrichs von Sachsen sich sehr verringert hätten, seit dieser als Erbe seines Bruders einen so grossen Zuwachs an Macht und Reichtum erhalten hätte. Schwerlich werde er jetzt noch Lust haben, seine Tochter dem Grafen Georg zu geben. Auch die Irrung, die wegen des Erbfalls zwischen Heinrich und dem Landgrafen herrsche, sei der Heirat nicht günstig. « nun wissen e. f. g., wie lang nun m. g. her, herzog Ulrich, mit der verheiratung siner f. g. bruders umgangen und sich aber doch nie so weit als jetzt begeben und ingelossen; dorzu wie sich jeder zeit ursachen on sin grave Jergen verschuldung zutragen, das nichts us der sachen worden. dobei wissen e. f. g. us hohem verstand auch, wie die sachen allenthalben gestaltet, und wie hoch und vil nit allein dem land zu Wirtemberg und allen fromen underthonen desselben, sonder auch allen genachpaurten evangelischen stenden, ja der ganzen gemeinen verstentnüs und dem ganzen evangelischen handel doran gelegen, das der nam und stam Wirtemberg nit on manlich libserben abgang. solten nun die sachen dis orts mit herzog Heinrichs dochter nichts sein, und nichtdestweniger in langen verzug und ufhalt geraten, so wachsen die jor uf m. g. hern grave Jergen; so ist m. g. her herzog Ulrich ein mensch und auch sterblich; so sind die gemüter der menschen enderlich, die zeit der kriegs- und anderer louf halber sorglich, also das der ufzug vil nochteils in der sach geberen möcht. » Deshalb möge der Landgraf allen Fleiss aufwenden, um zu erkundigen, ob Hoffnung vorhanden sei, dass die Heirat zustande komme; wenn dies nicht der Fall sei, so möge er Herzog Ulrich davon in Kenntnis setzen, damit man alsbald Schritte thue, um eine andere Verbindung für den Grafen ausfindig zu machen ³.

¹ Vgl. oben p. 519 Anm. 2.

² Der ausersehenen Braut? Vgl. weiterhin im Text.

³ Herzog Ulrich hatte schon in einem Brief an den Landgrafen vom 3. Juni sich ziemlich hoffnungslos über die projectierte Verbindung mit Sachsen ausgesprochen, und in der That kam dieselbe nicht zustande. Heyd III 600. Erst im Jahr 1555 hat sich Graf Georg mit des Landgrafen Tochter Barbara vermählt. Aus dieser Ehe ist der im Jahre 1593 zur Regierung gelangende Herzog Friedrich hervorgegangen.

Wilhelm von Fürstenberg beabsichtige, diese Woche zum König von Frankreich zu reiten; derselbe habe Zeitungen vom Connétable erhalten, deren Inhalt der Landgraf aus beifolgendem Schreiben der Dreizehn ersehen werde. «er, der contabel, schreibt im auch im selben brief, wie e. f. g. im geschriben, das er bei dem konig doruf handeln woll, das er herzog Cristoffen heraus erlaub zu e. f. g. zu komen. do hat mir der grave gesagt, er hab solichs herzog Ulrichen zugeschriben und daneben dem connetabel geschriben, das er verziehen wolle mit der erlaubnüs, bis antwort vom vater kome.»

«Wie mich aus allerlei vermutungen bedunkt, so solt die sach zwisten kai. mt. und dem konig nit als wol ston als hievor; doch kan ichs nit wissen, aber us allerlei des graven reden bedunkt mich, als ob er sich umb leut umbsehe. das geschrei mit dem kaiser und Engelland kompt furt und furt us Frankreich, als ob si in etwas practicken mit einander stünden; doch ist nichts gewisz vorhanden. die Englisch antwort, den gesanten gegeben, und des contabels us Frankrich schreiben machen mir allerlei argwon.» — Dat. Strassburg Mo. 21. Juli a. 39. — Pr. Wolkersdorf Juli 29.

630. Die Dreizehn an Landgraf Philipp.

Juli 21.

Marb. Arch. Ausf. Gedruckt bei Neudecker Act. 167.

Generalconcil durch Frankreich vereitelt. Pfalzgraf Friedrich aus Spanien zurück. Empfehlen einen Kriegsmann zur Bestellung. England.

Haben gewisse Nachricht, dass der Papst «und die anhängen des päpstlichen stuls zu Rom» fest entschlossen gewesen seien, ein Generalconcil auszuschreiben, dass dies Vorhaben aber durch den König von Frankreich den Evangelischen zuliebe verhindert worden sei. Letzterer protestiere auch gegen die Behauptung des Erzbischofs von Lunden, als sollte er «etliche handlungen den protestirenden zuwider furgenomen haben.» Im übrigen ständen des Königs Sachen gut; er werde demnächst in der Picardie zur Besichtigung der Grenzbefestigungen erwartet.

nr. 623. Pfalzgraf Friedrich solle sich auf der Rückreise aus Spanien befinden «und seie velleicht nit nach seiner f. g. wolgefallen abgefertiget worden; soll statthalter in den Niederlanden werden und die königin Maria hinein in Hispanien kommen, unserm herrn kaiser seine kinder zu versehen.» Berichten über neuerdings befürchtete Praktiken Baierns gegen Württemberg.

Empfehlen den Ueberbringer dieses Briefs als einen brauchbaren Kriegsmann zur Bestellung im Namen des Bundes gegen ein Jahrgeld von etwa 52 fl. Derselbe habe während des Türkenzuges in Strassburgs Diensten gestanden, habe den Feldzug gegen Württemberg mitgemacht und zuletzt in Frankreich gedient. Anerbietungen des Bischofs von Strassburg habe er ausgeschlagen, um auf Seiten der Evangelischen zu bleiben; er sei in der Nähe der Stadt begütert¹.

Bitten um neue Zeitungen, namentlich über den Verlauf der Gesandtschaft nach England². — Dat. Mo. 21. Juli a. 39.

¹ Vielleicht Engelhard von Speichingen? Vgl. oben nr. 160 u. 346.

² Diesen Wunsch erfüllte der Landgraf durch Zusendung der (von Lenz I p. 89 Anm. auszüglich mitgeteilten) Relation der Gesandten Burckhardt und Baumbach. Copie im Str. St. Arch.

631. Die Dreizehn an Herzog Ulrich von Württemberg.

Juli 25.

Augsb. Arch. Copie.

Bedenken wegen des vorgeschlagenen Verständnisses mit Frankreich. Schwierigkeit für die Städte, die Sache geheim zu halten. Trotzdem wollen sie eventuell an einer Besprechung teilnehmen.

Antworten auf das Schreiben vom 9. Juli bezüglich eines Verständnisses der Oberländer mit Frankreich. «so gemainen stenden der christenlichen religion mit hochgedachter königlicher würde ein verstentnus widerfarn und begeben müchte, die inen leidlich, tröstlich und verantwortlich, so wern mit e. f. g. wir dessen ains und liessen uns es auch gefallen, das dieselbig eingegangen und angenommen wurde. es wollen aber unsers erachtens darbei vil angelegenheiten zu bedenken sein, und namblich, das wir noch nit vernomen, was der wolgeborn unser gnediger herr, grave Wilhelm von Fürstemberg, des orts fur bevel von der kön. wurde hochgemelt, oder uf was mittel und weg oder masz solche verstentnus beschehen solt, angezaigt hab. so wurde unsers bedenkens bei unsern gnedigsten und gnedigen herrn, dem churf. zu Sachsen und landgraven zu Hessen etc., beschwerlich fallen, das hinder irer chur. und f. g. wir solcher handlung halben zusammenkomen und von sachen reden oder ratschlagen solten, dweil ir chur. und f. g. hievor uf gleichformig anpringen in namen gemainer stend der christenlichen religion zu königlicher wurde, mer und hochst gemelt, botschaften gebapt, deshalb ansuchung gethan, von ir kon. wurde aber, wie wir nit anders bericht seind, abschlegige antwort gefallen, und das sie geraten, das mit der Ro. kai. mt. unserm allergnedigsten herrn der religion halben wir uns in vertrag begeben solten¹; und das uber solich gefallen antwort ferers bei iren chur. und f. g. oder gemainen stenden ansuchung beschehen, tragen wir nit wissen.» —

«Das man dann mit allen oberländischen stätten deshalb handeln solt, will auch schwerlich sein, dieweil die sachen in höster und engister gehaim sein und bleiben sollen und aber dieselben stätt nit alle gehaime rät haben, und was des orts mit inen gehandelt, fur ire gemaine rät gelangen und also kumerlich in gehaim gehalten und verschwigen pleiben wurde; so mochte es auch zu beschwerden und verdrusz raichen, wo man deren etlich, als die gehaimen rete hetten, beschreiben und die andere, so nit gehaime rete haben, unbeschriben und onberuft lassen solt; und wo schon die stätt alle gehaime

AA 482. (Vgl. oben nr. 623.) Das Begleitschreiben, mit der er sie schickte, ist nicht vorhanden. Aus dem Bericht ergibt sich, dass die Verhandlungen mit Heinrich VIII anfangs ganz guten Erfolg in Aussicht stellten. Als jedoch die Nachricht von dem Frankfurter Anstand kam, der u. a. die Aufnahme neuer Mitglieder in den Schmalkaldischen Bund verbot, wurde der König unwillig und verlangte mit Nachdruck bessere Bedingungen für das geplante Bündnis. Da die Gesandten hierzu keine Vollmacht hatten, mussten sie völlig unverrichteter Sache nach Hause zurückkehren.

¹ Es ist hiermit jedenfalls auf die resultatlosen Verhandlungen der Protestierenden mit dem König im Sommer 1538 nach dem Friedensschluss von Nizza angespielt. Vgl. darüber Seckendorf III § 66. Das neue Bündnisproject ist um so merkwürdiger, als Frankreich ja erst kürzlich gerade den Herzog Ulrich zu friedlichem Verhalten gegen die Altgläubigen ermahnt hatte. S. oben nr. 608.

rät hetten und also zusammen beschriben wurden, so ist doch derselben bevel und macht nit, solche bundnussen anzunemen und einzugeen, sonder muest es an die gemainden gepracht werden, da dann zweifentlich, was bei denselben fůrgang haben, und also die sachen nit in gehaim oder still pleiben, sonder zu ausbruch und villeicht zu schaden und nachtail, wie e. f. g. gnediglichen gedenken und erachten mögen, komen wurden.» Wegen dieser und andrer Bedenken hätte Strassburg die Beschreibung der Städte unterlassen müssen. Wenn aber Herzog Ulrich «uber jetzt gehörte beschwerlichaiten je für gut ansehe,» dass etwa die geheimen Räte von Strassburg, Ulm und Augsburg mit ihm oder seinen Räten sich träfen, «von diser sachen zu reden, ob und wie die für die hand zu nemen sein mochte,» so solle er Ort und Zeit der Zusammenkunft bestimmen; Strassburg werde gern jemand dazu verordnen¹. Dat. Fr. 25. Juli a. 39.

632. Der Rat von Strassburg an den Rat von Frankfurt. Juli 25.

Frankf. Arch. B. S. f. 125. Ausf.

- nr. 627. Antwort auf das Schreiben vom 19. Juli. Man habe wohl von den Gesandten auf dem Wormser Tage gehört, was Goslar wegen einer Unterstützung bei den Einigungsverwandten geworben²; doch habe die Stadt bis jetzt sich noch nicht direct an Strassburg gewandt. Wenn dies geschehen sollte, werde man Frankfurt von Strassburgs Entschliessung in Kenntnis setzen³. Dat. 25. Juli a. 39. — Pr. Juli 29.

633. Herzog Ulrich von Württemberg an die Dreizehn. Juli 31. Stuttgart.

Stv. St. Arch. AA 445. Ausf.

Verständnis der Oberländer mit Frankreich. Er habe geglaubt, dass Strassburg durch Fürstenberg über die Sache unterrichtet sei.

- nr. 631. p. 619 A. 2. Er habe ihre Antwort auf die Werbung wegen des Verständnisses mit Frankreich am 28. Juli erhalten, «in wölicher [antwort], auch einem andern ewerm schriben, uns unlang darvor gleicher gestalt überschickt, ir vermelden,

¹ Copie von diesem Schreiben schickten die Dreizehn mit der Bitte an Ulm, die von Ulrich etwa gewünschte Besprechung der Räte von Strassburg, Ulm und Augsburg nicht zu verweigern. Ulm. Arch. Ref. T. XXIV. Ulm antwortete am 30. ausweichend, es wolle die ferneren Schritte Württembergs abwarten.

² Sturm hatte darüber im Rat berichtet. Ratsprot. fol. 188.

³ Aus den Ratsprotokollen ergibt sich, dass kurz danach, am 28. Juli, ein Brief Goslars (') eintraf, worin an Strassburg dieselbe Bitte wie an Frankfurt gestellt war (fol. 209). Der Rat beauftragte Jacob Sturm und Claus Kniebis mit dem Entwurf einer Antwort. Am 4. August wurde derselbe vorgelegt und genehmigt (fol. 219). Strassburg schlägt darin den Goslarern ihre Bitte um ein Geschenk oder Darlehen ab, «dieweil man des on scheffen und aman nit macht hab und der grossen bew und erhöhung der gefell [halber], auch das man seibs gelt zu 4 verzins, nit für die scheffen pringen kund. man woll aber mit dreitausend gulden hundert gulden geltz uf inen kaufen (woll), die si nach verscheinung zehen jar sollen schuldig [zu] sein, das geltz wider zu erlegen und die hundert gulden geltz wider an sich ze lossen. aber zwischen disen zehen jaren mogen sie, wan sie wellen, XXX gulden mit tausend gulden ablösen und die ubrigen 40 gulden auch mit tausend gulden inlösen.»

als hetten wir euch geschriben, uf was lidenliche mittel und weg die stend der cristenlichen religion sich mit der ko. wird zu Frankreich inlassen möchten, wie dann beide ewer schriften in irem eingang gestellt sind. nun achten wir, so ir unser schriben¹ eigentlich vermerkt, ir hetten darus wol vernomen, das wir euch von keinem lidenlichen mittel und weg ichts namhaftigs zugeschriben, sonder wo uns von ko. wird ein lidenliche trostliche und verantwortliche verstenntnus widerfaren möcht, das uns nach unserm bedenken ein solichs nit zu weigern wer, darauf wir auch die zusammenschickung der stettbotschaften furgeschlagen, damit von solichen lidenlichen trostlichen und verantwortlichen mitteln und wegen geredt und geratschlagt wurde. und haben euch dises keiner andern dann gnediger getrewer meinung zu erkennen geben, sonderlich auch us diser ursach, das uns grave Wilhelm under anderm hat lassen zuschriben, er habe von disem allem hievor mit euch, den drizehen zu Straszburg, rede gehabt; die habens inen gefallen lassen; <dieweil> [was] wir aber jetz us ewerm schriben [vermerkt], wie ewer der stett gelegenheit sonderlich der gemeinden halben stee, was auch ko. wird den hochgebornen fursten, unsern freuntlichen lieben öheim, vetter und gefatter, dem churfursten zu Sachsen und landgraven zu Hessen, sölicher handlung halb fur abschlägige antwort samt dem ratschlag gegeben, [davon] haben wir gar kein wissens gehabt; darzu künden wir auch us ewerm schriben nit vermerken, das grave Wilhelm euch, den XIII geheimen solichs angezeigt, noch weniger ir euch auch des haben gefallen lassen; werden uns deshalb hiernach in sölichem und dergleichen wol zu halten wissen.» — «Dat. Stutgarten den letsten tag julii a. etc. 39.» — Empf. Aug. 4, pr. Aug. 11.

634. Die Dreizehn an Landgraf Philipp.

August 1.

Marb. Arch. Ausf. Erwähnt von Lenz I p. 97 A, 6.

Bundeshauptmannschaft. Beilage: Verfolgung der Evang. in Frankreich. Bitte um Intervention der Protestierenden.

Antwort auf das Schreiben vom 20. Juli. Hoffen, dass die Gesundheit des Landgrafen sich wieder bessern werde, damit er die Bundeshauptmannschaft zu Gottes Ehre «und unser aller wolfart» neben dem Kurfürsten behalten könne. «wa e. f. g. das aber je nit weiters thon wolten und deshalb gemaine ständ zuosamenbeschreiben werden, wöllen wir die unsern schicken und unsers klainen verstands darin helfen raten und thon, das gemainer verständnüs wolfart sein und die notturft erforderen würdet.»

nr. 628.

Befürworten die beiliegende Schrift der Strassburger Prediger und bitten um Gesandtschaft an Frankreich. Dat. Fr. 1. Aug. a. 39.

¹ S. oben p. 619 A. 2; vgl. nr. 624. Herzog Ulrich will offenbar in der obigen etwas unklaren Ausführung der Auffassung entgegentreten, als gehe die Initiative zu dem Bündnis mit Frankreich von ihm aus, und als beabsichtige er, dem König Bedingungen eines Verständnisses vorzuschlagen, während es sich in Wirklichkeit umgekehrt darum handle, einfach des Königs Vorschläge, welche Fürstenberg übermittelt hätte, auf ihre Annehmbarkeit zu prüfen.

BEILAGE.

«W. Capito und M. Bucer samt allen iren mitarbeitern im dienst der kirchen alhie» an den Rat von Strassburg.

Als sie jetzt in Basel gewesen, hätten zwei evangelische Prediger aus Savoyen über die Verfolgungen in Frankreich berichtet: In Paris, Orleans, Rouen etc. würden die Evangelischen verjagt oder ins Gefängnis geworfen, ebenso im Delfinat und in der Provence. In Bordeaux sei eine Verfolgung daraus entstanden, dass ein Prediger gegenüber dem Präsidenten des Parlaments die Lehre von der Fürbitte der Heiligen verworfen habe. Es genüge schon zur Bestrafung, wenn jemand versäume, Weihwasser zu nehmen, sich vor einem Bilde zu verneigen, oder wenn er eine französische Uebersetzung der heiligen Schrift besitze. Der Grosskanzler¹, als heftigster Feind der neuen Lehre, beabsichtige, eine strenge Inquisition einzuführen und die Appellation in diesen Sachen zu beseitigen. Dem habe sich bisher freilich das Parlament von Paris als Appellationsinstanz entgegengesetzt; allein es sei zu fürchten, dass der König sich doch dazu bewegen lasse. Bedenklich sei der Umstand, dass der Papst den 120 Parlamentsherrn je eine Pfründe zugesagt habe. Die Anhänger der evangelischen Lehre in Frankreich seien der Ueberzeugung, dass eine Gesandtschaft der protestierenden Stände an den König Besserung ihrer Lage bewirken werde. Deshalb möge Strassburg bei den Fürsten die Gesandtschaft befürworten. Dat. fehlt.

635. Jacob Sturm an Landgraf Philipp.

August 1.
[Strassburg.]

Marb. Arch. (Corr. Philipps). Orig. Erwähnt von Lenz I 94 A. 4.

Der Landgraf solle sich mit dem Kurfürsten von Sachsen vertragen. Praktiken Heinrichs von Braunschweig. Christophs von Württemberg Misstrauen gegen seinen Oheim Georg sei unberechtigt. Religionsedict in England. Verfolgung der Evang. in Italien. Wie der Papst mit dem Kirchengut umgeht. Bestellung eines Hauptmanns.

«Genediger her. us e. f. g. schreiben an Bucerum und mich [*] hab ich verstanden², was derselben von m. gst. hern dem churfürsten begegne³, und dasselbig ganz ungeru gehört.» Da aber der Landgraf selbst bekenne, «das der teufel nit gern einigkeit zwisten beiden e. chur. und f. g. sehe und dorumb seinen unsamen under euch werfe etc.», so sei seine dringende Bitte, der Landgraf möchte, auch wenn das Unrecht wirklich auf der Seite des Kurfürsten sei, sich geduldig und nachgiebig zeigen, damit Einigkeit und Frieden erhalten bleibe. «und ob schon kein andere ursach vorhanden, so wollen doch e. f. g. bedenken, was frolockens und triumphierens herzog Heinrich von Braunschweig doraus machen und haben wurde, solte e. f. g. mit dem churf. zur handlong kommen, welcher on zweivel in sinem jetzigen umbreiten bei den chur. und fursten allerlei practicken anricht und vil von kai. mt. wegen vertröst, domit er beiden e. f. g. und dem churf.

¹ Guillaume Poyet.

² Bucers Antwort vom 2. August s. bei Lenz I nr. 28.

³ Der Streit mit dem Kurfürsten betraf die Hinterlassenschaft Herzog Georgs von Sachsen. Vgl. Seckendorf III § 71.

ein bancket schenken¹ möcht; ich hoff aber, man kenne in dermossen, das er wenig usrichten werde, allein wan wir unsers teils einig bleiben. das wollen e. f. g. von mir genediglich vermerken und mir solich mein bedenken und vermanen genediglich verzeihen.

Verner, g. furst und her, hab ich nehermols e. f. g. geschriben, wes mir grave Wilhelm herzog Cristofs halber gesagt, und was ime dem graven der contabel us Frankreich geschriben. nun weisz ich nit, ob herzog Cristof zu e. f. g. komen werde; der grave ist vergangens samstags [Juli 26] hie in Frankreich verritten. im fall aber, so herzog Cristof zu e. f. g. käme, so wer mein underthanig pitt, so es sich in reden fuglich zutrüge, e. f. g. wolten grave Jergen, sinen vettern, bei ime entschuldigen; dan ich losz mir sagen, wie herzog Cristof genanten grave Jergen argwenig halt, als ob er sine sachen gegen dem alten² mit gern gute sehe, domit er, grave Jerg, desto basz gefurdert würde etc. und verursacht bei herzog Cristofen den argwon, das grave Jerg im in der zeit, weil er in Frankreich gewesen, nie nichts geschriben, und als er jüngst zu Plümers³ im bad nit verne von ime gewesen, nit allein nit zu im komen, sonder auch niemants zu im geschickt. nun weisz ich, das grave Jerg die uneinigkeit zwisten dem vater und sone nit gern sieht, das er auch seer wol leiden mocht, gern auch dozu durch mittelpersonen verhilf, das si vertragen; ime ist aber, als er des jungen halb mit dem alten geredt, ein solich antwort worden, das er seithar billich schweigen müssen, er wolt sich dan auch in unwillen⁴ begeben haben. so wussen e. f. g., das er im selbs bei dem bruder nichts usrichten kan, sonder ander leut musz anrufen, so im etwas angelegen. dweil er nun sinem vettern nichts hat konnen nutz sein und wol sein sach auch verderben mögen, hat er sich mit schreiben und anderm auch enthalten, dweil es on frucht und aber wol mit schaden gewesen were. aber sonst meinert er sins vettern sach trewlich und wol. das weisz ich us allerlei ursachen, die ich wol, wo es von nöten, zu erzelen wüste.

Es seind brief us dem Niderland harkomen [*], wie der konig von Engelland wider hebstisch worden und alle kloster wider ufricht; acht, kome daher, das er etlich artikel und mandata im konigreich usgon lossen, dorin er die comunion under beiden gestalten, die pfaflenehe und die verlossung der ordensgelubde verbeutet⁴; aber sonst hore ich noch nit, das er den babst wider fur den obersten bischof erkenne, wiewol dises gute vorlauf sind, so er sine leer annimpt und so streng zu halten gebeutet; aber des werden e. f. g. on zweivel besser zeitung haben.

Us Italien schreibt man [*], das der babst alle diejenigen, so etwas von unser lere wider die seine bekennen, uf die galeen zu ewiger gefengnüs schmiden losse, und das aber nichtdestweniger die worheit zu Senis, zu Luca und zu Modena offentlich gepredigt und sonst in vil stetten als zu Bononia, zu Janua, zu Cremona anfohe zu quellen, und das vil tausent gut-herziger leut an den orten, auch etlich vom adel seien. doch ist der gewalt

¹ Was bedeutet diese Redensart? Vgl. Lenz I 407 Anm.

² D. h. Herzog Ulrich.

³ = Plombière im Dép. des Vosges, deutsch 'Plumserbad'.

⁴ Das berühmte Edict Heinrichs VIII vom 28. Juni. Vgl. Seckendorf III § 73.

und die forcht des babst ein grosse hindernüs in Italien. der babst, wiewol er gar nahe 80 jor alt ist¹, hat er doch erst ein jungen sone von siner madamme, — mit hilf, acht ich, ander leut, — uberkomen², und understot, die andern sine nepoten zu herzogen zu machen zu Bononien³, wiewol es die Bolonoser nit bald willigen werden. also got man mit der kirchen gut in Italien umb, und schelten dweil uns Teutschen kirchenräuber.»

Fragt an, wie er sich mit der Bestallung des Hauptmanns Hieronymus Metzger für dieses Jahr halten solle, da derselbe wegen Krankheit unbrauchbar sei. — «Dat. in eil freitags prima augusti a. etc. 39.»

636. Landgraf Philipp an die Dreizehn.

August 4.
Friedwald.

Str. St. Arch. AA 481. Ausf. von Bing.

Dem Pfalzgrafen Ruprecht von wegen der protestierenden Stände ein Dienstgeld zu geben.

«Ir werdet euch zweivelson zu entsinnen wissen, was gestalt pfalzgrave Ruprecht⁴ zu mehrmalen hat lassen ansuchen, das seiner liebten ain underhaltung von uns den religions- und ainungsverwanten stenden werden mochte. nun ist itzo widerumb in gutem vertrawen anlangung von seiner liebten an uns als von wegen gemainer stende umb underhaltung geschehen mit der anzaige, wo er kain zimlich underhaltung von diesem tail bekommen mochte, das sich sein lieb an andere ort begeben mussen, und sonderlich so stehe seiner liebten ain dinstgelt vor von kai. mat. wegen; sobald der von Lunden wider aus Hispania komme, so musse sich sein lieb, ob sies anzunemen gesinnet seien oder nit, ercleren; es werde aber doch seiner liebten ir glaube frei gelassen, dergleichen vorbehalten, gegen diese stende nichts zü dienen, es belange dan nehmen[?] etc. dweil nun wir wissen, das sich sein lieb on dinst- oder wartgelt nicht mogen erhalten, dan sein lieb auf iren tail ired furstentumbs mit ainer masze verziehen also, das der jung herr, seiner liebten bruders seligen sone, das land allain hat⁵, und wir nun wissen, das sein liebten dem evangelio vast gnaigt, auch seiner liebten land also gelegen ist, wan es sich also zutrüge, das di stende — wie sich nach anzaige allerlai leufte zu vermuten — etwo widerumb mit Frankreich was handeln solten, das man desselbigen lants nicht wol entraten konte, so deuchte uns gut sein, das man sein lieb an der hand behilte und ir etwo des jars ain zimlich underhaltung gebe; dan sein lieb können vil erfahren, seint vleissig in iren dingen und haben uns vielerlai zu erkennen gegeben, doran gelegen gewesen. wir wolten gern vor unser person seiner liebten des jars ainhundert guldin oder zwei zulegen, wie wir dan achten,

¹ Paul III war geboren 1468, also damals erst 71 Jahre alt.

² Soweit bekannt, hatte der Papst nur einen Sohn aus viel früherer Zeit, mit Namen Pier Luigi Farnese. Ranke Gesch. der Päpste I 249.

³ Kann sich wohl nur auf die Belehnung seines Enkels Ottavio Farnese mit Camerino beziehen. Ranke a. a. O.

⁴ Ruprecht von Veldenz, bis 1544 Vormund seines Neffen Wolfgang von Zweibrücken.

⁵ Herzog Wolfgang war kraft des Hausgesetzes von 1514 der alleinige Erbe des Landes. Vgl. Lehmann Gesch. von Zweibrücken p. 259.

ir dergleichen ze thun auch unbeschwert sein werdet. und wir haltens darvor, wan man seiner liebten des jars ainen guldin funf oder sechshundert gebe, sein liebten solten daran gesettiget sein.» Bittet um baldige Mitteilung der Meinung Strassburgs. Dat. Friedwald 4. Aug. a. 39. — Pr. Aug. 28.

637. Landgraf Philipp an die Dreizehn.August 18.
Rodenberg.*Str. St. Arch. AA 479 f. 45. Ausf.*

Johannes Ferenberger, Rat und Diener König Ferdinands, sei bei ihm gewesen und habe eine mündliche Werbung vorgetragen, deren Inhalt man aus seiner darauf gegebenen schriftlichen Erwiderung ersehen könne, von welcher er beiliegend Copie übersende¹. Ferner schickt er Abschrift seines Schreibens an König Ferdinand, den Tag zu Nürnberg betreffend, und die darauf erhaltene Antwort². Dat. Rodenberg 18. Aug. a. 39. — Pr. Aug. 28.

Zettel: Bittet um vorläufige Geheimhaltung der Ferenbergschen Werbung.

638. Die Dreizehn an Landgraf Philipp.

August 29.

Marb. Arch. (Stadt Strassb.) Ausf.

Antwort auf die Briefe vom 4. und 18. August. Sind bereit, zu einem Dienstgeld für den Pfalzgrafen Ruprecht beizutragen; bitten jedoch, die Sache erst einer allgemeinen Bundesversammlung zu unterbreiten. Weigere sich letztere, etwas zu geben, so werde Strassburg sich wahrscheinlich auch herbeilassen, allein mit den Oberländern die erforderliche Summe aufzubringen.

Die Antwort, welche der Landgraf auf die Werbung Ferenbergers gegeben, billige man durchaus. Uebersenden Zeitungen¹. Dat. Fr. 29. Aug. a. 39.

¹ Ebenda f. 48-57. Ausführliches Regest bei Rommel II 420 ff. Der Landgraf giebt darin auf die Frage, wie die dringend nötige Türkenhilfe am besten zustande zu bringen sei, den Rat, man solle vor allem eine Vergleichung in der religiösen Angelegenheit erstreben und einen beständigen Frieden im Reich aufrichten.

² Der Landgraf hatte sich bewogen gefunden, beim König auf Abhaltung des in Frankfurt angekündigten Nürnberger Religionsgesprächs (nr. 608) zu dringen, obwohl Sachsen mit diesem Schritt nicht ganz einverstanden war. Philipp war der Ansicht, man müsse den Schein vermeiden, als scheue man das Gespräch; wenn dasselbe auch keine völlige Vergleichung bewirke, so trage es doch zur Klärung bei. (Copien der mit Sachsen über diese Sache gewechselten Briefe im Str. St. Arch. AA 479. Wie sich aus dem Kanzleivermerk [«Bucero»] ergibt, waren sie in erster Linie zur Kenntnis Bucers bestimmt, der das Zustandekommen des Nürnberger Gesprächs lebhaft befürwortet hatte; s. Lenz I nr. 28). Ferdinand antwortete auf Philipps Brief am 31. Juli, dass der Kaiser in der That gesonnen sei, das Gespräch demnächst zu veranstalten; der Tod der Kaiserin sei an der Verschiebung schuld. Dasselbe hatte Karl V in einem eigenen Schreiben aus Madrid vom 5. Juli an Kurpfalz mitgeteilt. (Copie davon schickte der Landgraf den Strassburgern am 25. August; ebenda). Vgl. Rommel a. a. O. und die von Lenz I p. 84 A. 2 u. p. 95 A. 2 gegebenen Auszüge.

³ Liegen nicht bei.

639. Die Dreizehn an Landgraf Philipp ¹.

September 17.

Marb. Arch. Ausf.

Das Englische Religionsedict im Widerspruch mit der heiligen Schrift. Befürworten eine Gesandtschaft nach England zur Aufhebung desselben. Zettel: Gesandtschaft nach Frankreich erforderlich.

nr. 635. Sie seien glaublich berichtet, dass der König von England die Artikel, welche diesen Sommer auf der Reichsversammlung beschlossen seien, durch offenes Edict bekannt gemacht und die strengste Bestrafung der Uebertreter angeordnet habe. Die Vorstellungen des Erzbischofs von Canterbury ², dass die Artikel mit der heiligen Schrift in Widerspruch ständen, hätten nichts gefruchtet; vielmehr hätte der König zwei Bischöfe und acht Doctoren, die sich geweigert, die Artikel zu unterschreiben, eingekerkert. Auch sei schon auf den 8. November eine andere Reichsversammlung angekündigt, auf welcher wahrscheinlich über die Execution der Gefangenen und anderweitige Beschwerde in der Religion verhandelt werden solle. Diejenigen, welche aus England entwichen, glaubten nun, dass das einzige Mittel, um dem zuvorkommen, eine Gesandtschaft der protestierenden Stände an Heinrich VIII wäre. Wenigstens könnte dadurch die Strafe der Gefangenen gemildert werden. Strassburg sei derselben Ansicht und bitte, die Gesandtschaft ins Werk zu setzen; vielleicht werde dadurch wieder eingebracht, was « durch die verzüglich handlung gemainer ständ hievor, da der könig unser begerte, versäumt worden ist ³ ». Bezüglich der Kosten würden die Stände hoffentlich unbeschwert sein ⁴. — Dat. Mi. 17. Sept. a. 39. — Pr. Cassel Sept. 28.

nr. 634. Zettel: Die Befürchtung wegen Einrichtung einer schärferen Inquisition in Frankreich habe sich bewahrheitet. « nun möcht diser zeit die schickung, so es dem churfürsten und e. f. g. gefiel, weil grave Wilhelm von Fürstenberg in Frankreich am hove ist, durch ein einzige person, die der churfürst oder e. f. g. schickten, deren man doctor Hansen von Metz, — so von gemainen ständen bestellet —, zugebe, ausgerichtet werden. » — Dat. ut in lit.

¹ Vgl. den gleichzeitigen Brief Bucers über dieselbe Sache bei Lenz I nr. 29. Er empfahl speciell die Sendung Melanchthons nach England.

² Thomas Cranmer.

³ Vgl. oben nr. 623 u. 630. Bucer giebt seiner Unzufriedenheit mit der letzten Gesandtschaft noch deutlicher Ausdruck.

⁴ Die Antwort des Landgrafen hierauf d. d. Sept. 30 (AA 482) besteht in der kurzen Mitteilung, dass er Strassburgs Brief dem Kurfürsten übersandt habe, und dass man seine eigene Ansicht aus dem gleichzeitigen Schreiben an Bucer ersehen werde. (Lenz I nr. 30). In diesem spricht er sich gegen die Gesandtschaft aus, weil die Lage gefährlich und der Erfolg sehr zweifelhaft sei. An eine Sendung Melanchthons sei keinesfalls zu denken. Höchstens könne man durch denselben eine schriftliche Ermahnung an Heinrich VIII richten lassen.

640. Jacob Sturm an Landgraf Philipp.

September 18
Strassburg.*Marb. Arch. (Corr. L. Philipps mit Sturm.) Orig.*

Unsicherheit des Verhältnisses zwischen dem Kaiser und Frankreich. Mailand. Französ. Depositum in Baiern. Heirat zwischen England und Jülich. P. S. Krankheit des Landgrafen.

«Uf nechten ist Jerg von Reckenrodt hie ankomen; der hat mir angezeigt, wie das e. f. g. bericht seien, als ob der kai. dem konig von Frankreich Meiland zustellen wolte¹; doruf fuge e. f. g. ich zu wissen, das wir sein hie gar kein kontschafft haben.» Doch habe sich der Französische Botschafter in der Eidgenossenschaft² insgeheim vernehmen lassen, dass er nicht an langen Frieden zwischen Frankreich und dem Kaiser glaube; der letztere halte den König nur mit Versprechungen hin. «es haben die fursten von Beiern 30 000 kronen an bezalung der 100 000 kronen, so si hievor empfangen, der bemelten botschaft geben; vermeinen das uberig mit rechnung des gelts, so si e. f. g., dem von Lang[e]i und sonst in unkost, den si sagen von des konigs wegen gelitten haben, usgeben hand, wett zu machen. der konig ist sin aber nit zufriden; solich gelt ist alles den Eidgnossen worden. aus disen ursachen acht ich nit, das etwas doran, das man Meiland ubergeben wolle; doch soll kuntschaft doruf gemacht, und was wir erfahren, e. f. g. zugeschriben werden.» Man spreche von einem Heiratsproject zwischen England und Jülich; Heinrich VIII soll Gesandte bei letzterem haben. «wo dem also, mochten e. f. g. durch dem churfursten bei Gulich anrichten, ob den gefangenen bischofen und andern in Engelland mocht geholfen werden.» Dat. Strassburg Do. n. crucis exaltationis a. etc. 39. — Pr. Cassel Sept. 28.

nr. 259.

nr. 639.

P. S. «ich bitt auch e. f. g. underthaniglich, dweil ich hore, das si noch under der cura der erzt ist³, si wolle bedenken, wes gemainem evangelischen handel und allen fromen christen an e. f. g. person gelegen, und ir die zeit nit lassen zu lang sein, sonder der sachen uswarten; dan je besser ein monat zwen oder dri gelitten, dan darnoch 10 jor. e. f. g. bedenken, was si vorab gott dem hern, darnoch dem nechsten und ir selbs schuldig seind und vermerken es von mir genediglich.» Dat. ut in lit.

641. Kurfürst Johann Friedrich von Sachsen und Landgraf Philipp an die Dreizehn.

October 12.

Str. St. Arch. AA 482 f. 4-12 Ausf.

Setzen einen Tag der Einigungsverwandten auf den 19. November zu Arnstadt an und bitten um Abfertigung bevollmächtigter Gesandten⁴. Dat.

¹ Ueber die damalige schwankende Politik des Kaisers gegenüber Frankreich, bei der auch das Schicksal Mailands in Betracht gezogen wurde, vgl. Ranke IV 125.

² Der Herr von Boisrigault in Solothurn.

³ Der Landgraf litt damals sehr unter seiner Krankheit (Syphilis), wegen welcher u. a. der Augsburger Arzt, Dr. Gereon Sailer, zu dem er besonderes Vertrauen hatte, bei ihm weilte. Lenz p. 71 A. 3.

⁴ Die Motive zur Ansetzung des Tages, bezgsw. die einzelnen Artikel, welche zur Beratung kommen sollten, s. in der Strassb. Instruction unten nr. 648.

So. n. Dionysii a. etc. 39. — Empf. Oct. 26, pr. Oct. 27, repr. cor. XXI Oct. 28, relect. Nov. 1 und Nov. 3.

642. Landgraf Philipp an die Dreizehn.

October 15.
Cassel.

Str. St. Arch. AA 481. Ausf.

Die Meinung des Kurfürsten von Sachsen über die Abfertigung einer
nr. 639. Gesandtschaft nach England werde man aus seinem, des Landgrafen, gleich-
zeitigen Schreiben an Bucer¹ ersehen. Er teile die Ansicht des Kurfürsten
nr. 641. und bitte, die Strassburger Gesandten auf dem Arnstadter Tage mit Voll-
macht auszurüsten, um raten und schliessen zu helfen, «ob auch weitere
potschaften, dan albereit gescheen, in Engelland der religion und pundnus
halben zu schicken sein solten, auch wilcher gestalt man sich konte, mochte
oder wolte ufs eusserste mit Engelland in pündnus einlassen, und wan und
welcher gestalt man die schickunge, so sie vor gut angesehen wurde, in
Engelland thun wolte.» Desgleichen möge man den Gesandten auch bezüglich
der Botschaft nach Frankreich «von wegen dero des orts beschwerten
christen» Befehl geben. Dat. Cassel 15. Oct. a. 39. — Empf. Oct. 26, pr.
Oct. 27.

643. Die Dreizehn an Landgraf Philipp².

October 16.

Marb. Arch. (Covr. Philipps) Ausf.

p. 630 A. 4.

Antwort auf den Brief vom 30. September. Wenn man den König von Eng-
land auch nicht zur Aufhebung des Religionsedicts bewegen könnte, so müsste
man doch brieflich oder durch Gesandtschaft die Hinrichtung der «frommen
leut, so gefangen sind», zu hintertreiben suchen. Da nun zu fürchten sei,
dass Sachsen sich nicht auf weitere Verhandlung mit England einlassen
werde³, so möge wenigstens der Landgraf zu Gunsten der Gefangenen inter-
venieren. Wenn er damit auch nichts erreichte, so hätte er doch den Trost,
als christlicher Fürst seine Schuldigkeit gethan zu haben.

Weshalb Strassburg die «kleine Anlage» noch nicht bezahlt habe, werde
der Landgraf aus J a c o b S t u r m s Schreiben (*) vernehmen⁴. Sind bereit,

¹ Regest davon bei Lenz I nr. 32. Auszug aus dem kurfürstlichen Schreiben d. d. Oct. 11 bei Seckendorf III § 73 add. II. (Vgl. Lenz a. a. O.). Johann Friedrich erklärte darin, er sei persönlich gegen die Gesandtschaft, weil er deren Erfolg bezweifle, wolle aber gleichwohl den Rat seiner Theologen einholen und die Arnstadter Versammlung über die Frage entscheiden lassen. Das Gutachten der Wittenberger Prediger d. d. Oct. 23 s. im Corp. ref. III 796.

² Vgl. den gleichzeitigen entsprechenden Brief Bucers an Philipp bei Lenz I nr. 33. Das vorliegende Schreiben, welches Lenz nicht kennt, widerlegt dessen Annahme, dass Bucers Brief zugleich im Namen der Dreizehn abgefasst sei.

³ Nach der schroffen Antwort, welche der Kurfürst dem Englischen Gesandten Mount gegeben hatte (vgl. Lenz a. a. O., Seckendorf III § 73), und welche der Landgraf den Strassburgern mitgeteilt hatte (*). Vgl. unten nr. 646.

⁴ Der Landgraf hatte nämlich am 2. October an die Bezahlung der zu Frankfurt bewilligten Anlage (oben nr. 571) erinnert, obwohl er wusste, dass Strassburg in letzter Zeit im Interesse des Bundes mehr ausgelegt hatte, als sein Anteil an der kleinen Anlage betrug. Wegen Verrechnung dieser Ausgaben sollte, wie er schrieb, ein besondrer Tag angesetzt werden. Str. St. Arch. AA 481.

auf näheren Bericht die Anlage, wo es gewünscht werde, zu bezahlen. —
Dat. Do. 16. Oct. a. 39. — Pr. Cassel Nov. 3.

644. Jacob Sturm an Landgraf Philipp.

October 24.
Strassburg.

Marb. Arch. (Covv. Philipps) Orig.

Jörg von Reckenrodt zum Connétable. Bevorstehende Ankunft des Kaisers. Versuch desselben, Christoph von Württemberg zu gewinnen. Würtemb. Gesandtschaft. England und Cleve. Gerücht von Abtretung Mailands an Frankreich. Der Connétable und der Kaiser. Zeitung aus Piemont.

« Genediger her. es hat mir Jerg von Reckenrodt, wie er hiehar nr. 640.
wider us dem wiltpade komen ist, angezeigt, wes ime vorstande, dovon er
on zweifel e. f. g. selbs berichten würd. dweil nun m. g. her, grave Wil-
helm, abgescheiden und urlaub gefordert, ist möglich, es werde der contabel¹
nach andern leuten gedenken. dweil dan Jerg von Reckenrodt verpflichtet,
acht ich gemeiner verstentnüs nutzlicher sein, es komen leut dohin, so unserm
teil gewogen, dan von unserm widerteil; hab ime, das er hineinreite, us
erzelter ursachen nit widerraten können; dan e. f. g. sehen, das unsere
widerwertigen bei frembden konigen und potentaten, dieselbigen wider uns
zu bewegen, kein practicken underlossen.» Die Niederländer erwarten den
Kaiser schon für den Winter; « kan aber nit gedenken, das es wetters halb
möglich.» — « der jung von Nassaw, so man den prinzen von Auranien nent²,
ist wider heraus us Hispanien, dergleichen der Cornelius Sceperus
noch ime; sind beide bei herzog Cristof von Wirtemberg gewesen
am herausreiten durch Frankrich; hand sich beide hören lassen gegen ime,
kai. mt. werd bald in das reich komen, und hat der Sceperus sich horen
lassen, er hab sondern bevelch von kai. mt., mit ime, herzog Cristofen, zu
handlen; was aber, ist verporgen, allein das sich der herzog gegen doctor
Hansen von Metz, so erst in vier tagen hiehar stracks von ime komen,
hat hören lassen: kai. mt. biet im dienst ane und hett in gern bei ime; es
hab im auch die konigin Maria zum andern oder dritten mol geschriben
und gebeten, zu ir zu komen. wiewol er sich gegen doctor Hansen horen
lassen, er wöll sich seins vaters willen, sovil im möglich, halten, so besorg
ich doch, wo sich der alt nit bewegen werd lassen, es möcht die not in
tringen, anzunemen, das nit gut were.» — « die Wirtembergisch botschaft
ist noch am hof in Frankrich; hat doch, wie mir doctor Hans sagt, hoffnung,
all tag abfertigung zu erlangen³. Zeitung aus dem Niederland, dass die
Heirat zwischen England und Cleve⁴ beschlossen sei. Wenn dies wahr sei,
werde es hoffentlich « vil des gegenteils practicken brechen.»

« Doctor Hans von Metz sagt mir, kai. mt. soll den konig von Frankrich
vertrost haben, noch verschinong VIII monat im Meiland inzuantworten; es

¹ Der Connétable Anne de Montmorency.

² Renatus, Sohn Heinrichs von Nassau und der Claudia, Erbin von Orange.

³ Am 27. Oct. schrieb Bucer dem Landgrafen, dass die Botschaft, welche Strassburg
passiert habe, Herzog Christophs Neigung zum Evangelium gerühmt hätte. Lenz I nr. 35.
Vgl. die Credenz der Gesandten bei Ribier Lettres et mém. I 471, wo aber über den Zweck
der Sendung nichts zu ersehen ist. Vgl. oben nr. 633.

⁴ Zwischen Heinrich VIII und der Prinzessin Anna von Jülich u. Cleve.

baw aber der markese von Guasto an zwei oder drei orten seer heftig; dozu losz er kein proviand us Meiland und des keisers landen in Piemont, so der konig inhat, gon; also das der konig us dem Delphinat uber das gebirg Piemont speisen mûsz. dorus nemen etlich Franzosen ab, es sei dem keiser nit ernst, Meiland zu ubergeben, sonder der keiser halt den konig allein uf. der contabel hat ein secretarien, so vil in Hispanien zum kaiser us und in reiset; dem gibt der keiser vil guter wort, also das vil Franzosen den contabel fur gut keiserisch halten; so ist er sonst dem friden auch geneigt. der von Montejan, so des konigs statthalter in Piemont gewesen, mit dem sich grave Wilhelm in schriften ingelossen, und doher aller unwill zwisten ime und dem contabel kompt, ist gestorben. und ist an sin statt der von Anibauid¹, des konigs marschalk einer, statthalter uber Piemont worden; derglichen ist der her von Langi wider zu Turin².» Dat. Strassburg Fr. 24. Oct. a. 39. — Pr. Cassel Nov. 3.

645. Landgraf Philipp an die Dreizehn.

October 28.
Cassel.

Str. St. Arch. AA 481. Ausf.

- p. 631 A. 3. Beglaubigt den Dr. Gereon Sailer zu einer Mitteilung «betreffende
nr. 547. die vorfarung des chamergerichts uf die entliche exequution erlangter acht wider di stat Minden³», und bittet, «demselbigen und was er an euch von unsern wegen werben wirdet,» vollkommenen Glauben zu geben⁴ und die
nr. 641. Gesandten auf dem Arnstadter Tage danach zu instruieren. Dat. Cassel 28. Oct. a. etc. 39. — Pr. Nov. 5.

646. Martin Bucer an Thomas Cranmer, Erzbischof von Canterbury.

October 29.
Strassburg.

Theo. Baum.

Klagt über Heinrichs VIII Religionsedict und Verweigerung des Bündnisses mit den Protestanten, hofft aber auf Sinnesänderung des Königs. Strassburg dringe auf eine neue Gesandtschaft nach England. Die Werbung Mounts habe die Hoffnung auf eine günstige Wendung bestärkt. Tag zu Arnstadt.

- nr. 635. «Consternati omnes sumus supra quam dici queat visis illis decretis et
p. 622 A. 2. ante repulsis conditionibus foederis inter serenissimum regem et nos, cum
nr. 363. 373 eaedem essent, quas initio Herefordensis gratissimas fore testatus erat, vir et
cautissimus et sensus regii scientissimus atque observantissimus. omnino vidi-
mus mutationem grandem et gravissimis consiliis factam. suspicabamur itaque
a Gallia adspirasse aliquid, ut jam videretur nostra vobis non solum societate
sed nec amicitia quidem opus esse. nam nimia socordia ea fuisset putare

¹ Lies: Annebaut.

² Vgl. die übereinstimmenden Nachrichten in Du Bellay's Memoiren XIX 294. Wilhelm du Bellay, Herr von Langey, war Annebauts Stellvertreter; ausserdem hatte Wilhelms Bruder Martin die Stellung eines Gouverneurs von Turin inne.

³ Copie der Supplicationsschrift des Mindener Klerus an das Kammergericht um Execution der Acht im Str. St. Arch. AA 482.

⁴ Die Angelegenheit Mindens war weder der einzige noch auch der wichtigste Gegenstand von Sailers Werbung; vgl. nr. 649 und Sailers Schreiben an den Landgrafen d. d. Strassburg Nov. 6 bei Lenz I p. 345.

nos decretis illis non offensum iri perquam acribus. » Vorwürfe wegen des Verbots der Priesterehe. « credebatur itaque rex eo perductus esse, ut vellet nobis longum valedicere. apparebat Antichristum plane vicisse. nam quidquid doctrinae Christi relictum sit, videbantur tamen decreta illa ita regnum exhaustura esse idoneis Christi ministris, ut ecclesiae et omnes penitus futurae essent in manibus Antichristianorum, qui suum quoque tempus ad restituendum pontificem romanum haud magno negotio invenissent. istas sane cogitationes volvebamus. attamen quia is, qui nunc Galliarum rerum potitur, totus pontificius est¹, et a constantia regis recipere pontificem tanto-pere abhorret, tum quia rex tam multa et legisse et cognovisse dicitur, spem de eo in viam reducendo non potuimus omnino ponere. sed inter omnes nostros homines soli qui hic sumus. principes enim et civitates aliae tantum non desipere nos arbitrantur, qui spem hic aliquam sustineamus. miserunt tamen nostri ad electorem et landgravium magnoque conatu institerunt, ut adhuc legati ad regem communi societatis nomine mittantur, qui, si non decretorum tamen poenae de non subscribentibus sumendae aliquam dilationem impetrare conentur. — jam vero spes nostra de rege sese plusculum recipit, visis quae rex nostris principibus per Christophorum Montanum enunciavit: se contra papam perstiturum et, quamquam dissentiat in aliquibus capitibus a nobis, se tamen nostrum amicum perseveraturum, etiamsi qua ipsi renuntiare velimus, libenter ea cogniturum; item quod conatur culpam, quod foedus non coit inter nos, a se in nostros rejicere. haec inquam animos nobis rursus nonnihil erigunt; nam videtur nostrorum amicitiam adhuc alicuius facere. quod argumentum est nondum a Gallia tantum praesidii esse, ut rex se totum eo conferret. iam si perstet contra pontificem, sentiet nullum prorsus sibi fidum amicum vel socium fore, quicumque adhuc adorat bestiam. proinde instabimus amplius, ut legatio ad vos mittatur. ad 19 novembris nostri conveniunt Arnstadii, quod prope Erfordiam est, sane de gravibus rebus consultaturi; ibi et de vestris rebus agetur, et spero eo facilius, quod audimus affinitatem cum Geldrio confectam esse. elector itaque humanitus de affine judicabit; gravissime enim perturbatus decretis illis fuit, quod Christophorus bene sensit. haec ideo scribo ad te, ut videas nos esse de vobis sollicitos, et si modo sciremus, qua via juvare vos possemus, nihil nos malle quam id vobis praestare, quod est fratrum et membrorum. interim det dominus, ut totius doctrinae Christi caput, id est justificationis articulum, fideliter retineatis et dextre explicetis » etc. Beklagt nochmals die Englischen Decrete, namentlich betreffs der Privatmessen und der Priesterehe. Argentorati 29 octob. 1539.

nr. 643.

p. 632 A. 3.

nr. 641.

647. Landgraf Philipp an die Dreizehn.

November 2.
Cassel.

Str. St. Arch. AA 481. Ausf. Erwähnt von Lenz I nr. 57 A. 1.

Günstiger Bericht der Sächsischen Gesandten, welche wegen der Clevischen Heirat in England¹ waren, über die Lage des Evangeliums daselbst. Antwort Englands auf die Werbungen des Pfalzgrafen Friedrich.

Der Kurfürst von Sachsen habe vor einiger Zeit etliche Räte abgefertigt, um gemeinsam mit den Clevischen Gesandten nach England zu reisen und

¹ Der neue Grosskanzler Guillaume Poyet. Vgl. oben nr. 634.

dort die Heirat des Königs mit Anna von Cleve betreiben zu helfen¹. Diese kurfürstlichen Räte seien kürzlich auf der Heimreise von England bei ihm gewesen und hätten berichtet, «das die sachen der religion stehen got lob dermassen in England, das sich nicht allain höchlich aufgangs unserer religion des orts sonder auch dieses zu verhoffen sei, das sich konigliche wurden zu England mit uns diesem tail in bequeme confoederation einlassen werde. es werde auch mit den edicten, so verschiener weil in England unserer religion zuwider ausgangen, ingehalten und nichts darauf exequieret². so sei der hairat zwuschen dem frewlein zu Gulich und koniglicher wurden zu England entlich geschlossen, und es solte das frewlein dem könig inwendig ainem monat haimgefurt werden. dergleichen hette pfalzgrave Friederich, so auch in England gewesen, umb den hairat mit der witwen von Mailand bei England angesucht, welchs abgeschlagen worden³. als auch pfalzgrave Friederich seiner aigenen sachen halben bei England anregung gethan, do hette ime der konig ungeverlich auf diese weise geantwurtet: er stehe mit kon. w. zu Denmark⁴ in freuntlichem herkommen und alter freuntschaft, derowegen er seiner kon. wu. nit gern zuwider lebte. zudem sei pfalzgrave Friederich seiner kon. wu. religion nit. wan er sich aber zu unser religion begeben und seinen bruder, den pfalzgraven churfursten, auch zu unser religion bewegte, alsdan wolte er sich gern bneben dem churfursten zu Sachsen und uns in freuntliche underhandlung zwuschen Denmark und ime einlassen.

Dweil nun uns dieses vast gute zeitung bedauht ze sein, so haben wir euch deren vergewissigen wollen, sonderlich auch darumb, damit ir ewern verordneten zum tage gegen Arnstat bevelch mitgebet oder nachschreibet.» — Dat. Cassel 2. Nov. a. etc. 39. — Empf. Nov. 12, lect. cor. XXI Nov. 15. Zettel: Bittet, Bucer den Brief lesen zu lassen⁵.

¹ Vgl. darüber Seckendorf III § 73 add. II. Die Gesandten des Kurfürsten waren Dolzig und Burckhardt.

² Ebenda liegen auch Copien eines Briefs der Gesandten an den Kurfürsten vom 21. September sowie eines allgemeinen Berichts über die Resultate der Mission. Sie wurden auf dem Arnstadter Tage (s. unten nr. 653) den Verbündeten mitgeteilt und bestätigten die obige Meldung von dem günstigen Stand der Dinge in England. Es heisst darin, die Partei, welche die berichtigten Edicte ausgewirkt habe, sei beim König in Ungnade gefallen, und einer ihrer Führer, der Bischof von London, gestorben. Die Edicte würden nicht gehandhabt, und der den Protestierenden wohlgesinnte Cromwell und sein Anhang seien wieder in des Königs Gunst. Letzterer wünsche von neuem eine Vergleichung mit den Evangelischen und beantrage zu diesem Zweck die Sendung Melanchthons; doch habe er auch zu verstehen gegeben, die Stände seien in manchen Punkten der Lehre etwas weit gegangen; sie sollten sich etwas milder und nachgiebiger darin erzeigen. Vgl. Seckendorf a. a. O.

³ Die Wittwe Franz Sforzas von Mailand war ebenso wie Friedrichs Gemahlin eine Tochter Christians II, des vertriebenen Dänischen Königs. Der Pfalzgraf hatte gehofft, eine Heirat zwischen ihr und Heinrich VIII zustande zu bringen.

⁴ Sc. Christian III.

⁵ Bucer gab dem Landgrafen in einem kurzen Brief vom 14. Nov. seine Freude über die guten Nachrichten zu erkennen. Lenz I nr. 37.

648. Instruction für Jacob Sturm und Batt von Duntzenheim auf dem Bundestage zu Arnstadt. [November 3.]¹ nr. 641.

Str. St. Arch. AA 482. Conc. (von Joh. Meyer) u. Reinschrift.

1) Verhalten bei Erneuerung der Kammergerichtsbeschwerden. 2) Hauptmannschaft des Bundes. 3) Rechnungsbericht. 4) Verhandlungen mit kathol. Fürsten. 5) Rittmeister und Unterhauptleute. 6) Württemberg und Augsburg eventuell zu unterstützen. 7) Hilfe für Bremen gegen Balthasar von Esens und 8) Heinrich von Braunschweig. 9) Frankfurter Anstand nicht mehr verbindlich. 10) Eidgenossen aufzunehmen. 11) Verwendung der Kirchengüter. Strassburgs Verfahren mit denselben. Aebtissin von St. Stephan. 12) Mülhausen in Thüringen für das Evang. zu gewinnen. 13) Bundesbeitrag Heinrichs von Sachsen. Einrichtung neuer Stimmen. 14) Goslar zu unterstützen. 15) Verhalten in Betreff der Rüstungen. 16) Gesandtschaft nach Frankreich und England. 17) Der Kaiser solle künftig durch einen Reichsfürsten verhandeln lassen.

1) Da der Frankfurter Anstand noch nicht vom Kaiser ratificiert worden, und die sechs Monate, welche er zunächst Geltung haben sollte, am 31. October abgelaufen seien, so werde das Kammergericht vermutlich wieder mit den Prozessen gegen die Evangelischen beginnen und namentlich die Execution der Acht gegen Minden betreiben. Zur Abwehr dieser Massregeln sollen die Gesandten dahin handeln, dass an den zu Frankfurt und Schmalkalden gefassten Beschlüssen festgehalten werde. «würden dann kundschaften vorhanden sein, das jemand mit der that execution oder sonst an uns dis tails wolte, so sollen die gesandten gewalt haben, ein jede gleichmässige anlag vermög der verfassung zu bewilligen, reuter und fusz knecht zu bestellen.» nr. 608.
nr. 645.

2) Sie sollen sich bemühen, Sachsen und Hessen von ihrem Entschluss, die Hauptmannschaft des Bundes niederzulegen, abzubringen, «in ansehung, das sonst die ganz notel der gegenwehr, auch der Koburgisch abschied geändert werden müsten, das es auch bei unsern widertailen vil bedenken bringen würde. wa ihr chur. und f. g. aber solichs je nit thon wolten, zu bitten, doch noch ein jar lang das best zu thon, und das jetz uf disem tag uf hindersichpringen geratschlagt werde, wie die notel zu ändern und ein ander regiment zu machen und dann uf künftigen sommer ein tag ausgeschriben werde, dasselbig zu beschliessen.» Ist dies auch nicht zu erreichen, so sollen die Gesandten auf solche Mittel handeln, die den oberländischen Städten am wenigsten beschwerlich sind. nr. 628.
nr. 465.

3) Den Rechnungsbericht anzuhören und Strassburgs Auslagen vorzurechnen.

4) «Uf den vierten puncten, ob die anderen chur. und fursten zu besuchen² etc., wiewol im selben allerlai bedenken ist, obe zu ihnen allen oder etlichen allain zu schicken, wie und was bei ihnen zu werben und

¹ Aus dem Ratsprotokoll ersieht man, dass Sturm, Duntzenheim, Ulman Böcklin und Claus Kniebis am 28. October vom Rat mit der Abfassung der Instruction betraut wurden. Der von ihnen aufgestellte Entwurf wurde am 1. u. 3. November beraten und genehmigt. (fol. 309 ff.)

² Nach Punkt 4 des Ausschreibens (s. oben nr. 641) sollte beraten werden, ob bei den altgläubigen Ständen Erkundigung darüber einzuziehen sei, wessen man sich zu ihnen nach Ablauf des Anstands versehen sollte. Vgl. oben p. 480.

was sie zu vertrösten weren, so sollen doch unsere gesandten gewalt haben, hierin sich mit anderen ständen zu vergleichen, und was das mehrer tail fur gut ansicht, zu laisten.»

5)¹ «Die rittmaister und hauptlewt belangend, haben wir dafür, das die in ansehung der läuf noch zur zeit nit zu urlauben, man hette dann unsers tails ein satten gewissen friden. dweil deren aber etlich under den fuszknicht - hauptlewt der zeit bestellt, da kai. mt. und Frankreich in kriegsrüstung waren, und man annemen müssen, was man fand, were zu bedenken, ob man etlich urlauben und bessere an ihr statt bestellen möcht.

6)² «Württemberg und Augspurg belangende, sollen die gesandten hören, was für kundschaften deshalb vorhanden, und mit anderen ständen dahin helfen handeln, obe jeman die in sachen die religion belangend oder da sie recht von den ständen leiden möchten, überziehen wolt, an hilf und rettung nit zu verlassen; was auch gemaine ständ harin fur gut ansehen, mit ihnen gewalt haben zu schliessen.»

7) «Die von Bremen und junkherr Balthasarn von Ensesse³ berürend: dweil dieselbig sach dhein religionsach und zu besorgen, wa man einem in solchen sachen hilf thet, das es der ander auch haben wolt; thete man es dann demselben nicht, so brächte die ungleichait uneinigkeith under den ständen: so sollen die gesandten acht nemen, ob andere ständ ihnen hilf zu laisten willig; alsdann sollen sie macht haben, in ein gemässigte hilf, die ainer statt Straszburg zu ihrem tail bis ongevordlich in die tausend gulden thet, zu willigen, in sonderheit aber, so sich befind oder zu besorgen were, so denen von Bremen etwas deshalb zusteen und begegnen solt, das gemainen ständen und dem handel des evangelii zu nachtail raichen möcht. befinde sich aber, das ihnen dise sachen des evangelii halben zugeschoben, und die ständ ihnen vermög der ainigung und verfassung hilf erkandten, demselben sollen sie, die gesandten, auch nit zuwider sein.»

8) Die Stadt Bremen solle für den Fall eines Angriffs von Seiten Heinrichs von Braunschweig der Hülfe der Stände versichert werden⁴.

9) «Die baiden puncten im Frankfurtschen anstand, niemand einzunemen und die gaistlichen nit zu entsetzen etc., berühren[d], so dann kund-

¹ Der fünfte Punkt des Ausschreibens enthielt die Frage, ob die für den Bund bestellten Hauptleute entlassen werden sollten.

² Der bezgl. Artikel des Ausschreibens enthielt die Mitteilung, dass Herzog Ulrich dem Landgrafen geschrieben habe, er und Augsburg seien von einem Angriff der Gegner bedroht.

³ Verschieden für Esens. Im Ausschreiben war über diese Angelegenheit mitgeteilt worden, dass Bremen den Rat und die Hülfe der Stände gegen den genannten Balthasar begehre, weil derselbe etliche der Stadt gehörige Schiffe auf der See gekapert habe. Obwohl diese Gewaltthat die Glaubenssache nicht berühre, so sei sie doch nach Bremens Meinung aus dem Groll der Gegner wegen der religiösen Reformen entsprungen.

⁴ Heinrich von Braunschweig war vom Kaiser zum Conservator des Erzbistums Bremen ernannt worden und nahm daraus Anlass zu allerlei Feindseligkeiten gegen die Stadt. Im Ausschreiben (oben nr. 641) ist ferner mitgeteilt, dass der Kaiser das Domkapitel, welches bisher den Beitritt des Erzbischofs zum Nürnberger Bunde verhindert hatte, ermahnt habe, sich willfährig zu zeigen. Vgl. oben p. 607 Anm.

lich gemacht würde, das die von dem gegentail nit gehalten¹, sollen die gesandten dahin handeln, das es uf diser seiten auch nit mehr gehalten würde, ob schon die überigen neun monat ratificiert, sonder das man sich protestiert hette, dweil der [anstand] die sechs monat von dem gegentail nit were gehalten worden, das man den dann auch nit zu halten wüste und auch den in künftigen handlungen nit mehr eingieng.»

10) Die Gesandten sollen anzeigen, «das wir niemants umb oder bei uns wiszen, der unsers erachtens anzusprechen, in die verständnüs zu komen, es weren dann die Aidgenossen; mit denen möcht man handeln, ein sondere verständnüs mit disem unserm tail zu machen. sonsten sollen die gesandten gewalt haben, wer das häilig evangelium angenommen und in die verständnüs beger, den anzunemen.»

11) «Die reformation der gaistlichen personen und christliche veränderung der geistlichen güter berüren, da sollen die gesandten allen möglichen vleisz fürkeren, wie solich reformation nit allain in fürstentumben, sonder auch in stätten und deren gepieten dem gotteswort und den alten h. canonibus gemäsz möchte fürgenomen werden. der gaistlichen güter halben sollen sie hievor gestellte ratschläg mit sich nemen und darauf handeln, das das gemain geschrai der kirchengüter halb abgeleint und dieselben zu rechtem brauch der kirchen verwandt möchten werden. dabei sollen sie auch anzaigen, wie es mit den stiften zu Straszburg gestaltet, und das wir dieselben stift nit gedenken abzuthon noch unserm fisco zu haimschen [*sic!*], wie wir dann mit dem clostergut auch nit gethon, sonder gern wolten, das dieselben stift mit tauglichen personen, die der kirchen dienen möchten, besetzt und also christlich reformiert wurden; doch auch nit dergestalt, das jeman von jetzigen besitzern, er were doch wie ungeschickt er wolt zum kirchendienst, seiner pfrunden solte entsetzt werden, sonder allain das nach absterben der jetzigen die pfrunden solichen leuten verlühen wurden, die zum kirchendienst taugenlich, in ansehung, was sonst für mangel an gaistlichen kirchendieneren mit der zeit werden würde; derhalben wir auch ein municipalstatut gemacht, dasselbig den stiften verkündt, dessen copeien die gesandten mitnemen und anzaigen sollen². dweil wir nun härin nichts anders fürgenomen oder fürzunemen gedenken, dann das christlich, göttlicher schrift und den alten canonibus gemäsz und das zu wolfart der kirchen und aller evangelischer ständ mit der zeit raichen würt und musz, auch bei aller erbarkeit verantwortlich, so seie unser bitt und beger, ob in solichen unserm fürnehmen sich die pfaffen widersetzen wolten, uns von gemainer ständ wegen darin beraten und beholfen zu sein.

Dergleichen sollen sie anzaigen mit dem stift zu S. Steffan, was sich der abtissin halben, so unser burgerin von unfurdächtlichen jaren allwegen gewesen, deren von Wangen halben, so burgersburger seind, zutregt³; wie wir auch uf der underthonen begeren die mit ainem evangelischen prediger zu versehen willens, wie dann schon im werk; derhalben, so sich die

¹ In dem betreffenden Punkt des Ausschreibens ist behauptet, dass die Altgläubigen den Frankfurter Anstand durch Aufnahme neuer Mitglieder in das Nürnberger Bündnis gebrochen hätten, nicht aber, dass sie den Artikel, welcher die geistlichen Güter betraf, übertreten hätten.

² Vgl. über dieses Municipalstatut Röhrich II 11.

³ Vgl. Beilage I B am Schluss des Bandes.

nr. 546.

abtissin oder der bischove von Straszburg von derselben wegen dawider setzen würde, das man uns dann auch rat und hilf beweisen wolt.»

12)¹ «Berürend die von Mülnhausen sollen die gesandten baide den churfürsten und herrn landgraven hören, wes sie von wegen baiden häuser Sachsen und Hassen gerechtigkeit uf Mülnhausen haben, und versuchen, ob nit durch underhandlung etlicher stett die sach bei denen von Mülnhausen dahin zu bringen were, das sie das evangelium annemen, und die chur- und fürsten sie dagegen uf zimbliche vergleichung wider zu ihren alten freihaiten und dörferen komen liessen.»

nr. 537.

13) «Herzog Hainrichen von Sachsen und desselben älteren son, herzog Mauritzen, belangend, sollen die gesandten darauf arbeiten, dweil herzog Hainrich ain vermöglicher fürst und unz hiehär in der verständnüs gewesen, dhein costen gelitten, da aber andere ständ schweere uncosten getragen², das er dann nach seinem vermögen zu der grossen zwölfmonatigen und der clainen jährlichen anlag, dergleichen der Koburgischen zum geschütz und sonst angelegt würde. und so ihm wie billich ein stim gelassen, das man dann versuch, ob marggrave Hans mit ihm zu derselben stimm, wie er vertröstet worden, so ander mehr fürsten in die verständnüs kemen, zugelassen würde; doch das den oberländischen stätten auch noch ein stim gegeben werde, dweil sie an der anlag vil mehr dann die Sächsischen stett geben. und so dann die stimm den stätten zugelassen, sollen die gesandten darauf arbeiten, das die denen von Frankenfurt würde.»

14)³ «Die von Goslar belangend, sollen die gesandten gleichförmigen bevel wie hie oben mit der statt Bremen verzeichnet des orts haben.»

15) Die Gesandten sollen «der kundschaften wol in acht nemen und, so ainich rüstung von etlichen fürsten vorhanden, darauf arbeiten, das die durch schriften oder botschaften ersucht, bei ihnen zu erfahren, wesz man sich zu ihnen versehen solt. würden sie dann solich argwänig antwort geben, daraus zu vermuten, das sie etwas im sinn hetten, so weren die kriegsrät darauf zu beschreiben und ihnen gewalt zu geben, sich mit rittmaistern, doppelsoldnern und anderen erlichen kriegsleuten zu versehen. wa aber soliche vertröstung geschehen, den zu vertrawen, oder aber die läuf sich sonst des Türken oder anderer sachen halben zutrügen, das nit zu vermuten, das ainicher stand uns dis tails anfechten würde, so weren die ständ mit vergebentlichem costen auch nit zu beschweren, sonderlich aus

¹ Der betreffende Artikel des Ausschreibens besagt, dass Heinrich von Braunschweig die Stadt Mülnhausen (in Thüringen), auf welche Sachsen und Hessen «etliche gerechtigkeiten» hätten, zum Eintritt in das Nürnberger Bündnis beredet habe.

² Herzog Heinrich war 1537 (s. oben nr. 452), ohne Verpflichtung zu bestimmten Leistungen in den Bund aufgenommen worden, weil man sein geringes Vermögen berücksichtigte. Seitdem er nun als Erbe und Nachfolger seines Bruders, Herzog Georgs, ein mächtiger Fürst geworden war, dachte man ihn gleich den andern Mitgliedern zu entsprechenden Bundesbeiträgen heranzuziehen. Vgl. oben nr. 614.

³ Das Ausschreiben meldete in diesem Punkt, dass Heinrich von Braunschweig die Stadt Goslar durch Verwüstung ihrer Forsten, Aufrichtung von Berg- und Hüttenwerken auf ihrem Grund und Boden etc., zur Gegenwehr zu reizen suche, um einen Vorwand zu haben, über sie herzufallen. Obwohl dies keine Religionssache sei, so werde man doch die Goslarer nicht im Stich lassen können.

der ursachen, damit man mit unserer rüstung nit erst dem gegentail ursach gebe, sich zu rüsten, wie dann im vergangenem jar beschehen und je ein rüstung die ander verursacht und gemacht. doch sollen in disem allem die gesandten gewalt haben, sich mit anderen ständen, was fur das best angesehen würt, zu vergleichen.»

16) Die Gesandten sollen anzeigen, wie die Evangelischen in Frankreich verfolgt würden, und um Abfertigung einer Botschaft an den König ersuchen¹. «aber Engelland belangend², dweil der churfürst und landgrave, wie aus dem schreiben vermerkt, würde es nit für gut ansehen, wurd die schickung schwerlich naher geen. wa es aber bei ihnen erhäblich, sollen die gesandten darauf arbeiten, das eintweders statlich hineingeschickt oder durch ein schrift gemainer ständ und nebenschrift Philippi Melanctonis der könig ersucht, die beschlossenen articul als wider die geschrift abzuschaffen oder zum wenigsten zu bedacht zu ziehen, [damit] mit der execution gegen den gefangenen bischöven und andern, so seine articul nit unterschriben oder bewilligen mögen, stillgestanden werde. wa es aber bei gemainen ständen nit erhept möchte werden, ob dann unser genädiger herr der landgrave zu bewegen, das sein f. g. für sich selbs schriben, were zu verhoffen, es würde nit one frucht abgöhn. der verbündnüs halben mit England, wa dieselb nit uf leidliche masz disen ständen und das der könig in ansehung seins grossen vermögen etwas vortails thäte, zu erlangen were, wissen wir uns in gleichmässige bündnüs mit ihm nit zu geben; sonder möcht man ein freundschaft mit ihme ufrichten, also das dhein tail wider das ander thete, auch des andern veinden dhein fürschrub hilf oder anders bewisze wider den anderen, wie solichs zum geschickisten bedacht werden möcht.

nr. 634.

nr. 642.

Es sollen auch die gesandten bei den ständen anbringen, ob man in künftigem mit der kaiserlichen oder kon. mt. zu tagen und handeln het, das ihr mt. ein ansehtlichen fürsten des reichs schickte, damit man wissen möcht, wann ein ding beschlossen, das es auch dermassen gehalten würde³.» — Dat. fehlt.

649. Bedenken der Dreizehn auf die Werbung Dr. Gereon Sailers im Namen des Landgrafen.

nr. 645.

November 6.

Str. St. Arch. AA 481. Conc. von Joh. Meyer.

Die Evangelischen dürften den Krieg keinesfalls beginnen. Urlaub für Bucer.

«Als durch d. Gereon bei mein herrn den XIII uf credenz herrn landgraven anpracht, das us vilerlei ursachen, durch in erzelt, zu bedenken,

¹ Calvin verfasste eine Schrift, in welcher er ausführte, wie die Gesandtschaft ihre Werbung in Frankreich vorbringen sollte. Gedr. Opera Calvni X 428.

² Dieser Punkt der Instruction ist erwähnt von Lenz I nr. 32 A. 2. Der Inhalt ist jedenfalls von Bucer beeinflusst.

³ Im Ratsprotokoll (vgl. oben p. 637 A. 1) ist dieser letzte Wunsch noch deutlicher ausgesprochen und begründet. Es heisst da (fol. 314): Was Dr. Held und Lunden den Protestierenden im Namen des Kaisers zugesagt, sei meist nicht gehalten worden, so namentlich jetzt der Frankfurter Anstand, das man dan solich personen nit mehr zu potschaften anneme, sondern wolte bie kais. mt. handeln lassen, das sie es durch bezre fursten thue, dea man trauen darf, was sie handlen, das die warheit were.»

- ob man dermassen still sitzen und erwarten woll, bis unser gegenteil gegen uns anfahe etc., oder ob wir uns in rustung begeben und mit demselben eintweders ein bestendigen friden oder einen reichstag tringen wollen. zum
 nr. 573. andern, ob Gulch uberzogen würde, das der villeicht nit zu verlassen; dan es dannoch den stenden diser verein zu schweren nachteil reichen wurd: uf dise beide puncten bedenken die herrn: man hab dan sondere gewisse kundschaft, das wir dis teils des angriffs nit *uberkobern*¹ kunden, das man sich dis teils weder der religion noch auch Gulch und Gellern halben
 nr. 648. in dhein krieg begeben solt. Engelland, auch der geistlichen reformation und geistlichen guter halben, lassen es die hern bei voriger instruction bleiben. sonst gedenken sie, das meinem herrn, dem landgraven, der Butzer nit abzuschlahen sei². — Pr. Do. 6. Nov. a. 39.

650. Landgraf Philipp an die Dreizehn.

November 6.
Cassel.*Str. St. Arch. AA 481. Ausf.*

Praktiken Heinrichs von Braunschweig und Dr. Helds. Sonstige Anzeichen eines drohenden Krieges. Bittet um bezgl. Instruction der Gesandten in Arnstadt.

- Schickt Zeitungen aus Goslar, die er teils von der Stadt selbst teils von einer vertrauten Person erhalten hat³. «dieweil sich nun herzog Heinrich also seltzamer dinge beveleissiget, auch kai. mt. in dem gewesenen sechsmonatigen Frankfurdischen anstand nichts von dem funfzehmonatigen anstand, ob sie denselbigen ratificiren wolte oder nicht, geschrieben, zudem das das chammergericht, wie wir euch jungstlich eroffnet, wider die stat Minden, unsere religions- und einungsverwanten, uf die exequution erlangter acht furtferet, und Mainz, Baiern und herzog Heinrich noch teglichs leut bestellen, auch der von Lunden wider aus Hispanien kommen ist und doch — das wir wiessen —⁴ nichts pracht hat: so erscheinet sich gewislich unsers erachtens aus diesem allem, aus us dem, das doctor Hilt holz zu ainem feuer, wilchs sich in teuscher nation anzunden und derselbigen zu hohem nachteil prennen wurde, ein zeit here solt getragen haben, wie
- nr. 645.

¹ Zweifelhafte Lesart. Ueber die verschiedenen Bedeutungen des Zeitworts *kobern* vgl. Grimm. Der Sinn obiger Stelle ist wohl: es sei denn, dass wir nicht umhin können, anzugreifen.

² Der Landgraf hatte Bucern durch Sailer ganz im Vertrauen die ersten Eröffnungen über seine Absichten bezüglich der Nebenehe machen lassen. Zu näherer Besprechung über diese wichtige Angelegenheit wünschte er Bucers Besuch. Der eigentliche Grund des letzteren blieb den Dreizehn natürlich verborgen; wurde doch vorläufig nicht einmal Sturm in die Sache eingeweht. Vgl. Lenz I 329, wo auch weiteres über die Doppelhehe Philipps.

³ Ebenda. Die *vertraute Person*, — wie aus dem Brief hervorgeht, ein Bürgermeister —, teilte mit, dass Heinrich von Braunschweig 1500 Reiske bestellt habe und die Bauern zwingen, ihm allen Hafer zuzuführen. Ferner habe der Herzog ihm durch einen Förster sagen lassen: er hätte gehört, dass die Goslarer wegen des Ansschreibens, das Sachsen und Hessen gegen ihn erlassen (Hortleder IV c. V), triumphierten. Sie sollten nur nicht zu früh frohlocken; in wenigen Tagen würden sie Zeitungen erfahren, welche ihre Freude in Trübsal und Jammer verwandeln würden. Die Stadt Goslar selbst schrieb dem Landgrafen, es seien untrügliche Anzeichen vorhanden, dass Heinrich von Braunschweig die Evangelischen anzugreifen beabsichtige.

⁴ Die Parenthese von Bings Hand eingeschaltet.

solchs ein chammergerichtsperson an ain besondere person bei euch zu Strazsburg geschrieben[*] und wir des furter vertrewlich in erfahrung komen seind, das gewislich was wichtigs und grosses vorhanden ist.» Strassburg müsse deshalb seinen Gesandten in Arnstadt noch nachträglich Vollmacht geben, «wie solchem zu begegnen und wie sich in di sach zu schicken sein will, damit wir die schanz nit ubersehen noch zu lang im armbrust ligen; dann solte das jegenteil von erstet [*sic!*] ufkommen, den vorstreich und das kriegsvolk in sein hand erlangen, zu was unwiderpringlichem schaden uns allen solchs gereichen wurde, das habt und wisset ihr selbst zu bedenken. derowegen wir euch davon vil vorzupersuadiren ane not achten» etc. Dat. Cassel 6. Nov. a. 39. — Empf. Nov. 18, pr. et lect. apud XIII Nov. 18¹.

nr. 648.

651. Landgraf Philipp an die Dreizehn².November 7.
Cassel.*Str. St. Arch. AA 484. Ausf.*

Werbung Triers auf Anregung Cleves wegen eines Verständnisses mit den Protestierenden, wenn nicht in der Religion, so doch in zeitlichen Sachen. Hessen hat die Antwort auf den Arnstadter Tag verschoben. Vermutung, dass Baiern mit dem Kaiser zusammen practiciert. Befürwortet die Triersche Werbung.

«Wir wollen euch vertrewlich nicht bergen, begeren auch gnediglich, ir wolt es bei euch in gehaim halten, das an heut dato unser besonder lieber her und freund, der erzbischof zu Trier, churfurst etc., seiner liebten canzler³ bei uns gehabt; und hat uns der canzler von seines gnedigsten hern des erzbischofs wegen uf uberraichten credenzbrief diese nachfolgende dinge in gutem freuntlichem vertrauen eroffnet: nemblich es sei kurz verschiner tage von wegen des herzogen zu Cleve und Gellern etc. Johan von Flaten, probst, bei seinem gnedigsten hern, dem erzbischof, gewesen, ime, wie die sachen des herzogtumb Gellerns halben stehen, entdeckt, auch unter anderm gesagt, wie das Cleve aus Hispanien und sonstet in erfahrung kommen sei, es solte die kai. mt. in Italia zum babst kommen; daselbst solten diese beide, kaiser und babst, sich mit andern potentaten und fursten vergleichen und vereinigen, unterm schein der religionsach etzliche fursten in teuscher nation zu uberfallen, dardurch — wie zu besorgen — ganz teusche nation in endlich verderben geraten mocht. solchs thet nun Cleve dem bischof darumb anzaigen, ob er mittel und wege zu finden wuste, dardurch solchem ubel begegnet und in der religionsache ein freuntlicher verstand und sonstet ainigkeit sonderlich im reich teuscher nation mochte gepflanzt und gemacht werden, damit ein furst oder herr wuste, wie er bei dem andern sesse etc. und hat uns der Trierisch canzler weiter gesagt, was gestalt wir hiebevorn an Trier geschrieben und in handlung gestanden,

nr. 528.

¹ Die Dreizehn antworteten auf diesen Brief, sie würden ihren Gesandten sogleich Instruction nachschicken. (Marb. Arch. Ausf.) Letztere ist jedoch nicht vorhanden. Vgl. unten nr. 655.

² Der Brief ist von Lenz I nr. 36 A. 1 irrthümlich als nicht vorhanden bezeichnet. Die ebenda p. 431 gegebene Aufzeichnung über die Triersche Werbung wird durch den vorliegenden Bericht mehrfach ergänzt.

³ von Enschringen. S. Lenz a. a. O.

uf was wege wir die chur. und fursten oder dero eins teils in religionsachen und sonstet zu besserem verstand kommen mochten. das wüsten wir uns zweivelson zu erinnern. aber durch die zu Frankfurt gepflogene handlung und das wir seidhere denselbigem tag nichts weiters deshalb an seinen gnedigsten hern geschrieben, were solche handlung bis anhere stilgestanden. nu sei sein gnedigster herr nochmal gesinnet, uf unsern vorschlag, den wir thun solten, mit und beneben uns alles das vorzunehmen und handeln zu helfen, das zu ruhe, ainigkeit und frieden dienen mochte. verhoffet sonderlich bei Coln, Gulch, Pfalz, Munster, auch bei Mainz gut erfolgunge; bedenket, man solte die sach also furnemen, das man zusammenqueme und sich erstlich der religion, sovil muglich, vergleiche, in der religion guten verstand und sonst mit einander freuntliche ainunge machte. und im fall, so man sich in der religion nicht aller dinge vergleichen mochte, das es doch uf weiter handlung geschoben und eusserlicher fried und bundnussen gemacht wurden, damit ein stand wuste, wie er bei dem andern sesze. und wann solchs beschehen were, wurden wir dann darnach vor gut ansehen, solchs was wir die chür. und fursten uns mit einander verglichen hetten, der kai. mt. zu entdecken, das solte zu unserm gefallen stehen. neme es ihr kai. mt. dann auch an, wol und gut; wo nicht, so werde doch diese vereinunge gemacht und wust ein furst oder stand, wie er bei dem andern sesze, und was er sich zum andern zu versehen hette.

Daruf haben wir dem canzler itzmal nicht endlich antwort gegeben, sondern angezeigt, das wir diesze sach gemeinen unsern ainungsverwanten stenden, so in wenigen tagen zusammenkommen wurden, eroffnen und uns darnach vollkommenlicher mit antwort daruf jegen seinem gnedigsten herren vernemen lassen wolten. hierneben hat uns genanter canzler gesagt, es halte sein gnedigster herr aus nachfolgenden ursachen dafür, das die hern von Baiern mit der kai. mt. und dem babst in vorerzelter practicken mitsticken: dann die hern von Beiern hetten in wenigen tagen ire rete bei seinem gnedigsten herrn zu Trier der Sickingenschen sachen halben gehabt und begert, das sich Trier jegen den Sickingern gnediglich und dermassen wolt finden lassen, damit sie zu dem iren kommen mochten. do nun der bischof ein ufzuglich antwort gegeben, hetten di rete gesagt, so musten und wolten ire gnedige herrn zu Beiern den Sickingern beistehen und sie nicht verlassen. dergleichen so bestelten die hern von Beiern an allen enden, sonderlich im niderlande vil kriegsleute, auch allerlei underhaupt- oder bevelsleute, als da seind fenderich, duppelsoldener, furer etc. es hett auch Baiern dem Colnischen marschalk, dem Bromisberger¹, bisanher funfhundert gulden dinstgelts gegeben. aber itzunder wurden ime siebenhundert gulden gegeben, und darzu seinem weib grosz geschenk von guldin kettin und cleinodern gethan.»

Da es nun nach alle dem scheine, als ob die Gegenpartei «was grosses im sinne hat», so möge man die Sache überlegen und den Gesandten in nr. 648. Arnstadt Befehl geben, was dem Trierer zu antworten sei² etc. «wir hiltens

¹ Oder Braunsberger? Zweifelhafte Lesart.

² Die Dreizehn versprochen dies durch Brief vom 18. Nov. (Marb. Arch. Ausf.); doch ist das betreffende Schreiben an die Gesandten nicht vorhanden. Vgl. nr. 655.

vor ein sonderliche gottesschickunge, wann man durch solche handlung, die Trier sich zu befürderten erpeutet, die chur. und fursten Mainz, Pfalz, Coln, Gulch, Gellern, Munster etc. — wiewol wir an Mainz zweiveln; doch mochts durchs capitel zu wegen pracht werden — zu uns pringen konten, das sie zum allerwenigsten wider uns nicht weren, do sie uns je nicht sonderlich helfen wolten.» Er sei überzeugt, dass es Trier «getrewlich und gut meine¹.» — Cassel 7. Nov. a. 39. — Empf. Nov. 18; «prod. et lect. coram XIII die ut supra.»

652. Die Dreizehn an Landgraf Philipp.

November 18.

Marb. Arch. (Corr. Philipps mit Sturm). Ausf.

Aus Frankreich sei glaubhafte Nachricht gekommen, dass der Erzbischof von Lunden am 1. November beim König gewesen sei und für den Kaiser mit 20 Pferden Geleit durch Frankreich nach den Niederlanden begehrt habe. Am 22. November werde der Kaiser in Paris erwartet². Der König habe ihm den Dauphin u. a. zum Empfang entgegengeschickt. Lunden sei am 3. November von Paris nach den Niederlanden vorausgereist. Strassburg habe zu näherer Information Kundschafter nach Frankreich geschickt. Dat. Di. 18. Nov. a. 39. — Pr. Milsungen Nov. 29.

653. Aufzeichnung der Strassburger Gesandten über den Bundestag zu Arnstadt.

nr. 648.

November 20 — December 8.

Str. St. Arch. AA 482 f. 22-27. Orig. von Dautzenheim³.

Anwesende Botschaften. Gesandtschaft nach England beschlossen. Anlage und Stimmrecht Heinrichs von Sachsen. Instruction für die Engl. Botschaft. Hauptmannschaft. Ausschusswahl. Botschaft an den Kaiser. Antrag auf Erlegung der ganzen sechsmonatlichen Bundeshilfe. Beratung über die Mindische Acht. Verständnis mit Köln, Trier, Jülich. Krieg zwischen Dänemark und Schweden. Beschwerden Bremens (über Braunschweig u. Balthasar v. Esens), Goslars, Braunschweigs u. a. Aitingen als Bundessecretär. Rechnungsbericht. Entschädigungsansprüche Lüneburgs. Gutachten über die Unterstützung Mindens. Ausgaben Lüneburgs und Bremens. Gesandtschaft an den Kaiser beschlossen. Rüstungen Baierns. Verwendung der Kirchengüter und Aenderung der Ceremonien. Beratung über die Unterstützung Goslars und Bremens. Beschwerde Sachsens über die Bischöfe von Meissen, Naumburg und Merseburg.

¹ An Bucer schrieb Philipp am 11. Nov., Trier wünsche noch diesen Winter die Zusammenkunft, da der nächste Sommer schwerlich ohne Blutvergiessen abgehen werde. Lenz I nr. 36.

² Auch Ulrich Geiger berichtete am 11. November aus Solothurn an Sturm, dass der Kaiser am 3. November von Burgos aufgebrochen sei, um durch Frankreich nach Flandern zu reisen. Marb. Arch. Copie.

³ Aus der Schrift lässt sich erkennen, dass der Bericht nicht in einem Zuge hinter einander niedergeschrieben ist, sondern in einzelnen, ziemlich ungleichmässigen Absätzen, jedenfalls wohl im Verlauf der Tagung selbst, nicht etwa nach Schluss derselben. Es liegen ausserdem noch einige lose Blätter bei, auf denen von derselben Hand und über dieselben Verhandlungen flüchtige Notizen hingeworfen sind, welche während der Commissions- oder Ständesitzungen selbst gemacht zu sein scheinen. Sie haben vermutlich für die obigen Aufzeichnungen als Grundlage gedient.

Pommern und Hans von Brandenburg ohne Vertretung auf dem Tage. Die Sächsischen Kriegsräte beantragen Annahme von Knechten. Abfassung des Abschieds. Nachrichten über Rüstungen Heinrichs von Braunschweig und des Erzbischofs von Bremen. Anlage Heinrichs von Sachsen. Riga begehrt Aufnahme in den Bund.

November 20: Ankunft in Arnstadt. Anwesend sind die kurfürstlichen Räte Bernhard von Mila, Dr. Brück, Franz Burckhardt, Hans von Pack und Kunz Gotzman, die landgräflichen Dr. Johann Feige und Sigmund von Boineburg, ferner Gesandte Heinrichs von Sachsen, Lüneburgs, Württembergs, Anhalts, Mansfelds, Teckelburgs, sowie der Städte Augsburg, Frankfurt, Ulm, Magdeburg, Goslar und Braunschweig.

November 21: Auf Antrag Sachsens wird zuerst ein Bericht des p. 636 A. 2. Vicekanzlers Burckhardt über das Resultat seiner letzten Reise nach England gehört. Nachmittags Ankunft der Gesandten von Hamburg, Bremen und Esslingen. Bei der Umfrage, ob eine Gesandtschaft nach England geschickt werden solle, ergiebt sich, dass alle dafür sind mit Ausnahme von Ulm und Augsburg, welche erst Vollmacht darüber einholen wollen. Sachsen und Hessen werden mit Abfassung einer Instruction für die Botschaft beauftragt.

Herzog Heinrich von Sachsen erklärt sich auf Betreiben des Kurfürsten bereit, für sich und seinen Sohn Moritz künftig denselben Bundesbeitrag zu leisten wie der Kurfürst und Landgraf; doch will er die Summe nicht wie die andern Stände an einem bestimmten Ort hinterlegen, sondern, bis man ihrer bedürfe, bei sich behalten. Denselben Antrag stellt er bezüglich der Koburger Anlage, das Geschütz betreffend. «so hetten die beiden hauptleut als oberste der stimen halben ouch mit im gehandelt; dan herzog Heinrich begerte, ein stim zu haben. do were ir gutbedunken, dieweil on das vil stimen weren, das nit nutz sein sollte, noch mer stimen zu machen, und der beider chur. und fursten meinung, dieweil sie 4 stimen hetten, das si im eine geben wolten und die 3 stimen also teilen, dasz der regierend hauptman alwegen die zwo stimen haben sollte und der ander eine, wiewol das durch den kanzeler von Hessen widerfochten, dasz den verstand nit haben sollte, etc.»

November 22: «die von Minden schriben und entschuldigen sich ieres usblibens, das sie der acht halben nit wol wandern dorfen» etc. Fruchtlöse Verhandlung mit den Gesandten Heinrichs von Sachsen wegen der Hinterlegung des Beitrags; trotzdem wird ihnen gestattet, an den Beratungen teilzunehmen. Es wird eine von den Kanzlern Sachsens und Hessens verfasste Instruction für die Werbung in England verlesen. Dieselbe wird von der Mehrzahl der Stände gebilligt und soll den Gesandten Dolzig und Burckhardt nachgeschickt werden¹. Uebrigens zeigen Sachsen und

¹ Die Gesandten waren bereits zum Herzog von Cleve abgereist, um dessen Schwester Anna ihrem künftigen Gemahl nach England zuzuführen. Seckendorf III § 73. Sie wurden durch die Instruction hauptsächlich angewiesen, sich bei Cromwell zu erkundigen, ob die den Protestierenden feindlichen Decrete in aller Form zurückgenommen, bezgsw. warum dies noch nicht geschehen sei (nr. 647). Sodann sollten sie erforschen, ob der König noch eine Gesandtschaft der Stände zur Vergleichung in der Religion wünsche, und ob seine ganze Gesinnung danach angethan sei, dass Erfolg von einer Sendung zu hoffen; sie sollten hierbei ziemlich

Hessen an, dass die Werbung auf ihre Kosten und nicht auf die der Einungsverwandten geschehe. Bei Beratung über die Hauptmannschaft des Bundes beschliessen sämtliche Stände — jedoch in Abwesenheit der Sächsischen und Hessischen Räte —, den Kurfürsten und Landgrafen dringend um weitere Uebernahme der obersten Leitung zu ersuchen. Der Lüneburgische Vicekanzler Clamer teilt dies den Gesandten der beiden Bundeshäupter mit.

November 23: Hans von Pack zeigt den Ständen die Gründe an, weshalb Sachsen und Hessen die Hauptmannschaft nicht länger behalten wollen. Abgesehen von der grossen Mühe, Arbeit und Unkosten, welche für die beiden Fürsten mit der Oberleitung verbunden seien, mache sich namentlich der Uebelstand sehr fühlbar, dass zu den Zusammenkünften immer «etliche botschaften nit mit volkomenem gewalt abgefertiget wurden, sonder solchs uf hindersichbringen annemen; und so solichs schon zugelossen, so wurde doch nüt darauf gehandelt. damit blibe es ersitzen, und wurde nichtz fruchtbarlichs gehandelt. so hetten etliche ir grosse anlag nit erlegt, darzu der 3 gedoppelten monat were solichs noch nit zu end oder beschlusz brocht. dewiel man dan in zeit des fridens also seimig, were zu besorgen, so es die not erfordert, man wurde noch weniger erlegen, das nun irer chur. und furstlichen gnaden ganz beschwerlichen. wo aber dissen articulen geholfen wurde, wolten sie es ieren chur. und furstlichen gnaden zuschriben, guter zuversicht, ir chur. und furstlich gnaden wurden noch ein jor lang die oberhouptmanschaft bewilligen zu tragen; *doch das man in leutenant und schriber zuordenet uf gemeiner stend kosten*¹. so drug sich vilmol zu, wan man bi einander were, dasz etliche sachen furfielen, die gemeiner verstantnüs furstendig und nutz weren, das danocht etliche nit gewalt haben wolten, das vil guter sachen hinderte. Darumb gut were, dasz ein jeklicher mit volkomenem gewalt abgefertigt wurde.»

nr. 439.

Darauf werden Zeitungen vom 25. October verlesen, die dem Landgrafen aus Frankreich zugekommen sind. Darin steht, dass der Kaiser mit Geleit des Königs durch Frankreich nach den Niederlanden reise etc. Wahl eines Ausschusses zur Beratung der einzelnen Punkte des Ausschreibens. Es werden gewählt Dr. Brück, Hans von Pack, Johann Feige, Boineburg, Clamer (Lüneburg) und Wilhelm von Massenbach (Württemberg). Von Städten sind im Ausschuss vertreten: Strassburg (Sturm), Augsburg, Ulm, Esslingen, Bremen, Hamburg, Magdeburg, Braunschweig.

nr. 652.

November 24: Der Ausschuss beschliesst, an den Kaiser bei seiner Ankunft in den Niederlanden eine Botschaft zu schicken, um wegen Ratifizierung des Frankfurter Anstands, Ansetzung eines Reichstags etc. zu werben. Die Anträge Triers und Jülichs auf ein Verständnis mit den Protestierenden werden zur Kenntnis genommen.

nr. 651.

deutlich zu verstehen geben, dass die Stände nicht von der Augsburger Confession zu weichen gedächten, vielmehr weit gehende Zugeständnisse Englands erwarteten. Der Gedanke eines Bündnisses mit Heinrich VIII ist in der Instruction nur flüchtig berührt; es sollten darüber nebenher auch Erkundigungen eingezogen werden. (Ebenda fol. 66-71.)

¹ Späterer Zusatz von derselben Hand. Diese Forderung wurde im Abschiede des Tages (ebenda fol. 90 ff.) bewilligt, wogegen die Gesandten Sachsens und Hessens demnächst die Entscheidung ihrer Herren über die Annahme der Hauptmannschaft versprochen.

November 25: « Wurde aber beratschlagt und anbracht, das man die ubrigen 4 einfache monat ouch erlegen solte¹, domit, so es sich zu keinem friden reichen wolte, das man dan gefast were, desglichen das man mit mer hauptleuten und rittmeistern sich versehe, domit ir gnedigst und gnedig herren sich der oberhauptmanschaft dester ehe weiter annemen wurden. dan je ire gnedigst und gnedig herren nit geneigt zu unfriden, sonder, wo sie konten oder mochten, wolten sie zum friden helfen roten. wurde umbgefrogt und bi allen botschaften befunden, dasz sie der 4 einfachen monat kein bevel hetten. wolten aber solichs zu ir ankunft ieren oberen mit flisz an(zu)zeigen. aber die Sachsischen stett zeigten an, sie besorgten, si wurden es bi ier gemein nit erheben; aber so es die not erforderet, solte es, ob gott wil, nit mangel haben. dasz man furter mer houpleut und rittmaister bestellen, ward von stetten bedocht, dasz uf ein sum gesetz werden solte, also das man nit mit dem grossen leffel ufschepfte, und von oberlendischen stetten uf ein halbe cleine anlag bedocht; doch solte man die rechnung zuvor horen, was dis jor usgeben were.» Augsburg teilt mit, dass Baiern in Franken und im Odenwald Kriegsvolk bestelle. Beratung der Angelegenheit Mindens und einer Beschwerde Augsburgs.

nr. 645.

November 26: Beratung wegen der Mindischen Acht. Einige schlagen vor, dem kaiserlichen Orator und den Kurfürsten [Pfalz und Brandenburg] deswegen zu schreiben; andere meinen, Minden könne die Sache wohl noch ein Jahr hinziehen. Auch solle man den Executoren der Acht mitteilen, dass man Minden nicht im Stich lassen werde. Es wird auch angezeigt, dass die Stadt einen «ufrührischen lerer» bei sich hätte, «der fil widerwertigkeit in der religion machte.» In dieser Sache sollten Hessen, Lüneburg, Bremen und Hamburg zu vermitteln suchen.

Hamburg entschuldigt brieflich das Ausbleiben seines Kriegsrats.

Nachmittags erklären sich die Sächsischen gegen die vorgeschlagene Verschleppung der Mindischen Sache sowie auf Grund der Recusation gegen jedes weitere Einlassen mit dem Kammergericht. Es könne kein Zweifel sein, dass man nach der Bundesverfassung die Stadt gegen die Acht zu schützen verpflichtet sei; die Kriegsräte müssten deshalb das weitere beratschlagen. Man solle auch jemand nach Minden schicken, der sich überzeuge, wie die Stadt mit Geschütz, Proviant etc. versehen sei.

«Es wurde verlesen, wie man sich verglichen mochte mit Koln, Gilg, Trier und andern, also das wir in fruntschaft gegen einander stünden; mochte also angesucht werden, dasz kein teil wider das ander handlete oder hilflich were, sonder, so das kamergericht procedier oder sonst andre zufel uns begegten, dasz sie uns verdedigen, sover in moglich were, gegen kaiserlicher mt. und ander, so exequiren wolten².»

nr. 654.

November 27: Der König von Dänemark schreibt, dass Schweden auf Betrieb des Pfalzgrafen Friedrich und der Niederlande in Rüstung gegen ihn sei. Nach Mitteilung Bernhards von Mila befänden sich

¹ Der Beitrag für zwei Monate war bereits erlegt; folglich blieben von der sechsmonatlichen Bundeshülfe noch vier Monate zu zahlen, was nach der Verfassung eigentlich erst geschehen sollte, nachdem die erste Rate angegriffen worden wäre. Vgl. oben p. 321.

² Der Entwurf liegt bei. (fol. 38-41.)

in Lübeck auch acht oberländische Hauptleute, die den Schweden zuziehen wollten.

Es werden Schriften über die Lage der Dinge in Bremen verlesen¹, wie Herzog Heinrich von Braunschweig vom Kaiser auf Antrag des Erzbischofs von Bremen zum Schirmherren des Stifts Bremen ernannt worden sei, obwohl letzteres dagegen protestiert habe. Der angebliche Grund sei die Furcht des Bischofs, dass die Stadt sich an den Kirchengütern des Stifts etc. vergreifen könnte. Umgekehrt fürchte das Domkapitel, dass Herzog Heinrich sein neues Amt missbrauchen werde, um das Stift in seine Gewalt zu bringen. Ferner sei Bremen in einen schweren Handel mit Balthasar von Esens verwickelt, da dieser, obwohl bereits geächtet, nicht aufhöre, der Stadt durch Wegnahme von Schiffen, Ermordung von Bürgern etc. Schaden zuzufügen. Er werde anscheinend von Heinrich von Braunschweig gestützt, und das Kammergericht verweigere Bremen die erbetenen Executores gegen den Geächteten. Der Hass der Gegner rühre hauptsächlich davon her, dass das Kapitel und die Ritterschaft sich zu der Stadt hielten und nicht dem Nürnberger Bunde beitreten wollten. Während des Frankfurter Tages habe Bremen durch die zahlreichen Knechte, die in seinem Gebiet gelegen (etwa 32 Fähnlein), gegen 100 000 fl. Unkosten gehabt.

nr. 602 ff.

Sachsen schlägt darauf vor, Bremen gegen Balthasar zu unterstützen. «es wurde angezeigt, es were einer in einem ort gewest, da herzog Heinrich [von Braunschweig] vil hienkomt; do hette herzog Heinrich gesagt: die protestierenden stend weren zu Arnstatt; er acht dafur, si wurden wol bedurfen, das sie lang bi einander bliben, den[n] sie hetten ein harte nusz zu beissen. es wurde ouch geredt, man mochte etliche handlung bitz uf nechstkünftigen dag schieben in sachen, die nit usgeschriben weren. dasz man dem konig von Denmark alle handlung zuschrib, domit er etliche pratick ouch wissen het.»

November 28: Bremen begehrt nochmals Hülfe², desgleichen Goslar. Darauf zeigen die von Braunschweig ihre Beschwerden an³: Herzog Heinrich habe von ihnen Ersatz der Unkosten verlangt, die er durch den Braunschweiger Tag der Protestierenden erlitten; denn er habe seine Häuser und Städte besetzen müssen, um sie vor Dänemark und den andern protestierenden Fürsten, die nach Braunschweig gezogen, zu sichern. Natürlich habe die Stadt dieses Ansinnen zurückgewiesen. Auch sonst suche der Herzog den Braunschweigern, wo er könne, zu schaden, namentlich an ihren Gütern, Dörfern etc. ausserhalb der Stadt.

nr. 496.

Es werden ferner die Schriften und das Hilfsgesuch der Stadt Constanz, betreffend ihren Streit mit dem Abt von Reichenau etc., verlesen, sowie eine Beschwerde Ulms.

November 29: Auf Antrag Jacob Sturms beschliessen die ober-

¹ Ebenda fol. 47 ff. Vgl. oben 638 A. 4.

² Am Rande folgende „Nota“ ohne nähere Angabe, wo einzuschalten: „zeigten an, die Weser und die Elb flissen bi Bremen nit wit darvon in die sehe; so in dieselben zwen strom entzogen solten werden, so were es umb alle sehe- und Sachsischen stett gethan.“

³ Die Beschwerden Goslars und Braunschweigs wurden den Ständen auch schriftlich zugestellt. Ebenda fol. 61-64 u. 72-89.

ländischen Städte, Sebastian Aitingen von Ulm als ihren Secretär in Bundessachen zu bestellen; nur Ulm giebt vor, keinen Befehl in dieser Sache zu haben. Strassburg und Augsburg werden beauftragt, mit Aitingen zu handeln¹.

Die einzelnen Stände und Commissare legen die Rechnungen über ihre Auslagen vor; «aber dissen dag nit anders usgericht dan des kurfürsten von Sachsen rechnung; do befind sich, dasz er bestalt hat 4400 pferd etc. nota: der landgraf uf 3500 pferd.»

nr. 606.

November 30: Fortsetzung der Rechnungsablage. Es wird beschlossen, dass die Auslagen «in ein satte rechnung» zusammengestellt werden sollen. Einbeck entschuldigt schriftlich sein Ausbleiben und schickt die kleine Anlage. Der Lüneburgische Kanzler bittet um Entschädigung seines Herren wegen der grossen Unkosten, die derselbe zur Zeit des Frankfurter Tages durch die Bedrohung seines Landes erlitten habe; «dan disser schäd im von wegen der religion beschehen were, wie sich dan der orator zu Frankfurt (sich) horen lassen: finge man den krieg an, sie wolten sich erzeigen wie kriegsleut und nit wie alte weiber.» Zur Prüfung dieser Ansprüche Lüneburgs werden Strassburg, Ulm, Hamburg und Braunschweig sowie die beiden Secretäre des Kurfürsten und Landgrafen verordnet. Ferner wird den Kriegsräten befohlen, ein Gutachten zu entwerfen, wie der geächteten Stadt Minden Hülfe geleistet werden sollte.

nr. 648.

December 1: «die zu der rechnung verordenet wurden, kamen ouch zusamen und setzten die rechnung, und befand sich, dasz gemeine stende uber alles, so sie vor usgeben hatten, bleibe man danoch schuldig 5119 fl. 45 kreuzer 4 heller.» Die Kriegsräte legen ihr Gutachten vor, wonach Minden im Fall eines Angriffs unterstützt werden soll; ausserdem stellen sie den Ständen anheim, auf gemeinsame Kosten ein Fähnlein Knechte oder 100 Reisige in die Stadt zu legen². Bei Vorlage der Rechnung wird der Vorschlag gemacht, Herzog Heinrich von Sachsen, der seither ohne Kosten im Bunde gewesen, möge um Zahlung eines Teils der noch fehlenden Summe von 5000 fl. ersucht werden.

«Weiter wurde gered von schickung zu kaiserlicher mt., wan der in Niderland ankeme, aber nit beschlossen.»

¹ Ulm erklärte sich in einem Schreiben an Strassburg vom 31. December gegen Aitingers Anstellung als Bundessecretär, weil derselbe wegen triftiger Gründe aus seiner Stellung als Ulmer Stadtschreiber entlassen worden sei. Uebrigens habe der Landgraf mitgeteilt, dass er Aitingen in seine persönlichen Dienste zu nehmen wünsche, wogegen man nichts einzuwenden habe. In der That trat Aitingen bald nachher in die Hessische Kanzlei ein. Str. St. Arch. AA 483.

² Im Abschied des Tages wurde dies Gutachten zum Beschluss erhoben. Minden sollte zunächst im Namen aller Stände von Sachsen, Hessen, Lüneburg, Bremen und Hamburg unterstützt werden; einige tüchtige Kriegsleute sollten sich überzeugen, ob die Stadt sich in genügendem Verteidigungszustand befinde, und eventuell sollten 100 Reiter oder ein Fähnlein Knechte in die Stadt gelegt werden. Würde von den Gegnern mit Abschneidung der Zufuhr und ähnlichen Plackereien vorgegangen, so sollten die Bundeshauptleute Repressalien anwenden. Auch sollten Sachsen und Hessen Vollmacht haben, zum Schutz der Stadt bis zu 10000 fl. behufs Annahme von Kriegsvolk aufzuwenden; weitere Massregeln sollten von dem zu berufenden Kriegsrat veranlasst werden.

December 2: Der Herzog von Lüneburg specificiert im Ausschuss seine schon früher vorgebrachten Entschädigungsansprüche. Er habe für 403 Knechte, welche im Auftrage des Commissars Bernhard von Mila angenommen worden, je einen Gulden, ausserdem aber für Proviant und anderes in summa 1500 fl. verausgabt. «so habe sin f. g. etliche reisige von adel und sonst, die seiner f. g. zu dienst und gefallen zu im gen Zell komen; die hab er von hof gespeist und gefuttert, darfur er nit rechnet, sonder er hab allein fur schlafdrunk und anders, so sie in herbergen verzert haben, bezalt 500 fl.; begert, dasz man im die ouch geben sol, dieweil es gemeiner verstentnis zu gut geschehen ist. suma: sin begeren ist uf 2000 gld. in zu geben oder an der gedoppelten anlag ab[zu]ziehen; dan sin f. gnad hab merklichen schaden genomen der deich halben oder dem, die im die Elb zerissen und das land verderbt haben.» Die Stände beschliessen hierauf, ihm nur die 403 fl. für die Knechte zurückzuerstatten, da man nach der Bundesverfassung nicht zu mehr verpflichtet sei. Der Stadt Bremen, welche ähnliche Ansprüche vorbringt, wird im Auftrag der Stände durch Jacob Sturm angezeigt, dass man ihr die 650 fl., welche der den Knechten gelieferte Proviant koste, vergüten wolle; mehr könne man nicht geben. Bremen besteht jedoch auf Zahlung der ganzen Summe von 3700 fl., welche auf Geheiss des Commissars Bernhard von Mila ausgegeben sei. Ebenso beharrt auch Lüneburg auf seinen Forderungen. Die Angelegenheit wird darauf zur Erledigung vor die ganze Versammlung gewiesen.

Verlesung einer Instruction für die Werbung an den Kaiser bei seiner Ankunft in den Niederlanden¹. Dabei wird bedacht, «das gut were, das man schickete leut, die unseren handel ganz wüsten, ob h. Heinrich von B[raunschweig] oder Held zugegen were und die kai. mt. anders berichte, dasz man dargegen reden kondte; wiewol die Sachsisch nit fur gut noch zur zeit ansahe, das man schicken solte, doch liessens darbi bliben, dewil es den anderen stenden gefiel; doch das sie die Sachsischen den vordrag nit thun solten, dan ir g. her were jetzunder nit mit leuten gefast, sonder die verschicket. begerten daruf die instr. zu ubersehen, ob etwas darin zu miltern were. wurde geredet, wie und wen man schicken wolte, namlich Sachsen und Hessen und zwen von stetten, als die oberlendischen einen und die Sechsischen und sehestet einen. wurde grof Kaspar von Mansfeld ouch angezeigt.

Des geltz halben, so noch zu hinderlegen, dasz ein strof daruf gesetzt, welcher sin gelt nit erlegt in einer zeit, der solte einer straf gewarten.» Augsburg beklagt sich über die bedrohlichen Rüstungen Baierns und bittet um Erkundigung bei den Herzögen, wessen man sich zu ihnen versehen

¹ Copie ebenda AA 483. Die Gesandten sollten die Protestierenden gegen den Vorwurf, als ob sie Unruhe und Empörung anzettelten, verteidigen und darlegen, dass ihre Gegner es seien, welche den Frieden bedrohten. Sie sollten sodann an die friedliche Gesinnung des Kaisers appellieren und Erkundigung einziehen, was derselbe jetzt nach Ablauf des Frankfurter Anstands zu thun gedenke. Schliesslich sollten sie um Gewährung eines dauernden, wirklichen Friedens bitten und die Abhaltung des vorgeschlagenen Religionsgesprächs wieder in Anregung bringen. Im allgemeinen wird ihnen eingeschärft, möglichst mit dem Kaiser direct in Beziehung zu treten, ohne Vermittlung von Zwischenhändlern. Nötigenfalls sollten sie auch den Bund der Protestierenden mit Dänemark zu rechtfertigen suchen.

sollte. « wurde für gut angesehen, man sollte verharren, bis man mit anderen kur- und fürsten gehandelt hett; was dan für not angesehen, das mochte man thun. »

December 3: « Anfenklichen wurde geredet der geistlichen guter halben. wurde von allen stenden angezeigt, wie man geneigt were, die geistlichen guter nit anders zu gebrochen den zu nutz der kirchen, als prediger, schulen und den armen und dem gemeinen nutz. sollte man ein gedenken haben, wie disser sach zu thun were, damit man es gegen gott und der welt wuste zu verantworten, und also dissen artikel uf ein anderen dag geschoben. der hebstlichen zeremonien halben, so noch hien und wider gehalten wurden, ein red gehapt. ward gered, das gut sin solt, dasz alle fürsten und stett, do die geistlichen in underthon weren, <dasz man> alle unkristliche zeremonien abthun und cristliche an derselben statt anrichten. wo aber ein closter oder stift schon in ieren landen wer, und sie aber kein gerechtigkeit darzu hetten, sollte man mit der gute mit in handeln; mochte man sie dan gewinnen, were gut; wo nit, miest man es gott lossen walten; mochte doch alwegen ein jede oberkeit den ieren verbieten, nit in solche kirch zu gon, wie mol die von Ulm anzeigten, sie hetten etliche dorfer, aber der kirchen satz [sic!] were des konigs und der Fucker; die hetten die pfarrer und prediger zu setzen. das hetten sie hitz hieher geduldet, aber in ir statt hielten sie christliche ceremonien. » Die Fürsten von Anhalt zeigen an, dass sie einen Abt, der bisher die päpstlichen Ceremonien gebraucht, aufgefordert hätten, «er sol sich der Sachsischen gebrauch halten»; darauf habe jener um Frist gebeten, um es seinem Oberen, dem Erzbischof von Mainz, anzuzeigen.

« Nochmitdag zu 12 uren. es wurde von den geistlichen gutern geredt; doch für gut angesehen, dasz alle stifter erhalten wurden; doch dasz ein insehen geschehe, damit frome gottselige mener in stiften uferzogen wurden; wurde also nit gar umbgefragt und zu bedocht genomen. wir zeigten an das municipalstatut, so unser herren den drien stiften furgehalten, desglichen was einem rot mit der eptissin Sant Steffan begegnet¹.

Es wurde geredt deren von Goslar, Bremen und Brunshwig halben, geredt aber nit beschlossen, und allein von den von Goslar geredt. Hessen vermeint, man solt in ir stat legen ein hauptman, der geschickt wer, und etlich reiter und fuszvolk. wan in dan h. Heinrich in etwas zuwideres [?]² dete, dasz sie es ouch deten. wolte er in broviant, kolen und anders nit zu lossen komen, dasz sie es mit gewalt holten. wurde weiter angezeigt durch Sachsen: man sollte den von Bremen helfen; do hette man fug und ursach des conserfatoren, und j[unker] Balthasar von Esense, der were in acht und allermeniglich erlaupt. do mochte man helfen; es durfte sich nit wol jemans darin schlagen in kraft der acht. deren von Goslar halb sehe si nit für gut an, dasz man in reiter oder knecht in ir statt legte; dan sollte sie etwas detlich anfohen, wurde sich h. Heinrich gegen aller welt beclagen und fürwenden, sie weren im rechten vor dem kamergericht; desz wolt er gewarten, was in das erkandt zu dulden, und uber solichs fingen sie ein

¹ Vgl. oben nr. 648 Art. 11.

² Zweifelhafte Lesart.

delichen handel mit im an; wurde bi meniglich ein grosz ansehen haben.» Der Kurfürst zeigt seine Beschwerden über die Bischöfe von Meissen, Naumburg und Merseburg an, welche seit 200 Jahren dem Hause Sachsen unterworfen seien und sich trotzdem jetzt als Reichsstände geberden wollten. Ferner bittet derselbe um Rat, wie er sich zu dem Verlangen der Städte Zeitz und Wurzen verhalten solle, welche, obwohl den Bischöfen von Naumburg und Meissen gehörig, um Einführung der Reformation gebeten hätten.

December 4. «Wurde erstlichen der von Goslar befragt, ob er nit befel hette von sin herren, wie und in welcher gestalt in zu helfen were.» Derselbe antwortet, er hätte keine besonderen Vorschläge zu machen, sondern allgemein um die Hülfe der Stände zu bitten. Goslar werde die Ratschläge der letzteren nach Möglichkeit befolgen. «volgends wurde geredt, dasz bis hieher in allen artikeln nit sartz entschlossen were us ursach, dasz etliche stend nit vorhanden. darumb muste man ein anderen dag benennen und dasz menglich uf dieselben artikel mit volkomenem gewalt gefast were, zu schliessen und zu schiken. desglichen so hetten die herzogen von Bomern und der markgraf Hans von Brandenburg niemans geschickt, ouch ir gelt nit erlegt, also das in geschriben wurde, das sie ir gelt erlegten und botschaften mit volkomenem gewalt schicketen. wurden verordenet Sachsen, Luneburg, Hessen und Stroszburg, die artikel in ein abscheit zu bringen und volgends dem ganzen usschutz furzutragen und dan der gemeinen versammlung. doch das man den dag ernante, das es den chur. und fursten der malstat halben ouch gelegen were. so were deren von Bremen halben nit stil zu ston; ob man in sagte, sie solten ain haufen knecht an sich bringen uf zwei oder drei tausend knecht und die mit ringem¹ underhalten bitz uf den frieling. wolte sich dan etwas anheben, so hette man soliche knecht zu gut und mochte rechtschaffen leut uberkomen uf der gemeinen stend kosten.» Die Kriegsräte Bernhard von Mila und Cunz Gutzman raten dringend zur Bestellung von 2000—3000 Knechten, damit man bei etwaigem Ausbruch des Krieges nicht ganz im Nachteil wäre. Sie weisen dabei auf die Vorkehrungen und Rüstungen Heinrichs von Braunschweig und des Bischofs von Bremen hin. Es könne damit nur auf Bremen und Lüneburg abgesehen sein; denn Köln, Jülich, Geldern und Münster hätten sich vereinbart, in ihren Gebieten keine Werbungen zu gestatten.

«Den fritag und samstag [Dec. 5 und 6] sind sie bi einander die fier gesessen und die artikel gestelt und den abscheit gemacht lut sins inhaltz²; doch wurde der ganz usschutz am samstag am morgen beruft, und nochmitdag ward ein brief verlesen, so dem landgrafen von der stat Bremen zugeschickt wurd; doch desz dato stund umb Martini [Nov. 11]. haltet innen, wie der bischof von Bremen uf 2000 pferd in bestallung habe und etlich

¹ = geringem, d. h. mit geringen Kosten.

² Copie ebenda fol. 90-125. U. a. wurde darin — was in obiger Relation nicht erwähnt ist — ein neuer Tag zu Schmalkalden auf den 1. März in Aussicht genommen, wo die Gesandten namentlich Vollmacht zur Erlegung der noch ausstehenden Beiträge und ansehnlicher neuer (3 Doppelmonate) mitbringen sollten, damit der Bund im Fall des Krieges keinen Mangel an Geld hätte.

vendlin knecht uf der gard ufrichten wolte. darus zu besorgen, dasz uber die von Bremen zu thun were. warde geredt darvon, ob nit gut were, dasz man ein hauptman oder ein befelhaber understund niderzulegen, domit man die praktik erfur. sol Jerg von Raffenspurg etwas befel haben. es sind wol brief befunden, die andere geschrieben, aber in h. Heinrichs kanzeleisigel verwart. ein schiff, so geschutz und bulfer, so in Schwedigen sollte gefaren sin, sol undergangen sin. dasz etliche hauptleut zu Rodenburg bi dem bischof von Bremen gewessen etlich dag, zu erachten etwas furzunemen. so sol herzog Heinrich ouch reiten und knecht annemen und bestellen, darzu sin armes volk dermassen schetzen und halten, dasz ir schon etliche entlaufen und wegzogen; und sagen die andern, si mogens in die har nit gedulden, sunder miessen mit weib und kinder darvonziehen.» In Friesland seien auch Knechte, von denen man in acht Tagen einige Fähnlein zusammenbringen könnte. «wurde ouch angezeigt, dasz wol vorhanden Gellere, Denmark, die Niderland und die religion, aber keiner were man mer gehast dan der religion, dardurch all[er]lei zu bedenken. dasz man dem konig von Denmark und herzog zu Gulch schreibe, das sie acht hetten uf die garde.»

December 7: Verhandlung mit Herzog Heinrich von Sachsen wegen der Bundesbeiträge. Die Stände geben soweit nach, dass der Herzog die grosse Anlage und diejenige für das Geschütz erst im Fall wirklich eintretender Not bezahlen sollte; hingegen schlagen sie sein Verlangen, die Verfügung über die auf seinen Beitrag zur kleinen Anlage bestellten Unterhauptleute behalten zu wollen, entschieden ab, da dies mit der Bundesverfassung gänzlich unvereinbar sei.

December 8: «Wurde verlesen ein brief von doctor Ludwig Hierters wittwe¹; begert etlich gelt, so man ierem doctor schuldig bliben ist. aber ein brief verlesen, so der bischof von Riga schribt; begert, man sol bi der stat Riga verschaffen, dasz sie seiner stift und im kein intrag thugen, desglichen, das sie es bi den alten ceremonien bliben lassen. die statt Riga schribt, begert in unser verstendnus inhalt des Brunschwigischen abschieß, und haben das gelt erlegt hinder ein burgermeister zu Lubeck und begert, sie gegen dem kamergericht zu verdreten.»

p. 480.

Ein den Ständen vorgetragener Streit zwischen dem Grafen Philipp von Nassau und dem Kurfürsten von Trier wegen der Besetzung einer Pfarrei wird dem Landgrafen zur gütlichen Vermittlung überwiesen. Den Gesandten Heinrichs von Sachsen wird auf weitere Werbung zugestanden, dass ihr Herr die grosse Anlage und die für das Geschütz vorläufig nicht auszahle; doch soll er sich durch ein Reversal ausdrücklich verpflichten, das Geld im Notfall unverzüglich dahin zu senden, wo es die Hauptleute und Kriegsräte verlangen. Die streitige Frage wegen der Unterhauptleute sollten die Gesandten dem Herzog nochmals vortragen; hoffentlich werde derselbe hierin nachgeben. Die kleine Anlage für ihn beträgt 1400 fl., die grosse für den Doppelmonat 28000 fl. und für das Geschütz 5600 fl.²

¹ Dr. Hierter, einer der beiden Procuratoren der Evangelischen am Kammergericht, war in Speier ermordet worden.

² Die Aufzeichnung bricht hier ab mit der Ueberschrift für den folgenden Tag: «zinstag [Dec. 9] am morgen zu 6 uren». . . . Der Schluss der Verhandlungen erfolgte, nach dem

654. Jacob Sturm und Batt von Duntzenheim vom Tage zu Arnstadt an die Dreizehn¹.

November 28.
Arnstadt.

Str. St. Arch. AA 482. Orig. v. Sturm.

Langsamkeit der Verhandlungen. Teuere und schlechte Zehrung. Schweden gegen Dänemark. Heinrich von Braunschweig.

«Der Churfurst von Sachsen ligt zu Gota zwo meyl von hinnen und der landgrave zu Spangenberg, ist uff X meyl von hinnen. an die werden alle beratschlagte sachen vor dem beschlusz brocht. macht ettwas verzugs, also das wir unsz noch kheiner entschafft versehen. Es vermeinen vill, des keyzers oder des von Lunden ankunfft werd ursach zu einem andern tag geben in kurtze. Es ist seer theur zerung in disen landen und saurer wein, also das uns die knecht schier kranck werden, dan auch die spysz gantz nitt noch unser manier kocht ist.

Es sind zeytungen khomen, das der konig usz Schwedien in grosser Rustung sein soll, und das Claus von Hetstat mitt ettlichen oberlendischen hauptleuten zu Lubeck gewesen, in willen, dem konig von schwedien oberlendisch knecht zuzufüren. Wo das geschehe, wer wider den konig von Denmarck. befrembdt unsz an clausen von hatstat, dweil er des Churf. bestolter diener, und sin jor noch nitt usz ist.

Sonst khomen auch khuntschafften, das hertzog heinrich², so bald kay. Mt. ankumpft, bevelhe soll haben, Reuter und knecht anzunämen.»
— Dat. Arnstadt Fr. 28. Nov. a. 39. — Empf. Dec. 10, pr. Dec. 11.

p. 648.

655. Jacob Sturm und Batt von Duntzenheim, vom Tage zu Arnstadt, an die Dreizehn³.

nr. 653.
December 3.
Arnstadt.

Str. St. Arch. AA 482. Orig. von Duntzenheim.

Werbung Triers. Notwendigkeit bedeutender Ausgaben für den Bund. Zweifel über die Gesinnung des Kaisers. Kundschaft am Französischen Hof. Heinrich von Braunschweig.

Haben das Schreiben der Dreizehn (*) am 30. November empfangen. Die darin enthaltenen Mitteilungen des Landgrafen seien durch die Räte
nr.650,651

Datum des Abschieds zu urteilen, am 10. December. Sturm und Duntzenheim scheinen am 25. oder 26. wieder in Strassburg angelangt zu sein; wenigstens statteten sie am 26. ihren Bericht im Rat ab. (Prot. f. 388). Von dem Abschied des Tages wurden mehrere beglaubigte und besiegelte Exemplare ausgefertigt, von denen eins den oberländischen Städten zukam. Ueber die Frage, ob Ulm oder Strassburg dasselbe erhalten sollte, hatte sich in Arnstadt ein kleiner Streit erhoben, und schliesslich hatte Sturm das Document mitgenommen. Wegen dieser geringfügigen Sache wurden noch mehrere Briefe gewechselt, in denen einerseits der Ulmer Rat, andererseits Sturm das Vorkommnis bedauerten, ihre freundschaftliche Gesinnung beteuerten und versprachen, sich auf dem nächsten Tage über derartige Fälle zu vergleichen, damit künftighin Streit vermieden werde. Str. St. Arch. AA 483 u. Ulm. Arch. Ref. T. XXIV.

¹ Dieser Brief ist genau nach der Schreibweise des Originals wiedergegeben. (Vgl. Einleitung.) Der erste Teil desselben ist fortgelassen, weil er nur einen summarischen Bericht über die in voriger Nummer ausführlich verzeichneten Verhandlungen des Arnstadter Tages liefert.

² Sc. von Braunschweig.

³ Auch bei diesem Brief ist die Orthographie des Originals beibehalten.

desselben auch jetzt auf der Bundesversammlung vorgebracht worden. «So ist inn dem Trierrischen anbringen für gut angesehen, sich mit ime in handlung in zu lossen; wyr tragen aber nit wenig fürsorg, kaiserlicher Mt. zu künfft werd dem handel enderung by thrier und anderen churfürsten machen. Sonst Sind die Rechnungen der unkosten, so vergangens jors uff gangen, gehört, die sich über funffzicktausent gülden louffen. Derhalben noch ein anlog beschehen musz, die euch unseren herrenn nit Ringer Dann funff hundertt güldin lauffen wurd. Sol dann den von bremen und goszlar hilff, dazu der myndischen acht und der sorcklichen leuff halben versehung uff dissen künfftigen frieling beschehenn, wurd nit mynder uff gon dan vermelt [?]¹, und also noch ettliche gedoppelte anlagen erfolgen, dadurch wyr mit geltt erschopft. und weisz danoch niemant, wie er sizzett, wiewoll ettliche verhoffen, die kayserlich Mt. werde sich inn fernner fridshandlung einlossen. so ist doch, wie die geratten werde, unggewisz und bey ettlichen wenig hoffnung. Dozu wes man sich der leuff halben hie entschliessen wurt, sol uch wils gott zu unserer ankünfft bericht beschehen.

nr. 652. Wir haben vernomen, wie ir bernhart ganssen in frankreich des kaysers ankünfft halben geschickt. nun hatt Johann Sturmius khontschafft zu einer perschon zu parrisz, der ein freier zugangk zu ettlichen trefflichen des konigs Rätten hatt, Durch welche man vill gelegenheit erfarren mochte². were deszhalb unser guttbeduncken, das, so man vernner hyenyin schicken wolte, den sturmyn ansprechen, seinem man zu schreiben. der khann die erfarnusz vill basz und worhaftiger thun, dan ein eintzyger knecht erfarren mochte.»

Herzog Heinrich von Braunschweig sei dieser Tage heimlich durch des Kurfürsten Land gereist, wahrscheinlich dem Kaiser entgegen. Dat. Arnstadt Mi. 3. Dec. a. 39. — Empf. Dec. 11, pr. Dec. 12.

656. Die Dreizehn an Landgraf Philipp.

December 4.

Marb. Arch. (Frankreich). Ausf.

Lothringen und Geldern. Hans von Fleckenstein wirbt Hauptleute für Frankreich. Verhalten der Protestierenden dazu.

nr. 540. In Lothringen sei die Sage, «die kai. mt. und der könig von Frankreich sollen uf liechtmesz [Febr. 2] ein haufen knecht bei einander haben und wöllen den herzogen von Lotharingen damit ins land zuo Gellern setzen.» Verfolgung der Evangelischen in Lothringen auf Befehl des Herzogs.

nr. 578. Ein Hauptmann, der unter Fürstenberg in Frankreich gedient und jetzt Strassburger Bürger sei, zeige an, dass Hans von Fleckenstein für den König von Frankreich um Hauptleute werbe, namentlich um die, welche jetzt durch Fürstenbergs Austritt aus dem Französischen Dienst frei geworden seien. Nun wären zwar die meisten von ihnen der evangelischen Sache geneigt; wenn sie aber bis Weihnachten von den Protestierenden kein

¹ Zweifelhafte Lesart.

² Es ist Sleidan gemeint, der seit 1537 an Stelle Johann Sturms, welcher als Rector nach Strassburg gekommen war, den brielichen Verkehr zwischen der Stadt und dem Französischen Hofe besorgte. Baumgarten Sleidans Leben p. 52.

Anerbieten hätten, so würden sie wahrscheinlich dem Fleckenstein zufallen. Letzterer bestreite allerdings, dass es sich um einen Angriff auf die Protestierenden handle; doch wolle er keine Garantie dafür übernehmen. Darauf hätten sie, die Dreizehn, den oben erwähnten Hauptmann und seine Genossen vertröstet, bis Antwort aus Arnstadt käme, wo wegen Bestellung von Kriegsvolk gehandelt würde.

Bitten um des Landgrafen Gutachten, ob man die Hauptleute bestellen solle¹. Dat. Do. 4. Dec. a. 39.

657. Die Dreizehn an Landgraf Philipp.

December 10.

Marb. Arch. Ausf.

Verpflichtung Frankreichs, dem Kaiser zur Einnahme Gelderns zu verhelfen. Der Kaiser habe bei Lothringen um Pass für 6000 Spanier nachgesucht.

Es sei ihnen jetzt aus Frankreich geschrieben, «das, so die kai. mt. den Franzosen umb hilf wider Gellern ansuchen würde, das ders nit solt abschlahen könden; dann in dem vertrag zuo Camerach der könig deshalb zusag gethon soll haben, so Gellern on leibserben abstürb, der kai. mt. mit einer anzal hilf zu thon, das land zu eroberen.²» Der Sohn des Herzogs von Lothringen³ habe an Hans von Heideck, der jetzt in Strassburg wohne, geschrieben, dass der Kaiser beim Herzog um freien Pass für 6000 Spanier, die nach den Niederlanden bestimmt seien, nachgesucht habe. «und wiewol es bei uns ganz nit wol glaublich, das Lotharingen ein solche anzal Hispanier, nachdem und sie geartet, in frembden landen haus zuo halten, seiner land unverwaret wert durchziehen lassen, so wöllen doch die reden dabei göhn, als ob der könig von Frankenreich ihr mt. den pasz und durchzug gehörter massen allgerait bewilligt, und wir dann auch gedenken, so die kai. mt. dieselben in die Niderland füren wolt, das sie Lotharingen nit antreffen, und also, wa etwas daran sein solt, das ihr mt. bei Lotharingen umb pasz angesucht und sie des orts durchfüren wolt, das etwas weiters dann die Niderland sonder gleich sobald Gülch oder anders betreffen würde.» — Dat. Mi. 10. Dec. a. 39. — Pr. Friedwald Dec. 24.

nr. 656.

658. Michel Han, „der statt Straszburg gehaimer secretarius“, an Landgraf Philipp.

December 10.
Spangenberg.

Str. St. Arch. AA 482 vor f. 90. Eigenhändiges Concept. Ausf. im Marb. Arch. Benutzt von Lenz I p. 409.

Er sei auf Wunsch des Pfalzgrafen Friedrich zu diesem nach Heidelberg geschickt worden. Dort sei ihm mitgeteilt, dass den Protestierenden vom Kaiser Gefahr drohe. Freundschaftliche Versicherungen des Pfalzgrafen und Bitte um Förderung seiner

¹ Der Landgraf dankte am 21. December für diesen Brief und teilte mit, dass er seine Meinung über die Angelegenheit «hiebeneben» an Jacob Sturm geschrieben habe (") Str. St. Arch. AA 487. Ausf.

² Der Madrider Friede von 1526 (zu Cambray 1529 im ganzen bestätigt) verpflichtete im 21. Art. thatsächlich Frankreich zur Hülfeleistung, falls der Kaiser nach dem Tode Karls von Geldern bei der Besitzergreifung des Landes auf Widerstand stossen sollte. Dumont Corps diplom. IV 1 p. 404.

³ Herzog Antons Sohn Franz.

Dänischen Ansprüche. In einer persönlichen Unterredung mit Friedrich giebt dieser vor, allerlei Enthüllungen über die Absichten der Gegner machen zu können, und bittet um das Vertrauen der Protestierenden. Entgegenkommende Antwort Han's. Zusammenkunft Sachsens und Hessens mit dem Pfalzgrafen wünschenswert.

«Uf ewer f. gnaden begern hab ich mein heutigs mundlichs anbringen und werben, von wegen meiner herren der dreizehen gehaimen räten zu Straszburg an e. f. g. beschehen, volgender gestalt sumarie verzaichnet :

- nr. 545. Nämblichen als der durchleuchtig hochgeborn furst, mein gnediger herr, herzog Friderich pfalzgrave etc., verschienet zeit in Hispanien bei Rom. kai. mt., unserm allergnedigsten herren, gewesen und neben seiner f. g. geschäften bemelten meinen herren etwas irer aigner sachen, daran gemainer statt Straszburg gelegen, ausrichten sollen, und dan seine f. gnaden verschienet tagen am widerhaimziehen zu Haidelberg gewesen, hat ainer seiner f. g. gehaimer rat und vertrewter diener herren J a c o b e n S t u r m e n , altem stettmaister zu Straszburg, geschriben [*], denselben zu ime gein Haidelberg erfordert, obgemelter sachen halb relation und daneben newe zeitung, so meinen herren und iren verwandten ze wissen nit unnotsam sein solten, ze hören. als aber genanter herr Jacob Sturm nit anhaimsch sonder uf jetzigen tag gein Arnstatt verschickt gewesen, haben meine herren die nr. 653. XIII mich als iren secretarien an herrn Jacobs statt gein Haidlberg mit credenzbriefen abgefertigt. daselbst hab ich von hochgenants herzog Friderichs räten und sonderlich der person, so an herr Jacoben geschriben, nach ausrichtung meiner hern sachen und anderm glaublichen gehört, das die kai. mt. so jetzt in Frankenreich sein soll, des willens sei, in die Niderland ze komen. daselbst soll die Rom. kon. mt., unser allergnedigster herr, zu irer mt., komen; derhalben die stend der christenlichen verainigung und der protestation verwandt — wie geredt ward — sich wol fursehen solten, das die sach nit uber sie gan möchte; dan die kai. mt. soll ir endlich furgesetzt haben, die zwitracht in glaubenssachen hinzelegen. wo es nit guetlich sein mög, werd ir mt. daran setzen, was ir gott der allmechtig verlihen; dan es soll und wöll irer mt. je ufs höchst beswerlich sein, länger also gespannen ze stan und an anderm irer mt. vorhaben durch dise unainigkeit der teutschen nation verhindert ze werden, also das unserm tail wol und hoch von nöten sein wöll, den sachen nachzulegen, wie man fuglich vor nachtail und schaden verhuetet möge werden. welichs mir von wegen meiner hern in höchster geheim ganz vertrewlich entdeckt, auch von mir zu dank und das es unvermeldet bleiben solle, angenommen worden.

- nr. 328. Darneben ward mir angezaigt: wiewol die stend der christenlichen verain meim g. herren, herzog Friderich, höchlich zewider handleten, in dem nr. 496. das sie mit seinem gegentail, der kon. wurde zu Dennemark, in pundnus weren und hievor etliche aus inen ime, dem konig, grosse hilf etc. bewisen hetten, auch ime noch fur und fur hilf und furderung theten » etc., « so weren doch sein f. g. des unangesehen jedesmal diser evangelischen stend guter und getrewer furderer und vertädinger. es hetten auch sein f. g., als die jungst bei kai. mt. gewesen, so mundlich so schriftlich diese stend und ire sachen getrewlich beschurmt, verantwort und allen iren glimpf und fug, dargegen des papsts und seins anhangs unfug in ainer suma der kai. mt. vermeldet und dieselb mit vleisz gebeten, sie wölten sich gegen dise stend

nit verbittern noch zu ungunen bewegen lassen, wie ich solichs zum tail selbs in schriften gesehen. welichs alles, wie obgemelt, mir in höchster gehaim und aus sonderm vertrewen gegen meinen hern angezaigt und darauf gebeten warde, meine hern wöllten, sovil sie könten, bei curfursten fursten herren und andern stenden und stetten irer verain furdern und helfen, das mein g. herrn, herzog Friderichen, zu dem, darzu sein f. g. fug und recht hette, geholfen, und doch ufs wenigst gehört wurde. das solt on zweifl den evangelischen stenden zu allem guten geraichen. darauf sagt ich, was Denemark belangen thete, liesz ich diejenen, so dessen besser dan ich wissen hetten, vertädigen. ich hett aber die andern anzaigungen gern gehört und wöllt es dannocht bei meinen hern von mein g. herren, herzog Friderichen, ruemen und dahin helfen furdern, ob und wie sie, meine hern, die sachen bei iren ainigungsverwandten dahin brechten, das sein f. g. gehört und weiter mit seinen gnaden gehandelt wurde.

Als ich nun zu abend von hochgedachten mein g. fursten und herrn, herzog Friderich, zu gast gefordert ward, begerten sein f. g. an mich, ich wöllt morndes, ee ich verritte, zu sein f. g. komen; wöllten dieselben etwas mit mir reden.» Am nächsten Morgen habe dann die persönliche Unterredung mit dem Herzog stattgefunden, bei der nur noch ein vertrauter Rat — derselbe, welcher die Eröffnungen am Tage zuvor gemacht — zugegen gewesen sei. Da habe nun der Pfalzgraf unter Betonung der freundschaftlichen Gesinnung, welche zwischen Strassburg und der Pfalz herrsche, dargelegt, wie ungerecht der Argwohn und das Misstrauen der Protestierenden gegen ihn sei; denn er könne «mit gott bezeugen,» dass, wenn er «diser stend sachen nit zum besten furdern köndt,» er sie doch auch nicht «hindern oder böser machen wöllt¹.» Er habe sodann auf seine (bereits erwähnten) Bemühungen zu Gunsten der Protestierenden bei der Anwesenheit in Spanien hingewiesen und betont, dass er sich auch in Zukunft nicht gegen die evangelischen Stände werde reizen lassen, «sover sein f. g. nit wider iren willen dahin verursacht wurde.» Strassburg möge ihn also gegen die Verdächtigungen in Schutz nehmen und die Sachen bei den Ständen dahin fördern, «das sein f. g. und deren gemahl² allain dasihenig, darzu sie fug und recht hetten, widerfaren möchte, und das doch sein f. g. irer ansprachen und forderung gehört wurden; wölt der sachen fur diese stend gern komen, so man sein f. g. gehört hette. befunden dise stend, das sein f. g. irer forderung nit fug hett, sollt man sein f. g. abweisen; wölt sie volgen. befund man aber, das sein f. g. fug und recht hett, das man dan sein f. g. beholfen und furdersam sein wölt zu dem, das billich und recht wer. und begerten in suma sein f. g. mit ernst, das doch sein gnad möcht gehört werden. so wöllten auch sein f. g. daneben disen den evangelischen stenden auch gute anzaig ze thun wissen, das irer sachen nit undienstlich sein und zu gutem verhelfen solt. dann in suma man dörft wol, das man lugt, was man ze schaffen hette. man maint uns uf der andern seiten mit ernst. es weren

¹ Er kommt dann, wie in der früheren Unterredung mit Sturm (oben nr. 545), auf sein Verhalten während der Reichstage zu Augsburg und Regensburg zurück, wo er die Härte der kaiserlichen Erklärungen zu mildern gesucht habe.

² Dorothea, Tochter Christians II. Vgl. oben nr. 328.

auch vil hohe und nidere stend, die dises unsers tails sachen nit gut machten, sonder fur und fur wider uns hetzten und understuenden, unrue im reich und sonderlich der teutschen nation zu erregen. es theten es auch etliche, die disen stenden gute wort geben, denen man es nit zutrewte. dabei weren auch wol etliche, denen dise stend villeicht nit bessers getrewen möchten. sagt weiter: dörft sein f. g. reden, sie wist wol anzezaigen, wie die sachen stuenden und wie dem unrat begegnet werden möchte. sagt ungevarlich dise wort: hett ich bei ewerer verainigung so vil glaubens, das ich dörft frei reden, ich wist wol anzezaigen, das der sach zu gutem komen solt etc. uf dises sagt ich alsbald: gnediger herr! es seind, gott hab lob, noch so lobliche curfursten fursten und herren, auch so erbare stett in diser verainigung, es wirdet, ob gott will, e. f. g. an gutem glauben nit mangeln. daruber sagt sein f. g.: ich mains also, das man mir meiner reden und anzaig nur glaubte, das man kein misztrewen in mich satzte und meiner anzaig nach auch dasihenig, so von nöten sein wölte, volgete; nit, wan ich mich entblöst, man mir nit glaubt und es dargegen der ander tail gewar wurde, das ich daselbst undank und uf disem tail wenig danks erhalte und also zwuschen zwaien stuelen nidersässe. und sagten sein f. g. abermals, man hör mich doch und vertrauw mir; es soll nit allain meiner sonder der verainigten evangelischen stend sachen zu guten raichen. item, man hett sein f. g. noch nie so vil eeren gönt, das man sein f. g. je angesprochen hett, wes sinns und wesz glaubens sie weren, oder das sie zu disem unserm tail komen sollten. aber der contrapund hett nit underlassen, seiner f. g. bruder, mein gnedigsten hern, den curfurst, und sein f. g. mit ernst zu ersuchen, in denselben contrapund ze komen; aber der curfurst wer nie willig gewesen. so hetten sein f. g. gar nit darein gewölt, gedächten noch ir leben lang nit darein oder in ainiche pundnus ze komen, da man lust hett, unbilliche unruw ze machen. es wölten sein f. g. mit der hilf gottes hinfur wie bisher alle mal lieber zu rue und friden der teutschen nation dan zu unfriden helfen und gleichwol irer aignen sachen halb schaden darumb leiden. und andere vil mer ganz gnedige und vertrewliche reden haben sein f. g. gegen mir getriben, und, wie obgemelt, begert, ich soll solichs an meine hern die gehaimen rät zu Straszburg bringen.

Uf welichs ich sein f. g. ufs kurzst undertheniglich geantwort: ich wöll solichs mit besten vleiss, so mir möglich, an gedachte meine hern bringen; sonder zweifl, sovil seiner f. g. entschuldigung belange, werden dieselb sein f. g. bei meinen hern und auch deren mitverainigten stenden, so solichs an sie gelangen werde, wol entschuldigt sein. was dan die andern seiner f. g. sachen und die weitem anzaigungen belangen thue, seien meine hern villeicht zu ringfueg, das sie vil darunter handlen können. aber sie werden uf mein anbringen, ob gott will, dannocht der sachen nachgedenken, wie und wo die weiter anzebringen, das ich hoff, es soll und werd durch mein gnedigsten hern, den curf. zu Sachsen, und e. f. g. hienach weiter mit seinen f. g. gehandelt werden. das haben sein f. g. ir gefallen lassen.

Als ich auch von sein f. g. abgeschiden, hat mir die person, so, wie obstat, darbei gewesen, das glait für das gemach heraus geben und zum letsten abschid zu mir gesagt ungevarlich dise wort: Michel, furdern ir uf ewerm tail, so will ich bei meim g. hern, der des on, das genaigt ist, auch

furdern, das ufs furderlichst imer sein mag, Sachsen, Hessen und mein herr aigner personen zusammenkomen. ir werden sehen, es wird allen tailen zu guten gelangen. da antwurtet ich: so vil an mir wer, wölt ichs furdern. ich wölts meinen hern, ufs best ich köndt, anbringen;» die würden jedenfalls ihr Möglichstes thun, um die Zusammenkunft etc. zu fördern. «da sagt dieselb person weiter: ich wurde sehen, wan es beschehe und sein herr gehört, auch ime in zimlichen dingen geholten wurde, das nit allain sein f. g. sonder auch der churfurst selbs und andere pfalzgrafen mer uf unsern tail und in unser verständnus komen wurden.»

Dieses alles habe er, Han, «doch etwas weitläufiger» seinen Herrn, den Dreizehn, mitgeteilt, die es gern gehört und ihn alsbald abgefertigt hätten, um den Landgrafen davon in Kenntnis zu setzen und um Veranstaltung einer Zusammenkunft zwischen Sachsen, Hessen und Herzog Friedrich zu bitten¹.

«Solichs alles haben e. f. g. heut morgens gnediglich von mir angehört. so hab auch uf e. f. g. begern ich es in der suma also in der eil in dise schrift gebracht.» Bittet um Geheimhaltung derselben. Act. Spangenberg Mi. 10. December a. 39.

659. Herzog Friedrich, Pfalzgraf bei Rhein, an die Dreizehn. December 15.
Neuenmarkt.

Str. St. Arch. AA 481. Ausf.

Er habe wegen der mit Han besprochenen Dinge auch mit Herzog Ulrich geredet. Versichert von neuem sein Wohlwollen gegen die Evangelischen.

Er habe ihr Schreiben vom 5. December (*), betreffend die neulich mit Michel Han besprochene Angelegenheit, «zu danknehmigen gefallen verstanden; und wissen uns angeregter mit ime gepflegter rede und handlung, die warlich nit on sonder gros beweglich ursachen auch us sonderm vertrauen herfliessen, wol zu erindern. ist auch nit one, daz wir an unserm haimraisen den hochgebornen fursten, unsern fruntlichen lieben schwager und bruder, herzog Ulrichen von Wirtenberg uf seiner lieb laden und bitt zu Tübingen haimgesucht, auch us ervolgten und begegerten bedenken mit seiner lieb unser beder alten frundschaft und sonderlichen verwantnus nach in allerlai voraus obangeregten sachen zu vertrewlichem gesprech komen; dann unser gemuete stet, warin wir dasihenig, so dem heiligen reich teutscher nation zu fride und einigkeit, auch euch und der stat Strasburg — welche sich gegen der Pfalz in vil weg wolmainend bewiesen —, darzu andern unsern vettern und frunden, auch den stenden ewer verwantnus zu eer wolfart und guten mag raichen, inmassen wir uns herwider alles guten verfrösten, durch unser handlung wussten zu furdern, das wir uns mit willen zu erzaigen genaigt, der zuversicht, es seien nunner ursachen gnug vor der hande, die sachen zu ferner handlung zu ziehen.» — Dat. Neuenmarkt Mo. 15. Dec. 1539. — Empf. Dec. 25.

nr. 658.

•Freitag den 26. december a. etc. 39, als rat u. XXI ufgestanden, gelesen. Erkant: also ruen lassen. •²

¹ Die Credenz Michel Han's für die Werbung beim Landgrafen d. d. November 28 im Marb. Arch. Ausf.

² Kanzleivermerk des Stadtschreibers Meyer.

660. Die Dreizehn an Landgraf Philipp¹.

December 17.

Marb. Arch. (Stadt Strassb.) Ausf.

Thamis werbe Knechte für den Kaiser zur Unterwerfung der Niederlande. Nachschrift: Kundschaft, wonach das Kriegsvolk wohl mehr gegen Cleve und zum Schutz Heinrichs von Braunschweig dienen solle.

Einem Dreizehner sei heute geschrieben, «das der von Thamis solle hiezwüschten und weihenachten der kai. mt. fünf bis in die sechs tausent knecht annemen und sein musterplatz umb Metz haben², deren hauptleüt zum tail Asmus zur Hauben und Hans Sailer zu Haidelberg sein sollen. derselbig von Thamis soll auch allgerait von Brussel herauf vom hove gein Augspurg verritten sein, daselbst das gelt zur besoldigung zu endpfahen, und das soliche knecht zuo stillung der Niderland sollen gebrucht werden³. so solle auch der prinz von Oranie, der jung von Nassaw⁴, mit funfhundert pferden zuo Mastrich sein und daselbst waidlich köpfen.» — Dat. Mi. 17. Dec. a. 39. — Pr. Spangenberg 5. Jan. a. 40.

Nachschrift vom 19. December: «diser stund ist einer, so villeicht mit dem von Thamis des weg sein tail von Brüssel häraufgeritten, bei der unsern einem gewesen und sich hinder dem wein eben der vorgeschribenen zeitungen gleich hören lassen.» Nachdem derselbe zunächst behauptet hätte, die Truppen seien nur gegen die aufständischen Niederländer bestimmt, habe er nachher, als die Rede auf Heinrich von Braunschweig gekommen, gesagt: ohne die 6000 Knechte des Herrn von Thamis wäre es um Herzog Heinrich gethan, da Sachsen und Hessen ihm überlegen seien; so aber würden sich der Kurfürst und Landgraf bedenken, ehe sie angriffen. Auf den Einwand, dass Herzog Heinrich nicht so leicht zu vertreiben wäre und dass er «gute häuser» hätte, habe er geantwortet: «herzog Heinrich hette fünf gute häuser, aber ein unvest land; er hett auch das land in die schanz geschlagen und sein datum uf die häuser gesetzt», aber nichtsdestoweniger sei es um ihn gethan, wenn die 6000 Knechte nicht wären; von seinen Bundesgenossen hätte er «so fürderlich» keine Hülfe zu erwarten. Ferner habe der Gewährsmann gesagt, «wa der krieg mit den protestierenden angöhn solte, wie ein schädlicher krieg es sein würde», und dass er trotz des Dienstgeldes, welches jener «in disem handel» von Baiern habe, doch sein Leben lang zu keinem Krieg weniger Lust gehabt hätte, als zu diesem. Er wüsste aber, «das bis in die zwaitausent ringer pferd aus frembden nationen nunmehr und länger dann zwai jar uf disen handel bestellt gewesen, dienstgelt empfangen und noch in der bestallung weren, da wir nit anderst verstöhn könden, dann das villeicht

¹ Ein Schreiben gleichen Inhalts an Basel d. d. Dec. 18. (Basl. Arch. Zeit.) Letzteres quittierte den Empfang am 22. und versprach, die Nachrichten weiter an Zürich und Bern mitzuteilen. Str. St. Arch. AA 484.

² Herzog Ulrich, dem diese Nachrichten ebenfalls mitgeteilt wurden, schrieb den Dreizehn am 29., er habe Kundschaft erhalten, dass der Musterplatz bei St. Wendel im Westrich sein solle. Str. St. Arch. AA 487.

³ Besonders zur Unterwerfung der aufrührerischen Stadt Gent. Ranke IV 124.

⁴ Renatus. Vgl. oben nr. 644.

die herzogen in Baiern die hussaren, so sich bei dem Catzianer und anderswa in Grabatien¹ enthalten, in ihrer bestallung haben; dann je wissen wir sonst nit, was für ein frembde nation were, darin man sovil ringer pferd zuo wegen bringen möcht.» Er habe ferner gesagt: gelänge es dem Kaiser, das Feld zu behaupten, so wäre es um ganz Deutschland gethan; es würde heissen: «vogel isz oder stürb und uns die frembden vexieren, wie sie wolten.» Doch wette er, der Kaiser werde dieses Jahr «sonderlich des glaubens halb in Deütschland kein krieg anfahen, aber understehn, die sachen gütllich zuo vergleichen; und wa dasselb nit göhn woll, so werd es das ander jar umb Deütschland gethon sein. und da man zu ihm gesagt hat, der herzog von Gülch werde dise gäst nit gern umb sich haben, sie werden ihm zu nahe sein, da hat er gelächlet und gesagt: da lasz ich ihne umb sorgen, und also dadurch zuo verstöhn geben, als solte die rüstung zuo disem mal [wegen des] <das> land zu Gelleren und auch deshalb, das man herzog Hainrichen desdoweniger überzüg, zuosamenbracht werden.» Die Person, die dies geredet, sei bei der Gegenpartei in solchem Ansehen, dass man dafür halte, sie wisse «dise ding mehr dann ein anderer».

661. Die Dreizehn von Basel an die Dreizehn von Strassburg². December 22.

Basl. Arch. miss. 52 f. 288. Conc.

Bern habe Kundschaft erhalten, dass ein Haufen Spanier über den Mont Cenis auf Camerach³ marschieren solle; an genanntem Orte sei schon Proviand für sie vorbereitet, und solle der Zug von da durch Burgund und Lothringen nach Flandern gehen. Nähere Nachrichten ständen noch aus. Dat. Mo. 22. Dec. a. 39.

662. Die Dreizehn an die Geheimen von Constanz⁴. December 22.

Const. Arch. O. VI 1 f. 8. Ausf. Beilage u. Zettel ebenda. Copie.

Kundschaft über die Reise des Kaisers durch Frankreich und über Werbungen.

«Beigeschlossene zeitungen seind uns gesterigen tags von einem ver-
trawten und der auch der sachen wissen haben mag, zuogeschriben. dweil
nun bei disen schweren zeiten der läuf guot acht zuo nemen, und auch
der lauf der knecht von euch und umb euch härumb zu uns hie abhär
sein soll, haben wir euch dessen dannocht verständigen und verwarnen
wöllen, ewer härin gut sorg und achtung zu haben⁵.» — Dat. Mo. 22. Dec.
a. 39. — Pr. Dec. 29.

¹ = Kroatien. Catzianer (vgl. nr. 479) war am 27. Oct. ermordet worden. Zinkeisen II 830.

² Dieser Brief ist die Antwort auf eine Anfrage Strassburgs vom 9. Dec. bezüglich des in nr. 657 erwähnten Gerüchts über die Spanier. Basl. Arch. Zeitungen.

³ Wohl = Chambéry (Camberiacus), nicht zu verwechseln mit Cambay (Camerach, lat. Cameracus), vgl. oben nr. 657.

⁴ Gleichlautend an Basel. Basl. Arch. Zeitungen.

⁵ Der Rat beschloss auch am 22. December infolge der beunruhigenden Gerüchte, seinen Unterthanen in Stadt und Land die Annahme fremder Kriegsdienste, auch des Kaisers, zu verbieten. (Ratsprotokoll fol. 384.)

BEILAGE.

Ein Unbekannter an Jacob Sturm: Der Kaiser sei am Andreasabend [Nov. 29] zu Fontarabie¹ angekommen und werde in kurzem seinen Weg durch Frankreich nach Brabant nehmen. «daneben will ich euch dienstlicher mainung auch nit bergen: der rentmaister von Diedenhoven hinauf zu herr Ecken von Reischach reit und bringt ihm gelt, — wie mir für gewisz gesagt —, zehen fendlin knecht anzuonemen, und neben
nr. 660. herr Ecken soll der herr von Thamis auch zehen fendlin annemen; sollen den funfzehenden künftigs monats anziehen, und ist die sag, hochgemeldte kai. mt. wölle zweinzig fendlin oberländische knecht zuo einer garden haben und annemen lassen; item der gubeneur und statthalter in Friesland auch zehen fendlin niederländischer knecht, welchs ich aber anderst nit waisz, dann von hören sagen. das ist mir aber gewisz, das der rentmaister obgemeldt, so kai. mt. hiebevör mehrmaln zuo ein pfeningmaister in zeugen [*sic!*] gebraucht, hinauf ist und am tag Lucie virginis [Dec. 13] angeritten; und hat bei ihm ein kriegsman, haisset Peter Cron, und Hansen Nidbrücker. zuodem so reitet der jung Bernhart von Schawenburg auch hinauf zu herr Ecken und soll zwai fendlin haben. der allmächtig wölle es nach seinem willen uns armen durch sein barmherzigkeit zum besten verfügen und schicken.» — Dat. 16. Dec. a. 39.

Zettel: «Post datum literarum bin ich berichtet worden, der rentmaister von Diedenhoven, so jetzo general im land Lützelburg ist und der hinauf reitet zu herr Ecken, seie erst uf der post von kai. mt. kommen und gesagt in Brabant, er habe ihr mt. zuo Bayona gelassen.»

663. Die sieben Verordneten des Kriegs zu Metz an die Dreizehn.
December 26.

Marb. Arch. Copie.

Auf ihre Kundschaft sei ihnen beiliegende Zeitung «aus Frankreich für gewisz zuokomen².» — «Dat. Metz uf tag Stephani proto. a. etc. 39.»

Zettel: Der Spanier wegen, «so vorhanden sein sollen³, haben wir ferners nichts verstanden, dann das etlich pferd, wie man sagt, bei funfhundert, der kai. mt. ufm fusz nachziehen.» Bitten um Auskunft über die Werbungen im Oberland, und wo der Musterplatz sei.

664. Die Dreizehn an Landgraf Philipp⁴.
December 29.

Marb. Arch. Ausf.

Zeitungen aus Solothurn etc. Die von Fleckenstein für Frankreich angenommenen Hauptleute würden vielleicht dem Kaiser überlassen, der auch sonst Kriegsvolk bestelle.

¹ Fuentarabia nahe dem Meerbusen von Biscaya an der spanisch-französischen Grenze.

² Ebenda (Zeitungen) d. d. Dec. 14: Handelt von dem glänzenden Empfang, den der König dem Kaiser bereitet. Weihnachten solle in Fontainebleau gefeiert werden, Neujahr in Paris, von wo der Kaiser dann direct in die Niederlande reisen werde.

³ Vgl. oben nr. 657. Auf eine frühere Anfrage der Dreizehn vom 9. December bezgl. derselben Sache hatte Metz am 18. erwidert, dass es zwar auch das Gerücht von den 6000 Spaniern gehört, aber noch nichts Zuverlässiges darüber erfahren hätte. Str. St. Arch. AA 481.

⁴ Der Bote an den Landgrafen hatte einen Brief mit denselben Zeitungen auch in Frankfurt abzugeben. Frankf. Arch. R. S. f. 125.

Nun habe sich Fürstenberg unter billigen Bedingungen erboten, den Protestierenden ebenfalls Hauptleute anzunehmen. Letztere sollten eventuell auch England dienen dürfen. Dringlichkeit der Bestellung. Strassburg stimme Fürstenbergs Vorschlägen zu und wolle das erforderliche Geld auslegen.

Senden Zeitungen, die sie von einem der ihrigen, der jetzt bei der Französischen Botschaft in Solothurn sei, erhalten haben¹, desgleichen Zeitungen aus Metz, Basel und Antwerpen². Dat. Mo. 29. Dec. a. 39. — Pr. in Spangenberg Jan. 5.

P. S. Graf Wilhelm von Fürstenberg habe gestern mit Jacob Sturm vertrauliche Rücksprache über die gegenwärtige Lage genommen und u. a. mitgeteilt, dass in der That Hans von Fleckenstein jetzt seine, Fürstenbergs, frühere Stellung beim König von Frankreich einnehme und sich um 20 Unterhauptleute bewerbe. Denen, welche sich bereit erklärt hätten, in Französische Dienste zu treten unter der Bedingung, dass sie nicht gegen die Protestierenden zu dienen brauchten, habe Fleckenstein geantwortet, «das er nit bevel oder gwalt habe, ainichen stand ausnemen ze lassen, sonder werd ziehen, wa ihne der könig hin beschaide etc. und hat darauf er, grave Wilhelm, weiter mit herr Jacoben geredt: dweil die kai. mt. durch herrn Geörgen Schencken von Thautenberg, sodann den von Thamis und herrn Ecken von Reischach dreissig vendlin knecht, namlich ihr jedem zehen fendlin soll annemen lassen, und dann jetz allenthalben lautbrecht und unverborgen, das ihr mt. in Frankreich und des willens sein soll, sich in die Niderland ze thuon, seie leichtlich zuo vermooten und zuo besorgen, das ihr mt. mit Frankenreich handeln möchte, das der könig seiner mt. dise herr Hansen von Fleckenstain zweinzig hauptlewt auch leihen oder zuostellen thäte; wa dann solichs beschehe, und die Hispanier, so durch Italien und sonst herausser kommen sollen, zuo disem teutschen volk kemen, möchte man den ständen unserer religion oder jemant derselben kurz und ee man der sach notturflich begegnen möchte, ein schwank abgewinnen. derhalben ihne, grave Wilhelmen, für nutz und gut ansehe, das man gedächt, wie man uf disem tail auch basz und mit fürnemen underhaupt- und kriegsleuten versehen were, und hett er uf ein weg gedacht also, das dise ständ unserer christlichen verain nur zwaitausent gulden daran wagten, so verhofft er zweinzig fürnehmer geübter hauptlewt ein jar lang damit zuo bestellen, uf dise ständ zuo warten, also das ihr jeder mit seinem

nr. 656.

nr. 660, 662

nr. 657.

¹ Liegen bei. Absender ist wahrscheinlich Ulrich Geiger, von dem wir wissen, dass er Leibarzt des Herrn von Boisrigault in Solothurn war. (Str. St. Arch. AA 567). Er bestätigte die Nachricht von dem ehrenvollen Empfang des Kaisers durch Franz I, sowie von dem bevorstehenden Durchzug Spanischer Truppen durch Frankreich nach den Niederlanden. Der Vorwand sei, die Stadt Gent wegen ihres Ungehorsams zu strafen; «doch dürft das wetter weiter einreissen, wo das volk zusammenkeme.» Der Papst habe von des Kaisers Reise nach Frankreich nichts gewusst und jetzt den Cardinal Farnese an Karl abgefertigt. Der Bischof von Lunden habe das Kloster Reichenau dem Abt abgekauft und beabsichtige, das Stift von Constanz dorthin zu verlegen. Baiern habe in der Eidgenossenschaft eine Anleihe gemacht.

² Vgl. oben nr. 661 u. 663. Die Antwerpener Zeitungen d. d. Dec. 15 (Marb. Arch.) meldeten, der Kaiser habe bei den «teutschen und villeicht andern kauffleuten» eine Anleihe von 500000 Ducaten auf Wechsel gemacht; und zwar solle die Summe in 4 verschiedenen Raten in Antwerpen und Genua ausgezahlt werden, die erste im Januar.

leütinant, fendrich, waibel und andern doppelsoldneren und vilen guten knechten gevaszt sein müste, wann dise ständ in sollichem jar ihr bedörften, das sie deren gewisz weren. dweil aber solch dienstgelt der hundert gulden uf ein solchen hauptman, und der sich dermassen verfassen solte, ganz gering, das ihnen dann zuogelassen und gestattet würde, ob Engeland ihr etlich bestellen wolt, das sie ihr kön. würde dienen und zuoziehen möchten, doch das sie nit wider dise ständ dieneten, — wie er dann one das wol gedenken mög, Engeland wider sie nit thuon werde —; und damit dise ständ sehen und spüren, das er, grave Wilhelm, es guot gegen ihnen gemaine und hārin sich selbs nit suoche, dweil dann er wisz, das etliche under solichen hauptlewtē seien, die dises dienstgelt nit ertragen möge, und dieselben auch sonst des vermögens nit seien, wöll er umb derselben willen alhie zuo Straszburg ein freie tafel halten, also das die täglichs und alle malzeit bei ihme essen und desdo basz hinkomen mögen. zuo dem wöll er in seiner herrschaft verordnen, das die leütinant, fenderich und andere guote knecht, so also uf dise hauptlewt warten sollen, in derselben seiner herrschaft ligen und näher than anderswa ihr underhaltung haben mögen, also das dise ständ in dem allem zuo ihrer notturft sich deren oder etlicher aus ihnen, welche ihnen am nutzlichsten seien, in zufallender not gebrauchen mögen.» Ferner habe Fürstenberg ausgeführt, etliche der «fürnemsten» Hauptleute müssten in 5 oder 6 Tagen zu- oder absagen; die Sache leide deshalb [keinen Verzug, und Strassburg möge getrost die 2000 fl. herleihen; denn es sei kein Zweifel, dass die übrigen Bundesstände in Anbetracht obiger Gründe sich mit der Annahme der Hauptleute einverstanden erklären würden.

Dieser Vorschlag Fürstenbergs sei nun heute durch Sturm an sie, die Dreizehner, gebracht und habe ihre Billigung gefunden; denn sie hätten das Vertrauen, dass Fürstenberg es wirklich ehrlich und gut meine, «dann er für sich selbst kein bestallung, kein oberstenamt oder sonst nichts begert;» auch seien den Zeitungen zufolge die Dinge «vil sorglicher dann das vergangen jor, da doch die ständ vil ein grossern costen ufgewandt haben;» wenn der Krieg zunächst auch nur Geldern oder andere betreffe, so könne er doch «nachgöhnds» leicht auf die Evangelischen ausgedehnt werden. Sie wollten deshalb schleunigst die Bewilligung des Geldes bei dem Rat beantragen, um zunächst wenigstens diejenigen Hauptleute bestellen zu können, wegen deren die Sache keinen Verzug leide. Im übrigen möge der Landgraf als Bundeshauptmann ihnen seine Ansicht mitteilen und dahin wirken, dass die Stadt das ausgelegte Geld von den vereinigten Ständen zurück-erhalte, da es ja lediglich in deren Interesse hergegeben sei. Dat. ut in literis.

BEILAGEN.

I.

Strassburgs Conflict mit dem Bischof aus Anlass der Reformation.

Wie die meisten anderen protestierenden Stände hatte auch Strassburg infolge der Reformierung katholischer Stifter und Klöster innerhalb seines Gebiets heftige Anfeindungen zu erdulden, welche hauptsächlich vom Bischof, Wilhelm von Hohenstein, ausgingen. Der Weg, welchen dieser einschlug, um sein vermeintliches Recht gegen die Stadt durchzusetzen, war derselbe, auf dem damals fast alle Prälaten ihre Religionsstreitigkeiten mit den Evangelischen auszufechten suchten: der des Prozesses am Kammergericht. Zwei Klagesachen des Bischofs gegen den Rat sind es namentlich, welche unsere Aufmerksamkeit fesseln; die eine betrifft das Kloster St. Arbogast, die andere das Frauenstift St. Stephan. Da sie während des ganzen Zeitraums, den dieser Band umfasst, und noch darüber hinaus eine wichtige Rolle spielen und in den politischen Actenstücken mehrfach erwähnt werden, sehen wir uns genötigt, ihren Ursprung in Kürze darzulegen und einiges über den Verlauf der betreffenden Prozesse beizufügen.

A.

Das Kloster St. Arbogast¹.

Das Augustinerstift St. Arbogast lag ausserhalb der Mauern Strassburgs, aber noch innerhalb des städtischen Burgbanns und unterstand in geistlicher Hinsicht der unbestrittenen Oberhoheit des Bischofs. In weltlicher Beziehung war die Abhängigkeit des Klosters zweifelhaft; wenigstens behaupteten die Stadt sowohl wie der Bischof, gewisse Hoheitsrechte zu besitzen. Die Untersuchung derselben kann hier nicht unsere Aufgabe sein; Thatsache ist, dass Propst und Kapitel seit altersher in einem Schutzverhältnis zu der Stadt standen und dieses noch im Jahre 1525 aufs neue befestigten². Anlass dazu

¹ Vgl. Str. Bez. Arch. G 1701 u. Str. St. Arch. Dreizehnergew. lad. 50. Röhrich II 14.

² Original des vom Stift darüber ausgestellten Reverses mit Siegeln d. d. 1525 April 24 s. im Dreizehnergew. lad. 50.

gab hauptsächlich der Bauernkrieg, welcher den Klosterherren einen kräftigen weltlichen Schutz unentbehrlich machte, vielleicht auch schon die Hinnegung zu der neuen Lehre, die in Strassburg mehr und mehr an Boden gewann. Diese Sympathie trat weiterhin immer stärker und unverhohlener hervor, so dass schliesslich von dem ganzen Kapitel der Propst Georg Ebel allein der Römischen Kirche den Gehorsam bewahrte. Es konnte nicht ausbleiben, dass unter solchen Umständen Zank und Misshelligkeiten aller Art an der Tagesordnung waren, wobei sich der Propst in der Regel auf den Bischof, das Kapitel auf den Rat von Strassburg stützte. Im Jahre 1528 kam es sogar dahin, dass letzterer den Propst, welcher insbesondere der Verschwendung der Stiftsgüter beschuldigt war, eine Zeit lang gefangen hielt und dadurch schon damals die Einmischung des Kammergerichts provocierte. Im selben Jahr übertrugen die Kapitularen das gesamte Stiftsvermögen der Stadt mit der Bestimmung, die Einkünfte zum Besten des Strassburger Spitals zu verwenden; sich selber behielten sie nur gewisse Pensionen vor¹. Zugleich gaben sie den Gottesdienst auf und verheirateten sich. Die Stadt beeilte sich natürlich, von dem Kloster Besitz zu ergreifen, unbekümmert um den Bischof, dessen Schaffner seinen Dienstleister bei der ihm aufgetragenen Verwaltung St. Arbogasts gelegentlich mit einer Haftstrafe zu büssen hatte.

Der Tod Georg Ebels am 16. December 1530 sollte für das Schicksal des Klosters verhängnisvoll werden. Als ob man auf diesen Augenblick gewartet hätte, erfolgte schon einen Tag später vor Notar und Zeugen die nochmalige feierliche Uebergabe des Stifts durch die Kapitularen, deren Zahl bereits auf drei herabgesunken war, an die Stadt, diesmal ohne Erwähnung des Pensionsvorbehalts einfach zu Gunsten des Spitals². Inzwischen war der Bischof auch nicht müßig. Da er das Stift durch den Tod des Propstes für erledigt ansah und den abtrünnigen Conventsmitgliedern kein Recht auf dasselbe zugestand, so fertigte er zwei Bevollmächtigte ab, um die Klostergüter zu inventieren und bis zur Ernennung eines neuen Propstes zu verwalten. Seine Beamten fanden jedoch keinen Einlass, sondern wurden von den Kapitularen mit der Bemerkung abgespeist: der Rat von Strassburg habe sich die Verfügung über das Stift vorbehalten. Eine Beschwerdeschrift der bischöflichen Räte an die Stadt blieb ebenfalls ohne Erfolg, indem der Magistrat erklärte, auf Grund des Schirmverhältnisses zu seinem Verfahren berechtigt zu sein. Kurz danach entschloss sich der Rat, die Wiederherstellung des katholischen Gottesdienstes in St. Arbogast dadurch unmöglich zu machen, dass er die Niederreissung der Klostergebäude anordnete. Noch im December wurde dieser Vorsatz zur Ausführung gebracht, wodurch der Zorn des Bischofs begreiflicher Weise aufs äusserste gereizt wurde. Hatte jener bis dahin versucht, sich auf gütlichem Wege mit der Stadt zu verständigen, und nur bei der Gefangensetzung Ebels einmal das

¹ Conc. im Dreizehnergew. lad. 50. Wegen des Widerspruchs des Propstes scheint die Urkunde nicht zu formeller Ausfertigung gelangt zu sein; doch weist das Verfahren der Stadt gegenüber dem Stift darauf hin, dass die Uebertragung gleichwohl als rechtskräftig betrachtet wurde.

² Orig. auf Pergament im Dreizehnergewölbe lad. 50.

Einschreiten des Kammergerichts veranlasst, so liess er jetzt auch seinerseits jede Rücksicht fahren und wandte sich Beschwerde führend und Abhülfe verlangend direct an den Kaiser. Karl erliess darauf aus Köln am 4. Januar 1531 ein Mandat, welches der Stadt befahl, dem Bischof das Kloster samt allem Zubehör, Gefällen, Gütern etc. zu restituieren oder sich binnen 33 Tagen vor dem Kammergericht zu rechtfertigen. Im Falle des Ungehorsams wurde eine Geldstrafe von 50 Mark Goldes angedroht. Da Strassburg innerhalb der festgesetzten Frist keine Schritte beim Kammergericht that, so beantragte der bischöfliche Anwalt Dr. Ziegler die Verurteilung. Bei dem bekannten überaus langsamen und bedächtigen Vorgehen des obersten Reichsgerichts kam die Sache indessen nicht so schnell in Fluss, wie der Bischof wünschte; vielmehr bewirkte der Nürnberger Friede durch sein Verbot der religiösen Prozesse zeitweise einen völligen Stillstand des Verfahrens. Erst am 12. Januar 1534 kam das Gericht, welches durch die eben erfolgte Recusation seitens der Protestierenden höchlich erbittert war, zu dem definitiven Beschluss, dass es sich in dem Prozess wegen St. Arbogast nicht um eine religiöse Angelegenheit, sondern um weltliche Dinge handle, und dass Strassburg deshalb binnen 14 Tagen dem Kläger Rede zu stehen habe, widrigenfalls das Contumacialverfahren eingeleitet werden würde. Der Rat, welcher fest und unerschüttert bei der Behauptung blieb und darin auch von den andern Evangelischen unterstützt wurde, dass der Streit wegen St. Arbogast eine causa religionis sei, auf welche der Nürnberger Friede und die Recusation Anwendung finde, verschmähte jede Antwort auf die Ladungen des Gerichts, schenkte dagegen der gütlichen Vermittlung des Strassburger Domkapitels bereitwilliges Gehör; jedoch beschränkte er den Versuch eines Ausgleichs von vorn herein auf eine bloss äusserliche Vereinbarung wegen des Ertrags der Stiftsgüter. Principielle Fragen, welche die Rechte und Privilegien der Stadt berührten, sollten unerörtert bleiben. Nach vielem Hin- und Herschreiben setzte das Domkapitel den streitenden Parteien einen Tag auf den 7. Mai 1535 zur Verhandlung an. Leider gab die Instruction, welche die bischöflichen Abgeordneten zu dieser Zusammenkunft mitbrachten, gleich anfangs geringe Hoffnung auf Erfolg, da sie die Restitution sämtlicher Gefälle des Klosters an den Bischof zur Bedingung stellte, und in der That kam es nur zu fruchtlosen Erörterungen der beiderseitigen Rechte. Der letzte Vorschlag des Domkapitels lautete dahin, dass man die Stiftseinkünfte in drei gleiche Teile zerlegen sollte, von denen der eine dem «gemeinen Almosen» in Strassburg, der zweite dem grossen Spital ebendasselbst und der dritte dem Bischof für seine Spitäler zufallen sollte; die Pensionen der noch lebenden Stiftsherren wären dann von den dreien gemeinsam und zu gleichen Teilen zu zahlen. Allein auch dieses Mittel wurde von den Bischöflichen auf Grund ihrer Instruction abgelehnt. Als dann eine weitere Tagsatzung am 10. Juni ebenfalls keine Einigung brachte, blieb den Strassburgern nichts andres übrig, als in ihrer Opposition zu verharren und den Verlauf des Prozesses abzuwarten. Nähere Nachrichten über denselben fehlen und würden wohl auch kein sonderliches Interesse bieten. Die verschiedenen Erlasse des Kaisers und Königs an das Kammergericht, mit den Prozessen gegen die Evangelischen stillzustehn, bewirkten wahrscheinlich in dem vorliegenden Falle die endliche Einstellung des Ver-

fahrens, obwohl der Bischof auf seine Ansprüche damit noch keineswegs verzichtete. Die späteren Bände werden zeigen, wie der Streit noch mehrmals wieder zum Ausbruch kam.

B.

Das Frauenstift St. Stephan¹.

In keinem Strassburger Kloster scheint die Sittenlosigkeit der Insassen und die Zerrüttung der Finanzen so gross gewesen zu sein wie in dem adligen Frauenstift von St. Stephan². Es ist deshalb begreiflich, dass die Stadt hier mit Aufgebot aller Mittel eine Besserung anstrebte und die Handhaben, welche sich ihr zur Erreichung dieses Zwecks boten, in jeder Weise benutzte. Nun hatte sie thatsächlich St. Stephan gegenüber noch bessere Rechte zur Einmischung als bei St. Arbogast; denn ersteres befand sich seit uralter Zeit im unbestrittenen Bürgerrecht, Schutz und Schirm der Stadt, und noch am 17. Februar 1532 hatte die Aebtissin Anna von Schellenberg den Bürgereid geleistet. Ausserdem kam auch hier dem Rat der Umstand zu statten, dass ein Teil der Stiftsangehörigen bereits den neuen Ideen huldigte, infolge dessen mit der altgläubigen Partei in Zwist geriet und die Unterstützung der Stadt anrief. Letzteres geschah im Frühling 1532, nachdem der Magistrat sich mehrmals vergeblich um Abhülfe der herrschenden Uebelstände bemüht hatte. Inzwischen hatte der Bischof die Entwicklung der Dinge schon lange misstrauisch beobachtet; als nun der Rat Miene machte, sich direct in die Angelegenheiten des Stifts einzumischen, suchte er ihn zunächst durch dringende Vorstellungen davon abzubringen, jedoch umsonst. Der Rat berief sich auf seine Rechte über das Stift, auf das Schutzgesuch der Mehrheit des Kapitels, auf die unabweisliche Notwendigkeit einer Reformation des Klosters und wollte die Einsprache des Bischofs in keiner Weise gelten lassen. Am 4. Mai erschienen dann Bernhard Wormser und Hans Jerger als Abgesandte des Rats vor der Aebtissin und eröffneten ihr, dass die Stadt auf Verlangen mehrerer Domfrauen beschlossen habe, dem Stift « Pfleger » zu geben, welche helfen sollten, das « ärgerliche Leben abzustellen » und die Abtei bei dem eingerissenen Zwist vor Nachteil und Gefahr zu bewahren. Der Protest der Aebtissin, welche ihre Unabhängigkeit mit Entschiedenheit verfocht, blieb ohne alle Wirkung; vielmehr fanden sich zwei Tage nachher die städtischen Vertreter abermals in St. Stephan ein und schritten auf die wiederholte Weigerung Annas von Schellenberg, die Pfleger anzuerkennen, zur gewaltsamen Inventar-Aufnahme, indem sie die einzelnen Gemächer des Klosters erbrachen.

Die Antwort des Bischofs auf diesen neuen Eingriff in seine vermeintlichen Rechte bestand in einem feierlichen Protest vom 11. Mai 1532, dem die

¹ Das Material hierüber findet sich hauptsächlich im Str. Bez. Arch. G 355 u. 356 und im Marb. Arch. (Stift Strassb.)

² Vgl. Röhrich II 16. In der Denkschrift, welche der Rat den protestierenden Ständen am 5. April 1540 überreichen liess, heisst es, die christliche Zucht in dem Kloster sei so verfallen, « dass es mehr einem schand- dann zuchthaus gleich gesehen. » Marb. Arch. (Stift Strassb.)

Klage beim Kammergericht auf dem Fusse folgte. Kaum einen Monat später, am 5. Juni, erschien denn auch bereits ein Kammergerichtsmandat, welches der Stadt bei einer Strafe von 40 Mark Goldes gebot, den früheren Zustand in St. Stephan wiederherzustellen und sich künftig aller Einmischung zu enthalten. Etwaige Einreden gegen diesen Befehl sollten binnen 21 Tagen geltend gemacht werden. Der Prozess wollte indessen auch in dieser Angelegenheit nicht recht in Gang kommen, da das Kammergericht durch den Nürnberger Frieden, durch die zweideutige Haltung des Kaisers, durch die vielfachen Proteste und die Recusation von Seiten der Evangelischen in seiner Actionsfreiheit gehemmt war oder wenigstens nicht energisch vorzugehen wagte. Vergebens bemühte sich der bischöfliche Anwalt Dr. Ziegler im Namen seines Herrn den Nachweis zu führen, dass es sich bei der Klage nicht um religiöse, sondern um weltliche Interessen handle; vergebens drängte der Bischof, indem er sich direct an den Vorsitzenden des Gerichts wandte, auf schnellere Durchführung des Prozesses. Strassburg bestritt zunächst durch seinen Anwalt Dr. Reifstock die Competenz des Kammergerichts auf Grund eines Privilegs, wonach die Stadt in erster Instanz vor dem Rat von Basel, Ulm oder Worms rechtlich belangt werden müsse. Dies bewirkte schon eine erhebliche Verzögerung, welche durch den völligen Stillstand des Gerichts vom November 1532 bis Februar 1533 noch verlängert wurde¹. Erst am 7. April 1536 war die Sache soweit gediehen, dass die Einreden bezüglich der Competenz und des religiösen Charakters der Klagesache verworfen, und die Stadt für schuldig erklärt wurde, sich auf den Rechtsstreit einzulassen. Allein ungefähr um dieselbe Zeit gelang es dem Strassburger Domkapitel, welches zwischen Bischof und Stadt vermittelte, ersteren zu einer vorläufigen Einstellung des Prozesses zu bewegen.

Unterdessen befand sich die Aebtissin in äusserst misslicher Lage. Die von der Stadt eingesetzten Pfleger gingen im Kloster aus und ein, wie es ihnen beliebte, ordneten alles an und liessen ihr, die früher frei schalten und walten durfte, kaum den Schatten einer Autorität. Den Schaffner, welcher die Vermögensverwaltung des Stifts besorgte, wollte der Rat zwingen, das Bürgerrecht anzunehmen, was Anna von Schellenberg nur dadurch verhindern konnte, dass sie ihm ausserhalb der Stadt eine Mission erteilte. Ihr Briefwechsel mit dem Bischof aus diesen Jahren giebt ein ziemlich anschauliches Bild von all den mannigfachen Bedrängnissen, denen sie ausgesetzt war. In Erwiderung ihrer lauten Beschwerden und inständigen Bitten um Hülfe wusste der Bischof nur immer von neuem auf das Ergebnis des Kammergerichtsprozesses zu vertrösten, obwohl er dessen Gang ja selbst zeitweilig unterbrochen hatte.

Besondere Erbitterung verursachte noch ein Streit, der im Jahre 1533 wegen des Städtchens Wangen entbrannt war. Dasselbe war einst dem Stift durch Kaiser Lothar geschenkt worden², stand also, da die Aebtissin Strass-

¹ Wir ersehen aus der Correspondenz Zieglers mit dem Bischof, dass das Kammergericht infolge des kaiserlichen Schreibens vom 6. Nov. 1532 (s. oben nr. 178) thatsächlich in allen von den Protestanten als Religionssachen bezeichneten Prozessen stillstand. Dies dauerte bis zum Eintreffen der Declaration vom 26. Jan. 1533. Vgl. oben p. 183 Anm. 1.

² Röhrich II 18.

burger Bürgerin war, unter der indirecten Oberhoheit der Stadt. Nun hatte die neue Lehre in Wangen Eingang gefunden, wurde aber von der Aebtissin aufs heftigste bekämpft. Kein Wunder, dass sich die Stadt auch hier ins Mittel legte und die Interessen ihrer unterdrückten Glaubensgenossen verteidigte. Als daher zwei angebliche Wiedertäufer, welche in Wirklichkeit unverdächtige Anhänger der in Strassburg herrschenden Lehre waren, aus Wangen ausgewiesen werden sollten, zwang der Rat die Aebtissin, auf die Bestrafung zu verzichten und machte ihr bittere Vorwürfe, dass sie wegen dieser Angelegenheit die Intervention des Bischofs angerufen hätte. Im übrigen sandte er den Einwohnern von Wangen jeden Sonntag einen evangelischen Prediger hinaus, um den Gottesdienst abzuhalten. Eine friedliche Wendung in dem Verhältnis der Abtei zur Stadt schien endlich einzutreten, als die streitbare Aebtissin, Anna von Schellenberg, im November 1539 gestorben war. Das Kapitel bestand damals nur noch aus zwei Domfrauen und vier Kanonikern, von denen drei evangelisch waren. Somit war die Wahl der neuen Aebtissin auf die beiden noch vorhandenen Stiftsdamen beschränkt, von denen die eine, Adelheid von Andlau, der neuen Lehre geneigt schien und sich auch bereits dem Rat «zu aller christlichen reformation und haushaltung» erboten hatte. Daraufhin wurde sie gewählt, täuschte aber alsbald alle auf sie gebauten Hoffnungen, indem sie sich selbst den gerechtesten Anforderungen des Rats auf das hartnäckigste widersetzte. Vor allem weigerte sie sich, das Strassburger Bürgerrecht anzunehmen, oder verlangte doch, dass ihr die Stadt Wangen zuvor schwören sollte, weil sie hoffte, ihr Recht über dieselbe dann ohne Einschränkung ausüben zu können. Zudem wirtschaftete sie mit dem Vermögen des Stifts derart, dass die heftigsten Klagen gegen sie einliefen, und that nicht das mindeste für die sittliche Hebung des Klosters. Unter solchen Verhältnissen war es dem Rat nicht zu verdenken, wenn er in rücksichtsloser Weise voranging. Er liess die Kapitelspersonen schwören, nichts zu verändern oder zu veräussern, zwang die Aebtissin, die Stiftskleinodien auszuliefern, und gab ihr eine Wache bei, welche verpflichtet war, sie auf Schritt und Tritt zu begleiten, damit sie nicht «mit jemand's frembden kein practicken mach.» Auch die beiden Schaffner des Stifts wurden vom Rat vereidigt und genötigt, der Stadt Rechnung abzulegen.

Natürlich erhob sich über diese Massregel gewaltiger Lärm und der Bischof drohte, die Sache direct an den Kaiser zu bringen; allein der Rat liess sich nicht einschüchtern und behielt die Aebtissin nach wie vor in seinem Gewahrsam. So wusste denn der Bischof kein anderes Mittel, als seine Zuflucht abermals zum Kammergericht zu nehmen, welches am 17. März 1540 ein neues Strafmandat über die Stadt verhängte.

Der weitere Verlauf des Streites, namentlich die vermittelnden Versuche Granvellas, gehören nicht mehr in den Bereich des vorliegenden Bandes; bemerkt sei hier nur noch im voraus, dass Adelheid von Andlau im December 1544 überführt wurde, das Keuschheitsgelübde verletzt zu haben, und infolge dessen abdankte. Hierauf gelang es dem Rat, die Wahl einer evangelischen Aebtissin durchzusetzen und damit den Streit in der Hauptsache zu beenden.

II.

Strassburgs Bemühungen um die Wittenberger Concordie¹.

Der Zwiespalt der Evangelischen über die Auffassung und Auslegung des Sacraments vom Abendmahl nimmt nicht nur in der inneren Geschichte der protestantischen Kirche und ihrer Lehre eine hervorragende Stelle ein, sondern hat auch auf die politischen Verhältnisse der Reformationszeit in bedeutsamer Weise eingewirkt. Wir können ihn deshalb trotz seines im Grunde rein dogmatischen Charakters nicht ganz ausser acht lassen, sondern müssen wenigstens die Bestrebungen, welche in der sogenannten Wittenberger Concordie zu einem vorläufigen Abschluss des Streits führten, einer näheren Betrachtung unterziehen, um so mehr, als Strassburg und sein Reformator Bucer dabei von massgebendem Einfluss gewesen sind. Wir werden jedoch, der Aufgabe dieses Sammelwerkes eingedenk, nur den äusseren Verlauf der Bewegung skizzieren, sofern er mit den politischen Ereignissen in Wechselwirkung steht und durch die staatlichen Factoren gehemmt oder gefördert wird. Alles Dogmatische lassen wir fort und auch den Briefwechsel der Theologen berücksichtigen wir nur so weit, als es für das Verständnis des Zusammenhangs notwendig erscheint. Dafür geben wir eine Reihe bisher unbekannter Actenstücke je nach ihrer Wichtigkeit in mehr oder minder ausführlicher Weise wieder.

Ueber die Einigungsbestrebungen der Evangelischen bis zum Casseler Gespräch können wir uns kurz fassen, da die Documente, welche der frühere sowie der vorliegende Band enthalten, hinreichenden Aufschluss darüber erteilen. Wir sehen, wie Bucer gleich nach dem Augsburger Reichstage eifrigst bemüht ist, die dort hervorgetretene Spaltung zwischen den Anhängern der Augustana und der Tetrapolitana notdürftig zu überbrücken, wie ihm dies gelingt, wie er aber vergebens auch Zwingli und die Schweizer für seine Concordienformel zu gewinnen sucht. In politischer Hinsicht hatte dies zur Folge, dass Strassburg und seine oberländischen Glaubensgenossen von Sachsen zum Schmalkaldischen Bunde zugelassen wurden, während den zwinglisch gesinnten Schweizern die Aufnahme verweigert wurde. Die Einigkeit der Oberländer und der Lutheraner hatte dann bereits 1532 bei den Friedensverhandlungen in Schweinfurt und Nürnberg eine harte Probe zu bestehen, da die altgläubige Partei nichts unterliess, was dazu dienen konnte, Unfrieden im evangelischen Lager zu stiften. Nur dadurch, dass Strassburg und seine Anhänger ausdrücklich erklärten, die *confessio Augustana* neben ihrem eigenen Bekenntnis annehmen zu wollen, wurde ihre Isolierung und Trennung von den andern Protestierenden verhindert.

Eine neue Gefahr erhob sich dann im Jahre 1534 infolge der Eroberung und Reformierung Württembergs; denn der Cadaner Vertrag, welcher Herzog

¹ Vgl. den kürzlich erschienenen Aufsatz von Kolde über die Wittenberger Concordie in der Real-Encyclopädie f. prot. Theol., II. Auflage t. XVII 222 ff.

Ulrich wieder in sein Land einsetzte und ihm die Reformation freistellte, verbot zugleich die Duldung der «Sacramentierer», in der Absicht, die beiden evangelischen Parteien gegen einander zu verhetzen. Dieser wiederholte Versuch, die Zwietracht unter den Protestierenden wieder zu erwecken, sowie der thatsächlich bei Einführung der neuen Lehre im Herzogtum Württemberg hervortretende scharfe Gegensatz zwischen Lutheranern und Oberländern musste allen freier denkenden und politisch einsichtigen Männern den Wunsch nach einer endgültigen Beilegung des leidigen Streites nahe legen. Bucer hatte in dieser Hinsicht unablässig gewirkt und namentlich bei Melanchthon zunehmendes Vertrauen und Verständnis gefunden. Nach dem Cadaner Frieden nahm sich nun auch der Landgraf der Sache ernstlich an, und seiner Vermittlung ist das Zustandekommen des Casseler Gesprächs zwischen den genannten beiden Theologen Weihnachten 1534 zu danken. Der Erfolg war durchaus erfreulich; denn es gelang Bucer, seine Auffassung vom Abendmahl so darzulegen, dass nicht nur Melanchthon, sondern auch Luther zufrieden war¹; doch vermochte letzterer sein Misstrauen gegen die Aufrichtigkeit der Oberländer noch immer nicht völlig zu überwinden. Das Casseler Abkommen war gewissermassen nur ein Waffenstillstand, welchem der definitive Friede erst folgen musste. An der Erreichung dieses Ziels arbeitete jetzt Bucer mit um so grösserem Eifer, als gerade die wichtige Frage der Erweiterung und Verlängerung des Schmalkaldischen Bundes zur Entscheidung stand, in welcher Sachsen zum Teil aus religiösen Bedenken grosse Zurückhaltung beobachtete. Namentlich scheute sich der Kurfürst, die Augsburger zum Bunde zuzulassen, weil deren Gemeinde im Verdacht zwinglischer Irrlehre stand. Da that nun Augsburg, von Bucer in der gehörigen Weise angespornt, im Juli d. J. 1535 einen entscheidenden Schritt, indem es eine eigene Botschaft, bestehend aus Kaspar Huber und Dr. Gereon Sailer, nach Sachsen schickte, um Luthers Argwohn und Bedenken gegen die in der Stadt herrschende Lehre zu zerstreuen². Dies gelang unter Vorlage einer im Bucerschen Sinne gehaltenen Confession in überraschend glänzender Weise. Am 20. Juli schrieb Luther den Augsburgern³, dass er nicht nur mit ihrem Bekenntnis durchaus einverstanden sei, sondern auch jetzt die zuversichtliche Hoffnung auf eine vollkommene Vergleichung mit den andern oberländischen Städten hege. Diese Nachricht wurde natürlich im Oberlande und speciell in Strassburg mit grosser Freude aufgenommen und die Strassburger Prediger beeilten sich, Luthern in einem Schreiben vom 19. August⁴ ihre völlige Uebereinstimmung mit der gebilligten Confession der Augsburger zu versichern. Sie berichteten weiter, dass Capito bereits zu den Schweizern, Bucer nach Württemberg gereist sei, um die Erreichung einer vollen Concordie zu erzielen.

¹ Strassburg theilte den Ulmern das Resultat des Casseler Gesprächs am 29. Januar mit, wofür diese am 4. Febr. dankten. Ulm. Arch. Ref. T. XIX u. Str. St. Arch. AA 462.

² Keim Ref. von Ulm 320. Schreiben der Augsburger Prediger an Luther vom 20. Juni bei Kolde Anal. 206.

³ Walch XVII 2509 u. De Wette IV 612.

⁴ Walch XVII 2512.

Diese und andere günstige Mittheilungen aus dem Oberlande veranlassten Luther, der damals durch körperliche Leiden und Todesahnungen ganz besonders milde und versöhnlich gestimmt war, den Strassburgern am 5. Oktober die Veranstaltung eines Predigerconvents vorzuschlagen¹. Ueber Ort und Zeit der Zusammenkunft wolle man sich noch verständigen; nach seiner Meinung sei ein Ort in Hessen oder noch besser in Sachsen, etwa Koburg, am geeignetsten. Am 27. November² sprach er sich noch genauer dahin aus, dass die Berufung des Convents nicht von den Obrigkeiten, sondern von den Predigern selbst ausgehen sollte, jedoch mit Wissen und Willen der ersteren. Als Termin der Versammlung nahm er die Zeit bald nach Ostern (April 16.) in Aussicht. Unter dem Einfluss der versöhnlichen Stimmung der Sächsischen Theologen wurde dann im December 1535 nicht nur die Aufnahme Württembergs sowie der Städte Frankfurt, Kempten und Augsburg in den Schmalkaldischen Bund vom Kurfürsten bewilligt, sondern auch die Zulassung weiterer Stände in religiöser Hinsicht nur an die Bedingung geknüpft, dass ihre Lehre der confessio Augustana durchaus entspreche. Um dieselbe Zeit trat noch ein neues Moment hinzu, welches das Bedürfnis der Evangelischen nach völliger Einigung verstärkte; es war dies die Ankündigung des Concils von Mantua durch Papst Paul III.

Strassburg, von seinen Predigern unterstützt, entfaltete eine umfassende Thätigkeit, um die von Luther vorgeschlagene Versammlung zu einer möglichst erfolgreichen zu gestalten, und wandte sich zu diesem Zweck nicht nur an die Oberländer, sondern auch an die Schweizer, obwohl Luther diese bei seinem Einigungsproject ganz ausser acht gelassen hatte. Sehen wir zunächst zu, welche Aufnahme den Strassburger Bemühungen bei letzteren zu teil wurde.

Der erste Tag, welcher unter Hinweis auf die Notwendigkeit der Concordie von Strassburg veranlasst war, fand am 4. Februar 1536 in Basel statt und war von allen evangelischen Eidgenossen beschickt³. Dennoch wurde weiter nichts erzielt, als dass die anwesenden Geistlichen im Auftrage der Gesandten eine Confession ausarbeiteten, welche namentlich in dem Hauptartikel vom Abendmahl noch ziemlich erheblich von der lutherischen Lehre abwich. Eine lange Ermahnung Bucers und Capitos zur Concordie wurde zwar dem Abschied des Tages einverleibt, jedoch ohne irgend eine Erwiderung der Städte. Dass das fast ganz im bisherigen Schweizerischen Sinne gehaltene Bekenntnis die Billigung der eidgenössischen Obrigkeiten fand, kann nicht wunder nehmen. Weniger begreiflich erscheint es, dass Bullinger in einem Brief an Bucer vom 18. Februar⁴ die Hoffnung aussprach, auch die Sächsischen Theologen würden damit zufrieden sein. Gleichwohl äusserte sich auch Bucer in einem Brief an Luther⁵ über den Erfolg des Basler Tages ganz zuversichtlich und bat um baldige Zusammenberufung der Theologen. Um eine endgültige Einigung über die Basler

¹ Ebenda 2516 u. De Wette IV 636.

² Walch XVII 2522, De Wette IV 652.

³ Eidgen. Absch. IV 1 C nr. 378.

⁴ Thes. Baum.

⁵ Ebenda.

Confession herbeizuführen, wurde ein neuer Tag ebendasselbst auf den 27. März ausgeschrieben, zu welchem Basel am 16. auch Strassburg und Constanz einlud¹. Jedoch sollten, wie es in dem bezüglichen Schreiben hiess, nicht die Prediger zusammenkommen, sondern nur die Ratsbotschaften, um über die Annahme der Confession zu beschliessen. Demgemäss sandte Strassburg seinen Altammeister Mathis Pfarrer, konnte aber doch nicht unterlassen, ihm Capito als theologischen Beirat mitzugeben. Pfarrer hatte folgende Instruction²: er soll sich bei seiner Ankunft gemeinschaftlich mit den Constanzer Gesandten oder, wenn diese nicht wollen, allein zu den Dreizehn von Basel verfügen und sich zunächst näher nach dem Grunde der Einladung erkundigen. Erhält er zur Antwort, die Einladung sei deshalb erfolgt, damit Strassburg die Basler Confession mit bewillige, so soll er erklären, dass die Stadt kein anderes Bekenntnis als die Tetrapolitana annehmen könne, selbst wenn es der letzteren in der Substanz noch so gleichförmig wäre, und der Unterschied nur in den Worten bestände; denn die Gegner würden es doch so auslegen, «als ob man an jetwederem ort anders dann am andern bekante und also zweispeltige meynungen in den articuln und bekanntnussen des glaubens truege(n).» Umgekehrt sei es Strassburgs höchster Wunsch, dass die Eidgenossen ihrerseits womöglich die Tetrapolitana einfach als Bekenntnis annähmen und dadurch den verderblichen Zwiespalt beseitigten. Wenn dagegen Basel die Einladung Strassburgs zu dem Tage damit motiviert, dass «in den abgeredten articuln zweifel eingefallen oder das man deren nit einig,» so soll Pfarrer auf die Hülfe Capitos verweisen, der ihm für diesen Fall beigezelt sei. Nachdem er in angegebener Weise zuerst mit Basel allein verhandelt, soll er ähnlich auch in den Versammlungen der Städtebotschaften zu Werke gehen und alles aufbieten, um dieselben zur directen Annahme der Tetrapolitana zu bewegen. Gelingt dies nicht, so soll er wenigstens zur Vermeidung weiterer Irrungen den Druck der Schweizerischen Confession hintertreiben, jedenfalls aber seine Unterschrift unter dieselbe verweigern, ja sogar nicht einmal dulden, dass seiner Unterhandlung überhaupt Erwähnung gethan werde. Erklärt wird dieses Verhalten durch die schon oben angedeutete Befürchtung, dass Strassburg sonst in den Verdacht der Zweideutigkeit und Doppelzüngigkeit geraten könne. Aus demselben Grunde soll der Gesandte auch darauf dringen, dass der im früheren Abschied enthaltene Satz³, dass sich Strassburg von der eidgenössischen Kirche nicht gesondert habe, ausgelassen werde.

Ueber den Verlauf des Basler Tages giebt der Abschied vom 27. März⁴ folgenden Aufschluss. Die auf der letzten Versammlung aufgestellte Confession wurde von den eidgenössischen Städten einmütig angenommen; jedoch erreichten die Gesandten von Strassburg und Constanz wenigstens, dass die Botschaften versprachen, ihren Obrigkeiten die Prüfung und eventuelle Annahme der Tetrapolitana zu empfehlen. Auch wurde ausgemacht, dass die Basler Confession einstweilen hinterhalten und nicht in die Oeffentlichkeit

¹ Str. St. Arch. AA 462 f. 78.

² Ebenda fol. 80 d. d. März 23.

³ Eidgen. Absch. IV 1 C p. 617.

⁴ Ebenda nr. 409.

gebracht werden sollte. Jede der eidgenössischen evangelischen Städte sollte von Strassburg ein Exemplar des Vierstädte-Bekenntnisses erhalten.

Inzwischen regte sich im Oberlande selber gegen die Concordienbestrebungen Bucers eine nicht unbedeutende Opposition, deren Mittelpunkt Constanz war. Schon im Jahre 1535 war von dort eine Anfrage an Bucer gekommen, warum er denn durchaus eine Concordienformel herstellen wolle. Jener erwiderte freimütig, dass er sich aus zwei Gründen darum bemühe, einmal um «die so gefarlich ergernus» zu beseitigen, welche aus der Uneinigkeit in der Lehre entspringe, sodann, um bei Erstreckung des Bundes den Kurfürsten von Sachsen auch für die Aufnahme anderer Evangelischer zu gewinnen¹. Dieser Ansicht gegenüber gaben nun die Constanzer Prediger in einem Schreiben an die Strassburger vom 28. Februar 1536 der Ueberzeugung Ausdruck, dass es besser sei, in christlicher Liebe jeden Zank zu vermeiden und die beiderseitigen Lehrmeinungen zu dulden, als «die kirchen mit nuwen fürgeschribnen sätzen und bedingungen zu verbessern.» Die Veranstaltung einer evangelischen Synode sei deshalb unnötig. Als dessen ungeachtet Bucer fortfuhr, für den Theologenconvent zu werben, mischte sich schliesslich der Constanzer Magistrat in die Sache. Er führte im März durch seinen Syndikus Joachim Maler bei den Dreizehn in Strassburg Beschwerde², dass die Prediger sich unterständen, Convente zu berufen, da die Befugnis dazu nur den Obrigkeiten zustände. Zudem wäre zu bedenken, dass derartige Versammlungen der Kirche von jeher mehr Schaden als Nutzen gebracht hätten; verglichen sich die Prediger nicht, was sehr zu besorgen wäre, so würde grosses Aergernis damit gegeben. Die protestantischen Stände als solche hätten unter sich noch auf dem Schmalkaldischen Tage keinerlei Missverständnis gehabt; um den Wortzank der Prediger dürften sie sich nicht kümmern. Wegen der Kirchenübungen und Ceremonien sei es auch überflüssig, Vergleichung zu suchen, desgleichen «von cristenlicher besserung und gehorsame der kirchen, von inlaitung der kirchendienst, ampt und gewalt ouch irer schlüssel etc.» zu handeln. Dafür müsse jede Obrigkeit selbständig Sorge tragen. Schliesslich sei es gefährlich, von anderer Einrichtung des Kirchendienstes und der Aemter zu handeln; denn damit komme man am Ende ohne es zu wollen, wieder dahin, geistliche und weltliche Stände zu schaffen. Versammlungen zu halten, sei überhaupt «ain ainlaitung der concilien» und gebe den Gegnern Gelegenheit, sich wieder einzumischen; «zu welchem si aber kain ursach haben möchten, wo wir in unsern kirchen uf dem ainfeltigen weg, in den uns gott mit-besserung gefürt hat, und dardurch allain das bapstum geschwecht und on zwifel gar fallen wurd, stif beharrten und beliben; dann mit dem bapst und den sinen concordirn und verglichung ze süchen unmöglich und, — wie mine hern halten —, kainem cristenlichen stand verantwortlich.»

Hierauf antworteten die Dreizehn am 15. März: Das Betreiben des

¹ Letztere Bemerkung zeigt, dass der undatierte Brief (Const. Arch. O. VI 2 f. 11) in die Zeit vor der Versammlung vom 6. December 1535 zu setzen ist, in welcher die Aufnahme neuer Mitglieder bewilligt wurde. S. oben nr. 330.

² Copie der Werbung Malers in Strassburg und der ihm erteilten Antwort im Const. Arch. O. VI 2 fasc. 10.

Convents von Seiten ihrer Prediger geschehe durchaus mit Genehmigung und im Einverständnis mit der Stadt Strassburg. Im übrigen sei es nicht ihre Meinung, «für sich selbs ichtz furzunemen oder iren predicanten zuzusehen, in gemeinen der kirchen sachen ze handln, sonder je zü ziten an andere, furnemlich die irer confession mit inen ainig sien, gelangen ze lassen. si können aber dannoch nochmals nit befinden, das versamlungen ze halten, sonder so die sampt den oberkaiten beschehen, so gar nachtailig sin sollten. sie wollen aber hierin nit schliessen, sonder miner hern [d. h. der Constanzer] anzeigen witer erwegen, und was si bedacht, werden [sie] minen hern schriftlich zuschicken.» Eine anderweitige Erklärung Strassburgs an Constanz ist jedoch nicht bekannt; sicher ist, dass sowohl Magistrat wie Prediger von Strassburg in ihren Bemühungen für die Concordie fortführen, obwohl die Hoffnungen auf ein günstiges Ergebnis des Convents auch durch das neu erwachte Misstrauen der Sächsischen Theologen wiederum getrübt waren¹. Melanchthon selbst riet zur Verschiebung der Zusammenkunft, weil er fürchtete, dass eine Besprechung bei der gegenwärtigen Stimmung anstatt Einigkeit noch grösseren Zank erzeugen würde. Schon gegen Ende 1535 schrieb er in diesem Sinne an Jacob Sturm in Schmalkalden². Er bat, die Sache gemeinsam mit dem Landgrafen wohl zu überlegen. Seine Meinung sei, man solle warten, bis der Kaiser eine Synode berufe, was unzweifelhaft geschehen werde; alsdann müssten die Evangelischen doch eine Vorversammlung halten, um sich über diejenigen Artikel zu einigen, welche unbedingt festzuhalten seien, und so werde man bei dieser Gelegenheit auch die Sacramentslehre formulieren können. Er wünsche von Herzen eine Concordie, wolle aber auch eine Zertrennung des Bundes verhütet sehen. In ähnlicher Weise schrieb er wiederholt an den Landgrafen³, allein ohne Erfolg. Denn obwohl er in einem Brief an Camerarius vom 5. Februar⁴ äusserte, dass seine Ansicht dem Landgrafen und Jacob Sturm gefallen habe, so gingen die Vorbereitungen zur Conferenz doch ungehindert ihren Gang. Am 25. März schrieb Luther an Bucer den entscheidenden Brief⁵, wonach mit Bewilligung des Kurfürsten die Theologen sich am 14. Mai in Eisenach versammeln sollten, eventuell auch etwas früher oder später. Die Strassburger sollten Brenz, Schnepf und andere oberländische Prediger dazu einladen.

Bucer erhielt das Schreiben in Augsburg, wo er damals an erster Stelle bei der Neuordnung der kirchlichen Verhältnisse mitwirkte⁶. Sofort berichtete

¹ Vgl. Hassencamp II 134.

² Str. St. Arch. AA 462 f. 41. Copie oder deutsche Uebersetzung von Capitos Hand. Gedr. im Corp. ref. X 149 Anm. Ebenda ein ähnliches Schreiben an Bucer.

³ Noch am 11. u. 19. April, als die Ansetzung des Gesprächs auf den 14. Mai bereits erfolgt war, Corp. Ref. III 54 u. 56.

⁴ Corp. Ref. III 35.

⁵ Walch XVII 2526, De Wette IV 682.

⁶ Die Augsburger hatten Strassburg bereits am 18. Januar gebeten, Bucern die Reise zu ihnen zu erlauben (Thom. Arch.), worauf die Stadt am 24. Januar erwiderte, sie könne jenen vorläufig nicht entbehren, wolle ihn aber womöglich Ende März schicken (Augsb. Arch.). Dies geschah; denn am 28. März berichtete Capito an Bullinger Bucers Abreise nach Augsburg. Thes. Baum.

er über Luthers Vorschlag nach Strassburg an die Dreizehn¹ und riet, den angesetzten Termin anzunehmen, wenn derselbe auch etwas verfrüht scheine; denn eine Verschiebung könne leicht «etwas unrats geperen», zumal da Luther zu verstehen gebe, dass er die Versammlung lieber früher als später wünsche. «ich hab auch erfahren hie und an meer orten, das der satan disen verzug unsers zusammenkomens hat understanden, im nutz zu machen und dadurch die angefangene concordi wider zu zerrütten. es loszt sich sunst bei d. Lutheren und gar vilen anderen und fürnemen ansehen, als wolte uns unser himelischer vater des leidigen zanks und der so grosz und weit schadenden ergernus des spans vom h. sacrament einmal recht abhelfen, derothalben mir billich leid were, das wir unsers teils etwas hierin versaumen solten. ich hette nichts liebers gesehen, dann das d. Luther ein versamlung auf die meinung m. Philippi angesetzt hette, darauf ich auch durch Philippum geworben habe, nemlich, das die oberkeiten aller teilen ire gesandten bei unszerem gesprech gehabt hetten. weil aber d. Luther nur die prediger beschreibet, und also filicht on gesandten der oberkeiten seines teils komen würt, wolte ich dennoch e. g. undertheniglich gepeten haben, so sie wolten disze versamlung unszerhalb laszen furgohn, ob sie mittler zeit oder auf dem tag zu Frankfort erlangeten, das zum wenigsten zwen von oberkeiten der oberlendischen stett weren mitgeritten, deren rats wir geprauchten konten, weil wir prediger on das alle mal nit weit gnug umb uns sehen und, wie von nöten, alle ding bedenken. als mir d. Luther aufleget, von oberlendischen zu berüfen, welche wir meinen zu der versamlung dienstlich sein, und aber anfangs diser handlung begeret hat, das kein groszer hauf zusammenkomme, achtet ich, es solte von predigeren der Schwebischen stett genug sein, so gesandt wurden prediger von Augspurg, Costenz und Ulm, und wolte gar gern, wo es iemer möglich were, das d. Hans Zwicke, der on das will noch osteren gon Straszburg komen, möchte zu diszer versamlung erhebt werden²; doch würd es den anderen stetten christlicher verstendnus allen anzubieten sein, welchs ich auch dise tag thun wille; doch das ich inen das zil aufzusein erst zuschreiben wille, so ich e. g. antwort empfangen hab. am Rein solte gnug sein, so Strassburg und Frankfort schickete, doch mit vorwissen und bewilligung des grunds der concordi, der hievor gesetzt und bewilliget ist, der prediger Weiszenburg, Landaw und Wormbs, welchen ich wolte durch d. Capito auf e. g. entscheid solichs zugeschriben werden. aus dem furstentumb Württemberg wolt ich gar gern, das Schnepfius möchte auch komen, aber mit des fursten ernstlichen befelch, das er sich der concordi und der frag halb, was den gemainen oberkeiten gepüre in reformirung der kirchen, wol hielte, davon ich an den f[ürsten]³ und m. Ambrosi Blaurer⁴ geschriben; doch das m. Ambrosi dem f. mein brief nit gebe,

¹ Str. St. Arch. AA 462 f. 45-46. Ausf. mit eigenhändiger Unterschrift Bucers, ohne Datum. Präsentiert in Strassburg am 16. April. Nach der Einleitung ist der Brief am Tage nach Empfang von Luthers Schreiben verfasst.

² Bucer schrieb auch wegen der Sendung Zwicks um dieselbe Zeit an Constanz. Copie im Const. Arch. O. VI 2 f. 10.

³ Sc. an Herzog Ulrich. Der Brief ist nicht bekannt.

⁴ D. d. April 13. Thes. Baum.

es sehe in dann fur gut an. es ist zu besorgen, das Brenz letz¹ gnug sein werde. so hat mir Osiander² geschriben[*], das er nit komen werde. den Zweienbrückischen³ mus mans auch anzeigen, dergleichen den brüderen auf dem Krechgaw⁴. von Eidgenoszen, so die schicken wolten, were ubrig gnug d. Vadian, Bullinger und Pellicanus oder nur der ein von disen zweien. Gryneus würt nur schaden <werden>; er ist zu vil verirret und griblich und das warlich on grund. das zil und der unvergklich zweck vom h. sacrament und aller christlichen lere solle uns sein unszer confession und apologi, *k. mt. allhie auf dem reichstag uberantwort und hernacher im truck ausgangen*⁵. ein weitleufigen bericht hab ich gestellt, das zu verhoffen sei, das versamlung und gmeine handlung der prediger von der ler Christi den kirchen besserlich sein soll, mit ablenung der einreden, so m. g. herren zu Costenz aus einer wunderbaren anfechtung, die etliche des orts bestanden, wie d. Capito weiszt weiter anzuzeigen, und die zu Ulm, von h. Gaspar Schwenkfeld — als zu besorgen — abgerichtet, in disem handel furwerfen. disen bericht hab ich d. Capito zugeschickt⁶. was nun e. g. will in disen sachen geraten sein, geruchen sie mir mit disem boten zuzuschreiben, mich wissen bei zeiten darnach zu richten; und so e. g. gefallen wolte, die versamlung lossen furzugon, wie die von d. Luther angesetzt, ist mein underthenige bitt, e. g. wolten d. Capito solchs lossen d. Lutheren von stunden an zuschreiben, und das mit eigner furderlicher botschaft, das er unszerer zukunft möchte vor jubilate [Mai 7] verstendiget werden. so konden wir auch wol alle, die zu der versamlung dienstlich sein mögen, bei guoter zeit erheben, das wir auf den vierten sonntag nach osteren [Mai 14] zu Isnach ankomen, welchs dann, als ich here, nur drei oder vier meilen von Schmalkalden ligt. m. g. herren von Augspurg habent darfur, das sie die sach bei denen zu Ulm wol wellen erheben. so achtet ich wol, das es bei allen anderen nit werde not haben, ausgenomen Costenz, auf die aber in dem fal nit so vil zu sehen sein wirt, weil sie doch zugeschriben, das sie bei dem, so in unszerer confession und apologie gesetzt, zu bleiben gedenken. ich schewe als den verdacht, als ob uns nit solte zur sachen ernst sein, den uns imer etlich leut wellen auftrechen und erst wurden bestetigen wöllen, wo wir uber so lang vorgegangen von uns bewilligung und heimstellung, an D. Luther beschehen, das er statt und zeit ernennen, auch die grenzen des churfurstentumbs an Hessen und die osteren selb furgeschlagen, wolten vil auszeug und verlengierung furnemen, wiewol wir uns des speten anzeigens auch gar nit versehen hetten. d. Luther aber ist vil bloed und bedenkt die sachen nit so weit. wie es sonst meines diensts halben hie sich ansehen laszt, hab ich dem edlen v. h. Jacob Sturm und d. Capito geschriben[*]. »

¹ = schliesslich ?

² Prediger in Nürnberg.

³ D. h. Ruprecht von Veldenz, Vormund Wolfgangs von Zweibrücken.

⁴ Damit sind wohl die Brüder Bernhard und Ernst, Markgrafen von Baden, gemeint, deren Gebiet sich mit dem alten Kreichgau teilweise deckte.

⁵ Von andrer Hand am Rande eingeschaltet.

⁶ Ebenda fol. 48 ff., auch im Thes. Baum. Vgl. oben p. 679.

Um diesem Briefe Bucers noch grösseren Nachdruck zu geben, schrieben gleichzeitig auch die Dreizehner von Augsburg an ihre Collegen in Strassburg, indem sie die Beschickung des Tages dringend empfahlen¹. Der Rat willigte ohne Zögern ein und bereits am 18. April teilten die Dreizehn dies den Städten Augsburg, Constanz, Basel und Zürich mit, zugleich Bucer und Capito als ihre zum Convent bestimmten Delegierten bezeichnend². Die Eidgenossen wurden dem Wunsche Bucers entsprechend um Abordnung Vadians und Bullingers oder eines von beiden gebeten, während die Constanzer um Sendung Zwicks ersucht wurden. In dem Schreiben an letztere wird betont, dass die Beschickung des Eisenacher Tages schon aus dem Grunde notwendig sei, weil es sonst den Anschein gewinne, als hätten die Oberländer nur deshalb so grossen Eifer für die Concordie an den Tag gelegt, um die Einwilligung des Kurfürsten in die Verlängerung des Schmalkaldischen Bundes zu erlangen. Ein solcher Argwohn müsste die schlimmsten Folgen nach sich ziehen. Die Geheimen von Constanz liessen sich zwar durch diese Vorstellungen nicht bekehren, sondern blieben bei den früher von Maler vorgetragenen Ansichten, wollten aber trotzdem, da die Versammlung doch einmal angesetzt wäre, die Sache dem Rat zur Beschlussfassung unterbreiten³. Entgegenkommender lautete die Antwort von Basel⁴, das sofort bereitwillig einen Tag zu Aarau auf den 1. Mai anberaumte, um die Frage der Beschickung des Convents in Erwägung zu ziehen. Die eidgenössischen Städte leisteten diesem Rufe auch Folge; doch knüpften die meisten von ihnen, wie es scheint, von vorn herein keine grossen Erwartungen an die Versammlung. So hatten die Züricher Prediger gleich nach Eintreffen des Strassburger Schreibens ein Gutachten abgefasst⁵, worin sie sich über die Eisenacher Zusammenkunft ziemlich hoffnungslos aussprachen. In der That wurde denn auch in Aarau die Absendung eidgenössischer Vertreter nach Eisenach abgelehnt⁶. Die Begründung dieses Beschlusses ersieht man ausser aus dem Abschied des Tages namentlich aus dem Brief, welchen die in Aarau Versammelten an die Dreizehn in Strassburg richteten⁷. Darin heisst es: man habe grosse Freude über die Ansetzung der Concordienversammlung gehabt und hoffe alles Gute davon; auch sei man geneigt gewesen, dieselbe zu beschicken; «ist uns doch sölichs billicher ursach, wie ir selbs ermäszen mögend, gar nit gelaegen; namlich das wir keinswegs bericht, [dass] dise convention dürch ordenliche oberkeit sonders einig von sonderbaren personen angesaehen und constituirt, und hiebi ouch lichtlich abnemen moegend, [dass] unserer gelerten vilicht nit gros nachfragens gehept, dwil si in

¹ Str. St. Arch. AA 462 f. 90.

² Augsb. Arch., Basl. Arch., Const. Arch. O. VI 2 f. 10. Vgl. Eidg. Absch. IV 1 C p. 683. Kirchhofer Myconius 256 Anm.

³ Schreiben vom 21. April im Str. St. Arch. AA 462 f. 120.

⁴ D. d. April 21 ebenda f. 91.

⁵ Thes. Baum. d. d. April 24.

⁶ Eidgen. Absch. IV 1 C nr. 420.

⁷ Str. St. Arch. AA 462 fol. 76. Ausf. d. d. Mai 1, unterzeichnet von Zürich, Bern, Basel, Schaffhausen, St. Gallen, Mülhausen, Biel. Ein Stück davon gedruckt nach dem stilistisch etwas abweichenden Concept in Eidgen. Absch. IV 1 C p. 684.

sonderheit gar nit beschriben worden, dan einig durch früntlich ansuechen doctor Martin Bücers, so in disers [*sic!*] gespraech beruoft und vociert worden; zuedem das wir ouch us üwerm schriben nit verstendiget, [dasz ihr] üwere gelerten mit bestimmpter legation verordnet, sonders früntlichen bewilliget den vilgemelten hochgelerten doctoribus Capioni und Bücero, ob inen gevellig, disers gespraech ze besuochen. sodanne obglich keine diser ursachen uns verhindernen und ufhalten, würde doch kürze der zit und vere¹ des wegs dise schnelle reis uns gar ungelägen machen. dweil wir aber gueter hoffnung, jetzgemelte unsere lieb herren doctores Capitonem und Bucerüm in angeregte versamlung erschinen werden, langt an üch unsers gar früntlichs begaeren, ir wöllend vermelt üwer prediger, als denen unser der oberlaendischen kilchen thuen und laszen nit allein offen und unverborgen, sonders ouch in jüngst gehaltner tagleistung zuo Basel, do si sampt unsern predicanten aller unser religion ein bekantnüs und fürnaemlichen inhalt mit einandren angeben, gestellt und genzlich bewilliget und zefriden gsin und derüber zuegesagt, kein partie der andren zuorüg dorwider nützig ze handeln — do wir dan nachmals ungezwifelter hoffnung, üwer lieb werde verschaffen, dorbi unverbrochenlichen ze beliben —, doran wisen und vermoegen, unsere kilchen bevolen ze haben, das wir inen dan ouch zuoschribend und begaerend, selbig bigelegte missife² ze überantwürten.»

Basel, das von allen eidgenössischen Städten den Concordienbestrebungen am meisten Sympathie entgegenbrachte, war mit obiger Erklärung wenig zufrieden und konnte nicht umhin, sie mit einigen entschuldigenden Bemerkungen an Strassburg zu begleiten³. In denselben heisst es, Basel habe von vorn herein nicht darauf gerechnet, dass die Eidgenossen den Eisenacher Tag beschicken würden; immerhin habe es gehofft, dass sie sich in andrer Weise deswegen entschuldigen würden, als dies jetzt geschehen sei⁴. Namentlich bat es, die in der Aarauer Erklärung enthaltene Behauptung nicht übel zu nehmen, wonach Strassburg sich auf dem letzten Basler Tage verpflichtet haben sollte, nichts ohne Wissen und Willen der Eidgenossen gegen die Basler Confession zu handeln. «dann wiewol uns gar nit zwivelt, es werden uwere prediger us christenlichem ifer und gmüt nützig, so bedachter unser vergriffenen confession, deren ir hievor gnugsam verstandigt, zuowider sin möchte, handeln, jedoch ist es nit die meinung, das

¹ = Ferne.

² Liegt nicht bei. Der Inhalt geht aus dem Abschied (Eidg. Absch. IV 1 C nr. 420 a) hervor, wonach an Bucer und Capito geschrieben werden sollte, sie möchten das Ausbleiben der Eidgenossen, falls dasselbe übel vermerkt würde, entschuldigen, Verläumdungen zurückweisen und Luthern die Basler Confession zur Begutachtung vorlegen.

³ Schreiben vom 3. Mai, Str. St. Arch. AA 462 f. 93.

⁴ Ein Entwurf Basels zu einem Schreiben an die in Eisenach zusammentretenden Theologen liegt bei. Kolde anal. 214 hat denselben abgedruckt, indem er glaubte, die Abschrift eines wirklich an die Eisenacher Versammlung gerichteten Briefs vor sich zu haben. Aus den obigen Actenstücken sowie aus dem Aarauer Abschied (vgl. oben Anm. 2) ergibt sich jedoch deutlich, dass ein directes Schreiben des Aarauer Convents an den Eisenacher überhaupt nicht zur Absendung gelangte. In Eidg. Absch. a. a. O. ist noch ein anderer Entwurf zu einem derartigen Schreiben citiert, der nach ausdrücklicher Randbemerkung des Züricher Stadtschreibers ebenfalls unausgeführt blieb.

weder uwere razgesanten noch prediger, so bi uns hie gewesen, solicher confession halben utzit versprochen, sonder haben si sich darumb von wegen uwer confession zuo Ougspurg uberggeben nit inlassen wellen. deshalb die boten zuo Arow und stattschriber daselbs disen handel nit recht verstanden.» Ausserdem übersandte Basel noch ein eignes, für Capito und Bucer bestimmtes Schreiben, worin in herzlicher Weise um Förderung des Concordienwerks und um freundliche Vertretung der eidgenössischen Kirchen in Eisenach gebeten wurde¹.

Abgesehen von dem Misserfolg bei den Schweizern konnte Bucer mit dem Resultat seiner Bemühungen für den Besuch des Convents wohl zufrieden sein. Nicht nur die grösseren Städte des Oberlandes, wie Ulm, Augsburg, Constanz und Frankfurt, welche Bucer anfangs allein hatte einladen wollen², sagten ihre Beteiligung zu, sondern auch Esslingen, Memmingen und Reutlingen, so dass nur Kempten, Lindau, Isny und Biberach ohne eigene Vertretung blieben³.

Ein Eingehen auf die rein theologischen Verhandlungen des Convents, welcher wegen Luthers Krankheit von Eisenach nach Wittenberg verlegt wurde, kann hier nicht unsere Aufgabe sein⁴. Bekanntlich rechtfertigte der Verlauf der Versammlung die Befürchtungen Melancthons und anderer nicht; vielmehr war das Ergebnis ein im ganzen zufrieden stellendes, indem eine Einigung auf Grund der sogenannten Wittenberger Concordie erfolgte, welche am 29. Mai von allen anwesenden Predigern mit Ausnahme des Constanzers Johann Zwick unterschrieben wurde⁵. Allein man darf nicht ausser acht lassen, dass es nur eine verhältnismässig kleine Zahl von Predigern war, welche unterzeichnete, und dass die Fürsten und Städte als solche damit noch keineswegs auf die Concordie verpflichtet waren. Das ist auch in der Formel selbst ausdrücklich betont, denn es heisst darin: «die- weil aber auf dis mal unser wenig sind zusammenkomen und diese sachen auch an die andern predicanten und oberkeit beiderseits gelangen mus,

¹ Str. St. Arch. AA 462 f. 97, d. d. Mai 3. Copie.

² Vgl. oben p. 681 Bucers Brief an die Dreizehn.

³ Bucer beklagt letzteren Umstand in einem Brief an Memmingen vom 26. April, indem er gleichzeitig um Sendung des Gervasius Schuler bittet, welche denn auch erfolgte. Schelhorn Ref. v. Memmingen 195.

⁴ Vgl. Hassenkamp II 133, wo auch eine Uebersicht der Quellen und Bearbeitungen über die Concordie gegeben ist. Unter den verschiedenen gleichzeitigen Berichten über die Wittenberger Verhandlungen nimmt natürlich derjenige Bucers eine hervorragende Stelle ein. Er ist in lateinischer Uebersetzung gedruckt in Buceri scripta Anglicana, Basel 1577, p. 649 ff. Eine von Conrad Hubert, Bucers Secretär, beglaubigte Copie des deutschen Originals, welche sich in der Bibliothek des Protest. Seminars in Strassburg befand, ist mit dieser zu Grunde gegangen; jedoch ist im Thes. Baum. eine Abschrift davon erhalten. Nach einer flüchtigen Vergleichung der Uebersetzung in den Scripta Angl. mit der Baumschen Abschrift scheint mir erstere durchaus zuverlässig zu sein, so dass der von Loescher Historia motuum I 206 geäusserte Verdacht ungerechtfertigt wäre.

⁵ Die Concordienartikel sind lateinisch gedruckt in Buceri scripta Angl. 665 und im Corp. ref. III 75, übersetzt bei Walch XVII 2529. Das deutsche Original, wie mich dünkt, von der Hand des Friedrich Myconius, mit eigenhändigen Unterschriften der Prediger, befindet sich im Str. St. Arch. AA 462 fol. 106-109.

können wir die concordia noch nicht beschliessen, zuvor und ehe wir es an die andern gelangen lassen. nachdem aber diese alle bekennen, das sie in allen artikeln der confession und apologia der evangelischen fursten gemess und gleich halten und leren wollen, wolten wir gern und begeren aufs hochst, das eine concordia aufgericht wurde, und wo die andern beiderseits inen diesen artikel auch gefallen lassen, haben wir gute hoffnung, das ein beständige concordia unter uns aufgericht werde.» Diese Aufgabe, die übrigen Prediger samt den Obrigkeiten für die Formel zu gewinnen, erschien aber den Oberländern, die in Wittenberg gewesen waren, keineswegs leicht; denn sie fühlten wohl, dass sie der Lutherschen Auffassung vom Sacrament ziemlich bedeutende Concessionen gemacht hatten. So kam es, dass sie sich vor der Heimreise in Frankfurt zu den sogenannten Punctuationen vereinigten¹, wonach die Formel selbst nicht veröffentlicht werden, sondern nur die Augsburger Fürstenconfession officiell angenommen werden sollte. Bucer gab zudem besondere Declarationen der Formel, um sie den noch zur zwinglischen Lehre neigenden Oberländern mundgerechter zu machen². Indessen konnte das alles nicht verhindern, dass die Wittenberger Artikel schnell bekannt wurden und in der That auf die gefürchtete Opposition stiessen. In Strassburg freilich, wo Bucer und Capito, wie es scheint, am 14. Juni eintrafen³, vollzog sich die Annahme der Concordie ohne Schwierigkeit. Luther hatte gleich nach Schluss der Verhandlungen am 29. Mai das günstige Resultat derselben in sehr verbindlicher Weise an den Strassburger Rat berichtet⁴ und gebeten, die Formel zu genehmigen, damit sie möglichst bald durch den Druck veröffentlicht werden könnte. So sehr der Rat für sich hierzu geneigt war, so verschob er seine Antwort doch, bis er die Erklärungen der andern Städte in Händen hätte. Alsbald entfalteten nun die Strassburger Theologen eine wahrhaft fieberhafte Thätigkeit, um der Concordie allgemeine Anerkennung zu verschaffen. Die Schwierigkeiten, mit denen sie hierbei zu kämpfen hatten, schildert ein Brief Capitos an Jacob Meyer⁵, den Basler Bürgermeister, worin er sich bitter beklagt über die kurzsichtigen und unbesonnenen Leute, welche durch Redereien und Schreiereien die Früchte langjähriger, dornenvoller Arbeit für Herstellung des Friedens zu vernichten drohten. Meyer möge dafür sorgen, dass vor Ratification der Concordie nichts über den Sacramentsstreit gedruckt werde. Der Landgraf habe bedauert, dass die Concordie nicht gleich definitiv geworden sei; denn unter den gegenwärtigen Umständen könne Bern im Kriege gegen Savoyen⁶ kaum auf Unterstützung der Einungsverwandten hoffen. «ach min lieber her und bruder, keren allen flisz an, domit der

¹ Vgl. Keim Ref. v. Ulm 335.

² Corp. ref. III 78.

³ Am 13. Juni schrieb Capito noch von Frankfurt aus an Luther (Kolde Anal. 234), und am 14. traf laut Präsentationsvermerk das gleich zu erwähnende Schreiben Luthers in Strassburg ein, welches aller Wahrscheinlichkeit nach von Bucer und Capito persönlich überbracht wurde.

⁴ Walch XVII 2566. De Wette IV 692.

⁵ D. d. Juni 22. Thes. Baum.

⁶ In der Abschrift des Thes. Baum. steht jedenfalls irrthümlich «Saxen» statt «Savoyen». Vgl. oben nr. 349.

leidig satanas kein bösen inwurf mache(n). wir werden nunner nit mögen wie bisher gespannen stön. vor sechs jaren hatten wir friden und rug und mochten des unsern warten, wo wir uns hetten wollen üwer begeben; aber es zwinget uns die lieb zu den kilchen und anmut gegen üwern stetten und landen, solich geferden und mühe anzunemen. es soll uns auch kein mühe zu schwer sin; allein ist der almechtig zu bitten, das es nit vergeblich sie, und wo von nöten, so will ich oder Butzer uf üwer schriben und unser selbs kosten gern kommen.»

Es vergingen mehrere Wochen seit Bucers Rückkehr nach Strassburg, ehe er seinen ersten Bericht über die Aufnahme der Concordie an Luther sandte. Endlich am 22. Juli¹ konnte er mit einer gewissen Genugthuung melden, dass die Prediger von Frankfurt, Worms, Landau und Weissenburg, ferner die von Esslingen, Augsburg, Memmingen und Kempten die Concordie freudig begrüsst hätten und bereit wären, sie zu unterschreiben. Von Ulm erwarte er täglich Antwort. Johann Zwick von Constanz sei persönlich sehr für die Concordie; dass er in Wittenberg nicht unterzeichnet habe, liege nur an dem bestimmten Verbot des Constanzer Rats, welcher die zu unterschreibenden Artikel selbst zu prüfen wünsche. Zwick sei einen ganzen Monat in Strassburg geblieben und habe sich mit bemüht, «ut apud Helvetios plene tandem recipiatur confessio veritatis.» Bis zur Frankfurter Herbstmesse sei zu hoffen, dass die Städte, welche in Wittenberg vertreten gewesen, ihre Unterschriften schicken würden.

Dieser Brief lässt trotz seiner optimistischen Färbung die Schwierigkeiten, welche sich der Concordie entgegenstellten, ziemlich sicher erraten. Es war eben die Opposition von Ulm und Constanz, an der das ganze mühsam zustande gebrachte Werk zu scheitern drohte. Der Prediger Martin Frecht war bei seiner Rückkehr nach Ulm vom Volk mit Unwillen und Hohn empfangen worden², und teils hierdurch teils durch eigene Bedenken gegen den Inhalt der Wittenberger Artikel bewegt, erliessen die fünf Geheimen am 6. August ein Schreiben an die Schwäbischen Städte, desgleichen an Strassburg³, worin sie ihrer Unzufriedenheit offen Ausdruck verliehen: «nachdem aber geheime sachen zu lang in irer engin nicht beleiben, ist auch hierin beschehen, das dise handlung der concordi ains tails under die leut gepracht und komen, also das sich zutregt, davon zu reden und zu disputiern; und will man den verstand gegen ainander je ainer nach seiner haltung und opinion ungleich und nit ainmuetig suchen, daneben auch reden, das demselben gemes bis hieher anderst, dem vorigen widerwertig und nit entlich geschlossen und gehalten werde, mit weiterm vermainen, ob schon sie die predicanten der worter verglichen, das sie dannocht mit dem verstand und der declaration so nah nit sein mochten. das konnt man auch aus dem wol abnemen, das ainer under den predicanten, der auch zu dem gehaltenen tag der concordi geschickt und des Luthers confession und haltung merer tails vor der zeit gewest und noch⁴, soll weit

¹ Kolde Anal. 240. Zwei Tage vorher hatte auch Capito an Luther geschrieben und ihn etwas voreilig der Zustimmung Basels und Mülhausens versichert. Ebenda 237.

² Keim Ref. v. Ulm 335.

³ Str. St. Arch. AA 462 f. 112. Eine Inhaltsangabe hat Keim a. a. O.

⁴ Wer damit gemeint ist, lässt sich nicht mit Sicherheit sagen.

ain andere erklerung uber den geprachten artikel, dann sie vermainen von unsern predicanten beschehen zu sein, fiern und prauchen. es wollen auch etlich, das nit gemerkt werd, das Luther in ainichem vast vil gewichen, wol aber in seiner mainung, wie er allwegen bestanden und noch, verharre. so geben auch die unsern als auf dem andern tail fur und sagten, das sie auch nicht news prechten, das dem allen vor gelerten zu entgegen, darumben sovil dester mer zu versteen, das sie, die predicanten, zu baiden tailn in dem rechten sinn ain jeder in vorigem verstand belib und bestuende. und werden also dis sachen hin und herwider gezogen, dabei auch vermut, wa gemelter artikel dem gemainen unverstendigen mann noch offener [würde], das darus aller zuvor gestillter zank widerumb kreftiger newer¹, auch sonderlich den baptisten grossere handhabung und sterk irer haltung damit angepotten [würde], und neben dem, das der vorig verdacht, spott und verklainerung bei dem gegentail widerumb erwegt², der gemainen kirchen abfall entkomen und erfolgen solle.» Ferner sei es auch bedenklich, sich durch eine Unterschrift zu binden, weil man doch vielleicht in Zukunft durch göttliche Hülfe noch zu besserer Einsicht in diese Dinge gelangen könnte. Eigentlich wäre es genügend gewesen, wenn die Prediger sich einfach auf die Schweinfurter Erklärung berufen hätten, laut welcher ja die Städte die Augsburger Fürstenconfession angenommen hätten. Jedenfalls habe Ulm den Wittenberger Convent in der Erwartung beschickt, dass die Eintracht durch denselben fester begründet werden würde; statt dessen werde, wie man jetzt sehe, sogar die durch die Schweinfurter Zusage errungene Einigkeit erschüttert. Man müsse deshalb wol überlegen, was zu thun sei, und erwarte Strassburgs Gutachten darüber. Letzteres erfolgte am 28. August in Form eines Schreibens der Dreizehn³ und suchte die vorgebrachten Bedenken zu zerstreuen. Wenn nach Ulms Bericht, heisst es darin, schlecht über die Concordie geredet werde, so sei das nur ein Zeichen, dass der alte Feind des Evangeliums wieder Unheil zu stiften suche. «man musz aber solichs gott bevelen. wir wissen aber die angestellten articul nit anders zu verstehen denn einfeltig, wie die in worten lauten, und wer in demselben von seiner vorigen meinung gewichen oder nit, achten wir nit hoch zu bedenken sein, wiewol in denen jetzigen articuln nichts anders befunden, dann was wir zuvor in unser ubergeben confession und apologi offentlichen bekennt und dargeben haben; kunden uns auch nit erinnern, das hievor demselben zuwider bei uns gelert, dann wie die som und grund der sachen herinnen begriffen.» Der Vorwurf, dass die Prediger sich in Wittenberg nur in Worten, nicht in der Sache verglichen hätten, sei schon deshalb unzutreffend, weil ja überhaupt «der span des heiligen sacraments mer in worten dann im grund des handls und der warheit gestanden.» Auch an der Aufrichtigkeit Luthers sowie der oberländischen Prediger sei nicht zu zweifeln. «und mögen nit erachten, das durch annemung diser articul, diweil si fast die wort unserer confession und apologi in sich halten und die warheit Cristi seind, etwas bestrickung der gewissen noch zwanksals

¹ Soll wohl heissen 'erneuert'?

² = erweckt.

³ Str. St. Arch. AA 462 f. 116 Concept. Vgl. Keim a. a. O. 339.

dorus mög volgen oder dem hailigen geist, der allwegen die warheit ist, damit rigel furgestossen sein solle; dann obwol jemant den heiligen geist nit gleich zumal und also erlangt, das er aller ding volkomen sei, wisse und thue, was recht ist, so mögen doch die cristen den heiligen geist so ferr wol erlangen, das si dem heiligen evangelio glauben und wissen, was si vom heiligen sacrament halten und wie si sich dessen gebruchen sollen, nemblichen einen solichen gemeinen verstand, wie in disem articul begriffen ist und bei der cristlichen kirchen jee und jee geglaubt und gehalten worden.» Freilich könne man niemand nötigen, dieses oder jenes zu glauben; wohl aber könne und werde man nicht dulden, dass jemand «wider den rechten waren verstand diser einigung» predige oder schreibe. «dann wir haben ja wol zu bedenken: solte doctor Luther bericht werden, das sich die unsern nit in der warheit und allein mit worten mit ime vereinigt hetten, er wurde dawider zu schriben nit underlassen. es wurde auch nit allein dasselbig sonder gewiszlichen hernachgeen, das die fursten und die, so irs teils seind, sagen wurden, uns were in der vergleichung zu Schweinfurt auch nie ernst gewesen, do wir in ir confession und apologi bewilligt; welcher verdacht und arkwon uns hoch beschwerlich und zu ferrern unrat gelangen wurde.» Aus allen diesen Gründen werde Strassburg die Wittenberger Artikel annehmen und demgemäss lehren lassen.

Während so die Dreizehner die Geheimen von Ulm zu gewinnen suchten, richtete auch der Strassburger Rat an den Ulmer die Bitte um baldige Bewilligung der Concordie¹, damit die Antwort an Luther nicht länger hinausgeschoben würde. Allein Ulm war noch weit entfernt, den Nutzen der neuen Artikel einzusehen, und beharrte bei aller Anerkennung der guten Absichten Strassburgs auf seiner früheren Meinung. Sie glaubten gern, — schrieben die Geheimen am 12. September² —, dass ihre Schwachheit und Ungelehrtheit an ihrer Auffassung schuld sei. «wir mögen aber doch unsern grund und verstand von dem sacrament des leibs und pluts Christi under dise scharpfe hohe wörter, wie wir jetzt daran sein, nit zwingen, setzen lassen noch damit dem ainfeltigen, der disen worten zu glauben mit der zeit gedrungeen würt, damit nit fuern, das er villeicht mit der weil verners oder höhers als sein seligkeit oder anders onnotwendigs under disen hohen worten suchen thue.» Man solle deswegen auf einen Ausweg denken, damit man die Artikel nicht zu unterschreiben brauche, etwa derart, dass man sich auf die mehrfach erwähnte Schweinfurter Erklärung berufe. Jedenfalls dürften die oberländischen Städte nicht uneins werden, sondern müssten einhellige Antwort geben.

Unterdessen hatten schon die meisten der anderen Städte den Strassburgern ihre Zustimmung zu der Concordie zu erkennen gegeben, so am 3. September Esslingen, am 13. Reutlingen, am 16. Memmingen und Kempten³. Augsburg hatte schon früher direct an Luther seine Ratification eingesandt⁴. Unter Hinweis hierauf mahnten die Dreizehn die Ulmer am

¹ Ulm. Arch. Ref. T. XX Ausf.

² Str. St. Arch. AA 462 f. 140. Vgl. Keim 340.

³ Str. St. Arch. AA 462 f. 139, 150, 128.

⁴ Walch XVII 2580. Kolde Anal. 236.

19. September¹ abermals zur Nachgiebigkeit. Sie wiesen ihnen die Unmöglichkeit eines Mittelwegs oder Auswegs nach, da jeder Versuch, die Unterschrift der Concordie zu umgehen, den kaum gestillten Argwohn der Lutheraner wieder wachrufen müsste. Das einzige Mittel, Uneinigkeit unter den Oberländern zu verhüten, sei jetzt die einfache Annahme der Wittenberger Artikel. Hierauf liess Ulm lange Zeit nichts von sich hören. Noch am 25. October beklagte sich Bucer heftig bei Johann Zwick², dass Ulm durch Schwenkfelds Einfluss, und Constanz durch Blaurers gegen die Concordie eingenommen seien. Von Ulm hänge Isny und Biberach ab, von Constanz Lindau. Endlich am 22. November wandte sich der Strassburger Rat, der langen Ungewissheit müde, mit der directen Anfrage an Ulm, wie es mit der Angelegenheit stehe. Die Antworten der andern Städte an Luther seien bisher noch immer nicht abgeschickt worden, weil man Ulms Erklärung erwarte. Jetzt höre man nun sagen, dass die Stadt bereits für sich allein an Luther geschrieben habe. Der Bote sei beauftragt, Auskunft hierüber entgegenzunehmen. Darauf äusserte sich der Ulmer Rat am 4. December folgendermassen³: Er habe, wie man wohl wisse, schwere Bedenken gegen die Concordie gehabt. Da aber Strassburg nichtsdestoweniger zu verstehen gegeben hätte, dass es jedenfalls die Artikel unterschreiben würde, und da die Ulmer Prädicanten versichert hätten, die Concordienformel stände mit der Schweinfurter Erklärung, der Augsburger Confession und der Ulmer Glaubensordnung im Einklang, so hätte Ulm «doctor Luthern bei aignem poten, so wir uns doch sonst aus den actis aller handlung, zu Wittenberg beschehen, wem das zuschreiben zu thon sein sollt, nichtzit zu beschaiden gewiszt, wir ouch hierinnen ordenlich under den zurk ewers usschreibens nit gehören, die angezaigt concordi, warin dieselb allem dem vorerzeltem gleichkompt⁴, dern verstand art und aigenschaft ist, zugeschriben⁵ und eben in disem inhalt unserm gemeinen man ab der canzel verkunden lassen.⁶»

So hatte denn Ulm hinter dem Rücken der Strassburger notgedrungen die Concordie bewilligt, wenn auch mit einer Beschränkung, welche den Wert der Bewilligung eigentlich wieder aufhob. Biberach und Isny, die treuen Gefolgsgenossen Ulms, schlossen sich der Erklärung an. Auch Lindau, von Strassburg gedrängt, gab in ähnlicher Weise am 26. December seine Zustimmung⁷. Es bat, in Zukunft dafür zu sorgen, dass «nit mer solche

¹ Str. St. Arch. AA 462 f. 144.

² Thes. Baum.

³ Str. St. Arch. AA 462 f. 152.

⁴ D. h. der Schweinfurter Erklärung, Augsburger Confession etc.

⁵ Die Zuschrift an Luther war am 30. October erfolgt. Ulm. Arch. Ref. T. XX. Keim a. a. O. 343. Bei Welch XVII 2583 das Schreiben der Ulmer Prediger.

⁶ Strassburg erwiderte auf die etwas bissige Bemerkung, dass Ulm nicht zum Bezirk des Strassburger Ausschreibens gehöre, am 12. December: es denke nicht daran, Ulm als zu seinem Bezirk gehörig zu betrachten; seine Anfrage sei nur erfolgt, weil es von Luther um Zusendung der oberländischen Unterschriften gebeten worden sei. Ulm. Arch. Ref. T. XX.

⁷ «In all weg unser vorausgegangen confession und apologi unabgestanden.» Str. St. Arch. AA 462 f. 133.

convent und zwangsarticul angestellt und fürgeschriben » werden. Auch konnte es nicht die Bemerkung unterdrücken, dass wohl eine bessere, freiere, minder gefährliche Art der Concordie hätte gefunden werden mögen¹.

Demnach hatten alle oberländischen Städte in mehr oder weniger verbindlicher Form die Wittenberger Artikel anerkannt bis auf eine, welche ihre Neigung zu der zwinglischen Lehre der Schweizer nie ganz verleugnen konnte, nämlich die Stadt Constanz. Wie erinnerlich, hatte Zwick trotz seiner persönlichen Geneigtheit zur Concordie dieselbe nicht unterschreiben dürfen, und auch nach seiner Rückkehr von Wittenberg gelang es ihm nicht, die massgebenden Kreise der Stadt, in welcher die Familie Blaurer einen dominierenden Einfluss ausübte, umzustimmen. Als Strassburg am 17. Juli dringend um Bewilligung der Concordie bat², antwortete Constanz am 26. kurz und frostig³: «wir habent uwer schriben betreffend etwas concordi, deren etlich predicanten sich zu Wittemberg verglicht habent, verlesen und wellend ufs fuerderlichst, wann wir unsere miträt, deren vil diser zit nit anheimsch sind, gehaben mögent, von der sachen reden und uch dann witer berichten.» Die wiederholten Mahnungen Strassburgs wurden mit allerlei Ausflüchten erwidert, so am 8. September damit, dass Constanz den Ausgang des Basler Tages vom 24. September abwarten wollte⁴. In Strassburg kannte man natürlich sehr wohl den Grund dieser Ausreden und fürchtete als Endresultat eine unumwundene Zurückweisung der Wittenberger Artikel. Daher machten Rat und Prediger in sehr eindringlich gehaltenen Briefen vom 20. und 23. November nochmals einen Versuch zu Gunsten des gefährdeten Friedens⁵. Namentlich in dem Schreiben der Prediger ist der vermittelnde Standpunkt Strassburgs mit einem grossen Aufwand von Beredtsamkeit vertreten. Nachdem die Concordienformel ausführlich gerechtfertigt und verteidigt ist, heisst es zum Schluss: wenn Constanz trotzdem die Annahme der Artikel zu verweigern gedenke, so möge es doch wenigstens sein für Luther bestimmtes Schreiben zuvor an Strassburg schicken; denn «wir wissen je euch gar wohl anzuzeigen, was bei den Wittenbergischen besserlich möchte aufgenommen werden, und könnte vielleicht in etlichen sachen mit einem wörtlein oder zweien, die ihr nit scheutet, groszem, merklichen unrat bei ihnen fürkommen werden.» Dieser Brief verfehlte seinen Zweck gerade durch die etwas zudringliche, bevormundende Ausdrucksweise, welche die Constanzer verletzte und zugleich ihr Misstrauen verstärkte. Allerdings gab er ihnen Veranlassung, die Sache noch eingehender zu beraten, aber nicht in der von

¹ Dieser Brief kam erst am 17. Januar 1537 nach Strassburg und zwar aus folgendem Grunde: Constanz, das ihn zur Weiterbeförderung erhalten hatte, verzögerte die Absendung und schickte ihn schliesslich zurück mit dem Ersuchen, Lindau möge sich Constanz anschliessen und die Antwort auf den Tag zu Schmalkalden im Februar verschieben. Hierauf liess sich jedoch Lindau nicht ein, sondern schickte nunmehr am 13. Januar seinen Brief durch eignen Boten an Strassburg. Ein besonderes Begleitschreiben klärte über obigen Grund der Verzögerung auf. Str. St. Arch. AA 462 f. 132.

² Const. Arch. O. VI 2 f. 10.

³ Str. St. Arch. AA 462 f. 121.

⁴ Str. St. Arch. AA 456.

⁵ Const. Arch. O. VI 2 f. 10. Vgl. Pressel Ambrosius Blaurer 419 ff.

Bucer gewünschten Weise. Vergebens warteten die Strassburger auf einen entscheidenden Beschluss der Säumigen; statt dessen erhielten sie nur Entschuldigungsbriefe wegen der Verzögerung¹, so dass sie schliesslich am 17. December eine letzte 14tägige Frist bestimmten². Dreimal wurde inzwischen in Constanz unter Zuziehung des Ambrosius Blaurer der Entwurf des Schreibens an Luther umgeändert, bis er endlich den Beifall des Magistrats fand und am 30. December nebst einem Brief an die Dreizehn ausgefertigt wurde. In beiden wurde die Unterschrift der Concordie unter Darlegung der Gründe abgelehnt und offen auseinandergesetzt, was in Constanz vom Sacrament gehalten und gelehrt werde. Um das Verhalten der Stadt noch weiter zu rechtfertigen, sollte eine eigne Ratsbotschaft, bestehend aus Johann und Conrad Zwick, die Briefe nach Strassburg überbringen. So lag die Sache in den letzten Tagen des Jahres, als Conrad Zwick plötzlich erkrankte und bald darauf am 6. Januar die Nachricht von der Ansetzung des Schmalkaldener Tages auf den 7. Februar einlief. Durch diese beiden Umstände fühlte sich Constanz bewogen, die Gesandtschaft aufzugeben, die Briefe zurückzubehalten und die ganze Angelegenheit auf die Versammlung in Schmalkalden zu vertagen. Am 10. Januar teilte der Rat diesen Entschluss den Strassburgern mit³, indem er beantragte, auch die andern Städte sollten jetzt mit ihrer Erklärung bis zur Zusammenkunft der Bundesverwandten warten; denn es wäre jedenfalls immer noch besser, wenn Luther sich über die Verzögerung beschwerte, als wenn er durch Antworten, die ihm nicht genügten, aufgebracht würde. Der Strassburger Rat erwiderte am 18. Januar⁴, ein längerer Aufschub sei nicht möglich; denn die Briefe an Luther lägen bereit und alles sei zur Abreise der Botschaft vorbereitet. Er machte dann noch einen schwachen Versuch, die Constanzer durch den Hinweis auf das bevorstehende Concil, welches Einigkeit der Evangelischen unbedingt erheische, zu erschüttern, aber umsonst! Constanz blieb fest, und Ambrosius Blaurer, der die Stadt in Schmalkalden vertrat, hat sich wirklich nicht dazu verstanden, die Formel zu unterschreiben.

Es erübrigt noch darzulegen, wie und mit welchem Erfolge Strassburg in der Schweiz thätig war, um die Eidgenossen für die Concordie zu gewinnen⁵. Wie nicht anders zu erwarten war, brachten dieselben den Wittenberger Artikeln keine besondere Sympathie entgegen; ja selbst in dem sonst so versöhnlich gesinnten Basel herrschte eine unverkennbare Verstimmung. Indessen schickte der Basler Rat doch am 17. Juli gerade die beiden Hauptvertreter der Opposition, Simon Grynaeus und Andreas Carlstadt, nach Strassburg, um nähere Erkundigungen einzuziehen⁶. Da war

¹ D. d. December 2 u. 17. Str. St. Arch. AA 462 f. 122 u. 123.

² Const. Arch. a. a. O. Ebenda auch über das Folgende. Vgl. Pressel a. a. O.

³ Str. St. Arch. AA 462 f. 125.

⁴ Const. Arch. a. a. O.

⁵ Vgl. Kirchofer Oswald Myconius p. 266 ff., Hess Lebensgeschichte Bullingers I 239 ff. Die Strassburger Theologen hatten ihrem Auftrage gemäss Luthern in Wittenberg die Basler Confession zur Begutachtung vorgelegt und eine nicht ungünstige Aufnahme damit gefunden. Jedoch hatte Luther erklärt, wenn möglich, seien die Eidgenossen doch zur directen Annahme der Concordienartikel zu bewegen.

⁶ Str. St. Arch. AA 462 f. 110.

es nun wiederum ein Beweis der ausserordentlichen Ueberredungskunst Bucers, dass es ihm gelang, jene Prediger dahin zu bringen, dass sie sich mit der Formel befreundeten und deren grundsätzliche Uebereinstimmung mit der Schweizerischen Lehre anerkannten. Im übrigen freilich fand die Bucersche Auslegung, welche den Baslern auch schriftlich zugestellt wurde¹, in der Schweiz vielfachen, heftigen Widerspruch oder erregte doch den Verdacht, dass Luthers Auffassung der Formel eine ganz andere wäre. Immerhin sprach der Basler Rat am 30. August seine Zufriedenheit mit den Strassburger Erklärungen aus und schmeichelte sich mit der Hoffnung, dass der auf den 24. September ausgeschriebene Tag zu Basel eine völlige Einigung bewirken werde². Infolge dessen schrieb Bucer auch am 6. September einen ziemlich zuversichtlichen Brief an Luther, in welchem er die Gewinnung der Schweizer als wahrscheinlich bezeichnete³. Seine Erwartungen wurden jedoch bitter getäuscht. Der Vortrag, in welchem er den in Basel versammelten Eidgenossen nachzuweisen suchte, dass die Concordienformel im Grunde mit der Basler Confession vom Februar übereinstimme, hatte keinen andern Erfolg, als dass die Botschaften versprachen, darüber an ihre Oberen zu berichten⁴.

Am 14. November kamen die Gesandten abermals in Basel zusammen, um nun ihre Meinung dahin abzugeben, dass die Concordie so, wie sie von den Strassburgern erläutert worden sei, wohl gebilligt, nicht aber durch Unterschrift als verbindlich anerkannt werden könne; sie fügten hinzu, es sei doch wohl am besten, wenn sie einfach an der in der Basler Confession gegebenen Auslegung des Sacraments festhielten. Ausserdem wurde auf dieser Zusammenkunft von den anwesenden Predigern ein Schreiben an Luther entworfen, welches nach erlangter Zustimmung der beteiligten Städte ausgefertigt und von Basel an seine Adresse befördert werden sollte⁵. Es enthielt eine nochmalige, ausführliche Darlegung des Schweizerischen Bekenntnisses mit besonderer Berücksichtigung der Lehre vom Abendmahl⁶. Die obrigkeitliche Genehmigung dieses Entwurfs erfolgte ohne Schwierigkeit, und am 11. December konnte Basel die Dreizehn von Strassburg benachrichtigen⁷, dass das Schreiben zur Absendung nach Sachsen bereit liege. Basel wünschte, dass sein Bote sich dem Ueberbringer der oberländischen Antworten an Luther anschliesse, und bat deshalb um Mitteilung, wann der Strassburger Bote abreiste⁸. Nachdem diese Auskunft eingetroffen, wurde das eidgenössische Schreiben am 12. Januar 1537 nach Strassburg abgeschickt, wo es am 15. ankam⁹.

¹ Acta concordiae. A II.

² Str. St. Arch. AA 462 f. 137.

³ Kolde Anal. 255. Ebenda auch ein Brief Capitos an Luther vom 4. September.

⁴ Eidg. Absch. IV 1 C nr. 467. Bucers Vortrag s. in Acta concordiae B.

⁵ Eidg. Absch. IV 1 C nr. 481. Vgl. auch das Schreiben Vadians an Luther vom 28. Nov. bei Kolde Anal. 274.

⁶ Acta conc. C II.

⁷ Str. St. Arch. AA 462 f. 154.

⁸ Ebenda AA 445 f. 11.

⁹ Ebenda AA 462 f. 160.

An demselben Tage wurde in Strassburg das Concept des Briefes, mit welchem die Zustellung der oberländischen Erklärungen an Luther begleitet werden sollte, zur Verlesung gebracht und wahrscheinlich auch genehmigt¹. Der Rat sagt darin, er finde die Wittenberger Artikel «im grund und in der warheit» der Tetrapolitana «ganz gemesz und nit zuwider» und habe seinen Predigern befohlen, danach zu lehren und zu predigen. Die Verzögerung vorliegenden Briefs habe ihren Grund darin, dass man so lange auf die Entschliessung der andern Städte habe warten müssen. Nunmehr schicke man gleichzeitig deren Antworten, soweit sie an Strassburg gelangt; «die andern, achten wir, haben euch irs gemutz fur sich selbs bericht oder werden es nachmals thun.» Wessen sich die Eidgenossen entschlossen, werde Luther aus dem von einem Basler Boten überbrachten Schreiben ersehen. Er möge den Verzug entschuldigen, und «ob euch auch in der Eidgnossen antwort nit ganz genuegen beschehe, dasselbig freundlich deuten und ufnehmen und us christlicher lieb ferner gedult mit inen haben.» Abgegangen ist dieser Brief wahrscheinlich am 18. oder 19. Januar², nachdem die letzte abschlägige Antwort der Constanzer eingetroffen war³. Er bezeichnet gewissermassen den endlichen Abschluss der Concordie, sofern man diesen mühseligen, auf Schrauben gestellten Compromiss überhaupt etwas Fertiges nennen darf; denn abgesehen von Constanz und der Schweiz hatten jetzt alle evangelischen Obrigkeiten die Wittenberger Artikel anerkannt, wenn auch zum Teil auf sehr verklausulierte Weise.

Es fragte sich nun, wie die an der Vereinigung noch Unbetheiligten sich in Zukunft zu derselben stellen würden. Von Constanz, dessen Vertreter Blaurer auf der Februarversammlung zu Schmalkalden der Concordie nochmals entschieden seine Unterschrift verweigerte, war wenig zu hoffen; eher konnte man an einen nachträglichen Anschluss der Eidgenossen glauben, besonders da Luther sich in Schmalkalden sehr wohlwollend über ihre letzte Erklärung äusserte. Er fand zwar wegen der dringlichen Verhandlungen über die Concilsfrage und infolge seines leidenden Zustandes keine Musse zu einer schriftlichen Antwort, gab aber dafür mündlich den Strassburger Gesandten seine Zufriedenheit zu erkennen, wovon der Rat natürlich eiligst die Basler benachrichtigte⁴. Ausserdem schrieb Melanchthon zur Entschuldigung Luthers am 15. März im Auftrage des Kurfürsten einen sehr zuvorkommenden Brief an die Eidgenossen. Es ist deshalb leicht begreiflich, dass Bucer seine Bemühungen, die Schweizerischen Theologen ganz für die Concordie zu gewinnen, eifrigst fortsetzte und in einem Schreiben vom 1. April offen darlegte, in welchen Punkten man im Interesse völliger Einigung Luthern noch nachgeben müsse⁵.

¹ Ebenda f. 162. Concept von Joh. Meyer mit Correcturen von Sturm. Kolde Anal. 288.

² Dafür spricht auch der Umstand, dass das Schreiben, welches die Strassburger Prediger in derselben Sache neben dem Ratsbrief an Luther richteten, vom 18. Jan. datiert ist. Gedruckt bei Walch XVII 2586. Vgl. ferner das weiter unten erwähnte private Schreiben Bucers und Capitos an Luther vom 19. Januar.

³ Vgl. oben p. 692.

⁴ D. d. 1537 April 2. Basl. Arch. St. 75 B 3 f. 77. Ausf.

⁵ Copie im Const. Arch. O. VI 2 f. 11.

Leider hatte dieser Brief keineswegs den gewünschten Erfolg. Schuld daran trug namentlich Constanz, dessen Prediger Johann Zwick jetzt in gehässigster Weise Bucer bei den Schweizern zu verdächtigen und missliebig zu machen suchte. Wahrscheinlich fürchtete jene Stadt, wenn auch die Schweizer die Wittenberger Artikel annähmen, gänzlich isoliert zu werden. Nachdem Zwick, der früher weniger oppositionell gewesen zu sein scheint, den Rat von Constanz gegen Bucer aufgehetzt hatte, ging er nach Zürich, um dort in derselben Weise zu wirken. Er hatte hier ziemlich leichtes Spiel, da die Züricher Theologen selber nicht gut auf die Strassburger zu sprechen waren. Sein Vorschlag war, Bucers Einmischung künftig nicht mehr zu dulden und ihm auf sein letztes Schreiben gar nicht zu antworten oder höchstens zu erklären: «so si willens werend, mit doctor Luther etwas ze handeln, so wurdent sis gegen ime selbs thun.» Basel, sagte er, sei schon nahe daran gewesen, die Concordie zu unterschreiben und sich damit von den andern Eidgenossen abzusondern: dies müsse auf jeden Fall verhindert werden¹.

Die Einwände, welche Constanz gegen Bucers Bestrebungen erhob, ersieht man am besten aus der Instruction, mit welcher auf Zwicks Veranlassung der Constanzer Syndikus Joachim Maler im Juni an Jacob Sturm und Mathis Pfarrer geschickt wurde. Da diese Werbung ebenso wie Strassburgs Antwort darauf sehr beachtenswert sind und auch auf die Schmalkaldener Verhandlungen, soweit sie die Concordie betreffen, ein interessantes Streiflicht werfen, so geben wir im folgenden den Inhalt grossen Theils nach dem Wortlaut des Originals².

Maler legte zunächst seiner Instruction gemäss dar, wie sich durch Bucers Concordienversuche und dadurch, «das die oberkaiten sich in gloubenssachen gegen jemens verschriben, oder umb das die gelerten under ainander strittig werind, sich ouch inmischen sollten, in etlichen stetten allerlai unwill und ergernis zugetragen; und hette sich wol zü noch witeren unwillen ziehen mögen, wo man uf jüngstem tag zu Schmalkalden uf endliche erörterung solcher des Butzers angetragner concordi wolt gehandelt haben.» Glücklicher Weise sei dies aber nicht der Fall gewesen; vielmehr habe «Luther selbs sich vernemen lassen, das die prediger baiden sit scharpf gnüg wider ainandern etwan gwesen sien, derhalben güt und von nöten sin werd, das man hin lasse sin, was hin sig, ouch allerlai ruher worten gegen ainandern abstand und die alten wunden nit widerumb erfriste [sic!], desgleichen, das man die sachen recht ston lasse, wie si standen, bis es gott bessere. er hat hierin — als wir achtent —, wol bedenken können, das wol so bald oder eh witere zertrennung volgen, als das man sich verglichen oder ain concordi machen möchte, so man sich des veraingen müszte, wie man die wort, die man vorher baiden sit dis sacraments halb gebrucht hat, fürohin uf ain anderen verstand, dann wie die vor gebrucht sind, dem volk fürbringen möchte.» Dabei hätte die Sache eigentlich beruhen sollen; allein Bucer habe statt dessen bei den Eidgenossen weiter auf eine Concordie gedrungen und in dem oben erwähnten Brief vom 1. April «ain masz und etliche artikel fürgeschriben, was ire prediger zü erlangung ainer concordi

¹ Ebenda f. 10.

² Ebenda.

bekennen, was ouch si als ain irrthumb verdammen müssint. dabi ouch langt uns an, das in etlichen diser stetten von voriger und jetziger des Butzers handlung wegen bi vilen gütherzigen und anderen grosze ergernis und unwill sich zütrag, und das man gmainlich, vorab die widerwärtigen söliches des Butzers handlen und triben nit so vast ime als in gmain allen predigern darzu ouch den oberkaiten und gmainen kirchen zutröche, uf mainung, das man mittel und weg süche, wie man mit fügen widerumb uf das alt wesen möge kummen etc. züdem ist, — wie uns anlangt —, in die Aidgnosschaft ain schrift kummen, die Martinus Butzer doctor Luthern zugeschickt haben soll, darinnen er etlich aidgnossisch und ander stett, darzü etlich sunderbar personen dem Luther mit namen ain tail wol, ain tail übel dargibt¹, darab diejenigen, die darvon wissens habent, grosz beswärden und miszfallen tragent; und wil sich nun der alt unwill, der schier jetzo veraltet und erloschen ist, widerumb ernüwern und us der concordi, daruf der Butzer arbetet, ain discordi werden.» Man solle nachdenken, «ob mit dem Butzer ze handeln wäre, das er sölicher underhandlungen stillstand und, was hin ist, hin sin lasse.»

Auf diesen vor Sturm, Pfarrer und Claus Kniebis gehaltenen Vortrag erhielt Joachim Maler nach dem von ihm selber im Constanzer Rat erstatteten Bericht² folgende Antwort:

Es sei ein Irrtum, dass die endgültige, officielle Anerkennung der Wittenberger Artikel von Seiten der Bundesgenossen auf dem Schmalkaldener Tage deshalb nicht vollzogen worden sei, weil die Stände keine Neigung dazu gehabt und es nicht für notwendig angesehen hätten. Vielmehr sei die allseitige Annahme der Concordie «durch den churf. [von Sachsen] ernstlich angemüt, und darbi etwas kundpar worden, das maister Ambrosius Blarer die artikel nit unterschriben wurd, und neben dem allem doctor Luthers krankheit ingefallen, welichs bi m[eister] Philippo Melancton schwer anligen geursacht und von im von wegen gedacht, wie die sach ersitzen möcht. do hab gott geschickt, das auch der predicant von Maidenburg, her Niclaus von Amsdorf, die artikel nit unterschriben wollen, so der Luter zugeben; das und doctor Martin Luters krankheit si das mittel gewest, das uf die unterschreibung der artikel nit beharrlich gedrunge, und nit, das die stend darum nit ersücht worden sien. so achten ouch si, das die handlung des concordierns, vor dem Schmalkaldischen tag gepflogen, vil gütz und sonder das geursacht, das zwuschn alln stenden uf genenten tag vertrauwlicher dann je gehandelt, also das die fursten und ire ret vor dem gemainen usschutz und sunst ouch ire ratschlagung nit bergen und darneben sich in handlungen des concilii und sunst mit ernst ingelassen, welichs

¹ Wahrscheinlich ist hier das Schreiben Bucers und Capitos an Luther vom 19. Januar (Kolde Anal. 290) gemeint, welches die Bitte um freundliche Aufnahme des eidgenössischen Bekenntnisses enthält. Es sind darin offen die Schwierigkeiten dargelegt, welche sich einer völligen Bekehrung der Schweizer entgegenstellten, wobei namentlich Zürich und Bern als hartnäckig bezeichnet werden, während Basels versöhnliche Gesinnung gelobt wird. Constanx wird gar nicht erwähnt. Immerhin begreift sich, dass das Bekanntwerden dieses Briefes bei Leuten, welche an und für sich schon von Argwohn gegen die Concordienbestrebungen erfüllt waren, viel böses Blut machte.

² Orig. im Const. Arch. O. VI 2 fasc. 10.

ongezwifelt alles us dem gevolgt, das bi inen verglichung in lang werendem span vermüet sie worden. mir ist ouch darbi ermeldet, was her Martin Butzer mit wussen des churf. bi d. Luther, als er von Schmalkalden abgescheiden, gehandelt¹, alles uf mainung, wie die copi der schrift, an die Aidgnossen usgangen, vermag; und nach solichem allem, so vil min werbung betreff erstlich der schrift halb her Martin Butzers an die Aidgnossen gethan, das sie mit ains rats zu Straszburg vorwissen gescheen und nit der mainung, das her Martin Butzer nuw concordi anrichten wollte, oder das dis oder jens, so im fur gut ansehe, gescheen müsse, sonder so zu ainer satten und gemainen concordi je der aidgnosischen stetten und kirchen halb gehandelt werden solle, sie not, sich also und also darin zu schicken und das und das zu underlassen etc., wie die schrift, so usgangen, vermag. sovil aber die sonderschrift belangt, so her Martin Butzer an doctor Luthern gethan, der haben si kain wussen, und sover ichtz ergerlichs darin begriffen, wer inen laid und missfellig; dann man muss uns alle menschen und nit me sin lassen. sover si aber dero bericht oder abschrift hetten, wollten si sich darin ersehen, den Butzer darunder hören und demnach, sovil an inen und wi si ire hern gesinnet wussen, alles furkomen, darus unwill, ergernus und nachtail erwachsen mecht.»

Da die Strassburger Herren jedoch nicht direct auf der Mitteilung einer Abschrift des von Bucer an Luther gerichteten Briefes bestanden, vielmehr durchblicken liessen, dass sie in die Handlungsweise ihres Predigers volles Vertrauen setzten, so gab Maler seinen ursprünglichen Plan, die Sache auch den Dreizehn oder dem Rat vorzutragen, als aussichtslos auf; ja er fühlte sich sogar bewogen, nachdrücklich zu betonen, dass Constanz mit seinen Beschwerden den Bucer persönlich nicht verunglimpfen wolle, sondern nur das allgemeine Beste zu fördern trachte etc.

Die Constanzer beschlossen auf den Bericht ihres Syndikus, die Sache «ruhen zu lassen», d. h. wenigstens die offene Bekämpfung der Concordie aufzugeben; doch dauerten die geheimen Wühlereien gegen Bucer fort, bis es diesem gelang, im Sommer auf der grossen Berner Synode durch seine glänzende diplomatische Gewandtheit und Beredtsamkeit die Verläumdungen verstummen zu machen und sich das Vertrauen der Schweizer wieder zu erringen. Bern bestätigte dies ausdrücklich durch ein Schreiben an den Strassburger Rat vom 21. September², indem es erklärte, Bucer und Capito hätten sich «des verdachts, der uf sie gevallen,» vollständig entledigt. Indessen erwarteten die Eidgenossen doch mit immer wachsender Ungeduld Luthers directe Antwort auf ihre Kundgebung vom December 1536. Endlich, fast ein Jahr später, erfolgte das ersehnte Schreiben, in welchem sich der Wittenberger Reformator über alles Erwarten milde und versöhnlich äusserte und trotz mancher noch vorhandener Differenzen die Schweizer als Brüder

¹ Bucer und Lycosthenes hatten Anfang März mit dem kranken Luther zu Gotha eine Unterredung, in welcher dieser erklärte, das beste wäre, wenn die Oberländer einfach bekenneten, dass sie in der Abendmahlslehre bisher geirrt hätten. Denn das Bemänteln und Vertuschen helfe nichts. Walch XVII 2593. Doch hätte sich Bucer natürlich, diesen Teil der Unterredung bekannt werden zu lassen.

² Thes. Baum.

anerkannte¹. Gleichzeitig gab er Bucer zu verstehen², dass er im Grunde noch vieles an dem Schweizer Bekenntnis auszusetzen fände, aber um des Friedens willen freundlich geantwortet habe und die Fortführung der Verhandlungen den Strassburger Predigern überlasse. Nicht nur die letzteren, sondern auch die Dreizehn schrieben hierauf an Basel³ und empfahlen in warmen Worten, Luthers Brief günstig aufzunehmen, besonders da im Hinblick auf das ausgeschriebene Concil Einigkeit der Evangelischen dringend zu wünschen sei. Namentlich möge man dafür sorgen, dass auf den Kanzeln «unnütze und unnötige wört» vermieden würden. Dadurch würde «den widerwertigen vil gelegenheit, wider uns und die warheit zu lästern, genomen und entzogen werden.» Basel beteuert hierauf wiederholt seinen guten Willen, alles zu thun, was zur Herstellung einer vollen Concordie dienen könne, scheint aber auf heftigen Widerstand Zürichs gestossen zu sein, welches — wie wir gleich sehen werden — allen weiteren Concessionen der Eidgenossen abgeneigt war⁴. Trotzdem gelang es den Baslern, die evangelischen Nachbarstädte behufs Abfassung einer gemeinsamen Antwort an Luther zum Besuch einer Tagsatzung in Zürich am 28. April zu bewegen⁵. Bucer und Capito wurden dazu durch Schreiben Basels vom 15. April ausdrücklich eingeladen⁶. Sie erschienen denn auch und erklärten sich in freimütigster Weise bereit, alle etwa noch der Concordie entgegenstehenden Zweifel und Missverständnisse, soweit es in ihren Kräften wäre, zu beseitigen und sich von jedem auf sie als die Vermittler geworfenen Verdacht zu reinigen.

Basel, Bern, Schaffhausen, Mülhausen und St. Gallen bedurften kaum des Strassburgischen Zuspruchs, um ihre volle Befriedigung über Luthers Schreiben kundzugeben; dagegen meinten Zürich und Biel, es sei zu merken, das Luther durchaus in seiner alten Auffassung vom Abendmahl beharre, und es würde deshalb den Eidgenossen zum Vorwurf gereichen, ihm nachzugeben⁷. Nur mit Mühe konnten sie von ihrer schroffen Haltung abgebracht und bewogen werden, sich einem freundschaftlichen Schreiben an Luther anzuschliessen, welches am 4. Mai zur Ausfertigung gelangte⁸. Dasselbe lässt immerhin noch den nachteiligen Einfluss Zürichs erkennen; denn während es auf der einen Seite mit Genugthuung hervorhebt, dass die Einigkeit nunmehr hergestellt sei, klammert es sich doch andererseits ängstlich an die Basler Confession, indem es die Schweizer Auffassung der Abendmahlslehre in einigen Punkten nochmals erläuterl. Bucer schrieb über die Züricher Versammlung an Frecht in Ulm⁹, wenn

¹ De Wette V 83 d. d. 1537 Dec. 1.

² Ebenda V 87.

³ Thes. Baum, d. d. 1538 Jan. 16. Ausf. im Basl. Arch. St. 75 B 3 f. 171.

⁴ In einem Brief Basels an die Dreizehn vom 28. Februar wird der Entwurf einer Antwort Zürichs an Luther erwähnt (*), welcher, wie es scheint, weder von Basel noch von Strassburg gebilligt wurde. Str. St. Arch. AA 1815.

⁵ Schreiben an Strassburg vom 31. März. Basl. Arch. miss. 32 f. 154 b.

⁶ Str. St. Arch. AA 462 fol. 164.

⁷ Eidg. Absch. IV 1 C nr. 580.

⁸ Walch XVII 2608.

⁹ D. d. Mai 20. Walch XVII 2616.

es nach dem Sinn der Berner und Basler gegangen wäre, so wäre das Schreiben an Luther besser ausgefallen. Man habe aber zufrieden sein müssen, dass die Züricher wenigstens soweit nachgegeben hätten; denn sie wären der Concordie noch immer übel gesinnt.

Ausser an Luther schrieben die Eidgenossen von Zürich aus auch an Sachsen und Hessen, zunächst um sich für Mitteilungen bezüglich des angesetzten Concils zu bedanken, sodann aber auch vermutlich, um ihrer Freude über die Beendigung des Sacramentstreits Ausdruck zu verleihen¹; ferner fühlten sie sich dem Strassburger Rat zu einem Dankschreiben verpflichtet, in welchem sie dessen grosse Verdienste um die Concordie würdigten und Bucer und Capito für ihren Eifer höchlich belobten². Luther erwiderte ihnen am 27. Juni³ in einer Weise, welche deutlich verriet, dass er sehr versöhnlich gestimmt sei und ein friedliches Verhältnis herbeisehne, dass er aber die Concordie vorläufig noch keineswegs für abgeschlossen halte. Zur weiteren Verständigung verwies er die Schweizer ausdrücklich auf die Vermittlung Bucers, der in seine Meinung vollständig eingeweiht sei. Dieser scheint aber eingesehen zu haben, dass eine weitere Verfolgung der Angelegenheit nicht möglich sei, ohne das Misstrauen der Eidgenossen von neuem zu erwecken und alles bis jetzt Erreichte aufs Spiel zu setzen, und liess deshalb von näheren Einigungsversuchen ab. Dem entsprechend begnügten sich auch die Dreizehn, den Baslern auf die Mitteilung von Luthers Brief ihre Zufriedenheit mit den bisherigen Erfolgen und die Hoffnung auszudrücken, dass die Concordie mit der Zeit « zu weiterem und vollkommenerem end kommen » werde. Etwas später konnten sie noch die erfreuliche Nachricht hinzufügen, dass die evangelischen Einigungsverwandten auf dem Tage zu Eisenach von dem letzten Schriftwechsel über die Concordie Kenntnis genommen und sich sehr befriedigt darüber ausgesprochen hätten⁴. Wenn jedoch Basel glaubte, hierauf die Hoffnung einer näheren Verbindung zwischen den Eidgenossen und den Schmalkaldnern gründen zu können, so irrte es sich. Die Anregung, welche Strassburg in dieser Hinsicht auf dem Tage zu Frankfurt im Februar 1539 gab, fand höchstens bei dem Landgrafen und den oberländischen Städten Anklang⁵; die anderen, namentlich Sachsen, waren den Schweizern doch politisch und kirchlich zu fremd, als dass sie ernstlich an einen Bund mit ihnen hätten denken sollen. Auf wie schwachen Füßen die ganze religiöse Vergleichung mit den Schweizern stand, sollten übrigens schon die nächsten Jahre beweisen, in denen der Sacramentsstreit mit aller Heftigkeit wieder entbrannte.

¹ Diese Briefe sind bis jetzt nirgends publiciert; im Str. St. Arch. finden sich keine Copien. Erwähnt sind sie in dem Züricher Abschied, Eidg. Absch. a. a. O.

² Str. St. Arch. AA 462 fol. 172, d. d. Mai 3.

³ De Wette V 120. Das Datum «Donnerstag nach Johannis» ist daselbst falsch (Juni 9) aufgelöst.

⁴ Walch XVII 2618; vgl. oben p. 514.

⁵ Vgl. oben nr. 567, 569.

